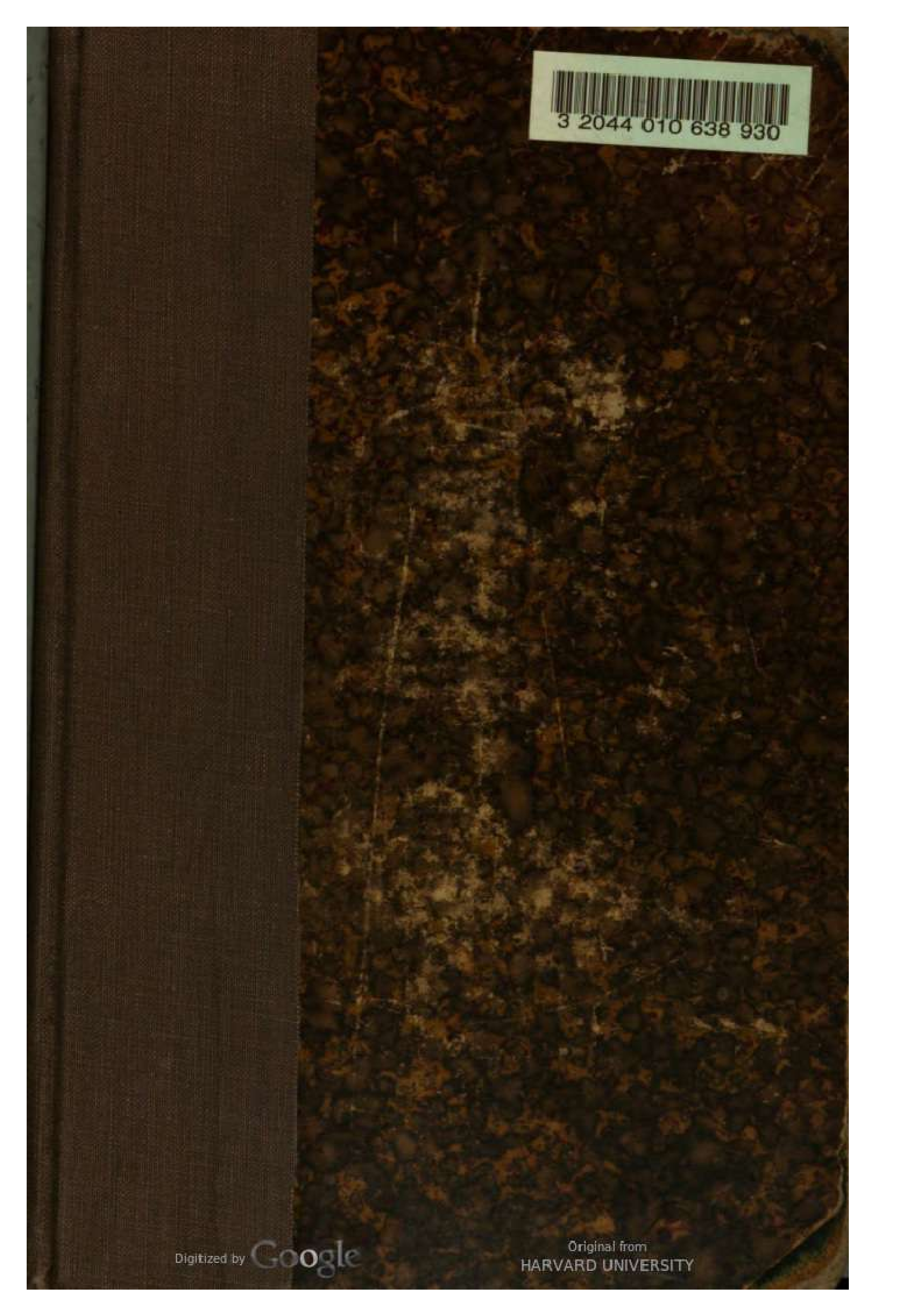

3 2044 010 638 930


SIGILL: COLL: HARVARD: CANTAB: NOV: ANGL: 1650.
CHRISTO ET ECCLESIAE
BOUGHT WITH
THE INCOME FROM
THE BEQUEST OF
CHARLES MINOT,
OF SOMERVILLE,
(Class of 1828,)
12 Nov. 1874.

Rudolf II und seine Zeit.

1600—1612.

Von

Anton Gindely.

Band I.

Zweiter durchgesehener Abdruck.

Prag 1868.
Verlag von Friedrich Tempsky.



Druck des Titels von Heinr. Mercy in Prag.

Vorrede.

Hiermit übergebe ich der Oeffentlichkeit ein Werk, welches auf Grundlage fast durchwegs unbekannter Quellen erster Bedeutung verfaßt worden ist. Die letzten zwölf Jahre der Regierung Rudolfs II und seiner Zeit, welche ich zum Gegenstande meiner Erzählung machte, sind durch die ständischen Bewegungen in Oesterreich und durch die Vorbereitungen Heinrichs IV, das Verderben der Habsburger herbeizuführen, ausgefüllt. Mehr oder weniger ist der Gang der Ereignisse bereits bekannt und wenn es mir bei dem Studium einiger noch nie für diese Zeit durchforschter Archive möglich war, eine ununterbrochene Kette neuer Thatsachen dem Leser zu bieten, so will ich darauf weiter kein besonderes Gewicht legen. Worauf ich allein ein Gewicht lege, das ist, daß es mir vielleicht gelang von der Lage der österreichischen Länder, von ihrem Verhältniß zu Deutschland und zu den wichtigsten Reichen Europa's ein Bild zu liefern, welches keineswegs willkürliche Kombinationen, sondern die Kenntniß von den politischen Bestrebungen der handelnden Fürsten und ständischen Korporationen zur Grundlage hat. — Mit der Geschichte „Rudolfs II und seiner Zeit" ist zugleich auch die Vorgeschichte des dreißigjährigen Krieges geliefert. Ich will nicht zum Beweise in einzelnes eingehen, sondern nur auf eine Begebenheit: die

Gründung der Union und auf eine Person: den Fürsten von Anhalt hinweisen. Man kennt die Bedeutung und den Einfluß beider auf den Beginn des dreißigjährigen Krieges, um sie aber nach ihren Tendenzen richtig zu würdigen, muß man sie im Zenith ihrer Wirksamkeit beobachten, der weniger in die Zeit von 1618—1620 als in die Jahre 1608—1611 hineinfällt. Die Union trat in's Leben einzig und allein im Hinblick auf die Zersetzung der Rudolfinischen Monarchie und hatte damals durch ihr bloßes Dasein fast so viel bewirkt, als die Stände von Ungarn, Böhmen und Oesterreich durch ihr bewaffnetes Auftreten gegen Rudolf und Mathias. Sie war ganz und gar die Schöpfung eines Mannes, der zwar nicht an Charakter aber an staatsmännischem Talent alle seine Zeitgenossen überstrahlt. Nicht etwa Heinrich IV sondern Christian von Anhalt ist es, den wir meinen. Eine solche Betonung seiner Wirksamkeit neben und trotz des so hochgestellten Heinrich IV mag wohl überraschen, allein wo wir immer die Geschichte der Ereignisse der ersten zwanzig Jahre des 17. Jahrhunderts beginnen wollen, ob wir in Böhmen, Ungarn, Deutschland oder Frankreich weilen, überall tritt uns dieser Mann entgegen als das eigentlich die Ereignisse bewegende Rad. Heinrich IV trug sich mit großen Plänen, ihm standen aber auch große Mittel zu Gebote, und nie würde er ohne Anhalt ihrer Verwirklichung so nahe gekommen sein. Anhalt war durch eine wunderbare Geschicklichkeit in der Benützung günstiger Verhältnisse dreimal im Laufe dreier Jahre (1608—1611) nahe daran, allein das zu bewirken, wozu Heinrich so langjähriger Vorbereitung und so großer Anhäufung von Mitteln bedurfte und doch erst kurz vor seinem plötzlichen Tode erreichte, nämlich die ernsteste Gefährdung der riesigen Herrschaft der Habsburger.

Die ältere Geschichte der Länder des heutigen Kaiserstaates



bis zum Jahre 1526 ist durch bedeutende Männer unter den Deutschen, Ungarn und Böhmen mit Rücksicht auf deren nationale Entwicklung erzählt worden. Die neuere Geschichte dagegen fand so wenig Bearbeiter, daß man sie beinahe an den Fingern einer Hand abzählen könnte, nicht weil ihre Bedeutung eine geringere wäre, sondern weil ihre Bearbeitung, wenigstens in gewisser Beziehung, größeren Schwierigkeiten unterliegt. Im ganzen genommen scheint es eine starre Masse zu sein, mit der man es zu thun hat, wenigstens seit mit dem dreißigjährigen Krieg das politische Leben im Innern auf lange Zeit erstorben ist. Alles bekommt aber durch die Gegenwart wieder neues Leben und neue Wärme und zeigt sich von einer immer interessanteren Seite, denn für die verwickelten Verhältnisse unserer Tage bietet die Geschichte der letzten drei Jahrhunderte die einzige Erklärung und wenn auch nicht momentan, so doch für die Zukunft den Fingerzeig für eine friedliche Ausgleichung. Das Ziel, welches ein Geschichtsschreiber dieser Zeit in Oesterreich stets anstreben muß, ist die rückhaltsloseste Wahrheit; sie mag schmerzen, aber sie muß doch wieder versöhnen. Ich hatte bei meiner Arbeit unverrückt dies Ziel vor Augen.

Die Geschichte „Rudolfs II und seiner Zeit" wird mit dem zweiten Band, welcher im Anfang des nächsten Jahres erscheinen wird, vollendet sein. Ich bemerke noch, daß alle Zeitbestimmungen, sowohl im Text wie in den Noten, nach dem neuen Stil berechnet sind, wofern nicht ausdrücklich das Gegentheil angedeutet ist.

Prag am 19. Juli 1862.



Inhalt.

Kapitel IV.

Kapitel V.

Kapitel VI.



Kapitel VII.



Erstes Kapitel.

I. Die Heirat Philipps von Oesterreich mit der Prinzessin Johanna von Spanien. Die spanische Herrschaft in Italien. Karl V und seine Kämpfe mit Frankreich. Seine Stellung zu den Päpsten; Clemens VII. Paul III. Philipp II und Paul IV. Philipps II Anschläge auf die französische Krone, seine Einmischung in die Papstwahlen, die Streitigkeiten wegen der geistlichen Jurisdiction in Mailand. Charakteristik der Herrschaft Philipps, sein Tod, Folgen seiner Regierung. — II. Die deutschen Habsburger: Ferdinand I und Maximilian II. Rudolf II, seine Persönlichkeit, sein Charakter und seine Beschäftigung. Die vier Reichsbehörden. Das Gesandtschaftswesen. Die Hofämter. Kaiserliche Finanzen. Die deutschen Habsburger außer Rudolf um 1600.

I.

Unter den ehelichen Verbindungen, durch die während des Mittelalters Ländergebiete zu einem einzigen Reiche verbunden wurden, welche von der Natur nicht dazu bestimmt waren, nimmt vor allem die Heirat des Erzherzogs Philipp von Oesterreich mit der spanischen Infantin Johanna den ersten Platz als die bedeutsamste und folgenreichste ein. Unvorhergesehene Ereignisse, welche eine Reihe legitimer Erben in frühem Tode wegrafften, bewirkten, daß der Sprößling der Ehe zwischen dem deutschen Prinzen und seiner spanischen Frau der Erbe der verschiedensten Länder werden konnte. Kaum daß der Infant Don Carlos das Licht der Welt erblickte, war es gewiß, daß ihm dereinst der Besitz von Spanien, Neapel, den Niederlanden und Oesterreich zufallen mußte und durch ihn sonach eine Monarchie begründet werden würde, die bis dahin ihres Gleichen nicht gehabt hatte. Denn alle älteren großen Monarchien waren zusammenhängende Gebiete, in denen stets ein Volk die Herrschaft ausübte; nun sollten aber so viele und verschiedene und so weit von einander entlegene Völker zu einem Reiche vereint werden, ohne daß eines von ihnen mit Recht die Herrschaft über alle übrigen ansprechen konnte, weil für ihre Vereinigung



kein anderer Grund vorlag, als zufällige Erbverhältnisse, die einem Prinzen zu Gute kamen.

Den wichtigsten Theil der großen Monarchie, die einst Karl beherrschen sollte, bildete Spanien, welches eben durch die Anstrengung Ferdinands von Aragonien und seiner Gemahlin von dem letzten Rest der Maurenherrschaft befreit worden war und nun in jugendlichem Uebermuth die erprobte Kraft in auswärtigen Unternehmungen zu verwerthen begann. Italien, das damals im Innern zerrissener wie je war und um dessen Theile mit rasch wechselndem Glück einheimische Abenteurer und auswärtige Herrscher rangen, lockte auch die Aufmerksamkeit und Herrschgier Ferdinands an. Er stürzte sich mit überlegener Schlauheit in das Gewebe der Intriguen, welche wider dies Land gesponnen wurden und an dem sich mit einer bis dahin noch nicht gekannten Uebereinstimmung die bedeutendsten Fürsten Europas, voran Heinrich VII von England, Ludwig XII von Frankreich und Kaiser Maximilian I betheiligten. Vor allem waren es Ludwig, Maximilian und Ferdinand, denen es sich um die Erwerbung von italienischen Provinzen handelte, und da jeder von ihnen zu seinem Ziele nur gelangen konnte, wenn er die andern von der Mitbewerbung ausschließen und doch zeitweise als Freunde benützen konnte, so sahen sie sich genöthigt in der Abschließung mannigfacher Allianzen, welche jeden Augenblick wiederum den entgegengesetzten Platz machten, und im Bruch der feierlichsten Eide, eine solche Kunstfertigkeit zu entwickeln, daß mit Recht der Ursprung der ränkevollsten Art von Diplomatie in diesen Kämpfen um Italien gesucht wird. Für die Päpste war es, abgesehen von der Persönlichkeit eines Mannes wie Alexander VI, eine unendlich schwere Sache mitten unter diesen Fürsten eine ehrenhafte Selbstständigkeit zu behaupten. Von dem doppelten Wunsche geleitet den Kirchenstaat möglichst zu vergrößern und keine Fremdherrschaft in Italien aufkommen zu lassen, verbanden sie sich heute mit Ferdinand um Ludwig zu bekämpfen und morgen schon wandten sie alle Macht gegen ihren Freund von gestern wie gegen einen verruchten Gegner an. Aber bei diesem Spiel der Herrschsüchtigen, die noch heftiger die Größe eines Rivalen fürchten, wie die eigene Vergrößerung wünschen, geschieht es doch, daß Zufall oder List einem unter ihnen allein zum Siegespreis verhilft. So geschah es, daß Ferdinand zuletzt gegen alle seine Freunde und Gegner Neapel gewann und so den Preis eines langjährigen diplomatischen und zuletzt auch militärischen Feldzugs davon trug.

Einige Zeit dachte Ferdinand der Katholische daran die gewonnenen italienischen Besitzungen, mit denen er bald auch Mailand vereinen zu können hoffte, nicht seinem ältesten Enkel Karl, sondern dem Bruder



desselben dem Infanten Ferdinand zu hinterlassen*). Zum Unglück seines Hauses that er es nicht, sondern kettete das Loos desselben an den „verfluchten" italienischen Boden, wie er in unserer Zeit von spanischen Historikern, die das Unglück ihres Vaterlandes aus den ewigen Kriegen in Italien herleiten, genannt wird. Karl V übernahm die Herrschaft von Spanien, den Niederlanden und Neapel, ein Reich, dem er durch den Besitz der deutschen Krone eine noch weit höhere Bedeutung beilegte. An seinen Bruder Ferdinand trat er die deutschen Besitzungen ab und verhalf ihm dadurch zur Krone von Ungarn und Böhmen, dessen Einwohner unter dem betäubenden Eindruck der Schlacht von Mohacz den Erzherzog um seines mächtigen Bruders willen zum Könige wählten. So hatte sich das Haus Habsburg in zwei Aeste abgetheilt, aber selbst dadurch bei dem anfänglichen Zusammenwirken der Brüder an Kraft nur gewonnen. Darf es uns Wunder nehmen, wenn Karl im Vollgefühl seiner Macht nicht genug an seinem Besitze hatte, sondern mit kritischer Genauigkeit strittige Ansprüche seiner Vorfahren wieder zu erheben gedachte und wenn er vor allem Burgunds nicht vergaß, das seiner Großmutter von den französischen Königen entrissen worden war? Zwischen Ferdinand dem Katholischen einerseits und Ludwig XII und Franz I anderseits hat es noch Momente gegeben, in denen sie an die Versöhnung ihrer streitenden Interessen zu glauben vorgaben, wenigstens versicherten sie zeitweise einander ihrer aufrichtigen und innigen Freundschaft; seit Karl V aber machte dies wechselvolle Verhältniß einer dauernden Feindseligkeit Platz. Die französischen Könige vielleicht die ländersüchtigsten, welche es je in Europa gegeben, sahen mit dem tiefsten Unwillen der Bildung der spanischen Monarchie zu und dieser Unwille verwandelte sich in einen unauslöschlichen Haß, seit Karl durch seine Ansprüche auf Burgund die französischen Interessen auf das ernstlichste gefährdete und die Könige von Frankreich sogar genöthigt waren, von ihren Eroberungsplänen abzulassen und sich selbst zu vertheidigen. Karl gelangte zwar nicht zu seinem Zweck, er eroberte nicht Burgund, aber er gewann während seiner langen Kriege mit Franz I Mailand und verband es unauflöslich mit seinem Reiche. So zeigte die Erfahrung, daß seine Macht groß genug sei, um keinen Gegner fürchten zu müssen und daß trotz aller ihrer Wachsamkeit sich ihm bald da bald dort Gelegenheit zu neuem Gewinne biete, was zuletzt selbst zur Niederwerfung der stärksten Gegner führen müsse. Es ist begreiflich, daß das Mißtrauen, ja selbst der Haß gegen einen so mächtigen Herr-

*) Archiv von Simancas. Korrespondenz mit Deutschland. Erster Faszikel.



scher bald auch außer Frankreich reichliche Nahrung und fruchtbaren Boden fand.

Als die zwei wichtigsten Aufgaben, die sich Karl V in seinem Leben gestellt hatte, kann man die Aufrechthaltung der spanischen Macht in Italien und die Niederwerfung seines französischen Gegners ansehen; alles übrige wünschte er im Statusquo zu erhalten. Um Franz I allein zum Gegner zu haben, that er in Deutschland nichts zur Vermehrung der kaiserlichen Rechte und deshalb suchte er auch mit England um jeden Preis allen Streit zu vermeiden; nach seiner Meinung konnte ein König von Spanien im Kriege mit England nichts gewinnen sondern nur verlieren*). Seinem Glückstern gelang es, sich lange alle Fürsten vom Halse zu halten, denen er kein unmittelbarer Gegner war. Nur einen dieser Fürsten, dem er noch schonender begegnete als Heinrich VIII von England, dessen Zufriedenstellung seine unablässige Sorge war, den er weder mit einem gegenwärtigen noch künftigen Angriffe bedrohte, konnte er doch nicht zum Stillschweigen bringen und dies waren die Päpste, die nach Adrian VI im Vatican residirten.

Seit Ferdinand der Katholische Neapel erworben hatte, waren die Päpste aus ihrer Ruhe aufgescheucht worden und sie betrachteten das Gleichgewicht in Italien, welches an die unabhängige Existenz von Venedig, Mailand, Savoyen, Florenz und Neapel geknüpft war, als auf das nachdrücklichste gestört. Einen Augenblick zwar konnte man meinen, daß die geistige Bewegung in Deutschland ihre Aufmerksamkeit von Italien abziehen würde, dann schien auch der Einfluß, den Karl V auf Adrians VI Wahl geübt hatte, gleichsam den Beweis zu liefern, daß das Kardinalskollegium seine Unabhängigkeit eingebüßt habe und der Papst nunmehr ein „spanischer Kaplan" sei. Aber diese momentane Allgewalt Karls in Rom war nicht von langer Dauer. Nach Adrians Tode ward der Kardinal Medici zum Papste unter dem Namen Clemens' VII gewählt und mit ihm begann eine lange Reihe von Päpsten, welche mit nur kurzen Unterbrechungen einen dauernden Kampf mit Spanien begannen, aus dem zuletzt die kämpfenden Theile, wie das zu geschehen pflegt, bis zum Tode verletzt hervorgingen. Wohl hätte man denken sollen, daß, wenngleich dem Papst die Interessen von Italien heilig waren und er also eine Fremdherrschaft daselbst nicht sehen mochte, ihm doch als Oberhaupt

*) Archiv von Simancas. Diese Aeußerung citirte Olivarez, als es sich im spanischen Staatsrath darum handelte, ob man den vertriebenen Kurfürsten von der Pfalz wieder einsetzen sollte, um England zu befriedigen. Um wie vieles hätte Philipp II klüger gehandelt, wenn er sich dieselbe vorgehalten hätte.



der Kirche die Interessen der letztern in Deutschland noch tausendmal heiliger sein müßten und daß ihm keine andere Wahl übrig blieb, als sich Karl V, der allein im Stande war das Ansehen des päpstlichen Stuhles in Deutschland herzustellen, unbedingt und rückhaltslos anzuschließen. Aber theils übten seit der Erweiterung des Kirchenstaates durch Julius II die weltlichen Interessen mehr als je einen bedeutenden Einfluß auf die kirchliche Politik der Päpste aus, theils schlug ihr Herz warm für ihre Landsleute und theilte den allgemeinen Haß derselben gegen die fremden Eindringlinge. Clemens VII legte seine Interessen als italienischer Fürst in die eine Wagschale und seine Rücksicht für die deutsche Kirche in die andere; die letztere wog in seiner Seele weniger. Was man auch den Päpsten des Mittelalters nachsagen mag, Gutes oder Böses, Eines kann ihnen nicht Schuld gegeben werden, daß sie je die Bekämpfung von Sekten anderen Rücksichten untergeordnet hätten; ihre Stellung übte auf ihre Anschauung einen bewältigenden Einfluß aus. Erst Clemens VII verband sich mit Franz I, um die Spanier aus Italien zu vertreiben und sah mit Befriedigung die Opposition der protestantischen Fürsten in Deutschland erstarken, weil sie Karls Macht schwächte.

Karls Glück und Macht siegte über die Coalition seiner Gegner; er bereicherte sich sogar, wie erwähnt wurde, mit Mailand, und der Tod befreite ihn bald auch von Clemens VII. Der Nachfolger desselben, Paul III, war im Innern seiner Seele den Spaniern ebenso abhold wie sein Vorgänger, aber das mißlungene Auftreten des letztern und die immer größere Erstarkung des Protestantismus in Deutschland hielten ihn von einem feindlichen Vorgehen zurück. Einige Zeit lang suchte er sogar bei Karl auf friedlichem Wege zu erreichen, daß er selbst seine Macht in Italien mäßige. Es wurde darüber unterhandelt, daß der Kaiser sich mit Neapel begnüge und Mailand an einen Verwandten abtrete; ein Mittel wenigstens in etwas das Gleichgewicht in Italien herzustellen. Diese Verhandlungen führten jedoch zu nichts, weil Karl, wie es scheint, zu große Gegenforderungen machte. Als nun kurz darauf der schmalkaldische Krieg ausbrach, geberdete sich Paul III wie ein Freund Karls, aber kaum nahm derselbe für letztern einen günstigen Verlauf, so machte auch die Freundschaft des Papstes einer entschiedenden Feindseligkeit Platz. Er mahnte den König von Frankreich, „in Deutschland die zu unterstützen, die noch nicht geschlagen seien", und hoffte auf eine schließliche Niederlage des Kaisers, weil, wie der französische Gesandte berichtet, „er diese Niederlage wünschte"*). Die Ereignisse machten

*) Dumortier an den König von Frankr. Ribier I 637. S. d. Ranke: Päpste I, 254 u. f.



die Berechnung zu Schanden, Karl V ging bei Mühlberg als Sieger hervor; aber war nun zu erwarten, daß er den günstigsten Moment zur Unterdrückung der Protestanten benützen würde, nachdem er sich überzeugt hatte, daß Paul III dieselbe Politik verfolge wie Clemens VII? „Die Absicht des Papstes ist von Anfang an gewesen, uns in diese Unternehmung (den schmalkaldischen Krieg) zu verwickeln und dann zu verlassen," so schrieb Karl an seinen Gesandten in Rom. Es ist doch merkwürdig, daß der Besitz von einem Stück italienischen Bodens auf das Sein und Nichtsein des Protestantismus einen entscheidenden Einfluß ausüben sollte. Ist es nicht, als hätte die Vorsehung den Verstand der großen Gegner verwirrt?

Karl V trat vom Schauplatz der Ereignisse ab und überließ seinem Sohne die Behauptung einer Macht, gegen welche sich jetzt weit mehr Gegner als zur Zeit ihrer Begründung erhoben, denn die fruchtlosen Versuche Franz des I und der Päpste die Kette zu zerreißen, die sie umschlang, hatten alle Welt aufgereizt. In Rom war indessen nach zwei unbedeutenden Pontifikaten der Kardinal Caraffa als Paul IV auf den päpstlichen Stuhl gestiegen. Die Kardinäle hatten ihn gewählt, weil sie ihn für den fähigsten zur Durchführung der allgemein gewünschten kirchlichen Reform hielten, denn er war ein Mann voll glühender Energie und diese schien nothwendig. Dennoch sollte die Erwartung, die man sich von seiner Thätigkeit machte, vorerst getäuscht werden. Trotz seiner 79 Jahre, die er zur Zeit seiner Wahl zählte, fühlte er wie ein Jüngling, vergaß auf sein in den stärksten Ausdrücken gegebenes Versprechen sich mit der Reform zu befassen, und dachte an nichts anderes wie auf die Leiden seines Vaterlandes und auf die Uebel der Fremdherrschaft. Die Verbindung der deutschen Protestanten mit Heinrich II schien ihm eine Bürgschaft, daß die Niederlage, welche Karl V von Moriz von Sachsen erlitten hatte, auch Philipp II treffen und seiner Herrschaft in Italien vollends ein Ende machen könnte. Aufgeregt von diesen Erwartungen und Hoffnungen pflegte er stundenlang von nichts anderem zu sprechen als von der Nothwendigkeit die Spanier aus Italien zu vertreiben; er nannte sie Ketzer, Schismatiker, Vermaledeite Gottes, Samen von Juden und Maranen, Hefe der Welt und beweinte dabei das Unglück Italiens, welches ihnen in die Hände gefallen sei. Er erklärte Italien von ihnen befreien zu wollen und würde er auch in diesem heiligen Unternehmen allein gelassen werden, so werde man in der Zukunft doch sagen können, daß es wenigstens einen alten Italiener gegeben habe, der, obwohl nahe dem Tode, statt sich Ruhe zu gönnen, so erhabene Pläne gefaßt habe. Bei solchen Gesinnungen darf es nicht Wunder nehmen, daß



er sich mit Heinrich II verband, und daß ihre vereinten Heere in Italien auf die Eroberung von Neapel und Mailand ausgingen. Aber das Geschick schien jedes Unternehmen, an dem sich die päpstlichen Waffen betheiligten, verderben zu wollen. Trotz zahlreicher Heere und guter Verbindungen wurden die Franzosen und die päpstlichen Truppen überall in Italien geschlagen und Rom fiel zuletzt dem Herzog von Alba in die Hände. In Frankreich siegte Philipp II entscheidend bei St. Quentin und Paul IV mußte mit seinem Bundesgenossen froh sein, daß ihnen der Sieger Frieden gewährte (1559), statt daß sie, wie sie geträumt hatten, Italien unter sich getheilt hätten.

Diese totale Niederlage verfehlte nicht auf Paul IV einen tiefen Eindruck zu machen. Wie ein Gottesurtheil nahm er die Ereignisse auf und vergaß von nun an völlig auf die Spanier, um sich nur einem einzigen Gegenstande, der kirchlichen Reform, zu widmen. Die spanische Herrschaft in Italien wurde zwar noch immer von andern gehaßt und Pauls IV Nachfolger sahen sie keineswegs mit günstigen Augen an, aber auf alle drückte die Resignation, welcher sich ein so kühner Mann, wie Paul IV, so vollständig hingegeben hatte. Dennoch würden vielleicht selbst heilige Männer, wie Pius V und Gregor XIII, mehr als einmal die Anwandlung gefühlt haben, in die Fußstapfen ihrer kriegerischen Vorgänger zu treten, wenn nicht Frankreich indessen durch innere Kriege eine Beute der Anarchie geworden wäre, was dessen Beherrscher hinderte ihren Blick nach außen zu kehren und wenn nicht Philipp II wegen der Beschäftigung, die er nachgerade an den rebellischen Niederländern fand, an Furchtbarkeit verloren und an Berücksichtigung als katholischer Herrscher gewonnen hätte. So wirkten mehrere Ursachen zusammen, in Italien Ruhe zu erhalten: die fromme, ja heilige Gemüthsart einiger Nachfolger Pauls IV, die inneren Unruhen Frankreichs und der Aufstand in den Niederlanden.

Karls V persönliche und gewinnende Eigenschaften hatten ihm manche Freunde erworben und gewiß bot seine eigene Persönlichkeit nirgends dazu Veranlassung, den Widerwillen, welcher gegen die bedrohliche Größe der spanischen Herrschaft entstand, noch zu vergrößern. Anders war es der Fall mit dem Sohne. Das kalte und schroffe Wesen dieses Fürsten und ein nicht zu läugnender Zug von Grausamkeit und Bösartigkeit des Gemüthes machten seine Herrschaft zu einem harten Joch; mit der vollen Entfaltung seines Wesens beginnt der Zeitpunkt, von dem an Spanien und alles, was daran erinnerte, in Europa allgemein verwünscht wurde. Wir fühlen uns genöthigt das, was wir über Philipps Gemüthsbeschaffenheit hier sagen, durch ein Beispiel zu illustriren.



Philipp II hatte an Antonio Perez einen gewandten Diener und Minister gefunden; er hatte denselben stets vorgezogen, bis er entdeckte, daß dieser von der Prinzessin Eboli, mit welcher er selbst ein vertrautes Verhältniß unterhielt, begünstigt werde. Viele Fürsten haben bei solchen Entdeckungen das Leben der untreuen Diener nicht geschont, und würde Perez durch den Dolch irgend eines Meuchelmörders geendigt haben, so wäre dies weiter nicht auffallend. Nicht so aber Philipp. Länger als zehn Jahre ängstigte er seinen Minister mit der Anklage wegen eines Mordes, den dieser doch im Geheimen auf des Königs eigenen Befehl (!) vollführt hatte, hielt ihn bald gefangen, bald gewährte er ihm Freiheit und Hoffnung auf Verzeihung, um ihn zuletzt sogar auf die Folter spannen zu lassen. Endlich schien er sich an der Angst seines Opfers hinreichend gesättigt zu haben und dasselbe durch den Tod weitern Qualen entziehen zu wollen, als es Perez gelang nach Frankreich zu entfliehen. Wie erwähnt, es gab viele Fürsten, die ihre Rache nur in dem Blute derjenigen kühlen konnten, von denen sie sich beleidigt wähnten, andere auch verurtheilten ihre Opfer zu lang dauernden Qualen; es ist uns aber kein Fall bekannt, daß irgend einer sein Opfer während so vieler Jahre bald durch Qualen, bald durch Versprechungen und thatsächliche Erfüllung derselben, zwischen Furcht und Hoffnung ein zehnfach grausameres Schicksal als den Tod hätte erleiden lassen. Wir haben dies Ereigniß nur angeführt, um die kalte Klugheit und Vorsorge anzudeuten, mit der Philipp stets darauf bedacht war, zu seinem Zwecke zu gelangen. Er wollte Rache im vollsten Maße nehmen, und das war nur der Fall, wenn er sich diesen Genuß durch eine lange Zeit verschaffen konnte*).

---

*) Die Geschichte mit Perez ist ein skandalöser Flecken auf dem Andenken Philipps, noch skandalöser als die heimtückische Ermordung Montigny's. Es ist derselbe Montigny, welchen die Holländer nach Spanien als Gesandten abgeschickt hatten, der daselbst von Philipp II festgenommen und heimlich hingerichtet wurde. Auf des Königs Anordnung mußte die Hinrichtung so vorgenommen werden, daß am Körper keine Spuren davon sichtlich waren. Es wurde dann verbreitet, Montigny sei gestorben und erst in unsern Tagen fand man den Beweis vom Gegentheil im Archiv von Simancas, wo sich der detaillirte Befehl zu Montigny's Hinrichtung vorfand. — Bei dem Vorgehen Philipps gegen Perez spielte überhaupt die Inquisition eine eigenthümliche Rolle. Vor seiner schließlichen Flucht nach Frankreich war Perez nach Aragonien geflohen, um sich der kastilischen Justiz, die ganz in des Königs Gewalt stand, zu entziehen. Das gefügige Tribunal der Inquisition in Saragossa citirte Perez vor seine Schranken und klagte ihn der Häresie an. Im Schmerz seiner langen Haft und ausgestandenen Folterqualen hatte Perez ausgerufen, Gott müsse schlafen, weil er ihm nicht helfe. Diese Redeweise sei Blasphemie, rieche nach



Doch kehren wir zur politischen Thätigkeit Philipps II zurück und sehen wir, wie er, lange vorausrechnend, die Ereignisse nach seinem Willen zu lenken suchte.

Die Vorgänge unter seinem Vater und die eigenen Erfahrungen hatten ihn genugsam belehrt, wessen er sich zu versehen habe, wenn der König von Frankreich frei über seine Macht disponiren konnte und wenn in dem Papst weltliche Herrschsucht und schrankenlose Vaterlandsliebe über eine kirchliche Gesinnung die Oberhand erlangte. Seine Aufmerksamkeit kehrte sich also keinen Augenblick weder von Frankreich noch von Rom ab; er begrüßte mit Genugthuung die reformatorische Thätigkeit der Päpste, weil sie ihm eine Garantie gegen ihre kriegerischen Gelüste schien und unterstützte bei den Wahlen jene Kardinäle, von denen er sich eine Abkehr vom weltlichen Treiben versprechen konnte. Die Kunst, im Kardinalskollegium Einfluß zu gewinnen, um die Papstwahl nach seinem Belieben zu lenken, brachte er in ein förmliches System, dessen Theile einen interessanten Beitrag zur Geschichte menschlicher Selbsttäuschung liefern. Von Paul IV war unter den strengsten Kirchenstrafen jede Einflußnahme auf die Papstwahl und namentlich jede Verhandlung über dieselbe bei Lebzeiten des Papstes verboten worden; dennoch glaubte Philipp ohne Gefahr den angedrohten Censuren zu verfallen, Kardinäle mit Pensionen betheilen und den so betheilten in den Konklaven die Wahl der von ihm bezeichneten Kandidaten zur Pflicht machen zu dürfen. Um billig zu sein, muß man auch sagen, daß er hierin vielleicht unter dem Einfluße der allgemeinen Ereignisse handelte, die darnach angethan waren, ihm eine hohe Meinung von sich selbst beizubringen. Er durfte von sich behaupten, daß kein Fürst in Europa seine Länder mit solchem Eifer und Erfolge vom Protestantismus freizuhalten wisse wie er, und die Vorgänge in den Niederlanden selbst zeugten mindestens für seinen unbeugsamen Willen. Er konnte ohne weiters sich den einzigen Fürsten von Bedeutung in Europa nennen, welcher der Kirche treu geblieben war, denn sowohl die deutschen Kaiser, wie die letzten Valois waren machtlose Herrscher. Diese Betrachtung, welcher er sich unausgesetzt hingab, und welche unter

---

der Ketzerei der Waldenser, so urtheilte das Tribunal und verurtheilte ihn um dieser Reden und wegen des Vorsatzes der Flucht in ein mit Ketzern angefülltes Land zum Tod. Glücklicherweise war Perez bereits nach Frankreich entflohen, als dieser Spruch gefällt wurde, aber an seinen hinterlassenen Kindern wurde er mit aller Strenge erfüllt und dieselben bis zum Tode Philipps mit ihrer Mutter im harten Gefängnisse gehalten. — Der Sohn der Prinzessin Eboli, der Herzog von Pastrana wurde für einen Sohn Philipps II angesehen. Siehe Mignet: Antonio Perez et Philippe II.



bewundernden Ausdrücken von seinen Untergebenen ihm unablässig nahe gelegt wurde, erzeugte schließlich in ihm einen Hochmuth eigener Art. Er hielt sich alles Ernstes für eine Säule der Kirche und darnach auch berechtigt, in ihr Regiment einzugreifen. Es wurde offen vor ihm der Satz erörtert und mit den mannigfachsten Bibelstellen bewiesen, daß nur jener Papst der Kirche frommen könne, welcher dem spanischen Könige genehm sei; seine Rathgeber und Beichtväter hielten es für ausgemacht, daß die Interessen der spanischen Krone und die der Kirche identisch seien. Unter dem Eindruck dieser Vorstellungen hielt er es zuletzt für ein löbliches Werk, wenn er mit Außerachtlassung von Bullen und Censuren die Wahl der Päpste in seine Hand nehme. Was er that, trägt nicht den Stempel jener frivolen Bestechung, welche sich später Heinrich IV bei den Papstwahlen, unbekümmert um eine theologische Billigung und Mißbilligung seiner That, erlaubte; Philipp kalkulirte Jahre lang bedächtig über seine Einflußnahme und seine Pensionen und überzeugte sich zuletzt, daß er in beiden tadellos handle*).

Den päpstlichen Stuhl von sich abhängig zu erhalten, war indessen nur ein Theil seines politischen Systems, von seinem Vater hatte er noch den glühenden Wunsch ererbt, Frankreich zu demüthigen. Nach der Schlacht bei St. Quentin, welche gleich in den Beginn seiner Regierung fiel, verfolgte er nicht seine Siegeslaufbahn, denn er fand Heinrich II doch noch zu mächtig. Aber als die Parteien Frankreich unter den letzten Valois ohnmächtig machten, begann ihm eine neue Hoffnung zu leuchten. Die Grundsätze der legitimen Succession, für welche er in England gar sehr ins Feuer gegangen war, schienen ihm in Frankreich einer Verbesserung von seiner Hand bedürftig. Denn da mit dem Aussterben der Valois Frankreich daran war einem protestantischen Fürsten, seinem Gegner Heinrich IV, in die Hand zu fallen, so zögerte er keinen Augenblick, sich den französischen Katholiken, die dies verhindern wollten, anzuschließen und die vielleicht nimmer wiederkehrende Gelegenheit zu ergreifen, das Land an seine Familie zu ketten und dessen feindlichem Antagonismus ein Ende zu machen. Aber in nichts tritt so wie in den Ereignissen der Geschichte die regelnde Hand einer überirdischen Macht an den Tag, welche alle Vorsicht und Berechnung der Menschen zu Schanden macht. Ein Jahr vor dem Tode Heinrichs III hatte sich Philipp in die unglückliche Unternehmung gegen England eingelassen und damit seine

*) Wir haben über Spaniens Einflußnahme auf die Papstwahlen nach den Papieren von Simancas einen Aufsatz in den Sitzungsberichten der kaiserlichen Akademie Jahrgang 1861 veröffentlicht.



Finanzen bis zur vollen Erschöpfung angegriffen. Was wäre wohl geschehen, wenn die Nachricht von Heinrichs III Ermordung den König von Spanien noch vor der Ausrüstung der unüberwindlichen Flotte erreicht hätte? Wie die Dinge in Frankreich standen, wäre Heinrich IV wahrscheinlich unterlegen, wenn sein Gegner nicht ebenfalls banquerot gewesen wäre, wie er.

Wie oft mag wohl Philipp bedauert haben, daß er seinen langsam vorbereiteten Rachezug gegen England nicht noch um einige Jahre verschoben hatte; was wäre aus dem englischen Reiche, was aus dem Anglikanismus geworden, wenn eine französische und spanische Flotte vereint an den Ufern der Themse gelandet wäre? Dennoch gab Philipp das Spiel auch mit seinen geschwächten Kräften nicht verloren. Nicht bloß verband er sich auf das engste mit der französischen Liga, um mit Beseitigung Heinrichs IV die eigene Tochter, die Infantin Isabella, als Nachkomme und Erbin der Valois auf den französischen Thron zu bringen, sondern er suchte auch durch die innigste Verbindung mit dem Papste dieses Unternehmen als im Interesse des Glaubens gelegen hinzustellen und durch geistliche Mittel und päpstliches Geld zu ersetzen, was ihm am eigenen Vermögen gebrach. Gerade saß Sixtus V auf dem päpstlichen Stuhl und obwohl dieser sparsame und kluge Kirchenfürst keine Vorliebe für Spanien besaß und die Traditionen seiner letzten Vorgänger nichts von Bündnissen mit diesem Lande wußten, so nahm er doch die Forderungen, welche Philipp jetzt an seine Billigung und, was noch mehr sagen will, an seinen Schatz stellte, gnädig auf. Kaum war jedoch dieses römisch-spanische Bündniß zu Stande gekommen, so starb Sixtus V, und es war für Philipp eine Frage von höchster Bedeutung, wer wohl dessen Nachfolger werden würde.

Vertreter Spaniens am römischen Hofe war im J. 1590 der Graf von Olivarez, Vater des später so berühmten Herzog-Grafen. Dieser besaß die gemessensten Weisungen, die Wahl eines Kardinals zu unterstützen, welcher in die Fußstapfen strenggläubiger Vorfahrer tretend, alles thun würde, um die Herrschaft eines protestantischen Königs in Frankreich zu verhindern. Die Aussichten für Philipp II waren die besten, denn um diese Zeit war vielleicht das halbe Kardinalskollegium durch Pensionen an das Interesse von Spanien geknüpft, und auch die französische Partei, welche sonst in den Konklaven die gefährlichste Gegnerin war, stand diesmal auf seiner Seite, da sie von der katholischen Liga abhängig war. Dennoch machten kleinliche Interessen, wie so oft, die klügsten Berechnungen zu Schanden. Ein paar italienische Duodezfürsten sahen mit Schrecken den Moment kommen, wo Philipp im Vatikan und in Paris allmächtig



sein sollte; ihre Besitzungen schienen ihnen umklammert von spanischer Uebermacht keinen Tag mehr sicher. Auch sie geboten über einige, zwar nur wenige, aber desto ergebenere Anhänger im Konklave. Ihrer Ueberredungsgabe und ihren Einflüsterungen gelang es eine Wahl durchzusetzen, von der sich Philipp für seine Anschläge auf Frankreich nicht viel versprechen konnte.

Allein Urban VII, so hieß der neue Papst, lebte nur 13 Tage und das Konklave trat von neuem zusammen. Dieselben Intriguen kleiner Fürsten und ihrer Anhänger, dieselben Manöver im Konklave, um die Häupter der Parteien von Spanien abzuziehen, wiederholten sich auch diesmal. Aber Philipp II war jetzt nicht gewillt, so leichten Kaufes sich verloren zu geben. Welcher Eigennutz auch immer seiner Handlungsweise ankleben mochte, er durfte mit Wahrheit von sich behaupten, daß er mit seinem Krieg in Frankreich zugleich die Alleinherrschaft der katholischen Kirche bezwecke. Wenn ein Kardinal gewählt wurde, der seine Unterstützung im Kampfe gegen Heinrich IV verweigerte, so konnte dies Philipp mit Recht als einen Sieg der Intrigue und Inkonsequenz bezeichnen. Seit Jahrhunderten hatten die Päpste zum Kampf gegen die christlichen Sekten aufgefordert: gegen die Albigenser in Frankreich, gegen die Waldenser in Italien, gegen die Husiten in Böhmen war das Kreuz gepredigt worden; gegen die Protestanten in Deutschland war Karl V zur Exekution gemahnt worden. Es ist wahr, Clemens VII hatte es mit der Vernichtung der deutschen Protestanten nicht so ernstlich gemeint und für Paul III und IV waren sie sogar willkommene Werkzeuge gegen Karl V. Allein diese ganz eigenthümliche Verweltlichung der päpstlichen Politik, welche schließlich in Deutschland den Nachfolgern des hl. Petrus keine guten Früchte trug, sollte sie verewigt und nunmehr auch auf Frankreich angewendet werden, weil man dessen in Italien gegen die weltlichen Uebergriffe Spaniens für nöthig hielt? Wenn solche Betrachtungen unter den Kardinälen maßgebend waren, so war Philipp in der Lage mit ihnen eine Sprache zu führen, auf die sie kaum anders als mit Ausflüchten antworten konnten. In der That, er war entschlossen, es auf das äußerste ankommen zu lassen; aus der Liste seiner Anhänger wählte er sieben Kardinäle, zu deren Treue er besonderes Vertrauen hegte und bezeichnete sie durch den Grafen Olivarez dem Kardinalskollegium als diejenigen, deren Wahl allein ihm genehm wäre. Ueber einen solchen Eingriff in die Wahlfreiheit wurde bitter gescholten, zwei Monate lang wehrten sich die Gegner Spaniens nachzugeben, bis endlich die Anhänger Philipps siegten. Er hatte einen Papst verlangt, der ihn im Kampfe gegen Heinrich IV mit allen geistlichen und weltlichen Waffen unterstützen sollte, und er war mit seiner Forderung im Recht, wenn die Kardinäle nicht



auf eigene Gefahr die alten Traditionen Roms mit Füßen treten wollten. Gregor XIV, so hieß der neue Papst, war der Mann nach dem Sinne Philipps. „Wir sind jetzt Herren in Rom", so ungefähr äußerte sich Olivarez an seinen Gebieter über diese Wahl.

Allein kein Sterblicher konnte sich weniger auf die Beständigkeit des Glücks verlassen, wie Philipp II. Kaum hatte Gregor XIV durch den innigsten Anschluß ihm in Frankreich bedeutende Dienste geleistet, so starb er auch schon und sein Nachfolger Clemens VIII, von Spanien nicht mit Mißtrauen betrachtet und deshalb bei der Wahl auch nicht angefeindet, hatte weniger darauf Bedacht, Heinrich IV für immer von dem französischen Thron auszuschließen, als vielmehr durch dessen Erhaltung auf demselben jenes Gleichgewicht in Europa zu stützen, dessen Verschwinden in Italien ein Gegenstand dauernden Grames für die Päpste abgab. Das französische Volk und der niedere Adel ohnedies den Fremden abgeneigt, ergriffen mit Freuden die Gelegenheit, sich völlig Heinrich IV anzuschließen, als dieser katholisch wurde und der Papst ihm die Hand zur Versöhnung bot. Durch diese zwei unerwarteten Ereignisse: den unvorhergesehenen Uebertritt Heinrichs und die nachsichtsvolle Milde des Papstes sah Philipp seinen Anschlag auf die französische Krone mit einemmale vereitelt. Er stand jetzt im hohen Alter, zwischen 60 und 70 Jahren, das Schwinden seiner körperlichen Kräfte stand im Einklang mit dem Verfall, der sich seiner Länder, Spaniens obenan, bemächtigte. Seine Feinde dagegen triumphirten nach einander alle über ihn und waren in eben dem Grade mächtiger geworden, in welchem er schwächer geworden war. Frankreich eilte unter Heinrich IV einer Blüthe entgegen, welche die Macht seiner Könige über die Franz' I erhöhen mußte, England hob sich zusehends unter Elisabeths Regierung und die Generalstaaten konnte man nicht mehr bettelhafte Rebellen nennen, denn sie hatten ein geordneteres Regierungswesen als das von Altcastilien selbst, und ihre Finanzen waren besser bestellt, als es die von Spanien je gewesen waren.

Bei diesem völligen Mißlingen aller seiner Pläne auf Frankreich, Holland und England war es schließlich auch Philipp II nicht erspart in Italien den Beginn eines neuen Kampfes zu erleben, gerade als er sich wahrhaft nach allseitiger Ruhe sehnte. Zwar kam es bei diesem Kampfe nicht auf die Entscheidung der Waffen an, aber nur um desto gefährlicher konnte der Verlauf desselben für den spanischen Besitz in Italien sein. Der Gegenstand, um den es sich handelte, betraf die Ausdehnung der geistlichen Jurisdiktion. In Spanien hatte der König auch in dieser Beziehung seine Gewalt zu erweitern gesucht und war mit der geistlichen Gerichtsbarkeit in eine beharrliche Opposition getreten. Corre-



gidoren, welche von den bischöflichen Gerichten wegen Schmälerung kirchlicher Rechte am öftesten excommunicirt worden waren, erfreuten sich bei ihm als tapfere und unerschrockene Diener seines Willens besonderer Berücksichtigung, während ein Beamte, der nicht mindestens zehn Monate excommunicirt war, für minder eifrig in der Pflichterfüllung galt*). In Italien würde sich Philipp gern mit den alten Rechten begnügt und nicht nach ihrer Erweiterung getrachtet haben, aber hier sah er sich hinwiederum aus der Rolle eines Angreifers in die eines Vertheidigers versetzt. In Neapel und Mailand waren in jedem Bisthum nach altem Gebrauch bischöfliche Gerichte etablirt., welche vor ihr Forum nicht bloß Gegenstände geistlicher Natur zogen, sondern ihre Kompetenz zeitweise derart zu erweitern suchten, daß neben ihren Ansprüchen, die wir bald näher kennen lernen werden, nur schwer noch ein weltliches Regiment bestehen konnte. Schon Ferdinand der Katholische hatte in dieser Beziehung große Kämpfe in Neapel zu bestehen, aber seine im Kampfe mit den Mauren und in der Erfindung und Benützung der Inquisition zum schroffen Despotismus ausgebildete Natur wußte sich durch die gewagtesten Mittel Ruhe zu schaffen. Seinem Vicekönig in Neapel Don Juan von Aragon befahl er einmal jeden päpstlichen Boten aufzuhängen (!), der Schreiben nach Neapel brächte, die seinen Rechten widerstritten, und dem Papste drohte er augenblicklich mit der Versagung der Obedienz, wenn er ein Breve, um dessentwillen der Streit entstanden war, nicht zurücknehmen würde **). Solche Entschiedenheit erreichte ihren Zweck, und weder Ferdinand noch Karl V hatten

*) Alberi, Relationen I. 5. S. 485. Relation des Agostino Nani vom J. 1598: In quanti modi contraria il re all' autorita ecclesiastica parte lunghissima. La religione e la giustizia si stimano a ragion di stato. Nei dispareri che nascono tra il nunzio, ovvero il collettore, e il consiglio reale il re spesso s'intromette per sedarli. Non è tenuto per buon ministro quell' alcalde o corregidor, che non sia stato almeno dieci mesi scomunicato· e quello è tenuto per miglior ministro che fa maggior forza contra la giurisdizione ecclesiastica.

**) Das Original des Schreibens Ferdinands befand sich seiner Zeit im Archiv von Neapel und befindet sich wohl noch dort. Abschriften davon kursirten in Spanien mehrere. Es heißt darin unter andern: Nos (Ferdinand) escrivimos sobre este caso a Geronimo de Vicq nuestro Embaxador en Corte de Roma lo que vereys por las copias, que van con la presente y estamos muy determinado, si Su Santidad no revoca luego el Breve y los autos por virtud de fechos de le quitar la obediencia de todos los reynos de la corona de Castilla y de Aragon y de hazer otras provisiones convenientes a caso tan grave y de tanta importancia. 22. Mai 1506.

später Ursache wider die Uebergriffe geistlicher Jurisdiktion auf weltliches Gebiet viel zu klagen. Anders gestaltete sich aber unter Philipp II die Sache. Die katholische Kirche nahm durch den Feuereifer frommer Päpste einen neuen Aufschwung, der vor allem sich darin kundthat, daß die Bisthümer frommen und gelehrten Männern wiederum übertragen wurden. Diese thaten nun alles, um die geistliche Jurisdiktion zu ihrer früheren Höhe zu bringen, und da sie dabei von reinen Motiven geleitet waren, so konnte ihnen Philipp nicht vom Anfang an jenen Widerstand entgegensetzen, den er ihnen sonst gern entgegengesetzt hätte. Als Pius IV (1559—1565) in Rom residirte, ernannte er seinen Neffen, den Kardinal Karl Borromeo, zum Erzbischof von Mailand. Unter diesem später von der Kirche heilig gesprochenen Mann nahm das kirchliche Leben in Mailand einen Aufschwung, der an die Zeiten des heiligen Ambrosius erinnerte; dem König von Spanien war aber dabei nicht ganz wohl zu Muthe. Sein Statthalter, der Herzog von Albuquerque hatte gerade so viel Macht, als ihm der Erzbischof zu belassen beliebte, und die übrigen Bischöfe des Herzogthums richteten sich nach dem Beispiele, welches ihnen ihr Metropolit gab. Der Streit, welcher wegen einer so ungemessenen Ausdehnung der geistlichen Jurisdiktion zwischen dem Erzbischof und dem Herzog von Albuquerque ausbrach, wurde durch die Intervention des Papstes zwar geschlichtet, allein, wie sich leicht denken läßt, nicht eben zum Vortheile Spaniens. Nach dem Tode Karl Borromeo's trat eine Art von Waffenstillstand zwischen den geistlichen und weltlichen Behörden ein, jede überließ der andern, was ihr unbestritten nach dem Herkommen und dem Beispiel anderer Länder gebührte, und so vertrug man sich leichter bei den weniger zahlreichen Kompetenzkonflikten. Anders war es jedoch, als Friedrich Borromeo, ein Neffe Karls, von Papst Klemens VIII mit dem Purpur bekleidet das Erzbisthum Mailand gleicherweise durch päpstliche Verleihung überkam. Jetzt ward der Kampf von neuem aufgenommen und sein Verlauf zeigt nur zu deutlich, daß man weniger die Erweiterung der geistlichen Jurisdiktion als das Verderben der spanischen Herrschaft beabsichtigte. Seine Amtswirksamkeit leitete der neue Erzbischof damit ein, daß er dem königlichen Statthalter und Konnetable Don Juan de Velasco den Ehrensitz in der Kirche versagte, der seit langem den Vertretern des Königs eingeräumt worden war; dann wurde auf den geistlichen Gebäuden hie und da das königliche Wappen nicht ohne Ostentation entfernt und ihm ein Platz unter dem des Erzbischofs angewiesen. Nach diesen vorausgegangenen Nergeleien beanspruchte der Erzbischof, daß die geistlichen Gerichte ungeschmälert ihre Jurisdiktion ausüben dürften. Nach seinen Ansichten gehörten aber nicht bloß Glaubens-



und Disciplinarsachen, Eheangelegenheiten und endlich der Clerus vor das bischöfliche Gericht; es sollten auch von demselben alle Prozesse entschieden werden, die zwischen Clerikern und Laien entstehen konnten, ferner alle Prozesse, gleichviel zwischen wem geführt, welche auch nur entfernt wucherische Geschäfte betrafen, es sollten dem geistlichen Gerichte weiter alle Pächter geistlicher Güter und alle Arbeiter (!) auf denselben in Civil- und Personalangelegenheiten unterstehen, dasselbe sollte schließlich mit allen sogenannten Laien-Brüderschaften, deren es damals eine große Menge gab, der Fall sein. Auf diese Art gab es nahezu Niemand im Mailändischen, der nicht auf irgend eine Weise vor das geistliche Forum hätte gezogen werden können. Hiezu kam noch, daß der Erzbischof nach und nach auch die Kriminalgerichtsbarkeit über das ganze Land unter denselben Vorwänden an sich zu reißen suchte und schließlich den Satz aufstellte, jedes Vergehen, mit dem zugleich eine Todsünde verbunden sei, gehöre zur Aburtheilung allein vor das geistliche Forum. Die geistlichen Gerichte schritten überall ohne Benachrichtigung der weltlichen zur Verhaftung aller Personen ohne Unterschied, auf die sie ihre Hand legen wollten, ja sie griffen selbst an ihre Güter, bestimmten willkürliche Geldstrafen und sprachen sogar Konfiskationen aus *). Da der Statthalter des Königs gegen diese Prätensionen endlich mit Macht auftrat und in einem Bande mit schwerer Strafe alle jene bedrohte, welche in Angelegenheiten, die vor das Civilgericht gehörten, sich an das geistliche wenden würden, so kam es zum Bruche. Der Erzbischof exkommunizirte den Statthalter und den königlichen Rath in Mailand, ließ in allen Kirchen die Gebete wiederholen, mit denen die verfolgte Christenheit zu Diocletians Zeiten um Schutz bat und rief überhaupt eine Aufregung hervor, welche in jedem Augenblicke einen allgemeinen Aufstand erregen konnte; Mailand selbst füllte sich mit Tausenden von Wegelagerern und Räubern, die ihre Gelegenheit abwarteten und indessen sich das Asylrecht der Kirchen zu Nutzen machten. Endlich legten sich der Papst und Philipp II ins Mittel, der Streit wurde in etwas ausgeglichen, Friedrich Borromeo ermäßigte seine Forderungen, aber immerhin unbedeutend genug, so daß die Streitigkeiten auch nach Philipps II Tode immer von neuem entbrannten. Gegen 30 Jahre verwaltete Friedrich die Diözese von Mailand und konnte ruhig drei

*) Die Geschichte sämmtlicher Streitigkeiten zwischen den weltlichen und geistlichen Gerichten in Mailand fand ich in einer höchst merkwürdigen und weitläufigen Relation des Codestable Don Juan de Velasco d. d. 1. Juli 1597 gerichtet an Philipp II. Eine Kopie dieser Relation findet sich in der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag.



Königen von Spanien in derselben Trotz bieten. Es ist bekannt, welch ein gesegnetes Andenken er in Italien hinterlassen, wie er sein Lebelang über den Bedrückten Trost und Hilfe gewesen und wie er zur Zeit der furchtbaren Pest in Mailand den Gipfel der Tugend erreichte; ob er sich aber immer daran erinnerte, daß er dem verhaßten Könige von Spanien mindestens dieselbe Rücksicht schulde, wie sie die ersten Christen nicht einmal Nero vorenthielten, möchten wir nicht behaupten wollen. So lang er lebte, ließ er die Spanier seinen Haß fühlen und theilte so die Stimmung jener Päpste, in deren Seele neben dem feurigsten Eifer für die Kirche doch noch Raum blieb, um gegen die Spanier wenn nicht Haß doch die tiefste Abneigung zu fühlen. Konnte es sich doch seiner Zeit selbst der heilig gesprochene Pius V (1566—1572), der Inbegriff von Frömmigkeit nicht versagen, Philipp II wenigstens den Rath zu geben, das Königreich Neapel als ein unrechtmäßig erworbenes Gut abzutreten*).

Nach so herben Erfahrungen stürzte sich Philipp in kein großes Unternehmen mehr, sondern war nur noch auf die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens bedacht. Bei der hohen Meinung, welche er von seiner eigenen Thätigkeit hegte, mußte sich seiner Betrachtung oft genug in quälender Weise das Mißverhältniß aufdrängen, das zwischen seinen Bestrebungen und den erlangten Erfolgen bestand; bei solchen Erwägungen erinnerte er sich des Erben, der nach ihm die weite Monarchie beherrschen sollte und der trotz seines noch jugendlichen Alters apathischen Geistes dahinlebte; er konnte sich dann nicht enthalten, bedauernde Worte darüber zu äußern, daß ihm das Geschick einen solchen Sohn gegeben habe**). Aus diesem Grunde wollte er demselben die Monarchie im Friedensstande hinterlassen, denn wie sollte dieser schwache Jüngling dem Anprall der Feinde widerstehen? Mit England, Holland und Frankreich wurden Friedensunterhandlungen angeknüpft, doch hatten nur die mit Heinrich IV Erfolg und führten zum Frieden von Vervins (1598). Mit England kam kein Vergleich zu Stande, denn die Engländer wollten den Krieg, da er ihnen Vortheil brachte. Mit Holland auf der Grundlage zu unterhandeln, welche nicht weiter zu umgehen war, nämlich auf Grund der Anerkennung der Unabhängigkeit der Republik, dagegen empörte sich der kastilische Stolz, und so sollte Spanien noch ferner an dieser

*) Archiv von Simancas. Römische Korrespondenz unter Paul V. Paul V führte einmal im Gespräch mit dem spanischen Gesandten dieses Factum selbst an, als die Spanier die Verdammung des Werkes von Baronius über die sicilianische Monarchie verlangten.

**) Don Modesto Lafuente: Historia de España.



Wunde eitern. Gleichwohl verfiel Philipp II auf ein Auskunftsmittel, welches mindestens geeignet schien, sein und seines Nachfolgers Budget von der Last des holländischen Krieges zu befreien und einen faktischen Friedenszustand herbeizuführen. So lange ein Theil der Niederlande im spanischen Besitz blieb, sahen sich die Generalstaaten bedroht und glaubten nicht an einen dauernden Frieden, rüsteten und zwangen Spanien zu Gegenrüstungen. Wie nun, wenn Philipp den noch unterworfenen Theil der Niederlande von seiner Monarchie trennte, und durch dieses unzweifelhafte Unterpfand seine friedlichen Gesinnungen verbürgte? In der That bestimmte er, daß seine Lieblingstochter, die Infantin Isabella, Belgien im Verein mit der Franche Comté erben und beides ihrem künftigen Gemahl als Mitgift zubringen sollte; sie und ihre Nachkommen sollten unter spanischer Oberhoheit diese Länder beherrschen. Dieser Ausweg leistete zwar nicht, was Philipp sich davon versprach, aber er konnte sich doch für Spanien günstiger gestalten, als die Fortdauer des früheren Verhältnisses.

Nach diesen Bestimmungen verordnete er noch, daß seine Tochter den Erzherzog Albrecht zum Gemahl nehmen solle, entschied sich für die Heirat seines Sohnes mit der Erzherzogin Margaretha und knüpfte so beide Linien des Hauses Habsburg wieder enger an einander. Alles dies geschah in den Tagen seiner Anwesenheit in Madrid, wenige Monate vor seinem Hinscheiden. Am letzten Juni 1598 reiste er hierauf nach dem Escurial, in der Hoffnung, durch diesen veränderten Aufenthaltsort seine zerrüttete Gesundheit wieder etwas herzustellen. Aber schon der Weg verschlimmerte sein Leiden und er konnte wegen furchtbarer Gichtschmerzen nur langsam von Ort zu Ort in einem Tragsessel fortgeschafft werden. Im Escurial angelangt nahm seine Krankheit jenen bösartigen Charakter an, in dem nicht wenige seiner Gegner eine besondere Heimsuchung Gottes erkennen wollten; der ganze Körper bedeckte sich mit Eiterbeulen, von denen eine nach der andern aufbrach und um ihn herum einen unerträglichen Gestank verbreitete, dazu kam noch, daß sich die eiternden Wunden mit Ungeziefer anfüllten, das nicht mehr entfernt werden konnte. Trotzdem, daß er augenscheinlich der Auflösung entgegenging, selbst nicht die geringste Bewegung im Bett aus eigener Kraft mehr ausführen konnte, sondern unbeweglich auf derselben Seite liegen mußte, bekümmerte er sich noch um die Leitung des Staates und da er nicht dem Urtheile seines Sohnes in der Auswahl der Diener vertraute, so ordnete er noch einige Veränderungen im Staatsrathe an, von denen er hoffte, daß sie der Erbe respektiren würde. Letzte Täuschung des Sterbenden; der Infant hatte im Geiste bereits anders über die hohen Aemter verfügt. Nach



diesem letzten Eingriff in die Regierung wandte Philipp seine alleinige Sorgfalt nur noch seinem Seelenheile zu. Vielleicht haben wenige Sterbliche solche Martern überstanden, wie er, vielleicht haben aber auch noch wenigere mit einer solchen Resignation dem letzten Momente entgegengesehen, wie er. Ohne eine Klage im Munde ließ er die schmerzlichsten Operationen mit sich vornehmen; sein einziger Trost dabei bestand darin, daß er sich die Geschichte der Leiden Christi vorlesen ließ, um bei deren Anhörung sein eigenes Schicksal erträglicher zu finden. Beschäftigt mit seinem Seelenheile duldete er um sich herum fast nur noch Geistliche, obenan seinen eigenen Beichtvater Fray Diego de Yepes; ab und zu frug er sie in der Angst vor dem kommenden Gerichte, was er noch zu thun habe um sich zu entsündigen, und auf ihr Anrathen bedachte er Arme und Kirchen mit ebenso zahlreichen als königlichen Geschenken, die augenblicklich verabfolgt wurden. In den letzten Tagen seiner Krankheit sprach er nur noch von seinem Tode, ordnete auf das genaueste die Art und Weise an, wie er eingesargt werden wollte und verlangte endlich am 1. September, daß man ihm die letzte Oelung reiche. Bevor seinem Wunsche noch willfahrt wurde, ließ er seinen Sohn an sein Krankenlager herankommen und sagte ihm: Ich wünschte, mein Sohn, deine Gegenwart, damit du siehst, was es um die Königreiche und Herrschaften dieser Welt für ein Bewandtniß habe, und damit du den Tod selbst kennen lernest. Mache dir die Erfahrung zu Nutzen, denn morgen hast du selbst zu regieren. Am Tage nach dem Empfang der Sterbsakramente ließ er sich das Crucifix bringen, mit dem sein Vater in der Hand dem letzten Augenblick in San Yuste entgegengesehen und das als eine theure Familienreliquie im königlichen Schatze aufbewahrt wurde. Als man dasselbe herbeigebracht hatte, bemerkte er, daß in einer Lade des Crucifixes zwei Disciplinen verborgen seien, eine, die gebrauchte, rühre von seinem Vater her, der sie fleißig benützt habe, die ungebrauchte gehöre ihm. Er wollte nicht aus der Welt mit einem falschen Schein von Frömmigkeit scheiden. Am 13. September 1598 starb er *).

Philipp II hat in der Geschichte ein Andenken hinterlassen, welches ihn wie eine Art von Fluch belastet. Hat sein unläugbar finsterer Charakter und seine harte Gemüthsart den bedeutendsten Einfluß auf die

*) Die Nachrichten über seinen Tod entnehme ich einer handschriftlichen Relation de algunas cosas particulares y notabiles que passaron y dixo el Rey (Phelipe II) en el discurso de la enfermedad, de que murió. Das MS. ist in der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag. Die Erzählung rührt von einem unterrichteten Zeitgenossen her.



Unleutseligkeit seiner ganzen Regierung gehabt, so ist wohl ihr Verlauf nur um dessentwillen so traurig geworden, weil er ein Reich zu beherrschen hatte, dessen Theile nun und nimmermehr zusammenpaßten. Die Niederländer hatten trotz der Leutseligkeit Karls V, den sie doch einen Sohn ihres Landes nennen konnten, den Verlust ihrer früheren Selbstständigkeit und das Gekettetsein an ein so fernes, wie das spanische Interesse nimmer gern ertragen mögen, und als nun unter Philipp spanischer Absolutismus und spanische Inquisition ihrer Existenz den Todesstoß geben wollte und sie zugleich auch nur noch von Spaniern regiert werden sollten, hielten sie nicht länger an sich. Die Italiener, von Anfang her schon Gegner der minder gebildeten und von ihnen verachteten Spanier, wurden in ihrem Haß gegen die Fremdherrschaft durch alle Erinnerungen der Heimat vor allem aber durch das aufreizende Beispiel der Päpste selbst immer mehr bestärkt. Wo solche Gegensätze in einem Reiche sich finden, da ist die Trennung das einzige Auskunftsmittel oder es bleibt schließlich nichts übrig, wie das Schwert, um die Widerspänstigen niederzuhalten. Da nun Fürsten die Herrschaft über einzelne Theile ihrer Gebiete um des Hasses der Einwohner willen nicht niederzulegen pflegen, so darf man Philipp nicht darüber besondere Vorwürfe machen, was er zur Behauptung der Niederlande gethan und ihm nicht das Unrecht anthun, in dieser Beziehung ihn seinen fürstlichen Zeitgenossen, die in ihren Kreisen dasselbe thaten, nachzusetzen. Das wahre Maß zu seiner Beurtheilung liefert Spanien allein, hier konnte sich die Individualität des Herrschers frei ausprägen, da er hier nur Sympathien begegnete, und hier ist auch schließlich die Verurtheilung seiner Regierung besiegelt. Die letzten Reste von Freiheit auf dem Boden dieses Landes vertilgte er mit tyrannischer Wuth in Aragonien, und mit Hilfe der Inquisition, welche die ihr eigenthümliche Stufe der Vollkommenheit unter ihm erreichte, vervollständigte er jenes absolute Regierungssystem, welches die geistige und materielle Entwicklung der Spanier auf fast zwei Jahrhunderte hinaus vernichtete *). Philipp II war nicht eroberungssüchtig; nach dem einstimmigen Zeugnisse sämmtlicher

*) Nani's Relation 1598 bei Alberi I, 5. S. 485. Daß die Inquisition ganz und gar ein Instrument der spanischen Könige gewesen sei, darin sind alle venetianischen Gesandten einig. So sagt Nani an der citirten Stelle: Il re si può dir capo dell' offizio dell' inquisizione, denominando esso gl' inquisitori e ministri. Adopra quest' officio per tener in freno i sudditi e castigarli con la segretezza e severità con che si procede in esso, dove non può farlo con l'autorità ordinaria secolare, se ben suprema, del consiglio reale. L' inquisizione e il consiglio reale si danno mano insieme e s' aiutano in servizio del re per rispetto di stato.



venetianischer Gesandten liebte er den Frieden und dachte nur an die Behauptung seines ererbten Besitzes, erst als ihm dies durch England in den Niederlanden erschwert wurde, und als er gleiche Gefahr von Seite Frankreichs, wenn es erstarken würde, befürchten mußte, erst da ließ er sich in seine gewaltigen Kriegsunternehmungen und Eroberungspläne ein und hielt dann seinem Charakter gemäß an ihnen so fest, daß ihn erst der absolute Mangel an Mitteln zur Ruhe bringen konnte. Weil er bei seinen Bestrebungen auch von dem Wunsche geleitet war, die katholische Kirche überall in ihrer Herrschaft zu erhalten, so hielt er sich für ein Werkzeug Gottes und für berechtigt sich seine eigene Theologie zu bilden*). Beim Antritt seiner Regierung, heißt es, sei er religiös, gerecht, sparsam und friedlich gewesen. Aber im Laufe der Zeit habe sich alles an ihm verschlechtert, seine Religiosität wich staatlichen Rücksichten, seine Gerechtigkeit machte grausamer Strenge Platz, die Sparsamkeit schlug in Geiz um und seine Friedfertigkeit konnte mit dem Verlangen, Schiedsrichter der Christenheit zu sein, nicht weiter bestehen**).

Philipp war mit einer außerordentlich seltenen Arbeitskraft ausgerüstet. Von seinem Palast in Madrid, welches er zur Hauptstadt erhoben hatte und vom Escurial aus, welchen er in einer unwirthbaren und traurigen Gegend der Quadarama erbaut hatte, lenkte er die gesammte äußere Politik und die Verwaltung seiner Länder. Zu den Hunderttausenden von Aktenstücken, die ihm in seinem Leben in die Hand kamen und welche er mit Sorgfalt las, schrieb er regelmäßig seine Bemerkungen am Rande nieder, und hat hiedurch der Nachwelt die beste Gelegenheit gegeben, in die geheimsten Falten seiner Seele einzubringen***). Während seiner Regierung war der Einfluß seiner Räthe und Minister auf ein kleines Maß herabgedrückt, denn seine eigene Geschäftskenntniß enthob ihn in den meisten Fällen der Mühe, sich bei Andern Raths er-

---

*) Soranzo's Relation von 1602 bei Alberi: Spagna, 158: Il re passato nelle cose ecclesiastiche con lungo uso e con l'aver formato una cosienza secondo il parere de'suoi teologhi, che forse non sempre ardivano di contrariare alla sua inclinazione, pareva che avesse fatto un abito un poco libero.

**) Nani's Relation von 1598 bei Alberi I Vol. S. 488 5: Il già re era religioso, giusto parco e pacifico. Ma la prima qualità si convertiva in ragion di stato, la seconda in severità crudele, la terza in avarizia, la quarta in voler esser arbitro della cristianità.

***) Diese kostbaren Randglossen finden sich in den Korrespondenzen, welche im Archiv von Simancas aufbewahrt werden.



holen zu müssen. Einige Sekretäre und seine Tochter Isabella waren schließlich die einzigen, deren Hilfe er sich bediente*).

Von Philipp II datirt es her, daß der spanische Name in Europa wie mit einem Brandmal befleckt war. Der Abscheu gegen spanischen Einfluß und spanisches Wesen ging von den Niederlanden und zum Theil auch von Italien aus und theilte sich allmälig den angrenzenden Völkern, Katholiken wie Protestanten mit. Auf diese Weise bekam alles, was mit Spanien verbunden war oder es schien, eine gewisse unheimliche und geradezu finstere Bedeutung, welche überdies noch künstlich von den Gegnern Spaniens genährt wurde. Ein Theil des allgemeinen Hasses gegen Spanien traf dessen Beherrscher und diese verwickelten durch ihre Verwandtschaft auch die deutsche Linie der Habsburger in die allgemeine Anfeindung. Aber merkwürdig, die Beschuldigung, daß das Haus Habsburg die Herrschaft über Europa anstrebe und gegen die Freiheit der Fürsten und Völker unablässig konspirire, wurde am heftigsten nach Philipps II Tode erhoben, also zu einer Zeit, wo eigentlich die Kraft dieses Hauses gebrochen war und die zwei Vertreter desselben Philipp III und Rudolf II. auch nicht im allerentferntesten mit ehrgeizigen Plänen sich trugen. Die Auflösung dieses Räthsels ruht darin, daß andere Mächte nach der Herrschaft rangen, welche noch vor kurzem die Habsburger eingenommen hatten, und daß die Durchführung ihrer Pläne nur möglich war, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit noch immer auf den früheren, wenn gleich erschöpften Gegner gerichtet blieb. Heinrich IV in Frankreich war es vor allem, der die Eroberungspläne seines Vorfahren Franz des I wieder aufnahm, aber um ihr Gelingen zu sichern, benützte er den auf Spanien lastenden Haß und bereitete eine gemeinsame europäische Coalition vor, in die er alle Gegner des Hauses Habsburg aufnehmen wollte. Die Geschichte von 1600—1648 ist eigentlich nichts anderes, als die eines ununterbrochenen diplomatischen und militärischen Kreuzzugs gegen die Habsburger, an dem sich unter Frankreichs Anführung nach und nach die meisten Staaten Europa's betheiligten. Als mit dem westphälischen Frieden das Ziel erreicht schien, stand Frankreich mit einemmale so mächtig da, daß es im Stande war, die Rolle Spaniens aufzunehmen. Die

*) Soranzo's Relation 1602 bei Alberi S. 135. Il re passato aveva il consiglio di stato, si può dire, tutto nella sua propria testa . . . diceva egli stesso, che non poteva valersi del consiglio di persona che avesse maggiore esperienza nè che avesse più lungamente trattato e maneggiato le cose di stato che lui medesimo; perciò a lui si ridecevano tutte le consultazioni e dall' esperienza e dalla prudenza del solo suo consiglio dipendevano tutte le risoluzioni.



frühere Wuth gegen die Habsburger wich rasch einer nüchternen Anschauung und der spanische Name verlor wieder seine finstere Bedeutung, denn man fand heraus, daß die tugendhafte Entrüstung so vieler Fürsten gegen das „Haus Oesterreich" doch nichts als Neid und Herrschsucht gewesen sei, und daß sie mit denselben Mitteln ausgerüstet wie einst Karl V und Philipp II für die öffentliche Freiheit nicht minder gefährlich geworden wären.

In welchem Verhältnisse stand nun die deutsche Linie der Habsburger zu der spanischen seit Ferdinand I bis Rudolf II?

II.

Während die spanische Linie des Hauses Habsburg durch ihre großen und zerstreuten Besitzungen zu einer hervorragenden Theilnahme an allen Weltereignissen und zu einer schroffen Parteistellung, namentlich dem Protestantismus gegenüber, hingedrängt wurde, entwickelte sich die österreichische Linie in einer mehr vermittelnden Weise. Erzherzog Ferdinand, dem sein Bruder die deutschen Besitzungen abgetreten hatte, wurde bald darauf auch von den Böhmen und Ungarn zu ihrem Könige gewählt, da der traurige Ausgang der Schlacht von Mohacz diese Länder nöthigte, sich nach einem Prinzen umzusehen, dessen eigene Macht und dessen Familienverbindungen ihre Widerstandskraft gegen die Türkengefahr erhöhen konnte. In beiden Königreichen hatte sich indessen der Protestantismus bedeutend Bahn gebrochen und Ferdinand konnte, ein so eifriger Katholik er selbst auch immer sein mochte, seine Regierung nicht füglich mit einer Verfolgung desselben beginnen, um so weniger, da der protestantische Adel zum Theil seine Wahl mitbefördert hatte. Vom Anfange also seiner Regierung sah sich Ferdinand den Protestanten gegenüber zu einer versöhnlichern Haltung genöthigt; er konnte es wohl versuchen, ihre Rückkehr auf friedlichem Wege anbahnen zu wollen, mehr durfte er aber nicht thun, da die Nähe der Türken ihm die Nothwendigkeit klar machte, mit seinen Unterthanen in erträglichem Einvernehmen zu stehen. Eine solche maßvolle Haltung, seine tüchtige Persönlichkeit und die schönen Familienverhältnisse an seinem Hofe bewirkten, daß die Theile des neuerstandenen österreichischen Großreiches in ein innigeres Verhältniß traten, dessen Fortdauer nicht besondern Gefahren preisgegeben schien. Der schmalkaldische Krieg, welcher in Deutschland mit dem Siege Karls V endigte, verfehlte indessen nicht die Leidenschaften auch in den Besitzungen Ferdinands wachzurufen und namentlich war es Böhmen, dessen Einwohner ihre Sache mit der des Protestantismus identificirten und gegen Ferdinand eine



feindliche Haltung annahmen. Doch glich sich dieselbe wieder aus und auch Ferdinand kehrte nach einer mehrere Jahre andauernden schroffen Haltung gegen gewisse protestantische Sekten wie z. B. die böhmischen Brüder und die Wiedertäufer, wieder zur früheren Mäßigung zurück. Der augsburger Religionsfriede, obwohl für die Länder Ferdinands ohne Giltigkeit, übte doch auf dieselben eine Rückwirkung aus. Denn in der Behandlung der religiösen Angelegenheiten hatte sich unter diesen schwankenden Verhältnissen der Grundsatz ausgebildet, daß der Adel frei seine Religion bekennen dürfe, während die Bauern und Bürger in ihrem Glauben der beliebig wechselnden Willkür ihrer Herrn preisgegeben waren.

Zwischen Karl V und Ferdinand I gab es mancherlei Aehnlichkeit im Charakter und in der Handlungsweise, beide erkannten die Macht der Verhältnisse an und regelten darnach ihren Glaubenseifer; zwischen ihren Erben dagegen macht sich bereits eine ungeheure Kluft geltend. Philipp II und Maximilian II, welchen verschiedenen Klang haben ihre Namen! Der erstere durch die Verhältnisse zur Unterdrückung der Protestanten gezwungen, weil sie gegen ihn rebellirten, unterzog sich dieser Aufgabe mit Lust; er würde zur Unterdrückung der Protestanten geschritten sein, auch wenn sie sich nicht gegen ihn aufgelehnt hätten. Maximilian II war dagegen ein durch und durch weicher Charakter. In seiner Jugend kümmerte er sich mehr um schöne Frauen, als um den Glaubenszwiespalt und verfiel in seinem männlichen Alter in eine gewisse Schlaffheit, welche vielleicht die Folge allzuvieler Hingabe an das Vergnügen war. Verschieden von den meisten seiner Zeitgenossen, die entweder feurige Freunde oder grimmige Hasser des Katholicismus zu sein pflegten, konnte er sich sein Lebelang aus vollem Herzen weder für die eine noch für die andere Richtung entscheiden. So lange sein Vater lebte, spielte er die Rolle eines grollenden Sohnes, opponirte demselben, umgab sich mit Personen, die der katholischen Kirche feind waren, und mied die Theilnahme an den Gebräuchen der letztern, so daß die Protestanten überall die größten Hoffnungen auf seinen Regierungsantritt bauten. Als er aber seinen Vater beerbte, hielt er auf der betretenen Bahn inne; er neigte sich wieder mehr den Katholiken zu und bekannte sich auch äußerlich zu ihnen. Doch auch die Protestanten konnten sich nicht über ihn beklagen, denn nicht bloß, daß er nichts zu ihrer Unterdrückung that, bereitete er sogar ihre Einigung vor, indem er bei ihnen die Errichtung eines förmlichen Kirchenregiments, namentlich in Böhmen und Oesterreich, förderte. Und gerade so wie Maximilian in den religiösen Angelegenheiten sich benahm, gewährend, vermittelnd und stets



versöhnlich, so benahm er sich auch in den politischen. Die Stände seiner Länder konnten sich eines steten Zuwachses ihrer Freiheiten und einer fast unabhängigen Stellung von ihrem Herrscher rühmen, und daß der Kaiser auch in Deutschland nichts that, um seine Auctorität zu erhöhen und die der Reichsstände zu beschränken, ist bekannt genug. Wenn er mit seinen Unterthanen in Frieden lebte und die türkischen Angriffe nur leidlich abweisen konnte, so war Maximilian zufrieden gestellt; weiter gingen weder seine Sorgen noch seine Wünsche. Was erfolgt wäre, wenn ihn Philipps II Geist beseelt hätte und wenn er dessen Kampf mit den Niederländern von Deutschland aus hätte unterstützen wollen, läßt sich schwer sagen. Unzweifelhaft waren die Verhältnisse in den österreichischen Ländern günstiger für ihn, als dies später unter Ferdinand II der Fall war. Aber dieser Vereinigung Philipps und Maximilians stand nicht bloß ihre verschiedene geistige Richtung entgegen, sondern zugleich eine tiefe Abneigung, welche seit Jahren bei Maximilian sich gegen seinen Vetter festgewurzelt hatte, und von der man sogar einige Zeit befürchtete, sie könne zum Kriege zwischen ihnen führen. Sie hatte ihren Grund in den Prätensionen, welche seiner Zeit Philipp II auf den deutschen Kaiserthron erhoben hatte, und in der Annahme der jüngeren Linie der Habsburger, daß sie bei der Theilung des Erbes der Königin Johanna verkürzt worden sei*). Man spricht wohl häufig von einem habsburgischen Familieninteresse und wie dasselbe unablässig verfolgt wurde. Dies ist eine Behauptung, welche von der Geschichte fast ununterbrochen widerlegt wird; beide Linien des Hauses Habsburg standen einander in Wirklichkeit beinahe vom Anfang an ziemlich fremd gegenüber, verfolgten ihre eigenen Zwecke und nur hierin zeigten sie sich einander befreundet, als man mit Sicherheit annehmen konnte, daß sie einander nie bekriegen würden. Erst unter Ferdinand II, der seine Rettung den Spaniern allein zu danken hat, machte sich durch längere Zeit wirklich eine gemeinsame Familienpolitik geltend.

Maximilians Widerwille gegen Philipp II minderte sich, als ihm die Hoffnung auf die Beerbung seines Vetters zu winken begann. Philipp hatte damals nur einen einzigen Sohn Don Carlos, dessen

*) Relation Tiepolo's vom J. 1563 bei Alberi I. Vol. V S. 49. Maximiliano chiamandosi quanto si possa credere mal satisfatto ed ingannato dal re catolico, nel parlar con diversi e con me ancora, mentre ch'io era a quella corte, si lasciò chiaramente intender dell'odio grandissimo ch'egli portava a' spagnuoli ed al re, in modo tale que pareva che non gli mancasse altro a moversi contra di lui che occassione e facoltà di farlo.



schwächliche Gesundheit nach der allgemeinen Annahme keine lange Lebensdauer erwarten ließ, und er hatte sich deshalb die Zusendung zweier Söhne des Kaisers erbeten, um sie in Spanien zu erziehen und damit für den Thron dieses Landes fähiger zu machen. So kam es, daß die Erzherzoge Rudolf und Ernst aus dem väterlichen Hause gegeben wurden*), ein verhängnißvolles Ereigniß für die Folgezeit, denn man darf wohl annehmen, daß die Eindrücke, welche Rudolf in Spanien empfing, jene geistige Krankheit vorbereiteten, welche ihn in seinem Alter zum unglücklichsten Mann machen sollte.

Ferdinand I hatte bei seinem Tode nicht sein ganzes Reich dem ältesten Sohne hinterlassen, sondern auch die zwei jüngern, Ferdinand und Karl, mit Ländern ausgestattet und dadurch sein Haus in drei Linien, die österreichische, tiroler und steierische abgetheilt; Maximilian setzte die Theilung nicht weiter fort, sondern hinterließ seinen ganzen Besitz dem ältesten Sohn. So trat Rudolf in einem Alter von 24 Jahren die Regierung von Ungarn, Böhmen und Oesterreich an und verband damit auch die deutsche Kaiserkrone, nachdem er schon zu Lebzeiten seines Vaters zum römischen König gewählt worden war. Gleich im Anfang seiner Regierung ließ er sich in Prag nieder, richtete sich die Burg daselbst wohnlicher ein und gab sich einer ruhigen durch Kunstgenüße aller Art angenehm erheiterten Lebensweise hin. Obwohl ein Liebhaber der Jagd und dadurch zu öfteren Ausflügen auf das Land genöthigt, liebte er doch gleich im frühesten Mannesalter so wenig die Bewegung, daß er es lange nach dem Tode seines Vaters aufschob, sich von der Markgrafschaft Mähren huldigen zu lassen, ein Akt, der ihm erst die Regierung des Landes gesetzlich in die Hände gab und der sonst von Souveränen am wenigsten versäumt wird; erst dringende Mahnungen konnten ihn zu der unliebsamen Reise vermögen. Aus Spanien brachte er wohl strengere kirchliche Anschauungen mit, als man sie an seinem Vater kennen gelernt hatte, aber die Ereignisse in seinen letzten Lebensjahren so wie sein lauer Eifer in seinen jüngeren Jahren berechtigen zu der Annahme, daß diese Anschauungen viel zu wenig auf sein Gemüth einwirkten, als daß er die Neigung empfunden hätte, dem von seinem Erzieher gegebenen Beispiel aus freien Stücken nachzukommen. Die Protestanten waren nicht ohne mannigfache Besorgnisse, als Rudolf seinem Vater auf dem Throne folgte, aber wenige Jahre seiner Regierung beruhigten sie vollständig, denn hatten sie auch nicht bei ihm auf die Freundlichkeit des Vaters zu hoffen, so brauchte

*) Alberis Relationen Serie I Vol. V S. 98.



ihnen auch nicht vor der Strenge des Sohnes bange zu sein. Die ganze Regierung Rudolfs nahm nach allen ihren Beziehungen den Charakter einer friedlichen an, der Kaiser liebte die Ruhe, überließ die Geschäfte so weit es möglich war, seinen Räthen, bahnte zwar damit Intriguen und einer unlautern Ministerwirthschaft den Weg, aber blieb dabei doch im Ganzen in den von seinem Vater betretenen Geleisen. Unter solchen Umständen wäre es bald dahin gekommen, daß der Katholicismus dem aggressiven Protestantismus überall unterlegen wäre, hätte sich nicht Rudolf in einem Punkte, aber dies in einem sehr wesentlichen, von seinem Vater unterschieden. Ungleich diesem und offenbar hierin beherrscht von seinen spanischen Erinnerungen ertheilte er die wichtigsten Posten der Regierung nur Katholiken und zwar von der strengern Richtung. Diese im Verein mit den unter dem Einfluße des Tridentiner Konzils reformirten Bischöfen, den Jesuiten und dem gleichgesinnten Klerus hielten den weitern Verfall des Katholicismus ab und bereiteten eine Wiederbelebung desselben, wofür wir noch viele Belege anzuführen haben werden.

So wäre über Rudolfs Regierung oder genauer gesagt, über sein persönliches Eingreifen in die Ereignisse nahezu nichts zu berichten, wenn er im männlichen Alter dahin geschieden wäre. Was in Deutschland, was in Oesterreich vor sich ging, begann ohne seine Anregung und ging ohne seine Theilnahme vorüber; er lebte in einer Welt für sich, hatte nur seine Sorgen und seine Vergnügungen. Aber die Krankheit, welche sich seines Geistes in den letzten Lebensjahren bemächtigte und denselben verdüsterte, stürzte ihn in die gewaltsamsten Bewegungen, nöthigte ihn an denselben einen steten und persönlichen Antheil zu nehmen und damit trat er mitten auf den Schauplatz der Ereignisse, dem er sonst so ferne gestanden war. Seine Krankheit begann ungefähr um das J. 1600 und dauerte bis zu seinem im J. 1612 erfolgten Tode. Es ist unsere Absicht, theils die inneren theils die äußeren Bewegungen zu schildern, welche in Oesterreich und in den wichtigsten Ländern Europa's durch diese Krankheit entweder veranlaßt oder von ihr begleitet wurden.

Die Berichte, die wir über Rudolf aus einer Zeit besitzen, wo er im reifen männlichen Alter stand, und unter denen die venetianischen den ersten Platz behaupten, schildern seine persönliche Erscheinung als einnehmend. Er war von kleiner Gestalt, nicht unschönem Wuchs und in seinen Bewegungen ziemlich behend. Seine blasse Gesichtsfarbe, seine edel geformte Stirn, sein fein gekraustes Bart- und Haupthaar und seine großen Augen, mit einer gewissen Milde um sich blickend, verfehlten nicht auf Alle, die ihm begegneten, einen tiefern Eindruck auszuüben. Die habsburgische Familienähnlichkeit verriet er durch größere und nach rechts hin etwas



verdrehte Lippen. In seinem Auftreten lag nichts von einem herrischen Wesen; er benahm sich vielmehr scheu und etwas furchtsam, mied jede lärmende Gesellschaft und schien überhaupt keinen Theil an gewöhnlichen Vergnügungen nehmen zu können; Scherze waren ihm unlieb und lachen sah man ihn nur äußerst selten, eine Eigenthümlichkeit, welche er mit seinem Bruder Ernst und mit Philipp II und III gemein hatte. Neben der Jagd unterhielt er sich auch noch mit Ballspiel und Reiten, aber je mehr er in den Jahren vorschritt, desto mehr zeigte er, daß es sich ihm bei diesen Unterhaltungen nicht um Vergnügen, sondern nur um die nöthige körperliche Bewegung handle. Bei Audienzen zeigte er sich geduldig, auch sonst war er gegen seine Umgebung wohlwollend, zugänglich im Gespräch, wenn er gleich selbst nur wenig sprach und dies wenige mit auffallender Bequemlichkeit. Er verstand mehrere Sprachen, die deutsche, lateinische, italienische, französische und einigermaßen die böhmische, namentlich war ihm aber auch das Spanische als die Sprache seiner Erziehung sehr geläufig, nichts desto weniger zeigte er für das Deutsche eine besondere Vorliebe und bediente sich desselben fast ausschließlich *).

Dem Charakter nach war der Kaiser ein Phlegmatiker, doch machte das Phlegma bei zunehmendem Alter einer immer ausgesprocheneren Melancholie Platz. Seine geistige Begabung kann nicht gering gewesen sein, denn selbst so feine Beobachter wie die venetianischen Gesandten setzte er durch die Schärfe seines Urtheils in Verwunderung und mehr als ein Gesandte war über die Kenntnisse und treffenden Bemerkungen erstaunt, welche der Kaiser bei den Verhandlungen entwickelte. Allein nicht auf die Regierung war die Leidenschaft des Kaisers gerichtet, sondern auf Beschäftigungen, die einem reichen Privatmanne allenfalls zum Ruhme gereichen mögen, von einem Kaiser aber nur auf Kosten der ihm obliegenden Aufgabe betrieben werden können. Von frühester Zeit an ent-

*) Ha li capelli e la barba ricciuta et di colore fra il blanco et l'argentato, gli occhi grossi et bianchi, ma di guardatura benigna le labbra grosse et verso la parte destra al quanto distorte, il volto di colore tra il bianco et il pallido ma tutto pittiginoso. E più tosto di natura flemmatico et mansueto che colerico, più tosto timido che molto ardito et sopra tutto malinconico tanto, che pochissime volte si vede ridere ne si dilette molto d'altri spassi, che delle caicia del gioco della palla et del manegiar cavalli pigliandosi questi essertitii più tosto per conservarsi, che per diletto essendo S. Mta in questa parte come anco nel bere et mangiare molto temperata. E di costumi assai piaccevole benigno et affabile . . . . MS der kaiserlichen Hofbibliothek in Wien N. 6371. S. auch die Relation des Soranzo vom J. 1607 MS der Marciana.



wickelte Rudolf große Neigung zu den Künsten, zur Malerei, Bildhauerei, Mosaikarbeit und unter den Wissenschaften selbst beschäftigte ihn sehr viel die Chemie und Astronomie. Während die Regierungsgeschäfte eine unverweilte Erledigung bedurften, dauerte es oft Monate und Jahre, bevor er in dringenden Angelegenheiten einen Entschluß faßte; den Besuch der Sitzungen des geheimen Rathes kürzte er je weiter je mehr ab, alles nur, um sich seinen Lieblingsneigungen allein hingeben zu können. Zurückgezogen in der Burg, unterhielt er sich entweder damit, den Künstlern, welche er um sich versammelt hatte, zuzusehen, oder er zog sich in seinen Arbeitssaal zurück und beschäftigte sich daselbst in Gesellschaft eines Dieners und eines Gehilfen mit Malerei, Schnitzarbeiten, chemischen Untersuchungen oder mit dem Stellen des Horoskops. Personen, welche Gemälde und Schnitzwerke von seiner eigenen Hand gefertigt zu Gesicht bekamen, behaupteten, er habe darin eine immerhin bemerkenswerthe Geschicklichkeit an den Tag gelegt. Bei dieser Beschäftigung kann es nicht Wunder nehmen, wenn der Kaiser auch mit Leidenschaft eine Sammlung von Kunstgegenständen aller Art anlegte; kostbare Gemälde, Statuen, Juwelen, Schmucksachen, Mosaikarbeiten und Kuriositäten aus fernen Ländern wurden von ihm um jeden Preis angekauft und aus allen Gegenden strömten Kunsthändler herbei, um seinen Geschmack zu befriedigen. Selbst in den Tagen bitterer Finanznoth hatte Rudolf immer noch so viel Geld übrig, als nöthig war, um keine Gelegenheit zur Befriedigung seiner Leidenschaft vorübergehen zu lassen. Wir können hier nicht unerwähnt lassen, daß diese mit so viel Ausdauer, Geld und feinem Kunstsinn angelegten Sammlungen sich nicht des besten Schicksals erfreuten. Ein Theil kam später nach Wien und dieser hat sich erhalten; alles das aber, was in Prag zurückblieb, wurde in den stürmischen Zeiten der J. 1618—1620 eine Beute der mannigfachsten Angreifer und die Kostbarkeiten der verschiedensten Länder zerstreuten sich in dieselben noch schneller als sie in denselben gesammelt worden waren. — Mit dem Geschmack an den Künsten vereinigte sich bei Rudolf leider noch der an der Alchymie und Astrologie, diesen traurigen Auswüchsen edler Wissenschaften, worin er an einer seiner Zeit eigenthümlichen Krankheit litt. Kaum trat eine bedeutendere Person in seine Nähe und in Geschäftsverbindung mit ihm, ja verlangte sie nur eine Audienz, so wurde ihr das Horoskop gestellt und von den Resultaten desselben hing das Benehmen Rudolfs ab. Aus diesem Grunde fehlte es am Prager Hofe nie an Sterndeutern und Chemikern, denn Rudolf bedurfte ihrer bei seinen Untersuchungen. Von den erstern waren Tycho de Brahe und Kepler ehrliche Männer und erlangten unsterblichen Ruhm in ihrer Wissenschaft, während die letztern Aventuriers waren, die



sich bald der Goldmacherkunst rühmten, bald wunderbare Wirkungen durch sympathische Mittel verhießen.

Rudolf war nicht verheiratet. Bald nach seiner Thronbesteigung hieß es, er werde die Infantin Isabella, die älteste Tochter Philipps II, zur Frau nehmen und Unterhandlungen würden bezüglich dessen in Spanien gepflogen, die aber durchaus zu keinem Abschluß führen wollten, obwohl sich die Kaiserin Marie, die Wittwe Maximilians, selbst ins Mittel legte. Theils mag Philipp sich nicht von seiner Lieblingstochter haben trennen wollen, theils mochten die Forderungen, welche Rudolf bezüglich der Mitgift erhob und die auf nichts weniger als eines der Länder Philipps hinzielten, die Ursache gewesen sein, daß zuletzt die Unterhandlungen ganz abgebrochen wurden. Es geschah dies nicht ohne bei beiden Theilen eine feindselige Stimmung geweckt zu haben *), die sogar so weit ging, daß Philipp seinen Neffen im Verdachte geheimen Einverständnisses mit den Niederländern hielt und Rudolf selbst einiges that, um diesen Verdacht noch zu bestärken. Einige Zeit darauf trat der Kaiser in ein vertrautes Verhältniß zu der natürlichen Tochter eines Kavaliers an seinem Hofe, aus welcher Verbindung seine natürlichen Kinder, sechs an der Zahl, drei Söhne und drei Töchter, ihr Dasein herleiten **). Ihr Schicksal wird uns später noch beschäftigen.

Als Ferdinand I mit seinen deutschen Besitzungen die Königreiche Ungarn und Böhmen vereinte, dachte er nicht entfernt an die Möglichkeit, daß damit ein neues Großreich geschaffen werden könnte, welches der politischen Selbstständigkeit der einzelnen Theile ein Ende machen würde. In seiner Person vereinte sich die Herrschaft über drei durch Sprache, Verfassung und Geschichte geschiedene Ländergebiete, er allein gab das vermittelnde Element zwischen ihnen ab, denn in Böhmen, Ungarn und Oesterreich trat in der Verfassung nicht die geringste Aenderung ein und jedes einzelne dieser Länder regierte sich in so exclusiv nationaler Weise wie früher. Bei diesem Charakter der ersten „österreichischen" Regierung ist es begreiflich, daß Ferdinand bei seinem Ableben den größten Theil der deutschen Besitzungen seinen jüngern Söhnen vermachte, während der älteste vorzüglich auf Ungarn und Böhmen angewiesen war. Eben so wenig wie Ferdinand dachte Maximilian II an eine Amalgamirung

*) Alberis Relationen I. 5. S. 369, 431, 467.

**) Ancel an Villeroy ddo. 25. Februar 1602. MS in der kaiserlichen Bibliothek in Paris, Collection Harlay. Ancel nennt den Vater der jungen Dame Monsieur Strada ein Name, der uns nicht weiter bekannt ist. Strada muß eine bevorzugte Stellung am Prager Hofe eingenommen haben.

der ihm unterthanen Länder und würde er dies auch gewollt haben, so wäre er gewiß durch die Einsprache der Stände daran gehindert worden. Denn Ungarn und Böhmen wachten mit strenger Sorgfalt darüber, daß keine Angelegenheit der ungarischen oder böhmischen Krone von Jemandem andern entschieden oder auch nur mitberathen werde, als wer nach der Verfassung dazu berechtigt war, also von den Ständen und Räthen der betreffenden Krone allein. Aber die Macht der Dinge ist größer als alle Vorsicht der Menschen, wenn sie gegen die Natur der Verhältnisse ankämpft. Die Staatsgewalt war in den Zeiten des feudalen Staates nicht so von der Person des Herrschers getrennt, wie dies heutzutage der Fall ist, wo jede Aeußerung derselben nur durch verfassungsmäßig bestimmte Behörden vor sich geht. Die Staatsgewalt ist jetzt zu einer künstlichen Maschinerie geworden, welche der Regent nur leiten kann, wenn er sich den durch die Beschaffenheit derselben gegebenen Bedingungen fügt. Im 16. Jahrhundert war die königliche Gewalt selbst in den Staaten, wo die Stände eine große Bedeutung hatten, ein persönliches Recht, zu dessen Handhabung dem Könige ein weiter Spielraum gelassen wurde. Weder Böhmen noch Ungarn noch Oesterreich wollten eine Amalgamirung ihrer Verhältnisse, jedes wahrte eifersüchtig seine Selbstständigkeit und doch brachte der Umstand, daß sie vereint unter demselben Herrscher standen, Einrichtungen zu Wege, die sie anfangs gar nicht bekämpften, weil sie deren Tragweite nicht begriffen, die unmerklich, aber nur um desto sicherer, ihre staatliche Selbstständigkeit untergruben und eine Auflösung des neugeschaffenen Reiches unmöglich machten. Das Folgende wird dies erklären*).

Bei den steten Kriegen gegen die Türken sahen sich die österreichischen Herrscher dauernd genöthigt, auf die Organisirung des Heerwesens bedacht zu sein. Die ständischen Aufgebote reichten nicht mehr hin, seit die Einübung der Truppen und die Kriegführung selbst zu einer Wissenschaft geworden war, seit das Festungswesen eine große Rolle spielte und eine tüchtige Artillerie etwas mehr als einige in der Eile ausgehobene Ackerknechte erforderte.

*) Wir bemerken hier, daß die nachfolgende Schilderung des kaiserlichen Hofhalts und namentlich der finanziellen Verhältnisse der Zeit von 1580 angehörig ist. Die Quelle ist uns hiebei eine venetianische Relation, MS der Hofbibliothek in Wien Nr. 6371. — Sämmtliche Hofämter, wie sie unten werden aufgezählt werden, bestanden schon unter Ferdinand I, von den vier Aemtern oder Rathskollegien, die wir hier gewissermaßen als Reichsämter aufführen, bestanden die Hofkammer, der Hofkriegsrath und der Reichshofrath auch zu Ferdinands I Zeiten, der geheime Rath oder Staatsrath hatte aber noch nicht die Ausbildung wie unter Rudolf II. Siehe die venetianischen Relationen bei Alberi I Serie Vol. 2 und 3.



Die Türken selbst waren in dieser Beziehung ganz trefflich eingeschult und es blieb sonach selbst für so friedliche Herrscher, wie Ferdinand, Maximilian und Rudolf nichts übrig, als es ihnen wo möglich gleichzuthun. Mit Hilfe der Einkünfte aus ihren Gütern, der Geldbeiträge der Stände und sonstiger in der Fremde erlangter Geldunterstützungen konnten diese Kaiser eine Anzahl Regimenter ausrüsten und im Stand halten, welche den Kern eines Heeres abgaben, das sich, wenn es Noth that, auch aus den Hilfstruppen und Aufgeboten der einzelnen Provinzen ergänzte. Die Grenzfestungen in Ungarn gegen die Türken wurden nachgerade nicht mit ungarischen sondern mit kaiserlichen Truppen besetzt und bildeten so die Wiege und Schule für eine Armee, welche weder ungarisch, noch böhmisch, noch österreichisch, sondern im strengsten Sinne des Wortes kaiserlich war. Die gemeinsamen Angelegenheiten des kaiserlichen Heerwesens wurden von einem Hofkriegsrath geleitet, der in der Residenz des Kaisers, also bei Rudolf in Prag, seinen Sitz hatte. Die Hofkriegsräthe waren im Anfang nichts anderes als Gehilfen des Kaisers, die Verhältnisse machten aber aus ihnen eine österreichische Reichsbehörde, lange bevor man noch an die Möglichkeit eines österreichischen Staates dachte. Gegen das Ende des 16. Jahrhunderts zählte der Hofkriegsrath sechs Mitglieder, einer von ihnen, welcher 1500 fl. Gehalt hatte, scheint, wenn auch nicht den Titel eines Präsidenten geführt, doch dessen Funktionen versehen zu haben, die übrigen bekamen einen Gehalt von 600 fl.

Mehr noch als der Hofkriegsrath dehnte die Hofkammer ihre Thätigkeit über das ganze Reich aus. Sie bestand aus einem Präsidenten mit 1200 fl. Gehalt und neun Mitgliedern mit 800 fl. Gehalt. Ihre Aufgabe war die Berechnung sämmtlicher Einkünfte des Kaisers, die ihm, da als König, dort als Markgrafen, da wieder als Erzherzog gehörten und an ihn von den königlichen Kammern von Ungarn, Böhmen, Mähren und überhaupt aller ihm unterthanen Länder abgeführt wurden. Neben der kaiserlichen Hofkammer hatten die einzelnen Länder ihre besonderen Rechnungskammern, welche die Finanzen derselben verwalteten; die Hofkammer war allein für den Kaiser und sein Finanzwesen da. Ihre Bedeutung tritt dadurch noch mehr an den Tag, daß sie nicht bloß die Einkünfte des Kaisers einsammelte, sondern auch seine Ausgaben zu berechnen und zugleich die Mittel anzugeben hatte, durch welche die Mehrausgaben gedeckt werden sollten. Auch beriet sie zuerst über die finanziellen Vorlagen, welche der Kaiser den einzelnen Landtagen machte oder über die Steuerforderungen, welche er da erhob. Da Rudolf um diese Zeit nicht allein seine Einkünfte aus seinen Besitzungen bezog, sondern Beträchtliches aus Deutschland an ständigen Einnahmen oder an



periodischen Reichssteuern erhielt, da endlich die Bezüge aus Italien noch nicht ganz erloschen waren, schließlich auch der Papst und Spanien dem Kaiser beträchtliche Geldsummen schenkten, welche alle in die Kasse der Hofkammer floßen, so ergibt sich daraus der weite Umfang ihres Geschäftskreises*). Endlich gehörte auch noch die Ordnung und Bezahlung der kaiserlichen Schulden in ihr Ressort.

Der Reichshofrath war eine Behörde, deren Ursprung bereits in die Zeiten Kaiser Maximilians I zurückreicht. Es war dies anfangs ein Gericht, welches er für seine Erblande errichtet hatte, dessen er sich aber später als eines deutschen Reichsgerichts bediente, das auch als solches in Deutschland anerkannt wurde. Der Reichshofrath blieb nicht eine bloße Justizbehörde, sondern diente nachgerade auch den Kaisern als ein berathendes Kollegium, vor welches die gesammten deutschen und später auch die italienischen Angelegenheiten gewiesen waren. Da in Ungarn der Reichshofrath keine Jurisdiktion ausüben konnte und in Böhmen faktisch keine ausübte, außer in den Fällen, wo es sich um Reichslehenssachen handelte, so stand er verhältnißmäßig den früher genannten Rathskollegien an allgemeiner Bedeutung für Oesterreich nach. Er war sehr stark besetzt; um 1580 zählte er 31 Mitglieder, deren Gehalt verschieden nach dem Rang war, den sie darin einnahmen und zwischen 600—2000 Gulden schwankte. Präsident des Reichshofrathes war eigentlich der Kurfürst von Mainz als Reichserzkanzler, aber da er nicht selbst fungirte, hatte er das Recht einen Stellvertreter, den Vicekanzler, zu ernennen und dieser leitete dann die Geschäfte.

Das vierte Rathskollegium, das dem Kaiser zur Seite stand und welches an Wichtigkeit alle andern überragte, war der geheime Rath, gewissermaßen die älteste Form des österreichischen Ministeriums. In denselben wurden die wichtigsten Personen am kaiserlichen Hofe berufen: der Obersthofmeister, der gewöhnlich die Stelle des Präsidenten versah, der Reichsvicekanzler und einige wenige Personen von Rang, die das besondere Vertrauen des Kaisers genoßen. Seine Mitglieder waren meistens Deutsche, nur äußerst selten wurden Böhmen oder Ungarn in denselben gezogen, doch fehlten sie nie darin. Unter Rudolf gehörten nach einander in denselben die Kanzler von Böhmen Wratislaw von Pernstein und später Zdenko Popel von Lobkowitz. In den Geschäftskreis des Geheimrathes gehörte alles, was der Kaiser demselben zuzuweisen beliebte, na-

*) Im weitern Verlauf der Erzählung werden wir einen genauen Nachweis über diese verschiedenen Einkünfte des Kaisers, namentlich was Deutschland betrifft, liefern; die ständigem Einkünfte von daher waren sehr gering, desto bedeutender aber der Ertrag der Türkenhilfen von 1591—1603.



türlich vor allem die Leitung der auswärtigen Politik und alle Angelegenheiten, zu deren Entscheidung die Initiative des Kaisers gehörte. In den bessern Jahren seiner Regierung wohnte Rudolf den Sitzungen des geheimen Raths regelmäßig bei, ohne es jedoch auch zu unterlassen, bei denen der übrigen Rathskollegien häufig genug zu erscheinen; später beschränkte er seine Theilnahme an den Staatsgeschäften fast nur auf einen unregelmäßigen Besuch des Geheimraths. Die Gehalte der Mitglieder des Geheimraths waren verschieden und nur eine Ergänzung zu den Bezügen, welche dieselben von den ihnen sonst eigenthümlichen Aemtern bezogen; im Ganzen entschied dabei kaiserliche Gunst, die Einzelne mitunter mit großen Geldsummen bedachte.

Als Ergänzung der durch die vier Rathskollegien repräsentirten gewissermaßen allgemeinen Verwaltung von Oesterreich kann man noch das kaiserliche Gesandtschaftswesen ansehen, denn mit dem Moment, wo ein und derselbe Herrscher in Pest, Wien und Prag gebot, hörte die Entwicklung einer selbstständigen ungarischen und böhmischen Politik auf und machte einer persönlichen Politik seiner Herrscher Platz, die sich nach und nach zu einer dynastischen ausbildete.

Rudolf unterhielt nur wenige Gesandtschaftsposten und zwar dort, wo sie wegen des täglichen Geschäftsverkehrs unumgänglich nothwendig waren, nämlich in Madrid, Rom, Venedig und Konstantinopel. Die Gesandten in Rom und Madrid bekamen jährlich 9000 fl., der in Venedig 6000 und der in Konstantinopel 12000. Weder in Polen noch in Frankreich und England, noch auch an den kleinen deutschen und italienischen Höfen hielt Rudolf die Unterhaltung von Gesandtschaftsposten für nöthig, wogegen es in Prag, namentlich um das J. 1600, an diplomatischen Agenten aller nur irgendwie bedeutendern Fürsten wimmelte. Während Rom, Venedig, Spanien und Frankreich um diese Zeit und namentlich seit Heinrich IV auf gute diplomatische Verbindungen das sorgsamste Auge hatten, stand man am kaiserlichen Hofe weit hinter dem Bedürfnisse der Zeit zurück und sah in einem Theil der Gesandten nur Spione, welche mit den malkontenten Ständen dieser oder jener Provinz Verbindungen anzuknüpfen suchten. Diese Anschauung war wohl völlig richtig, aber die österreichischen Herrscher gaben nicht unwichtige Vortheile aus der Hand, daß sie nicht frühzeitig genug dieselben Waffen gegen ihre Gegner zu gebrauchen wußten.

Während die genannten Rathskollegien und das Gesandtschaftswesen zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten bestimmt waren, besorgten fünf oberste Hofwürdenträger den kaiserlichen Haushalt. Der erste unter ihnen, der oberste Hofmeister, war die bedeutendste Person am Hofe, neben



dem Präsidium des geheimen Rathes hatte er die Leitung des wichtigsten Theiles des Haushaltes. In sein Ressort gehörte die kaiserliche Küche, das Jagdwesen, die Leibgarde und die Kapelle. Die Ausgaben für alle in der Küche, im Keller und bei der kaiserlichen Tafel als Aufwärter angestellten Personen, von denen die meisten Edelleute waren, beliefen sich jährlich auf 33272 Gulden. — Die Leibwache bestand aus 130 Bogenschützen zu Pferde und 120 Hellebardieren und der Sold für dieselben betrug, die Kapitäne mit eingeschlossen, jährlich 36720 Gulden. — Die kaiserliche Kapelle zählte einen Prediger, zwei Almoseniere, sechs Kapläne und für die Verherrlichung des Gottesdienstes eine Anzahl von Sängern und Musikern; die Auslagen für sie betrugen jährlich 9976 fl. — Mit den Ausgaben für das Jagdpersonale, welche sich im Jahre auf 5684 fl. beliefen, betrugen die vom Obersthofmeisteramt ausgezahlten Gehalte jährlich 85652 fl. ungerechnet die Bezüge des Obersthofmeisters selbst.

Die Auslagen für die kaiserliche Kanzlei *), welche unter einem Kanzler stand und von welcher neben anderem auch die diplomatische Korrespondenz besorgt wurde, betrugen jährlich 17496 fl.

Der Obersthofmarschall hatte die Gerichtsbarkeit am kaiserlichen Hoflager unter seiner Obsorge, er hatte über den Burgfrieden zu wachen und Streitigkeiten zu entscheiden, welche am Hofe vorkamen. Die Ausgaben für ihn und sein Dienstpersonal betrugen jährlich über 16000 fl.

Der Oberstkämmerer, die ihm unterstehenden Kämmerer und das sonst ihm zugehörige Dienstpersonale hatten die Wache in den kaiserlichen Gemächern. Sie führten die Audienzsuchenden beim Kaiser ein. Die jährliche Ausgabe für das Oberstkämmereramt ist uns nicht genau bekannt, sie dürfte aber keineswegs die für das Oberstmarschallamt überstiegen haben.

Die Dienstleistungen des Oberststallmeisters sind zunächst durch seine Benennung bezeichnet; neben der Obhut über den kaiserlichen Stall hatte er aber noch die Aufsicht über die kaiserliche Rüstkammer, über die Pagen und Trompeter zu führen. Die Ausgaben für dieses Hofamt betrugen jährlich 11544 fl.

In dem Hofstaate des Kaisers prägte sich am meisten der gemischte

---

*) Ich gestehe, daß ich mir die Stellung der kaiserlichen Kanzlei nicht deutlich genug machen kann. Nach dem italienischen Berichterstatter, dem wir in der Schilderung des Hofwesens folgen, scheint es, als ob die gesammte Expedition des geheimen Raths, des Reichshofraths u. s. w. von dieser kaiserlichen Kanzlei aus besorgt worden wäre und als ob der Reichsvicekanzler zugleich der Vorstand oder Kanzler der kaiserlichen Kanzlei gewesen wäre.



Charakter des Reiches aus, welches er beherrschte. Es fanden sich in demselben Ungarn, Böhmen, Deutsche und Italiener vor, vorherrschend jedoch waren die beiden letztern Nationalitäten vertreten.

Alle Ausgaben des Kaisers für die hier angedeuteten Aemter, weiter die Auslagen für Getränke und Lebensmittel im kaiserlichen Haushalte, einige Gehalte für das Personal der Statthalterschaft in Ungarn und Oesterreich, der Tribut und die Geschenke, welche jährlich nach Konstantinopel zu zahlen waren, endlich die Kosten für die Artilleriearsenale wurden um das Jahr 1580 mit 613.380 fl. berechnet. Die Kosten des in den ungarischen Grenzfestungen untergebrachten Heeres, welches man auf 20.000 Mann berechnete, wurden mit 1,500.000 fl. angeschlagen. Schließlich hatte der Kaiser noch die Interessen der von seinem Vater hinterlassenen Schuldenlast, die sich auf 12 Millionen Gulden belief und mit 5 – 15 Procent verzinst wurde, zu zahlen. Die Verwaltung der einzelnen Länder selbst verursachte dem Kaiser nicht die geringsten Auslagen, denn diese wurden von den Einwohnern selbst bestritten. Die Einkünfte, welche Rudolf von seinen Ländern aus den gewöhnlichen Steuern bezog, berechnete man im J. 1607 auf 3 Millionen Gulden, sie dürften also im J. 1580 kaum geringer gewesen sein*). Sie reichten gerade hin, um die Kosten des Hofstaates und der kaiserlichen Verwaltung und dann die Interessen für die Schulden zu decken; jede andere Ausgabe, namentlich für das Heerwesen, konnte nur durch Kontrahirung neuer Schulden und durch außerordentliche Hilfsmittel, die wir im Detail später kennen lernen werden, gedeckt werden. Aber wir müssen schon hier erwähnen, daß das Finanzwesen des neuen Großstaates die traurigste Seite desselben war, denn das österreichische Reichsbudget kannte vom J. 1591 an bis 1607 zu seiner größern Hälfte keine andere als zufällige Deckungen; Ungarn, Böhmen und das Erzherzogthum Oesterreich sonderten ihre Finanzen streng von den, man kann sagen, an die alleinige Person des Kaisers geketteten Reichsfinanzen. Man glaube aber nicht, daß es diesen Ländern darum besser erging. Sie waren eine Vereinigung eingegangen, welcher sie mit Unrecht auch dann noch fremd bleiben wollten, als sie unvermeidliche Konsequenzen bereits im Gefolge hatte. Die eifersüchtige Hütung der einzelnen Landesverfassungen reichte nicht mehr zu dem gewünschten Zwecke aus; sollten dieselben in der That unverletzt erhalten bleiben, so war es nothwendig, daß man daran dachte, dem gesammten Reiche auch eine eigene Verfassung zu geben, an der die Kaiser zwar eine Schranke aber auch eine Stütze gefunden hätten. Wir werden sehen, wie dieser Gedanke von

*) Soranzo, Relation vom Jahre 1607, MS der Marciana.

einigen der edelsten Männer aufgegriffen wurde und wer Schuld daran gewesen, daß er nicht durchgeführt ward.

Werfen wir noch einen Blick auf die drei Linien der deutschen Habsburger, die österreichische, tiroler und steirische, wie sie durch Ferdinands I Ländertheilung begründet worden waren.

Maximilian II, der älteste Sohn Ferdinands und der Stammvater der österreichischen Linie, hinterließ nach seinem Tode eine Wittwe 1576
mit sechs Söhnen und drei Töchtern. Alle Zeitgenossen sind darin einig, die eingezogene Lebensweise der Kaiserin-Wittwe Marie, ihre Frömmigkeit und ihre Freigebigkeit gegen die Armen, welche sie sogar oft in Geldverlegenheit stürzte, zu bewundern. Nichtsdestoweniger war selbst diese fromme Dame nicht frei von weltlichem Ehrgeiz. Nach dem Tode ihres Gemahls wollte sie nach dem Beispiele französischer Königswittwen einen Antheil an der Regierung der österreichischen Länder haben, aber die Unfreundlichkeit ihres ältesten Sohnes vernichtete schnell alle Illusionen, die sie gefaßt hatte. Theils in der Erwartung, daß es ihr in Spanien, wo ihr Bruder herrschte, besser gehen dürfte, theils in der Absicht dort die Interessen ihrer Söhne zu vertreten, vertauschte sie im Geleite ihrer Tochter Margaretha den Aufenthalt in Wien mit dem in Madrid und ließ sich da in einem Karmelitenkloster nieder. Allein welche Erwartungen und Absichten sie auch immer hegen mochte, sie sah sich in allem getäuscht, denn Philipp II war nicht der Mann, der mit irgend einem Sterblichen freiwillig seine Gewalt theilen mochte oder sich in seinen Entschlüssen von Verwandten, mochten sie ihm noch so nahe stehen, bestimmen ließ. Die Kaiserin wurde wohl in Spanien mit aller Courtoisie behandelt, aber ihr Einfluß reichte nie viel weiter als die Klostermauern, in die sie sich eingeschlossen hatte *). Sie lebte da bis zu ihrem im J. 1603 erfolgten Tode.

Maximilians II ältesten Sohn Rudolf haben wir kennen gelernt. Ernst, der zweite, war frühzeitig nach Spanien zur Erziehung geschickt worden und konnte sich nach dem Tode des Don Carlos Hoffnung machen mit der Hand der Prinzessin Isabella dereinst die spanische Monarchie zur Mitgift zu erhalten. Philipp II war dem Erzherzog nicht ungeneigt, bediente sich seiner in mancherlei Angelegenheiten und übertrug ihm zuletzt die Statthalterschaft in den Niederlanden, auf

*) Relationen von Alberi, Spagna 1, 5 S. 366 und 426, dann die Relationen des 17. Jahrhundertes Spagna S. 163.

welchem Posten Ernst nach kurzer und nicht besonders erfolgreicher Thä-
1591 tigkeit starb. Einige Zeit hatte er auch seinem Bruder als Statthalter von Oesterreich gedient.

Mathias, der dritte Sohn, war in Deutschland unter den Augen seines Vaters aufgewachsen und zeichnete sich durch dieselbe Leutseligkeit wie dieser aus. Ueberdrüßig einer thatenlosen Zurückgezogenheit, von seinem Ehrgeiz und einigen falschen Freunden übel berathen, war er als junger Mann ohne Vorwissen seines Bruders nach den Niederlanden entwichen und hoffte durch seine persönlichen Eigenschaften daselbst zu erreichen, was Philipp II durch Waffengewalt nicht erreichen konnte, nämlich die Pacification der Niederlande und vielleicht auch die Herrschaft über dieselben. Nach kurzer Zeit sah er jedoch ein, daß diejenigen Niederländer, welche ihn zu diesem abenteuerlichen Schritte beredet hatten, sich seiner nur als Deckmantel für ihre eigenen Bestrebungen bedienen wollten, und er zog sich (1580) beschämt über sein unreifes Unternehmen, bei dem er zwei unvereinbare Dinge, nämlich die Billigung Philipps und die Gunst der Niederlande zu vereinen gehofft hatte, wieder in die Heimat zurück. Seine Mutter verhalf ihm nach einiger Zeit zu einem freundlichen Verhältniß mit Rudolf, den er durch sein eigenmächtiges Vorgehen beleidigt hatte, und dieser ernannte ihn später zum Statthalter von Oesterreich und ertheilte ihm auch zeitweise den Befehl über die kaiserlichen Truppen in Ungarn.

Maximilian, der vierte Sohn, war ebenfalls in Deutschland erzogen worden und hatte sich seiner Zeit um den polnischen Thron beworben, war aber dabei von den Anhängern des schwedischen Prinzen Sigismund überstimmt und im Kampfe gegen dieselben geschlagen worden. Von da an leistete er bald als Anführer kaiserlicher Truppen gegen die Türken bald als Vormund der minderjährigen steirischen Prinzen seinem Hause wichtige Dienste, bis er endlich im J. 1595 nach dem Erlöschen der tiroler Linie die Verwaltung von Tirol übernahm und mit dieser später noch die des Elsasses vereinte. Er war zugleich Hoch- und Deutschmeister. Ohne persönlichen Ehrgeiz wachte er sein ganzes Leben über für die Interessen seiner Familie und trug vielleicht durch seine Uneigennützigkeit, mit der er später auf seine Erbansprüche zu Gunsten Ferdinands von Gratz verzichtete, mehr zu dessen endlichem Siege bei als Spanien mit seinen großartigen Subsidien.

Erzherzog Albrecht, der fünfte Sohn, war ursprünglich zum geistlichen Stand bestimmt und erlangte auch bereits in seinem 18. Lebensjahre den Kardinalshut. Philipp II, bei dem der Prinz einen Theil seiner Jugend verbracht hatte, gewann ihn besonders lieb, übertrug ihm



durch einige Zeit die Statthalterschaft von Portugal und verlieh ihm zuletzt auch das Erzbisthum Toledo mit seinem fürstlichen Einkommen. Als hierauf der König die Trennung der Niederlande von Spanien zur Erreichung eines allgemeinen Friedens für nothwendig hielt und mit denselben seine älteste Tochter ausstatten wollte, gab er dieselbe dem Erzherzog, der auf seine geistlichen Würden verzichtete, zur Frau*). Die Infantin hatte unter diesen ewigen Zögerungen bereits ein Alter von 32 Jahren erreicht. **Albrecht** war ein friedliebender Herr und ohne persönlichen Ehrgeiz; vielleicht rührte beides von seiner schwachen körperlichen Beschaffenheit her, die ihn häufigen Krankheitsanfällen aussetzte. In den Niederlanden bemühte er sich redlich, wenn auch mit geringem Erfolge, um die Herbeiführung eines dauernden Friedensstandes.

Erzherzog **Wenzel**, der sechste Sohn, starb bereits zwei Jahre nach seinem Vater in einem Alter von 17 Jahren. — Von diesen sechs Prinzen der österreichischen Linie lebten im J. 1600 nur noch vier, und da alle sich in einem höhern Alter befanden, so lag bereits die Vermuthung nahe, daß die Herrschaft über alle Länder der deutschen **Habsburger** über kurz oder lang an die steirische Linie kommen würde.

Von den Töchtern war die älteste **Anna** im Alter von 21 Jahren 1570
mit **Philipp** II, ihrem Oheim, verheiratet worden und gebar ihm den spätern Erben **Philipp** III. Diese Heirat erlangte für die weitern Schicksale der österreichischen Monarchie eine nicht geringe Bedeutung, denn der Sprosse derselben machte, da sämmtliche männliche Nachkommen **Maximilians** kinderlos waren, Ansprüche auf die Königreiche Ungarn und Böhmen und trat so als Rival **Ferdinands** von Gratz auf. So wenig er für seine Forderungen eine rechtliche Grundlage hatte, da **Anna** feierlich vor der Ehe auf alle Erbansprüche verzichtet hatte, Ungarn eine Wahlkrone war und in Böhmen seit jeher die Frauen allen männlichen Nachkommen der regierenden Dynastie nachstanden, so mußte doch **Ferdinand** die Ansprüche **Philipps** III durch mancherlei Versprechungen und durch die Abtretung des Elsasses abkaufen**).

---

*) Die Heirat fand jedoch erst 1599 einige Monate nach **Philipps** II Tode statt.

) Die Verhandlung, welche wegen der Ansprüche **Philipps III auf die Kronen von Ungarn und Böhmen geführt wurden, begannen im Jahre 1613 zwischen **Mathias** und **Ferdinand** einerseits und den Gesandten **Philipps** III andererseits. Einige Andeutungen darüber gab schon **Khevenhiller** und sie haben mit Recht in neuerer Zeit Aufsehen erregt. Erst **Hurter** brachte aus dem Wiener Staatsarchiv nähere Details bei, aber alles dies wird durch die im Archiv von Simancas befindlichen Korrespondenzen überboten. Fer-

Die zweite Tochter Isabella, eine Dame von großer Schönheit, war mit Karl IX von Frankreich verheiratet worden, der sie die tugendhafteste Frau der ganzen Welt nannte. Es ist natürlich, daß sie bei einer solchen Beschaffenheit völlig vereinsamt an dem galanten französischen Hofe stand und auch nicht den leisesten Antheil an den Gräueln der Bartholomäusnacht hatte. Nach dem Tode ihres Gemahls fühlte sie sich unheimlich in Frankreich und zog sich nach Oesterreich zurück, wo sie von ihren Einkünften dem Wohlthun lebte. Philipp II bot ihr nach dem Tode seiner vierten Gemahlin, ihrer Schwester Anna, die Hand an, aber sie verschmähte dieselbe trotz des Zurathens ihrer Mutter und ihrer Brüder und erklärte, sie wüßte kein Beispiel, daß eine königliche Wittwe von Frankreich geheiratet hätte und wolle auch nicht die erste dasselbe geben. Sie starb im J. 1592. In ihrem Gefolge befand sich ein unscheinbarer burgundischer Edelmann, Saint-Hilaire mit Namen, der nach ihrem Tode auch ferner seiner neuen Heimat treu blieb und in die Dienste des Kaisers trat, um später an der Spitze eines Reiterregiments Ferdinands II Retter zu werden, als dieser in der Wiener Burg den Angriffen der Protestanten zu unterliegen in Gefahr war. So sonderbare Zufälle

---

dinand hatte sich nach diesen verpflichtet, seiner Zeit den Elsaß an Spanien abzutreten, und wenn er Kaiser werden würde, Philipp III und seine Nachfolger mit allen Reichslehen in Italien, welche erledigt werden würden, zu belehnen und endlich hatte er, mit Ausschluß seiner eigenen Brüder und ihrer männlichen Nachkommen, das Erbrecht auf ganz Oesterreich der männlichen spanischen Linie vor der eigenen weiblichen (falls seine männliche Nachkommenschaft erlöschen würde), zugestanden. Dieser geheime Vertrag ward im J. 1617 ohne Matthias' Vorwissen abgeschlossen und sollte, sobald Ferdinand zur Regierung in Ungarn und Böhmen gelangt sein würde, bezüglich des Theils, welcher die Erbfolge bestimmte, als Staatsgrundgesetz publizirt und in die Landtagsabschiede dieser Länder einverleibt werden. Wer nur einige Einsicht in die ungarischen und böhmischen Verhältnisse hat, wird begreifen, daß Spanien von Ferdinand sich Zugeständnisse abgerungen hatte, welche dieser weder zu thun berechtigt war, noch auch erfüllen konnte. Waren Böhmen und Ungarn Wahlreiche, so war der Vertrag an und für sich ungiltig, waren sie Erbreiche, so hatte unbedingt die deutsche männliche und weibliche Linie der Habsburger den Vorzug vor der spanischen. Wir können uns über diesen Gegenstand hier nicht weiter auslassen und bemerken nur noch, daß Philipp IV später selbst das Unausführbare des Vertrags einsah, von einem Theil der Verpflichtung Ferdinand ausdrücklich dispensirte und den andern Theil mit Stillschweigen überging. Die von uns zu edirenden Korrespondenzen von Simancas aus den Jahren 1613–1617 und 1624–1628 werden darüber alles nöthige Licht verbreiten.



müssen oft walten, um von weiter Ferne einen Mann zu holen, der für eine That gleichsam prädestinirt erscheint *).

Margaretha, die dritte Tochter und stete Gefährtin ihrer Mutter, verbrachte ihr Leben in einem Karmelitenkloster in Madrid und starb da im J. 1633.

Die tiroler Linie war durch Ferdinand, den zweiten Sohn Kaiser Ferdinands, begründet worden, erlosch aber bereits mit ihrem Be- 1591
gründer, da die zwei Söhne des Erzherzogs, welche ihm seine erste Gemahlin Philippine Welser geboren hatte, nicht successionsfähig waren. Es waren dies der Kardinal Andreas von Oesterreich, welcher im J. 1600 starb und der Markgraf von Burgau, der trotz seiner zweifachen Ehe auch keine Nachkommen hinterließ. In der zweiten Ehe wurden dem Erzherzog zwei Töchter geboren, Anna, die spätere Gemahlin Kaiser Mathias' und Anna Katharina, welche ihr Leben im Kloster zubrachte und beschloß.

Die steirische Linie, welche mit Ferdinand II wieder den gesammten Besitz der deutschen Habsburger vereinen sollte, leitete ihren Ursprung von Karl, dem dritten Sohne Ferdinands I her. Erzherzog Karl war mit Marie einer Schwester Herzog Albrechts V von Bayern vermählt, einer Dame von großem kirchlichen Eifer und bewunderungswürdiger Lebenserfahrung und Klugheit. Nach dem frühzeitigen Tod ihres Gatten leitete sie die Erziehung ihrer Kinder, von denen der älteste Sohn geb.
Ferdinand, später als Kaiser der zweite dieses Namens, eine so be- 1578
deutende Rolle in den allgemeinen Ereignissen spielte. In seiner Bildung und seinen Lebensansichten schloß er sich in vielfacher Beziehung an seinen Zeitgenossen und Vetter, den Herzog Maximilian von Bayern an. Beide

*) Hurter hat in seiner Geschichte Ferdinands II die Behauptung aufgestellt, Saint-Hilaire sei kein Franzose sondern ein Deutscher, Namens Santhillier, gewesen, dessen Name zu der falschen Vermuthung über seinen Ursprung Veranlassung geboten habe. Dem ist nun nicht so und Saint-Hilaire ist thatsächlich ein Franzose burgundischer Abstammung gewesen. Wir erfahren dies aus zwei Briefen des französischen Agenten in Wien Grafen Wahlenberg (1624—1628), welche sich beide im Original im Archiv des französischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten befinden. Autriche Vol. 13. In diesen Briefen erzählt Wahlenberg, Saint-Hilaire, der mit der Königin Elisabeth in Oesterreich eingewandert sei, sei gestorben und habe zwei Söhne hinterlassen, von denen der eine in Frankreich der andere aber bereits in Oesterreich geboren sei. Da nun der letztere nicht nach französischen Gesetzen in Burgund die Güter des Vaters miterben könne, so ersuche er (Wahlenberg), der König möge für ihn eine Vergünstigung eintreten lassen, für welche derselbe in Oesterreich auf mancherlei Weise dankbar sein könnte.

waren Zöglinge der Jesuiten, beide vertraten mit dem Eifer eines Philipp II aber mit mehr Klugheit und Schonung die katholische Kirche und beide entwickelten in der Beurtheilung der allgemeinen Verhältnisse, so weit ihr Vortheil damit in Zusammenhang stand, einen bewunderungswürdigen Scharfblick. Maximilian von Bayern war entschieden der an Geist begabtere, aber bei ihm treten alle die bezeichneten Eigenschaften weniger hervor, denn seine Bedeutung war durch die engern Grenzen seines Gebietes beschränkt, desto mehr aber bei Ferdinand. Schon als junger Mann und dies war er in der Zeit, von welcher wir reden, sah er die Sache des Protestantismus kaltblütig als eine politische Angelegenheit an, und weil er von dem Erstarken desselben das Verderben seines Hauses befürchtete, so verfolgte er ihn unnachsichtlich überall, wo er ihm begegnete, vermied es jedoch immer, daß der Kampf eine wilde Härte annehme. Die Protestanten haben diesem Prinzen vom Anfang an nicht getraut, sie haben ihn gehaßt und frühzeitig mit dem Rufe eines zweiten Philipp bedacht. Ferdinand vergalt es ihnen mit zehnfachem Maße. Gegen Männer wie Heinrich IV, den Fürsten Christian von Anhalt und den Prinzen von Oranien, welche lange voraus den Kriegsplan gegen das Haus Habsburg erwogen, bevor sie ihn in Ausführung brachten, war Ferdinand der einzig ebenbürtige Gegner, weil er eben so lange voraus schon auf die Vertheidigung bedacht war. Doch wir dürfen den Ereignissen nicht vorgreifen, die diesen Prinzen am besten charakterisiren werden. — Von den Brüdern Ferdinands spielte nur Erzherzog Leopold eine bedeutendere Rolle; wir werden ihn tief in die Schicksale Rudolfs verflochten sehen. Von den Schwestern war eine, Margaretha, an Philipp III verheiratet, eine andere, Christine, an den Fürsten von Siebenbürgen; Anna und Constantia folgten einander als Gemahlinnen Sigismunds III von Polen, Maria Magdalena endlich wurde später mit dem Großherzog von Toskana vermählt.

Sieht man von der politischen Thätigkeit der Habsburger ab und vergleicht ihr Privatleben mit dem ihrer Antagonisten der Valois und Bourbons, so ergibt sich ein interessanter Unterschied. In Frankreich übersprudelnde Fröhlichkeit, Genußsucht, ein Leben voller Liebesintriguen, sowohl bei den Prinzen wie bei den Prinzessinnen, Uneinigkeit im königlichen Haus und häufiger Kampf der Parteien, an deren Spitze sich die Mitglieder desselben mit den Waffen in der Hand bekämpfen. Von allem diesem zeigt das Hofleben in Madrid, Wien, Gratz und Prag nichts. Wirkte vielleicht noch die düstere Gemüthsanlage der Infantin Juana in ihren Nachkommen nach, oder war es der fortdauernde Kampf mit den Protestanten und Türken, der die Habsburger ununterbrochen in



so große Gefahren versetzte, daß die Heiterkeit an ihren Höfen keine rechte Stätte finden konnte? Von je zwei Prinzen dieses Hauses konnte man regelmäßig annehmen, daß einer das Lachen nur vom Hörensagen kannte. Von dem Leben habsburgischer Kaiserinnen, Königinnen und Prinzessinnen läßt sich mit Ausnahme der staatsklugen Marie von Ungarn fast nichts erzählen; sie waren als Frauen treu, bewahrten die Ehre des Hauses und lebten zurückgezogen, als Wittwen und als ledige Damen suchten sie regelmäßig die Klostermauern auf, um hinter denselben der Frömmigkeit zu leben; ein Karmelitenkloster in Madrid und das Kloster Hall in Tirol pflegten diese Zufluchtsstätten zu sein. Von offenen Zwistigkeiten unter den Habsburgern kann man auch nichts berichten, Mathias machte die erste Ausnahme. Und selbst diesem läßt sich, wenn man von seinem kindischen Zug nach den Niederlanden absieht, wegen seines Auftretens gegen Rudolf kein gegründeter Vorwurf machen. Diese bürgerliche Zurückgezogenheit und Einfachheit der Habsburger, so rühmlich sie an sich selbst ist, ist gleichwohl einer der Gründe gewesen, weshalb dies Haus so isolirt stand und auf die kleinen Höfe, deren politische Richtung oft nur Geschmackssache ist, einen so geringen Einfluß ausübte.

Zweites Kapitel.

I. Rudolfs geistige Krankheit. Vergebliche Anstrengungen den Kaiser zur Bestimmung der Nachfolge zu vermögen. Die geheimen Räthe. Matthias. Philipp III und Lerma. Clemens VIII. II. Der Türkenkrieg in Ungarn. Charakter der Magnaten. Rudolfs kühne Pläne in Ungarn. Der Reichstag von Preßburg. Der 22. Artikel. Aufstand der Ungarn und Siebenbürger. Bocskay. Die Erzherzoge in Prag. Heiratspläne des Kaisers. Der Frieden von Wien. Vertrag der Erzherzoge. Friede von Zsitwa — Torok. Des Kaisers Opposition. III. Zustand der Finanzen im J. 1607.

I.

Um das J. 1600 nahm zum erstenmale Rudolfs melancholische Gemüthsstimmung eine so krankhafte Wendung, daß sie nahe an Verrücktheit grenzte. Die Geschäfte, schon früher vernachlässigt, ruhten zeitweise vollständig und Audienzen wurden fast gar nicht ertheilt, denn sonderbare Vorstellungen trübten den Verstand des Kaisers und erhitzten seine Phantasie derart, daß er sich den mannigfachsten Befürchtungen hingab. Gestützt auf eine Prophezeiung Tycho Brahe's glaubte er steif und fest daran, daß ihm das Schicksal Heinrichs III von Frankreich bevorstehe und er also von einem Mönche würde ermordet werden. Nicht nur daß er von da an jede Erscheinung in der Oeffentlichkeit vermied, selbst in seiner Burg glaubte er sich nicht sicher genug und wendete auch da besondere Vorsichtsmaßregeln an. In dem Garten, der an die Burg stieß und von allen Seiten eingeschlossen war, ließ er gedeckte Gänge aufführen, um bei seinen Spaziergängen weder von einem neugierigen noch von einem feindlichen Auge gesehen zu werden. Von den frühern Unterhaltungen dem Ballspiel und Reiten, so nothwendig bei seiner eingeschlossenen Lebensweise, war nun vollends keine Rede mehr; dann und wann ließ er sich noch seine prachtvollen spanischen und italienischen Rosse, zum Theil Geschenke des Königs von Spanien, unter die Fenster seines Zimmers führen

und erfreute sich an ihrem Anblick, aber dies war auch alles, was seinen Zusammenhang mit der Außenwelt anzudeuten schien *). Uebrigens beherrschten ihn seine alchymistischen und astrologischen Träumereien mehr denn je.

Es konnte nicht fehlen, daß diese Furcht vor eingebildeten Gefahren bald genug weitere Folgen nach sich zog. Zuerst faßte der Kaiser einen Widerwillen gegen das religiöse Leben; man sah ihn nicht mehr die Kirche besuchen und merkte ihm eine ausgesprochene Abneigung gegen die Geistlichkeit und alles, was mit ihr zusammenhing an, natürlich, da ja ein Mönch sein Mörder werden sollte. Dann und wann rief er wohl auch den Teufel herbei und bat ihn, er möge sich doch seiner bemächtigen. Zur selben Zeit lebte in Prag der in der Geschichte des Kapuzinerordens bekannte Laurenz von Brindisi, ein Mann von einer damals weit berühmten Frömmigkeit, der sich auf Veranlassung einiger katholischen Herren mit mehreren italienischen Mönchen seines Ordens am Hradschin angesiedelt hatte und dadurch Begründer des noch heute daselbst existirenden Klosters geworden war. Um von dem Kaiser den Einfluß böser Geister, denen man die krankhaften Symptome zuschrieb, fernzuhalten, bekam er den Auftrag mit seinen Brüdern für ihn zu beten, doch umsonst, denn das Uebel ward nur noch schlimmer und der Kaiser behauptete geradezu, daß er durch diese Gebete erst recht gepeinigt werde. Die zeitweilige Einsicht in seine Lage mußte ihm natürlich selbst die Ueberzeugung beibringen, daß er nicht weiter für die Regierung tauglich sei, deshalb quälte ihn neben der Furcht vor dem Tode auch die Angst, man wolle ihn vom Throne stürzen. Niemandem und am allerwenigsten Personen von Einsicht trauend, fing er an ganz untergeordneten Leuten Einfluß zu gestatten, und entfernte aus seinem Dienste Jeden, der ihm irgendwie verdächtig ward. Seine Umgebung mußte sich sogar Mißhandlungen von ihm gefallen lassen; kam die Stunde seiner wahnsinnigen Anfälle, so tobte er wie ein Rasender und schlug, was ihm in den Weg kam. Er selbst hielt sich für verzaubert **).

Man kann leicht begreifen, welches Aufsehen dieser Zustand des Kaisers verursachte und wie namentlich seine Verwandten dadurch auf das äußerste aufgeregt wurden. Mathias, welchem als dem ältesten Bruder des Kaisers zunächst die Pflicht oblag, sich von dessen Befinden persönlich zu unterrichten, eilte von Wien, wo er als Statthalter

*) Relation von Francesco Soranzo. MS in der Marciana in Venedig Klasse VIII Codice 696.

**) Hurter V 74, Soranzo in der zitirten Relation.



1600 von Oesterreich lebte, nach Prag, und gewann da alsbald die Ueberzeugung von der dringenden Nothwendigkeit, seinem Bruder einen Gehilfen in der Person eines vorausbestimmten Nachfolgers zu geben. Der Erzherzog konnte billigerweise annehmen, daß es ihm in Verein mit den andern Prinzen des Hauses gelingen dürfte, den Kaiser zu überreden in die Wahl eines Nachfolgers zu willigen, da er doch selbst ohne legitime Erben war. Der so bestimmte Nachfolger konnte dann unter dem Titel eines römischen Königs als Coadjutor einen Theil der Reichsgeschäfte versehen, wenn dies die Kränklichkeit des Kaisers weiter nöthig machte. Es war dies ein Ausweg, durch welchen Rudolf, dem alle Ehrenrechte, die meisten Einkünfte und von der Regierung so viel, als er versehen wollte und konnte, bleiben sollte, sich keineswegs gekränkt fühlen durfte, ein Ausweg, welchen zu wählen er nicht bloß seiner eigenen Gesundheit sondern auch seinem Hause schuldig war. Seit mehreren Generationen hatte sich das Haus Habsburg die deutsche Krone dadurch gesichert, daß der regierende Kaiser die Wahl des Nachfolgers noch bei seinen Lebzeiten in die Hand nahm und so dieselbe nach Belieben lenkte. Eine gleich kluge Vorsicht hatten Ferdinand I und Maximilian II auch in Böhmen und Ungarn bethätigt und keiner von diesen Fürsten schied aus der Welt, ohne daß sein Erbe in den unangefochtenen Besitz aller Kronen trat, die er selbst besessen hatte. Wenn aber diese Vorsicht je nöthig war, so war sie es gewiß jetzt, wo innere und äußere Feinde sich zum Angriff gegen die Habsburger bereit machten.

Daß die Nachfolge schon jetzt bestimmt werden müsse, war übrigens auch die Meinung, welche die wichtigsten Personen am Hofe Rudolfs theilten, voran die zwei bedeutendsten Mitglieder des geheimen Rathes Rumpf und Trautson, in deren Händen bisher die meisten Regierungsgeschäfte gelegen waren. Wir besitzen keine Nachrichten über den Einfluß, welchen Mathias auf diese beiden Herren ausübte, wir werden aber gewiß nicht fehl gehen, wenn wir annehmen, daß der Eifer, mit dem sie seit des Erzherzogs Anwesenheit in Prag dem Kaiser die Nothwendigkeit eines Coadjutors ans Herz zu legen begannen, von Mathias und wahrscheinlich auch von dem Gesandten Philipps III angefacht und durch besondere Versprechungen warm gehalten wurde. Allein es zeigte sich bald, daß sie sich eine schwierigere Aufgabe gestellt hatten, als anzunehmen war, und daß der Widerwille gegen die Wahl eines Nachfolgers, welchen der Kaiser schon in seinen gesunden Tagen oft genug gezeigt hatte, mit seiner Krankheit nicht ab- sondern zugenommen hatte. Es scheint, als habe Rudolf längere Zeit dem Andringen seiner Minister nur einen passiven Widerstand entgegengesetzt, indem er sich auf ihre Vorstellungen



nicht weiter einließ, aber eines Tages bemächtigte sich seiner die Wuth gegen die Dränger und er befahl einem seiner Kämmerer beiden, Rumpf und Trautson, den Befehl zu überbringen, von seinem Hofe abzureisen. „Ich werde so lange nicht Ruhe haben, so lange diese Leute um mich herum sind, geht und sagt ihnen, sie sollen sich entfernen, damit ich sie nicht mehr sehe," rief er im höchsten Zorn aus. Rumpf hatte diese Worte selbst im Nebenzimmer vernommen, fiel in Folge des Schreckens in Ohnmacht und mußte in seine Wohnung getragen werden. Des Kaisers Unwille war nicht zu besänftigen, beide vor kurzem noch allmächtige Minister verloren ihre Stellen, reisten vom Hofe ab und ihre Herrlichkeit war zu Ende *). So lautete Rudolfs Antwort auf die ersten Rathschläge bezüglich der Wahl eines Coadjutors. Ende Sept. 1600

Dieser mißliche Erfolg konnte natürlich diejenigen, welche an der Bestimmung der Nachfolge ein Interesse hatten, nicht zurückschrecken, sondern mußte sie bei des Kaisers dauernder und zunehmender Krankheit nur noch mehr zur Eile mahnen. Mit Hilfe der Geheimräthe war aber nichts mehr auszurichten, denn diese, gewarnt durch das Schicksal zweier ihrer ehemaligen Collegen, waren für lange Zeit abgeschreckt; auch war der Geheimrath selbst nicht mehr aus so homogenen Elementen zusammengesetzt wie früher, denn der Kaiser berief bald darauf in denselben Herrn Karl von Liechtenstein, einen mährischen Kavalier**), den er zugleich zum Oberst-hofmeister ernannte und dem er damit auch das Präsidium im Geheimrath übertrug. Liechtenstein war ein Mann, der mit unglaublicher Volubilität den verschiedensten Parteien sich anzuschließen und mit noch größerem Scharfblicke bei seinem Anschluß diejenige zu errathen wußte, welcher für die nächste Zeit die Herrschaft beschieden war. Als Präsident des Geheimraths hatte er also die Umstände, die seine Berufung veranlaßt hatten, vor Augen und erklärte sich zum Gegner der spanischen Politik, welcher Rudolf die Pläne wegen Bestimmung der Nachfolge vor allem zur Last legte. Der Geheimrath Barvitius, neben Liechtenstein die angesehenste Persönlichkeit, und zugleich am meisten in den Geschäften bewandert, stellte sich jetzt an die Spitze der spanischen Partei, welche noch

*) Der französische Gesandte Ancel an Heinrich IV ddo. 30. September. Kaiserliche Bibliothek in Paris. Collection Harlay Fol. 471. Die Worte Rudolfs waren nach dem Berichte des Gesandten: Enfin, je n'aurai repos en mon esprit, tant que ces gens seront proche de moi, allez leur dire, qu' ils aient à déloger et que je ne les voie plus.

**) Wir sind nicht im Stande genau den Tag der Berufung anzugeben, jedenfalls geschah diese spätestens im Jahre 1601.

immer die zahlreichsten Anhänger unter den wichtigsten Personen am Hofe zählte, denn der Kaiser hatte sie wohl durch seinen Zorn zum Schweigen aber nicht zum Wechsel ihrer Sympathien, die sie sich übrigens gut bezahlen ließen, bringen können*).

Es mußten also die Personen, deren Interesse an der Bestimmung der Nachfolge ein unmittelbares und dauerndes war, aus ihrer bisherigen reservirten Haltung hervortreten; es waren dies außer Erzherzog Mathias noch Philipp III und der Papst. Mathias' Stellung war die schwierigste, da er Rudolf gegenüber nicht unabhängig war und sein Drängen leicht so ausgelegt werden konnte, als handle es sich ihm vor allem um persönliche Zwecke. Dies selbst einsehend beschloß er sich an die Reichsfürsten zu wenden und durch diese einen Druck auf seinen Bruder, wenigstens was die Nachfolge im Reich betraf, auszuüben. Vor allem ersuchte er deshalb den Kurfürsten von Sachsen um seine Intervention**), allein dieser, welcher mit dem Kaiser auf einem guten Fuß stand, lehnte es ab in einer Angelegenheit zu vermitteln, welche ihm allenfalls Unannehmlichkeiten aber keinesfalls einen Vortheil bringen konnte Die weltlichen deutschen Fürsten hatten kein Interesse daran, einen kranken und geistesschwachen Kaiser durch einen tüchtigen zu ersetzen, und deshalb war es in vornhinein ein verfehlter Weg, sie für die wichtigste Angelegenheit der Habsburger interessiren zu wollen. Gleich die ersten Schritte Mathias' das Wohl seines Hauses sicherzustellen scheiterten also vollständig und er sah sich in die Nothwendigkeit versetzt, es andern zu überlassen, das Gemüth des Kaisers und vielleicht nicht zu seinen als des nächsten Erben Gunsten umzustimmen.

Den wichtigsten Antheil an der Bestimmung der Nachfolge im Reich und überhaupt an dem Bestand der habsburgischen Herrschaft in Oesterreich und Deutschland nahm nach Mathias der König von Spanien Philipp III. Es war zwei Jahre her, daß dieser Fürst seinem Vater auf dem Throne gefolgt war und schon gab sich sowohl in der innern als in der äußern Politik Spaniens ein mannigfacher Unterschied gegen frühere Zeiten zu erkennen. Was die veränderte Richtung in der äußern Politik betrifft, so machte sie sich vor allem darin geltend, daß Spanien in die

*) Der spanische Gesandte in Prag schreibt an Philipp III bei den mannigfachsten Gelegenheiten, man könne in Prag nur unterhandeln, wenn man die Hände in den Taschen habe. Man habe es da nicht mit Ministern sondern mit Kaufleuten zu thun.

**) Mathias an den Kurfürsten v. Sachsen, ddo. 16. Oktober 1600. Sächsisches Staatsarchiv, Kurfürstenzusammenkunft 10675.



Schicksale Oesterreichs unmittelbar einzugreifen begann, weil es, wie wir bald näher erfahren werden von einem unter seinem Einfluße gewählten Kaiser eine günstige Diversion in den Niederlanden erwartete; in der innern Verwaltung traten die durch Philipp II in den Hintergrund gedrängten Granden wieder mehr hervor und gaben der Regierung einen aristokratischen Anstrich. Was die Persönlichkeit des jungen spanischen Herrschers betrifft, so war er ein gutmüthiger und frommer aber ein sehr schwacher Fürst. Er war gelehrt worden, seinen Willen unbedingt und durchwegs seinem Vater unterzuordnen und seine Unselbstständigkeit, eine Folge solcher Erziehung, artete hie und da in Willenlosigkeit aus. Als Philipp II ihn verheiraten wollte, gab er ihm die Wahl zwischen drei Prinzessinnen frei, aber der gehorsame Sohn konnte sich nicht zu einer Willensäußerung entschließen, sondern überließ seinem Vater allein die Entscheidung. Bei einem solchen schwachen Charakter stand zu erwarten, daß er die Regierung schnell seinen Günstlingen überlassen werde. In der That berief er nach dem Tode seines Vaters den Grafen von Lerma an die Spitze der Geschäfte und gab später auch den unerhörten und an asiatische Zustände mahnenden Befehl, daß die Unterschrift dieses Ministers die Geltung der königlichen haben solle. Was er an Gnaden und Würden auf seinen Günstling häufen konnte, das häufte er, und der in kurzem zum Herzog erhobene Lerma ward bald nicht nur der mächtigste, sondern auch der reichste Kavalier von Spanien. Philipp II hatte es vorgezogen, seine Diener und Räthe nicht einer einzigen Partei zu entnehmen, damit unter ihnen kein Einverständniß möglich sei und ihm als König stets die Entscheidung zwischen den sich streitenden Interessen freistehe, auch wählte er größtentheils seine Staatssekretäre unter Personen von geringer Bedeutung und nicht unter den Granden seines Reiches, weil er das Ansehen der letzteren nicht noch durch einflußreiche Stellungen erhöhen mochte. Von allem diesem war die Regierung seines Sohnes das Gegentheil. Mit dem Herzog von Lerma bekam die Aristokratie die Regierung des Staates vollständig in die Hand, und von zwei Parteien am Hofe, wie ehedem unter Philipp II, war jetzt so wenig die Rede, daß eigentlich alle hohen Posten in die Hände zweier verschwägerter Familien, der Lerma's und der Zuñiga's, gelangten, die natürlich nur ein gemeinschaftliches Interesse kannten. Die Diener des verstorbenen Königs wurden unter mannigfachen Vorwänden entfernt und von den Staatssekretären nur Don Juan de Idiaquez wegen seiner genauen Geschäftskenntniß, deren man nicht entrathen konnte, beibehalten *). — Der Herzog von Lerma selbst, der in allem

*) Relazion über Spanien von Soranzo 1602. Bei Alberi. S. 153.



und jedem die Regierung leitete, war ein Kavalier mit mancherlei glänzenden Außenseiten ausgestattet und scheinbar begabt mit den verschiedensten Fähigkeiten. Die Gunst seines Herrn hatte er sich dadurch erworben, daß er ihm als Prinzen mehrere Aufmerksamkeiten erwies, welche in dem dankbaren Gemüth desselben um so mehr haften blieben, als die Diener Philipps II gegen den Erben dieses Monarchen nichts weniger wie zuvorkommend sein durften. Den Südländern ist nächst Gastfreundschaft die Freigebigkeit eine der hervorragendsten Eigenschaften, die sie an ihren Königen und Staatsmännern nicht vermissen können und mehr wie andere Tugenden mit Lob erwähnen. So hatte sich auch Lerma durch eine passend hie und da angebrachte Freigebigkeit und durch besondere Freundlichkeit in seinem Benehmen Freunde und Lobredner erworben und es fehlte zuletzt nicht an Schmeichlern, die ihn groß finden wollten*). Sieht man aber auf seine Verwaltung, so merkt man, daß er nichts weniger wie ein Staatsmann gewesen und nichts besser kannte, als durch eigene Bereicherung und durch die luxuriöseste Lebensweise die Finanzen seines Landes noch tiefer herabzubringen, als dies schon ohnehin der Fall war. Um den König bei guter Laune zu erhalten, unternahm er mit demselben zahlreiche und nutzlose Reisen von einem Orte in Spanien zum andern, was fabelhafte Ausgaben zur Folge hatte. An dem Beispiele Heinrichs IV von Frankreich hätte er lernen können, worin die Größe eines Staatsmannes beruhe, in der Hebung nämlich des Wohlstandes seines Landes und daß dieser zugleich auch die unerläßliche Grundlage aller auswärtigen Erfolge sei. Für solche Betrachtungen mangelte es aber in Spanien absolut an Verständniß. Da also Lerma's Macht über Philipp auf keinen großen staatsmännischen Diensten, sondern allein auf der persönlichen Zuneigung des letztern beruhte, so war er besorgt, durch alle Mittel sich dieselbe zu bewahren und jene Personen fernzuhalten, die ihm gefährlich werden konnten. Vor allem war die junge Königin für ihn ein Gegenstand steter Angst und steten Argwohns. Der König liebte seine Gemahlin, so weit

*) Relazion über Spanien von Contarini 1605 Bei. Alberi 299: Il duca di Lerma tanto rinomato negli affari della Spagna è un gentiluomo di buone intenzioni, grande di Spagna e molto ricco; una volta invece era povero, benchè la sua casa sia antica e vanti illustri natali, ora poi è ancor più nobilissima dopo li seguiti matrimoni di suoi figli e figlie dimodochè tiene dalla Spagna tutto quello che ha di meglio; è buon cristiano e molto amabilissimo nel parlare, e della sua morale sono tutti contenti e ne fanno molto calcolo; è per altro un uomo pieno d'ambizione, invidioso e goloso di tutto, mutabile senza veruna costanza molto impetuoso ed anche furioso e non mostra di essere uomo d'ordine, nessuno lo ha mai creduto un grand' uomo, ma presentemente lo fanno gli adulatori.



er überhaupt eines starken Gefühles fähig war, und diese, eine fröhliche und aufgeweckte Dame, suchte nach einem Antheil an der königlichen Macht, da ihr Gemahl selbst von derselben keinen Gebrauch zu machen wußte. Dies war es, was Lerma vor allem zu verhindern suchte und auch verhinderte, denn bis in das königliche Schlafgemach hinein wußte er seinen Willen geltend zu machen und jede Vertraulichkeit, die sich auf Staatsgeschäfte bezog, zu verhindern. Die Königin war über die Schwäche ihres Gemahls so aufgebracht, daß sie oft dem kaiserlichen Gesandten Grafen Khevenhiller versicherte, sie zöge es vor, Klosterfrau in Gratz als Königin in Spanien zu sein*). Da Lerma weder alle müßigen Augenblicke Philipps III auszufüllen vermochte, noch dazu die Lust besaß, endlich auch nicht Zeit gewann, um die wichtigsten Staatsgeschäfte allein zu versehen, so sorgte er durch ganz ergebene Stellvertreter, welche er in des Königs Nähe brachte, seine Macht auch für die Zukunft ungeschmälert zu erhalten. Zum Gesellschafter des Königs wählte er deshalb seinen eigenen Sohn den Herzog von Uzeba, nach des kaiserlichen Gesandten Urtheil einen „ungehobelten und leeren Menschen", an dessen Unterhaltung nichtsdestoweniger der König bald das höchste Behagen gewann, und zu seinem Gehilfen in der Regierung suchte er sich Don Rodrigo Calderon aus, einen Mann von niedriger Herkunft, dessen er sich früher selbst in seinen Privatgeschäften bedient hatte und auf den er sich als auf sein Geschöpf verlassen konnte**). Die Kaiserin Marie***), welche noch immer in

*) Lünig: Europäische Staatskonzilien 609. Khevenhiller an Rudolf II ddo. 10. Jänner 1606. „Die Königin ist zum höchsten disgustirt, ja so sehr, daß sie mir offt gesagt, sie wollte lieber zu Grätz eine Stifftkloster-Frau, als also Königin in Spanien sein, denn diese Leute ihren Gemahl von ihr auf alle Weise zu verführen gedencken und wenn der König nicht so christlich, es schon längst geschehen wäre; Ihr seyn alle Hände gebunden, was man ihr zuwider thun kann, das thut man, wenn sie was heimlich redt, so habe man sie in Argwohn, es sei wieder die Hertzoge Lerma und Uceda, oder die Ihrigen angesehen, ihren Gemahl examinirten sie, was sie mit ihme im Bette redet und haben ihr verboten, bey dem König um keine Sachen zu intercediren, noch im Bette oder allein mit ihm Negotia zu tractiren, was sie nach Teutschland schreibt will man wissen und fangen." — Khevenhiller machte einmal über zwei Stunden dem Herzog Vorstellungen über seine Regierungsweise, die dieser zwar freundlich aufnahm aber nicht weiter beachtete. Khevenhiller nennt ihn inconstante, sospechoso, codiciosissimo y para sacar un gusto o interesse suyo no mirara cosa ninguna.

**) Calderon ereilte das traurige Schicksal mancher Günstlinge. Nachdem er vom König zum Marques von Siete Iglesias ernannt worden war, wurde er später gestürzt und beim Regierungsantritte Philipps IV hingerichtet.

***) Maximilians II Wittwe.



Madrid in einem Karmelitenkloster lebte und mit dem Regierungsantritt Philipps III auf bessere Tage für ihre Familie gehofft hatte, statt dessen aber die Allmacht Lerma's erstehen sah, konnte sich nicht enthalten, ihrem Neffen selbst Vorwürfe zu machen, daß er so weit aus den Geleisen des Vaters trete*). Die Antwort Lerma's auf solche an seinen Herrn gerichtete Vorwürfe war die Verlegung des königlichen Hofes nach Valladolid, das wieder zur Hauptstadt von Spanien auserſehen ward. Man glaubte nicht anders, als daß Lerma durch Zauberei seine Macht über den König erhalten habe; gewiß ist, daß der letztere nicht ohne ihn leben und vor ihm auch nicht das geringste verheimlichen konnte.

Die äußere Politik Lerma's war durch seine persönlichen Tendenzen bestimmt. Bei seiner Sucht sich zu bereichern und seinem Hange nach Verschwendung war er natürlich nicht im Stande, sich in kostspielige auswärtige Unternehmungen einzulassen. Hatte doch Philipp II selbst für vieles die Mittel nur durch seine an Geiz grenzende Sparsamkeit beizuschaffen vermocht. Lerma's Politik war also eine friedliche und dies harmonirte auch mit der alle Anstrengung und Unruhe fliehenden Gemüthsart des Königs. Aber bei der Zusammensetzung des spanischen Staates und bei den Nachwirkungen der Politik Philipps II hing es nicht so ganz von den Wünschen des Königs und seines Ministers ab, ob ihre friedlichen Intentionen auch stets realisirbar sein würden. Denn schon das Auskunftsmittel, durch welches Philipp II Spanien von den Kosten des niederländischen Krieges befreien wollte, bewährte sich nicht; Albrecht und seine Gemahlin Isabella wurden ebenso bekriegt, wie früher die spanischen Statthalter und da die Holländer ununterbrochen von Elisabeth und Heinrich IV unterstützt wurden, so mußte Philipp III nach wie vor die Kosten der Vertheidigung tragen, wenn er nicht zusehen wollte, wie Belgien in feindliche Hände überging. Der niederländische Krieg war also trotz aller Vorsicht Philipps II in die Erbschaft seines Nachkommen übergegangen. Rasch einen Frieden mit den Niederländern unter Anerkennung ihrer Souverainität zu schließen, dazu vermochte sich noch immer nicht der spanische Stolz zu entschließen. Zudem machte sich noch eine andere Ursache geltend. Die Heirat zwischen Albrecht und Isabella war kaum vollzogen, als man auch schon an der Fruchtbarkeit dieser Ehe zu zweifeln begann, wenn aber Isabella kinderlos starb, fiel ihr Besitz wieder an die spanische Krone und dies war mit ein Grund, daß das friedfertige Kabinet Philipps III so zähe in seiner Feindschaft gegen die Holländer verharrte.

*) Khevenhiller in dem eben citirten Schreiben.



Aber nicht bloß die Niederlande waren der Punkt, wo die Angelegenheiten Spaniens trübe verwickelt waren, auch von Frankreich aus begann Gefahr zu drohen. Heinrich IV hatte zwar mit Philipp II den Frieden von Vervins geschlossen, aber mit diesem Friedensschluße es nicht so gemeint, als ob er sich Ruhe gönnen wolle; er beabsichtigte vielmehr damit nichts weiter, als seinem erschöpften Volke einige Erholung zu gönnen, um bald möglichst mit den frischen Kräften desselben die Pläne Franz I wieder aufzunehmen und einen neuen Kampf gegen das Haus Habsburg auf Leben und Tod zu beginnen. Trotz des vorläufigen Friedens mit Spanien unterstützte er also die Holländer auf das nachdrücklichste mit Geld, um sich ihre Kraft ungeschmälert zu erhalten. Sully sagte geradezu dem spanischen Gesandten Balthasar von Zuñiga, der ihn wegen dieser Unterstützung zur Rede stellte, sein Herr könne aus Staatsraison nicht anders handeln und dürfe die Herrschaft Spaniens in den Niederlanden nicht dulden, weil er sonst in Paris nicht sicher wäre *). Man wußte aber auch noch in Spanien, daß es sich bei Heinrich IV nicht bloß um Vertheidigung, sondern um einen kühnen Angriff handle, daß er mit einer Emsigkeit ohne Gleichen nach Allianzen in der Fremde strebe, daß er in Deutschland und Italien gegen Oesterreich und Spanien die Fürsten aufwiegle und zu einem gemeinschaftlichen Kreuzzuge zu bereden suche. Daß der Angriff von Frankreich kommen würde, das wußte man also in Spanien und machte sich darauf gefaßt und da Heinrich dem militärischen Feldzug einen diplomatischen voranschickte, so trat man ihm auch zuerst auf diesem Gebiete entgegen.

Mit allen diesen Betrachtungen und Besorgnissen traf nun aus Prag die Nachricht von Rudolfs Krankheit zusammen und Lerma konnte leicht die Gefahr voraussehen, welche der Tod des Kaisers oder seine dauernde Geisteszerrüttung im Gefolge haben konnte, wenn die Nachfolge im Reiche unbestimmt gelassen wurde. Die Berathungen darüber begannen also sogleich im spanischen Kabinet und drehten sich zugleich auch um die Person, auf welche die Aufmerksamkeit des Kaisers gelenkt werden sollte. Das dynastische Interesse würde wohl erheischt haben, daß man nur die Kandidatur des Erzherzogs Mathias als des nächsten Erben zulasse, allein diese Betrachtung war in Valladolid nicht die maßgebende.

---

*) Zuñiga's Instruction für Pedro von Toledo zu seiner Reise nach Frankreich. 1608. MS der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag: A mi (Zuñiga) me dixo (Sully) una vez claro, que su amo (Heinrich IV) no podia en razon de Estado dexar de sostentar los Olandeses, porque de su conservacion dependia sú seguridad, pues si el Rey de España los asugetasse, no estaria seguro el Rey de Francia en Paris. Y esta maxima corria entonces por muy assegurada, auque los otros ministros nunca hablavan tan claro.



Gegen Frankreich und gegen die Holländer glaubte man nur dann sicher zu sein, wenn man auf irgend eine Art Deutschland in den bevorstehenden Kampf verwickeln konnte. Unter Maximilian II und Rudolf II war das nicht der Fall gewesen, wie nun, wenn es gelang den Besitzer von Belgien und der Franche Comté auf den deutschen Thron zu bringen, wenn also Erzherzog Albrecht Rudolfs Nachfolger wurde? Konnte Deutschland dann nicht zur Vertheidigung des Privatbesitzes seines Kaisers verpflichtet werden, ja konnte man es nicht zu einem Angriff gegen die rebellischen Niederländer vermögen und dadurch erreichen, was Philipp II mit allen seinen Schätzen nicht erreichen konnte? Und wenn einmal Isabella und Albrecht kinderlos starben, pflückte nicht Philipp III als ihr Erbe alle die Früchte einer so klugen Politik? In der That entschied sich der König nach einer Staatsrathssitzung für die Kandidatur des Erz-
Okt. 1601 herzogs Albrecht und befahl seinem Gesandten in Prag, Don Guillen de San Clemente, um jeden Preis und mit Zuhilfenahme aller Mittel den Kaiser zu bewegen, die Wahl eines Nachfolgers zuzulassen*). Erzherzog Albrecht wurde vorerst nicht als der von Spanien gewünschte Nachfolger bezeichnet; man mußte des Erfolges beim Kaiser gewiß sein, bevor man mit diesem Kandidaten hervortrat.

Während nun San Clemente in Prag diejenigen Mittel in Bewegung setzte, durch die er den Kaiser gewinnen wollte — Mittel, welche in nichts anderem als in der Bestechung aller Personen bestanden, die auf Rudolf einen Einfluß hatten oder haben konnten — trotzdem aber bald nach Hause berichten mußte, daß es ihm nicht besser als dem Erzherzog Mathias ergehe und daß der Kaiser einen starren Widerstand allen auf die Nachfolge bezüglichen Rathschlägen entgegensetze, that auch der Papst in dieser Angelegenheit einen Schritt. Noch immer saß Clemens VIII auf dem päpstlichen Stuhl, derselbe, dessen bereitwilliges Entgegenkommen gegen Heinrich IV einst Philipp II so bitter enttäuscht hatte und der auch jetzt keine besonders freundlichen Gesinnungen für Spanien hegte. Dennoch war dieser Papst kein Gegner des Hauses Habsburg, sobald es sich vornehmlich um deutsche Angelegenheiten handelte, und so gern er der Herrschaft dieses Hauses in Italien ein Ende gemacht hätte, so wenig wollte er in Deutschland die Hand dazu bieten. Nach seiner Meinung, welche er konsequent in seiner Politik vertrat, war

*) Archiv von Simancas 707. Pedro Franqueza an Guillen de San Clemente, ddo. 6. Oktober 1601. Der Gesandte soll nach dem Befehl des Königs por todos los medios que pudiere procurar, ganar los que mas pueden aprovechar, para reducir la voluntad del emperador a lo que se desea, en lo de la eleccion de Rey de Romanos.

die deutsche Kirche nur sicher, wenn die Kaiserkrone bei den Habsburgern verblieb; jeder Uebertragung derselben auf ein anderes Haus, und wurde sie selbst von seinem Schützling Heinrich IV versucht, mußte er sich als einer gefährlichen Intrigue widersetzen. Theils also eigene Ueberzeugung, theils wohl auch die Insinuationen des spanischen Gesandten in Rom, endlich Vorstellungen, welche von deutschen Bischöfen selbst an ihn gerichtet wurden, veranlaßten ihn zu einer Parteiergreifung in der Successionsfrage. In einem völlig von seiner Hand geschriebenen Briefe — bei Päpsten eine große Seltenheit — mahnte er den Kaiser in 22. Nov.
scharfer Weise an seine Pflicht für die Sicherheit seiner Länder und 1601
das Wohl seines Hauses Sorge zu tragen. Weder Worte noch Vorstellungen sparend suchte er dem Kaiser das Unangenehme des Gegenstandes durch die Erklärung erträglicher zu machen, daß er nichts anderes wünsche als die Bestimmung der Nachfolge im Reich, gleichviel zu wessen Gunsten, wenn dies nur ein Prinz des habsburgischen Hauses sei. Wen immer also der Kaiser aus seinen Brüdern und Vettern zum Nachfolger ernennen wolle, der sei ihm genehm*). — Aber selbst diese Aufforderung, welche so wenig wie möglich Rudolf verletzen wollte, erreichte nicht ihren Zweck, denn die nun von allen Seiten an den Kaiser ergehenden Mahnungen reizten vollends seinen Argwohn, und sein kranker Geist konzentrirte sich in dem Entschluße, unter keiner Bedingung eine Herrschaft aus der Hand zu geben, zu der man ihn nicht für fähig hielt. Ueber ein Jahr war es nun her, daß er sich wegen der Succession bedrängt sah, und da er sowohl Philipp III wie dem Papst seinen Unwillen auf die markirteste Weise an den Tag legen wollte, so empfing er seit dieser Zeit ihre Vertreter in keiner Audienz mehr, trotzdem daß diese in schriftlichen Eingaben ihn unablässig darum baten und trotz der Schreiben ihrer Gebieter selbst, welche ihm den verhaßten Gegenstand nahelegten. Lange Zeit hatte auch der französische Gesandte Ancel umsonst um eine Audienz angesucht, jetzt gewährte Rudolf eine solche nicht nur ihm, sondern auch dessen Nach- 3. Aug.
folger Baugy, unterhielt sich gnädig mit ihnen und machte Miene, als 1602
ob er die französische Politik selbst gegen seinen Vetter in Spanien unterstützen wolle**). Es war eine sonderbare Lage, in der sich Rudolf befand. Zu gleicher Zeit war er, wie wir bald erzählen werden, in einen Krieg mit den Türken verwickelt und nur dann im Stande denselben

*) Wiener Staatsarchiv Wahl- und Krönungsakten des Königs Mathias 7. 22. November 1601. Clemens VIII an den Kaiser.

**) Ancel an Heinrich IV ddo. 20. April 1602 und an Villeroy ddo. 3. August. MS der kaiserlichen Bibliothek in Paris. Collection Harlay 238/3 Fol. 503 und 523.

fortzuführen, wenn Spanien und der Papst ihn mit bedeutenden Subsidien unterstützten. Seine Gesandten in Rom und Valladolid erfüllten die Lüfte mit ihrem Geschrei und mit Schilderung der Gefahren, welche der Christenheit von den Türken drohten, wenn ihr Herr verlassen würde. Und doch antwortete dieser selbst auf die Gegenbitten der Fürsten, deren Subsidien er erflehte, mit verächtlichem Schweigen. Er kannte nur zu gut, dem Papst und seinem Vetter gegenüber, die Vortheile seiner Lage; er wußte, daß sie ihn gegen die Türken nicht verlassen konnten, wenn er sich auch keine Mühe gab, ihre Wünsche zu erfüllen, und nach dieser Einsicht handelte er.

Mittlerweile hatte auch der Kurfürst Ernst von Köln, ein Bruder Herzog Wilhelms V von Bayern, an den Kaiser geschrieben und ihn ersucht, sowohl die Nachfolge im Reiche wie die Herstellung des Friedens in den Niederlanden und zwar beides mit Hilfe eines zu berufenden Reichstags sich angelegen sein zu lassen *). Die Fortdauer des niederländischen Krieges war vor allem den rheinischen Kurfürsten unangenehm, theils wegen des Schadens, den sie auf die mannigfachste Weise erlitten, theils wegen des noch größeren, den sie unausgesetzt befürchten mußten, wenn der Krieg weitere Dimensionen annahm und sich vielleicht nach Deutschland erstreckte. Auch an den Papst schrieb der Kurfürst und ersuchte ihn um seine Intervention. Clemens VIII kam dieser Aufforderung nach und erwog offen und umständlich mit dem spanischen Gesandten in Rom, dem Herzog von Sessa, was zu thun und wie der Kaiser denn doch mürbe gemacht werden könnte **). Das Resultat ihrer Besprechung war, man müsse dem Kaiser große Subsidien gegen die Türken gewähren, ohne dabei jedoch die kaiserlichen Räthe zu übersehen, die, weil sie kein anderes Interesse als ihren Eigennutz hätten, vor allem durch Bestechung gewonnen werden müßten. San Clemente aber, der vermöge seines steten Aufenthaltes in Prag die Sachlage besser zu beurtheilen wußte, verzweifelte schon um diese Zeit, daß es überhaupt ein Mittel gebe, den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu bringen, ob man es nun versuche ihn selbst und seine Diener oder gar beide zu bestechen. Indem er mit Bestimmtheit die Meinung aussprach, der Kaiser würde sterben, ohne für die Nachfolge vorgesorgt zu haben, erklärte er zugleich mit überraschender Kühnheit, daß man allein dann zum Ziele gelangen könne, wenn man Rudolf ab-

*) Archiv von Simancas. Guillen de San Clemente an Philipp III ddo. 7. April und 22. Juni 1602 Prag.

**) Simancas 707. Der Herzog von Sessa an Philipp III ddo. Rom 10. September 1602.

setzte. Doch, fügte er hinzu, sei selbst dieses schwer, denn die Krankheit des Kaisers, so vielen Schaden sie auch verursache, sei nicht der Art um einen vollständigen Beweis für seine völlige Unfähigkeit zum Regieren zu liefern*).

Während so San Clemente an dem Erfolge diplomatischer Bestrebungen, um den Kaiser in der Successionsfrage zur Nachgiebigkeit zu stimmen, verzweifelte, kam Erzherzog Mathias selbst nach Prag, an- Jän.
scheinend um sich daselbst Instructionen für den Reichstag, wohin er als 1603
kaiserlicher Kommissär reisen wollte, zu holen, in der That aber, um als Bruder zum Bruder eindringlich wegen der Succession zu reden. Aber auch er mußte unverrichteter Dinge abreisen, denn die kaiserlichen Räthe bedrohten ihn mit der höchsten Ungnade Rudolfs, wenn er mit diesem von einem so verhaßten Gegenstande reden wollte, ja einige von ihnen warfen sich ihm geradezu zu Füßen und flehten dringend, er möchte doch ihren Rath befolgen und nicht sich selbst und sie bei dem Kaiser verderben**). Mathias reiste also eben so unverrichteter Dinge ab, wie er gekommen. Statt seiner kam wohl Erzherzog Maximilian nach Prag, um eben- Juni
falls mit dem Kaiser über alle Uebelstände im Reiche und in den kaiser- 1603
lichen Ländern zu reden und eine Abhilfe zu begehren, die selbstverständlich nur dann eintreten konnte, wenn Rudolf sich zur Annahme eines Coadjutors verstand; doch auch dieser Erzherzog war nicht glücklicher wie sein Vorgänger. Zwar versprach ihm der Kaiser eine entscheidende Antwort aber erst nach drei Monaten, offenbar nur um den lästigen Mahner von Prag zu entfernen***).

---

*) Simancas, San Clemente an Philipp III ddo. 31. Jänner 1603... porque las enfermedades del Emperador hasta aqui, aunque causan el daño presente no son de manera, que le hagan incapaz de ninguna cosa, si el quisiese atender a ellas y para deponelle y tratar de dalle un successor sera menester de provarle incapacidad.

**) Archiv von Simancas 707. Don Guillen de San Clemente an Philipp III ddo. Prag 31. Jänner 1603. . . . Los ministros le (den Erzherzog Mathias) estan amenaçando, que si habla con su hermano sobre esta materia (der Nachfolge) que perdera con el la gracia y voluntad que tiene de nombrarle, — Derselbe an Philipp III ddo. 24. Februar 1603: Un dia antes de partirse el S. Archiduque Matias para Ratisbona, que fue a los 19 deste me afirmò que en todo el tiempo que ha estado aqui, que han sido cinco semanas, se le han hechado muchas vezes a los pies algunos ministros a pedirle, que no hablasse palabra al emperador sobre esta materia, porque le alteraria y hecharia a perder todos los demas negocios.

***) Archiv von Simancas. Guillen de San Clemente an den König ddo. Prag 28. Juni 1603.



Es verflossen drei Monate, es verging das ganze Jahr 1603 und 1604 und der Kaiser begnügte sich allen Mahnungen wegen der Succession einen steten Widerstand entgegenzusetzen. Er würde unzweifelhaft seinen Zweck erreicht und bis an seinen Tod die Zügel der Regierung festgehalten haben, da seine Brüder nicht von Ehrgeiz sondern nur von berechtigten Motiven geleitet ihn drängten und zu einem Aufstand nicht fähig waren, wenn sein getrübter Verstand ihm nicht selbst den Fall bereitet hätte. Seine ganze Handlungsweise fing an eine Richtung einzuschlagen, in der er nicht bloß alle Interessen seines Hauses, sondern auch die seiner Völker verletzte; er stürzte sich in die gefährlichsten Unternehmungen, nur weil sie ihm ein Schutz gegen die verhaßte Bestimmung der Nachfolge schienen, bis er zuletzt alle Welt gegen sich zu seinem Verderben einte. Den Ausschlag gaben die Ereignisse in Ungarn.

II.

Der Türkenkrieg hatte in Ungarn im J. 1591 wieder seinen Anfang genommen, hauptsächlich hervorgerufen durch die steten Streifereien der Parteigänger an der türkisch-ungarischen Grenze. Die ersten Erfolge waren für den Kaiser so günstig, daß Sultan Mohammed III, um den allseitigen Verlusten zu begegnen und den gesunkenen Muth der Seinen wieder zu beleben, sich genöthigt sah selbst ins Feld zu ziehen. Es gelang ihm
1595 auch, die Christen in der Schlacht bei Keresztes zu schlagen, allein die Resultate dieser Niederlage, welche sich übrigens die Geschlagenen durch ihre unmäßige Beutelust selbst zugezogen hatten, waren nicht derart, um die Wagschale des Krieges zu Gunsten der Türken sinken zu machen. Zudem entfernte sich der Sultan nach dieser Schlacht wieder vom Heere, das nun sowohl durch seine minder regelmäßige Verpflegung wie durch die Abnahme seiner Stärke eine nicht geringe Einbuße erlitt und dadurch den Christen, für die nicht besser vorgesorgt war, minder überlegen wurde. Auf beiden Seiten war darauf jedes folgende Jahr mit dem Verlust oder der Einnahme einzelner Plätze, mit einem gewonnenen oder verlorenen Gefechte bezeichnet, doch so daß die Kühnheit der Unternehmungen, welche einen völligen künftigen Sieg prophezeite, auf Seite der Ungarn und der kaiserlichen Heere war.

Seit jeher mußte sich der Kaiser allein mit seinen Hilfsmitteln und mit denen der Ungarn, so weit sie ihm zu Gebote standen, gegen die Türken wehren. Siebenbürgen hatte seit des ersten Zapolya Zeiten zu den Türken und nicht zu dem Könige von Ungarn gehalten und dadurch eben so sehr die Vertheidigung Ungarns erschwert, wie die Türken zu

Angriffen ermuthigt. Jetzt aber eröffnete sich die Aussicht auf eine völlige Veränderung dieses Verhältnisses, denn Sigismund Bathory, der Großfürst von Siebenbürgen, welcher nach erreichter Großjährigkeit selbst die Zügel der Regierung ergriff, verließ die Bahn der türkischen Allianz, an die sich seine Vorfahren gelehnt hatten, um ihre Selbstständigkeit den Kaisern gegenüber zu behaupten. Er that dies unter dem Einfluße seines Erziehers, des spanischen Jesuiten Alphons Carillo, welcher ihm natürlich einen engen Anschluß an den christlichen Kaiser gegen die Türken als erste Pflicht eines katholischen Herrschers empfahl. Ein Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Großfürsten besiegelte diesen Umschwung in 1595
der Politik Siebenbürgens und gewann noch dadurch an Festigkeit, daß Bathory sich mit der Erzherzogin Christine vermählte und so in ein verwandtschaftliches Verhältniß zu den Habsburgern trat. Bald jedoch der Regierung und seiner Gemahlin überdrüssig, reiste er nach Prag und trat an den Kaiser Siebenbürgen gegen die Fürstenthümer Oppeln und 1597
Ratibor und einen Jahresgehalt ab. Wenn der Kaiser im Besitze der nöthigen Mittel gewesen wäre, um der Abtretung, gegen welche im Lande selbst Niemand einen wesentlichen Widerstand erheben konnte, Nachdruck zu geben, so wäre Siebenbürgen sein unbestrittenes Eigenthum geworden, aber er vermochte nichts anderes als Kommissäre zur Besitzergreifung abzusenden, was einen chaotischen Zustand unter den unbotmäßigen Einwohnern des Landes herbeiführte. Mittlerweile bereute Sigismund die Abtretung seines Erbes, und eben so wie er früher den Kaiser durch dieselbe überrascht hatte, überraschte er ihn jetzt dadurch, daß er plötzlich von Oppeln, wohin er sich zurückgezogen hatte, nach Siebenbürgen entfloh und dessen Einwohnern erklärte, daß er die Regierung wieder über- 1598
nehmen wolle. So verlor sich für den Kaiser in demselben Momente die Aussicht Siebenbürgen zu gewinnen, in welchem sie sich ihm eröffnet hatte. Allein kaum war Bathory wieder im unbestrittenen Besitz der Regierung, so trug er sie auch schon seinem Vetter dem Kardinal Andreas Bathory an und nöthigte ihn sogar durch Drohungen zu ihrer Uebernahme, als dieser in der ersten Ueberraschung dieselbe anzunehmen sich 1599
weigerte. Auch dieser neue Großfürst blieb nicht lange im Besitz seiner Würde, sondern verlor sie mit seinem Leben an den Woiwoden der Walachei, Michael, einen listigen und grausamen Menschen, der sich durch Kühnheit und Ausdauer eine große Macht erworben und selbst den Türken furchtbar gemacht hatte und nun auch gegen den schwach gerüsteten Kardinal Siebenbürgen gewann. Sein barbarisches Benehmen in dem eroberten Lande verfehlte indessen nicht, ihm überall Feinde zu erwecken, und als Rudolf, der vermöge des mit Sigismund Bathory im J. 1597 geschlossenen

Vertrags Ansprüche auf das Land machte, seinen General Basta mit einem Heere zu dessen Eroberung abschickte, ward letzteres nicht unbeträchtlich mit unzufriedenen Siebenbürgern verstärkt. Die Schlacht bei
1600 Dés entschied gegen Michael und zwang ihn zur Räumung des Landes.

Kaum daß Basta sich anschickte Siebenbürgen in Besitz zu nehmen, trat der fast verschollene Sigismund Bathory aus seiner Zurückgezogenheit wieder hervor. Es ist schwer zu sagen, worüber man mehr staunen soll, ob über die Charakterlosigkeit dieses elenden Mannes, der im Besitz der Herrschaft sich nach der Zurückgezogenheit und in der Zurückgezogenheit nach der Herrschaft sehnte, oder über die Siebenbürger, die ihn immer von neuem zu ihrem Fürsten annahmen. Auch jetzt stellten sie sich an seine Seite und Rudolf konnte nur durch vielfache Anstrengung und eigenthümliche Bündnisse so weit siegen, daß Sigismund sich zu neuen Unterhandlungen herbeiließ, in denen er Siebenbürgen gegen einen
1602 Jahresgehalt von 50000 Dukaten abermals an den Kaiser abtrat und darauf in Böhmen seinen Wohnsitz aufschlug. Allein wenn Basta's Klugheit zu diesem Erfolge der kaiserlichen Waffen beigetragen hatte, so reizte seine noch heute in schrecklichem Andenken stehende Grausamkeit die Einwohner zu neuer Erhebung. Moses Székely stellte sich an ihre Spitze und wie mit Blitzesschnelle machte er sich das ganze Land unterthan. Doch war der Verlust für den Kaiser nur ein kurz vorübergehender, denn Basta wandte sich an die Walachen um Hilfe und mit ihnen gelang es ihm Székely, der bereits den Titel eines
1603 Großfürsten angenommen hatte, zu schlagen und zu tödten. Das Land ward abermals völlig unterworfen und kaiserliche Kommissäre erschienen, um neben Basta die Verwaltung zu leiten. Auf wie schwachen Füßen jedoch diese ganze Eroberung ruhte, ergibt sich schon aus dem raschen Wechsel der einander folgenden Fürsten während der letzten zehn Jahre. Die fortdauernden Kriege hatten die Mehrzahl der siebenbürgischen Häuptlinge zu Freibeutern gemacht, für die Eid, Gehorsam und Treue nur noch leere Worte waren. Das Unglück wollte, daß jene, welche fähig und würdig waren zu herrschen, keinen Anhang fanden und die welche Anhang hatten, der Herrschaft nicht würdig waren.

Am Ende des Jahres 1603 stand Rudolf in Ungarn im Zenith seiner Macht*), denn die, wie er hoffen mochte, dauernde Erwerbung von

---

*) In diesem Jahre nahmen auch die Friedensverhandlungen zwischen dem Kaiser und der Pforte eine ernste Richtung. Baugy der französische Gesandte in Prag berichtet an Villeroy ddo. 20. Dezember 1603, daß der Kaiser den Krieg nur noch zwei Jahre fortführen kann, pendant lesquelz Sa Majestè taschera,

Siebenbürgen war nicht bloß wegen der Vergrößerung seines Besitzes sondern auch dadurch wichtig, daß ungarische Malkontenten an Siebenbürgen keine Stütze mehr fanden, sondern geradezu mit den Türken sich verbinden mußten, was doch immer eine schlimmere und auch gefährliche Seite für sie hatte. Aber weder Rudolf noch seine Rathgeber konnten sich verhehlen, daß ihre ganze Herrschaft nur auf dem Heere beruhe und in der Bevölkerung, oder besser gesagt, in den Häuptlingen derselben keine Stütze habe. Von der Größe des Heeres also und seiner Verläßlichkeit hing allein die kaiserliche Herrschaft in Ungarn ab.

Man könnte wohl dies Verhältniß sonderbar finden, wenn man bedenkt, wie die Ungarn unabläßig von den Türken bedroht wurden und den letzten Rest ihrer Unabhängigkeit allein der Unterstützung der Kaiser dankten. Aber wenn man auf die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse Ungarns einen Blick wirft, so wird man diese Anomalie wohl begreiflich finden. Die Anläufe, welche die Magyaren unter ihren bedeutendsten Königen Ludwig dem Großen und Mathias Corvinus gemacht haben, um ihr Staatswesen dem des westlichen Europa näher zu bringen, waren allein dadurch möglich geworden, daß die genannten Könige mit eiserner Faust die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten und dadurch zur Blüthe der untern Stände, namentlich der Städte beigetragen hatten. Unter der Herrschaft der schwachen Jagellonen fegte die Anmaßung des Adels und seine unbändige Herrschsucht die kaum sichtbaren Blüthen einer höhern Civilisation wie ein Sturmwind hinweg und statt daß der Adel wenigstens seine Aufmerksamkeit gegen die näherrückende Türkengefahr gerichtet hätte, beschäftigte er sich mit Erweiterung seiner Rechte und erlaubte sich eine solche Bedrückung der einheimischen Bauernschaft, daß dieser selbst das Türkenjoch eine Erleichterung sein mußte. Ehedem war Ungarn das Land, von dem die benachbarten Völker namentlich die Italiener eine große Menge Schlachtvieh, Massen von Getreide und große Quantitäten von Metallen bezogen, alles dies nahm im 16. Jahrhunderte ein Ende und das Land erzeugte selbst kaum so viel, als es brauchte. „Dahin, heißt es, gelangte es durch die Nachläßigkeit und allzu große Schwächlichkeit der Könige Wladislaw und Ludwig, das müßige Leben, den Ehrgeiz und Uebermuth, die Raubsucht und Feindseligkeit seiner Magnaten, Ursachen, von denen jede einzelne hingereicht hätte, um ein mächtiges Reich zu Grunde zu richten, und gar erst,

ne pouvant obtenir une paix avec les avantages, qu'elle desire de faire un effort pour chasser entièrement les Turcs de Hongrie. Kaiserliche Bibliothek in Paris Collektion Harlay 238/3 Fol. 655.



wenn alle zusammentrafen*)." Wie bei mongolischen Chanaten, die sich aufzulösen beginnen, ging die Herrschaft von den Königen in Ungarn auf eine Anzahl adeliger Häuptlinge über, welche keinen Herrn mehr über sich ertragen wollten und das Land zu einem immerwährenden Kampfplatz ihrer ehrgeizigen Leidenschaften machten.

Venetianische Berichterstatter, denen an der habsburgischen Herrschaft in Ungarn nichts gelegen war und die sonach keinen Grund hatten, die Magyaren und ihr Treiben anders als mit Unparteilichkeit zu betrachten, sind einstimmig in ihrer Verurtheilung und finden den wahren Grund ihrer Opposition gegen die habsburgischen Könige in dem Umstand, daß sie keine geordnete Regierung ertragen mochten. Sie erkennen mit übereinstimmendem Lob die Tapferkeit der Ungarn und manche damit zusammenhängende glänzende Außenseite an, aber ihr Aergerniß, das sie an den öffentlichen Verhältnissen in Ungarn nahmen, war darum nicht geringer. Die Magnaten kannten nach ihnen keine Grenze für ihre Raubsucht; Kleriker und Laien, sobald sie minder mächtig waren, wurden von ihnen ohne Unterschied bedrückt und um ihr Eigenthum gebracht**). Ferdinand I ordnete seiner Zeit unter dem Beifall aller Rechtlichdenkenden ein außerordentliches Gericht in Preßburg an, um solchen Willkürlichkeiten ein Ende zu machen und die größten Uebelthäter zu bestrafen, aber da ihm die nöthige Macht fehlte die Urtheilssprüche wirklich auszuführen,

*) Marino Cavalli; A questa condizione (daß nämlich das Land ruinirt sei) ha ridotto quel regno la negligenza e la troppa delicatezza di quei re, la vita oziosa, l'ambizione la superbia, la rapina e inimicizia di quei Baroni; delle quali cause ciascuna da sè sola avria bastato a rovinare ogni potente impero, nonche tutte insieme. Bei Alberi I 3. Seite 132.

**) Marino Cavalli: Fu in Possonia a petizione quasi di tutto il regno ordinato un consiglio, come una Rota, per reprimere la rapacità delli grandi, quali si facevano lecito pigliar il possesso de' beni ecclesiastici e temporali de signori men potenti di loro, e il principal consultore di questo fu il quomdam Vescovo d'Agria, il quale affermava ad ognuno e principalmente alla maestà del re, che bisognava dominar li regni e massime li Ungheri con severa giustizia e castigo; e certo se questa cosa fusse stata fatta un poco più opportunemente, cioè in tempo che il re fusse stato un poco più padrone dell' Ungheria, che non era, avrebbe prodotto mirabil effetto, perchè li popoli e li offesi, che erano i più, sariano restati soddisfattissimi, e la giustizia averia avuto il suo luogo. Ma interveniva il contrario, perchè li autori delle sentenze che erano state fatte contro li grandi diventivano inimici, e per le poche forze che erano in Ungheria, le restituzioni alli poveri non si poteron eseguire, onde molti vi persero e pochi vi guadagnarono: dal che si vede, che le cose anco buone, quando non sono oportunamente fatte, nuocono poco meno che le cattive. Bei Alberi I. 3. S. 132.



so schlug der Versuch fehl den Bedrückten Recht zu schaffen, dessen Gelingen sonst „wunderbare Wirkungen“ hervorgebracht hätte. Lorenzo Contarini, welcher im J. 1548 Gesandter bei Ferdinand I war, schließt sich den obigen Anschauungen vollständig an und meint die Ungarn seien Menschen von böser Naturanlage, hochmüthig und treulos und hätten einen König nöthig, der das Schwert über ihrem Rücken unausgesetzt geschwungen halte. Auch er berichtet, daß die Magnaten als Räuber den Besitz ihrer Nachbarn unsicher machten, ja für ihre Frechheit bilde nicht einmal die eigene Macht eine Grenze, sondern sie wagten es selbst die Güter des Königs sich anzueignen *). Berichterstatter aus der Zeit um 1580 sagen, man könne die Herrschaft, welche der Adel in Ungarn über das Volk ausübe, nicht mit diesem Namen bezeichnen, man müsse sie Tyrannei nennen. Es sei eine solche Verwilderung der Sitten in Ungarn eingetreten, daß man zwischen den Christen und den türkischen Eroberern kaum einen Unterschied bemerke, sie seien einander gleich in Tracht, Lebensweise und Gebräuchen. An und für sich, meint Soranzo, welcher in der Zeit, deren Geschichte wir hier erzählen, über Ungarn berichtet, wären die Magyaren im Stande den Türken allein zu widerstehen, aber sie seien gegen frühere Zeiten gewaltig gesunken; innere Kriege, allgemeine Verschlechterung und die „Insolenz“ der Magnaten hätten das Land zu einer Ruine gemacht. Auch Soranzo bemerkt, daß zwischen den Magyaren und den Türken in Sitte und Lebensweise kaum ein Unterschied zu finden sei und daß die allgemeine Herrschaft der letztern das Ende aller der Bewegungen sein würde, von denen Ungarn unablässig in Unruhe versetzt werde **).

Daß Ferdinand I im Jahre 1526 auf den ungarischen Thron gewählt wurde, hatte seinen Grund in der Angst der Magnaten vor der Aggression der Türken, die überall tapfer mit ihrer Herrschaft auf-

*) Lorenzo Contarini: Sono gli Ungari uomini di mala natura, fieri, ed hanno fama di mancatori di fede; hanno bisogno di un re, che sempre gli tenga una spada addosso, il che non si facendo è causa di molti inconvenienti; perche molti baroni, anchè né luoghi che ora tiene il re vedendo le cose di quel regno andare ogni di peggiorando, si sono dati ad usurpare i beni de quel che può manco di loro; e molti hanno ancora tolti di quelli che s' aspettano a sua maestà. Alberi's Relation I. 1. S. 399.

**) Die Ungarn sind poco differenti nella barbarie dalla maniera de Turchi, come lo sono anco negli abiti; odiano naturalmente la casa d'Austria, perchè lor pare d'esser stati tenuti non solo soggeti ma sprezzati assai, avendoli essa sempre sottoposti al governo de Tedeschi loro naturali inimici. Soranzo Relation MS. der Marciana Klasse III, Codice 696. Dann venetianische Relation (um 1580), MS der kaiserlichen Hofbibliothek in Wien N. 6371.

räumten. Aber diese Wahl war weder eine einstimmige, wie die Gegenwahl Zapolya's beweist, noch von den Wählern selbst eine aufrichtig gemeinte. Ungarn zerfiel alsbald in drei Theile, den von den Türken, den von Zapolya und den von Ferdinand beherrschten. Ferdinand, als er die Regierung antrat, verstand sie in der Weise, wie man sie unter allen gebildeten Völkern versteht, eben deshalb rief er eine ununterbrochene Aufregung gegen sich hervor, welche schließlich in eine tiefe Abneigung gegen sein Haus umschlug und unablässig nur der Gelegenheit lauerte, um ohne Gefahr vor den Türken die habsburgische Herrschaft abzuschütteln. Eine der wichtigsten Ursache dieser Opposition war auch darin begründet, daß Ferdinand kein einheimischer sondern ein deutscher Herrscher war. Die Ungarn sahen es mit Unlust und mit steigendem Groll an, daß sie in der neuen Monarchie nur eine Nebenrolle spielten, daß ihre Könige sich vornehmlich mit deutschen Räthen umgaben und diese selbst in den Angelegenheiten des Krieges gegen die Türken die entscheidende Stimme hatten. Dazu kam noch, daß schon Ferdinand I genöthigt war, wegen der Unzuverlässigkeit der ungarischen Truppen, wegen ihres Mangels an Disciplin und ihrer geringen militärischen Ausbildung in die ungarischen Grenzfestungen fremde Söldner, meistens Deutsche, zu legen und das Kommando über dieselben ebenfalls Fremden anzuvertrauen. Die Folge davon war die allerdings nicht ungerechtfertigte Besorgniß der ungarischen Magnaten, ihre Herrschaft werde über kurz oder lang in die Hände der Deutschen übergehen, und daß sich zu dieser Besorgniß auch ein grimmiger Haß gegen die Deutschen selbst gesellte, ist wohl nur zu begreiflich. In Wahrheit trugen sich die Habsburger bei diesen Maßregeln mit keinen tiefern Plänen, sondern sie sahen sich zu denselben ihrer eigenen Sicherheit wegen genöthigt; um sich der Türken zu erwehren mußten sie sich Ungarns als des Zwischengebietes versichern, da die Ungarn selbst ihre Selbstständigkeit nicht aufrechthalten konnten. Die letztern mögen ihr Geschick anklagen, allenfalls auch die Türken, aber nicht die Habsburger, denn gerade so wie diese würden die Böhmen oder Polen gehandelt haben, wenn sie zu Ungarn in das Verhältniß der österreichischen Herrscher gerathen wären. Seit der Schlacht von Mohacz war Ungarn kein Reich sondern ein Schlachtfeld: wer am Kampfe theilnehmen muß, frägt nicht nach dem Rechte anderer, sondern nach seiner eigenen Sicherheit. Fassen wir zusammen, was uns die Geschichte und aufmerksame Beobachter an Stoff zur Beurtheilung des ungarisch-österreichischen Verhältnisses am Schluße des 16. Jahrhunderts liefern, so ergibt sich daraus folgendes: das Schicksal von Ungarn lag in den Händen einiger Hundert adeliger Häuptlinge, welche vor allem von einem dauernden Haß gegen geordnete Re-



gierungszustände beseelt waren, ungeduldig den Augenblick erwarteten, die habsburgische Herrschaft abzuschütteln und nur aus Furcht vor der noch gefährlichern der Türken davon zurückgehalten wurden. Die österreichischen Herrscher dagegen hatten vor allem bei ihrer Herrschaft in Ungarn die Vertheidigung gegen die Türken vor Augen und suchten sich gegen die Unbeständigkeit der Magyaren sicherzustellen. Die Magnaten beklagten sich bei ihrer Opposition, daß ihre Verfassung verletzt werde und nicht mit Unrecht, allein es gab Verfassungen, wie z. B. die schwedische und dänische des 18. Jahrhunderts, deren Verletzung durch den König als eine Wohlthat für das Gemeinwesen angesehen wurde, und daß zu diesen vor allem auch die ungarische gehörte, dies kann billig nicht bezweifelt werden.

Indessen war dennoch im Laufe des 16. Jahrhunderts eine Trennung unter den Magnaten eingetreten, welche einen Theil derselben zu einem nachgiebigern Benehmen gegen den König drängte. Die Ursache lag in der religiösen Spaltung, welche wie überall so auch in Ungarn von großem Einfluße war. Fast ganz Ungarn warf sich mit Hast der Glaubensneuerung in die Arme und kleidete nun seine politische Opposition auch in ein religiöses Gewand. Die Bischöfe aber und jener kleine Theil des Adels, welcher bei der katholischen Kirche verharrte, sahen jetzt mit ungewohnter Ehrerbietung nach ihrem König, weil dieser ihren einzigen Schutz gegen die feindliche Aggression bildete.

Als nun im J. 1603 in Folge glücklich geführter Kriege Rudolf über einen größern Theil von Ungarn herrschte, als je einer seiner Vorfahren, sein Heer Achtung gebietend auch in Siebenbürgen dastand und die Türken nicht ungeneigt waren, ihm einen günstigen Frieden zu bewilligen, bemächtigte sich seiner ein förmlicher Rausch und er beschloß seine Lage in einer Weise auszubeuten, die nach seiner Meinung zu seiner Sicherheit führen sollte, in der That aber nur sein Verderben herbeiführte. In seinen Gedanken beschäftigte er sich unablässig mit den Forderungen, welche von allen Seiten wegen Bestimmung der Nachfolge an ihn gerichtet worden waren; wie nun wenn er die Zügel der Regierung fester an sich zog, sich in allen seinen Ländern zu einem mächtigern Herrscher als irgend einer seiner Vorfahren erhob und dadurch faktisch den Beweis lieferte, daß er zur Regierung tauglicher sei, als man dies allgemein verbreitete? Trotz seines Trübsinnes wußte er, daß er keinen bewaffneten Angriff weder von seinen Brüdern noch von dem katholischen Theil seiner Unterthanen zu befürchten habe, nur die Protestanten und die an sie sich kettende ständische Opposition konnten ihm gefährlich werden, und deshalb war seine Ruhe für die Zukunft gesichert, wenn er diesen gegenüber eine drohende Haltung annahm und sie wo möglich für immer zu einem strikten Ge-



horsam verpflichtete. Während seiner ganzen Regierung hatte er nie über ein so starkes Heer geboten wie im Augenblicke, und nie hatte dasselbe den äußern Feind so siegreich abgewehrt. Es schien ihm der Moment gekommen, wo er dasselbe gegen den innern Feind verwenden und die Stellung eines Herrschers von Oesterreich der eines Königs von Frankreich oder England in ihrer Machtfülle näherbringen konnte. Offenbar mußte der Kampf da eröffnet werden, wo die Armee stand, also in Ungarn, und hier der Hand in Hand gehenden protestantischen und ständischen Opposition der erste Schlag versetzt werden.

Es ist leicht einzusehen, daß das Gelingen einer so herausfordernden Politik, welche neben dem noch immer dauernden äußern Krieg zugleich einen innern nicht scheute, vor allem von der Stärke des Heeres abhing, über das Rudolf gebot. Was dieses betrifft, so wurde es durch Werbung zusammengesetzt und es bot keine Schwierigkeit, dasselbe bei der Masse jener Leute, welche sich dem Kriegshandwerk in Deutschland hingaben, auf einer beliebigen Höhe zu erhalten, alles kam nur darauf an, ob dazu die nöthigen Geldmittel vorhanden waren. Wir haben früher erwähnt, daß die Einkünfte des Kaisers aus seinen Erbländern etwa drei Millionen Gulden betrugen, welche gerade zur Erhaltung seines Hofstaates und zur Zahlung der Interessen seiner Schulden hinreichten, und daß die Erhaltung des Heeres im Kriege mehr oder weniger Sache außerordentlicher Zuflüße war. Seit dem J. 1591, seit der Türkenkrieg wieder ausgebrochen war, war die Armee in Ungarn förmlich wie durch ein fortgesetztes Wunder erhalten worden und im J. 1603 war der Kaiser nahezu auf der Neige mit allen finanziellen Operationen, welche ihn bis dahin erhalten hatten und welche wir bald detaillirt kennen lernen werden. Wenn der Sieg beharrlich bei seinen Fahnen blieb, so konnte er vielleicht noch ein Jahr die nöthigen Auslagen bestreiten, länger aber gewiß nicht. Eine nüchterne Erwägung der Verhältnisse hätte ihm wohl leicht die Ueberzeugung beibringen können, daß ein Kampf mit der ständischen Macht etwas länger wie ein Jahr währen dürfte, aber diese Betrachtung stellte er, der nur für den nächsten Augenblick lebte, nicht weiter an.

Man ist gewöhnt, alle Maßnahmen der österreichischen Herrscher zu Gunsten der katholischen Religion direkten Einflüßen aus Rom oder der Einflußnahme der Jesuiten und ihrer Freunde zuzuschreiben. So wahr dies in vielen Fällen auch sein mag, die Maßregeln, welche jetzt Rudolf gegen den Protestantismus zu ergreifen beschloß, waren gewiß nicht das Resultat kirchlicher Einwirkung. Erinnern wir uns, daß der Kaiser vom J. 1600 an, in dem seine geistige Gesundheit der früher geschilderten Zerrüttung anheimfiel, eine pronencirte Abneigung gegen das kirchliche



Wesen und namentlich gegen die Geistlichkeit an den Tag legte, und daß er in den Tagen seiner Gesundheit durch eine apathische Gleichgiltigkeit den Protestanten von sich selbst aus keinen Widerstand entgegengesetzt hatte. Es war also mit seiner Krankheit gewiß nicht der Moment gekommen, wo er ein offeneres Ohr für die Rathschläge strenger Katholiken gehabt hätte. Auch läßt sich aus dem gesammten diplomatischen Briefwechsel nach 1600 kein einziger Fall konstatiren, daß Rudolf eifrige Geistliche in einer Privataudienz empfangen oder daß er mit dem Nuncius und dem spanischen Gesandten einen vertrauten Verkehr gehabt hätte. Beide vielmehr wurden, wie sie selbst an ihre Herren mit steten Klagen berichten, im Laufe mehrerer Jahre höchstens ein- bis zweimal und nur während der Dauer einiger Minuten vor den Kaiser gelassen und hiebei war der alleinige Gegenstand des Gespräches entweder die Successionsfrage oder die Türkenhilfe.

Alles berechtigt uns also anzunehmen, daß die strengen Maßregeln, welche Rudolf gegen die Protestanten zu ergreifen sich entschloß, das Resultat seines eigensten Entschlußes gewesen seien, von Spanien und Rom so wenig beeinflußt, daß diese nicht einmal um ihre Entstehung wußten*). Philipp III und Clemens VIII hatten übrigens beide eine zu ungünstige Meinung von Rudolf, als daß sie denselben nach dem J. 1600 noch mit einem Unternehmen betraut hätten, welches so eben in Steiermark trotz der Ueberzeugungstreue und eisernen Zähigkeit Ferdinands mit den gewaltigsten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Den Schlag, welchen Rudolf gegen die Ungarn im J. 1604 zu führen sich entschloß, mag er aber lang, mindestens zwei Jahre lang, bei sich überdacht haben. Denn nicht allein in Ungarn wollte er mit dem Protestantismus aufräumen sondern auch in Böhmen und Mähren. Anknüpfend an ein Mandat König Wladislaws II vom J. 1508, welches damals gegen die böhmische Brüderunität erlassen wurde und alle ihre Anhänger mit dem Tode bedrohte, ließ er dasselbe plötzlich zur Ueberraschung aller Welt im J. 1602 in Prag unter feierlichem Trompetenschall an allen Plätzen der Stadt verkünden, in der Meinung dadurch alle jene zu erschrecken, welche von dem

*) Feßler in seiner Geschichte der Ungarn ist zwar nicht verlegen, den Kapuzinern und Jesuiten einen solchen Einfluß auf das Gemüth des Kaisers zuzuschreiben, allein wir müssen die Richtigkeit dieser Behauptung vollständig in Abrede stellen, da uns die Kenntniß der spanischen Korrespondenz über die herrschenden Einflüße am Prager Hofe nicht in Zweifel läßt. Aus diesem Grunde müssen wir auch die bei Feßler in jedem Augenblick betonte Einflußnahme San Clemente's und des Nuncius in das Gebiet bloßer Faseleien verweisen.



katholischen Glauben oder von dem alten Utraquismus abgewichen waren *). Es war dies für Prag und Böhmen ein so unerwartetes Ereigniß, daß man darüber mehr verwundert als erschrocken war, denn von Vorbereitungen, das Mandat zur Geltung zu bringen, sah man nichts, und es gegen neun Zehntel der Einwohnerschaft von Böhmen ohne solche Vorbereitungen und Gewaltmittel zu exequiren, davon konnte doch keine Rede sein. In Mähren geschah nichts ähnliches, denn dort konnte kein altes Gesetz gegen die Protestanten zu Hilfe gerufen und republizirt werden, aber desto gewaltsamer war der Druck, welchen der Kaiser dort auf die Verfassung durch seine Beamten ausübte. Die wichtigsten von ihnen, der spanisch-römischen Schule angehörend, machten es sich zum Geschäft durch stete Verletzung der Gesetze des Landes dem Absolutismus Bahn zu brechen, um so den Weg für alle andern Ziele zu ebnen **). Diese Periode der Reaction trat mit aller Wucht um das J. 1602 auf und erschütterte die auf die Vorrechte des Adels begründete Verfassung bis in ihre Fundamente.

Jetzt kam endlich die Reihe an Ungarn. Die gewöhnlichen Klagen wegen Verfassungsverletzung hatten daselbst neue und vielfache Nahrung gefunden. Zunächst hatte Rudolf bereits seit Jahrzehenden die Stelle eines Palatins unbesetzt gelassen, die Gewalt der Bane von Kroatien und Slavonien beschränkt und durch Besetzung der Grenzfestungen mit deutschem Militär unter deutschen Befehlshabern das Beispiel seines Vaters und Großvaters befolgt. Er hatte sich wie diese in den ungarischen Angelegenheiten wenig um den Rath geborner Ungarn umgesehen und selbst einzelne Reichswürden mit Ausländern besetzt, denen, um der gesetzlichen Form zu genügen, wie zum Spotte der Eingebornen das ungarische Indigenat verliehen wurde. Die einzelnen Gespanschaften blieben Jahre lang ohne einen Obergespan, Bisthümer ohne Bischöfe, eine Unzahl von Gegenständen, die des Königs Entscheidung erheischten, konnten keine Entscheidung finden und bei allem, wo eine Initiative seitens des Regenten nöthig war, wurde diese vergeblich erwartet. Daß die Mehrzahl von jenen, welche in Ungarn, sei es ein Militär- sei es ein Civilamt bekleideten, fern von der Kontrolle eines strengen Herrn willkürlich schalteten, konnte man bei Rudolfs Zurückgezogenheit von vornherein annehmen, wenn nicht auch dafür haarsträubende Berichte vorlägen. Unter solchen Umständen bekamen die Klagen der Ungarn eine ganz andere Bedeutung als früher; nicht die Magnaten, das Volk selbst, litt unter dem kaiserlichen Regiment und nichts konnte demnach leichter

*) Meine Geschichte der böhmischen Brüder, Band II.
**) Chlumecky: Karl von Zierotin.



sein, als dasselbe im günstigen Momente zu einem allgemeinen Aufstand zu vermögen. Und bei dieser Beschaffenheit der Gemüther war es, daß Rudolf sich zum Angriff gegen etwas rüstete, was nicht allein die Magnaten betraf, sondern was bereits auch dem Volke theuer geworden war, nämlich sein neuer Glaube.

Als demnach Basta Siebenbürgen abermals unterworfen hatte und in Ungarn der General Graf Belgiojoso das kaiserliche Ansehen, nicht ohne Härte, überall aufrecht hielt, glaubte Rudolf den rechten Moment gekommen, in welchem er der Opposition des Landes durch einen offenen Angriff auf die Protestanten den kräftigsten Schlag versetzen könnte. Den Anfang machte er mit den Lutheranern in Kaschau. Vor kurzem war Erlau an die Türken verloren worden, und Bischof und Kapitel dieser Stadt sahen sich plötzlich ohne Kirche. Rudolf befahl nun den Lutheranern in Kaschau ihre Kirche, ein schönes Denkmal gothischer Baukunst, zu räumen und dem Kapitel abzutreten, und Belgiojoso ward beauftragt jeden etwaigen Widerstand niederzuschlagen. Ganz Ungarn widerhallte natürlich von diesem Ereigniß, das man als den Anfang einer langen Reihe wohl durchdachter und auf das Verderben der Protestanten 8. Feb.
abzielender Maßregeln ansah. Auf dem Reichstag, der kurz darauf in 1604
Preßburg sich versammelte, forderten die Protestanten Genugthuung und eine solche Umänderung der Verfassung, durch welche die Freiheit ihres Bekenntnisses und der Besitz ihrer Kirchen fortan gesetzlich geschirmt werden sollte, während Erzherzog Mathias als königlicher Kommissär im Auftrag seines kaiserlichen Bruders vom Reichstag wiederum die Verbannung aller lutherischen und kalvinischen Prediger, die Auflösung aller protestantischen Gemeinden und überhaupt die völlige Restitution der katholischen Kirche verlangte. Natürlich erhoben die Protestanten gegen diese Forderungen die heftigste Opposition, und da sie mit ihren eigenen Wünschen nicht durchdringen konnten, sich aber doch gegen ähnliche Angriffe wie die in Kaschau wo möglich sicher stellen wollten, protestirten sie vor ihrer Abreise gegen jeden Befehl des Königs und jede Maßregel, durch welche ihrem Bekenntnisse und ihren Kirchen nahegetreten würde. Da griff Rudolf, um seinen Willen durchzusetzen, zu einem Mittel einzig in der ungarischen Geschichte dastehend; die 21 Artikel, welche über die verschiedenen Angelegenheiten des Landes auf dem Preßburger Reichstage von den Ständen mit dem Erzherzog vereinbart worden waren und dadurch Gesetzeskraft erhielten, vermehrte der Kaiser eigenmächtig mit einem zweiundzwanzigsten und publizirte denselben im Verein mit den übrigen. Durch diesen 22. Artikel bestätigte er alle Gesetze und Verordnungen, welche seit des ersten Königs Stephan Zeiten zum Schutze der katholischen Religion

erlassen worden waren und bedrohte alle jene mit den strengsten Strafen, die fortan religiöse Gegenstände, unter was immer für einem Vorwande, in öffentliche Verhandlungen verflechten würden.

Es war ein Glück für die Magnaten, daß sie in dem Krieg, welcher ihrer politischen Stellung damit angesagt wurde, in voraus auf Bundesgenossen zählen konnten, denn die Städte und Bauern waren gleichmäßig durch die königlichen Erlässe aufgeregt; es bedurfte nur eines kühnen Hauptes um sich an die Spitze der Unzufriedenen zu stellen, so flammte der Aufruhr in Ungarn an allen Ecken und Enden auf. Dieses Haupt fand sich in Stephan Bocskay. Derselbe, ein reich begüterter siebenbürgischer Edelmann, war während des mannigfachen Wechsels der Herrschaft in seiner Heimat um seine Güter gekommen und war nach Prag gereist, um durch Vermittlung des kaiserlichen Hofes wieder in den Besitz des verlornen zu kommen. Er hatte sich daselbst längere Zeit aufgehalten, aber trotz aller Anstrengung nichts erlangt und zuletzt sogar eine schnöde Behandlung in den kaiserlichen Vorzimmern erfahren müssen*). Von Durst nach Rache beseelt war er in seine Heimat zurückgeeilt, fand da bereite Freunde, die sich mit ihm zum Kampfe gegen den Kaiser um so eher verbanden als die letzten Ereignisse in Ungarn sie einen allgemeinen Anschluß der Magnaten hoffen ließen. Diese Berechnung täuschte sie nicht und in kurzem galt in Siebenbürgen und in den angrenzenden Theilen Ungarns allein die Auktorität Bocskay's. Nichtsdestoweniger würde die weitere Ausdehnung des Aufstandes über Ungarn an der starken kaiserlichen Armee gescheitert sein, wenn nicht in diesen entscheidenden Augenblicken die Leere der kaiserlichen Kassen die Treue der Truppen und ihre Ausdauer zum Schwanken gebracht hätte. So kam es, daß der anfangs siegreiche Widerstand des kaiserlichen Heeres gegen das Umsichgreifen des Aufstandes zuletzt mit einer völligen Niederlage endigte und Bocskay mit den Ungarn bald bis nach Preßburg gebot, während Rudolfs Auktorität nur noch in jenen Plätzen anerkannt wurde, welche er mit deutschen Truppen angefüllt hatte.

Groß war die Befriedigung, mit welcher die Türken diesen Ereignissen zusahen. So eben waren sie nicht mehr im Stande den Kaiser mit Erfolg anzugreifen, als die Ungarn durch ihr Auftreten ihnen gleichsam den Sieg in die Hände spielten. So stark waren sie indessen doch nicht, um gegen die kaiserlichen Festungen und gegen die Ungarn zugleich aufzutreten; sie zogen es deshalb vor, mit diesen ein Bündniß abzuschließen und so den letzten Resten der kaiserlichen Herrschaft ein Ende zu machen. Gelangten sie in den Besitz der bedeutendsten Festungen, und um das han-

*) Relazion von Francesco Soranzo. MS der Marciana.



delte es sich ihnen, so kam seiner Zeit auch die Reihe an die Ungarn und dieselben Magnaten, welche sich jetzt gegen Rudolf erhoben hatten, konnten es einst noch bedauern, daß sie nicht die Herrschaft des Kaisers einem kurzen Traum von Selbstständigkeit vorgezogen hatten.

Das Bündniß der Ungarn und Türken begann alsobald seine Wirkung zu äußern. Die Türken begaben sich ungesäumt an die Belagerung der Grenzfestungen und Bocskay in seinem Rücken gesichert, rückte mit seinen wilden Schaaren gegen die mährisch-österreichische Grenze, um den Krieg in des Kaisers erbliche Besitzungen zu tragen. Es ist schwer zu sagen, wodurch die unglücklichen Einwohner von Oesterreich, Steiermark und Mähren jetzt ärger heimgesucht wurden, ob durch die Truppen Rudolfs, welche überall herausgedrängt in die benachbarten Länder sich zurückzogen oder durch die räuberischen Horden der Tartaren, Heiduken und Kumanen, welche den Ungarn als Avantgarde überall plündernd voraneilten. 1605
Zwischen der Publikation des 22. Artikels und dem Einfall der plündernden Feinde in den genannten Grenzländern lag nur die kurze Frist eines Jahres, aber bezeichnet für den Kaiser mit Niederlagen ohne Gleichen. Ein Schrei der Entrüstung und des Jammers erhob sich durch alle Provinzen, und mit stummen und lauten Vorwürfen kehrte alles die Blicke nach Prag erwartend, wie denn der Kaiser dem Elend des Reiches wenigstens in den Erbländern abhelfen würde. Von Prag aber kam weniger Hilfe als je, der Kaiser, unzugänglicher wie sonst, lebte, als wüßte er nicht einmal um die Leiden seiner Völker, weder gewillt energisch sich ihrer anzunehmen und seinen letzten Schatz hinzuopfern noch geneigt einen Frieden zu schließen, sei es auch um welchen Preis es wolle.

Man kann sich denken, welche Bitterkeit sich der Erzherzoge bei dem Gedanken bemächtigen mußte, daß durch ihres Hauptes theils absichtliches Thun theils schuldvolle Unthätigkeit der Familienbesitz einem sichern Ruin entgegengeführt werde; sie mußten sich gestehen, daß kein Opfer an Geld und Gut etwas nützen könnte, so lange die oberste Leitung der Dinge sich in solchen Händen befand wie bisher. Im Momente des bevorstehenden Ausbruches der Ungarn aus ihren Grenzen, also im Momente der größten Gefahr, kamen die Prinzen, getrieben von dem Wunsche Rath und Hilfe zu schaffen, in Linz zusammen und zwar die zwei Brüderpaare, Mathias mit Maximilian und Ferdinand mit Maximilian Ernst. Was früher Mathias vom Kaiser wegen der Krankheit des letztern erbeten hatte, nämlich die Bestimmung der Nachfolge und die Wahl eines Coadjutors, dies lag jetzt auch im Interesse aller österreichischen Länder, die nur durch eine kräftige Hand der schlimmen Lage entrissen werden konnten, in die sie Rudolfs unselige Politik gestürzt hatte. Die ver-



sammelten Prinzen einigten sich also nach kurzer Berathung in dem Entschluße den Kaiser zu ersuchen, er möge Mathias die Leitung der ungarischen Angelegenheiten übergeben und allen Ernstes die Nachfolge, da er nun doch selbst ohne Erben sei, regeln. Kaum jedoch von ihrem Vorhaben in Kenntniß gesetzt, schickte ihnen der Kaiser den Hofmarschall Breuner entgegen und verbot ihnen die Reise nach Prag, zu der sie sich in Gemeinschaft entschlossen hatten, um ihrem Ansuchen mehr Gewicht zu geben.
Anfang Juni 1605 Als trotz dieses formellen Verbotes die Erzherzoge in Prag eintrafen, ließ sich wohl der Kaiser ihre Ankunft gefallen, wenn gleich er auf alle Weise kundgab, daß sie nicht willkommene Gäste seien, ertheilte ihnen auch einzeln und insgesammt eine Audienz und nahm eine Schrift entgegen, welche ihre Beschwerden und Forderungen enthielt; allein hiemit war auch das Maß seiner Willfährigkeit erschöpft. Alles wozu er sich herbeiließ, war das Versprechen, daß er durch Auszahlung des Soldes an die Truppen Basta's, welche hauptsächlich durch die stete Noth so rasch aus Ungarn verdrängt worden waren, das Heer wieder in bessere Verfassung setzen wolle. Von einem Eingehen auf die wichtigsten Forderungen der Erzherzoge, seinem Bruder Mathias die Verwaltung von Ungarn unter dem Titel eines Vicekönigs zu übergeben und die Nachfolge zu regeln, war keine Rede*).

Der Plan des Kaisers Ungarn zu seinen Füßen zu legen und daraus das Fundament seiner Macht zu bilden, von dem aus er ruhig den Forderungen seiner Verwandten Trotz bieten könnte, war vollständig gescheitert und eine Pacification Ungarns um jeden Preis wäre wohl für ihn die vernünftigste Politik gewesen. Allein da diese Politik ein Eingehen auf Mathias' Wünsche nöthig gemacht hätte, so wurde sie ohne Zögern verworfen und der Kaiser setzte den dräuenden Gefahren eine Unthätigkeit entgegen, als wünsche er zehnmal lieber das Verderben seiner eigenen Macht als den Uebergang derselben in die Hände des ihm von der Natur bestimmten Nachfolgers. Und in der That waren seine nächsten Handlungen mehr darauf berechnet, sich die Brüder als die Ungarn vom Halse zu schaffen. Gegen Erzherzog Maximilian nämlich, der nach der Abreise der übrigen Erzherzoge in Prag zurückgeblieben war, nahm er plötzlich die Rolle eines lebensüberdrüßigen Mannes an, der sich tief von Melancholie gedrückt fühle und für den es sonach am ersprießlichsten sei, in die Berge von Tirol sich zurückzuziehen, wie einst Karl V nach San Yuste sich zurückgezogen hatte. Konnte man wohl etwas anderes als tiefes Mit-

*) Archiv von Simancas, Guillen de San Clemente an den König dde. Prag den 17. Juni 1605. Chlumecky: Karl von Zierotin S. 345.

leiden mit dem höchsten Würdenträger der Erde fühlen, wenn er so zerknirscht sprach, und mußten nicht die kaiserlichen Prinzen Gewissensbisse fühlen, wenn sie weiter ihrem Haupte zur Last fielen und nicht erwarten wollten, bis die Natur selbst die Lösung der hängenden Schwierigkeiten übernahm? Aber die Maske, welche Rudolf vornahm, war zu wenig dicht und ließ zu sehr seine Herrschsucht blicken, als daß sie Jemanden getäuscht hätte. Es ist nichts wie Betrug oder Angst, die den Kaiser so sprechen läßt, sagte geradezu San Clemente*). Kaum merkte aber Rudolf, daß er damit nichts gewonnen habe und sich keine Ruhe verschaffen würde, so griff er nach einem andern Auskunftsmittel, er drohte nämlich mit einer Heirat. Nach den langjährigen Verhandlungen, die er ehedem wegen der Infantin Isabella geführt, konnte man allerdings nicht annehmen, daß er jetzt in seinen Bewerbungen eiliger sein würde, allein da diese nur ein Abschreckungsmittel für Mathias sein sollten, so durften sie auch nicht enden und begleiteten den Kaiser bis zu seinen letzten Augenblicken. Statt also Tag und Nacht auf nichts anderes als auf die Beschützung von Mähren und Oesterreich und auf die Besiegung der ungarischen Rebellen zu denken, schickte er nach Tirol in aller Eile einen Maler, damit dieser das Bildniß zweier dort lebenden Erzherzoginnen aufnehme; von dort hatte sich derselbe nach Würtemberg zu begeben und gleicherweise die Tochter des Herzogs, von deren Schönheit man sich viel erzählte, zu portraitiren. Die Sache wurde plötzlich mit solcher Eile betrieben, als ob die Hochzeit alsogleich vollzogen werden sollte. Ja nicht zufrieden mit dieser Auswahl ließ Rudolf auch noch den Herzog von Savoyen um die Portraite seiner Töchter ersuchen, reihte auch die Prinzessin von Toskana in die Zahl seiner möglichen Bräute ein, und als wollte er wirklich Ernst machen, ließ er zuletzt dem Herzog von Würtemberg entbieten, er möchte seine Tochter nicht verheiraten, da er selbst Absichten auf sie hege. Unglückliche Prinzessinnen, wenn ihnen das Geschick der Infantin, um die 16 Jahre lang geworben wurde, auch zu Theil werden sollte*).

Das war also die Antwort des Kaisers auf die Hilferufe der Länder und der Erzherzoge. Während ein Theil von Mähren in eine Wüstenei verwandelt wurde, unterhielt sich der Kaiser mit Heiratsprojekten, während Ungarn, wenn es nicht für immer verloren sein sollte, eine eben so kluge Politik wie die äußerste Kraftanstrengung erheischte, wehrte sich der Kaiser mit aller Macht und allem Eigensinn seinem Bruder eine Gewalt zu überlassen, die in seinen Händen nur verderblich wirkte. Es ist fast so, als habe Rudolf gehofft, die Welt müsse stille stehen, wenn er selbst nicht vor-

*) 1605, 18. Oktob., Simancas 2492/99 und 12. Jän. 1606, Simancas 2492/125.

wärts ginge. Die Mährer vom Kaiser verlassen, halfen sich zuletzt so gut sie konnten, und nicht im Stande den Feind zu bewältigen, schloßen
1605 sie endlich mit demselben einen mehrmonatlichen Waffenstillstand. In ähnlicher Weise sorgten auch die Oesterreicher für sich*).

Trotz des allgemeinen Anschlußes der Ungarn an Bocskay und des letztern an die Türken, die ihn sogar als Großfürsten von Siebenbürgen und König von Ungarn unter des Sultans Oberhoheit anerkannten, war für den Kaiser nicht alles verloren, wenn er den Umständen sich fügte und das Unrettbare aufgab. Trotz ihres raschen Sieges fühlten die Ungarn nur zu wohl, daß sie für sich allein nicht im Stande sein würden, künftig die Feindschaft des Kaisers und die selbstsüchtige Freundschaft der Türken zu ertragen, ohne zu Grunde zu gehen. Schon der Umstand, daß sie für sich weder zur Bemannung noch zur Unterhaltung der Grenzfestungen gegen die Türken die nöthigen Mittel besaßen und somit fortan nur eine offene Grenze gegen die immer wiederkehrenden Raubzüge der Paschas besitzen sollten, daß weiter die Türken durch die in aller Eile betriebene Belagerung der mit kaiserlicher Besatzung versehenen Festungen zu deutlich ihre schließliche Absicht verrieten, alles das mußte sie mit Besorgniß erfüllen. Nicht etwa unter den katholischen sondern unter den protestantischen Magnaten selbst brach sich diese Anschauung Bahn und machte sie geneigt auf Friedensunterhandlungen einzugehen, welche eine vollständige Restauration ihrer Verfassung zur Grundlage haben und Ungarn wie früher in drei verschiedene Gebiete theilen sollten, ein Zustand, der ihnen die beste Garantie für ihre Freiheiten schien. Siebenbürgen und ein Theil von Ungarn sollte unter einem unabhängigen christlichen Fürsten stehen, der nach Umständen sich entweder an die Türken oder an den Kaiser anschließen konnte, je nachdem die Gefahr der Unterjochung von da oder dort drohen würde; das übrige Ungarn sollte zwischen dem Kaiser und den Türken getheilt sein, wodurch der erstere auch weiterhin ein Interesse an der Vertheidigung des Landes hatte, ohne doch ferner im Stande zu sein, dem zu schaden, was die Magnaten für ihre Freiheit hielten. Uebrigens erheischte die seit 14 Jahren durch den Türkenkrieg und die Regierungswechsel in Siebenbürgen bis zum Entsetzen gesteigerte Verwüstung des Landes gebieterisch einige Nachgiebigkeit; denn wenn auch die Ungarn im Stande waren die benachbarten Provinzen noch ferner zu verwüsten, ihr eigenes Land konnte doch erst wieder durch den Frieden
Dez. gewinnen. Diese Betrachtungen machten sich auf dem Landtag von Kär-
1605 pfen geltend, wo neben Bocskay die bedeutendsten Magnaten von Ungarn

*) Chlumecky: Karl von Zierotin.



wie Stephan Illeshazy, Valentin Druget de Homonna, Christoph Thurzo, Michael Czobor und viele Komitatsvertreter anwesend waren. Nach Bocskay genoß Stephan Illeshazy in dieser Versammlung theils um seiner persönlichen Eigenschaften theils um seiner Vergangenheit willen das größte Ansehen. Er war nämlich kurz vor dem Ausbruche der Bocskayischen Unruhen in einen Prozeß von den königlichen Beamten verwickelt worden, in dem er verurtheilt und aller seiner großen Güter beraubt wurde. Ob nun, wie die Ungarn lange behaupteten, an ihm ein Justizmord verübt worden oder wie neuere von Ungarn selbst ausgehende Forschungen nachzuweisen suchen, sein Verbrechen unläugbar war, so viel ist gewiß, daß an ihm die Form verletzt und er nicht von ungarischen Richtern verurtheilt worden. Je mehr also Illeshazy Grund haben mochte, sich einem natürlichen Rachegefühl hinzugeben, desto wirksamer mußte sein Auftreten sein, wenn er selbst der Versöhnung das Wort führte und die Versammlung zum Einschlagen friedlicher Wege mahnte. Da jedoch Sigmund Forgacs der Gesandte des Erzherzogs Mathias dem Kärpfner Landtag von Seite des Kaisers keine befriedigenden Anerbietungen zu machen im Stande war, so kam es zu keinem andern Beschluß, als daß die Versammlung eine doppelte Botschaft abordnete, die eine an Mathias, um mit diesem über die Friedensbedingungen zu unterhandeln, die andere nach Deutschland an die weltlichen Kurfürsten, vor allem an den Pfalzgrafen, um sie von jeder Unterstützung des Kaisers abzuhalten. Stephan Illeshazy und Mladosewics übernahmen die Gesandtschaft nach Wien, der gelehrte Dichter Bocatz aus Kaschau die nach Deutschland *).

An den Ereignissen in Ungarn hatte Mathias bis jetzt keinen andern Antheil genommen, als daß er, soweit sein persönlicher Einfluß reichte, einzelne Magnaten in Ungarn durch geheime Unterhändler zur Versöhnung mit dem Kaiser mahnte. Insbesondere war er bereits vor dem Kärpfner Landtag mit Illeshazy in Verhandlungen getreten und suchte denselben zu bestimmen, den in einzelnen Festungen von den Türken allzuhart bedrängten kaiserlichen Truppen geheime Verstärkungen zukommen zu lassen, weil dies die Interessen Ungarns selbst erheischten **). Illes-

*) Ueber die ungarischen Angelegenheiten geben folgende Schriftstücke, welche sich in der pfälzischen Abtheilung des Münchner Staatsarchivs befinden, wichtige und entscheidende Aufschlüße: Bocatz an einen Freund ddo. 26. November 1605, Münchner Staatsarchiv 546/11 Fol. 319—332; die ungarischen Stände an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Kärpfen 10. Dezember 1605, Fol. 340; Stephan Bocskay an Kurpfalz ddo. Kaschau 30. Dezember 1605, Fol. 367.

**) Relation des Gesandten Mathias'. MS. der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag.

hazy hatte zwar eine solche offene Parteinahme abgelehnt, aber seine friedliche Sprache in Kärpfen war die Folge dieser Unterhandlungen und veranlaßte auch seine Absendung nach Wien. Was Mathias betrifft, so beurtheilte er die Sachlage richtig, er wußte die Mittel abzuschätzen, die seinem Bruder zu Gebote standen und sah ein, daß diesmal mehr von dem guten Willen der Ungarn als von Waffengewalt zu erlangen war, und daß die wichtigsten Forderungen derselben, religiöse Freiheit und Befriedigung Bocskay's weiter nicht zu umgehen waren. Nun hatte aber Rudolf noch durch nichts an den Tag gelegt, daß er ernstlich sich in Unterhandlungen begeben und den Frieden wieder herstellen wolle. Kam Illeshazy nach Wien und konnte ihm der Erzherzog mit keinen Vollmachten entgegentreten, so war es nur zu wahrscheinlich, daß derselbe, statt nach Prag zu reisen, nach Hause zurückkehren, und die Ungarn überhaupt jede Versöhnung mit Oesterreich ablehnen würden, so gefährlich auch für ihre Zukunft ein solches Vorgehen war. Um nun die Dinge nicht auf das äußerste kommen zu lassen, wollte Mathias noch den letzten Versuch bei seinem Bruder wagen, ehe er sich dann vielleicht entschloß auf eigene Faust zu retten, was zu retten war, und was Rudolf aller Welt zum Trotz verlieren wollte. Begleitet von den Erzherzogen Maximilian und Ferdinand, die mit ihm hierin eines Sinnes waren, reiste er
10. Dez nochmals nach Prag und übergab im Verein mit ihnen dem Kaiser eine
1605 Denkschrift*). Aehnlich der vom Monat Juni desselben Jahres schilderte sie die Gefahren in Ungarn und verlangte zu deren Abwendung, daß dem Erzherzog Mathias die Leitung der Regierung von Ungarn und Oesterreich überlassen überdies aber auch noch die Nachfolge bestimmt werde. Der Kaiser wußte jedoch diesmal so wenig wie früher das zu wählen, was seine Pflicht war; ungnädig alle Vorstellungen aufnehmend, entließ er die Erzherzoge ohne jeden Trost für die Zukunft.

Jetzt war Mathias bei dem Wendepunkt seines Lebens angelangt. Schnöde zurückgestoßen von seinem Bruder, der — es ist peinlich zu sagen — wieder mit seinen Heiratsprojekten Geräusch machte, ging er nach Wien, entschlossen den Forderungen der Ungarn die Hand zu bieten, wenn es ihm dadurch gelingen konnte, sie zu gewinnen. Da übrigens die Türken, mit denen der Kaiser gern einen Frieden geschlossen hätte, um Bocskay und seinen Anhang zu isoliren, wiederholt erklärt hatten, ohne vorgängige Befriedigung ihrer Bundesgenossen in keine Unterhandlungen sich einlassen zu wollen, so mußte es Rudolf endlich doch zugeben, daß die Vertreter Bocskay's und der Ungarn nach Wien kamen, um da über die Bedingungen

*) Chlumecky: Zierotin, S. 346..

des Ausgleichs zu verhandeln. **Mathias** schloß mit denselben unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Wien einen Waffenstillstand, der am 24. Juni 1606 enden sollte, wenn innerhalb dieser Zeit der Abschluß eines definitiven Friedens nicht bewerkstelligt werden konnte. Zu den Berathungen in Wien waren von Seite **Bocskay's** und der Ungarn vier Abgeordnete, darunter **Illeshazy** und Paul **Apponyi**, erschienen; im Namen des Erzherzogs und des Kaisers verhandelten mit ihnen Franz **Forgacs**, Bischof von Neutra und Kanzler von Ungarn, **Trautson**, Karl von **Liechtenstein**, **Molart**, **Breuner**, Georg und Stephan **Thurzo** und andere, die meisten von ihnen kaiserliche Räthe. Unter den 16 Artikeln, über welche sich beide Parteien nach langen und heftigen Debatten 9. Feb.
einigten, waren die hervorragendsten: der erste, welcher den Protestanten 1606
gesetzliche Freiheit ihres Bekenntnisses gewährte; der dritte, welcher die Wahl eines Palatins anordnete und mit derselben den nächsten Landtag betraute; der vierte, welcher verordnete, daß die ungarische Krone ins Land selbst oder wenigstens näher an die Grenze gebracht werde; der eilfte, welcher bestimmte, daß, da der König selbst außer Stande sei in Ungarn Hof zu halten, er den Erzherzog **Mathias** mit den ausgedehntesten Vollmachten (cum omni plenipotentia) zu seinem Stellvertreter ernennen solle; der sechzehnte endlich, durch welchen **Bocskay** mittelst Abtretung Siebenbürgens und jener Theile von Ungarn, welche **Sigmund Bathory** besessen, befriedigt werden sollte. Durch die übrigen Artikel suchten sich die Ungarn auch noch gegen die fernere Verleihung von Reichsämtern an Fremde und gegen die Verletzung des ordentlichen Rechtsganges zu wahren*).

Dieser vorläufige Vertrag bedurfte nun einer doppelten Genehmigung, der des Kaisers in Prag und der **Bocskay's** und seiner Verbündeten. Erzherzog **Mathias** hatte sich während der Verhandlungen den Ungarn entschieden genähert und der Ausdruck dieser Annäherung war der eilfte Artikel, durch welchen **Mathias** zum Stellvertreter des Königs in Ungarn ernannt werden sollte. Wenn ihm **Rudolf** die Hand bot, so konnte dies vertrautere Verhältniß sowohl zum Heile des Hauses als auch zur Herstellung eines Friedenszustandes, wie ihn eben die erlittenen Niederlagen möglich machten, beitragen. Zwar gab der Kaiser in diesem 21.
einem Hauptpunkte gleich nach und ernannte den Erzherzog zu seinem März
Statthalter**), allein in den übrigen Friedenspunkten war wenig Aussicht 1606
zur Nachgiebigkeit, da er überhaupt keinen Frieden wollte. Zu seiner

*) Katona t. 28. p. 495.
**) Katona t. 28. p. 511.

eigenen Sicherung hielt es also Mathias für nothwendig, daß ein Familienrath zusammentrete, der die Sachlage erwäge und ihn mit der nöthigen Vollmacht bekleide, den außerordentlichen Verhältnissen entsprechend zu handeln. Da übrigens der Kaiser ein neues freveles Spiel begann, so mochte Mathias sich in seinem Innern jeder Schonung überhoben fühlen. Mit einemmale verlautete es nämlich von Prag, der Kaiser gedenke die Nachfolge dem jungen Erzherzog Leopold, einem Bruder Ferdinands von Steiermark, zuzuwenden und hiedurch seinen ältesten Bruder zu zwingen von seinem Drängen abzulassen. Aber die Frage stand in Oesterreich nicht mehr so wie vor zwei Jahren, wo allerdings der Kaiser durch ein solches Manöver sich Ruhe verschaffen konnte. Die ungarischen Angelegenheiten verlangten ihre Lösung und zwar unabhängig von jeder andern Angelegenheit und ließen sich am wenigsten durch das Vorschieben des jungen Erzherzogs, von dem bisher Niemand etwas erfahren hatte, zur Ruhe bringen. Zu der skandalösen Unthätigkeit allen äußern Gefahren gegenüber wollte nun Rudolf mit Verletzung aller Familienrechte, denen er doch allein seine Stellung zu danken hatte, Zwietracht unter seine Verwandten säen, in der trügerischen Meinung sich dadurch Ruhe zu schaffen. Solchem frevelhaften Treiben gegenüber, das jede entschuldigende Stimme zum Schweigen bringen mußte, fühlten sich auch die Erzherzoge zu außerordentlichen Maßregeln befugt. Ueber Aufforderung des Erzherzogs Mathias kamen also Maximilian, Ferdinand und Maximilian Ernst nach Wien und entschloßen sich nach vorläufiger Berathung zu dem berühmten Vertrag vom 25. April 1606.

In diesem Vertrag erklärten sie gemeinschaftlich: Da es durch den beweinenswerthen Zustand des fast ganz verlornen Ungarn und der durch die Rebellen verwüsteten österreichischen Länder leider offen am Tag liege, daß Se. Majestät aus Krankheit und Gemüthsverstimmung in gefährlichen Zwischenräumen zur Regierung der Reiche und Länder minder fähig und tauglich sei, so daß er ihr nicht in dem Grade, wie es erforderlich, vorstehen könne, so hätten die Erzherzoge aus diesen und andern augenscheinlichen Gründen von ungeheurem Schmerz bewegt ihre Zusammenkunft in Wien beschleunigt, und hier nach reiflicher Ueberlegung kein anderes Mittel gefunden, als in Kraft der bestehenden Familienverträge und nach bisherigem alten Herkommen so wie auch vermöge Kaiser Ferdinands I Hausordnung, den Erzherzog Mathias als den Erstgebornen zum Haupte und zur Stütze des Hauses im eigenen und aller übrigen minderjährigen Erzherzoge Namen zu erwählen. Das, was hierüber mit Spanien, dem Erzherzoge Albrecht, dem Papste und



andern Fürsten zu verhandeln sein würde, dies bestätigen sie in voraus und wollen dabei den Erzherzog Mathias mit Rath und That unterstützen. Wenn es dann aus gleichen Ursachen zur Kaiserwahl kommen sollte, so würden sie alle ihre Anstrengungen vereinen, dem Erzherzog Mathias zu dieser Würde zu verhelfen*).

Betrachtet man unter welchen Umständen dieser Vertrag abgeschlossen wurde und erwägt man, daß er den Erzherzog Mathias bevollmächtigte mit dem Papst und dem König von Spanien zu unterhandeln, so frägt man unwillkürlich, was eigentlich verhandelt werden solle. Offenbar konnte Mathias nichts anders verhandeln oder wissen wollen, als ob im äußersten Falle der Papst und der König in die Absetzung Rudolfs willigen oder sonst ihm zu einem selbstständigen Vorgehen die Zustimmung geben wollten. Da der Vertrag beiden in seiner Vollständigkeit mitgetheilt werden sollte, sonach auch der Punkt wegen der Kaiserwahl zu Spaniens Kenntniß gelangen mußte, so konnte allerdings ein Zweifel entstehen, ob dieses so schnell die Hand zur Bestätigung des Vertrags bieten würde, weil ja dadurch die Erhebung des Erzherzogs Albrecht vereitelt werden mußte. Dies Hinderniß bestand jedoch gegen Mathias nicht mehr, denn die Ansichten im spanischen Kabinet über die Nachfolge im Reich hatten indessen eine andere Wendung genommen. Während man früher die Erhebung des Erzherzogs Albrecht gewünscht hatte, weil die Niederlande am ehesten durch einen Kaiser pacificirt werden konnten, der in Brüssel residirte und ein persönliches Interesse daran hatte, fiel es den spanischen Staatsräthen jetzt wiederein, daß gerade durch Albrecht die Niederlande völlig der spanischen Krone entfremdet werden könnten, weil Deutschland auf seinen Nachlaß, falls er ohne legitime Erben wie wahrscheinlich starb, einen schwer zurückzuweisenden Anspruch erheben könnte. Diese Meinung gewann bereits im Beginn des J. 1606 im spanischen Kabinet die Oberhand und führte dahin, daß die Gesandten alsbald informirt wurden, auf geschickte Weise schon jetzt einer möglichen Erhebung Albrechts entgegenzuwirken, ohne daß der Erzherzog es merken sollte, woher der Schlag gegen ihn komme**).



*) Dieser Vertrag ist abgedruckt bei Hammer: Leben des Kardinals Khlesl.

**) Archiv von Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 29. April 1606. Der Herzog von Feria soll nach Deutschland reisen, um den Kaiser zur römischen Königswahl zu vermögen. Pero sera bien advertir al duque, que se viere, que es menister procure diestramente, que se excluya al S. Archiduque Alberto, porque el consejo entiende, que si le tocase la suerte, no se lo redifficultaria la devolucion de los estados de Flandes a esta corona pero que quedarian perpetuamente unidos con el imperio, y porque seria desinconveniente, que su Altessa entendiesse el fin, que en esto se lieva,



Mit dem Moment, wo Philipp III seine Augen von Albrecht abwandte, richtete er seine Aufmerksamkeit, und fast möchte man sagen, seine Gunst auf Mathias. Diese Aenderung der Gesinnung, wenigstens so weit sie die Person des Erzherzogs betraf, darf ganz und gar den Berichten San Clemente's zugeschrieben werden. Durch ein Viertel Jahrhundert hatte derselbe als Gesandte am Prager Hof gelebt und während dieser Zeit eine so gründliche Kenntniß von den österreichischen Zuständen gewonnen, daß seine Voraussagungen gewöhnlich eintrafen, was seinen Kredit am Hofe von Valladolid nicht wenig erhöhte. In jedem seiner Briefe an Philipp fügte er einige charakteristische Züge von Rudolfs Unthätigkeit und Unverläßlichkeit, von der zunehmenden Verwirrung und dem dabei sichern Ruine des Hauses bei, kehrte immer wieder zu der anfangs behutsam später immer kühner ausgesprochenen Nothwendigkeit von Rudolfs Absetzung zurück, empfahl die Unterstützung Mathias' als das einzig vernünftige Auskunftsmittel unablässig an, so daß zuletzt weder der König noch irgend ein Mitglied des spanischen Staatsrathes ein Bedenken gegen die Erhebung dieses Erzherzogs hegten*).

Der Boden in Spanien war also bereits für Mathias geebnet, ehe er es noch wußte und ahnte, denn er war einige Zeit sehr in Zweifel, wen er an Philipp mit so wichtigen Mittheilungen absenden sollte. Endlich entschloß er sich, nachdem er auch schon früher vertragsmäßig dem Erzherzog Albrecht Nachricht von allem gegeben hatte, dem spanischen Gesandten in Prag die erforderlichen Mittheilungen zu machen und diesem es zu überlassen, an seinen Herrn zu berichten; Philipp III selbst sollte dann

---

sera bien advertir al Duque, que lo tenga para se y no trate dello sino que en caso de necessidad, y solo lo communique con Don Guillen de San Clemente. — Es ist interessant, daß man zur selben Zeit, in welcher Spanien die Kandidatur Albrechts aufgab, in Deutschland und Frankreich fest glaubte, daß Spanien die Erhebung Albrechts beabsichtige. Noch interessanter ist, daß im Jahre 1603 im Rathe des Königs von Spanien darüber Rath gepflogen wurde, ob Philipp III nicht Belgien wieder an sich ziehen und seinen Schwager von der Verwaltung entfernen sollte. Der Admiral von Aragon riet dem König diesen Schritt als einen höchst unbesonnenen ab. — Schreiben des Admirals an den König ddo. 16. September 1603. MS Der Lobkowitzischen Bibliothek in Prag.

*) Archiv von Simancas, Legajo 2492/115. Guillen de San Clemente an den König ddo. Prag 26. November 1605; 2492/115 derselbe an den König ddo. 12. Jänner 1606; 2462/146 derselbe an den König ddo. 30. September 1606. San Clemente sagt da geradezu, die einzige Hilfe aus den österreichischen Wirren herauszukommen sei, den Kaiser abzusetzen, wozu es genug Ursachen gebe.



in einer Weise, wie er es für gut fände, den Papst ins Geheimniß ziehen. Als diese Nachrichten vor den spanischen Staatsrath kamen, erschraken die Räthe über den Vertrag, da sich dessen Folgen gar nicht übersehen ließen, aber überzeugt von der Unmöglichkeit mit Rudolf weiter zu regieren, rieten sie dem König den Dingen ihren Lauf zu lassen und Mathias zwar nicht aufzumuntern aber auch nicht zu hindern. Philipp entschied sich für diese Politik, die trotz ihrer anscheinenden Neutralität schon einer Entscheidung zu Mathias' Gunsten gleichkam*). — Erzherzog Albrecht trat dem Aprilvertrage durch Ausfertigung einer Zustimmungsurkunde vollständig und förmlich bei**).

Mathias hatte nicht unrichtig vorausgesehen, daß der in Wien mit den Ungarn vereinbarte Friede auf Hindernisse stoßen würde, deren Ueberwindung er nur auf sich nehmen konnte, wenn er des Beifalls der übrigen Erzherzoge sicher war. In Prag und in Kaschau machte man an demselben Ausstellungen, weder war Bocskay mit dem zufrieden, was ihm von Ungarn abgetreten werden sollte, noch begnügten sich die Magnaten mit den gemachten Zugeständnissen. Daß Rudolf, der den Frieden mehr wie den Krieg scheute, nichts von Zugeständnissen wissen wollte, die ihn in Ungarn um alle Macht bringen und das Gebiet von 3300 Quadratmeilen, über welches er vordem dort geherrscht hatte, mit einem Federstrich auf 1200 also um zwei Drittheile reduciren sollten, ist begreiflich. Mathias hörte jedoch mehr auf die Ungarn als auf seinen Bruder, und als daher Illésházy nebst drei andern Abgeordneten zum zweitenmale nach Wien mit dem nach den Wünschen Bocskay's und der Ungarn modificirten Vertragsentwurfe kam, fand er den Erzherzog selbst zur Annahme dieser härteren Bedingungen bereit. So geschah es, daß am 23. Juni die Verhandlungen mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ihr Ende nahmen. Der Wiener Friede, so hieß dieser mit Bocskay und den Ungarn geschlossene Vergleich, gewährte dem erstern außer Siebenbürgen und dem Lande auf dem linken Theißufer auch das, was er am rechten Theißufer ansprach; den Ungarn ward volle Autonomie in der Verwaltung ihres Landes, gesetzliche Freiheit für ihren Glauben und Rückgabe der konfiscirten Güter gewährt und überhaupt die nationale Herrschaft des magyarischen Adels in ihrem vollen alten Umfange restaurirt. Neben der Ratification durch den Kaiser verlangten die Ungarn auch die Bestätigung des Friedens von Seite der österreichischen, mährischen und böhmischen Stände, die dadurch zu einer Art

*) 1606, 5. August Simancas 709.
**) Hammer, Khlesl II, Urkunde 189.



Garanten erhoben wurden. Die Bestätigung der Stände lief ohne Schwierigkeit ein, da sie sich ohnedies nach Frieden sehnten und dasselbe zu erreichen wünschten, was die Ungarn jetzt erreicht hatten. Länger dauerte es mit der Ratification des Kaisers, bis auch diese am 6. August erfolgte und von dem Herrn von Strahlendorf nach Wien überbracht wurde. Ueber dieser Ratification schwebt indessen ein Dunkel; Erzherzog Mathias stellte sie so hin, als ob sie den Vertrag vom 23. Juni vollständig gutheiße, von Seite des Kaisers wurde jedoch später behauptet, sie habe sich nicht auf alle Punkte dieses Vertrages bezogen, sondern einige derselben späterer Vereinbarung auf dem Landtage vorbehalten und namentlich jede Benachtheiligung der katholischen Kirche abgewiesen. Es trägt den Stempel innerer Wahrscheinlichkeit an sich, daß Rudolf mit seinen Behauptungen Recht hatte, und daß Mathias sich eigenmächtig über die ihm gezogene Schranke hinwegsetzte*).

Nun nahmen auch die Verhandlungen über den Türkenfrieden zwischen den Kommissären des Erzherzogs, Bocskay's und des Sultans ihren Anfang und da auf der Grundlage des status quo im Besitzthum verhandelt wurde, kam er bald auf die Dauer von 20 Jahren zum Ab-
11. Nov. 1606 schluß. Er bekam von dem Sitze der kaiserlichen Kommissäre, dem Dorfe Torok, welches bei dem Ausfluße der Zsitwa in die Donau liegt, den Namen des Friedens von Zsitwa-Torok. Durch denselben wurden Vorkehrungen getroffen, um die Grenzstreitigkeiten fortan auf friedlichem Wege beizulegen, der Bau neuer Festungen wurde verboten, dagegen die Ausbesserung alter gestattet und endlich bestimmt, daß der Kaiser dem Sultan ein für allemal 200.000 Dukaten als Geschenk bei der Auswechslung der Friedensurkunden zu geben habe. An orientalischen Phrasen fehlte es im Vertrage nicht, denn der Kaiser nahm den Sultan darin zum Sohne an, dieser jenen zum Vater. Wenn man den Umfang Ungarns und seiner Nebenländer mit 5163 Quadratmeilen veranschlägt, so gehörten davon jetzt den Türken 1859 Quadratmeilen, dem Bocskay 2082 und demjenigen, der allein den Titel eines Königs von Ungarn führte, also dem Kaiser nur 1222. — Achtundvierzig Tage nach diesem Friedensschluße starb Bocskay, wahrscheinlich an Gift, das ihm sein Kanzler Katay beigebracht haben soll.

Wie wenig dieser Friede dem Kaiser genehm war, zeigte sich schon darin, daß Althan, der ursprünglich in seinem Namen zu den Verhandlungen abgeordnet worden war, alle möglichen Hindernisse anregte, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen**). Als nichtsdestoweniger der

*) Hurter Ferd. II, V, 150. **) 1606, 3. Okt. Wiener Staatsarchiv Hungarica N. 63.

Friede geschlossen und die Urkunde desselben zur Ratification nach Prag geschickt wurde, konnte man hoffen, sie treffe den Kaiser in einer günstigern Geistesverfassung, als dies seit Jahren der Fall war. Im Monat Oktober gewann es nämlich den Anschein, als wolle er einen gewaltsamen Versuch machen, sich aus seiner Melancholie herauszureißen und wieder unter Menschen gehen, was er seit sechs Jahren nicht mehr gethan hatte; wenigstens äußerte er die Absicht, wieder öffentlich der Messe beiwohnen zu wollen. Als um dieselbe Zeit eine wüthende Pest in Prag ausbrach, welche den Aufenthalt daselbst gefährlich machte, entschloß er sich sogar nach dem drei Meilen entfernten Brandeis zu übersiedeln und wohnte daselbst zum allgemeinen Erstaunen seiner Umgebung einer Jagd bei. Die Hoffnungen, die man auf die Veränderung der Luft und Beschäftigung gesetzt hatte, wurden aber bald zu nichte, und es zeigte sich, daß Rudolf keine anderen Wünsche und Gedanken mehr hatte als seinen Bruder zu erniedrigen, daß er ihn haßte, weil die Natur ihn zu seinem Nachfolger bestimmt hatte*). Nachdem er sich nämlich in einer seiner unberechenbaren Geistesstimmungen entschlossen hatte den türkischen Frieden zu ratificiren, reute ihn unmittelbar darauf die vollzogene Handlung, und er befahl die Urkunde zurückzubehalten. Da er zugleich die stipulirte Räumung einiger Festungen an der ungarischen Grenze verweigerte, die dem Illésházy in Mähren gehörigen und konfiscirten Güter noch immer nicht herausgab, so schwand jede Hoffnung auf Nachgiebigkeit von seiner Seite und alles ging einer immer stürmischeren Zukunft entgegen.

In eben dem Grade, als nun Rudolfs Widerwille gegen den Frieden zunahm, in eben demselben Grade wuchs auch sein Haß gegen Mathias und jene Räthe, welche er im Verdacht hatte, seines Bruders Ehrgeiz aufzustacheln. Der Gedanke, sein Bruder trachte auf gewaltsame Weise in den Besitz der ungarischen Krone zu kommen, verließ ihn keinen Augenblick mehr, aber anstatt durch kluges und brüderliches Benehmen dessen schwach auflodernden Ehrgeiz zur Ruhe zu bringen, reizte er ihn durch Mißtrauen und Lieblosigkeit und nöthigte ihn zuletzt zum offenen Aufstand. Von Brandeis aus schickte er gegen das Ende des Jahres 16. Dez.
den Kardinal Dietrichstein und Herrn von Lamberg an Mathias 1606
mit mehreren Fragen und Begehren ab, die nur im Stande waren, den Bruch zu erweitern. Die kaiserlichen Gesandten hatten vom Erzherzog zu fordern, daß er Herrn von Krenberg, Ottavio Cavriani und

*) Brüsseler Staatsarchiv. Bodenius an Ezh. Albrecht ddo. 21. Oktober 1606. — Münchner Reichsarchiv. Bodenius an Max von Bayern ddo. 28. Oktober. — Archiv von Simancas, San Clemente an den König ddo. 21. Oktober.



Khlesl alsogleich aus seinem Rathe entferne, und falls er es zu thun sich weigern sollte, dieselben gegen Handschlag zu verpflichten, sich auf Befehl in Prag zu stellen. Dem Erzherzog selbst sollten sie des Kaisers entschiedenes Mißfallen über den Türkenfrieden kundgeben, denn er habe ihn eigenmächtig abgeschlossen und nicht, wie er gesollt, die einzelnen Punkte der Verhandlung von Zeit zu Zeit nach Prag berichtet; er habe auch „ohne irgend welche Schwierigkeit und ohne Einholung einer Zustimmung dem Bocskay ganz liederlich Siebenbürgen bewilligt.“ Auch wünschte der Kaiser zu wissen, ob Mathias sich mit den Ungarn zu verbinden gedenke, um sich des Landes zu bemächtigen, und was seine Gesandtschaften nach Spanien und an den Großherzog von Toskana bedeuteten, ob er sich etwa verheiraten wolle und ob er nicht wisse, daß er dies nicht ohne seine Zustimmung zu thun habe*). Der Erzherzog empfing die Gesandten freundlich aber entschlossen und las ihnen als Antwort an seinen Bruder eine längere Schrift vor, in welcher er insbesondere sich in Bezug auf den eiligen Abschluß des ungarischen und türkischen Friedens mit den dringenden Umständen entschuldigte, statt weiterer Rechtfertigung aber den Kaiser selbst anklagte, daß er gegen ihn alle brüderlichen Rücksichten außer Acht gelassen und sogar bei Tisch seinen Gästen gegenüber ihn einen Schelm gescholten habe. Er gab zu, daß die Ungarn ihm die Krone angeboten hätten und setzte noch bei, daß selbst mehrere Räthe des Kaisers ihm zu ihrer Annahme gerathen, er aber habe uneigennützig gehandelt und diese Anerbietungen und Verlockungen von sich gewiesen. — Da er auch seine Räthe Khlesl, Cavriani und Krenberg von sich zu entfernen ablehnte, nahmen Dietrichstein und Lamberg denselben durch Handschlag das Versprechen ab, sich in Prag zu stellen, wenn sie dazu aufgefordert würden.

Daß eine solche Antwort den Kaiser eben so wenig befriedigte, wie die Absendung der beiden Inquisitoren dem Erzherzog genehm war, ist leicht begreiflich und der Riß zwischen Prag und Wien nahm eine immer größere Bedeutung an. In Erzherzog Mathias' Benehmen läßt sich nicht verkennen, daß er, gestützt auf die Zustimmung der Erzherzoge und vertrauend auf den Beifall von Spanien und Rom, seinem Bruder gegenüber jetzt eine festere Sprache führte; dennoch überschritt er nie gewisse Grenzen, um eine Versöhnung noch immer möglich zu machen, wenn Rudolf dieselbe auf einer vernünftigen Grundlage wollte und mit Rücksicht auf den Zustand seiner Gesundheit sich Opfern unterzog, welche die Natur selbst gebieterisch erheischte, ja die billig erwogen selbst keine Opfer waren.

*) Hammer, Khlesl II, Urkundensammlung S. 31. — Simancas 1606.2493/20 u. 22.

Allein der Kaiser statt in diese Bahn einzulenken, schlug, um seinem Bruder wehzuthun, jetzt doppelt gefährliche Wege ein. Zuerst war von der Ratification des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens in Prag nun gar keine Rede mehr; man unterhielt sich daselbst nur von der Wiederaufnahme des Krieges, gerade so als hätte man über die Schätze von Potosi zu gebieten. Dann aber, um Mathias nicht im Zweifel zu lassen, auf welche Seite er sich zu schlagen habe, sprach Rudolf bei den mannigfachsten Gelegenheiten die Absicht aus, dem Erzherzog Leopold die Nachfolge zuzuwenden.

Erzherzog Leopold, ein Bruder Ferdinands von Steiermark, war im J. 1586 geboren, also um diese Zeit kaum 21 Jahre alt. Seine Mutter, die kluge und sorgsame Marie von Baiern, hatte ihn als jüngern Sohn zum geistlichen Stand bestimmt und der Einfluß seines Hauses verhalf ihm schon in früher Jugend zu dem Bisthum von Passau. Seine persönliche Neigung traf jedoch nicht mit dieser Bestimmung zusammen; er war ein lebenslustiger Kavalier, der sich eben so wenig um theologische Studien wie bischöfliche Pflichten kümmerte, und bei jeder Gelegenheit eine entschiedene Anhänglichkeit an den Soldatenstand und das diesem eigenthümliche freie Leben verriet. Auf diesen Prinzen warf Rudolf seine Augen und beschloß sich seiner als Werkzeug zu bedienen. Unreif an Jahren und an Charakter konnte Leopold in der Hand eines listigen Greises, der seinen noch schlummernden Ehrgeiz wachrief, ein bequemes Werkzeug werden, denn, selbst ohne jeden eigenen Länderbesitz und ohne legitime Aussicht dazu zu gelangen, mußte er sich willenlos zu den Plänen des Kaises hergeben. Erzherzogin Marie nahm mit Betrübniß das Spiel wahr, welches der letztere mit ihrem Sohne beginnen wollte, und ließ es an nichts ermangeln, was Rudolfs Aufmerksamkeit von Leopold entfernen konnte *). Aber dieser ward bald durch die Gewalt der Umstände dahin gedrängt, das, was er anfangs nur zum Trotz und Spott seines Bruders betrieb, jetzt, wenn nicht mit Ernst doch mit beharrlichem Schein zu wollen.

Da nun der Kaiser trotz aller Bitten von Seite Mathias' und der am meisten betheiligten Länder, nämlich Mährens und Oesterreichs, die Ratification des Türkenfriedens herauszugeben sich weigerte, wendeten sich die Stände derselben an Philipp Lang, den durch seine Habsucht und 21.
Niederträchtigkeit jeder Art berüchtigten Kammerdiener Rudolfs und April
es gelang ihnen durch dessen Bestechung die Absendung der Friedensratification an Mathias zu bewirken. Vier Monate waren also seit der 1607

*) Simancas 2493/16 und 43, ddo. 7. März und 23. Jänner 1607.

Unterschrift des Kaisers verflossen, und was keine Bitten der Völker und der höchstgestellten Personen vermocht hatten, gelang jetzt einem Kammerdiener, den man für einige Gulden gewonnen hatte*). Doch auch diese Genugthuung sollte nur von ganz kurzer Dauer sein, denn kaum war Mathias im Besitz der ersehnten Urkunde, so langte auch schon ein Befehl des Kaisers an, dieselbe nicht an die Türken auszuliefern. Vergebens reiste jetzt Erzherzog Mathias selbst nach Prag und bot Cavriani's Entlassung an, vergebens beschwor er den Kaiser in drei persönlichen Unterredungen die Friedensbestätigung ausfolgen zu lassen, es war alles umsonst und Rudolf hart wie ein Stein. Mathias reiste unverrichteter Dinge zurück und Rudolf fing an, sich zum Kriege zu rüsten.

III.

Nach dem Abschluße des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens hatte die Hofkammer wiederholt dem Kaiser Vorstellungen über den gänzlichen Mangel an Geld zur Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse gemacht und ihm auf das Nachdrücklichste die Abdankung alles Kriegsvolkes, dessen man nicht mehr bedürfe, empfohlen**). Sie sah sich zu diesen Vorstellungen um so mehr gedrängt, als die Kriegsauslagen der letzten Jahre des Kaisers Schuldenlast bis auf 16 Millionen Gulden gesteigert hatten***), so daß die jährlichen Einkünfte aus den Kammergütern und aus den Steuern der einzelnen Länder, welche drei Millionen Gulden betrugen und früher zur Bezahlung der Interessen und zur Unterhaltung des kaiserlichen Hofes und der Regierung hinreichten, nunmehr nicht einmal für diese Zwecke genügten. Ihre Gutachten sprachen es unverholen aus, daß, wenn nicht schnell auf die Eröffnung neuer Einnahmsquellen Bedacht genommen würde, der Dienst des Kaisers unberechenbaren Benachtheiligungen ausgesetzt sein würde. In der That fanden mancherlei Berathungen am Hofe statt, wie der Noth abgeholfen werden könnte, und unter den Finanzprojekten, welche zur Sprache kamen, schlug eines derselben die Erhebung einiger Prozente vom gesammten Werthe sowohl der liegenden Gründe wie der fahrenden Habe in den Ländern des Kaisers vor und berechnete, daß das Erträgniß hinreichen würde, um alsogleich an die Tilgung der Schuldenlast zu denken und jedes Unternehmen zu ermöglichen. Aber dieses

*) Chlumecky: Karl von Zierotin 367.

**) Wiener Staatsarchiv Bohemica Fasc. III. Die Hofkammer an den Kaiser ddo. 20. November 1606 und ddo. 22. Dezember 1606.

***) Soranzo's Relation. MS.

Projekt wurde so wie viele anderen bei Seite gelegt, da man wenig Wahrscheinlichkeit hatte, die Stände dafür zu gewinnen, und selbst auch die Zeit mangelte, um sie fruchtbringend zu machen*).

Wir haben früher erwähnt, daß die gewöhnlichen Einkünfte des Kaisers nur hinreichten, um die Ausgaben in Friedenszeiten zu decken und daß in außerordentlichen Fällen, wie namentlich in Kriegszeiten, es bloßen Zufälligkeiten überlassen war, ob der Kaiser den vermehrten Anforderungen würde genügen können. Seit dem Ausbruch des Türkenkrieges, also seit 1591, waren diese Zeiten eingetreten und seit 16 Jahren war es, man möchte sagen, ein fortgesetztes Wunder, daß der Kaiser, ohne um mehr wie um 4 Millionen die ererbte Schuldenlast zu häufen, allen an ihn gestellten Anforderungen genügen konnte. Da wo er nach modernen Staatsprinzipien die nächste und ausreichende Unterstützung hätte finden sollen, nämlich bei seinen Unterthanen selbst, ward sie ihm nicht zu Theil. Ungarn, Böhmen und Oesterreich betrachteten ihren Herrscher zugleich als deutschen Kaiser, die Deutschen also als Mitunterthanen und mitverpflichtet an den Kriegsauslagen sich zu betheiligen. Aus diesem Grunde ging es nie ohne heftige Kämpfe her, wenn der Kaiser von einzelnen Landtagen außerordentliche Hilfeleistungen verlangte, doch wurden sie ihm stets unter dem Titel „zur Unterhaltung der Grenzfestungen" bewilligt; ihr Ertrag belief sich in ganz Oesterreich mit Ausnahme Ungarns jährlich auf 536.000 fl.**). Neben dieser Geldhilfe nahmen die Stände auch noch regelmäßig die Unterhaltung von einigen Tausend Mann zu Roß und zu Fuß auf sich, deren Kosten die erwähnte Summe manchmal selbst um das doppelte überschritten***). Mag auch die Angabe, daß der Kaiser jedes Jahr für den Krieg 6 Millionen Gulden verwendete†), zu hoch gegriffen sein, jedenfalls reichten die eben erwähnten Beiträge nicht für die wirklichen Ausgaben aus und der Kaiser sah sich genöthigt in der Fremde aufzutreiben, was ihm noch fehlte. Es war ein Glück für ihn, daß der Türkenkrieg damals noch nicht die Bedeutung eines bloßen politischen hatte, sondern als eine Abwehr gegen Angriffe auf Christenthum und Civilisation galt, und dieser Anschauung gemäß der Angegriffene berechtigt war, bei der gesammten Christenheit um Hilfe zu bitten. Unter diesen Umständen war es möglich, daß Rudolf nicht bloß beim Papste, als seinem natürlichen Beschützer in diesem Falle,

*) Wiener Staatsarchiv. Bohemica III. Gutachten für den Kaiser ddo. 3. Februar 1606.

**) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 68/23. Gutachten der Hofkammer.

***) Die Nachweise hierüber finden sich in den Landtagsverhandlungen der einzelnen Provinzen.

†) Relation des Soranzo 1607, MS. der Marciana.

und bei dem Könige von Spanien, als seinem Verwandten, sondern auch bei den deutschen und italienischen Fürsten, ja selbst bei dem Könige von Frankreich um Unterstützung ansuchen konnte. Was den Papst betrifft, so hatte Clemens VIII Jahr aus Jahr ein beträchtliche Hilfen theils an Geld dem Kaiser bewilligt, theils hatte er bei wichtigen Expeditionen die Unterhaltung einer gewissen Truppenzahl auf sich genommen. Als Clemens VIII starb, ward in den zwei schnell auf einander folgenden Konklaven die Unterstützung des Kaisers als Pflicht des künftigen Papstes anerkannt, und Paul V war ernstlich gewillt derselben nachhaltiger wie seine Vorgänger zu genügen. — Weit bedeutender waren die Geldsummen, welche Rudolf von Spanien bezog; schon Philipp II ließ ihn in dieser Beziehung nicht leer ausgehen, sein Nachfolger Philipp III unterhielt ununterbrochen in Ungarn einige Tausend Mann auf eigene Kosten und fast gewinnt es den Anschein, als ob Spanien in allen Fällen da ausgeholfen habe, wo der Kaiser mit seinen Hilfsquellen auf der Neige war *). Die Rechnungen über diese Unterstützungen haben sich in ihrer Vollständigkeit nicht erhalten und so können wir nur annäherungsweise vermuthen, daß der jährliche Betrag dessen, was von Spanien einlief, gewiß nicht unter 200.000 fl. war, zeitweise sich aber vielleicht auf die doppelte ja selbst noch eine höhere Summe belaufen mochte. — Es bedarf wohl nicht einer näheren Erwähnung, daß die Versuche, welche von Prag aus gemacht wurden, um auch Heinrich IV zu einer Geldhilfe zu vermögen, vollständig scheiterten **).

Am ausgiebigsten war jedoch die Unterstützung, welche Rudolf von Deutschland aus empfing und welche ihn eigentlich allein in den

*) Archiv von Simancas 2492/161 und an anderen Orten. Die Korrespondenz des spanischen Gesandten in Prag, San Clemente, mit Philipp ist ein Beweis für diese ununterbrochene Unterstützung.

**) Man wäre wirklich versucht, an der Wahrhaftigkeit solcher Versuche zu zweifeln, wenn nicht die wiederholten Berichte des französischen Gesandten von Prag vorlägen. So schreibt Ancel an Heinrich IV ddo. Prag, 9. Februar 1602: Du secours pour la guerre de Hongrie, Sire, je les ay tousjours renvoyés si loin, quand ils m'en ont mis en propos par deçà, que je conjecture ce point là comme avoir esté rayé de la minute de son instruction (des kaiserlichen Gesandten nämlich, der bei Heinrich neben andern Geschäften auch die Hilfeleistung betreiben sollte). Kaiserliche Bibliothek in Paris, Collection Harlay 238/3 Fol. 484. In demselben Briefe erzählt auch Ancel: L'on depesche aussi un autre courrier à Rome pour entendre ce que le Pape voudra contribuer ceste année en Hongrie, mais d'autant que l'on a promis au Nonce de lui faire avoir audience devant le partement dudit courrier, je ne say, quand ce sera. —

Stand setzte, den Krieg in Ungarn fortzuführen. Da die ordentlichen Einkünfte aus Deutschland nur einige Tausend Gulden betrugen, so hatte er gleich im Anfang des Krieges von den Reichstagen die Bewilligung eines außerordentlichen Beitrags verlangt. Es ging damit jedoch nicht ohne Schwierigkeit ab. Schon seit Ferdinand I hatte man in Deutschland geltend gemacht, daß die Kriege in Ungarn das Reich durchaus nicht zu Beiträgen verpflichteten, weil sie nicht deutsches Gebiet beträfen, nichtsdestoweniger ließen sich die Stände, nachdem sie so das Prinzip gewahrt hatten, zu freiwilligen Beisteuern vermögen. Aber unter Rudolf II waren selbst diese allen jenen Fürsten lästig, welche der Unterordnung des deutschen Reiches unter ein Haupt überdrüßig waren und die sich nach Gelegenheit sehnten, durch Verbindung mit dem Auslande dem Reste der kaiserlichen Hoheit ein Ende zu machen. Kurpfalz, welches sich zum Dolmetscher ihrer Gesinnungen machte, wollte sich also nicht einmal zu einer freiwilligen Unterstützung bequemen, mußte sich aber der entgegenstehenden Majorität fügen, da selbst Sachsen sich zu Gunsten des Kaisers aussprach. Auf diese Weise kam es, daß alle seit dem Ausbruche des Türkenkrieges gehaltenen Reichstage dem Kaiser eine Unterstützung gewährten, nur waren die vor dem J. 1600 abgehaltenen freigebiger wie die darauffolgenden. Berechnet man dieselben nach ihrem Werthe und fügt man noch die auf einzelnen Kreistagen besonders bewilligten Beisteuern hinzu, so stellt sich bis zum J. 1600 der durchschnittliche Betrag, den Rudolf erhielt, auf jährlich dreißig einfache Römermonate d. i. ungefähr 1,600.000 Gulden heraus, nach dem J. 1600 bekam er durchschnittlich nur vierundzwanzig und einen halben Römermonat, d. i. ungefähr 1,300.000 Gulden. Indessen ging diese allerdings bedeutende Summe nicht ordentlich ein und hatte also in der Wirklichkeit einen geringern als den angedeuteten Werth; viele Reichsstände weigerten sich nämlich durch Monate und Jahre ihren Beitrag zu leisten, andere verwendeten sogar das von ihren Unterthanen erhobene Geld zu wucherischen Geschäften und ließen sorglos jahrelange Mahnungen über sich ergehen. Der Kaiser war deshalb genöthigt, Anlehen auf diese später einlaufenden Steuern zu machen und zahlte für die auf Wechsel geliehenen Summen anfangs 10 Procent Interessen, nach dem J. 1600 aber, als seine Geldnoth stieg und sein Kredit abnahm, sogar 20 bis 30 Procent, so daß sich sein jährlicher Verlust an den bewilligten Reichssteuern beinahe auf vier Römermonate belief, da er so viel an Interessen für die anderweitig aufgetriebenen Kapitalien bezahlen mußte *).

*) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten. 68/23 Gutachten der Hofkammer vom



Auch Italien hatte der Kaiser in den Kreis seiner finanziellen Operationen hineinzuziehen gesucht. Nachdem faktisch längst die deutsche Herrschaft daselbst ein Ende genommen hatte, blieben gleichwohl ihre rechtlichen Ansprüche noch immer aufrecht und wurden auch, was nahezu unbekannt ist, in gewisser Beziehung respectirt. In Ober- und Mittelitalien galten außer dem Herzogthum Mailand nicht weniger als etwa 200 Güter von verschiedenem Umfange und Einkünften als kaiserliche Lehen, und ihre Besitzer erkannten noch am Anfange des 17. Jahrhunderts ihre Pflichten gegen den Kaiser um so mehr an, je weniger Leistungen damit verbunden waren, ja selbst der Papst, Savoyen, Toskana und Genua gaben die Lehenbeschaffenheit einzelner ihrer Besitzungen zu. Es kam wohl auch häufig vor, daß die Besitzer der Lehen dieselben in ein völlig unabhängiges Eigenthum verwandeln wollten und daß es ihnen damit glückte; daß andere wieder sich in den Besitz erledigter Lehen setzten, ohne viel nach den Obereigenthumsrechten des deutschen Kaisers zu fragen; im Ganzen wurde aber seine Auktorität dennoch respectirt und sein Ausspruch gab erst jeder Besitzveränderung die unantastbare Sanction. Als nun der Türkenkrieg die Hofkammer nöthigte an die Eröffnung neuer Hilfsquellen zu denken, erinnerte man sich auch in Prag der italienischen Lehen und be-
1592 schloß dieselben zu besteuern. Anfangs verlangte man von den Vasallen freiwillige Beiträge und in der That liefen im Laufe des folgenden Jahres Zusagen am kaiserlichen Hofe ein, nach denen man den Ertrag auf mehr wie 100.000 Kronen hätte veranschlagen können, wenn alle Lehensbesitzer pünktlich gezahlt hätten. Da dies aber nicht der Fall war, so hielt man es darauf für zweckmäßiger die Vasallen nach ihrem Jahreseinkommen direkt zu besteuern, doch auch diese Besteuerungsart hatte nicht den gewünschten Erfolg. Es wurde also für das passendste angesehen, mit Bewilligung der Vasallen unmittelbar von ihren Unterthanen eine Steuer zu erheben und zwar von jeder Feuerstätte den Betrag einer Krone. Der Reichshofrath Garzweiler reiste im J. 1603 selbst nach Italien, um diesen Besteuerungsmodus durchzuführen und erlangte im Ganzen einen Erfolg, den man einen glänzenden nennen muß, wenn man die absolute Ohnmacht des Kaisers in Italien berücksichtigt. Er unterhandelte mit den einzelnen Lehensbesitzern, erhielt von einem Theile Abschlagszahlungen auf den anzuhoffenden Steuerertrag, bei andern wurde der ganze Ertrag nach den Feuerstellen wirklich erhoben und nur eine verhältnißmäßig geringe Zahl suchte unter Angabe verschiedener Ursachen um den ganzen Steuernachlaß an.

8. Oktober 1607. Dieses Gutachten enthält die detaillirten Angaben über die Reichssteuern, welche wir hier angeführt haben.

Ja was am meisten Beachtung verdient, sogar der Herzog von Savoyen war geneigt zu zahlen und schloß einen Vertrag, vermöge dessen er für alle bis zum J. 1603 fälligen Steuern 50.000 Kronen in vier Jahresraten zu erlegen sich verpflichtete. Man kann sonach annehmen, daß Italien während der J. 1603 und 1604 an 200.000 Kronen in die kaiserliche Kammer theils wirklich ablieferte, theils eine formelle Verpflichtung zur Zahlung derselben einging *).

Noch haben wir die Beiträge Ungarns zu den allgemeinen Kriegslasten anzuführen. Auf dem Reichstage von Preßburg im J. 1602 bewilligten die Stände dem Kaiser die Unterhaltung von 2000 Mann zu Fuß und 2000 Mann zu Roß **), was nach den ungarischen Soldverhältnissen und bei dem Umstand, daß die Truppen sechs Monate lang im Feld gehalten und nur eben so lang gezahlt wurden, einer Ausgabe von etwas über 200.000 Gulden gleichkömmt. Um diese Grenze bewegten sich denn auch mehr oder weniger regelmäßig Ungarns vertragsmäßig bestimmte Beiträge zur allgemeinen Kriegslast; faktisch hat das Land wohl weit größern Opfern sich unterziehen müssen, denn das fremde Kriegsvolk wirthschaftete unmenschlich, die Befehlshaber erhoben willkürliche Kontributionen und Basta's und Belgiojoso's Gewaltsamkeit in dieser Beziehung war ja einer der hauptsächlichsten Gründe der eben geschilderten Empörung.

Man wird uns also in Erwägung der verschiedenen Quellen, aus denen Rudolf die Mittel für den Krieg schöpfte, gewiß ohne Zögerung beistimmen, daß die Menge der Schwierigkeiten und unberechenbaren Zufälle groß genug war, durch welche eine oder die andere Quelle plötzlich ins Stocken gerathen und den Kaiser einer furchtbaren finanziellen Kalamität preisgeben konnte. Ja diese Kalamität war nicht einmal erst zu befürchten, sie war bereits vorhanden, denn während der Verhandlungen von Zsitwa-Torok konnte den Hofdienern in Prag nicht mehr ihr Gehalt ausbezahlt werden, und kaum war der Friede mit den Türken geschlossen, so erklärte die Hofkammer, wie bereits erwähnt, daß keine Mittel vorhanden seien, um den noch nicht entlassenen Regimentern den Sold auszubezahlen. Konnte Rudolf erwarten, daß diejenigen, welche ihm bisher hilfreich die Hand geboten hatten, weil die Vertheidigung gegen die Türken ihn ihrer Unterstützung empfahl, ihm auch in einem Angriffskriege gegen die Ungarn beistehen würden; konnte er erwarten, daß das wahre Motiv seiner krie-

*) Sächsisches Staatsarchiv, Loc. 7388 Fol. 30—46. Kurfürstentagsakten. Extract des heiligen römischen Reichs-Lehen in Italien u. s. w. Es ist dies eine umständliche Schilderung der kaiserlichen Lehen in Italien.

**) Feßler, Geschichte der Ungarn Bd. VII S. 479.

gerischen Gelüste, Haß gegen die berechtigten Ansprüche seiner Familie, auf die Dauer der Welt verborgen bleiben dürfte? Er konnte, wenn er kaltblütig die Verhältnisse erwog, auf Niemanden mit Sicherheit bauen. Paul V hatte wohl bei seinem Regierungsantritte viel Eifer an den Tag gelegt, um seine Vorgänger in der Unterstützung des Kaisers zu beschämen und sogar eine Koalition der katholischen Fürsten gegen die Türken wieder ins Leben rufen wollen; seit jedoch seine Streitigkeiten mit Venedig beglichen waren, hatte er eine Seite des Charakters hervorgekehrt, die ihm den Vorwurf einer an Geiz grenzenden Sparsamkeit zuzog, für den Kaiser also traurige Aussichten eröffnete. Und hatte nicht der Kaiser selbst während des venetianischen Interdictstreites sich der Republik geneigt gezeigt, weil er den Papst dafür strafen wollte, daß derselbe sich in die Successionsangelegenheit einmenge*), und mußte dies nicht die Sympathien des Papstes für Rudolf erkalten machen? Spanien hatte bis jetzt den Kaiser so viel als möglich unterstützt, aber der letztere kannte nur zu gut die Stellung, welche Philipp III in der Successionsfrage einnahm und konnte sich also keine vernünftige Hoffnung machen, daß er ihn in einem Kampfe unterstützen werde, der geradezu gegen die Interessen des Hauses unternommen würde. In Italien neue Steuern aufzutreiben, dazu war die Aussicht sehr gering, denn mit den Beiträgen im J. 1603 und 1604 glaubten sich die Italiener wenigstens für ein Menschenalter, wo nicht für immer, von weitern Leistungen entbunden; es blieben also nur noch Oesterreich selbst und Deutschland. Was nun die einzelnen Länder Oesterreichs betrifft, so war es gewiß, daß Ungarn bei jedem Angriffskriege des Kaisers sich alsogleich den Türken oder dem Erzherzog Mathias in die Arme werfen würde, und mindestens fraglich waren dann die Leistungen der Erbländer bei einem durch und durch willkürlichen und in seinem unglücklichen Ende leicht vorauszusehenden Kriege. Die Geldbeiträge, welche Deutschland auf dem Reichstage von 1603 bewilligt hatte, waren bereits völlig erschöpft und weitere Unterstützungen konnten nur durch die Berufung eines neuen Reichstages erlangt werden. Konnte man sich bei der Beschaffenheit seiner protestantischen Mitglieder noch Rechnung machen, daß dieselben Geld zu einem Unternehmen hergeben würden, welches mit der Bekämpfung ihrer Glaubensgenossen begonnen hatte und im besten Falle mit ihrer Unterdrückung enden mußte? Und selbst wenn alle früheren Bundesgenossen Rudolf nach wie vor unterstützt hätten, so würden doch diese Hilfen, da es eine lange Zeit bedurft hätte, um sie festzusetzen und flüssig zu

*) Soranzo's Relation vom Jahre 1607. MS der Marciana.



machen, zu spät gekommen sein, denn alle Gefahren einer kriegerischen Politik brachen schon jetzt über den Kaiser herein, während er erst in einer unbestimmbaren Zukunft im Stande gewesen wäre, denselben zu begegnen.

Nachdem sich aber einmal der Kaiser für den Krieg entschlossen hatte, obwohl er nicht die leiseste Gewißheit besaß, daß ihm die allgemeine Unterstützung zu Theil wurde, verlangte er sowohl von seinem Hofkriegsrath wie von der Hofkammer ein Gutachten über dessen Führung. Es scheint, als ob zu allen Zeiten die Männer vom Schwerte ihre Aufgabe vorzugsweise in Vermehrung der Streitkräfte und in Herbeiführung eines Krieges gesucht hätten, denn auch unser Hofkriegsrath im J. 1607 vermochte sich nicht zur kaltblütigen Erwägung der allgemeinen politischen und finanziellen Verhältnisse zu erheben und billigte, in die Wünsche des Kaisers einge- 30. Sep.
hend, dessen Entschluß zur Kriegführung, indem er zugleich auch dabei die 1607
Ansicht aussprach, daß der Krieg die beste Gelegenheit bieten würde, „um die Unterthanen in größerer Devotion zu erhalten, die rebellischen Ungarn zum Gehorsam zu bringen und zugleich die Disposition (d. i. Verfassung) des Landes nach Gefallen und Billigkeit fürzunehmen (d. i. umzuändern) *). Die Hofkammer hatte durch ihre vorangegangenen Berichte über den Mangel an Geld am besten die Situation charakterisirt; auf die nunmehrige Aufforderung des Kaisers über die Herbeischaffung der nöthigen Mittel zu berathen, ging sie ohne weiteres Abmahnen ein, indem sie demselben in Form eines Gutachtens eine doppelte Rechnung zuschickte; die eine 8. Okt.
bestimmte die Auslagen, welche bei vollem Frieden mit den Türken und Ungarn die Unterhaltung der Grenzfestungen verursachen würde, die andere nahm den Kriegsfall in Aussicht und berechnete also auch die Kosten einer Operationsarmee. Am Schluße erging sich die Hofkammer in der Bezeichnung der Wege, auf denen die nöthigen Geldmittel beigeschafft werden könnten. Wir zweifeln, daß sie selbst an die Möglichkeit eines günstigen Erfolgs beim Einschlagen derselben glaubte, allein ihre Pflicht war es, einen Plan vorzulegen, und dieser Pflicht suchte sie zu genügen.

Nach diesem Gutachten**), welches uns als Ariadnenfaden in dem Irrgarten der damaligen finanziellen Verhältnisse dient, stellte es sich heraus, daß die sämmtlichen Grenzhäuser, von Kroatien angefangen bis Siebenbürgen, eine ständige Garnison von mindestens 25.744 Mann er-

---

*) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 68 Nr. 25. Gutachten des Hofkriegsrathes ddo. 30. September 1607.

**) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 68 Nr. 23. Hofkammer-Information und Gutachten den künfftigen Reichstag betreffent. 8. Oktober 1607.

forderten, von denen die größere Hälfte Deutsche sein mußten und nur der Rest aus Ungarn bestehen durfte, weil sonst auf die Treue der Besatzung kein Verlaß war. Nach den bisherigen Soldverhältnissen, welche sich für ungarische Truppen niedriger als für die deutschen stellten, konnte man die jährlichen Kosten für die gesammten 25.744 Mann auf 2,641.018 Gulden veranschlagen; hiezu kamen noch die Auslagen für Zeughäuser, Pulver, Blei, Brückenwesen, Baumeister, der Gehalt für die hohen Offiziere und die Kriegsräthe, was nicht mit weniger als 325.061 fl. im Jahre bestritten werden konnte, so daß die Gesammtauslage auf 2,966.079 fl. sich belaufen mußte. Nun waren durch die lange Dauer des Krieges und die wiederholten Niederlagen der letzten Jahre die Grenzhäuser in einen so elenden Zustand gerathen, daß zu ihrer theilweisen oder vollständigen Wiederherstellung mindestens eine Baarauslage von 1,000.000 fl. nöthig war; dann mußten anstatt der in den letzten Jahren an die Türken verlorenen Festungen von Canisa, Gran und Erlau — und dies nach dem Gutachten des Hofkriegsrathes — mindestens zwei neue gebaut werden, um den Verlust weniger empfindlich zu machen, ein Bau, der füglich nicht mit weniger als mit ein bis anderthalb Millionen bestritten werden konnte. Die Bezahlung der Schulden an Lieferanten und des rückständigen Soldes konnte auch nicht länger aufgeschoben werden, so daß also nach der Berechnung der Hofkammer im Fall des Friedens die Besatzung der Grenzfestungen eine jährliche Auslage von 2;966.079 fl. erforderte, ein für allemal aber noch die Summe von drei Millionen Gulden zum Bau der Festungen, zur Befriedigung der Lieferanten und zur Berichtigung des noch rückständigen Soldes zu erlegen war. — Im Fall der Krieg ausbrach, konnte die Operationsarmee nicht weniger als etwa 4000 Mann zu Roß und 24.000 Mann zu Fuß betragen. Wenn man dieselben nach dem damaligen Kriegsgebrauche fünf Monate im Felde ließ und dann mit einem Solde von anderthalb Monaten abdankte, so betrugen die Ausgaben für die Reiter in einem Jahre 546.000 fl., für das Fußvolk 2,288.000, im Ganzen also 2,834,000 fl. Berechnete man hiebei die Auslagen für die hohen Aemter, für Pulver und Blei, für Brückenwesen und dergleichen mehr mit 898.465 fl., so beliefen sich die Kosten einer Operationsarmee von 28.000 Mann, durch fünf Monate im Felde gehalten, in einem Jahre auf 3,752.465 fl. Rudolf bedurfte also, wenn er Krieg führen wollte, für die Grenzfestungen und für die Operationsarmee jährlich wenigstens 6,698.544 fl. und außerdem für vorläufige und nicht wiederkehrende Auslagen die Summe von drei Millionen Gulden *).

*) Dies entspricht auch Soranzo's Berechnung, der behauptet, der Kaiser habe



Bezüglich der Deckung dieser Summen berechnete die Hofkammer, daß es möglich sei, von den österreichischen Erbländern und von Böhmen einen größern Betrag als bisher zu erzielen, im Falle der Krieg ausbräche, und zwar sei zu hoffen, daß diese Länder ihren Beitrag auf die Grenzfestungen, welcher sich auf 536.000 fl. belaufe, auf 1,800.000 fl. erhöhen würden. Bezüglich der noch fehlenden Summe von 4,898.544 fl., welche der Ausbruch des Krieges erheischte, und der drei Millionen einmaliger Auslagen, also im Ganzen bezüglich der Summe von 7,898.544 fl. wußte sie zur Deckung kein anderes Mittel als die Berufung eines Reichstags vorzuschlagen, an welchen der Kaiser das Ansuchen um Unterstützung stellen solle. Vergleicht man die angeführten Zahlen, welche die geringste Summe des Bedarfs repräsentiren, mit dem, was die Reichstage früher geleistet hatten, so ist uns damit jeder weitere Nachweis erspart, daß die Pläne des Kaisers Ausgeburten einer kranken Phantasie waren und daß sein Regiment schon aus finanziellen Gründen einem schnellen Sturze entgegenging. Nichtsdestoweniger beschloß der Kaiser auf dem eingeschlagenen Wege auszuharren und einen Reichstag nach Regensburg zu berufen. Um die Gefahren, in welche er sich selbst und seine Familie damit stürzte, zu begreifen, müssen wir auf die Pläne der antihabsburgischen Koalition, die sich unter Heinrichs IV Anführung seit Jahren organisirte, eingehen und sehen, wie sie Schritt für Schritt die Zersetzung in Oesterreich beobachtete, um in dieselbe einzugreifen und endlich ihren Hauptschlag auszuführen.

---

in den Jahren 1600—1606 jährlich sechs Millionen für den Krieg verbraucht. Es scheint uns nichtsdestoweniger, daß diese Summe etwas zu hoch gegriffen sei, da wir nicht wissen, woher der Kaiser so viel Geld genommen hätte. — Erwähnenswerth ist noch, daß der Kaiser (nach Häberlin, neueste deutsche Reichsgeschichte, Bd. 21 S. 625) im Jahre 1599 das Haus Würtemberg aus der Afterlehnschaft, in welcher es bis dahin gestanden hatte, entließ, wofür der Herzog von Würtemberg sich zur Zahlung von 400.000 Gulden innerhalb 16 Monaten verpflichtete, was er auch mit Hilfe seiner Stände zu Wege brachte.



Drittes Kapitel.

I. Heinrich IV, Beschaffenheit seiner Regierung. Seine politische Stellung. Die ersten Versuche zur Gründung der deutschen Union. — II. Heinrichs Stellung zu den italienischen Fürsten. Vorgänge in den Konklaven bei der Wahl Leo's XI und Pauls V. Paul V, seine Beschaffenheit, seine Bestrebungen. Der venetianische Interdiktstreit. Die Versuche zur Protestantisirung Venedigs. Heinrichs Verhandlungen mit Savoyen und Venedig wegen Abschluß einer Liga. — III. Christian von Anhalt, seine Pläne. Erzherzog Maximilian für den Kaiserthron designirt. Anhalts Reise nach Paris. Die Verhandlungen in Deutschland zur Gründung der Union. — IV. Anhalts Verbindung mit Wok von Rosenberg. Weitere Verhandlungen mit Erzherzog Maximilian.

I.

Mit steigendem Interesse hatte man in den übrigen Ländern Europa's den österreichischen Ereignissen der letzten Jahre zugesehen, zuerst dem Ausbruch der Bocskay'schen Rebellion, ihrem siegreichen Fortgang und nunmehr den unzweifelhaften Anzeichen eines tiefen Zerwürfnisses des Kaisers mit seiner Familie und je nach der Parteistellung hoffte oder fürchtete man den unvermeidlichen Zusammenstoß. Denn gewiß war es, daß der Kampf zwischen Rudolf und Mathias nicht lange mehr ausbleiben konnte und daß der Ausbruch desselben nur von dem Momente abhing, in welchem entweder Rudolf über neue Kriegsmittel gebot oder Mathias sich vollends in die Arme jener Länder warf, denen Rudolfs Mißregierung nicht weiter erträglich war. Der Papst und die geistlichen Kurfürsten in Deutschland hatten Rudolf zu einer vernünftigen Handlungsweise zu bewegen getrachtet, nachdem sie aber in diesem Bestreben gescheitert waren, harrten sie, so zu sagen die Hände im Schoß, der Dinge, die da kommen sollten. Nicht so passiv sahen aber diejenigen, denen das österreichische Zerwürfniß erwünscht kam, dessen weiterer Entwicklung entgegen, im Gegentheil sie bereiteten sich vor, dasselbe in einer ihnen



zusagenden Weise auszubeuten, nachdem sie schon lange auf eine passende Gelegenheit zu einem erfolgreichen Kampfe gegen die Habsburger gewartet hatten. Es waren dies Heinrich IV von Frankreich und seine Verbündeten in Deutschland, den Niederlanden und Italien, unter welchen vor allem dem Fürsten Christian von Anhalt der erste Platz gebührt; sie alle traten als natürliche Bundesgenossen zusammen, da ihr Streben entweder auf den Ruin der Habsburger oder des Papstthums oder auf beides gerichtet war.

Heinrich war ein Fürst, welcher von der Natur mit den ausgezeichnetsten Talenten zu seinem hohen Posten ausgestattet war. Obwohl er sein Leben größtentheils im Kriege zugebracht hatte und keine wissenschaftliche Bildung besaß, hatte er doch ein gesundes Verständniß für alle Beschäftigungen des Friedens und wußte sich in der Leitung des Staates einer so klugen Politik zu bedienen, als hätte er sich in seinem Leben mit nichts anderem als mit den Staatswissenschaften beschäftigt. Gleich nach der Beendigung des Krieges führte er mit Hilfe Sully's im Staatshaushalt die strengste Sparsamkeit ein, zahlte alte Schulden, baute Brücken und Straßen, um den Handel zu heben, und trachtete den Ackerbau auf alle Weise wieder in Flor zu bringen. Paris wurde durch die Anlage neuer Straßen und durch monumentale Bauten verschönert. Stets bedacht auf seine künftigen Unternehmungen suchte sich Heinrich zu Land wie zu Wasser in einen tüchtigen Vertheidigungszustand zu setzen; die Kriegsmarine wurde vergrößert, die Artilleriearsenale in dauernde Thätigkeit gesetzt und die Festungen aus ihrem Schutte gehoben und für ihren Zweck tauglich gemacht *). Den innern Frieden in seinem Reiche hatte Heinrich vor allem neben seinen ruhmvollen Kriegsthaten seiner anziehenden Persönlichkeit und seinem versöhnlichen Gemüth zu danken. Er hatte einen durchdringenden Scharfblick in der Beurtheilung der Menschen, entdeckte leicht die Beschaffenheit ihres Herzens und obwohl er bei den Erfahrungen, die er gemacht, von einem dauernden Argwohn gegen die Treue seiner Unterthanen beherrscht war, benahm er sich doch so, daß er gleichsam nur die Bestätigung seines Argwohnes suchte, um verzeihen zu können. „Diese große Herzensgüte und seine Sparsamkeit", welche von manchen selbst als Geiz bezeichnet wurde, haben ihm nach dem Urtheile eines spanischen Staatsmannes **) die Krone verschafft. Großen Regenten war Heinrich IV auch darin ähnlich, daß er in der Wahl seiner Diener von einem bewunderungswürdigen Instinkt geleitet wurde. Obwohl ihn alle Erinne-

*) Badoers Relation vom J. 1603. Bei Alberi S. 105.

**) Zuñiga's.

rungen seiner Jugend und persönliche Dankbarkeit an die Protestanten hätten binden sollen, so berief er gleichwohl die ausgezeichnetsten Katholiken in seinen Rath, wenn anders ihre Geschäftskenntniß hervorragend war, und machte sie durch sein Vertrauen zu ebenso entschiedenen Anhängern seiner Regierung, als sie früher erbitterte Gegner derselben waren*). Seine Macht theilte er mit drei Personen, welche ihm in der obersten Leitung der Staatsangelegenheiten hilfreich zur Seite standen, mit dem Hugenotten Sully und den Katholiken Villeroy und Sillery. Der erste von ihnen hatte persönlich den größten Einfluß und wußte allein um die Geheimnisse und Intentionen des Königs**); in sein Ressort gehörten vor allem die Finanzen. Villeroy hatte die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Sillery war zuerst Großsiegelbewahrer und nahm später den Posten eines Kanzlers ein.

Den Katholiken gab Heinrich die ausreichendsten Garantien, daß er ihre Rechte und ihre Herrschaft nicht schmälern wolle; er bewies dies durch sein fortdauernd gutes Einvernehmen mit dem päpstlichen Stuhle, für dessen Erhaltung er nicht leicht ein Opfer scheute, er machte den strenggesinnten unter ihnen Hoffnung auf die Wiedereinführung der Jesuiten und erfüllte später in der That diese Erwartungen, er begegnete endlich den Ausschreitungen der Hugenotten überall, wo die Katholiken ein Recht zur Klage hatten. Dieses Benehmen ward von manchen Eiferern wohl durchschaut und deshalb noch immer nicht für genügend befunden, befriedigte aber dennoch die Gesammtheit der französischen Katholiken und gewann sie für das Königthum der Bourbonen. Die Hugenotten selbst, obwohl durch den Uebertritt des Königs arg verletzt, waren doch durch das Edikt von Nantes in ihren legitimen Wünschen zufriedengestellt,

---

*) Badoers Relation über Frankreich 1603. Bei Alberi 102. È la Maestà Sua principe di vivaccissimo ingegno, sicchè da congetture esteriori, penetra facilmente ne' cuori degli uomini scoprendo li disegni e fini di tutti, e per le prove fatte a suo costo della volubilità de' suoi sudditi, vive con continua gelosia della fede d' ognuno, ma è anco di natura cosi ingenua ch'ella stessa publicherà il suo suspetto a quelli modesimi, dei quali dubita, presupponendo con quella maniera di trattare, di ritirarli da ogni perverso disegno. — Zuñiga's Relation über den französischen Hof, MS. der Lobkowitzer Bibliothek in Prag. Tiene (Heinrich) una excelente virtúd, que es grandissima clemencia, que como assienta sobre grande opinion de valor, le haze muy estimado. S. auch Priuli's Relation von 1608 bei Alberi.

**) Zuñiga's Relation in der Lobkowitzischen Bibliothek: M. de Rosni, Duque de Sully . . . es hombre altivo y mal acondicionado en los negociantes, pero que professa sincillez y verdad en su trato y realmente el Nuncio y yo nos hallavamos mejor a negociar con el, que con otro.

und Heinrichs Persönlichkeit war ihnen eine Bürgschaft, daß das Edikt zur Wahrheit werden würde. Dann und wann mochte der König mit ihren Häuptern in alter Vertraulichkeit der Katholiken spotten und zeigen, daß er im Herzen ihnen noch immer so nahe stehe, wie früher*), und wenn auch ein solches Betragen ihn in den Augen strenger Hugenotten nicht hob, so verscherzte er damit gewiß nicht ihr Zutrauen in seine Behandlung der religiösen Angelegenheiten. Seinen persönlichen Wünschen hätte es am meisten zugesagt, wenn sein Uebertritt zugleich den aller bedeutenden Hugenottenchefs mitveranlaßt hätte und thatsächlich fanden manche derartige Bekehrungen nicht ohne seine Einflußnahme statt, ja Sully selbst, der Stolz der Hugenotten, wäre unter solcher Einwirkung katholisch geworden, wenn nicht persönliche Verhältnisse ihm zuletzt das Gegentheil gerathen hätten **). Heinrich wußte aus eigener Erfahrung, wie leicht die religiösen Gegensätze zu politischen Intriguen und namentlich zu innern Zwistigkeiten ausgebeutet werden konnten; bei seiner zeitweise auftauchenden Hinneigung zum Protestantismus hatten sonach seine auf Schwächung desselben abzielenden Bestrebungen keine andere als eine politische Ursache zur Grundlage.

Dieser Fürst war es nun, welcher, nachdem er Frankreich aus langer Ohnmacht gehoben und einer innern Blüthe entgegengeführt hatte, seine Blicke nach auswärts schweifen ließ. Das rasche Aufblühen seines Reiches hatte in Europa nicht geringes Aufsehen erregt und jene, welche mit den bestehenden Verhältnissen nicht zufrieden waren, stützten bereits ihre Hoff-

---

*) Bei einem Besuch, den der Landgraf Moriz von Hessen dem Könige im Jahre 1602 machte, äußerte sich der letztere sehr zu Gunsten des Protestantismus. Moriz erzählt bezüglich der gehabten Unterredung: Quant à la religion réformée, le Roi s' ouvrit dans cette occasion trés amplement, m' assurant plusieurs fois avec grandes protestations: qu' il etait encore dévoué a la religion reformée et que même il avait le dessein d' en faire de nouveau, avant sa fin, une confession publique. Rommel: Correspondance de Henri IV avec Maurice S. 79. Diese Angabe ist wohl von entscheidendem Gewicht in der Beurtheilung von Heinrichs religiöser Gesinnung. Seine Pläne, seine Allianzen und solche Reden sind ein schlagender Beweis, daß er weder Katholik noch Protestant war, sondern in den religiösen Verhältnissen je nach dem persönlichen Vortheile sich entschied.

**) Badoers Relation vom J. 1603. Bei Alberi S. 117. M. de Rosni (Sully) è calvinista, ma credo che sia, di quelli che vogliono esser tali per interessi temporali e però pareva che una volta a persuasione del re egli si volesse far cattolico, ma dopo l' accidente che gli occorse con il conte di Soissons, ei s' è fermato più ostilmente che mai nella sua perfida eresia . . . weil nämlich Sully nach Heinrichs Tode die Rache des Grafen von Soissons fürchtete und deshalb des Schutzes der Hugenotten sicher bleiben wollte.

7*



nungen auf Heinrich. In Italien, in Deutschland und selbst in den Niederlanden hatten lange Zeit theils Patrioten, theils ehrgeizige Häupter schmerzlich der Ohnmacht Frankreichs zugesehen, desto freudiger begrüßten sie das Ende derselben. Es kam hiebei Heinrich seine religiöse Doppelseitigkeit zu statten. Die Katholiken Italiens konnten sich mit dem Freunde des Papstes ganz ruhig verbinden, während seine protestantische Vergangenheit ihm bei den Gegnern der katholischen Kirche, die sich ihm nie innerlich entfremdet glaubten, Vertrauen erwarb. Wollte er also aktiv in seiner äußern Politik auftreten, so hatte er die sichere Aussicht überall Verbündete zu finden, wollte er sich ruhig verhalten, so war das Haus Habsburg und namentlich die spanische Linie desselben, gegen welche sich seine Thätigkeit richten mußte, gern erbötig, seine Ruhe mit einem hohen Preise zu bezahlen. Er allein besaß in Europa die Mittel für große Unternehmungen; er hatte also zu wählen, ob er sich in diese stürzen oder sich seine Friedfertigkeit abkaufen lassen wolle. Bei der Beschaffenheit seines Geistes und Charakters muß man es natürlich finden, daß er sich für die aktive Rolle entschied.

Man schreibt Heinrich IV in Bezug auf die Umgestaltung Europa's weitgehende und abenteuerliche Projekte zu; eine Anzahl neuzubegründender Erb- und Wahlreiche sollten für immer der habsburgischen Doppelmonarchie und Uebermacht ein Ende machen und das Gleichgewicht in Europa auf dauernden Grundlagen herstellen. Möglich, daß sich Heinrich mit seinen Vertrauten über derlei Projekte unterhielt, möglich auch, daß sie das Endziel seiner Politik gebildet hätten, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, ein Jahrhundert lang zu regieren; gewiß ist nur dies eine, daß seine Pläne, wenn sie aus der nebelhaften Unbestimmtheit des bloßen Erwägens hervortraten, sich als scharf und engbegrenzt erwiesen und nur nach einem mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichbaren Ziele hinstrebten. Es ist dasselbe Ziel, welches vor ihm Franz I, nach ihm Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV unablässig anstrebten, und das in der Vernichtung oder wenigstens in der andauernden Schwächung der habsburgischen Macht bestand. Frankreich war in der That beinahe überall von Ländern begrenzt, welche dem unmittelbaren oder mittelbaren Einfluße der Habsburger unterlagen, und bei jedem gewaltsamen oder friedlichen Versuche nach Vergrößerung fühlte es sich daran von diesem Hause gehindert. Um diese Schranke zu durchbrechen, gab es nur ein Mittel; Heinrich IV mußte es versuchen, ob er den Habsburgern nicht Italien und Deutschland, in welchem ihre Herrschaft und ihr Einfluß auf schwachen Füßen ruhten, entwinden könnte. Es hatten dies Franz I und Heinrich II versucht,



aber beide waren dabei verunglückt, eine Mahnung für Heinrich IV die äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Für Heinrich, der sich durch das Schicksal seiner Vorgänger nicht abschrecken, sondern nur belehren ließ, handelte es sich also darum, die Sympathien, welchen er in Deutschland und Italien begegnete, auf eine entsprechende Weise auszubeuten. Es gab hiezu keinen bessern Weg, als die Begründung einer Verbindung unter allen Fürsten, welche sich ihm für das eine oder andere Ziel seiner Politik anschließen wollten. Eine Union der deutschen und eine andere der italienischen Fürsten, an welche sich gewiß die freien Niederlande, vielleicht auch die schweizer Konföderation und einer von den nordischen Staaten anschloß, dies und nichts weniger hielt Heinrich für nothwendig, wenn er sich in einen Kampf mit der sichern Aussicht auf den Sieg stürzen sollte, und dies war auch das Ziel aller seiner Politik von dem Momente an, seitdem er seine Aufmerksamkeit dem Auslande zuwandte.

Die ersten Versuche zur Verwirklichung dieser Idee machte Heinrich in Deutschland im J. 1602, weil er den Boden zur Begründung einer Union daselbst für den am besten vorbereiteten hielt, die deutsche Union zugleich seine mächtigste Verbündete sein sollte und seine Pläne vor allem gegen die östliche Grenze gerichtet waren. Die deutschen Fürsten des 17. Jahrhunderts waren, so wie ihre Vorfahren seit Jahrhunderten, müde über sich ein Oberhaupt zu haben, jetzt aber erbitterter wie sonst, weil ein und dasselbe Haus seit mehreren Generationen die kaiserliche Würde inne hatte und ihr bei seiner sonstigen Macht unter günstigen Umständen eine Bedeutung geben konnte, welche den Souverainitätsgelüsten der Fürsten einen wirksamen Schlag versetzen konnte. Sie alle waren mehr oder weniger geneigt, ihrer Besorgniß wenigstens dadurch ein Ende zu machen, daß sie die Kaiserkrone auf ein anderes Haus, dessen Schwäche mit keiner Gefahr drohte, zu übertragen gewillt waren. Heinrich konnte also mit Grund auf das schnelle Zustandekommen einer deutschen Union hoffen, wenn er sich den Bestrebungen jener Fürsten anschloß, deren Ziel es war, das Haus Habsburg bei der nächsten Kaiserwahl vom deutschen Throne auszuschließen; dies und nichts anderes waren aber auch seine eigenen Wünsche in Bezug auf Deutschland und deshalb säumte er nicht, sich zum Vorkämpfer jener Bestrebungen aufzuwerfen. Gelegenheit bot sich ihm hiezu leicht. Seit vielen Jahren her war er mit den deutschen Fürsten in mannigfache Verbindungen getreten, da diese ihm nicht unbedeutende Dienste während seiner Kämpfe mit der Liga geleistet hatten und konnte sie also ohne Aufsehen durch Gesandte von seinen Absichten benachrichtigen; gleichwohl zog er es in dieser wichtigen Angelegenheit vor,



die ersten Verhandlungen persönlich zu beginnen und benützte hiezu die Gelegenheit, als ihn der Landgraf Moriz von Hessen auf einer Reise nach Frankreich besuchte. Er selbst drückte seinem Gast den Wunsch nach einer Verbindung mit den deutschen Fürsten aus, die Union sollte im allgemeinen das Interesse der Verbündeten wahren, insbesondere aber das Haus Oesterreich bei der künftigen Kaiserwahl ausschließen und wo möglich Baiern an dessen Stelle setzen. Der Landgraf erklärte, nach seiner Kenntniß der deutschen Verhältnisse zweifle er nicht, daß für ein solches Bündniß Pfalz, Brandenburg, Braunschweig, Hessen, Baden und Anhalt in voraus gewonnen wären und daß der Zutritt anderer Mitglieder mit Grund zu hoffen sei*). Die französischen Gesandten arbeiteten nun emsig daran, dem Gedanken der Union in Deutschland festen Boden zu bereiten und dieselbe zum Abschluße zu bringen. Nichtsdestoweniger ging es damit in den nächsten drei Jahren nicht recht vorwärts; theils sahen sich die deutschen Fürsten zu einem schnellen Abschluße nicht gedrängt, da Rudolf in die Verhältnisse von Deutschland nahezu gar nicht eingriff und eine Kaiserwahl noch immer auf sich warten ließ, theils mahnten sie inzwischen eingetretene Ereignisse in Frankreich zu einiger Vorsicht. Zwischen Heinrich IV und einigen der vornehmsten Hugenottenführer, darunter dem Herzog von Bouillon, waren indessen Zerwürfnisse eingetreten, die mit dem Ausbruch eines Krieges drohten. In einem solchen Fall waren aber jene deutschen Fürsten, die sonst am eifrigsten zu Heinrich hielten, wie Pfalz und Hessen, nicht geneigt, ihn in seinen Plänen zu unterstützen, da ihnen vor allem daran lag, daß die Hugenotten in Frankreich in ihrer politischen Bedeutung nicht vernichtet würden. Die Unionsverhandlungen ruhten also in Deutschland und wurden erst wieder aufgenommen, nachdem Heinrich die ausgebrochenen Unruhen durch seine gewöhnliche kluge Versöhnlichkeit gedämpft und in Italien selbst die vorbereitenden Schritte zu einer gleichartigen Verbindung gemacht hatte. Werfen wir einen Blick auf seine italienische Politik.

II.

Heinrichs IV Politik unterscheidet sich wesentlich von der seiner Vorfahren Franz' I und Heinrichs II, daß er Italien im Bereiche seiner politischen Kombinationen Deutschland nachsetzte und seinen Angriff gegen die Habsburger zuerst von Deutschland aus durchzuführen ge-

*) Rommel, Correspondance inedite de Henri IV et du Landgrave de Hesse. S. 67.



dachte. Nichtsdestoweniger war Italien der stete Gegenstand seiner Beschäftigung und die Allianz mit den antispanisch gesinnten Fürsten die Bedingung, unter welcher er das Endziel seiner Politik erreichen zu können hoffte. Für eine solche Allianz fand Heinrich auch in Italien einen wohlvorbereiteten Boden. Die einheimischen Fürsten und ihre Unterthanen hatten ihren Widerwillen gegen die Spanier ungeschwächt erhalten und hofften von jeder Veränderung, die ein gewaltsamer Zusammenstoß zwischen Frankreich und Spanien herbeiführen konnte, für sich das beste. So war es in Toskana, so in Modena, so in Mantua, so selbst auch in Venedig der Fall. Nur die Herzoge von Savoyen, so unruhig sie auch an sich selbst waren und den Krieg als ein Mittel zur Vergrößerung herbeisehnten, waren gegen Spanien und Frankreich gleichmäßig auf der Hut, da sie zu klug waren, um nicht die Konsequenzen von Heinrichs erhöhter Macht einzusehen. — Zu den alten nie vergessenen Ursachen der in Italien herrschenden Abneigung gegen Spanien kamen von Zeit zu Zeit wieder neue hinzu. Wir haben gesehen, eine wie große Anzahl von Besitzungen in diesen Gebieten für deutsche Reichslehen angesehen wurden, wie selbst die bedeutendsten Fürsten ihre Abhängigkeit vom deutschen Kaiser durch wenn auch schwache Geldzahlungen anerkannten. Wenn nun, was häufig genug geschah, ein Lehen erledigt war, so entschied der Kaiser allein rechtmäßig, in wessen Hände es zu übergehen habe. Spanien beutete nun sein Verhältniß zu demselben in der Art aus, daß es alle erledigten Lehen in Besitz nehmen wollte und gab dadurch stets neue Veranlassung zum Haß gegen seine Uebermacht. Uebrigens suchte sich Philipp III in Italien dadurch Ruhe zu erhalten, daß er alle wichtigeren Fürsten mit Pensionen betheilte*), und ein gleiches that er bezüglich des Kardinalskollegiums, in welchem sich beinahe ein Drittheil spanischer Pensionäre befand. Dies würde ihm jedoch nur wenig gegen Angriffe genützt haben, wenn seine Macht nicht an und für sich Achtung gebietend gewesen wäre, denn man sprach in Italien laut davon **), daß alle Fürsten trotz der erlangten Pensionen doch zu einer

---

*) Der Herzog von Savoyen erhielt jährlich an 200.000 Scudi, für welche er zugleich eine Anzahl Truppen in Bereitschaft halten sollte.

**) Französische Relation von Badoer 1605. Bei Alberi S. 163: Delli sopranominati principi (Savoyen, Parma, Modena, Urbino), ancorchè stipendiati dal re di Spagna si premettono i Francesi, che si mostreriano più obligati a procurare la libertà d' Italia sempre che si presentasse l' occasione, e con questo si consolano. — Die Natürlichkeit eines Anschlußes Venedigs an Frankreich betont Badoer mit den stärksten Worten. Er sagt: che uno possa essere nella cristianità una amicizia fra principi più conveniente, che fra la corona di Francia e questa Serenissima Repubblica.



Verbindung mit Frankreich stets geneigt seien und von einzelnen Kardinälen, welche Philipp gewonnen zu haben glaubte, erfuhr er nachgerade, daß sie sich mit besonderer Vorliebe über die Möglichkeit verbreiteten, die Spanier wieder aus Italien zu vertreiben*).

Wollte Heinrich in Italien vorwärts kommen und nöthigenfalls eine antihabsburgische Union zu Wege bringen, wie er sie in Deutschland beabsichtigte, so war ihm die Zustimmung des Papstes nöthig und diese zu gewinnen, mußte der Anfang und das Ende seiner Politik sein. Von Clemens VIII hatte er unendlich viel erlangt, der Papst hatte ihn in Frankreich anerkannt und dadurch seine Krone mehr befestigt als einige gewonnene Schlachten. Bei alledem war Clemens weniger auf eine Schwächung Spaniens als auf die Stärkung Frankreichs bedacht; er wünschte die Herbeiführung freundschaftlicher Verhältnisse unter den katholischen Regenten, um sie sowohl zum Widerstande gegen die Türken wie gegen die Protestanten stärker zu machen. Solche Gesinnungen konnten natürlich Heinrich nicht genügen, und seine Bestrebungen waren also darauf gerichtet, auf den päpstlichen Stuhl einen Mann zu bringen, der bereit war, die Rolle eines Clemens VII oder eines Paul IV wieder aufzunehmen.

Es war im Beginn des J. 1605 gerade in der Zeit, in welcher Heinrich IV wieder in Deutschland energisch die Begründung der Union in Angriff nehmen wollte, als Clemens VIII nach einem kurzen Krankenlager verschied. Schon lange hatten sich sowohl Spanien wie Frankreich auf diesen Fall vorbereitet und alle Mittel angewendet, um die Häupter des Kardinalskollegiums sich geneigt zu machen. Seit fast einem Jahrhunderte pflegte sich dasselbe in drei bis vier Parteien zu theilen, deren Häupter regelmäßig Nepoten vorangegangener Päpste waren. Die Gnaden und Ernennungen eines Papstes hingen nämlich mehr oder weniger von einem seiner Verwandten ab, den er mit dem Purpur bekleidet hatte; je nach der längern oder kürzern Regierungsdauer eines Papstes war demnach auch die Zahl der Kardinäle größer oder kleiner, über welche sein Nepote einen ziemlich entscheidenden Einfluß ausübte. In dem Konklave, welches sich nach Clemens' VIII Tode versammelte, gebot der Kardinal Aldobrandini, der Neffe des verstorbenen Papstes, über nicht weniger als 28 Stimmen, während dem Kardinal Montalto, Nepoten Sixtus' V, nur noch eine kleine durch den Tod vielfach gelichtete Schaar folgte. Die Kardinäle, deren Ernennung von Päpsten mit sehr kurzer Regierungsdauer herdatirte oder die bereits von ihren Ver-

*) Archiv von Simancas, Römische Korrespondenz unter Paul V.

pflichtungen gegen die Nepoten sich losgelöst hatten, ohne sich an eine der weltlichen Mächte zu verkaufen, nahmen die unabhängigste Stellung ein. Eine eigene Gruppe bildeten die ausländischen Kardinäle, welche auf Ersuchen ihrer Fürsten ernannt worden waren; diese bildeten im Verein mit jenen Kardinälen, welche durch Annahme von Pensionen sich fremden Souverainen dienstbar gemacht hatten, eine kompakte Masse, welche der Papstwahl eine politische Richtung geben wollten, während die Nepotenparteien mehr für die Fortdauer von Familieninteressen und die daraus entstandenen Verbindungen kämpften. Nur Frankreich und Spanien hatten im Kardinalskollegium förmliche Parteien; der Kaiser, obwohl das erlauchteste Haupt der katholischen Welt, zählte in demselben weniger Anhänger als der unbedeutendste Fürst Italiens. Spanien mußte bedeutende Pensionen zahlen, um eine Schaar von Kardinälen zu gewinnen, während Frankreich eine solche um einen billigern Preis gewann, da die Verbindung mit letzterer Macht für einen patriotischen Akt galt, zu dem sich mehrere drängten, als Heinrich selbst bezahlen wollte*).

Da man mit Sicherheit annehmen konnte, daß Aldobrandini bei der Papstwahl den Ausschlag geben würde, so war er schon bei Lebzeiten seines Oheims Gegenstand der mannigfachsten Aufmerksamkeiten von Seite Philipps III und Heinrichs IV gewesen, bis es endlich ersterem gelang, ihn völlig für sich zu gewinnen. Aldobrandini verpflichtete sich durch einen feierlichen Eid, er werde bei der künftigen Papstwahl jeden Kardinal ausschließen, welcher Spanien nicht genehm sein sollte, und jenen bei der Wahl unterstützen, welchen ihm Philipp bezeichnen würde**). Dieser Vertrag, obwohl eine der flagrantensten Verletzungen der bezüglichen Kirchengesetze, erregte in Spanien nicht geringe Befriedigung und man gab sich daselbst den besten Hoffnungen hin. Allein kaum war das Konklave zusammengetreten, so zeigte sich gleich im Beginn eine solche Gruppirung der Par-

*) Badoers französische Relation von 1605. Bei Alberi S. 159 . . . nè sarà difficile ai Francesi l' avanzare ogni giorno più di autorità in quella corte, perchè siccome molti cardinali s' obbligano al re di Spagna per pochi scudi di pensione, non ci saria cardinale italiano, che non credesse esser stimato più integro ad obligarsi piuttosto al re di Francia, che al re di Spagna, perchè gli Spagnuoli non vogliono pontefici se non quelli che facciano a modo loro, ed i Francesi non dimandano, se nonchè sieno buoni italiani, al che ognuno può accomodare molto meglio la sua coscienza. — Es waren indeß nicht pochi scudi, für welche Spanien die Kardinäle gewann, wie die Rechnungen in Simancas ausweisen.

**) Archiv von Simancas 1870/117. Bericht des Staatsrathes an den König ddo. 26. April, sobre las cartas del Duque de Escalona y otros papeles sobre todo, que ha passado en la Eleccion de summo Pontifice.

teien, welche mit den Verheißungen Aldobrandini's im Widerspruche stand; statt nämlich sich den Anhängern Spaniens anzuschließen, vereinigte er sich mit allen jenen Kardinälen, welche als Gegner Philipps galten und unter denen natürlich die französischen den ersten Platz einnahmen. Dieser Treubruch hatte darin seine Ursache, daß es inzwischen Heinrich IV gelungen war, durch Geschenke, welche die des Königs von Spanien überboten und die man auf nicht weniger als 300.000 Thaler veranschlägt, die Zahl seiner Anhänger zu vermehren und namentlich Aldobrandini selbst zu gewinnen*). — Philipp III hatte dem Kardinal Avila, welcher im Konklave das Haupt der spanischen Partei war, diejenigen Kardinäle bezeichnet, deren Wahl er um jeden Preis verhindert wissen wollte, es waren dies Medici, Verona, Arigone, Baronius, Bellarmin und Borromeo. Gewiß wird man nicht wenig staunen unter der Zahl der Ausgeschlossenen drei Namen zu begegnen, welche zu ihrer Zeit die Zierde der katholischen Welt ausmachten, wir meinen Baronius, Bellarmin und Borromeo. Allein wenn wir uns erinnern, daß der letzte jener Erzbischof von Mailand war, der mit den Spaniern unablässig wegen der Jurisdiktion im Streite war, und wenn wir nicht übersehen, daß Baronius in seinen historischen Werken die Rechtmäßigkeit des spanischen Besitzes in Unteritalien angriff**), und daß Bellarmin als der eifrigste Vertheidiger der kirchlichen Immunitäten neue Jurisdiktionskämpfe in Aussicht stellte, so wird man ihre Ausschließung begreifen. Medici wurde für einen Anhänger Frankreichs gehalten und man vergaß nie in Spanien, daß er und Baronius es gewesen, welche Clemens VIII zur Versöhnung

*) Henri Martin, histoire de France. tome X p. 545.

**) Unmittelbar vor der Eröffnung des Konklave ereignete sich eine Szene im Kardinalskollegium, die aller Welt kundgab, wie man in Spanien gegen Baronius gesinnt war. Man las nämlich in einer gemeinschaftlichen Sitzung die Schreiben vor, welche an das Kollegium eingelaufen waren, eines derselben war vom Vicekönig von Neapel, in welchem derselbe Beschwerde über das erwähnte Werk des Baronius und die in demselben bezüglich der spanischen Herrschaft gebrauchten Ausdrücke führte. Baronius ungeduldig über diese Vorwürfe unterbrach die Lektüre des Briefes mit den Worten: Os peccatoris et os dolosi super me apertum est und vertheidigte sein Werk mit aller Wärme, berief sich auf Clemens VIII, der dasselbe gebilligt habe, und auf die Bestimmung zweier Kardinäle, die es gelesen hätten. Avila dagegen billigte das Schreiben des Vicekönigs und die darin enthaltenen Vorwürfe, was nun eine tumultuarische Scene zur Folge hatte, indem nach und nach alle Kardinäle für oder wider und fast gleichzeitig an der Debatte theilnahmen. So erzählt der Kardinal Paravicini in einem Schreiben an Rudolf ddo. Rom, 12. März 1605. Wiener Reichsarchiv MS. 39/238.

mit Heinrich IV gerathen hatten. Verona hielt man für einen verkappten Venetianer und Arigone für einen allzu strengen Mann, der in Borromeo's Fußstapfen treten könnte.

Indem wir hier jene Personen bezeichnet haben, welche Spanien nicht mochte, haben wir zugleich einige von jenen genannt, welche Frankreich sehr zusagten, es waren dies vor allem Baronius und Medici. Für Baronius sprach seine erwiesene Parteinahme für Frankreich und sein unverholener Abscheu gegen die spanische Herrschaft in Italien, dem er in seinen Schriften mannigfachen Ausdruck verlieh. Uebrigens war er ein Mann von eben so exemplarischer Frömmigkeit wie Gelehrsamkeit, gutmüthig obwohl nicht ohne einen Anflug von Spottsucht, die er auch an sich selbst übte, so oft er auf seine Erhebung zum Kardinalat zu sprechen kam*). In seinem Hause lebte er nicht anders, als wie ein armer Priester und verwendete seinen ganzen Ueberfluß, zu dem kein Fürst mit einer Pension beisteuerte, auf Arme oder auf den Aufbau von Kirchen. Wenn Heinrich den Kardinal Baronius unterstützte, so konnte er sich mit Recht seiner Handlung rühmen, denn er schaffte der Kirche kein unwürdiges Haupt. Die eigentliche Gunst Frankreichs konzentrirte sich aber auf den Kardinal von Medici. Derselbe hatte lange Zeit in Paris als Nuncius gelebt, hatte sich da mit dem französischen Wesen innig befreundet, war fein in seinen Manieren, besaß Geschmack an schönen Wissenschaften und hatte mehr Neigung zu weltlichen Intriguen als zur Fortsetzung des kirchlichen Reformwerkes. Ein solcher Mann, welchen man in das Getriebe der Politik hineinziehen und für die Wiederaufnahme der Rolle Clemens' VII und Pauls IV gewinnen konnte, war offenbar ein unvergleichlich wünschenswertherer Papst als Baronius mit seiner mehr theoretischen Antipathie gegen Spanien und mit seiner allzugroßen Frömmigkeit, die ihn nur zu einem unverläßlichen Freunde für Heinrich machen mußte. Heinrich IV unterstützte demnach Baronius, wünschte aber den Kardinal von Medici.

Aldobrandini, indem er sich der französischen Politik anschloß, entschied sich vorerst für die Unterstützung des Baronius, da er lieber die Wahl eines solchen Kandidaten sah, welcher die Ernennung zum Kardinal seinem Oheim dankte, als die eines Mannes, der wie Medici bereits von Gregor XIII zum Kardinalat berufen worden war und ihm

*) Relation für den Kardinal von Este. MS. der Wiener Bibl. Codex Foscar. n. 169. Daselbst heißt es von Baronius, er sei molto amato per la dottrina, bontà e semplicità sua: si dimostra tutto spirito, tutto risegnato in dio: si burla del mondo e della propria esaltatione di se stesso.



1605 sonach keinen persönlichen Dank schuldete. Vom 14. März also angefangen, an welchem Tage die erste Abstimmung stattgefunden hatte, bekam bei den täglichen Scrutinien Baronius gewöhnlich die meiste Stimmenzahl, bis sich schließlich der ganze Anhang Aldobrandini's für ihn erklärte. Da aber das Konklave genau 60 Mitglieder zählte, reichte ihre selbst durch die französischen Kardinäle verstärkte Anzahl nicht aus, um eine Wahl zu bewerkstelligen, zu welcher mindestens 40 Stimmen nöthig waren. Es wurden nun die gewaltigsten Anstrengungen gemacht, um aus der gegenüberstehenden Partei, welche sich unter die Leitung des Kardinals Avila gestellt hatte, einige Personen zu gewinnen und sie von der weitern Unterstützung des spanischen Interesses abwendig zu machen. Besonders ließ man sich die Gewinnung des Kardinals von Dietrichstein, der eigens von Mähren nach Rom gereist war, angelegen sein; man erinnerte ihn an die Gnaden, die ihm Clemens VIII erwiesen und bemerkte in Bezug auf die Persönlichkeit des Baronius, daß er ja selbst für ihn die höchste Achtung hegen müsse*). Dietrichstein begann zwischen seiner eigenen Neigung und zwischen der Verpflichtung, die ihn an das Haus Habsburg kettete, zu schwanken; einige Stunden lang bemächtigte sich eine fieberhafte Aufregung des Konklaves, denn man hielt ihn für Baronius gewonnen und da mit ihm zugleich auch der Uebertritt noch einiger anderer Kardinäle gesichert war, so hing die Entscheidung vollständig von ihm ab. Es bedurfte eines langen Zuredens von Seite der Kardinäle Madrucci, Doria und Farnese, welche alle auf spanischer Seite standen, bevor Dietrichstein schließlich die Unterstützung des Baronius ablehnte. Avila gebot darauf sicher über 23 Stimmen, welche die Wahl des genannten Kardinals nicht zugeben wollten. Nachdem das Konklave bereits 18 Tage gedauert hatte, mußte sich Aldobrandini gestehen, daß er mit der Kandidatur des Baronius nicht durchdringen werde, und so entschloß er sich endlich dieselbe fallen zu lassen.

Es war Mittags den ersten April, als Aldobrandini diesen Entschluß faßte, da das am Vormittage abgehaltene Scrutinium für Baronius nur 28 Stimmen ergeben hatte. Während der Mittagsstunden legten die französisch gesinnten Freunde des Kardinals von Medici eine außerordentliche Thätigkeit an den Tag; nicht nur suchten sie Aldobran-

*) Die Erzählung über diese und andere Vorgänge im Konklave entnehmen wir theils der Korrespondenz des Herzogs von Escalona mit Philipp III im Archiv von Simancas, theils einer daselbst befindlichen authentischen Relation: Conclave por la muerte de Papa Clemente y Election de Alexandro de Medicis llamado Leon XI. Römische Korrespondenz in Simancas 1870/119.

dini zu überreden, sich nunmehr die Kandidatur Medici's gefallen zu lassen, sondern sie gewannen selbst einige von den bisherigen Anhängern Avila's, welche für Medici freundschaftliche Gesinnungen hegten, da dieser ein freigebiges und liberales Regiment verhieß. Aldobrandini war persönlich nicht zur Unterstützung Medici's geneigt, konnte sich aber nach den mit den Franzosen getroffenen Verabredungen nicht leicht demselben entgegensetzen und ließ sich also gefallen, daß im Konklave nunmehr für Medici allseitig geworben wurde. Er selbst begab sich in die Zelle des Kardinals und verhandelte da anderthalb Stunden mit ihm. Inzwischen wurde Avila von allen Seiten benachrichtigt, was im Werke sei, und er aufgefordert, seine Anhänger gehörig beisammen zu halten, um die Exclusion auch dieses neuen Kandidaten zu sichern, aber er gab sich für den Augenblick einer sorglosen Ruhe hin und dachte wohl, daß die Wahl nicht anders als ordnungsmäßig mit Vornahme neuer Scrutinien vor sich gehen werde. Darin täuschte er sich jedoch; Dietrichstein selbst folgte dem Beispiele einiger bisheriger Anhänger Spaniens und zeigte sich ernstlich gewillt, Medici's Wahl zu unterstützen, wenn dieser über seine Regierungsmaximen eine beruhigende Erklärung abgeben wollte. Mit Paravicini, dem Protector der katholischen Kirche von Deutschland, ging er deshalb in die Zelle Medici's, der nicht zögerte ihnen beiden die beruhigendsten Versicherungen zu geben: den Kaiser Rudolf und den König Philipp werde er stets wie ein Vater lieben und als zwei Säulen der Kirche achten und beschützen *). Diese Worte, welche einer feierlichen Ablehnung aller Projekte eines Paul IV gleichkamen und auch so aufgefaßt wurden, beruhigten die beiden Kardinäle und verbanden sie innig mit der Schaar der übrigen Freunde Medici's. Noch zögerte Aldobrandini das Zeichen zur Anerkennung des letztern zu geben, und schien den Spaniern Zeit gönnen zu wollen, sich in hinreichender Anzahl zum Proteste zu vereinigen, allein er wurde jetzt von seinem Anhange gedrängt, eine augenblickliche Entscheidung zu fällen und Baronius selbst, der erst vor wenigen Stunden nahe der höchsten christlichen Würde gestanden war, machte sich zum Dolmetscher dieser Wünsche und sprach gleichfalls für Medici und dessen unverweilte Anerkennung. So gedrängt leistete Aldobrandini keinen Widerstand mehr, reihte sich der Schaar der Kardinäle an, welche für die Erhebung Medici's waren, und begab sich zur Zelle des letztern, wo sich bereits mehr wie zwei Drittheile der Wähler eingefunden hatten, und auf diese Weise ohne jedes vorangegangene Scruti-

*) Wiener Reichsarchiv MS. 39/248, Kardinal Paravicini an Rudolf II ddo. Rom 2. April 1605.



nium den Kardinal zum Papste wählten. In diesem letzten Stadium erwachte erst Avila aus seiner Sorglosigkeit, suchte seine Anhänger um sich zu schaaren und protestirte, als er deren Reihen gelichtet sah, geradezu im Namen Spaniens gegen die Erhebung Medici's auf den päpstlichen Stuhl. Allein diese Anstrengung diente zu nichts mehr; man entgegnete ihm: es sei nicht mehr Zeit zu einem Proteste, nachdem der Papst bereits gewählt sei, und als er nichtsdestoweniger auch in der paulinischen Kapelle, wo die Kardinäle zur Adoration des neuen Papstes sich versammelten, seinen Protest erneuerte und mehrmals wiederholte, daß Philipp III den Kardinal von Medici nicht zum Papste haben wolle, mahnten ihn selbst die eifrigsten Anhänger Spaniens zum Schweigen, denn es handle sich nicht mehr um die Wahl sondern um die Adoration des allgemein anerkannten Papstes. So ward der Kardinal von Medici am Abend
1605 des 1. Aprils nach einer Verhandlung von kaum zwei Stunden ohne alle Stimmenabgabe zum Papste gewählt*).

Man kann sich denken, welche Genugthuung die französische Partei in diesem Ereignisse fand und wie nahe man die Zeit mächtiger Veränderungen in Italien glaubte, da Leo XI, so hieß der neue Papst, als ein naher Anverwandter der Großherzoge von Toskana gleichsam von selbst sich genöthigt fühlen mußte, den italienischen Fürsten durch Verminderung der spanischen Macht mehr Sicherheit zu bieten. In der That begannen unmittelbar nach seiner Wahl Verhandlungen mit Toskana und Savoyen, welche beide den Königstitel haben wollten, ein Begehren, zu dessen Befriedigung sich der Papst gegen eine gewisse Geldentschädigung geneigt zeigte und für welche er auch die Zustimmung des Kaisers selbst gewinnen wollte. Da weiter um eben diese Zeit über einer Heirat zwischen dem Sohne des Großherzogs von Toskana und der Schwester Ferdinands von Gratz verhandelt wurde, so suchte der Papst diese Verhandlungen, weil dem spanischen Interesse günstig, rückgängig zu machen, empfahl eine Heirat zwischen Savoyen und Toskana, und trug sich sogar an, selbst zur Mitgift beizusteuern. Diese durchwegs gegen Philipp III gerichteten Unterhandlungen und die allseitig in Aussicht gestellte Liga der italienischen Fürsten mit Frankreich und dem Papste rechtfertigen nur zu sehr die Sorge, welche man vor Leo's Wahl in Spanien gehabt hatte. Daß der Papst ungeachtet des den Kardinälen Dietrichstein und Paravicini gegebenen Versprechens das habsburgische Interesse so wenig berücksichtigte, dazu mögen nicht wenig die wiederholten Proteste Avila's beigetragen haben, welche der sonst einer allgemeinen Zustimmung sich er-

*) Alles dies nach der citirten Relation von Simancas 1870/119.

freuenden Wahl einen unliebsamen Makel anhängten; wenigstens beklagte sich Leo zu seinen Vertrauten häufig darüber und zeigte sich persönlich verletzt*). Allein es war ihm nicht vergönnt seiner antispanischen Politik, wenn er dies überhaupt je thun wollte, eine folgenreiche Wirksamkeit zu geben; 26 Tage nach seiner Wahl starb er bereits, und Heinrichs Pläne und ihre Erfüllung waren abermals den unberechenbaren Schwankungen einer neuen Papstwahl preisgegeben.

In dem Konklave, welches neuerdings zusammentrat, waren in Folge der letzten Vorgänge die Parteien einigermaßen desorganisirt. Aldobrandini hatte sich noch immer nicht ganz mit der Wahl Medici's versöhnt und war jetzt entschlossener als je, keine andere Wahl zuzugeben, als die eines Kardinals seiner Partei, und um diesen Preis war er selbst geneigt, eine Allianz mit den Spaniern einzugehen. Dagegen stemmte sich Baronius, welchem Spaniens Abneigung die Hoffnung auf die eigene Erhebung vollständig abschnitt, mit dem ganzen Gewichte seines Ansehens gegen die Wahl solcher Personen, welche nicht den Anforderungen der Kirche entsprechen, sondern nur dem Familieninteresse der Aldobrandini dienen sollten. Da viele andere Kardinäle ebenso dachten, so neigten sich anfangs die meisten Stimmen dem Kardinal Sauli zu, welcher für den größten Staatsmann des ganzen Kollegiums galt und auch sonst eines trefflichen Rufes sich erfreute; weil er jedoch seine Ernennung zum Kardinal Sixtus dem V dankte, setzte sich Aldobrandini mit aller Macht seiner Wahl entgegen, obwohl sich die Franzosen selbst für ihn verwendeten**). Bei dieser Gelegenheit waren die Spanier mit Aldobrandini, die Franzosen mit Montalto und seiner von Sixtus V herrührenden Schaar verbündet. Nachdem sechs Tage in vergeblichen Scrutinien verflossen waren, lenkte sich die Aufmerksamkeit auf den Kardinal Tosco, der gleichfalls sowohl von den Spaniern wie von Aldobrandini unterstützt wurde. Der letztere suchte nun Montalto, mit dem auch diesmal die Franzosen sich verbunden hatten, für Tosco zu gewinnen und schon schienen die Verhandlungen ein günstiges Resultat zu versprechen, als Baronius in diesem kritischen Augenblicke sich gegen die Wahl erklärte und das ganze Gewicht seines Ansehens geltend

---

*) Ueber das ganze antispanische Gebahren Leo's berichtet der Marquis von Villena an Philipp ddo. 14., 15. und 16. Mai 1605; Bericht des Staatsrathes an den König ddo. 10 Juni 1605 im Archiv von Simancas 1870/128.

**) Bericht des spanischen Staatsraths an den König ddo. 10 Juni 1605. Archiv von Simancas 1870/128.

machte, um die Christenheit vor einem Oberhaupt zu bewahren, dessen Manieren und Redeweise besser für einen Landsknecht als für einen Nachfolger des h. Petrus paßten. Tosco, ein Lombarde von Geburt und nunmehr ein Greis von 70 Jahren, hatte in seinem Leben so wenig Mühe auf die Erlernung der italienischen Sprache verwendet, daß er sich keines andern Dialekts als desjenigen zu bedienen wußte, mit welchem das Volk im Mailändischen das feine Ohr eines gebildeten Italieners zerreißt. Und nicht bloß in der Grammatik und Aussprache, selbst in der Ausdrucksweise verläugnete der Kardinal nie seinen Ursprung, denn seine Reden würzte er mit den körnigen aber desto öfter nur um so schmutzigeren Ausdrücken des Volkes und liebte es auch, sie mit Schwüren und Betheuerungen zu untermischen, welche an Blasphemie grenzten. In dem Momente also, wo das gesammte Kardinalskollegium schon im Begriffe stand, Tosco die Adoration zu leisten, trat Baronius mit einem Eifer auf, den man seit langem nicht mehr im Konklave bemerkt hatte, und protestirte gegen die Wahl Tosco's, welche er ein Skandal nannte, das selbst in den entferntesten Ländern Europa's Aergerniß erregen würde und fügte schließlich hinzu, daß er für seine Person gewiß der letzte sein werde, welcher Tosco die einem Papste schuldige Adoration leisten würde. Diese muthigen Worte waren im rechten Augenblick gesprochen, denn Montalto trat jetzt entschieden von Tosco's Unterstützung zurück; aus der Mitte seiner Anhänger erhob sich der einstimmige Ruf, man möge Baronius selbst als den würdigsten Kandidaten zum Papste wählen und thatsächlich beugten sich alle vor ihm nieder und erwiesen ihm die einem Papste übliche Verehrung. Tosco's Anhänger ließen sich durch diesen Vorgang nicht außer Fassung bringen, sondern thaten ihrerseits dasselbe und man hatte nun im Konklave das an die Schismen des 15. Jahrhunderts mahnende Schauspiel einer doppelten Papstwahl. Sieben Stunden dauerte dieser befremdende Vorgang, da die Parteien hartnäckig an ihren angeblichen Wahlen festhielten. Nachdem jedoch die eine wie die andere von der Unmöglichkeit, mit ihrem Kandidaten durchzudringen, sich überzeugt hatte, ließ sie dieselben fallen und es begannen am Abend neue Unterhandlungen zwischen Aldobrandini und der Gegenpartei, welche endlich dahin führten, daß sich die letztere verpflichtete, einen von drei Kardinälen, welche ihr derselbe vorschlagen würde, zum Papste zu wählen. Er schlug die Kardinäle San Clemente, Borghese und Arigone vor, Männer von durchwegs gutem Rufe und in politischer Beziehung den Großmächten nicht besonders verdächtig. Montalto's Anhang erklärte sich für Borghese, und so ward derselbe im Verlauf von einer halben Stunde — so lange hatten diese letzten Unterhandlungen gedauert — vom gesammten Konklave als

Papst anerkannt*). Er bestieg unter dem Namen Pauls V den päpst- 16. Mai 1605
lichen Stuhl.

Der neue Papst, der in einer so kritischen Zeit wie die, in welcher Heinrich IV regierte, die Christenheit leiten sollte, hatte sich als Kardinal des besten Rufes erfreut. Er war im J. 1552 in Rom geboren worden, trat frühzeitig in die Dienste der Kirche, wurde unter Gregor XIV Auditor der päpstlichen Kammer und darauf von Clemens VIII unter allgemeiner Billigung mit dem Purpur bekleidet. Seine sanfte und freundliche Art im Umgang und sein gutes Herz erwarben ihm eine solche Anerkennung, daß die „Gutmüthigkeit des Kardinals Borghese" zu einer sprichwörtlichen Redensart in Rom wurde. Einige Zeit hatte er auch in Spanien als Nuncius zugebracht und genoß seitdem eine Pension von 3000 Scudi, welche ihm Philipp II aus Dankbarkeit für ein Gutachten anwies, das sein Vater, ein berühmter Rechtsgelehrte, über die Ansprüche Spaniens auf Portugal ausgearbeitet hatte. Im Gespräche war Paul gelassen und zurückhaltend, in seiner Lebensweise zeichnete er sich durch außerordentliche Sittenreinheit aus, so daß auch nicht der leiseste Makel seinen Ruf verunglimpfte, in der Erfüllung seiner Pflichten war er von strenger Pünktlichkeit. Seine äußere Erscheinung war majestätisch aber gemildert durch einen Zug von Gutmüthigkeit, der sein ganzes Wesen belebte. Da seine Wahl ohne jedes Zuthun seinerseits erfolgt war, hielt er dieselbe für eine ganz besondere Fügung der Vorsehung und sich demnach um so mehr verpflichtet, in die Fußstapfen reformfreundlicher Päpste zu treten, den Dekreten des Tridentiner Koncils Eingang zu verschaffen, die geistliche Gerichtsbarkeit wieder auf ihre durch die Kanonen bestimmte Höhe zu bringen und überhaupt jener vermittelnden und nachgiebigen

*) Die Nachrichten über diese eigenthümlichen Vorkommnisse im Konklave schöpfte ich aus den authentischesten Dokumenten, nämlich aus den Berichten des spanischen Gesandten in Rom (Archiv von Simancas 1870/128) und aus einem Briefe des Kardinals Paravicini an Rudolf II (Wiener Reichsarchiv MS. 39/248) ddo. Rom 21. Mai 1605. Paravicini erzählt: Baronio diceva, saria di scandalo nelli paesi lontani; dalle parole dette da Baronio come erano in moto per adorar Tosco s' alzo voce da Montalto et suoi seguaci: facciamo Baronio, duró questa dissensione sino al vicino à farsi notte. — Nach dem Bericht des venetianischen Gesandten (bei Mutinelli: Storia arcana e aneddotica d' Italia (Bd. III S. 97.) sagte Baronius zu Aldobrandini bezüglich der versuchten Wahl Tosco's: Monsignor Illustrissimo volete far papa chi non merita et chi ha molte imperfetioni: io, concorrendovi gli altri, farò l' istesso, ma voglio esser l' ultimo, et lo scriverò nelli miei Annali. Dovereste fare un huomo da bene, et che vaglia, nè parlo per mio interesse perchè sono escluso.



Weise, welche er an Clemens VIII tadeln zu müssen glaubte, ein Ende zu machen. Er sah demnach sowohl bei Priestern wie bei Bischöfen auf eine exemplarische Erfüllung ihrer Pflichten und duldete nicht, so weit es an ihm lag, daß Kardinäle unter was immer für einem Vorwande entfernt von ihren Diözesen lebten. Seine Art des Vorgehens dabei war sehr milde und erreichte dadurch um so sicherer ihren Zweck. So oft er nämlich einen der Kardinäle in Rom erblickte, dessen bischöfliches Amt ihm einen andern Aufenthalt anwies, befahl er ihm nicht nach dem Beispiel anderer Päpste die Abreise, sondern sagte ihm ruhig, er könne ihn von der Todsünde, deren er sich nach den Kanonen durch ein solches Betragen schuldig mache, nicht lossprechen, so daß der Angesprochene beschämt und der Mißachtung preisgegeben selbst so schnell als möglich sich entfernte*). — In Italien war man durch Pauls V Wahl zufriedengestellt und namentlich in Venedig glaubte man, an dem neuen Papste einen besonderen Freund der Republik gefunden zu haben; in Spanien befriedigte seine Persönlichkeit um so mehr, als man in ihm eine gewisse Vorliebe für dies Land bemerkt zu haben glaubte und er sogar als Papst sich bereit zeigte, die von ihm als Kardinal bezogene Pension noch weiter zu erheben**). Dieser letzte etwas sonderbare Umstand stimmt allerdings zu der weitgehenden Sparsamkeit dieses Papstes, welche einige seiner Gegner minder lobenswerth an ihm fanden. Auch in Frankreich erregte Pauls V Persönlichkeit keinen Anstoß, im Gegentheile ersieht man aus der diplomatischen Korrespondenz Heinrichs IV, daß sich der letztere mindestens auf eine Spanien feindliche Neutralität des Papstes, wo nicht gar auf einen noch innigern Anschluß Hoffnung machte.

Als Paul V die Regierung der Kirche antrat, glaubte man allgemein, daß er in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse einen von den beiden Wegen betreten werde, auf denen eine ganze Reihe seiner Vorfahren gewandelt war, daß er entweder nach einigem Schwanken Spanien begünstigen und so die Ruhe in Italien aufrecht zu erhalten suchen werde, oder daß er Frankreich die Hand reichen würde. Aber solche Annahmen waren eben nur möglich, so lange man noch nicht wußte, wie fest sein Entschluß war, sich mit kirchlichen Reformen zu befassen. Gegen alle Vermuthung kehrte er also den politischen Händeln der Zeit den Rücken und vertiefte sich in dem Gedanken, auf welche Weise das Ansehen der Kirche in ihrem mittelalterlichen Glanze restaurirt werden könnte. Als

*) Molino, Relation an den venetianischen Senat. Ranke, Geschichte der Päpste, III, S. 366.

**) Archiv v. Simancas 1870/129, der Staatsrath an den König, ddo. 28 Juni 1609.

ehemaliger Jurist und Kanonist beschäftigte er sich mit nichts geringerem, als mit der striktesten Durchführung der Kirchengesetze in allen katholischen Staaten und namentlich wollte er die Befreiung der Geistlichkeit und ihrer Einkünfte von allen den Fesseln herbeiführen, in welche sie die fortgeschrittene Staatsentwicklung im Laufe einiger Jahrhunderte eingeschlossen hatte. Von Spanien verlangte er zuerst mit aller Heftigkeit die Befreiung der Jesuiten von dem Zehnten, der auf ihnen lastete, von den Herzogen von Parma und Savoyen und von der Republick Genua die Abstellung gewisser Benachtheiligungen der kirchlichen Regierung und da keiner dieser Staaten zuerst einen Kampf mit ihm heraufbeschwören mochte, so glückte es dem Papste überall mit seinen Forderungen*). Diese Erfolge berauschten ihn und er träumte bereits davon, den Glanz des Papstthums auf eine höhere Stufe als irgend einer seiner Vorfahren zu erheben. Erinnerte man ihn daran, daß selbst die ausgezeichnetsten Päpste in gewissen strittigen Fällen nicht die Strenge geübt hatten, welche er beliebe, so ließ er sich dadurch nicht beirren, sondern erklärte, jene seien entweder getäuscht worden oder müßten nun Rechenschaft für ihr Betragen vor Gott ablegen, er aber wolle nicht nach ihrem Beispiel sein Gewissen belasten**). Der Großherzog von Toskana, indem er sich jenen beigesellte, welche des Papstes Strenge tadelten, schrieb dieselbe seiner Unerfahrenheit zu und meinte, derselbe wisse noch nicht, welch ein Unterschied es sei, eine bloße Stadt wie Rom und die Welt zu regieren***).

Die großen Streitigkeiten, in welche der Papst mit Venedig noch im Laufe des J. 1605 geriet, sind bekannt; sie hatten ihren Grund darin, daß die Republik ihr Kirchenwesen so viel wie möglich von Rom unabhängig machen wollte. Aus diesem Grunde beabsichtigte sie den Besitz der Geistlichkeit ihrer Besteuerung zu unterwerfen und gestattete nicht, daß päpstliche Exemtionen davon auch ferner giltig sein sollten; sie trat der

*) Cornet: Paolo V e la republica Veneta.

**) Molino, Relation vom Jahre 1605: — — non admettendo (der Papst) consuetudini, ch' egli chiama abusi, nè esempj de consenso de' pontefici passati, ai quali non solamente dice che non saperia accomodar la sua conscientia, ma che possono aver fatto male et potriano render conto a dio o che saranno stati ingannati, o che la cosa sarà stata diversa da quella che a lui viene portata, li lascia per il più malcontenti.

***) Cornet: Paolo V e la republica Veneta S. VIII: Il Granduca di Toscana cosi parlava al Molin del Borghese: che il Pontefice era novo, che non era uso a governar come principe grandissimo, perchè haver havuto qualche governo di città della chiesa, dove si procede col rigor ecclesiastico et da preti, non basta per saper governar come capo supremo.

Vermehrung des Kirchenvermögens direkt entgegen, indem sie die Veräußerung liegender Gründe an geistliche Corporationen verbot, und zuletzt suchte sie den römischen Einfluß noch dadurch zu verringern, daß sie sämmtliche Pfründen und das wichtige Amt der Inquisition nur mit Einheimischen besetzt wissen wollte. Diese Anordnungen waren theils alten Gesetzen entnommen, theils waren sie erst beschlossen worden, alle aber standen mehr oder weniger mit den Kanonen des Kirchenrechts im Widerspruch. Die Verhaftung zweier Geistlichen von Seite der republikanischen Magistrate brachte die bittere Stimmung, welche zwischen Rom und Venedig herrschte, endlich zum Ausbruch; der Papst drohte der Republik mit der Exkommunikation aller Magistrate und mit der Verhängung des Interdikts, wofern sie jene Gesetze, welche mit dem Kirchenrecht im Widerspruch standen, nicht aufgebe und die verhafteten Geistlichen ihm nicht ausliefere. Eine Reihe außerordentlicher Umstände, welche gerade jetzt bei der Neuwahl der Magistrate Personen an die Spitze der Republik brachten, die entschieden kirchenfeindlich gesinnt waren, darunter vor allem der Doge Donato, machten eine friedliche Beilegung des Streites unmöglich, und führten endlich dahin, daß der Papst in einem Konsistorium feier-
17. Ap. lich die angedrohte Exkommunikation und das Interdikt aussprach. Die
1606 bedeutendsten Kardinäle, darunter Baronius und Bellarmin, hatten ihre volle Zustimmung zu diesem Schritt gegeben, und vertheidigten in Schrift und Wort die Maßnahmen zur Aufrechthaltung der kirchlichen Jurisdiktion.

Das war nun allerdings ein Vorgehen, welches Heinrich IV auf die unangenehmste Weise in seinen Berechnungen störte; er träumte von nichts anderem, als von einer Verbindung der kleinen italienischen Staaten mit dem Papste, um sie allesammt gegen Spanien zu hetzen und nun brach ein Streit zwischen Rom und Venedig aus, der sich so bitter anließ, daß selbst, wenn er wieder geschlichtet war, seine Nachwehen noch lange fühlbar sein mußten. Der Papst fing allen Ernstes an zu rüsten, um die Republik zum Gehorsam zu bringen; diese säumte nicht mit ihren Gegenrüstungen und so schien der Ausbruch des Krieges in Italien unvermeidlich. Die Rollen für Frankreich und Spanien waren bei einem solchen Kampfe in voraus angewiesen; das letztere konnte nichts lieber sehen, als die Zertrümmerung der Republik und mußte deshalb den Papst begünstigen, Heinrich dagegen durfte unter keiner Bedingung Venedigs Schwächung zugeben, um nicht Philipp in Oberitalien allmächtig werden zu lassen. Frankreich bot also seinen Beistand in Venedig an, Spanien in Rom.

Dennoch kam es nicht zum Kriege. Philipp III und Lerma sahen wohl gern weitgreifende Entzweiungen zwischen italienischen Fürsten, aber



einen Krieg mochten sie doch nicht; die spanische Staatskassa war zu leer, um ihnen zu erlauben einen Kampf zu wagen, von dem vorauszusehen war, daß sich auch Frankreich an ihm betheiligen würde. Ihre Versicherungen in Rom, mit allen Mitteln dem Papste zu Hilfe zu eilen, waren zwar ernstlich gemeint, es war aber fraglich, ob diese Hilfe auch ausgiebig sein würde und Paul V war nicht der Mann, um sich einer solchen Erwägung zu entschlagen. Unterdessen boten die Franzosen alle ihre diplomatische Gewandtheit auf, um den Streit mit Venedig auf eine anständige Weise auszugleichen; Heinrich IV sandte selbst den Kardinal Joyeuse als Vermittler nach Italien, und so bekam die sowohl in Rom als in Venedig vorhandene Geneigtheit zum Frieden wieder die Oberhand. Venedig machte die ersten entgegenkommenden Schritte, um dem Papste die Aufhebung der Censuren zu ermöglichen und ließ in den folgenden Unterhandlungen von einem Theile jener gesetzlichen Bestimmungen ab, welche denselben so sehr verletzt hatten; andererseits begnügte sich dieser mit der geringsten Summe von Nachgiebigkeit, um einer Entzweiung ein Ende zu machen, die allzuschlimme politische und kirchliche Konsequenzen im Gefolge hatte. Am 9. Juni 1607 machte der Gesandte Venedigs wieder in Rom dem Papste seine Aufwartung und erfreute sich einer zuvorkommenden Aufnahme. Paul V versicherte ihn besonderer Achtung und Liebe für die Republik, erklärte, daß von dem guten Einvernehmen zwischen dem römischen Stuhle und Venedig die Freiheit Italiens abhänge und versprach nicht weiter sich der Vergangenheit zu erinnern; „Alles sei neu, das alte sei vergessen", fügte er am Ende hinzu*).

Aber trotz dieser freundlichen Worte des Papstes und trotz der theilweisen Nachgiebigkeit der Republik war der Streit doch nicht ohne ganz bedeutsame Folgen geblieben. In der Aufregung des Kampfes hatten sich in Venedig Lehren Bahn gebrochen, welche einem dauernden Bruche mit Rom das Wort redeten. Neben den Erörterungen Paolo Sarpi's welcher die weltlichen Rechte der Republik gegen den Papst vertheidigte und welche wie ein zündender Funke Italien in Brand setzten, hatten sich nicht wenige auch mit der Frage befaßt, ob man nicht versuchen solle, Venedig völlig von der römischen Kirche abwendig zu machen und dem Pro-

*) Contarino an den venetianischen Senat ddo. 7. Juni 1607 . . . che Sua Beatitudine li ha risposto, . . . che della buona intelligenza tra la Santità sua et la Santa Sede et la Republica dipende la conservatione della libertà d'Italia, che non voleva ricordarsi le cose passate, ma che nova sint omnia et vetera recedant. Bei Cornet: Paolo V e la republica Veneta.

testantismus in den Schooß zu führen. Zum Verständniß dieses Ereignisses ist es nöthig, auf dessen Urheber zurückzugehen.

Am Schluße des 16. Jahrhunderts gab es unter den Vertretern des Protestantismus in Europa einige halb geistliche halb politische Häupter, von denen die einen mit einem fanatischen Haß gegen den Katholicismus als Lehre, die anderen wieder gegen die politische Gewalt seiner Vertreter erfüllt waren. Es war nicht ihre Absicht, bloß auf friedlichem Wege ihrer Ueberzeugung Bahn zu brechen, sondern es drängte sie, selbst mit der Macht des Schwertes jene anzugreifen, welche ihnen als das vorzüglichste Hinderniß gegen den Erfolg ihrer Bestrebungen galten. Da dies vor allem das Haus Habsburg und der Papst waren, so erblicken wir sie bei allen politischen Verwicklungen unter den Gegnern dieser zwei Mächte und sehen sie allen ihren Einfluß gegen dieselben aufbieten. So lange Heinrich IV noch protestantisch war, galt er ihnen natürlich als der auserwählte Streiter Gottes und sie waren seine treuesten Verbündeten, doch auch nach seinem Uebertritt fielen sie nicht von ihm ab, weil, wenn auch nicht seine Wege die ihrigen waren, doch die Resultate seiner Politik, selbst gegen seine Absicht, ihre Zwecke fördern mußten. Das Haupt dieser, nicht durch förmliche Verabredungen sondern durch eine Art geistigen Bandes zusammengehaltenen Verbindung war der berühmte Hugenottenführer Duplessis-Mornay, der durch lange Jahre Heinrich IV große Dienste geleistet hatte und der sein ganzes Leben beharrlich einem Ziele widmete, dem nämlich, durch Gewalt oder auf friedlichem Wege seiner Ueberzeugung Bahn zu brechen. In Deutschland, in Oesterreich, in Italien, in den Niederlanden, vor allem aber in Genf, dem kalvinischen Rom, hatte er seine Agenten und suchte mit ihrer Hilfe um kirchlicher Zwecke willen dasselbe allgemeine Bündniß gegen den Papst und die Habsburger zu Wege zu bringen, welches Heinrich IV um politischer Zwecke willen gegen die letztern allein abschließen wollte. Er war es, der die Staatsmänner der Niederlande wie Olden-Barneveldt und Aerssens auf die Nothwendigkeit einer innigen Verbindung mit den deutschen Protestanten und mit Venedig aufmerksam machte und der wiederum bei diesen den Anschluß an die Niederlande empfahl. In Deutschland begegnete er auf halbem Wege dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Fürsten Christian von Anhalt, in Oesterreich baute er auf Karl von Žerotin*) große Stücke, in Italien hoffte er von Venedig aus den Sturm auf Rom eröffnen zu können. Er erwartete daselbst

*) Die Persönlichkeit dieses mährischen Magnaten wird in der weitern Erzählung stark hervortreten.



viel von Paolo Sarpi und Fra Fulgentio, das meiste aber von Diodati. Dieser, ein Venetianer von Geburt, war protestantisch geworden, hatte sich nach Genf zurückgezogen und wirkte von da aus nach Venedig hin im Sinne des Kalvinismus mit einer an Wuth grenzenden Beharrlichkeit, eine Eigenschaft, welche ihn übrigens zu einem geistigen Verwandten Duplessis' machte, welcher ebenfalls in der Bekämpfung und Beurtheilung des Katholicismus zeitweise eine verrückte Exaltation an den Tag legte. Diesen antikatholischen Bestrebungen gesellten sich überall die diplomatischen Agenten Englands als eifrige Förderer bei; man kann sagen, daß die Agitation gegen die katholische Kirche einen Theil ihrer amtlichen Beschäftigung ausmachte.

Der Beginn des Streites zwischen Venedig und Rom versetzte Duplessis-Mornay in eine außerordentlich freudige Aufregung, denn er hoffte von jetzt ab theils auf den Ausbruch eines Krieges, der gegen den Papst gerichtet war, theils auf die Erstarkung des protestantischen Elements, das bereits seinen Weg nach Venedig gefunden hatte. In der That war neben dem Dogen Donato eine große Anzahl der Mitglieder der Staatsinquisition antipäpstlich gesinnt und sonach nicht weiter der Eingang von Meinungen gehemmt, zu denen man vor kurzem nur mit großer Gefahr sich bekennen durfte. Auf Veranlassung des englischen Gesandten in Venedig, Wotton, ließ Diodati eine große Auflage des neuen Testamentes in handlicher Ausgabe drucken, um sie sammt und sonders nach Venedig einzuschmuggeln; bewährtern Anhängern wurden ganze Bibeln zugeschickt. Der englische Gesandte bot sein Haus für einen Prediger zum Aufenthalte an, wenn ein solcher es unternehmen wollte, der noch durch keine äußern Abzeichen geeinigten Gemeinde eine feste Begründung zu geben*), und lud dazu Diodati selbst ein, da dieser, als Italiener von Geburt und nur um seines Glaubens willen in Genf lebend, die bedeutendste Wirkung hätte ausüben können. Als Diodati für den Augenblick diese Aufforderung als zu gefährlich ablehnte, wurde es als das beste Mittel für die Organisirung der protestantischen Gemeinde in Venedig angesehen, wenn fremde Gesandte in möglichst großer Anzahl in dieser Stadt ihren Sitz aufschlügen und wenn in ihrem Gefolge Prediger sich befänden, die we-

*) Correspondance de Duplessis-Mornay. Diodati an Duplessis-Mornay ddo. 22. April 1605. Bd. X. S. 80. . . . le ministre dudict sieur ambassadeur m' escrit en ces termes: Ecclesiæ Venetæ reformationem brevi speramus. Un aultre de là mesme escrit que la liberté y sera dans peu de temps plus grande qu' elle n' est en France; composée des plus grands et notables personnages dudict lieu et sçais de très bonne part, que le duc mesmes a grande entrée en la cognoissance de verité.

nigstens vorläufig in lateinischer Sprache ihrem Glauben Eingang zu verschaffen wüßten*). Dies war auch der Grund, weshalb Duplessis den Kurfürsten von der Pfalz mehrmals mahnte, einen Agenten zu diesem Zwecke in Venedig zu unterhalten. Indessen kam es dennoch im Laufe der nächsten Jahre nicht weiter, als daß der Kaplan des englischen Gesandten die vorgeschrittensten Gesinnungsgenossen bei sich in geheimen Versammlungen empfing, ein allerdings unzureichendes Auskunftsmittel, da man rechnete, daß nicht weniger als 300 Edelleute und 15.000 Personen aus dem Volke den neuen Lehren anhingen**).

Eigenthümlich und merkwürdig ist die Stellung, welche die Venetianer selbst dieser Bewegung gegenüber einhielten und namentlich jener Mann, dessen Name in der geistigen Entwicklung jener Zeiten immer widertönt, Paolo Sarpi. Noch bevor derselbe im Streite gegen Paul V den hervorragendsten Platz einnahm und in seinen Entgegnungen auf Bellarmins und seiner Freunde Behauptungen sich als den grimmigsten Gegner der mittelalterlichen Auktorität des Papstes bewährte, war er in Venedig als ein Anhänger der Neuerungen bekannt und alle jene, welche deren Einführung wünschten, wendeten sich mit vollem Vertrauen an ihn***).

---

*) Mémoires et correspondance de Duplessis-Mornay, tome X, p. 141. Mémoire des affaires de Venise par le retour de M. de Liques, qui feut à la fin de Novembre 1605. . . . Quant à ce qu'on peult demander s' il s' en trouve au moins quelques ungs bien instruicts et qui avec zele desirent une réformation entiere; le pere Paolo (Sarpi) bien que selon l' humeur de la nation avec beaucoup de reteneue, m' asseura, que dų Peuple pouvoit faire estat de plus de douze ou quinze mille personnes, qui, des la premiere occasion, feront corps pour se retirer en tout et partout de l' Eglise romaine. . . . — Nachdem Liques erzählt, daß man trotz aller günstigen Verhältnisse sich zu einem öffentlichen protestantischen Gottesdienste nicht versammle, sagt er weiter: Semble donc pour le present de donner ouverture à ces assemblées secrettes, et ne se peult que par deux voies; ou que les Flamands ou Grisons qui sont là en grand nombre commencent tout doucement à faire corps, et soubs ombre de quelques communications d' affaires ou de marchandise, accoustument le peuple à les voir assembler ordinairement; ou que remonstrans, qu' estans si grand nombre et si long temps absens des lieux de leur liberté ils demandent de s' exercer en leur religion, chose non tant esloignée d' esperance, si on les y peult resouldre veu la permission obteneue par l' Ambassadeur de faire prescher chés soi . . . Mais rien ne facilitera tant cest oeuvre, que si on pouvoit persuader les princes protestans de tenir à Venise chacung un gentilhomme . . .

**) Des Unionsgesandten Leuck Relation ddo. Nov. 1610. Archiv von Bernburg, MS. 98. — Münchner Staatsarchiv 548/7 250. Leuck an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. 15/25. Sept. 1609.

***) Wie dies unter andern das eben erwähnte Memoire Liques' des längeren nachweist.



Als nun der Streit ausbrach, billigte er alle Versuche, welche von dem englischen Gesandten und von der Genfer Propaganda in Venedig für die Einführung des Protestantismus geschahen, ohne doch gleichwohl selbst offen für denselben aufzutreten. Die mannigfachen und vertrauten Unterredungen, welche er mit Protestanten über diesen Gegenstand hatte, machen uns sein Benehmen einigermaßen begreiflich. Zu allen Zeiten erklärte er, daß es sich ihm um den Sturz des Papstthums handle und daß er hiezu das gewaltsamste Mittel, einen Krieg in Italien allen andern vorzöge, weil dieser allein zum Ziele führe. Ueber dies hinaus scheint Sarpi den konfessionellen Bestrebungen fremd, wo nicht gar feindlich gegenüber gestanden zu haben. Als ihm der Gesandte des Pfalzgrafen von Neuburg ein Exemplar der augsburgischen Konfession überreichte, erklärte er ihm, er finde keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem Lutherthum und Kalvinismus und hoffe, daß, wenn das „Evangelium" einmal in Italien zum Durchbruch käme, es zu keinen derartigen Streitigkeiten wie in Deutschland kommen würde *). Er wollte vor der Hand nur jene Lehren vertilgen, welche ihm als Anhängsel des Papstthums galten, also die Anrufung der Heiligen, den Glauben an das Fegfeuer, an die Rechtfertigung durch die Werke, auch wünschte er in der Ausspendung der Sakramente eine vollständige Reform; um diesen Preis war er geneigt die katholischen Ceremonien im ganzen beizubehalten. Da er außerdem auf das vielfache Andrängen der Ausländer, sich doch offen zum Protestantismus zu bekennen, immer entgegnete, es sei dies gerade nicht nöthig, Gott sehe auf das Innere und darnach urtheile er, so dürften wir vielleicht in der Annahme nicht fehl gehen, daß es sich ihm um die allgemeine Verbreitung eines protestantischen Bekenntnisses, selbst eigener Redaktion, nicht handelte, sondern daß er bloß jenen Lehren, welche dem Papstthum als Grundlage dienten, den Boden entziehen, und nur dieses allein, wo möglich, vernichten wollte, unbekümmert vor der Hand darum, welche Wege die geistige und kirchliche Entwicklung dann einschlagen würde. Damit ist es vereinbar, daß er selbst täglich mit vielem Anstand die Messe las, die Ordensregeln beobachtete, die Beichte hörte und andererseits alle Bestrebungen der protestantischen Propaganda, mochten sie kalvinischer oder lutherischer Natur sein, willkommen hieß, die Einwanderung von Predigern und Erziehern aus Deutschland billigte und in allen Verhandlungen mit ausländischen Diplomaten, deutschen, niederländischen und englischen, einen Krieg in Italien als das einzige Mittel anpries, die an-

*) Münchner Staatsarchiv 548/7, 254. Leuck an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Venedig 9/19. Okt. 1609.



gestrebte Reform rascher durchzuführen, und daß er endlich den Schutz der Protestanten in Kärnthen, Krain und Steiermark dringend empfahl, damit auch von dort aus auf das Festland von Venedig eingewirkt werden könnte *). Er bezeichnete als das Ziel seiner Bestrebungen die Zurückführung der „entarteten Kirche" auf den apostolischen Standpunkt; da er aber dem Konfessionalismus so wenig das Wort redete, mag er wohl dem modernen Rationalismus näher gestanden haben, als den alten Kirchenlehrern, die ja, abgesehen von ihrer Orthodoxie, ausschließlich auf dem Boden eines artikulirten und nach allen Seiten hin streng begrenzten Bekenntnisses wurzeln. Mit dieser Zurückhaltung ermüdete und reizte er aber nachgerade seine Freunde; Diodati und Duplessis mißbilligten dieselbe und der Fürst von Anhalt schalt ihn sogar deshalb einen „suffisanten" Menschen **); er selbst ließ jedoch bis zu seinem Tode nicht von dem eingeschlagenen Benehmen ab. Hätte Heinrich IV seine politischen Pläne durchgeführt, würde vielleicht auch Sarpi eine andere Entwicklung durchgemacht haben. So aber wirkte sein Einfluß und sein Beispiel verzögernd auch auf jene Venetianer ein, welche sich mit aller Kraft in die antirömische Bewegung stürzen wollten, wie dies besonders bei Fra Fulgentio***), Sarpi's Genossen und Freund, der Fall war. Gleich letzterem trat Fulgentio mit der ausländischen Propaganda in den regsten Verkehr, wirkte mit seinem ganzen

*) Münchner Staatsarchiv 548/7-256. Leuck an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Venedig 19/29. Okt. 1609.

**) Archiv von Bernburg, Reg. F. 1, 23/152. Anhalt an Sebottendorf den Erzieher seines Sohnes. Il me semble que ce bon fra Paolo soyt un trés suffisante personnage et qu'il ammoneste fort bien qu'on se doybt fort bien garder affin qu'e cest Embrion d' Eglise ne soyt estouffé dans son premier et trés tendre mouvement. C' est pourquoy, que le S. Diodati s' en doubte meritement de ceste Maxime non san pareil que fra Paolo en doybt tenir à scavoir, que Dieu regarde seulement l' interieure et par consequent, que se puisse dire encores messe. — Mémoires et correspondance de Duplessis-Mornay t. X p. 268. Diodati an Duplessis-Mornay ddo. 8. Jänner 1608. Diodati berichtet, er sei im geheimen nach Venedig gereist und habe da über die Sache des Protestantismus mehrere Konferenzen mit Sarpi gehabt; bei dieser Gelegenheit beklagt er sich über des letztern Mangel an kühner Entschlossenheit, wodurch er auf andere einen hemmenden Einfluß ausübe. Dann sagt er: Mais j' ai decouvert plus avant le fonds de sa pensée; c' est qu' il ne pense poinct que la profession soit du tout necessaire, que Dieu regarde au coeur et à sa bonne inclination.

***) Fra Fulgentio war nach Diodati's und des englischen Gesandten Wotton Zeugniß kühner und offener in seinen Angriffen gegen den Papst. Man sehe in der citirten Korrespondenz Duplessis' Bd. X. S. 294 Wottons Brief an Duplessis ddo. 17. März 1609.



Einfluß gegen den Papst und schonte ihn selbst nicht in seinen Predigten, aber von einem formellen Abfall hielt ihn die zaudernde Hand des Meisters ab. Es ist in diesem ganzen venetianischen Protestantismus etwas Gemachtes und Eisiges; Doge, Senat, Hunderte von Edelleuten, Tausende aus dem Volk scheinen bereit, sich ihm in die Arme zu stürzen und werden nur durch Rücksichten, welche mehr ihre Einbildung als die Wirklichkeit zur Grundlage hatten, davon zurückgehalten. Die ganze Opposition gegen Rom hatte doch nur in Fremdlingen und Politikern ihren Halt und ging mit derselben politischen Strömung wieder unter, welche sie emporgehoben hatte.

Die Heimlichkeit, mit welcher auf diese Art das Werk der Glaubensneuerung betrieben wurde, machte, daß weder der Papst noch Heinrich IV den ganzen Umfang der geistigen Bewegung kannten, welche sich in Venedig vorbereitete. Es war und blieb diese ein Geheimniß, welches neben Duplessis wohl auch Sully kannte, das man dem Könige aber verbarg, weil man wußte, wie wenig derselbe Ereignisse herbeisehnte, welche einen neuen Konflikt zwischen dem Papst und der Republik herbeiführen und seine italienischen Pläne nur durchkreuzen konnten. Unmittelbar nach der Beilegung des Interdiktstreites nahm Heinrich die Begründung der Union in Italien mit aller Energie in Angriff und er hatte in der That keine Zeit zu verlieren, denn in Deutschland war dieselbe ihrem sichern Abschluße ganz nahe, und die Ereignisse in Oesterreich forderten das gleiche dringend in Italien. Toskana, auf welches Frankreich sonst sicher rechnen konnte, mußte seit der Heirat zwischen dem Sohne des Großherzogs und der Schwester Ferdinands von Steiermark, welche indessen glücklich zu Stande gekommen war, vor der Hand außer Acht gelassen werden; es blieben nur Venedig und Savoyen, deren Beispiel gewiß die kleinern Fürsten und schließlich vielleicht auch der Papst befolgte. Schon während des Interdikts hatte der französische Gesandte wie aus eigenem Antriebe dem Senate in Venedig eine Liga mit Frankreich proponirt, allein da dieser Antrag etwas kalt aufgenommen wurde, desavouirte Heinrich den Schritt seines Gesandten und erklärte, daß so lange die Streitigkeiten mit dem Papste nicht ausgeglichen seien, er an keine Verbindung mit Venedig denke, um nicht dem Papste Grund zur Vermuthung zu geben, als sei sie gegen ihn gerichtet. Kaum war aber der Friede zwischen Rom und Venedig hergestellt, so machte Heinrich sowohl dem venetianischen Gesandten in Paris als auch dem Senate in Venedig selbst den Antrag zu einem Bündniß. Der Senat, dem damals die Streitigkeiten in Graubündten am Herzen lagen und der in keine Verbindungen mit Frankreich sich einlassen wollte, deren Ziel er nicht genau voraussehen



konnte, zog die Verhandlungen darüber in die Länge, so daß auch das J. 1607 vorüberging, ohne daß Heinrich seinem Ziele näher gekommen wäre*). Er bediente sich nun Savoyens als eines Treibers. Der Herzog Karl-Emmanuel war die ganze Zeit, in welcher Philipp II Aussicht hatte, den Sieg über Heinrich IV davonzutragen, mit Spanien verbündet und hatte von daher große Subsidien bezogen, mit deren Hilfe er sich nach der französischen Grenze hin auszubreiten gesucht hatte. Kaum war jedoch Heinrich IV Sieger geworden und kaum hatte er seine Regierung in dem Grade konsolidirt, um auf auswärtige Unternehmungen denken zu können, so war für Karl Emmanuel auch die Zeit zum Wechsel seiner Allianz gekommen. Begierig nach Vergrößerung setzt wie früher, sah er größere Gelegenheit hiezu nach der italienischen als nach der französischen Seite und der Gewinn von Mailand schien ihm schließlich nicht unmöglich. Während er von Spanien noch Subsidien bezog, die jährlich etwa 200.000 Scudi **) betrugen, begann er bereits mit Heinrich IV Verhandlungen über ein gegen Spanien selbst gerichtetes Bündniß. Offenbar nach vorläufiger Verabredung mit dem Könige machte er wie von freien Stücken dem venetianischen Gesandten in Frankreich, Foscarini, bei seiner Durchreise durch Turin den Vorschlag zu einer gemeinschaftlichen Union der italienischen Staaten mit Heinrich IV***), und auch der letztere forderte, mit Beziehung auf den Vorschlag des Herzogs von Savoyen, Venedig abermals zu einer gemeinschaftlichen Liga auf. Nichtsdestoweniger verfloßen noch das J. 1608 und ein guter Theil des folgenden, ohne daß es zwischen Frankreich und Italien zu festen Verabredungen gekommen wäre. Desto mehr hatten indessen die Verhandlungen, welche Heinrich IV mit Deutschland durch Vermittlung des Fürsten von Anhalt geführt hatte, einem bedeutenden Resultate entgegengeführt.

III.

Während der venetianische Interdiktstreit Heinrich IV nöthigte, die Rolle eines Vermittlers in Italien aufzunehmen und den Abschluß einer Union daselbst spätern Zeiten zu überlassen, ging es ihm in Deutschland nach Herzenswunsch. Zwar waren bereits drei Jahre verflossen, seit er mit dem Landgrafen Moriz von Hessen zuerst die Mög-

*) Informazione fatta dall' ambasciatore Pietro Priuli sullo stato delle trattative per una lega tra la Francia ed i Principi d' Italia 1608. Bei Alberi.

**) Contarini, Relation von Savoyen 1601.

***) Priuli in der eben citirten Information bei Alberi.

lichkeit einer deutschen Union erörtert hatte *) und noch immer war kein entscheidender Schritt zu ihrer Realisirung geschehen, aber daran waren mehr die protestantischen Bewegungen in Frankreich als der Mangel an Geneigtheit bei den deutschen Fürsten Schuld. Er bedurfte übrigens in Deutschland selbst eines Mannes, der im Stande war, durch seine diplomatische Geschicklichkeit und seine Stellung alle die Bedenken wegzuräumen, welche sich immer hemmend neuen Verbindungen selbst bei jenen entgegenstellen, welche gern bereit sind, sich ihnen anzuschließen. Dieser Mann fand sich in dem Fürsten Christian von Anhalt-Bernburg vor, einem der größten diplomatischen Talente und Intriganten seines Jahrhunderts.

Christian von Anhalt war im J. 1568 geboren und hatte in seiner Jugend alle die Bildung erhalten, welche man zu seiner Zeit jungen Fürsten zu geben pflegte; man erzog ihn im Kriegshandwerk und brachte ihm die Kenntniß mehrerer Sprachen, vor allem des französischen bei, dessen er sich mit gleicher Gewandtheit wie seiner Muttersprache bediente. Als Heinrich am meisten von Spanien und der Liga bedrängt wurde, zog er ihm, erst 23 Jahre alt, an der Spitze eines Heeres, zu dessen Ausrüstung mehrere deutsche Fürsten das ihrige gethan hatten, und das man auf nicht weniger als 16.000 Mann anschlug, zu Hilfe. Bei der Belagerung von Rouen ward er am rechten Fuße an der Seite des Königs verwundet; auf des letztern Frage, ob dem so sei, erwiederte er mit einer etwas theatralischen Gleichgiltigkeit: Vielleicht Sire. Da Heinrich dem deutschen Hilfsheere den Sold auszuzahlen nicht im Stande war, so zog sich dasselbe wieder in die Heimat zurück und auch Anhalt gab den Dienst in Frankreich auf, weil er sich dabei allzugroßen Vermögensverlusten aussetzte. Einige Zeit lebte er nun unthätig zu Hause, bis er von Seite des Kaisers aufgefordert wurde, in seinen Dienst zu treten und sich im Kriege gegen die Türken verwenden zu lassen. Die Verhandlungen zerschlugen sich jedoch und Anhalt trat darauf in die Dienste des Kurfürsten Friedrichs IV von der Pfalz, welcher ihn zum Statthalter 1595
über die Oberpfalz machte, worauf er seinen Sitz in Amberg aufschlug. Trotz seiner verhältnißmäßigen Jugend hatte sich Anhalt tüchtig in Europa umgesehen, er hatte auch den Hof Rudolfs besucht, war selbst bis nach Konstantinopel gekommen und hatte sich auf diese Weise bei seiner scharfen Beobachtungsgabe eine genauere Kenntniß der allgemeinen Verhältnisse erworben, als Tausende seiner Zeitgenossen. Die abseitige Lage Ambergs — fern von den Centralpunkten deutschen Lebens und nahe

*) Im J. 1602.

an der böhmischen Grenze — übte auf ihn keineswegs diejenige Wirkung aus, die sie sonst auf die meisten Personen seiner Stellung auszuüben pflegt; statt sich nämlich einem müssigen Genußleben daselbst hinzugeben, lauschte er mit aller Aufmerksamkeit den Bewegungen der Zeit, bekümmerte sich ebenso um die innern Angelegenheiten von Oesterreich und Deutschland als um die von Frankreich und erwartete die Gelegenheit, welche sich ihm zur vollen Entwicklung seiner Fähigkeiten bieten würde. Einige Zeit hieß es, er werde die Schwester Heinrichs IV heiraten — wir wissen nicht, ob dieses Gerücht eine tiefere Grundlage hatte — als er sich in Amberg niederließ, heiratete er die Gräfin Anna von Bentheim, mit welcher er in langer und glücklicher Ehe lebte*).

Christian von Anhalt gehörte zu jenen Politikern, welche nicht erst die Ereignisse an sich herankommen lassen, um durch sie bestimmt zu werden, sondern welche dieselben entweder hervorrufen oder voraus trachten ihnen eine bestimmte Direktion zu geben. Er war das, was man einen aktiven Politiker nennen könnte, und in dieser Beziehung hatte er unter seinen Zeitgenossen nur einen einzigen ebenbürtigen Geist, Heinrich IV von Frankreich. Die Staatsmänner der Niederlande, wie der Prinz von Oranien selbst, Olden Barneveldt, van Aerssens, die Politiker Venedigs, so sehr auch ihre Voraussicht und Weisheit zu rühmen ist, können doch nicht mit Heinrich IV oder mit Anhalt in eine Parallele gestellt werden, denn jene vertheidigten nur mit Genialität ihren Besitz, während diese darnach strebten, eine vollständige Aenderung der europäischen Staatenverhältnisse herbeizuführen. Wäre der Fürst von Anhalt ein eben so großer Feldherr gewesen, wie er ein großer Politiker und Intrigant war, so hätten die Resultate seiner Bemühungen noch heute Bestand unter den Staaten Europa's und seine Bedeutung käme der eines Ludwigs XIV und Friedrichs II gleich oder nahe**).

Das Ziel von Anhalts Streben, das er sein ganzes Leben lang unverrückt im Auge behielt, war der Ruin des Hauses Habsburg und so weit dies dazu nöthig war, der der katholischen Religion. Seinen Bestrebungen lagen nicht die Ideen zu Grunde, welche den Aufstand in

*) Mehrere der obigen Daten aus Beckmann: Historie des Fürstenthums Anhalt. P. V, VI und VII.

**) Eine solche Betonung von Anhalts Wirksamkeit dürfte vielleicht manchem übertrieben erscheinen, allein wir fügen zu unserer Rechtfertigung nur bei, daß die Geschichtsforschung in Bezug auf die Zeit von 1600—1620 noch sehr im Argen liege und daß man über Anhalt nur gründlich urtheilen könne, wenn man sein Wirken in den Jahren 1606—1612 vor allem aber in den Jahren 1618—1620 kennt.

den Niederlanden entzündet und stets brennend erhalten haben; er war nur, wie so viele anderen Fürsten in Deutschland, vom Gefühle des Hasses gegen ein Haus geleitet, welches durch seine Macht unablässig drohte, sie in den Zustand einer Abhängigkeit zu versetzen, welche der des englischen oder französischen Adels von ihren Herrschern gleichkam. Von der Schwärmerei Duplessis-Mornay's und gleichgesinnter Freunde, welchen trotz ihrer politischen Pläne das religiöse Moment die Richtschnur ihrer Handlungen war und die für ihre Person offen und ehrlich genug waren, die Katholiken nie über ihre letzten Zwecke im Zweifel zu lassen, hatte er keine Spur in sich; sein Kalvinismus war in seinen politischen Bestrebungen konzentrirt und damit auch erschöpft. Eben so wenig hatte er eine Aehnlichkeit mit den niederländischen Rebellen, so wenig, daß er sogar diese ganze Bewegung wegen ihrer bürgerlichen Tendenzen mit mißfälligen Augen betrachtet hätte, wenn sie nicht gegen Spanien gerichtet gewesen wäre. So klein auch sein Land war, das er beherrschte und so geringfügig für uns der Unterschied zwischen ihm und einem Magnaten von Ungarn oder Böhmen erscheinen mag, so fühlte und dachte er doch nicht anders wie die größten Könige; für ihn waren alle Ereignisse nur insofern von Bedeutung, als sie seine Macht zu vergrößern und die des Gegners zu verringern vermochten. Es hieße seine ganze Natur und Wirksamkeit verkennen, wenn man in ihm etwas von einem deutschen Patrioten sehen wollte; der damals in Europa allgemein geltenden dynastischen Politik setzte er nur eine solche entgegen, die von ähnlichen Triebfedern geleitet war; das Wohl oder das Interesse des Ganzen hatte für ihn nur eine höchst sekundäre Bedeutung. Seine Geschicklichkeit in der Auffassung politischer Kombinationen, in der Hervorrufung von Verwicklungen und in ihrer Benützung war von seltener Vollendung, machte es aber auch allein möglich, daß er durch so viele Jahre den Mittelpunkt der Ereignisse in einem guten Theile Europa's bildete.

Bei der Beschaffenheit seines Charakters und bei seinen Tendenzen hatte Anhalt die glücklichste Wahl getroffen, daß er sich in die Dienste des Kurfürsten von der Pfalz begab, denn nirgends sonst hätte er so viel Gelegenheit zu einer Thätigkeit gehabt, welche seinem Wesen am meisten zusagte. Seit dem Beginn seiner Regierung hatte Friedrich IV von der Pfalz nach dem althergebrachten Beispiele deutscher Fürsten die kaiserliche Auktorität zu untergraben gesucht und nach der Beschaffenheit seiner Mittel in der That das Möglichste geleistet. Seine Politik verfolgte ein doppeltes Ziel, ein partikuläres und ein auf ganz Deutschland gerichtetes. Die partikuläre, wir möchten sagen, pfälzische Politik hatte vor allem die Machtverhältnisse im westlichen Deutschland vor Augen. Bei der Lage des



wichtigsten Theiles seiner Besitzungen am Rhein hatte er auch hier die meisten Interessen zu verfechten und deshalb die offene Theilnahme für den günstigen Verlauf des niederländischen Aufstandes, da die Schwächung Spaniens am Niederrhein ihn von allen Sorgen befreite, welche ihm diese Macht als natürliche Verbündete der Kaiser einflößte. Er hoffte zugleich in einer mehr oder minder fernen Zeit, daß seine und der Niederländer Besitzungen die geistlichen Kurfürsten umklammern und dem Schicksale so vieler anderer deutschen Bisthümer entgegenführen würden. Seine verwandtschaftlichen Verhältnisse knüpften ihn übrigens so recht an die Gegner der Habsburger und der Katholiken, seine Gemahlin war eine Prinzessin von Nassau-Oranien und auch der Herzog von Bouillon, eines der bedeutendsten Häupter der französischen Hugenotten, gehörte in den Kreis seiner Sippschaft. Zu einer Zeit, wo allein die Interessen der Machthaber über den Gang der Politik entscheiden, pflegen Heiraten und Schwägerschaften dieselbe überwiegend zu bestimmen und wir werden es begreiflich finden, daß sich Friedrich IV mehr oder weniger mit seinen Verwandten identificirte. — In seiner auf ganz Deutschland gerichteten Politik suchte der Kurfürst eine wo möglich vollständige Trennung und Isolirung des Kaisers zu Stande zu bringen; auf den Reichstagen hatte er sich deshalb, wiewohl erfolglos, an die Spitze jener gestellt, welche dem Kaiser alle Geldhilfen verweigern wollten. In dem religiösen Zwiespalt stand er auf Seite der Kalvinisten und hatte dadurch um so mehr Grund an dem Bau der Reichsverfassung zu rütteln, da dieselbe wohl dem Lutherthum aber nicht dem Kalvinismus eine berechtigte Existenz zuerkannte. Für sich selbst trachtete er begierig nach Vergrößerung seiner Macht, da er aber für sich allein in einer weit ungünstigeren Position als Sachsen und Brandenburg, ja selbst als Baiern war, so konnte er nur durch Bündnisse sein Ziel erreichen und insofern kam er auf halbem Wege Heinrich IV entgegen, wenn dieser sich nach Bundesgenossen umsehen wollte. Ohne Zweifel wäre zwischen beiden noch im J. 1602 oder wenig später eine Verständigung erfolgt, wenn nicht die Irrungen zwischen Heinrich IV und dem Herzog von Bouillon dazwischen getreten wären, während andererseits die Milde des Königs gegen das aufrührische Benehmen Bouillons ihre Erklärung in der Rücksicht findet, welche er in Bezug auf die deutschen Fürsten namentlich Kurpfalz üben mußte*).

Es geschah nun im J. 1605, daß der Kurfürst von der Pfalz auf uns unbekanntem Wege in Erfahrung brachte, Spanien wolle den Erz-

*) In Rommels: Correspondance de Henri IV avec le Landgrave Maurice de Hesse zeugen viele Briefe dafür, unter andern S. 319.



herzog Albrecht auf den deutschen Thron bringen. Wir wissen bereits, daß, obwohl diese Nachricht ursprünglich richtig gewesen, dies doch bereits um diese Zeit nicht mehr der Fall war, da sich in Spanien andere Anschauungen Bahn gebrochen hatten. Für Friedrich IV war diese Nachricht das Signal zu neuer Thätigkeit, denn wenn er die Vernichtung der kaiserlichen Macht anstrebte, so lange sie auf Böhmen und Ungarn begründet war, so mußte er gegen dieselbe auch die letzten Mittel aufbieten, wenn sie in Belgien und den Rheinlanden ihren Sitz aufzuschlagen drohte. Alle bisherigen Anstrengungen, im Norden von Seite der Niederlande, im Süden von Seite der Pfalz, den geistlichen und katholischen Besitz in Belgien und den Rheinlanden zu umklammern, zu schwächen und wo möglich zu zertrümmern konnten sonst zu nichte gemacht werden und die Reihe der Niederlagen auf die frühern Angreifer kommen.

Die Kandidatur Erzherzog Albrechts mußte also unmöglich gemacht werden. Im Auftrage des Pfalzgrafen ging der Graf Johann von Nov.
Nassau zum Landgrafen Moriz von Hessen, um diesem die Gefahr vor- 1605
zustellen und ihn zu einer Reise zum Könige von Frankreich zu vermögen, damit derselbe durch seinen Einfluß auf die geistlichen Kurfürsten oder auf andere Weise gegen Albrecht Partei ergreife. Als bei dieser Gelegenheit der Gesandte erklärte, man würde schon viel gewonnen haben, wenn Mathias statt Albrechts den Kaiserthron bestiege, erwiederte Moriz, daß man unter solchen Bedingungen auf Heinrichs Beistand nicht rechnen möge. Was der König wolle, sei nichts mehr und nichts weniger als die völlige Ausschließung des Hauses Habsburg; dies habe er ihm bereits vor drei Jahren erklärt und nur den Herzog Maximilian von Bayern als den ihm genehmen Kandidaten bezeichnet *).

Christian von Anhalt, welcher gleich anfangs in diese Verhandlungen eingeweiht worden war, mißbilligte ein so entschiedenes Auftreten gegen das Haus Habsburg, denn es entsprach nicht der Einsicht, welche er inzwischen von den bestehenden Verhältnissen gewonnen hatte. Die Wahl eines fremden Fürsten war nicht eher möglich, als nach Rudolfs Tode, denn ohne dessen Zustimmung war eine Berufung der Kurfürsten zur Wahl nicht denkbar und diese Zustimmung war vom Kaiser, wie die Erfahrung lehrte, nicht einmal für einen Prinzen seines Hauses zu erlangen, noch weniger also, wenn man die Erhebung eines andern Hauses im Sinne hatte. Zudem war die Kaiserkrone ein zu armseliges Flitterwerk geworden, das nur in der Hand des Mächtigen Be-

*) Münchner Staatsarchiv 546/11, 311, Johann von Nassau an Kurpfalz, ddo. 13/23. Nov. 1605.

deutung gewinnen konnte. Das Haus Habs urg, von der Krone ausgeschlossen, blieb doch im Besitz seiner Länder und konnte vielleicht einen schwachen Gegner zermalmen. Es konnte sonach geschehen, daß der Herzog von Bayern oder wem sonst man die Krone anbot, dies gefährliche Geschenk ausschlug, eine Eventualität, welcher sich ein Politiker wie Anhalt nicht aussetzen wollte.

Seit es Könige und Königsgeschlechter gibt, seit dem lehrt die Geschichte, daß der Ehrgeiz nachgeborner Prinzen größer sei, als mit dem Wohle ihres Hauses verträglich. Sollte sich Niemand im Hause Habsburg finden, der geschickt aufgereizt und geleitet, seine Hand nicht nach höherem ausstrecken würde, als worauf ihn die Vorsehung angewiesen? Diese Frage legte sich auch der Fürst von Anhalt vor und keineswegs war er lange um eine Antwort verlegen. Daß Heinrich weder an Albrecht noch an Mathias Geschmack fand, begriff er ganz wohl, denn mit der Wahl des einen und des andern konnte dem Hause Habsburg nur gedient sein. Aber wenn man unter den Prinzen des Hauses einen kinderlosen aufsuchte, diesen unter allerlei Vorspiegelungen gewann und gegen den Willen aller übrigen als Kandidaten für die Kaiserwürde verschlug, dann konnte es zu einem Zusammenstoß kommen, der für die Habsburger verderblich werden mußte.

Anhalt hatte sein Augenmerk auf den Erzherzog Maximilian, den damaligen Statthalter von Tirol, geworfen. Von diesem Prinzen, welcher als Hoch- und Deutschmeister eine sehr bedeutende Stellung in der katholischen Kirche einnahm, ging das Gerücht, er sei den Spaniern nichts weniger als holdgesinnt, und was gleichbedeutend schien, gegen die Protestanten von billiger Gesinnung. Thatsache ist, daß Maximilian bei vielen Gelegenheiten einen gewissen Haß gegen die Spanier zur Schau trug, ihr Mißtrauen und ihre Steifheit verspottete und selbst von sich erzählte, daß, als er einmal in Spanien seine Schwester, die Gemahlin Philipps II, besucht habe, er mit ihr nicht anders als in des Königs Gegenwart und nur in einer demselben verständlichen Sprache, also nicht deutsch, reden durfte. Anhalt glaubte in ihm einen nicht bloß klugen sondern auch listigen und verschlagenen Mann entdeckt zu haben; was Wunder, wenn er Zutrauen zu ihm faßte und in ihm den gewünschten Prätendenten gefunden zu haben glaubte. Wenn Maximilians Ehrgeiz aufgestachelt war und wenn Heinrich IV, und was dann gleichbedeutend schien, die Mehrzahl der Kurfürsten für seine Erhebung gewonnen werden konnten, dann dachte sich Anhalt die weitere Entwicklung der Ereignisse in folgender Weise. Maximilian sollte die Königreiche Ungarn und Böhmen nach Rudolfs Tode an sich bringen, indem er die Stände

dieser Länder zur freien Wahl aufforderte. Die Stände schon vorher gehörig bearbeitet, würden natürlich nichts eiligeres zu thun gehabt haben, als dieser Forderung nachzukommen und mit Uebergehung Mathias' dem Erbrechte der Habsburger den tödtlichsten Stoß versetzt haben. Nach Maximilians Tode war dann sowohl in der Succession der Königreiche, als auch in der der Kaiserkrone völlig freie Bahn. Seine Ehelosigkeit und sein nicht unbedeutendes Alter konnten ihm natürlich bei allen jenen, welche Anhalts Pläne unterstützten, nur zur Empfehlung dienen. Deshalb war der Fürst mit einemmale dafür, daß die Wahl des kaiserlichen Nachfolgers schon bei Lebzeiten Rudolfs vor sich gehe, damit Maximilian im Besitz der deutschen Krone nach dem Ableben des Kaisers desto erfolgreicher den Erbansprüchen Mathias' begegnen könnte.

Der Kurfürst von der Pfalz wurde für diesen Plan gewonnen, und Anhalt, nie müßig in der Durchführung seiner Konceptionen, suchte im Beginn des Jahres 1606 den Erzherzog Maximilian auf, als dieser Feb.
zufälligerweise auf einer Reise in seine Nähe kam. Ueberraschst von den Eröff- 1606
nungen und Anerbietungen wies der Erzherzog jeden ehrgeizigen Gedanken von sich ab, aber wie es schien mit solcher Unentschiedenheit, daß Anhalt auch weiter in ihn dringen zu dürfen glaubte, bis er zuletzt die Ueberzeugung gewann, es mißfalle Maximilian keineswegs eine glänzende Erhebung*). Um seine Bedenken vollends niederzuschlagen fügte er deshalb bei, es sei dies der einzige Weg, Böhmen und Ungarn — beide Wahlreiche — dem Hause Oesterreich zu erhalten. Anhalt sprach bei dieser Gelegenheit im Namen des Kurfürsten von der Pfalz, und gab zu verstehen, daß dieser die Erhebung des Erzherzogs als seine Aufgabe betrachten

*) Münchner Staatsarchiv 547/1, 58, Relation churfürstlich geheimen Raths des von der Grün zu hoff in presentia Großhofmeisters, Plessen und Loesenii ddo. 20. Feber/2. März 1607. In dem Zwiegespräch, welches sich zwischen Erzherzog Maximilian und Anhalt entwickelte, hieß es . . . Maximilian (sagte), es ermangle aber ihm am patrimonio. Anhalt hoffte, wann die Brüder der Churfürsten Inclination sehen, das sie gern von dem ihrigen ettwas thun würden, würde Böheim auch desto eher bei dem hauß Oesterreich verpleiben, welchen Vorschlag Maximilianus sich gefallen lassen nit alinenus ab hoc opere vermerkt worden. — So viel ich weiß, sind der deutschen Geschichtsforschung diese eigenthümlichen Verhandlungen mit Maximilian bisher unbekannt geblieben. — In dem Schreiben Anhalts an Kurpfalz ddo. März 1606, Münchner Staatsarchiv 547/1, 129 empfiehlt der erstere auf das dringendste das Eingehen in die Intrigue mit Maximilian und meint: Hierdurch brechen E. L. nicht alleyn unserer wiederwertigen schedliche intentiones, sondern machten sich für Andere zum haubt dieser Allgemeinen negotiation und consequenter den successorem zu ihrem beneficiarium.

würde. Alle Ereignisse der Folgezeit berechtigen indessen zu der Annahme, daß Anhalt diesmal auf einen Mann stieß, der ihn übersah und überlistete. Um die seinem Hause gelegte Schlinge in seiner Hand zu haben und wenn möglich den Gegner selbst darin zu fangen, hatte Maximilian die Eröffnungen nicht in der Weise beantwortet, wie ihm seine Wünsche und seine Ueberzeugung wohl geboten haben. Genug, daß er von nun an gleichsam den Genius seines Hauses vorstellend allein für den Glanz desselben arbeitete und sorgte und nichts für sich selbst begehrte.

Nachdem so der Erzherzog gewonnen schien, war es Zeit, daß man sich mit Frankreich verständigte*). Fast gleichzeitig mit den Eröffnungen an
27. Jän. 1606 Maximilian war der französische Agent Bongars auf Ansuchen des Kurfürsten von der Pfalz nach Heidelberg gekommen, und es waren ihm da Mittheilungen über die Lage der Dinge in Deutschland und über den Plan Spaniens, Albrecht auf den Kaiserthron zu bringen, gemacht worden**). Jetzt wurde beschlossen, Anhalt selbst solle nach Paris reisen, nicht sowohl um Heinrich IV über die bisherigen Verhandlungen mit Maximilian zu berichten und sonst die Absichten des Kurfürsten auseinanderzusetzen, als vielmehr die des Königs selbst zu erforschen***). Kaum war aber Anhalt abgereist, so lief in Heidelberg ein Schreiben des Herzogs von Bouillon ein, welches dazu bestimmt war, jeder Zurückhaltung von Seite des Pfalzgrafen ein Ende zu machen†). Bouillon, mit den Absichten des Heidelberger Kabinets theilweise bekannt, hatte mit

*) Münchner Staatsarchiv 546/11, 335. Anhalt an Kurpfalz ddo. Anspach. Ebendaselbst 547/1, 8. Entwurff, waß ohngefähr bei der Kön. Mt. in Frankreich Pfalz unßeres gnedigsten herrn wegen im Vertrauen per Bongarsium anzubringen. ddo. 17/27. Jänner 1606. Ebendaselbst 547/1, 14. Extrakt aus dem Heidelberger Protokoll ddo. 5/15. März 1606.

**) Aus den Korrespondenzen Heinrichs bei Berger de Xivery ist ersichtlich, daß er um diesen Plan Spaniens von seinen eigenen Agenten her wußte und daß auch er an ihn noch glaubte, als ihn Spanien bereits aufgegeben hatte.

***) Münchner Staatsarchiv 547/1, 350. Nebenmemorial des Churfürsten von der Pfalz für Christian von Anhalt zu seiner Reise nach Frankreich ddo. 28. Juni/8. Juli 1606. Ebendaselbst Kurpfalz an Anhalt ddo. Heidelberg 5/15. Juli 1606.

†) Münchner Staatsarchiv 547/1, 362. Der Herzog von Bouillon an Kurpfalz ddo. Juli 1606 . . . . Je ne puis rien adjouster a ce que dessus si non que si de vos parts vous nous faictes bien et exactement cognoistre vos volontés, unions et moyens, et qu'ilz soient capables de faire juger au Roy qu'il y doibt joindre les siennes, qu'il le fera y ayant ses affections et interests joincts en sorte, que vous y portans ce que vous y peut competer, j'espere, que vous lairrez a vous et aux vostres une liberté et seureté en la religion et police plus grande, que vos predecesseurs ne la vous ont acquise.

Heinrich über dieselben gesprochen und dieser sich zu einem entschiedenen Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten erbötig erklärt, wenn er von den Absichten, Mitteln und Verbindungen der deutschen Fürsten, namentlich aber des Pfalzgrafen und des Kurfürsten von Brandenburg, genauen Bericht bekäme. Bouillon theilte dies mit und fügte hinzu, jetzt sei die Gelegenheit gekommen, alles zu erreichen, aber man müsse zugleich alles Zögern und alles Verheimlichen aufgeben und dem Könige sagen, was man wolle und über welche Mittel man gebiete.

Anhalt, von dem Schreiben Bouillons in Kenntniß gesetzt, konnte nach seiner Ankunft in Paris bald genug merken, daß es ihm nicht leicht möglich sein würde nach der erhaltenen Instruktion den König nur auszuforschen, ohne selbst Mittheilungen zu machen. Zwar besitzen wir keine ins Detail gehenden Nachrichten darüber, wie weit der Gesandte und wie weit Heinrich in ihren bei derseitigen Mittheilungen gingen, nichtsdestoweniger geben spätere Schreiben Anhalts hinreichenden Aufschluß über den Gegenstand derselben. Von der Successionsfrage im Reich aus- 3. Aug
gehend gab Heinrich zu, daß wenn das Kaiserthum den Habsburgern nicht genommen werden könne, Erzherzog Maximilian in diesem 1606
Falle der „bequemste" Kandidat sein würde; nur wollte der König von der Bestimmung der Nachfolge bei Lebzeiten Rudolfs nichts wissen*), gewiß mit dem Hintergedanken, daß bei Erledigung des Thrones es ihm vielleicht doch gelingen könnte, ein anderes Geschlecht auf denselben zu bringen; Anhalt dagegen wollte durchaus nicht diesen Zeitpunkt abwarten, weil dann Mathias vor Maximilian einen unendlichen Vorsprung haben mußte. Wichtiger aber als diese Berathungen über die Succession waren die Besprechungen über den in Deutschland abzuschließenden Bund, welcher sich binnen kurzem zu der so viel genannten Union entwickelte. Ob Heinrich ob Anhalt schärfer die Nothwendigkeit dieses Bundes betonten, läßt sich nicht sagen, gewiß ist jedoch dies, daß derselbe beiden als ein unumgängliches Mittel zum Zwecke galt. Der König erbot sich bei dieser Gelegenheit in die künftige Bundeskasse für die Durchführung gemeinschaftlicher Zwecke zwei Drittel von dem zu zahlen, was die übrigen Bundesmitglieder zusammen beisteuern würden**).

---

*) Rommel: Correspondance de Henri IV avec Maurice de Hesse, S. 319. In dem daselbst befindlichen Briefe Heinrichs an den Landgrafen ddo. 14. August 1606 berichtet ersterer über die Verhandlungen mit Anhalt wegen Abschluß einer deutschen Union und bittet den Landgrafen das seine dabei zu thun. In diesem Brief erwähnt Heinrich nichts von den Plänen bezüglich des Erzherzogs Maximilian.

**) Münchner Staatsarchiv 547/1 380. Anhalt an Kurpfalz ddo. 29. Juli/8. Aug.

Der Bund, oder, wie man ihn gleich von allem Anfang an nannte, die Union sollte vor allem die beiden Kurfürsten von Brandenburg und der Pfalz, den Herzog von Würtemberg, den Landgrafen von Hessen und sonst so viel Fürsten umfassen, als zu gewinnen waren, und als sich mit den gegen das Haus Habsburg gerichteten Zwecken vertrug. Deshalb hatte man den Kurfürsten von Sachsen zuerst nicht in Rechnung gezogen, weil er mit dem Kaiser auf einem guten Fuße stand und weil er nur durch Koncessionen zu gewinnen war, durch deren Zugeständniß man nothwendig Kurbrandenburg verlieren mußte. Daß die Union bloß Protestanten zu umfassen habe, verstand sich gewissermaßen von selbst.

Das Resultat der Pariser Reise bestand also darin, daß Heinrich sich vorläufig die Kandidatur Maximilians gefallen ließ und daß die Abschließung der Union unter französischem Schutz der Gegenstand der nächsten Bestrebungen in Deutschland sein sollte. Der Anfang der Ver-
17. Sep. handlungen wurde in Heidelberg, wohin deshalb der Rath des Herzogs
1606 von Würtemberg, Buwinkhausen, gekommen war, gemacht*). Der Kurfürst selbst wollte sich an den Sitzungen betheiligen, da er sich aber bei den Mahlzeiten stets so volltrank, daß er während der anberaumten Tage nie nüchtern war, wohnten den Konferenzen nur seine Räthe, Anhalt an der Spitze, und Buwinkhausen bei. Anhalt entwickelte in denselben mit einem großen Aufwande von Phrasen Plan und Zwecke der Union; der König von Frankreich beabsichtige mit derselben nichts anderes als das Wohl der deutschen Fürsten, wolle aus freien Stücken zwei Drittel der künftigen Geldeinlagen beisteuern und wünsche vor allem des Herzogs von Würtemberg, den er über die Maßen hochachte, gewiß zu sein. Buwinkhausen, welcher diese Sprache zu gut kannte, um sich durch sie verlocken zu lassen, hörte mit einer gewissen ungläubigen Miene allen diesen Versicherungen zu und meinte am Schluße, es scheine ihm doch, daß hinter der ganzen Angelegenheit etwas mehr stecke, als man sage, daß man weniger damit das allgemeine Beste als „private Interessen" vor Augen habe, und daß es „kaum glaublich sei, daß Ihre Königlichen Würden von Frankreich so gar umsonst Geld weggeben wollte, ohne dafür starke Gegenleistungen zu fordern". Indessen nahm er es über

---

1606. Ebendaselbst 547/1, 666. Anhalt an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. 28. Dezember 1606/7. Jänner 1607. Ebendaselbst 547/1, 609. Anhalt an Kurpfalz ddo. Darmstadt 26. September 6. Oktober 1606. Ebendaselbst 547/1, 623. Kurpfalz an Anhalt ddo. 7/17. Okt. 1606.

*) Münchner Staatsarchiv 117/4, 74. Extrakt Protokolli, was von den pfälzischen Räthen in Beisein Anhalts mit dem würtembergischen Rath Buwinkhausen wegen der Union gehandelt worden am 7. und 8. Sept 1606.



sich, dem Herzog über die erhaltenen Mittheilungen Bericht zu erstatten*), nachdem Anhalt mit diplomatischer Geschmeidigkeit diese Besorgnisse sich zu zerstreuen bemüht hatte. Das vorsichtige und mißtrauische Auftreten Würtembergs darf nicht so aufgefaßt werden, als hätten da andere Prinzipien in der auswärtigen Politik gegolten als bei Kurpfalz; es war nur die Folge der Besorgniß, daß die rührige pfälzische Partei von den Vortheilen der künftigen Union sich den Löwenantheil zueignen könnte. — Auch die weitern Verhandlungen mit jenen deutschen Fürsten, auf deren Geneigtheit zur Bildung der Union man zunächst hoffte, übernahm Anhalt in eigener Person. Zuerst reiste er nach Kassel zu dem Landgrafen Moriz, dem alten Freunde Heinrichs IV, aber auch hier begegnete er unerwarteten Schwierigkeiten, denn der Landgraf hatte allerlei Ausflüchte, weshalb er nicht alsogleich der Union beitreten könnte, und als Anhalt nach Berlin kam, fand er daselbst den Boden 30. Okt.
noch unebener. 1606 Der Kurfürst von Brandenburg hatte seine ganze Aufmerksamkeit auf die jülichische Erbschaft gerichtet; da er nun noch nicht im klaren war, ob des Kaisers oder Frankreichs Gunst ihm hiezu leichter verhelfen würde, so zögerte er in eine Verbindung einzutreten, die ihm eine sichere Feindschaft zuziehen mußte, während sie ihm doch nur eine noch nicht erprobte Freundschaft in Aussicht stellte**). Mit einem Worte, als am Ende des J. 1606 Anhalt über seine Bemühungen, der Sache der Union in Deutschland festen Boden zu verschaffen, Rechenschaft ablegte, mußte er bekennen, daß fast nichts zu ihrer Realisirung geschehen sei. Nach seiner jetzt gewonnenen Erfahrung mußte sich der König von Frankreich selbst dieses Werkes annehmen, selbst durch Gesandte den Boden in Brandenburg, Würtemberg und Hessen ebnen; ohne Frankreichs entschiedenes Eingreifen hielt Anhalt die Sache der Union für verloren***) — Besseres war allerdings von den kleinen Reichsfürsten und Grafen, die seit langem zur Klientel des Kurfürsten von der Pfalz gehörten, zu erwarten; auch auf die Reichsstädte und namentlich Nürnberg warf jetzt Anhalt sein Augenmerk und setzte

*) Wiener Reichsarchiv MS. 42. Relation Buwinkhausens ddo. 10/20. Sept. 1606.

**) Münchner Staatsarchiv 117/4, 70. Anhalt an Kurpfalz ddo. Dessau 17/27. Okt. 1606. Ebendaselbst 117/4 64, Anhalt an Kurpfalz ddo. Zerbst 4. Nov./25. Okt.

***) Münchner Staatsarchiv 117/4, 56, Anhalt an Kurpfalz ddo. 3. Jän. 1607/24. Dez. 1606. „Fürs Anderst bleibe ich noch in der Meynung, es werde diese Union durch eine Zusammenschreybung derjenigen, mitt denen schon gehandelt worden, sehr wol befurdert werden. Solche conventus aber bei weyttem nicht eynen so guten ausgang erreychen wurde, wo nicht zuvor Frankreych seyn authoritet interponirt und bei Zeytten allerley Nottürftige untterbauungen und Anmahnungen gethan hatte.

auf sie einige Hoffnung. Nicht mit Unrecht, denn während die deutschen Fürsten einen scharfen Einblick in das Getriebe der Politik hatten und sich nicht so leicht von religiösen Vorspiegelungen fangen ließen, waren die Städte viel kurzsichtiger und ehrlicher, weil sie meistens noch immer so eifrige Anhänger des Protestantismus waren, als 60 Jahre vorher.

Auf Anhalts Vorschlag ordnete also Friedrich IV einen neuen Gesandten nach Paris in der Person des Geheimrathes Plessen ab*), und auch der Herzog vom Würtemberg schickte, um sich über die Zwecke der Union an der eigentlichen Stelle Licht zu verschaffen, seinen Rath Buwinkhausen nach Paris. Heinrich mag nicht wenig erstaunt gewesen sein, daß er so unerwartet auf Hindernisse stoße und deshalb hielt er es für angezeigt, Buwinkhausen gegenüber auf das Entschiedenste in Abrede zu stellen, als beabsichtige er mit Hilfe der Union eine herausfordernde Politik zu beobachten und dadurch die deutschen Fürsten in allzu große Auslagen zu stürzen, oder als wolle er sein Verhältniß zur Union auch nur entfernt so ausbeuten, um sich eine Art Oberherrlichkeit über ihre Mitglieder anzueignen. In der überzeugendsten Weise von der Welt suchte er auf sein eigenes Alter und auf die Jugend seiner Kinder als auf einen Umstand hinzuweisen, der es ihm wünschenswerth mache, mit Jedermann im Frieden zu leben und überall Verbündete zu haben. Die Union solle also einen wahrhaft defensiven Charakter haben, sie solle die deutschen Fürsten wider alle Angriffe von Seite des Kaisers, wider alle Hofprozesse, Exekutionen, Achtserklärungen, feindliche Einquartirungen und Durchzüge schützen, mit einem Worte, sie solle „die Reichskonstitutionen" aufrechthalten; dagegen solle sie auch ihm selbst (dem Könige) zu Gute kommen, falls er in seinem Reiche angegriffen würde. Da anzunehmen war, daß der letztere Fall nicht so leicht eintreten konnte, wie die angebliche Verletzung der Reichskonstitutionen, so schien die Union hauptsächlich auf den Vortheil der deutschen Fürsten gerichtet zu sein; Heinrich selbst stellte dies so dar und säumte nicht die wahre Ursache seines Edelmuthes anzugeben. Er fühle sich niedergedrückt von dem Vorwurf der Undankbarkeit, mit welcher er die ihm früher erwiesenen Dienste deutscher Fürsten bisher gelohnt habe, da er noch immer nicht die schuldigen Geldsummen bezahlt habe; er wisse, „diese Offension sei so groß, daß nicht nur seine auswärtigen Freunde sondern auch seine Unterthanen der Meinung wären,

*) Münchner Staatsarchiv 117/4, 62, Memorandum Anhalts für Kurpfalz über das, was mit Frankreich verhandelt werden solle ddo. 25. Okt./4. Nov. 1606 und das schon citirte Schreiben Anhalts an Kurpfalz ddo. 24. Dezember 1606/3. Jänner 1607.



er könne sich selbst im äußersten Nothfall keiner Hilfe aus Deutschland getrösten"*). Um also den Vorwurf der Undankbarkeit von sich abzuwälzen und zugleich seinen Unterthanen die „Opinion" zu benehmen, als ob er von seinen frühern Freunden verlassen sei, wünsche er den Abschluß der Union**).

*) Diese Angelegenheit ist ein ekler Schmutzflecken auf dem Andenken Heinrichs. Wir haben erwähnt, daß Anhalt im J. 1591 mit 16.000 Mann ihm zu Hilfe gezogen sei, nachdem sich der letztere durch Turenne verpflichtet hatte, den Sold der Truppen in einem bestimmten Betrage zu zahlen. Die vorläufigen Ausgaben wurden von mehreren deutschen Fürsten und von Christian von Anhalt selbst getragen. Das deutsche Hilfsheer diente hierauf ein Jahr in Frankreich, bekam aber während dieser Zeit nicht einen Kreuzer Sold ausgezahlt und wurde schließlich von den Führern, welche die Kosten nicht mehr erschwingen konnten, zurückgeführt und entlassen. Bei ihrem Abzuge stellte Heinrich dem Fürsten von Anhalt einen Schuldschein auf 1,073.449 Kronen oder 2,146.898 Gulden aus, welche er bei besserer Gelegenheit zu zahlen sich verpflichtete. Der Schuldschein erliegt noch heute im Original im Archiv von Bernburg, ist also bis auf den heutigen Tag noch nicht bezahlt worden, obwohl für Heinrich bald genug so günstige Zeiten eintraten, daß er selbst Schätze aufhäufen konnte. Es ist dies gewiß eine schmutzige Undankbarkeit und ein Beweis des Geizes, den ihm so viele seiner Zeitgenossen vorwarfen. Als Moriz von Hessen im J. 1602 Frankreich besuchte, äußerte er sich ziemlich wegwerfend gegen Villeroy über das Benehmen Heinrichs in dieser Beziehung (Rommel, Correspondance de Henri IV avec Maurice de Hesse, S. 72) und sprach die Besorgniß aus, daß es ein Hinderniß für die Union abgeben dürfte. Wolle Heinrich die deutschen Fürsten gewinnen, müsse er sie zuerst bezahlen; er sagte, que s' il fallait toujours que nous vissions la France dedommager tout le monde de ses pertes excepté nous seuls, cela ne pourrait produire un bon effet und könnte zuletzt die deutschen Fürsten zu einer Allianz mit Oesterreich vermögen. Villeroy malgré son désir de trouver quelque excuse pour le Roi, ne pouvant plus résister à ces argumens, rejeta enfin toute la faute sur les autres conseilleurs du Roi, qui craignaient toute dépense. A quoi je répartis franchement: Réglez, je vous prie, le affaires de sorte que le Roi fasse pour deux années cesser les grands batimens, car avec l' argent épargné, nous lui construirons un palais tout propre à ses intentions, à son agrandissement et à sa gloire. — Nichtsdestoweniger zahlte weder Heinrich IV noch Ludwig XIII und XIV diese Schuld, eine wahre Ehrenschuld der Bourbonischen Monarchie. Als im J. 1815 bei Gelegenheit des zweiten Pariser Friedens die siegenden Mächte ältere und neuere Ansprüche auf Schadenersatz erhoben, kam auch Anhalt-Bernburg und verlangte die Bezahlung des seit 200 Jahren fälligen Schuldscheins, wurde aber auch jetzt abgewiesen. S. Baulabelle: Histoire de deux réstaurations. — Fürst Christian von Anhalt, der am härtesten bei der ganzen Angelegenheit getroffen wurde, benahm sich in derselben sehr mäßig und zurückhaltend; die hohen Ziele, welche er verfolgte, erlaubten ihm nicht wegen einer Geldsumme mit Frankreich zu brechen, so sehr er auch sonst das Geld nöthig hatte.

**) Wiener Reichsarchiv MS. 42. Relation Buwinkhausens ddo. 29. Mai/8. Juni 1607.



Obwohl der Herzog von Würtemberg klug genug gewesen sein mag, um diese Sprache ihres diplomatischen Gewandes zu entkleiden, so zeigte er sich nichtsdestoweniger von nun an dem Gedanken der Union befreundet und begann deshalb mit dem Kurfürsten von der Pfalz die zu
Ende Mai 1606 ihrer Begründung nöthigen Verhandlungen. Dieselben betrafen die Art und Weise, wie für die Union die nöthige Zahl von Mitgliedern gewonnen werden könnte, vor allem aber die Festsetzung der Prinzipien, welche die Union in ihrer deutschen Politik zu befolgen haben würde. Bezüglich der Anwerbung neuer Mitglieder vertheilte der Kurfürst von der Pfalz die Rollen so, daß er abermals die Gewinnung von Kurbrandenburg und Hessen versuchen, außerdem aber noch bei Braunschweig eine Anfrage stellen wollte; der Herzog von Würtemberg sollte sich dagegen angelegen sein lassen Pfalzneuburg und die Reichsstädte Ulm, Straßburg und Nürnberg zu gewinnen. Die Herbeiziehung der Reichsstädte wurde als eine schwierige aber nothwendig zu lösende Aufgabe angesehen. Die deutschen Fürsten wußten, daß die Reichsstädte nicht gern mit ihnen Bündnisse abschlößen, weil die Erfahrung lehrte, daß die Bürger stets übel dabei wegkamen; nichtsdestoweniger mußte dieser Widerwille um jeden Preis überwunden werden, da man das Geld der Reichsstädte für die Union brauchte. Der Kurfürst von der Pfalz war deshalb dafür, daß man die Städte mit gebundenen Augen in die Union einführe, ohne sie den ganzen Umfang dieser Verbindung merken zu lassen, und riet, man solle „anfangs Frankreichs gar nicht gedenken" und wenn man später doch Frankreichs erwähnen müßte, so habe dies nur nebenbei mit der Behauptung zu geschehen, dasselbe habe „die Union keineswegs angefangen, sondern sei nur ein Accessorium zu ihrer Stärkung." Man müsse vornehmlich auf das religiöse Gefühl der Städte einzuwirken suchen und hiezu böten die Ereignisse in Donauwörth gerade die beste Gelegenheit. Habe man so die wichtigsten Reichsstädte gewonnen, so sei nicht zu zweifeln, daß die übrigen sich ihrem Beispiele anschließen würden *).

Würtemberg schloß sich diesen Ansichten an, und so erörterte man weiter, was der Gegenstand der Berathung bei einer etwa in Weihnachten
1607 abzuhaltenden Versammlung sein sollte, denn bis dahin hoffte man, von Fürsten und Städten so viele, als nöthig schien, gewonnen zu haben. Schon hatte Rudolf seine Einladungen an die deutschen Fürsten ergehen lassen, sich bei einem Reichstage in Regensburg einzufinden und zugleich bekannt gegeben, daß er sie um Subsidien gegen die Türken ersuchen wolle. Der Kurfürst von der Pfalz hatte für diesen Fall bereits ein Programm fertig,

---

*) Wiener Reichsarchiv, MS. 42. Buwinkhausens Relation ddo. 29. Mai/8. Juni 1607.

dessen Durchführung die erste Aufgabe der Union sein sollte. Bei dem Reichstage sollten nämlich die Mitglieder derselben in allen Berathungen und Beschlüßen als eine Körperschaft auftreten, um so den durchzuführenden Bruch in der Reichsverfassung auch mit Erfolg versuchen zu können. Auf die Forderung Rudolfs um Subsidien habe man einstimmig zu entgegnen, daß man dieselben bewilligen wolle, im Falle der Kaiser der Kompetenz des Reichshofrathes über Deutschland ein Ende machen und folglich das Kammergericht als alleinige Reichsbehörde bestehen lassen wolle. Was dies zu bedeuten hatte, ergibt schon die einfache Betrachtung der Beschaffenheit und Wirksamkeit des Reichskammergerichts und des Reichshofraths. Das Kammergericht wurde vom Kaiser und von den Reichsständen gemeinschaftlich besetzt, hatte seine engbegrenzte Wirksamkeit und hing in der Exekution der gefällten Urtheile vom guten und schlechten Willen der Reichsstände ab. Der Hofrath dagegen hing allein vom Kaiser ab, konnte seine Wirksamkeit je nach den Umständen erweitern oder verengern und war deshalb den auf den Zerfall Deutschlands bedachten Reichsständen als eine dauernde wenn auch jetzt minder wirksame Drohung verhaßt. Mit der Vernichtung des Reichshofrathes sollte also eine der letzten Institutionen sinken, welche die Stände daran mahnen konnte, daß sie doch nichts anderes als Unterthanen eines wenn auch morschen Reiches seien *). Da vorauszusehen war, daß der Kaiser auf die Abschaffung des Hofrathes oder auf eine gleichbedeutende Suspension seiner Wirksamkeit während einer beträchtlichen Anzahl von Jahren nicht eingehen werde, so schlug Kurpfalz für diesen Fall die Verweigerung jeder Reichshilfe im Türkenkriege vor und zwar selbst auch dann, wenn die Majorität des Reichstages sich für die Bewilligung einer solchen aussprechen würde. Der Kurfürst betonte ausdrücklich, daß die zu begründende Union sich Majoritätsbeschlüßen nicht unterordnen dürfe, sondern in geschlossener Reihe den Reichstag verlassen müsse, sobald die Verhandlungen eine ihr ungünstige Wendung nehmen würden. Friedrich IV, welcher unter dem Einfluße Anhalts so verwegenen Absichten das Wort lieh, drückte doch nichts weiter aus, als was die protestantische Hälfte Deutschlands mehr oder weniger klar dachte und wollte, und begegnete also in voraus der Zustimmung Würtembergs. Man sieht, der angeblich defensive

*) Die Abschaffung der Jurisdiktion des Reichshofraths war beinahe seit einem Jahrzehend der stete Gegenstand der Verhandlung auf mehreren von den Protestanten besonders gehaltenen Versammlungen. Man siehe Häberlins: Neueste deutsche Reichsgeschichte, 21. und 22. Band. Der Kurfürst von der Pfalz nahm also in das Unionsprogramm einen Punkt auf, für welchen er einer ziemlich allgemeinen Zustimmung gewiß war.



Charakter der Union zeigte sich in Wirklichkeit als ein sehr offensiver, statt die Reichsverfassung zu erhalten, bezweckte sie geradezu ihre Zertrümmerung und wir werden bald genug finden, daß sie weit entfernt die Vertheidigung des eigenen Besitzes zu bezwecken, geradezu auf Eroberungen bedacht war. So schnell theilte sich der Geist Heinrichs IV den vorsichtigen deutschen Fürsten mit.

IV.

Während der Kurfürst von der Pfalz im Verein mit dem Herzoge von Würtemberg die Begründung der Union fest ins Auge faßte, vergaß er, oder besser gesagt, der Fürst von Anhalt, keinen Augenblick auf die mit dem Erzherzog Maximilian eingeleitete Intrigue, sondern suchte dieselbe dem gewünschten Abschluße nahe zu bringen. Heinrich war für dieselbe gewonnen oder trat ihr wenigstens nicht entgegen, es kam also jetzt darauf an, daß sowohl in Oesterreich als auch in Deutschland der Boden für dieselbe vorbereitet werde. In Oesterreich konnte dies durch geheime Verhandlungen mit den Ständen, namentlich dem protestantischen Theile derselben, in Deutschland durch Gewinnung der Kurfürsten geschehen.

Für die Verhandlungen mit den Ständen war Niemand besser geeignet als Anhalt, der gerade in dieser Art von Geschäften eine unerreichbare Meisterschaft besaß. Schon seit mehreren Jahren hatte er sich bemüht mit einem Theile des protestantischen Adels in Oesterreich in Verbindung zu treten, um bei Gelegenheit daraus Nutzen zu ziehen. Jene Kavaliere, welche ihrer Ausbildung oder ihrer Lust wegen Deutschland bereisten, fanden nirgends eine so zuvorkommende Aufmerksamkeit und Theilnahme als gerade in seiner Residenz zu Amberg, wo er als Statthalter lebte, oder in Heidelberg bei dem Kurfürsten von der Pfalz; die Unterhaltung drehte sich da fast ausschließlich um die Verhältnisse ihrer Heimat und die Bemerkungen und Antworten des Wirthes ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die österreichischen Stände in ihren antidynastischen Bestrebungen stets an dem Kurfürsten von der Pfalz und an dem Fürsten von Anhalt die ausdauerndsten und opferwilligsten Freunde finden würden. So glaubt man auch in den österreichischen Ländern selbst und die rebellischen Ungarn gaben sonach im J. 1605, als sie einen Gesandten an den Kurfürsten von der Pfalz abordneten, dieser allgemeinen Annahme nur einen passenden Ausdruck. Bocatz, der Gesandte des Kärpfner Landtags und Bocskay's kam nach Deutschland im Beginn des J. 1606 und verlangte im Namen seiner Auftraggeber, der Kurfürst solle mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verhindern, daß der Kaiser von den Reichsstän-

den aus Hilfe gegen Ungarn erlange und zugleich seinen ganzen Einfluß aufbieten, damit den Ungarn in ihren Forderungen genügt werde*).

Bei dieser Gelegenheit wurde Anhalt von dem Kurfürsten um Rath befragt, wie weit man sich mit den Ungarn einlassen solle, und kam nun zum erstenmale in die Lage, sich über die österreichischen Verhältnisse in entscheidender und folgenreicher Weise auszusprechen. Er riet dem Pfalzgrafen, die Verbindung nicht von sich zu weisen, doch auch nicht mit zu großer Hast sich in dieselbe zu stürzen, denn der Geist der ungarischen Nation sei „listig" und es sei deshalb um so schwerer mit ihnen sich in ein Bündniß einzulassen, da ihre Verbindung mit den Türken notorisch sei. Nichtsdestoweniger riet er den angeknüpften Faden nicht abzuschneiden, sondern den Ungarn so weit thunlich den Boden zu ebnen, sie etwa an den Prinzen Moriz von Oranien zu weisen und mit ihm in ein Bündniß zu bringen, welchem man auch die Böhmen auf eine geschickte Weise nahe bringen müßte, weil für die evangelischen Stände im Reich mit der Zeit daraus „allerhand gute Gelegenheiten und Vortheile" entstehen könnten. Ja er meinte sogar, man müßte dahin trachten, daß das deutsche Reich in Ungarn selbst intervenire und zwischen den Aufständischen und dem Kaiser einen Frieden herstelle, was natürlich nichts anderes als die Vernichtung aller Auktorität Rudolfs zur Folge gehabt hätte**). Da Mathias selbst mit den Ungarn sich verband und dadurch den Wiener und Türkenfrieden herbeiführte, so hatte dieser Versuch einer Einmischung in die ungarischen Angelegenheiten vorerst keine Folgen, aber man hatte sich doch kennen gelernt, und in allen Ländern Oesterreichs galt es nunmehr als eine erwiesene Thatsache, daß die Protestanten auf die Pfalz unter allen Umständen rechnen könnten.

Christian von Anhalt that darauf einen Schritt weiter. Von Amberg aus, welches der böhmischen Grenze sehr nahe liegt, trat er in einen vertraulichen Briefwechsel mit dem letzten Stammhalter der berühmten Familie der Rosenberge. Peter Wok von Rosenberg lebte, um diese Zeit an der Schwelle des Greisenalters stehend, in Wittingau und vertrieb sich daselbst nach einem wechselvollen theils am kaiserlichen Hofe theils im Kriege zugebrachten Leben die Langeweile mit den alchy-

*) Münchner Staatsarchiv 547/ 27. Vortrag des Gesandten Bocskay's und der ungarischen Stände zu Schwezungen ddo. 7/17. Febr. Ebend. Fol. 47, Kurpfalz an Bocatz ddo. 13/23. Feber 1606.

**) Münchner Staatsarchiv 547/139. Unvorgreiflich bedencken, was bey herrn Botschkay und der Oberhungarischen Stende Abgesandten anbringen in acht zu nehmen und ferner zu deliberiren sein möchte ddo. 10/20. Feber 1606. Das Gutachten ist von Anhalt.



mistischen Träumereien seines Jahrhunderts, mit hübschen Mädchen und mit politischer Korrespondenz. Seine Vorfahren hatten einst als glühende Vertheidiger der katholischen Kirche deren Bestand vor völligem Ruin in Böhmen gesichert, er dagegen hatte sich dem Protestantismus in die Arme geworfen und war zuletzt der Unität der böhmischen Brüder beigetreten. Anhaltende körperliche Schwäche, ob nun eine Folge erduldeter Strapazen oder seiner Unterhaltungen, hinderte ihn seinen Wohnort zu wechseln, er hatte deshalb Wittingau zu seinem beständigen Aufenthalt gewählt und aus seinem Schloß eine wohlverwahrte Festung gemacht, wie es damals keine zweite in Böhmen gab. Für seine Umgebung wurde er bald durch seine sonderbare Lebensweise, die in mehr als einer Beziehung an das orientalische streifte und durch seine Launen, in welchen Grausamkeit mit Wohlwollen abwechselnd das Glück oder Unglück jener, die ihm nahe kamen, begründete, eine Art mythischer Person. Zur Besorgung seiner Korrespondenzen hatte er sich in der Person eines gewissen Theobald Hock, der aus der Pfalz gebürtig war und mehrere Sprachen geläufig sprach, einen habsüchtigen und intriganten Mann gewählt, der wahrscheinlich die erste Veranlassung zu einem vertrautern Verkehr zwischen Herrn von Rosenberg, dem Pfalzgrafen und dem Fürsten von Anhalt bot. Thatsache ist, daß der letztere im Anfang des J. 1607 seinem „Oheim und Vater" Peter Wok, einen in der Chemie erfahrenen Arzt zuschickte*), und zu gleicher Zeit in vertraulicher Weise alle wichtigen Vorfälle mit ihm brieflich erörterte. Gerade um diese Zeit nahmen die ungarischen Ereignisse bereits eine solche Wendung, daß der Zusammenstoß zwischen Mathias und Rudolf zu erwarten stand. Sowohl die Ungarn selbst als auch diejenigen österreichischen Herren, welche sich dem Auftreten derselben anschließen wollten, darunter Erasmus von Tschernembl obenan, hatten ein großes Interesse daran, den mächtigsten und reichsten Kavalier von Böhmen in ihre Verbindung zu ziehen. Rosenberg, welcher sich in seiner Zurückgezogenheit mit einemmale auf das schmeichelhafteste von zwei deutschen Fürsten behandelt sah, setzt auch bei den mannigfachsten Veranlassungen Zuschriften aus Ungarn und Oesterreich bekam, hielt sich nachgerade für berufen, selbstständiger in die Politik mit dem Gewicht seiner Person und seines Vermögens einzugreifen, während er doch nur dem Impulse folgte, welchen seine auswärtigen Freunde auf ihn ausübten. Anhalt legte ihm durch Hock seinen Plan einer Verbindung der Protestanten, wie er sich später in der Union verwirklichte, nahe und Rosenberg, diese Idee als eine eigene auffassend, schickte bald darauf seinen Sekretär als Unter-

*) Bernburger Archiv F. 1, 226, Fol. 29.

händler an den pfälzischen Hof den Kurfürsten zu mahnen, eine Vereinigung aller Protestanten zu einem Bündnisse anzubahnen. Auf diese Weise sah sich Friedrich IV förmlich zu etwas gedrängt, was er ohnedies auf das heftigste wünschte, und was er selbst Herrn von Rosenberg nahe gelegt hatte, ohne daß dieser davon eine Ahnung besaß *). Den ungarischen und österreichischen Freunden machte der letztere Hoffnung auf seine Unterstützung, die nach der Lage der Dinge vorerst nur in Geld bestehen konnte. Der Fürst von Anhalt versuchte selbst schon frühzeitig, wie weit die Opferwilligkeit Rosenbergs reichen würde, und bat ihn um ein Anlehen von 10.000 Thalern, wahrscheinlich unter dem Vorwande, daß sie zur Erreichung großer Zwecke dienen sollten. Rosenberg kam nicht nur dieser Aufforderung auf das bereitwilligste nach, indem er das Geld in Fässern im geheimen nach Amberg bringen ließ, sondern er gab auch Hoffnung auf fernern Beistand mit seinem Reichthum, so daß Anhalt nicht genug mit seiner neuen Freundschaft zufrieden sein konnte und nicht lange zögerte, dieselbe durch die Bitte um ein zweites Anlehen von 30.000 12. Okt. 1607
Thalern zu erproben. Er schämte sich nicht, bei dieser Gelegenheit zugleich auch als Erbschleicher aufzutreten, denn da Rosenberg als der letzte des Stammes sein Vermögen lachenden Erben hinterlassen mußte, behauptete er steif und fest, die Familien Anhalt und Rosenberg seien mit den römischen Orsini's einer und derselben Abstammung und versprach zuletzt seinem Verbündeten Hock zehn Prozent von der Erbschaft zu geben, welche er ihm bei Rosenberg zu Wege bringen würde **).

Dieser Anschluß an den böhmischen Magnaten, welchem Anhalt so schnell eine einträgliche Seite abzugewinnen wußte, war zugleich auch von einem regen Austausch von Wünschen und Ansichten zwischen Ungarn,

*) Bernburger Archiv Reg. I. F. I. 226. Solms an Anhalt ddo. 9/19. August 1607. Sa demande (des Hock im Namen Rosenbergs) estoit, que Son Altesse (der Kurfürst) comme directeur entre les Evangelicques cognoissant de ce sien rapport l'estat present des eglises voisines le debvoit prendre au coeur et y travailler à vive force, qu' une Union et meilleur correspondance se puisse former entre les Estats protestans pour taut mieux pouvoir obvier aux dangeureuses pratiques et desseigns de nos ennemis communs.

**) Das Interessanteste an der Sache ist, das Anhalt nach Rosenbergs Tode dem Theobald Hock die versprochenen 10 pCt. zu zahlen sich weigerte und sich ein Gutachten von seinen eigenen Beamten ausstellen ließ, welche ihn von seinem Versprechen losbanden. Ihr wichtigster Grund war, daß Hock die Hoffnungen, welche man sich von seiner Bemühung versprach, bei weitem nicht erfüllt habe und Rosenbergs Vermächtniß an Anhalt nur unbedeutend sei. Es betrug 30.000 Thaler. Hock sah sich so in seinen Erwartungen betrogen. Die Akten sind im Bernburger Archiv.

Oesterreich und Böhmen einerseits und Amberg andererseits, welche alle ihren Weg über Wittingau machten, begleitet. Theils sandte Rosenberg nach Amberg detaillirte Nachrichten von dem, was ihm selbst zur Kenntniß gelangte, theils schickte er geradezu Hock zu Anhalt, um ihm durch diesen solche Mittheilungen zukommen zu lassen, welche am sichersten mündlich zu machen sind. Durch Rosenberg und Hock ertheilte wiederum Anhalt den Häuptern des österreichischen Adels namentlich Herrn von Tschernembl seine Rathschläge. Abermals vertrat er die Meinung, daß das deutsche Reich selbst in Ungarn interveniren und gegen den Kaiser Ruhe schaffen müsse, ja er ging noch weiter und empfahl eine Einverleibung Ungarns ins deutsche Reich, eine Maßregel, welche natürlich nur darauf berechnet war, das Land den Habsburgern so zu entwinden, wie sich ihnen Deutschland selbst schon entwunden hatte. Dabei blieb es ihm jedoch nicht verborgen, daß sich zwischen Mathias und jenen Ländern, welche Rudolfs Herrschaft abschütteln wollten, ein gutes Einvernehmen anbahne und daß vielleicht der Vortheil der Revolution, deren Ausbruch er selbst beschleunigte, dem Erzherzog zu Gute kommen könnte. Allein er rechnete, daß, wenn Mathias mit Hilfe der protestantischen Stände siegte, dieser Sieg auch der ständischen Macht und dem Protestantismus zu Gute kommen müßte und daß sich damit genug Gelegenheit bieten würde, gegen die Habsburger weiter zu intriguiren, im entscheidenden Moment an Mathias' Stelle den Erzherzog Maximilian zu bringen oder ganz und gar mit dem verhaßten Hause aufzuräumen. Anhalt machte sich auf einen längern Kampf in Oesterreich gefaßt, dessen Chancen er lenken zu können hoffte. So viel ist gewiß, er wußte um die Katastrophe, welche sich in Oesterreich vorbereitete, schürte die Unzufriedenheit daselbst und fand es den Interessen, welche er vertrat, entsprechend, daß der Kaiser ohne Rettung seinem Ruin entgegengehe*).

So wie Anhalt den österreichischen Ständen so nahe als möglich trat, um sich einen Einfluß auf sie zu sichern, so trachtete er auch gleichzeitig in Deutschland den Boden für die künftigen Operationen zu ebnen. Hier mußte er mit seinem Plane, den Erzherzog Maximilian auf den deutschen Thron zu erheben, offener hervortreten,

---

*) Bernburger Archiv F. 1. 226 Fol. 47 Rosenberg an Anhalt ddo. 5. April 1607; Fol. 74 Rosenberg an Anhalt ddo. 10. Mai, Fol. 66 Hock an Dr. Crell ddo. 22. Mai; Fol. 80 Anhalt an Rosenberg ddo. 3/13. Juli; Fol. 85 Memorial Anhalts niedergeschrieben anfangs August; Fol. 98 und 104 Rosenberg an Anhalt und Hock an Anhalt. — Münchner Staatsarchiv 547/3, 175. Memorial Anhalts für den Kurfürsten von der Pfalz ddo. 2/12. Oktober 1607.

um die Ausschlag gebenden Personen zu gewinnen, während es in Oesterreich hinreichte, wenn man die Stände daran gewöhnte, ihr Heil von pfälzischer Einwirkung zu erwarten. Da nun die Kurfürsten in der Besetzung des deutschen Thrones die schließliche Entscheidung in den Händen hatten, so trachtete Anhalt, sie zuerst zu gewinnen. Man sollte wohl erwarten, daß er die Verhandlungen mit dem protestantischen Theil derselben begonnen habe, aber dieser kluge und scharfsichtige Politiker sah vielmehr Gedeihen für seine Unternehmung, wenn er sich unmittelbar an die geistlichen Kurfürsten wagen würde, sobald es ihm nur gelingen könnte, einen derselben zu gewinnen. Den ersten Versuch machte also der Pfalzgraf auf sein Ansuchen und Anrathen bei dem Erzbischof Schweickhart von Mainz und die Gelegenheit hiezu boten die Berathungen des Kurfürstentages von Fulda. Die völlige Apathie des Kaisers in den deutschen Reichs-Angelegenheiten hatte nämlich den Kurfürsten von Mainz veranlaßt, einen Konvent nach Fulda zu berufen, welcher von den Gesandten sämmtlicher Kurfürsten beschickt und 1606
in dem unter andern berathen wurde, wie dem Kriege in den Nieder- Aug.
landen ein Ende gemacht und wie für das Reich durch die Wahl eines Königs gesorgt werden könne. Die geistlichen Kurfürsten hatten ein großes Interesse daran, daß das Reichsoberhaupt einigermaßen seine Pflicht thue und deshalb waren ihre Wünsche nach einem Vertreter Rudolfs ziemlich aufrichtig. Pfalz bei seinen auf Maximilian gerichteten Intentionen war damit zufrieden, daß die Königswahl in Antrag gebracht werde; Sachsen und Brandenburg schloßen sich der Mehrheit ohne tiefer gehende Absichten an. Es wurde beschlossen, sämmtliche Kurfürsten sollten sich in einem gemeinsamen Schreiben an den Kaiser wenden, damit dieser zur eigenen Erleichterung die Wahl eines Königs gestatte, der ihm bei der Regierung als eine Art Coadjutor behilflich sein solle. Die drei geistlichen Kurfürsten unterzeichneten das Schreiben, als aber der Pfalzgraf dies thun sollte, besann er sich plötzlich eines andern, denn er fand, daß eine solche Aufforderung an den Kaiser, für die Nachfolge zu sorgen, allzusehr der Wahlfreiheit „präjudizirlich" sei*). Das Schreiben ward sonach nicht abgeschickt, da auch Brandenburg und Sachsen nicht unterzeichneten, die Successionsfrage aber, um derentwegen der Tag von Fulda vornehmlich ausgeschrieben worden, war in weitere Ferne als je gerückt.

---

*) Sächs. Staatsa. Kurfürstenzusammenkunft 7387/13. Kursächs. Instruktion für den Tag von Fulda ddo. 28. Juli/ 7. Aug. 1606. Münchner Staatsa. 547/1, 419. Kurpfälzische Instruktion für den Tag von Fulda ddo. 11/21. Aug. 1606. Ebendaselbst 547/3, 15. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg, 22. Jänner/1. Feber 1607.



Auch erinnerte sich jetzt **Anhalt**, daß der Pfalzgraf dem Kaiser erst vor einigen Jahren ein Versprechen gegeben habe, er werde die Wahl eines römischen Königs auf keine Weise in Anregung bringen. Die Mahnung des Tages von Fulda wäre nicht nur ein Bruch dieses Versprechens gewesen, sondern sie hätte auch den Kaiser in gleicher Weise gegen Kurpfalz wie gegen andere Kurfürsten eingenommen. **Anhalt** riet deshalb andere Wege einzuschlagen. Durch einen vertrauten Agenten konnte nach seiner Meinung dem Kaiser in Prag nahegelegt werden, daß sich das allgemeine Verlangen nach der Bestimmung der Nachfolge auch im Reiche nicht weiter unterdrücken lasse, und daß es deshalb für den Kaiser weit besser sei, wenn er diese Angelegenheit selbst in die Hand nehme und im Verein mit Kurpfalz und andern Wählern einen Prinzen erhebe, der ihm keinesfalls gefährlich werden könne*). Aber um diesen Vorstellungen den gehörigen Nachdruck zu geben, dazu war es nöthig, daß Pfalz nicht bloß im eigenen Namen auftrat, sondern zum voraus mit einem der wichtigsten Kurfürsten sich verständigte.

Als daher der Pfalzgraf dem Erzbischof von Mainz erklärte, er könne das Schreiben an den Kaiser nicht unterzeichnen, ersuchte er hn auch zugleich um eine **Zusammenkunft**, in der sie beide im engsten Vertrauen die Successionsfrage besprechen könnten**). Diese Zusammenkunft fand wirklich in Neuenschloß, wo Kurmainz und Kurpfalz, begleitet
27. März 1607 von ihren vertrautesten Räthen sich einfanden***), statt. Hier besprachen sie umständlich die öffentlichen Verhältnisse und nachdem ihre Ansichten in einigen wichtigen Punkten sich begegneten, beschloßen sie

---

*) Münchner Staatsa. 547/1, 598. Anhalt an Kurpfalz ddo. Lautern 20/30. Sept. 1606. Ebendaselbst 547/1, 663. Anhalt an Kurpfalz ddo. 21/31. Nov. 1606. Ebendaselbst 547/1, 666. Anhalt an Kurpfalz ddo. 28. Dez. 1606/7. Jänner 1607.

**) Münchner Staatsa. 547/3, 58. Kurpfalz an Anhalt ddo. 7/17. Feber 1607.

***) Münchner Staatsa. 547/3, 113. Memorial für Kurpfalz, was bei der Zusammenkunft in Neuenschloß verhandelt werden solle. „Beim Punktum in causa successionis möchte von Meintz defectus patrimonii Ertzherzogs Maximilians erregt werden. Daruff aber geantwortet werden, obwohl pacta familiae in selbigem hauß, daß der Aeltiste nur die Lande haben sollt, vorhanden sein möchten, das doch noch zweifelich, ob die sich nit dispntiren laßen köndten. Contrarium finde sich daß practicirt worden, indem Grätz davon kommen durch theilung. Wann derwegen hiernegst Maximilian ettwas windts bekhäme, wurden J. F. D. auch selbst alßdan bedacht sein von den Erblanden waß zu erlangen oder auch sonsten mittel vorschlagen. **So möcht sich Beheim und Ungarn uff solchen Fall auch desto leichter an J. F. D. ergeben.** — Ebendaselbst Fol. 107 und 112 sind die Reverse, durch welche sich Pfalz und Mainz gegenseitig ihre Verschwiegenheit garantirten.

einander mitzutheilen, wem sie bei der künftigen Wahl ihre Stimme geben würden und leisteten zugleich einen Eid, das Geheimniß „bis in die Grube" bewahren zu wollen, wofern sie sich nicht für eine und dieselbe Person entscheiden könnten. Nachdem diese Vorbereitungen zu Ende waren, bezeichneten sowohl Schweickhart als Friedrich IV den Erzherzog Maximilian als die Person, deren Erhebung sie wünschten. Ob durch die vorangegangenen Verhandlungen oder durch eigene Ueberzeugung der Erzbischof zu Maximilians Gunsten gestimmt worden war, ist uns nicht bekannt. Die beiden Kurfürsten beschloßen dann, nachdem sie in so trefflicher Uebereinstimmung sich befanden, ihre übrigen Kollegen zu gewinnen; Mainz sollte dies Geschäft bei den geistlichen, Pfalz bei den weltlichen übernehmen und beide das Geheimniß durch ähnliche Vorsichtsmaßregeln wie Eidleistung und Revers schützen. Fügen wir gleich jetzt hinzu, daß bald darauf auch Köln und Trier für Maximilian gewonnen wurden*), so ergibt sich daraus, wie nahe Anhalt an seinem Ziele angelangt schien.

Vor allem war nun nöthig, sich der Zustimmung Maximilians vollständig zu versichern. Ducker, der vertraute Rath des Erzherzogs, wurde aufgefordert, nach Mainz und Heidelberg zu kommen, wo ihm wichtige Mittheilungen gemacht werden würden. Er wurde daselbst in Kenntniß gesetzt, daß bereits vier Kurfürsten für seinen Herrn gewonnen seien und deshalb ersucht, sich zu erklären, ob derselbe die Wahl annehmen würde, und welche Hoffnungen er in diesem Falle habe, durch freiwillige Zustimmung der Brüder einen Theil des Familienbesitzes oder das Ganze in seine Macht zu bekommen. Bezüglich des letztern konnte Ducker keine positiven Erklärungen abgeben, bezüglich der Wahl dagegen meinte er, daß obwohl Erzherzog Maximilian durchaus sich nicht in den Vordergrund dränge und andere nicht benachtheiligen wolle, er gleichwohl von sich eine Krone nicht abweisen werde, die ihm durch „besondere Schickung Gottes"**) ange-

*) Münchner Staatsa. 547/3, 134, Kurpfalz an den Grafen Joh. Albrecht zu Solms ddo. 6/10. April 1607. Ebendaselbst Fol. 142, Solms an Kurpfalz ddo. 23. April/3. Mai 1607. Ebend. Fol. 144, Kurmainz an Kurpfalz ddo. 2. Mai 1607. Ebend. Fol. 146, Zusammenkunft von Kurmainz, Kurpfalz und Anhalt in Ladenburg ddo. 20/30. Mai. Ebend. Fol. 170, Bericht des Grafen von Solms ddo. 5/15. Juli 1607.

**) Münchner Staatsa. 547/3, 170. Relation des Grafen Solms ddo. 5/15. Juli 1607: Ducker beteuerte nochmahls, daß J. D. Ertzhertzog Maximilianns darnach (nach der deutschen Krone) nicht trachtete vor ihre Persohn . . . da es aber Gott also gefallen sollte, daß J. D. von denen, so es gebüret, hierzu solte erfordert und beruffen werden, wolte sie es vor eine sonderbahre schikkung Gottes halten und den herren Churfürsten nit aus handen gehen.

tragen werde. Anhalt wollte nun, daß der Erzherzog mit dem Pfalzgrafen und dem Erzbischof von Mainz zusammenkomme, damit bei dieser Gelegenheit genau die weitern Schritte berathen und namentlich bestimmt würde, wie der Kaiser für die gewünschte Wahl gewonnen werden könnte*). Während der Kurfürst von Mainz mit der Zustimmung zu dieser Zusammenkunft zögerte und sie bis zu dem künftigen Reichstag, um Aufsehen zu vermeiden, verschieben wollte, lief ein Schreiben Duckers ein, worin dieser im Namen seines Herrn ersuchte, Kurmainz möge durch Gewinnung des Grafen Sixt Trautson, eines der wichtigsten Räthe des Erzherzogs Mathias, diesen letztern selbst zur Abtretung der Erbländer an Maximilian bewegen**). Auch in dieser Beziehung mag der Kurfürst von Mainz nicht das Gewünschte gethan haben; dagegen einigte er sich in einer abermaligen Zusammenkunft mit dem Pfalzgrafen, daß nunmehr auch Kurbrandenburg ins Geheimniß gezogen werde, und Anhalt selbst übernahm die Reise nach Berlin***). Bei diesem Punkte blieben aber die Verhandlungen und überhaupt der ganze Versuch, Maximilian auf den deutschen Thron zu bringen, stehen. Die nun plötzlich eintretenden Ereignisse, welche Mathias in den Vordergrund brachten, machten die Kandidatur Maximilians unmöglich. Anhalt aber, wenn er seine Absicht den Habsburgern zu schaden, nicht aufgeben wollte, mußte einen andern Weg einschlagen, und hiezu schaffte er sich, wie wir bald sehen werden, durch seine ans geniale streifende Anlage zur Intrigue unverweilt neue Gelegenheit.

*) Münchner Staatsa. 547/3, 188. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 16/26. Juli 1607. Ebend. Fol. 207. Kurmainz an Kurpfalz ddo. Aschaffenburg 10. August 1607. Ebend. Fol. 210. Anhalt an Kurpfalz ddo. 10/20. August. 1607.

**) Münchner Staatsa. 547/3, 213. Vorschlag Duckers wegen der römischen Königswahl. Beilage von Anhalts Schreiben an Kurpfalz ddo. 10/20. Aug. 1607.

***) Münchner Staatsa. 547/3, 237. Kurpfälzische Instruktion für Anhalt zu seiner Reise zum Kurfürsten von Brandenburg ddo. 29. Sept./9. Okt. 1607.

Viertes Kapitel.

I. Berufung des Reichstags von Regensburg. Seine Mitglieder. Die kaiserlichen Propositionen. Opposition der Protestanten. Die Verhandlungen wegen Bestätigung eines erweiterten Religionsfriedens. Die Protestanten verlassen den Reichstag. — II. Rudolfs unvorsichtiges Auftreten gegen die Ungarn Die wichtigsten Parteihäupter in Ungarn, Oesterreich, Mähren und Böhmen. — III. Die Rossitzer Zusammenkunft. Der Preßburger Reichstag. Das Bündniß der Oesterreicher und Ungarn mit Mathias. Mathias' Gesandtschaften. Ferdinands feindliche Stellung. — IV. Des Kaisers schwankende Politik. Khlesl in Prag. Aufregung in Mähren. Revolutionäre Auftritte in Brünn. Der Tag von Austerlitz. Der Landtag in Prag. Der Landtag in Eibenschitz. Die Mährer treten dem ungarisch-österreichischen Bündnisse bei.

I.

Nachdem der Kaiser seine letzte Hoffnung auf die Unterstützung eines deutschen Reichstags gesetzt hatte, ließ er sich dessen Zustandekommen mit allem dem Eifer angelegen sein, dessen er bei seiner kranken und in der Wahl der Mittel ewig unschlüssigen Gemüthsart überhaupt fähig war. Um den Willen der bedeutendsten Fürsten in voraus sich geneigt zu machen, ordnete er an sie im Laufe des J. 1607 Gesandte ab, welche sie über den Charakter der ungarischen Bewegung in einer ihm günstigen Weise unterrichten sollten, und suchte selbst durch eine mehr als gewöhnliche Zuvorkommenheit gegen jene, welche zum Besuche nach Prag kamen, sich seine fürstlichen Unterthanen zu verbinden. So benahm er sich gegen den Kurfürsten von Sachsen, mit welchem er seit Jahren auf einem guten Fuße stand, bei seiner Anwesenheit in Prag als ein höchst Juli
artiger und gastfreundlicher Wirth, gestattete, daß dessen Kaplan Polikarp Leiser öffentlich predigen durfte, was nicht geringes Aergerniß bei allen Katholiken erregte, und fetirte den Kurfürsten, dessen unflätige Sprache, Gefräßigkeit und Trunksucht weit berüchtigt war, in solcher 1607



Weise, daß dieser selbst den Tag vor der Abreise bei der Tafel bekannte: „Ihre Majestät halten mich so wohl, daß ich fast keine Stunde zu Prag nüchtern gelebt.*)" — Als seinen Gesandten nach Deutschland schickte Rudolf den Landgrafen von Leuchtenberg mit dem Auftrage, sowohl das Vorgehen der Ungarn als auch das des Erzherzogs Mathias in entschiedener Weise zu verdammen und alle Hilfe der Fürsten anzusprechen, so weit sie zur Herstellung der kaiserlichen Auctorität nöthig sei. Es macht auf uns einen eigenthümlichen Eindruck, wenn wir den Landgrafen auf seiner Rundreise durch Deutschland am Hofe von Heidelberg gerade in dem Momente Halt machen sehen, in welchem der Kurfürst mit dem Gesandten des Herzogs von Würtemberg über die künftige Sprengung
Nov. des Reichstags verhandelte**) und wenn wir vollends auf die Sprache
1607 hören, welche Rudolf daselbst führen ließ. Er ergoß sich in den heftigsten Klagen wider den Erzherzog Mathias, beschuldigte ihn, daß er bloß auf den Rath von Ausländern und Weibern höre, daß er seine Befehle verachtet, absichtlich den Verlust von Gran herbeigeführt, den ungarischen Aufstand geschürt und darauf eigenmächtig einen „schändlichen Frieden" mit den Türken und Ungarn abgeschlossen habe. Ja in seiner gestörten Auffassungsweise führte er sogar noch Klage über alle jene Erzherzoge, welche vor zwei Jahren von Linz aus die Reise nach Prag unternommen hatten, um ihn an seine Pflicht zu mahnen; er beschwerte sich über sie, daß sie damals mit „spöttischen Vorschlägen zum Frieden" und nur um ihn zu quälen nach Prag gekommen seien. An diese Beschuldigungen knüpfte der Kaiser die Hoffnung, der Pfalzgraf werde mit allen Mitteln und selbst mit gewaffneter Hand ihm zur Wiederherstellung seiner Auctorität behilflich sein. Wie kläglich nehmen sich Bitten und Klagen aus, wenn man sie an einen Feind richtet, welcher derselben offen spottet, und wie sehr war dies da der Fall! Die Antwort, welche der Landgraf bekam, war mehr höhnisch als nichtssagend; der Pfalzgraf sprach nämlich die Hoffnung aus, Erzherzog Mathias werde, wenn ihm der Kaiser das vorhalten werde, wessen ihn der Graf von Leuchtenberg hier be-

---

*) Münchner Reichsarchiv XXI/13, 22, Bodenius an Max von Bayern. ddo. Prag 15. Juli 1607: De ipsius (des Kurfürsten) obscoenis verbis vix ausim scribere. — Archiv von Simancas 2493/68, Guillen de San Clemente an Philipp III ddo. 28. Juli 1607: Ordinariamente esta bébiendo, a sido buena suerte la del Emperador que este hombre aya venido a esta corte, porque los Boemios, que le tenian en gran veneracion y quiça puestos los ojos en el, algunos dellos con su presencia se an desengañado.

**) Die beiden Gesandten waren gleichzeitig in Heidelberg.

schuldigt habe, gewiß zur Nachgiebigkeit sich bequemen*). Diese Gewißheit von Mathias' Nachgiebigkeit war eben so sicher, als die Aufrichtigkeit des Pfalzgrafen, mit welcher er dieselbe zu wünschen vorgab.

Der Reichstag selbst war nach Regensburg ausgeschrieben worden. Da der Kaiser demselben nicht beiwohnen wollte, so mußte er nach der Gewohnheit früherer Zeiten eine fürstliche Person als seinen Stellvertreter absenden, welcher den Titel Prinzipalkommissär führte. Bei den letzten Reichstagen hatte er sich hiebei seines Bruders Mathias bedient, wovon natürlich diesmal keine Rede war; seine Wahl traf jetzt keinen seiner Brüder, sondern seinen Vetter Ferdinand von Graz. Die Ernennung dieses Erzherzogs zum Prinzipalkommissär stieß in Deutschland auf allgemeine Mißbilligung, denn selbst den geistlichen Kurfürsten wäre es genehmer gewesen, wenn eine den Protestanten minder verhaßte Persönlichkeit gewählt worden wäre. Rudolf nahm jedoch die Ernennung nicht zurück, obwohl er darum sogar ersucht wurde, und Ferdinand machte sich im November des J. 1607 auf den Weg nach Regensburg. Schon der Umstand, daß der Kaiser den Reichstag nicht selbst eröffnete, reichte hin, daß auch die Kurfürsten und die angesehensten Fürsten wegblieben und nur ihre Gesandten abschickten, aber auch diese, so wie diejenigen Reichsstände, welche in eigener Machtvollkommenheit erschienen, säumten mit ihrer Ankunft so lange, daß Ferdinand bereits im zweiten Monat in Regensburg weilte, bevor er den Reichstag eröffnen konnte, was endlich
am 12. Jänner geschah. 1608

Es ist für das Verständniß der folgenden Verhandlungen nöthig zu wissen, daß der deutsche Reichstag nicht in einer einzigen Versammlung beriet, sondern altem Herkommen nach aus drei Abtheilungen bestand: dem Kurfürstenrath, dem Fürstenrath und den Städten. Zu dem Kurfürstenrath gehörten die drei geistlichen und drei weltlichen Kurfürsten; der König von Böhmen übte bei keiner von ihren Versammlungen mit Ausnahme der Kaiserwahlen irgend welche Rechte aus, wozu theils die seit den Husitentagen stets gesteigerte Entfremdung Böhmens von Deutschland, theils der Umstand beigetragen hatte, daß seit langem die Krone Böhmens regelmäßig mit der Kaiserkrone verbunden war. Die Ausschließung des Königs von Böhmen von allen Verhandlungen des kurfürstlichen Collegiums ging so weit, daß sich weder Maximilian II noch Rudolf II

*) Münchner Staatsa. 547/3, 284, Rudolf an den Pfalzgrafen ddo. 2. November. Ebendaselbst Fol. 287. Verzeichniß, waß des herren Landtgraffs zu Leuchtenberg F. G. neben der ordinari Werbung ferner wegen der Kay. Mt. Pfalz vorbracht.



noch auch später Mathias und Ferdinand II, die alle vor ihrer Wahl auf den deutschen Thron bereits die böhmische Königskrone trugen, an den Berathungen betheiligen durften, welche unmittelbar vor der Wahl über die kaiserliche Capitulation, also über einen ganz besonderen Gegenstand des öffentlichen Rechtes geführt wurden. — Der Fürstenrath war in zwei Bänke getheilt, auf der ersten Bank, der „geistlichen", saßen die Herrscher von Oesterreich, die Erzbischöfe, darunter der von Salzburg obenan, der Deutschmeister, die Bischöfe, die gefürsteten Aebte und die Vertreter der Abteien. Auf der weltlichen Bank saßen Bayern, Pfalz-Neuburg, Sachsenweimar, Braunschweig, Pommern, Meklenburg, Baden, Jülich, Würtemberg und andere Fürsten, außerdem noch die Vertreter des schwäbischen und wetterauischen Reichsadels. Während die Fürsten und Bischöfe Virilstimmen hatten, waren die Prälaten, Grafen und Reichsritter nur durch je zwei Stimmen im Fürstenrath vertreten, doch war es den einzelnen unbenommen, persönlich den Verhandlungen als Zuhörer beizuwohnen. Im Kurfürstenrathe hatte stets Mainz den Vorsitz, im Fürstenrathe wurde er sonst von Salzburg und Magdeburg angesprochen; jetzt trat an Magdeburgs Stelle Oesterreich, denn seit dieses Erzbisthum in protestantische Hände gekommen, war es wie viele andere säkularisirte Kirchengüter nicht mehr am Reichstage vertreten. Auch der Städterath zerfiel in zwei Bänke, die rheinische und schwäbische; jede der Reichsstädte hatte in diesem Rathe Sitz und Stimme. Wenn es nothwendig war, daß der gesammte Reichstag in einen einzigen Körper als Reichsdeputation oder Ausschuß zusammentrat, war für jeden der einzelnen Räthe die Stimmenzahl gesetzlich bestimmt. In diesem Fall hatten die Kurfürsten sechs Stimmen, eben so viele der Fürstenrath und die Städte zwei. Es war sonach möglich, daß die Kurfürsten in den Ausschüßen überstimmt werden konnten, was zur Folge hatte, daß sie nur höchst ungern zur Bildung derselben die Hand boten; nichtsdestoweniger traten sie fast regelmäßig bei den Reichstagen zur Schlichtung minder wichtiger Angelegenheiten oder solcher, die keinen Aufschub duldeten, zusammen. Die Zerfahrenheit, welche in die deutsche Verfassung durch die Religionsverschiedenheit und den nach voller Souverainität lüsternen Geist der Reichsstände gekommen war, bewirkte indessen, daß die Verhandlungen der Ausschüße ebenso schleppend und von baldiger Uebereinstimmung ebenso entfernt waren, als der vollständige Reichstag selbst. Sobald es sich um eine Religionsangelegenheit handelte, war im Kurfürstenrath kein Beschluß zu erzielen, da sich konstant die geistlichen und weltlichen Kurfürsten gegenüberstanden. Dagegen war der Fürstenrath um so entschiedener auf katholischer Seite, weil nicht alle Besitzer der säkularisirten Bisthümer und Erzbisthümer, so sehr sie dies auch anstrebten, einen Sitz darin erlangen



konnten, also die übrig gebliebenen kirchlichen Würdenträger mit den weltlichen katholischen Fürsten die Majorität bildeten. Der Städterath war protestantisch, da sich fast ausnahmslos die Reichsstädte der Glaubensneuerung zugekehrt hatten*).

Längere Zeit hatte man sich in Prag berathen, welche Gegenstände man auf dem Reichstage zur Verhandlung kommen lassen solle; der Kaiser wollte zwar nichts anderes als Geld erhalten, aber mit diesem nackten Verlangen konnte er demselben nicht ohne weiteres entgegentreten. Es mußten also in das kaiserliche Programm mehrere Punkte, deren Entscheidung in Deutschland mehr oder weniger allgemein gewünscht wurde, aufgenommen werden; schon lange forderte nämlich der Fortschritt der Zeit und mancherlei Besitzänderungen eine durchgehende Verbesserung der Reichsmatrikel, nach welcher die Steuern bemessen wurden; das Münzwesen bedurfte einiger allgemein bindender Anordnungen; der langsame Gang aller Prozesse bei dem Reichskammergerichte erheischte eine Vermehrung, wo nicht Verdoppelung seiner Beisitzer und eine Verbesserung seiner Gerichtsordnung und endlich hatte man auch vielfach angeregt, daß das Reich nicht theilnahmslos dem Kriege in den Niederlanden zusehe, sondern seine Auktorität zur Herstellung des Friedens geltend mache. Dies waren Punkte, welche seit vielen Jahren fortwährend besprochen wurden und zu deren Entscheidung der Kaiser sich bereitwillig erklären mußte, wenn er andererseits die Befriedigung seiner Bedürfnisse erwarten wollte**). Als demnach Erzherzog Ferdinand dem Reichstag die kaiserliche Proposition, welche den Gegenstand seiner Berathungen ausmachen sollte, vorlegte, bestand dieselbe aus fünf Punkten. Der erste betraf die Geldhilfe, welche der Kaiser dringend gegen die Türken bedürfe, der zweite die Aenderungen am Reichskammergericht, welche als eine „Reform des Justizwesens" bezeichnet wurden, der dritte den niederländischen Krieg, bei welchem das Reich seine Auktorität wahren solle, der vierte das Münzwesen und der fünfte die Reichsmatrikel.

Der wichtigste unter diesen Punkten war jener, welcher die „Reform des Justizwesens" betraf. Der Kaiser verstand darunter theils eine solche Reform des Reichskammergerichtes, wodurch dasselbe in die Lage

*) Wiener Reichsarchiv. Vom Ausschreiben eines Reichstags MS 94. Es ist dies ein langer Aufsatz über die Beschaffenheit der Reichstage, dessen man sich in der kaiserl. Kanzlei vor dem Regensburger Reichstag von 1613 bediente.

**) Wiener Staatsa. Reichstagsakten Nr. 68. Dr. Roths Bedenken über den Reichstag. Es ist dies ein ausführliches Gutachten für den Kaiser, welche Propositionen er dem Reichstage vorlegen solle.

käme, schneller Recht zu sprechen, theils die Beseitigung aller Hindernisse, welche sich der Exekution der reichskammergerichtlichen Urtheile entgegenstellten. Dies war nun aber nicht der Sinn, welchen die deutsche Aktionspartei, den Pfalzgrafen an der Spitze, mit der Reform des Justizwesens verband. Liest man die Schriften dieser meistens kalvinischen Partei, so begegnet man in denselben ununterbrochenen Klagen über den üblen Zustand der Justiz im Reiche und ununterbrochenen Beschuldigungen des Kaisers, daß er seine Pflicht vernachlässige; alle diese Klagen beabsichtigten jedoch nichts anderes als geradezu die Vernichtung jeder Reichsjustiz. Die Wortführer der Justizreform in Deutschland verstanden unter derselben vor allem die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes, die Sistirung aller Exekutionen gegen jene, welche die vom Reichstage bewilligten Steuern dem Kaiser nicht zahlten und endlich die Ungiltigkeitserklärung aller kammergerichtlichen Urtheile, welche Gegenstände betrafen, die ihrer Behauptung nach religiöser Natur waren und sonach nur von Kaiser und Reich d. i. eigentlich nie oder nur nach der Willkür des Mächtigern entschieden werden sollten. Nicht eine Reform ward also beabsichtigt, welche eine schnelle Justiz herbeiführen sollte und welche alle streitigen Angelegenheiten in Deutschland vor ein allgemein giltiges Forum zöge, es ward vielmehr versucht, den Umfang dessen, was durch Gesetze und richterliches Erkennen der Willkür der einzelnen Fürsten entrückt werden sollte, auf das geringste Maß herabzudrücken; nicht deshalb wurde die Unterdrückung des Reichshofrathes gewünscht, weil eine einheitliche Justiz zwei konkurrirende Gerichtshöfe nicht vertrage, sondern deshalb, weil der Kaiser durch den Reichshofrath Rechte ausübte, deren Vernichtung man anstrebte. Erinnern wir uns noch, daß der Pfalzgraf als das Ziel der Union hinstellte, man dürfe sich den Majoritätsbeschlüßen des Reichstages nicht fügen, so wird man den richtigen Standpunkt gewinnen, von dem aus man die Politik seiner Partei, ihre Justiz- und Verfassungsreformen würdigen kann.

Der wichtigste Punkt in der Justizreform, wie sie von der Partei des Pfalzgrafen verstanden wurde, betraf die Sistirung der Kompetenz des Kammergerichtes in Gegenständen religiöser Natur und die Ungiltigkeitserklärung der in dieser Beziehung erflossenen Urtheile. Es ist bekannt, daß es in Deutschland seit dem Augsburger Religionsfrieden zu keiner Einigung über den „geistlichen Vorbehalt" gekommen war; Protestanten und Katholiken standen einander mit ihren Forderungen schnurstraks gegenüber. Nichtsdestoweniger rissen die erstern nach wie vor überall, wo sie konnten, geistliche Güter an sich, und fast bei jedem Reichstag konnten die Katholiken über den abermaligen Verlust eines Bisthums oder



einer Abtei Klage führen. Vom Kammergerichte erfolgte während langer Zeit auf die deshalb anhängigen Klagen keine Entscheidung, bis endlich unter Rudolf die Beschwerden der Katholiken daselbst wieder Gehör fanden und dasselbe die Protestanten auf Grundlage des Augsburger Religionsfriedens in vier Fällen, welche Klöster betrafen, zur Restitution verurtheilte *). Diese Entscheidungen waren von großer prinzipieller Bedeutung, denn wenn sie exequirt wurden, wer schützte dann die Protestanten vor dem Versuche, ihnen auf dem Rechtswege alles das zu entreißen, wessen sie sich seit dem J. 1556 faktisch bemächtigt hatten? Theils aus eigenem Antriebe theils aufgefordert von ihren Glaubensgenossen fochten also die Verurtheilten die Giltigkeit der reichskammergerichtlichen Erkenntnisse an und verlangten eine Revision derselben. Zur Vornahme dieser und anderer seit dem J. 1586 zur Revision angemeldeten Prozesse hatte der Reichstag von 1598 angeordnet, daß eine Deputation in Speier zusammentreten und dieselbe vornehmen solle. Da sich schon an dem Urtheil des Kammergerichtes in der „Vierklosterfrage" mehrere protestantische Assessoren zu Gunsten der Katholiken entschieden hatten, und Rechtsgelehrte, welche der Kurfürst von der Pfalz nachträglich befragte, gleichfalls in einer den Katholiken günstigen Weise über die Rechtsfrage sich ausließen **), so fürchtete der Kurfürst von der Pfalz, daß möglicherweise in der vom Reichstage angeordneten Deputation sich ein oder der andere Protestant auf die Seite der Katholiken schlagen und hiedurch den letzteren zum Siege verhelfen könnte. Sein Bestreben war es demnach, die Deputation durchaus zu keiner Revision kommen zu lassen oder wenn schon eine solche vorgenommen wurde, wenigstens die Vierklosterfrage davon auszuschließen, denn nach seiner Behauptung gehörten Entscheidungen über Religionsangelegenheiten nicht zur Kompetenz des Kammergerichtes, das an und für sich nicht berechtigt sei, die Trägweite des Religionsfriedens zu interpretiren; der Kaiser und der Reichstag allein seien zum Eingreifen in solche Angelegenheiten befugt. Da der Kurfürst nicht allein stand, sondern von einer großen Anzahl der Reichsstände in seiner Opposition eifrig unterstützt und von andern wenigstens nicht gehindert wurde, so kam es in der That zu keiner Revision der Prozesse und bei dem Reichstage von 1608 mußte, wenn man die „Justizreform" in Angriff nahm, die Vierklosterfrage prinzipiell entschieden werden, d. h. man mußte über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit des Augsburger Religionsfriedens oder über seine Interpretation einen Beschluß fassen. Welches gefährliche

*) Häberlin. Neueste deutsche Reichsgeschichte. Bd. 21. S. 636.
**) Londorp, S. 545. Gutachten des Visitationsgesandten Leonhardt Schuch.

Thema demnach, wenn der Reichstag die Verhandlungen über die Justizreform wirklich in Angriff nahm; der ganze Gegensatz zwischen den katholischen und protestantischen, zwischen den kaiserlichen und den fürstlichen Interessen trat hierin offen an den Tag und ließ, wie die Dinge nun einmal standen, keine Ausgleichung mehr hoffen. Für den Kaiser war es also eine Angelegenheit von höchster Bedeutung, daß die Geldbewilligung nicht in irgend einer Weise mit dem gordischen Knoten der Justizreform in Verbindung gebracht werde, für die Protestanten und alle jene, welche eine Sprengung des Reichstages beabsichtigten und dem Kaiser kein Geld mehr geben wollten, war es dagegen vor allem nöthig, daß die Berathung über die Justizreform zum Ausgangspunkt der Verhandlungen genommen werde, weil sie dann sicher sein konnten, daß der Reichstag nie über diesen ersten Punkt hinauskommen würde.

Gleich nach der Vorlage der kaiserlichen Propositionen durch den Prinzipalkommissär erhoben also die Protestanten ihre Einwendung gegen die Reihenfolge derselben, bestritten dem Kaiser das Recht, daß er die Ordnung der Berathungen zu bestimmen habe und verlangten deshalb, daß zuerst die Justizreform erwogen werde. Indessen war diese Opposition nur insofern ernstlich gemeint, als dadurch viele Tage in unnützen Debatten hingingen, denn die Protestanten ließen sich zuletzt zum „Beweise ihrer freundlichen Nachgiebigkeit" die Berathungen in der vom Kaiser bestimmten Ordnung gefallen, aber nur um, wie wir gleich sehen werden, auf einem Seitenwege zu ihrer ursprünglichen Absicht zurückzukehren. Es ward nun in allen drei Räthen die ungarische Angelegenheit und die Berathung über die dem Kaiser zu leistende Geldhilfe an die Tagesordnung gesetzt.

Bei dieser Gelegenheit wurde der Stand der Angelegenheiten in Ungarn von allen Seiten untersucht und schon in der Auffassung derselben zeigte sich ein prinzipieller Unterschied, der natürlich in der Frage über Bewilligung und Nichtbewilligung der Geldhilfe von Entscheidung sein mußte. Die katholischen Kurfürsten und die katholische Mehrheit des Fürstenrathes rieten dem Kaiser zur möglichsten Nachgiebigkeit gegen die Ungarn, damit so der Friede mit ihnen und den Türken *zu Stande käme*, die protestantischen Kurfürsten dagegen, die protestantische Minorität des Fürstenrathes und die Städte glaubten dem Kaiser nicht erst zum *Abschluß* des Friedens, sondern zur *Einhaltung des bereits geschlossenen* rathen zu müssen. Es sei nämlich bekannt, sagten die letztern, daß im J. 1606 sowohl mit den Ungarn als mit den Türken ein Friede geschlossen worden sei, und leicht würde derselbe Dauer und Geltung finden, wenn der *Kaiser selbst* die Bedingungen desselben, näm-



lich die Aufrechthaltung der Privilegien und der religiösen Freiheit der Ungarn so wie die Absendung eines Gesandten mit Geschenken an die Pforte einhielte. — Die Katholiken auf dem Reichstage wußten also von einem wirklich abgeschlossenen Frieden nichts, und demgemäß erklärten sie sich zu einer Geldhilfe bereit, wenn der Krieg trotz aller Nachgiebigkeit des Kaisers, zu welcher sie ihm dringend rieten, seinen Fortgang nehmen sollte. Die Protestanten dagegen, welche auf den Abschluß des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens hinwiesen, legten es dem Kaiser allein zur Last, wenn er dessen ungeachtet sich wieder in einen Krieg verwickeln würde; in ihrer Opposition gegen jede Geldbewilligung betraten sie jedoch nicht alle denselben Weg. Ein Theil von ihnen, der schroffere, an dessen Spitze selbstverständlich allemal der Kurfürst von der Pfalz stand, wollte absolut von keinem Geldbeitrag etwas wissen und erklärte, daß bei dem offenbaren Nothstand im deutschen Reich die Erhebung einer Steuer unmöglich und daß es zugleich auch vergeblich sei, an eine äußere Sicherstellung des Reiches zu denken, wenn es an der innern Sicherheit gebreche und wenn nicht sowohl in der Reform des Justizwesens und des Reichshofraths, vor allem aber in der Sicherstellnng des Religionsfriedens alles Nöthige geschehe. Der andere Theil, die Mehrzahl der Protestanten umfassend, schloß sich einer so absoluten Weigerung nicht an, verlangte aber als Grundbedingung für jede Geldbewilligung, daß ihren eben bezeichneten Forderungen Genüge geschehe und so kehrten alle, nachdem sie ihre anfänglichen Bedenken gegen die Reihefolge der kaiserlichen Propositionen „zu Ehren des Kaisers und seines Kommissärs" fallen gelassen hatten, auf diesem Seitenwege zu ihrer ursprünglichen Absicht zurück, durch Vorschiebung anderer Berathungsgegenstände, über die man sich nie einigen konnte, den Reichstag überhaupt 2. Feb.
zu keinem Beschluße kommen zu lassen *).

Wir haben schon auseinandergesetzt, wie weit umfassend der Begriff war, welchen die Protestanten mit dem Worte der Justizreform verbanden, daß sich derselbe nicht bloß auf die Reform des Kammergerichtes, sondern auch auf die Aufhebung des Reichshofrathes und auf die Anerkennung jener Interpretation bezog, welche sie dem Augsburger Religionsfrieden gaben. Indem jetzt ein Theil die Unterstützung des Kaisers davon abhängig machte, daß derselbe die Justizreform in ihrem Sinne durchführe, legten sie doch nicht auf alle Punkte derselben ein gleich großes Gewicht, sondern betonten vor allem jenen, welcher die Sicherstellung des Religions-

*) Londorp und Häberlin sind hier zum Theile auch als Quellen anzusehen. — Wiener Staatsa. Reichstagsakten 66. Graf von Zollern an den Kaiser. ddo. Regensburg 2. Feber 1608.

friedens betraf. Sie formulirten ihre dahinzielenden Wünsche in dem Verlangen nach erneuerter Bestätigung des Religionsfriedens mit der Interpretation, welche sie ihm gaben, und nach dem Gewicht, welches sie auf eine Befriedigung in dieser Beziehung legten, konnte man annehmen, daß sie sich wenigstens auf dem gegenwärtigen Reichstage mit ihren übrigen Forderungen zufrieden geben und denselben in seiner Kompetenz nicht weiter anfechten würden. Da es sich nicht darum handelte, den Protestanten etwas zu bewilligen, was sie noch nicht hatten, sondern nur zu sanktioniren, was faktisch Geltung hatte und was, weil im Widerspruch mit den Reichsgesetzen, nicht wenig zur Mißachtung des öffentlichen Rechtes beigetragen hatte, so war es in der That für ihre Gegner an der Zeit zu erwägen, ob die Nachgiebigkeit besser am Platze sei, als starrer und fruchtloser Widerstand.

Diejenigen, welchen vor allem an dem Bestande Deutschlands, selbst mit seiner verfaulten Verfassung, lag, waren die geistlichen Reichsstände und der Kaiser. Für die Bischöfe und Aebte war es keines weitern Beweises bedürftig, daß ihr weltlicher Besitz am gesichertesten bei dem Bestande der Reichsverfassung sei, mochte sie auch immerhin in sehr vielen Fällen ihnen nicht mehr ausreichenden Schutz geboten haben. Die Kaiser selbst besaßen zwar nur eine sehr geringe Macht in Deutschland, die vielleicht in keinem Verhältniß zu den Beschwerden der deutschen Krone stand, aber es war für sie als Besitzer der österreichischen Monarchie von großer Wichtigkeit, daß das benachbarte Land weder unter ein fremdes Oberhaupt kam, noch auch in Länderatome zerfiel, welche auf die kaum geschaffene Monarchie einen ähnlich auflösenden Einfluß ausgeübt hätten Die Kaiser und die geistlichen Würdenträger waren es bisher vornehmlich, welche den Fortschritten des Protestantismus den meisten Widerstand entgegensetzt hatten, denn den Habsburgern mußte um ihre Krone, den Bischöfen um den Rest ihres Besitzes bange sein und deshalb suchten sie ihn wenigstens in die Schranken des Augsburger Religionsfriedens zurückzuweisen. Aber da dies eine baare Unmöglichkeit war, weil an eine Durchführung der Exekution gegen die seitherigen Uebertreter nicht zu denken war, sollte es nicht ihr eigenes Interesse erheischt haben, auch die spätern Verluste sich gefallen zu lassen, die Usurpation der neuen Besitzer zu sanktioniren und demnach den Augsburger Religionsfrieden so zu erweitern, als die Umstände es erheischten, vorausgesetzt natürlich, daß mit diesem großen Opfer ein für allemal jedem weitern Angriffe auf katholisches Kirchengut ein unübersteiglicher Damm entgegengesetzt würde?

Wir müssen indessen hier in Abrede stellen, daß durch ein solches Opfer irgend ein Vortheil für die Katholiken erzielt worden wäre. Als



die Protestanten auf dem Reichstage zu Regensburg die Forderung einer neuerlichen Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens erhoben, meinten es ihre Wortführer damit keineswegs aufrichtig; es genügte ihnen weder die Sanktionirung aller von ihnen vorgenommenen Säkularisationen noch auch eine Anerkennung des in den Augsburger Religionsfrieden nicht eingeschlossenen Kalvinismus. Was sie unter erneuerter Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens verstanden, war nichts anderes als die Macht, auch in Zukunft die Katholiken unter dem Schutze des Gesetzes überall da zu unterdrücken, wo sich die Gelegenheit bot.

Für die hier behauptete Tendenz der Protestanten bietet das Auftreten des Kurfürsten von der Pfalz einen eben so vollgiltigen als merkwürdigen Beweis. Seinen Gesandten, welche er nach Regensburg schickte, befahl er vor allem den Grundsatz anzufechten, daß der Reichstag Majoritätsbeschlüße fassen könne, welche die Gesammtheit verpflichten; sie sollten vielmehr mit Entschiedenheit das Recht jedes einzelnen Reichsstandes, den Beschlüßen beizutreten oder sie abzulehnen, vertheidigen. An dieses schloßen sich seine Weisungen, welche die den Verhältnissen entsprechende Bestätigung eines erweiterten Religionsfriedens betrafen. Anknüpfend nämlich an die Vierklosterfrage gab er seinen Gesandten den Befehl, in derselben unnachgiebig zu sein, weil von ihrer Entscheidung die Existenz des Protestantismus abhänge und fügte hinzu: da es denn doch geschehen dürfte, daß auf dem Reichstage vermittelnde Vorschläge von Seite der Katholiken auf die Bahn gebracht werden könnten, derart nämlich, daß die Katholiken auf alles das, was seit dem Augsburger Frieden in den Besitz der Protestanten gekommen sei, Verzicht leisten wollten, wofern die letztern ihnen andererseits die Versicherung geben würden, fortan ihren Besitzstand in keiner Weise zu verletzen, so wolle es ihm doch bedünken, daß dies nicht bloß ein nicht rathsamer, sondern sogar ein gefährlicher Ausweg sei. Denn da die Erfahrung zeige, daß sich die Katholiken nicht gescheut hätten, den Augsburger Religionsfrieden als ungiltig hinzustellen, wer sichere die Protestanten in der Zukunft, daß nicht von ihren Gegnern auch in dem neuen Vertrage Lücken aufgefunden würden, welche Handhaben genug böten, ihn nicht einzuhalten? Nur in dem Falle, wenn die Katholiken als Grundsatz zugeben wollten, daß auch fernerhin jeder evangelische Reichsstand seinen jetzigen Besitz oder was ihm künftig durch Erbschaft oder „auf einem andern Weg" zufallen könnte, reformiren, d. i. die Klöster und Stifter darin aufheben und die Einwohner zu seiner Religion nöthigen dürfe, und daß auch katholische Reichsstände, sobald sie protestantisch würden, mit gleicher Vollgewalt ihre Besitzungen reformiren könnten, nur dann könne man einen neuen Vertrag mit den Katholiken, denen man übrigens



gleiche Rechte zu einer Reformation in ihrem Sinne zugestehen wolle, abschließen. Wollten die Katholiken nicht auf diese Vorschläge eingehen, so sei es vorzuziehen, bei dem „alten Herkommen" zu bleiben*).

Es kann wohl kaum Jemand so unbillig sein, um in Abrede zu stellen, daß diese Erklärungen des Pfalzgrafen auch eine genügende Rechtfertigung für die Katholiken seien, wenn sie nicht auf eine Erweiterung des Augsburger Religionsfriedens, auf eine friedliche Verzichtleistung der seit 1556 entrissenen Kirchengüter eingingen. Wozu konnte ihnen ein Vertrag dienen, wenn ihre Gegner in einem Athem erklären: was wir euch genommen haben, behalten wir und was wir euch noch nehmen können, das werden wir nehmen. In vorhinein erweitern diese ihr Reformationsrecht nicht bloß auf ihren gegenwärtigen Besitz, nicht bloß auf das, was ihnen durch Erbschaft zufallen könnte, sondern auch auf das, was ihnen auf „andere Weise" zu Theil werden würde. Diese „andere Weise" war es, welche ihnen zum Besitz so vieler reichsunmittelbarer Bisthümer verholfen hatte, dieselbe „andere Weise" war es, welche sie erst vor kurzem in der Säkularisirung von Kurköln versucht hatten, und die nackt herausgesagt, nichts als Gewalt war. Und nun bedenke man, daß die Urheber und Vertreter der pfälzischen Instruktion, Männer wie Camerarius, Plessen, vor allem aber der Fürst von Anhalt, sich nicht entblödeten, gegen Jesuitismus, papistischen Despotismus, gegen den gewaltsamen Unterdrücker der „evangelischen Wahrheit" Ferdinand von Gratz zu donnern, sie, die doch Grundsätze aufstellten, in denen der Gewissensfreiheit des Volkes mindestens eben so wenig Rechnung getragen wurde, als dies bei jenen der Fall war, welche sie nicht müde wurden zu verlästern und auf den Pranger zu stellen. Und diese Männer, welche um ein unbeschränktes Reformationsrecht ausüben zu dürfen, dasselbe, wenigstens in der angeführten Instruktion, auch den Katholiken zugestehen wollten, sonach also nicht einmal den Schein einer tiefern eigenen Ueberzeugung besaßen, diese Männer konnten dennoch ihrer Zeit die öffentliche Meinung in Oesterreich und Deutschland für sich haben und bei der Mehrheit als Vertheidiger der „evangelischen Wahrheit" gegen papistische Tyrannei gelten! Wenn wir aber berücksichtigen, daß in Oesterreich, Ungarn und Böhmen einige Hundert Adelshäupter, in Deutschland einige Dutzend Fürsten und

---

*) Münchner Staatsa. 547/3, 326. Instruktion für den churpfälzischen Gesandten. 5. Jänner 1608/26. Dez. 1607. — Auch Erzh. Ferdinand drückt die Absichten der Protestanten klar genug in einem Schreiben an seine Mutter aus ddo. 18. April 1608. Hurter, Ferdinand II, V. S. 501.



Grafen mit Hilfe solcher Grundsätze ihre Herrschaft in den ihnen unterworfenen Gebieten schrankenlos über die Leiber und Geister erweitert haben, so daß Niemand vorhanden war, welcher dem von ihnen auf die öffentliche Meinung ausgeübten Druck wirksam begegnet wäre und wenn wir nicht vergessen, daß auch katholische Herrscher, zwar nicht theoretisch aber doch praktisch, in ähnlich absoluter Weise die kirchlichen Verhältnisse ihrer Unterthanen zu bestimmen trachteten, so begreifen wir, daß solche Männer wie der Pfalzgraf und sein gesammter Anhang nicht in ihrem wahren Werthe von Jedermann erkannt wurden.

Es ist nicht im entferntesten unsere Absicht, mit dieser Polemik gegen das religiöse Element des Protestantismus aufzutreten. Wir haben es hier nur mit den weltlichen Häuptern der Katholiken und Protestanten zu thun, und nur zu erzählen, was sie gethan und durch welche Mittel und Grundsätze die einen über die andern den Sieg errungen haben. Unsere Absicht war es, an einem der wichtigsten Fälle nachzuweisen, daß deutsche Fürsten in einer konsequenten Bedrückung des Gewissens ihrer Unterthanen Philipp II nicht nachstanden, und wenn letzterer durch die Härte seiner Maßregeln sie weit überbot, so hat er doch wieder andererseits ihre Anmassung nicht erreicht, mit welcher sie sich in der Bestimmung des Glaubens ihrer Unterthanen höhere Rechte beilegten, als selbst Päpste und Koncilien. Und doch wie wenig hat man dies bei der Auffassung der Vergangenheit berücksichtigt und wie falsch hat man namentlich die Urheber des tödtlichen Kampfes beurtheilt, welcher dreißig Jahre lang Mitteleuropa zerfleischte. Die Protestanten, schließlich die Sieger auf dem Schlachtfelde, sind bisher auch die Sieger auf dem literarischen Kampfplatze gewesen; sie haben die Geschichte des 17. Jahrhunderts geschrieben und darin liegt der Grund der üblichen Beurtheilung der pfälzischen Partei. Indem wir auf Grundlage von Quellen, welche entscheidender sind, als die Sympathien geistiger Gesinnungsgenossen, Männern wie Anhalt, nicht ihre bedeutenden Anlagen und ihre Regsamkeit, wohl aber die höhere Weihe eines edlen Strebens absprechen, gedenken wir gleichwohl nicht, zu anderer Gunsten, in einen ähnlichen Fehler zu verfallen.

Die Gesinnungen des Pfalzgrafen waren für die Protestanten am Regensburger Reichstag maßgebend. Gleich vom Beginne der Verhandlungen an bildeten seine Gesandten das Centrum der Opposition und wurden als Direktoren der befreundeten Reichsstände sowohl von den Protestanten als von den Katholiken anerkannt. Der Anschluß der kleinern deutschen Fürsten an die Pfalz war diesmal enger als je, denn zu gleicher Zeit wurden ja zwischen ihnen die Verhandlungen weiter geführt, welche

den Abschluß der Union zum Zwecke hatten und die also schon jetzt eine gleichartige Politik anbahnten. Brandenburg und Sachsen waren zwar nicht zu einer solchen Opposition gegen den Kaiser wie Kurpfalz aufgelegt, allein da die Geldfrage mit ihrem günstigen Fortgang im Zusammenhang stand, so ließen sie sich dieselbe gefallen und unterstützten sie, wenn auch mit maßvoller Zurückhaltung*). Die Einigkeit machte sich übrigens durch eine äußere Einrichtung geltend; die Versammlung der pro- protestantischen Gesandten legte sich den Titel „evangelischer Korrespondenzrath" bei und regelte unter dem Vorsitz der kurpfälzischen Gesandten sowohl die Ordnung wie den Inhalt der Debatten und das gemeinschaftliche Auftreten. Während nun in Regensburg die Protestanten erörterten, wessen Inhalts der Vertrag sein solle, welcher zwischen den Katholiken und Protestanten einen neuen Religionsfrieden herstellen solle, die Katholiken dagegen die Nothwendigkeit eines solchen neuen Vertrags nicht zugeben wollten, verstrichen nicht weniger als drei Monate, und noch immer war nicht die leiseste Hoffnung für den Kaiser vorhanden, zu irgendwelcher Geldhilfe zu gelangen. Der Versuch einer Vermittlung von Seite des Erzherzogs Ferdinand führte zu keinem Ziele, da er den Standpunkt der katholischen Reichsstände einnahm und nichts anderes beabsichtigte, als die Entscheidung über die Kirchengüterfrage der Zukunft vorzubehalten. Der Kaiser, von allen diesen Vorgängen benachrichtigt und jetzt erst die volle Wucht der Gefahren einsehend, in welche er sich gestürzt hatte, ließ dem Reichstage die Erklärung zukommen, daß er sich entschlossen habe, sowohl den Wiener als den Zsitva-Toroker Frieden zu ratificiren und daß er sonach die Unterstützung der Stände nur in einem geringern Maße für seine unabweisbaren Bedürfnisse in Anspruch nehmen wolle. Aber auch
22. Ap. diese Mittheilung machte auf die protestantischen Stände keinen Eindruck und sie entgegneten endlich, daß, nachdem sie so lange und ohne jeden Erfolg in Regensburg verweilt hätten, sie entschlossen seien, den Reichstag zu verlassen. Die Bitte des Erzherzogs Ferdinand, doch noch auf die Entscheidung des Kaisers, dem er von ihrem Beschluße Nachricht geben wolle, zu warten, hatte weiter keine Folge; am 28. April erklärten die pfälzischen Gesandten, daß sie am folgenden Tage Regensburg verlassen würden, erfüllten auch in der That ihre Drohung und gaben damit das Signal zum allgemeinen Aufbruche. Erzherzog Ferdinand verlangte nun von

*) Wiener Staatsarchiv, Reichstagsakten 66. Haniwaldt an den Kaiser ddo. Dresden, 27. April 1608. Kursachsen allein war geneigt den Regensburger Reichstag fortzusetzen, auch wenn der Kaiser die religiösen Forderungen nicht befriedigte. Gleichwohl war auch Kursachsen zur Geldhilfe nicht geneigt.

den katholischen Gesandten, daß sie wenigstens für ihren Theil dem Kaiser eine Steuer bewilligen möchten, allein diese, welche wohl noch energischer als der kaiserliche Prinzipalkommissär selbst, gegen jede Benachtheiligung der katholischen Kirche geeifert und viel von der Nothwendigkeit gesprochen hatten, die seit dem J. 1555 säkularisirten Güter wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückzugeben, nahmen nun keinen Anstand den Kaiser hilflos zu lassen. Sie meinten, eine bloß von den Katholiken ausgehende Geldbewilligung würde den Protestanten Veranlassung geben, auch ihrerseits unter sich Sammlungen anzustellen und der Bürgerkrieg könnte die Folge der Trennung sein. Es bleibe nichts übrig, als den Reichstag zu vertagen und indessen durch bessere Vorbereitungen eine Wiederholung seines gegenwärtigen Verlaufes zu verhüten*). — Dies war das Ende des Reichstages, von welchem der Kaiser Unterstützungen im Betrage von einigen Millionen Gulden erwartet hatte, um seinen Bruder, die Ungarn und die Türken zu bekämpfen.

---

*) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 66. Schriftliche Relation des Ertzh. Ferdinand an Ihre Kayserliche Majestät die zwischen den Gesandten beider Religion entstandene Differentz wegen der neuen Bestettigung und confirmation deß in anno 1555 aufgrichteten Religionsfrieden betreffend, ddo. 28. April 1608. — Wir sehen uns noch genöthigt, gegen die Richtigkeit einer Mittheilung Ranke's über den Regensburger Reichstag, welche sich in seiner Geschichte der Päpste (Bd. II, S. 412) befindet, Einsprache zu thun. Ranke erzählt, Rudolf habe sich entschlossen, auf die Wünsche der Protestanten in Bezug auf den Religionsfrieden einzugeben und habe einen darauf bezüglichen Erlaß an Erzherzog Ferdinand abgeschickt. Fra Felice Milensio, Generalvikar des Augustinerordens, welcher dem Reichstage an der Stelle des Nuncius beiwohnte, habe kaum Nachricht von dieser Entschließung Rudolfs erhalten, als er zu dem Erzherzog geeilt sei und ihn beschworen habe, die kaiserliche Concession nicht zu publiciren, um der katholischen Kirche keinen tödtlichen Schlag zu versetzen. Ferdinand habe diesen Bitten Gehör gegeben und so habe ein einfacher Augustinermönch auf das Schicksal Deutschlands und auf den Verlauf des Reichstages einen entscheidenden Einfluß gehabt. — Wir können nicht umhin, die Richtigkeit dieser Angaben zu bezweifeln und müssen annehmen, daß Milensio sich ein Verdienst zugeschrieben habe, welches er nicht besaß. Das Wiener Staatsarchiv ist in Bezug auf die Geschichte des J. 1608 von Hammer, Hurter und uns eingehend durchforscht worden und Keinem gelang es, auch nur einer einzigen Nachricht auf die Spur zu kommen, welche Milensio's Bericht bestätigen könnte. Dagegen bieten die aufgefundenen Korrespondenzen den Beweis vom Gegentheil. Wir ersuchen übrigens den alle wichtigen und minder wichtigen Ereignisse berichtenden Briefwechsel Erzherzog Ferdinands mit seiner Mutter während des Regensburger Reichstags, wie er sich in seiner Vollständigkeit bei Hurter (Geschichte Ferdinands II, Bd. V, Urkunden) vorfindet, durchzulesen und fragen, ob es wahrscheinlich, daß Ferdinand versäumt hätte, seiner Mutter eine so wichtige Nach-

II.

Es läßt sich leicht denken, wie sehr man in Oesterreich auf den Verlauf des Regensburger Reichstags gespannt war, da von dessen Nichteingehen auf die Wünsche des Kaisers allein das Gedeihen der Pläne abhing, deren Durchführung indessen eine Anzahl Parteihäupter in Ungarn, Oesterreich und Mähren zu ihrer Aufgabe machten. Die fortgesetzte Weigerung des Kaisers, dem Wiener und Zsitwa-Toroker Frieden seine volle Zustimmung zu geben, seine Verhandlungen mit den deutschen Reichsständen, um mit ihrem Gelde den Krieg von neuem zu beginnen, erfüllte die ruhigen und dem Hause Habsburg ergebenen Leute mit Schrecken und Widerwillen, da sie sich auf alle Gräuel eines innern Krieges gefaßt machen mußten, alle unruhigen und der Dynastie feindlich gesinnten Köpfe aber mit Freude, weil ihnen die Gelegenheit winkte, das, was sie im J. 1606 unvollendet gelassen hatten, nunmehr zu Ende zu bringen, denn jetzt konnten sie sicher sein, daß sie sich bei jedem Schritt gegen den Kaiser einer allgemeinen Zustimmung erfreuen würden und daß dem letztern auch noch die Freunde fehlen würden, welche er zwei Jahre zuvor gehabt hatte. Was Ungarn durch den Wiener Frieden erlangt hatte, religiöse Gleichberechtigung und Restauration der alten Adelsverfassung, das schien auch den übrigen Ländern, Böhmen, Mähren und Oesterreich eines Kampfpreises werth und wir werden bald sehen, daß in eben dem Grade, in welchem Rudolfs Absicht klar wurde, von neuem den Krieg zu beginnen, auch die Annäherung zwischen den Parteihäuptern der einzelnen Provinzen eine innigere wurde und daß auf geheimen Wegen Besprechungen und Berathungen stattfanden, wie dem kommenden Kampfe gerüstet entgegenzutreten. Stellte sich Erzherzog Mathias an ihre Spitze, so konnte er die Bewegung insofern meistern, als sie keine antidynastische Richtung

---

nicht mitzutheilen. In den Korrespondenzen, welche wir aufgefunden haben und welche sich auf den Verkehr Ferdinands mit dem Kaiser während des Regensburger Reichstags beziehen, findet sich nicht die leiseste Andeutung über den angeblichen Beschluß des Kaisers. Ja, als Ferdinand in seiner am Eingang dieser Note citirten und an den Kaiser gerichteten Relation (ddo. 28. April 1608) alle Vorgänge am Regensburger Reichstage über die religiöse Frage umständlich erzählt, erwähnte er auch da mit keinem Worte eines Beschlußes, wie ihn Rudolf nach Fra Milensio gefaßt haben soll. Ist dieses Schweigen nicht entscheidend? Beifügen wollen wir noch, ohne darauf weiter ein Gewicht zu legen, daß auch der spanische Gesandte, welcher doch im regen Verkehr mit allen hervorragenden Personen in Prag, mit dem Nuncius und mit Erzherzog Ferdinand selbst stand, nichts von der mehr erwähnten Entscheidung des Kaisers weiß.

nahm, im Uebrigen jedoch durfte er kaum mehr hoffen, ihr Ziel und Maß zu geben, da die letzten drei Jahre die Feinde allzusehr erbittert, die Freunde aber mißtrauisch und zaghaft gemacht hatten.

Rudolf selbst handelte in der Zeit, welche dem Regensburger Reichstage voranging, mit all' der Unbesonnenheit, welche wir an ihm gewöhnt sind und die durch seine geistige Krankheit sich allerdings erklärt. Statt Maß zu halten und Niemanden weiter zu reizen, so lange er nicht die Mittel zu einem neuen Kampfe in den Händen hatte, benahm er sich gegen die Ungarn rücksichtslos und suchte nicht einmal den Schein zu wahren. Es unterblieb also, wie wir bereits erzählt haben, nicht bloß die Uebergabe einiger noch immer mit deutschen Truppen besetzten Festungen an die Ungarn, auch die Konfiskation der Illeshazy'schen Güter wurde aufrecht gehalten. Von allen Seiten wurde er zur Berufung eines Reichstages gedrängt, statt aber einfach diesem Drängen einen starren Widerstand entgegenzusetzen, wie das seinem Plane entsprach, reizte er nur noch mehr durch scheinbare Nachgiebigkeit. Er schrieb nämlich in der That auf den Monat Juli 1607 einen Reichstag nach Preßburg aus, als aber die Magnaten daselbst zusammenkamen, warteten sie vergeblich zwei Monate auf die Eröffnung desselben und auf die Mittheilung der königlichen Propositionen. War dies Benehmen schon unerhört, so war es vollends empörend, daß der Kaiser den Reichstag, welchen er sodann auf den Monat November berief, abermals vertagte. Die Gährung erreichte darüber den höchsten Grad; die Haiduken waren die ersten, welche zu offener Empörung Zuflucht nahmen, mit den Türken ins Einvernehmen traten, Ungarn von neuem zu verheeren begannen und mit gleich barbarischen Einfällen in die benachbarten Länder, wie zwei Jahre vordem, drohten. In Oesterreich und Mähren stieg bereits die Angst bis zur Verzweiflung, und zu der Furcht vor dem Feinde gesellte sich der bitterste Groll über das Treiben des Prager Hofes. Mathias mitten in diesen Ereignissen und Befürchtungen lebend, eilte nach der zweiten Vertagung des Preßburger Reichstags nach Prag, um den Kaiser nochmals zu bitten, den Frieden einzuhalten und ihn auf die Empörung aller Gemüther über sein Benehmen aufmerksam zu machen. Es war das letztemal, daß sich die kaiserlichen Brüder in ihrem Leben sprachen. Mathias' letzte Anstrengung mißglückte vollständig; er mußte sich von Prag entfernen, ohne den Kaiser zu vermögen, von seiner wahnsinnigen Politik abzulassen. Zurückgekehrt nach Wien war es ihm klar, daß, wenn je der Moment da gewesen, selbstständig aufzutreten, er jetzt für ihn gekommen sei. Er berief deshalb auf eigene Gefahr den ungarischen Reichstag nach Preßburg, um mit ihm zu berathen, was für den Frieden zu thun wäre. Dem Kaiser selbst gab er



von diesem Schritte Nachricht und bat ihn, seine Sanktion dazu zu geben,
23. D. weil die Empörung der Haiduken und der Untergang Ungarns nicht anders zu verhindern seien*). Statt aller Antwort ließ Rudolf durch Erzherzog Ferdinand den deutschen Reichstag in Regensburg eröffnen, so daß also die ungarischen und deutschen Stände beinahe zu gleicher Zeit ihre Sitzungen begannen.

Der Aprilvertrag von 1606 war ein Versuch, durch eine Art von Familiengericht, Rudolf als zur Regierung untauglich zu beseitigen; er leistete aber nicht das, wozu er doch bestimmt war. Alle Prinzen des Hauses, den König von Spanien mit eingeschlossen, erkannten zwar, daß Rudolf zur Regierung nicht fähig sei; sie scheuten sich aber doch vor einem Schritt, der, mit welcher Rücksicht er auch immer gethan wurde, zur Verringerung der königlichen Auktorität beizutragen schien. Als nun die höchste Gefahr herangekommen war, der Aufstand in Ungarn zum Theil bereits seinen Anfang genommen hatte und den übrigen Provinzen sich mitzutheilen drohte, sah sich Mathias von seinen Brüdern und Vettern nur wenig unterstützt und deshalb genöthigt, die unter allen Umständen unbedingt nothwendige Entfernung seines kranken Bruders mit Hilfe einer Revolution zu versuchen, welche er vergeblich durch eine Art Familiengericht zu bewirken gehofft hatte. Aus diesem Grunde sehen wir den friedlichen Erzherzog, und zwar unter der Einwirkung solcher Rathgeber, deren katholische Gesinnung über allen Verdacht erhaben war und welche sich sonst keineswegs als Freunde der ständischen Macht betrugen, den ungarischen Parteihäuptern die Hand bieten und dadurch dem Bündnisse beitreten, welches sich zwischen ihnen und einigen Freunden in Mähren und Oesterreich seit längerem vorbereitet hatte und endlich im Dezember 1607 in Rossitz**) zum Abschluß gediehen war.

Zum Verständnisse der folgenden Ereignisse ist es nöthig, jene Männer, welche in den einzelnen Ländern Oesterreichs eine bedeutende Stellung einnahmen und von denen die meisten die Urheber und Theilnehmer des Rossitzer Bündnisses waren, umständlicher zu charakterisiren.

Dieselben Männer, welche in Ungarn im J. 1605 sich mit Bocskay gegen Rudolf verbunden hatten, waren es auch jetzt, welche Mathias aufforderten, sich an ihre Spitze zu stellen, um dem Regiment des Kaisers ein Ende zu machen. Es waren dies Illeshazy, Hommonai, Thurzo, Revay und andere, theils Protestanten, theils Katho-

*) Hurter, Ferdinand II, V, 417. Mathias an Rudolf ddo. 23. Dez. 1607. — Chlumecky, Zerotin.

**) In Mähren gelegen, eine Besitzung Karls von Zerotin.

liken, denn jetzt kämpfte man nicht wie bei der Bocskay'schen Rebellion bloß um die Glaubensfreiheit, nicht bloß um ständische und nationale Privilegien sondern um Hab' und Gut, welches der Wiederausbruch eines Krieges auf das ernstlichste gefährdete. Die Katholiken, welche ehedem treu zu Rudolf gehalten, hatten sich seitdem in die unvermeidliche Anerkennung des Protestantismus gefügt und wußten es einem Manne wie Rudolf keinen Dank mehr, wenn er unter falschen Vorwänden oder unerfüllbaren Vorspiegelungen einen neuen Kampf heraufbeschwor und sie einem gewissen Untergange preisgab. Mit einem Worte, Ungarn war völlig einig der Herrschaft des Kaisers ein Ende zu machen, weil sein Thun und Treiben seit dem Abschluße des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens nur darauf gerichtet war, die Verwirrung ins Endlose zu unterhalten und weil er nur die Macht hatte, Böses zu thun, aber weder Willen noch Kraft etwas in Ordnung zu bringen.

Oesterreich, ein altes Besitzthum des Hauses Habsburg, hatte zeitweise Kämpfe mit seinen Fürsten; dieselben waren aber immer so beigelegt worden, daß zwischen diesen und ihren Unterthanen wieder ein herzliches Einvernehmen eintrat. Die Reformation, die auch nach Oesterreich gedrungen war, hatte da, wie überall zur Aufregung und Zwietracht zwischen den Herrschern und Beherrschten beigetragen, aber doch keine so tiefe Spaltung herbeigeführt, weil Ferdinand I und Maximilian II der geistigen Bewegung nicht barbarische Gewalt, sondern nur einen mäßigen Widerstand entgegengesetzt hatten. Maximilian II hatte sich sogar soweit dem protestantischen Adel genähert, daß er ihm die freie Glaubensübung zwar nicht durch ein Staatsgrundgesetz oder Privilegium, wie man dies damals nannte, aber doch auf eine bindende Weise gewährte. Unter Rudolf dauerte dieser Zustand fort, die Reformation fand auch in den Städten, wohin sie nur theilweise vorgedrungen war, so allgemeinen Eingang, daß an eine Unterdrückung derselben vernünftigerweise nicht gedacht werden konnte. Nichtsdestoweniger machte sich während der Statthalterschaft des Erzherzogs Mathias der Bischof von Wiener-Neustadt, Khlesl, an diese Aufgabe. Mit hervorragendem Talent, eben so viel Willensstärke und Ausdauer begabt, um seines Zweckes willen zur Intrigue eben so geneigt, wie zum geraden entschlossenen Handeln, hatte sich dieser Mann trotz niederer Herkunft*) durch seinen kirchlichen Eifer, seine Gelehrsamkeit und seine tadellose Lebensweise zu einer hohen kirchlichen Würde emporgeschwungen. In dieser Stellung hatte er

*) Er war eines Bäckers Sohn, in seiner Jugend ein Protestant, aber frühzeitig zur katholischen Kirche übergetreten.



den Protestanten überall den größten Abbruch gethan, ohne dabei zu einem andern Mittel zu greifen als besonders Widerspänstige zur Auswanderung zu nöthigen; immer bedacht durch geistliche Zusprache zu belehren und die neue Ueberzeugung zu befestigen, war er selbst am thätigsten, wo es galt den Protestanten zu predigen, den Gewonnenen zum erstenmal das Abendmal zu reichen und hatte dadurch auch Erfolge erzielt, deren sich begreiflicherweise nicht viele Bischöfe rühmen konnten. Die Magistrate der Städte füllten sich wieder mit Katholiken, die Klöster und Ordensgeistlichen bequemten sich wieder zu strengerer Einhaltung der Regel, die Pfarrgeistlichkeit entschied sich zwischen dem Weibe oder dem Verlust des Amtes, kurz überall, wohin des Kaisers Macht reichte, da reichten auch Khlesls Thätigkeit und Erfolge. Nur der Adel setzte ihm auf seinen Gütern eine unübersteigliche Schranke entgegen. — Erzherzog Mathias war bald nach der Uebernahme der Statthalterschaft in Oesterreich mit Khlesl bekannt geworden, nahm ihn in seinen Rath auf, und von da an spielte der Bischof vermöge seines Talentes und seiner unermüdeten Thätigkeit in demselben die bedeutendste Rolle. Auch an dem sich entwickelnden Bruderzwist nahm Khlesl keinen geringen Antheil, indeß läßt sein gesammtes Benehmen nicht den Verdacht aufkommen, als habe er den Erzherzog Mathias aus Uebelwollen oder Ehrgeiz gegen seinen Bruder gehetzt; er that nichts mehr, als daß er Mathias zum entschlossenern Handeln da aufforderte, wo Zögern nur Verderben der Dynastie bringen konnte. Aller Wahrscheinlichkeit nach war er auch der vorzüglichste Urheber des Vertrages unter den Erzherzogen im J. 1606*). Ihm, als einem scharfsichtigen Gegner der Protestanten in kirchlicher und staatlicher Beziehung, mußte es klar sein, daß eine Erhebung Mathias' gegen den Kaiser denselben nur zum Nutzen gereichen könne, wenn die gesammte kaiserliche Familie nicht einig gegen Rudolf stand; daher sein Bestreben diese Einigkeit herbeizuführen. Als jedoch der Aprilvertrag seine Dienste nicht leistete, hielt er die Verbindung mit den Protestanten für minder schlimm, als die längere Regierung des Kaisers.

Neben Khlesl standen wohl noch mehrere Katholiken im Dienste des Erzherzogs, ihre Bedeutung ragte jedoch nicht über die Mittelmäßigkeit hinaus, wenngleich Rudolf durch die spezielle Anfeindung Cavriani's und Krenbergs diesen beiden eine höhere Bedeutung zuzuerkennen schien.

Unter den protestantischen Häuptern in Oesterreich stand Erasmus Freiherr von Tschernembl als ein Mann von hoher Begabung, tiefer Einsicht und unermüdeter Thätigkeit obenan. Er gehörte der calvinistischen

*) Hammer weist dies in seiner Biographie Khlesls nach.



Partei an, welche bis dahin in Oesterreich nur sehr wenige Mitglieder zählte, aber gerade diese wenigen überflügelten an Thätigkeit und politischem Scharfsinn alle übrigen. Tschernembl hatte auf weiten Reisen sich eine große Weltkenntniß erworben; er sprach und schrieb geläufig mehrere Sprachen, namentlich das Französische, welches damals das gemeinschaftliche Band des Calvinismus abgab. Unter den gleichzeitigen österreichischen Staatsmännern sowohl der katholischen als der protestantischen Richtung ist er, wo nicht der hervorragendste, so doch unbedingt den hervorragendsten an die Seite zu stellen. Zwei Ziele verfolgte er unverwandt in seinem Leben; die absolute Freigebung des Protestantismus in Oesterreich beim Adel und in den Städten war das eine, das andere die Umgestaltung der österreichischen Monarchie zu einer föderativen Republik mit einem monarchischen Haupte. Der Föderation sollte die dreifache Staatengruppe der deutschen, böhmischen und ungarischen Länder zu Grunde liegen; eine um so merkwürdigere Thatsache, wenn man bedenkt, daß er die ideale Grundlage für einen Staat zu schaffen suchte, den seine eigenen Besitzer, die habsburgische Dynastie, noch nicht für ein unauflösbares Ganze ansahen. Gewandt in der Rede und in der Feder nicht bloß wie wenige seiner Standesgenossen, sondern selbst wie wenige in der gleichzeitigen Gelehrtenrepublik, ward ihm von seinen Gesinnungsgenossen überall, wo er auftrat, der erste Platz eingeräumt. Er war nicht darauf bedacht, seine Absichten langsam und auf friedlichen Wegen zu erreichen, sondern hatte etwas von der Ueberstürztheit und Ungenirtheit moderner Revolutionäre an sich, daher wohl auch der Beiname eines Tribuns, welchen man ihm gab. Das, was er in diesem Augenblick vor allem anstrebte, war, seinem Glauben eine durch die Verfassung selbst garantirte Berechtigung zu verschaffen und das Recht des freien Bekenntnisses Jederman zu vindiciren. Deshalb unterhielt er heimliche Verbindungen mit Ungarn und mit Deutschland, in letzterem namentlich mit dem Fürsten von Anhalt, um, wenn die Verhältnisse günstig sein sollten, durch fremde Hilfe zu erreichen, wozu es seinen Landsleuten vielleicht an Muth oder Ausdauer gebrach.

Am nächsten zu Tschernembl standen die Brüder Gottfried und Richard von Starhemberg, beide hochangesehene Mitglieder des österreichischen Adels, Kalviner, und geneigt, mit Gewalt das zu erreichen, was die Zeit im friedlichen Wege nur langsam herbeiführt. Mit Tschernembl sehen wir sie stetig an allen folgenden Umwälzungen und Ereignissen einen hervorragenden Antheil nehmen; sie standen ihm nur an Gelehrsamkeit und Heftigkeit nach, an Ausdauer waren sie kaum zu überbieten. Ein geschickter Unterhändler und eifriger Vertreter des Protestantismus war auch Erasmus von Eizing.



Die Motive, welche die Oesterreicher jetzt als Feinde Rudolfs auftreten ließen, waren doppelter Art, religiöser und politischer. Das religiöse betraf allein die Protestanten, denen es sich um eine gesetzliche Bestimmung ihrer Glaubensfreiheit handelte. Merkwürdig ist in dieser Beziehung, daß sie eigentlich mehr Grund hatten, sich gegen Erzherzog Mathias zu beschweren als gegen den Kaiser, denn seit der Erzherzog Statthalter und Khlesl sein Rathgeber war, seitdem war ihnen in den Städten der meiste Abbruch geschehen. Wenn sie sich nichtsdestoweniger mit Mathias verbinden wollten, so thaten sie dies in einer doppelten Hoffnung, erstens daß es ihnen gelingen werde, Khlesl aus dem Rathe seines Herrn zu entfernen und zweitens, daß ein Bündniß mit den protestantischen Ungarn zuletzt ihren Wünschen einen mächtigen Vorschub geben müsse. Der politische Grund, welcher alle Oesterreicher ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß einigte, beruhte theils auf der Unsicherheit, der die österreichischen Länder seit dem Bocskay'schen Aufstand preisgegeben waren und die neuerdings durch des Kaisers Benehmen in einen verheerenden Krieg umzuschlagen drohte, theils auf den fortdauernden Bedrückungen, denen sie durch die Reste der kaiserlichen Truppen, welche auf ihr Gebiet verlegt waren und daselbst von Plünderung lebten, preisgegeben waren. Eine solche Behandlung von Seite ihres Souverains erschütterte bei dem katholischen Adel und selbst bei dem Prälatenstand die Treue zu dem Kaiser und machte sie nicht ungeneigt, sich auf Mathias' Seite zu schlagen.

Auf Ungarn und Oesterreich hatte der Erzherzog als ihr Statthalter den meisten Einfluß und es konnte ihm also keine Schwierigkeiten machen, sie völlig geeint gegen den Kaiser ins Feld zu führen, wenn er wollte. Anders und zweifelhafter stand es mit Mähren, das er gleichwohl zu gewinnen trachten mußte, wofern er einen sichern Schlag führen wollte. Nicht als ob der Zunder der Unzufriedenheit in Mähren ein geringerer gewesen wäre, im Gegentheil, keine Provinz hatte seit Jahren so viel Mißhandlungen erlitten als gerade diese, aber es schien, als ob diese Mißhandlungen die Kraft zum Widerstande oder zu einer Erhebung gebrochen hätten. In keinem Lande der österreichischen Monarchie war sonst die Herrschaft des Adels eine so stark befestigte als daselbst, und nirgends hatte zugleich die religiöse Freiheit so feste Wurzeln geschlagen als ebenda. Auf dem kleinen Gebiet von etwa 400 Quadratmeilen lebten Katholiken, Utraquisten, Lutheraner, Kalviner, Brüder und Wiedertäufer ungehindert neben einander, und es war dieser Zustand kein neuer, sondern er hatte sich seit den Zeiten Wladislaws II von Böhmen († 1516) von selbst so gestaltet und keiner der habsburgischen Regenten hätte darin eine Aenderung her-



verbringen können*). Während zu *Maximilians* II Zeiten alle Provinzen, namentlich Böhmen und Oesterreich nach einem Privilegium verlangten, welches ihre religiöse Freiheit garantiren sollte, verschmähte es Mähren allein, eine gleiche Forderung aufzustellen, denn es besaß die religiöse Freiheit als ein Vermächtniß der Altvordern, als etwas, was dem Boden des Landes eigenthümlich schien und durch kein Gesetz eine größere Bekräftigung erlangen konnte. Eben so mächtig aber, als die religiöse Freiheit in Mähren aufgeblüht war, eben so mächtig hatte sich auch da die Adelsherrschaft gestaltet; in der Verwaltung und im Gerichtswesen war sie so vollständig organisirt, daß der Markgraf von dem Lande kaum mehr als den Titel und die jährlichen Steuern hatte. Gegen diese Adelsherrschaft hatte nun *Rudolf* ungefähr am Schluße des 16. Jahrhunderts einen hartnäckigen ununterbrochenen und rücksichtslosen Kampf eröffnet, indem er theils mit Verletzung der Verfassung in die Gerichte und Landesämter Personen seiner Wahl brachte, theils gegen jene Personen, welche Widerstand leisteten, ungerechte Prozesse anhängig und sie dadurch unschädlich machte. Mit diesem politischen Absolutismus ging eine religiöse Restauration, vornehmlich geleitet von den Bischöfen von Olmütz und den mährischen Jesuitenkollegien, Hand in Hand. Vielleicht würde mancher tüchtige Herrscher es für seine Pflicht gehalten haben, der oligarchischen Adelsregierung Mährens eine Schranke zu setzen und dem bürgerlichen Element mehr Geltung zu verschaffen, gewiß ist aber, daß *Rudolf* zu dieser Reform nicht berufen war und an die Stelle des Angefeindeten nur noch etwas viel schlimmeres setzen konnte. Die traurigsten Dinge gingen in Mähren in der Zeit von 1605—1608 vor sich. Vier Jahre lang — eben während der erwähnten Zeit — trat ein vollständiger Gerichtsstillstand im Lande ein, theils weil der Kaiser keinen Oberstlandrichter ernannte, welcher den Sitzungen zu präsidiren hatte, theils weil ämtersüchtige Leute es auch nach der Ernennung zu keiner Sitzung kommen ließen*). Könnte sich wohl heutzutage nur *eine* Regierung in der Welt halten, die solche Dinge triebe? So wie Oesterreich, litt auch Mähren Unsägliches durch die kaiserlichen Truppen, die sich dahin nach dem ungarischen Aufstande gezogen hatten. Zwar hatten, um von der Plage frei zu werden, mehrere Städte große Summen dem Kaiser gegeben, damit er Mittel zur Abdankung der Soldaten hätte, aber das Geld wurde zu anderen Zwecken verwendet und dieselben Soldaten plünderten nach wie vor dieselben Bürger. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß Männer, welche ehedem dem

---

*) Chlumecky, Karl von Zierotin. — Meine Geschichte der böhmischen Brüder.

**) Chlumecky, Karl von Zierotin.

Kaiser bei seinem absolutistischen Treiben aus Ehrgeiz behilflich waren, nunmehr doch Anstand nahmen, ihm zu dienen. So kam endlich die Regierung von Mähren in die Hände nichtswürdiger Personen, welche die öffentlichen Gelder auf noch schmählichere Weise als das Gesetz angriffen. Zuletzt ging der Kaiser so weit, daß er im J. 1607 in der Person Ladislaws von Berka, einen des Unterschleifs notorisch bezüchtigten Mann, zum Landeshauptmann von Mähren, also zum Haupt dieser Provinz machte.

Niemand war in Mähren durch diese Aenderungen so hart getroffen worden, als Herr Karl von Zerotin, der Sprosse eines alten Geschlechtes. Von frühester Jugend an hatte dieser Kavalier an der Ausbildung seines Geistes und Charakters mit allem Eifer und strenger Selbstkritik gearbeitet und nicht bloß das eigene, sondern auch des Vaterlandes Wohl zu fördern für die Aufgabe seines Lebens erkannt. Geboren und erzogen in den strengen Grundsätzen der Brüderunität verläugnete er sie keinen Augenblick seines Lebens, aber vor allen feurigen Anhängern ihres Glaubens erscheint er unter seinen Zeitgenossen dadurch wahrhaft bedeutend, daß er den Glauben zu einer Angelegenheit des innern Menschen und nicht zum Gegenstande der Politik machen wollte, also vor einer Verfolgung oder Unterdrückung Andersgläubiger zurückschauderte, selbst wenn er im Siege war. Vielleicht hatte diese evangelische Toleranz nicht immer eine Stätte in seinem Herzen aufgeschlagen gehabt; in seinem frühesten Mannesalter war er mit einem Theile seines Vermögens Heinrich IV zu Hilfe geeilt, als dieser in der größten Gefahr war, der Ligue und den Spaniern zu unterliegen. Aber wenn er vielleicht damals von einem andern Geiste getrieben war, als dem, einem ungerecht Verfolgten zu helfen, so wurde er gründlich davon geheilt durch seine Wahrnehmungen in Frankreich und durch den unter seinen Augen vollzogenen Uebertritt Heinrichs IV zur katholischen Kirche. Dieser Uebertritt, der sich ihm als der schnödeste und von den unreinsten Gelüsten verursachte Abfall vom Glauben darstellte, war für ihn maßgebend in dem, was man von Fürsten erwarten könne und was nicht. Fortan sonderte er streng die Sache der Religion von der der Politik und bot in seiner öffentlichen Wirksamkeit das Schauspiel eines unwandelbar konsequenten Mannes, der weder durch die Bestürmungen seiner Freunde, noch durch die Verlockungen oder Verfolgungen seiner Gegner sich in seiner Handlungsweise irre machen ließ; nach einander gesucht und hochverehrt von den Gegnern des kaiserlichen Hauses und von den Prinzen dieses Hauses selbst, von seinen Glaubensgenossen und von den höchsten katholischen Würdenträgern und von allen diesen wieder verlassen und preisgegeben. Er allein hatte sich nicht geändert, aber seine wandelbaren Schicksale liefern den Beweis, daß ein



Mann seiner Ueberzeugung für die Zeit nicht paßte, weil er zu isolirt da stand und daß der Grundsatz, die Politik von der Religion zu trennen, sich platterdings noch nicht durchführen ließ. Für seine großen Dienste in der Zeit von 1608—1611 erntete er nicht einmal von seinen Glaubensgenossen so viel Dank, daß sie ihn im Jahre 1619 in Ruhe ließen, als er bei Ferdinand II aus Ueberzeugung verharrte, er ward vielmehr — es ist fast unglaublich zu hören, aber leider wahr — mit dem Schicksale Slawata's und Martinitz's bedroht*). Nichtsdestoweniger zog er es vor, später das Schicksal seiner Landsleute zu theilen, welche um des Glaubens willen von Ferdinand II zur Auswanderung genöthigt wurden, obwohl ihm für seine Person das Verbleiben in der Heimat gestattet war; er ging nach Breslau und kehrte von da erst wenige Tage vor seinem Tode nach Mähren zurück.

Žerotin hatte nach seiner Rückkehr aus Frankreich an dem öffentlichen Leben in seinem Vaterlande Antheil genommen, gerade zu der Zeit, als Rudolf gegen die mährische Verfassung seinen traurigen Kampf begann. Gleich im Anfang stellte sich Žerotin in die vordersten Reihen ihrer Vertheidiger und trat mit gleicher Entschiedenheit in die Schranken für seine Nationalität, denn auch diese sah er durch die in der spanischen Schule der Politik geübten Diener Rudolfs gefährdet. Der ganze Haß der letztern konzentrirte sich alsobald gegen ihn, denn es war klar, daß so lange Žerotin nicht aus dem Landrechte und Landtage entfernt und zum Schweigen verurtheilt sein würde, ihre Angriffe gegen die mährische Verfassung kaum von einem Erfolge begleitet sein dürften. Aus diesem Grunde wurde durch Bestechung und durch offenbare Verletzung alles Rechtes ein Prozeß wegen beleidigter Majestät gegen Žerotin anhängig gemacht, und dieser durch fortwährende Beängstigung und Drohung mehrere Jahre lang zu einer qualvollen Zurückgezogenheit verurtheilt. Dies war es aber, was man wollte, und von da an nahmen denn auch die Mißhandlungen der Mährer auf alle Weise zu, bis sie endlich in der Zeit von 1605—1607 den Höhepunkt erreichten. Die Einfälle der Ungarn, die kaiserlichen Soldaten und endlich Herr von Berka selbst plünderten das Land um die Wette, so daß, wo ehedem Wohlstand und eine frische männliche Gesinnung lebte, jetzt nur noch Armuth und Verzweiflung ihre Hütten aufgeschlagen hatten. Das ganze Land war eines Sinnes in der Verurthei-

*) Im J. 1619 ward Žerotin mit dem Kardinal Dietrichstein von den aufrührerischen Ständen in Brünn aus Fenster des Landtagssaales geschleppt und wenig fehlte, so wären sie beide auf die Gasse herunter geworfen worden. Skala zur Geschichte des J. 1619 MS im böhmischen Museum.

lung des Rudolfinischen Regiments, und Aller Augen waren auf Žerotin gerichtet, ob er nicht das Zeichen zur Erhebung geben würde, aber die Gegner standen auf ihrer Hut und sonach war ein Auftreten gegen dieselben nur möglich, wenn auswärtige Hilfe kam.

Neben Karl von Žerotin, dem anerkannten Haupt der Protestanten und sonach der weitaus größern Mehrzahl der Bevölkerung, beherbergte Mähren noch zwei andere nach einer andern Seite hin nicht minder einflußreiche Kavaliere, welche in den meisten Beziehungen das gerade Gegenbild zu ihm boten, aber doch durch mannigfache Verkettung der Verhältnisse im J. 1619 seine einzigen Freunde wurden, während jetzt ihre Ziele und Wege weit auseinandergingen. Es waren dies der Bischof von Olmütz, Kardinal Franz von Dietrichstein und Herr Karl von Liechtenstein, der erste aus seinem Hause, welcher später den Fürstentitel erlangte. Der Kardinal stammte aus einer Familie, welche seit mehreren Generationen der habsburgischen Dynastie treu ergeben und von ihr mit Vermögen und Würden ausgestattet worden war. Adam von Dietrichstein war seiner Zeit Gesandter Maximilians II am spanischen Hofe und hatte sich da mit einer Spanierin Margarite von Cardona vermählt*); ein Sprößling dieser Ehe war der Kardinal, welcher in Madrid das Licht der Welt erblickte und sowohl durch seine Umgebung als durch seine Erziehung sich jenen unter allen Umständen thätigen und rücksichtslosen Glaubenseifer aneignete, der damals die hervorragendste Eigenschaft aller aus Philipps II Schule hervorgegangenen Staatsmänner war. Von Papst Clemens VIII, welcher als Kardinal bei seiner Durchreise durch Mähren den jungen Dietrichstein kennen gelernt und wegen seiner geistigen und körperlichen Vorzüge lieb gewonnen hatte, wurde er nach Rom als Kämmerer berufen, wie ein vertrauter Freund behandelt, bei jeder Gelegenheit ausgezeichnet und zuletzt im Alter von 29 Jahren zur Würde eines Kardinals erhoben, mit welcher er unmittelbar darauf durch die doppelte Gunst des Papstes und des Kaisers die eines Bischofs von Olmütz verband. Kaum hatte er von dem bischöflichen Stuhle Besitz genommen, als er mit Benützung aller Vorrechte desselben sich an das Werk der kirchlichen Reform in Mähren begab, eine Unternehmung, welche bei der unabhängigen Stellung des Adels und bei der ins Blut des Volkes übergegangenen Hinneigung zum Protestantismus geradezu undurchführbar erschien. Zu ihrer Erschwerung gesellte sich noch dies bei, daß der Kardinal, welcher vermöge seines fast ununterbrochenen Aufenthaltes in der Fremde der böhmischen Sprache nicht mächtig war, gleich im Anfang seiner Thätigkeit gegen das wichtigste

*) Richter, Series Episcoporum Olomucensium.



und natürlichste Recht seines Landes und dessen Sympathien verstieß, indem er sich bei den Sitzungen des Landrechts, denen er als Bischof beizuwohnen berechtigt war, einer fremden Sprache bedienen wollte. Karl von Žerotin war es damals, der gegen diese beispiellose Anmaßung protestirte und den Kardinal nöthigte, sich eines Dolmetschers so lange zu bedienen, bis ihm selbst das Böhmische geläufig sein würde. Der Kardinal nahm zwar diese Behandlung als eine der stärksten Beleidigungen auf, widmete sich aber nichtsdestoweniger mit allem Eifer dem Studium der Landessprache und bediente sich ihrer in kurzer Zeit mit der nöthigen Sicherheit und Geläufigkeit. So gerüstet nahm er mit allem Eifer die kirchliche Restauration in seinem Vaterlande in Angriff, indem er theils selbst theils durch verläßliche Gehilfen, vor allem aber durch die Jesuiten, auf die religiöse Umkehr des Volkes und Adels hinarbeitete. Man kann nicht verkennen, daß er sich dieser Unternehmung mit aller Kraft seiner Jugend, aller Hingebung seines Amtes und allem Eifer eines Südländers hingab. Während er für seine Person mit seinen Bemühungen nur den Pflichten seines Standes entsprach und keinen politischen Zwecken dabei dienen wollte, arbeitete er aber doch auch jener absolutistischen Politik in die Hände, welche mit der religiösen Restauration zugleich der ständischen Freiheit ein Ende zu machen suchte, um wo möglich die mustergiltigen spanischen Zustände einzuführen. Es ist leicht erweisbar, daß der Protestantismus in den ersten Jahrzehenden seines Bestehens in allen Ländern, in welche er eindrang, einen Rückschritt in der Lage des Volkes herbeiführte*) und die Macht der Fürsten und des Adels demselben gegenüber erhöhte, aber eben so wenig läßt sich in Abrede stellen, daß die Wiederherstellung der katholischen Kirche überall von solchen politischen Maßregeln begleitet erscheint, bei welchen weder die ständische Freiheit noch das Gemeinwohl einen Gewinn davon trugen.

Herr Karl von Liechtenstein war der reichste und folglich mächtigste Kavalier in Mähren; seine jährlichen Einkünfte beliefen sich auf mehr als 40000 Thaler und sein Bruder besaß nicht weniger**). Seine Vorfahren nehmen in der Geschichte der mährischen Wiedertäufer, denen sie lange Zeit Beschützer und Freunde waren, eine hervorragende Stelle ein, und er selbst war ursprünglich mit Karl von Žerotin in einer Brüderschule erzogen worden und gehörte bis in sein männliches Alter den Protestanten an. Durch welche Verkettung von Umständen und welche Motive er katholisch geworden, ist uns nicht bekannt; nur so viel ist gewiß, daß

*) Döllinger in seinem neusten Werke: Kirche und Kirchen führt den Beweis durch.
**) Archiv von Simancas. So hoch gibt San Clemente ihre Einkünfte an.

er gleich anfangs einen großen Eifer in seinem neuen Glauben an den Tag legte und mit den vorzüglichsten Vertretern des Katholicismus, Fürsten und Mönchen, in einen engen Verkehr trat, der ihn jedoch nicht hinderte, mit seinen ehemaligen Glaubensgenossen ein gewisses vertrautes Verhältniß zu unterhalten. Der Grundzug seines Charakters war flammender Ehrgeiz, der sogar bis zur Hoffart ausartete; träumte er doch wenige Jahre später, nachdem er bereits in den Fürstenstand erhoben worden war, von nichts geringerem, als wie er später bei dem erwarteten Zerfalle Oesterreichs nach Mathias' Tode Markgraf von Mähren werden könnte, und manche Zweideutigkeit seines Charakters erklärt sich durch einen solchen Wunsch am besten*). Nachdem er in die Dienste Kaiser Rudolfs getreten war, stieg er rasch zu den höchsten Würden, ward Landeshauptmann von Mähren, Obersthofmeister des Kaisers und damit Präsident des geheimen Rathes, damals die höchste Würde in Oesterreich. Schon um diese Zeit standen die Angelegenheiten des Kaisers schlecht, und ein so kluger und vorsichtiger Mann, als Liechtenstein stets gewesen, mußte eigene Motive haben, wenn er in eine Stellung trat, in welcher die Vorgänger keineswegs an Ehre und Ansehen gewonnen hatten, und welche bei des Kaisers unglücklicher Gemüthsart ihm selbst noch zu größerem Nachtheil ausschlagen konnte. In der That soll er gehofft haben, die Bezahlung eines bedeutenden Anlehens, auf welche er bisher vergeblich gedrungen hatte, leichter zu erlangen. Kaum hatte er aber das Amt eines Obersthofmeisters angetreten und kaum war er mit den Einrichtungen des Prager Hofes besser bekannt, als er sowohl die Hoffnung aufgab, zu seinem Gelde zu kommen, als in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten einen schnelleren Gang herbeizuführen. Zum Kaiser zu gelangen war ihm unmöglich, wenn er sich nicht deshalb an den Kammerdiener wenden und dessen Gunst den Zutritt verdanken wollte, und daß er stolz genug war, dies Mittel zu verschmähen, kann ihm gewiß nicht verargt werden. Den Sitzungen des geheimen Rathes wohnte er nur eine Stunde am Vormittag bei; am Nachmittag ging er täglich in das neugegründete Kapuzinerkloster am Hradschin und brachte da regelmäßig gegen drei Stunden zu, gewöhnlich im Zwiegespräche mit dem Quardian P. Laurentius von Brindisi, einem Italiener von weit gerühmter

*) Erzherzog Ferdinand von Gratz, der gewiß eher zu Gunsten als zum Nachtheil Liechtensteins urtheilte, nannte ihn selbst hoffärtig. Brüsseler Staatsarchiv, Secretairie d' Etat allem. Carton 163. Peter von Vischer an den Sekretär des Erzherzogs Albrecht, ddo. Regensburg 8. März 1608.

**) Brüssel, Secret d'Etat allem. Carton 163. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 7. März 1608.



Frömmigkeit. Da man ihm zuletzt Vorwürfe über seine Saumseligkeit im Besuche des geheimen Rathes machte, entgegnete er barsch, was er da thun solle; es sei kein Geld vorhanden und keine Mittel dasselbe herbeizuschaffen. Es währte nicht lange, so wurden diese Worte dem Kaiser hinterbracht und es kam zu einem heftigen Dispute zwischen diesem und Liechtenstein, welcher einen Bruch herbeiführte. Liechtenstein, wohl merkend, daß die ungarischen Angelegenheiten den Untergang Rudolfs herbeiführen würden, resignirte schriftlich auf seinen Posten und zog sich, ohne vom Kaiser persönlich Abschied zu nehmen, weil der Zutritt nicht zu erreichen war, auf seine Güter in Mähren zurück.

Ende 1607

Mit der Abreise von Prag und mit dem trotzigen Rückzug auf das Land war jedoch diese Angelegenheit nicht abgethan. Liechtenstein war eine zu wichtige Person, als daß der Kaiser sich nicht weiter um ihn gekümmert hätte, aber die Art und Weise, wie er es that, war nicht darnach angethan, den Bruch zu mildern oder zu heilen. Rudolf zeigte jetzt einen ausgesprochenen Unwillen gegen den gewesenen Obersthofmeister; er machte dem geheimen Rath Barvitius mehrmals Vorwürfe, weil er die veranlassende Ursache von Liechtensteins Berufung nach Prag gewesen war, so daß man dies zuletzt als den Anfang weiterer und direkt feindseliger Schritte ansehen konnte. In der That wurden Kommissäre ernannt, welche nach Mähren gehen und Liechtensteins amtliche Thätigkeit, ja seine Reden und sein gesammtes Thun und Lassen untersuchen sollten; es fehlte bereits nicht an solchen, welche den Kaiser überreden wollten, derselbe sei ihm mit Leib und Gut verfallen. Dies alles ging gegen Ende des J. 1607 und im Anfang des folgenden vor sich, gerade also zur Zeit, als Mathias mit seinem Bruder brechen wollte. Die tendentiösen Prozesse, welche dann und wann vom Prager Hofe angestrengt worden waren und für die Betreffenden nie ein gutes Ende nahmen, das traurige Schicksal, dem kaum vor einem Jahre Georg Popel von Lobkowitz*) nach langer Haft zum Opfer gefallen war, eröffneten Herrn von Liechtenstein keine angenehme Perspektive und trieben ihn, so zu sagen, gewaltsam in die Arme des Erzherzogs, von dem er sich, weil er für ihn ein unschätzbarer Gewinn war, der ausgezeichnetsten Aufnahme versehen konnte. Karl von Liechtenstein, der Konvertit und eifrige Katholik, zog den ganzen katholischen

*) Münchner Reichs. XXI/14. Bodenius an Max v. Bayern ddo. 4. Nov. 1606 berichtet, daß Georg von Lobkowitz in Elbogen soeben hingerichtet worden sei. Die Nachricht des Münchner Archivs ist die einzige, welche über Lobkowitz' bisher ins Dunkel gehüllte Ende Aufschluß gibt.



Adel Mährens nach sich; der katholische Adel Oesterreichs mußte darin eine glänzende Rechtfertigung für den eigenen Anschluß an Mathias finden und der Welt war damit zum unberechenbaren Schaden Rudolfs klar, daß nicht bloß Protestanten sondern bewährte Katholiken, wenn in nichts anderem, so doch in der Verdammung des kaiserlichen Regiments einig waren. So kam es, daß die beiden Häupter Žerotin und Liechtenstein bereit waren, Mathias die hilfreiche Hand zu bieten, wenn er ihrer bedurfte, Žerotin um seine staatlichen Ideale zu verwirklichen, Liechtenstein um sich vor dem Kaiser zu sichern und von dem neuaufgehenden Glücke des Erzherzogs einen Theil für sich zu gewinnen. Nur der Kardinal Dietrichstein nahm an dieser Kombination keinen Antheil, sondern verkettete jetzt fester als je sein Schicksal mit dem des Kaisers, da ihn dieser nach Liechtensteins Abgang zum Präsidenten des geheimen Rathes ernannt hatte. — Wir dürfen am Schluße nicht unerwähnt lassen, daß in den Städten Mährens die Neigung zu einem Aufstande sich nicht so offen kundgab, als bei dem Adel, theils weil die durch kaiserliche Einflüße ernannten Magistrate gegen den Kaiser keine Agitation betrieben, theils weil die Städte dem Adel mißtrauten und nicht gewohnt waren, seine Wege zu gehen.

Es blieb noch Böhmen, auf welches begreiflicherweise beim Ausbruch dieses Streites außerordentlich viel ankam, denn vermochte sich Rudolf auf dies Land zu stützen, so konnte das Ende des sich vorbereitenden Kampfes nicht so leicht abgesehen werden, wogegen die Entscheidung im vorhinein ausgesprochen war, wenn sich dasselbe an Mathias anschloß. Zunder zur Unzufriedenheit, insoweit ihn die religiösen Zwistigkeiten bieten konnten, lag auch hier angehäuft vor, weniger fühlte man sich in politischer Beziehung beschwert. Die Landtage wurden regelmäßig berufen, ihre Entscheidungen nicht umgangen, über die Beisitzer der Gerichte und ihre Aussprüche kamen nur sporadische Klagen vor, wie sie wohl zu allen Zeiten wiederkehren werden. Zwar trat auch hier durch langjährige Nichtbesetzung des Postens eines Oberstburggrafen, dessen Bedeutung der eines Palatins von Ungarn nicht ganz unähnlich war, das Streben des Kaisers an den Tag, ein autokratisches Regiment einzuführen; indessen wurden die Klagen darüber schon um des willen nicht lauter, weil die Protestanten keine Aussicht hatten, zu den höchsten Landesämtern zu gelangen. Seit vielen Jahren nämlich hatte der Kaiser nur Katholiken und ihnen gleichgesinnte Utraquisten zu den hohen Würden befördert, eine durch den Buchstaben der Verfassung noch immer begründete Verkürzung des protestantischen Elements; man empfand also des Kaisers Gebahren in der Besetzung und Nichtbesetzung der Landesämter mehr als eine religiöse denn

als eine politische Beeinträchtigung. Zudem hatte Böhmen nichts von den Einfällen der Ungarn und den gleich gefährlichen Einquartierungen kaiserlicher Truppen während der letzten Jahre zu leiden gehabt, etwas, wodurch Mähren und Oesterreich am meisten aufgereizt worden waren. Wenn also in politischer Beziehung die böhmischen Verhältnisse nicht gerade besorgnißerregend scheinen mochten, so waren sie es in religiöser Beziehung desto mehr. Maximilian II hatte auf dem Landtage von 1575 den Ständen Böhmens — die Städte nicht ausgeschlossen — nach langen Debatten die Erklärung abgegeben, er werde die Anhänger der ihm von denselben überreichten Konfession ruhig bei ihrem Glauben belassen. Diese Konfession war ein Gemisch von Glaubensartikeln, welche theils dem Lutherthum, theils der böhmischen Brüderunität entnommen waren und die in ihrer Vereinigung das Kompromiß darstellten, welches die Lutheraner und Brüder in Böhmen eingegangen waren, um den Vorwurf abzulehnen, als sei ihr Glaube verschieden. Zwar vereinigten sich auch jetzt nicht die Lutheraner und Brüder zu einer kirchlichen Gemeinde, sondern lebten nach wie vor getrennt unter verschiedenen kirchlichen Obern, aber dies hinderte nicht, daß sie sich vermöge Maximilians Zusage auch in den ersten Jahrzehenden der Regierung Rudolfs einer wohl in einzelnen Fällen geschmälerten im ganzen aber doch nicht viel beanstandeten Freiheit erfreuten. Von dem böhmischen Adel war gewiß nicht einmal der zehnte Theil katholisch, von dem Volke ein noch geringerer Bruchtheil. Erst als im J. 1602 Rudolf mit der Unterdrückung des protestantischen Elementes zugleich seinen Bruder zu treffen dachte, schien eine systematische Verfolgung der Unität beginnen zu wollen. Der Kaiser publizirte alte Strafgesetze gegen sie und bedrückte sie thatsächlich in den Städten. Aber da sich diese Verfolgung nicht auf den Adel und seine Unterthanen bezog, that sie den Brüdern nur geringen Abbruch und die religiösen Verhältnisse blieben in Böhmen, so wie sie waren. Nichtsdestoweniger war die Erbitterung über das eigenmächtige Einschreiten des Kaisers grenzenlos; die Lutheraner*) sahen den gegen die Brüder geführten Schlag mit

*) Wenn von Lutheranern in Böhmen die Rede ist, so darf man sich keine Anhänger der Augsburger Konfession darunter vorstellen, sondern nur Anhänger der Maximilian II im Jahre 1575 überreichten Konfession, deren Beschaffenheit wir eben angedeutet haben und zu der sich auch die böhmischen Brüder bekannten. Deutsche Schriften aus den 17. Jahrhundert bedienen sich wohl des Namens Lutheraner bezüglich der Anhänger der Konfession von 1575, böhmische Schriften jener Zeit aber nie, sie haben nur die Bezeichnung „Utraquisten". Wir bedienen uns deshalb der letzteren nicht, weil wir dieselbe für die noch sporadisch vorkommenden Anhänger des alten im 15. und 16. Jahrhundert giltigen Utraquismus beibehalten.



Recht auch als gegen sich gerichtet an, und auf dem Landtage von 1603 erhob sich eine kompakte Opposition gegen die kaiserliche Regierung, zu welcher Herr Wenzel Budowec das Signal gab, und seitdem gährte es ununterbrochen. Man fing an im Lande davon zu sprechen, daß die Krone von Böhmen doch eigentlich keine Erb- sondern eine Wahlkrone sei*), und oft erging man sich in der Betrachtung des Glückes, welches ein protestantischer Herrscher dem Lande verschaffen würde, ja viele wiesen auf den Nachbar, den Kurfürsten von Sachsen, hin und sprachen viel von seinen trefflichen Eigenschaften, die ihn für den Thron befähigten, bis sein Besuch in Prag ihre Illusion auf unangenehme Weise zerstörte.

Die bedeutendsten Persönlichkeiten, welche um diese Zeit in Böhmen lebten, waren auf katholischer Seite, der oberste Kanzler Popel von Lobkowitz, auf protestantischer, Wenzel Budowec von Budowa, Peter Wok von Rosenberg, Wenzel von Kinsky und Graf Mathias von Thurn. Auch hier also wie in den übrigen Ländern durchwegs Mitglieder des Adels und zwar des ältesten und reichsten im Lande. Kein Bürger, kein protestantischer Theolog, kein hervorragender Gelehrte nahm an den Kämpfen in erster Linie Antheil. Schon dieser eine im hohen Grade auffallende Umstand bezeugt, daß doch die Bewegung vor allem in den nach oligarchischer Macht strebenden Adelshäuptern ihren letzten Grund hatte. Die Bewegungen in Oesterreich, Ungarn und Böhmen waren im kleinern Maßstabe das, was die der deutschen Reichsstände gegen den Kaiser; immer dasselbe Streben, die Macht des Souverains zu vernichten, nicht um das Gemeinwesen besser zu organisiren, sondern um es in eine große Anzahl einzelner Herrschaften aufzulösen. Gleichwohl bildeten die gegenwärtigen Verhältnisse eine Ausnahme, denn Rudolfs Mißregierung reizte mehr oder weniger alle Stände der Bevölkerung und der Adel kam nur einem allgemeinen Wunsche nach, wenn er sich an die Spitze der Bewegung stellte; allerdings stand zu befürchten, daß er den Sieg ganz in seinem Interesse ausbeuten würde.

Es ist ein ebenso eigenthümlicher als interessanter Umstand, daß diejenigen, welche um diese Zeit der katholischen Restauration große Dienste leisteten, entweder in der Heimat bei den Jesuiten oder in Spanien und Italien ihre Erziehung genossen hatten oder wenigstens mit spanischen

---

*) Was es mit dem böhmischen Wahl- oder Erbrecht für ein Bewandtniß habe, werden wir im Verlaufe der Erzählung noch näher andeuten. Wer jedoch mit diesem Gegenstand besser bekannt sein will, findet darüber Genaues in meiner Abhandlung: Beiträge zu Geschichte des dreißigjährigen Krieges im XXXI Band der Sitzungsberichte der historisch-phil. Klasse der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien, Jahrgang 1859.



oder italienischen Familien durch Heirat verschwägert waren. Der Kanzler **Popel von Lobkowitz** gehörte durch seine Heirat in die berühmte spanische Familie der **Manriquez de Lara** und zeichnete sich als der feurigste Vertreter jener spanisch-römischen Staatsmänner aus, welche die kirchliche Reform in Oesterreich durch Vernichtung der hergebrachten religiösen und politischen Zustände anstrebten. Streng den Uebungen seines Glaubens ergeben, überall bei Begründung von Klöstern und bei Erleichterung der Bekehrungen thätig, zeigte er, daß ihm seine Bestrebungen nicht bloß eine Sache des Verstandes, sondern auch des Herzens waren. Seit den dreißig Jahren, welche **Rudolf** in Prag residirte, hatten sich intime Verhältnisse zwischen einem Theil des Adels und den jeweilig in Prag residirenden Vertretern der katholischen Mächte entsponnen; man wird also leicht begreifen, daß der Verkehr zwischen der spanischen und römischen Gesandtschaft einerseits und der Familie **Lobkowitz** andererseits von gleich intimen Beziehungen begleitet war und daß diese auf die Politik des Kanzlers keinen geringen Einfluß ausübten*). Welchen Antheil er an den verschiedenen Entschließungen des Kaisers hatte, welche nicht böhmische Angelegenheiten betrafen, ist nicht nachzuweisen, in den böhmischen hatte er einen entscheidenden, da er an staatsmännischen Fähigkeiten alle seine Landsleute überragte**); übrigens besaß er eine zähe Hartnäckigkeit und einen seltenen Muth; den Protestanten hat er nicht bloß in den Tagen des Glückes, sondern auch in denen der Gefahr muthig die Stirn geboten. Er war dem Kaiser auf das unbedingteste ergeben.

Unter den Protestanten hatte um diese Zeit Wenzel **Budowec** den bedeutendsten Namen und erfreute sich auch zugleich eines größeren Anhanges unter dem Volke, als alle übrigen Parteihäupter. Dies hatte seinen Grund in der persönlichen Tüchtigkeit dieses Mannes, in seiner Gelehrsamkeit und in seiner Leutseligkeit. Durch langen Aufenthalt in den meisten Ländern Europa's gebildet, mit vielen Sprachen vertraut, war er nach seiner Rückkehr theils als Schriftsteller, theils als Parteiführer im Landtage beschäftigt. Indem er der Unität der böhmischen Brüder als eines der eifrigsten Mitglieder anhing, trat er dadurch dem Volke um vieles näher, denn diejenigen Adeligen, welche der Unität angehörten, waren die einzigen in Böhmen, welche dem Gewissen ihrer Unterthanen nicht Gewalt anthaten und billige Rechnung den verschiedenen Konfessionen

---

*) Archiv von Simancas. Der Sohn des Kanzlers hatte keinen geringern Taufpathen als den König von Spanien selbst, der sich durch seinen Gesandten vertreten ließ.

**) Guillen de San Clemente äußerte sich stets in diesem Sinne in seinen Briefen an Philipp III.

trugen, ein Benehmen, das nicht verfehlen konnte Eindruck auf die Menge zu machen. Mit Karl von Žerotin stand Budowec in engem Verkehr und die gegenseitige Achtung und Theilnahme dieser Männer hatte wohl zunächst ihren Grund in der Uebereinstimmung des Zieles, welches sie verfolgten, und in der Gleichheit der Mittel, deren sie sich bedienten. Obwohl Budowec einen großen Antheil an allen folgenden politischen Bewegungen genommen hat, so kann man gleichwohl sagen, daß er nie von andern als von religiösen Motiven dabei geleitet wurde und daß er nicht zu jenen Personen gehörte, welche unter dem Vorgeben für den Protestantismus zu kämpfen, eigentlich politische Zwecke verfolgten.

Neben Lobkowitz und Budowec war nur noch Wok von Rosenberg eine allgemein gekannte Persönlichkeit, deren politisch-religiöse Tendenzen wir unsern Lesern bereits vorgeführt haben. Graf Mathias von Thurn und Wenzel von Kinsky, welche im J. 1609 in dem Munde aller Böhmen lebten, hatten ein Jahr zuvor noch keineswegs eine größere Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Den Ereignissen, welche sich jetzt entwickelten, traten sie mit keinem fertigen Programm entgegen; beide ehrgeizig und eigennützig, waren bereit, sich in den Strom der Bewegung zu werfen, aber da sie nach Beute für sich haschten, so ließ sich nicht leicht die Richtung ihrer Thätigkeit bestimmen. Wir überlassen es den folgenden Ereignissen, den Charakter und die Thätigkeit dieser in Böhmens Schicksale so tief verflochtenen Männer zu schildern, denn das ehrgeizige und herrschsüchtige Treiben Thurns, die Zweideutigkeit und Schlechtigkeit Kinsky's und ihrer Beider Stellung zu den religiösen und politischen Bewegungen des Tages vermögen wir kaum deutlich mit einigen Strichen zu zeichnen, so lange wir uns noch nicht auf einen Theil ihrer öffentlichen Wirksamkeit berufen können.

Bei dieser Schilderung der wichtigsten Persönlichkeiten in den österreichischen Ländern haben wir Schlesien und die Lausitz so wie auch die von den Erzherzogen Maximilian und Ferdinand beherrschten Provinzen übergangen. Der Grund liegt darin, daß in denselben die Regierung ununterbrochen einen geregelten Gang nahm und die Unzufriedenheit, wo sie sich überhaupt vorfand, keinen so hohen Grad erreichte, um daß sie einzelnen Personen theils als Anhängern des Bestehenden theils als dessen Angreifern zu einer hervorragenden Stellung verholfen hätte. In Tirol herrschten die Katholiken ohne Widerrede, in Steiermark waren die Protestanten bereits unterdrückt, in Schlesien und in der Lausitz dagegen ließ die Stellung der letztern nicht viel zu wünschen übrig.



III.

Der Entschluß, **Rudolfs** Herrschaft ein Ende zu machen, reifte zuerst in Ungarn und fand beifälligen Anklang in Mähren und Oesterreich. In den gewichtigsten und entscheidendsten Augenblicken waren es vor allem **Illeshazy**, **Žerotin** und **Tschernembl**, welche alle Transaktionen verwarfen und auf eine gewaltsame Lösung der seit zwei Jahren unerträglichen, weil zwischen Krieg und Frieden schwebenden Situation drangen. „Wir sind alle," schrieb **Žerotin** in dieser Zeit, „durch ein gemeinsames Joch der Sklaverei verbunden, an einer Kette werden wir alle ins Gefängniß geführt .... nicht durch Bitten und Ermahnungen, durch andere Mittel müssen die Uebel geheilt werden, denn die Krankheit ist heftig und bedarf deshalb einer starken Medicin." **Žerotin** von allen Vorgängen in Ungarn auf das genaueste unterrichtet, wußte, wie bereit man daselbst zur Ergreifung jener „anderen Mittel" war und hielt deshalb eine vorläufige Einigung von Mähren und Oesterreich für nöthig. Auf seine Einladung fanden sich in Rossitz die Häupter dieser Provinzen zu gemeinsamer Berathung ein, und ohne daß wir genau die Punkte anzugeben vermöchten, über welche man sich daselbst einigte, ist doch so viel gewiß, daß ein eidlich bekräftigtes Uebereinkommen getroffen wurde und daß nach diesem die Oesterreicher zuerst sich der Bewegung der Ungarn anschließen sollten*). Es ist nicht zu bezweifeln, daß Erzherzog **Mathias** von den Rossitzer Verhandlungen in Kenntniß gesetzt wurde, denn an seinem Hofe und in seinem Dienste weilte ein Schwager **Žerotins**, welchen der letztere vertraulich von allen Vorgängen in Kenntniß setzte. Dieser Schwager war Niemand anderer, als der nachmals so berühmte **Albrecht von Waldstein**, Herzog von Friedland**).

Unzweifelhaft also von der Rossitzer Zusammenkunft in Kenntniß gesetzt und genau benachrichtigt von der in allen Provinzen herrschenden Stimmung hielt **Mathias** den Moment zu entscheidenden Handlungen für gekommen. Er berief einen Ausschuß der ober- und niederösterreichischen Stände nach Wien und stellte an ihn die Frage, was überhaupt zur Erhaltung der Länder und insbesondere Ungarns bei der erneuten Rebellion der Haiducken zu thun sei. Die Abgeordneten, zum Theil um die geheimen Triebfedern der Ereignisse wissend, zum Theil zwar mit ihnen

*) Chlumecky: Zierotin S. 399.

**) Chlumecky: Zierotin S. 398.

nicht bekannt aber vom Wunsche nach Frieden beseelt, empfahlen dem Erzherzoge, sich mit den Ungarn zu berathen und erboten sich, ihn nach Preßburg zu begleiten. Mathias nahm dieses Anerbieten an und reiste darauf nach Preßburg ab, wo er am 15. Jänner eintraf und wohin er bereits die ungarischen Stände zu einem Reichstage berufen hatte. Zwei Tage nach ihm fanden sich die österreichischen Ausschüße ein.

Mit der Ausschreibung des Reichstages von Seite des Erzherzogs und mit der Betheiligung der Ungarn an demselben war die Bahn der Rebellion entschieden betreten, denn es war nach dem geltenden Rechte eine unzweifelhafte Befugniß des Königs, daß er allein den Reichstag berufen dürfe. In der Anrede, welche der Erzherzog in lateinischer Sprache an die Stände hielt und die darauf von dem Bischof von Raab verdolmetscht wurde, forderte er sie auf, über die Mittel zu berathen, durch welche das Reich in den vorigen Wohlstand versetzt und der Frieden wieder herbeigeführt werden könnte. Die Stände erwiederten darauf, sie könnten nicht früher dem Erzherzog ihre Antwort geben, bevor sie nicht einiges Unvermeidliche bei den Oesterreichern angebracht hätten.

Das was die Ungarn mit den Oesterreichern verhandeln wollten, betraf nichts mehr und nichts weniger als ein Bündniß gegen einen gemeinschaftlichen Feind, welchen man zwar nicht bezeichnete, von dem aber alle Welt wußte, daß es der Kaiser sei. Heutzutage würde die erste Erklärung einer solchen Versammlung, wie die zu Preßburg, eine Absetzung Rudolfs gewesen sein, damals kam man nur auf weiten Umwegen zu demselben Ziel, obwohl man es unverrückt im Auge hielt. Die Ungarn und Oesterreicher waren darüber einig, alles Unheil der letzten Zeit rühre davon her, daß der Wiener und Zsitwa-Toroker Friede nicht ordentlich eingehalten worden sei; ihre Verhandlungen drehten sich also um den Punkt, wie dieser Friede in seinem vollen Umfange gewahrt werden könne. Das zweckmäßigste schien ihnen eine feierliche Erklärung, unterzeichnet vom Erzherzog als ihrem Haupt und von den ungarischen Ständen und von den österreichischen Ausschüßen, des Inhalts, daß sie die beiden im J. 1606 geschlossenen Verträge aufrecht halten wollten gegen Jedermann ohne Ausnahme. Sie konnten sich einbilden, daß sie mit einer solchen Erklärung zum Theil auf rechtlichem Boden fußten, denn im J. 1606 hatten sie sich ja alle — die Böhmen, Mährer und Andere mit eingeschlossen — verpflichtet, den doppelten Frieden einzuhalten. Doch hatte man allerdings damals nicht den Fall bedacht, daß man ihn auch gegen den Kaiser werde aufrechthalten müssen. Dieses Bündniß zur Aufrechthaltung der vor zwei Jahren eingegangenen Verpflichtungen bezeichnete also den Kaiser keineswegs als den gemeinsamen Gegner und wahrte sonach den Schein, thatsächlich aber war es gegen



Niemanden andern als gegen ihn selbst gerichtet; denn daß Rudolf nicht nachgeben, daß er um keinen andern Preis sich zur Ruhe begeben würde, als bis er seine Gegner, seien es die Prinzen seines Hauses oder die Stände seiner Kronen niedergeworfen haben würde, das war eben so gewiß anzunehmen, wie es durch die folgenden Ereignisse bekräftigt wurde. Ein Theil der Oesterreicher, und zwar die Katholiken und die städtischen Ausschüße, wollten jedoch ein so beredtes Ausschließen des Kaisers nicht auf ihre Verantwortung nehmen, machten Einwendungen gegen die wörtliche Fassung des Vertrages und wünschten, daß der Kaiser mit gebührendem Respekt genannt werde und daß man wenigstens neue Verhandlungen mit ihm beginne, allein die Ungarn, an deren Spitze Illeshazy die Verhandlungen leitete, verwarfen alle solche unzweckmäßigen Vorschläge und nahmen zuletzt zur Vermittlung des Erzherzogs ihre Zuflucht. Dieser selbst mußte allen seinen Einfluß anwenden, um die theils aus Furcht theils aus Ueberzeugung widerspänstigen österreichischen Prälaten und Städtevertreter zu gewinnen oder wenigstens zur Nachgiebigkeit zu bringen. So vollendete sich endlich nach mancherlei Schwierigkeiten die Verbrüderung der Ungarn und Oesterreicher am 1. Februar zur gemeinschaftlichen Aufrechthaltung des Wiener und türkischen Friedens mit Ansetzung von Gut und Blut gegen Jedermann. Der Bundesvertrag ward von achtundvierzig Ungarn und vierunddreißig Oesterreichern unterzeichnet. Unter den Ungarn verweigerten einige ihre Unterschrift, an ihrer Spitze stand der Erzbischof von Gran, Franz Forgacz.

Der Kaiser hatte gerade in dem Augenblick, wo die Verhandlungen gegen ihn im besten Zuge waren, einen Sekretär nach Preßburg mit dem Befehle geschickt, die Versammlung der ungarischen Stände solle sich trennen und im März an einem bestimmten Tage wieder zum Reichstag vereinen, dem er dann die nöthigen Propositionen machen wolle. Zweimal im vergangenen Jahre hatte er in rücksichtsloser Mißachtung aller Verhältnisse den bereits ausgeschriebenen Reichstag wieder vertagt und nun versuchte er mit einem so hohlen Versprechen eine Versammlung zu sprengen, in welcher seine wenigen Freunde und seine zahlreichen Feinde gleich erbittert über seine unerträgliche Saumseligkeit waren. Der königliche Befehl auseinanderzugehen wurde nicht weiter beachtet, sondern beschleunigte nur den Abschluß des Vertrages zwischen den Oesterreichern und Ungarn. Als dies geschehen war, hielt man es für nöthig, von diesem Ereignisse alle jene zu benachrichtigen, die man entweder als Freunde ansah, oder von denen man hoffte, daß sie es werden könnten. Boten gingen also mit Zuschriften der ungarischen Stände nach Mähren an Herrn von Žerotin, nach



Böhmen an Herrn von Rosenberg*), auf daß beide Magnaten ihre Landsleute für das österreichisch-ungarische Bündniß gewännen. Erzherzog
9. Feb. Mathias schrieb selbst an Rosenberg wie an einen vertrauten Freund, sprach die Hoffnung aus, die Stände Böhmens würden sich den Ungarn anschließen und „dem Kaiser nicht mehr dergestalt den Zaum lang schießen lassen"**). Rosenberg wurde auch um seine Vermittlung bei befreundeten deutschen Fürsten ersucht und in der That theilte derselbe in aller Eile dem Fürsten von Anhalt und dem Pfalzgrafen die Verhandlungen von Preßburg mit***) und ehe noch der Kaiser recht wissen konnte, welch' eine Gefahr über ihn hereinbreche, waren bereits in Deutschland die detaillirtesten Nachrichten über die neue Wendung der Dinge verbreitet.

Aber nicht bloß auf diesem indirekten Wege gelangte die Nachricht von dem Preßburger Bündniß nach Deutschland, denn unmittelbar nach dem Abschluße des Bundes schickten die Ungarn eine große Anzahl von Schreiben nach Regensburg an die deutschen Reichsfürsten oder ihre Gesandten ab und erstatteten darin von dem Geschehenen Bericht. Der Bote, welcher das Briefpacket von Wien nach Regensburg brachte, hatte den Auftrag, dasselbe dem Sekretär Siegfrieds von Kolonitsch, welcher als Anhänger Mathias' in Preßburg gute Dienste geleistet hatte, zu überreichen und dieser sollte dann die einzelnen Briefe an ihre Adressen befördern; im Falle jedoch der Sekretär nicht aufzufinden war, sollte der Postbote selbst das Packet öffnen und die Briefe austheilen. Aber schon war man kaiserlicherseits in Regensburg auf solche Zuschriften vorbereitet und hatte ein sorgsames Auge auf alle Personen, welche von Oesterreich her
13. Feb. kamen. Als demnach der Bote in Regensburg anlangte, wurde er angehalten, das Packet demselben abgenommen und dem Erzherzog Ferdinand als kaiserlichem Kommissär übergeben. Es war nun an diesem zu zeigen, ob er noch an dem Aprilvertrage von 1606 halte und welche Konsequenzen er ihm geben wolle. Erklärte sich Erzherzog Ferdinand offen gegen den Kaiser oder blieb er auch nur im geheimen sein Feind, so konnte er augenblicklich den Reichstag sprengen und ohne diesen gestaltete sich Rudolfs Lage gleich im Anfange ganz hoffnungslos. Aber Erzherzog Ferdinand, wenn er je ernstlich geneigt war, gegen den Kaiser

*) Bernburger Archiv Reg. I F. I 227/16. Die ungarischen Stände an Peter Wok von Rosenberg ddo. 1. Feber 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. I F. I 227/Fol. 41—43. Mathias an Rosenberg ddo. 9. Feb. 1608. Ebendaselbst Hock an Anhalt ddo. 27. Feber 1608.

***) Bernburger Archiv, Reg. I F. I 227/14, Rosenberg an Anhalt ddo. 18. Feber 1608.

aufzutreten, hatte sich inzwischen eines andern besonnen. Forscht man nach den Motiven einer solchen Umkehr, so mögen diese verschieden sein; zuerst ziemte es ihm allerdings nicht in einem Augenblick, wo er vom Kaiser mit einer Vertrauensmission bedacht worden war, dieses Vertrauen gröblich zu täuschen. Andererseits waren ihm die Mittel und Wege, durch welche Mathias zum Ziele kommen wollte, die Verbindung nämlich mit den als Protestanten und hartnäckigen Rebellen bekannten Ungarn, doppelt verhaßt. Im J. 1606 konnte sich vielleicht Ferdinand einbilden, römischer und spanischer Druck auf Rudolf würden hinreichen, das Ziel des Aprilvertrags zu erreichen; damals mochte er sich demselben also anschließen, aber die jetzigen Wege wichen weit von seiner frühern Annahme ab, deshalb hielt er sich nicht gebunden, jene Auslegung des Vertrags zu billigen, die ihm Mathias geben wollte*). Kurz Ferdinand beförderte die aufgefangenen Briefe nicht an die Reichsfürsten, sondern über- 14. Feb.
schickte sie augenblicklich an den Kaiser und erbat sich Weisungen für sein ferneres Verhalten.

Erzherzog Mathias mochte frühzeitig genug wissen, daß er Ferdinands Ausschlag gebenden Beitritt nicht zu hoffen habe, und ging also auf der in Preßburg eingeschlagenen Bahn entschlossen vorwärts. Zunächst knüpfte er Oesterreich noch enger an sein Loos, indem er einen Landtag 24. Feb.
nach Wien berief, der Gesammtheit der niederösterreichischen Stände die Preßburger Beschlüße zur Annahme vorlegte und zugleich verlangte, das Land solle eine beträchtliche Anzahl Volks ausrüsten. Er brachte alle seine Forderungen theils durch seine Anhänger, theils dadurch, daß er selbst öfter den Sitzungen beiwohnte und so einen moralischen Druck ausübte, zur Annahme, denn auch in Wien setzte ein Theil der Stände, die Prälaten und Städte nämlich, welchen schon in Preßburg ein gewaltsames Auftreten gegen den Kaiser mißfiel oder Bangen einflößte, ihre Opposition weiter fort. Ein gleiches Ansinnen stellte Mathias auch an die Oberösterreicher und hier, wo Tschernembl das große Wort führte, gelangte er auch leichter zum Ziel. Nicht zufrieden mit dem, was die vereinte Kraft der Ungarn und Oesterreicher ihm für den Augenblick bieten konnte, begann Mathias auch selbstständig zu rüsten. Das Geld hiezu floß von drei verschiedenen Seiten ein, von denen wenigstens zwei nur des

*) Was er von seinem Vetter selbst hielt, bezeichnet am besten eine vertrauliche Aeußerung an seine Mutter, als die Nachrichten vom Preßburger Bündniß einliefen: Er könne nimmer glauben, Mathias sei so des Verstandes beraubt, daß er solche wider Gott und das jus gentium strafmäßige Resolutionen vornehmen könnte. — Hurter Ferdinand II Bd. V S. 425. Ferdinand an seine Mutter ddo. 14. Feber 1608.

Kaisers eigenes Betragen in Mathias' Arme getrieben hatte. Diese Freunde, welche jetzt mit ihrem Ueberfluße hervorrückten, waren Wok von Rosenberg, Karl von Liechtenstein und — der spanische Gesandte. Daß Rosenberg und Liechtenstein ihre Allianz durch große Darlehen bethätigten, kann man begreiflich finden, ein vernichtendes Licht auf Rudolf wirft aber die Unterstützung, welche gegen Ende Februar oder Anfangs März Guillen de San Clemente auf eigene Verantwortung im Betrage von 28.000 Gulden nach Wien sandte*). Das spanische Kabinet, unmittelbar darauf davon benachrichtigt, billigte dieselbe und besiegelte damit unsere Verurtheilung von Rudolfs gesammter Thätigkeit. Der König von Spanien war seiner Zeit erhabener als irgend ein Sterblicher über den Verdacht, protestantische Rebellen unterstützen zu wollen; wenn er Mathias' Benehmen also dennoch billigte, so erkannte er dessen eiserne Nothwendigkeit an. — Noch machte auch Mathias einen Versuch 1500 kaiserliche Reiter, welche bei Rockendorf**) unter Trautmannsdorfs Kommando standen, aufzulösen, allein ein rechtzeitig von Prag eingelangter Befehl rettete die Mannschaft für Rudolf.

Die nächste Zeit verging nun unter Bemühungen, die Mährer und Böhmen zum Anschluße an Mathias zu bewegen und in dem Versuch, auswärtige Fürsten durch Absendung von Gesandten für den Erzherzog zu gewinnen und so den Kaiser völlig zu isoliren. Was die Gesandtschaften an fremde Fürsten betrifft, so schickte Mathias zuerst seinen Kämmerer, Alessandro Ridolfi, nach Rom mit der Weisung, unterwegs auch andere italienische Höfe zu besuchen, worauf er zuletzt seinen Weg nach Spanien einschlagen sollte. Wichtiger und auch viel gefährlicher für Rudolf war die Sendung, welche Mathias Herrn Richard von Stahremberg vertraute; dieser sollte nämlich den Fürsten von Anhalt, den Kurfürsten von der Pfalz, den Landgrafen Moritz von Hessen und andere Fürsten aufsuchen, sie auf die Ereignisse, die noch folgen mußten, vorbereiten und, wo nicht um Hilfe, doch um Billigung derselben ersuchen. Niemand paßte besser als Richard von Stahremberg, der schon seit längerem mit der kalvinischen Partei in Deutschland ein gutes Einvernehmen unterhielt, zu dieser Mission***).

---

*) Archiv von Simancas 2323 32. El Commendador mayor de Leon al Rey ddo. 30. April. — Chlumecky: Karl von Zierotin und Hurter: Ferdinand II, Band V berichten über Liechtensteins und Rosenbergs Geldsendung.

**) Wahrscheinlich in der Nähe von Eggenburg.

***) Bernburger Archiv. XIII Vol. I/1. Mathias an Anhalt ddo. 18. Feber 1608. — Dresdner Staatsarchiv. Der Kurfürst von Brandenburg an den von Sachsen

Ludwig von Stahremberg, des vorigen Bruder, sollte die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen aufsuchen, Bruno von Mansfeld war für die geistlichen Kurfürsten bestimmt und Harrach endlich sollte nach Gratz, Regensburg, München und Inspruck gehen. Den wichtigsten Schritt in seinem Verkehr mit Deutschland that aber Mathias damit, daß er sich endlich auch entschloß, den Aprilvertrag von 1606 nicht mehr als Geheimniß zu behandeln, sondern den deutschen Fürsten bekannt zu geben. Er konnte hoffen, damit ein doppeltes Ziel zu erreichen, zuerst die Prinzen des Hauses, darunter insbesondere Erzherzog Ferdinand, bloßzustellen und so moralisch zu nöthigen, sich ihm anzuschließen, dann aber auch der Welt einen unzweideutigen Beweis zu liefern, daß nicht er allein, sondern andere, denen sonst an Rudolfs Wohlfahrt das meiste liegen mußte, über dessen Unfähigkeit zu fernerer Regierung gleichen Sinnes seien. Aus diesem Grunde ließ er in Wien durch einen Notar eine Kopie des Vertrages vidimiren und sandte dieselbe mit noch andern wichtigen Papieren durch seinen Sekretär Seeauer an den ehemaligen Reichspfennigmeister Zacharias Geizkofler in Schwaben. Geizkofler sollte in Bezug auf diese Papiere nach den mündlichen Mittheilungen Seeauers verfahren und zugleich dem Erzherzog für die bevorstehenden Ereignisse Kriegsbedarf aller Art um den Betrag von 200.000 Gulden zusenden.

Am 22. Februar ließ Mathias jenen Vertrag vidimiren und am 2. März traf Seeauer in Regensburg ein, von wo er ohne Aufenthalt weiter reisen wollte. Allein die Aufmerksamkeit auf alles, was von Oesterreich irgendwie Verdächtiges kam, war seit jener ersten Beschlagnahme eines Briefpackets und auf den wiederholten Auftrag des Kaisers nur noch gestiegen und Seeauer ward, kaum daß er in Regensburg eingetroffen war, auch schon verhaftet und sein Briefpacket in Beschlag genommen. Als die kaiserlichen Assistenzräthe dasselbe öffneten, fanden sie gleich obenan den Vertrag der Erzherzoge und setzten dadurch Ferdinand, dem sie denselben alsogleich und nicht ohne Vorwürfe vorwiesen, in die grausamste Verlegenheit. Hatte Ferdinand bis dahin jede Unterstützung Mathias' abgelehnt, so mußte er nach diesem Zwischenfalle durch rücksichtsloses Vorgehen, das in Folge einer solchen Entdeckung erschütterte Vertrauen des Kaisers zu gewinnen suchen. Da er seine Partei gewählt hatte, besann er sich keinen Augenblick, sondern suchte alsobald durch ein unterwürfiges Schreiben beim Kaiser um Verzeihung für sich und seinen Bruder als Theilnehmer an dem Aprilvertrage nach. Rudolf

ddo. 7. April/28. März 1608. Bernburger Archiv O. XIII Vol. 1/150. Zerotin an Stahrenberg ddo. XII Cal. Mart. 1608 (18. Feber).



zögerte nicht lange, ihm dieselbe zu gewähren, denn was blieb ihm auch anderes übrig? Ferdinand aber bethätigte seine Aufrichtigkeit gegen den Kaiser noch dadurch, daß er wenige Tage später Bruno von Mansfeld, welcher seiner Sendung an die Kurfürsten nachkommen wollte,
11.Mz. in der Nähe von Regensburg verhaften, ihm seine Briefschaften abnehmen ließ und dann gegen Ehrenwort verpflichtete, nach Prag zu reisen und sich bei dem Kaiser zu verantworten. Diese doppelte Feindseligkeit erbitterte Mathias nicht wenig und verursachte eine Entzweiung zwischen ihm und der steirischen Linie, welche leicht schlimm für die letztere geendet hätte, wäre Mathias nur im entferntesten ein rachsüchtiger Charakter gewesen. Es wird sich bald zeigen, wie er im Glück die Hand zur Versöhnung bot und wie er nicht einmal durch Erzherzog Leopolds zwar unreifen aber gefährlichen Ehrgeiz auf die Dauer erzürnt werden konnte.

IV.

Wir sind jetzt in der Erzählung der Ereignisse vom Preßburger Bündnisse bei dem Momente angelangt, wo Mähren im Begriffe stand, sich auch auf die Seite des Erzherzogs zu schlagen. Da mit dieser Begebenheit das Schicksal des Kaisers sich besiegelte, so ist es hier Zeit, das nachzuholen, was er selbst während der letzten Monate gethan, um seinem Bruder die Spitze zu bieten, und welchen Verlauf der Kampf in Mähren nahm, bis des Erzherzogs Anhang einen vollständigen Sieg davon trug.

Als die Stände Ungarns sich in Preßburg versammelten, hoffte Rudolf durch sein gewöhnliches Aushilfsmittel, die Entscheidung der Dinge zu verschieben, auch hier zum Ziele zu kommen. Allein er irrte sich bitter, wenn er glaubte, seine Unthätigkeit würde auch seine Gegner zur Unthätigkeit verurtheilen. Als er demnach seinen Sekretär Himmelreich nach Preßburg mit dem Befehle schickte, die Versammlung solle sich auflösen und in zwei Monaten erst wiederkommen, schadete er sich durch diese verzweifelt konsequente Saumseligkeit mehr als je, abgesehen davon, daß es Jedermann klar war, er warte nur auf den Ausgang des Regensburger Reichstags, um darnach bemessen zu können, welche Saiten er gegen die Ungarn aufziehen solle. Nachdem das Preßburger Bündniß abgeschlossen war, suchte er durch Verbote und Drohungen die Oesterreicher und Ungarn von demselben abzuschrecken, annullirte es vermöge seiner obersten Machtvollkommenheit, aber selbst in diesem Jammer hütete er sich wohl, das Versprechen zu geben, er wolle den Wiener und türkischen Frieden bestätigen, ein Versprechen, das doch allein im Stande war, seinem Anhang Muth und Kraft zu geben. Dem Erzherzog Mathias schrieb er anfangs noch

freundlich, bald aber verbot er ihm in der ernstesten Weise auf dem bisherigen Wege fortzufahren*), da er entschlossen sei, mit ehestem einen Konvent in Prag, bestehend aus den Prinzen des Hauses, darunter auch Mathias selbst, und einigen deutschen Fürsten zu berufen, und diesem die Beilegung aller Streitigkeiten zu übergeben. Da der Kaiser von diesen Drohungen und Mahnungen eine Wirkung nicht ersah, noch auch irgend eine sich versprechen konnte, stieg seine Rathlosigkeit nur immer höher.

Fleißiger als je wurden inzwischen unter dem Vorsitz des Kardinals Dietrichstein die Sitzungen des geheimen Rathes abgehalten, von seinen Mitgliedern aber nur Attems, Lamberg und der Vicekanzler Strahlendorf beigezogen, Ernst von Mollart dagegen, den man im Verdachte geheimen Einverständnisses mit Mathias hatte, zu denselben nicht eingeladen. Alle diese Berathungen brachten jedoch keine erfreuliche Wendung mehr in die verzweifelte Sachlage, denn auch die Rathschläge, welche der Geheimrath dem Kaiser unterbreitete, erfreuten sich nicht dessen Zustimmung, da dieser seine Rettung wieder in kindischen Auskunftsmitteln suchte. Sein eigenes Gewissen mußte ihm sagen, daß er weder vom Papst noch vom König von Spanien eine Unterstützung verdiene, daß er allen Glauben bei ihnen verloren haben müsse, aber nichtsdestoweniger suchte er in dieser späten Stunde noch um ihre Hilfe an und machte ihnen Versprechungen, die er seit Jahren mit unglaublicher Beharrlichkeit gebrochen; dem König von Spanien wollte er sogar die römische Königskrone anbieten**). Seine Räthe bemerkten ihm, daß der unvermeidliche Kampf es ihm zur Pflicht mache, sich in einen bessern Vertheidigungszustand zu setzen und verlangten, er solle doch seinen Schatz angreifen. Trotz der Noth der letzten Jahre, welche selbst bis zum Hofe in dem Grade sich den Weg gebahnt hatte, daß es in diesem Augenblicke sogar auf der kaiserlichen Tafel an Wein gemangelt haben würde, wenn der Kardinal Dietrichstein nicht 1000 Thaler dafür hergeliehen hätte, besaß der Kaiser noch einige Hundert Tausend Gulden, welche er ängstlich verwahrte***). Wenn je der Moment zu ihrer Verwendung gekommen war, so war dies jetzt der Fall, aber trotz alles Zuredens brachten es die Geheimräthe nur dahin, daß Rudolf sich endlich zur Zahlung von 130.000 Thalern entschloß, um damit 5000 Mann zu Fuß anzuwerben, doch mußten sich die Geheim-

*) Rudolf an Mathias ddo. 23. Feber 1601, bei Hurter Ferdinand II, Band V S. 507.

**) Archiv von Simancas 2491/41. San Clemente an Philipp III ddo. 29. Feber 1608.

***) Archiv von Simancas 2491/36. San Clemente an Philipp III 15. März.

räthe früher verpflichten, ihm das Geld zurückzuzahlen (!), was diese denn in Erwartung spanischer und römischer Hilfe auch thaten *). Aber gleich nach dieser auf Krieg hindeutenden Entschließung geberdete sich der Kaiser, als wolle er Frieden haben, um darauf ebenso rasch anderer Ansicht zu sein, so daß seine Rathgeber, von dem Gefühle der kommenden Niederlage bedrückt, jede sichere Haltung verloren.

Für dieses launenvolle, dem Ruine gewaltsam entgegeneilende und geradezu wahnsinnige Benehmen des Kaisers findet sich eine ausreichende Erklärung nur in der Berücksichtigung seines geistigen Zustandes, der indessen noch weit schlimmer geworden war, als wir ihn am Anfange unserer Erzählung geschildert haben. Schon im Laufe des J. 1606 vor seiner Brandeiser Reise beobachtete man an ihm abermals einen gesteigerten Ekel an allen Geschäften und machte die Erfahrung, daß, wenn er trotz seiner Unlust etwas nicht weiter aufschieben konnte, er sich deshalb ganz wüthend zeigte. Wie früher schlug er auch jetzt zeitweise um sich wie besessen, „brüllte bald wie ein Ochs bald wie ein Löwe", schimpfte gegen die Prinzen des Hauses, die er Mörder, Schelme und Giftmischer nannte, und geberdete sich überhaupt wie ein Rasender. Kam die Zeit der Beichte und Kommunion, dann hatte sein Fluchen kein Ende, und man mußte sich staunend fragen, wie sich eine solche geistige Disposition mit seinen Ketzermandaten zusammenreime. Diese Uebel erreichten nun seit dem Beginne des J. 1608 ihren Höhepunkt. Wer in der Nacht durch die Räume des Schlosses ging, hörte manchmal plötzlich einen wüthenden Lärm in den Gängen; es war der Kaiser, der aus seinem Schlafgemach im Hemd mit einem Rapier bewaffnet herausstürzte und schrie, der Rücken stehe ihm vorn, der Bauch hinten. In solchen traurigen Wuthausbrüchen that er, als wolle er sich das Leben nehmen und in der That versuchte er einmal mit Glasscherben sich den Hals durchzuschneiden, ein anderesmal wollte er sich dadurch tödtlich verletzen, daß er gegen ein Hirschgeweih anrannte, endlich hätte er sich sogar durch Gift umgebracht, wäre es ihm nicht von seinem Kammerdiener heimlich weggenommen worden. Seinen alchymistischen Studien wendete er jetzt mehr Eifer zu als je, und schon gewann die Meinung einigen Boden, er sei ein Teufelskünstler und treibe im Bunde mit dem Satan Zauberei. Thatsache ist endlich, daß er durch ein in jeder Beziehung unmäßiges Leben namentlich durch einen zu großen

*) Archiv von Simancas 2494/41, San Clemente an Philipp III ddo. 29. Feber 1608. Dizen, que quiere (der Kaiser) que le prometan los consejeros de restituirsele (das Geld) y ellos lo hazen con confiança, que el Papa y V. M. ayudaran a ello.



Genuß geistiger Getränke sich selbst die Möglichkeit einer theilweisen Genesung raubte. Es gingen mitunter Dinge im kaiserlichen Schlosse vor, welche der Gesandte des Erzherzogs Albrecht „horrend" nannte und welche er so entsetzlich fand, daß er sie nicht einmal der Feder anvertraute, sondern für spätere mündliche Mittheilung aufbewahrte*).

In diesen Augenblicken, wo theils eigene Unentschlossenheit dem Kaiser selbst das Trostlose seiner Lage näher vor die Augen rückte, theils seine kranke Gemüthsbeschaffenheit den Wahn in ihm erzeugen konnte, daß ihn außerordentliche Entschlüße noch retten könnten, tauchten zum erstenmale jene finstern Rathgeber am Prager Hofe auf, welche durch wüste Anschläge des Kaisers Verstand vollends berückten, weil sie ihn nicht bloß mit der Hoffnung auf Rettung, sondern auch auf Rache köderten. Die Reihe dieser Rathgeber, welche wir zwei Jahre später ihre volle Thätigkeit entfalten sehen werden, eröffnete der Sekretär Hanewaldt**), ein Mann von scharfem Verstande, von dem man nicht weiß, ob ihm Gelegenheit oder eigene Neigung zur Intrigue in Rudolfs traurigster Regierungszeit zu einer hervorragenden Rolle verholfen hat. Indem Hanewaldt den Kampf, welcher sich eben entspann, durchwegs für ein Werk des herrschsüchtigen Adels ansah, forderte er den Kaiser auf, denselben mit der völligen Vernichtung seiner Gegner zu beginnen. Rudolf sollte also nichts mehr und nichts weniger thun, als den ungarischen, österreichischen und mährischen Adel des Hochverraths schuldig erklären, sein gesammtes Hab und Gut konfiszieren, die sämmtlichen Unterthanen desselben, Freie und Leibeigene, Bürger und Bauern zu freien und unmittelbaren kaiserlichen Unterthanen machen, und schließlich auch die königlichen Städte gegen den Adel bewaffnen. Welcher Beharrlichkeit, welcher Verschlagenheit und welch' langer Vorbereitung hätte es bedurft, auf daß ein österreichischer Herrscher, selbst abgesehen von der Verwerflichkeit des Anschlags, nur den Anfang in dieser Kampfweise hätte machen können, und war Rudolf nicht der letzte, der sich einer solchen Aufgabe hätte unterziehen können? Und dennoch muß dieser Vorschlag öfters am Prager Hofe besprochen worden sein; vielleicht sind die Besprechungen sogar zu zag-

*) Bernburger Archiv. O XIII Vol. 1/164, dann Reg. I F. I 228/80. Bericht vom 1. Mai. Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht. — Hurter Ferdinand II Bd. V, 97.

**) Andere Schriftsteller pflegen den genannten Sekretär „Haniwald" zu nennen, und so pflegt er auch in den Schriften seiner Zeit genannt zu werden. Er selbst unterschrieb sich jedoch regelmäßig „Hanewaldt" und deshalb haben wir diese Schreibweise auch beibehalten.

haften Versuchen geworden, denn die folgenden Ereignisse sprechen für diese Annahme. Thatsache ist, daß die von uns erörterten Rathschläge dem Kaiser von Hanewaldt gemacht wurden und eben so sicher ist es, daß verdächtigende Umstände dafür sprechen, man habe mit der Durchführung des verrückten Planes in Mähren den Anfang machen wollen*).

Mitten unter allen diesen Vorkommnissen begegnen wir einer der sonderbarsten Entschließungen des Kaisers. Vor etwas länger als einem Jahre hatte er durch Dietrichsteins Sendung zu Mathias gezeigt, daß er dessen Rathgeber, namentlich Khlesl, als vorzügliche Urheber des sich entspinnenden Streites ansehe und als solche hasse. Fast zu gleicher Zeit war Khlesl einem Anschlage auf seine Freiheit oder sein Leben nur durch einen glücklichen Zufall entronnen und man vermuthete damals, daß man in Prag nach den eigentlichen Urhebern forschen müsse, wenigstens war Khlesl dieser Meinung. Nach diesen Vorgängen und während durch des Bischofs thätige Beihilfe alle Länder sich gegen den Kaiser zu erheben im Begriffe waren, sprach der letztere das sonderbare Verlangen aus, Khlesl möchte zu einer persönlichen Unterredung nach Prag kommen. Was wollte er doch mit diesem eigenthümlichen Begehren; dachte er Khlesl für sich zu gewinnen oder von ihm eine wahrheitsgetreue Auseinandersetzung der Sachlage zu erhalten, weil er seiner Umgebung mißtraute? Der Erfolg zeigte, daß der Kaiser weder das eine noch das andere beabsichtigte, sondern daß Khlesls Berufung einer jener planlosen Entschlüße war, welche den Inhalt der Prager Politik ausmachten. Der Bischof selbst legte bei dieser Gelegenheit einen bemerkenswerthen Muth an den Tag, denn er nahm keinen Anstand der Berufung zu folgen, wiewohl er sich in seinem Gewissen nicht rein fühlen mochte. Zwar hatte er sich ungehinderte Freiheit der Rückkehr ausbedungen, allein wer weiß es nicht, wie häufig solche Bedingungen beim Ausbruch innerer Streitigkeiten ver-
8. Mz. letzt werden. Angekommen in Prag, verlangte er beim Kaiser Audienz, aber da bei diesem längst die Stimmung, welche ihm des Bischofs Ankunft wünschenswerth machte, einer andern gewichen war, ließ er ihm den Befehl zukommen, das, was er zu sagen habe, den geheimen Räthen mitzutheilen. Khlesl weigerte sich diesem Folge zu leisten, verlangte persönlich gehört zu werden und nicht weniger als sechs Tage vergingen unter Besprechungen über die zu ertheilende Audienz, bis endlich der Kaiser sich zu derselben unter der Bedingung herbeilassen wollte,

---

*) Brüssel Secretairie d'Etat allem. Vischer an Fleckhammer Sekretär des Erzh. Albrecht ddo. 7. März 1608. Vischer, der Gesandte des Erzh. Albrecht, genau in die Bewegung der Zeit eingeweiht, setzt den Plan Hanewaldts auseinander.

daß Khlesl den unangenehmen Theil seiner Nachrichten zuerst dem Kardinal Dietrichstein eröffne!! Dies that Khlesl, indem er dem letztern, was dieser ohnehin wissen mußte, die Ursachen der jetzigen Bewegungen auseinandersetzte. Endlich am 17. März zur Audienz vorgelassen, nachdem ihn noch vorher Herr von Attems im allerhöchsten Auftrage zweimal gemahnt hatte, kurz zu sein, traf er den Kaiser an einem Tische stehend und auf sein Rapier gelehnt. Nach einigen freundlichen Empfangsworten forderte Rudolf den Bischof auf, offen zu sprechen, den unangenehmen Theil seiner Nachrichten aber für sich zu behalten und den geheimen Räthen mitzutheilen! Khlesl bezeichnete aufrichtig als Grund von Mathias' Erhebung wider den Kaiser, die Weigerung des letztern, die Successionsfrage zu Ende zu bringen und als Ursache des Anschlußes der Stände an den Erzherzog, das Preisgeben derselben in den ungarischen Wirren, da ein kaiserliches Schreiben an sie sogar die Worte enthalten habe, sie sollten sich helfen, wie sie könnten. Seine ganze Argumentation ging dahin, dem Kaiser zu Gemüthe zu führen, daß er selbst durch feindseliges und unkluges Benehmen den Sturm heraufbeschworen habe, daß es aber doch noch eine Hilfe für ihn gebe, wenn er die Wege der Unterhandlung betrete, da der Erzherzog gutmüthig sei und gern die Hand zum Vergleiche bieten würde*). Khlesl trat nach dieser Audienz ungehindert seinen Rückweg nach Wien an.

Es ist kein Zweifel, daß, wenn der Kaiser dem Rathe gefolgt wäre, der Erzherzog zu einer Versöhnung sich geneigt gezeigt hätte**). Aber Rudolf nahm sich diese Mahnungen nicht zu Herzen, obwohl in demselben Augenblicke die Vorgänge in Mähren seine Lage zu einer wahrhaft verzweifelten machten. Wir haben erzählt, wie schon im Dezember 1607 vertrauliche Besprechungen zwischen den Häuptern der Oesterreicher und Mährer bei Herrn von Žerotin stattgefunden hatten und wie diese zu einem Vertrag über die einzuschlagende Haltung führten. Žerotins Aufgabe war darnach, unter den mährischen Ständen eine solche Einigung vorzubereiten, daß sie sich im günstigen Falle dem österreichisch-ungarischen Bündnisse, das zuerst zu Stande kommen sollte, anschließen konnten. In der That kam Žerotin seiner Aufgabe nach und dies um so leichter, als

*) Khlesls Itinerar bei Hammer: Leben Khlesls Bd. II, Beilage 213.

**) Archiv von Simancas 2491/36 Guillen de San Clemente an Philipp III ddo. 15. März 1608. San Clemente ist um diese Zeit vollständig dem Unternehmen Mathias' günstig gesinnt und fürchtet nur, letzterer werde den Elementen, auf die er sich stütze, zu viel nachgeben müssen. Aunque el S. Archiduque Matias deve llevar buen intento en ellas, no podra ajustar los instrumentos de que se ha querido valer, a que no salgan de limite ni los podra reprimir.

auch Karl von Liechtenstein das ganze Gewicht seines Ansehens und Einflußes mit in die Wagschale warf, so daß also eine entschiedene Manifestation zu Mathias' Gunsten bei einem Zusammentritt der mährischen Stände zu erwarten stand. Dies war dem Landeshauptmann von Mähren, Herrn von Berka, keineswegs unbekannt, und da er sich bewußt war, den Haß der Stände in noch höherem Grade als der Kaiser sich zugezogen zu haben, so suchte er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln der befürchteten Einigung entgegenzuarbeiten. Bei einem Landtag, welcher anfangs Jänner in Olmütz abgehalten worden war, hatte der Kaiser verlangt, man solle über die gemeinsame Vertheidigung gegen einen etwaigen Einfall der Ungarn sich berathen. Damals lehnten die Stände die Berathung ab und vertagten sich bis zum 23. Februar; es war dies durch Karl von Zerotin und seine Freunde veranlaßt worden, weil sie erst über den Ausgang der Preßburger Verhandlungen berichtet sein wollten, bevor sie sich für oder gegen den Kaiser entschieden. Nachdem aber daselbst das Bündniß zwischen den Ungarn, Oesterreichern und Mathias zu Stande gekommen war, war es ihr eifrigster Wunsch, daß Rudolf einen Landtag berufe, um ihnen eine legale Gelegenheit zu bieten, sich zu versammeln und gegen ihn zu erklären. Allein gerade diese Gelegenheit wurde ihnen nicht geboten, und Herr von Berka suchte einer eigenmächtigen Versammlung noch dadurch zu begegnen, daß er kaiserliche Truppen unter dem Kommando Tilly's nach Mähren berief, was nicht verfehlen konnte, auf den Adel einen moralischen Druck auszuüben. Blitzschnell verbreitete sich das Gerücht im Lande, der Kaiser wolle sich der Häupter der Bewegungspartei bemächtigen und an ihnen eine rasche Justiz üben. Wir haben keinen Beweis hiefür in den uns zugänglichen Archiven entdecken können, aber nach den Vorschlägen Hanewaldts und nach der Lage der Dinge gehört ein solcher Beschluß nicht zu den Unmöglichkeiten und gewiß war Berka der Mann ihn durchzuführen. Vielleicht wurde aber auch dies Gerücht von dem unzufriedenen Adel selbst aufgebracht; wenigstens sind die Vergrößerungen und Ausschmückungen desselben offenbar mährischen Ursprungs und absichtlich gegen den Kaiser verbreitet worden, denn daß der Kaiser nicht bloß die Köpfe einiger Adeligen haben wolle, sondern daß Berka und Tilly den Auftrag hätten, sich aller Adeligen zu bemächtigen und diesen Stand auszurotten, war bald eine ausgemachte Sache, an der Niemand zweifeln durfte, wenn er nicht allgemein verlästert werden wollte*).

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Ung., österr. und böhm. Kriegswesen. Buch I Fol. 176. Vertraulicher Bericht des jetzigen Zustandts in Mähren.



Unter dem Unwillen und Schrecken, den diese alarmirenden Gerüchte verursachten, hielten es die Häupter der Bewegungspartei für angemessen, nicht länger zu zögern, sondern sich unverweilt gegen den Kaiser zu erklären. Auf Zerotins und Liechtensteins Veranlassung fanden sich also eine große Anzahl von Herren und Rittern am 7. März in Brünn ein, während daselbst die üblichen Sitzungen des Landrechts abgehalten wurden. Gerade als die Beisitzer des Landrechtes versammelt waren, trat Herr von Liechtenstein in Begleitung von etwa 60 Herren und Rittern, welche gegen die strenge Gewohnheit früherer Zeiten sämmtlich bewaffnet waren, in den Sitzungssaal und verlangte vom Landeshauptmann, daß die Schranken des Gerichtes geöffnet würden und sie alle über die Gefahr, welche dem Lande von fremden Truppen drohe, berathen dürften. Herr von Berka kehrte sich an die Beisitzer, und frug sie um ihre Meinung und entgegnete dann, es sei nicht Brauch, daß politische Fragen bei einem Landrecht berathen würden, hiezu sei nur der Landtag berechtigt und dessen Berufung liege im Belieben des Kaisers. Liechtenstein erwiederte darauf, er habe gewisse Nachricht, daß von den Haiducken ein Einfall in Mähren vorbereitet werde, um die kaiserlichen Truppen daraus zu vertreiben, was nicht anders als zum Verderben des wehrlosen und wieder zum Kampfplatz auserlesenen Landes ausschlagen könne. Auch jetzt verlor Berka seine Besonnenheit nicht; er erklärte von einem Einfalle der Haiducken nichts zu wissen und beschied schließlich Herrn von Liechtenstein mit seinem Anhang auf den folgenden Tag. Bald wäre es nun zu einer mehr als tumultuarischen Scene gekommen, denn der Ungestüm übermannte die Mißvergnügten, sie durchbrachen die Schranken des Gerichts und höhnten und schmähten den Landeshauptmann nicht anders, als wollten sie sich an ihm vergreifen. Zu einer Berathung des Adels kam es jedoch an diesem Tage nicht mehr, da es schon spät geworden war. — In der Nacht blieben sie alle bewaffnet, weil sie einen Ueberfall durch Tilly's Schaaren befürchteten oder wenigstens zu fürchten vorgaben; in einem Gasthause vereint, faßten sie die Beschlüße, welche am folgenden Tage ausgeführt werden sollten. Als am andern Morgen der Landeshauptmann nicht in die Versammlung kam, schickten sie mehrmals um ihn, und als er endlich erschien, verlangte Liechtenstein eine kategorische Erklärung von ihm, ob er sich ihnen zu ihrer aller und des Landes Vertheidigung anschließen wolle oder nicht. Aber auch jetzt weigerte sich Berka standhaft an den Berathungen theilzunehmen, von denen er klug genug voraus sah, daß sie gewiß nicht den lang gehegten Haß der Stände gegen ihn mildern, jenen des Kaisers aber sicherlich ihm zuziehen würden. Auf dieses erklärte ihn Liechtenstein für unfähig zum Posten eines



Landeshauptmanns und für abgesetzt und forderte mit den Worten: „Wer das Vaterland liebt, folge mir," die Versammlung auf, mit ihm sich zu entfernen. Alle bis auf zwei Personen, welche sich an Berka anschloßen, kamen diesem Verlangen nach, gingen in sein Palais und machten so unwiderruflich der Herrschaft des Kaisers ein Ende*).

So ganz vollständig war aber doch noch nicht der Sieg des Adels in Mähren, vielmehr traten auch hier dieselben Elemente wie in Oesterreich in Opposition gegen seine und Mathias' Pläne. Vor allem hatte der Prälatenstand keinen Theil an der Absetzung Berka's, noch weniger aber wollten die Städte von einer Erhebung gegen den Kaiser etwas wissen. Bedenkt man, welch' ein mächtiges Band die Gleichheit des protestantischen Bekenntnisses um Bürger und Adel schlang, so gäbe dies gewiß keine genügende Erklärung, wenn man das frappante Benehmen der Städte allein dem Umstande zuschreiben wollte, daß die Magistrate kaiserlichen Einflüßen ihre Ernennung zu verdanken hatten. Die Ursache lag vielmehr darin, daß sich die Städte gewöhnt hatten, den Adel als einen größern Feind anzusehen, als selbst einen Herrscher wie Rudolf; und in der That bietet ihre Geschichte mehr als einen vollwichtigen Grund dafür. Seit 150 Jahren hatte sich die Zahl der königlichen Städte in Mähren von 30 auf 6 verringert, ein Beweis, daß der Adel seine Herrschaft in nicht zu rechtfertigender Weise ausgebeutet hatte und sich jetzt nicht wundern durfte, auf geringe Sympathien zu stoßen. Die Schritte, welche der in Brünn versammelte Adel that, um diese Stadt, die erste im Lande, auf seine Seite zu ziehen, waren von keinem Erfolge begleitet, sondern schienen nur noch eine größere Entfremdung herbeizuführen. Neue Gerüchte, an die angeblichen Pläne des Kaisers gegen die Landherren sich anschließend, tauchten auf und besagten, die Brünner ständen im geheimen Einverständnisse mit den in der Nähe der Stadt befindlichen Truppen Tilly's, kleine Abtheilungen derselben seien bereits zur Nachtzeit in dieselbe eingelassen worden, und ein allgemeines Blutbad gegen den Adel solle im Anzuge sein. Verdächtige Aeußerungen einzelner Rathsmitglieder, aufgefangene Briefe, in denen dem Prager Hofe nahe stehende Personen ihren Freunden befremdende Nachrichten gaben**), wirkten derart beunruhigend auf den Adel, daß derselbe seinen Aufenthalt in Brünn nicht weiter für gesichert hielt, sondern sich in Gesammtheit nach dem nahe gelegenen Austerlitz
8. Mz. begab, um sich da über die weiteren Schritte zu berathen. Hier wurde alsogleich ein Ausschuß mit Liechtenstein an der Spitze gewählt, wel-

*) Vischer an Fleckhammer ddo. 12. April 1608. Brüssel Secretairie d' Etat Allem.
**) Bernburger Archiv O XIII, Vol. 1/217, Zeitung aus Linz ddo. 11. April 1608.

cher über die Lage des Landes berichten und das Geeignete vorschlagen sollte. Auf seinen darauf gestellten Antrag beschloß die Versammlung, vorerst 1000 Reiter zu werben, eine allgemeine Steuer auszuschreiben und einen Landtag nach Eibenschitz auf den 13. April zu berufen. Noch hielten es die Versammelten für gut, an den Kaiser zu schreiben, wiewohl die Forderungen, welche sie an ihn stellten, keine Verständigung hoffen ließen; sie verlangten nämlich die Ernennung eines andern Landeshauptmanns, die Sanktionirung des nach Eibenschitz von ihnen ausgeschriebenen Landtags und endlich die Bestätigung des Wiener und ungarischen Friedens; Forderungen, von denen zwar die erste und letzte billig und gerecht, die zweite nur durch des Kaisers eigenste Schuld herbeigeführt worden war, welche aber dennoch allesammt dem letztern gleich verhaßt waren.

Berücksichtigt man, daß die Städte Brünn und Olmütz auf die Einladung des Adels, bei dem Eibenschitzer Landtage sich zu betheiligen, ablehnend antworteten und in ihrer dem Kaiser günstigen Stimmung standhaft verblieben, so scheint uns die Politik, welche der Kaiser einschlagen sollte, völlig klar bestimmt. Entweder mußte er auf die Austerlitzer Forderungen eingehen und dadurch in der letzten Stunde retten, was zu retten war, oder er mußte sich auf die Städte durch Gewährung bedeutender Vortheile stützen und mit den Truppen Tilly's und Trautmansdorfs in der That versuchen, wessen ihn das Gerücht so lange beschuldigte, d. h. er mußte mit Waffengewalt in Mähren auftreten, die Rüstungen des Adels hindern und durch Schrecken seine Gegner niederdonnern. Daß die mährischen Landherren sich einem solchen Auftreten gegenüber nicht für sicher hielten, beweist, daß sich ihre Häupter, darunter Zerotin, ganz nahe an die ungarische Grenze begaben, um im Moment einer Gefahr flüchten zu können*). Allein von allem, was der schlichteste Verstand dem Kaiser angerathen hätte, that dieser nichts; theils suchte er durch Drohungen, denen keine That folgte, zu schrecken, was nur Erbitterung aber nicht Furcht zur Folge hatte, theils knüpfte er neue Unterhandlungen an, mit denen er es keinesfalls ernstlich meinte, gleichsam als wollte er selbst dem Adel Zeit geben, sich zu rüsten. Vor allem galt es ihm, den Eibenschitzer Landtag zu vereiteln und hiezu hatte man in Prag folgenden Feldzugsplan erdacht.

Kaum waren die ungarischen und österreichischen Stände auf eigenmächtigen Landtagen in die bekannte Verbindung getreten, so mußte am Prager Hofe die Angst rege werden, daß Mähren, Schlesien und vielleicht sogar am Ende auch Böhmen dem gegebenen Beispiel folgen könn-

*) Chlumecky: Karl von Zierotin.



ten, um so mehr, als man wußte, wie sehr Mathias' Freunde und der eigene Vortheil der Stände einer solchen Erhebung das Wort redeten. Bezüglich Böhmens fühlte sich der Kaiser zuerst beruhigt; die obersten Beamten, durchwegs Katholiken, gaben ihm die besten Versicherungen und die Stimmung im Lande selbst strafte sie nicht Lügen. Es ist Thatsache, daß von den Böhmen, mit Ausnahme der zwei bittern Gegner der Rudolfinischen Regierung Rosenbergs und Budowec's und ihres engern Anhangs, die Ereignisse in den benachbarten Ländern anfangs mit einer gewissen Gleichgiltigkeit später mit Mißgunst betrachtet wurden, wovon die Ursachen verschieden, vor allem aber darin ihren Grund hatten, daß man eine Erhebung der Provinzen gegen den Kaiser von Folgen begleitet sah, welche Böhmens alter Suprematie über Mähren und Schlesien einen harten Stoß versetzen konnten. Mag nun die Ursache welche immer gewesen sein, für den Kaiser war die Wirkung jedenfalls eine vortheilhafte und er beschloß sie dadurch auszubeuten, daß er nach Prag einen General-Landtag der böhmischen Krone berufen wollte, den er mit Hilfe der Böhmen zu beherrschen hoffte. Regelmäßig hielten die Länder, welche zur böhmischen Krone gehörten, bloß Provinzial-Landtage und nur in außerordentlichen Fällen, die erst in Jahrzehenden eintraten, beriefen die Könige General-Landtage nach Prag, bei denen Böhmen, Mähren, Schlesien und die Lausitz gleichmäßig vertreten waren. Zu diesem Ende schrieb Rudolf zuerst für die Böhmen einen Landtag aus, welcher sich am 10. März in Prag versammelte und mit dem er in der kurzen Zeit einer Woche mehrere Bestimmungen vereinbarte, die man als für ihn höchst günstige bezeichnen muß. Zuerst gaben nämlich die Böhmen ihre Zustimmung zu dem Generallandtage, dessen Zusammentreten auf den 14. April anberaumt wurde, dann bevollmächtigten sie den Kaiser, daß er im Verein mit den obersten Beamten vermöge alter Gesetze alle Maßregeln treffen dürfe, die zur Vertheidigung des Landes nothwendig seien. Damit bevollmächtigten sie ihn zu nichts Geringerem, als zur Berufung des allgemeinen Aufgebotes, eine Konzession von der größten Wichtigkeit. Endlich gaben sie auch ihre Zustimmung dazu, daß sämmtliche Lehensträger der böhmischen Krone, und dies waren alle weltlichen Kurfürsten, aufgefordert werden sollten, ihrer Pflicht nachzukommen und dem Kaiser gegen jeden Angriff zu Hilfe zu eilen. Nachdem so wichtige und durchwegs dem Kaiser günstige Beschlüße zu Stande gekommen waren, löste sich der Landtag am 17. März auf*).

*) Beschlüße des Landtags, welcher Montags nach Oculi begann und Montags nach Laetare 1608 geschlossen wurde. Das Original dieses Landtagsbeschlußes ist böhmisch.



Die Freude an dem Verlaufe des Prager Landtages wurde dem Kaiser durch die fast gleichzeitig einlaufenden Nachrichten aus Brünn und Eibenschitz nur zu stark vergällt; nichtsdestoweniger verharrte er bei seinem Entschluß, einen General-Landtag zu berufen und dies um so mehr, als die Böhmen durch ihr Betragen sein ganzes Zutrauen gewonnen hatten. Sich selbst über die Lage der Dinge in Mähren täuschend, glaubte er noch, dessen Adel für sich gewinnen zu können und schickte deshalb den Kardinal Dietrichstein und Herr Wilhelm von Slawata — denselben, welcher im J. 1618 einen so glücklichen Fall gethan hatte — nach Brünn, um die Stände zu beschwichtigen und zu einem Landtag daselbst zu berufen. Da jedoch vom Adel fast Niemand in Brünn anwesend war, so reiste der Kardinal selbst nach dem Orte, wo die Häupter der Opposition eben ihre Berathungen hielten, und vermochte sie, indem er sich persönlich für ihre Sicherheit verpfändete, zur Reise nach Brünn, wo thatsächlich der Landtag am 29. März eröffnet wurde. Aber die Forderungen, welche die königlichen Kommissäre, Herr von Slawata und Herr von Lukawec, an die Stände Namens des Kaisers stellten, führten zum Bruche und zum Schluße des Landtages schon an demselben Tage, an dem er begonnen hatte. Sie verlangten nämlich, die Stände sollten den Prager Generallandtag beschicken, ihre Vertreter alsogleich wählen und keine weitern Berathungen vornehmen, insbesondere also die Absicht in Eibenschitz zusammenzukommen aufgeben. Herr von Zerotin war es, der jetzt am meisten gegen die Bewilligung der königlichen Forderungen sprach und deren Verwerfung um so leichter durchsetzte, als einerseits der Adel nicht gewillt war, die Entscheidung seiner Angelegenheiten aus der Hand zu geben und einer Versammlung zu übertragen, deren Tendenzen ihm verdächtig waren, andererseits keines der hervorragenden Häupter nach Prag reisen mochte, weil sie alle befürchteten, daselbst in Haft genommen zu werden. Zwar die Städte und Prälaten verließen auch jetzt nicht des Kaisers Sache, aber bei ihrer verhältnißmäßigen Machtlosigkeit änderte ihr Benehmen nichts an dem schließlichen Resultate. So endete also nach vielen und leidenschaftlichen Reden und Gegenreden der Landtag in der Nacht vom 29. auf den 30. März mit vollständiger Verwerfung der königlichen Propositionen. Der Adel reiste unmittelbar darauf noch in der Nacht aus der Stadt weg, welche er wegen der Nähe von Tilly's Truppen wie die Pest zu fürchten schien.

Triumphirend benachrichtigte Zerotin seinen Freund Tschernembl von diesen Vorgängen, welche er mit Recht seinen Anstrengungen zuschreiben konnte und welche ihm die Erfüllung seines staatlichen Ideals in politischer und religiöser Beziehung als nahe bevorstehend erscheinen



ließen. Liechtenstein selbst reiste im Auftrage des mährischen Adels nach Wien zu Mathias, theils um ihn von dem entscheidenden Siege seiner Partei zu berichten, theils zum bewaffneten Aufbruche gegen den Kaiser zu mahnen. Während Mathias, dieser Aufforderung nachkommend, die ungarischen und österreichischen Truppen vereinte und mit ihnen gegen die mährische Grenze aufbrach, kam der Termin heran, in welchem die Mährer auf dem Landtage von Eibenschitz sich versammeln sollten, um ihrem Anschluße an den Erzherzog einen formellen Ausdruck zu geben*). In der That erschienen daselbst nicht weniger als 140 Personen, aus dem Herren-, Ritter- und Prälatenstande. Die Städte waren auch jetzt nicht vertreten, aber die Betheiligung des Prälatenstandes, der doch die meisten Gründe haben mochte, sich an den Kaiser anzuschließen, gab ihrem Wegbleiben eine geringere Tragweite. Die ersten Beschlüße der Versammlung betrafen die Absetzung Berka's von der Stelle eines Landeshauptmanns und die Errichtung einer provisorischen Regierung. Karl von Liechtenstein wurde einstimmig an ihre Spitze als Direktor berufen, da er sich durch sein Auftreten am 7. März in Brünn dieses Vertrauens würdig gezeigt hatte und auch als Katholik hiezu am geeignetsten schien; der kluge und vorsichtige Žerotin wollte, daß im Anfange der Bewegung das religiöse Moment ganz bei Seite gelassen werde. Einige Landesoffiziere und Landrechtsbeisitzer wurden als Mitglieder der provisorischen Regierung Herrn von Liechtenstein an die Seite gesetzt**).

Mittlerweile waren Vertreter von Ungarn und Oesterreich nach Eibenschitz gekommen, um den Anschluß an das Preßburger Bündniß völlig zu Stande zu bringen; es waren dies unter anderen Valentin Lepes Bischof von Vesprim, Peter Revay, Jakob Stahremberg und Erasmus von Tschernembl. Vieler Unterhandlungen bedurfte es nicht mehr, schon am 19. April war die Bundesurkunde ausgefertigt, welche Mährens Beitritt besiegelte. Aber hierin gingen die Eibenschitzer Verhandlungen über die Preßburger hinaus, daß von den Mährern erklärt wurde, der Zweck des Bündnisses sei nicht bloß die Aufrechthaltung des ungarischen und türkischen Friedens, sondern auch die Vertheidigung gegen andere ungerechte Angriffe***). Durch diesen letzten Zusatz trat der bis auf diesen Augenblick aus Nothwehr gegen den Kaiser geführte Kampf in ein anderes Stadium über; die Stände beabsichtigten nunmehr auch die Herstellung und Vertheidigung ihrer Freiheiten und mannigfachen

*) Chlumecky: Zierotin S. 420 und flg.
**) Chlumecky: Zierotin, S. 434.
***) Chlumecky: Zierotin S. 438.

Ansprüche und traten damit nicht bloß gegen die vom Kaiser bisher ausgeübte Macht, sondern überhaupt gegen die königlichen Prärogative auf, wie sie entweder seit jeher bestanden oder aber im Laufe der Zeit durch das Herkommen sich vergrößert hatten. Es galt mit einem Worte die vollständige Wiederherstellung und Aufrichtung eines Ständestaates*). Am 21. April benachrichtigten die Stände, von Eibenschitz aus, den Erzherzog **Mathias** von diesen Vorgängen und nannten sich in dieser Zuschrift seine „getreuen Unterthanen". Auch die Städte waren nicht mehr im Stande dem Drucke zu widerstehen, welchen das abgeschlossene Bündniß und die allseitige Anerkennung desselben auf sie ausübte; einige gaben jetzt einfach nach und schloßen sich an den Adel an, in den anderen brach endlich der Unwille der exaltirtern Protestanten heftig los und brachte durch gewaltige Aufregung einen gleichen Anschluß zu Stande.

*) Hammer, Khlesl II Urkundensammlung 216. In dem ungarisch-österreichisch-mährischen Bündnisse heißt es: Ac proinde firmum et inviolabile foedus inire, prout praesentibus inivimus ea conditione, quod si nimirum temporis successu propter vel contra transactionem Viennensem ac turcicam nuperrime conclusam, quam servare intendimus **vel qualemcunque aliam ob causam justam et legitimam** nobis, Regnis provinciis et patriis nostris ac ejusdem commembris ac confoederatis hostis aut turbator ingrueret. Die Worte vel qualemcumque aliam ob causam justam et legitimam fehlen im Preßburger ungarisch-österreichischen Bündnisse.

Fünftes Kapitel.

I. Mathias kriegerisches Auftreten, sein Zug nach Mähren. Rudolfs Rüstungen. Dietrichsteins diplomatische Sendungen. Eigenthümliche Haltung der Böhmen. Rosenbergs und Anhalts Absichten. Rudolfs Entschluß zur Nachgiebigkeit. Die böhmischen Kronbeamten. Der Nuncius und Pedro von Montañana in Časlau. Weitermarsch des Erzherzogs. Streit des Kaisers mit den böhmischen Kronbeamten. — II. Mathias in Böhmischbrod. Eröffnung des böhmischen Landtags. Haltung der Böhmen. Ihre Forderungen. Theilweise Nachgiebigkeit des Kaisers. Mathias' Forderungen bei dem böhmischen Landtag. Die Konferenzen in Dubeč und Liben. — III. Das Vermittlungsprojekt Maximilians. Anhalts Stellung zu demselben. Seine Pläne. Die Gründung der Union. Anhalts Absicht mit ihrer Hilfe in Böhmen zu interveniren. Vereitlung derselben. IV. Der päpstliche Legat Kardinal Melino, Balthasar von Zuñiga; ihre Botschaft in Prag. Pedro's von Toledo Sendung zu Heinrich IV. Vorschlag zu einer spanisch-französischen Allianz. Der Kurfürstentag von Fulda. Hennot der Gesandte der geistlichen Kurfürsten in Prag.

I.

Mathias, durch die Vorgänge in Brünn von der Bereitwilligkeit der Mährer, sich ihm anzuschließen, überzeugt und mit vieler Zuversicht ein gleiches von den Böhmen hoffend, wenn er ihnen dazu Gelegenheit böte, beschloß endlich gegen seinen Bruder zu Felde zu ziehen. Die Rüstungen, welche er seit dem Monate Februar begonnen hatte, waren in dem Moment, wo der Eibenschitzer Landtag zu tagen begann, vollendet, so daß er hoffen durfte, bei der Ankunft an der böhmischen Grenze über etwa 20.000 Mann verfügen zu können. Für das Kommando über das Heer war Sigmund von Herberstein designirt, ihm sollten Georg von Hodiz, Georg Andreas von Hoffirchen und Georg Thurzo als Unterbefehlshaber beigegeben werden. An der ungarischen Grenze selbst stand für alle Fälle Valentin Hommonay mit 18.000 Mann zu Roß und zu Fuß bereit, dem Erzherzog zu Hilfe zu ziehen*). Während

*) Münchner Staatsarchiv 517/4 163. Das Herr Mathias zählte genau 20.350 Mann, darunter 10.900 Mann zu Fuß und 9450 zu Roß.

die Streitkräfte des Erzherzogs in der Formation begriffen waren, hatte sich zum erstenmal nach Khlesl's Abreise von Prag der Kaiser bemüßigt gefühlt, den Kardinal Dietrichstein nach Wien zu senden und so direkt einen Vergleich anzubahnen, aber die Instruktion, welche derselbe zur Unterhandlung erhielt, war so eng begrenzt, daß der Gesandte völlig unverrichteter Dinge nach Prag zurückkehrte. Die Nachrichten, welche inzwischen Rudolf von dem üblen Fortgange des Regensburger Reichstags, vor allem aber von der beharrlich weiter schreitenden Empörung der Mährer erhielt, versetzten ihn so in Sorge, daß der Kardinal, kaum nach Prag zurückgekehrt, sich neuerdings auf den Weg nach Wien 9. April machen mußte*). Aber auch jetzt zeigte der Kaiser eine gänzliche Verkennung der Sachlage, denn möchte man es wohl für möglich halten, daß er noch immer an dem türkischen Frieden mäkelte und die Abtretung der drei Festungen Gran, Erlau und Canischa begehrte, wenn er den Frieden ratificiren sollte, eine Forderung, die vor den Türken nur ausgesprochen, einer Kriegserklärung gleich kam. Ueberdies wollte der Kaiser einen Fürstenkonvent nach Prag berufen, um durch denselben die obschwebenden Streitigkeiten schlichten zu lassen. Mit diesen Aufträgen kam der Kardinal gerade in dem Augenblicke in Wien an, wo der Erzherzog sich entschlossen hatte mit seinem Heere an die böhmische Grenze zu ziehen, und wenn ihn etwas noch in seinem Entschluße bestärken konnte, so war es gewiß die Botschaft des Kaisers; denn über die Bestätigung des ungarischen und türkischen Friedens konnte jetzt eben so wenig unterhandelt werden, wie über die Uebertragung der Donau in den Elbestrom. Die Absicht des Erzherzogs bestand nun darin, von einem ständischen Ausschuß aller ihm verbündeten Länder und von dem schlagfertigen Heere begleitet, an die böhmische Grenze zu ziehen und die Böhmen aufzufordern sich in einem Landtage zur Berathung über die öffentlichen Angelegenheiten zu versammeln; er durfte mit Grund hoffen, daß derselbe zu einem ähnlichen Resultate führen würde, wie der von Preßburg und Eibenschitz. Als er demnach in Znaim, vor welcher Stadt er von den bedeutendsten Herren 23. Ap. Mährens, namentlich Liechtenstein und Žerotin empfangen wurde, einzog, erließ er ein Manifest**), worin er die Ursachen seines Marsches und des in Preßburg und Eibenschitz geschlossenen Bündnisses auseinander setzte. Des Kaisers Unfähigkeit und die bösen Anschläge seiner Räthe hätten das Verderben und die Verzweiflung der gesammten Länder zur Folge gehabt, Aller Wünsche gingen deshalb nach Sicherung des Frie-

*) Hammer: Khlesl II, 71.
**) Hammer: Khlesl II. Urkundensammlung Nr. 217.

dens, Verbesserung des Regiments und Wiederherstellung der angefeindeten Freiheiten der Länder, und er als ältester Erzherzog habe sich endlich nothgedrungen der Bedrängten angenommen. Da nun weder vom Kaiser noch von den Böhmen Erklärungen eingelangt wären, wie sie es mit dem Frieden halten wollten, so ziehe er, umgeben von den ständischen Ausschüßen Ungarns, Mährens und Oesterreichs, nach Časlau, wohin er die Stände Böhmens und der demselben einverleibten Länder, die, „wie er gewisse Nachricht habe", selbst solches wünschen, zur gemeinsamen Berathung auf den 4. Mai berufe. In der That schickte der Erzherzog Einladungsschreiben nach Böhmen, Schlesien und der Lausitz ab und ersuchte darin die Berechtigten bei dem Časlauer Landtage erscheinen zu wollen; Herr von Rosenberg, an dessen Kommen wohl am meisten lag, wurde eigens aufgefordert.

Der Kaiser war trotzdem noch zu keiner Nachgiebigkeit bereit, wenngleich die Angst wieder mehr Gewalt über ihn erlangte, da alle Hoffnung, welche er auf den Regensburger Reichstag gesetzt hatte, sich als eitel zu erweisen begann. Zorn, Scham und Schmerz, welche sich jetzt um die Herrschaft über ihn stritten, machten ihn gleichwohl dem Verkehre mit der übrigen Welt zugänglicher, als er seit sieben Jahren gewesen. Dem Gesandten des Kurfürsten von Sachsen, Dr. Gödelmann klagte er, er wisse nicht, wer, ob der Türke oder der Papst, Ursache an seinen gegenwärtigen Bedrängnissen seien*). Mit seinem Geld hatte er bisher so zurückgehalten, daß man ihn, nachdem er jene 130.000 Gulden mit so viel Widerwillen hergegeben hatte, für völlig verarmt hielt, jetzt preßte ihm aber doch die Angst die Erklärung ab, daß er noch 300.000 Thaler besitze, und daß er dieselben zu Rüstungen verwenden wolle**). Endlich nachdem er den Kardinal Dietrichstein zweimal mit unnützen, weil bereits unzeitigen Aufträgen nach Wien geschickt hatte, erkämpfte er auch in dieser Beziehung einen Sieg über sich, so daß er sich bereit zeigte, durch ihn die Ratifikation des türkischen Friedens anbieten zu lassen. An dieser ersten Nachgiebigkeit hatten der spanische Gesandte und wahrscheinlich auch der Nuncius, welche nach langer Zeit wieder einmal zur Audienz vorgelassen wurden, keinen geringen Antheil. Dietrichstein wurde mit seiner Botschaft eilig nach Mähren abgeschickt, und um der Sendung mehr Nachdruck zu geben, schloßen sich ihm die obersten Beamten von

*) Sächsisches Staatsarchiv. Gödelmann an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 23./23. April.

**) Archiv von Simancas 2494/51. San Clemente an Philipp III ddo. 21. April 1608.

Böhmen, ja sogar der Nuncius und der spanische Gesandte mit Billigung des Kaisers an. Sie trafen in Znaim mit Mathias zusammen, boten ihm die Ratifikation des Friedens an und erklärten zugleich, der Kaiser wolle auf Pfingsten nach Prag einen Konvent berufen, zu welchem sämmtliche Erzherzoge, der Kurfürst von Köln und der Herzog von Baiern erscheinen sollten, um durch diese alle Streitfragen zu schlichten. — Eine aufrichtige Einhaltung des Türkenfriedens hätte im Keim alle Streitigkeiten erstickt, jetzt war aber das Anerbieten der Ratifikation desselben viel zu spät, weil Rudolf sich um alles Zutrauen zu seinen Versprechungen gebracht hatte. Der ursprüngliche Zweck einer Bewegung ändert sich und wächst mit dem Wachsen derselben, und man täuscht sich, wenn man den Riesen mit denselben Mitteln wie den Zwerg bekämpfen zu können glaubt. Rudolf hatte alles Unheil deshalb angerichtet, weil er in der Bestimmung der Nachfolge seiner Familie die schuldige Rechnung nicht tragen wollte und auch jetzt dachte er mehr auf Befriedigung der Stände als auf die seines Bruders, um später desto ungescheuter die Machinationen gegen den letztern beginnen zu können. Mathias konnte sich also nicht mehr mit der Befriedigung seiner Verbündeten begnügen, auch Er mußte in seinen Ansprüchen gesichert sein und zwar nicht mehr durch ein bloßes Versprechen, das selbst in diesem Momente der Kaiser zu geben sich noch weigerte.

Nachdem so die Verhandlungen in Znaim sich zerschlagen hatten, trat der Erzherzog mit seiner Armee den weitern Marsch an und zog 30. Ap.
nach Iglau gegen die böhmische Grenze. In Iglau angelangt, kam ihm der Kardinal mit einer vierten Botschaft entgegen. Da Rudolf auch jetzt zu keinen weiteren Koncessionen sich herbeiließ, sondern alles der Entscheidung eines zu berufenden Fürstenkonventes überlassen wollte, so ließ sich Mathias diesmal noch weniger als in Znaim in eine ernste Verhandlung ein, sondern verwies auf den Landtag von Časlau, wohin er die böhmischen Stände berufen habe und wo über die schwebenden Streitigkeiten die Entscheidung gefällt werden sollte*). In Časlau selbst langte er am 10. Mai an, statt am 4., wie ursprünglich angesagt worden war, aber obwohl die Böhmen inzwischen genügend Zeit gehabt hatten, sich daselbst zu versammeln, traf er dennoch Niemand Anderen dort an, als Gesandte des Kaisers und der Kurfürsten. Dieses unerwartete Ereigniß fordert einige Erklärung.

Wir haben gesehen, wie gleich im Anfange der Bewegung Rosenberg durch den Erzherzog von dem Preßburger Bündniß benachrichtigt

*) Hammer: Khlesl II, Beilage 218.

wurde und wie letzterer sich alsobald auf die Seite der Bewegung stellte. Nicht nur schickte er dem Erzherzog Geld zu seinen Rüstungen, sondern er kehrte sich auch in einem fast bedrohlichen Schreiben an die obersten Beamten von Böhmen und mahnte sie in der Frage über den ungarischen Frieden sich an Mathias' Seite zu stellen*). Budowec war gleichzeitig mit den Preßburger Vorgängen nach Wittingau gereist, offenbar zu keinem anderen Zwecke, als sich über die künftige Haltung zu berathschlagen**). Bis zu dem Momente, in welchem Mathias seinen Zug unternahm, war zwar von keiner allgemeinen Manifestation zu seinen Gunsten in Böhmen die Rede, allein es war eine sowohl bei dem Erzherzog als bei seinen Freunden allgemein angenommene Meinung, daß es an einer solchen nicht fehlen würde, wenn seine Gegenwart ihr Schütz verspräche; hatte doch sogar das Znaimer Manifest dies als eine gewiß bevorstehende Thatsache angenommen und glaubte man mit Sicherheit auf den Ritterstand rechnen zu können. Da es von größter Wichtigkeit war, wenn Rosenberg selbst nach Časlau eilte, weil seine Gegenwart allen Unentschlossenen Muth und Vertrauen einflößen mußte, so hatte ihn Mathias fast vierzehn Tage vor seinem Aufbruch aus Wien von seinem Vorhaben benachrichtigt und bald darauf ersuchte ihn auch Tschernembl in den dringendsten Ausdrücken, nicht bei der Versammlung in Časlau zu fehlen, ja der österreichische Agitator reiste sogar, um seinen Bitten den gehörigen Nachdruck zu geben, selbst nach Wittingau und wiederholte dort sein Ansuchen persönlich. Aller dieser Bitten ungeachtet kam aber Rosenberg der Aufforderung nicht nach und trug durch dieses Zurücktreten wohl am meisten zu der merkwürdigen Haltung bei, welche die Böhmen insgesammt in den nächsten Monaten beobachteten. Daß Rosenberg durch seine kränkliche Leibesbeschaffenheit, welche ihn seit Jahren an jeder Ortsveränderung hinderte, allein abgehalten wurde, nach Časlau zu gehen, ist zwar möglich aber nicht ganz wahrscheinlich. Bisher hatte er den Erzherzog und seine Anhänger in allem unterstützt und hinderte auch in diesen entscheidenden Augenblicken, daß die südlichen Kreise Böhmens, wo sein Einfluß am größten war, sich dem allgemeinen vom Kaiser angeordneten Aufgebot anschloßen. Aber weiter ging seine Unterstützung nicht, denn die Verbündeten verfolgten, wie es ihm klar ward, vor allem jetzt nur ein Ziel, nämlich der Herrschaft Rudolfs ein Ende zu machen und an die Stelle desselben den Erzherzog zu setzen: diesen Wechsel und alle weitern Umstaltungen in Oesterreich behandelten die re-

---

*) Bernburger Archiv. Rosenberg an die böhm. Landoffiziere ddo. 8. März 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. I F. I 227/29, Hock an Anhalt ddo. 9. Feber 1600.

bellischen Stände bloß als eine sie betreffende Angelegenheit, welche sie schnell zur Entscheidung bringen wollten. Rosenberg dagegen war der Meinung, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, in welchem die weltlichen Kurfürsten des Reiches, namentlich aber Kurpfalz, als Vermittler zwischen Rudolf und seinen Gegnern eintreten, in einem Vertrage die Grundsätze für die Regelung sämmtlicher österreichischer Interessen feststellen und zugleich das öffentliche Recht in Ungarn, Böhmen und Oesterreich fortan unter die Garantie des deutschen Reiches stellen sollten. Es war also nicht Rosenbergs Wunsch, daß der Streit zwischen Mathias und Rudolf unter diesen beiden allein abgemacht werde, noch weniger aber, daß der letztere einfach als vollständiger Sieger aus demselben hervorgehe. Nach seiner Meinung sollten die sämmtlichen Länder zwischen Mathias und Rudolf so getheilt werden, daß Ersterem der Besitz von Ungarn, doch ohne den königlichen Titel, eingeräumt werden, der letztere aber alle übrigen Länder, also namentlich Mähren und Oesterreich weiter beherrschen sollte, allerdings unter der Bedingung, daß er in der Verwaltung derselben solche Aenderungen treffe, wie sie sich in den weitern Verhandlungen als nothwendig herausstellen würden. Durch solche Ansichten fand sich Rosenberg bereits im Gegensatz nicht nur zu Mathias, sondern auch zu Žerotin und Tschernembl, welche jede Halbheit verwerfend rasch auf das Endziel, die Beseitigung Rudolfs, gingen, und dies macht es uns auch wahrscheinlich, daß Rosenberg bloß deshalb nicht nach Časlau ging, weil er durch seine Gegenwart nicht ihre Zwecke befördern wollte*).

Die sonderbare Erscheinung, daß Rosenberg plötzlich in seinen Bestrebungen von jenen Männern abwich, mit welchen er sonst geistesverwandt schien, erklärt sich dadurch, daß er in diesem Augenblicke nicht selbstständig, sondern beherrscht durch die listige Einwirkung des Fürsten von Anhalt handelte. Sobald die Bewegung in Preßburg ihren Anfang genommen hatte, schenkte ihr der Fürst die ungetheilteste Aufmerksamkeit und gab sich den angenehmsten Erwartungen hin, denn wenn sie auch seine Pläne, die er in Bezug auf Maximilian hegte, störte, so eröffnete sie ihm doch wieder die glänzendsten Aussichten, auf andere Weise das Haus Habsburg schwächen zu können. Damit dies aber

*) Bernburg O XIII Vol. I/221. Nachricht aus Wittingau ddo. 13. April. Ebendaselbst F. I 227/73, 74. Tschernembl an Rosenberg und an Hock ddo. 30. April 1608. Bernburger Archiv Reg. I, F. I 227/77. Rosenberg an Anhalt ddo. 4. Mai 1608. In diesem höchst merkwürdigen und umfangreichen Aktenstück entwickelt Rosenberg seine Ansichten über die zunächst zu ergreifenden Maßregeln und den wahrscheinlichen Ausgang des Streites.

der Fall sei, war es vor allem nöthig, daß er und seine Partei einen entscheidenden Einfluß auf den Kampf zwischen Rudolf und Mathias gewinne, und dies konnte nur dann geschehen, wenn es ihm gelang als Vermittler und Schiedsrichter in den österreichischen Angelegenheiten aufzutreten. Gleich im Anfang des Monates April war er also der Meinung, die Kurfürsten sollten sich in den österreichischen Streit einmengen und dem Pfalzgrafen legte er einen detaillirten Plan über die Einmischung, welche man Vermittlung benennen könnte, vor. Nach seiner Ansicht war jetzt die Zeit gekommen, daß die Kurfürsten einen festen Fuß nach Oesterreich setzen, die dortigen Angelegenheiten für deutsche erklären und sie allein entscheiden sollten, um so jeden fremden Einfluß, er möge von Frankreich, Spanien oder Rom kommen, abzuschneiden. Die Aufgabe der Kurfürsten sollte es sein, ein- für allemal die Rechte der Protestanten in Oesterreich festzusetzen und zugleich zu verhindern, daß weder Rudolf über Mathias, noch Mathias über Rudolf einen vollständigen Sieg erringe. Die Theilung der Monarchie in zwei Hälften scheine hiezu das beste Mittel zu sein, so daß Mathias über Ungarn und Oesterreich herrschen, das übrige aber, nämlich die böhmischen Länder, von dem Erzherzog Maximilian unter der nominellen Oberhoheit des Kaisers verwaltet werden sollte*). In diesem klug ausgedachten Plane strebte also Anhalt vor allem die Theilung der Monarchie an und suchte seinem vermeintlichen Schützling, dem Erzherzog Maximilian, einen Theil des Besitzes zuzuwenden, um ihm mit Benachtheiligung des ältern Bruders den Weg zur Kaiserkrone zu bahnen; die deutschen Kurfürsten sollten die Garanten dieses Ausgleiches sein und Anhalt war kühn genug zu hoffen, daß alle kommenden Verwicklungen, die er nicht minder heftig herbeisehnte, wie er die gegenwärtige freudig begrüßte, damit enden würden, den „terminus fatalis domus Austriacae," das durch das Schicksal bestimmte Verderben der Habsburger, wie er sich ausdrückte, herbeizuführen. Deshalb wich seine Politik weit von den Wegen Tschernembls und Žerotins ab, die wohl eine Schwächung der königlichen Macht, aber nicht das Verderben ihrer Fürsten wollten, deshalb brachte er durch seinen geheimen Vertrauten, den Sekretär Hock, Herrn von Rosenberg unmerklich eine solche Anschauung von der allgemeinen Sachlage bei, daß dieser schließlich, die fremden Ideen zu seinen eigenen machend, im Sinne der pfälzischen Politik in Böhmen wirkte und dadurch den völligen Ruin Rudolfs hintanhielt,

---

*) Bernburger Archiv F. I 227/64. Anhalt an Rosenberg ddo. 13/23. April 1608. Münchner Staatsarchiv 547/1, 81 Anhalt an Kurpfalz ddo. 14/24. April 1608.



wohl zu der Habsburger Nachtheil, aber auch, wie sich bald genug zeigte, zu des eigenen Landes Verderben *).

Das Beispiel Rosenbergs, die Anwesenheit der kaiserlichen Truppen, welche sich von überall nach Böhmen zurückgezogen hatten, endlich eine gewisse Abneigung gegen das eigenmächtige Auftreten Mährens brachte also das sonderbare Resultat hervor, daß in Časlau sich von den böhmischen Ständen Niemand blicken ließ. Wir nennen dies Resultat sonderbar, denn wie sollten wir es anders bezeichnen, da von einer tiefern Anhänglichkeit an Rudolf in Böhmen nichts zu spüren war, und schon die nächste Zeit den Beweis lieferte, daß, was Entschlossenheit zu einer rauhen und rücksichtslosen Behandlung des Kaisers, ja selbst zur offenen Empörung betrifft, die böhmischen Stände den Ungarn oder Mährern nicht im mindesten nachstanden. Die Stimmung der Böhmen gegen die benachbarten Provinzen nahm in dem Grade den Charakter offener Abneigung an, in welchem Mathias' Heer sich der böhmischen Grenze näherte, dieselbe überschritt und auf Prag losrückte. Man faßte dies als einen Schimpf auf; man fürchtete sich auch vor den Exzessen der einzelnen Heeresabtheilungen, namentlich der Ungarn, von denen man seit Jahren so viel gehört hatte. Alles in allem genommen, erscheinen aber die Ursachen nicht ausreichend, welche die Böhmen abhielten, sich der Bewegung des J. 1608 anzuschließen, da sie doch im folgenden Jahre sich auf eigene Faust bis auf's Aeußerste gegen den Kaiser auflehnten. Es müssen kleinliche Verstimmungen, persönliche Eifersüchteleien und Ueberraschungen bewirkt haben, wozu sonst Anhalts intrigantes Genie und der altersschwache Rosenberg nicht ausgereicht hätten und was wir bei dem Mangel an einheimischen Nachrichten aus jener Zeit nicht mehr genauer anzugeben vermögen.

Konnte Rudolf aber auch der Böhmen sicher sein, das Mißlingen der Znaimer und Iglauer Verhandlungen Dietrichsteins mit Mathias und des letzteren ununterbrochener Marsch gegen Böhmen minderten die Gefahr für ihn nicht. Zudem erfuhr er nur zu bald, daß der Appell, welchen er an die Loyalität der Kurfürsten gemacht hatte, vergeblich war. Während nämlich der Regensburger Reichstag seinem Ende entgegenging, schickte Rudolf Gesandte an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, um sie persönlich mahnen zu lassen, daß sie ihm zu Hilfe eilen möchten; dem Kurfürsten von der Pfalz befahl er sogar, augenblicklich ihm mit allen seinen Kräften Beistand zu leisten, und dies in einer Art, daß vielleicht sein erlauchter Ahnherr, Rudolf I, unter bessern Verhältnissen kein so

*) Bernburger Archiv Reg. I F. I 227/77. Rosenberg an Anhalt ddo. 4. Mai 1608.



strenges Machtgebot erlassen hatte. Allein weder die Bitten an Sachsen und Brandenburg noch die Befehle an die Pfalz hatten den gewünschten Erfolg*); der Kurfürst von Sachsen hatte zwar herzlich gemeinte Rathschläge und gute Wünsche für den Kaiser, aber auch nicht mehr zur Hand; den Markgrafen kümmerte die Noth des Kaisers schlechterdings nichts und der Pfalzgraf war bereit, den Kaiser selbst zu berauben, wenn Mathias etwas übrig ließ. Alle drei wollten zwar Gesandte zu Hilfe senden, um zu vermitteln und zu entscheiden; Sachsen that es auch in guter Absicht, aber des Kaisers Sinn war nicht so weit getrübt, um nicht zu wissen, daß damit der Marsch des feindlichen Heeres auch nicht um einen Tag zurückgehalten werde. Neben diesen von allen Seiten auf ihn eindringenden trostlosen Nachrichten, deren Mittheilung er mit und gegen seinen Willen sich jetzt gefallen lassen mußte, beschlich ihn auch noch die Sorge, ob er in seinem bisherigen Aufenthaltsorte sicher sei und erzeugte zuletzt in ihm den Gedanken der Flucht. Aber wohin fliehen? Der deutsche Kaiser war — einmal aus dem Familienbesitz vertrieben — in seinem Reiche überall ein Fremdling und ein ungern gesehener Gast. Trotzdem daß Rudolf dies wissen mußte, wollte er lieber in der Fremde um ein Obdach flehen, als seinem gehaßten Bruder einen Theil der Erbschaft geben, ja lieber wollte er seine Macht ganz zu Grunde gehen sehen, ehe er seinem Bruder nur die Anwartschaft auf dieselbe gegönnt hätte. An den Kurfürsten von Sachsen, seinen wohlgehaltenen Gast im vorigen Jahre, wandte er sich also jetzt mit der Bitte, er möchte ihm doch ein Obdach in Dresden gewähren. Sonst pflegten die deutschen Kurfürsten nicht rasch dem Kaiser zu antworten, aber diesmal beeilte sich selbst der gutmüthige Johann Georg mit einer abschlägigen Antwort, aus Furcht, Rudolf könnte am Ende unaufgefordert nach Dresden kommen**).

Mit dieser Antwort traf so ziemlich gleichzeitig die Nachricht aus Regensburg ein, daß der Reichstag ohne jedes Resultat sich aufgelöst habe; jetzt bemächtigte sich des Kaisers völlige Niedergeschlagenheit und zum erstenmale kann ihm eine klare Einsicht in seine verzweifelte Lage. Ueberall, wo er Hilfe gesucht hatte, war er zurückgewiesen worden und er mußte sich sagen, daß er an seinem Unglücke selbst Schuld sei. Wie würde er sonst an zwei bewährte Freunde, den Papst und

---

*) Münchner Staatsarchiv 547/4, 103 Rudolf an Kurpfalz ddo. 25. April 1608, dann Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten 66. Hanewaldt an den Kaiser ddo. 19. April und 27. April 1608. Sächsisches Staatsarchiv. Ung. Oest. Böhm. Kriegswesen I Fol. 270. Rudolf an Kursachsen ddo. 25. April.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Rudolf an Kursachsen ddo. 30. April 1608.



den König von Spanien, welche gewiß durch alle möglichen Gründe veranlaßt sein mußten, seine Partei zu halten, sich nicht von Anfang her um Hilfe gewendet haben? Aber schon hatte er bisher den Nuncius und den spanischen Botschafter in Prag von sich fern gehalten; es wurmte ihn mehr als etwas anderes, daß es Mathias gelungen war, einen Gesandten nach Rom und Spanien zu senden, welcher daselbst eine getreue Schilderung der Sachlage entwerfen konnte, und im eigenen Schuldbewußtsein ließ er sich zu der kindischen Aeußerung verleiten, der Türke oder der Papst habe die letzten Wirren veranlaßt. Endlich in diesem Momente der höchsten Noth, als Mathias schon gegen Caslau rückte, gewann San Clemente für seine Rathschläge den nöthigen Einfluß, der ihm, wofern der Kaiser gerettet sein wollte, schon längst gebührt hätte. Nachdem sich der spanische Gesandte durch die Reise nach Znaim auch in Mathias' Lage und in dessen, wenn nicht positive so doch moralische Verpflichtungen gegen seine Verbündeten einen klaren Einblick verschafft hatte, nachdem er jedes Jahr, ja jeden Tag neue Beweise für Rudolfs Unfähigkeit zur weitern Regierung vor Augen gehabt hatte, trat er, geschützt durch die Auktorität seines Königs und seiner Zustimmung in vorhinein gewiß, energisch für die Befriedigung Mathia's ein. Ungarn und Oesterreich hatten ihr Geschick unauflöslich mit dem Erzherzog verbunden; es war also nach seiner Meinung das beste, die volle und ungetheilte Herrschaft über diese Länder demselben zu überlassen. Anders war es mit den Ländern der böhmischen Krone; mit Ausnahme Mährens beobachteten sie gegen Mathias eine kühle Haltung, sie sollten also auch ferner bei Rudolf verbleiben. Damit aber der letztere nicht weiter gegen die Nachfolge seines Bruders machinire, sollten ihm die Hände gebunden und Mathias schon jetzt als Anwärter auf die böhmische Krone anerkannt werden. So riet San Clemente.

Es war am 8. Mai, als Rudolf, vielleicht noch ehe er von Dietrichsteins erfolgloser Mission nach Iglau etwas wußte, den schweren Sieg über sich erkämpfte und sich zu dem Opfer von Ungarn und Oesterreich entschloß. In einer lakonischen Zuschrift an seinen Bruder erklärte er, „er sei es zufrieden, daß Seiner Liebden unter kaiserlicher Namenshoheit das Gubernament in Ungarn und Oesterreich absolute führe“ *). In der Sache hatte er also eine große, aber wie San Clemente meinte, nicht ausreichende Konzession gethan. Er mußte auch in Böhmen dem Bruder feierlich die Nachfolge zusichern, denn nur dann konnte sich Mathias zufrieden geben. Aber jetzt war der Kaiser nicht mehr der einzige,

*) Hammer, Khlesl II, Urkundensammlung, Nr. 103.

welcher dieser Forderung Widerstand leistete, neben ihm waren es die obersten Beamten von Böhmen. Diese, obwohl dem kaiserlichen Interesse ganz und gar ergeben und durch ihr einflußreichstes Mitglied, den Kanzler Popel von Lobkowitz, im spanisch-römischen Interesse geleitet, traten gleichwohl auf einmal mit der Behauptung auf, die böhmische Krone sei keine erbliche, sondern eine Wahlkrone, und Rudolf habe sonach kein Recht, seinem Bruder auf dieselbe eine Anwartschaft zu geben. Wie so vieles, was in diesen Kämpfen von Manchem geschah, gegen die eigenen Interessen gar sehr verstieß, so auch jetzt die Theorie, welche die obersten Beamten aus Haß gegen Mathias oder noch mehr gegen seine Verbündeten aufstellten. Konnten die katholischen Herren, zu denen die genannten Beamten gehörten, bei einer Königswahl hoffen, ihr Interesse besser zu wahren, als dies allenfalls unter Mathias der Fall sein konnte? Dieselben Herren, welche jetzt plötzlich so eifrig das Wahlrecht verfochten, waren es, welche neun Jahre später (im J. 1617) mit noch mehr Eifer für das Erbrecht des habsburgischen Hauses eingestanden sind und jetzt wie später war gerade der Kanzler Popel von Lobkowitz der Urheber und Vertreter dieser einander so diametral entgegengesetzten Meinungen. Vielleicht erklärt sich sein jetziges Benehmen dadurch, daß er ein persönlicher Gegner Karls von Žerotin war und daß er zugleich wußte, mit dem Siege der Gegner habe die Suprematie Böhmens über seine Nebenländer, namentlich über Mähren ein Ende erreicht, wodurch er in seiner Stellung und seinen Einkünften als Kanzler aller böhmischen Länder am härtesten betroffen wurde. Wenn noch andere Gründe in ihm wirksam waren, so müssen dies durchwegs persönliche gewesen sein, deren Spur nicht verfolgt werden kann. Für seine Kollegen im Amte war aber seine Meinung maßgebend, denn er beherrschte sie, nach dem Berichte San Clemente's, durch seine höhere Einsicht*).

San Clemente's Aufgabe bestand nun darin, den Widerstand der obersten Beamten zu bewältigen und ihre Wahlrechtstheorie zu bekämpfen. Er suchte sie also auf und stritt sich mit ihnen nicht weniger als zwei volle Stunden herum, um sie von ihrer Ansicht zurückzubringen. Die Argumente, welche ein Vertreter Philipps III vor Personen, welche sich auch dieses Königs Diener nannten, vorbrachte, waren sonst allmächtig bei denselben, diesmal jedoch begegneten sie einem harten Widerstande, bis endlich auch dieser brach, da für San Clemente die gesunde Einsicht, selbst bei dem Kanzler, sprechen mußte. Nachdem die

*) Archiv von Simancas 2494/133 und 134. San Clemente an Philipp III ddo. 10. Mai und 17. Mai.



Einigung erfolgt war, gingen sämmtliche obersten Beamten der Krone zum Kaiser, um auch diesen zu ersuchen, seinem Bruder die Anwartschaft auf Böhmen zu geben, wozu sich der letztere schließlich verstand. Noch am selben Tage unterzeichnete er ein zweites Schreiben an Mathias, in 8. Mai
welchem er diesem auch die Anwartschaft auf Böhmen, falls er selbst keine ehelichen Nachkommen hinterlassen würde, zusicherte und zugleich den Mährern volle Amnestie verhieß. So hoffte er Mähren seiner Herrschaft wieder zu gewinnen und mit dem Opfer der halben Monarchie die andere Hälfte zu bewahren *). Uebrigens erklärte er, daß er die Regierung Böhmens nicht weiter fortführen werde, sondern dieselbe durch den Oberstburggrafen besorgen lassen wolle.

Mit diesen Anerbietungen ward Kardinal Dietrichstein zum fünftenmale zu Mathias geschickt; in seiner Begleitung befanden sich wiederum die obersten Beamten und der Nuncius, statt des spanischen Gesandten aber sein Sekretär Pedro von Montañana. San Clemente mochte es für ersprießlicher gehalten haben, in Prag zurückzubleiben, um die wechselnden Stimmungen des Kaisers besser zu reguliren, während er andererseits seinem Sekretär den Auftrag gab, nunmehr mit allem Eifer für den Kaiser einzustehen und dessen Rechte nicht weiter kürzen zu lassen. Montañana kam seinem Auftrage gewissenhaft nach; in Časlau angelangt, suchte er zuerst bei der Umgebung des Erzherzogs sein Ziel zu er- 12. Mai
reichen, bevor er diesen selbst zur Nachgiebigkeit auffordern wollte. Aus dem Grunde besprach er sich vor allem mit dem einflußreichen Liechtenstein und suchte demselben ohne viel Schonung und Rücksicht die Nothwendigkeit begreiflich zu machen, daß man mit dem Kaiser, nachdem er sich zu so großen Opfern entschlossen habe, glimpflicher umgehe. Das weitere Vorschreiten auf dem betretenen Wege könne nur zum Schimpf und zur Schmach des Hauses Oesterreich gereichen und zum Verlust der deutschen Kaiserkrone führen, denn die Kurfürsten würden den Kaiser absetzen, wenn er auch Böhmen verlöre, aber gewiß weder Mathias wählen, noch auch nur als König von Böhmen anerkennen, sondern ihn für einen Usurpator ansehen. Vom Kaiser könne man erwarten, er würde sich bald zurückziehen und seinem Bruder auch auf den deutschen Thron verhelfen; gewiß sei er aber für alle Zukunft ungefährlich, da er schon jetzt von der ganzen Welt ohne Vertheidigung gelassen worden sei. Auch zu Herrn von Breuner, einem der wichtigsten Räthe des Erzherzogs, führte Montañana eine ähnliche Sprache, aber weder der eine noch der andere

*) Archiv von Simancas 2494/133. San Clemente an Philipp III ddo. 10. Mai. — Hurter Ferdinand II Bd. VI Beilage 230.



schien besonders von diesen Argumenten bewältigt, ja **Breuner** sagte geradezu, die Zusagen betreffs der Nachfolge in Böhmen und im Reich als hohl verspottend: „Glücklich die, welche im Besitze sind"*). **Montañana** fing an zu fürchten, daß des Kaisers späte Nachgiebigkeit nicht die gewünschte Aufnahme finden würde.

12. Mai Inzwischen wurden auch **Dietrichstein** und die obersten Beamten Böhmens von **Mathias** in feierlicher Audienz in Gegenwart **Liechtensteins**, **Zerotins**, **Harrachs**, **Breuners** und anderer Häupter seiner Begleitung empfangen und entledigten sich ihrer Botschaft. Sie trugen dem Erzherzog Ungarn und Oesterreich zum völligen Besitz, doch ohne den königlichen Titel, dann die Nachfolge in Böhmen an. Ein Landtag, welcher am 20. Mai sich in Prag versammeln solle, würde diese letzte Angelegenheit zum Abschluß bringen. **Mathias** dankte für die Anerbietungen, als er aber hinzufügte, dieselben bewegten sich zu sehr in Allgemeinheiten, erklärten die böhmischen Landofficiere, der Kardinal habe noch einen ganz besonderen und geheimen Auftrag und nahmen damit ihren Abschied. Mehr als anderthalb Stunden hatte diese Audienz in Anspruch genommen, bei der es unzweifelhaft zu heftigen Erörterungen gekommen sein mag. Der besondere Auftrag des Kardinals, der darauf allein zurückblieb, bestand in nichts anderem als in dem Anerbieten des Kaisers, seinem Bruder auch die deutsche Kaiserkrone zu verschaffen. Auch dies schien dem Erzherzog nicht mehr zu genügen.

Jetzt war der Moment gekommen, daß die Vertreter **Pauls** V und **Philipps** III im Namen ihrer Herren das Vermittlungsgeschäft in die
13. Mai Hand nehmen mußten. In der That hatte am folgenden Tage zuerst der Nuncius eine Audienz von drei Viertel Stunden bei **Mathias**.

Aus den Nachrichten, welche sich über diese Unterredung erhalten haben, läßt sich schließen, daß er von dem Erzherzog keine thatsächliche Nachgiebigkeit, sondern nur ein äußerlich schonendes Auftreten gegen den Kaiser verlangte. Der Nuncius war nach Znaim gekommen, vollständig überzeugt von der Unfähigkeit des Kaisers zur Regierung und hielt es daher für das gerathenste, daß derselbe sich in die Einsamkeit nach Tirol zurückziehe, weil seine weitere Herrschaft noch größere Nachtheile für die Religion befürchten ließ, als sein Sturz. Als er jedoch nach seinem wiederholten Besuch bei **Mathias** dessen Umgebung besser kennen lernte und die Triebfedern, welche bei derselben maßgebend waren, würdigen konnte, erschrak er doch mehr als früher über die möglichen Folgen von Ma-

*) Lobkowitzer Archiv. Peder von Montañana an Guillen de San Clemente ddo. Caslau 12. Mai.

thias' Siege, weil er fand, daß dieser Prinz nicht mehr selbstständig auftrete, sondern ganz und gar unter dem Einfluße seiner Verbündeten handle. Er erfuhr sogar, Mathias werde von ihnen bedroht, daß, wofern er das Unternehmen nicht zu Ende führen wolle, sie den ersten besten zu ihrem Haupte wählen und mit dem Kampfe gegen Rudolf betrauen würden. Aber trotz dieses schlimmen Umstandes, Mathias nicht als Herrn der Bewegung zu sehen, würdigte der Nuncius die Sachlage richtig und ließ sich nicht so weit von der Sorge beherrschen, um Rudolf weiter zu stützen. Was er von Mathias verlangte, war, er solle nicht durch Gewalt, sondern durch des Bruders nunmehr fast sichere Nachgiebigkeit die volle Gewährung seiner Wünsche zu erlangen suchen *). Bei dieser Forderung handelte er nicht bloß nach seinem eigenen Ermessen, sondern auch nach den Weisungen, welche er von Rom erhielt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Rudolf und dem Papst, so weit sie zu unserer Kenntniß gelangt sind, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Paul V über die österreichischen Verhältnisse nachgerade zu denselben Anschauungen gelangt war**), denen sich Philipp III in Folge der Berichte San Clemente's zugewendet hatte.

Nach des Nuncius Entfernung wurde Montañana vorgelassen und dieser brachte wohl die stärksten und vielleicht einzigen Argumente vor, die auf Mathias einen Eindruck ausüben konnten. Gleich anfangs erklärte er, das Anerbieten der böhmischen Krone sei einzig und allein das Verdienst San Clemente's, welcher in dieser Angelegenheit keine Bemühung gescheut habe, indem er mehrere Stunden deshalb mit den Böhmen verhandelt, das Ansehen und Gewicht seines Königs und „andere bei dieser Nation nicht minder gewichtige Mittel***)" in die Wagschale geworfen habe. Mit dem Anerbieten der Nachfolge in der böhmischen Krone und der Abtretung der übrigen Länder müsse sich aber Mathias zufrieden geben. Die Welt würde ihn in allem, was er bisher gethan, entschuldigen; man könne nämlich zu seiner Rechtfertigung sagen, die Ungarn hätten einen andern König gewünscht und die Oesterreicher und Mährer hätten die Waffen ergriffen, um den Kaiser zur Konfirmation des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens zu nöthigen und volle Glaubensfreiheit für sich zu erringen; Mathias habe also um der katholischen Religion und seinem Hause nicht

*) Simancas 988. Aytona an Philipp III ddo. 30. Mai 1608.

**) Wiener Reichsarchiv. Wir werden später auf den Inhalt der kaiserlichen Korrespondenz mit Rom näher eingehen.

***) Damit ist nichts anderes als Geld gemeint, denn der spanische Gesandte berichtet nicht selten, daß er zu Bestechungen und Geschenken, wie er es nannte, Zuflucht nehmen müsse.

allzu großen Schaden zufügen zu lassen, suchen müssen, sich zum Haupt ihrer Verbindung zu machen. Weiter ließe sich auch sein Zug nach Böhmen rechtfertigen, weil er den Kaiser habe zwingen wollen, die Nachfolge ihm zuzugestehen und weil er zugleich die Prätensionen der Böhmen auf ein freies Wahlrecht nicht anders habe umwerfen können. Wenn nun aber sowohl der Kaiser als auch die Böhmen seine Anwartschaft auf die Krone anerkennen wollten, so habe seine Berechtigung zu weitern Schritten aufgehört und es sei nimmer verantwortlich, wenn er den Besitz eines Königreiches erzwingen wolle, dessen Einwohner an ihrem Könige festhielten, wie das die Böhmen durch die That zeigten. Er solle nicht im mindesten zweifeln, daß der Kaiser, sobald er keine Hoffnung auf den angetragenen Ausgleich habe, die Flucht von Prag ergreifen werde und es sei gewiß, daß dann der König von Spanien kaum denselben verlassen dürfte. Er beschwor ihn bei den Wunden Christi, dies alles zu bedenken und nicht durch eine so schnöde Behandlung des Bruders seinem Hause ein unerhörtes Brandmal der Grausamkeit aufzudrücken, denn noch nie habe sich ein Glied desselben einer so ungerechten Handlung schuldig gemacht, wie er sie zu begehen im Begriffe stehe. Er solle erwägen, daß der Kaiser sich bald von der Regierung zurückziehen werde und daß dann der Papst und der König von Spanien allen ihren Einfluß aufbieten würden, um ihm die deutsche Krone zu verschaffen; er habe also in seiner Hand die Wahl zwischen dauerndem Ruhme oder immerwährender Trübsal und dem Fluche der Welt. Er machte ihn zuletzt noch aufmerksam auf den Unwillen, der sich der böhmischen Landoffiziere gegen ihn bemächtigt habe, weil er sein Wort gebrochen und gegen die gemachte Zusage um zwei Tage früher von Iglau nach Časlau aufgebrochen sei und weil sie nur mit Schmerz die Verwüstungen ansähen, welche die ungarischen Truppen bereits in Böhmen angerichtet hätten. Der Marsch des Erzherzogs nach Kolin, von dem man bereits rede, würde alle weiteren Verhandlungen abbrechen und das Signal zu des Kaisers Abreise von Prag geben*).

Erzherzog Mathias antwortete auf diese Rede wie ein Mann, der in die großen Unternehmungen des Tages wider seinen Willen gezogen wurde. Er erklärte vollständig die Ansichten zu theilen, nach welchen San Clemente stets gehandelt habe; er dankte für seinen Eifer und billigte die Motive, welche Montañana zu der geführten Sprache veranlaßt hätten. Aber er entgegnete zu seiner eigenen Rechtfertigung weiter, daß seine bisherige Handlungsweise ihm gerade durch die Sorge

*) Lobkewitzer Archiv. Pedro von Montañana an Guillen de San Clemente ddo. Časlau 13. Mai.

für die Religion und für sein Haus diktirt worden sei. Er wolle zwar keine Möglichkeit vorübergehen lassen, um des Kaisers Auktorität nicht weiter zu schädigen, aber nach Kolin müsse er gehen, doch wolle er in dieser Beziehung sein dem Nuncius gegebenes Wort halten und nicht früher gegen Prag vorrücken, bis nicht der Kardinal Dietrichstein mit einer Antwort vom Kaiser auf den ihm jetzt ertheilten Bescheid zurückkommen werde. Was er wolle, sei mit einem Worte Alles, aber nichtsdestoweniger sei es möglich, daß seine Verbündeten zufriedengestellt würden, wenn ihm nicht bloß die Anwartschaft auf Böhmen gewährt werde, sondern wenn das Land schon jetzt ihm als König den Eid der Treue leiste, wie einst Ferdinand I bei Maximilian II und dieser bei Rudolf geschehen ließ*).

Die Antwort, welche Mathias dem Kardinal für den Kaiser mitgab, erörterte weitläufiger die Bedingungen, unter welchen er sich zufrieden geben wollte. Zuerst dankte er für das Angebot von Ungarn und Oesterreich, verlangte aber noch die Auslieferung der ungarischen Krone, um sich dieselbe schon jetzt aufs Haupt zu setzen, dann wünschte er noch den Besitz von Mähren, weil dieses mit Ungarn und Oesterreich verbündet sei und nicht von ihm verlassen werden könne. Was nun Böhmen selbst betraf, so wollte er sich zufrieden geben, daß der Kaiser noch ferner daselbst dem Namen nach herrsche, für sich aber verlangte er neben der Zusicherung der Nachfolge auch noch die Uebertragung der Verwaltung; denn da der Kaiser erklärt habe, er wolle sich nach Tirol zurückziehen und statt seiner dem Oberstburggrafen die Regierung überlassen, so sei es doch viel passender, wenn er lieber ihn, seinen ältesten Bruder und ersten Prinzen des Hauses, als einen Fremden dazu berufe. Mathias würde aus einem solchen Gnadenbeweis neue Veranlassung schöpfen, dem Kaiser forthin in allen Nöthen „nicht allein wie ein Bruder sondern wie ein gehorsamer Sohn mit Leib- und Lebenskräften" beizuspringen. Zugleich verlangte er, daß das böhmische Aufgebot rückgängig gemacht und der auf den 21. Mai nach Prag ausgeschriebene Landtag sich mit keiner andern Angelegenheit befasse, als wie seinen Wünschen auf dies Königreich und dessen Verwaltung genügt werden könne. Seine Forderungen stellte der Erzherzog nicht allein in seinem Namen auf; er verlangte deren Befriedigung in seinem und seiner Verbündeten Namen**).

---

*) Ferdinand I ließ schon bei seinen Lebzeiten seinen Sohn Maximilian zum Könige von Böhmen annehmen und als solchen krönen, er selbst führte aber nach wie vor die Regierung weiter. Diese weit bindendere Zusage der Nachfolge als ein einfaches Versprechen verlangte auch jetzt Mathias.

**) Hammer, Khlesl II Beilage 220.



Nach dieser Erklärung setzte der Erzherzog seinen Marsch von Časlau nach Kolin fort, wo er am 14 Mai mit seinem Heere eintraf. Er erhielt daselbst einen Brief vom Kaiser, worin er ihn nach Prag zu einer persönlichen Unterredung einlud*), und zwar, wie natürlich, ohne die Begleitung seines Heeres. War diese Forderung schon an und für sich kindisch, so war es vollends Erbarmen erregend, daß der Kaiser in demselben Briefe von dem Erzherzog strenge die Entlassung Cavriani's verlangte, gleichsam als sei dieser allein der Urheber des ganzen Kriegszuges nach Böhmen, während doch von dessen Bleiben und Nichtbleiben im Rathe des Erzherzogs nichts mehr abhing, denn ganz andere Männer hatten die Leitung der Ereignisse in die Hand genommen. Diese besondere Bezeichnung Cavriani's war übrigens eine Folge des Hasses, welchen der Kaiser gegen alle jene fühlte, die ehemals in seinen Diensten gestanden waren und nun durch ihren Anschluß an den Bruder ihn in der öffentlichen Meinung bloßstellten. Gleich darauf entwarf Rudolf für Dietrichstein eine neue Instruktion und schickte ihn abermals in Begleitung der obersten Landoffiziere dem Bruder nach Kolin entgegen. Die gereiztere Stimmung des Kaisers, welche sich schon in seiner auf Cavriani bezüglichen Forderung geltend gemacht hatte, gab sich auch in der für seinen Bruder bestimmten Botschaft zu erkennen. Man sollte füglich meinen, daß Rudolf nichts anderes übrig geblieben sei, als die in Časlau gemachten Anerbietungen zu erweitern oder wenigstens durch besondere Gründe annehmenswerther zu machen, statt dessen wollte er sich aber nur zur Abtretung von Ungarn und Oesterreich und zwar unter Bedingungen verstehen, welche nicht mehr von Mathias eingegangen werden konnten; von seinen früheren Anerbietungen in Bezug auf Böhmen verlautete kein Wort. Die Antwort des Erzherzogs auf diese Botschaft war ziemlich derb und zurückweisend**); sein Heer setzte den Marsch von Kolin fort und stand bereits am 19. Mai in Böhmisch-Brod, nur vier Meilen von Prag.

Auf die Nachricht von diesem Vorrücken war der Kaiser wie von Schrecken gelähmt. Zeitweise hatte er Miene gemacht, als wolle er sich vertheidigen und dahin mußte doch das Aufgebot von Böhmen zielen, dahin die Berufung seiner geworbenen Truppen nach Prag. Er selbst hatte zuletzt noch 4000 Mann zu Fuß und 500 Reiter aus seinen Gütern herbeizogen, aber trotz dieser nicht unbedeutenden Truppenzahl konnte er nicht daran denken, es auf einen Kampf ankommen zu lassen, denn das

*) Der Brief bei Hurter: Ferdinand II, 6. Bd. Beilage 231.

**) Hurter: Ferdinand II Bd. VI S. 26.

Heer, worüber er verfügte, war nichts als ein ungeordnetes Chaos*). Kein Mensch wußte, wer zu kommandiren habe; jeder Offizier erwartete seine Befehle vom Kaiser und daß der letztere auch in dieser Beziehung in seiner krankhaften Unthätigkeit verblieb, bedarf wohl keiner Erwähnung mehr. Zu diesem fast mehr lächerlichen als elenden Zustand der Dinge kam noch, daß die Auszahlung des Soldes an die geworbenen Truppen aufhörte und so sich alles zur Desorganisation des kaiserlichen Heeres vereinte und es tauglicher zur Meuterei als zur Verwendung gegen den Feind machte**). Ueber die Beschaffenheit seines Heeres gab sich Rudolf, wie es scheint, selbst keinen Täuschungen hin, und da er auch die Fähigkeit nicht in sich fühlte, den Zustand desselben zu verbessern, griff er abermals den Plan zur Flucht auf. Wohin aber fliehen, nachdem ihm die Gesandten des Kurfürsten von Sachsen persönlich erklärt hatten, daß 12. Mai ihr Herr auf den Empfang eines solchen Gastes nicht vorbereitet sei? Rudolf hatte damals dieser Mittheilung die Augen voll Thränen zugehört und sein Schicksal bejammert, da er von Jedermann verlassen sei und nicht einmal seinen Dienern und Räthen trauen dürfe***). Das Fluchtprojekt wurde für eine Woche bei Seite gelegt, aber jetzt wieder ernstlich in Berathung gezogen, da die geheimen Räthe des Kaisers, namentlich Attems, dasselbe befürworteten, weil ihnen bei einem Siege des Erzherzogs und seiner Verbündeten für ihre Zukunft bange wurde. Gegen die Flucht erhoben sich aber mit aller Energie die böhmischen Großen; sie waren es, welche in der letzten Zeit die Sache des Kaisers zu ihrer eigenen gemacht und durch eine von Niemandem vermuthete geschickte Benützung der Umstände, das Land in Gehorsam erhalten hatten und welche nun zuerst befürchten mußten, daß die Rache der Gegner sie treffen würde, wenn des Kaisers Flucht sie wehrlos preisgab. Es kam deshalb zu den heftigsten Erörterungen zwischen den Geheimräthen und den Landoffizieren und namentlich that sich Herr

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Ung., Oest. und Böhm. Kriegsakten 237. Die sächsischen Gesandten in Prag an Kursachsen ddo. 15/25. Mai.

**) Bernburger Archiv. Reg. I F. I 228/175. Nach einer daselbst befindlichen Liste über die kaiserlichen Truppen stellt sich die Zahl derselben wie folgt heraus. Eingeübte und verläßliche Truppen 3200 Mann, welche außerhalb Prag kampirten. 4000 Mann in Prag halb unbrauchbare Truppen zum Theil dem allgemeinen Aufgebot angehörig. Dazu kam das Aufgebot der Kreise, so weit es zu Stande kam. — Die Gesammtzahl der Truppen, welche in den kritischen Tagen in und bei Prag als auf des Kaisers Seite befindlich angegeben werden, ist 10.000 und dürfte der Wahrheit vollständig entsprechen.

***) Sächsisches Staatsarchiv. Ung., Oesterr. und Böhm. Kriegsakten, I 515. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 3/13. Mai 1608.

von Waldstein in Angriffen gegen die erstern hervor; Attems mußte es sich gefallen lassen, ein Dieb gescholten zu werden, dessen schlechtes Gewissen ihm allerdings rathe, Sicherheit zu suchen, mochte auch immerhin das Land den feindlichen Truppen schutzlos zur Beute anheimfallen. Der Kanzler, welcher die ganze Zeit über mehr Klugheit und Muth an den Tag gelegt hatte, als jeder andere, drang jetzt zum Kaiser vor und beschwor ihn auf den Knien, den Gedanken der Flucht aufzugeben; wenn er auch nicht auf seine Würde als König von Böhmen Rücksicht nehme, möge er doch die des Kaisers nicht vergessen. Der Streit zwischen den Geheimräthen und den böhmischen Kronbeamten wiederholte sich selbst in Gegenwart Rudolfs und diesmal waren es nicht bloß die Geheimräthe, welche sich die Beschuldigungen der letztern gefallen lassen mußten, sogar gegen den Kaiser wandte sich der Unwille der Böhmen und sie warfen ihm geradezu vor, daß seine „Trägheit und seine völlige Vernachlässigung des Gemeinwohles die Ursache dieser Bewegungen sei." Als Rudolf, der von einer unangenehmen Nachricht nie etwas wissen mochte, jetzt solches vernahm und übermannt von Scham und Schmerz sein Gesicht abkehrte, um nichts weiter zu hören, faßte ihn der Kanzler sogar am Kleid und zwang ihn auf das zu horchen, was ihm weiter über die schlimme Lage Böhmens berichtet wurde. Aus Angst vor diesem Zwang vergaß Rudolf seine Angst vor dem Bruder und versprach endlich zu bleiben, nicht aber ohne zugleich seine Beschützung den Kronbeamten zur ersten und alleinigen Pflicht zu machen*). Von diesem persönlichen Standpunkte faßte das Haupt der Christenheit seine eigene und seiner Diener Pflicht den nächsten Ereignissen gegenüber auf.

II

Der Entschluß des Kaisers, in Prag zu bleiben, mußte entweder eine weitere Nachgiebigkeit gegen Mathias oder aber den Ausbruch des Kampfes zur Folge haben. Da das letztere nur eine sichere Niederlage voraussehen ließ, so blieb dem Kaiser nichts übrig, als auf die Časlauer Zusagen zurückzugehen und dieselben in der von Mathias gewünschten Weise zu erweitern. In der That schickte er den Kardinal Dietrichstein, den viel geplagten Unterhändler in einer so traurigen Angelegenheit, nach Böhmisch-Brod und trug nun seinem Bruder sowohl den vollständigen Besitz von Ungarn und Oesterreich mit allen Ehren und Rechten, als

*) Münchner Staatsarchiv. 547/4, 391. Relation an Kurpfalz ddo. 15/25. Mai 1608.

auch die Nachfolge in der böhmischen Krone mit dem vorläufigen Titel eines designirten Königs von Böhmen an. Der Kaiser war zugleich erbötig, diese Nachfolge nicht bloß durch sein Versprechen dem Erzherzog sicherzustellen, sondern den böhmischen Landtag selbst zu berufen und demselben einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen. Dagegen verlangte er nebst einer jährlichen Geldentschädigung für den Verlust der aufzugebenden Länder auch noch die Abtretung aller Ansprüche, welche Mathias auf den Mitbesitz von Tirol erheben konnte*).

Diese Anerbietungen, so umfassend sie auch waren, verstießen noch immer gegen ein großes Interesse, welches an die ganze Unternehmung des Erzherzogs geknüpft war, als daß dieser sich mit ihnen hätte begnügen dürfen. Es handelte sich nämlich um Mähren, welches der Kaiser nicht abtreten, sondern auf welches er seinem Bruder nur eine Anwartschaft geben wollte. Aber gerade das war es, was Liechtenstein und Zerotin unter keiner Bedingung zugeben mochten und wozu sich auch Mathias nicht verstehen durfte, wenn er nicht von seinen Verbündeten als Verräther an ihrer Sache behandelt sein wollte. Er konnte sich wohl damit einverstanden erklären, daß derjenige Theil der böhmischen Kronländer, die an dem Kaiser hielten, auch ferner unter seiner Herrschaft belassen würde und durfte hoffen, hiefür die Zustimmung seiner Verbündeten zu erlangen, welche ihm solches vielleicht als Schwäche, keineswegs aber als Falschheit auslegen konnten. Aber Mähren durfte er nicht preisgeben; es war dies nur eine unvermeidliche Konsequenz aller bisher gemachten Schritte. Diesen Verhältnissen entsprach auch die Antwort des Erzherzogs. Er verlangte abermals, sein Bruder solle sich neben der vollständigen Abtretung Ungarns und Oesterreichs auch noch zur Abtretung der Verwaltung von Böhmen und der einverleibten Länder verstehen, mindestens müsse er auf seine Herrschaft über Mähren Verzicht leisten. Was die verlangte jährliche Geldentschädigung betraf, so erwiederte Mathias, er könne hierin aus eigener Macht nichts thun, da die Entscheidung darüber von den Landtagen der einzelnen Länder abhänge, denen jedoch ungesäumt der Wunsch des Kaisers vorgelegt werden solle. Daß dies einer vollständigen Ablehnung gleichkam, begreift man leicht, denn es war kein Grund vorhanden, welcher die Stände zu Geldzahlungen an Rudolf veranlassen konnte, nachdem sie ihn gestürzt hatten. Das entmuthigendste für den Kaiser war aber, daß der Erzherzog selbst von ihm

*) Tirol wurde um diese Zeit wohl von Erzh. Maximilian verwaltet, eigenthümlich besaß er es aber nicht. Ansprüche auf den Besitz Tirols wurden von allen Prinzen der deutsch-habsburgischen Linie erhoben.

400.000 Gulden zur Bezahlung des Heeres verlangte, mit welchem er in Böhmen eingebrochen war*).

Die theilweise Ablehnung der kaiserlichen Propositionen schnitt den Faden der Unterhandlungen nicht ab und veranlaßte auch kein weiteres Vorrücken des erzherzoglichen Heeres gegen Prag, da inzwischen eine neue Macht auf den Schauplatz der Ereignisse getreten war, deren Ausspruch den Streit zwischen Rudolf und Mathias zu einem Abschluß bringen mußte. Aus dem General-Landtag der böhmischen Krone, welchen Rudolf auf den 14. April berufen hatte, war nach mehrfachen Verzögerungen wenigstens ein Landtag von Böhmen geworden, welcher am 23. Mai feierlich eröffnet wurde. — Seit dem Beginne seiner Krankheit hatte sich Rudolf nicht mehr dem Volke gezeigt, so daß die Sage in Prag herumging, er sei seit Jahren nicht mehr am Leben, und ein Schuster habe indessen seine Stelle eingenommen. Daß er auch jetzt nichts von einer persönlichen Betheiligung an der Ceremonie der Landtagseröffnung wissen mochte, versteht sich von selbst, aber gerade diesmal verlangten die obersten Beamten mit allem Nachdruck, der Kaiser solle sich dem Volke zeigen und den Landtag selbst eröffnen, und setzten endlich nach hartem Widerstande ihren Wunsch durch. Unter Seufzen und mancherlei Aeußerungen krankhafter Besorgniß ließ sich Rudolf am Morgen des gefürchteten Tages ankleiden und zu dem Landtagssaal geleiten. Der ungewohnte Anblick dicht gedrängter Menschenmassen auf den Gängen und im Saale selbst äußerte auf ihn den erwarteten Eindruck; bleich, zitternd und die Augen fortwährend zu Boden geschlagen, schritt er hinter dem bloßen Schwert einher, welches ihm sein Stallmeister, Herr von Waldstein vortrug, bis er endlich auf den vorbereiteten Thronsitz anlangte. Nicht ohne Staunen bemerkten die Zuschauer die Veränderung, welche sich an der Gestalt des Kaisers nach seiner langjährigen Zurückgezogenheit kennbar machte; seine gekrümmte Haltung gab ihm den Anschein, als sei er höckerig, sein Haar war grau geworden und sein ganzes Aussehen das eines dem Tode zuwankenden Greises. Bei diesem Anblick wurde das Mitleiden der Anwesenden allgemein rege und gab sich in lauten Aeußerungen von Sympathie kund; man rief einander zu: seht, es lebt doch unser Kaiser und die Gerüchte über seinen Tod waren falsch; ja Manche konnten sich nicht einmal der Thränen enthalten**). Als Rudolf sich niedergelassen hatte, dankte er mit einigen

---

*) Antwort des Erzherzogs auf die kaiserlichen Propositionen bei Hammer, Khlesl II, Urkundensammlung 226 und 227.

**) Münchner Staatsarchiv 547/4, 394 Relation aus Prag ddo. 15/25. Mai 1608. — MS. des Leitmeritzer bischöflichen Archivs. L. XIV Fol. 39.



Worten den Ständen für ihr zahlreiches Erscheinen und übergab die Proposition, welche am Landtage zur Verhandlung kommen sollte, schriftlich der Versammlung mit der entschuldigenden Erklärung, daß er zu schwach sei, um ihrer Vorlesung beiwohnen zu können. Er erhob sich darauf, um sich zu entfernen, und da unterdessen seine Bestürzung bei der freundlichen Haltung der Menge einer gewissen Ruhe Platz gemacht hatte, so trat er seinen Rückweg etwas gefaßter an. Die ganze Scene im Landtagssaale hatte kaum vier Minuten gewährt.

Die kaiserliche Proposition beschränkte sich lediglich auf den Vorschlag, die Stände möchten den Erzherzog Mathias „zum Anwärter des Königreichs annehmen", im Falle er selbst „den Privilegien und Freiheiten desselben gemäß darum ansuchen würde"*). So einfach diese Bitte war, so war die Stimmung der Stände doch nicht mehr der Art, daß sie ungesäumt dieselbe erfüllt hätten, denn schon hatte die Noth des Kaisers auch sie aus ihrer bisherigen nachgiebigen Unterthänigkeit aufgerüttelt. Den Katholiken und namentlich den obersten Kronbeamten war es bis jetzt gelungen, Böhmen in einer anscheinend vollständigen Ergebenheit gegen den Kaiser zu erhalten, obwohl die Protestanten im Laufe der letzten Jahre vielfache Veranlassung gefunden hatten, sich gegen die vom Kaiser befolgte innere Politik zu beschweren und namentlich die im J. 1602 erfolgte Erneuerung des Wladislawischen Mandats als eine Verletzung der von Maximilian II zugestandenen religiösen Freiheit anzusehen. Als sie jetzt in Prag zusammenkamen und Gelegenheit fanden, das Kriegsvolk des Erzherzogs, welches auf der Straße von Böhmisch-Brod nach der Hauptstadt zu vertheilt war, mit dem zu vergleichen, was an Vertheidigungsmitteln dem Kaiser zu Gebote stand, hätten sie geradezu nicht einen Funken von jener ungebärdigen Entschlossenheit besitzen müssen, welche ihre Vorfahren so oft bewährt haben, wenn sie sich noch weiter ruhig verhalten hätten. Die Gelegenheit war zu verlockend: auf der einen Seite stand der Kaiser um ihre Hilfe flehend und ihrem Ausspruche es überlassend, was er Mathias gewähren solle und was nicht; auf der andern Seite befanden sich die Stände von Ungarn, Oesterreich und Mähren und luden sie zu völligem Anschluß an den Erzherzog ein, um den ständischen und religiösen Freiheiten und Rechten einen dauernden Sieg zu verschaffen. Man sagte ihnen, und der Augenschein sprach dafür, daß durch ihren Beitritt die ver-

*) Artikel des Landtags von 1608, welcher Montag nach Exaudi seinen Anfang nahm. Die im Texte angeführte Stelle lautet im Original: Když toho Arcikníže při nich (stavech) pořádně a náležitě vedle privilegium a svobod jich vyhledávati bude.

bündeten Stände ohne Gefahr und Anstrengung die Oberhand behaupten müßten, Rudolf entthront und Mathias, ein willfähriger Regent, an seine Stelle gesetzt werden würde. Nicht immer ist aber die einfachste und am sichersten zum Ziele führende Politik diejenige, welche Könige und Völker belieben. Nicht Treue und Anhänglichkeit an den Kaiser, sondern dieselben halb unfaßbaren halb selbstsüchtigen Gründe, welche die Protestanten von Časlau fern gehalten hatten, veranlaßten sie auch in Prag zur Ergreifung einer Politik, welche weder kalt noch warm, weder dem Kaiser noch dem Erzherzog günstig war, für welche sie aber in den folgenden Jahren, nicht ohne es verdient zu haben, büßen mußten.

Statt also auf die Propositionen des Kaisers einzugehen und mit ihrer Berathung den Anfang ihrer Verhandlungen zu machen, erklärten die Protestanten auf Budowec's Vorschlag, daß ihre eigenen Beschwerden zuerst berathen und vom Kaiser behoben werden müßten. Dieser Erklärung schloß sich auch eine Anzahl Katholiken an, welche in der Allianz mit den Protestanten ihre Rechnung fanden, da fast alle Beschwerdepunkte der letztern, mit Ausnahme des religiösen, auch ihr Interesse so nahe als möglich berührten. Denn neben der Freiheit des Gewissens verlangten die Protestanten eine Reihe von Bestimmungen, welche der Unordnung oder Willkür des bisherigen Regiments ein Ende machen und namentlich den tendentiösen Prozessen der jüngsten Zeit begegnen sollten. Wiewohl nämlich die Handhabung der Gesetze in Böhmen eine geordnetere war, als in allen übrigen Theilen der Rudolfinischen Monarchie, so war doch auch hier in der Auslegung und Anwendung derselben in Fällen, wo die Politik ins Spiel kam, eine besorgnißerregende Schwankung eingetreten. Kein Mensch in Böhmen konnte genau das Verbrechen definiren, um dessentwillen der ehemalige Obersthofmeister, Georg von Lobkowitz aller seiner Güter beraubt, länger als siebzehn Jahre festgehalten und endlich ohne Urtheilsspruch hingerichtet worden war! Und das war ein Mann, welcher mit den ersten Familien Böhmens verwandt war, ein Katholik, für welchen sich selbst der Papst verwendet hatte*)! Die sonderbaren Anschauungen, welche das deutsche Kaiserthum als eine Fortsetzung des römischen gelten ließen, verschafften auch den tyrannischesten römischen Auffassungen von Hochverrath eine in Böhmen durch nichts begründete Geltung und

*) Georg von Lobkowitz wurde wegen künstlicher Aufreizung der Opposition am Landtage von 1589, durch welche er den Kaiser zwingen wollte, ihn zum Oberstburggrafen zu ernennen, prozessirt. Was Georg von Lobkowitz damals that, thun heutzutage Minister und Deputirte aller Länder, ohne daß sie deshalb prozessirt würden.

nöthigten also die Stände zu der dringenden Bitte, der Kaiser möge doch die Fälle formuliren, wann das Verbrechen des Hochverrathes eintrete. Eben so unbestimmt und willkürlich war die bisherige Anwendung der Konfiskationsstrafe und die Prozessirung der höhern Stände bei gemeinen Verbrechen: allzu mild bei den einen, hart bei den andern. Mit einem Worte, das öffentliche so wie das Privatrecht forderten eine Reihe von Bestimmungen, welche nicht den Parteiinteressen, sondern dem allgemeinen zu Gute kommen sollten.

Budowec wurde von seinen Gesinnungsgenossen beauftragt, die sämmtlichen Beschwerdepunkte zu formuliren und er that dies, indem er eine Schrift verfaßte, welche in 25 Artikeln die gemeinsamen Forderungen enthielt, obenan natürlich die, welche die religiöse Gleichberechtigung betrafen. Man muß gestehen, daß in diesem ersten Punkte Budowec nicht jenen engherzigen und egoistischen Standpunkt festhielt, dem wir sonst in derartigen ständischen Bittschriften des 16. Jahrhunderts begegnen, denn vermöge des genannten ersten Punktes sollte die Gewissensfreiheit jedem Menschen in Böhmen, und wäre er selbst dem leibeigenen Bauernstande angehörig, zu Gute kommen. Beinahe alle Mitglieder des Landtages unterzeichneten Budowec's Schrift und die Kronbeamten wurden darauf 24. Mai
ersucht, dieselbe dem Kaiser vorzulegen; alle Unterzeichner erklärten sich zugleich bereit, sobald ihre Forderungen erfüllt sein würden, ungesäumt auf die Berathung der königlichen Proposition einzugehen.

So wichtig jeder der 25 Artikel war und so sehr der Kaiser sich auch sonst gegen jeden einzelnen gewehrt haben würde, so war doch gleich anfangs kein Zweifel, daß er den Wünschen der Stände in allem, was die Religion nicht betraf, ohne Zögern nachgeben werde. Aber daß er gerade in diesem Punkte noch Schwierigkeiten erheben konnte, muß uns gewiß im höchsten Grade befremden. Sein persönliches Verhalten gegen den Nuncius in Prag und gegen die Diener der katholischen Kirche überhaupt war doch seit Jahren nichts weniger als freundlich, und sicherlich war diese Gemüthsstimmung Grund genug, um ihm eine Nachgiebigkeit gegen die Protestanten nicht zu einem persönlichen Opfer zu machen; ja selbst die Erfahrung der letzten Zeit, daß er sowohl vom Papste als vom Könige von Spanien preisgegeben oder wenigstens nicht gestützt worden sei, konnte ihn keineswegs zu einem gefährlichen Widerstande gegen die Protestanten aufmuntern. Seine Politik, durch allgemeine Unterdrückung der letztern, die Stände in Gehorsam zu erhalten und dadurch den Mitgliedern seiner Familie zu imponiren, um nicht weiter in der Successionsfrage gedrängt zu werden, hatte eine vollständige Niederlage erlitten und es war kein Grund mehr vorhanden, dieselbe fortzusetzen; im Gegentheile,

jetzt arbeitete er durch weitern Widerstand gegen die Protestanten seinem Bruder erst recht in die Hände. Als Mathias ein halbes Jahr später in ernste Zerwürfnisse mit den Oesterreichern eben wegen der Religion geriet, da war der Kaiser zu allen Konzessionen geneigt, nur um die verlorene Herrschaft wieder an sich zu bringen, und dennoch war er jetzt im Begriffe, gerade das Gegentheil zu thun! Doch seine Krankheit ist wohl ein hinreichender Erklärungsgrund für alle Widersprüche seines Betragens.

Es scheint, als ob der Kaiser in diesem Augenblicke weniger auf die Eingebungen seines dem Bruder abgeneigten Herzens als auf den Rath einiger Männer gehört habe, welche von einer gesetzlichen Anerkennung des Protestantismus nichts wissen wollten und an deren Spitze noch immer der Kanzler, Zdenko von Lobkowitz, stand. Gleichwohl beherrschte derselbe nicht mehr so unbedingt als früher die Stimmung der übrigen Kronbeamten und konnte sonach nicht verhindern, daß auch andere Rathschläge zu dem Ohre des Kaisers gelangten. An der Spitze der zu einem Ausgleiche mit den Protestanten geneigten Räthe des Kaisers stand der seit wenigen Tagen neu ernannte Oberstburggraf, Adam von Sternberg, ein Mann, der sich der allgemeinen Achtung erfreute und durch seine unverdächtige Anhänglichkeit an die katholische Kirche seiner Anschauung ein um so größeres Gewicht verschaffte. Nichtsdestoweniger drang er mit seinen Ansichten im kaiserlichen Rathe nicht durch, denn die Antwort, welche Rudolf den Ständen auf ihre Forderungen entbieten ließ, lautete vollständig ablehnend und verlangte von ihnen die unverweilte Erwägung der königlichen Proposition.

Mittlerweile waren die Gesandten des Erzherzogs Mathias nach Prag gekommen, um bei dem Landtage selbst das zu erlangen, um was ihr Herr vergebens den Kaiser ersucht hatte. Man kann sich wohl kaum etwas Eigenthümlicheres vorstellen, als die gegenwärtige Sachlage. Der Landtag von seinem legitimen Herrscher berufen, befindet sich in offener Opposition und die Gesandten der gegen ihren Herrn rebellirenden Unterthanen dürfen in denselben treten und die treu gebliebenen Stände zur Theilnahme an dem Aufstande aufferdern. Im Namen des Erzherzogs kamen neben andern nach Prag der Bischof von Vesprim, Valentin Lepes, Zerotin und Tschernembl, eine Wahl, die nicht passender sein konnte, weil von diesen Herren die meiste Einwirkung auf die Böhmen zu erwarten stand. In den Landtagssaal eingeführt, hielt daselbst Zerotin
25. Mai eine glänzende Ansprache an die böhmischen Stände, in welcher er länger als eine Stunde die letzten Ereignisse unter allgemeiner Aufmerksamkeit besprach. Indem er die Ursachen, welche den Zug der verbündeten Länder

nach Böhmen veranlaßt hatten, erörterte, führte er als solche das durch und durch verderbte Regiment des kaiserlichen Hofes und die auf stete Schmälerung der Landesprivilegien gerichtete Thätigkeit desselben an und erklärte offen, daß vom Kaiser selbst keine Hilfe mehr zu erwarten sei, denn wiewohl er denselben mit Anklagen verschonen wolle, so müsse er doch bemerken, seine Lebensweise sei der Art, daß für die Zukunft nur das schlimmste befürchtet werden könne. Alle Anstrengungen, eine Reform der kaiserlichen Regierung herbeizuführen, würden eben so lange ohne jeden Erfolg und Werth sein, so lange der Kaiser an der Spitze bleibe. Die Böhmen möchten sich sonach den verbündeten Ländern anschließen und das begonnene Werk vollenden; einerseits würden sie damit einen Zerfall der Länder der böhmischen Krone verhüten, andererseits sich die Enttäuschung ersparen, die ihnen unvermeidlich bevorstehe, wenn sie sich von den gegenwärtigen Versprechungen des Kaisers irre führen ließen*). Žerotin beendete seine Rede wohl unter ungetheilter Aufmerksamkeit, dennoch vernahm man aber im Saale am Schluße kein Wort freudiger Zustimmung, ein schlechtes Zeichen für ihren Erfolg. Nur der Obersthofmeister, Christoph von Lobkowitz, ergriff darauf das Wort und antwortete im Namen des Landtags, daß derselbe die Vorschläge Žerotins in Erwägung ziehen werde.

Es begannen nun Tage schwerer Kämpfe für den Kaiser. Die böhmischen Stände verblieben zwar bei der einmal eingeschlagenen Politik und weder Žerotins öffentliche Anrede noch seine und Tschernembls private Bemühungen waren im Stande, ihren Entschluß, an dem Bündnisse mit Mathias nicht theilzunehmen, umzuändern, desto heftiger verlangten sie aber jetzt, daß Rudolf ihren Forderungen nachgebe. In einer Audienz, welche Rudolf ihnen bewilligen mußte, trug Graf Andreas Schlick, das Haupt des mehr lutherisch-gesinnten Theils der Stände, die Bitten des Landtages vor und verlangte ein augenblickliches Eingehen auf dieselben. Betroffen über solche Kühnheit antwortete Rudolf gepreßten Herzens mit der Frage, was er thun solle; man entgegnete, er solle die 25 Artikel entweder annehmen oder verwerfen. Dennoch erlangte er einen Aufschub bis zum folgenden Tag, nachdem Budowec auf Ersuchen eines kaiserlichen Kammerherrn seinen ganzen Einfluß bei den Ständen verwendet und ihre Zustimmung zu dieser Verzögerung erlangt hatte**). In den darauf in der Burg gepflogenen Berathungen siegte entweder die Partei des Oberstburggrafen über die des Kanzlers

28. Mai

*) Münchner Staatsarchiv 547/7, 464, Zeitungen aus Prag ddo. 18/28. Mai 1608.
**) Meine Geschichte des böhm. Majestätsbriefes S. 23. Chlumecky, Zierotin S. 471.

oder der Kaiser ließ sich nur noch von seiner dem Bruder feindlichen Stimmung und diesmal zu seinem eigenen Vortheil leiten. Es wurde beschlossen, den Forderungen der Protestanten zwar nicht in der begehrten Form aber doch in der Sache selbst nachzugeben. Der Kaiser bot den Ständen die Gewährung der 25 Artikel mit Ausnahme des Religionsartikels an, bezüglich dieses gab er aber die Versicherung, daß er in den nächsten Monaten einen neuen Landtag zur Ordnung der kirchlichen Verhältnisse berufen wolle, bis dahin solle in Böhmen jede Verfolgung zwischen Katholiken und Protestanten, ob nun höhern Ständen oder dem Bauernstande angehörig, unbedingt verboten sein und Niemand in seinem Glauben gestört werden*).

Selbst in der religiösen Frage war also die Nachgiebigkeit des Kaisers eine so große, daß für die Stände augenblicklich der Grund zu jeder weitern Beschwerde wegfiel, wenn sie nur sicher sein konnten, daß ihnen einige Monate später grundgesetzlich abermals werde bewilligt werden, was für jetzt nur eine provisorische Geltung haben sollte. Aber eben das war zweifelhaft, ob den Ständen ein bloßes Versprechen statt eines mit kaiserlicher Unterschrift versehenen Privilegs genügen werde. Sie hatten nur nöthig, dem Erzherzog einen Wink zu geben, so kam dieser eilig mit seinem Heere herbei, vertrieb Rudolf aus dem letzten Theil seines Reiches, setzte sich die Krone auf und bewilligte den Ständen ohne jede Zögerung förmlich und vollständig die 25 Artikel. Dennoch ließen sich die Stände an der in der Form unvollständigen Nachgiebigkeit des Kaisers genügen; welchen Antheil daran das Vertrauen in das kaiserliche Wort, der Einfluß des allgemein geachteten Oberstburggrafen oder alle die sonderbaren Motive hatten, welche noch immer die Politik der Böhmen beherrschten, wissen wir nicht anzugeben. Der Kaiser gab schließlich eine schriftliche Versicherung von sich, daß er die gemachten Versprechungen
31. Mai einhalten werde**).

Von diesem Augenblick an war eigentlich der Streit zwischen Rudolf und Mathias entschieden oder besser gesagt, das Ende desselben ließ sich voraussehen. Rudolf mußte sich schließlich mit den Ländern begnügen, welche ihm treu geblieben waren, während andererseits Mathias durch die gewichtigsten Rücksichten von einer gewaltsamen Unterdrückung seines Bruders zurückgehalten wurde. Diese Anschauung theilte sich selbst den protestantischen Häuptern seiner Umgebung mit und Tschernembl erklärte aus freien Stücken, daß der Erzherzog nicht auf die Er-

*) Böhmische Landtagsartikel von 1608.

**) Artikel des Montags nach Exaudi 1608 gehaltenen Landtags.

oberung Böhmens denken könne, wenn die Stände seine Herrschaft nicht wollten und wenn sie wenigstens sein legitimes Begehren wegen Bestimmung der Nachfolge befriedigen würden*). Gleichwohl waren die streitenden Parteien noch ziemlich fern von einer Einigung, da jede ihre Forderungen höher spannen zu müssen glaubte, um wenigstens das zu erreichen, was sie für nothwendig hielt. Zuerst waren es die Böhmen selbst, welche nunmehr des Kaisers Rechte energisch vertraten; sie erklärten auf die ihnen von den erzherzoglichen Gesandten am 26. Mai gemachten Anträge, daß sie auf eine vollständige Entthronung des Kaisers nicht eingehen könnten und ersuchten deshalb, Mathias möge sich neben dem Besitze von Ungarn und Oesterreich mit der Anwartschaft auf die böhmischen Kronländer begnügen, zugleich aber auch mit seinem Heere so schnell als möglich aus Böhmen wegziehen, da die Verwüstungen, welche das letztere anrichte, nicht weiter ertragen werden könnten. Diese Antwort, welche, da sie Mährens Wünschen geradezu entgegenlief, einer Kriegserklärung gleichzukommen schien, verlor gleichwohl dadurch ihre Herbheit, daß der Kaiser selbst Erklärungen im friedlichen Sinne machte und Dubeč, einen zwei Meilen von Prag entfernten Ort, zu weitern Konferenzen zwischen seinen und den erzherzoglichen Vertretern vorschlug. — Ebenso war auch die Antwort, welche der Erzherzog durch Žerotin den Böhmen auf ihre Vorschläge machte, noch weit entfernt, einen raschen Vergleich anzubahnen, denn Žerotin bezeichnete als das geringste Maß der Forderungen, mit denen sich Mathias begnügen könne, die sofortige Abtretung von Mähren, Schlesien und der Lausitz und die Nachfolge in Böhmen nach des Kaisers Tode. Aber auch dieser Antwort war die kriegerische Spitze dadurch abgebrochen, daß Mathias seine Zustimmung zu den Konferenzen in Dubeč ertheilte. — Bevor noch dieselben ihren Anfang nahmen, machte sich eine gewisse Angst und Unruhe im Gefolge des Erzherzogs geltend, da man den Verdacht schöpfte, der Kaiser unterhandle mit einigen Kriegshäuptern des verbündeten Heeres und suche sie an sich zu ziehen und da man auch noch nicht wußte, welche Stellung die Böhmen bei den Konferenzen selbst einnehmen würden. Sowohl der Erzherzog als auch Žerotin hielten es demnach für nöthig, im Falle der Kampf weitere Dimensionen annehmen sollte, sich auswärtigen, wenn vielleicht auch nur diplomatischen Beistandes zu versichern; Beaugy, der am Prager Hofe weilende Gesandte Heinrichs IV, wurde mit einemmale von ihnen

*) Sächsisches Staatsarchiv. Ungar., Oesterr. und Böhm. Kriegsakten 2, 71. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 17/27. Mai.



mit entsprechenden Mittheilungen an seinen König betraut*). Indessen blieben diese um so mehr ohne weitere Folgen, da die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Mathias bald darauf in raschem Verlaufe zu Ende geführt wurden, und Beaugy selbst sich nicht recht zu entscheiden wußte, auf wessen Seite er sich zu stellen habe.

Am 11. Juni nahmen die Konferenzen in Dubeč ihren Anfang; unter den Gesandten des Kaisers und der Böhmen, welche sich zuletzt auch zur Beschickung derselben entschlossen hatten, traten der Kardinal Dietrichstein, Adam von Sternberg, Budowec und die Grafen Thurn und Schlick hervor; von denen des Erzherzogs waren die bedeutendsten Karl von Liechtenstein und Žerotin. Die letztern erörterten zuerst sämmtliche Forderungen des Erzherzogs, sie verlangten unter andern eine Geldentschädigung für die Auslagen, welche der Kriegszug nach Böhmen verursacht habe, einen Beitrag zu den Geschenken für die Gesandten nach der Türkei, die Bestätigung des türkischen Friedens, die Amnestirung der in Böhmen befindlichen Anhänger des Erzherzogs, die vollständige Unabhängigkeit Mährens, nicht nur von der Regierung des Kaisers, sondern auch von der Einwirkung böhmischer Zentralbehörden, denen es bis dahin in mancherlei Angelegenheiten unterstand, endlich die formelle Absetzung Berka's und die Versetzung desselben in Anklagezustand. Auch jetzt noch verlangten die erzherzoglichen Kommissäre die Ueberlassung der Regierung über alle böhmischen Kronländer an Mathias, allein sie legten darauf keinen entscheidenden Nachdruck mehr. Die Vertreter des Kaisers und der Böhmen gaben auf alle diese Vorschläge keine definitive Antwort, sondern reisten mit denselben nach Prag zurück. Schon zwei Tage darauf kamen sie mit einem Bescheid zurück, welcher im Stande war, den Frieden anzubahnen, denn sie trugen endlich die Trennung Mährens von Böhmen und die Abtretung dieses Landes an den Erzherzog an**). Die Böhmen waren es selbst, welche sich zu diesem schweren Opfer entschließen mußten, während der Kaiser abermals einer Ausgleichung feindlicher als sonst sich zeigte. Seine Widerstandskraft wurde indessen bald wieder eingeschüchtert, als der Erzherzog sein Hauptquartier nach dem nur eine Meile von Prag entfernten Štěrbohol verlegte und damit seine Absicht an den Tag legte, nöthigenfalls in Prag selbst einzurücken.

*) Kaiserliche Bibliothek in Paris Collection Harlay 238/10, 65 Beaugy an Puysieux ddo. 7. Juni. Ebendaselbst 66 Beaugy an Puysieux ddo. 14. Juni, desgleichen andere Briefe Beaugy's an Heinrich IV ebendaselbst.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Ung., Oester. und Böhm. Kriegsakten 2, 237. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten ddo. 7/17. Juni 1608. Chlumecky: Zierotin. Hurter: Ferdinand II Bd. VI.

In Folge so ernster Drohung neigte sich der Kaiser abermals zum Vergleich und dies um so mehr, als indessen Abgeordnete von Schlesien bei Prag eintrafen und Miene machten, sich mit dem Erzherzog zu vereinen. So begannen am 18. Juni in Lieben neue Verhandlungen zwischen den Gesandten der streitenden Parteien, welche, nachdem man sich über die Besitzfrage geeinigt hatte, auch mannigfache Nebenpunkte in Ordnung bringen sollten. Nicht die geringste Schwierigkeit verursachte die Forderung wegen Mathias' Nachfolge in Böhmen. Die böhmischen Stände wollten eine solche nur in sehr beschränkter Weise aussprechen, während der Erzherzog dieselbe klar formulirt haben wollte. Der Zwist der kaiserlichen Brüder war in dieser Angelegenheit begreiflicherweise von dem größten Einfluße. Die Erblichkeit des böhmischen Thrones in der Familie Habsburg war bis dahin ein zweifelloses Recht der letztern, jetzt kamen plötzlich die Stände in die Lage, über dieses Recht zu Gericht zu sitzen und des Kaisers Betragen, der sie aufgefordert hatte, Mathias zu seinem Nachfolger „zu wählen", munterte sie geradezu auf, Ansprüche auf eine durch sie beeinflußte Bestimmung der Erbfolge zu erheben*). Die Konferenzen dauerten bis zum 24. und mußten häufig unterbrochen werden, da die Unterhändler theils an die Stände theils an den Kaiser und den Erzherzog berichteten, um ihre Zustimmung für die einzeln festgesetzten Punkte zu erlangen. Am 25. unterzeichnete endlich der Kaiser die Urkunden, welche den Zwist zwischen ihm, seinem Bruder und dessen Anhängern beenden sollten. Die wesentlichen Artikel derselben waren nachstehende: Der Erzherzog erhielt die Nachfolge in Böhmen zugesichert und sollte die Regentschaft daselbst führen, im Falle der Kaiser mit Hinterlassung von Leibeserben versterben würde. Mähren fiel an Mathias und erhielt das Recht, falls der Erzherzog vor dem Kaiser mit Tod abgehen sollte, sich aus dem Hause Habsburg einen andern Herrn auf die Lebensdauer Rudolfs wählen zu dürfen. Alle Suprematie Böhmens über Mähren sollte während der Zeit der Trennung ein Ende nehmen, nach der Wiedervereinigung aber die früheren staatsrechtlichen Verhältnisse wieder Platz greifen, das Bisthum Olmütz, obwohl ein Kronlehen Böhmens, dem Erzherzog und nicht dem Kaiser unterthan sein. Ungarn und Oesterreich gingen in den vollständigen Besitz des Erzherzogs über und der Türkenfriede von 1606 erlangte endlich die kaiserliche Sanktion. Die Geldforderungen, welche der Kaiser und der Erzherzog gegenseitig erhoben hatten, wurden im Vertrage nicht weiter erwähnt, dagegen ward den Ungarn eine Grenzhilfe gegen die Türken von Seite Böhmens in Aussicht gestellt und schließlich noch eine allseitige Ent-

*) Artikel des zweiten Landtags von 1608. Das Original böhmisch.



waffnung bedungen. Mathias' Gegenleistung bestand darin, daß er auf seine Ansprüche auf Tirol zu Gunsten des Kaisers verzichtete.

27. Jun Zwei Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages durch den Kaiser wurde dem Erzherzog von einem glänzenden Gefolge die ungarische Krone in das Lager von Štěrbohol gebracht. Bei der Ueberreichung derselben hielt Kardinal Dietrichstein als kaiserlicher Kommissär eine lateinische Anrede, in der es unter anderem hieß, der Kaiser lasse seinem Bruder sagen, daß er diese Krone schon lange für ihn bestimmt habe und nun wünsche, daß er derselben in mehr Ruhe sich erfreue, als er selbst. Graf Thurzo und der Bischof von Vesprim beantworteten die Anrede und dankten für das „freiwillige" Geschenk des Kaisers; in der That, eine passende Entgegnung auf die „aufrichtigen Wünsche" des letztern für seines Bruders Wohl*). Eine glänzende Mahlzeit, an welcher neben Mathias die hervorragendsten Personen aller Parteien theilnahmen, beschloß diese Feierlichkeit.

Für den Erzherzog war das Ziel des Strebens in diesem Momente erreicht, nicht so aber für alle seine Verbündeten. Die Ungarn allein hatten mit dem Siege über den Kaiser zugleich auch eine vollständige Befriedigung ihrer Wünsche erlangt, denn der Wiener Friede, dessen Giltigkeit sich von selbst verstand, sicherte ihnen bereits alles, was sie zu ihrer politischen und religiösen Machtstellung für nothwendig hielten. Mit den Oesterreichern und Mährern stand es aber nicht so, denn wenn sie sich auch in Eibenschitz zur Beschützung ihrer Rechte und Freiheiten verbunden hatten, so war doch nicht genau bestimmt worden, was alles in den Umfang derselben gehöre, um es unter allgemeiner Zustimmung von ihrem neuen Herrn verlangen zu dürfen. Das Beispiel der Böhmen, welche sich in der religiösen Frage sicherzustellen trachteten, rückte die letztere auch der Betrachtung der Mährer und Oesterreicher näher und ehe sie sich durch den bevorstehenden Rückzug des Erzherzogs aus Böhmen trennten, wollten sie wenigstens in dieser Angelegenheit ihr künftiges Betragen genau normiren. Zu diesem Ende einigten sie sich im Lager von Štěrbohol über ein geheimes Bündniß, in welchem sie einander gegenseitigen Beistand zusagten, falls wegen der religiösen Angelegenheiten künftig Streitigkeiten ausbrächen und sie genöthigt wären, ihrem neuen Herrn die Huldigung zu verweigern, wofern dieser die Freiheit der Religionsübung ihnen nicht ge-
29. Jun statten würde. Unterzeichnet wurde das Bündniß von 19 Personen, unter welchen die Namen Herberstein, Žerotin, Gottfried und Richard

*) Archiv von Simancas 2494/3. Guillen de San Clemente an den König ddo. 30. Juni 1608.



von Starhemberg, Tschernembl, Stanislaus und Niklas Thurzo hervorragen*). Es war dies Bündniß einer der wichtigsten Schritte auf der abschüßigen Bahn, auf welche die Stände Oesterreichs seit dem Preßburger Reichstag gerathen waren und welche bald dahin führte, daß sie den Schwerpunkt aller Macht, die ganze Exekutive, von ihrem Belieben abhängig machen wollten. Nach der Regierung eines Mannes, wie Rudolf, nach den Ereignissen der letzten Jahre und nach dem Bruche der von Maximilian II herdatirenden Versprechungen in religiösen Angelegenheiten war das Benehmen der Stände nur ein natürlicher Rückschlag. So rufen die Fehler der Regenten die Revolutionen der Regierten hervor.

Unmittelbar nach diesen Ereignissen nahm Mathias seinen Rückzug aus Böhmen. Der Rückmarsch seines Heeres wurde im Lande ebenso freudig begrüßt, wie das Vorrücken desselben gegen Prag einen immer allgemeineren Unwillen wegen der angerichteten Verwüstungen verursacht hatte. Der meiste Haß konzentrirte sich gegen die ungarische Kavallerie, welche, wo immer sie auch einquartirt wurde, stets wie in Feindesland hauste. Nicht bloß waren die Einwohner, namentlich das weibliche Geschlecht, den gewöhnlichen Mißhandlungen ausgesetzt, auch das Eigenthum war den unverantwortlichsten Angriffen preisgegeben. Die Ungarn raubten nicht bloß für ihren Bedarf, sondern auch, um mit dem Geraubten Handel zu treiben; ihr Lager glich einem Viehmarkt, in welchem sie um den zehnten Theil des Werthes Pferde, Ochsen, Schafe u. s. w. den Kauflustigen anboten. Während der Verhandlungen in Dubeč, Lieben und Šterbohol wurden die um Prag liegenden Dörfer nach und nach sämmtlich aus barbarischer Lust in einen Schutthaufen umgewandelt, und die Einwohner zur Flucht nach der Hauptstadt genöthigt, nur um ihr nacktes Leben zu retten. Die Erbitterung hierüber stieg nach dem Berichte der in Prag befindlichen und gewiß in dieser Beziehung unverdächtigen pfälzischen Berichterstatter auf einen so hohen Grad, daß, wenn der Kaiser ernstlich einen Kampf gewollt hätte, er wenigstens beim Volke auf eine ziemlich allgemeine Beistimmung rechnen konnte**). Selbst die Todesstrafe, welche Mathias über

*) Der Text des Bündnisses bei Hammer: Khlesl II. Beilagen.

**) Münchner Staatsarchiv 547/7 72. Extract eines Schreibens aus Prag ddo. 21/31. Mai 1608. Ebendaselbst Fol. 227 ddo. 11/21. Juni. In dieser letztern Relation heißt es sogar, wenn der Kaiser ernstlich einen Kampf wollte, so würde kaum das feindliche Heer einer totalen Niederlage entrinnen. Tant sont les Boemiens enflammez et irritez pour les pillages et ravages susdits. — Offenbar übertreibt diese Annahme selbst den möglichst glänzenden Erfolg, aber sie macht uns wenigstens die kalte Haltung der böhmischen Stände gegenüber den Verbündeten des Erzherzogs begreiflicher.

einige Ungarn verhängte, änderte keineswegs das Betragen der Uebrigen. Um nun auf dem Rückzuge neue Verwüstungen so viel als möglich zu verhüten, begleiteten die wichtigsten Mitglieder des böhmischen Landtags die einzelnen Heeresabtheilungen bis an die Grenze; dennoch kam es in Pardubitz noch zu einem Gemetzel, bei welchem über 100 Personen das Leben verloren und nur der angestrengtesten Vermittlung Thurzo's und Budowec's gelang es, dem weitern Blutbad Einhalt zu thun*). Ehe noch die erste Juliwoche verflossen war, hatte sich Mathias und sein Heer aus Böhmen entfernt.

III

Die Ereignisse hatten in Böhmen seit dem Einrücken des Erzherzogs einen so schnellen Verlauf genommen, daß die Nachricht von den Liebner Verträgen und dem Rückmarsch der Verbündeten zur Kenntniß der deutschen Fürsten schon gelangte, als sie noch immer erwogen, welchen Antheil sie an dem Kampfe nehmen sollten, dessen längere Dauer sie für gewiß ansahen. Denn daß Rudolf nach seiner in den letzten Jahren bewiesenen Hartnäckigkeit und seinem ungezügelten Durst nach Krieg zuletzt ohne einen Schwertstreich das Feld räumen würde, an diese Möglichkeit hatte Niemand gedacht. Am unangenehmsten war diese Enttäuschung für den Kurfürsten von der Pfalz, besonders aber für Christian von Anhalt, welcher seit dem Beginne des Regensburger Reichstags alles gethan hatte, um im rechten Augenblicke dessen Ende herbeizuführen und so den Kaiser jeder Hilfe zu berauben, dann aber wieder alle Minen springen ließ, um in dem Streite zwischen Rudolf und Mathias die Intervention des deutschen Reiches zu veranlassen und dadurch Gelegenheit zu einer fortdauernden und gesetzlichen Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten zu gewinnen. Sonderbarerweise gaben hiezu der Kaiser und die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian selbst die meiste Veranlassung. Als die Vorgänge in Preßburg und das daselbst abgeschlossene Bündniß bewiesen, daß Mathias gestützt auf eine starke Partei gegen den Kaiser auftreten könne, hatte der letzere, wie wir gesehen haben, das Ungewitter dadurch zu beschwören gesucht, daß er einen Kongreß nach Prag berufen und zu demselben neben den Erzherzogen auch einige deutsche Fürsten einladen wollte. Der Streit sollte also seine Lösung nicht durch das bewaffnete Auftreten der ständischen Macht, sondern durch friedliche Vermittlung von Seite einiger befreundeter Fürsten finden, deren Wahl sich Rudolf vorbehielt. Auf diesen

*) MS. Der Schafgotschischen Bibliothek in Warmbrunn Y. d. 51, Fol. 16.



Gedanken ging neben dem Erzherzog Ferdinand auch Maximilian ein, denn auch der letztere, obwohl Mitunterzeichner des Aprilvertrages, billigte Mathias' Betragen nicht vollständig und glaubte es im Interesse des Hauses gelegen, daß die Niederlage Rudolfs nicht in der Weise vorbereitet werde, wie es beabsichtigt zu sein schien. Ohne Zweifel ward auch ihm bei dem entscheidenden Hervortreten der Stände vor den Folgen eines Sieges bange, den er sonst Mathias herzlich gegönnt haben würde. Um also den friedlichen Ausgleich, so weit es an ihm lag, herbeizuführen, reiste er von Innsbruck nach der Karthause bei Regensburg und besprach sich da mit Ferdinand über das einzuschlagende Benehmen. Beide einigten sich dahin, den sich bekämpfenden Brüdern den Weg der Unterhandlungen zu empfehlen und ersuchten in diesem Sinne den Kaiser, er 24. Mz.
möchte so schnell als möglich seine Absicht, einen Fürstenkonvent nach Prag zu berufen, ins Werk setzen; von Mathias dagegen verlangten sie, daß er den Besuch des Konventes nicht von sich ablehne und boten ihr eigenes und anderer Fürsten Wort zur Bürgschaft für seine Sicherheit an, falls ihn Mißtrauen von Prag fernhalten sollte*).

Die Vermittlung, wie sich Maximilian und Ferdinand mit Hilfe des Konventes dieselbe dachten, sollte eine freundschaftliche sein, mehr eine Art Familienrath, zu dem übrigens die Wahl der Mitglieder dem Kaiser allein zustehen sollte; jedenfalls sollte sie in keiner Weise die Rechte der Habsburger gefährden. Anders dachte sich der Fürst von Anhalt die Vermittlung. Unmittelbar nachdem er von den entscheidenden Schritten der Ungarn und Oesterreicher vernommen hatte, verfaßte er für den Kurfürsten von der Pfalz ein Gutachten, in welchem er die einzelnen Punkte der von Kurpfalz einzuschlagenden Politik erörterte. Er erklärte, alles Streben Friedrichs IV müsse darnach gerichtet sein, die Entscheidung des österreichischen Streites so viel als möglich in die Hand zu nehmen und da er dies nicht allein werde thun können, dafür den Kurfürsten von Mainz zu gewinnen, der geneigt sei, an dieser Einmischung theilzunehmen. Die Vermittlung müßte erstens die volle Freigebung des Protestantismus in allen österreichischen Ländern zum Zwecke haben und zweitens eine völlige Besiegung Rudolfs verhindern. Man sieht, Anhalt, welcher von Amberg aus das Seinige zur Aufhetzung der österreichischen Stände und zum Untergange Rudolfs beigetragen hatte, wollte jetzt den letztern hintanhalten, aber allerdings nur zum Scheine. Bekannt mit der Festigkeit des Bündnisses, durch welches Ungarn und Oesterreich an Mathias ge-

*) Die Briefe Maximilians und Ferdinands an Rudolf und Mathias bei Hurter, Ferdinand II Bd. V, Beilage 205, 206, 207 und 208.



kettet waren, wollte er sich einer Abtretung dieser Länder an den Erzherzog nicht entgegensetzen, der Rest aber, also sämmtliche Länder der Krone Böhmen, sollte unbedingt im Besitze des Kaisers bleiben und dieser allenfalls von den Kurfürsten darin geschützt werden. Weil ihm aber bekannt war, daß die Stände der böhmischen Länder vielleicht selbst gegen eine fernere Regierung des Kaisers Einsprache erheben würden, so wollte er dieser Schwierigkeit mit dem Vorschlag begegnen, dem Erzherzog Maximilian die Verwaltung derselben zu übergeben, dem Kaiser also thatsächlich nichts weiter als den Titel und einige Einkünfte übrig lassen. Damit sollte dann die Nachfolge Maximilians in Böhmen festgesetzt, jene in Deutschland ermöglicht und der Riß in der österreichischen Monarchie durch die nunmehr herbeizuführende und sorgfältig zu unterhaltende Theilung zu Stande gebracht werden*).

Friedrich IV ging auf die Vorschläge Anhalts vollständig ein und so unternahm der Letztere zuerst eine Reise zu dem Kurfürsten von Mainz, dessen Gewinnung nicht nur an und für sich wichtig war, sondern der auch bei der Geneigtheit, mit welcher er zu Maximilians Erhebung seit einem Jahre her die Hand geboten hatte, gleichsam als ein natürlicher Bundesgenosse sich empfahl. In der That täuschte Schweickhart von Mainz nicht die Erwartungen, welche man sich von ihm gemacht hatte, sondern versprach die übrigen Kurfürsten zur Vermittlung heranzuziehen und entschloß sich wirklich zur Berufung eines Kurfürstenkonventes, welcher in drei Monaten in Fulda zusammentreffen und die
2. Mai weitern Schritte berathen sollte. Nicht lange darauf ging er sogar noch weiter und frug den Kurfürsten von der Pfalz, ob Mathias nicht alsogleich im Namen des Reiches aufgefordert werden sollte, die Waffen niederzulegen und die Vermittlung abzuwarten**). Anhalt war jedoch vorsichtig genug, nicht allein auf die Beschlüße des Kurfürsten seine Pläne zu bauen, er knüpfte vielmehr zu gleicher Zeit mit Erzherzog Maximilian selbst neue Verhandlungen an, welche zum Zwecke hatten, dem Kurfürsten von der Pfalz unter allen Umständen einen Einfluß zu sichern***). Eingeladen von dem Erzherzog selbst, unternahm er im geheimen eine Reise nach Innsbruck und besprach sich da mit demselben über die Moda-

*) Münchner Staatsarchiv 547/4, 81. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 14/24. April 1608.

**) Münchner Staatsarchiv, 547/4, 165, Kurmainz an Kurpfalz ddo. 2. Mai.

***) Bernburger Archiv F. I, 228/12. Instruktion für Anhalt zu seiner Reise zu Kurmainz ddo. Heidelberg 15/25. März. — Ebendaselbst F. I, 228/34 Ducker an Anhalt ddo. Innsbruck 8. April; Kurpfalz an Anhalt ddo. 20. April; Maximilian an Kurpfalz ddo. 7. April; Kurpfalz an Mainz ddo. 20/30. April.

litäten der Vermittlung, wie sie Maximilian im Sinne hatte. In der Hauptsache waren beide einig; der Kaiser sollte nicht fallen gelassen werden, Böhmen und die Nebenländer behalten und an Mathias nur die Regierung von Ungarn und Oesterreich und dies sogar ohne den königlichen Titel übertragen werden. Sonst war Maximilian bereits der Ansicht, daß der Friedensvertrag zwischen Rudolf und Mathias unter die Garantie der vermittelnden Fürsten gestellt werden solle, falls die Stände von Oesterreich und Ungarn und vielleicht Mathias selbst dies zu ihrer Sicherheit verlangen würden. Mit diesem war natürlich Anhalt unter allen Umständen einverstanden, da er ja nichts eifriger wünschte, als daß Deutschland auf die Gestaltung der österreichischen Verhältnisse einen Einfluß ausübe, was jedenfalls eintrat, wenn die dortigen Verträge unter die Garantie eines oder mehrerer Kurfürsten gestellt wurden. Nur eine Nachricht berührte ihn unangenehm; der Erzherzog theilte ihm nämlich mit, der Kaiser habe bereits den Herzog Maximilian von Baiern zur Theilnahme am Prager Fürstenkonvent aufgefordert und man müsse sich demnach dessen Gesellschaft gefallen lassen*). Ein instinktmäßiges Mißtrauen gegen Baiern beherrschte alle Mitglieder der pfälzischen Partei, und so wenig sie bis dahin in irgend welche Weiterungen mit dem Herzoge gekommen waren, so fürchteten sie doch von ihm ein Durchkreuzen ihrer Pläne.

Die Hauptsache war jetzt, daß der Kaiser den Fürstenkonvent, von dem er in so vielen seiner Briefe gesprochen, zu dem er aber bis dahin von den deutschen Fürsten nur den Herzog von Baiern geladen hatte, nun endlich wirklich berufe und auch die Kurfürsten zur Theilnahme auffordere. Wohl hatte der Kaiser den Pfalzgrafen um eben diese Zeit um bewaffneten Zuzug nach Prag aber keineswegs um seine Vermittlung angesucht; da also die so sehr erwünschte Einladung zu der letztern noch immer ausblieb, bot der Pfalzgraf, die bewaffnete Hilfe ablehnend, im Verein mit dem Kurfürsten von Mainz, den er wahrscheinlich zu diesem Schritt bewogen haben mag, dem Kaiser seine guten Dienste selbst an und 6. Mai
zeigte sich zur persönlichen Erscheinung in Prag geneigt**). Bevor noch eine Entgegnung aus Prag einlangen konnte, bat Erzherzog Maximilian den Pfalzgrafen dringend, sich an der Vermittlung zu betheiligen und deshalb mit ihm in Mergentheim zusammenzutreffen, wohin er vor seiner

*) Münchner Staatsarchiv 547/4, 105. Erzherzog Maximilian zu Oesterreich bedenken. Von Anhalt dem Pfalzgrafen ddo. 23. April/3. Mai mitgetheilt.

**) Bernburger Archiv F. I, 228/102. Kurmainz und Kurpfalz an den Kaiser ddo. 6. Mai.

Reise nach Prag eigens kommen wolle*). Anhalt war mit der projektirten Zusammenkunft einverstanden und wollte selbst an ihr theilnehmen; um nun aber auch den Kaiser für eine von Kurpfalz ausgehende Vermittlung zu gewinnen, gab er von allem dem Geheimrath Barvitius mit dem Ersuchen Nachricht, der Kaiser möge ihm (Anhalt) so eilig als möglich seine Wünsche kundgeben, damit er dieselben bei der Berathung in Mergentheim vertreten und seine Interessen wahren könne**). Durch eine eigenthümliche politische Biegsamkeit war also Anhalt so weit gelangt, daß er als kaiserliche Vertrauensperson behandelt sein wollte und die Interessen Rudolfs zu vertreten beabsichtigte.

Unmittelbar darauf ward jedoch Christian von Anhalt durch seine Agenten in Böhmen von Mathias' Ankunft in Böhmischbrod und von dem Entschluße des Kaisers, die Forderungen seines Bruders zu bewilligen, benachrichtigt. Der Plan der Vermittlung löste sich also in ein völliges Nichts auf, denn bevor nur halbwegs eine endgiltige Einigung über dieselbe zwischen Maximilian, Kurpfalz und allenfalls auch Kurmainz in Mergentheim zu Stande kam, war vielleicht längst ein Vertrag zwischen dem Kaiser und seinem Bruder abgeschlossen, der ihrem Streite ein Ende machte und den Vermittlern nur ein unangenehmes Nachsehen bereitete. Allein Anhalt war nicht der Mann, der einen Plan, auf dessen Gelingen er so große Hoffnungen gesetzt hatte, selbst bei sich aufthürmenden Schwierigkeiten aller Art, sogleich von sich geworfen hätte. Die friedlichen Wege der List, um seine Hand in die österreichischen Wirren zu stecken, das sah er ein, wurden ihm immer mehr verrammelt, aber noch konnte ein gewaltsames Auftreten zum Ziele führen, und hiezu sollte ihm die eben begründete Union die Hand bieten.

Die Unterhandlungen zur Begründung der Union, von denen wir das Wichtigste berichtet haben, und welche anfangs nur zu einer vorläufigen Einigung zwischen Kurpfalz und Würtemberg geführt hatten, waren indessen während des Verlaufes des Regensburger Reichstags so weit vorgeschritten, daß man an ihre wirkliche Konstituirung denken konnte. Zwar Kurbrandenburg, Hessen und Braunschweig so wie die Reichsstädte waren noch immer nicht gewonnen, dagegen hatten sich neben Kurpfalz und Würtemberg auch der Markgraf Georg Friedrich von Baden, der Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg, die Markgrafen von Brandenburg-Anspach und Baireuth, Christian und Joachim Ernst, endlich der Fürst von An-

---

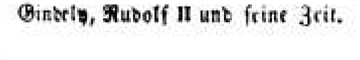
*) Münchner Staatsarchiv 547/1, 264. Erzherzog Max an Kurpfalz ddo. 6. Mai. — Bernburger Archiv F. I, 228/109. Ducker an Anhalt ddo. 7. Mai.

**) Bernburger Archiv F. I, 228/178 Anhalt an Barvitius ddo. 15/25. Mai.

halt nebst seinen Brüdern für den Beitritt völlig entschieden. Zum Abschluße der Vorberathungen und schließlichen Festsetzung der Bündnißartikel hatten sich die genannten Fürsten zu einer persönlichen Zusammenkunft entschlossen, welche in Ahausen stattfinden sollte. Kaum daß **Anhalt** seine früher erwähnte geheime Unterredung mit Erzherzog **Maximilian** in Innsbruck beendet hatte, so eilte er auch schon nach dem bezeichneten Orte, um im Namen des Kurfürsten von der Pfalz, welcher von den genannten Fürsten allein nicht persönlich erschien, die Versammlung eröffnen zu können *). Es geschah dies am 11. Mai, einem der denkwürdigsten Tage in der Geschichte von Mitteleuropa. Sämmtliche Fürsten waren wohl mit ihren vertrautesten Räthen erschienen, allein man beschloß, die ersten Verhandlungen ohne sie zu eröffnen und sie erst zur Detailberathung über jene Punkte zu berufen, über welche man sich zuvor geeinigt haben würde. So berieten also die Fürsten abgesondert am ersten Tage während eines Zeitraumes von zehn Stunden, worauf während der nachfolgenden fünf Tage die Berathung eine gemeinschaftliche war, zu der auch die Räthe beigezogen wurden. Sie hatte ein solches Resultat, wie sich dasselbe die Mitglieder der Versammlung nur wünschen konnten, denn die Einigung kam vollständig zu Stande, die Artikel des Bündnisses wurden genau festgesetzt und dann von den anwesenden Fürsten unterzeichnet. So trat die Union ins Leben.

Vermöge der einzelnen Artikel des Vertrages ward festgesetzt, daß an der Spitze der Union ein Direktor und an dessen Seite ein Generallieutenant, der mit dem Kommando über die Unionstruppen betraut sein sollte, zu stehen habe. Für die nächsten drei Jahre wurde Kurpfalz zum Direktor erwählt, in Kriegszeiten sollte aber die Direktion allemal jenem Mitgliede zufallen, in dessen Lande der Krieg geführt wurde. Falls dem Kurfürsten nach drei Jahren die Direktion nicht weiter übertragen würde, so solle ihm das Recht zustehen, den Generallieutenant zu ernennen. An den Berathungen der Union sollten alle Mitglieder derselben theilnehmen dürfen, dagegen wurde das Stimmrecht in der Weise beschränkt, daß jedem Fürsten für sich eine Stimme, den Grafen und Rittern eines jeden Kreises aber erst zusammen eine Stimme eingeräumt wurde und in demselben Verhältnisse wie den letztern wurde auch den Reichsstädten eines jeden Kreises nur eine Stimme angewiesen. Die bewaffnete Macht der Union sollte nicht aus der Mannschaft, welche die einzelnen Mitglieder stellen könnten, zusammengesetzt werden, sondern sie sollte zur Erzielung einer größern Einheit im Namen der

*) Bernburger Archiv. Unionsakten I/8. Anhalt an Kurpfalz ddo. Gonzenhausen den 8/18. Mai 1608.



Union geworben und die Kosten dafür durch die Geldbeiträge der Mitglieder bestritten werden. Im Kriege sollten den Unionstruppen die Städte und festen Plätze aller Mitglieder offen stehen. Was an „liegenden Gütern" von der Union als solcher im Kriege würde erobert werden, das sollte unter die Mitglieder derselben im Verhältniß ihrer Beiträge vertheilt werden, die fahrende Habe dagegen eine Beute der Truppen sein*). Das ganze Bündniß sollte vorläufig auf zehn Jahre abgeschlossen werden und nunmehr mit aller Emsigkeit an der Herbeiziehung anderer Fürsten, des Reichsadels und der Reichsstädte gearbeitet werden; Kurpfalz sollte den rheinischen Kreis, die Markgrafen von Brandenburg den fränkischen, Würtemberg den schwäbischen und Pfalzneuburg den bairischen Kreis gewinnen, von den Reichsstädten aber zuerst Straßburg zur Theilnahme aufgefordert werden. — Um nicht religiöse Streitigkeiten einen hemmenden Einfluß auf die Begründung der Union, an die sich Lutheraner wie Kalviner anschließen sollten, gewinnen zu lassen, hatten sich die Fürsten während der Verhandlung das Wort gegeben, ihre Theologen zur Ruhe zu verweisen und keinerlei gegenseitige Ausfälle ihnen zu gestatten. In Rücksicht endlich auf die Gerüchte und Vermuthungen, welche diese nicht ganz zu verheimlichende Zusammenkunft überall in Deutschland wachrufen mußte, beschloß man auf den Verschlag des Fürsten von Anhalt das Geheimniß selbst insofern zu brechen, als man sich Mühe geben wollte, die Nachricht von der Ahauser Versammlung mit dem Zusatze zu verbreiten, daß eine Anzahl von Fürsten daselbst über die Lage des Vaterlandes Berathungen gepflogen und gewisse Beschlüße gefaßt habe. Zuletzt kamen auch, wie sich das wohl von selbst versteht, die Vorgänge in Oesterreich zur Sprache und Anhalt konnte sich nicht enthalten anzudeuten, daß die Union wohl bald berufen sein könnte, eine thätige Rolle dabei zu spielen**).

Und Donauwörths, des seitdem so viel genannten, geschah dessen in Ahausen keine Erwägung? Zwar nach der vorliegenden Erzählung wird man die Motive zu würdigen wissen, welche den Abschluß der Union ver-

---

*) Was mit gemeiner hilff in liegenden gütern erobert, soll pro rato getheilt werden, fahrende hab sol zu gemeiner leutt gehören. Im 11. Artikel der Unionscapita.

**) Die ganze Darstellung der Ahauser Verhandlungen erfolgte hier nach dem Berichte Anhalts an Kurpfalz ddo. 8/18. Mai im Bernburger Archiv. Wir müssen hier noch auf einen beinahe unverzeihlichen Irrthum, der bei allen Historikern über den Gründungstag der Union herrscht, hinweisen. Allgemein wird der 4. Mai als solcher angegeben, keiner bedachte aber, daß dies der 14. Mai neuen Styls sein könnte oder müßte. Die Versammlung zu Ahausen dauerte vom 11. bis zum 17. Mai.



anlaßt haben, aber nach dem alle Bücher jener Zeit erfüllenden Geschrei über Donauwörth und nach den seitdem so geläufigen Behauptungen, als habe der Fall von Donauwörth die Gründung der Union wo nicht zur Folge gehabt, doch wenigstens beschleunigt, wird man von selbst auf die Frage gebracht, in welcher Weise man in Ahausen Donauwörths gedachte und was man zu dessen Rettung thun wollte. Die Fürsten, welche „pro rato", wie sie sich ausdrückten, d. h. nach Verhältniß ihrer Einlagen ihre Eroberungen theilen wollten, welche den Theologen Schweigen auflegten, um nicht durch ihr Geschwätz in ihren Plänen gestört zu werden, von denen endlich der bedeutendste, Kurpfalz und sein Helfershelfer Anhalt, in Oesterreich um jeden Preis im Trüben fischen wollten, sei es mit, sei es gegen den Kaiser, diese Fürsten betrachteten die Donauwörther Angelegenheit mit einer viel größeren Ruhe als kurzsichtige Zeitgenossen und getäuschte Nachkommen. War der Fall von Donauwörth nur im mindesten verschieden von der Einziehung so vieler Bisthümer und Reichsstifter, welche seit dem Augsburger Religionsfrieden dem Angriffe der Protestanten erlegen waren? Und wenn dies nicht der Fall war, wenn die Unterdrückung der Protestanten in Donauwörth nichts anderes war, als ein Ereigniß, welches sich so oft in allen Gegenden Deutschlands zum Nachtheile der Katholiken zugetragen hatte, wo war da ein Grund zu besonderem Eifer? Wenn es sich den deutschen Fürsten nicht um die Irreleitung der öffentlichen Meinung handelte, sondern wenn sie kaltblütig zwischen vier Wänden ihre Interessen erwogen, bedienten sie sich auch nicht unwahrer Phrasen und gaben sich nicht den Anschein, daß etwas ihr Gemüth bekümmere, was ihnen sonst herzlich gleichgiltig war. Es ist Thatsache, daß bei der Versammlung in Ahausen der Stadt Donauwörth in kaum nennenswerther Weise gedacht wurde, ja Fürst Christian von Anhalt erwähnt derselben in seinem an den Kurfürsten von der Pfalz abgeschickten Berichte über die Verhandlungen in Ahausen mit keinem Worte; begreiflich, da ihm Böhmen, aber nicht die schwäbische Reichsstadt am Herzen lag.

Von Ahausen eilte Anhalt nach dem Abschluße der Union nach Amberg, um der böhmischen Grenze näher zu sein und die Ereignisse von da aus zu überwachen. Die ersten Nachrichten, welche er erhielt, allarmirten ihn. Mathias war bereits in Iglau angelangt und alles schien in Böhmen geneigt, sich ihm anzuschließen und seinem Rufe nach Caslau zu folgen; dies wenigstens glaubte Anhalt einige Tage befürchten zu müssen*). Von dieser Sorge wurde er wohl bald befreit; er erlebte aber nicht lange darauf eine um so unangenehmere Enttäuschung, als er die Nachricht

*) Münchner Staatsarchiv 547/7, 379. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 10/20 Mai.

16*



von Mathias' Ankunft in Böhmischbrod erhielt und ihm für gewiß vorkam, daß Rudolf um den Besitz aller seiner Länder kommen und Mathias schließlich als der alleinige Herrscher in Oesterreich auch in den Besitz der deutschen Krone gelangen könnte. Obwohl Anhalt besser als sonst Jemand die Mittel beurtheilen konnte, durch welche Mathias zum Siege gelangte, obwohl er wissen mußte, daß derselbe ganz und gar von dem guten Willen der Stände abhänge, mit denen er sich verbündet hatte, so konnte er sich doch nicht in den Gedanken finden, daß der Gesammtbesitz Rudolfs wieder in eine Hand übergehen und das, was er seit Jahren so eifrig angestrebt hatte, die Theilung der Monarchie, für eine unbestimmt lange Zeit hinausgeschoben werde. Es überkam ihn die Furcht, daß Oesterreich in der Hand des neuen Besitzers mit verjüngter Kraft wieder auf den Kampfplatz treten und daß Mathias vielleicht doch durch kluges Benehmen selbst seiner jetzigen Verbündeten Herr werden könnte. Schon in Ahausen hatte er deshalb die Vermuthung ausgesprochen, daß die Union in die Lage kommen könnte, auf die in Böhmen sich vorbereitenden Ereignisse einen Einfluß auszuüben, jetzt nach seiner Rückkunft in Amberg faßte er diesen Gedanken mit allem Eifer wieder auf und sein in Plänen aller Art und in den zu ihrer Durchführung erforderlichen Mitteln stets erfindungsreicher Kopf setzte sich schnell die Art und Weise zurecht, wie die Union zu einer bewaffneten Intervention veranlaßt und wie sie durchgeführt werden könnte.

Kaum war so der Plan, in Böhmen mit Hilfe der Union zu interveniren, in Anhalts Seele zu einiger Reife gediehen, so gab er auch
3. Juni schon dem Kurfürsten von der Pfalz ohne Säumniß von demselben Nachricht und erörterte auch umständlich den Vorwand, mit welchem man das ganze Unternehmen beschönigen könnte. Mathias habe, seitdem er sich nicht auf die vom Kaiser zu erzwingende Bestätigung des ungarischen und türkischen Friedens beschränkt habe, seine „gute Sache" verdorben, denn „nun trachte er nach mehreren, als ihm gebühre und stütze seine Ansprüche auf Waffengewalt." Was diese gegen Mathias künstlich zu erhebende Beschuldigung Wahres enthielt und inwiefern dem Erzherzog der Vorwurf gemacht werden konnte, daß er auf Waffengewalt und nicht auf die Zustimmung der verbündeten Stände seine Unternehmung begründet habe, können wohl unsere Leser am besten beurtheilen; die diplomatische Gewandtheit Anhalts aber scheute sich weder vor der Aufstellung einer so handgreiflichen Lüge, noch war sie um Gründe verlegen, sie zu stützen. Er verlangte, daß der Pfalzgraf so schnell als möglich sich über eine bewaffnete Intervention mit dem Kurfürsten von Mainz einige, durch welche die Reichsstände den österreichischen Ereignissen gegenüber nicht



länger bloße Zuschauer verbleiben, sondern selbst als „Schiedsrichter und Rechtsprecher" die Entscheidung in die Hand nehmen sollten *). Es war ihm natürlich nicht darum zu thun, mit den Katholiken sich um den Einfluß zu theilen, und nicht dies war der Grund, weshalb er ihre Zustimmung und Theilnahme forderte, aber das war doch auch klar, daß der Pfalzgraf nicht so ganz auf eigene Faust sich mit einem Heere nach Böhmen begeben dürfe. Es handelte sich also darum, daß man die Zustimmung, vielleicht auch die Theilnahme eines oder mehrerer katholischer Reichsfürsten für die projektirte Unternehmung gewann; jedenfalls mußte der meiste Vortheil derselben dem Pfalzgrafen zufallen, wenn dieser nach Anhalts Berechnung mit Hilfe der Union der erste auf dem Kampfplatze erschien.

Da durch das rasche Vordringen des Erzherzogs Mathias gegen Prag diplomatischer Einmischung kein Boden mehr übrig geblieben war, so hatte der Kurfürst von der Pfalz es abgelehnt, in Mergentheim mit Maximilian zusammenzutreffen. Allein der Erzherzog zähe an dem Phantome der Vermittlung festhaltend, ließ sich nicht dadurch abschrecken, sondern reiste geradezu nach Heidelberg, um nochmals seine Bitte anzubringen. Sowohl der Kurfürst von der Pfalz als auch der in der Nähe wohnende von Mainz lehnten definitiv jede Theilnahme an den Ereignissen ab, welche ihr unverweiltes Erscheinen in Prag nothwendig gemacht hätte, dagegen erboten sich Beide, bei dem bereits seit längerer Zeit angesagten Kurfürstentag zu erscheinen und eine Vermittlung des kurfürstlichen Kollegiums ins Werk zu setzen, obwohl sie sich nicht verheimlichen konnten, daß diese wohl zu spät kommen dürfte**). Bei dieser Gelegenheit sondirte nun der Pfalzgraf den Erzbischof von Mainz, was er von einer eilig in Szene zu setzenden bewaffneten Intervention halte, fand aber in dessen Antwort keine besondere Aufmunterung. Schweickhart meinte wohl, es wäre nicht unrathsam, wenn von den Reichsständen jeder in seinem Besitz sich in Vertheidigungsstand setze, aber von einem Einfalle in Böhmen wollte er nichts wissen. Der Pfalzgraf schrieb dem zufolge dem Fürsten von Anhalt, daß man wohl den Plan einer bewaffneten Vermittlung werde aufgeben müssen.

Allein selbst diese Weigerung konnte den Fürsten nicht vermögen, den einmal gefaßten und zur Lieblingsidee ausgebildeten Plan fallen zu lassen; im Gegentheil er berechnete jetzt genau die Mittel, über welche die wohlhabenden Mitglieder der Union zu gebieten hatten, verglich damit

*) Münchner Staatsarchiv 547/1, 436. Anhalt an Kurpfalz ddo. 25. Mai N. St.

**) Bernburger Archiv. F. I, 228/198. Kurpfalz an Anhalt ddo. 1/11. Juni.

die in Oesterreich herrschende Erschöpfung und konnte sich nicht des Glaubens entschlagen, daß die Union, wenn sie rasch auf den Kampfplatz träte, die Meisterin der Situation sein würde. In seinen Berechnungen fand er an dem uns bekannten Buwinkhausen einen beistimmenden Bundesgenossen. Dieser letztere war zu Anhalt nach Amberg gekommen, um vor seiner Reise zu Heinrich IV, welchem er im Auftrage der Union die Nachricht von ihrer Gründung bringen sollte, von dem Fürsten noch genaue Instruktionen einzuholen. Buwinkhausen war ein geschulter Diplomat, von hellem Verstande, und hatte sich derart die Achtung Anhalts erworben, daß derselbe ihn in diesem gewichtigen Momente zum Vertrauten seines Planes einer bewaffneten Vermittlung machte. Buwinkhausen erschrak zwar anfangs vor dem weitgehenden Unternehmen, aber nach und nach durch die Beredsamkeit seines Wirthes umgestimmt, machte er sich sogar an die Abfassung eines ausführlichen Gutachtens, welches die Schwierigkeiten der Vermittlung und ihre Vortheile erwog und damit schloß, daß es dieselbe unbedingt empfahl. Beide berechneten, daß zu einem wirksamen Einschreiten in Böhmen mindestens eine Truppenmacht von 10.000 Mann zu Fuß und 2500 Reitern nöthig wäre und daß die Kosten für dieselben im laufenden Jahre etwas über 800.000 Gulden betragen würden, von welcher Summe zwar für den ersten Augenblick vermöge der Ahauser Uebereinkunft nur etwas mehr als der vierte Theil vorräthig wäre, zu der man aber leicht genug das Fehlende beischaffen könnte. Beide meinten, durch geschickte Vorkehrungen und diplomatische Unterhandlungen aller Art könnte man es dahin bringen, daß das Unionsheer allein auf dem Kampfplatze erschiene; Frankreichs Gunst sei gewiß, Heinrich IV werde zu verhindern wissen, daß der Papst aus Italien Hilfe sende, die Schweizer und Erzherzog Maximilian müßten beredet werden, spanischen Truppen, die es versuchen wollten, in den Streit sich einzumischen, die Pässe zu sperren, Belgien müßte von den Holländern in Schach gehalten, England, Dänemark und Venedig durch Gesandte ins Interesse gezogen werden. In Deutschland wäre es leicht, nicht wenige Freunde für den Einfall in Böhmen zu gewinnen und mindestens alle jene zum ruhigen Zusehen zu vermögen, welche sich an demselben nicht betheiligen würden. Habe man einmal das Heer auf den Beinen, so sei man im Stande mit den Protestanten, welche in der Armee des Kaisers und seines Bruders dienen, Einverständnisse anzuknüpfen, sie über ihren eigenen Vortheil „zu informiren“ und auch den Ständen Böhmens begreiflich zu machen, daß die Vermittlung nur ihren Vortheil im Auge habe. Selbst der Kaiser dürfte für dieselbe gewonnen werden können, wenigstens müßte man versuchen, „ihm zu Gemüthe zu führen, daß



die ganze Unternehmung nur seine Erhaltung und sein Interesse" bezwecke*). Sei aber der Pfalzgraf mit der Union entschlossen, so weit zu gehen, so müßte man sich schon jetzt klar werden, bei welchem Ziele man anlangen wolle und unter welchen Bedingungen die ganze Vermittlung unternommen werden solle. Um alles ins reine zu bringen, schlug Anhalt eine abermalige Versammlung aller Mitglieder der Union vor und bezeichnete hiefür Nürnberg als den gelegensten Ort**).

Wer möchte die Kühnheit eines Planes in Abrede stellen, dessen Durchführung eine unheilbare Schwächung der deutschen Habsburger, vielleicht deren völligen Ruin zur mehr oder minder nahen Folge gehabt hätte? Die Berechnungen Anhalts, der mit dem kleinen Unionsheer unbelästigt nach Böhmen zu kommen und daselbst die Entscheidung herbeizuführen hoffte, erscheinen sanguinisch, aber man würde sowohl seinen an Auskunftsmitteln aller Art reichen Geist unterschätzen, als auch die seiner Einwirkung so günstigen Verhältnisse nicht gehörig würdigen, wenn man das Unternehmen in vorhinein als undurchführbar verdammen wollte. Anhalt hatte nicht die Absicht, die Entscheidung durch Schlachten herbeizuführen, für ihn sollte das schnell geschaffene Heer nur ein Mittel sein, sicher nach Böhmen zu gelangen und daselbst durch Machinationen aller Art den Kaiser von den Böhmen und den Erzherzog von seinem Anhang zu isoliren; es wäre thöricht, daran zu zweifeln, daß er nicht wenigstens theilweise sein Ziel erreicht hätte. Zudem hätte es Heinrich IV gewiß unternommen, dafür zu sorgen, daß Anhalt sein Unternehmen durchführen könne, ohne dabei von Deutschland oder Spanien durchkreuzt zu werden. Was allein sein Unternehmen erschwerte und bei den damaligen Verhältnissen nicht zur Durchführung kommen ließ, war der Mangel an Zeit. Mathias stand im Begriffe, mit Rudolf einen Vergleich abzuschließen und nur Zauberei hätte vor Abschluß dieses Vergleiches ein Heer dem Fürsten zur Verfügung stellen können. War aber der Vergleich einmal geschlossen, Mathias mit seinen Truppen nach Mähren zurückgegangen, so war die Gelegenheit zur Einmischung vorbei, weil auch der

---

*) Münchner Staatsarchiv 117/5, 102. Anhalt an Kurpfalz ddo. 6/16. Juni. Als Beilage dieses Schreibens folgen mehrere Gutachten, darunter das Gutachten B., welches die Kosten der Expedition berechnet, das Gutachten D., welches die politischen und diplomatischen Schritte erörtert, um das Gelingen der Expedition zu sichern. Alle diese Gutachten sind von Anhalt selbst konzipirt worden. Buwinkhausen verfaßte eine Art Manifest, welches die bewaffnete Vermittlung nach allen möglichen Beziehungen rechtfertigen sollte.

**) Bernburger Archiv Reg. VI, B. 4/1—70. Gutachten für den Kurfürsten von der Pfalz.

Schein eines Grundes für dieselbe fehlte. Uebrigens kam Anhalt nicht in die Lage, an ein verspätetes Unternehmen die Hand zu legen, denn die Männer, auf deren Zustimmung es vor allem ankam, theilten seine Entschlossenheit nicht, wenngleich sie seine Absichten billigten. Der Kurfürst von der Pfalz lehnte den Antrag, einen Unionstag nach Nürnberg auszuschreiben und demselben den Plan der bewaffneten Vermittlung vorzulegen, mit der Erklärung ab, daß das ganze Unternehmen doch zu gefährlich sei und seine Kräfte zu gering und daß es mehr als fraglich sei, ob die Reichsstädte sich demselben anschließen, die Katholiken dagegen sich ihm nicht widersetzen würden*). Anhalt mußte also dem österreichischen Zerwürfnisse, das er mitvorbereitet und auf das er so lange gerechnet hatte, ruhig zusehen.

Von seinem Plan eines bewaffneten Einfalls in Böhmen hatte Anhalt auch dem Erzherzog Maximilian eine wiewohl behutsame Mittheilung gemacht, als dieser auf der Reise von Heidelberg nach Prag in Neumark persönlich mit ihm zusammentraf. Der Erzherzog schien damit einverstanden zu sein, allein die Mittheilung mag gerade die entgegengesetzte Wirkung von der verursacht haben, welche Anhalt vermuthete. Bis zu diesem Augenblicke hatte Maximilian in der That mehr die Partei des Kaisers als die seines Bruders Mathias gehalten und seine so ernstlich und beharrlich festgehaltene Absicht, die Kurfürsten von Mainz und von der Pfalz in das Vermittlungsgeschäft hineinzuziehen, war fortwährend zu Gunsten des Kaisers gemeint. Aber die Mittheilungen Anhalts und bald darauf die Erfahrungen, welche er nach seiner Ankunft in Prag machte und welche ihn bis zur Evidenz von der persönlichen Unfähigkeit des Kaisers zur weitern Regierung überzeugten, änderten vollständig seine Entschlüße und er stellte sich ganz und gar auf Mathias' Seite. Die Folge war, daß der Letztere durch ihn den Kaiser bereits nach dem Abschluß der Liebner Verträge nochmals ersuchen ließ, er möchte doch im Interesse des Hauses die Regierung von Böhmen niederlegen und sich in Ruhe zurückziehen. In der That entledigte sich Maximilian
4. Juli in einer Audienz seines Auftrags, wobei es zu harten Worten zwischen ihm und dem Kaiser kam, da dieser natürlich am wenigsten nach dem bisherigen Benehmen des erstern vermuthen konnte, einen solchen Vorschlag aus seinem Munde zu vernehmen**). In Folge dieser schlechten Aufnahme

*) Bernburger Archiv Reg. VI, B. 4/68—70. Kurpfalz an Anhalt ddo. 16/26. Juni.

**) Brüsseler Archiv. Secret. d'Etat Allem. Carton 163. Vischer an den Geheimsekretär des Erzh. Albrecht ddo. 5. Juli 1608. — Pariser kaiserliche Bibliothek. Collection Harlay, 228/10, 76. Baugy an Puysieux ddo. 5. Juli. . . Au reste,

entfernte sich auch Maximilian bald nach Mathias von Prag und so war der Kaiser wieder sich selbst überlassen. Abwechselnd eine Beute nagender Gefühle, der Beschämung und der Sehnsucht nach Rache und aller eigenen Kraft und alles guten Rathes bar ging Rudolf jetzt der traurigsten Periode seines Lebens entgegen.

IV.

Kaum daß der Vertrag zwischen Mathias und Rudolf abgeschlossen war, so trafen in Prag zwei Diplomaten ein, welche von ihren Souveränen abgeschickt worden waren, um auf den Bruderstreit vermittelnd einzuwirken, aber in Folge der langsamen Kommunikationsmittel jener Zeit und des schnellen Ganges der Ereignisse in Böhmen zu spät ankamen. Der eine war der päpstliche Legat Kardinal Melino, der andere ein Vertreter Philipps III Don Balthasar de Zuñiga. Der Kardinal sollte nicht dauernd in Prag seinen Sitz nehmen, sondern nur eines besondern Auftrages des Papstes sich entledigen, Zuñiga aber bleibend in Oesterreich seinen Sitz aufschlagen, da San Clemente's Kränklichkeit und Alter ihm nicht häufige Reisen zwischen Prag und Wien, die nun wahrscheinlich bevorstanden, erlaubten und er überdies bei seinem Könige bereits um die Rückberufung angesucht hatte. Seine Kränklichkeit scheint auch die Ursache gewesen zu sein, daß er während des Monates Juni kaum merklich an den Verhandlungen sich betheiligte, während er doch noch im Mai Spaniens gesammtes Gewicht zu Mathias' Gunsten in die Wagschale geworfen hatte; allerdings wurde im Juni so ziemlich über diejenigen Friedensbedingungen unterhandelt, welche er selbst beiden Parteien zur Annahme empfohlen hatte. In der That griff San Clemente auch später nicht mehr in die öffentlichen Verhältnisse ein, denn er starb wenige Wochen nach Zuñiga's Ankunft in Prag. Es gebührt ihm der Ruhm, daß er während der ganzen Zeit, in welche der Streit des Kaisers mit seinem Bruder fiel, seinem Hofe die klügsten und versöhnlichsten Schritte anriet, daß er, obwohl ein Gegner der Protestanten, doch in dieser Angelegenheit seinen Eifer zu mäßigen wußte, um nicht in unnützen Unternehmungen seine eigene Sache zu gefährden, und daß er beharrlich die Ersetzung Rudolfs durch Mathias empfahl, eine Maß-

j'ai reconnu par son discours (des Erzh. Max), qu' il est en fort bon intelligence avec Mathias et je me confirme de plus en plus, que tout ce qui s'est passé c'est fait avec sa participation et son consentement. — Hurter, Ferdinand II, Bd. VI S. 62.



regel, welche nicht nur an sich dem gemeinen Wohle in Oesterreich, sondern auch den Interessen der Habsburger am meisten zusagte, weil sie auf keiner Intrigue, sondern auf natürlichen Verhältnissen beruhte.

Den Entschluß, einen Legaten nach Prag zu senden, hatte Paul V gleich in den ersten Monaten des Jahres gefaßt, als die Nachricht von der Berufung des Preßburger Reichstags es gewiß machte, daß es nicht lange an Stürmen in Oesterreich fehlen werde. So ungern er seinem Charakter nach an politischen Händeln theilnehmen mochte, so konnte er sich ihnen doch nicht ganz entziehen, weil ihr endlicher Ausgang zu eng mit den Interessen der Kirche zusammenhing. Nachdem er jetzt länger als zwei Jahre an der Spitze der Christenheit stand, sah er aber wohl ein, daß die öffentlichen Angelegenheiten durch die verschiedenartigsten Interessen beherrscht würden, und daß der eigene Vortheil auf die Politik der Staaten einen zu übermächtigen Einfluß ausübe, als daß es ihm als Haupt der Christenheit rathsam sein könnte, ganz entschieden für oder wider Partei zu ergreifen. In dem großen Gegensatz zwischen Frankreich und Spanien näherte er sich unmerklich jener Linie, bei welcher die von ihm getadelten ruheliebenden Vorfahren angelangt waren: er zeigte sich geneigt durch Rathschläge und gütliche Einwirkung einen annehmbaren Zustand zwischen den beiden Mächten herzustellen, und beabsichtigte dazu seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um namentlich die Lösung der niederländischen Frage herbeizuführen. Er gab hierin offenbar auch den Insinuationen Spaniens Gehör, welches bei den in Oesterreich sich vorbereitenden Stürmen um jeden Preis eine friedliche Vermittlung des Papstes herbeisehnte. Indem er die Vermittlerrolle in Prag und Paris beim Beginne des Jahres 1608 aufzunehmen sich entschloß, zeigte er aber deutlich, daß er in seiner Parteinahme nicht weiter als zur Ertheilung guter Rathschläge gehen werde. Er sah ein, daß eine kriegerische Parteinahme des Hauptes der Christenheit im 17. Jahrhunderte andere Folgen als im zwölften haben würde. Im zwölften Jahrhunderte trug ein Sieg der Partei, auf deren Seite sich der Papst stellte, zu seiner eigenen Machterhöhung bei, jetzt dagegen hätte der Papst nur selbst an seinen Fesseln geschmiedet, wenn er sich vollständig den Interessen einer katholischen Macht hingegeben hätte.

Seinen Absichten einer friedlichen Vermittlung entsprach es also, wenn er, wie er das schon im Anfang seiner Regierung gethan, einem möglichen Ruin der deutschen Habsburger durch die Ersetzung Rudolfs begegnete. Was seine schriftlichen Mahnungen nicht zu Wege gebracht hatten, das sollte sein Legat zu Stande bringen, dessen Anwesenheit in Deutschland übrigens auch in anderer Beziehung nützlich sein konnte. Rudolf bekam also mit einemmale aus Rom die Nachricht, der Kardinal



Melino werde im Auftrage des Papstes nach Deutschland kommen. Der Kaiser, welcher sich weder einen Legaten ausgebeten hatte, noch sonderlich Freude an dem Betragen des Nuncius in Prag fand und schon lange herausgemerkt hatte, welche Stellung Spanien und der Papst in dem Bruderstreite einnahmen, war von der Nachricht nicht sehr erbaut und gab alsogleich sowohl dem Kardinal Paravicini, welcher seine Interessen in Rom vertrat, so wie seinem diplomatischen Agenten Renzi den Auftrag, mit allen Mitteln die Absendung Melino's zu hintertreiben. Paravicini und Renzi wußten aber nichts anderes zu erwiedern, als daß Melino's Absendung eine beschlossene und nicht mehr rückgängig zu machende Sache sei; ersterer tröstete den Kaiser, der Papst sei von den besten Absichten für ihn beseelt; aber welcher Art dieselben sein konnten, fühlte Rudolf leicht aus den Lobeserhebungen heraus, welche man seinem friedfertigen Gemüthe machte, und aus den Ermahnungen, ja nicht dieser hochherzigen Friedfertigkeit ein Ende zu machen*). Obwohl Melino's Abreise bereits im Mai eine beschlossene Sache war, verzögerte sich doch seine Ankuuft derart, daß er erst am 9. Juli nach Prag kam. Der Kaiser gab sein unbedingtes Mißfallen über seine Ankunft dadurch zu erkennen, daß er zu seinem Empfang keine Anstalten treffen ließ**) und durch drei Tage zögerte, ihn zu einer Audienz zuzulassen. Als er sie endlich dem Kardinal gewährte, that er dies so ungnädig als möglich; er empfing ihn „sehr ernstlichen Gesichtes" im Vorzimmer, wohin er ihm entgegenging, und nickte zum Gruße leicht mit dem Haupte, während der Kardinal mit den tiefsten Bücklingen sich vor ihm verneigte. Diese Scene war Angesichts vieler Zuseher, unter denen sich auch ein kursächsischer Gesandte befand, vor sich gegangen und Niemand ermangelte natürlich seine Bemerkungen darüber zu machen; die Protestanten freuten sich über den schlechten Empfang, 12. Juli
was die Katholiken wieder zu der Behauptung veranlaßte, der Kaiser sei ungehalten über die verzögerte Ankunft des Kardinals, da er ihn schon lange herbeigesehnt habe, und daher rühre sein ernstliches Gesicht***).

Während im kaiserlichen Vorzimmer diese Beobachtungen und Be-

---

*) Wiener Reichsarchiv. MS. Paravicini an den Kaiser ddo. 26. April, ddo. 10. Mai, ddo. 17. Mai, ddo. 21. Mai.

**) Archiv von Simancas. 2494/7 Guillen de San Clemente an Philipp III. S. M. (Rudolf) no le salio a recibir (den Legaten) como lo hizo con el Papa Clemente, quando vinó per legado a las cosas de Polonia, pero juntóse un recivimiento harto debil y haviendo pasado cosas casi ridiculas . . . .

***) Sächsisches Staatsarchiv. Ungar., Oesterr. und Böhm. Kriegssachen. Buch I, Fol. I. Zeidler an den sächsischen Geheimrath Löser ddo. 3/13. Prag.

merkungen ausgetauscht wurden und man sich wohl auch nicht wenig die Köpfe über den Inhalt der päpstlichen Botschaft zerbrach und gleich richtige Behauptungen wie jene, mit welchen die Katholiken des Kaisers finstere Stirn erklären wollten, aufstellte, befand sich der Kardinal, der nunmehr allein Rudolf gegenüber stand, in der doppelt traurigen Lage eines ungern gesehenen Boten, der überdies nach Unangenehmes zu berichten hatte. Er begann seine Ansprache mit der Erklärung, der Papst fühle sich sowohl seines Gewissens wie seines Amtes wegen verpflichtet, den Kaiser auf alle die Gefahren, welche die Religion und die Wohlfahrt des habsburgischen Hauses im Augenblicke bedrohen, aufmerksam zu machen. Beides sei nahezu einem sichern Ruine preisgegeben, wenn der Kaiser nicht für die Bestimmung der Nachfolge im Reiche sorge; er, der Legat, sei nun deshalb zu dem Kaiser gekommen, um ihm alle die Gefahren vorzustellen und auf das inständigste zu bitten, einen so heiligen und zweckmäßigen Entschluß wie die Bestimmung der Nachfolge nicht länger aufzuschieben. Stürbe der Kaiser heute ohne Erben, so sei das Reich ein Spielball der Häretiker, ihnen würden sich im Auslande nicht nur alle Gesinnungsgenossen, sondern auch alle Feinde des Hauses Oesterreich anschließen und es sei kaum zweifelhaft, daß das Resultat der Kaiserwahl nach seinem Tode, bei der Getheiltheit der Kurfürsten in eine katholische und protestantische Hälfte, nicht zum Vortheil der Habsburger ausfallen werde. Während der Kardinal in dieser Weise einen Gegenstand erörterte, der dem Kaiser im höchsten Grade unangenehm war und der sich ihm seit der gegen den Bruder erlittenen Niederlage gewiß von keiner empfehlenswerthern Seite zeigte, hatte er zugleich Gelegenheit zu bemerken, daß Rudolf sein Mißfallen keineswegs zu verbergen gesonnen sei. Leisen Tones entgegnete er endlich dem Kardinal, der alle Mühe hatte, ihn zu verstehen und sich so viel als möglich ihm nähern mußte, daß der Gegenstand, um dessentwillen der Papst jetzt einen Botschafter an ihn abgeschickt habe, vielmal bei ihm angebracht worden sei und daß er sich auch selbst in der letzten Zeit entschlossen habe, die Königswahl ernstlich in Angriff zu nehmen, daß aber nicht nur die Ereignisse hemmend dazwischen getreten wären, sondern auch die Entscheidung nicht in seiner, wohl aber in der Kurfürsten Hand liege und daß er übrigens dem Kardinal noch weiter seine Entschlüße kund geben werde. Melino entgegnete darauf, der Kaiser dürfe auf die letzten Ereignisse keine solche Rücksicht nehmen, um sich durch sie in andern eben so nothwendigen als heilsamen Entschlüßen bestimmen zu lassen; das schlechte Behagen, welches er an seinem Bruder habe, dürfe ihn nicht hindern, die Christenheit selbst zu bedenken und das zu thun, was



für sie so nöthig sei*). Es zieme einem großen Fürsten die Wohlfahrt der Religion, des Staates und der eigenen Dynastie mehr im Auge zu behalten als seine persönlichen Beschwerden; um so mehr, da nun alles von seinem eigenen Entschluße abhänge. Denn was die Kurfürsten betreffe, so sei es zweifellos, daß er sie seinem Willen leicht geneigt machen könne. Der Kaiser gab auf diese Vorstellung keine Antwort und so nahm die Audienz, nachdem sie etwa eine Viertelstunde gedauert hatte, ein Ende. Der Kardinal schrieb darauf nach Rom, daß Rudolf über den ihm gemachten Antrag mit Barvitius gesprochen und diesem gesagt habe, der Legat habe wohl mit seinen Behauptungen Recht und er selbst (Rudolf) sollte wohl allein das Wohl der Christenheit ins Auge fassen, aber die Zeit dafür sei bei dem Groll, den er gegen seinen Bruder fühle, nicht da. Melino suchte darauf, soviel er konnte, auf die angesehensten Mitglieder der kaiserlichen Regierung Einfluß zu gewinnen, um durch sie den Kaiser zu einem Entschluß zu bestimmen, allein er kam bald zu der Ueberzeugung von der Erfolglosigkeit dieses Weges, denn der Kaiser ließ von seinen Räthen beinahe Niemand vor sich und wen er vorließ, mit dem besprach er gewiß nicht die Königswahl. Der Kardinal faßte das Resultat seiner Beobachtung so zusammen, daß nach den vorgefallenen Ereignissen niemand anderer als Erzherzog Mathias Nachfolger im Reiche werden könne, daß aber bei der Gemüthsstimmung des Kaisers keine Hoffnung vorhanden sei, letzterer werde selbst die Hand dazu bieten, es sei denn, fügte Melino hinzu, daß er auf das äußerste die eigene Absetzung besorgen müßte, und dieser Besorgniß einen höhern Grad von Gewißheit zu geben, sei doch allzu gefährlich**).

---

*) Melino an Borghese ddo. 14. Juli . . . io supplicava SM. a considerare, che la mala satisfattione, che SM. mostrava di havere di su fratello per questo accidente, non doveva operare, che SM. restasse di far beneficio cosi notabile alla cristianità . . .

**) Melino an Kardinal Borghese ddo. 14. Juli Prag. — Wie übel berathen man ist, wenn man aus indirekten Quellen die Geschichte einer Zeit schreibt, zeigt sich bei dieser Gelegenheit. Der sächsische Gesandte in Prag Zeidler von Berbisdorf berichtet in einem Schreiben ddo. 3/13. Juli (Sächsisches Staatsarchiv Ungar., Oesterr. und Böhm. Kriegsachen Buch I Fol. I.) nach Hause, Melino habe von Rom den Auftrag gehabt, dem Kaiser die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian zur Nachfolge im Reiche vorzuschlagen; nach einer Unterredung mit den Prager Jesuiten habe er jedoch allein den Erzherzog Ferdinand in Vorschlag gebracht. Aus obiger Erzählung sieht man aber, daß der Kardinal nur einzig und allein auf Mathias hingewiesen habe. — Wir erwähnen dies, um die fast zahllose Menge von Irrthümern, welche über die Geschichte der von uns behandelten Zeit in deutschen Geschichtsbüchern festen Boden gefaßt haben, zu

Wenige Tage später machte der neue spanische Gesandte Balthasar von Zuñiga dieselbe Erfahrung. Er war von Spanien in dem Momente abgeschickt worden, in welchem man daselbst Nachricht von Mathias' Rüstungen gegen den Kaiser erhalten hatte, trotzdem kam er aber in Prag erst am 25. Juli an. Die Audienz, um welche er alsogleich ansuchte, gewährte ihm der Kaiser erst nach 13 Tagen und legte dabei dieselbe abstoßende Kälte an den Tag, über welche sich schon der Legat zu beklagen Ursache hatte; auf die Grüße von Seite des Königs von Spanien und auf einen Brief der Königin seiner Gemahlin, welches beides Zuñiga überbrachte, hatte Rudolf kein Wort freundlicher Entgegnung, ja er versäumte selbst nach der Gesundheit seiner katholischen Majestät und nach jenen Alltagssachen zu fragen, deren Erwähnung der diplomatische Verkehr fast wie ein Dogma vorschreibt. Auch Zuñiga begann seine Anrede damit, daß er im Namen Philipp's III dem Kaiser die Nothwendigkeit der römischen Königswahl vorstellte und ihn um eine Entscheidung in dieser Angelegenheit bat, weil dies das einzige Mittel sei, um mit den übrigen Erzherzogen in ein gutes Einvernehmen zu treten und ihrer Dienste sicher zu sein. Er schlug dem Kaiser keinen bestimmten Erzherzog vor, sondern bat nur überhaupt eine Wahl zu treffen. In Bezug auf den zwischen dem Kaiser und seinem Bruder abgeschlossenen Vertrag bemerkte der Gesandte, er sei eigentlich abgeschickt worden, um hiebei seine Dienste anzubieten, nachdem aber derselbe geschlossen und alles ausgeglichen sei, werde er in Prag bleiben und erwarte die Befehle des Kaisers. Leise erwiederte ihm darauf dieser im guten kastilianischen Dialekt, was das Ansuchen wegen der Nachfolge betreffe, so werde er seiner Zeit dem Gesandten einen Bescheid geben, was aber den mit seinem Bruder geschlossenen Vertrag anlange, so sei derselbe nicht gut sondern schlecht abgeschlossen worden; es wäre eine lange Geschichte, wollte er das Vorgefallene erzählen, Zuñiga könne es bei seinen Ministern erfahren. Bei diesen Worten röthete sich vor Aufregung und wie der Gesandte meinte, vor Scham das Gesicht des Kaisers, so bitter kam es ihm nämlich vor, von der erlittenen Niederlage zu sprechen. Nach Hause berichtete Zu-

---

erklären. Daß man die Betheiligung Spaniens und Roms an den Ereignissen in Deutschland vollends falsch aufgefaßt hat, ist wohl nach den bisherigen Mittheilungen ersichtlich, wird aber in der Folgezeit namentlich bei Gelegenheit des Passauer Einfalls auf das Frappanteste hervorgetreten. Aus der wohl richtigen Annahme, daß es sich Rom vor allem um die Unterdrückung des Protestantismus, Spanien dagegen um die möglichste Vergrößerung der Macht des Hauses Habsburg gehandelt habe, hat man sich ein Bild von ihrer Theilnahme an den Ereignissen zusammengestellt, dem die Wirklichkeit nicht entspricht.



ñiga, daß er mit dem Erfolge seiner Mission nur schlecht zufrieden sein könne, aber er sprach die Vermuthung aus, daß, da der Kaiser gänzlich niedergebeugt sei, er in kurzer Zeit auch in die physische Unmöglichkeit versetzt sein würde, die Regierung weiter zu führen *).

Fast im selben Augenblick, in welchem die spanisch-römische Diplomatie in Prag eine Niederlage erlitt und des Kaisers Betragen keine Hoffnung übrig ließ, daß er seinem Bruder den Weg zum deutschen Thron ebnen werde, erfreute sie sich auch in Paris keines günstigern Erfolges. Zuñiga's Mission nach Prag war keine vereinzelte; sie stand in Zusammenhang mit der Absendung Don Pedro's von Toledo, Marques von Villafranca, welcher als außerordentlicher Gesandte zu Heinrich IV geschickt worden war. Es kam Spanien vor allem darauf an, in dieser kritischen Zeit, in welcher man nicht wußte, was aus der Herrschaft der deutschen Habsburger werden würde, den gefährlichsten Gegner derselben in Unthätigkeit hinzuhalten und unschädlich zu machen. Hiezu sollte die Absendung Pedro's von Toledo dienen, welcher Heinrich IV eine Allianz mit Spanien unter verlockenden Bedingungen anbieten sollte, wobei die Niederlande der Bissen waren, den man Heinrich IV hinhielt, um seine Aufmerksamkeit von Oesterreich abzukehren.

Man begreift leicht, daß bei der politischen Richtung, welche Heinrich verfolgte, der stete Kampf in den Niederlanden ihm über die Maßen erwünscht war, weil er Spaniens Finanzen und Handel einen fortdauernden Schaden verursachte. Seit länger als einem Jahre hatten sich jedoch zahlreiche Stimmen unter den Generalstaaten selbst erhoben, welche einem Frieden mit Spanien das Wort redeten, wofern letzteres ihre Freiheit anerkennen wollte. Die veranlassende Ursache dieses Umschwunges waren theils bedeutende kriegerische Erfolge, welche die Spanier unter der Anführung Spinola's, der jetzt seine glänzende Feldherrnlaufbahn begann, errungen hatten, theils die eigene finanzielle Erschöpfung, welche es den Bürgern mehr als wünschenswerth machte, im Frieden sich zu erholen. Erzherzog Albrecht zeigte sich geneigt, mit den Holländern auf Grund ihrer Unabhängigkeit zu unterhandeln und so gewannen in der That die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß eine bedeutende Wahrscheinlichkeit. Heinrich IV war nicht sonderlich von diesem Umschwung erbaut; er suchte bei den Generalstaaten durch die mannigfachsten Machinationen die Neigung zum Frieden zu vereiteln und ihre Besorgnisse vor Spaniens Unaufrichtigkeit zu erhöhen, ja er unternahm es, wiewohl vergeblich, ihnen unter seinen deutschen Freunden neue Bundesgenossen an-

*) Archiv von Simancas 2494/83. Zuñiga an Philipp III ddo. 9. August 1608.



zuwerben, um ihre Lust zum Kriege zu erhöhen; alles dies aber hinderte nicht, daß die Friedensverhandlungen in den Niederlanden eine immer ernstere Richtung nahmen*). In diesem Stadium derselben ward Pedro von Toledo von Philipp III abgeschickt, um Heinrich den Vorschlag zu machen, er solle von der Unterstützung der Holländer ablassen, den Spaniern gestatten vollends dieselben zu unterwerfen und durch eine Wechselheirat die Interessen seines Hauses mit denen der spanischen Habsburger vereinen. Der Dauphin sollte eine spanische Prinzessin, der spanische Thronerbe eine Tochter Heinrichs heirathen, die Niederlande selbst aber nach dem unbeerbten Tode ihres gegenwärtigen Herrscherpaares dem zweiten Sohn Philipps III, der sich mit einer zweiten Tochter Heinrichs vermählen sollte, zu vollem und erblichem Eigenthum abgetreten werden. Dadurch, daß die Niederlande für immer von der spanischen Monarchie abgetrennt und wenigstens in weiblicher Linie von den Nachkommen Heinrichs IV beherrscht werden sollten, hoffte man sowohl die politische Eifersucht dieses Herrschers zu beschwichtigen, als auch seinen dynastischen Interessen zu genügen. Der Papst war dieser Ausgleichung sehr geneigt und sein Nuncius in Paris begünstigte den Plan Spaniens, nicht etwa um Frankreich zu übervortheilen, sondern um zwischen den katholischen Mächten einen Ausgleich herbeizuführen, dessen die katholische Kirche überall so dringend bedurfte.

Wohl mag Heinrich einige Augenblicke die Vortheile einer spanischen Allianz von der Seite abgewogen haben, daß durch dieselbe die Katholiken Frankreichs fester an seine Dynastie geknüpft werden konnten, und auch die Sorge für die allgemeine Anerkennung der Nachfolge seiner Kinder mag in diesem Augenblicke ein stärkeres Gewicht auf ihn ausgeübt haben als je; allein er hätte nicht der Mann sein müssen, der er war, wenn er wirklich den spanischen Anerbietungen Gehör gegeben und zur Unterdrückung der Holländer die Hand geboten hätte. Nicht nur seine Ehre als Fürst hätte er gebrandmarkt, sondern er würde thörichterweise selbst die Errichtung eines mächtigen Staates an seiner Grenze befördert haben, der durch seine Trennung von Spanien nur stärker und nicht schwächer geworden wäre und der nach einer vorüber-

*) Hiefür die Beweise bei Berger von Xivery, Heinrich an Mr. de la Boderie ddo. 14. April 1607 und in andern Briefen; in den Verhandlungen des Präsidenten Jeannin. Aus den von uns citirten Münchner und Wiener Korrespondenzen, welche die ersten Anfänge der Union erzählen, ergibt sich auch, daß Heinrich die Union zur Unterstützung der Holländer verhalten wollte. Auch bei Rommel finden sich darüber Andeutungen. — In der Lobkowitzer Bibliothek Zuñiga's Relation für Pedro von Toledo.



gehend freundlichen Haltung gegen Frankreich mit der Zeit nur sein dauernder Gegner werden konnte. Die Sendung Pedro's von Toledo konnte bei einem in seinem Reiche von den eigenen Unterthanen hart bedrängten Könige Erfolg haben, keineswegs aber bei Heinrich in der Blüthe seiner Macht. In der That erklärte sich der Letztere auf die ihm von Rom und Spanien gemachten Eröffnungen bereit, in eine Familienverbindung mit den Habsburgern einzugehen, aber nimmermehr um den Preis der Aufopferung der Holländer*).

Ein Sieg der spanischen Politik in Paris würde einen entschiedenen Rückschlag auf die deutschen und österreichischen Angelegenheiten ausgeübt haben, sie würden, wenigstens was Rudolf betrifft, die Richtung genommen haben, welche ihnen Rom und Spanien zu geben gesonnen waren, vorausgesetzt natürlich, daß diese Mächte Erzherzog Mathias' Interessen zu den ihrigen gemacht hätten. Die Verwerfung ihrer Vorschläge in Paris war gleichbedeutend mit der Entfernung jedes Druckes auf Rudolf und auf die Protestanten, namentlich auf die in der Union vertretene Aktionspartei. Die Sendung Pedro's von Toledo also, so sehr sie eigentlich nur die Niederlande betraf, übte ihre erste Wirkung auf die österreichisch-deutschen Angelegenheiten aus; ihr Mißlingen war unentbehrlich für die längere Dauer der Verwirrung in Oesterreich und Deutschland.

Jetzt kam endlich auch das deutsche Reich auf dem Kurfürstentage von Fulda nachgehinkt, um seine Meinung über die Vorgänge in Böhmen auszusprechen. So wenig der Tag von Fulda als eine Vereinigung der in ihren Absichten getheilten Kurfürsten eine gemeinschaftliche Politik aufzunehmen im Stande war und eigentlich schon viel zu spät kam, so hielt der Kurfürst von Mainz an seinem Zustandekommen dennoch fest, vielleicht auch deshalb, weil er von dem Erzherzog Maximilian ersucht worden war, die zwischen dem Kaiser und Mathias geschlossenen Verträge unter die Garantie der Kurfürsten zu stellen**). Bevor indessen die Versammlung von Fulda zu tagen begann, hielten sowohl die geistlichen als die weltlichen Kurfürsten getrennte Vorberathungen. Die erstern versammelten sich persönlich in Andernach und hier mag nach allem, was 7. Juli vorliegt, eine Mathias sehr feindselige Stimmung geherrscht haben, die namentlich von dem Kurfürsten von Köln hervorgerufen wurde. Die geistlichen Herren hatten zwar nicht den Finger gehoben, um dem

*) Berger de Xivery, Recueil de lettres missives de Henri IV, tome VII. 579. Heinrich IV an M. de Breves ddo. 23. Juli. Ranke, Franz. Geschichte II, 119.

**) Münchner Staatsarchiv 547/8, 81. Die geistlichen Kurfürsten an Kurpfalz ddo. 7. Juli 1608.

Kaiser zu helfen, und hatten ihm erst vor einigen Wochen in Regensburg jede Unterstützung in Geld verweigert, aber nun erwachte mit einemmale ihre Abneigung gegen das revolutionäre Vorgehen des Erzherzogs und weckte derart ihre Kampfluft, daß sie nichts geringeres als die vollständige Wiederherstellung der Herrschaft des Kaisers in Angriff nehmen wollten. Sie beschloßen demgemäß die Absendung eines Gesandten nach Prag, welcher Rudolf ihre Hilfe anbieten sollte, wenn er wieder den Besitz des Verlornen erringen wollte*). Nicht so hitzig wurden die Rechte des Kaisers in Hof vertheidigt, wo sich fast um dieselbe Zeit die Gesandten der weltlichen Kurfürsten versammelten. Welche Sprache daselbst Sachsen und Brandenburg führten, ist uns nicht bekannt; die Aufträge, welche der Pfalzgraf seinen Gesandten gab, zeigen, daß er noch immer nach Gelegenheit haschte, sich in die österreichischen Angelegenheiten einzudrängen. Er wollte die übrigen Kurfürsten zu einem energischen Tadel gegen die Verträge von Lieben hinreißen, weil sie ohne ihre Theilnahme abgeschlossen worden waren und zeigte sich bereit, falls Kurbrandenburg gleiche Lust dazu hätte, zur Absetzung des Kaisers die Hand zu bieten, um dadurch desto sicherer Mathias' ferneren Ansprüchen zu begegnen**). Es ist nicht zu zweifeln, daß Sachsens dem Kaiser geneigte Haltung solche Anschläge gegen seine Stellung im Keime zu nichte machte.

Zu dem Kurfürstentag, der endlich, nachdem diese beiden Versammlungen zu Ende waren, in Fulda abgehalten wurde, schickten sowohl Rudolf als Mathias ihre Gesandten, beide getrieben von verschiedenen Absichten. Der Kaiser beabsichtigte seinerseits nichts geringeres, als Klage wider seinen Bruder zu führen und verlangte sogar von dem Kurfürsten von Mainz ein Gutachten, in wiefern er denselben wegen „fürgegangener Attentate" zur Strafe ziehen könnte***), während andererseits Mathias bei den Kurfürsten die Billigung seiner Handlungsweise durchsetzen und damit den Weg zum deutschen Throne sich ebnen wollte. Als die Verhandlungen in
29 Juli Fulda, wo die Kurfürsten nicht persönlich erschienen, sondern nur durch ihre Gesandten sich vertreten ließen, ihren Anfang nahmen, wurde zuerst die Frage aufgestellt, welche Stellung das Reich gegen die Verträge zwischen dem Kaiser und seinem Bruder einzunehmen habe. Obwohl alle Kurfürsten, wenngleich aus verschiedenen Gründen, mit dem Ausgange des Streites

*) Archiv von Simancas, 988. Melino an Borghese ddo. 18. August.

**) Münchner Staatsarchiv 547/6, 50. Instruction des Pfalzgrafen für seine Gesandten in Hof.

***) Brüsseler Archiv: Secret. d'Etat Allem. Carton 163. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 5. Juli.

unzufrieden waren, und die Gesandten in ermüdender Breite gegen die Verletzung der Reichshoheit und der kurfürstlichen Rechte klagten, so kam man doch nach mehrtägigen und heftigen Debatten zu keinem andern Schluße, als daß man über den geschlossenen Vergleich weiter kein Urtheil abgeben wolle, für die Zukunft aber energisch dagegen protestire, daß dergleichen Verträge je mehr ohne Betheiligung des Reiches abgeschlossen würden. Die Vertreter der geistlichen Kurfürsten mußten sich dieser ausweichenden Beurtheilung auch anschließen, da ihre Herren von Prag noch keine Nachricht hatten, wie der Kaiser ihre Anerbietungen aufnehmen werde. Als bei den Berathungen vielfach das Betragen des Kaisers erörtert wurde, konnten sich einzelne der Gesandten nicht der Bemerkung enthalten, daß derselbe wohl selbst seine Leiden verschuldet habe; gegen eine solche Auffassung traten aber sowohl Sachsen als Köln entschieden auf, ja der kölnische Gesandte nahm keinen Anstand, den Erzherzog Mathias auf das heftigste anzugreifen und geradezu einen Majestätsverbrecher zu nennen. Nach diesen lebhaften, nichtsdestoweniger aber resultatlosen Debatten kamen verschiedene Reichsangelegenheiten zur Sprache; zuerst versäumten die pfälzischen Gesandten nicht gegen die bisherige Zusammensetzung des Reichshofrathes und seine Jurisdiktion Einsprache zu erheben, was wiederum eine Gegenantwort von Seite Sachsens zur Folge hatte, welches in energischer Weise die kaiserlichen Rechte vertheidigte. Auch auf die Lage Donauwörths wurde die Aufmerksamkeit gelenkt. Die protestantischen Kurfürsten, obwohl nicht alle gleich eifrig, verlangten eine gemeinschaftliche Intercession für die Reichsstadt, welche, wie zu erwarten stand, von den geistlichen verweigert wurde. In diesem Stadium der Verhandlungen traf die Nachricht ein, daß der Kurfürst von Brandenburg gestorben sei; die brandenburgischen Gesandten erklärten, nun nicht weiter an den Berathungen theilnehmen zu können und auch die Mehrzahl der übrigen Gesandten benützte dies Ereigniß, um den Tag von Fulda abzubrechen und dem kaiserlichen Gesandten einen abschlägigen Bescheid zu geben, als dieser schließlich im Namen seines Herrn um Wiederaufnahme des abgebrochenen Reichstags und um vorläufige Auszahlung von 25 Römermonaten bat*).

*) Sächsisches Staatsarchiv. Acta des zu Fulda gehaltenen Kurfürstentags 7387. Fol. 73—149. Protokoll des Kurfürstentags ddo. 19/29. Juli bis 28. Juli/7. Aug. — Münchner Staatsarchiv 547/8, 95. Kurpfälzische Instruktion für den Tag von Fulda ddo. 12/22. Juli. — Bernburger Archiv F. I, 228/279. Plessen an Anhalt ddo. 24. Juli/3. August Fulda . . . Seulement on a conclu, qu'il n'est pas expedient de reprouver n'y approuver les traitéz de Bohême. — Münchner Staatsarchiv F. 547/7, 337 Camerarius an den pfälz. Kanzler Christoph von der Grün ddo. 24. Juli 1608 A. St.



Mittlerweile war der Rath des Kurfürsten von Köln, der Kanonikus Hennot im Auftrage der geistlichen Kurfürsten nach Prag gekommen und hatte dem Kaiser Briefe von ihnen überreicht, in welchen sie sich zu jeder Hilfeleistung erboten; sie machten in denselben sogar Rudolf, fast möchten wir sagen, zärtliche Vorwürfe, daß er ihre thätige Hilfe nicht in Anspruch genommen habe und versicherten ihn schließlich, daß sie an ihm als ihrem Kaiser festhalten wollten, so lange er lebe und die Last der Regierung weiter tragen könne. Rudolf dankte für diese Anerbietungen und entschuldigte seine Saumseligkeit, in der Aufforderung an die geistlichen Kurfürsten ihm zu Hilfe zu eilen, damit, daß er nicht einmal Zeit dazu gehabt habe, denn der Erzherzog habe ihn ganz „unversehens überfallen*)". Er drückte bei dieser Gelegenheit zugleich den Wunsch nach einer persönlichen Zusammenkunft mit den Kurfürsten aus und meinte, daß für alles erlittene Ungemach wohl Hilfe sei, sobald er von ihnen in der That Unterstützung erlangen würde.

Hennot hatte ursprünglich den Auftrag erhalten, dem Kaiser im Namen der geistlichen Kurfürsten geradezu Hilfe „zur Wiedergewinnung der verlorenen Länder" anzubieten; unmittelbar vor seiner Abreise von Köln wurde ihm aber diese weitgehende Vollmacht wieder entzogen und er nur zu jener oben erwähnten allgemeinen Anerbietung von Hilfeleistungen ermächtigt. Wahrscheinlich war es die Absicht der Kurfürsten, sich erst durch ihren Gesandten einen genauen Bericht über die Verhältnisse in Oesterreich erstatten zu lassen, bevor sie sich dem Kaiser zu einer so weitgehenden Unterstützung verpflichten wollten. Als Hennot in Prag anlangte, traf er daselbst auch den päpstlichen Legaten an, mit dem er natürlich nicht nur seine Aufträge besprach, sondern dessen Ansichten er auch einholte. Die Belehrungen Melino's, die offenen und aufrichtigen Mittheilungen des Geheimrathes Barvitius und endlich eigene Beobachtungen brachten dem Gesandten sehr bald die Ueberzeugung bei, daß seine Auftraggeber bei ihren Beschlüßen von einer vollständigen Unkenntniß der Sachlage ausgegangen seien. Der Kardinal bezeichnete ihm die Wiedereinsetzung des Kaisers in seine frühere Herrschaft als eine bare Unmöglichkeit, als einen Versuch, der geradezu erst recht zu seinem völligen Verderben ausschlagen würde, weil Mathias nie in eine Abtretung des Gewonnenen willigen könnte und nur gezwungen würde, sich des Restes zu bemächtigen; ja er fügte noch hinzu, daß eine Unterstützung des Kaisers, weit gefehlt der Religion zu dienen, ihr gerade den völligen Untergang bereiten würde. Barvitius

*) . . . perchè el Arciduca le haveva asaltato all improviso. Melino an Borghese.



sagte, die Kurfürsten hätten nur aus Unkenntniß der wahren Lage der Dinge und der Unfähigkeit des Kaisers zur Regierung Hennot mit solchen Aufträgen nach Prag schicken können. Der Gesandte war so von der Richtigkeit dieser Ansichten überzeugt, daß er in Prag erklärte, er könne seinem Herrn nach der Lage der Dinge zu nichts anderem rathen, als höchstens zur Unterstützung des Kaisers, im Falle er von seinem Bruder angegriffen würde.

Damit aber, daß sich die geistlichen Kurfürsten, nachdem sie eine nüchterne Anschauung von den Verhältnissen an dem kaiserlichen Hofe gewonnen hatten, einfach zurückzogen und nichts mehr über eine Hilfeleistung verlauten ließen, war die Sache nicht abgethan. Der Kaiser, gebeugt von den erlittenen Niederlagen und von den neuerlichen Anträgen Melino's und Zuñiga's, und ohne irgendwo einen Freund zu finden, würde sich mit oder gegen seinen Willen in das Unvermeidliche gefügt und seinen Bruder wenigstens für eine Zeit in Frieden gelassen haben. Aber die unvernünftigen Anerbietungen der geistlichen Kurfürsten goßen Oel ins Feuer und mit wilder Leidenschaft dachte Rudolf einige Wochen lang mit Gewalt wieder zu erringen, was er eben verloren. Statt an die mit seinem Bruder bedungene Entwaffnung Hand anzulegen, ertheilte er Patente zur Anwerbung frischer Truppen und betrieb die Sache mit solcher Eile, daß Žerotin in Mähren bereits Vorbereitungen treffen zu müssen glaubte, um dem erwarteten Einfall zu begegnen*). Zwar erlosch Rudolfs Kriegseifer bald wieder, da demselben schließlich alle Mittel gebrachen, und die Rüstungen hielten wieder inne, aber von dem Gedanken, daß es ihm durch politische Machinationen gelingen könne, gegen Mathias das zu erreichen, was diesem eben gegen ihn selbst gelungen war, davon ließ er nicht mehr ab, und darnach richtete er jetzt seine Politik ein. Sein Ziel war der Wiedergewinn des Verlorenen, gleichgiltig auf welchem Wege und um welchen Preis. Daß er aber diese Wege einschlug, daran trugen eben die unvorsichtigen Beileidsbezeigungen der geistlichen Kurfürsten große Schuld. Als diese sich zurückzogen und den Kaiser sich selbst überließen, warf sich dieser geradezu dem bittersten Gegner seines Hauses in die Arme und wir werden bald sehen, wie er sich mit dem Fürsten von Anhalt gegen seinen Bruder zu verbinden suchte.

---

*) Brüsseler Staatsarchiv. Vischers Berichte. — Chlumecky: Karl von Zerotin.

Sechstes Kapitel.

I. Mathias' Haltung nach seinem Siege. Beginn seines Zerwürfnisses mit den Oesterreichern. Huldigung in Mähren. Prätensionen der Oesterreicher. Krönung in Ungarn. — II. Anhalts Verhältniß zu den neuen Wirren in Oesterreich. Seine Absicht die Union über Oesterreich, Ungarn und Mähren auszudehnen. Heinrichs IV Stellung zur Union. Versuch Venedig der Union zu gewinnen. Dohna in Venetig, Sedan und Paris. Die Zusammenkunft in Wittingau. Žerotins Verhalten. — III. Anhalts Plan, Mathias mit Hilfe Rudolfs zu stürzen. Illeshazy. Beginn der Verhandlungen Anhalts mit Rudolf. Des Kaisers Hoffnungen auf den Wiedergewinn des Verlorenen. Erzherzog Leopolds Sendung nach Wien. Anhalts weiterer Verkehr mit dem Kaiser. Seine und Tschernembls Entwürfe einer Befriedigung der Oesterreicher. Gesandtschaft der Horner nach Mähren und Ungarn. — IV. Anhalts stetes Bemühen die Verhandlungen mit Mathias resultatlos zu machen. Er wird von Žerotin und von der Union selbst durchkreuzt. Gesandtschaft der Union nach Oesterreich. Des Kaisers Ungeduld wegen der Zögerungen Anhalts. Mathias entschließt sich zur Nachgiebigkeit. Beginn der Verhandlungen in Wien. Tschernembls und Anhalts Versuche sie zu nichte zu machen. Žerotin bringt glücklich den Vergleich zwischen Mathias und den Hornern zuwege. Schlußbetrachtungen.

I

Wenn Mathias bei seinem Rückzuge aus Böhmen die Ereignisse der letzten Monate überblickte, konnte er sich nicht verhehlen, daß er vom Glücke in ganz außerordentlicher Weise begünstigt worden sei, daß Katholiken und Protestanten mehr oder weniger hilfreich die Hand ihm geboten hatten und daß ihm nur dadurch sein rascher und blutloser Sieg gelungen war. Es war nun eine natürliche Folge, wenn sich alle diejenigen, welche an seiner Erhöhung mitgewirkt hatten, um ihren Lohn bewarben und nach dem Antheil, welchen an demselben die Stände von Ungarn, Oesterreich und Mähren und unter diesen wieder der protestantische Theil gehabt hatte, konnte wohl nicht zweifelhaft sein, wen Mathias zu befriedigen trachten müsse. Allein wie so oft vor kurzem erwiesene Dienste uns häufig auf große Wohlthaten vergessen machen, welche wir vor längerer Zeit empfangen haben, so wendete auch Mathias mit einemmale seine Aufmerksamkeit auf das zuvorkommende Benehmen, dessen

er sich von den Vertretern Spaniens und Roms zu erfreuen gehabt hatte; er hörte nur zu oft ihre mündlichen und schriftlichen Versicherungen, daß, wenn er das Wohl der katholischen Kirche stets vor Augen haben werde, man über die Art und Weise, wie er zu seinem jetzigen Besitz gelangt sei, nicht grübeln, sondern ihn auch fernerhin unterstützen werde. Spaniens und Roms Freundschaft, das hoffte Mathias, würden ihm am Ende gewiß zum Besitz der böhmischen und deutschen Krone verhelfen; er durfte auch von Beiden auf Subsidien rechnen, wenn er ihnen nicht Ursache zum Mißfallen gab, und Geld benöthigte seine erschöpfte Kasse fast so wie die des Kaisers. Was war natürlicher, als daß er diesen Hoffnungen mehr Aufmerksamkeit zuwendete, als der Befriedigung seiner Bundesgenossen, welche er bereits als seine Unterthanen ansah.

Den ersten Schritt auf diesem Wege der möglichsten Schonung der zwar nicht durch seine Schuld, aber doch durch seine Theilnahme arg gefährdeten katholischen Interessen machte er, indem er abermals eine Vereinigung aller Prinzen des Hauses anstrebte, um durch sie gewissermaßen nachträglich den Zug gegen den Kaiser billigen zu lassen und an ihnen eine Stütze für sich selbst zu gewinnen. Mit Maximilian scheint er von Prag her wieder in ein vollständiges Einvernehmen getreten zu sein; es handelte sich also nur um den Repräsentanten der Grazer Linie, Erzherzog Ferdinand. Mathias, ein versöhnlicher und nachgiebiger Prinz, vergaß schnell auf die feindliche Rolle, welche Ferdinand in Regensburg gespielt hatte und lud den letztern in der verbindlichsten Weise zu einer persönlichen Zusammenkunft ein, an der auch andere Erzherzoge theilnehmen sollten. In der That fand diese am 24. Juli in Schottwien 1608
statt und es erschienen dabei neben Mathias und Maximilian auch Ferdinand, Maximilian Ernst und Leopold von der steirischen Linie. Obwohl anfangs mancherlei Differenzen zur Sprache kamen und Mathias es selbst an Angriffen gegen Ferdinand nicht fehlen ließ, so kam doch rasch eine Einigung zu Stande und die anwesenden Erzherzoge entschlossen sich, offen für den Senior unter ihnen, für Mathias aufzutreten und sowohl bei den Kurfürsten als auch beim Kaiser darum anzusuchen, daß die Nachfolge im deutschen Reich zu Gunsten desselben ohne längere Zögerung entschieden werde. Wie wenig sowohl die geistlichen als die weltlichen Kurfürsten zu einem Eingehen auf diese Bitte eben jetzt geneigt waren, wissen wir; was den Kaiser betrifft, so sagte er offen, als er von den Verhandlungen zu Schottwien Nachricht erhielt: lieber wolle er todt sein, als in Erzherzog Mathias seinen Nachfolger sehen*).

*) Brüsseler Archiv. Secretairie d'Etat Allem. Carton 163. Bischer an Fech-

Bevor noch Mathias wissen konnte, welch' geringen Erfolg namentlich in Deutschland das Ansuchen der Erzherzoge haben werde, wurde er von seinen neuen Unterthanen daran gemahnt, daß sie keineswegs von gleichem Interesse für seine Erhebung beseelt seien und daß er mit oder gegen seinen Willen jetzt ihnen seine Aufmerksamkeit zuwenden müsse. Nach seiner Rückkehr nach Wien wollte er die Huldigung in den abgetretenen Ländern entgegennehmen und zwar zuerst in Oesterreich und Mähren, worauf er nach Ungarn zur Krönung zu reisen gedachte. Kaum daß er jedoch diese Absicht kundthat, so versammelten sich auch schon die Abgeordneten von Oberösterreich unter Tschernembls Einwirkung in Linz und verbanden sich daselbst, dem Erzherzog nicht früher zu huldigen, bevor nicht ihren Beschwerden abgeholfen und namentlich die Religionsübung freigegeben sei. Noch vor Empfang einer Antwort eröffneten sie wenige Tage später überall den protestantischen Gottesdienst und bemächtigten sich des Linzer Schlosses und der Regierung im Lande mit der Behauptung, daß letztere ihnen allein zustehe, bevor sie nicht die Huldigung geleistet hätten, ja sie setzten selbst die Höflichkeit aus den Augen und verstatteten nicht einmal dem Erzherzog Maximilian, als dieser von Passau nach Wien reiste und im Linzer Schloß absteigen wollte, eine Unterkunft in demselben*). Ihrem Beispiele folgten die niederösterreichischen Protestanten, indem sie mit gleicher Heftigkeit vollständige Religionsfreiheit begehrten und aus diesem Grunde dem Ansuchen der Oberösterreicher sich anschlossen, doch wagten sie es nur in einem einzigen Falle, sich faktisch in den Besitz der begehrten Freiheit zu setzen.

Diese Forderungen waren wohl die hauptsächlichste Veranlassung, daß Mathias sich entschloß, zuerst in Mähren sich huldigen zu lassen, um dann auf dieses Beispiel gestützt, die Oesterreicher leichter zur Nachgiebigkeit zu vermögen; denn wenn er auch geneigt war, in allem eine geordnetere Regierung als die Rudolfs einzuführen und dem Adel in seinem Bekenntnisse keine Gewalt anzuthun, so wollte er sich doch für die Städte

---

hammer ddo. 4. August. — Hurter: Ferdinand II, Bd. VI S. 72. — Simancas 990/2. Aytona an Philipp III ddo. Rom den 8. Feber 1609. Die geistlichen Kurfürsten hatten dem Papst selbst ihre entschiedene Abneigung erklärt, Mathias je zum Kaiser zu wählen. Der spanische Gesandte, der in Rom den Papst für Mathias gewinnen sollte, schreibt an Philipp III: V. M. me tiene mandado, que yo haga instancia con S. S. a que ayude que el Rey de Ungria sea elegido por Rey de Romanos. El Papa me responde, que ningun Elector esta inclinado a ello y mucho menos los Ecclesi; asticos y que el Elector de Colonia lo dize muy claro.

*) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 5. Ducker an Anhalt ddo. 3. Jänner 1609.

unbedingt zu keinen Konzessionen entschließen und gerade um diese handelte es sich. — Vor seiner Ankunft in Mähren hatte sich bereits ein außerordentlicher Landtag in Olmütz versammelt, welchem Žerotin Bericht von den Vorgängen in Böhmen und von den für Mähren errungenen Freiheiten erstattete. Der Landtag war nicht nur mit dem Geschehenen völlig zufrieden, sondern wählte auch Herrn von Žerotin zum Landeshauptmann, übergab ihm so die Regierung des Landes und lud darauf den Erzherzog Mathias ein, die Huldigung der Einwohner entgegenzunehmen, indem er zugleich dieser Einladung die Bitte anhängte, derselbe möge die freie Religionsübung als allgemein giltiges Gesetz bestätigen. Obwohl sich dieser Bitte auch die Katholiken angeschlossen und sie mit ihrer Namensunterschrift versehen hatten, so wandten sich doch einige insgeheim nach Wien und baten den Erzherzog dringend, derselben nicht nachzugeben. Es war vor allem der Kardinal, welcher diese zweideutige Rolle spielte, Mathias zum Widerstand aufforderte und Khlesl insbesondere ersuchte, seinen ganzen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen*).

Die Huldigung war auf den 25. August anberaumt und zu diesem Ende ein gleichzeitiger Landtag nach Brünn ausgeschrieben worden. Mathias langte am bestimmten Tage in dieser Stadt an und erfreute sich der festlichsten Aufnahme; die Huldigung selbst wurde aber auf einige Tage verschoben, da indessen der Landtag eröffnet und seine Wünsche gehört werden mußten. Die Frage wegen allgemeiner und bedingungsloser Gewissensfreiheit kam natürlich zuerst in demselben zur Sprache. Während die Protestanten das Verlangen stellten, der Erzherzog solle vor der Huldigung sich zu deren Gewährung verpflichten, traten einzelne Katholiken energisch dagegen auf und selbst Mathias gab die Erklärung ab, daß er lieber auf die Herrschaft verzichten, als eine unbedingte und allgemeine Glaubensfreiheit zugestehen wolle. Diesem Streit, der, wenn man allen Verhältnissen billige Rechnung trägt, in jener Zeit nicht so leicht wie in unseren Tagen zu entscheiden war, weil die kirchlichen Verhältnisse zu eng mit den staatlichen verflochten waren, und der bereits die Gemüther so entflammte, daß ein Ausgleich gar nicht möglich schien, gab Žerotin durch sein maßvolles und friedfertiges Auftreten einen unerwarteten und doch befriedigenden Ausgang. Er beredete seine Freunde, von ihren Forderungen in so weit abzulassen, daß man sich mit dem Zustand faktischer Glaubensfreiheit, wie er fast überall in Mähren Geltung hatte, begnüge und bloß jetzt bestimme, daß Niemand um der Religion willen verfolgt werden solle. Mit diesem Vorschlag war allerdings den königlichen Städten

*) Chlumecky: Karl von Zierotin S. 507.

am wenigsten genügt, denn ihnen war, falls er angenommen wurde, die öffentliche Ausübung der protestantischen Religion nach wie vor untersagt und nur gestattet, den Gottesdienst in den Kirchen ihres Glaubens, welche außerhalb des städtischen Weichbildes auf den Gründen des benachbarten Adels lagen, zu besuchen. Dennoch veranlaßte Žerotin seine Freunde zur Annahme dieser beschränkenden Bedingungen, weil er hoffen mochte, daß die Zeit schließlich zwischen den religiösen Parteien einen Friedenszustand anbahnen werde und daß derselbe gewiß gesicherter sei, wenn die Katholiken nicht zu sehr in dem, was ihnen Recht schien, verletzt würden. Von der Zukunft erwartete er also die Ausgleichung, welche in der Gegenwart unmöglich schien. Nachdem die religiöse Frage so geordnet war, fand bezüglich der politischen schnell eine Einigung statt, da Mathias den Forderungen des Adels, die ihre Herrschaft im Lande zum Zweck hatten, keinen Widerstand entgegensetzte. So fand die Huldigung weiter kein Hinderniß und sie wurde dem Erzherzog am 30. August in der Michaelskirche in Brünn geleistet*). Am 4. September reiste er nach Wien zurück.

Zwischen den ober- und niederösterreichischen Protestanten war indessen eine solche Einigung vor sich gegangen, daß auch die letztern entschlossen waren, die Huldigung nicht zu leisten, bevor ihren religiösen Forderungen nicht genügt wäre; beide beriefen sich hiebei auf die Konzession Maximilians II. Was nun diese Konzession betrifft, so suchten ihr die Stände eine solche Deutung zu geben, als ob sie mit ihren religiösen Forderungen im Rechte wären, thatsächlich gestattete aber dieselbe nur dem Adel in seinen Burgen und Häusern freie Religionsübung. Indem nun die Protestanten gleiche Freiheit auch für ihre Unterthanen und für die Städte beanspruchten, traten sie entschieden aus dem Kreise der mehrerwähnten Konzession heraus und machten also ihre Huldigung nicht von der Bestätigung hergebrachter Rechte, sondern von ihrer Vermehrung abhängig. Wir wollen hiebei weiter kein Gewicht darauf legen, daß nach den Behauptungen der Katholiken Mathias nicht einmal zur Aufrechthaltung und Bestätigung der mehrerwähnten Konzession verpflichtet war, da sie kein Privilegium oder Grundgesetz, sondern nur ein für die Lebensdauer Maximilians II giltiges Zugeständniß war**). Denn die während Rudolfs fast gesammter Regierungsdauer eher erweiterte als geschmälerte Religionsfreiheit hatte bereits das nicht unbedeutsame Recht

*) Chlumecky: Zierotin S. 519.

**) Diese Behauptung stellte auch Mathias auf. Münchner Staatsarchiv 547/10, 243 Mathias' Instruktion für Ferdinand zu Concin zu seiner Reise zu den Unionsfürsten ddo. 11. Jänner 1609.

langen Bestehens für sich. Die Protestanten begnügten sich jedoch nicht mit ihrer willkürlichen Erklärung des unter Maximilian erlangten Zugeständnisses, die Oberösterreicher gingen unter Tschernembls bestimmendem Einfluß noch um einen sehr bedeutenden Schritt weiter vor. Sie erklärten nämlich, daß, nachdem Rudolf die Regierung über das Land niedergelegt habe, dieselbe ihnen so lange gebühre, so lange sie nicht seinem Nachfolger die Huldigung geleistet hätten. Wenn diese Behauptung ihre Richtigkeit hatte, dann war Mathias' Stellung eine sehr trübe, denn ihm blieb nichts anderes übrig, als allen ständischen Forderungen, welcher Art immer, nachzugeben. Aber so wie in der Erklärung der Konzession Maximilians II die Behauptungen der gesammten österreichischen Stände durch nichts begründet waren, so litten auch jetzt die der Oberösterreicher, daß den Ständen beim Regierungswechsel so lange alle Regierung gebühre, als sie nicht die Huldigung geleistet hätten, an einigen Sprüngen im Beweise. Allerdings ist es unbestreitbar, daß mehrmals der Fall eingetreten war, in welchem die Stände an der Regierung des Landes in solchen Zwischenzeiten Antheil hatten, aber allemal war dies entweder während der Minderjährigkeit des Erben, oder bei Zwistigkeiten im Erzhause und ähnlichen Ereignissen, welche für ständische Uebergriffe günstig waren, eingetreten und es folgte keineswegs daraus das Recht*), die Regierung des Landes für sich selbst zu führen oder die Huldigung zu verweigern, wenn der Landesfürst eine Erweiterung ihrer Privilegien nicht zugeben wollte.

Als nun Mathias nach Wien zurückkehrte, wollte er daselbst die Huldigung der niederösterreichischen Stände entgegennehmen, mußte aber bei den Einwendungen der Protestanten gleich anfangs auf seinen Wunsch verzichten und sich die Einberufung eines Landtages gefallen lassen, der über die strittigen Forderungen berathen sollte. Hatten die Protestanten schon außerhalb des Landtags fest auf eine allgemeine Religionsfreiheit gedrungen, so war dies noch mehr jetzt der Fall und alle Einwendungen des Erzherzogs, daß sie nicht das Recht hätten, ihm die Huldigung zu verweigern, wenn er die bisherigen Gerechtsame bestätige, halfen zu nichts. Sie erwiederten mit einer schlagenden Folgerichtigkeit, daß, da sie nur deshalb von Rudolf sich getrennt hätten, weil derselbe ihren Beschwerden nicht abgeholfen habe, eigentlich jeder Grund zum Wechsel der Herrschaft weggefallen sei, wenn Mathias ihren Bitten nicht nachgeben wolle**). Der fortgesetzten Unnachgiebigkeit des Erzherzogs setzten die Protestanten

*) Die Streitschriften der Protestanten bei Raupach.

**) Stülz: Zur Charakteristik Tschernembls im Archiv für österreichische Geschichte 19. Band.



endlich einen entscheidenden Schritt dadurch entgegen, daß sie plötzlich 14. Sep. Wien verließen und nach Horn abreisten, um da ihr weiteres Benehmen zu regeln. Von dortaus mahnten sie die katholischen Standesgenossen, die Huldigung nicht eher zu leisten, so lange nicht ihren Forderungen genügt sei, weil ein so einseitiges Vorgehen den gemeinsamen Freiheiten nur zum Nachtheil gereichen könnte. Hierin jedoch täuschten sie sich, denn nach mehreren vergeblichen Aufforderungen an die Horner zur Rückkehr, entschloßen sich die katholischen Stände getrennt zur Huldigung und leisteten dieselbe am 8. Oktober in Wien. Ihrem Beispiele folgten zwei protestantische Herren und sämmtliche niederösterreichische Städte. Dagegen wurden die Protestanten in Horn zur Ausdauer durch den Beitritt der oberösterreichischen Glaubensgenossen aufgemuntert. In der Geschichte erhielten sie alle nach ihrem Versammlungsort den Namen die Horner.

Da auch die weitern Bemühungen des Erzherzogs, die Protestanten zur Nachgiebigkeit zu vermögen, nichts fruchteten, so reiste derselbe nach Preßburg ab, woselbst seine Krönung zum Könige von Ungarn am 20. Oktober stattfinden sollte. Vor seiner Ankunft war von Seite der Horner Tschernembl dahin geschickt worden, um die Ungarn zur Verweigerung der Krönung zu vermögen, so lange nicht den Forderungen der Oesterreicher genügt sei, und in der That mahnte er sie an die Verpflichtungen, welche das Sterboholer Bündniß den Ständen Ungarns, Mährens und Oesterreichs zu gegenseitiger Hilfeleistuug auflege. Man muß wohl gestehen, daß die Ungarn um so mehr verpflichtet waren, den Wünschen der Oesterreicher Rechnung zu tragen, da sie selbst im Begriffe waren, Forderungen an ihren König zu stellen, welche die der Oesterreicher in vieler Beziehung überboten. Auch entschloß sich wirklich ein Theil der Ungarn die Wünsche der letztern auf das kräftigste zu unterstützen und als Mathias in Preßburg anlangte, verlangte man von ihm nichts weniger als eine völlige Freigebung der Religion im Erzherzogthum. Eine ungarische Gesandtschaft reiste noch überdies nach Wien, um sich bei Maximilian, der indessen mit der Regierung Oesterreichs beauftragt war, für die Horner zu verwenden, doch ließ es dieselbe zugleich nicht an Worten fehlen, um auch die letztern zur möglichsten Nachgiebigkeit und zur Vermeidung eines innern Krieges zu mahnen. Mathias selbst beeilte sich durch Gewährung wichtiger Zugeständnisse an die Ungarn die Krönung zu beschleunigen, damit nicht die Berichte der ungarischen Gesandtschaft aus Wien eine ungewünschte Verzögerung herbeiführen möchten *). Auch die

*) Bernburger Archiv. Reg. VI. B. IV. Vol. XI. 1310. Die Vertreter der Horner an die in Horn versammelten Stände ddo. 19. Nov. 1608.



Herstellung der Palatinswürde bewilligte er und ihre Uebertragung an den viel genannten Illeshazy, welchen er sich noch überdies durch eine bedeutende Schenkung mit Gütern, welche dem Graner Erzbisthum gehörten, verband. So fand endlich die Krönung selbst am 19. November statt. In 23 Artikeln, in welchen die zwischen Mathias und den ungarischen Ständen vereinbarten Bedingungen zusammengefaßt waren, war der Sieg des Ständestaates und der magyarischen Suprematie vollständig entschieden und die öffentlichen Verhältnisse in Ungarn näherten sich wieder der gesetzlichen Zerfahrenheit, wie sie unter der traurigen Herrschaft der Jagellonen bestanden hatte. Mathias führte fortan den Titel eines Königs. Das Gebiet, welches er in Ungarn beherrschte, war dasselbe, welches dem Kaiser nach dem Zsitwa-Toroker Frieden übrig geblieben war. Denn obwohl Bocskay, wie wir erzählt haben, bereits im Jahre 1606 starb, so blieb die Trennung Siebenbürgens und des damit zusammenhängenden ungarischen Gebietes nach wie vor aufrecht erhalten. Unmittelbar nämlich nach Bocskay's Tode bemächtigte sich Sigmund Rakoczy der Herrschaft daselbst und als er derselben halb freiwillig halb gezwungen entsagte, folgte ihm mit Bewilligung der Pforte Gabriel Bathory. Auch die Stände Ungarns und Mathias erkannten ihn als Großfürsten von Siebenbürgen an und so blieben die territorialen Verhältnisse Ungarns nach den Bestimmungen des Wiener und Zsitwa-Toroker Friedens festgesetzt.

II

Nach der Huldigung in Mähren und nach der Krönung in Ungarn erschienen die Oesterreicher gleichsam isolirt und in ruhigeren Zeiten würden sie kaum ihren Widerstand weiter fortgesetzt haben, da Mathias offen und ehrlich zur Einhaltung der Konzession Maximilians II sich erbot und nur nicht jene willkürliche Erklärung derselben zugeben wollte, welche die Protestanten ihr zu geben beliebten. In Mähren hatten sich die Stände mit dem Herkommen begnügt, in Ungarn waren die weit gehenden Forderungen derselben in der Verfassung guten Theils begründet; dem historischen Rechte hatte also Mathias überall genügt, und dieses wollte er auch den Oesterreichern nicht weiter schmälern. Aber da dasselbe den letztern nicht genügte, so blieben sie auch nach der Preßburger Krönung bei der Forderung allgemeiner Religionsfreiheit und bei dem Verlangen nach der praktischen Durchführung religiöser Gleichberechtigung im staatlichen Leben und zeigten sich entschlossen den Widerstand bis aufs äußerste zu treiben, falls ihren Wünschen nicht genügt würde.



Die Entschlossenheit der Horner hatte nur zum geringsten Grade ihren Grund in dem Vertrauen auf die eigenen Mittel, wiewohl dieselben bei dem innigen Anschluß aller Protestanten nicht zu unterschätzen waren, sondern sie stützte sich erstens auf die Berechnung, daß die Mährer und Ungarn, trotzdem sie sich von der Sache der Oesterreicher getrennt zu haben schienen, schließlich doch nicht ihre Unterdrückung zugeben würden und zweitens und dies hauptsächlich auf die Hoffnungen, welche Anhalts Agenten in ihren Herzen rege gemacht hatten und welche im äußersten Falle eine Unterstützung durch die Union in Aussicht stellten. — Einige Tage nach den Liebner Verträgen zeigte sich Anhalts Politik nach allen ihren Richtungen als eine schwankende; nachdem sein Versuch, sich zwischen Rudolf und Mathias einzudrängen, vereitelt worden war, wußte er nicht, auf welche Seite er sich stellen, ob er sich dem erstern oder dem letztern nähern sollte. Dies Gepräge der Unentschiedenheit zeigte sich ganz besonders in den Anträgen, welche er bei dem zweiten Unionstag stellte, welcher sich gleichzeitig
7. Aug. mit dem Konvent in Fulda zu Rottenburg an der Tauber versammelte. Er schilderte daselbst die Gefahren, welche der Sache der Protestanten noch immer in Oesterreich und zwar von Seite des Kaisers drohten, er beschuldigte den in Prag weilenden Legaten Melino, daß er den Kaiser gegen seinen Bruder reize und zur Ergreifung der Waffen aufmuntere. Anhalt empfahl dem zufolge den Mitgliedern der Union, ihre Rüstungen fortzusetzen und für alle Fälle gewaffnet zu sein, um bei jedem Zusammenstoß eine entscheidende Rolle zu spielen. Der Beschluß, welchen die Mitglieder der Union in Folge dieser Mittheilungen faßten, lautete dahin, man wolle sich nicht bloß der Protestanten in Oesterreich annehmen, um ihre Unterdrückung hintanzuhalten, sondern Mathias selbst Hoffnung auf Unterstützung machen, falls er von Spanien, Rom oder dem Kaiser einem Angriffe ausgesetzt sein sollte *).

Die absolute Ruhe, in welcher Spanien und Rom in der Folgezeit verharrten und die Ohnmacht des Kaisers würden die Union ohne Zweifel der Aufgabe, Mathias zu schützen, überhoben und sonach Anhalt wieder zur Ruhe verurtheilt haben, wenn nicht in Oesterreich selbst zwischen den Bewohnern des Erzherzogthums und ihrem neuen Herrn die eben erzählten Mißhelligkeiten ausgebrochen wären. Es scheint uns nach allem, als habe Anhalt den Ausbruch derselben nicht vermuthet, denn ihm wie

*) Münchner Staatsarchiv 343/6, 167. Protokoll des Unionstages zu Rottenburg an der Tauber ddo. 28. Juli bis 5. August A. St. — Bernburger Archiv. Unionsakten I/99. Instruktion des Kurfürsten von der Pfalz für Anhalt zum Unionstag in Rottenburg ddo. 13/23. Juli.

uns, die wir den Ereignissen so fern stehen, konnte es kaum zweifelhaft sein, daß **Mathias** nicht einmal Miene machen werde, den Protestanten ihre religiösen Forderungen abzuschlagen. Aber schon im Laufe des Monates August gelangte an ihn aus Oesterreich Nachricht auf Nachricht von dem kaum glaublichen und doch nicht lange mehr zweifelhaften Ereigniß, daß **Mathias** dennoch den Forderungen der Protestanten einen hartnäckigen Widerstand entgegensetze. Zu gleicher Zeit bekam er von Wok von **Rosenberg** eine Einladung zu einer Zusammenkunft in Wittingau, an der sich die vornehmsten Herren aus Oesterreich, Mähren und Böhmen betheiligen würden und in der man über die Behandlung der religiösen Angelegenheiten sich einigen wolle*). Die österreichischen Wirren, statt also geschlichtet zu sein, schienen einer neuer Phase entgegenzugehen, die ganz darnach angethan war, das Band, welches die Habsburger an ihre Unterthanen knüpfte, nur noch mehr zu lockern. Gleichwohl lehnte es **Anhalt** ab, alsogleich nach Wittingau zu reisen und da die gewünschten Verabredungen zu treffen, sei es, weil es ihm der Unionsangelegenheiten wegen wirklich an Zeit gebrach, wie er vorgab, sei es, daß er noch nicht klar in die Stellung der Parteien sah und durch voreilige Entschlüße seine weitere Wirksamkeit nicht verderben wollte**). Aus diesen und vielleicht noch aus andern Gründen bat er Herrn von **Rosenberg** ihn nicht im Laufe des Monats August erwarten zu wollen.

Mittlerweile war die Spannung zwischen **Mathias** und den Oesterreichern so weit gediehen, daß die letztern sich zu dem Auszuge nach Horn entschloßen, daselbst eine allgemeine Bewaffnung in Angriff nahmen und damit den vollen Ernst kundgaben, ihrer Sache den Sieg zu verschaffen. Obwohl noch zwischen Horn und Wien über die friedliche Beilegung des Streites unterhandelt wurde, so reiste doch bereits Richard von **Stahremberg** nach Deutschland, um im Namen der österreichischen Protestanten die bewaffnete Hilfe der Union in Anspruch zu nehmen***). Zu gleicher Zeit schrieb auch **Tschernembl** an **Anhalt** und stellte an ihn das gleiche Ansuchen mit dem Bemerken, daß, wofern die Union sich der Oesterreicher annehmen würde, diese fortan zu jeder Gegenleistung an dieselbe erbötig und mit ihr in ein Bündniß zu treten bereit wären†). Die Aufforderung

*) Bernburger Archiv. Reg. I. F. I 227/107. Rosenberg an Anhalt ddo. 3. August 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. I. F. I 227/148. Anhalt an Rosenberg ddo. 9. August. Amberg.

***) Bernburger Archiv O XIII, Vol. 11/194. Richard von Stahremberg an Anhalt ddo. 1. Sept. 1608.

†) Bernburger Archiv. Tschernembl an Anhalt ddo. 3. Sept. 1603 Schwertberg.

der Horner und die noch gewichtigere Mittheilung **Tschernembls** gelangte an **Anhalt** im Laufe des Monates September, also zu einer Zeit, in welcher zwar bereits Mähren, aber noch nicht Ungarn **Mathias** den Eid der Treue geleistet hatte. Unzweifelhaft vom Stĕrboholer Bündniß in Kenntniß gesetzt, mußte es **Anhalt** als gewiß annehmen, daß wenigstens Ungarn sein Schicksal nicht von dem der Oesterreicher trennen und sonach bei **Mathias'** weiterer Unnachgiebigkeit ein Zusammenstoß unvermeidlich sein würde. Jetzt zögerte **Anhalt** nicht länger, die Politik genauer zu bestimmen, die er unter solchen Verhältnissen einhalten wollte. Den Obersten **Fuchs**, welcher sich damals als pfälzischer Agent in Wien befand, benachrichtigte er also, daß der Kurfürst von der Pfalz und die Union unzweifelhaft zu einer thätigen Hilfe bereit seien, wenn nicht bloß die österreichischen sondern auch die ungarischen Stände zu einem Bündniß mit ihr sich entschließen würden*).

Es läßt sich leicht begreifen, daß das Heidelberger Kabinet dem Obersten **Fuchs** eine so weit gehende Mittheilung nicht zukommen ließ, ohne daß **Anhalt** umständlich in demselben seinen Plan einer neuen Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten erörtert und empfohlen hätte. Und einen solchen Plan hatte dieser fruchtbare Kopf bereits vollständig entworfen. Er berechnete, daß nach den Mittheilungen, welche er indessen aus Oesterreich und Ungarn empfangen hatte, der Anschluß dieser Länder an die Union sich gewiß ergeben und in nicht langer Ferne auch den von Schlesien und Mähren zur Folge haben würde. Gebiete die Union auf diese Weise nicht bloß über ihre eigenen Streitkräfte, sondern auch über die der genannten Länder, so bleibe dem Hause Oesterreich und überhaupt der Gegenpartei nur Böhmen, Baiern und allenfalls einige Bisthümer und „wir wären", meinte er „menschlich gesprochen, nicht bloß stark genug, den Gegnern Widerstand zu leisten, **sondern wir könnten auch Alles unserer Religion unterthan machen und den gesammten Klerus reformiren.** Das Spiel würde allenfalls auf die Weise seinen Anfang nehmen: sobald Oesterreich unserer Union angehört, wird Baiern gegen dasselbe die Waffen ergreifen, wir aber stürzen über Baiern her, nehmen Donauwörth und nichts kann uns widerstehen. Es kommt nur auf Italien an, und vor diesem muß uns Frankreich sicherstellen. Ist Frankreich für uns und fassen wir die ganze Angelegenheit geschickt auf, so können wir mit Hilfe Gottes Allen die Gesetze diktiren und jene zu Herren machen, die wir dazu bestimmen wollen"**).

---

*) Bernburger Archiv O XIII, Vol. II/256. Anhalt an Fuchs.

**) Bernburger Archiv Reg. I, F. I, 23/118. Instruktion Anhalts für Christoph

Man bemerkt, **Anhalt** sah für die Erweiterung der Union innerhalb der Grenzen von Deutschland und Oesterreich und für ihren Sieg sowohl über die Habsburger als über die Reste der katholischen Kirche keine anderen Hindernisse mehr als jene, welche eine fremde Einmischung bereiten konnte. Er fürchtete vor allem Italien, weil von da aus spanische und selbst päpstliche Truppen durch die Päße von Tirol in Süddeutschland einrücken und

---

von Dohna für seine Reise zum Herzog von Bouillon ddo. Sept. 1608. Wir fügen diesmals eigens zu, daß diese Instruktion im Original uns vorlag. In dieser entwickelt Anhalt seine Ansichten, wie wir sie mitgetheilt, er sagt . . . Quand nous aurions la Hongrie, Moravie, Austriche et Silesie pour nous, il n'y auroit autres forces, dont ladite maison (Habsburg) se peust servir contre nous, que Boëme et Bavières et quelques peu d' Evesque, contre lesquels, parlant humainement, nous serions assez forts, non seulement pour les soutenir, **mais pour réformer tout le clergé et soumettre à la religion et n'y auroit rien à craindre sinon l' Italie.** Car en Pays-bas quelque pied que les affaires y prennent, les troubles commenceront et rien ne nous empescheroit . . . Le jeu se commenceroit en telle façon: aussitost que Bavières armeroit pour forcer l' Austriche (presupposé membre de l'Union) nous armerions pour courir sur la Bavières et reprendre Donauwert. Par mesme moyen attirer deux ou trois evesques per ajuto di costa. Or il faudroit en tel cas estre asseuré d' Italie et Monseigneur (Anhalt) prie ledit Sr. de Bouillon de luy dire, ce qu'en ce cas on se pourroit promettre de la France pour divertir l' Italie et en somme ce que la France feroit en ces remuëmens. Certes il semble que procedant dextrement, moyennant la grace de Dieu, nous pourrions par ce moyen donner **la loy a tous et installer les chefs tels, que nous voudrions.** — Man gestatte uns hier die Worte anzuführen, mit welchen Droysen (Geschichte der preußischen Politik II, 2. S. 572) die Gründung der Union berichtet: „Das Kaiserhaus war gespalten, mochten sich die Erzherzoge Ferdinand und sein Bruder Leopold auf der einen, König Mathias und sein Kardinal (sic) Khlesl auf der andern Seite darum zerren, wer die Fädchen der Marionette kaiserlicher Großmächtigkeit ziehen sollte, im Reich war die römische Partei nach dem Triumph von Donauwörth, mit den Jesuiten in Polen, den Spaniern in Belgien im Verständniß, zu jedem Wagniß entschlossen (!); sie verbarg es nicht mehr. — Jetzt endlich ward im Mai 1608 die Union geschlossen, ein Kriegsbund „nicht gegen Kaiser und Reich noch jemand im Reich", sondern zu gegenseitigem Schutz „gegen Leute außer und innen dem Reich", die nicht aufhören, den Landfrieden und die Reichsordnungen zu bedrohen und zu verletzen." — Der erste Absatz dieses Citats enthält fast soviel Unrichtigkeiten und willkürliche Zusammenstellungen als Worte, bezüglich des zweiten, der die friedfertige Grundlage der Union so sehr betont, kann man kaum anders als ausrufen: Quis tulerit Gracchos de seditione querentes. Also die Union ein Friedensbund und Anhalt wahrscheinlich der Elihu Burrit des 17. Jahrhunderts! Man möge sich über Hurters sonderbare Anschauungen nicht wundern, so lange ihnen andererseits nicht minder sonderbare entgegenstehen.



so eine bedeutende Diversion ausführen konnten, welche am Ende den deutschen Katholiken Muth zu einer verzweifelten Aufbietung ihrer Kräfte einflößte. Da unter solchen Umständen alles von der Stellung, welche das Ausland zur Union einnahm, abhing, so begreift man, daß Anhalt mit erneuertem Eifer die Anknüpfung freundschaftlicher Verhältnisse in Angriff zu nehmen sich entschloß. Kehren wir hier unsere Aufmerksamkeit dem zu, was überhaupt seit Begründung der Union in dieser Richtung geschehen war. Die Abschließung auswärtiger Allianzen, wodurch jede der Union nachtheilige fremde Einmischung ferngehalten werden konnte, war an und für sich eine Lebensfrage für das Gedeihen der letztern und wurde deshalb schon in Ahausen für nöthig erkannt, doch glaubte man damals vorsichtig hiebei auftreten zu müssen, und man besann sich mehrere Wochen lang, bevor man Buwinkhausen nach Paris abschickte, um Heinrich IV Nachricht vom Abschluße der Union zu geben und ihn gleichzeitig zum Beitritt zu derselben aufzufordern. Nach allen den vorangegangenen Bemühungen Heinrichs sollte man wohl denken, daß derselbe nichts eiligeres zu thun hatte, als der Union sich anzuschließen, dennoch that er es nicht
Juli sogleich, sondern beschwerte sich vorerst darüber, daß Buwinkhausens
1608 Mittheilungen nicht umfassend genug seien und daß man ihm nicht die Artikel des Ahauser Vertrages bekannt gebe. Er verlangte, klar in die Verhältnisse der Union sehen zu können, bevor er sich entschließe, derselben in der Art beizutreten, wie er es seit Jahren versprochen hatte*). Heinrich trat vorsichtig auf, er hatte die Union ins Leben gerufen und wollte nicht bloß der Urheber, sondern auch die Seele derselben sein; er war einsichtig genug, um Anhalts hochfliegende Pläne zu ahnen und zu vermuthen, daß derselbe sich ebenso seiner als Mittel bedienen wolle, wie er selbst dies bezüglich der deutschen Fürsten beabsichtigte. Wenn Heinrich zum Beitritt der Union sich entschloß, so sollte dies nicht zum Zwecke unbestimmter Pläne, zur Verhütung ungewisser Ereignisse geschehen, sondern der Anschluß an die Union sollte mit dem Momente zusammenfallen, in welchem er im Vereine mit ihr zu offenem Angriffe überging. Wir werden sehen, daß die Verhandlungen noch mehr als ein Jahr in Anspruch nahmen, bevor das Bündniß zwischen Heinrich und der Union zu Stande kam und zwar erst in dem Moment, in welchem Ziel und Zweck des gemeinsamen Angriffs genau bestimmt und derselbe nicht weiter aufgeschoben werden sollte.

Auf dem Unionstage zu Rottenburg wurde Buwinkhausens Be-

---

*) Münchner Reichsarchiv. Buwinkhausens Relation über seine Reise zu Heinrich IV ddo. Fontainebleau den 9. Juli.



richt, der von **Heinrichs** Zögerung Rechenschaft gab, bekannt gegeben und beschlossen, die baldige Verbindung mit Frankreich anzustreben, gleichwohl aber nicht die nöthige Vorsicht dabei außer Acht zu setzen*). Dies hieß soviel als, man wolle sich nur Schritt für Schritt **Heinrich** nähern und genau die Vortheile, welche er biete, gegen jene abwägen, welche man ihm bieten konnte. Es wurde zu gleicher Zeit für nothwendig erkannt, durch diplomatische Verbindungen mit den Niederlanden, Burgund, Lothringen, Italien, Ungarn, Böhmen, Mähren und Schlesien die Verhältnisse dieser Länder genau zu studiren, um erst nach der gewonnenen Einsicht die auswärtige Politik der Union in ihren Grundzügen festzustellen. Die Aufgabe, die nöthige Verbindung mit den genannten Ländern zu bewerkstelligen, theilten die Mitglieder der Union unter sich, und es bedarf wohl kaum der Bemerkung, daß der Kurfürst von der Pfalz im Verein mit **Anhalt** den größten Theil derselben auf sich zu nehmen beschloß. In den meisten Ländern waren eigentlich nur die Verbindungen aufrechtzuhalten, welche bereits seit Jahren zwischen ihnen und einem oder dem andern Fürsten der Union bestanden; ganz neu mußte der jetzige Verkehr mit Italien angeknüpft werden und hier war es Venedig, von dem man zuerst einen regen Anschluß hoffte, weil die Interessen der Union und der Republik nirgends sich feindlich berührten, wohl aber in der gegen die Habsburger gerichteten Tendenz einander zur gegenseitigen Stütze dienten.

Zur Anknüpfung der Verbindung mit Venedig schickte **Anhalt**, Juli
ohne noch den Beschluß der Rottenburger Versammlung abzuwarten, im 1608
Einverständnisse mit dem Pfalzgrafen Christoph von **Dohna** ab, einen jungen gewandten Diplomaten, welcher tief in das Getriebe der Zeit eingeweiht war und noch oft genannt werden wird. Er hatte sich an **Sarpi** zuerst zu wenden und diesem vom Abschluße der Union und ihrem Wunsche, mit Venedig in ein Bündniß zu treten, Mittheilung zu machen. Wenn **Sarpi** diesen Vorschlag billigte, so sollte **Dohna** ein Schreiben dem Dogen überreichen, in welchem der entsprechende Antrag im Namen der Union offiziell gestellt und Venedig zu einem Bündnisse aufgefordert wurde, um der „**Herrschaft des Papstes**“ überall ein Ende zu machen. Denn sei Venedig auch katholisch, so habe es doch an den Tag gelegt, daß es das Joch des Papstes nicht dulden wolle und sonach sei eine Verbindung mit der Union zu gemeinschaftlichen Zwecken leicht möglich**).

---

*) Bernburger Archiv. Unionsakten I, 99. Akten des Unionstag zu Rottenburg an der Tauber.

**) Bernburger Archiv Reg. I, F. I, 23/25. Anhalts Instruktion für Christoph von Dohna zur Reise nach Venedig ddo. 6/16. Juli 1608.



Um von der Reise nach Venedig jede feindliche Aufmerksamkeit abzulenken, trat Dohna in dieser Stadt so auf, als wenn er daselbst nur Geldgeschäfte besorgen und namentlich wegen Bezahlung dessen, was Heinrich IV mehreren deutschen Fürsten schuldete, unterhandeln wolle; in diesem Sinne verlief auch die erste Audienz, welche ihm der Doge und die Signoria gewährten. Ohne Säumniß suchte er aber zu gleicher Zeit Sarpi auf und machte ihm eine vollständige Mittheilung von seinen eigentlichen Aufträgen. Sarpi entgegnete darauf, die Zeit zur Verhandlung über ein Bündniß mit der Union sei für jetzt schlecht gewählt; wäre die Union zwei Jahre früher gegründet worden, so hätte man ihre Anträge mit offenen Armen angenommen, seit aber der Streit mit dem Papste geschlichtet sei, falle der wichtigste Grund zum Anschluß an dieselbe weg. Doch meinte er, man dürfe den Gedanken dieses Bündnisses keineswegs aufgeben, sondern nur auf eine gelegenere Zeit verschieben, die nicht entfernt sein könne, wenn man auf kluge Weise „überall dem Papste und dem Könige von Spanien Feinde zu wecken trachte". Nicht bloß müsse man also den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Spanien und den Niederländern zu verhindern trachten, sondern man müsse es bei dem Sultan durchzusetzen suchen, daß er eine Flotte ausrüste und an den Küsten von Granada landen lasse, damit die Mauren gegen die Spanier sich erheben, wozu sie ohnedies geneigt seien. Mittlerweile werde ein neuer Streit zwischen dem Papst und Venedig, wozu täglich neue Veranlassungen sich ergäben, ausbrechen, und dann sei der rechte Zeitpunkt für den Abschluß des Bündnisses gekommen*). Dem Dogen schon jetzt den Antrag zu demseben zu stellen, riet Sarpi ab, dagegen befürwortete er die Absendung eines diplomatischen Vertreters der Union nach Venedig, der da-

*) Simancas 990/132. Daß der Unwille des Papstes gegen die Republik wieder einen hohen Grad erreicht hatte, ist ersichtlich aus Aytona's Schreiben an Philipp III dto. 31. März 1609. Der spanische Gesandte erzählt dem Könige: Me ha dicho el Papa, que escriva a V. M. que le parece, que el daño, que se puede esperar en aquella republica y se vee claro en materia de religion no se puede remediar sino con las armas, que excommuniones no bastan y que un medico quando vee, que no aproveche un remedio da otros, y que, pues las censuras no han aprovechado, dize que esto conviene para reprimir la heregia, que se entra en Italia por Venecia y mas me vinó a dezir que para el remedio de toda Italia no bastará debilitar a Venecianos quitandoles parte de lo que tienen, sino que seria necessario extinguir aquella republica. Aytona erzählt, Sarpi's und Fulgentio's Auftreten erbittere so sehr den Papst. Man sieht daraus, wie sehr Sarpi Recht hatte, Dohna zu erzählen, daß neue Mißhelligkeiten zwischen Venedig und dem Papste im Anzuge seien.



selbst Zeit und Gelegenheit abwarten und mittlerweile, soweit es in seinen Kräften liege, dem Papstthum Abbruch thun könnte*). Noch empfahl er dem Kurfürsten von der Pfalz einen innigen Anschluß an England, welcher durch eine Heirat zwischen dem Kurprinzen und der Tochter Jakobs I wesentlich gefördert werden würde. Sarpi sprach damit einen Wunsch aus, der damals bereits von Tausenden von Protestanten gehegt wurde und von dessen Erfüllung sich sowohl die gläubige Phantasie des Volkes wie der berechnende Ehrgeiz seiner Häupter unendliche Vortheile versprach.

Obwohl nun Dohna auf Sarpi's Rath in keine weitern Verhandlungen mit Doge und Senat sich einließ, sondern nach Hause zurückreiste, um Bericht zu erstatten, so war es doch nicht nöthig, daß Anhalt alle seine venetianischen Hoffnungen auf eine spätere Zeit vertagte. Gerade in diesem Moment handelte es sich in Venedig darum, dem Heere der Republik einen neuen General zu geben und es war nicht unmöglich, daß Anhalt bei einer gewissen militärischen Reputation, welche er genoß, diesen Posten erlangen konnte, wenn Heinrich IV mit seiner Fürsprache für ihn eintrat**). Allerdings wäre dies für Anhalt eine Stellung gewesen, die keineswegs seinen bisherigen Entwürfen entsprach, da sie ihn ja von Deutschland entfernen mußte, und wir können uns auch nicht leicht überzeugen, daß er in der That dieselbe angetreten hätte, wenn sie ihm schließlich zu Theil geworden wäre. Wenn er also Schritte zu ihrer Erlangung that, so handelte es sich ihm vielleicht um nichts anderes, als darum, einige Monate von einem bequemen Posten aus, selbst an der Verbindung zwischen Italien und Deutschland zu arbeiten. Denn wiewohl die Revolutionirung Oesterreichs und das Kommando in Venedig zwei Beschäftigungen waren, welche zu gleicher Zeit nicht vereinbar scheinen, so liebte es doch Anhalt, stets mehrere Mittel bereit zu haben, um seinen Plänen Vorschub zu leisten. Konnte er die Habsburger in Deutschland nicht verderben, so verschmähte er es nicht, als Nebenbeschäftigung, den Papst in Italien in die Enge zu treiben.

Aber auch die Idee einer Verbindung Venedigs mit der Union schien bereits auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Denn wiewohl Dohna auf Sarpi's Rath keine Verhandlungen mit dem Senate deshalb einleitete, so blieb doch auch dem letztern der Zweck seiner Reise nach Venedig kein Geheimniß. Man hielt es in Venedig für zweckmäßig, die dargebotene Hand der Union nicht fallen zu lassen, aber die einleitenden

*) Dohna's Relation über seine Reise nach Venedig ddo. 2/12. September 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, Karl Pawel an den Kurfürsten ddo. 18. Okt. 1608; Dohna an Anhalt ddo. 17/27. Okt. 1608.

Verhandlungen wollte man lieber in der Fremde anknüpfen, um die Aufmerksamkeit des Papstes und Spaniens nicht wachzurufen. Aus diesem Grunde bekam der venetianische Gesandte in Paris den Auftrag, sich mit dem pfälzischen Agenten über die Grundlagen eines Bündnisses mit der Union zu besprechen und gesprächsweise anzudeuten, daß Venedig zwar nicht mit Truppen wohl aber mit Geld gute Dienste leisten und daß es selbst bis zur jährlichen Zahlung von einer halben Million Thaler sich einlassen könnte*). Die Verhandlungen waren auf diese Weise wenn auch nicht in Venedig doch in Paris eingeleitet.

Mit der Rückkehr Dohna's aus Italien traf nun aus Oesterreich
Sept. die Nachricht von Mathias' Zwiespalt mit den Protestanten und von
1608 den Bitten der letzteren um den Beistand der Union ein. Jetzt entschloß sich Anhalt rasch zuzugreifen; Dohna wurde schnell zu dem Herzog von Bouillon nach Sedan abgefertigt, diesem in der offensten Weise ein genauer Bericht über Zweck und Mittel der Union erstattet, und seine Verwendung angesucht, damit Heinrich sein Verhältniß zu den unirten Fürsten bestimme und namentlich bei den erwarteten Zwischenfällen in Deutschland die befürchtete Diversion spanischer Truppen von Italien aus verhindere. Bouillon vernahm mit vieler Befriedigung Dohna's Mittheilungen und empfahl die Aufnahme der österreichischen Länder in die Union eben so entschieden, als er eine etwaige Unterstützung Mathias' um jeden Preis widerriet**). Dohna eilte darauf nach Paris, um Heinrich selbst die passenden Mittheilungen zu machen und, wie nicht zu zweifeln, zur Eingehung positiver Verpflichtungen aufzufordern. Allein seine Mission scheiterte so ziemlich vollständig; nicht daß Heinrich die Verbindung mit der Union abgelehnt hätte, aber er wollte noch immer nicht sein Verhältniß zu ihr in einer bindenden Weise festsetzen. Vielleicht machte ihn auch die gleichzeitige Bewerbung Anhalts um das venetianische Kommando stutzig; er wollte mit dem Papste in einem guten Einvernehmen bleiben und dieses konnte durch Anhalts turbulente Händelsucht auf das nachdrücklichste gestört werden. Er lehnte deshalb vollständig auch die verlangte Empfehlung in Venedig von sich ab***).

So hemmend auch Heinrichs jetziges Verhalten auf den Thatendurst Anhalts einwirken mochte, zum Stillstand konnte derselbe nie ge-

---

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 23/135. Pawel an den kurpfälzischen Kanzler dto. Paris den 15/25 November.

**) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 22/131. Dohna's Bericht von Sedan aus.

***) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 23/147. Dohna's Bericht über seine bei Heinrich IV am 14/24. Oktober gehabte Audienz.

bracht werden und er nahm keinen Anstand, mit den österreichischen Ständen eine immer tiefer gehende Verbindung anzuknüpfen, wenngleich er jetzt genöthigt war, in seinem Auftreten mehr Maß zu beobachten. Demgemäß empfahl er dem Pfalzgrafen, auf dessen Betheiligung es am meisten ankam, ein schrittweises Vorgehen in den österreichischen Angelegenheiten. Gleich sich den Ständen anschließen, das könne und dürfe man noch nicht, man müsse sich vorderhand begnügen, eine Gesandtschaft nach Wien abzuschicken und durch diese Mathias zur Nachgiebigkeit mahnen; fruchte diese nichts, so müsse man feindlichem Kriegsvolk jeden Durchzug verweigern, den Ständen selbst heimliche Werbungen gestatten und schließlich, wenn der Moment gekommen, sie auch mit Geld unterstützen*). Um diese Unterstützung zu einer ausgiebigen zu machen, hatte Anhalt wenige Tage zuvor eine Reise zu dem Herzog von Würtemberg, dem Markgrafen von Baden und dem Pfalzgrafen von Neuburg unternommen, um sie auf die neuen Verwicklungen in Oesterreich aufmerksam zu machen und von der Nothwendigkeit zu überzeugen, durch zweckmäßige namentlich kriegerische Vorbereitungen entscheidend in dieselben einzugreifen**).

Jetzt gedachte auch Anhalt nicht länger die Zusammenkunft mit den Häuptern der österreichischen Stände, zu der ihn Rosenberg anfangs August eingeladen hatte, aufzuschieben. Er benachrichtigte also denselben, daß er ihn in Wittingau besuchen und daselbst am 15. November eintreffen wolle. Rosenberg lud nun seinerseits Karl von Žerotin, Tschernembl und mehrere andere angesehene Männer aus Oesterreich und Böhmen zu einem gleichzeitigen Besuche in Wittingau ein; ob er einen oder mehrere ungarische Herren ebenfalls einlud, ist uns nicht bekannt, dürfte aber ziemlich wahrscheinlich sein. Auch den Markgrafen von Jägerndorf, der schon damals unter den schlesischen Fürsten eine wenig verhüllte Feindseligkeit gegen die Habsburger an den Tag legte, wollte er kommen lassen, unterließ es aber, weil er nicht wußte, ob dem Fürsten von Anhalt sein Erscheinen genehm wäre***).

Von den Geladenen erschienen Anhalt und Tschernembl rechtzeitig 15. Nov

*) Münchner Staatsarchiv 547/7. Anhalt an den Kurfürsten von der Pfalz ddo. Amberg 18/28. Oktober 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, 89. Kurpfälzische Instruktion für Christian von Anhalt zu seiner Reise nach Durlach, Stuttgard und Neuburg.

***) Bernburger Archiv. Reg. IV, B. IV, Vol. XI, Fol. 1083. Kurpfalz an Rosenberg ddo. 5/15. Oktober. — Ebendaselbst Fol. 1116 Rosenberg an den Markgrafen von Jägerndorf ddo. Wittingau 9. Oktober. — Ebendaselbst Reg. I, F. I, 227/181. Rosenberg an Croll anhaltischen Leibmedicus ddo. 17. Oktober. — Ebendaselbst Fol. 184. Hock an Anhalt ddo. 8. Oktober.

in Wittingau, der letztere kam sogar nicht bloß im eigenen Namen sondern auch im Auftrage der in Horn versammelten Stände, um Anhalts wirksames Eingreifen in ihre Angelegenheiten zu erbitten*). Von den Böhmen ist es ungewiß, wer erschienen war, aus Ungarn und Mähren kam Niemand. Auf Karls von Žerotin Erscheinen war mit Gewißheit gehofft worden, statt seiner lief aber in Wittingau ein Schreiben ein, in welchem er sein Nichterscheinen mit dringenden Geschäften entschuldigte**). Wir dürfen mit Gewißheit annehmen, daß es nicht dringende Geschäfte allein waren, welche ihn fernhielten, sondern theils das Mißtrauen, welches sich seiner gegen Anhalt zu bemächtigen begann, theils die Verschiedenheit der Wege, auf denen nun auch Tschernembl im Gegensatz zu ihm das Heil des Gemeinwesens suchte. Einem Mann von so vieler Lebenserfahrung wie Žerotin, der selbst lange auf den Bänken der Opposition gesessen, konnte nicht verborgen bleiben, daß Anhalt unter dem Vorwande, für die Freiheit des Protestantismus zu wirken, doch eigentlich ganz andere Zwecke verfolge. Auch mochte ein so religiöser Mann, wie Žerotin, von der Religionsfreiheit etwas bessere Begriffe haben, als man sie seiner Zeit zu haben pflegte, und er dürfte also kaum darin einen Fortschritt im wahren Christenthum erblickt haben, wenn an Mathias' Stelle, welcher den nichtadeligen Theil seiner Unterthanen zum Katholicismus bisher gezwungen hatte, nunmehr der Adel trat, um einen großen Theil derselben Unterthanen zum Protestantismus zu zwingen. Zwang hier und Zwang dort; der Wechsel des Zwanges schien ihm keines solchen Opfers werth, um durch eine neue Erhebung gegen den Landesfürsten den Staat dauernden Erschütterungen preiszugeben***). Žerotin

*) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1158. Die in Horn versammelten Stände ob und unter der Enns an Anhalt ddo. 13. November.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI Fol. 1189. Žerotin an Theobald Hock ddo. Rositz den 15. November 1608. — Derselbe an Rosenberg ddo. 15. November. Ebendaselbst Fol. 1191.

***) Daß man unter dem Vorwande der Religion schnöde Dinge trieb, ergibt sich aus Folgendem. Die österreichischen Protestanten waren fast ausschließlich Lutheraner, so daß man nach Stahrembergs Angabe, die Kalviner „an den Fingern einer Hand abzählen könnte", und in der That gehörten unseres Wissens nur die Brüder Stahremberg und Tschernembl dem Kalvinismus an. Anhalt trieb sie nun unablässig an, darauf zu dringen, daß auch ihnen die Freiheit des Bekenntnisses gewährleistet werde. Gegen dieses Bestreben könnte man gewiß nichts einwenden, wohl aber gegen die Art und Weise, wie Anhalt und die genannten Männer ihrem Glauben in Oesterreich weitern Eingang verschaffen wollten. Man gedachte insgeheim kalvinische Prediger nach Oesterreich kommen zu lassen, sie an allen Pfarren, die ihrem Einfluße unterstellt waren, anzustellen

ging wohl von der Anschauung aus, daß es der Reinheit des religiösen Lebens zuträglicher sei, wenn dasselbe unter einem leisen Drucke stehe und daß das von den Protestanten eroberte Gebiet bereits groß genug sei, um ihre Entwicklung zu sichern und die Katholiken bloß zu einem geistigen Wetteifer aber nicht zu einem Kampf auf Leben und Tod aufzureizen. Es sind dies Anschauungen, die nicht bloß als das Resultat seines eigenen Nachdenkens aufgefaßt werden dürfen, sondern die mehr oder weniger viele Anhänger der Brüderunität beseelten, und die sogar in den ersten Jahrzehenden des Bestehens derselben in der schroffen Behauptung sich Geltung zu verschaffen suchten, daß der einzig heilbringende Zustand für die Kirche Gottes der der Unterdrückung sei*).

So wie also Žerotin durch rechtzeitige Nachgiebigkeit am Brünner Landtag eine Einigung mit Mathias und den Katholiken zu Stande brachte und die allerdings wichtige Form opferte, sobald er im Wesen selbst seinen Glaubensgenossen Sicherheit verschaffen konnte, so wünschte er auch bei den Oesterreichern ein gleiches Vorgehen. Eine freundliche Uebereinkunft mit Mathias hielt er für besser, als einen glänzenden Sieg der Stände; die erstere war ihm eine Gewähr für die dauernde Aussöhnung der Dynastie mit den ihr unterworfenen Ländern, die letztere aber das Betreten unsicherer Pfade, die nur zu Kämpfen führten, wobei nicht immer die bessere Sache den Sieg erringt. Er hatte es verschmäht, die Huldigung der Mährer von der vorausgängigen Befriedigung der Oesterreicher abhängig zu machen; sein Erscheinen in Wittingau wäre einem Aufgeben dieses Programms gleichbedeutend gewesen und hätte ihn auch in Mathias' Augen kompromittirt, dessen Zutrauen er sich in hohem Grade erworben hatte. Er blieb deshalb zu Hause.

Die Zusammenkunft in Wittingau beschränkte sich also eigentlich nur auf Anhalt, Rosenberg und Tschernembl und entsprach sonach keineswegs den Erwartungen des erstern, der wohl geträumt hatte, in einem glänzenden wenn auch kleinen Kreis von Kavalieren das Schicksal von Oesterrich entscheiden zu können. Das Entschuldigungsschreiben, welches von Žerotin während Anhalts Anwesenheit in Wittingau einlief, ließ über sein Wegbleiben keinen Zweifel mehr aufkommen. Bezüglich der Un-

und durch schrittweises Vorgehen allgemach das Volk vom Lutherthum zum Kalvinismus zu geleiten. Richard von Stahremberg gestand selbst, wenn man offen vorgehe, würde man das Volk zum Aufstand reizen, welches noch zu sehr an den reliquiis Papatus hänge. Also heimlich jetzt, später gewaltsam. Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 161. Richard von Stahremberg an Anhalt ddo. 5. Jänner 1609.

*) Meine Geschichte der böhmischen Brüder. Bd. I.



garn kamen zu gleicher Zeit allarmirende Nachrichten aus Wien, denn sie berichteten, daß die Krönung des Erzherzogs in Preßburg auf keine Hindernisse stoßen und sonach nicht von der Befriedigung der Oesterreicher abhängig gemacht werden würde*). War es nun ziemlich augenscheinlich, daß weder die Ungarn, noch die Mährer für die Horner das Schwert ziehen würden, so überzeugte sich Anhalt doch auch, daß die letztern von den erstern keine Gefahr zu besorgen hätten und daß also beim Ausbruche des Kampfes Mathias mit seinen geringen Hilfsmitteln den Oesterreichern allein gegenüber stehen werde. Zudem waren die Hilfsmittel der letztern nicht zu verachten, denn sie waren stark durch Einigkeit und durch den festen Entschluß, lieber zu verderben als nachzugeben. Zu ihrem Bunde gehörten nicht weniger als 400 der angesehensten und reichsten Männer des Landes, von denen mehr als 300 ununterbrochen in Horn bei einander versammelt waren. Boten diese ihr Vermögen auf, so war es ihnen leicht möglich, eine Armee durch Werbung zusammenzubringen, welcher König Mathias kaum etwas bedeutenderes entgegensetzen konnte**). Anhalt war deshalb im ganzen durch die Mittheilungen Tschernembls befriedigt und glaubte, daß man durch Anwendung einer „starken Medizin die Krankheit heilen," also doch noch zum Ziele kommen werde***). Von den Böhmen selbst erwartete er keine günstige Diversion, denn er äußerte sich über sie gegen den Kurfürsten von der Pfalz in seinem Bericht über die Wittingauer Zusammenkunft in wegwerfender Weise. „Furcht und Wollust" seien bei ihnen die maßgebenden Triebfedern und man dürfe nur geringe Hoffnungen auf sie setzen. Vielleicht mag an diesem absprechenden Urtheil der Aerger nicht geringen Antheil haben, den Anhalt über sie empfand, weil sie ihm so wenig Handhaben zur Einmischung in ihre Angelegenheiten geboten hatten†). Indessen versäumte er trotz seines Unmuthes nicht, von Wittingau aus einige der hervorragendsten böhmischen Protestanten, darunter Budowec, an das mahnen zu lassen, was er für

*) Bernburger Archiv Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1164. Stahremberg an Tschernembl ddo. 17. Nov. — Ebendaselbst Herberstein an Tschernembl ddo. Wien 17. November.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1139. Žerotin an Hock ddo. Rossitz den 17. November.

***) Bernburger Archiv Reg. VI, B. IV, Vol. 1159. Anhalt an Žerotin. . . Le Sieur Schernembl m'a tenu ici (in Wittingau) bonne compagnie et m'informe de l' estat, lequel j'ay trouvé plein de confusion, dont la maladie vouldra estre guerie par medicaments un peu violents.

†) Münchner Staatsarchiv 547/7 Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 14/24. Nov. — Bernburger Archiv Reg. VI, B. VI, Vol. XI, Fol. 1226. Anhalt an die Fürsten der Union ddo. 14/24. November 1608.

ihre Pflicht hielt*). In Amberg seiner Residenz angelangt, erwog er nochmals in größerer Muse die österreichischen Angelegenheiten und während er einerseits von der Ausdauer der Horner das beste hoffte und ihre entschiedene Unterstützung dem Pfalzgrafen empfahl, riet er andererseits, man müsse mit allen Kräften an der Discreditirung von Mathias und Rudolf arbeiten, um ihnen so die Herrschaft zu entwinden. Das passendste hiefür sei, wenn man in den weiter sich ergebenden Differenzen Rudolf gegen Mathias als den gefährlichern unterstütze, bis es schließlich gelingen könnte, in allen österreichischen Ländern die Regierungsgewalt einem ständischen Ausschuße mit einem Gouverneur an der Spitze in die Hände zu spielen**).

In diesen Worten Anhalts dürfte dem Leser der Satz: „man müsse Rudolf gegen Mathias unterstützen" dunkel erscheinen, denn es gab jetzt keinen Streit zwischen ihnen, der die Unterstützung eines Theils erheischt hätte; in der That verhüllten aber diese Worte einen Plan, zu dessen Aufstellung wohl nur ein Mann wie Anhalt fähig war. Wenige Wochen nach der Wittingauer Zusammenkunft, als die Oesterreicher noch immer nicht von Mathias erlangen konnten, was sie wünschten, verlautete es, daß sie, auf das äußerste gedrängt, erbötig wären, Rudolfs Herrschaft sich wieder gefallen zu lassen, wenn derselbe sich zu den gewünschten Konzessionen verstehen würde. Wer war der Urheber dieser Drohung und wer faßte zuerst den abenteuerlichen Gedanken einer Wiederkehr unter das Regiment des Kaisers auf? Es ist für uns nicht mehr zweifelhaft, daß diese Eventualität zuerst bei der Zusammenkunft in Wittingau zur Sprache kam und daß Anhalt es gewesen, in dessen Kopf sie auftauchte. Der eifrige Antheil, welchen später Tschernembl an dieser Intrigue nahm, läßt uns mit Sicherheit vermuthen, daß er sie in Wittingau bereits guthieß, wenigstens deutet darauf Anhalts Vorgehen hin. Denn kaum daß der Fürst nach Amberg zurückgekehrt war, so schrieb er 25. Nov schon an den Landgrafen von Leuchtenberg, welcher in Prag die frühere Stellung eines Liechtenstein und Dietrichstein auszufüllen begann, und benachrichtigte ihn, daß für den Kaiser Mittel vorhanden seien, um die erlittenen „Scharten auszuwetzen". Was Anhalt damit meinte, bezeichnete er nicht, in Prag wurde es so aufgefaßt, daß er zum Sturze

*) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1328. Hock an Anhalt ddo. 29. Nov. 1608.

**) Bernburger Archiv. Reg. VI, B. IV, Vol. XI, Fol. 1084—1095. Gutachten Anhalts über die österr. Verhältnisse. 11 Blätter lang. Es ist dies Gutachten ein Denkmal machiavellistischer Politik.

Mathias' beitragen wolle, und in der That entsprachen seine weiteren Schritte dieser Annahme*). Man wird bald hören, was der Kaiser diesen Mittheilungen gegenüber that.

III

Wir haben erzählt, daß Mathias seinen Bruder mit der Leitung der österreichischen Regierung und mit den Horner Verhandlungen betraut hatte, als er nach Preßburg zur Krönung reiste. Schon früher hatte er auch Karl von Žerotin nach Wien berufen, um durch ihn die Horner Versammlung zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und thatsächlich bot Žerotin seinen ganzen Einfluß zur Herstellung des Friedens auf. Denn während er einerseits Mathias zur Einstellung aller religiösen Bedrückungen mahnte, warnte er die Horner vor der Ergreifung gewaltsamer Maßregeln und rief ihnen in wahrhaft prophetischem Geiste zu: „Wenn ihr Stände besiegt werdet, dann habt ihr keine Hoffnung mehr, eure Freiheiten je wieder herzustellen; Religionswahrheiten selbst lassen sich nicht mit den Waffen behaupten . . . gebt von eurem Rechte etwas nach, um die Hauptsache zu retten; seid mäßig und bescheiden." Im Sinne dieser Rede wirkte
30.Okt. er mehre Tage, die er in Horn selbst zubrachte und seine Mahnungen fanden zuletzt solche Beachtung, daß er mit der Ueberzeugung nach Mähren zurückkehrte, es werde dem Erzherzog Maximilian ein baldiger Ausgleich gelingen. Allein da sich nach seiner Entfernung die Stände wieder der Hoffnung hingaben, daß die Ungarn sich ihnen anschließen und die Krönung bis zu ihrer Befriedigung aussetzen würden, so kam kein Vergleich zu Stande und Erzherzog Maximilians Vermittlungsvorschlag, der ihnen die Konzession Kaiser Maximilians II anbot, fand keinen empfänglichen Boden. Nachdem hierauf Mathias in Preßburg
Dez. glücklich gekrönt war, rief er abermals Žerotin zu sich und bediente sich
1608 seines Rathes in der österreichischen Angelegenheit. Auch jetzt blieb derselbe seinen versöhnlichen Grundsätzen getreu, indem er einerseits dem König den Abschluß des Šterboholer Bündnisses nicht verhehlte und sonach deutlich zu verstehen gab, daß Ungarn und Mähren eine gewaltsame Unterdrückung der Oesterreicher nicht zugeben könnten, andererseits aber gleichfalls die letztern zur Aufgebung allzuschroffer Forderungen mahnte. Es scheint, daß Mathias einige Augenblicke das zu thun erbötig war, was von seiner

---

*) Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 75. Der Landgraf von Leuchtenberg an Anhalt ddo. 28. Dezember 1608. — Ebendaselbst Fol. 66. Anhalt an Tschernembl ddo. 15/25. Dezember 1608.

Seite zur Ausgleichung des Streites nöthig erscheinen konnte und daß er sonach die Oesterreicher auf demselben Fuße wie die Mährer behandeln wollte. Denn auch der Palatin Illeshazy, welcher gleichfalls nach der Preßburger Krönung nach Wien gekommen war, schloß sich den Rathschlägen Žerotin's an, indem er sowohl den Hornern Mäßigung als dem König Nachgiebigkeit empfahl. Gewiß ist, daß der Palatin letzterem in freimüthiger Weise die Folgen einer längeren Dauer des gegenwärtigen Zerwürfnisses auseinandersetzte. Er machte Mathias darauf aufmerksam, daß er bei einem blutigen Zusammenstoße in keinem Fall auf einen Sieg rechnen könne, denn behaupte er anfangs auch das Schlachtfeld, so sei damit nichts für ihn gewonnen, da die Stände Ungarns und Mährens sich dann nur um so entschiedener auf die Seite der Horner stellen müßten. Da es hieß, daß Khlesl dem König gerathen hatte, lieber mit „einem weißen Stäbchen" in der Hand das Land zu verlassen, als den Ständen nachzugeben, so sagte Illeshazy mit Bezug auf diesen Rath, daß er demselben nimmer beistimmen könne, „denn die Länder würden wohl einen Herrn und König immer noch bekommen, Mathias aber keine Länder mehr." Oesterreich sei das Stammland der Habsburger und demnach wohl zu bedenken, ob dasselbe wegen einer Sache preisgegeben werden solle, die sich nun einmal nicht befehlen lasse, nämlich der Glaube. Man möge doch Andere glauben lassen, was ihnen beliebe, denn Niemand werde für einen Andern weder zum Himmel noch zur Hölle fahren. Mathias erwiederte auf diese Vorstellungen, daß er seinem Bruder Maximilian hinreichende Vollmachten für die Befriedigung der Stände ertheilt habe, daß aber jeder Ausgleich an den stets weiter gehenden Forderungen derselben scheitere. Illeshazy gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden, sondern entgegnete, er höre von strengen Mandaten, die man gegen die Stände veröffentlichen wolle, um sie zum Gehorsam zu zwingen und die ihm nicht darnach angethan scheinen, als ob sie den Frieden herbeiführen könnten. — In der That wurden in der Kanzlei des Königs offene Mandate vorbereitet, welche die Stände unter Androhung von Strafen zur Leistung der Huldigung mahnen und ihre Unterthanen von allen Pflichten loslösen sollten, falls sie weiter im Ungehorsam verharren würden. Mathias entschuldigte die vorläufige Abfassung derselben damit, daß er sie nicht in Anwendung bringen, sondern nur den Widerspänstigen einigen Schrecken einflößen wolle. Er setzte darauf auseinander, daß er die Absicht habe, den niederösterreichischen Ständen eine erweiterte Religionsfreiheit zu gewähren; er wolle deshalb den Predigern des Adels gestatten, ohne Gefährde die Städte besuchen und daselbst Kinder taufen und das Abendmal verabreichen zu dürfen, den Bürgern wolle er nicht verwehren, protestan-



tische Kirchen in der Nachbarschaft zu besuchen; eine öffentliche Ausübung des Gottesdienstes in den Städten könne und werde er dagegen nicht bewilligen, so wenig als er diese in Mähren bewilligt habe. Eben so wenig wollte er weiter einen Einwand gegen die Gleichberechtigung zwischen Katholiken und Protestanten bei der Besetzung der obersten Staatsämter erheben und erklärte sich schließlich erbötig, alle Privilegien des Landes zu bestätigen und überhaupt die Verwaltung auf einem geregelteren Fuße einzurichten. Illeshazy bemerkte auf diese Mittheilungen, daß sie seiner Ansicht nach vollkommen genügen dürften, einen Ausgleich mit den Protestanten Niederösterreichs herbeizuführen, zugleich aber stellte er die Frage, was denn der König mit den Oberösterreichern zu thun gedenke und ob sie anders behandelt werden sollten. Auch in dieser Beziehung beruhigte ihn Mathias; er versprach den letzteren gleiches zu bewilligen, erklärte aber, daß sie vorher für ihr bisheriges dem offenen Aufstand sich zuneigendes Auftreten Abbitte leisten und bekennen müßten, Unrecht gethan zu haben. Thäten sie dies, so werde er ihnen einen Bescheid geben, mit dem sie zufrieden sein sollten. Illeshazy gab sich mit dieser Aufklärung zufrieden und in der That schien sie so ziemlich den Konzessionen gleichzukommen, zu denen Mathias sich in Mähren verstanden hatte *).

Wenn der König thatsächlich Illeshazy die Versprechungen gemacht hatte, welche wir hier angeführt haben und deren Kenntniß nur aus des letzteren Mittheilung zu uns gelangt ist, so besann er sich doch bald darauf eines andern und gab wieder zu erkennen, daß er über die Konzession seines Vaters nicht hinausgehen wolle. Gewiß trug die Rücksicht auf Rom und Spanien viel zu dieser Umwandlung bei, Illeshazy aber schrieb dieselbe einfach dem Einfluße Khlesls und seiner Partei im Rathe des Königs zu. Was diesen Rath betrifft, so bestand derselbe aus Khlesl, Liechtenstein, Kuhn, Meggau, Breuner, Trautson, Mollart, Krenberg und Harrach. Von diesen besaß Khlesl im höchsten Grade das Vertrauen seines Herrn und war sonach derjenige, welcher den öffentlichen Angelegenheiten den bestimmenden Impuls gab. Ihm schloßen sich Kuhn und Meggau an, während Liechtenstein an der Spitze der übrigen Räthe stand; die ersteren nun waren für die Nichtbewilligung der ständischen Forderungen, die letzteren dagegen empfahlen angelegentlich einen baldigen Ausgleich **). Erzherzog Maximilian, welcher die religiösen

*) Münchner Staatsarchiv 117/3, 12. Relation des Freiherrn von Eyzing über seine Gesandtschaft bei Illeshazy.

**) Archiv von Simancas 2495/50. Erzh. Leopold an Ferdinand ddo. März 1609.

Streitigkeiten seiner Zeit in kaltblütiger Weise vom politischen Standpunkte aus beurtheilte, nahm die Mitte zwischen beiden Parteien ein; er theilte nicht den Haß der khleslischen Partei gegen den lutherischen Glauben, wohl aber hütete er sich gleich ihr, vor einer Vorschubleistung der politischen Bestrebungen der Protestanten. So mag es wohl gekommen sein, daß Mathias, beeinflußt von der Ueberzeugung des ihm aufrichtig ergebenen Bruders und geleitet von dem Rathe des ihn nahezu beherrschenden Khlesl, schnell auf die Illeshazy gemachten Zusagen vergaß und in der That Anstalten traf, um durch die Publikation strenger Mandate die Protestanten zur unverweilten Huldigung zu nöthigen. Illeshazy, welcher nach diesem Umschwung in Mathias' Haltung sowohl bei Maximilian als bei Khlesl und seinen Anhängern zu Gunsten der Horner vermitteln wollte, stieß auf einen harten Widerstand; einer der Räthe, dessen Name uns nicht weiter bekannt ist, den der Palatin aber als einen noch jüngern Mann bezeichnet, erwiederte ihm auf seine Vorstellungen: „Die Konfirmation der von den Hornern gemachten Forderungen könne nur mit Blut geschehen." Illeshazy entgegnete ihm: „Mein lieber Herr Sohn, euer Blut ist viel zu wenig dazu, um daß Ihr dieses alles konfirmiren solltet." Er reiste darauf nach Ungarn, die Entwicklung der österreichischen Angelegenheiten sich selbst überlassend.

Es versteht sich, daß die Horner von den vergeblichen Anstrengungen Žerotins und Illeshazy's, zu ihren Gunsten zu vermitteln, ziemlich genaue Kenntniß besaßen. Waren sie schon früher nicht ganz zufrieden, als die genannten Herren auch sie zur Mäßigung mahnten, und ließen sie es nicht an verdächtigenden Beschuldigungen gegen dieselben fehlen, so waren sie nunmehr vollends gegen Mathias und seine Umgebung entrüstet, als ihnen diese nicht einmal so viel gewähren wollten, was doch jene schlaffen Freunde für nothwendig gehalten. Jetzt fand Tschernembl bei seinen Parteigenossen einen wohl vorbereiteten Boden, um einigen von ihnen die Unterhandlung mit dem Kaiser empfehlen zu können und so den Plan, dessen Grundzüge in Wittingau entworfen worden waren, seiner Durchführung näher zu bringen. Er ersuchte nunmehr den Fürsten von 15. Dez
Anhalt in aller Form, dem Kaiser auf einem passenden Wege die Er- 1608
klärung zukommen zu lassen, daß die Oesterreicher geneigt seien, unter seine Herrschaft zurückzukehren, wofern er jene Forderungen, deren Gewährung sie bis jetzt vergeblich von Mathias verlangt hätten, bewilligen würde. Zugleich fügte er seiner Bitte noch den Wunsch bei, daß die Reichsfürsten auf irgend eine Weise dem Vertrage mit dem Kaiser

als Garanten beitreten möchten*). Wie sehr alles dies Anhalt genehm war, ist leicht begreiflich; gleichwohl mäßigte er die eigene Ungeduld und statt den Versuch einer direkten Unterhandlung mit dem Kaiser augenblicklich zu erneuern, verlangte er nochmals von Tschernembl ausführliche Mittheilungen nicht bloß über Oesterreich sondern auch über Ungarn und Mähren. Er dachte nichts Halbes zu thun, sondern geradezu dem König, sobald er sich einmal mit ihm in den Kampf begeben würde, seine sämmtlichen Besitzungen zu entreißen; deshalb wollte er erst die Aussichten kennen, welche für das Gelingen dieser Unternehmung sprachen, um darnach seine Anträge an den Kaiser zu bemessen**). Bevor jedoch noch eine Antwort von Tschernembl einlief, ersparte ihm ein eigenthümlicher Zufall die Aufsuchung eines passenden Weges, um mit dem Kaiser in direkte Verhandlungen zu treten.

Während der letzten Wochen hatte sich in Prag Dr. Croll, der Leibarzt des Fürsten von Anhalt, den dieser gelegentlich auch zu diplomatischen Missionen zu verwenden pflegte, aufgehalten. Derselbe starb nun unerwartet schnell in Prag und ehe noch sein Herr Gelegenheit fand, dessen Papiere durch einen andern Agenten in Sicherheit zu bringen, waren sie bereits im Auftrage der Kaisers mit Beschlag belegt worden***). Eine nähere Untersuchung warf hinreichend Licht auf die enge Verbindung, in welcher der Fürst zu den Horner Ständen stand, und erzeugte in dem Kaiser den abenteuerlichen Plan, Anhalt um seine Vermittlung bei den Oesterreichern anzusuchen.

Um die verlorne Herrschaft wieder zu gewinnen, war der Kaiser jetzt geneigt, jeden Preis zu zahlen. Es ist zwar sonderbar aber richtig, daß, so lange Mathias noch nicht in Ungarn gekrönt war, sich der Kaiser noch immer nicht der Hoffnung entschlagen konnte, derselbe werde freiwillig wieder zu seinen Gunsten auf die abgetretenen Länder Verzicht leisten. Nichts war ihm deshalb willkommener, als die Nachricht von den Schwierigkeiten, denen Mathias in den erworbenen Ländern begegnete; in dieser Richtung war sein Geist ununterbrochen beschäftigt, in jeder andern war er wie todt. Es gab weder für die angesehensten Personen seines Hofes noch für die fremden Gesandten ein sicheres Mittel zu ihm zu ge-

---

*) Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 62. Tschernembl an Anhalt ddo. Horn den 15. Dezember 1608.

**) Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 66. Anhalt an Tschernembl ddo. 15/25. Dezember.

***) Bernburger Archiv O XIII, Vol. III, Fol. 91. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg 29. Dezember 1608. A. St.

langen oder auch nur eine Schrift ihm zukommen zu lassen; entweder kam die Schrift nicht in seine Hände oder sie wurde von ihm ungelesen weggeworfen. Wer aber doch zu ihm gelangte, durfte über nichts anderes mit ihm reden, als über den einzigen Gegenstand, der ihn unablässig beschäftigte, nämlich die Erniedrigung seines Bruders*). Die chimärischen Hoffnungen, welche er bezüglich des Wiedergewinns der abgetretenen Länder hegte, beruhten auf dem trotzigen Auftreten der Oesterreicher und auf der Annahme, daß sich die Ungarn mit denselben verbünden und die Krönung verweigern würden. Er erwartete, daß Mathias schließlich aus Verzweiflung über die sich aufthürmenden Schwierigkeiten sich ihm in die Arme werfen und auf die abgetretenen Länder Verzicht leisten würde! Die Nachricht von der in Preßburg vollzogenen Krönung traf ihn deshalb wie ein Donnerschlag und regte ihn in furchtbarer Weise auf; ergrimmt wie ein „Löwe", ergoß er sich in Vorwürfen gegen seinen Bruder und beschuldigte ihn der Falschheit, weil er ihn in seinen letzten Briefen eine Rückerstattung des Entrissenen habe hoffen lassen. Mit der eigenthümlichen Auffassungsweise eines Kranken hatte nämlich der Kaiser aus dem unterwürfigen Tone eines Briefes von Mathias diese Hoffnung gefaßt, hatte bereits im Geiste die bittende Gestalt seines Bruders und dessen Verzicht auf die erworbenen Rechte vor sich gesehen und nun besiegelte die Krönung auf unwiderrufliche Weise den Verlust**).

Dennoch gab der Kaiser seine sonderbaren Hoffnungen auf die Wiedererwerbung der verlorenen Länder noch nicht auf. Er schickte den Erzherzog 9. Dez.
Leopold, welcher gerade in Prag zum Besuche weilte, den Grafen Althan, 1806
den Appellationsrath Tennagel und den Reichshofrath Hegenmüller***) nach Wien, um geradezu von seinem Bruder die Rückerstattung des Verlorenen zu verlangen! Erzherzog Leopold hatte im Verein mit Maximilian persönlich bei Mathias dieses Begehren zu unterstützen, während Tennagel und Althan heimlich mit den Hornern selbst in Ver-

*) Simancas 2494/102. Zuñiga an Philipp III ddo. 8. November. . . ni ay camino ninguno para alcançar audiencia de S. M. ni persona, que se encargue de darle ningun recato mio ni de nadie, ni nadie, que le hable sino en lo, que el le pregunta o en cosa, que saven conocidamente, que le a de dar mucho gusto, y si sele escrive algun billete, no ay seguridad ninguna de que aya de llegar a sus manos.

**) Simancas 2494/109. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 28. November. — Ebendaselbst 2494/72. Zuñiga an Philipp III ddo. 5. Dezember 1608. La nueba de la coronacion de Ungria ha hecho terrible effecto . . .

***) Hurter, Ferdinand II Bd. VI S. 1608. Tennagel war ein Däne von Geburt und Schwiegersohn Tycho Brahe's. — Simancas 709. Protokoll der Staatsrathssitzung vom 10. März 1609.

bindung treten und sie gegen Anbietung mannigfacher Vortheile zur Anerkennung ihres frühern Herrn bewegen sollten. Mathias wies diese Anträge nicht in der entschiedenen Weise von sich, wie man vielleicht vermuthen sollte; er deutete selbst an, daß er nicht ganz ungeneigt wäre, des Kaisers Begehren zu erfüllen, wenn er nicht in seinen Entschlüßen durch seine neuen Unterthanen zu stark beschränkt wäre. Mathias meinte es wohl keinen Augenblick mit der Rückerstattung ernstlich und machte also mit der unterwürfigen Sprache nur einen Versuch, dem Kaiser eine versöhnlichere Stimmung einzuflößen. Als er aber Rudolfs Hartnäckigkeit und die gegen ihn mit den Hornern angesponnenen Machinationen merkte, schlug er rundweg dem Kaiser sein Begehren ab und der Reichshofrath Hegemüller kehrte endlich mit der Antwort zurück, daß Mathias sich zu allem nur nicht zur Abtretung der Länder verstehen könne. Nichtsdestoweniger stellte Rudolf nochmals das Ansuchen, sein Bruder solle ihm wenigstens Mähren und Oesterreich zurückgeben*). Was für eine Antwort der Letztere gegeben, ist uns nicht bekannt, gewiß mögen aber des Kaisers unerträgliche Forderungen später seinen Entschluß, mit den Oesterreichern um jeden Preis sich zu versöhnen, beschleunigt haben. Althans Versuch, direkte Verbindungen mit den Horner Ständen anzuknüpfen, endeten resultatlos und nöthigten den Unterhändler zur schleunigen Flucht nach Böhmen.

In diesen Momenten, wo der Kaiser durch direkte Verhandlung mit Mathias und durch geheime Intriguen mit den Hornern sich zum Besitze des Verlornen wieder helfen wollte, geschah es nun, daß ihm die oben berührten Papiere Crolls in die Hände fielen. Gierig nach der günstigen Gelegenheit greifend, welche ihm ein vertrautes Einverständniß mit Anhalt zu bieten schien, beauftragte er den Landgrafen von Leuchtenberg, den Fürsten direkt zur Angabe jener Wege aufzufordern, durch welche er „die erlittenen Scharten auswetzen könnte". Anhalt, der, wie wir wissen, von Tschernembl in einer fast offiziellen Weise zu Verhandlungen mit dem Kaiser ermächtigt worden war, erwiederte dem
1. Jän. Landgrafen, er sei jederzeit, „insbesondere aber seit dem
1609 Regensburger Reichstage", als alle Welt wider den Kaiser aufgetreten, auf dessen Bestes bedacht gewesen und habe zu seiner Rettung „einige so gute Gelegenheiten ersehen gehabt, daß er sich geradezu wundern müsse, weshalb sie sonst von Niemandem erkannt worden seien". Seien

*) Simancas 709. Protokoll der Staatsrathssitzung in Madrid ddo. 10. März über die Briefe Zuñiga's vom 17., 30. und 31. Jänner. — Ebendaselbst 2493/69. Zuñiga an Philipp III ddo. 3. Jänner 1609.



nun auch diese Gelegenheiten bereits verschwunden, so ergäben sich wiederum neue und er für seine Person sei gern erbötig, den Kaiser auf dieselben aufmerksam zu machen*). Kaum hatte Anhalt diese Antwort nach Prag abgeschickt, so kam auch bereits von dort ein gewisser Oberst Gunderode, um im Auftrage des Kaisers persönlich die Verhandlungen einzuleiten. Gunderode lebte damals in Prag als offiziell beglaubigter Agent des Königs von England und es wirft sonach ein eigenthümliches Licht auf Rudolf, daß er sich in einer so wichtigen und zugleich so wenig rühmlichen Angelegenheit eines fremden Diplomaten bediente. Der Gesandte hatte den Auftrag, nicht nur dem Fürsten von Anhalt selbst einen passenden Lohn zu versprechen, sondern zugleich im Namen des Kaisers den Oesterreichern freie Religionsübung anzubieten, im Falle sie zu ihrem frühern Herrn zurückkehren würden. Uebrigens lud er den Fürsten ein, nach Prag zu kommen, da der Kaiser wiederholt den Wunsch ausgesprochen habe, sich mit ihm über die gegenwärtigen Verhältnisse zu berathen**).

Anhalt erwiederte dem Obersten, daß er nur noch Nachrichten aus Oesterreich erwarte, ob Mathias abermals den Hornern eine abschlägige Antwort auf ihre erneuten Bitten gegeben und daß, wenn dies der Fall sein sollte, er die Unterhandlungen mit dem Kaiser ernstlich in Angriff nehmen wolle. Dem letztern selbst dankte er in einem Briefe für das geschenkte Vertrauen und setzte ihm zugleich auseinander, worauf er seine Hoffnungen, ihm zum Wiedergewinn des Verlornen zu helfen, begründe. Seine Worte verdienen hier einen Platz, denn sie sind selbst in der lügenhaften Sprache der Diplomatie ein Denkmal seltener Gleißnerei. Er wolle, sagte er, dem Kaiser den Grund für seine Hoffnungen angeben und dieser beruhe darin, daß kein römischer Kaiser so lange Jahre so ansehnlich und glücklich regiert (!) und keiner seit hundert Jahren so glänzende Siege gegen die Türken erfochten habe, als er, so daß der Sultan selbst ihn habe um Frieden bitten müssen. (!!) Nun habe der Kaiser zwar einen Theil seiner Länder „nach fürfallender Occasion***) theils aus In-

*) Archiv von Bernburg. O XIII, Vol. III Fol. 75. der Landgraf von Leuchtenberg an Anhalt ddo. 28. Dezember. — Ebendaselbst Fol. 76. Anhalt an Leuchtenberg ddo. 1. Jänner 1609.

**) Bernburger Archiv. O XIII Vol. III, Fol. 91. Anhalt an Kurpfalz ddo. Amberg den 8. Jänner 1609.

***) Wir haben uns bemüht das Schreiben seiner veralteten Form zu entkleiden und namentlich die lateinischen Ausdrücke durch deutsche zu ersetzen. Es ging dies jedoch nicht überall an und namentlich gelang es uns nicht die Worte: „nach fürfallender Occasion“ modern umzukleiden, denn sie enthalten eine so auf

dulgenz, theils aus Gratifikation, theils aus Zufall abgetreten", doch könne es einem solchen Monarchen nach Anhalts einfältigem Ermessen nicht viel Mühe kosten, die von Andern beleidigten Länder wieder durch „Temporisirung" dauernd an sich zu bringen, um so mehr, da das kurfürstliche Kollegium auf seiner Seite sei, dieses verhoffentlich nicht ein geringes (zu seiner Erhöhung) beitragen und auch der „Respekt, die Dependenz und Auktorität, deren er sich bei fremden Königen und Fürsten erfreue, etwas ansehnliches prästiren werde". Diese auswärtige Hilfe vereint mit „der Neigung der Gemüther in den Erbländern, die zwar Gott lenke, wohin er wolle, die aber allbereits merklich verspürt werde, sei ein Fundament", auf welches der Kaiser nicht vergeblich die Erfüllung seiner Wünsche begründen dürfe*). Die Urtheilskraft des Kaisers muß wohl stark gelitten haben, wenn die Unwahrheiten dieses Schreibens ihn nicht mehr erzürnten, sondern noch seinen Hoffnungen schmeicheln konnten. Gunderode's Reise nach Amberg blieb übrigens kein Geheimniß, denn dieser prahlte nach seiner Rückkehr nach Prag, er habe in wenigen Tagen mehr zu Gunsten des Kaisers zu Wege gebracht, als seine übrigen Räthe in langen Reisen; man werde bald merkwürdige Dinge erleben**).

Nachdem so Anhalt die Verbindung mit dem Kaiser in Gang gebracht hatte, entwarf er auch in einem Gutachten die Bedingungen, unter welchen die Oesterreicher wieder unter ihren früheren Herrscher zurückkehren könnten. Die erste und unerläßliche Bedingung war ihm natürlich die Freigebung des Glaubens und die völlige Gleichberechtigung der Protestanten mit den Katholiken; damit diese aber dauernd erhalten würde, sollten die protestantischen Fürsten und Kurfürsten so wie der König von England die Garantie des Vertrags durch ihre Mitunterzeichnung übernehmen***), den Ständen selbst sollten zur Erhaltung ihrer politischen Freiheit der Zusammenhang mit der Union freigegeben und Zusammenkünfte aller Art erlaubt sein. Dieser Entwurf, welchen Anhalt zur Begutachtung nach Oesterreich schickte, kreuzte sich auf dem Wege mit einem andern Entwurfe, welchen Tschernembl nach Amberg schickte. Der letztere

---

Schrauben gestellte Lüge und Unklarheit, daß jede Umkleidung das charakteristische und doch nichtssagende dieser Phrase verwischen würde.

*) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. III, Fol. 80. Anhalt an den Kaiser ddo. Waldmünchen 7. Jänner 1609. N. St.

**) Brüssel. Secret d' Etat. Allem. Carton 163. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 17. Jänner 1609.

***) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. III, Fol. 101. Gutachten Anhalts ddo. 12. Jänner 1609.

unterschied sich in seinen Forderungen von Anhalt dadurch, daß er die Garantie auswärtiger Fürsten nicht für nothwendig hielt und weniger auf das Bündniß mit der Union als auf die Aufrechthaltung des Bündnisses mit Ungarn und Mähren ein Gewicht legte*). Die Ansichten des österreichischen Tribuns waren deshalb nicht so weitgehend, weil er stets die Möglichkeit im Auge hatte, daß seine bisherigen Freunde, von denen nur ein sehr kleiner Theil in die Unterhandlungen mit Rudolf eingeweiht war, ihm nicht so weit folgen dürften, als Anhalt wünschen mochte; deshalb ersuchte er auch den letztern, noch vier Tage mit definitiven An- 12. Jän.
trägen an den Kaiser innezuhalten, weil er hoffte, ihm bis dahin Nachricht 1609
geben zu können, welche Stellung Mähren und Ungarn beim Ausbruche des Kampfes gegen Mathias einnehmen würden. Auf die frühere Frage des Fürsten, ob Hoffnung vorhanden sei, daß auch diese Länder für Rudolf gewonnen werden könnten, antwortete er verneinend. Wiewohl nun Anhalt die Verhandlungen mit dem Kaiser nicht weiterführen konnte, so lange nicht von Tschernembl fernere Mittheilungen eingelaufen waren, so ließ er doch die Zeit nicht ungenützt vorüberstreichen. Von Gunderode, 29. Jän.
den er mit den momentanen Hindernissen einer sofortigen Uebereinkunft mit dem Kaiser bekannt machte, verlangte er zu wissen, wie man in Prag die künftigen Verhandlungen einzuleiten gedenke. Anhalt wünschte mit ihnen selbst im Namen des Kaisers, ohne Dazwischenkunft eines Dritten, betraut zu werden, weil er die Vortheile ihrer glücklichen Beendigung, da, wo er allein die Mühe gehabt, Anderen nicht überlassen wollte. Zugleich stellte er die Forderung, der Kaiser solle dem Erzherzog Leopold die Weisung zukommen lassen, nicht mehr gegen die Protestanten eine feindliche Haltung anzunehmen. Seit seiner Gesandtschaft nach Wien war nämlich der junge Erzherzog daselbst geblieben und hatte sich bei jeder Gelegenheit auf das energischeste gegen die Horner ausgesprochen**).

Um über das fernere Verhalten der Ungarn und Mährer im klaren zu sein, hatten die Horner in den ersten Tagen des Monats Jänner an 1609
beide eine Gesandtschaft abgeordnet, wozu sie auch durch die strengere Haltung, welche Mathias mittlerweile einschlug, veranlaßt wurden. Gleich beim Beginn des Jahres 1609 bot er nämlich den Protestanten abermals die unverkürzte Konzession Maximilians II und die Zulassung zu den höhern Aemtern an, dafür aber rügte er in energischer

*) Bernburger Archiv. O XIII, Fol. 68. Tschernembl an Anhalt ddo. 12. Jänner 1609.

**) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV. Anhalt an Gunderode ddo. 19/19. Jänner 1609.

Weise ihr bisheriges Betragen und befahl ihnen die Leistung der Huldigung bis zum 21. Jänner. In einem zweiten Mandat forderte er das von den Ständen geworbene Volk auf, in seine Dienste zu treten und schon sprach man davon, daß auch ein drittes Mandat*) vorbereitet werde, welches die Unterthanen des widerspänstigen Adels von ihren Pflichten und namentlich von der Robotleistung losbinden sollte. Die Horner Versammlung, von diesen Mandaten schon in Kenntniß gesetzt, bevor sie noch veröffentlicht wurden, beschloß die Ungarn und Mährer nochmals an die Verpflichtungen des Šterboholer Bündnisses zu mahnen. In Olmütz er-
9. Jän. langte ihre Gesandtschaft so viel, daß die daselbst zufälligerweise ver-
1609 sammelten obersten Beamten des Landes sammt einigen Landständen versprachen, daß falls der Bericht einiger Herren, die man nach Horn senden wollte, zu Gunsten der Oesterreicher lauten sollte, Mähren sich den durch das Bündniß auferlegten Verpflichtungen nicht entziehen werde**). Mathias hatte eigens Herrn von Liechtenstein nach Olmütz geschickt, um den Einfluß der Horner Gesandten zu paralysiren, aber vergeblich, denn wiewohl daselbst weiter nichts als die Absendung einer Deputation beschlossen wurde, so machte sich gleichwohl eine dem König so abgeneigte Stimmung geltend, daß Liechtenstein auf das eiligste nach Hause berichtete und seinen Herrn auf das inständigste vor jedem feindlichen Schritt gegen die Horner warnte***).

Nach Ungarn sandten die Horner Herrn Erasmus von Eizing, welcher, da die Stände des Landes nicht tagten, zum Palatin Illeshazy
17. Jän. reiste und ihn um eine offene Erklärung ersuchte, wessen sich die Oesterreicher von den Ungarn zu versehen hätten, im Falle es zum Kriege zwischen ihnen und Mathias kommen sollte. Illeshazy empfing den Gesandten mit Zuvorkommenheit und theilte ihm alles das mit, was er zu Gunsten der Horner mit Mathias und seinen Räthen im vorigen Monate gesprochen hatte und fügte schließlich hinzu, daß er sein weiteres Benehmen nach vorläufiger Berathung mit dem Landeshauptmann von Mähren, welchen er noch am selben Tage zum Besuche erwarte, regeln werde. Eizing, mit dieser Antwort nicht zufrieden, verlangte positive

*) Es war dasselbe, zu dessen Kenntniß Illeshazy bereits im Anfang Dezember 1608 gelangt war.

**) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV, Fol. 161. Relation der österreichischen Gesandtschaft an die Horner. — Ebendaselbst Fol. 70. Instruktion für die mährischen Gesandten.

***) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 226/65. Bernhard von Puchaimb an Rosenberg ddo. Horn den 22. Jänner 1609.

Erklärungen, erinnerte ihn deshalb an die Verpflichtungen des Štěrboholer Bündnisses und erwähnte schließlich eines Gerüchtes, nach welchem 10.000 Ungarn bereits versammelt seien, um an Mathias' Seite zu kämpfen. Illeshazy stellte zwar in Abrede, daß das Štěrboholer Bündniß die Oesterreicher im jetzigen Augenblicke zu irgend welcher Forderung berechtige, denn dasselbe sei nur für allgemeine und nicht für besondere Angelegenheiten aufgerichtet worden. Da nun das Verlangen der Horner nur eine „partikuläre" Angelegenheit sei, so könne er die Gespannschaften nicht berufen, um sie um ihre Meinung zu befragen. Aber das Versprechen könne er doch geben, daß, wie auch die Dinge ausfallen sollten, die Ungarn nicht gegen die Oesterreicher kämpfen würden und sollten sie doch in ihr Land kommen, so dürfte dies nicht geschehen, um Mathias beizustehen. So günstig diese Erklärungen des Palatins lauteten, so genügten sie dem Gesandten dennoch nicht, denn er verlangte schließlich ein positives Versprechen, daß die Ungarn den Hornern helfen würden, und da dies Illeshazy nicht abgab, kehrte er ziemlich unzufrieden nach Hause zurück. Tschernembl, der es nicht ertragen konnte, wenn Jemand sich ihm nicht anschloß, nannte den Palatin geradezu einen Heuchler*).

IV

Brachten die Gesandten der Horner auch nicht die Nachricht nach Hause, daß mährische und ungarische Truppen ihnen auf dem Fuße nachfolgten, um Mathias' Unnachgiebigkeit zu bekämpfen, so befriedigten gleichwohl ihre Berichte, denn sie sprachen mit Gewißheit die Vermuthung aus, daß man von Seite der Štěrboholer Bundesgenossen nie das Geringste zu befürchten, wohl aber vieles zu hoffen habe. Dennoch war der Augenblick noch nicht gekommen, daß Tschernembl den Fürsten von Anhalt endgiltig für die Verhandlungen mit Rudolf autorisiren konnte, obwohl er seine schließlichen Aufträge nur bis auf den Empfang der Berichte aus Ungarn und Mähren, welche nunmehr eingelaufen waren, hinausgeschoben hatte; denn da die Mährer den Horner Gesandten auf dem Fuße auch eine Deputation an Mathias zur Vermittlung abgeschickt hatten, an deren Spitze Žerotin stand, so wollte Tschernembl, daß Anhalt in dem Beginne der Verhandlungen mit Rudolf noch so

*) Münchner Staatsarchiv 117/3, 12. Relation des Erasmus Freiherrn von Eyzing ddo. 28. Jänner 1609. — Bernburger Archiv. O XIII, Vol. III, 319. Tschernembl an Anhalt ddo. Horn den 19. Jänner 1609.

lange innehalte, bis er erfahren haben würde, was die Mährer in Wien ausgerichtet hätten.

Diese abermalige Verzögerung behagte dem Fürsten von Anhalt nur wenig, weil er immer mehr fürchten mußte, daß Mathias unter dem von allen seinen Ländern auf ihn ausgeübten Drucke zuletzt doch nachgeben könnte. Da er nun einsah, daß Žerotin, nach dessen Meinung sich auch Illeshazy richtete, sowohl die Oesterreicher als Mathias in ihren Entschlüßen bestimmen würde, so nahm er zuletzt keinen Anstand, sich direkt an den mährischen Landeshauptmann zu wenden und ihn zur Theilnahme an den Unterhandlungen mit dem Kaiser aufzufordern, um so die gefürchtete Vereinigung zwischen Mathias und den Oesterreichern zu hindern*). Bei der kühlen Haltung, welche Žerotin ihm gegenüber eingenommen hatte, hätte Anhalt das gewagte dieser Aufforderung mehr bedenken sollen, denn er lief Gefahr, sein ganzes Spiel vor den Augen eines unparteiischen und friedliebenden Mannes aufzudecken. Auch war es thöricht zu glauben, daß die gewöhnlichen Phrasen von papistischer Tyrannei und Freiheit des Evangeliums auf einen Eingeweihten wie Žerotin einen tiefern Eindruck ausüben konnten. Aber Pläne flammenden Ehrgeizes, welche Anhalt selbst eine Krone als etwas Erreichbares vorgaukelten, ließen ihn auf seine sonstige Zurückhaltung vergessen**). Um ja nichts zu versäumen, was seine Wünsche fördern konnte, legte er bald darauf sogar Herrn von Tschernembl (!) dringend die Vereinigung mit dem Kaiser ans Herz und warnte ihn vor der Theilnahme an den Verhandlungen in Wien, da man leicht gegen seine Person einen gefährlichen Streich versuchen könnte.

Trotz dieser Schritte, durch welche Anhalt sich bemühte, den Faden der Verhandlungen, welche in Wien beginnen sollten, abzuschneiden, sprach alles dafür, daß dieselben ihren Anfang nehmen würden. Tschernembl schrieb nach Amberg, man dürfe sich keine Hoffnung machen, daß Žerotin für den Kaiser gewonnen werden könnte; er habe vielmehr entschieden erklärt, lieber sich mit dem Türken zu verbinden, als je mehr unter die Herrschaft des Kaisers zurückzukehren. Dennoch gab damit Tschernembl selbst keineswegs das mit Rudolf begonnene Spiel für verloren, sondern glaubte, daß die Wiener Verhandlungen bei Mathias' sicherer Unnachgiebigkeit resultatlos bleiben und man in ihnen nur eine Verzögerung aber keine Vereitlung der gemeinsamen Wünsche beklagen dürfe. In einem

*) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. III, Fol. 325. Anhalt an Žerotin ddo. 18/28. Jänner.

**) Wir werden bald mehreres bezüglich Oesterreichs und Böhmens mittheilen.



seiner aufrichtigen Ergüsse an Anhalt schloß er mit folgenden merkwürdigen Worten: Um die Wahrheit zu sagen, so bin ich der Meinung, daß wir mit dem Kaiser eben so wenig zum Ziele gelangen, als mit dem König, denn die Beschaffenheit seines Charakters beruht darin, daß er alles beginnt und nichts beendet. Mein Plan ist der, daß, wenn beide Prinzen unsere Forderungen abweisen, wir die protestantischen Fürsten des Reiches um ihre Hilfe ersuchen und dann ist alles gewonnen*). An diese verständliche Mittheilung knüpfte Tschernembl noch die Bitte, die Union möchte wenigstens schleunig Gesandte nach Oesterreich schicken, die entweder den König zur Nachgiebigkeit bewegen oder mit den Ständen die letzten Verabredungen über eine thätige Beihilfe treffen könnten. — Anderer Art war die Antwort, welche zu gleicher Zeit von Žerotin auf Anhalts Aufforderung in Amberg einlief. Der Landeshauptmann erklärte darin, daß er, weit entfernt zur Wiedereinsetzung Rudolfs die Hand zu bieten, vielmehr alles aufbieten werde, um die Verhandlungen zwischen den Oesterreichern und Mathias zu einem glücklichen Resultate gelangen zu lassen und lieber es auf einen offenen Kampf ankommen lassen wolle, als eine Wiedervereinigung mit dem Kaiser zuzugeben. Nicht aus persönlichen Rücksichten handle er so, denn es wäre ihm am Ende leicht, sich mit dem Prager Hof wieder auf einen guten Fuß zu stellen, aber deshalb, weil die Verbindung mit dem Kaiser gleichbedeutend mit der Wiedereinsetzung des verderbten Regiments wäre, welches allein die Ursache der letzten Ereignisse gewesen**). Anhalt konnte aus dieser Antwort schließen, daß er in seinen Mittheilungen an Žerotin zu weit gegangen sei und daß, wenn nicht das gleiche Band der Religion sie umfaßt haben würde, er wohl etwas schlimmeres als eine einfach ablehnende Antwort von ihm zu fürchten gehabt hätte.

Waren schon alle diese Nachrichten für Anhalt, der die Verhandlungen mit dem Kaiser gern schnell zu einem Abschluß gebracht hätte, unangenehm, so machte er zugleich auch noch die trübe Erfahrung, daß er mit allzugroßer Hast auf die bereitwillige Unterstützung der Union gerechnet habe. Wenn es zwischen den Oesterreichern und Mathias zu einem Kampfe kam, war Rudolf nicht im Stande, den erstern irgendwelche Hilfe zuzuschicken, selbst in dem Falle nicht, wenn sie wieder unter seine Herrschaft zurückkehren wollten, denn daran war er durch die bereits auch

---

*) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV, 355. Tschernembl an Anhalt ddo. 8. Feber. — Ebendaselbst Fol. 357. Derselbe an denselben ddo. 10. (?) Feber 1609.

**) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV, Fol. 410. Žerotin an Anhalt ddo. Wien den 11. Feber 1609.

in Böhmen ausgebrochenen religiösen Streitigkeiten, von denen wir bald hören werden, verhindert. Die Oesterreicher, sollten sie also nicht sich allein überlassen bleiben, bedurften der Hilfe der Union bei dem angestrebten Herrschaftswechsel und diese hatte Anhalt nicht nur in Aussicht gestellt, sondern er that alles, was in seinen Kräften lag, um die Union zu einem bindenden Versprechen zu vermögen. Während er deshalb den Pfalzgrafen von den Vorgängen in Oesterreich und von seinen mit dem Kaiser bereits angeknüpften Verhandlungen in Kenntniß setzte, und dabei selbstverständlich die nachdrücklichste und sorgfältigste Einmischung in die österreichischen Angelegenheiten anriet, ersuchte zu gleicher Zeit auch ein in Linz versammelter Ausschuß der ober- und niederösterreichischen Stände sämmtliche Fürsten der Union in förmlicher Weise um eine wirksame Unterstützung mit Geld und Mannschaft und überhaupt um die Absendung eines Gesandten, mit dem die Bedingungen des Bündnisses besprochen werden könnten*). Aber die feinen Päne Anhalts gelangten wieder in das großlöcherige Sieb des Kurfürsten von der Pfalz und seiner Freunde, wurden da wieder sorgfältig durchgesehen, hin und her gerüttelt, so daß es uns nicht wundern darf, wenn sie abermals durchfielen. Von den Räthen des Kurfürsten von der Pfalz, welche um ihr Gutachten angesucht wurden, sprach sich Loefenius, der bedeutendste, in entschiedener Weise gegen Anhalts kriegerische Einmischung aus. Er begrüßte die österreichischen Streitigkeiten mit Freuden als ein Mittel zur Schwächung der Habsburger, aber er glaubte dieselbe nicht auf so krummen Wegen wie die Wiedereinsetzung Rudolfs in die verlorene Herrschaft suchen zu müssen, sondern hoffte mit aller Sicherheit, daß man durch eine moralische Unterstützung der Oesterreicher, durch die Absendung einer Gesandtschaft nach Wien, gewiß zum Ziele kommen werde. Mathias werde dadurch beeinflußt, schließlich dennoch nachgeben und damit habe man erreicht, was man jetzt wünschen dürfe und könne. In ähnlicher Weise urtheilten die Fürsten der Union, der Pfalzgraf von Neuburg, der Markgraf von Baden und andere; auch sie waren vorerst nur für die Absendung einer Gesandtschaft und obwohl sie die thatsächliche Unterstützung der Union nicht zu verweigern gedachten, so wollten sie dieselbe doch von einem förmlichen Bundesbeschluß abhängig machen und zeigten demnach einiges Mißbehagen darüber, daß Anhalt sie ungefragt in Bahnen drängen wollte, welche ihm beliebten**).

---

*) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 156. Die ober- und niederösterreichischen Stände an die Fürsten der Union ddo. Linz den 17. Jänner 1609.

**) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 134. Des Loefenius Gutachten ddo. 21/31.

Vor einigen Wochen hatte sich Anhalt selbst mit der Absendung einer Gesandtschaft der Union nach Oesterreich einverstanden erklärt, jetzt wäre er am liebsten an der Spitze einiger Regimenter in Oesterreich eingerückt, aber da die Umstände dies noch nicht möglich machten, so fügte er sich in das Unvermeidliche und beschleunigte, so viel er konnte, die Absendung der Gesandten, weil er nebenbei doch zu seinem Ziele zu kommen hoffte und auch Tschernembl mit diesem vorläufigen Auswege einverstanden war. Pleikhart von Helmstatt und Burkhardt von Weiler, der erstere im Dienste des Kurfürsten von der Pfalz, der letztere in dem des Herzogs von Würtemberg, wurden im Namen der Union nach Oesterreich abgeschickt, um die Stände zur Einigkeit und Ausdauer zu mahnen, bei Mathias selbst aber für die Gewährung ihrer Forderungen zu wirken*). Die thätige Hilfe der Union durften sie zwar in Aussicht stellen, aber doch noch nicht bindend versprechen; sie hatten auf einen Unionstag hinzuweisen, von dessen Beschluß alles abhänge. Im übrigen sollten sie auf das genaueste die Verhältnisse in Oestereich studieren, die Mittel, welche Mathias und den Ständen zu Gebote stünden, kennen zu lernen trachten, um so der Union eine positive Grundlage für endgiltige Beschlüße zu liefern.

Während so Anhalt diese Gesandtschaft, deren Thätigkeit vielleicht gerade die von ihm gescheute friedliche Ausgleichung zwischen Oesterreich und Mathias herbeiführen konnte, sich gefallen lassen mußte, wurde er immer mehr von Prag aus bestürmt, mit den Verhandlungen zwischen dem Kaiser und den Oesterreichern nunmehr doch einen ernstlichen Anfang zu machen. Gunderode schrieb ihm, Rudolf sei von Herzen über seine Zuschriften erfreut und bewahre getreu das Geheimniß, indem er Niemanden Einsicht in dieselben nehmen lasse, sondern sie nach der Durchlesung wieder in seine (Gunderode's) Hände überantworte. Schon einige Tage nach dieser Mittheilung schrieb er ihm abermals, der Kaiser erwarte ungeduldig weitere Mittheilungen und sei geneigt, den Fürsten für seine Dienste kaiserlich zu belohnen**). Anhalt erwiederte darauf, daß er für seinen Theil alles zur Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Kaiser beitragen möchte, daß man jedoch den Ausgang der Verhandlungen mit Mathias erwarten müsse, bevor ein Entschluß gefaßt werden könne.

Jänner. — Ebendaselbst Gutachten des Pfalzgrafen von Neuburg, des Markgrafen von Baden u. s. w.

*) Münchner Staatsarchiv 117/3, 1 und 54. Hauptinstruktion und Nebenmemorial für die nach Oesterreich geschickten Gesandten der Union.

**) Bernburger Archiv. O 13, Vol. VI, 144. Gunderode an Anhalt ddo. Prag 1. Feber. — Ebendaselbst Fol. 147. Derselbe an denselben 5. Feber.

Bei dieser Gelegenheit wünschte er auch zu wissen, in welcher Art der Kaiser ihn belohnen wolle, wenn das Unternehmen gelinge, denn, fügte er hinzu, es sei nicht seine Gewohnheit umsonst „für Andere zu arbeiten“ *). Diese Mittheilung, anstatt auf Rudolf aufheiternd zu wirken, machte ihn bestürzt und ärgerlich, denn er ersah aus derselben, was längst jeder Andere ersehen hätte, daß die Oesterreicher sich nur in dem Falle ihm anschließen wollten, wenn Mathias ihren Forderungen nicht genügen würde, und daß er, wie Gunderode sich ausdrückte, nichts anderes als ihr „Fickmüller“ sei**). Zur selben Zeit waren bereits in Prag die böhmischen Stände zu einem Landtage versammelt, in dem Rudolf sein ihnen gegebenes Versprechen bezüglich der Religionsfreiheit einlösen sollte. Weit entfernt, ihnen das bewilligen zu wollen, was er doch den Oesterreichern von freien Stücken anzubieten im Begriffe war, fing er nun an einzusehen, daß er auf den von Anhalt gewiesenen Wegen kaum „die erlittenen Scharten“ auswetzen dürfte.

Mittlerweile war Mathias, der nun seit fünf Monaten den Forderungen der österreichischen Stände einen beharrlichen Widerstand entgegengesetzt hatte, an der Grenze seiner Ausdauer angelangt. Wohl hätte ihm jeder urtheilsfähige und besonnene Rathgeber gleich anfangs sagen können, daß er einen vergeblichen Kampf gegen die Oesterreicher kämpfe, weil trotz aller schonenden Zurückhaltung sich schließlich dennoch die Mährer und Ungarn gegen ihn erklären würden. Allein sowohl die Mahnungen von Rom aus, als der Einfluß Khlesls, der nichts mehr von einer Nachgiebigkeit gegen die Protestanten wissen wollte, und endlich das zügellose Auftreten der letztern namentlich in Oberösterreich hatten seinen Widerstand hervorgerufen. Aber die Intriguen, welche der Kaiser indessen mit den Hornern angesponnen und die ihm der Hauptsache nach nicht unbekannt bleiben konnten, das fortwährende Ausbleiben der von Rom und Spanien erbetenen Unterstützung und der absolute Mangel an eigenen Hilfsmitteln zeigten ihm, daß eine baldige Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Protestanten eine unausbleibliche Nothwendigkeit sein werde. In seinem Rathe trat jetzt die früher geschilderte Theilung in zwei Parteien schroffer als je hervor und Liechtenstein und seine Anhänger sprachen sich mit aller Energie für die Befriedigung der Protestanten aus. Liechtenstein selbst trat um so entschiedener in der

*) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. IV, Fol. 150. Anhalt an Gunderode ddo. 7. Feber 1609.

**) Bernburger Archiv. O XIII, Vol. IV, Fol. 303. Gunderode an Anhalt ddo. Prag 13. Feber.

Vertheidigung toleranter Grundsätze auf, je mehr sein persönliches Interesse dabei ins Spiel kam. Dieser ehrgeizige Mann hatte sich in der Hoffnung an Mathias angeschlossen, daß er im Rathe desselben den ersten Platz einnehmen und so in Wirklichkeit die Stelle eines ersten Ministers erringen werde. Kaum war er jedoch nach Wien zurückgekehrt, so merkte er zu seiner unangenehmen Ueberraschung, daß Khlesl Mathias' vollständiges Vertrauen besitze und daß der Bischof keineswegs geneigt sei, den darauf begründeten entscheidenden Einfluß auf die Regierung mit Jemandem zu theilen, geschweige denn an einen Andern abzutreten. Diese Enttäuschung versetzte Liechtenstein in ein anhaltendes Unbehagen und erfüllte ihn mit dem tiefsten Groll gegen den eben so beneideten als gehaßten Nebenbuhler. Seine Partie war rasch gewählt; er trat um so entschiedener zu Gunsten der Protestanten auf, je mehr rein persönliche Gründe ihn dabei lenkten; thun wir ihm mit der Vermuthung Unrecht, daß er dadurch Khlesl's Sturz herbeiführen und seinen eigenen Einfluß zum maßgebenden erheben wollte?*)

So dem lähmenden Einfluße äußerlich im höchsten Grade ungünstiger Verhältnisse preisgegeben und durch die in seinem Rathe ausgebrochene Spaltung wankend gemacht, dachte Mathias jetzt wahrhaft an eine Befriedigung der Oesterreicher. Zerotin, der mit mehreren mährischen Herren zu ihm nach Wien gekommen war, erschien ihm als der einzige Mann, der die Verhandlungen mit den Hornern zu einem glücklichen Ende bringen konnte; er rief ihn deshalb geradezu um seine Vermittlung an. Der entscheidende Schritt war damit geschehen; die Horner wurden alsbald davon benachrichtigt, daß der König ernstlich wegen Erfüllung ihrer Wünsche mit ihnen unterhandeln wolle, und aufgefordert zu diesem Behufe einen Ausschuß mit Vollgewalt aus ihrer Mitte nach Wien abzuschicken.

Diese ersten Schritte zu einem friedlichen Ausgleiche geschahen bereits im Monat Jänner, es dauerte aber bis zum 22. Februar, bevor 1609
die Verhandlungen in Wien wirklich ihren Anfang nehmen konnten. Die Ursache lag vor allem in Tschernembl, dem es um diese Zeit keineswegs mehr um einen friedlichen Ausgleich zu thun war, sondern der gern um jeden Preis die Verhandlungen mit dem Kaiser begonnen hätte. Aus diesem Grunde verzögerte er nicht nur die Wahl einer Deputation nach

*) Die Geschichte des sich entwickelnden Zwiespalts zwischen Liechtenstein und Khlesl nimmt das ganze Jahr 1609 ein. Liechtenstein erboßt über Khlesl zog sich zuletzt nach Mähren zurück und begann von da aus mit Erzh. Albrecht Unterhandlungen, deren Endziel nicht klar ausgesprochen wurde, die aber eigentlich auf Besitzänderungen in Oesterreich hinaus liefen. Wir werden im Laufe der Erzählung näher darauf eingehen.



Wien, sondern bewirkte auch zugleich, daß derselben nur eine für zehn Tage giltige Vollmacht ertheilt wurde. Sollte innerhalb dieser Zeit die Einigung mit dem König nicht zu Stande kommen, so hatte die Deputation ihren Rückweg anzutreten und die Versammlung behielt sich die weitern Schritte vor.

Ein Mitglied der nach Wien abgeschickten Deputation war auch Tschernembl, der sonach Anhalts Warnung, nicht nach Wien zu gehen, nicht beachtete, wohl in der Ueberzeugung, daß er bei den Verhandlungen selbst leichter einen hemmenden Einfluß werde ausüben können als zu Horn. Denn daß er diese und keine andere Absicht habe, davon benachrichtigte er seinen politischen Freund unverweilt. Was Tschernembl und seine Freunde jetzt in Wien fordern wollten, bestand der Hauptsache nach in folgendem: Jedermann in Oesterreich solle frei seine Religion bekennen, die öffentliche Ausübung des Gottesdienstes aber nur den drei weltlichen Ständen, den Herren, Rittern und Städten gestattet sein. Wolle Mathias den Städten dieses Zugeständniß nicht thun, so müsse wenigstens darauf bestanden werden, daß sie in ihrem außerhalb der Stadtmauern gelegenen Gebiete sich Kirchen erbauen dürften. Bei der Besetzung der hohen Aemter und bei der Regierung in Niederösterreich solle die strengste Gleichberechtigung gelten, in Oberösterreich aber, weil das Land größtentheils protestantisch, solle der Landeshauptmann und die Gerichtspersonen nur (!) aus den Protestanten gewählt werden*). Man mag aus diesem Beisatz urtheilen, ob Žerotin Unrecht hatte, wenn er nur mit großer Vorsicht die Forderungen der Oesterreicher unterstützte. In dem Moment, wo sie über Gewalt und Knechtung des Gewissens klagen, suchen sie bereits ihre andersgesinnten Landsleute zu unterjochen. Wenn ein Prinz erfüllt von Stolz oder auch nur von heiklem Ehrgefühl in Oesterreich die Regierung geführt hätte, so hätte das Wörtchen „Nur" vielleicht hingereicht, ihn zu einem Philipp II umzugestalten. Die Anmassung der ständischen Oligarchie hatte in demselben den Gipfelpunkt erreicht.

Tschernembl benachrichtigte den Fürsten von Anhalt von den Forderungen, welche er in Wien zu erheben gedachte und bat ihn zugleich, in Erfahrung zu bringen, um wie vieles mehr als dieses man wohl vom Kaiser erlangen könne. Habe er davon genaue Kunde, so würde man den Verhandlungen in Wien ein schleuniges Ende bereiten können**). An-

*) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV/408. Tschernembl an Anhalt ddo. Horn den 14. Feber 1609.

**) Ebendaselbst Tschernembl bittet, Anhalt solle ihm sagen „in welchen Punkten"



halt antwortete ohne Zögern, indem er alsogleich einen eigenen Gesandten an Tschernembl abschickte und ihn dringend bat, die Verbindung mit Rudolf nicht aufzugeben und um keinen Preis mit Mathias sich zu vergleichen; der Bruch mit Mathias würde zwar im nächsten Augenblicke zum Krieg führen, aber dieser selbst den Ständen die wichtigsten Vortheile in die Hände spielen, denn sie würden sich nicht nur nach Belieben versammeln können, sondern auch das Kriegswesen vollständig von sich abhängig machen, Rechte, welche sie allein durch einen Krieg dauernd an sich bringen könnten. Bezüglich des Kaisers sprach Anhalt mit Zuversicht die Erwartung aus, daß derselbe in alles, was man von ihm verlangen werde, einwilligen dürfte. Dieses fast diabolische Drängen nach Krieg und Verwirrung hatte seinen letzten Grund in zwar schwankenden aber kühnen Hoffnungen des Fürsten. Brach der Krieg aus, so mußten die Oesterreicher Jemanden mit dem Kommando über ihre Streitkräfte betrauen; wer war wohl passender dazu, als der, welcher unzweifelhaft den Befehl über die Unionshilfe führen sollte, nämlich Christian von Anhalt? Einmal an der Spitze eines Heeres in Oesterreich, Meister der Kräfte dieses Landes und seiner Verwaltung, war wohl Anhalt der Mann, um sich in dieser Stellung für alle Dienste mit dem Solde eines Generallieutenants zu begnügen? Seinem Gesandten Herrn von Schönberg gab er also den Auftrag, nicht nur die Vereinigung zwischen Mathias und den Oesterreichern so viel als möglich zu hintertreiben, sondern auch zugleich zu erforschen, auf welche Hindernisse seine weitfliegenden Pläne stoßen könnten*). — Wenige Tage darauf traf bei Anhalt Herr von Conzin im Auftrage Mathias' ein und frug ihn im Namen seines Herrn, warum er sich in die österreichischen Angelegenheiten mische und selbst an feindseligen Zusammenkünften sich betheilige? Anhalt lehnte diese Anklagen von sich ab, da er sich gar nie in die österreichischen Wirren eingemischt habe, und nichts anderes wünsche als einen baldigen Ausgleich der Stände mit ihrem Herrscher**). Das war denn doch selbst für einen Diplomaten zu viel gelogen.

E. F. G. vermeinen, Das die Stende eher weichen, als die Sachen ad arma solten khomen laßen. Item ob dieselben vermainen, das bey dem Kaiser dises oder ein mehrers zu erhalten. Da ich deß eine gute nachrichtung möcht haben, würde man zu Wien desto schleuniger zu ende diße tractation bringen mögen.

*) Bernburger Archiv. O 13, Vol. IV, Fol. 380. Memoriale Anhalts für Herrn von Schönberg ddo. 4. März 1609. N. St.

**) Münchner Staatsarchiv. 547/9, 9. Anhalts Antwort ertheilt Herrn von Conzin ddo. 7/17. März 1609.

Dieser baldige Ausgleich, den Anhalt ebenso haßte, wie er früher den Ausgleich zwischen Rudolf und Mathias verwünscht hatte, kam endlich trotz der gleich feindseligen Haltung Tschernembls zu Stande. Der ganze Plan, die Einigung mit Mathias zu hintertreiben und mit Rudolf eine neue Verbindung anzuknüpfen, war an und für sich etwas so boshaftes und nichtswürdiges, daß er unausführbar war, wenn Mathias nur halbwegs sich nachgiebig zeigte, denn Ungarn und Mähren würden ihm entschieden gegen jede Intrigue ihren Beistand gewährt haben. Als demnach die Deputation der Horner in Wien eintraf und daselbst unter Vermittlung Žerotins die Verhandlungen ihren Anfang nahmen, war der ganze Streit auf ein Gebiet gelenkt, auf welchem zwar den Katholiken und mit ihnen auch dem König schwere Opfer zugemuthet wurden, aber auf dem man mit offenem Visier kämpfen mußte. Gegen den Ausspruch, welchen Žerotin im Einverständnisse mit Mathias zu thun im Begriffe war, gab es selbst für einen Tschernembl keine Appellation.

Žerotin, der in der zweiten Hälfte des Jänners nach Wien kam und der, wie wir erzählt, von Mathias als Vermittler angenommen wurde, hatte sich dieses Geschäftes auf das energischeste und ehrlichste angenommen. Nicht nur wies er Anhalts nach Prag hinweisende Aufforderungen zurück, sondern er verlangte auch von den Hornern eine genaue Angabe ihrer Forderungen und die Absendung einer Deputation nach Wien mit hinreichender Vollmacht zum Abschluß eines Vertrages mit Mathias. In seiner Gegenwart und in der Illeshazy's, welcher auch nach Wien gekommen war, konnten es die Horner nicht wagen, dem König härtere Bedingungen zu stellen, als ihm etwa von den Mährern gestellt worden waren, und Tschernembl konnte keineswegs unter erheuchelten Vorwänden einen Abbruch der Verhandlungen herbeiführen, was er wohl hätte versuchen können, wenn die Horner sich die Ratifikation der Wiener Vereinbarungen vorbehielten*). Die Horner gaben den Forderungen Žerotins nach, bestimmten jedoch, wie wir berichtet haben, daß die Verhandlungen in Wien nicht länger als zehn Tage dauern, und wenn sie bis dahin nicht zu Ende gebracht seien, abgebrochen werden sollten.

Gleichwohl vergingen die anberaumten zehn Tage, ohne ein Resultat zu Tage gefördert zu haben; die Forderung bezüglich der Städte erschien dem König als eine geradezu unerträgliche Bedingung, weil sie ihn schließlich jeder Macht im Lande beraubte. Denn nicht bloß, daß die Horner für die Bürger freie Religionsübung forderten, sie verlangten auch, daß den Städten die Wahl ihrer Stadtschreiber freigelassen und überhaupt

---

*) Chlumecky: Karl von Zierotin S. 554.



ihre Unabhängigkeit von den Landesfürsten so viel als möglich sichergestellt werde. Mit dem Moment, in welchem Mathias dieser Forderung nachgab, riß die exaltirte protestantische Partei in allen Städten die Regierung an sich, schloß sich eng an den oppositionellen Adel an, und es ist schwer zu sagen, ob überhaupt dem Fürsten noch eine Wirksamkeit übrig blieb. Solche und ähnliche Betrachtungen, Maximilians und Leopolds Rathschläge, die beide in Wien weilten und gleich heftig das Gebahren der Oesterreicher verdammten, Khlesls Warnungen, alles dies hielt Mathias vor der letzten Nachgiebigkeit zurück, so unvermeidlich sie schien. Dann und wann dachte er sogar daran, den Kampf aufzunehmen und in diesem Sinne schrieb er dem spanischen Gesandten in Prag, welcher ihm 11000 Scudi auf eigene Faust vorgestreckt hatte, daß er dieselben mit Verpfändung seines Wortes nur zur Unterdrückung der Ketzer verwenden wolle*). Als so die zehn Tage verflossen waren, ohne die Einigung herbeizuführen, wollte die Horner Deputation abreisen, aber mehrseitiges Zureden vermochte sie, ihren Aufenthalt noch um fünf Tage zu verlängern. Auch dieser Zeitraum verstrich und ward verlängert, bis endlich am 16. März die Verhandlungen sich vollständig zerschlagen zu haben schienen. Die Horner rüsteten sich bereits zur Heimkehr, Zerotin wollte die Rückreise antreten, als er nochmals zu Mathias berufen wurde. Was in diesem Zwiegespräch vor sich ging, wissen wir nicht, nur so viel ist bekannt, daß der Landeshauptmann vom Schlosse mit der Nachricht zurückkehrte, Mathias werde die Wünsche der Oesterreicher befriedigen. Liechtenstein und seine Partei hatten gesiegt; im letzten Moment kam es noch zu einer stürmischen Szene im Rathe des Königs, in welcher Leopold mit mehr Eifer als Einsicht gegen jede Beeinträchtigung der katholischen Kirche protestirte und schließlich in Vorwürfe gegen Liechtenstein sich ergoß, welche dieser nicht unbeantwortet ließ. Alles dies änderte aber nichts mehr an dem Entschluße Mathias', seine Räthe wurden mit der Ausfertigung der den Protestanten zu gewährenden Bewilligungen beauftragt, am 19. März war die „Resolution" abgefaßt, und am 21. März wurde sie den Ständen ausgefolgt.

Nach dieser Resolution ward allen Einwohnern in Oesterreich die Freiheit des Gewissens gewährleistet, den adeligen Ständen überdies die Uebung des Gottesdienstes auf ihren Gütern freigegeben. Was die Städte betraf, so wurde ihretwegen eine ähnliche Bestimmung wie bezüglich der mährischen getroffen, Mathias verpflichtete sich bloß münd-

*) Simancas 2493/33. Mathias an Zuñiga ddo. 6. März 1609. — Ebendaselbst Fol. 44 Khlesl an Zuñiga ddo. 5. März.

lich, daß er ihnen keine Veranlassung zu Beschwerden geben werde. Die Frage wegen der öffentlichen Ausübung des lutherischen Gottesdienstes blieb also für sie unentschieden. Was die Verwaltung der Stadtämter und die Bürgeraufnahme betraf, so verstand sich Mathias nur zur Bestätigung der alten Privilegien und Freiheiten, eine Erweiterung derselben gab er mit Ausnahme jener auf die Religion bezüglichen mündlichen Versicherung nicht zu. Er verpflichtete sich weiter zur Errichtung eines Hofraths und zur Besetzung desselben in solcher Weise, daß auf die tauglichen Landsleute Bedacht genommen würde. Die Mitglieder der Gerichte sollten Personen beiderlei Glaubens entnommen werden und die Durchführung dieser und anderer Zusagen gleich auf dem nächsten Landtag geschehen *).

Während der Verhandlungen in Wien waren die Unionsgesandten dahin gekommen und hatten in einer Audienz Mathias im Namen ihrer Herren um Befriedigung der Stände ersucht. Es war dies eben nur ein Vorwand, denn auf ihrer Durchreise durch Linz, Horn und zuletzt in Wien trafen sie alle Vorbereitungen zum Abschluße eines Bündnisses zwischen der Union und Oesterreich**). Mathias' Resolution schnitt ihrer Wirksamkeit den Faden ab. Anhalt hatte mit seinen Einmischungsgelüsten zum zweiten Mal Schiffbruch gelitten.

Wenige Tage vor der Entschließung des 19. März war Erzherzog Maximilian von Wien fortgereist, weil er nicht Zeuge der unaufschiebbaren Niederlage seines Bruders sein mochte. Bis zum letzten Augenblick harrte jedoch Erzherzog Leopold auf seinem Posten aus und protestirte nicht bloß in der Eigenschaft eines Prinzen des Hauses, sondern auch in der eines Bischofs von Passau gegen jede Nachgiebigkeit. Er bat seinen Bruder Ferdinand, schnell nach Wien zu kommen, um sein Ansehen gegen die Protestanten geltend zu machen; Ferdinand kam zwar, wie zu erwarten, dieser unnützen Aufforderung nicht nach, aber er beauftragte Leopold auch in seinem und der übrigen Brüder Namen eine Verwahrung einzulegen***). Damit endete der lange Kampf zwischen Mathias und den Hornern. — Wenn man bloß die religiöse Streitfrage ins Auge faßt und berücksichtigt, daß die Stände die Freiheit des Gewissens für Jedermann in Anspruch nehmen, so ließe sich schwerlich etwas zu ihrer Anklage und zur Entschuldigung des langen Widerstandes des Königs anführen, sondern man müßte die Resolution vom 19. März als eine er-

*) Stülz, Tschernembl im Archiv der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften 1835.

**) Münchner Staatsarchiv 117/3, 26. Bericht der Unionsgesandten ddo. 3/13. April 1609.

***) Simancas 2493/49 Leopold an Ferdinand ddo. 14. März. Ebendaselbst Nr. 50 derselbe an denselben ddo. 19. (?) März.

wünschte Beilegung tausendfacher Wirren und als das begrüßen, was das Toleranzpatent Josephs II den Völkern Oesterreichs war. Allein die religiöse Frage stand im 17. Jahrhundert im engen Verband mit der politischen und deshalb würde man gegen die historische Wahrheit gar sehr verstoßen, wenn man der „Resolution" gleich wohlthätige Folgen für die Freiheit des Gewissens zuschreiben wollte, als dem „Toleranzpatent" Josephs II. Obwohl der Wortlaut der Resolution Jedermann gegen den Glaubenszwang in Schutz nahm, so stellte sich in Wirklichkeit die Sache doch so heraus, daß von nun an der Adel über den Glauben seiner Unterthanen entschied. Mathias' Nachgiebigkeit entband also seine Unterthanen bloß von der katholischen Kirchengewalt, um sie der Willkür einiger Hundert Adelshäupter zu überliefern. Wir wollen damit nicht sagen, daß er seinen Widerstand gegen die Horner noch weiter habe fortsetzen sollen, sondern nur die Bedeutung der Resolution für die öffentliche Freiheit auf ihr wahres Maß zurückführen. Eine wahre Gewissensfreiheit setzt einen Zustand der Gesellschaft voraus, wie er im 17. Jahrhundert nicht vorhanden war. Es waren die Horner ebensowenig wahre Vertheidiger der Gewissensfreiheit, als Mathias der alleinige Gegner derselben. — Ebenso hatte auch der Eifer, mit welchem der Adel für die Städte auftrat, seinen Grund in der Absicht, sie durch Einführung der Glaubensneuerung dem Herrscher abwendig zu machen. Da aber kein Regent in Europa damals seinen Thron behaupten konnte, wenn nachgerade seine Unterthanen sich ihm im Glauben entfremdet hatten, wofür Schweden und England mehrfach den Beweis lieferten, und Mathias dies wohl einsah, so wehrte er sich deshalb bis zum äußersten Moment, der Herrschaft über die Städte sich zu begeben und sie durch Zulassung der Glaubensneuerung dem Adel in die Hände zu spielen. Die Furcht um die Herrschaft, dies war, wenn nicht der alleinige, so doch allemal der wichtigste Grund, welcher sowohl Mathias wie seine Vorgänger und Nachfolger zum Widerstand gegen die Protestanten bestimmten, während andererseits die Stände überall durch geschickte Ausbeutung des religiösen Moments einer Adelsrepublik*) entgegenzusteuern suchten. So traten auf beiden Seiten die religiösen Angelegenheiten in die engsten Beziehungen zu der politischen Machtstellung des Herrschers und der Beherrschten, eine Verkettung, welcher wir im 17. Jahrhundert in allen Ländern Europa's begegnen, und die zwar meistens überall minder tragisch als in Oesterreich gelöst wurde, aber darum nicht

---

*) Münchner Staatsarchiv. 547/10, 243. Mathias sagt dies selbst in seiner Instruktion für Ferdinand zu Conzin ddo. 11. Jänner 1609.



minder auf dieselbe einseitige Weise wie in Oesterreich: durch die gewaltsame Herrschaft des einen oder des andern Glaubensprinzips.

Nachdem Mathias sich zu der „Resolution" entschlossen hatte, war die Huldigung keinem Anstande mehr unterworfen. Am 29. April huldigten die Niederösterreicher, am 21. Mai die Oberösterreicher.

Der Papst, welcher schon die den Ungarn gewährten religiösen Freiheiten mit Mißfallen zur Kenntniß genommen, aber in den ungünstigen Verhältnissen eine Entschuldigung für Mathias gefunden hatte, war diesmal in seinem Urtheile noch strenger. Wir können dafür keinen andern Grund angeben, als daß Mathias' Betragen in Oesterreich deshalb für tadelnswerther angesehen worden sein mochte, weil er daselbst den Protestanten neue Freiheiten bewilligte, während er in Ungarn im ganzen nur die hergebrachten bestätigte. Dies mag auch der Grund sein, weshalb jetzt erst angenommen wurde, daß er selbst und die betreffenden Rathgeber in die durch die Bulle in coena ausgesprochene Exkommunikation verfallen seien. Während der König um die Lossprechung von der Exkommunikation in Rom nachsuchte, mußten jene Räthe, die ihm zur Nachgiebigkeit gerathen hatten, um derselben theilhaftig zu werden, vor Mathias selbst sich des Irrthums schuldig bekennen und ihn ersuchen, die Resolution in allen ihren Theilen als eine in vorhinein nichtige bei der nächsten Gelegenheit zurückzurufen. Triumphirend theilte dies Khlesl dem spanischen Gesandten in Prag mit*).

*) Simancas 2495/18. Khlesl an Zuñiga ddo. 2. Mai 1609. No han alcanzado (die königlichen Räthe) la gracia de la absolucion sino es acudiendo primero al Rey mobido por ellos, pidiendole perdon conociendo su culpa y confessando publicamente que los articulos concedidos son erroneos y ningunos y que assi no aconsejan a S. M. aora ni en adelante, que con la primera comodidad que fuere possible los reboque de todo punto; dieron al Rey esta satisfaccion y a mi tambien.



Siebentes Kapitel.

I. Eröffnung des böhmischen Landtags. Stellung der Lutheraner und Brüder zu einander. Verhalten des Kaisers gegen die Forderungen der Stände. Lobkowitz und Attems sind für die gewaltsame Abweisung der Protestanten. Rudolfs Bitten an den Kurfürsten von Köln. Verhandlungen mit Liechtenstein. Auflösung des Landtags. — II. Die Protestanten versammeln sich am Neustädter Rathhaus. Aufregung in Prag. Neue Forderungen der Protestanten. Zuñigà. Rudolfs geistige und leibliche Beschaffenheit. Hannewaldts Auftreten für die Protestanten. — III. Leopold und seine Pläne. Seine Verbindung mit Sulz, Althan und Ramée. Wenzel von Kinsky, seine Verhandlungen mit Bischer, sein Reformplan. — IV. Abermaliger Widerstand des Kaisers. Aufregung unter den Protestanten. Sie fassen den Beschluß sich zu bewaffnen und verlassen den Landtag. Die sächsische Vermittlung. Der Kaiser entschließt sich zur Nachgiebigkeit. Verhandlungen mit den Direktoren. Der Kaiser unterzeichnet den Majestätsbrief. Der Vertrag zwischen den Katholiken und Protestanten. Tragweite des Vertrags und des Majestätsbriefes.

I

Während Rudolf in krankhafter Verblendung Verbindungen mit den hauptsächlichsten Urhebern seines Sturzes einging und dem Phantome, die verlorne Herrschaft wieder zu erringen, nachjagte, rückte der Termin heran, an dem sich der böhmische Landtag versammeln sollte, um die Verhandlungen wegen Durchführung der religiösen Gleichberechtigung aufzunehmen. Man erinnert sich, daß, als Mathias in Böhmen eingebrochen war, die böhmischen Stände die Bewilligung von 25 Artikeln verlangten, von denen der erste den Anhängern der Konfession von 1575 freie Religionsübung gewähren sollte. Damals hatte der Kaiser die Entscheidung über die Religionsfrage abgelehnt, dagegen die Berufung eines Landtags auf den Monat November versprochen. Der anberaumte Termin 1608
erschien und verstrich, ohne daß Rudolf sein Wort eingelöst hätte; er war ja gerade beschäftigt, seinen Bruder zur freiwilligen oder gewaltsamen Entsagung auf das ihm Abgerungene zu nöthigen und da erübrigte er keine Zeit für die Besorgung des eigenen Hauses. So kam allmälig der Monat Jänner 1609 heran und der Kaiser sah sich endlich genöthigt, mit

der Berufung des Landtags um so mehr Ernst zu machen, als er nicht länger die gesetzlichen Steuerbewilligungen vermissen konnte.

1609 In der That wurde der Landtag am 28. Jänner von dem Kanzler Popel von Lobkowitz als hiezu deputirtem königlichem Kommissär eröffnet. Mit diesem Augenblicke begannen langwierige Verhandlungen, welche, ähnlich denen der Horner mit Mathias, vornehmlich um die religiösen Angelegenheiten sich bewegten. Die Erzählung der Begebenheiten in und außerhalb des Landtags, der Unterhandlungen mit dem Kaiser und der tausendfachen Zögerungen und Bedenken des letztern erscheinen wie die Geschichte einer langwierigen krebsartigen Krankheit, die, was auch immer für Mittel angewendet werden, stets mit dem Tod endet. Vom Anfange des Zusammentrittes des böhmischen Landtags ließ sich mit apodiktischer Sicherheit sagen, daß die Stände jede ihrer Forderungen durchsetzen würden; vom Anfange desselben war es ein den Häuptern der Bewegung wohlbekanntes Geheimniß, zu welchen Anerbietungen sich Rudolf verstanden hatte, um die Oesterreicher wieder für seine Herrschaft zu gewinnen, und vom Anfange endlich war es Niemandem fremd, daß Rudolf mit jenen, deren Hilfe er gegen die Protestanten anflehen konnte, auf schlechtem Fuße stehe. Dennoch stemmte sich der Kaiser nahezu vier Monate gegen jede den Protestanten zu gewährende Nachgiebigkeit ohne irgend welche Hilfsmittel und Freunde, weder erfüllt mit Sympathie für die Sache, welche er vertheidigte, noch durchdrungen von Antipathie gegen jene, welche er bekämpfte. Es war ein Kampf, wo den Angreifern in Wahrheit nur scheinbare Vertheidiger entgegenstanden.

Nach seinem im vorigen Jahr den Protestanten verpfändeten Worte war Rudolf verpflichtet, die Stände zuerst über die Religionsfrage verhandeln zu lassen. Wie groß war daher das Erstaunen des Landtags, als der Kanzler unmittelbar nach seiner Eröffnung von den Protestanten die Auslieferung und Vernichtung einer Urkunde verlangte, welche sämmtliche Namensunterschriften jener Personen enthielt, die sich während Mathias' Anwesenheit bei Prag verbunden hatten, vom Kaiser die Freigebung der Religion zu verlangen. Budowec, in dessen Verwahrung sich diese Urkunde befand, protestirte sowohl gegen die Auslieferung als gegen die Vernichtung; zuletzt einigte man sich dahin, dieselbe dem Kaiser selbst zu über-
30. Jän. geben und eine Deputation überreichte sie ihm mit den Worten, Rudolf werde die Namen seiner treuen Unterthanen daraus kennen lernen. — Den Tag darauf übergab der Kanzler dem Landtag die königlichen Propositionen, welche zur Berathung kommen sollten; gleich im Eingang derselben gestattete der Kaiser den Ständen die Religionsfrage zu erörtern.

Budowec, das weltliche Haupt der böhmischen Bruderunität, hatte



seit einer Reihe von Jahren her, als der Kaiser mit Strenge gegen die Protestanten auftrat, mannhaft ihre Rechte vertheidigt, und als demnach im vorigen Jahre die Anwesenheit des feindlichen Heeres den Ständen die bis dahin gebundene Zunge löste, war er derjenige, welchen sie im ersten Augenblicke zu ihrem Wortführer wählten. Nach Mathias' Abzuge aus Böhmen war, wie leicht begreiflich, die künftige Gestaltung der religiösen Verhältnisse ein Thema, welches überall unablässig erörtert wurde, und jetzt wie im J. 1575 entstand die Frage, wie das Verhältniß zwischen den Lutheranern und Brüdern zu regeln sei. Die lutherisch gesinnten Stände bildeten die weitaus große Mehrzahl, die Brüder dagegen nur einen geringen Bruchtheil der Nation. Ueber das Dogma hatten sich beide im J. 1575 geeinigt; sie entschieden sich damals für die Annahme einer eigens ausgearbeiteten Konfession, welche, obwohl im ganzen lutherisch, sich im Artikel über die Rechtfertigung und guten Werke entschieden dem katholischen Dogma näherte, wie es bei den Brüdern Geltung hatte. Die Frage der gemeinsamen kirchlichen Regierung wurde jedoch nicht entschieden und die bald darauf folgende Herrschaft Rudolfs trat der weitern Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse entgegen. Es war indeß eine bekannte Sache, daß die Brüder, obwohl mit den Lutheranern dogmatisch geeint, doch keine gemeinschaftlichen Oberhäupter mit denselben haben wollten, während diese die Einheit der Kirchenverfassung zur Bedingung ihrer dogmatischen Einigung mit den Brüdern machen wollten.

Die damals unentschiedene Frage wurde jetzt im Lande von neuem erörtert. Sollten die Lutheraner abermals mit den Brüdern um die Bestätigung der Konfession von 1575 ansuchen oder sollten sie vom Kaiser die Zulassung der Augustana verlangen, sollten sie im ersten Falle mit den Brüdern bloß dogmatisch geeint sein oder sollten beide Parteien dieselbe Verfassung, dieselben Kirchenhäupter haben? Einige Häupter unter den lutherisch gesinnten Ständen, unter denen Graf Andreas Schlick obenan stand, waren von keiner für die Brüder freundlichen Stimmung erfüllt; Graf Schlick gab seiner Gesinnung sogar in einem an Budowec gerichteten und für weitere Kreise bestimmten Briefe einen offenen 9 Sep.
Ausdruck*). Er erklärte darin, keine Gemeinschaft mit Personen haben 1608
zu wollen, welche da vorgäben, sich an den Buchstaben der Konfession von 1575 zu halten, in der That aber mit Kalvinern, Zwinglianern und andern Sekten mehr oder weniger im besten Einvernehmen stünden; er und seine Freunde seien aufrichtige Anhänger des Augsburger Bekenntnisses,

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 227/170. Schlick an Budowec ddo. 9. September 1608.

und er begreife daher nicht, wie die Brüder bei ihrer Hinneigung zu den genannten Sekten ernstlich auch noch von einem Bündnisse mit ihm und seinen Gesinnungsgenossen reden könnten. Budowec blieb die Antwort nicht schuldig und bekannte sich entschieden zu dem Satz, daß man andere Konfessionen nicht verdammen dürfe und nach einer höhern Einheit in Christus selbst suchen müsse*). In keinem Lande Europa's ist um diese Zeit der Grundsatz religiöser Toleranz mit solcher Festigkeit betont worden, wie dies Budowec in seiner Antwort that, und wenn wir dies demselben zur Ehre anrechnen, so dürfen wir dabei doch nicht vergessen, daß die Brüder in jedem Lande, wo sie lebten, eine bloß geduldete Sekte waren, und daß sie also nothgedrungen durch die Bedingungen ihrer Existenz zu einer billigen Ansicht über das Verhältniß der Kirchengemeinschaften gedrängt wurden.

Die klare Sprache Budowec's trug nicht zur Einigung bei und als demnach der Landtag eröffnet wurde, war keinerlei Vereinbarung über ein gemeinschaftliches Auftreten der Lutheraner und Brüder getroffen worden.

Eine geschickte Benützung dieser Trennung würde den Kaiser insoweit zum Herrn der Situation gemacht haben, als er die Lutheraner gegen die Brüder hetzen und so letztere wieder zu Gegnern der erstern machen konnte. Allein daran wurde bei Hofe nicht gedacht, vielmehr wurde nur mit Hilfe des Primas der Altstadt Prag, eines gewissen Heidel, der Versuch gemacht, die Städte von dem Adel zu trennen und zu einer katholischen Haltung zu vermögen, was jedoch im ganzen nur schlecht gelang. Die Protestanten beider Meinungen gewannen aber daraus die Ueberzeugung, daß der Kaiser unter ihnen keinen Unterschied zu machen gedenke und sie gleich feindselig behandeln wolle. Als demnach die Stände nach dem Auftrage des Kaisers die Religionsfrage in Berathung zogen, trat der Gegensatz zwischen Lutheranern und Brüdern minder schroff hervor; es machten sich keine Stimmen geltend, welche die Bewilligung der Augustana verlangten, was alsogleich die Brüder beleidigt hätte, sondern die Gewährung der Konfession von 1575 wurde auch jetzt als der Ausgangspunkt der Unterhandlungen angenommen. Eine Deputation, an deren Spitze sich Stephan von
3. Feb. Sternberg befand, sprach sich im Namen des Landtags in diesem Sinne
1609 vor dem Kaiser aus.

Nichts charakterisirt den Unterschied früherer Zeiten von den unsrigen mehr, als das Benehmen der Fürsten, wenn ihre Unterthanen um die Bewilligung einer neuen Konfession ersuchten. Regelmäßig wurden von ihnen

*) Ebendaselbst Budowec an Schlick ddo. 18. September 1608.



Konsistorien und Bischöfe um ihr Gutachten befragt, das, wie natürlich, stets auf das allerentschiedenste gegen die Wünsche der Neuerer lautete. Auch Rudolf ging diesen Weg; er berief zu sich den Nuncius, den Erzbischof von Prag und mehrere Theologen, legte ihnen die Konfession von 1575 zur Begutachtung vor und verlangte von ihnen zugleich zu wissen, welche Antwort er den Ständen geben solle*). Das Gutachten fiel so aus, wie zu erwarten stand; sämmtliche Theologen entschieden sich gegen die Bewilligung der religiösen Freiheit. Ihnen gesellte sich der Kanzler Lobkowitz und seine Freunde bei, während der Oberstburggraf Adam von Sternberg einen Mittelweg empfahl, nämlich auf die Forderungen der Stände zwar nicht einzugehen, aber so wie seit einem Jahre so auch künftighin alle Glaubensbedrückungen zu unterlassen. Der Kaiser, der sich für eine von den beiden Meinungen entscheiden mußte, billigte schließlich, auf den Rath des Erzbischofs von Prag, Karl von Lamberg, die Ansicht derjenigen, welche für eine Abweisung der Stände waren**). In diesem Sinne wurde eine Antwort für den Landtag entworfen und Rudolf übergab dieselbe einer Deputation, an deren Spitze sich wieder Stephan von Sternberg befand. Bei dieser Gelegenheit äußerte er die Hoffnung, daß kein Mitglied der Deputation den Pikharten (d. i. den Brüdern) angehöre und die Stände Böhmens wohl kaum ihre Sache mit denselben verbinden dürften. Es gab in der Deputation einige Brüder, die über diese Worte nicht wenig betroffen waren, aber die Gelegenheit für unpassend hielten, um zu antworten. Die Lutheraner glaubten aus denselben Worten wenigstens auf eine ihnen günstige Entscheidung schließen zu dürfen.

Als jedoch die Antwort des Kaisers den Ständen mitgetheilt wurde, und daraus ersichtlich war, daß derselbe weder den Lutheranern noch den Brüdern irgend eine Konzession machen wolle, sondern beide zum Anschluß an den Erzbischof von Prag mahne, wurde die Stimmung im Landtage eine im hohen Grade gereizte. Die Spaltung, welche sich zwischen den Lutheranern und Brüdern bis dahin kenntlich gemacht hatte und welche mit aller Heftigkeit ausgebrochen wäre, wenn der Kaiser sich wenigstens zur Gewährung des Augsburger Bekenntnisses verstanden hätte, verlor augenscheinlich an ihrer Bedeutung, denn die Lutheraner konnten nicht weiter darauf bedacht sein, die Brüder zu unterdrücken, so lange ihnen selbst ein gleiches Loos bevorstand. Mathias von Thurn, dem im ganzen wenig an den religiösen Differenzen gelegen war, erhob im Landtag seine vermittelnde Stimme und machte die Ersteren auf das Widersinnige ihres

*) Simancas 2495/83. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 4. Feber 1609.

**) Slavata, Leitmeritzer MS. S. 175 und flg.

Benehmens, welches in der Anfeindung der Brüder bestehe, aufmerksam. Auch Budowec blieb nicht still und während er sich einerseits für die Zukunft verpflichtete, daß er zwischen den Lutheranern und Brüdern eine größere Einheit als die bloß in der Lehre liegende anbahnen wolle, vergaß er nicht, den Gegnern den Handschuh hinzuwerfen und sie auf die gefährlichen Folgen einer offenen Feindschaft des Brüderadels aufmerksam zu machen. Die Spaltung nahm nach diesen Erörterungen ein Ende und es wurde beschlossen, dem Kaiser auf seine schriftliche Erklärung eine Antwort zukommen zu lassen.

Es wurde nun ein Komité zusammengesetzt und dieses mit der Redaktion der dem Kaiser zu überreichenden Antwort betraut. Die Forderungen, welche die Stände darin aufstellten, beschränkten sich nicht bloß auf die Gewährung der Glaubensfreiheit, sondern zugleich auch auf die Uebergabe des Konsistoriums und der Universität in ihre Verwaltung. Die kirchliche Oberbehörde also und die erste Bildungsanstalt im Lande, mit welcher die übrigen Schulen in einem organischen Verbande standen, sollten nicht weiter vom Kaiser abhängig sein. Sie stellten dabei als Grundsatz auf, daß so wie die kirchliche Leitung der Katholiken und die Aufsicht über ihre Bildungsanstalten ein denselben ungeschmälertes Recht bleiben solle, auch ihnen ein gleiches Befugniß zustehen müsse. Gegen diese Forderungen setzte der Kaiser den einmal begonnenen Widerstand fort, indem er hauptsächlich damit seine Weigerung begründete, daß die Protestanten über das Maß dessen hinausgingen, worauf sie erweisbar ein historisches Recht hätten. Es kam nun zu geschichtlichen Erörterungen, die an lächerlichen Behauptungen und Sprüngen im Beweise in nichts jenen nachgaben, welche zu gleicher Zeit die Schriften der Horner Glaubensgenossen anfüllten; denn wie sollte man historische Deduktionen nicht lächerlich finden, wenn die Oesterreicher sich auf schriftliche Religionszugeständnisse Julius Cäsars, Tiberius' und Maximians beriefen*) und die Böhmen von solchen Rechten, welche ihnen zeitweise von Herrschern für katholische Zwecke ertheilt worden waren, behaupteten, sie seien ihnen auch für die Neuerungen im Glauben gewährt. Weit vernünftiger war es, wenn einige Protestanten, denen es schließlich nicht entging, daß sie mit ihren Beweisen nicht ausreichen dürften, erklärten: nun wohl, haben wir die verlangten Rechte früher nicht gehabt, so wollen wir sie jetzt haben.

Der Umstand, daß der Kaiser und die Stände sich in eine Art historischen Zweikampfes einließen, bewirkte, daß die Zahl ihrer Vorstellungen und Antworten sich am Ende auf jeder Seite auf vier belief und inzwischen

*) Hurter Ferdinand II, S. 180.

nicht weniger als zwei Monate verflossen. Während der ganzen Zeit hatte der Kaiser auch nicht einen Augenblick zu erkennen gegeben, daß er gegen die Protestanten sich zur Nachgiebigkeit entschließen könnte, obwohl wiederholt der Oberstburggraf und mehrere seiner Kollegen ihm zu derselben rieten und Stephan von Sternberg in einer Privataudienz, welche ihm Rudolf gewährte, sich dafür verbürgte, daß die Stände sich zur Ruhe begeben würden, wenn der seit einem Jahre bestehende Zustand faktischer Freiheit nicht angetastet würde. Der Kanzler verwarf aber diesen Ausweg eben so entschieden, als die Gewährung aller ständischen Forderungen, und hatte er auch weder im Geheimrath noch unter den böhmischen Kronbeamten die Mehrzahl der Stimmen auf seiner Seite, so war doch der Kaiser im entscheidenden Augenblick stets seiner Meinung. So wurde denn endlich die vollständige Verwerfung der protestantischen Forderungen entschieden und beschlossen, die Stände zur Berathung über die Steuersachen zu veranlassen. Da nun aber diese von ihren Wünschen nicht abgehen und in die Berathung der übrigen Punkte der königlichen Proposition, die Steuersachen betreffend, sich nicht einlassen wollten, so drohte ihnen schließlich der Oberstburggraf im Namen des Kaisers mit der Auflösung des Landtags. Diese Drohung riß die letzte Scheidewand nieder, welche zwischen den Lutheranern und Brüdern noch bestanden hatte; Budowec verfaßte einen Protest gegen die versuchte Auflösung, welcher von allen Protestanten als der Ausdruck ihrer Gesinnung anerkannt wurde. Seine Tragweite lag in der Erklärung, daß die Stände nicht weiter die Absicht hätten, sich mit dem Kaiser in schriftliche Verhandlungen einzulassen, da dieser selbst solche nicht wünsche, daß sie aber beschlossen hätten, mit Anwendung aller Kraft jedes Unrecht, das sie treffen könnte, abzuwehren. Dieser Protest wurde im Landtage in Gegenwart der Kronbeamten vorgelesen, worauf der Oberstburggraf, daraus den entschiedenen Willen der Stände nicht nachzugeben ersehend, den Landtag für aufgelöst erklärte. 1. Ap.

Die Lage der Dinge entsprach jetzt in Böhmen vollständig jener in Oesterreich, als die Protestanten Wien verließen und sich nach Horn zurückzogen. Theils den Tag vor der Auflösung des Landtags, theils nachher besprachen sich die Häupter der Protestanten über die zu ergreifenden Schritte; die Einigung war schnell herbeigeführt, da die Politik des Hofes selbst die Parteien zu derselben trieb. Hiernach wurde die Absendung von Gesandten an die protestantischen Kurfürsten und an Mathias beschlossen, um ihre Intervention bei Rudolf in Anspruch zu nehmen. Gegen Ende April wollten sich die Stände wieder in Prag versammeln, um die Berichte der Gesandten entgegenzunehmen und die weitern Schritte zu berathen. Sie machten kein Hehl daraus, daß sie dann, wenn es nöthig

sein sollte, zur Bewaffnung schreiten würden, um gleich den Hornern zum Ziele zu kommen.

Neben dem Nuncius Gaëtano, dem Prager Erzbischof und einigen Theologen, die in der Konfessionsfrage vom Kaiser zu Rathe gezogen worden waren und deren Gutachten stets vollständig den protestantischen Wünschen entgegen lautete, war die Zahl der Laien, welche eine gleiche Haltung vor dem Kaiser beobachtet hatten, sehr gering, obwohl ihre Ansicht den Sieg davon getragen hatte. Es waren dies auf Seite der Böhmen der Kanzler Popel von Lobkowitz, Wilhelm von Slawata und Jaroslaw von Martinitz, unter den Mitgliedern des Geheimraths vor allem Herr von Attems. Es versteht sich, daß diese Männer nicht von der Ansicht ausgingen, daß die einfache Verwerfung der protestantischen Forderungen den Kaiser zum Ziele führen würde; sie sahen nur zu gut die kommenden Stürme voraus und zweifelten nicht daran, daß die Stände sich zur Wehr setzen würden und man ihnen nicht anders, als mit den Waffen in der Hand, Achtung einflößen könnte. Unmittelbar also nach der Auflösung des Landtags rieten sowohl der Kanzler als Attems dem Kaiser, den ganzen Rest seines Vermögens aufzubieten, um wenigstens ein Heer von 20.000 Mann auszurüsten; sie selbst gingen zum Nuncius und baten ihn, er möchte den Papst eilig um Hilfe ersuchen, damit Rudolf den Protestanten widerstehen könne. Der Nuncius war dazu gern erbötig, verlangte aber als Bedingung, sich früher mit dem Kaiser über die zu leistende Hilfe besprechen zu dürfen, eine Bedingung, die bei des letztern Beschaffenheit geradezu unerfüllbar war. Auch verlangte der Nuncius, daß der Erzherzog Leopold so schnell als möglich nach Prag berufen würde, damit er als der rechte Arm Rudolfs die Maßregeln durchführe, die man allenfalls zur Unterdrückung der Protestanten nöthig haben würde. In dieser Beziehung stand der Nuncius mit seiner Meinung nicht isolirt, vielmehr sprach er damit nur aus, was sehr viele in der Umgebung des Kaisers für nöthig hielten und was vor diesem selbst zu vertreten zuletzt sogar Attems gewagt hatte.

Als in den vorangegangenen Jahren der Kaiser von Zeit zu Zeit die Absicht an den Tag legte, als wolle er die Nachfolge dem Erzherzog Leopold zuwenden, waren sehr viele darüber aus dem Grunde entrüstet, weil sie dem jungen Mann keine Bedeutung zutrauten; dies lassen uns wenigstens San Clemente's Berichte vermuthen. Jetzt hatte die Meinung über den nunmehr drei und zwanzigjährigen Jüngling eine Aenderung zu seinen Gunsten erfahren; er schien von Thatendurst verzehrt, entschieden und feurig in seinen katholischen Ueberzeugungen und trotz seines bischöflichen Amtes jeden Augenblick geneigt, sich an die Spitze einer Armee zu stellen.



Als Zuñiga in Prag ankam und mit dem Erzherzog bekannt wurde, war er von seiner Persönlichkeit ganz entzückt und schrieb an Philipp III, das Haus Oesterreich dürfe auf diesen jungen Mann große Hoffnungen setzen. Wenn Rudolf zu einem kriegerischen Auftreten sich entschloß, so mußte Jemand statt seiner die Leitung des Kriegswesens übernehmen und hiezu empfahl sich gewiß Leopold vor allen Prinzen seines Hauses. Attems, der dies wohl einsah und der mit Lobkowitz auf Rüstungen und Waffengewalt hinwies, übernahm es nun selbst, dem Kaiser einen entsprechenden Vorschlag zu thun. Er riet ihm nämlich geradezu, die steirische Linie ganz für sich zu gewinnen und sei es auf Ferdinand, sei es auf Leopold die Nachfolge im Reiche zu lenken. Mit diesem Schritte würde er die geistlichen Kurfürsten und Sachsen vollständig befriedigen, eine starke Partei im Reiche sich schaffen und selbst die Nachfolge in Böhmen seinem Bruder zu Gunsten der steirischen Prinzen entwinden können*).

Dieser Vorschlag entsprach der Gemüthsstimmung des Kaisers insofern, als er ihn auf einen Weg aufmerksam machte, wie er seinem Bruder wenigstens die deutsche und böhmische Krone entreißen konnte; er entschloß sich also zu der ihm empfohlenen Berufung des Prinzen, suchte aber selbst noch auf andere Weise seine Rettung herbeizuführen. Nachdem Rudolf sich mit Recht beklagen zu dürfen glaubte, daß er vom Papst und von allen Prinzen seines Hauses mehr oder weniger verrathen worden sei, nachdem die resultatlosen Verhandlungen mit Anhalt ihn um eine Enttäuschung bereichert und seinen Groll auch gegen die Protestanten wachgerufen hatten betrachtete er die katholischen Kurfürsten und die Herzoge von Sachsen und Baiern als die einzigen, von denen er seine Rettung, und sagen wir es offen, auch noch den Wiedergewinn des Verlorenen erwartete. Unmittelbar also, nachdem er einsah, daß er von Anhalt und den österreichischen Protestanten nur zum Besten gehalten worden sei, beschloß er, ohne weiter seine Räthe ins Geheimniß zu ziehen, diesen letzten Rettungsweg zu versuchen. Der Kurfürst von Köln, welcher sich seiner so eifrig, wenigstens in Worten, im vorigen Jahre angenommen hatte, ein offenherziger mehr weltlich als geistlich gesinnter lustiger alter Herr, wurde von Rudolf aufgefordert, nach Prag schleunigst zu kommen und ihm in seinen bedrängten Angelegenheiten zu rathen und zu helfen**). Der Kurfürst erschrak etwas über dies allzugroße

*) Simancas 2495/67. Francisco del Losu an Andres de Prada ddo. Prag 11. April 1609.

**) Münchner Staatsarchiv 39/7, 33. Kurköln an Max von Baiern ddo. 19. März 1609.

Vertrauen und schickte statt seiner abermals den Kanonikus Hennot nach Prag, um durch diesen die Wünsche des Kaisers entgegenzunehmen.

Als Hennot in Prag anlangte, ließ sich der Kaiser verlauten, er werde denn doch einen Konvent, bestehend aus den oben erwähnten vier Kurfürsten, dem Herzog von Baiern und einigen Erzherzogen an seinen Hof berufen. Hennot war damit zufrieden, weil von den Schultern seines Herrn eine große Last abgewälzt wurde und man erwartete deshalb täglich die Absendung der Einladungsschreiben, da dieselben auf Befehl des Kaisers ausgefertigt worden waren. Allein hier blieb die Sache wieder stehen; der Kaiser ließ sich die Briefe geben und verschloß sie in seinem Kabinete, wo sie dem Schicksal so vieler anderer Schriftstücke, die nie mehr ihren Weg zu ihrer Bestimmung fanden, anheimfielen. Die Eingeweihten jammerten über diese Saumseligkeit; Lobkowitz und Attems konnten einsehen, daß es weder zu Rüstungen noch zu einem Konvente kommen würde. Denn plötzlich hatte der Kaiser wieder die Berufung des Konventes ganz fallen gelassen, um den Kurfürsten von Köln allein um seine Hilfe anzusuchen.

13. Ap Am Montag in der Charwoche, so erzählte Hennot seinem Herrn, als Niemand in Prag erwartete, daß der Kaiser einem der fremden Gesandten Gehör geben wolle, wurde der Kanonikus von Barvitius aufgefordert, sich Nachmittags an einem geheimen Orte, wo ihn der Kaiser schon einmal empfangen hatte, zur Audienz einzufinden. Als Hennot erschien, frug ihn Rudolf nach Neuigkeiten von seinem Herrn. Der Gesandte, der bereits darum wußte, daß Kurfürst Ernst von Köln nicht gern allein nach Prag reisen mochte, entgegnete, daß derselbe jetzt viel von den Rebellen in Lüttich in Anspruch genommen sei und deutete damit an, da derselbe keine Zeit habe, sich vom Hause zu entfernen. Auf diese Antwort entgegnete der Kaiser, dessen Gesichtszüge unverkennbar die Merkmale tiefer Traurigkeit und Abspannung an sich trugen: „Was ich euch jetzt sagen und vertrauen werde, das dürft ihr weder dem Barvitius, noch dem Hannewaldt, noch irgend einem Menschen auf der Welt außer eurem Herrn vertrauen, versteht ihr mich wohl?“ Als Hennot ihn seines Schweigens versichert hatte, fuhr Rudolf fort: „Ich stecke abermals in großer Noth und Verlegenheit, man plagt mich von allen Orten aus, sowohl meine Räthe als Andere, und treibt seltsame Praktiken wider mich. Sie wollen mich verjagen und sowohl wegen der Nachfolge als wegen der Interposition *) (zu einem Entschluße) nöthigen. Aber

*) Unter Interposition mag wohl der König die Versöhnung mit Mathias gemeint haben, zu der ihn Spanien und Rom trieben, indem sie dabei ihre Interposition antrugen.



(trotz) Hundert Päpsten, Hundert Brüdern und Erzherzogen, ich traue Niemandem als dem Kurfürsten von Köln. Einige sagen, ich stehe in Gefahr, andere sagen das Gegentheil, sie machen mich (mit diesen Widersprüchen) toll. Es ist ja wider alles Recht und alle Reichskonstitutionen, daß einer zur Bestimmung seines Nachfolgers gezwungen werden soll; kein Kurfürst würde sich dazu zwingen lassen. Wie es jetzt in Böhmen beschaffen ist, wie gefährlich es mit der Religion und mir steht, das seht ihr. Ich habe Niemanden in der Welt, auf den ich mich sicher verlassen und dem ich trauen dürfte, als den Kurfürsten von Köln. Deswegen wollet in dieser Stunde zu Seiner Liebden reisen und in meinem Namen bitten, daß er herkomme. Ich habe mit dem Kurfürsten über vieles zu reden und ihm meines Gemüthes Meinung zu offenbaren, keiner kann mir helfen und rathen, als er allein. Wollet also forteilen und keine Stunde mehr säumen". — Hennot beurlaubte sich, indem er versprach, unverweilt den Kurfürsten von diesen Mittheilungen in Kenntniß zu setzen*).

Dieses Gespräch mit Hennot gewährt eben so sehr einen Einblick in Rudolfs tief gedrücktes Gemüth, als es zugleich seine jammervolle Verkennung dessen zeigt, was ihm Noth that. Ein so rechtschaffener und aufrichtiger Mann Ernst von Köln auch immer sein mochte, was konnte seine alleinige Anwesenheit in Prag helfen, konnte er den Kaiser gegen die Böhmen schützen oder sie, wenn es Noth that, mit Gewalt zur Ruhe bringen? Dem Kaiser half allein ein Heer, mit dem er jeden feindlichen Widerspruch zum Schweigen bringen konnte; und wenn er sich nicht der Waffenmacht bedienen, sondern die Böhmen durch den moralischen Beistand der Reichsfürsten wenigstens bescheidener machen wollte, so war dazu jedenfalls ein Fürstenkonvent weit dienlicher als ein einziger friedfertiger Kurfürst. Seine leidenschaftliche Bitte an den Kurfürsten von Köln war also nichts anderes als einer jener krankhaften An- und Einfälle, in denen seit beinahe einem Jahrzehend seine ganze Regierungskunst bestand. Schon zwei oder drei Tage später vergaß er selbst seine auf Ernst von Köln gerichteten Hoffnungen und erinnerte sich wieder des vor einem Jahre zuerst ausgesonnenen Fluchtprojekts. Doch abgesehen davon, daß Vorsatz und That bei ihm stets durch unendlich lange Zwischenzeiten getrennt waren, würde die Flucht nicht nur an dem Widerstande der Katholiken, sondern auch an dem der Protestanten gescheitert sein. Beide Parteien waren diesmal und zwar ohne jede vorangegangene Uebereinkunft

*) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 59. Hennots Bericht an Kurköln ddo. 13. April 1609.

entschieden, ihn nicht früher abreisen zu lassen, es sei denn, daß er vorher auf die Krone verzichtete*).

Und dürfte man es wohl für möglich halten, daß Rudolf selbst in diesen Augenblicken auf den Wiedergewinn eines Theiles seiner an den Bruder verlorenen Länder dachte? Selbst dies Unglaubliche ist wahr und diesmal war es Mähren, wohin seine Hoffnungen gerichtet waren. Wir haben erzählt, daß Karl von Liechtenstein im Rathe des Königs Mathias an der Spitze der Khlesl feindlichen Partei stand, da er es nicht ertragen mochte, daß er neben dem Bischof nur die zweite Rolle spielen sollte. Von dem Manne, welcher ein intimes Verhältniß mit den Häuptern der katholischen Kirche unterhielt, der selbst erklärte, man müsse den Protestanten nur Zugeständnisse machen, um sie bei gelegener Zeit wieder zurückzunehmen**), und der seinen flammenden Ehrgeiz bei keiner Gelegenheit verbarg, von diesem Manne wird man nicht mit Unrecht behaupten, daß sein brüskes Auftreten zu Gunsten der Horner andere Gründe hatte, als die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit gegenseitiger Duldung. Es entspricht eben so vollständig seinem Charakter als seinem Thun, wenn wir behaupten, er habe durch die Befriedigung der Protestanten Khlesls Einfluß brechen und sich selbst an seine Stelle bringen wollen. Als jedoch nach der Resolution vom 19. März Khlesl das Vertrauen seines Herrn im ungeschmälerten Grade behielt, da war Liechtensteins Geduld zu Ende und er versuchte nun für seine Person das, was vor kurzem Anhalt und Tschernembl bezüglich Oesterreichs versucht hatten, d. h. er dachte daran einen Separatfrieden mit Rudolf abzuschließen, und ihn mit dem Versprechen zu ködern, daß er ihm Mähren wieder in die Hände spielen wolle. Mit dem spanischen Gesandten und dem belgischen Geschäftsträger hatte er immer eine vertraute Korrespondenz unterhalten und sich von Zeit zu Zeit der Gunst seiner katholischen Majestät und seiner Durchlaucht in Brüssel empfehlen lassen, jetzt benützte er diese Handhaben und ersuchte den Geschäftsträger des Erzherzogs Albrecht, Peter von Vischer, durch einen vertrauten Agenten um eine Zusammenkunft. Die Art und Weise, wie dieser Wunsch ausgedrückt wurde, ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Liechtenstein mit dem Kaiser sich versöhnen und ihm seine guten Dienste antragen wolle. Mit Bewilligung Rudolfs reiste also

*) Brüssel, Secretairie d'Etat. Allem. Carton 163. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag 18. April 1609.

**) Die Beweise dafür werden wir bei der Erzählung der Ereignisse im Jahre 1610 beibringen.



Vischer zu demselben nach Eisgrub und blieb da acht Tage; was jedoch der Inhalt ihrer Unterredungen gewesen ist, ist nicht in den Details so bekannt, wie wir es wünschen möchten. Wir wissen so viel, daß Liechtenstein zuerst sich über die Art und Weise aussprach, wie Rudolf wieder in den Besitz von Mähren gelangen könnte und unter den dazu führenden Mitteln auf einen Fürstenkonvent, der auf Mathias einen Druck ausüben könnte, als auf eines der zweckmäßigsten hinwies. So viel ist aus Vischers Berichten bekannt; es ist dies aber nicht alles, denn in den Briefen desselben an Erzherzog Albrecht heißt es weiter, daß ihm Liechtenstein so wichtige Dinge mitgetheilt habe, daß er sie nicht einmal der Feder anzuvertrauen wage, und deshalb einen Theil nur mündlich und einen Theil in Chiffern berichten wolle *). Wir vermuthen, daß der Inhalt dieser andern so wichtigen Mittheilungen, welche zu entdecken uns nicht gelang, die Bestimmung der Nachfolge in Oesterreich und Deutschland gewesen. Das Benehmen Liechtensteins während der nachfolgenden Zeit war so beschaffen, daß man nicht sicher vermuthen kann, ob er der steirischen Linie, ob dem Erzherzog Albrecht oder gar der spanischen Linie diese Nachfolge zuzuwenden gedachte. Eines nur ist gewiß, daß er nach einer entscheidenden Rolle sich sehnte, und da er sein Vermögen nicht auf eine Karte setzen wollte, trat er geheimnißvoll und vorsichtig auf, seine Fühlhörner nach allen Seiten ausstreckend. Bei allen wichtigen Ereignissen auftauchend zeigt er gleichwohl nur seinen Kopf an der Oberfläche und überläßt es unserer Vermuthung zu errathen, womit indessen seine Hände beschäftigt waren. Als Vischer nach seiner Rückkehr nach Prag dem Kaiser den auf Mähren bezüglichen Theil der Unterredung mittheilen ließ, freute sich der letztere nicht wenig über die neu eröffnete Aussicht!

Darüber war aber der Monat April verflossen; das Heer, dessen

---

*) Brüssel. Secretairie d'Etat. Allem. Carton 163. Vischer an Fleckhammer ddo. Prag 2. Mai. — Ebendaselbst derselbe an Erzherzog Albrecht ddo. 2. Mai 1609. — Ebendaselbst derselbe an den Erzh. Albrecht ddo. Prag 9. Mai 1609; „Was ich J. Mt. betreffend von dem von Liechtenstein vernommen, wie E. F. D. ich vor disem gehorsamist berichtet, solches alles hat Ihr Mt. sehr wohl gefallen und sich darauff erklärt, sie wöllen ihm alles verzeihen, was er gethan, alleyn sollt ich helfen bey ihm gutte officia prästiren, das Mähren wieder mit Böhmen incorporirt werde, hierauf solle Haniwald vernehmen, was für Hoffnung ich darzu hette. Hab ihm geandtwortet, das ich von Liechtenstein wohl so vil vernommen, wan die Erzherzoge zusammen kommen und solches für guet und rathsam finden würden, das er alsbann seines tails erzaigen wollte. — Münchner Reichsarchiv XV/2, 86. Hanewaldt an Max von Bayern ddo. Prag 20. April 1609.

Anwerbung und Aufstellung Lobkowitz und Attems dem Kaiser so dringend empfohlen hatten, blieb unangeworben und ebenso wenig war die Allianz mit jenen Fürsten, die dem Kaiser einigermaßen wohlwollten, zu einem Abschluße gediehen; mit einem Worte der Kaiser stand den Böhmen Ende April eben so hilflos gegenüber, als zur Zeit der Auflösung des Landtags. Desto besser hatten die Protestanten ihre Zeit benützt.

II

Als der böhmische Landtag am 1. April aufgelöst wurde, gaben sich die Protestanten das Wort, sich in vier Wochen wieder in Prag zu versammeln, mittlerweile aber durch Gesandte befreundete Fürsten um ihre Fürsprache zu ersuchen; es waren dies die drei weltlichen Kurfürsten, der Herzog von Braunschweig und König Mathias. Derjenige Theil des Adels, der nicht zu diesen Sendungen verwendet wurde, reiste auf seine Güter und traf da die mannigfachsten Vorbereitungen, um sich in einen besseren Vertheidigungszustand zu setzen. Einige dieser Herren versuchten bereits im Namen ihrer Partei für die künftigen Rüstungen bei den Prager Kaufleuten ein Anlehen von 300.000 Gulden zu Stande zu bringen, was ihnen jedoch nicht gelang*). Als nun der Monat seinem Ende nahte, kam der protestantische Adel wieder in Prag zusammen und zwar diesmal in einer Vollzähligkeit, wie man dieselbe vielleicht seit 200 Jahren nicht mehr beobachtet hatte. Zum gemeinschaftlichen Berathungsort hatten sie das Neustädter Rathhaus ausersehen, und obwohl der Kaiser selbst dem Neustädter Rath die Aufnahme der Stände in diesen Räumen verboten hatte, so wurde es doch für sie bereit gehalten. Bevor sie sich jedoch daselbst versammelten und damit die ungesetzliche Bahn betraten, verfügten sie sich in die Burg und ließen den Kaiser durch eine Deputation um die Wiedereröffnung des Landtages bitten. Zu den ehrfurchtsvollen Worten derselben bildete der tobende Lärm, mit welchem die vor dem Schloß versammelten Stände die Lüfte erfüllten, eine sonderbare Begleitung, die dem ängstlichen Ohre des Kaisers nicht entging**). Trotzdem derselbe den Ständen eine abschlägige Antwort gab, so versammelten sich diese dennoch am folgenden Tage nochmals in der Burg und drangen in einen Saal, um

*) Bernburger Archiv Reg. VI, B. VI, Vol. XII, Fol. 56. Zeitung aus Prag ddo. 16. April 1609.

**) Meine Geschichte des böhmischen Majestätsbriefes. — S. 56. Sächsisches Staatsarchiv. Böhm. Stände sub utraque 7220, 93. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 8. Mai 1609.

sich daselbst die Berichte ihrer Gesandten aus Deutschland vorlesen zu lassen. Der Kaiser, der von einem verborgenen Orte aus, dieser tumultuarischen Scene im geheimen zugesehen hatte, berief vor sich einige der protestantischen Häupter und verbot ihnen abermals und in strenger Weise jede weitere Versammlung und blieb dabei, als auch am folgenden Tage eine massenhafte Deputation von 50 Personen ihn um die Rücknahme seines Verbotes ersuchte.

Budowec, der bei diesen Versammlungen meistens die Leitung übernommen hatte, forderte nun seine Gesinnungsgenossen auf, ihm zu folgen und das Neustädter Rathhaus zu ihrem Sitzungslokale zu machen. 5. Mai
In einem fast unübersehbaren Zuge bewegten sich darauf die protestantischen Stände Böhmens, vermehrt durch ihr Gefolge und die neugierige Bevölkerung der Hauptstadt, durch die Straßen zu dem improvisirten Versammlungsort. Als sie vor dem Rathhause anlangten, erblickten sie daselbst die angehefteten Plakate, in denen Rudolf jede ungesetzliche Versammlung streng verbot. Einige lustige Gesellen drehten eines der Plakate um, und erklärten zum Gelächter der Umgebung, daß die Rückseite anders laute; einer von den Brüdern Kinsky, wahrscheinlich Wenzel, riß das Plakat geradezu herunter und trat es am Boden mit den Füßen, indem er dabei ausrief: „Dieser König taugt nichts, wir müssen einen andern haben"*).— Nach der Landesverfassung war jede ungesetzliche, d. i. vom König nicht autorisirte Versammlung der Stände ein Akt offener Empörung und als Hochverrath bestrafbar; indem nun der Adel dem Rufe Budowec's Folge geleistet hatte, verließ er den gesetzlichen Boden und so konnte fortan eine Einigung mit dem König nur auf Kosten der ständischen oder königlichen Rechte geschehen.

Der Zustand von Prag war nun der einer Stadt mit zwei einander feindlich gegenüberstehenden Parteien, die sich gegenseitig die schlimmsten Absichten zutrauen. Auf Seite des Kaisers befanden sich zwar nur eine wenig zahlreiche Leibwache und eine unbedeutende Anzahl von Bürgern, aber es stand ihm doch noch der Nimbus kaiserlicher Auktorität zu Gebote, die selbst in der tiefsten Ohnmacht den Gegnern Scheu und Furcht einflößte. Auf Seite der Protestanten stand der größte Theil der Prager; zugleich bildete der Adel selbst, der mit einem zahlreichen und bewaffneten Gefolge nach Prag gekommen war, ein wohlgerüstetes Heer, so daß, wenn es zu einem Kampfe zwischen den Kaiserlichen und Ständischen kam, der Sieg keinen Augenblick zweifelhaft sein konnte. Das Gerücht solcher bevor-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/101. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 9. Mai N. St.



stehenden Kämpfe hielt die ganze Stadt in dauernder Aufregung und Bewegung; man träumte von plötzlichen Ueberfällen und von großen Waffenanhäufungen seitens der Kaiserlichen und die darauf begründete, ob wirkliche, ob nur vorgeschützte Furcht bewog die ständische Partei, die Waffen nicht aus der Hand zu legen. Bei Tag wie bei Nacht streiften sie in der Stadt in starken Abtheilungen herum und setzten damit die zerstreuten Katholiken in nicht geringe Besorgnisse, weil die Händelsucht des Pöbels dadurch täglich in bedenklicherer Weise aufgereizt wurde. Der Altstädter Primas Heidel, der sich den Haß der Protestanten im besondern Grade zugezogen hatte, weil er früher die Städte von dem Adel trennen wollte, wurde jetzt ein Gegenstand so bitterer Anfeindung, daß selbst seine Sicherheit gefährdet war. Da er in Folge der in der Stadt zunehmenden Unruhe die Stadtwache verstärkt und mit Waffen versehen hatte, so sahen dies die Stände als eine unerträgliche Drohung an. Eine bewaffnete Schaar fand sich im Quartier dieser Wache ein, entwaffnete sie und stellte zugleich mit ihr ein Examen an, um zu erfahren, welche Angriffe Heidel mit ihr beabsichtigt hatte. Jedes Haus der Stadt mußte darauf im Auftrag der Stände eine Person zur Aufrechthaltung der Sicherheit liefern, die in Wahrheit von Niemandem als von ihnen selbst bedroht war*). Um die Unsicherheit und Aufregung auf die höchste Spitze zu treiben, wimmelte Prag von beschäftigungslosem Volk. Von allen Enden Deutschlands waren nämlich dienstlose Soldaten in der Erwartung dahin gekommen, entweder bei dem Kaiser oder bei den Ständen Beschäftigung zu erlangen; da nun dies noch nicht der Fall war, mehrten sie durch ihr polterndes und rauflustiges Auftreten, ihr Straßen- und Wirthshausleben das Gefühl der Unsicherheit. Am schlimmsten ging es bei dieser Gelegenheit über die Jesuiten her; nicht nur konnte man sich auf den Straßen gegen die Väter, welche nur in den nothwendigsten Fällen sich außerhalb ihres Hauses blicken ließen, Insulten erlauben, sondern man erhitzte auch noch die Phantasie der Menge durch Erzählungen von außerordentlichen Kriegsvorräthen, welche sich in den unterirdischen Räumen des Kollegiums, gehütet von daselbst heimlich unterbrachter Mannschaft, befinden sollten. Die Gefahr war zuletzt so dringend, daß die Mehrzahl der Jesuiten auf die Kleinseite zu guten Freunden flüchtete und im Kollegium nur so viele zurückblieben, als zur Aufsicht über das Gebäude nöthig waren **).

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/108. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 10. Mai 1609. N. St.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 1220/112. Die

Die Sitzungen im Rathhause selbst begannen mit der Vorlesung der Schreiben, welche für die Stände von den darum ersuchten Fürsten an den Kaiser abgeschickt worden waren. Die Kurfürsten von der Pfalz und von Brandenburg empfahlen dem Kaiser einfach die Gewährung der ständischen Bitten; Mathias' Zuschrift dagegen war, den Verhältnissen entsprechend, so auf Schrauben gestellt und nichts sagend, als möglich. Er schrieb nämlich an Rudolf, die böhmischen Stände hätten ihn um ihre Fürbitte angesucht, nun habe er aber keine Kenntniß von dem, um was es sich in Prag handle (!); diese Unkenntniß sei auch nicht durch die ständischen Gesandten verringert, sondern er von ihnen einfach um seine Fürbitte angesucht worden. Der Kaiser werde sich nun in seiner Weisheit am besten zu entscheiden und diese Fürbitte gnädig auszulegen wissen. Am entschiedensten trat der Kurfürst von Sachsen auf. An den Kaiser schrieb er zu Gunsten der Stände, wie er darum ersucht worden war, und hierin genügte er den Anforderungen, welche seine Glaubensgenossen an ihn stellten. Bei seiner freundschaftlichen Stellung zu Rudolf und bei seiner hinreichenden Kenntniß von dem antimonarchischen Geist der letzten ständischen Bewegungen in Oesterreich hielt er es aber auch für seine Pflicht, die böhmischen Stände zur Ruhe zu mahnen; er billigte ihre religiösen Forderungen, verlangte jedoch, daß sie sich auf diese beschränken und in ihrem Auftreten nie die Achtung vergessen sollten, welche sie der Würde des Kaisers schuldig seien. Von einem ebenso uneigennützigen als aufrichtigen Eifer für den Frieden beseelt, meinte es der Kurfürst mit seinen Rathschlägen nach beiden Seiten ehrlich und schickte deshalb drei seiner Räthe, Melchior von Wittern, Dr. Gerstenberger und Dr. Gödelmann nach Prag in der Absicht, daß sie ihre guten Dienste beiden Parteien anböten, um einen dauernden Ausgleich herbeizuführen *). — Auch Wok von Rosenberg ließ nunmehr aus seiner Zurückgezogenheit seine Stimme ertönen. Er mahnte den Kaiser durch einen vertrauten Agenten den protestantischen Forderungen zu genügen und versprach dafür, ihm in dem behilflich zu sein, was derselbe bezüglich der römischen Königswahl wünschen dürfte und was unverblümt sagen wollte, daß Rosenberg seine Dienste gegen

sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 2/12. Mai 1609. — Lobkowitzer Bibliothek in Prag. Annalen des Jesuitenordens. MS.

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220 Fol. 6. Der Kurfürst von Sachsen an die böhmischen Stände ddo. 14/24. April. — Ebendaselbst Fol. 76. Instruktion für die drei Gesandten Melchior von Wittern, Markus Gerstenberger. Kanzler zu Altenburg und Dr. Johann Georg Gödelmann ddo. 1. Mai N. St. — Ebendaselbst Fol. 98. Der Kurfürst von Sachsen an seine Gesandten in Prag ddo. 1/11. Mai.

Mathias anbiete*). Die Stellung der Böhmen zum Auslande war, wie man aus den Zuschriften ersieht, im ganzen eine isolirte, d. h. es waren von ihnen nicht wie von den Hornern Verbindungen angeknüpft worden, um, wenn nöthig, neben der eigenen Macht auch mit fremder Hilfe dem Kaiser entgegenzutreten. Ihre Stellung war aber nichtsdestoweniger günstiger, als die der Horner, weil Mathias über bedeutendere Hilfsmittel als der Kaiser gebot und der letztere nicht einmal von dem, was ihm noch an Macht übriggeblieben, einen zweckmäßigen Gebrauch zu machen wußte.

Nachdem die Protestanten die für sie eingelaufenen Fürbitten zur Kenntniß genommen hatten, beschloßen sie die Abfassung einer Rechtfertigungsschrift, welche sie dem Kaiser zu überreichen gedachten. Man übertrug die Redaktion vier der ausgezeichnetsten Advokaten Böhmens, von denen zwei den Lutheranern und zwei den Brüdern angehörten. In der Rechtfertigungsschrift suchten sie alle ihre Maßregeln als Folgen des auf ihnen lastenden Druckes hinzustellen und ihre Bewaffnung damit zu erklären, daß sie die Absicht hätten, sich gegen jeden derartigen Druck zu schützen; sie baten deshalb abermals den Kaiser um Freigebung des Bekenntnisses und um Wiedereinberufung des Landtages. Sechs Deputirte, unter denen sich auch Budowec befand, verfügten sich aufs Schloß, um in der kaiserlichen Kanzlei die Erlaubniß zur Ueberreichung der Rechtfertigungsschrift anzusuchen. Da sich ihre Rückkunft unverhältnißmäßig lang verzögerte, so verbreitete sich bereits in der Stadt das Gerücht, sie seien in der Burg festgenommen worden. Die Aufregung auf der Alt- und Neustadt stieg darüber abermals auf einen hohen Grad; alles, was Waffen tragen konnte, lief bewaffnet herum und schon versammelte sich eine große Menge Volkes vor dem Jesuitenkollegium, um an den Vätern die allezeit erwünschten Repressalien zu üben. Die endliche Rückkehr der Deputirten brachte die Ruhe wieder und verhinderte ein bereits, wie es schien, unvermeidliches Blutbad. Der Kaiser hatte in die Uebergabe der Rechtfertigungsschrift
12. Mai eingewilligt und sie in der That am folgenden Tage entgegengenommen. Während die mit der Ueberreichung betraute Deputation auf das Schloß sich entfernte, beteten auf Budowec's Antrag die Zurückgebliebenen um eine gedeihliche Verrichtung. Trotz des tollen Treibens der Menge und des gleichzeitigen lustigen Lebens in Prag war die Versammlung am Neustädter Rathhause keineswegs eines religiösen Anstriches bar. Fast Tag für Tag predigte ein Geistlicher vom Fenster des Rathhauses der in der Rathsstube und

---

*) Bernburger Archiv. Reg. I, F. I, 226/143. Instruktion für Lukan zu seiner Reise zum Kaiser ddo. 4. Mai. — Ebendaselbst Rosenberg an Anhalt ddo. 24. Mai 1609.

am Platze versammelten Volksmenge*). Budowec selbst brachte es dahin, daß keine Sitzung begonnen oder beschlossen wurde, ohne daß ein gemeinschaftliches Gebet oder ein Gesang die Versammlung auf den eigentlichen Gegenstand des Tages aufmerksam gemacht hätte; gern hätte er auch noch auf den Straßen klösterliche Ruhe hergestellt und die Wirthshäuser auf einige Wochen gesperrt, allein sein Einfluß reichte um so weniger dahin, da selbst der Adel die erzwungene Anwesenheit in Prag wenigstens durch ein fröhliches Leben sich erheitern wollte**). Als die Deputation vom Schlosse zurückkehrte, verbreitete sich die Nachricht, daß der Kaiser die Bitten der Protestanten erhören wolle. Das Gerücht war in der That begründet und um dies zu erklären, müssen wir einen Blick auf die Vorgänge in der Burg während der letzten Woche werfen.

Zu der Zeit, als der Kaiser den Ständen die Wiedereröffnung des Landtags abschlug und damit die Versammlung am Neustädter Rathhaus veranlaßt hatte, unterhielt er sich, wie wir wissen, mit den durch Liechtenstein angeregten Hoffnungen und bot ihm völligen Pardon an, wenn er thatsächlich die Rückkehr Mährens unter seine Herrschaft zuwegebringen würde. Die Geheimräthe, welche, mochten sie nun wollen oder nicht, schließlich dem Kaiser auf allen seinen Irrwegen folgen mußten und die nun auch von den Hoffnungen, welche Liechtenstein angeregt hatte, in Kenntniß gesetzt wurden, rieten darauf einstimmig, der Kaiser möge doch auch nicht den von Liechtenstein angedeuteten Weg zum Ziele versäumen und die für nothwendig erkannte Berufung eines Fürstenkonvents nicht länger aufschieben. Rudolf gab hierauf Barvitius den Auftrag, den Kurfürsten von Köln nach Prag zu berufen und wiederholte diesen Befehl noch zweimal vor Ablauf desselben Tages***). Von einer Nachgiebigkeit gegen die Protestanten war also bis dahin keine Rede. 9. Mai
Bei diesem Stande der Dinge kam der spanische Gesandte Zuñiga, der vor zwei Monaten abgereist war, um dem Erzherzog Ferdinand in Graz einen Besuch zu machen, wieder in Prag an. Er stieg in dem am Hradschin gelegenen Kapuzinerkloster ab und wurde daselbst vom Nuncius Gaetano, von mehreren katholischen Gesandten, namentlich aber 9. Mai

*) Sächsisches Archiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/208. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 10. Mai N. St.

**) Meine Geschichte des böhmischen Majestätsbriefes. S. 62. Man sah nicht wenige vom Adel betrunken auf den Straßen herum gehen.

***) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 107. Barvitius an Kurköln ddo. Prag den 9. Mai. — Secretairie d' Etat. Allem. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 9. Mai.

von den bedeutendsten Katholiken Böhmens freudig begrüßt, weil sie sich nach seinem Rathe bei der schwierigen Sachlage sehnten und zugleich von ihm eine Einwirkung auf den Kaiser hofften, wiewohl die Erfahrung sie genugsam vom Gegentheil hätte überzeugen können. Ihrem Rathe gemäß beschloß Zuñiga, nicht um eine Audienz beim Kaiser anzusuchen, weil für ihre Gewährung nur wenig Hoffnung vorhanden war, sondern geradezu sich im kaiserlichen Vorzimmer einzufinden und von da aus Rudolf um Gehör zu ersuchen; vielleicht, daß der Kaiser doch Anstand nahm, den bereits anwesenden Gesandten zurückzuweisen. Als er sich nun am
10. Mai andern Tage im Schlosse einfand, suchte er in der angedeuteten Weise zum Kaiser zu gelangen; nachdem er jedoch einsah, daß seine Bemühung vergeblich sei, kehrte er sich an den anwesenden Präsidenten des Hofkriegsraths, den Grafen Sulz, und forderte durch ihn den Kaiser zu dem energischesten Widerstand gegen die Protestanten auf. „Der König von Spanien werde Rudolf mit aller seiner Macht zu Gebote stehen" und inzwischen stelle ihm Zuñiga die Kapitalien aller italienischen Kaufleute in Prag zur Verfügung, wenn sich derselbe ihrer zu Rüstungen bedienen wolle. Diese Worte sprach der Gesandte zu Sulz nicht etwa im geheimen, sondern so, daß sie die Umstehenden, unter denen Katholiken und Protestanten gemischt sich befanden, hören konnten, und wenngleich die Verschiedenheit der Sprache das genaue Verständniß erschwert haben mag, so faßten doch Alle ziemlich gut den Inhalt des Gespräches auf. Am Abend gelang es dem Grafen Sulz zum Kaiser zu kommen und ihm den Inhalt dieser Anerbietungen mitzutheilen; sichtlich mit denselben zufrieden, versprach Rudolf am folgenden Tag den Gesandten selbst zu empfangen. Zuñiga, nicht wenig über diese Bereitwilligkeit erfreut, besprach sich noch mit Attems über den Umfang der nöthigen Hilfe und beide glaubten um so sicherer einen entscheidenden Sieg, selbst mit schwacher Heeresmacht, erringen zu können, als man den Böhmen eine geringe Kriegstüchtigkeit zutraute. Zu dieser Geringschätzung hatte am meisten der Umstand beigetragen, daß sich den Tag zuvor der aus Tausenden von Bewaffneten bestehenden Versammlung am Neustädter Rathhause ein panischer Schrecken bemächtigt hatte, als Zuñiga, empfangen von 50 Soldaten der kaiserlichen Leibwache, seinen Einzug durch das Reichsthor in Prag hielt. Man fabelte in der Stadt, Zuñiga führe mit sich große Kriegsvorräthe und obwohl das Reichsthor und das Rathhaus beinahe eine Stunde von einander entfernt liegen, so floh gleichwohl alles nach andern Stadttheilen, ja von den im Innern des Gebäudes Versammelten hatten es viele mit ihrer Flucht so eilig, daß sie sogar zu den Fenstern herunter-

sprangen, um der eingebildeten Gefahr zu entgehen*). Wie lächerlich diese Flucht nach dem polternden Auftreten der Böhmen auch sein mochte, so scheinen uns Attems und Zuñiga's Schlüße daraus doch etwas zu voreilig.

Am andern Morgen fand sich der spanische Gesandte rechtzeitig in der Burg ein, um des Kaisers Wünsche und Befehle entgegenzunehmen, allein die Audienz, auf die er fast sicher gehofft hatte, wurde ihm nicht ertheilt. Als er Tags darauf wieder erschien, wurde er abermals nicht vorgelassen, ihm zugleich aber auch noch durch einen Staatsrath bedeutet, der Kaiser wünsche nicht mehr, daß er sich im Vorzimmer einfinde, „weil die Protestanten an seinem häufigen Erscheinen Aergerniß nähmen!" Der Grund dieses Befehles lag darin, daß sich der Kaiser zur Nachgiebigkeit gegen die Protestanten entschlossen hatte; Hannewaldt hatte diesen Umschwung in seiner Gesinnung zuwege gebracht. 11. Mai

So entschieden auch der Kaiser bisher die Forderungen der Stände abgeschlagen hatte, so wird man doch nicht glauben, daß diese Festigkeit Folge eines unwandelbaren Entschlußes gewesen, der sein Gemüth ganz und gar beherrscht hätte. Im Gegentheil, seine Entschiedenheit hing nur von seiner körperlichen Disposition ab. War es um ihn herum ruhig und schien die Sonne, dann wollte er nichts von Nachgiebigkeit hören, und wies entschieden darauf bezügliche Anträge von sich ab. So oft jedoch ein stärkerer Wind den Schall der Schüsse an sein Ohr brachte, welche beinahe den ganzen Tag über auf der Alt- und Neustadt zu hören waren, erblaßte er und war momentan zu jedem Zugeständniß geneigt. Vollends hin war aber seine Kraft, je mehr sich die Mitternachtsstunde nahte, da erhitzte sich seine Phantasie an all' den wahnsinnigen Schreckensbildern, die ihn seit Jahren verfolgten. Beklemmungen aller Art, die ihren letzten Grund in seiner zerrütteten Gesundheit hatten, erschwerten sein Athmen und ließen ihn die Gefahren, welche ihm von den Protestanten drohten, in fürchterlicher Weise vergrößert erblicken; dann wollte er nichts mehr von einem längern Widerstande wissen, bis ihm wieder der Morgen mit der Freundlichkeit des Tages auch die Ruhe des Gemüthes, wenigstens zum Theil, zurückgab. Wenige Menschen wußten damals, welchen tiefen Jammer die Mauern des Prager Schlosses verbargen; der Kaiser selbst, um den Leiden der Gegenwart und der Erinnerung an die Vergangenheit zu entfliehen, war selten einen Tag nüchtern und suchte sein Leid im Trinken zu vergessen**).

---

*) Simancas 2495/85. Zuñiga an Philipp III ddo. 16. Mai 1609.

**) Meine Angaben über den Gemüthszustand des Kaisers in dieser Zeit und die

Es erscheint als wahre Quälerei, wenn man von diesem armen kranken Mann verlangte, er solle mit jugendlicher Elastizität seine letzten Hilfsmittel aufbieten, ein Heer ausrüsten, auf seine Gegner losstürzen und sie vernichten, er, der sich nicht getraute, die Mauern seiner Wohnung zu verlassen, den schon der Schatten einer Gefahr, das Rauschen der Blätter in eine nervöse Aufregung und Angst versetzte. Die böhmischen Kronbeamten rieten zur Nachgiebigkeit gegen die Protestanten, weil diese mächtig seien; Lobkowitz, Attems und Zuñiga zum gewaltsamen Widerstand gegen dieselben, um sie eben nicht noch mächtiger werden zu lassen; es fehlte an einem San Clemente, der die Person des Kaisers selbst ins Auge gefaßt hätte, um darnach seine Entschlüße zu regeln. Auf dem an Geist und Körper kranken Kaiser eine Politik begründen zu wollen, das durfte sich allenfalls Anhalt erlauben; uns scheint es, daß nur zwei Auswege für die Katholiken offen waren, entweder der der Nachgiebigkeit gegen die Protestanten, oder der auch nicht eine Stunde zu verschiebenden Entfernung des Kaisers. Zu allen Zeiten und in allen Staaten war es auch ohne positive Gesetze eine ausgemachte Sache, daß Geisteskranke zur Führung der Regierung nicht tauglich seien; wir sind überzeugt, daß San Clemente zur Ergreifung dieses Ausweges jetzt vor allem gerathen hätte. — In einer gewissen Beziehung fand sich San Clemente diesmal in Hannewaldt vor.

An dem Tage, an welchem Zuñiga dem Grafen Sulz mitgetheilt hatte, daß er dem Kaiser jede Geldsumme zur Disposition stelle, wenn er sich ihrer zu Rüstungen bedienen wolle, gelangte, wie wir erzählt, dieses Anerbieten durch Sulz selbst zur Kenntniß Rudolfs und derselbe schien zu dessen Benützung geneigt. Während sich nun der Hofkriegsrathspräsident eilig in die Stadt entfernte, um dem Gesandten diese erfreuliche Mittheilung zu machen, fand Hannewaldt Zutritt beim Kaiser und es gelang ihm vollständig, seinen Entschluß umzuändern und endlich dem Gedanken der Nachgiebigkeit gegen die Stände die Oberhand zu verschaffen. Hannewaldt war ein Mann, der keineswegs die krummen Pfade der Politik und die Wege der Gewalt scheute, wie sich das zwei Jahre später

hier angeführten Einzelnheiten stützen sich auf die Relationen Vischers an Erzherzog Albrecht und auf Zuñiga's Berichte an Philipp III. Ich schöpfe demnach aus den wohlunterrichtetsten und direktesten Quellen. — Brüssler Archiv. Vischer an E. Alb. Simancas 2495/35. Zuñiga an Philipp ddo. 16. Mai 1609. — Vischer schreibt unter andern: Barbitius hat mir seltzame Sachen von Ihr Mt. gesagt, quae certe horrenda sunt und liber auch sicherer E. F. D. gehorsamist mündlich als schriftlich referire, sonst thuen sie (S. Mt.) fast alle Tag starkhe Exceß in trinkhen, meinen damit ihr laydt zu vergessen.



zeigte, diesmal jedoch handelte er, wenn auch nicht wie ein ehrlicher, doch jedenfalls mit höherer Einsicht begabter Mann. Während die Männer der spanisch-römischen Partei, zu der auch Hannewaldt sonst gehörte, fortwährend den Kaiser zu einem Kriegsmann umgestalten wollten, gab sich Hannewaldt über das Unnütze, um nicht zu sagen, Kindische dieser Bemühungen keinen Täuschungen hin und trat jetzt im Widerspruche mit allen seinen bisherigen politischen Freunden für eine unverweilte und vollständige Befriedigung der Protestanten ein. Was zwischen ihm und dem Kaiser am 10. Mai Abends, an dem des letztern Nachgiebigkeit zuerst zum Durchbruch kam, für Worte gewechselt wurden, ist uns nicht bekannt, nur so viel ist gewiß, daß eben Hannewaldt damals diesen Umschwung herbeigeführt habe. Nachdem er einmal mit solcher Entschiedenheit für die Befriedigung der Protestanten aufgetreten war, vertheidigte er mit gleichem Eifer in allen katholischen Kreisen die Ergreifung dieses Ausweges und ließ sich nicht durch den fast allgemeinen Widerspruch, den er erfahren mußte, einschüchtern. Auf die Vorstellungen und Einwände der mit den Katholiken verbundenen Gesandten erwiederte er, daß er bei seiner Meinung dennoch verharren müsse, weil man mit dem Kaiser keine Politik treiben könne. Den weitern Widerstand der Katholiken verwarf er als eine unkluge Maßregel, da sie bei dem Stande der Dinge, wie er nun einmal sei, nur zu ihrem Verderben ausschlagen könne.

Das energische Vertreten einer Ansicht, welche die Umstände selbst als eine vernünftige bezeichnen, kann auf die Dauer nie ohne Erfolg bleiben. Hannewaldt besiegte die gewöhnlichen Zögerungen des Kaisers gleich in der Abendunterredung am 10. Mai soweit, daß derselbe Tags darauf den Protestanten die Erlaubniß gewährte, ihm ihre Rechtfertigungsschrift zu überreichen und gleich darauf seine Absicht zu erkennen gab, in die Widerberufung des Landtags zu willigen. Am 14. Mai war es bereits stadtkundig, daß der Kaiser zu diesem Schritte sich entschlossen habe; nur knüpfte er daran noch eine Bedingung, deren Annahme die Protestanten verweigerten. Er wollte nämlich die Wiedereinberufung des Landtags um sechs Wochen, später wenigstens um vierzehn Tage verschoben wissen, während die Protestanten die unverweilte Einberufung verlangten und zugleich die Ausstellung einer Indemnitätsakte begehrten, welche sie für ihr jetziges Betragen in der Folge vor allen gerichtlichen Verfolgungen schützen sollte. Sowohl der Kaiser als wie alle jene, welche die Abweisung der Protestanten wünschten, klammerten sich an diese Differenz in Bezug auf die unverweilte oder um einige Wochen verzögerte Wiederberufung des Landtags; der erstere, weil er es nie ganz ernst mit einem Entschluße meinte, die letzteren, weil sie Zeit gewinnen wollten und hofften, daß sich die Verhält-



nisse alsdann günstiger für sie gestalten würden. Hannewaldt mußte demnach abermals seine ganze Beredtsamkeit aufbieten, um den Kaiser zu überzeugen, daß er dem Entschluße den Landtag wieder zu berufen auch die That folgen lassen müsse. Es gelang ihm im Laufe einer Woche noch zweimal zum Kaiser zu kommen und nach seiner eigenen Versicherung soll er demselben geradezu seinen Sturz vorausgesagt haben, wenn er den Rathschlägen der mit dem Nuncius verbundenen Partei folgen würde. Ja er griff offen sein Vertrauen auf die Hilfe an, welche Rom und Spanien ihm bieten würden; geschickt auf die Vergangenheit hinweisend, konnte er allerdings damit unangenehme Erinnerungen bei dem Kaiser wecken. Als dieser nun dadurch aufgereizt ihn frug: Meint ihr, daß der Papst und die Katholiken es nicht gut mit mir meinen? erwiederte Hannewaldt: Es ist gewiß *).

Dennoch gab der Kaiser noch nicht diesen Versicherungen nach, sondern berief abermals sämmtliche Räthe vor sich, besprach sich einzeln mit ihnen und befahl zuletzt einigen böhmischen Kronbeamten und Geheimräthen in gemeinschaftlicher Sitzung zu berathen, ob der Landtag alsogleich berufen werden solle oder nicht. Die frühern Gegensätze machten sich bei dieser Berathung mehr als sonst geltend; die Mehrzahl der Berufenen war für die Abweisung der Protestanten, aber die Minderzahl siegte, als der Bericht über ihre Berathung an den Kaiser gelangte **). Er beschloß die unverweilte Einberufung des Landtags und die Gewährung der von den Protestanten verlangten Indemnitätserklärung. Um allfälligen Exzessen der letzteren vorzubeugen, die Tag aus Tag ein nicht wußten, was der Kaiser am Ende thun werde, schickten Attems und Hannewaldt unmittelbar darauf an den Grafen Schlick einen vertrauten Boten ab und theilten ihm mit, wozu sich Rudolf bezüglich ihrer Forderungen entschlossen habe. In der That war diese unmittelbare Kundgebung zweckmäßig, denn wiewohl das kaiserliche Patent, welches die Wiedereinberufung des Landtags und die Indemnitätserklärung der Stände, „welche es treu und redlich mit dem Kaiser gemeint hätten," enthielt, schon am 20. Mai verfaßt war, so dauerte es doch vier Tage, bis es an den Ecken der Stadt angeschlagen wurde. Vier Tage weigerte sich nämlich Popel von Lobkowitz das Plakat, wie

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/191. Bericht der sächsischen Gesandten über die Ereignisse in Prag ddo. 10/20. Mai. — Ebendaselbst Fol. 175 ddo. 13/23. Mai. 1609. — Münchner Reichsarchiv XV/2, 121. Bodenius an Max von Bayern ddo. Prag 30. Mai.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Fleckhammer ddo. 23. Mai. Ebendaselbst, derselbe an Erzherzog Albrecht ddo. 23. Mai.

er es als Kanzler verpflichtet war, zu unterzeichnen, bis endlich des Kaisers ausdrücklicher Befehl seinen Zögerungen ein Ende machte*). Am 24. Mai berief der Kaiser die Stände Böhmens zur weitern Berathung über die Religionsangelegenheiten in den Landtag, der Tags darauf, d. i. den 25. wieder eröffnet werden sollte.

III

Bei dem Widerstreit der Meinungen und bei den Ereignissen, die in Böhmen der Ertheilung des Majestätsbriefes vorangingen, treten die handelnden Personen getheilt in zwei Gruppen auf, auf der einen Seite der Kaiser, die böhmischen Kronbeamten, der geheime Rath, der Nuncius Gaetano und Zuñiga, auf der andern Seite die böhmischen Protestanten. Auf der Seite des Kaisers war die Frage über Befriedigung und Abweisung der Protestanten der alleinige Gegenstand aller Verhandlungen, auf Seite der Protestanten die Art und Weise, wie den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Eine geheime Nebengeschichte gab es bisher nicht, denn Anhalt hatte noch nicht Gelegenheit gehabt, den streitenden Parteien seine guten Dienste anzubieten.

So klar sollten indessen die Verhältnisse auch in Böhmen nicht bleiben und gab es für jetzt daselbst noch keinen Anhalt, so waren doch andere Personen da, welche nicht ungeneigt waren eine Politik auf eigene Faust zu versuchen; es waren dies auf Seite des Kaisers Erzherzog Leopold, auf Seite der Böhmen Wenzel von Kinsky.

Es ist erwähnt worden, daß von den Katholiken, welche die Abweisung der Protestanten wünschten und dem Kaiser die Ergreifung der Waffen anrieten, Erzherzog Leopold zur Führung des Commando's auserseben war; man erinnert sich auch, welche gute Meinung der Nuncius und Zuñiga von dem jungen Prinzen und seiner Thatkraft hatten. Beide meinten nicht anders, als daß derselbe seine ganze Kraft im Dienste seines Hauses verwenden und von keinen Rücksichten persönlicher Art sich leiten lassen werde, da das bischöfliche Amt ihm alle Aussicht auf eigene Erhebung abschnitt. Solche Ansichten über seine eigenen Fähigkeiten kamen natürlich dem Erzherzog auch zu Ohren, und blieben um so weniger ohne tiefen Einfluß auf ihn, als er keineswegs für immer an Stab und Insel gebunden zu sein glaubte. Er hatte nie besondere Neigung für das Brevier verrathen und wenn er nun hörte, wie schade es sei, daß er nicht zur Nachfolge berechtigt sei, mußte er sich unwillkürlich fragen, ob er denn

*) Meine Geschichte des böhmischen Majestätsbriefes S. 67.

für immer an das bischöfliche Amt gekettet sei, da er ja noch nicht die Weihen empfangen hatte, und ob nicht seine Energie und sein Muth ihm dazu verhelfen könnten, wozu Mathias und sein eigener Bruder Ferdinand nur Erbansprüche besaßen? Häufig genug hatte der Kaiser angedeutet, daß er ihn mit Uebergehung anderer Ansprüche zu seinem Erben machen wolle; sollte nun nicht der Moment gekommen sein, zu diesem Ziele, ob nun mit ausdrücklicher Zustimmung Rudolfs oder ohne dieselbe, zu gelangen? Alle diese Gedanken mußten in ihm rege werden, je gewisser es ist, daß am Hofe Rudolfs einige Personen für Leopolds Erhebung unter allen Umständen gewonnen waren und daß sie gerade die gegenwärtige Zeit für die günstigste dazu hielten. Auch sie wollten die Ausrüstung eines Heeres, die Uebertragung des Kommando's an Leopold; die Frucht seines Sieges über die Protestanten sollte dann die Krone von Böhmen sein, an die sich die deutsche wie von selbst anschließen würde. Nach den Berichten des belgischen Geschäftsträgers Vischer haben wir allen Grund anzunehmen, daß der Hofkriegsrathspräsident Graf Sulz, der Geheimrath Graf Althan und Oberst Ramée diesem Plane geneigt waren. Keine dieser Personen war bisher unter den Katholiken ihres Eifers wegen berühmt, es waren dies ehrgeizige und selbst habsüchtige Leute, die in der Umwälzung ihren Vortheil suchten; aber gerade solche Personen sind für die Durchführung selbstsüchtiger Unternehmungen die besten weil rücksichtslosesten Werkzeuge. Es ist weiter gewiß, daß dem Plane der Erhebung des Erzherzogs sein Beichtvater, ein Jesuit P. Heinrich mit Namen, und der Appellationsrath Tennagl nicht ferne gestanden seien. — Man vergesse nicht, daß in Folge der Liebner Verträge Mathias die alleinige Anwartschaft auf die Krone Böhmens hatte, und daß demnach jeder Versuch, dieselbe auf ein anderes Haupt zu bringen, einem Bruch der Verträge gleich kam, und einen Krieg mit Mathias zur Folge haben mußte.

Erzherzog Leopold selbst mag von einem doppelten Motiv bei seinen jetzigen Bestrebungen geleitet worden sein, von Ehrgeiz und von Liebe. Seine Base Magdalena von Baiern fühlte zu ihm eine innige Zuneigung und der Erzherzog selbst zeigte durch seine Bewerbung um sie, daß er dieselbe gleichfalls theile. Der alte Herzog Wilhelm*), der Vater Maximilians von Baiern, der zu dieser Zeit noch lebte, wußte um diese Neigung und förderte sie, indem er Leopolds Hoffnungen auf einen künftigen Ländererwerb nicht mißbilligte und seinen Wunsch, die

*) Herzog Wilhelm hatte bereits seit vielen Jahren auf die Regierung zu Gunsten seines Sohnes verzichtet.



jungen Leute mit einander zu vereinen, nicht verhehlte. Nun hatte Rudolf den Hofrath Hegenmüller zu dem Erzherzog im Monat April abgeschickt, um ihn nach Prag zu berufen. Es war dies damals der Fall, als Lobkowitz und Attems den Kaiser zu Rüstungen zu bewegen suchten, und ihm deshalb die Berufung des Erzherzogs vorschlugen. Rudolf schickte Hegenmüller ab, um Leopold zu holen, trug ihm aber zugleich auch auf, den Herzog von Baiern nach Prag einzuladen, damit ihm beide mit Rath und Hilfe zur Seite stünden und wenn nöthig, auch sicher aus Böhmen geleiten möchten *). Leopold trat die Reise nach Prag über Baiern an und besuchte seinen Vetter, den Herzog Maximilian, um ihm den Auftrag des Kaisers mitzutheilen und zur Mitreise zu bewegen. Als das gemeinschaftliche Ziel, dessen Erreichung Maximilian daselbst fördern sollte, bezeichnete ihm der Erzherzog bei ihrer Zusammenkunft die Versöhnung zwischen Rudolf und Mathias. Er meinte, dieselbe könnte auf die Art zu Stande kommen, daß der letztere auf seine Anwartschaft auf Böhmen und auf den Besitz von Mähren (!) Verzicht leiste und der Kaiser so das freie Dispositionsrecht über die gesammte Krone Böhmen erlange. Der Letztere selbst würde sich mit diesem Ausweg zufrieden geben und mit seinem Bruder aufrichtig versöhnen, Mathias aber in diese Bedingungen willigen müssen, da er bei der sichtlichen Abneigung der Böhmen gegen ihn ohnedies keine Hoffnung habe, je zur Herrschaft über sie zu gelangen.

Bei diesen Auseinandersetzungen äußerte sich Leopold auch über seine Absicht Maximilians Schwester zu ehelichen, wenn er zu einem eigenen Besitzthum gelangen würde. Der Herzog sah nun wohl ein, wohin die Hoffnungen des jungen Vetters gerichtet seien, daß er nämlich Böhmen für sich zu erhaschen hoffe, und daß er hiezu seine Mitwirkung in Anspruch nehmen wolle. Obwohl nun Maximilian gern Magdalenens Verbindung mit Leopold gesehen hätte, so entging ihm doch nicht, auf wie luftiger Grundlage das ganze Gebäude seiner Hoffnungen beruhe, denn abgesehen davon, daß die verzweifelte Unbeständigkeit des Kaisers alle Kombinationen über den Haufen werfen konnte, war er auch überzeugt, daß Mathias in eine Verkürzung seiner Ansprüche um keinen Preis willigen werde und daß mit dieser ganzen Planmacherei die eigentlich brennende Frage, die Protestantenfrage in Böhmen nämlich, nicht gelöst sei. Maximilian vermuthete, einige böhmische Kavaliere dürften seines Vetters Kopf etwas verdreht haben, so daß dieser über seinem Ehr-

*) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 120. Max von Baiern an Kurköln ddo. München den 2. Juni.



geiz auf die Größe der Schwierigkeiten vergaß*). — Und wenn man schon auf Mathias keine Rücksicht nehmen wollte, mit welchem Recht konnte Leopold seinen Bruder Ferdinand der nähern Ansprüche auf die Herrschaft in Böhmen berauben. Auch dies war ein Umstand, den der Herzog nicht übersah und der ihn gleicherweise von einer Verbindung mit Leopold, so sehr er ihm persönlich alles Gedeihen wünschen mochte, zurückhalten mußte. Er lehnte deshalb die Reise nach Prag ab, theils weil er mit den Plänen des Erzherzogs nicht einverstanden war, theils weil er mit dem Kaiser, der nun seit länger als einem Jahre von der Berufung eines Konventes sprach und noch immer zu keinem ordentlichen Beschluß darüber kommen konnte, nichts zu schaffen haben mochte.

Die Zurückhaltung Maximilians von Baiern war jedoch noch nicht ausreichend, um Leopold auf seine kühnen Hoffnungen gleich verzichten zu lassen. Zu gleicher Zeit hatte er nach Spanien an seine Schwester, die Königin, geschrieben und sie ersucht, ihm bei ihrem Gemahl eine Geldhilfe zu erwirken, die er zur Aushebung eines Heeres und zur eventuellen Vertheidigung seines Bisthums verwenden wolle**). Da kein Mensch sich zum Angriffe gegen Passau rüstete, so hatte Leopold auch keine Vertheidigung nöthig; es war dies aber eben nur ein Vorwand, unter welchem er in Spanien zum Ziele zu gelangen hoffte, da ihm nicht unbekannt war, daß man von dort aus seinen wahren Plänen keinen Vorschub leisten würde. Zu gleicher Zeit suchten seine Anhänger in Prag, Sulz, Althan und Ramée, den Kredit des spanischen Gesandten zur Anwerbung eines Heeres auszubeuten. Sie berechneten, daß eine Armee von 12.000 Mann hinreichen würde, um die Böhmen zur Nachgiebigkeit zu bringen und im

---

*) Münchner Staaatsarchiv. 39/7, 79. Max von Baiern an den Kanzler von Donnersberg ddo. 17. Mai 1609. In diesem höchst wichtigen Aktenstück benachrichtigt der Herzog seinen Kanzler von den Verhandlungen mit Leopold und ersucht um seinen Rath.

**) Münchner Staatsarchiv. 39/7, 139. Memorial für den baierischen Kanzler Joachim von Donnersberg ddo. 6. Juni. Maximilian schickt den Kanzler nach Prag, um sich wegen seines Nichterscheinens beim Kaiser zu entschuldigen. In diesem Memorial sagt Max, er welle mit dem Kaiser nichts zu thun haben, da er zu „flexibilis und auf seine Entschlüssen nicht zu bauen sei". Auch welle er sich nicht gefallen lassen in Prag isolirt zu leben, denn es sei ihm nicht unbekannt, wie sehr der Kaiser zwischen seinen Räthen und fremden Fürsten und Gesandten jeden Zusammenhang unterbreche. — Münchner Staatsarchiv. 25/3, 9 und 97. Khuen an Max von Baiern ddo. Straubing 2. Juni. Aus diesem höchst merkwürdigen Schreiben ist ersichtlich, daß Mathias entschieden gegen jede Einmischung Baierns in die Angelegenheiten des Kaisers gestimmt war.

Lande ein absolutes Regiment aufzurichten, und daß die ersten Kosten hiefür kaum 50—60.000 Kronen betragen dürfen. Da es ihnen nun vollends an Geld fehlte, so versuchten sie den belgischen Geschäftsträger für ihren Plan zu gewinnen und zu vermögen, daß er ihnen von Zuñiga die nöthigen 50.000 Kronen verschaffe. Bei dieser Gelegenheit mußte Ramée, der die Unterhandlung führte, auf ihre Verbindung mit Leopold hinweisen, und obwohl er erklärte, man wolle sich mit Billigung des letztern bloß des Landes bemächtigen, bis ein Konvent der Erzherzoge die Nachfolge in Böhmen geregelt haben würde, so begriff Vischer nur zu gut, daß es sich hier um nichts anderes als um einen Handstreich handle, der Leopold auf den Thron von Böhmen bringen sollte und mit Rudolfs mehr oder minder gewaltsamer Entfernung geendigt hätte. Er verweigerte deshalb seine Mithilfe*); von nun an aber waren sowohl er als Zuñiga und bald auch der Nuncius unablässig aufmerksam auf des jungen Erzherzogs Handlungsweise, und während sie früher von seiner jugendlichen Thatkraft große Dienste für sein Haus erwarteten, fürchteten sie jetzt das schlimmste von seinem phantastischen Ehrgeiz und von den verderblichen Rathschlägen seiner Umgebung. Die folgenden Ereignisse bewiesen, daß ihre Befürchtungen nur zu sehr begründet waren. Nachdem jedoch Leopolds Bemühungen in Baiern und Spanien, so wie die seiner Anhänger in Prag bei Zuñiga erfolglos geblieben waren, verlief der ganze Versuch, die gesetzlich bestimmte Nachfolge in Böhmen umzugestalten, diesmal ohne Resultat und ohne in der Geschichte eine Spur hinterlassen zu haben. — Am 30. Mai kam Leopold in Prag an, um dem Kaiser, wie dieser gewünscht hatte, zur Seite zu stehen. Wie geheim er auch seine Pläne gehalten hatte, so war dennoch in die Oeffentlichkeit das Gerücht gedrungen, daß er auf die böhmischen Angelegenheiten einen entscheidenden Entschluß zu gewinnen trachte, und als er demnach bei seiner Ankunft in Prag in der Burg abstieg, wurde er von den die Säle und Höfe daselbst ausfüllenden Protestanten mit Worten und Geberden insultirt**).

In bescheidenerem Maße, wenn gleich auf nicht minder krummen Wegen

*) Brüssler Archiv Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 30. Mai.

**) Münchner Reichsarchiv, XV/2, 121. Bodenius an Max von Baiern ddo. Prag den 30. Mai 1609. . . . wie er (Leopold) über den großen Sall hinauf in seine Zimmer gangen, haben die Behaimben, die etliche tausende starkh vorhanden durchauß keiner den huet abthuen wollen, haben sehr gescholten und gefluchet und sich hören lassen, der heilose Pfaff wirt abermal was Neues bringen undt unser intent zurückhbringen. — Münchner Staatsarchiv 2513, 91. Hennot an Max von Bayern ddo. Prag den 30. Mai 1609.

suchte **Wenzel von Kinsky** auf die Ereignisse einen Einfluß zu gewinnen, doch trat er dabei so vorsichtig und verdeckt auf, daß seine Endabsichten sich nur zum Theil errathen lassen.

Als es sich um die Wiederberufung des Landtags handelte und der Kaiser sich verpflichten sollte, die Böhmen über die Durchführung der religiösen Gleichberechtigung abermals berathen zu lassen, erhielt **Attems** im geheimen einen Zettel von Seite einiger Häupter der ständischen Bewegung, worin sie ersuchten, der Kaiser möge ja nicht nachgeben. Sie verpflichteten sich, die Stände zur Ruhe zu bringen, wenn **Rudolf** einfach ein Versprechen der Duldung geben wolle*); dann würden sie es dahin zu richten wissen, daß der wieder berufene Landtag mit der Berathung der Steuersachen den Anfang machen würde. Unter jenen „etlichen Vornehmen unter den Protestanten", welche **Attems** den erwähnten „Zettel" zukommen ließen, befand sich auch **Wenzel Kinsky** und zwar war er nach seiner eigenen Angabe der Verfasser desselben. Es kann keineswegs zu Gunsten dieses Mannes einnehmen, daß er, der im geheimen sich für einen Katholiken ausgab**), bei den Versammlungen am Neustädter Rathhaus zu den animirtesten Rednern gehörte, welche zur Festsetzung der an den Kaiser zu stellenden Forderungen rieten und nun wieder hinterrücks den Präsidenten des Geheimrathes Herrn von **Attems** aufforderte, gegen die Gewährung eben dieser Forderungen zu wirken, welche er dem Anscheine nach vor der ganzen Welt vertheidigte. War schon dieses ein falsches Spiel und eine verwerfliche Doppelzüngigkeit, so machte er sich andererseits auch einer Falschheit an dem Kaiser schuldig, denn nie und nimmer hätte **Kinsky's** Einfluß ausgereicht, um die Protestanten mit einem so magern Zugeständniß zu befriedigen, wie er heimlich vom Kaiser verlangte. Im Gegentheil, wenn er nur entfernt mit dieser Ansicht vor die Oeffentlichkeit getreten wäre, so würde das allgemeine Mißtrauen seinem Einfluße gleich ein Ende gemacht haben. Denn so viel ist gewiß,

---

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 30. Mai 1609. In diesem höchst wichtigen Aktenstücke erörtert Vischer, was er über Kinsky's Pläne in Zwiegesprächen mit ihm selbst erfahren habe. Er erzählt, jene im Text angedeuteten Häupter der ständischen Bewegung hätten verlangt, der Kaiser solle bloß die Religion sub utraque promissive concediren und keineswegs die Augsburger Konfession. Hat diese Stelle überhaupt einen Sinn, so kann sie nur den haben: man erlangte vom Kaiser, er solle den Statusquo bestehen lassen, ohne durch ein Privilegium grundsätzlich die Geltung einer protestantischen Konfession anzuerkennen. In dieser Weise haben wir uns auch im Text ausgesprochen.

**) Gegen Peter von Vischer behauptete er, er sei seit Jahren Katholik und zwar ein so guter wie der Papst, obwohl er sich nicht öffentlich dazu bekenne.



die Protestanten hatten sich während des vier Monate dauernden Kampfes bereits so erhitzt, daß ihnen nichts mehr zuwider war, als die weitere Geltung eines erneuerten Provisoriums.

Kinsky hatte unzweifelhaft von der Uebergabe seines Zettels ein eifriges Entgegenkommen von Seite eines Theils der kaiserlichen Regierung erwartet, um so unangenehmer war er überrascht, als dies nicht der Fall war. Hannewaldts Einfluß auf den Kaiser hatte wenigstens für einige Tage alle Nebenverhandlungen abgeschnitten, denn ganz richtig sah dieser Staatsmann ein, daß sein Herr besser fortkommen werde, wenn er seinen Frieden mit der Gesammtheit der Stände als mit einem Intriguanten abschloß. Kinsky gab sich damit nicht zur Ruhe, sondern suchte auf eine andere Weise zur Geltung zu kommen. Da ihm bekannt war, in welch' nahen Beziehungen Vischer, Zuñiga und der Nuncius zu der kaiserlichen Regierung standen, benützte er seine persönliche Bekanntschaft mit dem ersten und lud ihn zu einer vertrauten Besprechung in seine Wohnung ein. Gegen diesen tadelte er abermals die Voreiligkeit, mit welcher der Kaiser zu einer nach den Wünschen der Protestanten zu regelnden Lösung der Religionsfrage die Hand geboten habe, betonte seine katholische Gesinnung, trotzdem er sie nicht öffentlich kundgebe, und ergoß sich dann in heftigen Vorwürfen gegen die obersten Beamten, von denen er gleichwohl nichts anderes zu sagen wußte, als daß sie den Protestanten verhaßt seien. Bezüglich des Kanzlers, Slawata's und Martinitz's war dies nicht unrichtig, bezüglich des Oberstburggrafen Adam von Sternberg und der ihm gleichgesinnten Kollegen war dies aber entschieden nicht wahr; im Gegentheil benahmen sich die Protestanten gegen sie um so rücksichtsvoller, je mehr ihnen die neutrale Haltung bekannt war, welche sie in der Religionsfrage einnahmen. Er entwickelte dann vor dem erstaunten Vischer einen detaillirten Plan, wie die Regierung von Böhmen reformirt werden müsse und fügte hinzu, daß dessen Durchführung seine angelegentlichste Sorge sein werde.

Die Details dieses Planes sind im hohen Grade interessant. Kinsky suchte mit seiner Reform den Schwerpunkt der ganzen Macht in die ständische Versammlung zu versetzen und den König selbst zu einem bloßen Figuranten herabzudrücken. Der Landtag von Böhmen sollte allein die Gewalt haben, Gesetze zu erlassen und zu interpretiren; er allein sollte einen Krieg erklären dürfen und die hiezu nöthigen Geldmittel nicht nur selbst festsetzen, sondern auch allein durch einen hiezu deputirten Ausschuß verwalten; dem Landtag sollte weiter allein die Kriminalgerichtsbarkeit über die in demselben vertretenen Stände gehören; er sollte sich aus eigener Macht versammeln dürfen, wenn die Nothwendigkeit es erheischte und der

König dazu nicht die Hand bieten wollte. Die wichtigste Bestimmung aber, wodurch die Regierung ganz und gar in die Hände der Stände gespielt werden sollte, war die, daß die obersten Beamten nicht mehr auf Lebenszeit vom König ernannt, sondern allein vom Landtag auf je drei Jahre gewählt werden sollten. Um das aristokratisch-oligarchische Element dieser neuen Verfassung dauernd aufrecht zu erhalten, sollte Niemand das passive Wahlrecht besitzen, der nicht bereits seit drei Generationen dem erbgesessenen Adel angehörte. Die Finanzen selbst sollten dem König vollends entwunden und ihm nur eine mäßige Civilliste ausgeworfen werden. Alle drei Jahre sollte sich ein Generallandtag der gesammten Länder der böhmischen Krone versammeln und die gemeinschaftlichen Angelegenheiten berathschlagen.

Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Reformplanes zeigen, daß seine Durchführung Böhmen in eine oligarchische Adelsrepublik umgestaltet hätte. Kinsky rühmte sich gegen Vischer, daß er die einzelnen Artikel desselben selbst entworfen habe und daß er dessen Durchsetzung bei den weitern Verhandlungen des Landtags befürworten werde. Als Vischer darauf die Bemerkung machte, daß Böhmen durch diese Reform gleich Polen in eine Adelsrepublik verwandelt werden würde, entgegnete Kinsky, die Böhmen und Polen seien Brüder. Vischer bemerkte weiter, er könne nicht begreifen, wie sich Kinsky für einen guten Katholiken ausgeben könne, da er doch die obersten Aemter allein den Protestanten in die Hände spielen wolle, indem er ihre Besetzung dem Landtage übertrage, auch bezweifelte er seine angebliche Loyalität, da er Bestrebungen nicht bloß unterstütze, sondern geradezu wachrufe, durch welche die Dynastie in kurzer Zeit Gefahr laufe, um ihr Erbrecht zu kommen. Damit endeten für diesmal die Verhandlungen zwischen Kinsky und Vischer und unmittelbar dadurch mit der kaiserlichen Regierung. So weit wir aus den von Protestanten über die Ereignisse, welche zur Ertheilung des Majestätsbriefes führten, verfaßten Tagebüchern urtheilen können, besaß Wenzel von Kinsky auf den Gang der Dinge keinen andern Einfluß, als den, welchen bei staatlichen Krisen die vorgeschrittenen Mitglieder einer Partei haben. Aber auch in dieser Beziehung stand er bedeutend einem Budowec, Andreas von Schlick oder Thurn nach. Er prahlte also mit einem größern Einfluß, als er besaß, und auch diesen hätte er augenblicklich verloren, wenn er dem Landtage gegenüber dieselbe Sprache geführt hätte, wie in seiner Unterredung mit Vischer. Was seinen politischen Reformplan betrifft, so ist es allerdings nicht zweifelhaft, daß er ein solches Schriftstück verfaßt hatte, da er es dem belgischen Gesandten vorwies, allein wir haben in den Berichten der Häupter der böhmischen Bewegung auch nicht die leiseste Andeutung ge-



funden, daß es unter ihnen zu irgend welchen Besprechungen über eine politische Reform, wie sie Kinsky meinte, gekommen sei. Was später über ein Bündniß Böhmens mit Schlesien und der Lausitz im Landtag verhandelt wurde, hatte mit der Kinsky'schen Reform nichts zu thun*).

Was also wollte eigentlich Kinsky? Ueberblicken wir nochmals sein Betragen. Er forderte Herrn von Attems auf, der Kaiser solle nichts mehr, als eine weitere Duldung der Protestanten versprechen und verpflichtete sich, die Stände damit zufrieden zu stellen und zu den Berathungen über die Steuersachen zu vermögen. Obwohl er bei den heftigsten Schriftstücken den Protestanten mitgeholfen, behauptete er doch — allerdings im geheimen — er sei eben so gut katholisch wie der Papst, offenbar um Zutrauen bei der spanisch-römischen Partei zu erlangen. Als er dennoch mit seinem Antrage bei Hofe kein Gehör fand, rückte er mit einem Reformplan hervor, der zehnmal gefährlicher für den Kaiser war, als die privilegirte Stellung der Protestanten. Uns dünkt, daß der Weg, Reformpläne durchzusetzen, nur der der Oeffentlichkeit sei; warum hat Kinsky in den ständischen Versammlungen nicht die allgemeine Aufmerksamkeit auf den seinigen gelenkt? Noch nie hat ein Agitator, der es ernstlich meinte, die Regierung, welche er zu stürzen gedachte, zum frühesten und einzigen Mitwisser seiner Pläne gemacht. Der wahre Grund seines Betragens war wohl der, er wollte in den Besitz eines der ersten Kronämter gelangen und den Hof zu gleicher Zeit schrecken und ködern, um so zum Ziele zu gelangen; deshalb betonte er auch unablässig gegen Bischer die Nothwendigkeit der Absetzung der obersten Beamten und ihre Ersetzung durch andere Personen. Bei seinem ganzen Intriguenspiel war er zugleich von persönlichem Haß gegen den Oberstburggrafen erfüllt und da er ihm nicht mit Hilfe der Protestanten beikommen konnte, wollte er ihn mit Hilfe des Hofes stürzen**). — Doch auch die Drohung mit dem Reformplan verfing weder beim Kaiser noch bei seiner Umgebung und Kinsky mußte sich mit seiner privaten Stellung begnügen. Statt nun vor die Oeffentlichkeit mit seinen Vorschlägen zu treten, zog er sich für einige Tage ins Dunkel zurück und begnügte sich die Protestanten zur möglichsten Ausdehnung ihrer Forderungen anzuspornen.

So faul war alles an der Regierung Rudolfs, daß auch ohne die Einmischung Anhalts der Versuch gemacht wurde, und zwar von zwei Seiten her, den zerrütteten Zustand Böhmens nicht durch eine durch-

*) Brüssler Archiv. Secret. d' Etat. Allem. Bischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 30. Mai.

**) Näheres darüber wird in dem zweiten Band vorkommen.

greifende und tüchtige Politik zu verbessern, sondern zu persönlichen Zwecken auszubeuten und wo möglich einer noch schlimmern Zukunft entgegenzuführen. Erzherzog Leopold und Kinsky hatten diesmal die Rolle Anhalts übernommen.

IV

Am 25. Mai versammelten sich die Stände am Schloß; der Landtag wurde wieder eröffnet und Katholiken und Protestanten nahmen an demselben Antheil. Das Verhältniß ihrer gegenseitigen Stärke bei dieser Gelegenheit war wie eins zu zehn; auf eine so unbedeutende Anzahl waren bereits die Katholiken in Böhmen zusammengeschrumpft.

Da der Kaiser den Ständen selbst keinen Vorschlag zum Ausgleich der Religionsstreitigkeiten vorlegte, so war das erste, womit die Protestanten ihre Thätigkeit im Landtage begannen, die Ausarbeitung eines Memorials für den Kaiser, in welchem sie, alle ihre frühern Eingaben
29 Mai zusammenfassend, neben der Freigebung der Konfession von 1575 zugleich die Selbstverwaltung ihrer geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten verlangten. Man erwartete in Prag ziemlich allgemein, daß der Kaiser mit Umgehung der Konfession von 1575 zur Bewilligung des Augsburger Bekenntnisses sich entschließen und so die Bitten der Protestanten beantworten werde. In diesem Sinne wirkten neben Hannewaldt auch die in Prag anwesenden sächsischen Gesandten, die nachgerade ebenfalls Zutritt beim Kaiser gefunden hatten. Zudem hatte gerade in diesen Tagen Attems, einer der beharrlichsten Gegner der Protestanten seine Entlassung aus dem Dienste des Kaisers genommen und in seine Aemter war der Landgraf von Leuchtenberg, von dem man sich nicht mit Unrecht eine entgegengesetzte Haltung versprach, gekommen*). In der Stadt suchte man nach Exemplaren der Augsburger Konfession und der Konkordienformel und das Studium beider bildete während einiger Tage die Hauptbeschäftigung aller zum Hofe gehöriger Personen*).

Aber sowohl Erzherzog Leopold als der Kanzler boten jetzt ihren ganzen Einfluß auf, um den Kaiser wieder in die alten Bahnen zu drängen

*) Attems war um diese Zeit Obersthofmeister und Präsident des Gemeinrathes; Leuchtenberg hatte schon seit einigen Monaten in Prag eine hervorragende Stellung eingenommen.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220, 207. Die sächsischen Gesandten an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 1. Juni. N. St. — Ebendaselbst Fol. 1908. Dieselben an denselben ddo. 15/25. Mai. — Ebendaselbst Fol. 143. Dieselben an denselben ddo. 7/17. Mai.

und von einem Entschluße zurückzuhalten, der doch nach der Wiederberufung des Landtags unvermeidlich war. Leopold drohte, daß er Hannewaldt wegen geheimen Zusammenhangs mit dem Grafen Schlick verklagen wolle, der Kanzler selbst warf sich dem Kaiser zu Füßen und bat ihn, er möchte doch bei seinen Entschlüßen nicht geradezu auf den Papst, Spanien und die katholische Kirche vergessen*). Der Nuncius reichte zu gleicher Zeit einen Protest gegen die Wiederberufung des Landtags ein und Wenzel von Kinsky tadelte gegen Vischer und gegen Zuñiga, zu dem er sich endlich auch Zutritt verschafft hatte, jede weitere Nachgiebigkeit des Kaisers. Er verbürgte sich abermals für den Fall, daß der Kaiser bezüglich der Kronbeamten eine Aenderung treffen und den Wünschen (?) der Stände nachgeben würde, daß die Protestanten mit der bloßen Duldung wie bisher sich begnügen würden**). So von vielen Seiten gedrängt und bei seiner Unschlüßigkeit ohnedies zum steten Wechsel seiner Ansichten geneigt, raffte sich der Kaiser neuerdings zum Widerstande gegen die Protestanten auf und wies ihre Begehren in der Art ab, daß er ihnen bloß die Duldung verhieß, wie sie unter seinem Großvater Ferdinand I Geltung gehabt. Er wollte also nicht einmal den Zustand faktischer Freiheit, wie er unter Maximilian II bestanden, anerkennen, sondern nur den unter Ferdinand I giltigen, der zwischen zeitweiser Freiheit und zeitweiser Unterdrückung hin und herschwankte.

Als der Entschluß des Kaisers den Ständen mitgetheilt wurde, gewann nicht bloß die Partei der extremen Forderungen weitern Boden, sondern Thurn, der jetzt auf eine Bewaffnung der Stände drang, verschaffte seinen Ansichten allgemeine Beachtung. Die Landtagssitzungen wurden nicht mehr, wie es gesetzlicher Brauch war, von den Mitgliedern in gewöhnlicher Kleidung, sondern in voller Kriegsrüstung besucht, allgemeine Bewaffnung und Rache an den Urhebern der kaiserlichen Resolution wurde das gemeinsame Losungswort. Budowec frug im Landtage die Kronbeamten, wer von ihnen dem Kaiser bei seiner letzten Entscheidung gerathen habe, und als die ausweichenden Antworten des Kanzlers und das Schweigen der Uebrigen ihn nicht im Zweifel darüber ließen, bedrohte er denselben im Namen der Stände mit ihrer künftigen Rache. Sowohl die katholischen Kronbeamten wie die übrigen Katholiken im Landtag wurden nunmehr von den Protestanten kategorisch aufgefordert, zu erklären, welche Haltung sie fürderhin gegen sie einzunehmen gedächten. Theils aus freiem Entschluße 5. Juni

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhm. Stände sub utraque 7220, 212. Dr. Gerstenberger an Kaspar von Schönberg ddo. Prag den 5. Juni 1609. R. St.

**) Brüßler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 6. Juni 1609.

theils eingeschüchtert durch dieses Benehmen gab der Oberstburggraf im
13 Juni Namen seiner Glaubensgenossen das Versprechen ab, daß sie die Rechtsbeständigkeit der Konfession von 1575 anerkennen und fortan gegen Jedermann mit Ausnahme des Kaisers vertheidigen wollten.

Mittlerweile war auch ein Ausschuß des Landtags mit drei Aktenstücken fertig geworden, welche durch ihre weittragende Bedeutung gewissermaßen das Gegenwicht der letzten kaiserlichen Antwort bildeten. Das erste Aktenstück enthielt eine Anrede an den Kaiser und erklärte, daß die Stände sich nicht in eine weitere Vertheidigung der Religionsfreiheit einlassen wollten, da ihre sämmlichen Argumente bereits erschöpft seien, sie würden aber Jedermann mit Gewalt zurückweisen, der über sie einen Druck auszuüben suchen würde; das zweite Aktenstück, für die Oeffentlichkeit bestimmt, enthielt einen Protest gegen das Verfahren des Kaisers, erwähnte in einer den Protestanten günstigen Weise der Ereignisse der letzten Jahre und schloß mit der Ankündigung einer allgemeinen Bewaffnung, deren Kosten durch eine im Lande auszuschreibende Steuer zu decken seien. Das dritte Aktenstück enthielt den Entwurf eines Privilegiums, wie sich dasselbe die Protestanten für die Sicherstellung ihrer religiösen Freiheit und Autonomie wünschten. Dieses dritte Aktenstück ist mit Ausnahme eines einzigen Wortes der nachmals so berühmte Majestätsbrief. Im weitern Verlaufe der Verhandlungen verstand sich nämlich Rudolf zur Annahme desselben, ersetzte jedoch das Wort „evangelisch", mit welchem die Stände ihren Glauben bezeichneten, durch das Wort „utraquistisch." — Sämmtliche Aktenstücke wurden in der vom Komité beliebten Fassung im Landtag angenommen und darauf eine Deputation erwählt, welche dem Kaiser den Entwurf des
13 Juni Majestätsbriefes überreichte. Als bei der Gelegenheit Graf Schlick die instruktionsmäßige Anrede an den Kaiser hielt, war dieser entweder über ihre Länge oder ihren Inhalt so mit Unwillen erfüllt, daß er mitten in der Rede den Empfangssaal verließ und dadurch die Deputation zur einfachen Zurücklassung ihrer Schriften nöthigte.

Eine Woche nahmen wieder die Berathungen im kaiserlichen Kabinet in Anspruch, bevor der Kaiser sich abermals zu einer Antwort entschloß. Die Resolution vom 5. Juni bezeichnete gewissermaßen den Höhepunkt des erneuerten Einflußes des Kanzlers und seiner Freunde. Die seitherigen Schritte der Protestanten erschütterten allmälig wieder den Entschluß des Kaisers und als er ihnen am 20. Juni einen Bescheid auf ihre Eingaben ertheilte, war er schon insofern wieder nachgiebiger, als er den unter Maximilian II und seit dem J. 1608 giltigen Zustand allgemeiner Duldung bestehen lassen, das Konsistorium und die Universität aber nach wie vor seiner alleinigen Leitung vorbehalten wissen wollte. Im Falle die



Protestanten mit dieser Entscheidung nicht zufrieden sein sollten, erbot er sich, den ganzen Streit der Entscheidung sämmtlicher Kurfürsten vorzulegen. Als diese Antwort den Ständen bekannt wurde, wurden die Berathungen über die allgemeine Bewaffnung wieder aufgenommen und namentlich durch die Zustimmung der minder Begüterten, welche den geringen auf sie entfallenden Beitrag nicht scheuten, endgiltig beschlossen. In ganz 24 Juni Böhmen sollte jeder fünfte Mann ausgehoben und eine Steuer von allen liegenden Gründen und Kapitalien binnen sechs Wochen in zwei Terminen erlegt werden. Da der Landtag selbst zur Leitung der Geschäfte zu zahlreich war, so wurde für diese die Wahl einer provisorischen Regierung, bestehend aus 30 Direktoren, und für das Kommando über das zu werbende Heer die Wahl dreier Generäle beschlossen. Zu gleicher Zeit wurde mit den Schlesiern, welche die Streitigkeiten in Böhmen gleicherweise zur Erlangung der Religionsfreiheit benützen wollten und deshalb eine Deputation an die Stände nach Prag geschickt hatten, ein Vertrag zur gegenseitigen Hilfeleistung abgeschlossen; die Mährer aber, welche alter Verträge gemäß zur Stellung einer Kriegshilfe verpflichtet waren, wenn die Böhmen solcher bedurften, an ihre Verpflichtung durch eine Gesandtschaft, welche man unmittelbar nach diesem Beschluße an sie abschickte, erinnert.

Diese ernstliche Inangriffnahme der Bewaffnung und einer durch die Verbindung mit Mähren und Schlesien möglichen Wiederauflage der Ereignisse von 1608 hatte eine zweite Nachgiebigkeit des Kaisers zur Folge, dessen Entschlüße ähnlich einem vom Berge herabrollenden Felsen rapid einer totalen Veränderung des Standpunktes zueilten, bis der Lauf plötzlich durch ein mächtiges Hinderniß wieder gehemmt wurde. Dr. Gerstenberger, der, wie es scheint, von den drei ursprünglich in Prag angekommenen sächsischen Gesandten nur noch allein zurückgeblieben war, wurde von Seite des Hofes um seine Vermittlung angesucht*), und er unterzog sich dieser Aufgabe mit allem Eifer und aller Aufrichtigkeit, denn er war, wie er erklärte, von seinem Herrn nach Böhmen geschickt, um einen Religionsfrieden und nicht einen Religionskrieg herbeizuführen. Die Bedingungen, welche er als Grundlagen eines Ausgleichs aufstellte, waren derart, daß der Kaiser wohl mit ihnen hätte zufrieden sein können, wenn sich die Stände damit begnügen wollten. Gerstenberger verlangte nämlich, daß das Bekenntniß der Konfession von 1575 Jedermann in Böhmen freigestellt, der Uebertritt von den Katholiken zu den Protestanten und

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraquo 7220, 278. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 14/24. Juni 1609.

umgekehrt allgemein gestattet, die Errichtung von Schulen und Kirchen den Ständen durchwegs erlaubt sein sollte. Die kirchliche Oberaufsicht und die Leitung der Universität sollten dagegen als Regale auch ferner dem Kaiser verbleiben. Das Ansehen des Kurfürsten von Sachsen und folglich auch seines Gesandten verschafften diesem Entwurfe viele Anhänger und würde der Kaiser sich rasch für denselben erklärt haben, so war es möglich, daß unter den Protestanten sich die Majorität mit ihm begnügte. Denn als derselbe diesen vorgelegt und berathen wurde, fand er viele Vertheidiger und es bedurfte der ganzen Beredsamkeit eines der Advokaten der Brüderunität, Frühweins oder Linharts, um die Majorität für die Verwerfung des Ausgleiches zu gewinnen. Nach der Beschaffenheit der Verhältnisse im 17. Jahrhundert kann man denjenigen, welche den Ausgleich verwarfen, von ihrem Standpunkt nicht Unrecht geben. Heutzutage wird wohl Niemand dem Staate das Aufsichtsrecht über Universitäten und Kirchengemeinschaften abstreiten, damals es dem Kaiser zu übergeben, hieß so viel, als ihm gestatten, daß er die protestantischen Lehrkanzeln und das protestantische Konsistorium bei Gelegenheit mit Katholiken anfüllen dürfe*).

Doch nicht allein an den Ständen liegt die Schuld, daß diesmal noch kein Ausgleich gelang, denn auch der Kaiser wollte den Gerstenbergerischen Vermittlungsvorschlag nur unter der Bedingung annehmen, wenn die Protestanten neben der Konfession von 1575 die alte utraquistische Liturgie beibehalten würden! Als der Oberstburggraf diese Entscheidung ihnen überbrachte, erklärten dieselben den Landtag für abgebrochen, lasen 26 Juni zur allgemeinen Darnachachtung den Defensionsbeschluß vor und entfernten sich unter Toben und Lärmen vom Schlosse; viele ahmten dabei das Geschrei von Wölfen, Hunden und Katzen nach, ein Theil stürmte selbst bis in die kaiserlichen Vorzimmer und brachte Rudolf einen lähmenden Schrecken bei**).

Nach der von den Protestanten selbst beschlossenen Auflösung des Landtags entfernte sich gleichzeitig die Mehrzahl von ihnen aufs Land, um daselbst alles, was zur Bewaffnung nöthig war, ins Werk zu setzen. Die Besorgung ihrer Angelegenheiten übergaben sie den inzwischen gewählten dreißig Direktoren, von denen zehn dem Herren- zehn dem Ritterstande und zehn den Städten angehörten. Mit der Aufsicht über die Bewaffnung wurde Graf Thurn als Generallieutenant, Colonna von Fels als Feldmarschall und Johann von Bubna d. j. als Generalquartiermeister betraut. Zum Sitz der Direktorial-Regierung wurde das Altstädter Rathhaus ausersehen und daselbst gleich den Tag nach der Auflösung des Land-

*) Meine Geschichte des Majestätsbriefes. S. 90.

**) Münchner Staatsarchiv 547/8, 194. Zeitungen aus Prag ddo. 27. Juni 1609

tags die Sitzungen eröffnet und über die Zahl des neben dem allgemeinen Aufgebot auch noch durch Werbung zusammenzustellenden Kriegsvolks berathen. Man beschränkte sich hiebei vorläufig auf 3000 Mann zu Fuß und 1500 zu Roß und bestritt die dazu nöthigen Auslagen aus einem Anlehen von 30000 Schock, welches man in aller Eile abgeschlossen hatte. Der gemeine Mann in Prag war zum Aufstande aufgelegt und es bedurfte demnach von Seite der Direktoren eher einer Dämpfung der Leidenschaften als einer weiteren Anfachung derselben*).

Durch die Abbrechung des Landtags, durch die Bestellung einer provisorischen Regierung und durch die ernstlich in Angriff genommene Ausrüstung eines Heeres brachten die Protestanten das Absurde jener Politik, welche dem Kaiser noch immer zum Widerstande riet, selbst dem blödesten Auge zur Anschauung. In einer Sitzung der kaiserlichen Räthe, welche sich jetzt im Auftrage Rudolfs versammelten, um zu berathen, was nach 29 Juni dem entschiedenen Auftreten der Protestanten zu thun sei, trat Hannewaldt, der seit seinem ersten Siege auf einige Wochen in den Hintergrund getreten war, wieder hervor, aber anstatt einen direkten Rath zu geben, begnügte er sich zu zeigen, wohin man mit der gegenwärtigen Politik gerathen sei. Es gebe, sagte er, drei Wege zum Ausgleiche der jetzigen Wirren; entweder solle der Kaiser waffnen, aber man wisse, was die Rathschläge in dieser Hinsicht genützt hätten; oder man solle den Protestanten in allen Forderungen nachgeben, aber man möge sich jetzt keinen Illusionen hingeben und nicht glauben, daß die Protestanten hierauf ganz einfach den begonnenen Rüstungen ein Ende machen würden, ohne noch andere Forderungen zu erheben; oder der Kaiser möge endlich abdanken und seinem Bruder Mathias die Krone übertragen. Aber in diesem Falle sei zu fürchten, daß die Böhmen die Leitung der Geschäfte in Anspruch nehmen würden, weil Mathias die Anwartschaft auf die Nachfolge erst nach des Kaisers Tode erhalten habe, die Böhmen also die Regierung in der nunmehrigen Zwischenzeit für sich beanspruchen und hiefür bei Kurpfalz Unterstützung finden würden. Welchen Ausweg man also immer ergreifen möge, so biete keiner derselben eine sichere Rettung**). Da nun an die Ausrüstung eines Heeres eben so wenig zu denken war, als an eine freiwillige Abdankung des Kaisers zu Gunsten seines Bruders, so blieb nur der mit Recht als gefährlich bezeichnete Ausweg eines vollständigen Aus-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/252. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 17/27. Juli. — Meine Geschichte des Majestätsbriefes. S. 100.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag 4. Juli 1609.

gleichs mit den Protestanten übrig und für diesen entschied sich nunmehr auch Rudolf.

In Folge dieses Beschlußes ersuchte der Oberstburggraf die Protestanten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen im Landtag, da derselbe gesetzlich nicht aufgelöst sei; er erhielt aber von den Direktoren eine ablehnende Antwort. Er bat sie darauf wenigstens einen Ausschuß aus ihrer Mitte abschicken zu wollen, mit dem er weitere Berathungen über eine Vereinbarung pflegen könnte. Obwohl die Direktoren auch hierin nicht nachzugeben bereit waren, sondern jede weitere Verhandlung ablehnen wollten, so lange nicht der von ihnen entworfene Majestätsbrief bestätigt sei, so gaben sie doch endlich auf die Vorstellungen des sächsischen Gesandten nach und beauftragten einen Ausschuß aus ihrer Mitte, sich bei dem Oberstburggrafen einzufinden*). Es begannen nun zwischen diesen und einem Ausschuße der katholischen Kronbeamten, an deren Spitze sich der Oberstburggraf befand, neue Verhandlungen im Hause des letztern selbst, welche die einzelnen Punkte des abzuschließenden Religionsfriedens betrafen. Der Kaiser war jetzt erbötig unter folgenden Einschränkungen den Protestanten nachzugeben: er verlangte, daß aus dem ständischen Entwurfe des Majestätsbriefes das Wort „evangelische" Stände ausgestrichen und die altherkömmliche Bezeichnung „utraquistisch" beibehalten werde; unter dieser Bedingung wollte er die Anhänger der Konfession von 1575 nicht weiter zur Beobachtung der alten Liturgie nöthigen und ihnen die Errichtung eines eigenen Konsistoriums gestatten, dagegen forderte er, daß das bisherige utraquistische Konsistorium seiner Leitung unterstellt bleibe und zur Aufsicht über die Universität ein Ausschuß von zwölf Personen von den Protestanten gewählt werde, aus dem er selbst sechs Personen mit dieser Aufgabe betrauen wolle**).

Diese Anerbietungen des Kaisers wurden von Seite des sächsischen Gesandten vollständig genügend gefunden und sind es auch in der That, wenn wir erwägen, daß Rudolf den Protestanten Freiheit des Bekenntnisses, ein eigenes von ihnen allein abhängiges Konsistorium anbot und bezüglich der Leitung der Universität nur verlangte, daß er aus den von ihnen für die Direktion vorgeschlagenen zwölf Personen sechs Direktoren selbst ernenne. Da die Protestanten gegen die Beibehaltung der Bezeich-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/232. Dr. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag 1. Juli 1609.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Böhmische Stände sub utraque 7220/319, 321 und 328. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 3. Juli. Mit zwei Beilagen.

nung „utraquistisch“ statt „evangelisch“ keinen Einwand erhoben, so gab es keine andere Differenz als die bezüglich des Konsistoriums und bezüglich der Direktion der Universität. Zum Verständnisse des Streites über das Konsistorium, welches von seiner Lage gewöhnlich das „untere“ hieß, muß man wissen, daß dessen von allem Einfluße des Erzbischofs freie Jurisdiktion sich bis dahin über alle jene erstreckte, die in Böhmen das Abendmahl unter beiden Gestalten empfingen und an den Basler Kompaktaten als Glaubensartikeln festhielten. Seit nun aber die Mehrheit der böhmischen Bevölkerung sich nicht allein durch den Empfang des Abendmals unter beiden Gestalten und das Festhalten an jenen später von den Päpsten selbst angefochtenen Kompaktaten von der katholischen Kirche unterschied, sondern theils der Lehre Luthers theils dem Glauben der Brüder anhing, wollte dieselbe auch nicht mehr die Gerichtsbarkeit des Konsistoriums anerkennen, weil dasselbe noch immer auf dem dogmatischen Standpunkte des 15. Jahrhunderts verharrte und hierin auch von den Königen geschützt wurde. Nur ein verhältnißmäßig geringer Theil der böhmischen Bevölkerung, in der Mitte zwischen den Katholiken und den Neuerern stehend, theilte noch den Standpunkt des Konsistoriums. Indem die Protestanten jetzt verlangten, daß das untere Konsistorium ihrer Direktion unterstellt werde, wollten sie den alten Utraquismus für immer vernichten und jene, welche das Abendmal unter beiden Gestalten empfingen, zum völligen Anschluße an sie zwingen. Der Kaiser dagegen wollte durch Aufrechthaltung des untern Konsistoriums in seinem gegenwärtigen Bestande den alten Utraquismus, der sich von der katholischen Lehre nur unwesentlich schied, erhalten. Es würde daher nach der Absicht des Kaisers drei Religionsgesellschaften gegeben haben: die Katholiken unter dem Erzbischof, die Utraquisten unter dem alten untern Konsistorium und die Anhänger der Konfession von 1575 d. i. die unter ihr wie unter einem Schilde geeinten Lutheraner und Brüder unter der Leitung eines neu zu errichtenden Konsistoriums. Der Vorschlag des Kaisers entsprach vollkommen den Grundsätzen der Gleichberechtigung, denn da fortan Jedermann das Bekenntniß der Religion freigestellt haben sollte, war ja Niemand gezwungen, dem alten Konsistorium unterthan zu sein, wenn er dies nicht freiwillig sein wollte. Durch die Forderung der Protestanten, die keine Zwischenmacht zwischen sich und den Katholiken dulden wollten, wurden die Utraquisten genöthigt, entweder zu den erstern oder zu den letztern sich zu schlagen, weil sie sonst jeder kirchlichen Leitung und damit auch jeder Duldung verlustig gingen. Die Direktoren, unter ihnen Budowec obenan, verwahrten sich mit solcher Energie gegen die fernere Belassung des untern Konsistoriums in seinem jetzigen Bestande, daß die Vertreter des Kaisers bald



sahen, es sei von ihnen keine Nachgiebigkeit zu erwarten; ja **Budowec** erklärte geradezu, die Utraquisten sollten sich entweder zu den Katholiken oder zu ihnen schlagen. Man sieht, wie sehr in dieser Zeit selbst Personen von unverdächtiger Religiosität, wie man dies von **Budowec** gewiß behaupten kann, einer richtigen Auffassung gegenseitiger Duldung ferngestanden seien. Eben so wenig wie in den weitern Bestand des untern Konsistoriums wollten die Protestanten in eine Einflußnahme des Kaisers auf die Leitung ihrer Universität und des damit zusammenhängenden Unterrichtswesens willigen. Auch hierin griffen sie offenbar über die Grenze alles Erlaubten hinaus, denn während der König unbestritten ein Aufsichtsrecht über die Katholiken ausüben konnte, sollte er sich eines solchen bezüglich ihrer ganz begeben.

Gerstenberger selbst erklärte in seinen Berichten an den Kurfürsten von Sachsen die Forderungen der Protestanten als alles Maß überschreitend und bemerkte, daß vor wenigen Wochen dieselben gewiß mit weit geringern Zugeständnissen sich begnügt hätten. Nach dem, was wir von der verdeckten Feindseligkeit zwischen den Lutheranern und Brüdern mitgetheilt haben, ist daran nicht zu zweifeln, aber eben so gewiß ist es, daß des Kaisers unkonsequentes hilfloses und wiederum den Schein der Gewaltsamkeit annehmendes Betragen jede Forderung der Protestanten mehr als entschuldigt; denn gegen die Launen seiner Krankheit konnten sie sich nur sicherstellen, wenn es ihnen gelang, seinen Einfluß überall von sich abzuwehren.

Diese Verhandlungen zwischen dem Ausschuße der Kronbeamten und den Direktoren dauerten drei Tage und endeten am 3. Juli. Der Oberstburggraf erstattete über das Resultat derselben dem Kaiser Bericht und riet ihm in demselben zur möglichsten Nachgiebigkeit. Obwohl der Kanzler, der an diesen Berathungen keinen Antheil genommen, auch jetzt in seiner schroffen und unnachgiebigen Haltung verharrte und in dieser Richtung seinen Einfluß auf den Kaiser geltend machte, so wurde dennoch bereits am 4. Juli in der kaiserlichen Kanzlei der Anfang mit der Aufzeichnung des Majestätsbriefes gemacht*), nur verlangte **Rudolf** in diesem Entwurfe, daß die Protestanten ihm zur Leitung des Konsistoriums und der Universität zwölf Personen vorschlagen sollten, aus denen er neun mit der Direktion betrauen wollte. Als sie auch dieses Begehren abschlugen, wurde endlich die Ausstellung des Majestätsbriefes in der von ihnen be-

*) Sächsisches Staatsarchiv 7220/326. Gerstenberger an den Kurfürsten von Sachsen ddo. den 4. Juli 1609. — Münchner Staatsarchiv. 39/7. 172. Hennot an Kurköln ddo. Prag den 4. Juli 1609.



gehrten Form in Angriff genommen. Erzherzog Leopold wollte dagegen einen Protest erheben, allein nicht bloß die meisten katholischen Kronbeamten hielten ihn von demselben ab, sondern der Kaiser selbst wies diesmal seinen Eifer mit den Worten ab: Mein Vetter ist noch jung und hitzig und versteht die Sache nicht*). Inzwischen begannen auch Verhandlungen zwischen den Kronbeamten im Namen der katholischen Stände und zwischen den Direktoren im Namen der protestantischen über einige Punkte, welche die gegenseitige Duldung und die wechselseitigen Rechte, so weit dies durch den zu erlassenden Majestätsbrief nicht bestimmt war, betrafen. Diese Verhandlungen wurden am 9. Juli zur beiderseitigen Zufriedenheit beendet. An diesem Tage war endlich der Majestätsbrief niedergeschrieben 9. Juli
worden und der Kaiser unterzeichnete denselben gegen Abend. Es war 1609
gesetzliches Herkommen, daß alle Aktenstücke, welche des Königs Unterschrift trugen, mit der des Kanzlers und eines Sekretärs versehen sein mußten; als nun Rudolf dem Dokument seinen Namen beigefügt hatte, sollten dies auch der Kanzler Lobkowitz und der Sekretär Menzel thun, aber beide weigerten sich entschieden, weil dies mit ihrem Gewissen nicht vereinbar sei. So trug der Majestätsbrief anfangs die alleinige Unterschrift des Kaisers. Gleich am folgenden Morgen wurden die Direktoren am Rathhause von diesem wichtigen Ereigniß in Kenntniß gesetzt und aufgefordert, am Schlosse zu erscheinen, um das Privilegium, welches ihre Wünsche mit vollständigem Erfolge kröne, in Empfang zu nehmen. Es erschien eine Deputation von zwölf Personen, an deren Spitze Budowec sich befand, in der Burg, um dieser Aufforderung nachzukommen; als sie nun den Majestätsbrief erblickte, fiel ihr alsogleich die alleinige Unterschrift Rudolfs auf. Nach einigen bissigen Bemerkungen Budowec's erklärte der Oberstburggraf, er habe vom Kaiser die Erlaubniß erhalten, statt des Kanzlers seine Unterschrift beizusetzen, wenn dies den Direktoren genehm sei. Sein Anerbieten wurde mit Dank angenommen, neben ihm unterzeichnete dann auch der Sekretär Paul Michna auf kaiserlichen Befehl. So erlangte das Dokument am 11. Juli einigermaßen die vom Gesetze vorgeschriebene Form, am folgenden Tage wurde es von 12. Juli
einer Deputation der Direktoren in Empfang genommen und unter maßlosem Jubel der Bevölkerung auf das Altstädter Rathhaus gebracht. Tag für Tag war darauf dieses Gebäude von einer zahlreichen Menschenmenge

*) Brüssler Archiv. Bodenius an Fleckhammer ddo. Prag den 4. Juli 1609. — Sächsisches Staatsarchiv. Gerstenberger an Kursachsen ddo. Prag den 6. Juli. — Münchner Reichsarchiv XV/2, 141. Bodenius an Max von Baiern ddo. Prag den 4. Juli 1609.

belagert, die das kostbare Dokument in Augenschein nehmen wollten. Der Jubel der Einen vermischte sich mit den Freudenthränen der Andern; viele hatten nicht Rast und Ruhe, so lange sie das theure Kleinod nicht wenigstens betastet oder gar geküßt hatten*). Die Nachricht von diesem Ereigniß verbreitete sich mit Blitzesschnelle im Lande, und versammelte die Vertreter desselben wieder in Prag.

Von den Katholiken hatte die Partei des Oberstburggrafen sich mit diesem Ereigniß als einem unvermeidlichen versöhnt, nicht so der Kanzler und seine Anhänger. Diese betrachteten die Ertheilung des Majestätsbriefes als das größte Unglück des Landes, weil sie in demselben zugleich das Dokument erblickten, welches ihren eigenen Untergang herbeiführen würde. Am meisten war der lebhafte Erzherzog über dies Ereigniß bestürzt und hatte er schon früher, wiewohl vergeblich, den Kaiser zu einem andern Entschluße zu bewegen gesucht, so klagte er jetzt um so heftiger, nachdem kein Rückschritt möglich war. Einen recht bezeichnenden Ausdruck seiner ganzen Stimmung enthält ein eigenthümliches Schreiben an Max von Baiern, in welchem er die Vorgänge in Prag beklagt und in dem es am Schluße heißt: „Summa Summarum es ist nicht allein in den Kaiser gedrungen worden, alles zu gewähren, sondern er mußte auch alles mit einem Privilegium bekräftigen, was mir das Herz im Leibe zersprengen möchte. Gott weiß es, ich that, was ich konnte; ich kann nicht mehr schreiben, das Absurde des Gegenstandes zersprengt mein Herz'"*).

Es ist bekannt, daß die unmittelbare Veranlassung des Ausbruches des dreißigjährigen Krieges der Bau der Kirchen von Klostergrab und Braunau gewesen, welcher von den protestantischen Einwohnern daselbst im Widerspruch gegen ihre geistliche Gutsobrigkeit versucht wurde. Obwohl der Krieg in Ermanglung dieser Veranlassung auch sonst zum Ausbruch gekommen wäre, so ist es doch nicht ohne hohes Interesse zu wissen, auf welcher Seite das positive Recht gewesen und ob der Majestätsbrief wegen zweideutiger Fassung nicht Schuld an diesem Streite trage.

Bevor wir auf Grundlage des Majestätsbriefes die Rechtsfrage erörtern, machen wir hier darauf aufmerksam, daß derselbe nicht das einzige Gesetz war, welches die religiösen Verhältnisse fortan in Böhmen reguliren sollte, sondern daß ihm zur Seite der Vertrag zwischen den katholischen und protestantischen Ständen stehe, der, wie erzählt worden, gleicherweise am 9. Juli unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag regelte jene Verhältnisse, welche durch den Majestätsbrief unentschieden blieben; er war von den katholischen und protestantischen Ständen nicht auf ihre eigene Autorität

*) Münchner Staatsarchiv. 25/3, 45. Leopold an Max von Baiern ddo. 13. Juli.



hin abgeschlossen worden, sondern auf den besondern Auftrag des Kaisers und wurde gleich dem Majestätsbriefe wenige Tage später in die Landtafel eingetragen, wodurch die für die Giltigkeit der Gesetze Böhmens nöthige Formalität auch an ihm erfüllt wurde. Der „Majestätsbrief" und der „Vertrag" waren also die Gesetze, nach welchen sich fortan die religiösen Verhältnisse in Böhmen zu regeln hatten.

Vermöge des Majestätsbriefes war „allen" Einwohnern Böhmens ohne Unterschied des Standes, also auch den Bauern das Bekenntniß der katholischen Religion oder der Konfession von 1575 freigestellt, der Bau der Kirchen dagegen nur den drei Ständen, den Herren, Rittern und königlichen Städten eingeräumt. Nach dem Wortlaute des Majestätsbriefes stand also auch den Bewohnern der königlichen und der geistlichen Güter das Recht des freien Glaubensbekenntnisses zu, weil es ja allen Einwohnern des Landes zustand, nicht so aber das Recht des Kirchenbaues, weil dieses nur den drei Ständen des Königreiches freigestellt war und zu diesen natürlich weder die Unterthanen auf den königlichen noch auf den geistlichen Gütern gehörten. Nach dem Majestätsbrief wären sowohl die Klostergraber als die Braunauer vollständig im Unrecht gewesen, nicht so aber nach dem Vertrag. Der „Vertrag zwischen den Katholiken und Protestanten" bestimmte zunächst, daß sowohl das Kirchenvermögen der Katholiken wie der Protestanten für alle Zeiten unantastbar sein solle, traf einige Bestimmungen, bezüglich jener Gemeinden, deren Angehörige sich im kirchlichen Bekenntnisse trennen würden und ging darauf auf die Feststellung der Verhältnisse auf den königlichen Gütern über. Bezüglich dieser wurde bestimmt, daß wenn die Protestanten daselbst, sei es nun in einem Orte oder in einer Stadt keine eigenen Kirchen und Friedhöfe besäßen, es ihnen unverwehrt sein solle, solche sich zu bauen oder anzulegen. Man sieht daraus, daß der Vergleich über die Bestimmungen des Majestätsbriefes hinaus den Bewohnern königlicher Güter klar und unzweideutig das Recht des freien Kirchenbaues zugestand. Die Schwierigkeit liegt nur darin, ob unter den königlichen Gütern auch die geistlichen zu verstehen seien. Nach den böhmischen Rechtsverhältnissen standen die geistlichen Güter unmittelbar unter der königlichen Kammer, gerade so wie dies mit den königlichen Städten und den königlichen Gütern der Fall war; insofern war es etwas gewöhnliches, geistliche und königliche Güter unter der einzigen Bezeichnung königliches Gut aufzufassen. Man müßte nichtsdestoweniger Anstand nehmen, auf einer obwohl in gesetzlichen Verhältnissen begründeten gemeinschaftlichen Bezeichnung in einer so wichtigen Angelegenheit einen sichern Schluß zu ziehen, wenn nicht andere Beweise vorlägen. Aus dieser Verlegenheit helfen uns nun die Berichte über die



Verhandlungen, welche zur Ertheilung des Majestätsbriefes und zum Abschluße des Vertrages führten. Slawata selbst, einer der größten und zugleich der bekannteste Gegner der Protestanten, berichtet in seiner Geschichte der Ereignisse im Jahre 1609, daß die letzteren unter der Bezeichnung der königlichen Güter auch die geistlichen verstanden und in diesem dem juristischen Sprachgebrauch in Böhmen geläufigen Sinne den Vertrag abgeschlossen haben. Uns bleibt nach einer so unzweideutigen Erklärung nichts übrig, als hinzuzufügen, daß das Befugniß der Bewohner geistlicher Güter zum Kirchenbau unbestreitbar gewesen und die Braunauer und Klostergraber allerdings in ihren Ansprüchen das positive Recht auf ihrer Seite hatten*).

Die Konsequenzen des im vorigen Jahre von Mathias unternommenen Feldzuges waren nunmehr auch gegen den Kaiser in Erfüllung gegangen; Mathias hatte sich zur „Resolution" verstehen müssen, Rudolf zum „Majestätsbrief" und zur Anerkennung des „Vertrags". Während der Kaiser noch den letzten Kampf mit sich kämpfte, ob er seinen Namen dem verhängnißvollen Dokument beisetzen sollte, war bereits der böse Genius seines Hauses Christian, von Anhalt, auf dem Wege nach Prag, um an die Spitze der provisorischen Regierung von Böhmen zu treten, wenn sein Widerstand noch länger gewährt hätte. Und von Venedig aus rief Sarpi seinem deutschen Freunde zu, rasch zuzugreifen und sich der Person des Kaisers geradezu zu bemächtigen, um endlich das ersehnte Ziel, den Sturz der Habsburger zu erreichen**).

---

*) Slawata. MS. I Band. In unserer Geschichte der Ertheilung des böhmischen Majestätsbriefes, welche im Jahre 1858 erschienen ist, haben wir von der Tragweite des Majestätsbriefes dieselbe Behauptung wie hier aufgestellt; eine andere jedoch bezüglich des Vertrages. Damals war uns die Erklärung Slawata's, des in dieser Beziehung einzig unverdächtigen Zeugen, nicht bekannt, und wir nahmen sonach Anstand die Bezeichnung königliche Güter auch auf die geistlichen auszudehnen. Diesen Irrthum nehmen wir nun zurück.

**) Ueber dieses neue Auftreten Anhalts und über Sarpi wird der zweite Band die Details bringen.



Rudolf II und seine Zeit.

1600—1612.

Von

Dr. Anton Gindely,

k. k. Professor an der Karl-Ferdinands-Universität zu Prag.

Band II.

Prag 1868.

Verlag von Friedrich Tempsky.

Druck des Titels von Heinr. Mercy in Prag.

Vorrede.

Wie jedes Geschichtswerk eigentlich unabgeschlossen ist und sein Inhalt theilweise nur als eine vorbereitende Erzählung für eine spätere Zeit angesehen werden kann, so gilt dies in ganz besonderer Weise von diesem Werke über Rudolf II, das mit dem zweiten Bande zum Abschlusse gelangt. Die Geschichte der Ereignisse von 1600—1612 ist, wie ohnedies allgemein anerkannt ist, nur als eine Vorgeschichte des 30jährigen Krieges aufzufassen; der Gang meiner Studien hat mich selbst davon am nachdrücklichsten überzeugen können. Beim Beginne meiner Forschungen, welche die Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618 und damit den Anfang des 30jährigen Krieges zum Gegenstande hatten, nahm ich das Jahr 1618 zum Ausgangspunkte an und nachdem ich mit der größern Hälfte der Arbeit fertig geworden war, sah ich ein, daß es mir nicht möglich sein würde der Lösung meiner Aufgabe gerecht zu werden, wenn ich nicht die ständischen Verwicklungen auf dem Boden der österreichischen Monarchie bis auf ihren Beginn unter Rudolf II verfolgen würde. Dies war auch die Ursache meiner daran sich knüpfenden Studien über Anhalt, über die Begründung der Union und Liga und über Heinrich IV, die ich in diesem Werke niederlegte und die, wie mir scheint, nöthig waren, um die Bewe-

gungen der Jahre 1608—1611, die für die Gestaltung von Mitteleuropa von entscheidender Wichtigkeit zu werden versprachen, die aber doch nur jene von 1618 vorbereiteten, bis zu ihrer ursprünglichen Veranlassung zu verfolgen.

Indem ich nun mit dieser Vorbereitungsgeschichte des böhmischen Aufstandes und des 30jährigen Krieges abschließe und sie der Oeffentlichkeit übergebe, gedenke ich derselben die Geschichte der Ereignisse von 1618—1620 folgen zu lassen. Wiewohl es meine Absicht ist, die Geschichte Böhmens in den letzten drei Jahrhunderten zu erzählen und hierin die oben bezeichneten Ereignisse keine geringe Würdigung erfahren werden, so erschien es mir doch nicht passend, eine umfassende Darstellung derselben in den verhältnißmäßig engen Rahmen der böhmischen Geschichte einzuzwängen. So wie die französische Revolution oder der Aufstand der Niederlande in einem Werke über die gesammte Geschichte Frankreichs oder der Niederlande nicht eine erschöpfende Darstellung finden können, so auch der böhmische Aufstand von 1618 in einem Werke über die gesammte Geschichte Böhmens. Denn ist z. B. dieselbe schon in den letzten Regierungsjahren Rudolfs, in denen die Fäden der europäischen Politik in diesem Lande zusammenlaufen, ein Stück europäischer Geschichte, so ist dies wohl noch mehr, aber auch zum letztenmale in den Jahren 1618—1620 der Fall. Die Politik aller Staaten Europa's mit Ausnahme Rußlands und Schwedens ist in dieser Zeit auf das innigste mit den Schicksalen Böhmens verwickelt. Der Kampf, der daselbst durch drei Jahre tobte, mußte, je nachdem er ausfiel, nicht bloß über die Zukunft dieses Landes, sondern auch über den Bestand der österreichischen Monarchie, über das Schicksal der katholischen Kirche auf diesem Gebiete und über die politische Gestaltung Mitteleuropa's entscheiden. Gegen diese Ereignisse und Verwicklungen sticht der sonstige Inhalt der böhmischen Geschichte seit 1526 nicht wenig ab. Seit die Krone

von Böhmen in den Besitz der Habsburger gelangte, ist die Geschichte dieses Landes fast ausschließlich eine innere; die Entwicklung der Verfassung und Verwaltung, die Gestaltung der städtischen und bäuerlichen Verhältnisse, der Fall und Aufschwung des geistigen Lebens, das allmälige Anwachsen der deutschen Bevölkerung bis zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung sind beinahe der einzige Inhalt derselben, gegen den die großartige Verwicklung von 1618—1620, die zugleich dem 30jährigen Kriege zum Fundament dient, zu grell absticht. Die Forschungen über diese Periode habe ich in den wichtigsten Archiven Europa's bereits abgeschlossen, ich werde deshalb im Stande sein, diesem Werke über Rudolf in verhältnißmäßig kurzer Zeit die Ergänzung in der Geschichte des böhmischen Aufstandes folgen zu lassen.

Prag am 4. März 1865.

Der Verfasser.

Rudolf II und seine Zeit.

Erstes Kapitel.

I. Der Unionstag in Schwäbisch-Hall. Anhalts Reise nach Prag. Die Verhältnisse in Böhmen. Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen. Klagen der Protestanten gegen den Kanzler. Das schlesische Bündniß. Separatistische Wünsche der Schlesier. Verhandlungen der Protestanten wegen Ordnung ihrer kirchlichen Verhältnisse. Die Defensoren. Anhalts Verhandlungen mit dem Kaiser. — II. Leopolds enge Verbindung mit Rudolf. Plan Leopolds zur Begründung einer Monarchie. Besetzung von Jülich. Die Jülicher Succession. Tennagel in Paris. Maximilian von Baiern. Sein Charakter. Gründung der Liga. Lorenzo von Brindisi in Spanien. Tennagel in Spanien. Die Gesandten der Liga in Italien. — III. Heinrichs IV Verhalten in der Jülicher Angelegenheit. Die Verhandlungen zu Schwäbisch-Hall. Heinrich's IV Verhandlungen mit nicht-deutschen Fürsten, namentlich mit Jakob von England. Sein Plan beim Beginn des Feldzuges.

I

Während in Prag der Zwiespalt zwischen dem Kaiser und den böhmischen Ständen wegen der Religionsfrage noch nicht durch die Ertheilung des Majestätsbriefes beglichen war, sondern des Kaisers unnachgiebige Haltung den Beginn eines offenen Kampfes wahrscheinlich machte, versammelten sich die Mitglieder der Union in Schwäbisch-Hall.*) Auch Christian von Anhalt erschien daselbst und zwar vornehmlich aus Rücksicht auf die Ereignisse in Böhmen, die ihm neue Aussichten auf eine entscheidende Rolle eröffneten. Hatte er auch vor wenigen Wochen durch seine mißlungene Einmischung in die Angelegenheiten des Erzherzogthums Oesterreich eine Niederlage erlitten, so raubte ihm dieselbe keineswegs den Muth zur weiteren Bekämpfung der habsburgischen Herrschaft, sie nöthigte ihn nur die Richtung seines An-

*) Münchner Staatsarchiv 116/3, 159. Artikel, die am Unionstag in Schwäbisch-Hall zur Berathung kommen sollen. — Bernburger Archiv U. 16/2. Pfälzische Vollmacht für Anhalt zu dieser Zusammenkunft ddo. 4/14. Mai 1609.

griffes keineswegs aber diesen selbst aufzugeben. Seit beinahe einem Jahre hatte er die Rolle eines Vertheidigers und zuletzt sogar die eines Vertrauten des Kaisers übernommen, jetzt mußte er, nachdem auf diesem Wege kein weiterer Erfolg erzielt werden konnte, weil Mathias vorläufig unangreifbar war, gegen Rudolf selbst sich kehren. Alles kam darauf an, daß ihm die Union eine passende Gelegenheit hiezu bot.

Die Aussicht zu einer solchen Gelegenheit war Anfangs eine geringe. Die Vorgänge in Böhmen hatten bis jetzt nur den Charakter eines vorübergehenden Zerwürfnisses zwischen Herrscher und Unterthanen und beschäftigten die Mitglieder der in Schwäbisch-Hall versammelten Union nicht in dem Maße als andere Ereignisse in Deutschland selbst, die über kurz oder lang einen blutigen Kampf zwischen den Reichsständen in Aussicht stellten. Die Angelegenheit Donauwörths, welche zur Zeit der Begründung der Union nur in einem geringen Grade die Aufmerksamkeit derselben auf sich zog, bekam nachgerade eine weitgehende Bedeutung. Die öffentliche Meinung war in dem protestantischen Deutschland wegen der dauernden Occupation dieser Stadt durch Maximilian von Baiern tief aufgeregt, es war selbst den weniger Mißtrauischen klar, daß es sich in Donauwörth nicht länger um die Bestrafung einiger Excedenten, sondern um die Reichsunmittelbarkeit dieser Stadt handle. Wollten die fürstlichen Begründer der Union auf den Beistand der Reichsstädte zählen, so mußten sie vor allem der bedrängten Stadt zu Hilfe eilen und damit den Beweis liefern, daß es sich ihnen nicht bloß um das Geld der Städte sondern auch um ihre Freiheit handle. Von noch größerer Bedeutung war die Jülichische Succession, die erst vor wenigen Wochen erledigt war, und von der mit Gewißheit angenommen werden konnte, daß die Katholiken — den Kaiser an der Spitze — dieselbe den Protestanten nicht gutwillig als Beute würden anheimfallen lassen. In kurzer Zeit konnte die Union sich deshalb berufen fühlen, in dem Streite hierüber eine entscheidende Rolle zu spielen.

Die Donauwörther und die Jülicher Angelegenheiten waren also
Mai diejenigen, die in Schwäbisch-Hall wahrscheinlich allein zur Sprache gekom-
1609. men wären, wofern der Fürst von Anhalt nicht daselbst erschienen wäre. Durch seinen Einfluß auf den Kurfürsten von der Pfalz, Friedrich IV, brachte er es aber dahin, daß dieser seinen Vertretern bei dem Unionstage den Auftrag gab, auch die Ausdehnung der Union über die österreichischen Länder in Antrag zu bringen und damit gewann Anhalt wiederum Gelegenheit, diese letztere in eine Bahn zu drängen, welche seinem Wunsche zusagte. Die Mitglieder der Union beschloßen zuerst einmüthig der Stadt Donauwörth sich anzunehmen und deren völlige Restitution zu verlangen;

zu diesem Ende sollte sich eine Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof begeben und an den Kaiser Namens der Union dies Begehren stellen. Um derartige Vorgänge künftighin unmöglich zu machen, sollte die Gesandtschaft eine alte Forderung der Protestanten, nämlich die Sistirung der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes wieder erneuern und schließlich von dem Kaiser die Abschaffung derjenigen Räthe, welche gegen die Protestanten konsequent eine feindselige Haltung einnahmen, verlangen. Wegen der Jülicher Angelegenheit kam vorläufig kein Beschluß zu Stande, unzweifelhaft aus dem Grunde, weil die Union die Rechte des Kurfürsten von Brandenburg so lange nicht vertheidigen mochte, so lange er gegen sie (die Union) eine kühle Haltung beizubehalten für gut fand. Dagegen wurde auf Veranlassung der Vertreter des Pfalzgrafen die Erweiterung der Union über die österreichischen Länder besprochen und beschlossen, mit den Verhandlungen hierüber jene Männer zu betrauen, welche mit den erwähnten Forderungen an den Kaiser abgeschickt werden sollten. Welche Bedeutung dieser Beschluß hatte, wird dadurch am besten klar, daß Anhalt zum Haupt der nach Prag abzuschickenden Gesandtschaft erwählt wurde und daß es seinem Ermessen freigestellt blieb, wie er die Verhandlungen mit den Ständen in den österreichischen Ländern einleiten wolle, um sie zu einem Bündnisse mit der Union zu vermögen.

Dadurch, daß Anhalt im Namen der Union nach Prag abgeschickt wurde, sah er sich in die Lage versetzt ohne Zeitverlust und ohne die stets unbequeme Vermittlung dritter Personen in Verhandlung mit den böhmischen Ständen zu treten und der Krisis, welche über Böhmen hereingebrochen war, durch seine persönliche Einwirkung einen erwünschten Ausgang zu geben. Mußte er sich doch bis dahin während der Wirren in Oesterreich nur mit der Wirkung aus der Ferne begnügen und konnte er es diesem Umstande zuschreiben, daß Mathias schließlich überall den Sieg davongetragen hatte. Die Nachricht von seiner bevorstehenden Reise verbreitete sich rasch nach Prag und während sie die protestantischen Stände freudig berührte, verursachte sie dem Kaiser solche Sorgen, daß er dem Fürsten durch den Landgrafen von Leuchtenberg die Vertagung seiner Reise anbefahl. Allein 22. Juni 1609.
Anhalt ließ sich durch einen solchen Befehl nicht im geringsten abschrecken, sondern erwiderte, daß ihm die Pflicht gegen seine Auftraggeber keinen Reiseaufschub gestatte und kündigte so seine Ankunft in Prag in aller Form an. Binnem kurzem sprach man in dieser Stadt wie von einer gewissen Sache, daß Anhalt nach seiner Ankunft an die Spitze der Stände sich stellen und von ihnen mit dem Kommando über ihre Truppen betraut werden würde.*)

*) Münchner Reichsarchiv. Bodenius an Max von Baiern ddo. 29. Juni 1609.

In wie weit dieser Umstand die Ertheilung des Majestätsbriefes beschleunigte, ist uns nicht weiter bekannt, jedenfalls war Anhalt, als er
1609 am 14. Juli in Prag eintraf, unangenehm überrascht, als er statt des Zerwürfnisses zwischen dem Kaiser und den Ständen, welches er in voller Entwicklung zu finden hoffte, dem Beginne einer friedlichen Ausgleichung begegnete. Mit der Ertheilung des Majestätsbriefes (9. Juli) war den Forderungen der Stände die Spitze abgebrochen, bei der Mehrzahl derselben mußte die bisherige Erbitterung einer dem Kaiser dankbaren oder wenigstens ruhigeren Stimmung Platz machen und es mochte beinahe unmöglich scheinen, schon jetzt, oder in der nächsten Zeit ein neues Zerwürfniß herbeizuführen.

Statt also von den Ständen Böhmens sofort als Rathgeber, Anführer und Schützer angesehen und empfangen zu werden und, wie er sich in seinen kühnen Träumen mitunter vorzauberte, sein Haupt mit der böhmischen Königskrone zu schmücken,*) mußte sich Anhalt zu der ermüdenden Rolle verstehen Mißtrauen zu säen, den kleinen Kreis entschlossener Anhänger langsam zu erweitern und unter Gefahren aller Art in einem fremden Lande die Unterthanen gegen ihren Herrscher aufzuregen. Ebensowenig wie er auf diesen langwierigen Weg vorbereitet war, war es auch der Mann, der Anhalts hochfliegende Pläne aus voller Seele theilte, Paolo Sarpi. Kaum hatten dieser und seine nächsten Vertrauten in Venedig von den Zuständen in Prag und den weitgreifenden Zerwürfnissen zwischen Rudolf und den Ständen Kunde erhalten, als sie einstimmig rieten, es müsse sich Jemand rasch an die Spitze der Stände stellen, den Kaiser absetzen und gefangen nehmen.**) Dieser Rath fand bei Anhalt vollständige Billigung, allein während er eben im Begriffe stand, ihn zu befolgen und deshalb nach Prag gereist war, hatte des Kaisers Nachgiebigkeit seine weitere Ausführung für den Augenblick unmöglich gemacht.

Dennoch verlor Anhalt seinen Muth nicht und entfernte sich nicht von dem Kampfplatze, weil die Aussicht auf einen Sieg sich verringert hatte. Seine Hoffnung auf eine günstige Wendung hatte eine mehrfache und solide Grundlage. Sie basirte auf dem Mangel jeglicher Besonnenheit

*) Der Beweis weiter unten.

**) Bernburger Archiv Reg. I, F. 1, 23/245. Sarpi an Anhalt ddo. 1/11. Sept. Venedig: . . . . on devroit faire deux choses premierement donner un chef à Bohème et cela fait s'impatroniser de la personne de l'Empereur, de l'Arsenal et de la chambre ou du chateau et par ce moyen s'assurer de plusieurs choses, que tout autre chemin est douteux . . . Secondement, qu'il faut seconder et assister avec bon escient la poursuite de Carinthe et de Styrie, qu'autrement il est impossible d'introduire l'Evangile en Italie.

auf Seite des Kaisers, der es nicht verstand, seine Nachgiebigkeit sich zum Verdienste anzurechnen und daraus Nutzen zu ziehen, auf dem unauslöschlichen Mißtrauen, das Fürsten und Unterthanen von verschiedenem Glauben gegen einander empfanden und auf dem ungezähmten Eifer einiger ständischer Parteihäupter, die den Umsturz ruhiger Entwicklung vorzogen.

In der That Anhalt hatte Recht, wenn er den Kaiser selbst als seinen Bundesgenossen ansah. Rudolf begriff nicht, die Unterzeichnung des Majestätsbriefes sei ein Akt von solcher Tragweite, daß er einen Wendepunkt in seiner bisherigen Politik abgeben müsse. Geängstigt von der ihm gegenüberstehenden Menge, die ihn Tag für Tag mit Sturmpetitionen oder Audienzgesuchen in seiner Ruhe bedrohte, hatte er zuletzt nachgegeben und dem böhmischen Glaubensprivilegium seine Unterschrift ertheilt. Allein schon im nächsten Augenblicke, als er nach Beendigung des letzten Schriftzugs die Feder aus der Hand legte, erfaßte ihn mit der Reue hierüber der Wunsch das Geschehene rückgängig zu machen. Einzeln beschied er alle jene Räthe vor sich, die ihn zur Ertheilung des Majestätsbriefes gedrängt hatten, und ergoß sich in Vorwürfen gegen sie;*) Erzherzog Leopold aber, den er früher um seines Eifers willen unerfahren und unverständig gescholten hatte, gewann bei ihm so an Ansehen, daß er alles Ernstes im Verein mit ihm nach Mitteln und Wegen suchte, um die Böhmen niederzuwerfen und zum absoluten Gehorsam zu zwingen. So war es wohl unvermeidlich, daß das Verhängniß über ihn so wie schließlich über die Böhmen hereinbrach, allerdings nicht in der Weise, wie Anhalt dies erwartet hatte und später zu seinem eigenen Schaden erfahren mußte. — Um auf Grund des neuen Glaubensgesetzes Böhmen vor einer Katastrophe zu bewahren, hätte es eines Königs gleich Georg von Poděbrad bedurft, dessen religiöse Ueberzeugung mit der weitaus größeren Mehrzahl des Volkes zusammentraf und der mit fester Hand die durch die vorangegangenen Kämpfe zerrüttete Ordnung im Lande wieder hergestellt hätte. Mit dem Moment, wo dem religiösen Bedürfnisse genügt worden, hätte er es verstanden den Uebergriffen des Adels zu steuern, dessen Bedeutung der Wohlfahrt der Gesammtheit dienstbar zu machen und die Aufmerksamkeit des Volkes auf etwas anderes zu lenken, als auf die ewige Erörterung religiöser Streitfragen. Bei Rudolf traf keine der erwähnten Bedingungen ein, weder war sein Glaube der der Böhmen, noch war er einer ordentlichen Regierung fähig. Diese seine persönliche Untüchtigkeit machte sich in einer um so grelleren Weise geltend, als er, wie erwähnt,

*) Münchner Reichsarchiv XV/2, 162. Bodenius an Max von Baiern ddo. 27. Juli 1609.



keinen Augenblick über die Konsequenzen des Majestätsbriefes sich klar war und an denselben nergelte, während die Stände noch immer über alle jene Mittel geboten, durch die sie ihn eben zur Nachgiebigkeit gezwungen hatten. Seine unklugen Angriffe waren keine Ausbrüche einer starren religiösen Ueberzeugung, die ihm ja mangelte, sondern eine Folge seines getrübten und zu jeder Regierung unfähigen Geistes, sie mußten aber zuletzt seinen Untergang herbeiführen.

Ebenso hatte Anhalt Recht auf die Wirkungen des Mißtrauens zu rechnen, das, abgesehen von Rudolfs Untüchtigkeit, um diese Zeit durchwegs Fürsten und Unterthanen, die sich im Glauben trennten, gegenseitig beherrschte. Dies Mißtrauen erfüllte die Böhmen nicht bloß gegen Rudolf, sondern schon jetzt gegen alle Prinzen seines Hauses, welche das Erbrecht einst auf den böhmischen Thron berufen konnte. Klug geführt von einem Mann wie Anhalt, konnte sie dies Mißtrauen frühzeitig verleiten, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie die Krone des Landes einer anderen Dynastie zu übertragen, wobei Anhalt nicht unterlassen wollte, sich in das rechte Licht zu stellen, um nicht übersehen zu werden. Um wahr zu sein, muß man zugeben, daß das Mißtrauen der Böhmen ein wohlbegründetes war. Wir lernen aus den Aktenstücken, welche die Geschichte dieser Tage erhellen und die unzweifelhafte Ansprüche auf Glaubwürdigkeit erheben dürfen, wiederholt Aeußerungen oder Handlungen der Erzherzoge Mathias, Ferdinand, Leopold, des Herzogs Max von Baiern und ihrer Rathgeber, der katholischen Staatsmänner, wie Khlesel, Lichtenstein, Lobkowitz, Slavata und Anderer kennen, welche den Beweis liefern, daß dieselben sich durch kein den Protestanten bezüglich der religiösen Freiheit gegebenes Versprechen für gebunden erachteten, sondern nur die Gelegenheit abwarten wollten, um sie zur Annahme des Katholicismus zu zwingen. Katholische Fürsten hielten ihre Krone für unsicher, wenn sie über protestantische Unterthanen herrschten, und diese ihren Glauben für gefährdet durch katholische Herrscher. Diese gegenseitige und wohlberechtigte Furcht mußte bewirken, daß die religiösen Ausgleichsversuche und folglich auch die Ertheilung des Majestätsbriefes, weit gefehlt einen Abschluß für die inneren Bewegungen zu bilden, nur Haltestationen bezeichnen, von denen nach kurzer Ruhe der Kampf mit erneuerter Heftigkeit aufgenommen wurde. Es wäre ungerecht solche Zustände irgend einem Theile allein zur Last zu legen, sie sind eine Folge des Verhältnisses, welches der Staat zur Kirche im Mittelalter eingenommen, eine Folge der innigen Ueberzeugung jeder Glaubenspartei, daß sie im alleinigen Besitz der Wahrheit sei. Erst nachdem das Verhältniß von Staat und Kirche verrückt war, diese innige Ueberzeugung und die daran geknüpfte Glaubenstreue abgenommen und die Geschichte den Beweis geliefert hatte, daß keine



religiöse Verfolgung und möchte sie mit Feuer und Schwert vereint sein, die Glaubenseinheit dauernd zu erhalten vermöge, erst da änderten sich die Anschauungen von Fürsten und Unterthanen und mit den veränderten Anschauungen nahm bei den einen die Verfolgungssucht und bei den andern die Neigung zum Aufstande ab.

Nicht minder hatte Anhalt alle Ursache von dem unvorsichtigen aber desto feurigern Eifer der Parteihäupter Schritte zu erwarten, die einen Bruch mit der königlichen Auktorität zur Folge haben konnten. Als er nach Prag kam, fand er die Protestanten unter den Waffen, aber im Begriffe wegen der Ertheilung des Majestätsbriefes, den Rüstungen Einhalt zu thun. Ohne Zaudern suchte er dies um jeden Preis zu verhindern und seine Argumente fanden bei den Häuptern der Bewegung, Budowec und Thurn, eine günstige Aufnahme. Anhalt wies darauf hin, daß, wenn man mit den Waffen in der Hand unterhandle, man vom Kaiser die Gewährung jeglicher Forderung erlangen könne und veranlaßte so bei den Direktoren den Beschluß, statt zu entwaffnen, die Rüstungen zu vervollständigen. Der Kaiser, der nichts anderes erwartet hatte, als daß die Protestanten nach der Ertheilung des Majestätsbriefes die Waffen niederlegen würden, entsetzte sich geradezu über dieses Resultat seiner Nachgiebigkeit. Bei seinem Charakter stand zu erwarten, daß er einen verzweifelten Angriff gegen den bewaffneten Gegner versuchen werde, dem er in keiner Weise gewachsen war. Damit aber erfüllten sich Anhalts Wünsche und stiegen seine Aussichten auf die böhmische Krone.

Es ist im vorigen Band erzählt worden, daß die Protestanten die Verhandlungen am Landtage am 24. Juni wegen des Kaisers Unnachgie- 1609
bigkeit abgebrochen hatten und daß sie nach vollzogener Wahl der Direktoren sich aus Prag entfernt hatten, um eine allgemeine Bewaffnung des Landes durchzuführen. Auf die Nachricht von der Ertheilung des Majestätsbriefes, welche mittlerweile über ganz Böhmen sich verbreitet hatte, eilten sie herbei, um wieder an dem Landtage theilzunehmen, da ihn der Kaiser inzwischen nicht aufgelöst hatte. Schon am 20. Juli waren sie so zahlreich versammelt, daß der Wiederaufnahme der Verhandlungen nichts im Wege stand. Bevor sie in die Landtagsstube ihren Einzug hielten, ließen sie sich von den Direktoren Bericht über die in der Zwischenzeit vorgefallenen Ereignisse abstatten und zwar im Neustädter Rathhause, wo sie bereits einmal einen Secessionslandtag abgehalten hatten. Budowec als Berichterstatter schilderte in beredten Worten alle Mühen, unter denen schließlich die Ertheilung des Majestätsbriefes erfolgt war, worauf der Advokat Frühwein diesen sammt dem zwischen den Katholiken und Utraquisten abgeschlossenen Vertrag ablas. Befriedigt von dem angehörten,

faßten die Versammelten in derselben Sitzung den Beschluß, die günstigen Verhältnisse noch weiter auszunützen und ein Verzeichniß sämmtlicher Forderungen abzufassen, deren Gewährung sie zu ihrer Sicherheit und zur freien Entwicklung ihres Glaubens für nothwendig erachteten und die sie deshalb noch in dieser Landtagssession dem Kaiser abringen wollten. Niemand von den Anwesenden beantragte eine Einstellung der bisherigen Rüstungen oder eine Auflösung der Direktorialregierung; unter dem Schutze der Waffen und unter der Leitung der erwählten Rathgeber, welche rasch die nöthigen Entscheidungen treffen konnten, wollten die Protestanten auf dem Landtage sich einfinden. So war Anhalts Voraussicht gerechtfertigt und seine Wünsche erfüllt. — Als die Landtagsverhandlungen am 21. Juli wieder aufgenommen wurden, lehnten die Protestanten die Aufforderung des Oberstburggrafen mit der Berathung der königlichen Propositionen zu beginnen ab und erklärten zuerst ihre eigenen Forderungen berathen zu wollen.

Diese Forderungen, die dem Kaiser eine reichliche Anzahl ruheloser Stunden verursachen sollten, waren doppelter Natur, die einen und zwar die Mehrzahl waren selbstverständliche Konsequenzen des Majestätsbriefes, bezüglich deren füglich keine langen Streitigkeiten entstehen konnten. Zwei jedoch, um von einer Anzahl geringfügiger abzusehen, gingen über das Maß jener Konsequenzen hinaus und wiewohl in ihrer Tragweite nicht von gleicher Bedeutung, waren sie doch geeignet einen Bruch mit dem Kaiser herbeizuführen. Sie betrafen den Kanzler Zdeněk von Lobkowitz und das Bündniß mit Schlesien.*)

Was den Kanzler betrifft, so hatte die Haltung, welche er den Protestanten gegenüber einnahm, diese begreiflicherweise im höchsten Grade erbittert. Ihre Absicht ging nun dahin, den Kaiser zu seiner Entlassung zu nöthigen und da sie ihm seine religiöse Haltung füglich nicht zum alleinigen Vorwurf machen konnten, so suchten sie seinen Charakter anzugreifen und den Beweis zu liefern, daß er der Bestechung zugänglich sei und den Staatsschatz verkürze, indem er seit vielen Jahren keine Steuern gezahlt habe. Wiewohl der Kanzler die ausführlichen Beschuldigungen der Protestanten mit einer nicht minder ausführlichen Entgegnung zu widerlegen

*) Um das vielfache Citiren der Quellen über die böhmischen Landtagsverhandlungen von 1609 zu vermeiden, bemerke ich ein für allemal, daß mir dabei mehrere Diarien des Landtags 1609/10, welche sich handschriftlich im böhmischen Museum, im Archiv der Prager philosophischen Fakultät, im Archiv von Warmbrunn und im bischöflichen Archiv von Leitmeritz befinden, zum Führer gedient haben. Was sich in andern Archiven als den eben genannten gefunden, wird stets genau citirt.



suchte, so ließen die letzteren doch nicht von ihren Anklagen ab und verlangten wiederholt vom Kaiser seine Entlassung. Es ist uns gegenwärtig nicht möglich die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Anklagen festzustellen, da den entschiedenen Behauptungen auf der einen Seite ebenso bestimmte Verneinungen auf der andern Seite folgten und der ganze Streit nie zu einer unparteiischen Erwägung vor ein Richterkollegium gelangte. Eine der Beschuldigungen, daß der Kanzler keine Steuern zahlte, hat jedenfalls keine Bedeutung, denn war der Kaiser damit zufrieden, zu dessen Gunsten doch die Steuerbewilligung erfolgt war, so hatten die Stände kein Recht sich in diesen Gegenstand einzumischen. So viel ist sicher, daß weder bei Rudolf, noch bei seinen Nachfolgern die gegen den Kanzler erhobenen Anklagen eine andere Erklärung fanden, als daß sie von Parteihaß diktirt worden wären.

Wie es also auch immer mit dem eigentlichen Grund der Anklage beschaffen sein mag, sie wurde mit solcher Leidenschaftlichkeit erhoben und setzte den Kanzler solchen Invektiven im Landtage aus, daß es nicht möglich schien, ihn länger im Amte zu belassen. Dies war aber weder dem Kaiser noch seinen Rathgebern von streng katholischer Richtung, weder dem Erzherzog Leopold und seinem Anhang, noch den in Prag residirenden Vertretern der katholischen Mächte, namentlich dem Nuncius und Zuñiga genehm. Welche Haltung der Oberstburggraf Sternberg und die mit ihm stimmende mildere Schattirung der Katholiken in dem Streite einnahm, ob sie ihren Amtsgenossen in kollegialer Weise deckten oder nicht, tritt nicht deutlich genug hervor. Um so eifriger suchten des Kanzlers intime Freunde im kaiserlichen Rath nach einem Weg, um ihn zu retten. Nahe lag es, die Stände durch eine wichtige Koncession zu beschwichtigen und als Preis hiefür die Unterlassung weiterer Angriffe gegen den Kanzler zu verlangen. Bevor man aber zu einem solchen Schritt dem Kaiser rathen wollte, versuchte man den Weg persönlicher Einwirkung. Wenzel von Kinsky, der sich auf die mannigfachste Weise angestrengt hatte, in das Vertrauen der Katholikenpartei sich einzuschleichen und dem dies auch bis zu einem gewissen Grade gelungen war, wurde von Erzherzog Leopold geradezu ersucht, die Vertheidigung des Kanzlers zu übernehmen. Anstatt dies direkt zu thun, erhob Kinsky im Landtage bittere Beschwerden über den Oberstburggrafen, die, wie sichtlich war, in dem persönlichen Haß des ersteren gegen den letzteren ihren Grund hatten, und verlangte von den Ständen, sie sollten gleichzeitig nicht bloß Klage gegen den Kanzler, sondern auch gegen den Oberstburggrafen erheben. Dies verweigerten sowohl die Katholiken, als auch die Protestanten des Landtags und Wenzel von Kinsky erklärte darauf für sich und seine Brüder, daß er an



der Klage gegen den Kanzler keinen Antheil nehmen wolle, keinen Grund für dieselbe einsehe und nicht begreife, mit welchem Rechte man Lobkowitz vom Amte entfernen wolle. Eine solche Art der Vertheidigung war diesem von geringem Nutzen, um so mehr als Budowec dem Landtage mit-
30 Juli 1609 theilte, daß Kinsky es gewesen, der ursprünglich am heftigsten die Anklage gegen den Kanzler betrieben habe. Der allgemeine Unwille der Protestanten gegen Kinsky und seine Brüder erreichte darüber eine solche Höhe, daß sie während mehrerer Wochen gleichsam der Diffamation preisgegeben waren und erst auf eine sehr unterwürfige Entschuldigung von den Stän-
12 Okt. 1609 den als mitverbündete Standesgenossen wieder aufgenommen wurden. Im Landtage waren sie seitdem zu einer schweigsamen Rolle verurtheilt.*) Des Kanzlers Stellung aber, weit entfernt durch Kinsky's Vertheidigung wieder befestigt zu werden, blieb nach wie vor gefährdet. Da auch eine Botschaft des Kaisers an den Landtag, in welcher dieser den Streitigkeiten zwischen Kanzler und den Ständen Halt gebot, nichts fruchtete, so konnten die Freunde des ersteren nicht hoffen, ihn auf andere Weise zu retten, als indem der Kaiser als Preis für ihn sich zu einer Koncession bewegen ließe, an der den Protestanten sehr viel lag. Um sich vor künftigen Verfolgungen wegen ihres gegenwärtigen Verhaltens zu sichern, verlangten sie nämlich die Ausstellung einer kaiserlichen Erklärung, welche ihr bisheriges Gebahren für loyal erklärte und jede spätere Untersuchung desselben verbot. Mit der Herausgabe eines solchen Amnestiedekretes zögerte der Kaiser und zwar, wie man den Ständen indirekt zu wissen gab, deshalb, weil sie von ihren Angriffen gegen

*) Die Rolle eines agent provocateur, welche Kinsky auf protestantischer Seite bisher gespielt hatte, obwohl er im geheimen den Katholiken seine Dienste anbot, erreichte damit ein Ende. An den nachfolgenden Ereignissen nahm er nur insofern einen Antheil, als er ununterbrochen mit Erzherzog Leopold und seinen Rathgebern Verbindungen zu unterhalten suchte, um ihre Absichten auszuforschen und hierüber an König Mathias Bericht zu erstatten. Glücklicherweise wurde ihm für dies unredliche Handwerk später der verdiente Lohn zu Theil. Kinsky bekam von Mathias das Versprechen, daß er ihm für seine Dienstleistungen zwei Güter in Böhmen schenken wolle. Als er die Erfüllung des Versprechens verlangte, machte sich eine allgemeine Entrüstung unter dem gesammten Adel Böhmens, Katholiken wie Protestanten, geltend und sie verlangten geradezu, daß gegen ihn wegen seines faktiösen Verhaltens bei Rudolfs Lebzeiten der Prozeß erhoben werde. Die Folge war, daß Kinsky statt Güter zu erlangen ins Gefängniß wandern mußte, aus dem er sich nur durch die Flucht half. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß er gegen Mathias zu Gunsten Ferdinands II eine ähnliche Rolle spielen wollte, wie gegen Rudolf. Nachdem er später seinen Beitritt zum böhmischen Aufstande von 1618 erklärt hatte, sagte er sich von demselben früh genug los, um auf Ferdinands II Gunst Anspruch erheben zu können. Kinsky ist mit einem Worte der unehrlichste politische Charakter seiner Zeit.

den Kanzler nicht abließen. Diese Nachricht hatte in der That die gewünschte Wirkung, man faßte sich fortan gemäßigter in den Debatten und beachtete den Kanzler weniger. Zu diesem Umschwung in der allgemeinen Stimmung trug noch ein anderer Umstand nicht wenig bei. Bei den Verhandlungen über die künftige Organisirung der protestantischen Kirche Böhmens war von den Anhängern derselben der Grundsatz aufgestellt worden, daß eine Anzahl von aus ihrer Mitte zu wählenden Vertretern — Defensoren — das Schutzrecht über sie ausüben solle. Es lag in der Absicht der Protestanten, diesen Defensoren möglichst viele und weitgehende Befugnisse, ja selbst eine Art richterlicher Gewalt, einzuräumen, wobei der Landtag als Appellationsinstanz dienen sollte. Für die Katholiken Böhmens war es keineswegs eine angenehme Aussicht in die Zukunft, wenn der Landtag, auf dem sie die entschiedenste Minorität ausmachten, eine richterliche Auktorität in Anspruch nahm. Nun erst bemerkten sie auch an dem Verfahren gegen den Kanzler eine Unregelmäßigkeit, die ihnen früher nicht so scharf aufgefallen war, sie verlangten jetzt mit aller Entschiedenheit, daß Anklagen nur vor dem ordentlichen Gerichte erhoben werden sollten, daß dahin auch die bezüglich des Kanzlers gehöre und daß der Landtag in dieser Angelegenheit zu gleicher Zeit nicht Kläger und Richter sein dürfe.

Die Richtigkeit dieses Einwurfes würde in einem geordneten protestantischen Staatswesen wohl von Niemandem angefochten worden sein, diesmal aber, wo sie den Protestanten Böhmens ein ausgewähltes Opfer zu entziehen drohte, verursachte sie eine gewaltige Aufregung. Budowec erhob sich vor allen und erklärte, der Landtag in Böhmen sei der Ausfluß alles Rechtes, er gebe dem Lande Gesetze, wähle den König und stehe über den Gerichten, seine Auktorität sei also eine allumfassende. Was richtig und was unrichtig an einer solchen Auffassung der parlamentarischen Machtbefugniß ist, ist in unserer Zeit genügend erkannt worden. Der Oberstburggraf, dem es zunächst oblag, zu antworten, wußte nicht mit dialektischer Schärfe das Unrichtige dieser Theorie zu bekämpfen, dennoch traf er ins Schwarze, als er erklärte, daß er unter solchen Umständen lieber Haus und Hof verkaufen und aus Böhmen wandern würde, ehe er sich bei den gegenwärtigen Glaubensverhältnissen unter das tyrannische Joch eines omnipotenten Landtags, der bald berathende Versammlung, bald Gerichtshof sei, beugen würde. Selbst unter den Protestanten gewann auf diese Bemerkung eine bessere Anschauung wieder die Oberhand und man machte keinen Versuch mehr, die Organisation der böhmischen Gerichte umzugestalten. Die Angelegenheit des Kanzlers trat seitdem in den Hintergrund und der Kaiser publizirte im Vertrauen auf diesen Umschwung der Ge- 6. Okt.



müther das Amnestiedekret, ohne daß die Protestanten bereits eine förmliche Erklärung zu Gunsten des Kanzlers abgegeben hatten.

Als die zweite der ständischen Forderungen, die über die Konsequenzen des Majestätsbriefes hinausging, haben wir oben das Bündniß Böhmens mit Schlesien, dessen Sanktionirung dem Kaiser zugemuthet wurde, bezeichnet. Diese Forderung war, wie sich gleich zeigen wird, theils an und für sich, theils wegen der sie begleitenden Nebenumstände die bedeutsamste.

Man erinnert sich, daß als Mathias seinen Bruder Rudolf angriff, die Schlesier sich mit den Böhmen verbanden, und nicht von der Herrschaft des Kaisers abließen. So wie sie im Jahre 1608 ihr Schicksal an das der Böhmen knüpften, so drängten sie auch jetzt im Verein mit diesen den Kaiser nicht nur zur Gewährung religiöser Freiheit, sondern auch zur Abstellung mannigfacher politischer Beschwerden. Die Fürsten und Stände
6. Mai 1609 Schlesiens schickten aus ihrer Mitte eine Gesandtschaft nach Prag ab, welche an den Kaiser eine lange Reihe von Forderungen zu stellen hatte, unter denen die, welche die Religion betraf, die erste und wichtigste war. Als die Gesandten in Prag anlangten, wurden sie von den Böhmen als willkommene Bundesgenossen aufgenommen und mit ihnen im Monat Juni, da von Rudolf die Unterzeichnung des Majestätsbriefes beharrlich verweigert wurde, ein Bündniß zur gegenseitigen bewaffneten Hilfeleistung abgeschlossen. Nachdem der Majestätsbrief ertheilt worden, war dieses Bündniß zwecklos geworden, nichtsdestoweniger beschloßen die Böhmen dasselbe nicht aufzugeben, sondern auch für die Zukunft aufrecht zu erhalten. Nach ihrer Absicht sollte es gegen Jedermann gekehrt sein, der sie in der freien Uebung ihres Glaubens beeinträchtigen würde, der Kaiser selbst aber sollte dasselbe bestätigen und so sanktioniren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Böhmen hierin das Štěrboholer Bündniß, welches die Ungarn, Mährer und Oesterreicher verband, nachahmten, nur mit dem Unterschiede, daß sie es offen abschloßen, während der Štěrboholer Bund ein Geheimbund war.

In wie weit Anhalt seit seiner Anwesenheit in Prag die Protestanten in ihrem Entschluße, das schlesische Bündniß aufrecht zu erhalten, bestärkt hatte, ob er vielleicht hiebei wie bei der Fortsetzung der Rüstungen den Ausschlag gegeben, ist uns nicht näher bekannt. Wir wissen nur so viel, daß ihm der Abschluß eines Bündnisses wie das erwähnte im höchsten Grade genehm war, weil er darin die Gelegenheit ersah den Böhmen auch eine Verbindung mit der Union mundgerecht zu machen. Wie er überhaupt in allen seinen Plänen großartig und kühn war, so glaubte er auch mit den Böhmen nicht bloß die Schlesier, sondern auch die Mährer, Oesterreicher und Ungarn zu gewinnen. Die Gastereien, zu denen er Tag für

Tag in Prag geladen wurde, benützte er, um für seinen Plan Propaganda zu machen.*) Nach seiner Meinung sollten die Böhmen ihren Bund nicht auf die Schlesier allein beschränken, sondern denselben auch auf die Theilnehmer des Štěrboholer Bündnisses erweitern und allesammt sollten sie dann in die deutsche Union eintreten. Dieser Plan scheiterte jedoch an der Abneigung der Böhmen gegen eine Verbindung mit Ungarn. Die habsburgischen Herrscher hatten als Könige von Ungarn ein Interesse dies Land gegen die Türken zu sichern und der Vertheidigung große Opfer zu bringen, geringer war aber das Interesse bei den Böhmen, denen eine Verbindung mit Ungarn gleichbedeutend mit einer jährlich zu zahlenden Türkensteuer war.**) Als Anhalt sich über die Sachlage belehrt hatte, beschloß er die Štěrboholer Verbündeten außer dem Spiel zu lassen und nur die Verbindung Böhmens und Schlesiens mit der Union zu versuchen. Zuerst wendete er sich an die Abgeordneten Schlesiens und suchte ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß ihr Bündniß mit Böhmen so lange nicht im Stande sei seiner Aufgabe zu genügen, so lange es nicht eine Stütze an der Union fände, und forderte sie deshalb auf, mit der letztern in eine vertragsmäßige Verbindung zu treten, deren Bedingungen Anhalt bereits seit längerer Zeit entworfen hatte und vorwies.***) Die schlesischen Gesandten lehnten seinen Antrag nicht ab, erklärten jedoch, daß sie ohne ein gleichzeitiges Einverständniß mit den Böhmen nichts thun könnten. Nun begann Anhalt theils selbst, theils mit Hilfe des pfälzischen Rathes Camerarius, der ins Geheimniß gezogen wurde, Verhandlungen mit den letztern und namentlich mit Budowec, der, nachdem er anfänglich einige Bedenken geäußert hatte, es über sich nahm, bei seinen Gesinnungsgenossen die Vertretung des vorgeschlagenen Bündnisses zu übernehmen. An Geneigtheit zu einer engeren Verbindung mit der Union fehlte es in Böhmen nicht, dennoch kam dieselbe nicht zu Stande. Als Budowec seinen Freunden die Vorschläge Anhalts mittheilte, fanden sie wohl allgemeinen Beifall, allein man entgegnete, daß man, ohne den Kaiser auf das äußerste zu reizen, im Landtage die Berathung eines solchen Bündnisses nicht vornehmen könne. Man sieht, Anhalt ging in seiner Kühnheit so weit, daß er die Böhmen und Schlesier zu einem offenkundigen Bund mit der Union drängen wollte, wohl überzeugt, daß dann der ersehnte Bruch mit dem

---

*) Münchner Reichsarchiv XV/2, 191. Bodenius an Max von Baiern ddo. 19. Sept. 1609.

**) Bernburger Archiv Reg. I. F. 1. 226/185. Anhalt an Tschernembl ddo. 6/10. Juli 1609.

***) Münchner Staatsarchiv 343/10, 131.

Kaiser erfolgen müsse. Da aber die Böhmen zu große Scheu vor einem derartigen allgemein bekannten Bündniß an den Tag legten, so gab Anhalt, um sich ja nicht die Gelegenheit entschlüpfen zu lassen, auch hierin nach und schlug einen Geheimbund vor, allein auch dazu versagte die Mehrzahl von Budowec's Freunden ihre Mitwirkung. Alles, was Anhalt zuwege brachte, war, daß ihm sowohl von Seite der Böhmen wie von Seite der Schlesier das Versprechen gegeben wurde, man wolle durch einzelne Männer — von Seite Schlesiens durch die Mitwirkung des Markgrafen Georg von Brandenburg — mit der Union vertrauliche Beziehungen unterhalten, die ihrer Zeit zu einem formellen Bündniß führen konnten.

Verstehen wir recht die Gründe, welche die Böhmen zu einer solchen Zurückhaltung trieben, so lagen sie einerseits in dem Umstand, daß die Mehrzahl der Protestanten im entscheidenden Momente Scheu vor einem sichtlich revolutionären Schritt empfand, andererseits in der Ueberzeugung der Parteiführer, daß nach dem in nicht weiter Ferne stehenden Tod des Kaisers eine bessere Gelegenheit zur Realisirung der an ein solches Bündniß sich knüpfenden Konsequenzen vorhanden sein werde. Das Bündniß war gleichbedeutend einem Bruche mit der Dynastie Habsburg und leichter schien derselbe nach Rudolfs Tode durchzuführen. Daß unsere Erklärung der Wahrheit nicht fern liegt, ergibt sich aus dem Umstand, daß Anhalt um diese Zeit von seinen böhmischen Freunden, namentlich aber von Rosenberg aufgefordert wurde, sich um das Inkolat oder die Landstandschaft in Böhmen zu bewerben.*) Der tiefere Grund dieses Vorschlags liegt auf der Hand. Gehörte Anhalt zu dem Adel Böhmens, so konnte er ungehindert an die Spitze der ständischen Opposition treten und nach Rudolfs Tode gleich Georg von Poděbrad die Krone des Landes erringen. Daß Mathias bereits die Zusicherung der Nachfolge erhalten hatte, mochte keineswegs für ein unüberwindliches Hinderniß gelten. Anhalt, dem dieser Vorschlag nicht mißfiel, wagte gleichwohl keinen Schritt zu seiner Verwirklichung zu thun, bevor er nicht die Meinung Karls von Žerotin eingeholt hatte. Dieser, der die Tragweite und Endabsicht des Vorschlags wohl erkannte, erwiderte, daß es sich bei demselben zunächst nur um die Krone Böhmens handeln könne. Da Žerotin nicht der Mann war, der die Ordnung der österreichischen Verhältnisse auf dem Wege des Umsturzes wie Anhalt suchte, riet er demselben die Bewerbung um die böhmische Landstandschaft ab, fügte aber zu seiner Beschwichtigung bei, daß, wo es sich um den Thron handle, der Mangel des Inkolats weiter in keine Betrachtung kommen würde.**) Anhalt, der Žerotins Meinung

*) Bernburger Archiv F. 1, 231/5. Anhalt an Žerotin ddo. 16/26. Sept. 1609.

**) Bernburger Archiv Reg. I. F. 1, 231/29. Žerotin an Anhalt ddo. Brünn, 31. Okt. 1609.

in der Hoffnung eingeholt hatte, daß er Rosenbergs Vorschlag billigen werde, fand es nicht gerathen, seinem mißbilligenden Ausspruch entgegen zu handeln.

Die Sachlage war also diese: die Böhmen wiesen die unmittelbare Verbindung mit der Union ab, bei den Verhandlungen hierüber waren aber zwischen den Parteihäuptern und Anhalt Erklärungen gewechselt worden, aus denen hervorging, daß erstere in der nächsten Zukunft entscheidenden Schritten gegen die Habsburger nicht abhold seien, letzterer aber seine stete Mitwirkung in Aussicht stellte. Der Krone Böhmens wurde hiebei als eines freivergeblichen Gutes in mehr oder weniger positiven Ausdrücken gedacht und Anhalt als derjenige bezeichnet, der in Georgs von Podėbrad Fußstapfen treten könnte. Bei diesen allgemeinen Versicherungen und Vertröstungen auf die Zukunft verblieb es aber und die Böhmen nahmen darauf die weiteren Verhandlungen über das schlesische Bündniß wieder energisch in die Hand. Sie verlangten wiederholt und in immer drängenderer Weise vom Kaiser die Bestätigung desselben und als dieser hievon begreiflicherweise nichts wissen wollte, bestimmten sie, daß dasselbe auch ohne die königliche Sanktion giltig und rechtsbeständig sein solle. In der Landtafel wurde von ihnen die Erklärung eingetragen, daß, nachdem sie sich überzeugt hätten, der Kaiser werde ihr Bündniß nicht bestätigen, ohne dafür seine Gründe anzugeben, sie ihrerseits auch ohne diese Bestätigung das Bündniß mit Schlesien als giltig und verbindlich ansähen. Sie würden den Defensoren die Vollmacht übertragen, allen Forderungen des Bündnisses gerecht zu werden und, wenn es nöthig sein sollte, Geldsummen in jedem Betrage im Namen der Stände auszuleihen. Leicht konnte man meinen, daß dieser seinem Inhalt nach vollständig auf revolutionärer Bahn sich bewegende Beschluß zu einem Bruch mit dem Kaiser führen müßte. Allein er blieb ohne weitere Folgen, der Kaiser begnügte sich mit seiner Nichtbestätigung und die Böhmen mit der Eintragung in die Landtafel. 26 Aug.

Hatte der Kaiser dem Bündniß seine Sanktion verweigert, so ertheilte er doch den Schlesiern, wie das nicht zu umgehen war, einen Majestätsbrief auf das freie Bekenntniß der Augsburgischen Konfession. Gleiche Privilegien wurden den Ständen der beiden Lausitze, der Grafschaft Glatz und des Egerer Kreises, die für sich gesonderte Staatsgebiete bildeten, zu Theil. So war der Protestantismus in allen von Rudolf und Mathias beherrschten Ländern zu einer mehr oder weniger unbeschränkten gesetzlichen Anerkennung gelangt. Die Katholiken bildeten überall eine wenig zahlreiche Minorität, die ihre Existenz fast nur der besondern Stellung, die sie zu ihren Fürsten einnahm, zu danken schien.



Bevor wir auf die Erörterung der Forderungen, die wir für natürliche Konsequenzen des Majestätsbriefes erklärt haben, eingehen, müssen wir noch eines interessanten Umstandes gedenken. Wir erwähnten, daß die Schlesier ihre Gesandten mit mehreren Aufträgen nach Prag abgeordnet hatten. War derjenige, welcher die Religion betraf, für den Augenblick auch der wichtigste, so waren einige der andern doch auch von hervorragender Tragweite, denn ihre Tendenz ging dahin, das Band zu lösen, welches Schlesien bis dahin an Böhmen knüpfte. Die Krone Böhmens, eine Bezeichnung, mit der man figürlich Böhmen und seine Nebenländer umfaßte, war, wenn Schlesiens Forderungen durchgingen, dem Verfalle preisgegeben. Der Sinn dieser Behauptung wird durch die folgende Mittheilung klar.

Daß es zwischen den Ländern der böhmischen Krone nie eine so innige Verbindung gab, wie sie heutzutage zwischen den Unterthanen eines und desselben Herrschers regelmäßig besteht, wird Niemanden bei einiger Kenntniß der mittelalterlichen Verhältnisse befremden, war es ja doch in andern Staaten ebensowenig der Fall. Das Band der Zusammengehörigkeit war hier noch überdies durch verschiedene Ereignisse, namentlich die Husitenkriege und die Fremdherrschaft des ungarischen Königs Mathias, der Mähren, Schlesien und die Lausitze eilf Jahre lang getrennt von Böhmen besaß, gelockert. Von den Böhmen war die Bildung des böhmischen Staates ausgegangen, der Vortheil hievon war ihnen in der Form mannigfacher Prärogative, die sie über die Nebenländer besaßen, zu Theil geworden. Daß diese Prärogative einen gewaltigen Stoß erleiden mußten, wenn die Herrschaft Böhmens während längerer Zeit unterbrochen oder durch eine Fremdherrschaft ersetzt wurde, ist leicht begreiflich, und schon zu Ferdinands I Zeiten wurde von Seite Schlesiens ein heftiger Protest gegen das bis dahin von den Böhmen stets allein geübte Recht, den gemeinsamen König zu wählen, erhoben. Seit der Zeit ergoßen sich neben den Schlesiern auch die Mährer in öfter wiederholten Klagen, in denen sie sich gegen den Einfluß, welchen die Böhmen auf die schlesische und mährische Verwaltung besaßen und gegen die Ehrenrechte, welche dieselben für sich in Anspruch nahmen oder gegen die von ihnen ununterbrochen allein ausgeübten Königswahlen erhoben. Diese Klagen wurden von den Böhmen nie weiter gewürdigt, noch weniger ihnen abgeholfen, das was ihnen allein die Spitze abgebrochen hätte, nämlich eine so innige Verschmelzung der Interessen sämmtlicher Länder der böhmischen Krone, wie sie etwa durch Errichtung eines gemeinsamen Jahr aus Jahr ein zu berufenden Parlaments, durch Schaffung eines einzigen obersten Gerichtshofes oder einer einheitlichen Verwaltung zu Stande gekommen wäre und bei der, dann nicht



von der Herrschaft eines Theiles über den andern, sondern aller über alle die Rede sein konnte, das lag nicht im Geiste des 16. Jahrhunderts, welches nach dem Beispiele des Mittelalters die Macht in kleinere Kreise zu zerlegen beliebte und nicht das Getheilte vereinte. So blieb es also beim Alten, da die Böhmen nicht nachzugeben bereit waren und die Herrscher aus dem Hause Habsburg, zu sehr durch den Türkenkrieg in Anspruch genommen, der Lösung so heiklicher Fragen um so mehr aus dem Wege gingen, als sie eher auf Seite der Böhmen als ihrer Gegner standen.

Es liegt auf der Hand, daß die Vorgänge im Jahre 1608 auch in dieser Angelegenheit von Bedeutung sein mußten; wer konnte hindern, daß die Revolution, die zunächst gegen den Kaiser gerichtet war, sich nicht auch gegen ein Volk richtete? In der That war dies auf Seite der Mährer der Fall; als sie sich mit Mathias verbanden, thaten sie dies nicht allein um die Herrschaft des Kaisers abzuschütteln, sondern auch ihr freies Bestimmungsrecht gegen Böhmen zu wahren und diesem Lande gegenüber eine beigeordnete und nicht eine untergeordnete Stellung in Anspruch zu nehmen. Zwar die Böhmen, als sie in die Trennung von Mähren willigten, thaten es nur unter dem Vorbehalte, daß dieses später wieder mit ihrer Krone und zwar unter den gleichen Bedingungen, wie von Alters her verbunden würde, aber es war dies im Augenblicke wenig mehr als eine Phrase, das alte Verhältniß zwischen Böhmen und Mähren war definitiv gelöst und die Zukunft mußte über die Bedingungen der Wiedervereinigung entscheiden. — Es blieb jetzt Schlesien, das von Böhmen nicht abließ und sich Mathias nicht zugesellte, aber nichtsdestoweniger, um uns eines modernen aber hier bezeichnenden Ausdruckes zu bedienen, eine Revision seines Vertragsverhältnisses zu Böhmen verlangte. Bei den Verhandlungen, die zum Vertrage von Lieben (1608) führten, hatten die Schlesier keine Zeit ihre Forderungen durchzusetzen, als sie aber im Mai 1609 ihre Vertreter nach Prag abordneten, trugen sie ihnen nicht nur die Besorgung der religiösen Angelegenheiten, sondern eine Neugestaltung des Verhältnisses auf, das Böhmen und Schlesien verband.

In welcher Weise sie es mit der Neugestaltung dieses Verhältnisses meinten, ergibt sich aus der Auffassung desselben als eines beigeordneten und nicht untergeordneten. Schlesien, so hieß es in der von den Ständen und Fürsten des Landes dem nach Prag abgeschickten Gesandten mitgegebenen Instruktion, ist in freiwilligen Verband mit Böhmen getreten, ist diesem Lande nicht unter-, sondern beigeordnet. Wiewohl diese Behauptung, die einzelnen Theile Schlesiens seien freiwillig in Verbindung mit der Krone Böhmens getreten und es habe ursprünglich ein koordinirtes und nicht ein subordinirtes Verhältniß bestanden, nicht die historische Unter-

suchung auszuhalten vermag, so war es in diesem Momente weniger wichtig, ob die geschichtlichen Behauptungen der Schlesier richtig als vielmehr ob die Böhmen mächtig genug seien, solchen Ansprüchen unverweilt zu begegnen. Da die Schlesier ihr Verhältniß als ein koordinirtes auffaßten, so verlangten sie 1. zu allen künftigen Königswahlen berufen zu werden, weil sie sonst durch eine fernere Mißachtung ihres Rechtes zu einem entscheidenden Gegenschritt gezwungen würden *); 2. die vollständige Trennung der schlesischen Verwaltung von der böhmischen in der Art, daß fortan nie ein Gegenstand, der Schlesien allein anging, von böhmischen Räthen verhandelt würde; 3. die Herausgabe der in Karlstein befindlichen und auf Schlesien allein bezüglichen Privilegien; 4. die Unabhängigkeit Schlesiens von jedem böhmischen Gerichte und 5. die Beschränkung der Wirksamkeit des obersten Kanzlers auf Böhmen und Ernennung eines schlesischen Vicekanzlers als Vorstandes der königlichen Kanzlei für Schlesien. Die letztere Forderung war die weitgehendste. Der oberste Kanzler von Böhmen war gewissermaßen der Staatsminister für sämmtliche böhmische Kronländer, allerdings mit dem beschränkten Wirkungskreise, wie ihn jene Zeit mit sich brachte; durch seine Vermittlung äußerte sich der Einfluß der königlichen Gewalt auf die Unterthanen in ihrer Gesammtheit oder im Einzelnen. Da grundsätzlich bestimmt war, daß der Kanzler ein Böhme sein müsse, so war der Wirkungskreis desselben eine privilegirte Domäne der Böhmen. Dadurch daß die Schlesier den Kanzler von ihren Angelegenheiten vollständig fern halten wollten, gedachten sie sich von jeder Einflußnahme Böhmens zu emanzipiren. Der einzige Vorzug, den sie dem Stammlande der böhmischen Monarchie zuerkennen wollten, war der, daß der Kanzler Böhmens allein diesen Titel tragen solle, der ihrige dagegen nur den eines Vicekanzlers bei übrigens völlig gleichem Wirkungskreise führen solle.

Die Tragweite der schlesischen Forderungen unterliegt keinem Zweifel, sie war aber nicht bloß an sich von großer Bedeutung, sie mußte auch unausweichlich große Konsequenzen in Mähren und den Lausitzen nach sich

*) Sie würden, heißt es in der an den Kaiser gerichteten Darstellung der schlesischen Gravamina, gezwungen sein „per contrarios actus in künfftig ihr possesorium zu erhalten." Man sieht also, sie drohten förmlich mit einer Gegenwahl. Die Darstellung der schlesischen Verhältnisse entnehmen wir aus Originalakten, die im böhmischen Statthaltereiarchiv unter der Signatur L. 34 enthalten sind und zwar: Instruktion der schlesischen Fürsten und Stände für die nach Prag reisenden Gesandten ddto. 6. Mai 1609, dann die dem Kaiser im Juli 1609 auf Grund dieser Instruktien überreichte Beschwerdeschrift, endlich die kaiserliche Resolution ddo. 6. Nov. 1609.

ziehen. Wenn Mähren wieder einmal an Böhmen zurückfiel, so stand mit Gewißheit zu erwarten, daß es für sich eine gleich freie Stellung wie Schlesien werde in Anspruch nehmen wollen und falls dieses mit seinen Forderungen noch nicht durchgedrungen war, daß es sich mit Schlesien zur Erlangung derselben verbinden werde. Daß die Lausitze nicht zurückbleiben würden, war eben so wenig zu bezweifeln. In der That entwickelte sich alles in der Weise, wie wir dies hier andeuten. — Als dem Kaiser die schlesischen Beschwerden überreicht wurden, gab er nur bezüglich der freien Religionsübung, wie er nicht anders konnte, nach, bezüglich der andern staatsrechtlichen Angelegenheiten ertheilte er erst nach mehreren Monaten seine gewöhnliche ausweichende Antwort. Man wundere sich nicht über 6 Nov.
eine solche Schonung der Böhmen in einer Zeit, wo er ihnen nicht 1609
gerade zum Dank verpflichtet war. Abgesehen davon, daß er unter dem Einflusse böhmischer Rathgeber namentlich des Kanzlers handelte, mußte ein böhmischer König es wohl überlegen, ob er eine solche Auflösung der bisherigen staatsrechtlichen Verhältnisse unterstützen solle oder nicht. Die Schlesier wurden also für diesmal abgewiesen, aber im Jahre 1611 erneuerten sie, unterstützt von den Mährern und Lausitzern, denselben Versuch und die weitere Erzählung wird zeigen mit welchem Erfolg.

Während die Angelegenheiten wegen des schlesischen Bündnisses und der Entfernung des Kanzlers von den Protestanten eifrig betrieben wurden, stellten sie zugleich am Landtag eine Reihe anderer Forderungen, die wir als Konsequenzen des Majestätsbriefes bezeichnet haben. Sie betrafen 1. die Gleichstellung der Katholiken und Protestanten im Amte und Gerichte, 2. die Festsetzung der Machtbefugnisse der Defensoren und endlich 3. die Anerkennung der von den Protestanten für ihr neuerrichtetes Konsistorium und für die reorganisirte Universität festgesetzten Ordnung.

Was den ersten Punkt betrifft, so verlangten die Protestanten, daß fortan bei Besetzung der obersten Aemter auf sie eine gleiche Rücksicht wie auf die Katholiken genommen werde, in dem Landrechte aber, dem ersten Gerichte des Landes, die Mitglieder zur Hälfte aus ihrer Mitte, zur Hälfte aus den Katholiken entnommen würden. Gewiß war bei den damaligen Verhältnissen eine solche Gleichstellung der Parteien die einzige Garantie für die gleichmäßige Anerkennung des gegenseitigen Rechtes und sonach das Verlangen der Protestanten ein billiges. Der Kaiser war aber nicht bereit in diesem Punkt nachzugeben und der Oberstburggraf gab in seinem Namen nur das Versprechen ab, daß bei Besetzung von Aemtern die Protestanten möglichst berücksichtigt werden sollten. Merkwürdigerweise begnügten sich diese, die doch sonst mit Hartnäckigkeit an unbilligen oder staatsgefährlichen Forderungen festhielten, mit dieser unsicheren Vertröstung.

Vielleicht trug hiezu die weitere Erklärung des Oberstburggrafen bei, daß der Kaiser Religionsangelegenheiten der Kompetenz der bisherigen Gerichte entziehen und hiefür einen Spezialgerichtshof, zur Hälfte aus Katholiken zur Hälfte aus Protestanten bestehend, errichten wolle. Es ist uns nicht bekannt, ob dieser Gerichtshof in der That je zu Stande kam, für den Augenblick scheint aber dies Versprechen eine beruhigende Wirkung gehabt zu haben.

Was die Festsetzung der Machtbefugnisse der Defensoren betrifft, so hatte es damit folgendes Bewandtniß. Schon bei Gelegenheit der Ertheilung des Majestätsbriefes war bestimmt worden, daß die Protestanten die Leitung ihrer Kirchenbehörde, des Konsistoriums, und ihrer Universität in die Hand nehmen sollten. Da sie es jedoch nicht in ihrer Gesammtheit thun konnten, so sollte ein Ausschuß aus ihrer Mitte, dessen Mitglieder den Titel Defensoren führen sollten, mit dieser Sorge sich befassen. Es lag nun in der Absicht der Protestanten möglichst weitgehende Befugnisse in die Hand der Defensoren zu legen. So hatten sie bei Gelegenheit der Verhandlungen über das schlesische Bündniß denselben trotz alles Widerstandes von Seite des Kaisers die Vollmacht ertheilt, im Falle der Noth Truppen zu werben und Geld aufzunehmen, um den Verpflichtungen des erwähnten Bündnisses nachzukommen. Jetzt wollten sie auch mit Umgehung eines Artikels der Landesordnung, der unter hoher Strafe die Berufung eines allgemeinen oder Partiallandtags ohne Genehmigung des Königs verbot, den Defensoren die Befugniß ertheilen, die Protestanten zu einem Separatlandtage nach Prag zu berufen, wenn sie es im Interesse ihrer Partei bei einer etwaigen Rechtsverkürzung für nothwendig halten sollten. Gegen diese Befugniß zur Berufung von Rumpflandtagen erhoben sich die Katholiken energisch. Nach langen Verhandlungen wollten sie den Defensoren nur gestatten, etwaige Klagen bei den obersten Beamten und dem Landrechte in Prag anhängig machen zu dürfen, im Falle der Landtag nicht tagen sollte. Die Protestanten begnügten sich aber nicht mit diesem Zugeständnisse und ihre Beharrlichkeit führte sie zu einem theilweisen Siege. Rudolf gestattete mit Zustimmung der Katholiken, daß, wenn es sich um wichtige protestantische Angelegenheiten handeln würde, welche von den Defensoren nicht allein entschieden werden könnten, und ein Aufschub bis zur Zusammenkunft eines Landtags nicht zulässig wäre, diese befugt sein sollten, Vertreter aller böhmischen Kreise und zwar sechs aus jedem einzelnen sammt den in Prag anwesenden protestantischen Mitgliedern des Landrechts, des Kammergerichts u. s. w. zu einer gemeinschaftlichen Berathung zu berufen. Doch dürfte kein Gegenstand verhandelt werden, der irgendwie die katholischen Interessen berühren könnte, sondern die Ver-



handlungen müßten einzig und allein auf die protestantischen Angelegenheiten beschränkt bleiben. Gegenstände gemischter Natur blieben der Kompetenz des Landtags oder des zu bildenden Spezialgerichtshofes vorbehalten. Gegen die Rechte, welche die Protestanten den Defensoren über das Konsistorium und die Universität einräumten, erhoben weder der Kaiser noch die Katholiken einen Widerspruch.

Was die Anerkennung der neuen Einrichtung betrifft, welche die Protestanten dem Konsistorium und der Universität zu geben für gut fanden, so hatte es damit von Seite der Katholiken und des Kaisers keine Schwierigkeit, desto schwieriger war aber für die Protestanten selbst die Festsetzung dieser neuen Ordnung, weil sich hiebei der Gegensatz zwischen den verschiedenen Glaubensparteien, welche sich mit der gemeinschaftlichen Annahme der durch den Majestätsbrief allein bewilligten böhmischen Konfession deckten, ohne doch wahrhaft eins zu sein, mitunter in schroffer Weise kundgab. Eine kurze Schilderung der unter den Protestanten deshalb geführten Verhandlungen wird zur Begründung unserer Angaben hinreichen.

Es war bestimmt worden, daß es fortan im Lande nur zwei Kirchenbehörden zu geben habe: den Erzbischof für die Katholiken, das Konsistorium für die Anhänger der böhmischen Konfession. Bis jetzt hatten alle protestantischen Parteien vom Kaiser die Gewährung dieser Konfession verlangt und sie war ihnen unter der Bedingung ertheilt worden, daß sie den Katholiken gegenüber nur eine einzige Kirchengemeinde bilden folglich nur einer einzigen Behörde, dem von ihnen zu besetzenden Konsistorium unterthan sein sollten. Es war aber jedermann bekannt, daß unter den Protestanten keine solche Einigkeit herrsche, wie sie eine einheitliche kirchliche Behörde voraussetzt. Im Gegentheil, man unterschied bei ihnen drei Parteien, die von einander nicht wenig verschieden waren. Die erste von ihnen waren die eigentlichen Anhänger der böhmischen Konfession, die Utraquisten, wie sie sich noch immer in altherkömmlicher Weise bezeichneten, obwohl sie sich definitiv vom Altutraquismus losgesagt hatten. Zu ihnen gehörte die Masse des böhmischen Volkes, an 70 Perzent der Bevölkerung des Landes. Die zweite Partei waren die böhmischen Brüder. Sie hatten sich dem Begehren nach der Freigebung der böhmischen Konfession angeschlossen und damit erklärt, daß sie mit den Utraquisten dogmatisch geeint seien. Man bezweifelte aber in Böhmen und mit Grund, daß sie ihre bisherige kirchliche Einrichtung, welche bereits an 150 Jahre alt war, aufgeben würden, um sich einem Kirchenregimente anzuschließen, über das erst Berathungen, bei denen sie gewiß nicht die entscheidende Stimme führen würden, gehalten werden sollten. Zu diesen zwei Parteien



gesellte sich noch eine dritte, die der eigentlichen Lutheraner. Sie waren wenig zahlreich und nur an den deutschen Grenzen des Landes verbreitet, von ihnen war es sowohl zweifelhaft, ob sie die Augustana zu Gunsten der weniger berühmten Konfession aufgeben, als auch, ob sie sich einem Kirchenregiment unterwerfen würden, das sie vollständig von Wittenberg trennen mußte.

Uebersieht man nicht, wie lebendig die religiösen Gegensätze im Anfange des 17. Jahrhunderts waren, so wird man leicht die Spannung begreifen, mit welcher man in Böhmen den Berathungen über die Einrichtung des Konsistoriums und über eine etwa herzustellende einheitliche Gottesdienstordnung entgegensah. Die Katholiken dachten nicht anders, als daß unter ihren Gegnern selbst ein Riß entstehen müßte, der dieselben um die Frucht ihrer Bemühungen bringen würde, denn sie erwarteten, daß die Majorität nach möglichster Uniformität in allen Einrichtungen trachten, weder den Brüdern noch den Lutheranern, welche beide nur eine verschwindend kleine Minorität ausmachten, einen Rest von Selbstständigkeit gönnen und dadurch einen Kampf veranlassen würde, der zu ihrer gegenseitigen Zerfleischung führen konnte. Diese Annahme wäre wohl durch die Ereignisse gerechtfertigt worden, wenn nicht ein Mann wie Budowec an der Spitze der ganzen Bewegung gestanden wäre, der, selbst der Minorität angehörend, zum voraus dafür sorgte, daß diese in dem neuzubauenden Hause eine bequeme Wohnung finde. Und in der That seine Vorsorge machte sich frühzeitig geltend. Da die Stände füglich nicht selbst die neue Kirchenordnung berathen konnten, so beschlossen sie damit eine Kommission, bestehend aus Geistlichen und Mitgliedern der Prager Universität, zu betrauen. In der Art der Zusammensetzung derselben zeigt sich bereits der Einfluß von Budowec und seinen Freunden. In die Kommission wurden acht Utraquisten und zwar vier Prager Pfarrer und vier Professoren, dann vier Brüder und fünf Lutheraner im ganzen 17 Personen gewählt. Der Umstand, daß die Brüder mit den Lutheranern die Majorität hatten, sicherte sie vor einer Vergewaltigung, die beiden gleich verhaßt war.

30. Juli 1609 Zwei Tage vor dem Beginn der Kommissionsberathungen erschien im Universitätsgebäude der letzte Administrator des altutraquistischen Konsistoriums und überreichte den Professoren die Amtsakten der nunmehr begrabenen Behörde. So ohne Sang und Klang wurden die Kompaktaten, um deren Bestätigung sich die Böhmen so lange und so vergeblich bemüht hatten, begraben. In den darauffolgenden Berathungen der Organisirungskommission wurde ohne jeden Streit die böhmische Konfession als gemeinschaftlicher Glaubensausdruck angenommen. Damit gaben die Lutheraner



von vornherein in diesem wichtigen Punkte nach, während die Brüder in dieser Beziehung nur bestätigten, was sie im Jahre 1575 und jetzt erklärt hatten, daß nämlich die böhmische Konfession ihre volle Beistimmung habe. Die Berathungen konnten schnell auf andere Gegenstände übergehen. Vier Punkte bedurften vor allem einer genauen Erörterung, einte man sich auch in ihnen, so war für die böhmischen Protestanten vorläufig nichts zu fürchten. Diese Punkte betrafen die kirchlichen Ceremonien, die geistliche Ordination, die Disziplin und die Zusammensetzung des Konsistoriums.

Als die Berathungen über die Ceremonien begannen, zeigten sich die Meinungen nicht getheilt, weil die gottesdienstliche Form bei den Brüdern so ziemlich der lutherischen gleichkam und diese bei den Kommissionsmitgliedern volle Anerkennung fand. Ein erbitterter Streit brach aber aus, als man auf die Kirchenkleidung, die als ein Theil der Ceremonien aufgefaßt wurde, zu sprechen kam. Die Utraquisten und Lutheraner der Kommission verlangten mit Entschiedenheit, daß sich der Priester bei dem Gottesdienste einer eigenen Kleidung namentlich der weißen Rochette bediene, was mit gleicher Entschiedenheit von den Brüdern verworfen wurde. Der Streit wurde bald so heftig, daß kaum auf eine Einigung weder in diesen noch in anderen Punkten zu hoffen war, namentlich nicht in Bezug auf die Ordination. Die Utraquisten verlangten nämlich, die Ordination solle allein von dem neu einzurichtenden Konsistorium ausgehen. Durch eine solche Bestimmung sahen sich die Brüder unmittelbar bedroht, denn da sie noch nicht wußten, ob ihnen eine Vertretung in dem Konsistorium eingeräumt werden würde, konnten sie befürchten, daß durch das Mittel der Ordination ihren Gemeinden allmälig solche Vorsteher aufgedrängt würden, welche mit Hintansetzung aller alten den Brüdern theueren Gewohnheiten und Uebungen nur trachten würden, sie mit der Masse der Utraquisten zu verbinden. Die Berathungen machten keinen Schritt vorwärts, man hatte die Kluft, welche zwischen den Parteien in einigen wichtigen Punkten obwaltete, konstatirt, aber kein Mittel ausfindig gemacht, sie auszufüllen.

Würden die Berathungen in dieser Weise weiter geführt worden sein, so hätten sie sich resultatlos zerschlagen und den Zwiespalt unter den Anhängern der böhmischen Konfession offen aufgedeckt. Wok von Rosenberg, der in Wittingau von diesen Zuständen Nachricht erhielt, mahnte die Direktoren dringend in einem Schreiben, sie möchten den Wünschen der Brüder gerecht werden. Schon hatten aber auch die Stände in Prag, von denen ein Theil den Verhandlungen der Kommission als stumme Zuhörer beizuwohnen pflegte, die Ueberzeugung gewonnen, daß sie nicht gut gethan hatten, das Werk der Einigung bloß Priesterhänden anzuvertrauen. Sie



17 Aug. beschlossen daher selbst und zwar am Rathhaus die Berathungen zu beginnen und bevor fünf Tage verflossen waren, ging aus ihrer Mitte ein Einigungsentwurf hervor, der in der That geeignet war, die Brüder, um die es sich vor allem handelte, zu befriedigen.

Vermöge dieses Einigungsentwurfes sollte das Konsistorium, von dem fortan die Leitung des Kirchenwesens in Böhmen auszugehen hatte, aus 12 Mitgliedern bestehen, sechs sollten dem utraquistischen Klerus, drei der Prager Universität und drei den Brüdern angehören. Auf die Lutheraner, die ganz und gar in den Utraquisten aufgingen, wurde also keine Rücksicht genommen. Der Vorsteher des Konsistoriums, der Administrator, sollte stets den Utraquisten entnommen werden, sein Stellvertreter im Falle der Vakanz aber jedesmal einer von den Brüdersenioren sein, die im Konsistorium ihren Sitz hatten. Die Erziehung der Kandidaten des Priesterstandes sollte jede Partei nach ihrem Ermessen leiten dürfen, die Ordination derselben aber nur durch das Konsistorium geschehen und zwar in der Weise, daß dem Ordinanden die Hände sowohl vom Administrator wie von einem der Brüdersenioren aufgelegt würden. Zu Gunsten der Lutheraner wurde zugestanden, daß ein Kandidat, der in Wittenberg ordinirt worden, als giltig ordinirt anzusehen sei, nur sollte er sich einem Examen vor dem Administrator unterziehen, wenn er in der Seelsorge verwendet werden wollte. Bezüglich der Disziplin, die bei den Brüdern heimisch war, wurde bestimmt, daß, wiewohl sie nicht auf die Anhänger der böhmischen Konfession allgemein auszudehnen sei, doch ihre Beibehaltung bei der Unität weder einem Anstand noch einem Tadel unterliegen solle.

Man sieht der Einigungsentwurf nahm eine so tiefgehende Rücksicht auf die Brüder, daß denselben ein engerer Anschluß an die Utraquisten ermöglicht wurde. Eine solche Nachgiebigkeit blieb auf die Brüder nicht ohne Rückwirkung und sie glaubten ihrerseits auch ein Opfer bringen zu müssen. Sie waren jetzt erbötig, ihre bisherige Opposition gegen die Kirchenkleidung, um derentwillen aus dem Werke der Einigung
1609 bald ein Werk der Zwietracht geworden wäre, aufzugeben. Am 22. August war der Einigungsentwurf aus der Hand der Stände hervorgegangen und am 23. August versahen bereits zwei Brüder Cyrus und Korvin, beide Mitglieder des Berathungskomités, unter großem Zulauf den Gottesdienst in der so heftig verworfenen Rochette. So waren alle Differenzen beglichen und es bedurfte nur der Wahl der Konsistorialbeisitzer und der Bestimmung der neuen Gottesdienstordnung, um die protestantische Bewegung zu einem vorläufigen Abschlusse zu bringen.

An der unmittelbaren Besetzung des Konsistoriums wurden die Stände einige Wochen lang durch die Landtagsverhandlungen verhindert, die ihre



Aufmerksamkeit auf andere Punkte lenkten. In der Zwischenzeit gewannen einige von ihnen Muße über das Einigungswerk nachzudenken und statt diesem so eifrig wie früher beizustimmen, fanden sie, daß in demselben den Brüdern überaus große Rechte eingeräumt worden. Graf Andreas Schlick stand an der Spitze dieser neu sich bildenden Opposition und als die Besetzung des Konsistoriums auf Grund des Einigungsentwurfs ernstlich in Angriff genommen wurde, wollte er mit einigen Gesinnungsgenossen nicht weiter an dem Werke sich betheiligen. Er bediente sich dabei des Vorwandes, daß der Kaiser, der den Majestätsbrief nur einer religiösen Gemeinde gegeben, jetzt seines Wortes sich entbunden erachten würde, weil in der That zwei und nicht eine Gemeinde mit dem Majestätsbrief sich decke. Seine Einwände, wiewohl bis zu einem gewissen Grade begründet, wurden zurückgewiesen und er mit seinen Gesinnungsgenossen wieder zur Anerkennung des Einigungsentwurfes vermocht. Die Besetzung des Konsistoriums wurde darauf ohne Säumniß in Angriff genommen. Zu diesem Ende erging eine Einladung an die Geistlichkeit im ganzen Lande nach Prag zu kommen, wo ihr die Wahl dreier Kandidaten für die Administratorswürde aufgetragen wurde. Die Wahlhandlung fand schriftlich statt. 6. Okt.

Bevor die Stände die Untersuchung der abgegebenen Stimmzettel vornahmen, legten sie den versammelten Geistlichen den Entwurf einer neuen Gottesdienstordnung vor. Dieser Entwurf war in dem verflossenen Monat, wahrscheinlich mit Beihilfe einiger Geistlichen, von den Ständen selbst verfaßt worden. Die neue Gottesdienstordnung, so ziemlich der lutherischen gleichkommend, sollte nur für die Utraquisten giltig sein, die Brüder sollten an der ihrigen festhalten dürfen. Zum Beweise, daß die Gottesdienstordnung der Unität der bei den Utraquisten einzuführenden im Wesen gleichkomme, hatten die Brüder eine Beschreibung derselben nach den einzelnen Theilen eingeschickt, sie wurde als Anhang der utraquistischen Gottesdienstordnung beigefügt und sollte fortan für die Brüder bindende Kraft besitzen. Die im Karolinum versammelte Geistlichkeit nahm die Mittheilungen ruhig auf und acceptirte damit von den Ständen nicht bloß die Konsistorialverfassung, sondern auch die Norm für gottesdienstliche Verrichtungen. — Die Untersuchung der Wahlzettel ergab die meisten Stimmen für den Pfarrer am Tein Süd von Semanin, dieser wurde darauf von den Ständen unverweilt als Administrator anerkannt, und neben ihm fünf Pfarrer, welche nach ihm die meisten Stimmen erhalten hatten, als Beisitzer des Konsistoriums proklamirt. Die Unität wählte aus ihrer Mitte drei Mitglieder, etwas später (11. Nov.) wurden von den Defensoren drei Mitglieder des Professorenkollegiums der Universität zu Konsistorialbeisitzern ernannt, und so belief sich die Gesammtzahl derselben auf zwölf. Süd von Semanin war

als Administrator der Präsident, Bruder Cyrus sein Stellvertreter. Alle diese Einrichtungen erlangten die Anerkennung des Kaisers und der Katholiken.

An die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse durch die Stände schloß sich noch die Reorganisation der Universität. Es ist natürlich, daß Veränderungen, die da vorgenommen wurden, nicht so wie die neuen Schöpfungen im Kirchenwesen auffallen konnten, selbst wenn sie wichtiger Natur waren. Sie waren aber nicht einmal dies letztere. Alles in allem beschränkten sich die Reformen auf unwesentliche Aenderungen, welche nicht geeignet waren, der Universität ein frischeres wissenschaftliches Leben einzuhauchen, hob man doch nicht einmal die beschränkende Bedingung auf, welche von sämmtlichen Professoren die Einhaltung des Cölibats forderte. Im Eifer für das Aufblühen der in ihren Mitteln etwas herabgekommenen Anstalt beschlossen die Stände sich eine Steuer aufzulegen und diese zu deren Besten zu verwenden. Es blieb aber nur bei diesem Beschluß, zur Zahlung kam es nie. Später wollten die Stände, um die Universität von der Last der Administration zu befreien, alle ihre Güter verkaufen, aber die Professoren lehnten dies mit kluger Vorsicht ab.

Nachdem die erzählten Einrichtungen theils vollendet theils angebahnt waren, blieb den Ständen nur noch die Wahl der Defensoren übrig, welche über Konsistorium und Universität die Aufsicht nach einer ihnen übergebe-
23 Okt. nen Instruktion führen und den Ständen hiefür verantwortlich sein sollten.
1609. Die Zahl der Defensoren wurde auf 24 bestimmt, je 8 aus einem Stande; als die Wahl vollzogen war, zeigte sich, daß der religiösen Ueberzeugung nach 16 den Utraquisten und 8 den Brüdern angehörten. Es versteht sich, daß Thurn und Budowec sich unter den Gewählten befanden. Schlick, auf den die Wahl auch gefallen war, lehnte dieselbe ab, ließ sich aber später überreden, an die Spitze der Defensoren zu treten. Sein Präsidium war jedoch nicht von langer Dauer. Die ersten Amtshandlungen, die der Administrator unternahm, zeigten von mehreren Verstößen gegen den Einigungsentwurf, auf den er wie alle Konsistorialbeisitzer vereidigt worden war, namentlich hatte er bei einer Ordination, bei welcher der Senior Cyrus zugegen war, diesen nicht aufgefordert, dem Ordinanden die Hände aufzulegen und damit gleich von vornherein gegen die Unität einen herben Verstoß begangen. Als Budowec hiegegen Einsprache erhob und den Administrator zur Rechtfertigung aufforderte, erklärte dieser zu nicht geringer Ueberraschung der Defensoren, daß er so auf Geheiß des Grafen Schlick gehandelt habe. Schlick, der dies nicht läugnen konnte, zog sich von dem Präsidium zurück und der Unität ward nach dem Wunsche Budowec's Genugthuung geleistet. Was Schlick betrifft, so hatte derselbe seinem Widerwillen gegen



eine billige Behandlung der Brüder, wie er dies im Laufe des Jahres 1609 häufig gethan, abermals Ausdruck gegeben. Das Schmähliche dieses Benehmens lag vor allem darin, daß Schlick wiederholt sich hoch und theuer verschwor, es liege ihm der religiöse Friede im Lande am Herzen und er wolle lieber seiner Seligkeit verlustig gehen, ehe er die neue Ordnung verletzen und die Brüder in ihren Rechten angreifen würde. Trotz dieser Versicherungen unterließ er es nicht, den Brüdern hinterrücks ein Bein zu stellen, da er nicht Entschlossenheit genug besaß, ihnen offen entgegenzutreten. Er zeigte schon jetzt jene armselige Unentschlossenheit, die ihn im Jahre 1618 zu einem Werkzeuge Thurn's und zum Gespötte der Parteien machte und dennoch nicht vor dem Schafot bewahrte.

So hatten die Protestanten nachgerade alle ihre Forderungen theils mit theils gegen die Zustimmung des Kaisers zum Beschluß erhoben, und ihre Stellung im Lande von dem unmittelbaren Einflusse des Königs so frei zu machen gewußt, daß sie fast einen Staat im Staate bildeten. Jetzt zögerten sie auch nicht länger auf die Verhandlungen über die königlichen Propositionen einzugehen, die in kurzer Zeit zu Ende berathen wurden. Der Landtag währte bereits beinahe ein Jahr und da die Mehrzahl der Theilnehmer wieder zu ihren gewöhnlichen Beschäftigungen zurückzukehren wünschte, nahmen die Debatten einen raschen Verlauf. Auch die Auflösung der geworbenen Truppen wurde in Angriff genommen. Die Auslagen hiefür betrugen 350000 Schock, deren Bezahlung die Protestanten dem ganzen Lande und folglich auch den Katholiken auflegen wollten. Der Protest, den letztere dagegen erhoben, half nichts, sie mußten sich dem Majoritätsbeschlusse fügen. Dagegen erklärten sich die Protestanten ausdrücklich mit der Belassung des Kanzlers in seinem Amte zufrieden und bestanden auch nicht auf der ursprünglich von ihnen beantragten Landesverweisung des ehemaligen Primas der Prager Altstadt Heidel, den sie als einen Hauptgegner ihres Glaubens verfolgten. Am 23. Februar wurde der Landtag durch die könig- 1610
lichen Kommissäre zur allgemeinen Zufriedenheit geschlossen, nachdem er ein Jahr und 27 Tage gewährt hatte. Am Tage der Auflösung dankten die Direktoren von ihrem Amte ab und legten ihre Machtbefugniß in die Hände ihrer Kommittenten. Diese Auflösung war mehr eine scheinbare als wirkliche, denn thatsächlich traten die Defensoren an ihre Stelle. Kurz vor dem Schlusse hatten die Protestanten noch die Zahl der Konsistorialbeisitzer von 12 auf 14 erhöht, die zwei neu Hinzugetretenen gehörten der utraquistischen Färbung an.

Es erübrigt uns noch zu erzählen, was Anhalt während der übrigen Zeit seines Aufenthaltes in Prag gethan. Das Ende des Landtags wartete er nicht ab, nachdem er im Laufe des Monats September die Ueberzeugung



gewonnen hatte, daß bei der ununterbrochenen Nachgiebigkeit des Kaisers und bei der nach seiner Meinung allzugroßen Unentschlossenheit der Stände die äußere Ruhe in Böhmen nicht gestört werden würde. Er bemühte sich jetzt um so angelegentlicher dem ostensibeln Zweck seiner Reise nach Prag nachzukommen und vom Kaiser eine Antwort auf die Aufträge, mit denen ihn die Union betraut hatte, zu erlangen. Sie betrafen, wie bereits erzählt worden, die Restitution Donauwörths, die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Reichshofraths und die Entfernung derjenigen Räthe aus dem kaiserlichen Kabinete, die den Protestanten besonders feindlich gesinnt waren. Anhalt hatte nach seiner Ankunft in Prag nicht gezögert, bei dem Kaiser die Verhandlung dieser Punkte anzuregen, wiewohl ihn eine rasche Antwort sehr in Verlegenheit gebracht hätte, weil sie ihm die Gelegenheit zu einem längern Aufenthalte in Böhmen und zu seinen geheimen Verhandlungen mit den Protestanten entziehen konnte. Allein er baute auf die erprobte Unentschlossenheit des Kaisers, der ihm überflüssige Muße gewähren würde und hierin hatte er sich nicht verrechnet.

1609 Kaum war nämlich Anhalt am 14. Juli in Prag angelangt, so suchte er durch den Landgrafen von Leuchtenberg bei dem Kaiser um eine Audienz nach. Er erhielt ziemlich rasch die Versicherung, daß ihm eine solche am 24. Juli ertheilt werden würde. Als er sich zu derselben in der Burg einfand, mußte er sich an diesem wie an den folgenden vier Tagen unverrichteter Dinge entfernen, bis er endlich drohte, daß er gleich den Böhmen sich eine Audienz erzwingen wolle. Am 28. ward ihm und seinen Begleitern dieselbe wirklich zu Theil, nicht ohne daß er vorher von dem Landgrafen gemahnt worden wäre, sein Ansuchen möglichst kurz zu fassen und jedenfalls nicht länger als eine halbe Viertelstunde bei dem Kaiser zu bleiben. Unter den Begleitern Anhalts befand sich der pfälzische Rath Camerarius so wie der Vertreter des Kurfürsten von Brandenburg, der vor einigen Tagen wegen der Jülich'schen Angelegenheiten in Prag angelangt war und diese in Gemeinschaft mit den Abgesandten der Union betreiben wollte. Der Kaiser empfing die Gesandten in des Vicekanzlers Strahlendorf Gegenwart und vernahm aus Camerarius' Munde eine kurze Auseinandersetzung der Forderungen der Union; sie betrafen die oben erwähnten drei Punkte, die Restitution Donauwörths, die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes und die Entfernung schlechtgesinnter Personen aus dem kaiserlichen Rathe. Am Schlusse dieser Mittheilung wurde dem Kaiser eine Schrift überreicht, welche diesen dreifachen Gegenstand weitläufig erörterte. Hiemit hatte die Audienz ein Ende, ohne daß es zu irgend welchem Wechselgespräch gekommen wäre; der brandenburgische Gesandte begnügte sich mit der Ueberreichung seiner Kreditive.

Bei der Darstellung der Schwäbisch-Haller Verhandlungen ist mitgetheilt worden, daß die Union keine Lust zeigte, sich in die Jülicher Angelegenheit entschieden einzumengen, so lange der Kurfürst von Brandenburg, einer der Prätendenten um die Jülich'sche Succession, nicht selbst um ihre Unterstützung sich bewarb. Ein wichtiges Ereigniß veranlaßte jedoch die Union diese reservirte Haltung aufzugeben. Erzherzog Leopold war insgeheim nach Jülich abgereist, hatte sich daselbst der Festung bemächtigt Juli 1609
und dadurch die Union zur raschen Thätigkeit vermocht. Anhalt bekam von den Mitgliedern derselben den Auftrag, auch die Jülichische Angelegenheit in den Kreis der Verhandlungen am kaiserlichen Hof zu ziehen und deren Schlichtung im protestantischen Interesse zu verlangen. Diesem Auftrage kam der Fürst nach und ließ dem Kaiser eine Schrift überreichen, in welcher derselbe um Ablassung der von ihm verfügten Sequestration des Jülichischen Erbes und um eine friedliche Entscheidung zu Gunsten der rechtmäßigen Prätendenten ersucht wurde. Zu gleicher Zeit bat Anhalt um eine Privataudienz und erbot sich dabei dem Kaiser jede verlangte Auskunft über diese und andere Angelegenheiten zu geben. Die Privataudienz kaum 14. Aug. 1609
verlangt wurde ihm auch gewährt, und so wie Anhalt diesmal ohne Begleitung erschien, so wurde er auch vom Kaiser ohne die Anwesenheit eines Dritten empfangen. Anhalt eröffnete das Gespräch damit, daß er die Forderungen der Union mit Außerachtlassung der Jülichischen Angelegenheit erörterte und namentlich in eingehender Weise den Kaiser auf die Nothwendigkeit aufmerksam machte, einen Theil seiner Räthe, gegen die das Mißtrauen in Deutschland besonders groß sei, zu entlassen. Aus den spätern Verhandlungen ersieht man, daß damit insbesondere Strahlendorf und Hannewaldt gemeint waren. Als der Kaiser auf diese Auseinandersetzungen bemerkte, es scheine ihm, daß der König von Frankreich sich in die deutschen Angelegenheiten einmischen wolle und Anhalt geradezu frug, ob bereits eine „Konjunktura" zwischen Heinrich und einigen deutschen Fürsten zu Stande gekommen sei, benützte dieser die gebotene Gelegenheit, um die Ursachen der Begründung der Union und ihr Ziel auseinanderzusetzen. Er versicherte, daß die Union aus Anlaß des Bundes, welchen die Erzherzoge im Jahre 1606 zur Beraubung des Kaisers geschlossen hätten, begründet worden (!) und daß ihr Zweck kein anderer sei, als von Deutschland die gewaltsame Unterdrückung fernzuhalten, welche der Kaiser von seinem Bruder erfahren habe. Uebrigens möge der Kaiser wissen, daß der Bund der Erzherzoge nicht ihr eigenes Werk sei, sondern daß der Plan dazu in Madrid und Rom geschmiedet, der Vertrag sobald er zu Stande gekommen, vom Papste unterzeichnet und der Kardinal Melino eigens nach Spanien geschickt worden, um Philipp III zu einem gleichen Schritt zu



bewegen, was auch gelungen sei. Was den König von Frankreich betreffe, so gehe man nicht fehl, wenn man ihm den Plan zuschreibe, Frankreichs Herrschaft auch über Deutschland wie zu Karls d. G. Zeiten auszudehnen; gegen alle diese Angriffe habe der Kaiser keine andere Stütze, als wenn er sich auf das engste den Reichsständen anschließe und jene Rathgeber von sich entferne, die ihm diesen Anschluß widerrieten; der Kaiser sei die Sonne, die alles erleuchten solle, jene bösen Rathgeber dienten zu nichts anderem, als diese Sonne zu verfinstern. Schließlich kam er auch auf die Jülichische Succession zu sprechen und bat, daß die deshalb überreichte Schrift von dem Kaiser eingehend erwogen würde. *)

Von diesem ganzen Zwiegespräch behielt der Kaiser den Eindruck vager Furcht vor Gefahren, die ihm von allen Seiten drohten und er schickte deshalb später den Landgrafen von Leuchtenberg zu Anhalt, um diesen um nähere Angaben über die Pläne Spaniens, Roms und namentlich über das, was er mit der beispielsweisen Anführung Karls des Großen gemeint habe, zu ersuchen. Anhalt fand es für gut, da er nicht mehr den furchtsamen und leichtgläubigen Kaiser vor sich hatte, über seine früheren diplomatischen Enthüllungen mit allgemeinen Behauptungen zu schlüpfen, so daß selbst der Kaiser aus dem Berichte des Landgrafen die Ueberzeugung gewann, Anhalt lege es vor allem darauf an, ihn „zu überlisten und zu betrügen", wie er später gegen seine eigenen Räthe sich ausdrückte.**) Da nach der Audienz Anhalt von Seite des Kaisers keine Antwort auf die verschiedenen Forderungen der Union erhielt, so hätte er um so mehr die Rückreise antreten können, weil er hiezu von seinen Auftraggebern geradezu aufgefordert wurde, da diesen die Kosten der langwierigen Gesandtschaft nachgerade zu groß wurden. Allein Anhalt machte keine Anstalten zur Abreise, sondern benützte den willkommenen Vorwand, den ihm der Kaiser durch die Verzögerung der Antwort bot, um mit den protestantischen Parteihäuptern die oben geschilderten Verhandlungen weiter zu führen. Nachrichten hierüber mögen dem Kaiser in ziemlicher Anzahl und Genauigkeit zugekommen sein und so gewann er es endlich über sich, Schritte zu thun, um seinen gefährlichen Gegner von Prag zu entfernen. Nachdem
4 Sept. er dem Fürsten nochmals eine Audienz bewilligt hatte, wobei es zu keiner andern Auseinandersetzung kam, als daß Anhalt auf einen günstigen Bescheid für die Union drang, versuchte er denselben, so sehr er ihn auch

*) Münchner Staatsarchiv 313—10/38 Bericht an Pfalz-Neuburg ddo. 4/14. Sept. 1609.

**) Münchner Reichsarchiv XV. 2—204. Bodenius an Max von Baiern ddo. 9. Okt. 1609.

hassen mochte, durch vortheilhafte Verheißungen auf seine Seite zu bringen. In Rudolfs Auftrage fand sich der Landgraf von Leuchtenberg bei Anhalt ein und verlangte von ihm, daß er seinen Einfluß zu Gunsten des Kaisers bei den Protestanten verwende und bot ihm hiefür im Namen des Kaisers die Ertheilung eines Lehens, einer Anwartschaft oder die Gewährung irgend eines Wunsches an.*) Anhalts Ehrgeiz ging weiter als nach irgend einer noch so glänzenden Gunstbezeugung des Kaisers und er lehnte deshalb unter höflichen Anerbietungen diesen Versuch ihn zu gewinnen ab. Die Folge davon war, daß im kaiserlichen Kabinete ernstlich berathen wurde, wie man die schriftlichen Eingaben Anhalts beantworten solle. Zwar eine Antwort war demselben bereits zu Theil geworden, da sie aber in das Wesen der Forderungen nicht einging, sondern in allgemeinen Phrasen sich ergoß, so hatte Anhalt sich damit nicht begnügt, sondern eine Entgegnung an die kaiserliche Kanzlei eingeschickt. Nun begann zwischen einigen Vertretern des Kaisers, unter denen der Landgraf von Leuchtenberg der erste war, und zwischen dem Fürsten von Anhalt und seinen Begleitern eine langwierige Unterhandlung über die einzelnen Forderungen der Union. Ernstlich wurde nur die Donauwörther und die Jülicher Angelegenheit besprochen, weil die Union auf eine Befriedigung in dieser Beziehung das meiste Gewicht legte und die andern Forderungen, wie die bezüglich des Reichshofraths und namentlich die wegen Entfernung schlechtgesinnter Räthe aus der Umgebung des Kaisers, füglich nicht erörtert werden konnten. Bei diesen Verhandlungen schien es, als ob man wirklich den Wünschen der Union kaiserlicherseits genügen wolle, denn gegen die Restitution Donauwörths wurde kein Einwand erhoben, dieselbe wurde vielmehr für die nächste Zeit in Aussicht gestellt und als Anhalt auf die Bestimmung eines festen Termins drang, wurde der Ablauf des vierten Monats vom Tage der Unterhandlungen als der äußerste Termin festgesetzt. In der Jülicher Angelegenheit betonten die kaiserlichen Unterhändler keineswegs das Recht der Sequestration, welches der Kaiser in der dem Erzherzog Leopold übertragenen Besitzergreifung Jülichs so offen in Anspruch genommen hatte, sondern versprachen, daß die Entscheidung über die Jülich'sche Succession einem Fürstenrathe anheimgestellt werden würde, dessen Zusammenstellung nicht von dem alleinigen Belieben des Kaisers abhängen solle. Diese Nachgiebigkeit von Seite Rudolfs und seiner Unterhändler war jedoch, wie die folgenden Ereignisse lehren, nur eine scheinbare und hatte bei der geschilderten Sachlage keinen andern Zweck, als dem

*) Münchner Staatsarchiv 116—2/180. Anhalt an Kurpfalz ddo. Prag 2/12. Sept. 1609.



Fürsten von Anhalt jeden Vorwand zur Verlängerung seines Aufenthalts in Prag abzuschneiden. Sie erreichte umsomehr ihren Zweck, da Anhalt sich nicht versprechen durfte durch sein längeres Verweilen in Böhmen die Protestanten zur Abschließung eines Bündnisses mit der Union zu vermögen, sondern sich mit Vertröstungen auf die Zukunft begnügen mußte. Er reiste
1609 von Prag in der zweiten Hälfte des Monats September zum Besuche seines Freundes Rosenberg nach Wittingau ab, von wo er sich nach kurzem Aufenthalte wieder nach Hause begab.

II

Die passive Haltung, welche der Kaiser seit Ertheilung des Majestätsbriefes den Böhmen gegenüber bewahrte, seine fast ununterbrochene Nachgiebigkeit gegen ihre verschiedenen Forderungen, die ihn, ob billig oder unbillig, gleichmäßig anwiderten, war, wie das eine nähere Kenntniß seines krankhaften Wesens nicht anders erwarten läßt, nur eine scheinbare. Schon in den Tagen seiner absoluten Hilflosigkeit, in denen die ständischen Soldaten die Straßen und die Umgebung Prags anfüllten, gewärtig eines Winks ihrer Herrn, um über die Katholiken oder den Kaiser herzufallen, dachte er an nichts geringeres als durch Gewalt wieder zu erringen, was er durch Drohungen oder eigene Lässigkeit verloren hatte. Vor der Ertheilung des Majestätsbriefes hatte er mehreremal barsch den Vorschlag zu Rüstungen, der ihm von Seite einiger seiner vornehmsten Rathgeber gemacht worden war und für den sich auch der spanische Gesandte Zuñiga eifrig verwendete, zurückgewiesen, jetzt, nachdem er geschlagen worden, nahm er ihn desto eifriger auf. Würde es auf ihn allein angekommen sein, so wäre es auch diesmal bei der bloßen Absicht geblieben, allein nunmehr gewann der Erzherzog Leopold auf seine Entschließungen einen Einfluß, der endlich zu Thaten führte. Beide schlossen mit einander ein Bündniß ab, das fortan ihr Schicksal mit einander verflocht. Die zu einer so folgenreichen Verbindung wie die zwischen Rudolf und Leopold nothwendige
1609 Verständigung erfolgte am 11. Juli zwei Tage nach der Unterzeichnung des Majestätsbriefes. An diesem Tage hatte der Prinz Zutritt zum Kaiser erlangt und kaum in sein Gemach eingelassen, hatte er sich ihm zu Füßen geworfen und ihm seine treuen und ergebensten Dienste angeboten.*) Dankend nahm sie der letztere an, indem er seinen jungen Vetter vom Boden aufhob, ihm seinen Segen ertheilte und ihn an Sohnesstatt aufzunehmen versprach. Lange Zeit besprachen sich darauf beide zum großen

*) Simancas 709/44. Bericht des Staatsraths an den König ddo. 30. Okt. 1609.

Erstaunen des gesammten Hofes, der nur an Audienzen von einigen Minuten gewöhnt war. Wir wissen von dem Inhalt der Unterredung nur so viel, daß Rudolf des Erzherzogs Dienste in der Weise annahm, wie dieser sie anbot und daß er denselben zu jenem Schritte bevollmächtigte, der in Leopolds Phantasie die erste Stufe zu seinem künftigen Reiche und zur deutschen Krone bildete. Der Kaiser bevollmächtigte nämlich den Erzherzog zur Besetzung von Jülich.

Der Antheil Rudolfs und Leopolds an der engen Verbindung, die sie mit einander eingingen, war kein gleichmäßiger. Rudolf, von keinem andern Gedanken beseelt, als wie er Rache nehmen könne an allen, die seine Herrschaft verkürzt hatten, an den Böhmen wie an Mathias, sah sich nach der Gelegenheit dazu um, Leopold bot sich als intelligentes Werkzeug dar, das aber nicht wie ein Jahr zuvor bloß der Winke und Befehle des Kaisers gewärtig war um zu handeln, sondern selbst nach Mitteln und Wegen zum Ziele suchte und zum thatsächlichen Eingreifen kaum mehr als des Kaisers stillschweigende Zustimmung verlangte. Der Erzherzog, der wohl fühlte, daß ihm die ganze Last der Arbeit obliegen würde, machte auch nur insofern des Kaisers Wünsche zum Gegenstand seiner Bemühungen, als sie mit seinen eigenen Absichten zusammentrafen. Rudolfs Wünsche gingen nach der Wiedererwerbung seiner ganzen ehemaligen Herrschaft, Leopold, der sich nicht darüber täuschte, daß Mathias aus seinem Besitz nicht mehr vertrieben werden könne, wollte dem Kaiser nur zur absoluten Gewalt in dem ihm gebliebenen Rest seiner Länder verhelfen, um diese als Erbe des Kaisers dereinst selbst zu beherrschen.

Wir haben im ersten Bande erzählt, daß Leopold den Herzog Maximilian vor der Ertheilung des Majestätsbriefes zu einer Intervention in Böhmen bestimmen wollte, durch die der Kaiser zu einem höhern Ansehen gelangen sollte. Schon damals trat in etwas nebelhaften Umrissen der Plan des Erzherzogs hervor, einen Theil des habsburgischen Besitzes mit Hilfe Rudolfs an sich zu reißen. Dieser Plan war nach seiner Ankunft in Prag in ihm trotz aller Hindernisse zur Reife gediehen. Den ursprünglichen Theilnehmern desselben, dem Obersten Ramée, dem Grafen Althan, dem Hofkriegsrathspräsidenten Grafen Sulz, und seinen bereits erwähnten beiden Vertrauten, dem Appellationsrath Tennagel und dem Jesuiten P. Heinrich Aquentius, schlossen sich auch einige katholische Mitglieder des böhmischen Adels darunter die Herren Slawata und Martinitz an, denen die protestantische Entwicklung ihres Vaterlandes über alle Maßen verhaßt war, und spornten den Erzherzog zu entscheidenden Handlungen. Ihnen allen gesellte sich noch der Herzog von Teschen zu, der unmittelbar vor der Unterzeichnung des Majestätsbriefes dem Kaiser 6000



polnische Reiter darunter 1000 Kürassiere anbot, wenn er sich gegen die Protestanten zur Wehr setzen wollte und der auch später zur Einhaltung seines Anerbietens bereit war.*)

Nach dem Plane einiger dieser Rathgeber sollte die Unterdrückung des Protestantismus in Böhmen und die Erwerbung dieses Landes für Leopold nicht unmittelbar versucht werden; noch waren nämlich die Protestanten daselbst bewaffnet und Gegenrüstungen während der Dauer des Landtags nicht wohl möglich. Zuvor sollten die Verhältnisse in Böhmen wieder zu einer gewissen Ruhe gelangen, der Erzherzog auf einem anderen Punkte Gelegenheit zu Rüstungen aufsuchen und unterstützt von der katholischen Welt dann seinen Schlag gegen Böhmen führen. Dieser andere Punkt aber sollte Jülich sein. Solches spiegelte sich auch Leopold in seinen Phantasien vor. Nach seiner Meinung mußte die Jülicher Erbschaft, weil mitten im katholischen Gebiete gelegen und von protestantischen Fürsten in Anspruch genommen, für die Katholiken doppelt werthvoll sein. Er zweifelte nicht, daß, wenn der Kaiser seine Auktorität geltend machen, Jülich mit Sequester belegen und an sich ziehen werde, er selbst mit Hilfe aller Katholiken der Christenheit das sequestrirte Gut leicht gegen die protestantischen Prätendenten würde behaupten können. Der so errungene Besitz von Jülich, so rechnete er weiter, mußte das Vertrauen der Katholiken sichern, mit den Hilfskräften dieses Landes, mit denen seiner eigenen Bisthümer Passau und Straßburg und mit den anzuhoffenden Subsidien Spaniens und Roms konnte er eine Armee ausrüsten, mit dieser im Einverständnisse mit dem Kaiser über Böhmen herfallen, sich des Landes bemächtigen und endlich auch die Succession im Reich gegen Mathias an sich bringen. Tirol, auf welches der letztere im Jahre 1608 hatte verzichten müssen, sollte die Monarchie, die sich Leopold in seinen ehrgeizigen Träumen schnell aufgebaut hatte, seiner Zeit vergrößern helfen. Indem also Leopold sich vom Kaiser zur Besetzung von Jülich und zur Sequestration der ganzen Erbschaft bevollmächtigen ließ, dachte er hier die erste Grundlage seiner Macht aufzurichten.

Es ist bekannt, daß der letzte Herzog von Jülich im Frühjahr 1609 mit Tode abging und daß an seine Erbschaft Ansprüche von dem Kurfürsten von Brandenburg, dem Pfalzgrafen von Neuburg und dem Hause Sachsen erhoben wurden. Der letzte Herzog von Jülich hatte vier Schwestern, die älteste, um diese Zeit bereits verstorbene, war an den Herzog Albrecht von Preußen verheiratet, die Tochter dieser Ehe Anna hatte den Kurfürsten

*) Brüsseler Staatsarchiv. Secret. d'Etat Allem. Carton 168. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 11. Juli 1609. Näheres im 3. Kapitel.

Johann Sigismund von Brandenburg zum Gemahl. Von dieser Verbindung leitete Brandenburg seine Ansprüche auf die gesammte Erbschaft ab. Der Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg leitete die seinigen von seiner Verheiratung mit Anna der zweiten und noch lebenden Schwester des letzten Herzogs ab und verlangte gleichfalls die ganze Erbschaft für sich. Auch die dritte und vierte Schwester verlangten nach einem Antheil, allein da sie über keine mächtige Verbindung geboten, wurde auf sie so wenig Rücksicht genommen, als ob sie gar nicht existirten. Die kurfürstliche Linie von Sachsen gründete ihre Ansprüche auf ältere Anwartschaften, die ihr von früheren Kaisern auf die Jülicher Erbschaft verliehen worden waren, die herzogliche Linie dagegen auf ihre Abstammung von der Vaterschwester des letzten Herzogs von Jülich, welche bei ihrer Vermählung die Nachfolge in dem Besitz ihres Hauses im Falle des Erlöschens der männlichen Nachkommenschaft zugesichert erhalten hatte. Man sieht hieraus, daß die Ansprüche der verschiedenen Bewerber wohlbegründet und zugleich so beschaffen waren, daß sie sich gegenseitig ausschlossen. Die rechtliche Seite dieser Angelegenheit verursachte ihrer Zeit ein gewaltiges Kopfzerbrechen, die bedeutendsten Universitäten von Deutschland wurden um ihr Gutachten befragt und gaben dasselbe, wie nicht anders zu erwarten war, zu Gunsten derjenigen Fürsten ab, von denen sie abhingen.

Bei den vertraulichen Beziehungen, die zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Sachsen bestanden, war die Annahme ziemlich allgemein, daß ersterer bei einer Entscheidung über die Erbfolge den letzteren begünstigen werde. Um einer solchen Benachtheiligung ihrer Ansprüche zuvorzukommen und überhaupt jeden dritten von der Theilung auszuschließen, beschlossen der Kurfürst von Brandenburg und der Pfalzgraf von Neuburg rasch nach dem Ableben des letzten Herzogs sich gemeinschaftlich in den Besitz des strittigen Erbes zu setzen und dann erst beim Kaiser um die Bestätigung ihres Besitzes anzusuchen. Von dieser Maßregel, welche durch den Erfolg sich als die klügste rechtfertigte, erhielten sie in den Streitschriften jener Tage den Namen der *possedirenden* Fürsten. Nur Jülich, eine für damalige Zeit ziemlich starke Festung, fiel nicht in ihre Hände, sondern wurde von einem gewissen Rauschenberg, der noch von dem verstorbenen Herzog zum Kommandanten derselben ernannt worden war, im Besitze gehalten. Mit diesem Manne waren vom kaiserlichen Hofe, wahrscheinlich durch Vermittlung Kurkölns, Verhandlungen angeknüpft worden, um ihn zu bestimmen, die Festung an den Kaiser oder einen dazu bestimmten Bevollmächtigten abzutreten. Bald führten dieselben zu dem gewünschten Resultate, der Kommandant war erbötig nicht bloß die Festung Jülich sondern auch deren Besatzung dem Kaiser und dem von ihm er-

nannten Kommissär zur Verfügung zu stellen. Es bedurfte sonach vorläufig keiner Rüstungen und Leopold hatte nur nöthig in eigener Person in Jülich zu erscheinen, um die Besitzergreifung im Namen des Kaisers zu vollziehen. Um für den Fall, daß dieser Plan vielleicht den Gegnern verrathen worden, sich vor Gefangnahme oder andern Unbilden zu schützen, beschloß Leopold die Reise von Prag nach Jülich im geheimen anzustellen. Er entfernte sich deshalb in der Begleitung des Kanonikus Hennot, ver-
1609 kleidet als dessen Diener, am 13. Juli von Prag und kam nach einer Reise von zehn Tagen glücklich vor der Festung an. Während Hennot seinen Bruder, der sich ihnen als Gefährte mittlerweile angeschlossen, zu dem Kommandanten schickte und ihn um eine Audienz ersuchte, war Leopold Zuhörer eines Wirthshausgespräches, in dem einige Bürger von Jülich ihre Muthmaßungen über die künftigen Herrscher ihres Landes austauschten, aus denen deutlich zu ersehen war, daß sie eher an alles andere als an eine Intervention des Kaisers dachten. Rudolfs Bedrängnisse aller Art hatten ihm jedes Ansehen geraubt, von seiner Armuth sprachen sie in bezeichnender Weise und zweifelten nicht, daß sie entweder den Kurfürsten von Brandenburg oder den Pfalzgrafen von Neuburg als ihren Herrscher begrüßen würden. Mittlerweile hatte Rauschenberg Hennots Bruder empfangen und letzterem den Zutritt in die eigentliche Festung gestattet. Hier angelangt, frug Hennot den Kommandanten, ob er bei seinen Versprechungen bleiben und Jülich dem Kaiser übergeben wolle und als dieser nochmals seine Geneigtheit dazu erklärte, stellte ihm Hennot den Erzherzog
23 Juli Leopold, der ihm mittlerweile nach der Festung in seiner früheren Verkleidung gefolgt war, als den Vetter und Bevollmächtigten des Kaisers vor. Rauschenberg erkannte ihn als solchen an und Leopold nahm darauf ohne Schwierigkeit Besitz von der Veste Jülich.*)

Diese Besitzergreifung, so unerwartet und so glücklich durchgeführt, rief nicht bloß in, sondern auch außerhalb Deutschlands eine große Ueberraschung hervor, die bei den Gegnern des Kaisers eine um so größere Erbitterung im Gefolge hatte, je weniger sie sich von Prag aus eines kühnen Schrittes versehen hatten. Die Folge war, daß die Jülicher Frage mit einemmale in ihrer ganzen Wichtigkeit hervortrat, daß die Parteien sich mit dem Gedanken eines gewaltigen Zusammenstoßes vertraut machten und nach Freunden und Allianzen sich umsahen. Leopold kannte den Kaiser zu gut, um zu erwarten, daß er die geeigneten Maßregeln treffen werde, um Jülich zu behaupten und zögerte deshalb keinen Augenblick, die Mittel zu einem kriegerischen Widerstand selbst vorzubereiten. Mittlerweile da

*) Münchner Staats. 39/7, 186. Hennot an Kurköln ddo. 24/7. Jülich.

weder er noch die protestantischen Prätendenten der Succession im Stande waren, den Kampf unverweilt aufzunehmen, versuchten beide Parteien einander auf diplomatischem Wege zu schlagen, um den Sieg auf dem Schlachtfelde um so sicherer behaupten zu können. An diesem diplomatischen Kampf nahm auch der Kaiser Theil.

Für die Katholiken und unter diesen vor allem für die rheinischen Bischöfe war es eine Lebensfrage, daß die Jülicher Erbschaft nicht ganz und gar in protestantische Hände überging. Welche Gefahren ihrer Selbstständigkeit drohten, wenn sie im Süden von dem Kurfürsten von der Pfalz, im Norden von den Besitzern von Jülich, Cleve und Berg, die ihre Hand den Generalstaaten reichen konnten, umfaßt wurden, darüber durften sie sich keine Illusionen machen. An ihr Interesse schloß sich innig das spanische an, denn der Uebergang Jülichs in protestantische Hände gab Belgien, das fortan an seinen Grenzen einen dreifachen Feind haben sollte, vollständig preis. Es unterliegt also nicht dem leisesten Zweifel, daß das eigene Interesse den Katholiken und Spaniern eine entschiedene Unterstützung des Erzherzogs zur Pflicht machte und dieser beschloß deshalb zu allernächst deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. Gelang es ihm ein Heer aufzustellen, so konnte er mit dessen Hilfe die kaiserliche Sequestration über die von Brandenburg und Pfalz-Neuburg occupirten Gebiete auszudehnen suchen und sich faktisch in den Besitz der ganzen Jülicher Erbschaft setzen. Die Formen des Rechtes konnten dabei immer gewahrt bleiben, die streitenden Fürsten wurden auf den Rechtsweg verwiesen, der Prozeß konnte dreißig und mehrere Jahre in Anspruch nehmen und mittlerweile die Occupationskosten eine solche Höhe erreichen, daß die Gewinner um den Preis ihrer ledig zu sein, ihre Ansprüche auf das Erbe freiwillig aufgaben. Die Hauptsache war, daß sich nicht fremde Fürsten in den Streit einmengten; mit Brandenburg, Neuburg, ja selbst mit der Union konnte Leopold wagen einen Kampf aufzunehmen, unmöglich aber mit Frankreich, wenn dieses sich den Feinden beigesellte.

Diesen Betrachtungen gemäß suchte Leopold zunächst im Fürstenthum Jülich selbst festen Fuß zu fassen und seine Herrschaft über die reichen Städte dieses Landes auszudehnen. Hier begegnete er jedoch gleich im Anfange den mißlichsten Erfolgen; wohin er auch seine Agenten sandte, bei den Städten wie bei dem Adel fanden sie eine ungünstige Aufnahme. Die Städte verschlossen ihnen buchstäblich die Thore und der Adel bekannte sich überall unverholen zur Partei der protestantischen Fürsten, sei es, daß Neigung ihn zu derselben zog, sei es, daß er von der Herrschaft eines Kaisers wie Rudolf nichts wissen mochte, da diese nur eine traurige Zukunft in Aussicht stellte. Diese ungünstigen Wahrnehmungen, die gleich



im Anfang Leopolds Sache zu einer beinahe verlornen stempelten, raubten dem jungen Manne nicht den Muth, sondern veranlaßten ihn um so energischer bei seinen natürlichen Freunden Hilfe zu suchen. Seine Agenten bereisten die Höfe der Bischöfe und verlangten von diesen Geld zur Aufstellung eines Heeres und zur Behauptung Jülichs. Die Zusagen, die sie erlangten, waren nicht entmuthigend. Am meisten lag jedoch an der Entscheidung Frankreichs und Spaniens und dahin schickte er seinen vertrauten Rath Tennagel; bei Heinrich IV sollte er eine neutrale Haltung zu Wege bringen, in Spanien aber die Geldmittel auftreiben, die den Anfang der Rüstungen beschleunigen sollten.

Als Tennagel in Paris, wohin er zuerst seine Schritte lenkte, anlangte, traf er daselbst nicht nur den Grafen von Zollern an, den der Kaiser nach Frankreich geschickt hatte, um Heinrich IV gleicherweise die Einmischung in die deutschen Angelegenheiten abzurathen, sondern auch den Kanzler Richardot, Gesandten des Erzherzogs Albrecht. Auch waren zugleich Vertreter sämmtlicher deutscher Kurfürsten, sowie des Pfalzgrafen von Neuburg erschienen, allesammt als Bittsteller in der Jülicher Angelegenheit. Die gleichzeitige Ankunft der Vertreter aller gerade im Streite befindlicher Parteien, das große Gewicht, welche jede einzelne derselben auf die Entscheidung des Königs legte, zeigte auf den ersten Blick, in wessen Händen das Schicksal von Jülich ruhe. Die Rolle in Deutschland als Schiedsrichter und Gebieter aufzutreten fiel Heinrich von selbst und ohne irgend eine besondere Anstrengung seinerseits zu. Der Lenker der deutschen Geschicke residirte jetzt nicht in Prag sondern in Paris.

Die Art und Weise, wie Tennagel in Paris empfangen wurde, zeigte zur Genüge, daß Heinrich nicht bloß für die Gegner des Kaisers Partei nahm, sondern daß er auch entschlossen war, eine rasche Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen; für ihn war der so sehr ersehnte Moment zu handeln gekommen. Tennagel wurde, nachdem ihm der König eine Audienz bewilligt, mit seinem Begehren an die Staatssekretäre Villeroy und Puysieux gewiesen. Während er vor diesen erörterte, daß Niemand ein Recht habe sich in die deutschen Angelegenheiten, weil dieselben der alleinigen Jurisdiktion des Kaisers unterstünden, einzumischen und demgemäß von Heinrich ein förmliches Versprechen verlangte, daß er die Rechte des Kaisers nicht verletzen wolle, wurde ihm von Seite der französischen Diplomaten kurz erklärt, daß ihr Herr den Markgrafen von Brandenburg und den Pfalzgrafen von Neuburg weder verlassen könne noch wolle, daß das Jurisdiktionsrecht des Kaisers in den deutschen Angelegenheiten diesmal mit Grund nicht ohne Mißtrauen betrachtet werde und daß der König von Frankreich das Recht habe sich in die deutschen



Angelegenheiten einzumischen, „denn sein Recht die Gerechtigkeit zu schützen reiche so weit als seine Macht."*) Es versteht sich von selbst, daß der Graf von Zollern keiner freundlicheren Gesinnung begegnete, ein gewisser Unterschied machte sich nur darin geltend, daß man ihn nicht in so wegwerfender Weise behandelte, wie Tennagel, sondern es der Mühe werth hielt, seine Forderungen etwas höflicher abzulehnen. Auch der Graf von Zollern verlangte nichts anderes, als daß Heinrich IV sich nicht in die deutschen Angelegenheiten einmische und namentlich das Richteramt des Kaisers nicht beeinträchtige. Sowohl der König wie seine Räthe erklärten diesmal, daß es nicht ihre Absicht sei, die Rechte des Kaisers zu schmälern, begründeten ihre Einmischung aber mit der Behauptung, es werde von Seite des letztern in einer solchen Weise gegen die beiden possedirenden Fürsten vorgegangen, daß an ihnen die Gesetze verletzt würden; dieser Umstand erlaube dem König nicht ruhig zuzusehen und nöthige ihn für die gerechte Sache da einzutreten, wo sie verletzt werde. Die Konferenzen, welche Zollern im Louvre mit Villeroy, Sully und Jeannin hatte, um sie vom Gegentheil zu überzeugen, hatten natürlich nicht den geringsten Erfolg. Bei einer derselben war der kaiserliche Gesandte so naiv, die religiöse Seite der Jülicher Frage zu berühren und die Franzosen darauf aufmerksam zu machen, daß durch Unterstützung Brandenburgs und Neuburgs den Protestanten katholische Länder in die Hand gespielt würden. Sully brauste darüber nicht wenig auf und entgegnete: „Faßt Ihr, Herr Graf, die Frage bei dieser Seite auf, seid gewiß, die Protestanten taugen nicht weniger als die Katholiken, sie schlagen sich wie der Teufel."**) — Die Vertreter der protestantischen Fürsten waren gewiß, daß der Graf Zollern nichts günstiges für seinen Herrn ausrichten würde, aber besorgt, daß ihm eine ausweichende Antwort ertheilt werden könnte, setzten sie alle Hebel in Bewegung, damit er in ähnlicher Weise, wie Tennagel oder der in derselben Angelegenheit von Erzherzog Albrecht nach Paris abgesandte Richardot heimgeschickt werde. Es bedurfte nicht so vieler Anstrengung, da Heinrich entschlossen war ihre Interessen zu den seinigen zu machen und Zollern mußte sich mit den ungünstigsten Nachrichten zu seinem Herrn be-

*) Sächs. Staatsarchiv. Jülicher Akten 8801. Fol. 296. Tennagels Relation über seine Reise nach Paris. — Villeroy sagte: Regi Galliae ubique locorum justitiam exequi licere dummodo possit.

**) Münchner Staatsarchiv 517—8/241. Hyppolit von Colli an Kurpfalz ddo. Paris 13/23. Sept. 1609. — Ebendaselbst Fol. 254 derselbe an denselben ddo. 19/29. Sept. — Ebendaselbst Fol. 313 derselbe an denselben ddo. 3/13. Okt. Sully's Worte lauteten: Monsieur la prenez vous par la? ils n'en valent pas moins pour cela, les Huguenots frappent comme le diable.



geben.*) Wir werden bald hören, in welcher Weise Heinrich seine Verbindung mit den deutschen Fürsten einleitete und folgen einstweilen Tennagel auf seiner Reise nach Spanien.

Das ganze Gelingen seines Unternehmens hatte Leopold, wie der weitere Verlauf zeigt, auf eine hervorragende Unterstützung Spaniens gesetzt, mit dieser hoffte er die Auslagen für die ersten Rüstungen zu decken und zugleich den engen Kreis seiner bisherigen Anhänger zu erweitern. Tennagel hatte also den wichtigsten Theil seiner Mission in Spanien zu erfüllen und er scheint hiezu ein ganz passendes Werkzeug gewesen zu sein, denn er besaß die Gabe durch einen ungewöhnlichen Wortreichthum in dem unerfahrenen Zuhörer jene Hoffnungen rege zu machen, die seinem Zwecke entsprachen. Trotz ihres langen Zusammenhanges mit Deutschland und Oesterreich waren die Spanier der Mehrzahl nach in der Beurtheilung der Verhältnisse dieser Länder minder glücklich und zutreffend, nur zu geneigt, die religiöse Seite in allen politischen Fragen besonders zu beachten und dadurch zu Unternehmungen bereit, die kluger Vorsicht bar gegen sie ausschlagen mußten. Tennagel war überzeugt, daß, wenn er in Spanien die religiöse Lärmtrommel schlagen würde, ein glänzender Erfolg nicht ausbleiben könnte und er verstand sich als ehemaliger Protestant und nunmehr eifriger Katholik nicht schlechter auf das Instrument, als manche seiner Nachfolger in unserm Jahrhundert, welche das Vertrauen ihrer neuen Glaubensgenossen ausbeuten. Ein nicht in Rechnung gebrachter Umstand trat jedoch den erwarteten Erfolgen in Spanien entgegen; als Tennagel daselbst anlangte, stieß er auf einen Konkurrenten, der gleicherweise den spanischen Staatssäckel im katholischen Interesse in Anspruch nahm und bezüglich dessen Uneigennützigkeit und Redlichkeit kein Zweifel obwalten konnte. Bei seiner Ankunft in Madrid fand er daselbst den Kapuzinerbruder Lorenz von Brindisi vor, der gerade über ein Bündniß der katholischen Liga mit Philipp III unterhandelte. Gab es in Jülich ein katholisches Interesse zu verfechten, so war dies bei der Unterstützung der Liga nicht minder der Fall. Philipp III sah sich mit einemmale zwei dringenden Forderungen ausgesetzt. Bevor wir erzählen können, wie er ihnen genügte, müssen wir über die Liga, deren Begründung im Gegensatze zur protestantischen Union in Deutschland eben versucht wurde, das nothwendige mittheilen.

*) Münchner Staatsarchiv 547/8. Fol. 318. Hyppolit von Colli an Kurpfalz ddo 9/19. Okt. Fontainebleau.



Es blieb den deutschen Katholiken nicht verborgen, daß die Zerwürfnisse in Oesterreich von den Protestanten auf jede Weise ausgebeutet wurden und daß durch einen diesen letzteren günstigen Verlauf der Jülicher Angelegenheit ihre Macht in Deutschland außerordentlich sich vergrößern müsse. Die dauernde Feindschaft zwischen Rudolf und Mathias ließ die Katholiken ohne Hoffnung auf eine Unterstützung von Oesterreich und mußte bei ihnen um so mehr den Wunsch nach einem Bündnisse zum gegenseitigen Schutze hervorrufen, je mehr die Union von sich reden machte und den Katholiken die Meinung von einer weit innigern, umfassendern und kräftigern Verbindung der Protestanten beibrachte, als solche in der That bestand. So begegnen wir namentlich bei den deutschen Bischöfen als den zumeist bedrohten einer entschiedenen Neigung zum Abschluß eines Bündnisses, das ihnen gegen die Umsturzpläne Anhalts, von denen das Gerücht mancherlei verbreitete, Schutz gewähren sollte.

Wenn solchergestalt die Mehrzahl der katholischen Reichsstände das Bedürfniß einer Verbindung erst empfand, als die Gefahr handgreiflich war und die Union ein Muster bot, so gab es doch einige, welche schon lange zuvor, als noch keine Gefahr drohte und Anhalt selbst erst an der Begründung der Union arbeitete, an das Zusammenkommen eines ähnlichen Bundes dachten. Keiner von ihnen hatte jedoch in solchem Grade den Gegenstand erwogen und das Bedürfniß einer Einigung gefühlt als der bekannte Herzog Maximilian von Baiern.

Ueber diesen Fürsten gingen bei seinen Lebzeiten die Urtheile sehr auseinander. Den anfänglichen Lobeserhebungen, mit denen ihn alle jene, die mit ihm in Verbindung traten, überhäuften, folgten später um so herbere Verurtheilungen. Aus dem ehrlichen, frommen, klugen und sonst noch mannigfaltig ausgezeichneten Fürsten wurde nachgerade ein falscher, heimtückischer, maßlos ehrgeiziger, heuchlerischer Schelm, und wir könnten noch eine lange Reihe ähnlicher Prädikate anführen, die ihm abwechselnd von Katholiken und Protestanten zu Theil wurden. Der Grund einer so verschiedenen Auffassung bei denselben Personen liegt unserer Ueberzeugung nach vor allem darin, daß Maximilian vielfach anders handelte, als seine Zeitgenossen unter ähnlichen Umständen gehandelt haben würden, was zur Folge hatte, daß sie ihn nicht gut begreifen konnten. Der Schlüssel zur Erklärung seiner beinahe 50jährigen politischen Thätigkeit dürfte aber leicht zu finden sein, wenn wir zwei Eigenschaften in ihm gleichmäßig suchen, Vorsicht und Ehrlichkeit, und diesen gemäß das Auffallende seines Benehmens für seine Zeitgenossen zu erklären versuchen.

Schon wenige Jahre, nachdem Max die Regierung von Baiern in seinen Händen hatte, lieferten den Beweis, daß er einer der



trefflichsten Regenten seiner Zeit war. Die Verwaltung und Gerechtigkeitspflege erfreuten sich seiner unablässigen Fürsorge und seine Unterthanen befanden sich in einem Zustande von Wohlhabenheit, den man theilweise und mit Recht als ein Verdienst des Herzogs betrachten konnte. Sparsam wie wenige Fürsten seiner Zeit hatte er seine Finanzen in eine so treffliche Ordnung gebracht, daß er allezeit über einen verhältnißmäßig reichen Schatz gebot. Das war gewiß nichts geringes an einem Herrscher, wenn seine Regierung eben so wohlgeordnet war wie seine Finanzen wohlbestellt und wenn ihm zu allem dem sein persönlicher Charakter allgemeine Achtung erwarb. Das merkwürdigste an ihm aber war der Takt, mit dem er sich in der brennenden Frage seiner Zeit zu bewegen wußte. Obwohl ein ebenso entschiedener Katholik wie sein Vetter Ferdinand von Gratz, eben so unduldsam wie dieser, gleich ihm ein Freund der Jesuiten war er dennoch von den Protestanten nicht mehr angefeindet als sonst ein katholischer Fürst. Gewiß waren die Verhältnisse in Baiern günstiger als in Steiermark und es war nicht alles von Grund aus neu zu gestalten, aber dennoch gab es genug zu unterdrücken und zu reformiren und alles dies geschah mit so geringem Geräusch, daß man außerhalb Baierns nur wenig davon zu hören bekam. War die Ursache hievon allein des Herzogs Takt? Auf jeden Fall war er vom Glück begünstigt. Frühzeitig waren Katholiken wie Protestanten in und außerhalb Deutschlands auf ihn aufmerksam und erwarteten, daß er auf die Geschicke seines Vaterlandes den wesentlichsten Einfluß ausüben werde, so zwar, daß es vielen zweifellos erschien, er werde nach langer Pause wieder dem Hause Wittelsbach die deutsche Krone zuwenden und zwar mit glücklicherem Erfolge als sein Vorfahre Ludwig.

Die Folgen dieser allgemeinen Anerkennung blieben nicht aus. Als Heinrich IV sich mit dem Plane beschäftigte dem Hause Habsburg die deutsche Krone zu entreißen, hefteten sich seine Blicke vor allem auf Maximilian, dessen Tüchtigkeit ihm die beste Garantie für die Erreichung seines Wunsches schien. Wir haben gesehen, daß dieser Plan hauptsächlich deshalb fallen gelassen wurde, weil Anhalt größere Resultate von der Erhebung des Erzherzogs Maximilian erwartete.*) Obwohl in Folge dessen während der Jahre 1607 und 1608 auf protestantischer Seite nicht mehr die Rede davon war, daß man dem Herzog die deutsche Krone verschaffen sollte, so verstummten dennoch die Gerüchte keinen Augenblick, daß derselbe bei einer Thronerledigung zu den größten Hoffnungen berechtigt sei. Diese Gerüchte allarmirten wiederholt die deutsche und spanische Linie der Habsburger und mehr als einmal waren die Prinzen dieses Hauses fest über-

*) Man sehe hierüber das Nähere im ersten Band, Kapitel III.

zeugt, daß sie es in ihm mit dem gefährlichsten Rivalen zu thun hätten. Da aber Maximilian sichtlich in seiner Zurückgezogenheit verharrte und man keinem Beweise auf die Spur kam, als ob er selbst nach der Krone begehre, für die ihn die öffentliche Meinung wiederholt kandidiren ließ, so beruhigte sich die habsburgische Eifersucht immer wieder.

Der Umstand aber, daß ein so tüchtiger Fürst, wie dies allgemeiner Ueberzeugung nach Maximilian war, sichtlich nicht nach höherem begehrte, obwohl ihm eine günstige Meinung entgegen kam und die Verhältnisse ausnehmend zu seinen Gunsten geschaffen waren, machte alle Welt stutzig. Man fing an sich der Meinung hinzugeben, daß seine Zurückgezogenheit nur die Maske sei, hinter der sich kühn und schlau angelegte Pläne verborgen hielten. Der spanische Gesandte Zuñiga faßte in wenig Worten das Urtheil zusammen, welches man sich seit dem Jahre 1609 über Maximilian zu bilden anfing. Dieser Fürst, sagte Zuñiga, hat wenig von der deutschen Geradheit, er ist der verschlagenste Mann, den es gibt, und auf seinen Vortheil über die Maßen aufmerksam, aber er ist, fügt Zuñiga gleichsam zur Milderung der zu scharfen Beurtheilung hinzu, von einem ausnahmsweisen Eifer für die katholische Kirche beseelt.*)

Ist nun das Urtheil, dem Zuñiga in so prägnanter Weise Ausdruck gibt, richtig, steckte hinter der Zurückgezogenheit Maximilians nichts als Verschlagenheit und bargen sich hinter ihr große Pläne, die allein durch die Ungunst der Verhältnisse nicht zur Verwirklichung kamen? War er etwa auf katholischer Seite das, was Anhalt auf protestantischer? Es gab hinreichend viele Anzeichen, die eine solche Vermuthung in dem Augenblicke bestätigten, als er zum erstenmale auf dem großen politischen Schauplatz handelnd auftrat. Was in die Oeffentlichkeit über die Art und Weise gelangte, wie er in der Liga einen deutschen Katholikenbund zu begründen suchte, zeigte, daß er sich allein an die Spitze dieses Bundes zu stellen und das Haus Habsburg von der Theilnahme an demselben auszuschließen trachte.

Um für Maximilians Beurtheilung den rechten Boden zu schaffen, müssen wir hier auf einige Ereignisse seines Lebens hinweisen, die zwar außerhalb der Grenzen dieses Werkes liegen, die man sich aber gegenwärtig halten muß, will man die Handlungsweise dieses Fürsten in der Weise auffassen, wie wir sie für die richtige halten. Sie beantworten die für

---

*) Simancas 2495/127. Zuñiga an Philipp III ddo. 14. Dez. 1609. Prag. Es heißt in diesem Briefe: El duque tiene poco de la llaneza tudesca y es Principe recatadissimo y atentissimo a su proprio interes de honor y stado pero como tengo dicho otras vezes: su zelo a la religion catolica es muy singular.



seine Beurtheilung entscheidenden Fragen: Was wollte Maximilian mit der Liga bezwecken, welches war seine wahre Gesinnung gegen das Haus Oesterreich und hatte er die Absicht den Statusquo aufrecht zu erhalten oder gewaltsame Aenderungen im deutschen Staatskörper einzuführen?

Untersuchen wir zuerst Maximilians Absicht bei Begründung der Liga.

Als die Wirren in Oesterreich ausbrachen, Mathias seinen Bruder um den Besitz mehrerer Länder brachte, in Deutschland ehrgeizige Parteihäupter unter den Protestanten auf einen Umsturz der Reichsverfassung sannen, um bestehende Herrschaften zu erweitern oder neue zu begründen, da erwartete man auch von Maximilian, daß er seinerseits nicht die Hände in den Schooß legen, sondern einen Gewinn anstreben werde. Den Verhältnissen entsprechend fing er an Schritte zu machen, die auf eine Einigung der Katholiken in Deutschland hinzielten, um ihnen einen Schutz zu Theil werden zu lassen, da sie keinen mehr von dem Kaiser hoffen durften. Anfangs meinte man, er beabsichtige die Herrschaft über die Katholiken in Deutschland an sich zu bringen, aber die folgenden Ereignisse haben es zur Genüge bewiesen, daß er mit der Begründung der Liga in der That nichts anderes anstrebte, als eine Garantie gegen protestantische Angriffe. Und daß diese von der Seele der Union, von Anhalt, dem noch immer auf katholischen Grundlagen ruhenden deutschen Staatsgebäude drohten, wird kaum Jemand bezweifeln, mag er auf Seite der Angreifer stehen oder nicht. Ueber dies hinaus, über die Erhaltung des Statusquo gingen Maximilians Bestrebungen nicht. Wenn er hiebei von der Liga, wie wir bald näher erzählen werden, das Haus Habsburg fernhalten wollte, so lag diesem Plane nicht die Absicht zu Grunde, demselben seine Stellung im Reiche zu entwinden und diese selbst zu occupiren, sondern es war dies die Folge seiner Anschauung: jede solidarische Verkettung des Schicksals der deutschen Katholiken mit dem der deutschen Habsburger heiße eine Last auf sich nehmen, die mit dem Untergange der ersteren enden müßte. Im Jahre 1609 waren die Länder, welche unter der Herrschaft Rudolfs und Mathias' standen, protestantisch; welches Interesse konnten die deutschen Katholiken an einer näheren Verbindung mit den Herrschern dieser Länder haben, etwa um bei dem Sturze, welcher der habsburgischen Herrschaft mit der höchsten Wahrscheinlichkeit drohte, in ein gleich trauriges Schicksal verwickelt zu werden, wenn sie ihr Loos nicht frühzeitig von dem der Bedrohten trennten? Daß durch eine Unterstützung der katholischen Herrscher Oesterreichs doch noch der Protestantismus radikal daselbst unterdrückt werden könne, wie dies später (außerhalb Ungarns) geschah, daran konnte vernünftigerweise im Jahre 1609 Niemand denken, auch war dies unmöglich, so lange die Linie Kaiser Maximilians II im Besitz der Regierung war. Wir fassen des-



halb des Herzogs Bestrebungen zur Begründung der Liga und seinen Versuch die Habsburger von derselben fernzuhalten so auf, wie sie billigerweise aufgefaßt werden müssen, als klug und vorsichtig gethane Schritte, um sich, wenn die Zukunft von Stürmen nicht frei zu machen war, gegen dieselben zu schützen und seine Haltung gegen die Habsburger erscheint uns als die Folge eines festen Entschlusses, sein Schicksal durch gefährliche Verbindungen nicht zu kompromittiren. Niemand kann wohl die Berechtigung dieses Egoismus in Abrede stellen.

Daß dieser berechtigte Egoismus, diese kluge Vorsicht der wahre Grund seines Auftretens bei der Begründung der Liga gewesen, keineswegs Feindseligkeit gegen das Haus Habsburg oder der ehrgeizige Plan an dessen Stelle zu treten, hat Maximilian zweimal in einer Weise bewiesen, die keinen Zweifel gegen unsere Auffassung aufkommen läßt. Sicher gab es keine günstigere Gelegenheit die Habsburger von Deutschland auszuschließen oder fernzuhalten, als wenn er selbst in den Besitz des Kaiserthrons gelangte. Dreimal in seinem Leben kam derselbe zur Erledigung im Jahre 1612, 1619 und 1637. Es ist entschieden gewiß, daß, wenn er sich im Jahre 1612 ernstlich um die Krone beworben hätte, er sie erlangt haben würde, denn die Kurfürsten sahen sich zuletzt zur Erhebung des ihnen mißliebigen Mathias genöthigt, weil kein anderer Kandidat sich ihrer Wahl darbot. Was das Jahr 1619 betrifft, so war die Erhebung auf den deutschen Thron für Max nicht bloß im Bereiche der Möglichkeit, sondern er mußte mit einer Ausdauer ohne Gleichen in der Geschichte die ihm von der Mehrzahl der Kurfürsten beinahe aufgedrungene Krone abweisen, es bedurfte nur der leisesten Zustimmung von seiner Seite, so beeilten sich vier Kurfürsten ihm ihre Stimme zu geben und Ferdinand wäre nicht in die Lage gekommen, sich selbst die Stimme zu geben, wie dies geschehen war.*)

Die bald strenge Neutralität bald entschiedene Dienstfertigkeit Maximilians gegen die Habsburger scheint jedoch im Jahre 1630 einer ganz entgegengesetzten Gesinnung Platz gemacht zu haben. Er verband sich damals durch päpstliche Vermittlung mit Frankreich, um auf dem Regensburger Reichstag den Sturz Waldsteins herbeizuführen und die beabsichtigte Wahl des

*) Bei der Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618, welche wir unmittelbar nach diesem Werke zu schreiben beabsichtigen, wird natürlich genug Veranlassung geboten, auf die Wahlvorgänge in Frankfurt im J. 1619 näher einzugehen. Nebenbei sei nur bemerkt, daß die Kurfürsten von Trier, Köln, Brandenburg und Pfalz geneigt waren Maximilian ihre Stimme zu geben und daß die letzteren zwei sogar einen Vertrag zu seiner Erhebung abgeschlossen, den allein des Herzogs beharrliche Weigerung den Kaiserthron zu besteigen erfolglos machte.



Erzherzogs Ferdinand zum römischen König zu hintertreiben. Von Spanien und selbst von Oesterreich wurde ihm dies als ein Akt ganz abscheulicher Falschheit angerechnet, aber, wie wir überzeugt sind, mit Unrecht. Maximilian, der redlich das seinige zur Rettung Ferdinands II gethan, hatte doch keineswegs die Verpflichtung auf sich geladen, zu seinem eigenen Untergang als Reichsfürst beizutragen. Denn so viel ist gewiß, daß die kaiserliche Macht im Jahre 1630 eine so schwindelnde Höhe erreicht hatte, um an die Mediatisirung sämmtlicher Reichsfürsten zu denken. Die Aussicht für Deutschland durch Waldsteinische Schaaren zur Einigkeit gebracht zu werden, war aber eine so wenig sichere Bürgschaft für eine gedeihliche Zukunft, daß selbst ein Anhänger der deutschen Einigkeit unserer Tage sich wahrscheinlich damals auf die Seite der Bekämpfer der kaiserlichen Auktorität gestellt hätte: um wie viel mehr ein deutscher Fürst des 17. Jahrhunderts, dem seine Herrscherrechte nicht minder geheiligt vorkamen, als die Ehrenrechte des deutschen Reichsoberhauptes? Maximilian hatte durch die Verbindung mit dem Reichsfeind nie etwas anderes bezweckt als die Aufrechthaltung desjenigen Zustandes, den er für Deutschland als den Rechtszustand ansah; sobald Frankreichs Tendenzen über dies hinausgingen, sehen wir Maximilian wieder auf österreichischer Seite.

Eine Ausnahme von der Regel, mit der Maximilian stets an dem Statusquo festhielt, bildet sein Benehmen gegen die pfälzische Linie seines Hauses, gegen die er in Folge der Niederlage des Winterkönigs die Oberpfalz gewann und mit eiserner Beharrlichkeit festhielt. Selbst diese Ausnahme ist aber mehr scheinbar als wirklich. Von Ferdinand II hatte er für die gegen die Böhmen geleistete Hilfe Oberösterreich zum Pfand erhalten und dies später gegen die Oberpfalz umgetauscht. Streng genommen ist es der Kaiser, der den Winterkönig um seinen Besitz brachte, Maximilian nahm in der Oberpfalz eine Entschädigung an, zu welcher der Kaiser aus eigenem verpflichtet war. Uebrigens konnte sich Friedrich von der Pfalz billigerweise nicht über Unrecht beklagen; wer so wie er den Sturz eines Fürstenhauses beabsichtigt, darf im Falle des Mißlingens nicht klagen, wenn sein eigener Besitz von einem unliebsamen Verlust betroffen wird.

Diese Angaben über Maximilians Bestrebungen, welche durch ein gründlicheres Eingehen in seine lange politische Laufbahn nur erhärtet werden können, stellen Maximilian allerdings nicht in eine gleiche Linie mit andern hervorragenden Fürsten, welche der Politik ihres Hauses und der Entwicklung des ihrer Herrschaft unterworfenen Gebietes neue Bahnen vorgezeichnet haben. Es liegt etwas prosaisches darin, treu und ehrlich an politischen und religiösen Ueberzeugungen zu hängen, fremdes Gut nicht



anzugreifen und sein Land und Volk wie ein vorsichtiger Oekonom zu verwalten. Die Namen solcher Fürsten werden neben den Reformatoren und Eroberern ihres Jahrhunderts nur wenig genannt, ihr minder greifbarer und auf kleinere Kreise beschränkter Einfluß ist auf die wahrhafte Fortbildung unseres Geschlechtes jedoch nicht minder bedeutungsvoll.

Wir kehren zur Erzählung der Vorgänge bei der Begründung der katholischen Liga *) zurück.

Wann der Gedanke zur Begründung der katholischen Liga bei Max entstand, ist nicht gewiß genug, so viel ist jedoch sicher, daß der Plan zu einer Verbindung der deutschen Katholiken ihm schon längere Zeit vorschwebte, daß er sich aber zu energischen Schritten in dieser Beziehung erst bei Gelegenheit des Regensburger Reichstags im Jahre 1608 entschloß, als er nicht zweifeln konnte, daß es zwischen Rudolf und Mathias zu einem Zusammenstoße kommen würde und ihm zu gleicher Zeit nicht verborgen war, daß Anhalt an einer Verbindung der Protestanten arbeite. Gern würde er bei den ersten vorbereitenden Schritten zur Begründung der Liga im Hintergrunde geblieben sein, um sich gleichsam dem ohne sein Zuthun zu Stande gekommenen Bund unter günstigern Bedingungen anzuschließen. Seine Berechnung, daß die geistlichen Fürsten am meisten das Bedürfniß nach Schutz empfinden und deshalb die ersten nach einem Bündniß verlangen würden, schlug indessen fehl. Seine Gesandten, die er zu dem Regensburger Reichstage abgeordnet hatte, hatte er instruirt, keine Eröffnungen zu machen, sondern solche abzuwarten; als sich aber der Reichstag seinem Ende zuneigte und die geistlichen Fürsten in ihrer Passivität verharrten, trug er seinen Vertretern geradezu auf, den Abschluß einer Liga auf die Bahn zu bringen. Was er also hatte vermeiden wollen, dazu mußte er sich doch entschließen, zu dem ersten entscheidenden Schritt. In Folge dieser Aufforderung traten die Gesandten der geistlichen Kurfürsten, dann Oesterreichs, Baierns, Salzburgs und Würzburgs zu einer Konferenz zusammen, deren Resultat kein anderes sein konnte, als daß jeder an seinen Herrn über die in der Konferenz erörterte Nothwendigkeit eines Katholikenbundes berichten sollte.

Dieses geringe Resultat schreckte den Herzog nicht ab. Kaum war

*) Wir bemerken hier, daß die Begründer der katholischen Liga dieselbe nie „Liga" sondern „Union" genannt haben. Der Name Liga kam erst mehrere Jahre später auf und wird auch von uns angewendet, um den Katholikenbund von der protestantischen „Union" zu unterscheiden.



der Reichstag aufgelöst, so schickte er Gesandte an die bischöflichen Höfe ab, um sie einzeln der Abschließung eines Bundes geneigt zu machen. An
5. Juli 1608 die geistlichen Kurfürsten schickte er seinen Rath Wensin, der in Andernach mit denselben zusammentraf und von diesen ziemlich günstige Versicherungen erlangte. Ueber diese allgemeinen Zusagen konnte Maximilian im Laufe der folgenden Monate nichts erlangen, was wiederum einen lähmenden Einfluß auf seine Verhandlungen mit den süddeutschen Bischöfen zur Folge hatte, da einzelne derselben dem beabsichtigten Bunde nicht früher beitreten wollten, ehe dies die geistlichen Kurfürsten gethan hätten. Der Herzog sah bald ein, daß er einen langen Weg zu gehen haben würde, wenn er mit einemmale ans Ziel gelangen wolle und so entschloß er sich zur Abschließung eines engeren Bundes, um den weiteren zu ermöglichen. Diesem engeren Bunde traten vorläufig die Bischöfe von Augs-
März 1609 burg und Konstanz und die Aebte von Kempten und Elwangen bei. Gestützt auf dieselben lud er bald darauf zu weiteren Berathungen auch die Bischöfe von Würzburg, Passau und Regensburg nach München ein und es gelang ihm nun auch die beiden letzteren zum Beitritt zu bewegen. Ein
1609 Vertrag, dessen Redaktion am 10. Juli vollendet wurde, bildete die Grundlage dieses engeren Bundes, der sich bald darauf zur bekannten Liga erweitern sollte. *)

Diesem Vertrage gemäß sollte der Bund ein Defensionsbund sein und seine Aufgabe in der Beschützung der einzelnen Mitglieder gegen alle Angriffe bestehen. Bezüglich der innern Organisation des Bundes ward festgesetzt, daß an der Spitze ein Bundesoberst und ihm zur Seite drei Adjunkten stehen sollten. Auf Bundestagen sollte über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten verhandelt werden und genau zu entrichtende Beiträge die Kasse des Bundes bilden, die zur Ausrüstung eines Bundesheeres bestimmt wurde, wofern die einzelnen Mitglieder nicht durch selbstständige Rüstungen ihren bezüglichen Pflichten nachkommen wollten. So die allgemeinen Grundzüge. Geht man auf das Detail der Bestimmungen ein, so findet man, daß der Bund weit entfernt war von einer Organisation, die ein rasches und entscheidendes Handeln ermöglichte, daß in demselben vielmehr die ganze Misere des deutschen Staatslebens einen Abklatsch fand. Gerade so wie allgemach die kaiserliche Gewalt in Trümmer gegangen war, so suchte man durch eine Menge Kautelen die Hände des Bundesobersten zu binden; durch die eine sollte die Zusammensetzung des Heeres, durch die andere die gemeinschaftliche Kasse seiner unmittelbaren

*) Diese Darstellung beruht theils auf unseren eigenen Forschungen, theils auf Cornelius Schrift: Zur Geschichte der Begründung der deutschen Liga.

Einwirkung entzogen werden, er also für den Bund kaum mehr sein, als der Kaiser für Deutschland.

Herzog Max mag wenig befriedigt gewesen sein über die Rolle, die man ihm zuerkannte. Wenn er sich dennoch nicht von dem Werke zurückzog, so lag die Ursache darin, weil er keine Herrschaft über den Bund anstrebte und weil er erwartete, die Erfahrung werde das Mangelhafte seiner Organisation beseitigen helfen. Jedenfalls erreichte er bald nach dem Abschluß dieser Verhandlungen so viel, daß die außerhalb des Bundes stehenden Bischöfe geneigter wurden demselben beizutreten und daß namentlich von den geistlichen Kurfürsten diese Angelegenheit lebhafter als je erwogen wurde. Denn schon am 14. Juni 1609 berieten auf Veranlassung Schweikharts von Mainz, der sich bisher am wenigsten eifrig gezeigt hatte, Vertreter der geistlichen Kurfürsten gemeinschaftlich in Köln über den Anschluß ihrer Herren an den Bund. Ihre Beschlüsse entsprachen im ganzen den Bedingungen des Münchner Unionsvertrags und so war an einer baldigen Einigung mit Max nicht zu zweifeln. Worauf jedoch bei dieser Versammlung ganz besonderes Gewicht gelegt wurde, war die Verbindung der Liga mit auswärtigen katholischen Fürsten, die um ihre Mithilfe durch eigene Gesandte zu ersuchen wären.*) Behufs des förmlichen Abschlusses des Bundes wollten in kürzester Zeit die geistlichen Kurfürsten persönlich zusammenkommen. Max, von dieser günstigen Sachlage unterrichtet, that seinerseits ohne Säumen die nöthigen Schritte, um sich der Beihilfe des Papstes und Spaniens zu versichern. Seine nach Prag dem Nuncius und Zuñiga gemachten Mittheilungen fanden die beste Aufnahme und er konnte den Kurfürsten, als diese sich in Mainz zu den Schlußberathungen einfanden, günstige Aussichten eröffnen. So nahm die Erweiterung der Liga raschen Fortgang; schon am 30. August unterzeichneten die geistlichen Kurfürsten einen Vertrag, in dem sie derselben beitraten. Nach diesem Vertrage sollte die Bundesorganisation, wie sie ursprünglich in München festgesetzt worden, bis auf einige Aenderungen, welche die oberste Leitung betrafen, aufrecht erhalten werden. Es wurde bestimmt, daß dieselbe in den Händen zweier Bundesobersten, des Herzogs Maximilian und des Kurfürsten von Mainz ruhen, die Stelle des Bundesfeldherrn dagegen allein von ersterem versehen werden sollte. Ueber die Stellung und Theilnahme des Hauses Oesterreich an dieser Liga wurde, offenbar zur Zufriedenheit des Herzogs, nichts entschieden. Trotzdem gab es einen unter den kurfürstlichen Beschlüssen, der demselben im hohen Grade mißfiel, er

*) Münchner Reichsarchiv 44/2 Fol. 4. Beschluß der zu Köln versammelten Gesandten der drei geistlichen Kurfürsten ddo. 18. Juni 1609.

betraf Jülich. Die Unterhandlungen, welche Leopold mit den rheinischen Bischöfen, wie wir erzählt, geführt hatte, waren nicht resultatlos. Die Kurfürsten, von Leopolds persönlichen Absichten und ehrgeizigen Plänen keineswegs unterrichtet, aber von der Gefahr, die ihnen drohte, wenn die Jülicher Erbschaft in protestantische Hände gerathen würde, durchdrungen, wollten die Liga nach dieser Seite hin nutzbringend machen und bestimmten, daß ein Drittel von den Einkünften der Bundeskassa zur Unterstützung des Erzherzogs verwendet werden sollte. Dies war aber keineswegs nach dem Geschmacke des Herzogs, er durchschaute ganz richtig das Abenteuerliche von Leopolds Bestrebungen und so wenig er an diesen sich betheiligte, so wenig wollte er den Rechten der possedirenden Fürsten, ob sie ihm begründet scheinen mochten oder nicht, nahe treten. Mit einem Worte, er wollte das Schicksal der Liga nicht durch eine, unübersehbare Konsequenzen nach sich ziehende Betheiligung an der Jülicher Angelegenheit kompromittiren, ein Beweis, daß er die Liga nur zum Schutz ihrer Theilnehmer, nicht aber zur Unterstützung einer sogenannten großen Politik begründen wollte. Au die Mittheilung der Kurfürsten über ihre Absichten bezüglich Jülich's schwieg er also vorsichtigerweise. Da übrigens durch den Vertrag der Kurfürsten die Organisation der Liga nicht völlig ins reine gebracht war, so drang Max bald auf die Berufung eines Bundestags nach München, welcher hauptsächlich wegen der wieder stärker hervortretenden Saumseligkeit von Kurmainz erst im Februar 1610 zu Stande kam.

Da sowohl von Max wie von den Kurfürsten die Heranziehung auswärtiger Bundesgenossen als nothwendig erkannt wurde, so geschahen in der Zwischenzeit die deshalb nöthigen Schritte. Die Absendung eines Gesandten nach Spanien hatte Max auf sich genommen und schon zu einer Zeit ins Werk gesetzt, wo der Beitritt der geistlichen Kurfürsten zur Liga erst im Werden lag. Die Absendung einer eigenen Botschaft an den Papst und die italienischen Fürsten nahmen jetzt nach abgeschlossenem Vertrag die Kurfürsten auf sich, allein so säumig, daß ihre Gesandten erst den Weg über die Alpen antraten, als des Herzogs Gesandter sich bereits auf dem Rückwege aus Spanien befand.

Die Botschaft nach Spanien übertrug der Herzog im Einverständniß mit Zuñiga und dem Nuncius in Prag dem bereits genannten Kapuziner Fra Lorenzo von Brindisi. Zuñiga war von dem Herzog schon zu der Zeit, als er seine Reise nach Prag über München anstellte, über den Plan eines katholischen Bundes unterrichtet und demselben geneigt gemacht worden. Als der Abschluß des Bundes seiner Vollendung entgegenging, benachrichtigte Max hievon den Nuncius und den spanischen Gesandten in Prag und ersuchte beide um ihre Unterstützung.



Beide waren geneigt diesem Wunsche zu willfahren und es handelte sich nur um die Wahl einer passenden Person, welche nach Spanien zu schicken wäre, um dem König die Sachlage auseinanderzusetzen und ihn zu einem Anschluß an die Liga zu vermögen. Da die Berathungen zwischen Zuñiga, dem Nuncius und den böhmischen Katholikenhäuptern regelmäßig im Kapuzinerkloster und zwar in der Zelle des Bruders Lorenzo stattfanden, war auch dieser von der ganzen Angelegenheit in Kenntniß gesetzt. Wiewohl von der Gicht um diese Zeit arg geplagt, glaubte doch der Kapuzinerbruder sein Leben einsetzen zu müssen, wo es sich um die Begründung eines Katholikenbundes handelte, der ihm als das großartigste Ziel seiner kirchlichen Bestrebungen und als der Hammer, bestimmt den Kopf der Häresie zu zertrümmern, erscheinen mochte. Er erbot sich deshalb selbst zur Uebernahme der Gesandtschaft und zu der beschwerlichen Reise über die Alpen und nach Spanien. Sein Anerbieten wurde freudig angenommen; ausgerüstet mit einer Instruktion Zuñiga's, welche ihm die Wege in Madrid ebnen sollte, reiste er nach München, um sich mit dem Herzog zu besprechen. Dieser, mit Lorenzo schon längere Zeit bekannt und von Hochachtung für ihn erfüllt, war mit seiner Sendung vollständig zufrieden und beschloß sich seiner gleicherweise als Gesandten zu bedienen, so daß Lorenzo in doppeltem Auftrage nach Spanien eilte.*) Von dieser Botschaft wurden von den österreichischen Prinzen nur Ferdinand und Leopold in Kenntniß gesetzt, vor dem Kaiser wurde sie so wie alle bisherigen Schritte zur Begründung der Liga verheimlicht, weil man befürchtete, er würde alles thun, um sie zu vereiteln.

Juni 1609

Nach Zuñiga's Instruktion sollte Lorenzo, nachdem er sich mit Max besprochen hatte, seinen Weg über Oberitalien nach einem italienischen Hafen einschlagen und dort nach Spanien sich einschiffen. Dem Könige sollte er nach der Anschauung, die er sich selbst von der gefährdeten Lage der Katholiken gebildet hatte, die Begründung einer Liga als den einzigen Schutz vor jeglicher Gefahr bezeichnen und zwar besonders in dem Augenblicke, wo der Zwiespalt zwischen Rudolf und Mathias durchaus nicht zu heilen sei. Nach Zuñiga's Meinung sollte Lorenzo den König auch auf die Vortheile aufmerksam machen, welche dem Hause Oesterreich, namentlich dem Erzherzog Maximilian als Hüter der aus Italien nach Deutschland führenden Pässe und dem Erzherzog Leopold als Bischof von

*) Archiv von Simancas 709. Zuñiga's Instruktion für Fray Lorenzo ddo. 8. Juni 1609. — Ebendaselbst 2495/34. Erzherzog Leopold an Philipp III ddo. 16. Juni. — Ebendaselbst 2495/7 Zuñiga an Philipp III ddo. 20. Juni. — Ebendaselbst Max von Baiern an Philipp III ddo. 28. Juni 1609.

Passau, aus der Begründung der Liga zu Theil würden. Aus dieser Instruktion und den nachfolgenden Mittheilungen Zuñiga's ist ersichtlich, daß derselbe die Unterstützung der Liga durch Philipp III von einer vorläufigen Präcisirung des Verhältnisses, in dem sie zu den deutschen Habsburgern stehen sollte, nicht abhängig machen wollte, sondern daß er eine unbedingte Hilfeleistung beantragte und es der nächsten Zukunft überlassen wollte, von welchem Nutzen dieselbe für das Haus seines Königs sein sollte; allerdings sprach er die Hoffnung aus, derselbe werde kein geringer sein.

Max, von Zuñiga's Instruktion durch Fra Lorenzo in Kenntniß gesetzt, konnte mit derselben wohl zufrieden sein, als er sah, daß seinem Wunsche, allein das weltliche Haupt der Union zu sein, kein Hinderniß in den Weg gelegt werde. Er fügte den Aufträgen Lorenzo's nur noch einen hinzu: er sollte den König von Spanien ersuchen, daß dieser durch den Papst auf Heinrich IV einwirke und ihn von der Unterstützung der deutschen Protestanten abhalte, ein Auftrag, von dem sich der kluge Max wohl selbst keine besondere Wirkung versprach.

10. Sept. 1609 Als Lorenzo von Brindisi nach Spanien kam, um des Königs Unterstützung für die Liga in Anspruch zu nehmen, war der König von drei Seiten günstig für dieselbe gestimmt worden. Nicht nur hatte Zuñiga ununterbrochen auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche dem Bestand der katholischen Kirche in Deutschland drohten und die Liga als ein passendes Hilfsmittel gegen dieselben bezeichnet, auch der Papst, benachrichtigt von seinem Nuncius über „die elende Lage der katholischen Kirche" in Deutschland, hatte den König ersucht,*) seine Kräfte anzustrengen, um eine Wendung zum Bessern herbeizuführen und sich dabei selbst erboten nach seinen Kräften beizusteuern. Endlich hatte auch Graf von Castro, der spanische Gesandte in Rom, mit ängstlichen Schilderungen der Gefahren, welche die Katholiken bedrohten, den König und seinen Staatsrath in Aufregung gebracht. Daher war es nach Lorenzo's Erscheinen keinen Augenblick zweifelhaft, daß Philipp sich zur Unterstützung der Liga verstehen würde. Ueberdies glaubte man in Spanien auch noch deshalb sich zur Unterstützung derselben entschließen zu müssen, weil man fürchtete, sie werde sich sonst dem Könige von Frankreich in die Arme werfen, eine überflüssige Besorgniß, da Heinrich IV, wenn er an den Territorialverhältnissen rütteln wollte, sich nicht zugleich mit der Union und Liga verbinden konnte und seine Wahl bereits getroffen war.

---

*) Simancas 709/68. In zwei Briefen hatte der Papst den König um Hilfe für die Katholiken ersucht, in einem Brief ddo. 4. Juli und einem andern ddo. 14. August.



So groß aber immerhin die Bereitwilligkeit Philipps III sein mochte, der Liga seine Hilfe zu bieten, die entweder in monatlichen Geldbeiträgen oder in einem Heere bestehen konnte, so hatte er doch nur übel Lust, so ohne weiters eine Verbindlichkeit auf sich zu laden. War die Liga ein Katholikenbund, so verlangte Philipp III, daß auch der Papst an demselben einen hervorragenden Antheil nehme und das Gebiet allgemeiner und häufig genug wiederholter Versicherungen verlassend, zu positiven Anerbietungen sich verstehe. Paul V hatte sich erst vor wenigen Wochen gegen den Grafen Castro, als dieser ihm in den lebhaftesten Farben die Noth der Katholiken in Oesterreich schilderte, zu der Aeußerung hinreißen lassen, er wolle mit allem Geld, was er habe, zu Hilfe eilen, wenn man gegen die Ketzer Eisen anwende.*) Nun war die Gelegenheit gekommen, diese Versprechungen zur That werden zu lassen. Die Liga sollte zwar vorerst nur ein Defensivbund sein, allein bei der Lust, welche die Protestanten zum Angriff hatten, konnte sie sich rasch genug zu einem Offensivbündniß gestalten und es hing allein von der Hilfe des Papstes ab, wie bald dies der Fall sein sollte. Philipp war also ohne Säumniß erbötig, der Liga zu Hilfe zu eilen, verlangte aber, daß der Papst sich zu einer gleich großen Unterstützung verpflichte.

Dies war indessen nicht die einzige Bedingung, von welcher der König seinen Beistand abhängig machte. Während Zuñiga die Hoffnung aussprach, die Liga werde gleichsam von selbst „große Stücke" auf das Haus Oesterreich halten, wollte man in Spanien sich nicht mit bloßen Versprechungen und Aussichten begnügen. Als noch der Kaiser unschlüssig war, ob er den Majestätsbrief unterzeichnen solle oder nicht, hatten die Erzherzoge Ferdinand und Leopold in mehreren Briefen an den König und seine Gemahlin, ihrer Beider Schwester, die Gefahren, die sie um des Glaubens willen bedrohten, geschildert, namentlich hatte Erzherzog Ferdinand einer momentanen Bestürzung ziemlich starken Ausdruck geliehen und die Hilfe des Königs, des Papstes und aller italienischen Fürsten in gleichem Maße für nöthig erachtet, wenn nicht er und sein Land zuerst als ein Opfer des Protestantismus zu Grunde gehen sollten. P. Haller, der Beichtvater der Königin, machte sich zum beredten Agenten des Erzherzogs am spanischen Hofe und sprach eifrig für eine rasche Unterstützung desselben.**) Aller dieser Bitten und Vorstellungen erinnerte sich jetzt der König und wenn er erbötig war, etwas für die Liga zu thun, so wollte

*) Simancas 991. Castro an Philipp III ddo. Rom, 9. August.

**) Simancas 2323/64. Der Staatsrath an den König ddo. 9. Juli 1609.

er zum wenigsten, daß dieselbe dafür den Erzherzog Ferdinand in den Kreis der Schutzbefohlenen aufnehme.

Als nun Lorenzo seinem Auftrage nachkommend den König für den Beitritt zur Liga zu gewinnen trachtete, erhielt er sowohl von ihm wie von seinen Staatsräthen die besten Versicherungen. Nachdem er auch längere Zeit über die Größe der Hilfeleistung von Seite Spaniens verhandelt
1609 hatte, wurden ihm am 1. November die Bedingungen, unter denen Philipp III zur Liga beitreten wollte, schriftlich mitgetheilt; der König wolle, so hieß es in der Zuschrift, zur Liga so viel beitragen wie der Papst, vorausgesetzt, daß in den Bund sowohl die deutschen Mitglieder des Hauses Oesterreich als die geistlichen Kurfürsten eingeschlossen würden. Dies war nicht die Antwort, welche Lorenzo erwartet hatte und von der er sich versprechen konnte, daß sie dem Herzog von Baiern genehm sein würde, auch war er durch die vorangegangenen Verhandlungen nicht auf die nachträgliche Stellung dieser Bedingungen vorbereitet. In einer Audienz, die er sich deshalb beim Könige erbat, ersuchte er ihn, die Bedingungen seines Beitritts zurückzunehmen und seine Hilfeleistung unbedingt zuzusagen. Der König beruhigte darauf den Kapuzinerbruder und versicherte, daß sein Gesandter in Prag, der zum förmlichen Abschluß des Vertrags mit der Liga Vollmacht erhalten, an diese Bedingungen nicht gebunden sei. Hiebei berief sich Philipp auf das Zeugniß seiner Gemahlin, welche der Audienz beiwohnte und die an Zuñiga abgeschickte Instruktion gelesen hatte.*) Hiedurch zufriedengestellt trat Lorenzo seine Rückreise aus Spanien an und zwar über Rom.

So ganz und gar hatte jedoch der König den Bedingungen, unter denen er sich der Liga anschließen wollte, nicht entsagt, wie diese seine letzte Erklärung vermuthen lassen könnte. Abgelassen wurde nur von der Bestimmung, die Haltung des Königs von der des Papstes abhängig zu machen. Das sah man in Spanien doch ein, daß der Papst nicht über gleiche Geldsummen gebieten könne, wie ein König, der alljährlich eine Silberflotte aus Amerika erwartete, und daß es den zögernden Charakter Pauls V ganz verkennen hieße, wenn man von ihm früher einen Anschluß an die Liga erwarten wollte, als bis dieselbe völlig organisirt war. Von der zweiten Bedingung, daß die Liga auch die deutschen Habsburger in ihren Bund aufnehmen müsse, ließ Philipp auch jetzt nicht ab, nur über das Wie war er selbst nicht im klaren. Lange war nämlich über diesen
29. Okt. wichtigen Punkt im Staatsrath verhandelt und endlich der Beschluß gefaßt worden, daß Zuñiga in dem Vertrage mit der Liga, dessen Abschluß

*) Cornelius: Zur Geschichte der Gründung der deutschen Liga S. 43.

seiner Sachkenntniß überlassen werden solle, das Interesse des österreichischen Hauses wahre.*) Der König war mit diesem Beschluß einverstanden und gab Zuñiga die entsprechenden Weisungen. Wenn sich also Maximilian in Folge von Lorenzo's Mittheilungen einen Augenblick mit der Hoffnung schmeichelte, er habe Spaniens Hilfe erlangt ohne den Kreis der Liga über die deutschen Bischöfe hinaus erweitern zu müssen, so lehrten ihn die folgenden Verhandlungen, daß er sich nicht unwesentlich getäuscht habe. — Was die Hilfeleistung, zu der sich Philipp verpflichten wollte, betrifft, so wurde sie auf 3000 Infanteristen und 1000 Reiter oder einen Geldbeitrag von jährlich 360.000 Dukaten bestimmt; Lorenzo hatte 6000 Mann zu Fuß und ein Kavallerieregiment verlangt. Später fand der König das mit 360.000 Dukaten festgesetzte Aequivalent etwas zu hoch und wollte es beschränkt wissen, allein auf die Erklärung des Staatsraths, daß man unter dieser Summe 4000 Mann nicht ausrüsten könne, gab er sich zufrieden.

Bevor wir Bruder Lorenzo auf der Rückreise nach Italien folgen und weiter erzählen, was zur Begründung der Liga geschah, müssen wir dem Verlaufe von Tennagels Mission nach Spanien unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

In dem Momente, in dem die Verhandlungen Lorenzo's mit dem spanischen Kabinete ihrem Ende entgegen gingen, also in den letzten Tagen Oktobers, erschien Tennagel, Leopold's Unterhändler, in Madrid, um für 1609
die nachhaltigste Unterstützung seines Herrn zu wirken. Wenig fehlte, so wäre Lorenzo's Mission bei der Wichtigkeit von Tennagels Mittheilungen im letzten Augenblicke gescheitert und Philipp hätte eine Unterstützung der Liga von einem Bündniß derselben mit Leopold abhängig gemacht, denn in der That das Bild, welches Tennagel von der nächsten Zukunft vor den Augen der Spanier aufrollte, verdiente eine ernste Betrachtung und ein entsprechendes Handeln. Leopold versprach in kürzester Zeit mehr, als die Liga je zu bewirken im Stande war.

Schon vor Tennagels Ankunft war nach Spanien die Nachricht gedrungen, daß Leopold sich Jülichs bemächtigt habe. Das spanische Kabinet unterschätzte nicht die Wichtigkeit dieses Ereignisses und empfahl von freien Stücken dem König eine Geldhilfe für den Erzherzog. Noch hatte dieser Gegenstand das Stadium der Berathungen nicht durchgemacht, als von Zuñiga die Nachricht einlangte, Leopold wende sich unablässig mit Bitten um Geld an ihn. Der Ge-

*) Archiv von Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 29. Oktober 1609.

sandte begleitete diese Mittheilung mit keiner näheren Erklärung, welche der König als eine Empfehlung oder als eine Mißbilligung des Jülicher Unternehmens hätte deuten können. *) Das spanische Kabinet besaß also keine Nachrichten über die eigenthümlichen Pläne Leopolds und über seine Verbindungen, als Tennagel anlangte. Dieser legte unmittelbar nach seiner Ankunft dem Könige die Bitte des Erzherzogs um Hilfe vor und unterstützte sie zugleich mit einem Memoire, welches die Lage der Dinge in Deutschland und Oesterreich schilderte und die Wege angab, wie dieselbe zu Gunsten des Hauses Habsburg und der katholischen Religion umgestaltet werden sollte. **)

Die Wichtigkeit dieses Memoires ergibt sich aus einer kurzen Angabe eines Inhalts. Nachdem Tennagel in demselben die Bedeutung, welche der Besitz von Jülich nicht bloß für die katholische Welt, sondern auch für Spanien habe, erörtert hatte, schilderte er in eingehender Weise den umfassenden Plan Leopolds, welchen dieser nicht bloß zur Behauptung Jülichs, sondern zur Rettung des Katholicismus entworfen habe und dessen Gelingen Spaniens Unterstützung allein ermöglichen könne. Tennagel erzählte, Leopold habe sich als kaiserlicher Kommissär Jülichs bemächtigt und halte es jetzt mit fester Hand. Dieser Besitz sei jedoch nur ein Ring in einer langen Kette wohlverbedachter Bestrebungen, die allesammt auf ein Ziel hinsteuerten. Er habe bereits einen geheimen Bund unter den Katholiken Böhmens, Mährens und Schlesiens zu Stande gebracht und dieser habe die nöthigen Geldmittel zusammengebracht um jeden Augenblick ein Heer von 5000 Reitern und 1500 Mann zu Fuß aufzustellen, zu dessen Kommando ein Mann (der Herzog von Teschen) ausersehen sei, dessen Treue ebenso erprobt gegen den Kaiser wie gegen die Kirche sei. Dieser präsumtive Anführer sei von dem Bunde beauftragt, den Befehlen des Erzherzogs Folge zu leisten und das Heer für den Tag bereit zu halten, der ihm bezeichnet würde. Einige der mächtigsten lutherischen Kavaliere Böhmens hätten sich diesem Bündnisse auch angeschlossen, weil sie der Insolenz der Kalviner und Brüder bereits überdrüssig seien. Mit dem in Böhmen aufzustellenden Heere beabsichtige gleichzeitig der Erzherzog die Ausrüstung eines zweiten, bestehend aus vier Infanterie- und ebensoviel Kavallerieregimentern. Um kein Aufsehen zu erregen, solle mit Zustimmung der drei geistlichen Kurfürsten und des von Sachsen die Ausrüstung gleichzeitig an vier Orten, im Elsaß, in Passau, in Lüttich und in der Nähe von Jülich vor sich gehen. Das eigentliche Geheimniß dieser Rüstungen werde

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 30. Oktober 1609.

**) Simancas 709. Memoriale de Tennagel Embaxador del Archiduque Leopoldo.

den Kurfürsten nicht bekannt gegeben: daß es sich nämlich vor allem um Böhmen handle, sondern diese würden in dem Glauben erhalten, daß sie nur wegen der Jülicher Angelegenheit vorgenommen werden. Seien diese Rüstungen beendet, so würden die sämmtlichen Regimenter ihren Marsch gegen Jülich richten und hier zuerst den Prätensionen Brandenburgs und Neuburgs ein Ende machen. Der Adel von Jülich, Cleve und Berg sei dem Erzherzog günstig gesinnt, von den Städten trete allmälig eine nach der andern auf seine Seite und so sei der Gewinn dieser Länder zweifellos. Um die Protestanten, falls sie sich dem Verluste derselben nicht ruhig fügen wollten, im Zaum zu halten, werde der Herzog von Baiern, wie dies bereits vertragsmäßig zwischen ihm und dem Erzherzoge abgemacht sei, ein drittes Heer in seinen Besitzungen ausrüsten und über jeden herfallen, der letzteren anzugreifen Miene machen würde. Es sei jedoch keineswegs von den Protestanten ein Widerstand oder gar ein Angriff zu befürchten, sie seien schwach und im Augenblick ohne Mittel, um größere Kriegskosten zu tragen, außerdem werde der Kaiser jeden mit der Acht bedrohen, der gegen ihn eine feindliche Haltung annehmen wollte. Es werde sich ihm zugleich die beste Gelegenheit bieten, seine Auktorität in Deutschland wieder zur Geltung zu bringen. Sei so jeder Widerstand in Deutschland im Keime erstickt, so werde der Erzherzog mit seinem Heere nach Böhmen marschiren, während der Herzog ihm mit dem seinigen den Rücken decken und die wichtigsten Plätze mit Besatzungen versehen werde. An den Grenzen Böhmens könne der Erzherzog bereits im Frühjahre 1610 stehen und dem Heere, welches sich mittlerweile unter des Herzogs von Teschen Aufführung gebildet hätte, die Hand reichen. Dann sei man im Stande den Verbindungen der Protestanten in Böhmen, Mähren und Schlesien ein Ende zu machen und des Kaisers Hoheit aus dem Staube zu erheben. Sei auf diese Weise in Böhmen aufgeräumt, so dürfte man sich mit dem erlangten Vortheil nicht begnügen, am allerwenigsten aber entwaffnen, man müßte dann eine Versammlung der Prinzen des Hauses Habsburg berufen und diese über die Wege berathen lassen: 1. wie die entzweiten Brüder Rudolf und Mathias zu versöhnen seien, 2. wie die katholische Religion geschützt und 3. wie das Haus Oesterreich in dem Besitze des Reiches und aller seiner Länder erhalten werden solle.

Wer die Verhältnisse in Deutschland und den Niederlanden kenne, so argumentirte Tennagel weiter, werde begreifen, daß der Anfang jeglichen Erfolges von der Behauptung Jülichs, von der rechtzeitigen Ausrüstung der nöthigen Truppenmassen und von dem engen Anschlusse der katholischen Fürsten abhänge. Sei man im Besitz von Jülich, Cleve und Berg, so würden sich alle übrigen Erfolge gleichsam von selbst ergeben. Gerathen



aber diese Länder in protestantische Hände, dann sei es zu Ende mit den geistlichen Fürsten Deutschlands, unmöglich die dauernde Behauptung Belgiens, eitel jede Hoffnung auf die Bezwingung der niederländischen Rebellen und gefährdet in naher Zukunft die spanische Herrschaft in Italien. Nun könne der Erzherzog jenen Theil der gemeinsamen Rüstungen, die bei der angedeuteten Vertheilung der Rollen vornehmlich ihm zur Last fielen, ohne die nachdrücklichste, wenn auch nur geheime Unterstützung von Seite Spaniens nicht auf sich nehmen. Diese Unterstützung, in Geld bestehend, sei nur diesmal nothwendig, einmal am Ziele der angedeuteten Bestrebungen sei er in der Lage selbst Spanien zu helfen und nicht dessen Beistand zu erbitten.

Man könnte, fuhr Tennagel weiter fort, gegen die hier vorgebrachten Schlußfolgerungen einen dreifachen Einwand erheben. Der erste bestünde darin, daß, wenn der König von Spanien sich in die Jülicher Angelegenheit einmische, dies den Waffenstillstand mit Holland gefährden und leicht einen Bruch mit Frankreich herbeiführen könnte, da beide Staaten keineswegs sich passiv verhalten würden. Auf diesen Einwand wäre jedoch zu entgegnen, erstens, daß die Unterstützung Leopolds geheim vor sich gehen könnte, um sowohl den Holländern wie Heinrich IV jeden Vorwand zu Klagen gegen Spanien zu benehmen, zweitens, daß Heinrich IV so wie die Holländer nicht erst eine Veranlassung von Spanien erwarten würden, um die deutschen Protestanten zu unterstützen, daß aber drittens diese Unterstützung keine ausgiebige sein werde, da die Holländer mit Schulden überbürdet seien und Heinrich IV weder über einen so großen Schatz gebiete, als man allgemein annehme, noch auch einen Krieg außerhalb der Grenzen seines Reiches wagen dürfe, wenn er nicht im Innern den Ausbruch der heftigsten Unruhen beschleunigen wolle. Was einen andern Einwurf betreffe, daß nämlich der König von Spanien, nachdem er einmal zur Unterstützung der Liga sich entschlossen, sich nicht zur Förderung von Leopolds Unternehmen hergeben könne, ohne sich in unerschwingliche Auslagen einzulassen, so sei zu erwiedern, daß der Zweck der Liga und das Unternehmen Leopolds einander gegenseitig bedingen, wolle der König den ersteren fördern, so dürfe er dem letzteren nicht den Rücken kehren. Was einen dritten Einwurf betreffe, daß nämlich Leopolds Unternehmen nicht in einem Jahre beendet sein, sondern dem König langjährige Opfer auferlegen würde, so sei zu entgegnen, daß dies gewiß nicht der Fall sein werde, denn sobald Erzherzog Leopold mit einem Heere im Felde erscheine, sei die Wiederherstellung der früheren Herrschaft des Kaisers gewiß und damit seien auch alle Mittel zur weiteren Kriegführung gewonnen, ohne Spanien ferner in Anspruch zu nehmen. Denn die Unterthanen des



Kaisers seien der Mehrzahl nach überdrüssig der Herrschaft der Ketzer und würden, sobald sie von ihrem Joch befreit seien, mit allen ihren Mitteln dem Kaiser zur Hilfe bereit sein.

Wir haben das Memoire Tennagels eingehender skizzirt, weil man aus demselben die Anschauungen und Hoffnungen am besten kennen lernen kann, in denen sich theils Erzherzog Leopold selbst, theils die ihm anhängende, weniger katholische als abenteuerliche Partei bewegte. Man könnte versucht sein, in Leopold und Anhalt die zwei entgegengesetzten Pole ihrer Zeit zu sehen, jeder von beiden geneigt, das ihm feindlich entgegenstehende Kirchenwesen und die mit demselben im Zusammenhang stehenden staatlichen Ordnungen zu zertrümmern, um bei der allgemeinen Verwirrung das Ziel ihres Ehrgeizes zu erreichen. Zwischen beiden ist jedoch ein großer Unterschied. Leopolds Bestrebungen waren Phantastereien, er hatte keine richtige Einsicht in die politischen Verhältnisse und seine geträumten Erfolge waren auf Voraussetzungen begründet, die eine nüchterne Prüfung nicht aushalten konnten. Anhalts scharfer Geist faßte das Gebrechliche und Faule der bestehenden Verhältnisse eben so richtig auf, wie seine Klugheit ihn die passenden Mittel wählen ließ, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Wenn er nichtsdestoweniger noch immer keinen wesentlichen Erfolg hatte erringen können, so lag die Ursache nicht an ihm, sondern an unberechenbaren Zwischenfällen.

Der Inhalt von Tennagels Botschaft war begreiflicherweise derart, daß er eine nicht geringe Bewegung im spanischen Staatsrath hervorrief. Unterdrückung oder wenigstens Einschüchterung der Protestanten in Deutschland und Oesterreich, Erhöhung der kaiserlichen Auktorität in bisher nicht gekannter Weise und in Folge dessen eine Unterstützung für Spanien, das bisher alle Welt allein unterstützen mußte, so viel und nicht weniger versprach Tennagels Memoire; angenehmeres hatte man in Spanien seit langem nicht zu hören bekommen. Mußte man sich nicht im letzten Augenblicke besinnen, ob man einen Heller auf die Liga verwenden solle, die eigentlich nichts anderes bezweckte, als sich selbst zu schützen? Leicht würde Lorenzo's Mission in der That gescheitert sein, wären nicht die Farben in Tennagels Memoire zu dick aufgetragen gewesen und wären darin nicht Behauptungen aufgestellt worden, von deren Unwahrhaftigkeit das spanische Kabinet überzeugt sein mußte. Wie war es möglich, daß zwischen Leopold und Max so wichtige Verabredungen getroffen waren, wenn Lorenzo nichts von ihnen wußte? Und zu allem dem das eigenthümliche Schweigen Zuñiga's. Dies alles fand im spanischen Staatsrath die richtige Würdigung. Lorenzo wurde nicht weiter zurückgehalten, sondern mit der ertheilten Antwort entlassen, Tennagels Mission aber aufmerksam d. h. mißtrauisch geprüft.



Der Herzog von Lerma äußerte zuerst Zweifel darüber, ob Leopold und Maximilian Hand in Hand gehen würden, da letzterer kaum dulden dürfte, daß ein anderer ihm in Deutschland den Vorrang ablaufe; er wollte auch von Tennagel wissen, wer künftig in den Besitz von Jülich gelangen solle und gab zu verstehen, daß eigentlich Spanien Rechte darauf habe. Es scheint, daß der Gesandte durch solche und ähnliche Fragen etwas eingeschüchtert, die ehrgeizigen Pläne, welche Leopold für seine eigene Erhebung hegte, nicht weiter enthüllte, sondern die Unterdrückung der Protestanten als das zunächst anzustrebende Ziel betonte und die Frage über den künftigen Herrscher von Jülich, Cleve und Berg sowie von Böhmen offen ließ. Als die Herzoge von Lerma und Infantado, der Großkommandeur von Leon und der Konnetable von Kastilien sich gemeinsam über Leopolds Gesuch berieten, war ihre Verlegenheit sichtlich; sie waren nahe daran dem Könige eine Geldhilfe selbst bis zum Betrag von 200.000 Scudi zu empfehlen, wenn sie nicht durch Zuñiga's Schweigen stutzig gemacht worden wären. Zuletzt einigten sie sich dahin, daß Zuñiga von dem Begehren Leopolds in Kenntniß gesetzt werden und thun solle, was er den Verhältnissen für entsprechend finden würde.*)

Etwas später scheint der König den Mittheilungen Tennagels mehr Vertrauen geschenkt zu haben, denn er empfahl seinem Gesandten in Prag denselben mit aller Zuvorkommenheit zu behandeln, was beinahe einem Befehl, daß Zuñiga die Pläne Leopolds unterstützen solle, gleichzuhalten ist.**) Diese Empfehlung ersetzte jedoch nicht bei dem Gesandten einen direkten Befehl. Wohl empfing er Tennagel bei seiner Ankunft in Prag mit Artigkeit, aber er gab ihm für seinen Herren kaum etwas mehr als ein Almosen. Mißtrauisch gegen den Erzherzog Leopold seit er glaubte vermuthen zu dürfen, daß derselbe nicht die Interessen seines Hauses, sondern die Befriedigung persönlichen Ehrgeizes im Auge habe, wollte er Spanien nicht durch eine Verbindung mit ihm kompromittiren. Da ihm das Memoire, welches Tennagel in Spanien überreicht hatte, zur Begutachtung zugeschickt worden war, sprach er sich mit aller Entschiedenheit nicht bloß gegen die Durchführbarkeit der darin enthaltenen Vorschläge, sondern auch gegen die Wahrheit beinahe aller der Voraussetzungen aus, von
31 Jän. 1610 denen dasselbe ausging. Er schrieb deshalb nach Spanien zurück,***)

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 30. Okt. — Ebendaselbst der Staatsrath an den König ddo. 6. Dez.

**) Simancas 2496/13. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. März 1610.

***) Simancas 2496/133. Zuñigas Bemerkungen zu Tennagels Memoire ddo. 31. Jäner 1610.

man müsse in dem Plane Leopolds zwei Theile unterscheiden, den auf Jülich bezüglichen und den Böhmen betreffenden. Die Durchführung des erstern sei für die katholische Sache in hohem Grade zuträglich, aber es seien die Aussichten hiefür schlecht. Denn die Angabe des Memoires, als ob der Adel von Jülich, Cleve und Berg und die Städte dieser Gebiete Leopold anhingen oder ihm geneigt seien, beruhe vollständig auf Unwahrheit, und eben so sei die Behauptung, als ob zwischen Herzog Maximilian und Leopold ein Uebereinkommen getroffen worden, geradezu erlogen. Trotzdem wäre es von größter Bedeutung Jülich nicht verloren gehen zu lassen. Den auf Böhmen bezüglichen Theil des Planes hielt Zuñiga mehr für eine verrückte als für eine vernünftige Unternehmung und sprach überdies noch seine Zweifel aus, daß dasselbe ernstlich gemeint sei, „es sei dieser Plan unzweifelhaft eine Ausgeburt Tennagels, von welcher der Erzherzog kaum Kenntniß besitze." Der Gesandte hatte Unrecht die Sache für ein bloßes Hirngespinst zu halten, ersonnen, um den Spaniern Geld abzulocken. Eine Ausgeburt kranker Phantasie war der Plan Böhmen zu überfallen insofern, als keine Möglichkeit des Gelingens hiefür vorlag und derselbe, wenn er doch gelungen wäre, einen Kampf zwischen den deutschen Habsburgern hervorrufen mußte. Der Plan bestand aber dennoch und in der That hatten sich zu seiner Durchführung alle jene Personen verbunden, die oben als die Anhänger und Vertrauten Leopolds bezeichnet wurden und erst vor kurzem waren in Mähren Briefe aufgefunden worden, welche über die Stellung, die der Herzog von Teschen zu dem ganzen Unternehmen einnahm, ein grelles Licht warfen. Leopold hielt alle Fäden der Verschwörung, wie man das Unternehmen bezeichnen kann, zusammen, und er suchte ununterbrochen neue Bundesgenossen anzuwerben. Die Angabe des Memoires, daß die Lutheraner Böhmens müde seien, das Joch der Kalviner zu tragen, stimmte mit der Sachlage insofern überein, als Leopold durch Wenzel von Kinsky sich bemühte, Zwietracht unter die Protestanten zu bringen und dadurch für den beabsichtigten Staatsstreich den Boden zu bereiten. Kinsky, der, wie erzählt worden, sich in das Vertrauen des Erzherzogs eingeschlichen hatte, bekam seine Rolle in dem großen Unternehmen zugewiesen.*) Alles dies wußte Zuñiga nicht und deshalb nannte er einen Angriff auf Böhmen nicht bloß ein haltloses sondern auch ein von Tennagel allein ersonnenes Unternehmen, um dem König von Spanien Geld abzulocken. Allein die vorgebrachten Angaben widerlegen nicht nur Zuñiga's Meinung, sondern der spätere Passauer Einfall, von denselben Per-

*) Hanka: Korrespondenz zwischen Rudolf, Mathias ꝛc. S. 18. Leopold an Kinsky ddo. Jülich 22. Aug. 1609. Chlumecky: Žerotin S. 620.



sonen in Scene gesetzt, die schon im Jahre 1610 über Böhmen herfallen wollten, und in derselben Absicht unternommen, wie sie Tennagel in Spanien völlig der Wahrheit gemäß erörtert hatte, ist ein vollgiltiger Beweis, daß Leopolds Pläne vollständig mit den Angaben des Memoires übereinstimmten; falsch war in demselben nur das über die freundliche Stimmung Jülichs und über Maximilians Bündniß mit Leopold behauptete.

Indem aber Zuñiga in so absprechender Weise über Leopold und Tennagel nach Hause berichtete, sah sich der erstere um jene Unterstützung gebracht, auf die er vor allem rechnete; was er erhielt, waren kaum 30.000 Scudi, die schnell ausgegeben waren. Wohl scheint ihm in Folge einer abermaligen Empfehlung aus Spanien, wo man je länger je mehr an der Occupation Jülichs Gefallen fand, Zuñiga eine weit beträchtlichere Summe zur Disposition gestellt zu haben,*) allein dies alles reichte weder zu einer dauernden Behauptung der Festung, geschweige denn zur Vertreibung Brandenburgs und Neuburgs aus den von ihnen beherrschten Gebieten. Interessant ist, daß durch die Verweigerung der spanischen Unterstützung gerade das herbeigeführt wurde, was jetzt unmöglich gemacht zu sein schien und was namentlich Zuñiga verhindern wollte, nämlich der Einfall in Böhmen. Wäre Leopold von Spanien gehörig unterstützt worden, so würde er treu seinem Programm um jeden Preis die Behauptung der Jülichischen Lande versucht, unzweifelhaft aber eine solche Niederlage erlitten haben, daß sie ihm jeden Einfall in Böhmen unmöglich gemacht hätte. So aber von vornherein an der Behauptung Jülichs gehindert, warf er sich dann mit um so größerer Energie auf die Eroberung von Böhmen.

Wir kehren zur Darstellung der Verhandlungen wegen Begründung der Liga zurück.

Von Spanien begab sich Bruder Lorenzo nach Rom zu Paul V, um ihm als seinem geistlichen Vater Bericht über seine diplomatische Mission zu erstatten und zugleich die Sache der Liga zu empfehlen. Als er in Rom
Feb. 1610 anlangte, traf er daselbst Gesandte aus Deutschland an, die in derselben Angelegenheit wirksam waren. **)

*) Simancas 709/121. Der Staatsrath an den König ddo. 18. März. Zuñiga verfügte über einen Wechsel von 250.000 Scudi, von dem er die größere Hälfte, ungewiß ob dem Kaiser oder dem Erzherzog zur Disposition stellte. Uebereinstimmend damit berichtet auch Bodenius an Fleckhammer ddo. 20. März 1610 (Brüssel Secret. d'Etat. Allem. Carton 157). Das Geld wurde aber nicht auf Jülicher Rüstungen, sondern auf das Passauer Volk verwendet.

**) Simancas 993. Castro an Zuñiga ddo. 30. Januar 1610.



Man erinnert sich, daß die geistlichen Kurfürsten auf ihrer Versammlung in Mainz, als sie der Liga beitraten, auch beschlossen, eine Gesandtschaft an den Papst abzuschicken, um ihn um seine Mithilfe zu ersuchen. Zum Haupte dieser Gesandtschaft wählten sie den Grafen Eitel Friedrich von Zollern, dem der Herzog von Baiern, einen seiner erprobten Diener Cesare Crivelli zu gleichem Zwecke beigesellte. Beide kamen noch im Dezember 1609 nach Rom und erlangten rasch Zutritt zum Papste, der unter sichtlichen Zeichen von Theilnahme ihre Botschaft entgegennahm. Behufs weiterer Verhandlungen wies er sie an die Kardinäle Borghese und Lanfranco, die nicht minder über das Zustandekommen der Liga erfreut schienen, so daß sich die Gesandten den besten Hoffnungen um so mehr hingaben, als sie rasch nach einander noch viermal zur päpstlichen Audienz zugelassen und jedesmal von Paul V die beruhigendsten Zusicherungen bekamen. In der Audienz, die ihnen der Papst am 12. Februar ertheilte, versicherte er sie, daß er gern der Liga nicht bloß mit Geld sondern selbst mit bewaffnetem Volke zu Hilfe eilen möchte, und daß er nicht sparen werde und sollte er selbst die Kelche von den Altären verkaufen. So freundlich diese Versicherungen waren und so oft sie der Papst auch in den nachfolgenden Audienzen wiederholen mochte, so kam es doch zu keinem positiven Vertrage zwischen ihm und der Liga. Die Gesandten reisten schließlich nach einem Aufenthalt von mehr als drei Monaten von Rom ab, ohne etwas anderes als allgemeine Versicherungen mit sich zu nehmen. Anfangs entzückt von der freundlichen Aufnahme im Vatikan, wurden sie nachgerade über die steten Zögerungen stutzig, bis sie endlich „skandalisirt" ihren Rückweg antraten, wenig erbaut von Versicherungen, denen nichts positives zu Grunde lag.

Aug. 1609 — 27 Dez. — 12. April 1610

Um die Haltung des Papstes begreiflich zu finden, muß man wissen, daß um diese Zeit auf ihn von Heinrich IV der ärgste Druck ausgeübt wurde. Die ununterbrochenen Niederlagen, welche die katholische Kirche in Oesterreich erlitt, die gefahrvolle Zukunft, die sie in Deutschland bedrohte, ließen den Papst nicht kalt, sondern veranlaßten ihn von Zeit zu Zeit zu den heftigsten Klagen und zu energischen Hilferufen. In solchen Augenblicken übergroßer Angst wandte er sich mehrmals an Spanien um Hilfe und schien geneigt, um jeden Preis ein Bündniß mit Philipp III einzugehen.*) Solchen entschlossenen Augenblicken folgten aber wieder kühlere und vorsichtigere Betrachtungen; er wußte, wie wenig es dem Könige von Frankreich genehm wäre, wenn er sich Spanien anschlöße und sein Neffe, der Kardinal Borghese, der mit beiden Händen von Spanien Gnaden und Geld

*) Simancas 2994/6. Der spanische Staatsrath an den König ddo. 12. April 1610.

annahm, wollte es auch nicht mit Frankreich verderben und bestärkte ihn in einer friedlichen zuwartenden Haltung.

Trotz dieses von Frankreich ausgeübten Druckes schien der Papst zur Zeit, als die deutschen Gesandten in Rom eintrafen, geneigt seinen eigenen Weg zu gehen und sich von keinen weltlichen Rücksichten leiten zu zulassen. Vielfach bearbeitet von dem spanischen Gesandten in Rom, dem Grafen Castro war er nicht nur entschlossen der Liga sondern selbst dem Erzherzog Leopold in Jülich unter die Arme zu greifen. Seine Theilnahme für den Letzteren und für Aufrechthaltung einer katholischen Herrschaft in den Jülich'schen Ländern ging so weit, daß der Graf Castro bereits die Detailverhandlungen über die dem Erzherzog zu leistenden Subsidien mit dem Kardinal Lanfranco eröffnete. Von diesen Vorgängen benachrichtigt, eilte der französische Gesandte in Rom de Breves zum Papste; um ihn von jeder Einmischung in den Jülicher Streit abzuhalten, selbst Drohungen sparte der Gesandte nicht, um den Papst einzuschüchtern. Es bedurfte nicht besonderer Anstrengungen, um der Entschlossenheit des Papstes ein Ende zu machen. Castro sah sich in dem Augenblick geschlagen, in welchem er bereits die Früchte seiner diplomatischen Thätigkeit zu ernten gehofft hatte. *) Der eilige Rückzug des Papstes wurde dem Grafen gegenüber damit entschuldigt, daß die Unterstützung der Liga nicht gestatte auch noch andere Verpflichtungen einzugehen.

Es ist kein Zweifel, daß Paul V, nachdem er Jülich preisgab, entschieden geneigt war, der Liga unter die Arme zu greifen. Castro, der nicht weiter die Unterstützung des Erzherzogs betrieb und bloß die der Liga verlangte, empfing vom Papste in wiederholten Audienzen die bestimmte Zusage, daß er der Liga eine jährliche Unterstützung von 200.000 Dukaten geben wolle. Paul war über dies noch erbötig an alle italienischen Fürsten zu schreiben und sie zu ähnlicher Hilfeleistung aufzufordern. Bei diesen Versprechungen angelangt zögerte er weiter zu gehen und den Worten Thaten folgen zu lassen, abermals eingeschüchtert durch französische Vorstellungen. Deshalb nannte er den deutschen Gesandten keine bestimmte Summe, mit der er die Liga unterstützen wolle und entließ sie, wie erzählt worden, nur mit allgemeinen Zusagen, obwohl er wiederholt den obenerwähnten Betrag als seine Quote bezeichnete und Castro Hoffnung machte, daß er durch einen in Italien zu erhebenden Zehent die Summe zusammenbringen wolle. Solche positive Zusagen waren von Paul nicht gemacht worden, um die Spanier zu täuschen und sich dieselben momentan vom Halse zu schaffen, sie waren aufrichtig gemeint, aber wie Castro

*) Simancas 993. Castro an Philipp III ddo. Rom. 16. Februar 1610.



selbst erzählt, immer wieder in Folge französischer Einflüsterungen zurückgenommen.*) Daß diese in Rom so leichten Eingang fanden, war übrigens die Folge des Hasses, den Spanien überall in Italien namentlich aber in Rom auf sich geladen hatte, er war die Frucht seiner Herrschaft über Neapel und Mailand. Castro durch die wechselnden politischen Strömungen in Rom, die jedesmal mit einer Niederlage für ihn endigten, in Verzweiflung gebracht, schrieb seinem König, es gebe kein anderes Mittel auf die Päpste mit Sicherheit einzuwirken und sie in Schach zu halten, als wenn er ein Einverständniß mit einigen römischen Großen unterhielte und damit den Papst ängstigte, falls er gegen ihn auftreten wollte.**) — Was auch immer seitdem aus Deutschland und aus Spanien dem Papste geschrieben werden mochte, er blieb unerschütterlich in seiner Unentschlossenheit oder vielmehr in seiner Absicht, in den Kampf zwischen Heinrich IV und dem Hause Habsburg, dessen Ausbruch er voraussah, sich nicht einzumischen und gälte es selbst katholische Interessen. Bei Paul V war das Motiv nicht eine den Habsburgern feindliche Gesinnung, wie bei mehren anderen Päpsten, sondern Furcht vor der gewaltigen Persönlichkeit Heinrichs IV; er gestand dies nach des Königs Tode ziemlich offen dem spanischen Gesandten.***)

Unter solchen Umständen, nachdem weder Castro noch Graf Zollern und Crivelli den Papst zu einer positiven Zusage gegen die Liga veranlassen konnten, darf es nicht Wunder nehmen, wenn Bruder Lorenzo nichts besseres zu Wege brachte. Er trat in Rom nicht als Gesandte auf, sondern einfach als Ordensmann, der dem Papste von seinen Bestrebungen Rechenschaft ablegte und über die Lage der Katholiken in Oesterreich aus eigener Erfahrung berichtete. Dem Papste war seine Anwesenheit in Rom nicht besonders lieb; das von keinen diplomatischen Rücksichten gedämpfte Glaubensfeuer des Kapuzinerpaters wurde ihm unbequem; nannte er ihn doch schon vor seiner Ankunft einen unklugen Eiferer.†) Lorenzo entfernte sich nach mehrmonatlichem Aufenthalte von Rom, im Herzen auf das traurigste davon berührt, daß er an der Stelle, wo er die freudigste Aufnahme erwartet hatte, der meisten Kälte begegnet sei. Er reiste wieder nach Prag zurück, wo er als Orakel der dortigen Katholiken allerdings einer aufmerksameren Behandlung gewöhnt war.

---

*) Simancas 993. Castro an Philipp III ddo. Rom den 3. März 1610.

**) Simancas 993. Castro an Philipp III ddo. 4. Februar 1610.

***) Simancas 993. Castro an Philipp III ddo. 17. Juni 1610.

†) „Imprudente y demasiado zelante“ wie Castro an Zuñiga ddo. 30. Januar 1610 schrieb. Simancas 993.

Zollern und Crivelli schlugen nach ihrer Abreise von Rom nicht unmittelbar den Rückweg in die Heimat ein, sondern machten eine Rundreise an jene italienischen Fürstenhöfe, die man für ein Bündniß mit der Liga gewinnen zu können hoffte. So gingen sie zum Großherzog von Toskana, zu dem Herzog von Urbino, Modena, Parma und Mantua, überall die Fürsten zu einem Bündniß mit der deutschen Liga einladend. Bei näherer Kenntniß der italienischen Verhältnisse wird man begreifen, daß ihre Bestrebungen von keinem Erfolge begleitet waren. Die Liga nahm in ihrer Entwickelung gegen Spanien eine freundliche Haltung an, während die sämmtlichen italienischen Fürsten, obwohl theilweise Pensionäre von Spanien, mehr oder minder offen zu Frankreich hinneigten. Zuletzt versäumten es die Gesandten nicht, auch den Herzog von Savoyen aufzusuchen und eine gleichlautende Einladung an ihn zu richten. Wären sie nur wenige Tage früher in Turin eingetroffen, so würde der Herzog es kaum der Mühe werth gehalten haben, sie zuvorkommend zu empfangen, denn eben rüstete er sich im Bund mit Frankreich zur Bekriegung von Spanien.
25. Mai 1610 Allein sie erschienen in Turin in Tagen bitterer Angst und Enttäuschung für den Herzog. Eben war die Nachricht von Heinrichs IV Ermordung zweifellos sichergestellt und der Herzog der Rache Spaniens, wie er fürchten konnte, wehrlos preisgegeben. Es galt jetzt um jeden Preis mit Spanien und allen, die diesem verbunden waren, Frieden zu schließen. Er überhäufte deshalb die Gesandten mit Aufmerksamkeiten jeglicher Art und war natürlich zu dem engsten Bündniß mit der Liga geneigt. Bekannt mit den freundschaftlichen Verhältnissen zwischen Kursachsen und der Liga erinnerte er sich auch, daß er eigentlich ein Verwandter des sächsischen Kurhauses sei und daß tausend verschiedene Gründe ihn an das Interesse Deutschlands und der Liga ketteten. Aber trotz des sichtlichen Bestrebens bei den Deutschen ein freundliches Interesse zu erregen, verließ der Herzog das Gebiet allgemeiner Versprechungen nicht und ging keine positive Verpflichtung ein.*)

Ueberblickt man das Resultat der Verhandlungen, welche die Liga mit nichtdeutschen Fürsten angeknüpft hatte, um sich ihrer Hilfe zu versichern, so erreichte dasselbe kaum die mäßigsten Erwartungen. Der Papst, auf den man unter allen Umständen rechnete, nahm eine abwartende Stellung ein, nur der König von Spanien war zur Hilfe bereit, aber auch dieser unter Bedingungen, die möglicherweise die Ablehnung seiner Hilfe zur

---

*) Münchner Reichsarchiv. Bundesakten V, 566. Relatione al Ser. Sig. Duca Massimiliano mio Sig. del negotio appresso la Sta di N. S. Papa Paolo V et a tutti gli prencipi d' Italia per il negocio della lega de Prencipi di Germania von Cesare Crivelli ddo. 6. Juli 1610.

Folge haben konnten. Er hatte den definitiven Abschluß des Bündnisses mit der Liga an Zuñiga übertragen, dieser hatte aber dafür zu sorgen, daß die letztere irgend welche positive Verpflichtungen gegen das Haus Oesterreich eingehe. War es nicht wahrscheinlich, daß Max von Baiern, der bisher jeder Verbindung österreichischer Prinzen mit der Liga sorgfältig aus dem Weg gegangen war, lieber dieselbe aufgab, als auf eine solche Bedingung einging? Und wenn dies der Fall war, blieb die Liga allein auf sich beschränkt, vielleicht dem Zerfall wieder preisgegeben.

Da in Folge des Beitrittes der geistlichen Kurfürsten zur Liga alle Verhältnisse derselben noch nicht geordnet waren, drang Maximilian frühzeitig auf die Berufung einer Versammlung aller ihrer Mitglieder. Sie kam in Folge seiner wiederholten Aufforderung im Februar 1610 in Würzburg zu Stande und war von den Gesandten aller wichtigeren katholischen Reichsstände besucht. Die Verhandlungen, welche daselbst gepflogen wurden, waren doppelter Art. Die einen betrafen den weiteren Ausbau der inneren Bundesorganisation und in dieser Beziehung waren die Meinungen nicht schwer zu einen. Leichter konnte es Streitigkeiten geben, wenn über die äußere Ausdehnung der Liga und über die von derselben zu befolgende Politik verhandelt wurde. Die heiklichste Frage war die bezüglich des Hauses Oesterreich; daß weder Mathias noch Rudolf in die Liga aufzunehmen seien, darüber wurde kein Zweifel rege; bezüglich der Erzherzoge Maximilian und Ferdinand herrschte aber eine freundlichere Gesinnung. Im Wunsche der geistlichen Mitglieder der Liga lag die Aufnahme der genannten Prinzen und da diesmal Baiern nichts dagegen hatte, sondern dieselbe bezüglich Ferdinands sogar befürwortete, so wurde ihre Zulässigkeit ausgesprochen. Ueber die von der Liga zu befolgende Politik kam es, wie es scheint, zu keinen Verhandlungen, namentlich blieb die Jülicher Frage außer dem Kreise der Debatte. Geschah aber solches, so ist darin der überwiegende Einfluß Baierns unverkennbar, denn was die rheinischen Bischöfe betrifft, so waren diese entschlossener als je die Jülicher Angelegenheit nicht unbeachtet zu lassen und dem Erzherzog Leopold zu helfen. In diesem Sinne hatten der Koadjutor von Speier und der Kurfürst von Köln sich Zuñiga gegenüber mit aller Bestimmtheit ausgesprochen. Wenn es also in Würzburg dennoch wegen Jülichs still blieb, so ist hieraus ersichtlich, daß Maximilians Ansicht zuletzt zum Siege gelangte. Die Liga sollte ihre Existenz nicht damit einweihen, daß sie sich in einen Streit von unübersehbarer Dauer und Folgen einließ.*)

*) Nach den Papieren von Simancas 709/121. Der Staatsrath an den König ddo. 18. März 1610. Zuñigas Briefe an Philipp III ddo. 30. und 31. Januar und



Indem die Liga durch die Würzburger Beschlüsse nicht genöthigt war, in der nächsten Zukunft aktiv aufzutreten und in dieser passiven Haltung noch mehr durch die bald darauf aus Rom einlaufenden Nachrichten bestärkt wurde, war der wichtigste Gegenstand ihrer folgenden Verhandlungen der definitive Abschluß des Bündnisses mit Spanien. Da Zuñiga in Prag hinreichende Vollmacht hiezu von seinem Herrn empfangen hatte, so mußte sich endlich zeigen, ob Spanien seine Hilfe der Liga ohne erschwerende Bedingungen ertheilen wolle. Gleich die ersten Verhandlungen überzeugten aber den Herzog, daß dies nicht der Fall sei und daß Philipp der Liga nicht beitreten werde, wofern den Prinzen seines Hauses, namentlich aber dem Erzherzog Ferdinand nicht eine hervorragende Stellung in derselben eingeräumt würde.*) Maximilian, der hierin den Versuch erblickte, die Liga den österreichischen Interessen ganz und gar dienstbar zu machen und ihn selbst um den Lohn seiner Mühen zu bringen, entschloß sich lieber von der Direktion zurückzutreten, als jemandem andern eine gleiche oder bevorzugtere Stelle einzuräumen. Auf einem abermaligen Bundestage, der sich
22. Mai im Mai in München versammelte, ließ er die Erklärung abgeben, daß er
1610 seine bisherigen Aemter in der Liga niederlege, nachdem der Papst und der König von Spanien unter keiner anderen Bedingung sich zu einer Hilfeleistung verstehen wollten, als wenn das Haus Oesterreich an der Spitze der Liga stehe. Diese Erklärung war nicht richtig, denn von Seite des Papstes war eine solche Bedingung, wie aus dem oben Erzählten ersichtlich, nie gestellt worden und auch Philipp verlangte nicht die Direktion der Liga einzig und allein für sein Haus. Auf die Bundesversammlung wirkte aber die angebotene Resignation des Herzogs niederschlagend und alle ihre Mitglieder baten, er möge dieselbe zurücknehmen. Ihrem Drängen nachgebend, versprach er sein Amt bis zur nächsten Bundesversammlung behalten zu wollen.**)

Maximilian hatte es mit seinem Rücktritt nicht ernstlich gemeint, er wußte, daß die Liga ohne ihn keinen Bestand haben würde, und daß das Haus Oesterreich selbst ihre Existenz nicht werde aufs Spiel setzen wollen. Hatte Zuñiga zwar nicht, wie Max behauptete, die Direktion der Liga für einen österreichischen Prinzen in Anspruch genommen, wohl aber gleiche

1. Februar 1610. Cornelius: Zur Geschichte der Gründung der Liga und Wolf: Geschichte Maximilians I und seiner Zeit.

*) Archiv von Simancas 709/132. Der Staatsrath an den König ddo. 14. Aug. 1610. Es ist ersichtlich aus dieser Relation des Staatsraths, daß Philipp III in der That sich gegen Lorenzo von Brindisi in der Abschiedsaudienz so geäußert hatte, daß Maximilian berechtigt war zu glauben, die spanische Hilfe werde bedingungslos ertheilt.

**) Wolf: Geschichte Max I und seiner Zeit, II, 554.

Rechte für einen solchen neben Maximilian, so spannte er nach dem Trumpf, den der Herzog durch die Drohung seines Rücktrittes ausgespielt hatte, seine Forderung herab. Maximilian hatte seinen Kanzler Donnersperg nach Prag abgeschickt und mit diesem wurden in der Zelle des Kapuziners Lorenz die Verhandlungen von Seite Zuñiga's in Gegenwart des Nuncius ernstlich aufgenommen. Die Bedingungen, die jetzt gestellt wurden, waren gleich anfangs solche, daß Max sich mit ihnen zufrieden geben konnte. Von Seite Zuñiga's wurde nämlich verlangt, daß Erzherzog Ferdinand in die Liga nicht als ein einfaches Mitglied, sondern als Mitdirektor und Bundesoberste eintrete. Diese Stellung sollte jedoch keine Beschränkung für Maximilian zur Folge haben, für Ferdinand solle der Rang eines Direktors und Bundesobersten ein bloßer Titel sein und die Anführung des Bundesheeres so wie die Direktion nach wie vor von Maximilian abhängen.*) Eine solche Stellung Ferdinands regte allerdings nicht die Eifersucht Maximilians auf und er erklärte ungesäumt dieselbe sich gefallen zu lassen, wenn der Erzherzog schriftlich sich verpflichte, mit dem Titel eines Direktors und Obersten sich zu begnügen, ohne die entsprechenden Funktionen ausüben zu wollen. Zuñiga und der Nuncius versprachen hiefür ihren 24. Juli 1610
Einfluß bei Ferdinand zu verwenden, damit dieser die gestellten Bedingungen eingehe.**)

Obwohl Ferdinand ohne Zweifel seine Zufriedenheit mit denselben zum voraus gegen Zuñiga geäußert haben mag, so nahm er doch im entscheidenden Augenblick Anstand sich mit ihnen zu begnügen. Zuñiga stellte in Folge dessen andere Bedingungen auf: er verlangte für den Erzherzog, da dieser gar keine Gewalt in der Liga ausübe, wenigstens einen auszeichnenden Titel und zwar den eines Viceprotektors derselben, als Stellvertreter Philipps, da letzterem wegen seiner Opfer für die Liga mit Recht der eines Protektors gebühre. Auch sollte Ferdinand von der Verpflichtung zu Beitragsleistungen, wie andere Mitglieder der Liga, entbunden werden, da die Zahlungen des Königs von Spanien ein mehr als hinreichendes Aequivalent böten. Diese zwei neuen Forderungen erregten des Herzogs Mißfallen in nicht geringem Grade, auf Lorenzo's besonderes Ansuchen beschloß er in der erstern nachzugeben, da es sich vorläufig um nichts anderes als um einen Titel handelte.***) Davon jedoch wollte er nichts

*) Münchner Reichsarchiv 44/3, 370. Donnersperg an Max von Baiern ddo. 9. Juli 1610.

**) Münchner Reichsarchiv 43/3, 445. Donnersperg an Max von Baiern ddo. 24. Juli 1610. Prag.

***) Münchner Reichsarchiv 44/3, 464. Donnersperg an Max von Baiern. ddo. 2. Aug. 1610, Prag. — Archiv von Simancas 709/124. Der Staatsrath an den König ddo. 3. Sept. 1610.

wissen, daß der Erzherzog von den gemeinschaftlichen Beiträgen zur Bundeskassa entbunden werde. Im Laufe der weitern Verhandlungen gab er aber
1610 auch in diesem Punkte nach. Am 14. August ward der Vertrag zwischen dem Herzog Namens der Liga und Philipp III abgeschlossen. Nach diesem war der König von Spanien Protektor derselben und verpflichtete sich zu einer monatlichen Zahlung von 30.000 Dukaten. Der Erzherzog Ferdinand sollte an des Königs Stelle Viceprotektor sein und an allen Verhandlungen sowohl des Plenums wie des Ausschusses theilnehmen dürfen, hiebei aber nur jenen Sitz ansprechen, der ihm als Erzherzog gebühre; für die Subsidien des Königs von Spanien sollte Ferdinand von einem Beitrage so lange entbunden bleiben, als die erstern dauerten. Abgeschlossen wurde der Vertrag vorläufig auf drei Jahre und von der Liga selbst auf dem Bundestage, der sich un diese Zeit wieder in München versammelte, am 5. September bestätigt.*)

Auf diese Weise wurden endlich die langen Verhandlungen über Umfang und Organisation der Liga abgeschlossen. Mit Ausnahme des Erzbischofs von Salzburg, der aus persönlichen Gründen jeden Beitritt zu derselben abgelehnt hatte, gehörten alle hervorragenden katholischen Reichsstände zu ihr. Von auswärtigen Fürsten war nur der König von Spanien in eine innige Verbindung mit ihr getreten. Das heikle Verhältniß zu der österreichischen Linie der Habsburger ward in einer Weise bestimmt, daß die Liga nicht verhalten werden konnte, ihre Mittel anders als in ihrem unmittelbaren Interesse zu verwenden. So klug dadurch für dieselbe vorgesorgt war, so war dies gleichwohl jener Punkt, der später zu heftigen Reibungen Anlaß geben mußte, denn es war nicht anzunehmen, daß, sobald an Rudolfs Stelle ein anderer Habsburger den Kaiserthron bestieg, dieser ruhig die ganze Organisation der Liga acceptiren würde.

Aus allen hier mitgetheilten Verhandlungen ist so viel mit Gewißheit ersichtlich, daß Maximilian bei der Begründung der Liga nur ein Bündniß zu gegenseitigem Schutz beabsichtigte, von dem alle, die Interessen der Bundesmitglieder nicht unmittelbar berührenden Streitigkeiten fernge-

---

*) Simancas 2498/87. Vertrag Spaniens mit der Liga ddo. 14. August 1610. Es heißt darin: Ut pro rege catholico protectore Unionis (so wird die Liga stets genannt) Ser. Archidux Ferdinandus charissimus ejus frater sit Viceprotector Unionis .... Weiter wird bestimmt: Praeterea respectu auxiliorum, quae Rex Catholicus ad Unionem confert, Principes et ordines ejusdem ratum gratumque habebunt et consentient, ut Ser. Archidux iisdem Unionis subsidiis, quibus confoederati, integre fruatur et gaudeat, licet non contribuat sed hoc intelligendum est, quamdiu Regis auxilia durabunt et non diutius.

halten werden sollten. Sein entschiedenes Ablehnen jeder Einmischung in die so wichtige Jülicher Angelegenheit ist ein vollgiltiger Beweis dafür. Selbst nach Heinrichs IV Tode ließ er von dieser schroffen Zurückhaltung nur unmerklich nach und mischte sich bloß in den Streit, als es sich um die Sicherheit der Mitglieder der Liga handelte. Wir werden hierüber noch näheres berichten.

Wir haben bisher erzählt, was Erzherzog Leopold für die Behauptung von Jülich gethan und welche Stellung die Liga zu ihm eingenommen. Bei dem erstern bemerken wir kühnes Wollen ohne entsprechende Mittel, bei der letztern scheue Zurückhaltung. Es erübrigt uns nun über die Maßregeln zu berichten, welche die Protestanten ihrerseits zur Behauptung von Jülich getroffen haben.

III

Niemand sah mit solchem Interesse und mit so behaglicher Genugthuung der Verwicklung und Verwirrung der deutschen Verhältnisse zu, wie sie die Erledigung der Jülicher Succession zur Folge hatte, als Heinrich IV von Frankreich. Jetzt endlich war für ihn die ersehnte Gelegenheit gekommen dasjenige Ziel zu erreichen, zu dem alle seine bisherigen Bestrebungen gleichsam nur als Vorbereitung gedient hatten, die Demüthigung des Hauses Oesterreich. Sobald die Jülicher Angelegenheit zwischen dem Kaiser und den Prätendenten nicht rasch auf friedliche Weise gelöst wurde, und dazu hatte es nicht den mindesten Anschein, bot sich für Heinrich Gelegenheit, in den darüber ausbrechenden Streit sich einzumischen und in Deutschland festen Fuß zu fassen. Auf welcher Seite unter den sich bekämpfenden Parteien das Recht gelegen sein mochte, darauf kam es nicht an; Heinrich schloß sich unter allen Umständen derjenigen an, die seinen Schutz begehrte und mit dem Kaiser verfeindet war. Jahre lang hatte er sich bemüht in Italien und Deutschland die Fürsten dem Hause Habsburg abwendig zu machen und überall hatten seine Einflüsterungen mehr oder weniger freundliche Aufnahme gefunden. Es war aber nicht genug, daß sich ihm nah und fern Verbündete anschlossen, es mußte dieser Bund endlich auch thatkräftig auftreten. Für Heinrich selbst wäre es eine mißliche Sache gewesen, wenn er die Gelegenheit zu einem Angriffe gegen die Habsburger hätte vom Zaune brechen müssen; die nackt hervortretende Eroberungssucht hat etwas zu häßliches, als daß sie nicht allgemein empören könnte. Für ihn war es also über die Maßen erwünscht, daß die Jülicher Händel ihm die Aussicht auf den so ersehnten Kampf eröffneten. Kein Mensch konnte ihn beschuldigen, daß er diesen selbst heraufbeschworen



habe und zugleich konnte er unter allen Umständen auf die Hilfe derjenigen zählen, deren Interessen er mit den seinigen verflocht.

Bald genug hatte man die Stellung, welche Heinrich zum Jülicher Streite einnehmen würde, überall erkannt. Wir haben gesehen, wie alle Parteien eilig ihre Gesandten nach Paris abschickten, die einen, um seine Neutralität zu erbitten, die andern, um sich seines Schutzes zu versichern. Der abstoßende Empfang, welchen er den Gesandten Rudolfs und Leopolds zu Theil werden ließ, bildete den auffallendsten Kontrast zu der Herzlichkeit, mit welcher er die Vertreter von Brandenburg und Neuburg empfing. Seine rückhaltslose Sprache ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Interessen der beiden possedirenden Fürsten verfechten werde und in demselben Sinne wie er, äußerten sich auch seine Räthe. Hyppolit von Colli, der damals als pfälzischer Agent in Paris weilte, geriet in das größte Entzücken über diese den Protestanten günstige Stimmung. „Villeroy, Sully, der Graf von Soissons, Jeannin und alle, welche er spreche, blasen aus einem Horn, fänden, daß die Sache der possedirenden Fürsten wohl begründet sei und daß sie es vor der Nachwelt nicht hätten verantworten können, wenn sie sich nicht selbst in den Besitz der Erbschaft gesetzt hätten.“ Der König selbst versicherte, so oft man es hören wollte, daß er die Fürsten, seine Freunde, nie verlassen werde und auch „par raison d'état“ nicht verlassen könne und daß er nicht eher ruhen wolle, als bis er den Erzherzog Leopold aus Jülich entfernt haben würde.*) Gegen den Bruder des Pfalzgrafen von Neuburg, der nach Paris gekommen war, äußerte er sich in noch entschiedenerer Weise, er erklärte demselben, daß er unter keiner Bedingung die possedirenden Fürsten verlassen, sondern sie mit Mannschaft und Geld, ja selbst mit seinem eigenen Leben schützen wolle und daß man ihn „für den ehrlosesten König auf der Erde halten möge“, wenn er diesen Versprechungen nicht nachkäme.**) — Neben Colli befanden sich zu gleicher Zeit noch zwei andere Vertreter des Kurfürsten von der Pfalz in Paris, Graf Solms und Dohna, alle drei bemühten sich um die Wette die Sache Brandenburgs und Neuburgs zu fördern und unablässig zu begehren, daß Heinrich es nicht mehr bei bloßen Worten bewenden lasse, sondern rüste und vorläufig seine gesammte Kavallerie gegen die deutschen

*) Hyppolit von Colli ddo. 9/19. Okt. an Kurpfalz. Münchner Staatsarchiv 547/8, 318 — Ebendaselbst 547/8, 237 Colli an Kurpfalz ddo. 5/15. Sept. Paris. Ebendaselbst.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Neuntes Buch der Jülicher Akten. Helffrich an Kursachsen ddo. 27. Okt. 6. Nov. — Archives du Minist. des aff. étrang. in Paris. Allem. 5/13. Heinrichs IV Anrede an den deutschen Gesandten.



Grenzen verrücken lasse, um den Gegnern Schrecken einzuflößen. Da der Kurfürst von der Pfalz das Haupt der Union in solcher Weise die Jülichische Angelegenheit zu seiner eigenen machte, so war der Moment gekommen, in welchem eine Offensivallianz zwischen Frankreich, der Union, Brandenburg und Neuburg zu Stande kommen mußte, wenn der Kaiser nicht rasch gutwillig das Feld räumte.

So leicht es Heinrich IV geworden war, gegen das Haus Oesterreich eine entschieden feindliche Stellung einzunehmen, so geriet er doch in Verlegenheit über sein Verhalten gegen einige Bundesgenossen dieses Hauses, die zu schonen und zu gewinnen ihm nicht minder am Herzen lag als die Freundschaft der Union. Es waren dies die drei geistlichen Kurfürsten und das Haus Sachsen, die er in eben dem Grade sich entfremden mußte, in welchem er die Rechte Brandenburgs und Neuburgs vertrat. In wie weit die geistlichen Kurfürsten an der Entscheidung über die Jülicher Succession ein Interesse hatten, haben wir auseinandergesetzt; was das Haus Sachsen betraf, so erhob es gleich Brandenburg und Neuburg gewichtige Ansprüche auf die Jülicher Erbschaft. Der Kurfürst von Sachsen hatte keinen Grund die Occupation Jülichs durch den Erzherzog Leopold mit Mißtrauen zu betrachten, denn vom kaiserlichen Hofe wurde ihm dies als der einzige Weg bezeichnet, wie seine Ansprüche gegen Brandenburg und Neuburg gewahrt werden könnten und mehr als einmal wurde seinen Vertretern die vertrauliche Mittheilung gemacht, daß, wenn der Kaiser über die Jülicher Succession seinen richterlichen Ausspruch thun werde, dieser nur zu Gunsten des Kurfürsten von Sachsen lauten würde. Sachsen mußte sich deshalb in eben dem Grade fester an Rudolf anschließen, als Heinrich sich mit der gegnerischen Partei verband. Die geistlichen Kurfürsten konnten auch nicht umhin sich mit dem Kaiser zu verbinden, weil die durch Leopold theils vollzogene, theils in Aussicht gestellte Sequestration die Wahrung der katholischen Interessen verhieß.

Da nun Heinrichs Politik vor allem darin bestand, das Haus Habsburg so viel als möglich zu isoliren, so scheute er keine Mühe, um dasselbe auch von diesen Bundesgenossen zu trennen. Sowohl die geistlichen Kurfürsten als auch der Herzog von Sachsen hatten Gesandte nach Paris geschickt, um eine Lösung der Jülicher Angelegenheit in ihrem Interesse zu befürworten; Heinrich empfing sie mit der äußersten Rücksicht und versäumte nichts, um sie zu bewegen, ihre Interessen von denen des Kaisers zu trennen. Vor allem war es der Vertreter von Sachsen, Helffrich, gegen welchen die Sprache des Königs und seiner Minister gleichsam von Milch und Honig überfloß. Helffrich versuchte zuerst die Sache seines Herrn in Paris dadurch zu vertreten, daß er juristisch die Rechtmäßigkeit seiner



Ansprüche nachzuweisen sich bestrebte. Er erfuhr bald, daß er auf diesem Wege nichts erreichen werde. Heinrich äußerte sich über das sächsische Recht in absprechender Weise und seine Minister überboten ihn darin, indem sie dasselbe „ein altes verschimmeltes Recht, das nunmehr ungiltig sei," nannten.*) Es wurde ihm aber angedeutet, daß es allerdings einen Weg gebe, um dieses „verschimmelte" Recht von dem Schimmel zu befreien und seiner Ungiltigkeit etwas abzuhelfen, und dieser Weg sei der einer Allianz mit Frankreich. Wolle der Kurfürst seine Sache von der des Kaisers trennen, so werde seinerseits der König alles thun, um einen billigen Ausgleich zwischen seinen Ansprüchen und denen Brandenburgs und Neuburgs herbeizuführen. Zugleich versäumte man nichts, um Sachsens Mißtrauen gegen den Kaiser rege zu machen; die Versprechungen, welche von Seite des letztern dem Kurfüsten gemacht worden, wurden als eitle Lügen verlacht. Villeroy versicherte den sächsischen Agenten, der Kaiser beabsichtige nichts anderes als die Jülicher Erbschaft zu Gunsten seiner Familie einzuziehen. An das Gegentheil wolle man erst glauben, wenn derselbe den Erzherzog Leopold aus Jülich abberufen und diese Festung dem Kurfürsten eingeräumt haben würde; nur unter dieser einzigen Bedingung dürfe der letztere den Versprechungen des Kaisers trauen. Der Reichshofrath, welcher zur Fällung des Urtheils über die Erbansprüche berufen werde, bestehe nur aus spanischen Pensionären, der Prozeß werde in die Länge gezogen werden und man dürfte 30 Jahre lang vergeblich auf eine Entscheidung warten. Würde sich Sachsen vom Kaiser etwa als Exekutor verwenden lassen, so werde Frankreich das nicht dulden, möge daraus ein allgemeiner Krieg entstehen. Das beste wäre, wenn man den König von Frankreich als einen unparteiischen Fürsten zum Schiedsrichter aufriefe, dadurch würde schnell aller Streit beglichen und jeder weitere Prozeß verhütet werden. Der König sei bereit das Schiedsrichteramt anzunehmen, wofern er darum namentlich auch von Sachsen ersucht würde. — In derselben Weise und mit nicht geringerer Ausführlichkeit sprach Heinrich selbst zu Helffrich, indem er den Kurfürsten von Sachsen entschieden vor jeder Verbindung mit dem Hause Habsburg warnte und dasselbe beschuldigte der Jülicher Erbschaft zu seinem eigenen Vortheile sich bemächtigen zu wollen. Man raunte endlich dem sächsischen Agenten ins Ohr, das Haus Habsburg habe dem Könige einen Vergleich vorgeschlagen, der allein auf Kosten Sachsens geschehen sollte. Darnach sollte das Herzogthum Jülich dem Erzherzog Leopold zufallen, die übrige Erbschaft unter Branden-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Jülicher Akten IX. Buch. 8803. Helffrich an Kursachsen ddo. 6/16. Okt. 1609. Fontainebleau.



burg und Neuburg vertheilt werden und Sachsen leer ausgehen. An alle diese Vorstellungen schloß sich der Rath, Sachsen solle seine Sache mit der Brandenburgs und Neuburgs verbinden und von dem Kaiser sich trennen.*) Diese Mittheilungen, welche Helffrich getreu seinem Herrn berichtete, konnten natürlich ihren Eindruck auf das Gemüth des Kurfürsten nicht verfehlen und mußten ihn von einer allzuengen Verbindung mit dem Kaiser abhalten. Es war aber kein kleiner Triumph für die französische Diplomatie, wenn sie jenen Fürsten, welchen sie nicht gewinnen konnte, wenigstens von einer kräftigen Unterstützung des Kaisers abhielt. — Wie die Verhandlungen des Gesandten der geistlichen Kurfürsten in Paris abliefen, ist uns nicht bekannt, jedenfalls aber nicht anders wie die mit Sachsen.

Aus dem Mitgetheilten ist so viel ersichtlich, daß Heinrich, was auch immer geschehen mochte, entschlossen war vorwärts zu gehen und den Kampf mit dem Hause Habsburg aufzunehmen. Ein Krieg sowohl mit der spanischen als österreichischen Linie desselben war eine Eventualität, auf die Heinrich sich gefaßt machen mußte, denn berührte die Jülicher Angelegenheit auch nicht direkt den Länderbesitz des habsburgischen Hauses, so stand sie doch in zu inniger Verbindung mit den wichtigsten Interessen desselben, als daß man annehmen konnte, es werde dem König freiwillig das Feld räumen und ihm allein die Entscheidung anheimstellen, wer in den Besitz des strittigen Erbes zu kommen habe. Betrachtete er die öffentliche Lage der Dinge in Europa, so konnte sie kaum günstiger für ihn geschaffen werden. Der Besitz der deutschen Habsburger war so zerrüttet, daß Heinrich eher auf eine günstige als feindselige Betheiligung der österreichischen Länder am Kampfe zählen konnte. Deutschland war in eine schlagfertige protestantische Partei und in eine eingeschüchterte katholische, an die sich einige furchtsame Lutheraner schlossen, getheilt. Dänemark verhieß mindestens eine Heinrich günstige Neutralität, die Niederländer eine ausgiebige Unterstützung, England eine freundschaftliche Haltung, wenigstens zur Zeit des beginnenden Kampfes. Was Italien betraf, so hatte Heinrich die Verhandlungen daselbst mit erneuerter Energie in Angriff genommen, um alle einheimischen Fürsten gegen Spanien in den Kampf zu führen. Von allen konnte er mit Sicherheit eine freundliche Neutralität erwarten, von dem Herzog von Savoyen, Karl Emanuel, aber die thätigste Hilfe. Dieser verschlagene Mann hatte sich endlich entschlossen jede Brücke hinter sich abzubrechen und sich voll-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Neuntes Buch der Jülicher Akten 8803. Helffrich an Kursachsen ddo. 27. Okt. 6. Nov. — Ebendaselbst Helffrich an den sächsischen Geheimrath Schomberg ddo. 27. Okt. 6. Nov. Paris.



ständig in die Arme Frankreichs zu werfen; für das Gelingen des Angriffes auf Spanien wurden ihm dessen Besitzungen in Oberitalien in Aussicht gestellt. Selbst bei der römischen Kurie fanden die französischen Einflüsterungen mehr Gehör, als die unparteiische Klugheit des Papstes erwarten ließ, allerdings hatte Heinrich als Preis des Kampfes gegen Spanien die Herrschaft über Neapel in Aussicht gestellt.*) Der Eindruck, den diese Anerbietung auf den römischen Hof machte, war ein so gewaltiger, daß die bisherigen Anhänger der spanischen Politik kaum den Muth hatten, mit ihrer Meinung hervorzutreten und die Möglichkeit zuletzt nahelag, daß der Papst trotz Jülich und Liga von der antispanischen Partei zu einer den Habsburgern feindseligen Haltung werde hingedrängt werden. Es ist eine gewisse Thatsache, welche am besten durch die Mittheilungen über die enggesteckten Ziele, die Maximilian von Baiern mit der Liga verfolgte, erhärtet wird: das Haus Habsburg konnte bei der in Oesterreich herrschenden Zerrüttung gegen den Ausgang des Jahres 1609 mit Sicherheit nur auf die Kräfte Spaniens rechnen, und deshalb dem Ausbruch eines Kampfes nur mit den schwersten Besorgnissen entgegensehen.

Da der Schwerpunkt der ganzen Situation in Jülich lag, wegen dessen der Kampf seinen Beginn nehmen mußte, sah sich Heinrich veranlaßt sein Verhältniß zu den deutschen Fürsten ins reine zu bringen. Seine Versicherungen, dem Markgrafen von Brandenburg und dem Pfalzgrafen von Neuburg zu helfen, lauteten so entschieden, daß es nicht weiter nöthig war, über die Nothwendigkeit einer Allianz zwischen ihnen und Heinrich zu sprechen, es konnten vielmehr ohne jedes Säumniß die Verhandlungen über die Bedingungen und den Endzweck dieser Allianz in Angriff genommen werden. In dieselbe wollte er gleichzeitig die Union einschließen und dem ganzen Bündniß eine so weite Ausdehnung als möglich geben. Gegen Hyppolit von Colli hatte sich Heinrich deshalb geäußert, er wolle die Sache der possedirenden Fürsten zu der seinen machen, wenn die Union auch ihrerseits den bevorstehenden Kampf zu dem ihrigen machen würde. Nun hatte der Kurfürst von der Pfalz durch Colli's und anderer Agenten Sendung bereits dargethan, daß er ganz und gar bereit sei, Heinrichs Wunsche nachzukommen. Des letzteren Erklärung diente jetzt dazu, auch bei den übrigen Mitgliedern der Union jedes Bedenken gegen den Kampf mit dem Kaiser niederzuschlagen, wenn ein solches noch obgewaltet hätte. Sie erreichte in der That ihren Zweck.

Bei solcher Bereitwilligkeit beider Theile, Heinrichs nämlich und der Union, die Sache eines Dritten zu der ihrigen zu machen, wurden die

*) Aus den Papieren von Simancas.



Verhandlungen über das abzuschließende Bündniß energisch in Angriff
genommen. Zunächst beschloß die Union, daß Anhalt sich nach Paris und 5. Dez.
London wegen der nöthigen Vorberathungen zu begeben habe.*) Er reiste 1609
am 10. Januar nach Paris ab und erreichte glücklich den Zweck seiner 1610
Sendung. Heinrich erklärte sich nochmals entschieden zu Gunsten der Protestanten in der Jülicher Angelegenheit und versprach, zu einer Zusammenkunft, an welcher sowohl die Fürsten der Union als auch Brandenburg und Neuburg und wer sonst sich ihnen anschließen wollte, theilnehmen sollten, einen Gesandten mit ausreichender Vollmacht abzuschicken. In Folge solcher Zusagen wurden zu dem Unionstage, welcher sich zu Ende des Monats Januar in Schwäbisch-Hall versammeln sollte, auch die Vertreter der übrigen befreundeten Fürsten eingeladen, um daselbst die Artikel des gemeinsamen Bündnisses definitiv zu berathen. In der That erschienen in Schwäbisch-Hall zur festgesetzten Zeit von Seite der Union, außer Christian von Anhalt, die meisten Mitglieder derselben entweder persönlich oder durch Gesandte vertreten; von Seite Frankreichs kam Boissise als Bevollmächtigter, sonst waren zugegen: Vertreter des Landgrafen von Hessen-Kassel, der gleich beim Beginn der Verhandlungen förmlich als Mitglied in die Union aufgenommen wurde, der älteste Sohn des Pfalzgrafen von Neuburg, Wolfgang, im Namen seines Vaters und Abgeordnete des Kurfürsten von Brandenburg. Der Kurfürst Friedrich von der Pfalz war nicht zugegen, statt seiner erschien der Herzog von Zweibrücken, der auch während der Dauer der Verhandlungen den Vorsitz für Kurpfalz führte.**)

Was die von Heinrich seinem Vertreter Boissise mitgegebene Vollmacht betrifft, so ermächtigte sie ihn nicht nur zur Berathung über das wegen der Jülicher Erbschaft abzuschließende Bündniß, sondern sie enthielt auch die Weisung die Verhandlungen auf einige andere Punkte auszudehnen, die mit Jülich nicht unmittelbar zusammenhingen, aber für Heinrich das meiste Interesse hatten. Boissise sollte nämlich auf die Gefahr hinweisen, welche den deutschen Fürsten und ihrem ruhigen Besitz der Jülicher Lande so lange drohten, als Spanien seine festen Positionen am Rhein inne habe, d. h. so lange Spanien überhaupt Belgien besitze. Außerdem sollte Boissise nicht unterlassen anzudeuten, daß die deutschen Fürsten

*) Münchner Staatsarchiv 547/8, 373. Memorial, was im Namen der Unionsfürsten Fürst von Anhalt in Frankreich zu verrichten habe. ddo. 25. Nov. 5. Dez. 1609. — Paris. Kais. Bibl. Kollektion Dupuy 765. Pfälzische Instruktion für Anhalt.

**) Münchner Staatsarchiv 116/2, 383. Pfälzische Instruktion zum Konvent in Schwäbisch-Hall ddo. 26. Dez. 1609 5. Jän. 1610. — Kais. Bibl. in Paris. MS. 834. St. Germ. Instruktion für Boissise ddo. 30. Dez. 1609.

stets der Gefahr der Unterdrückung preisgegeben seien, wenn das Haus Oesterreich im Besitz der Kaiserkrone bleibe. *) An den alten uns wohlbekannten Plan Heinrichs, den Habsburgern die deutsche Krone zu entreißen, knüpfte sich also jetzt noch die Absicht, Spanien aus Belgien zu entfernen. Der König trug seinem Vertreter strenge auf, bezüglich des ersten Punktes vorsichtig aufzutreten, aber zugleich deutlich verstehen zu geben, daß er eine so starke Armee als nöthig aufstellen werde, um die Spanier aus ihren festen Positionen zu vertreiben. Auf alle Weise aber, so schloß die Instruktion, solle Boissise ein friedliches Abkommen in der Jülicher Frage zu **verhindern** suchen, der Krieg solle das Resultat der Schwäbisch-Haller Zusammenkunft sein.

1610 Bereits am 21. Jäner war Boissise in Schwäbisch-Hall angelangt und nährte die Hoffnung, gleich die Verhandlungen beginnen zu können, da auch die genannten Fürsten und Gesandten vollzählig erschienen waren. In dieser Erwartung sah er sich jedoch getäuscht, denn von Seite einiger Mitglieder der Union, nämlich von Seite der Städte, wurden auf einmal Schwierigkeiten gegen eine Betheiligung derselben an dem Jülicher Streite erhoben. Sie beriefen sich ausdrücklich auf ihre frühere Erklärung, nach welcher die Jülichische Succession aus dem Kreise der die Union betreffenden Angelegenheiten ausgeschlossen werden sollte, verlangten zugleich, daß die Restitution Donauwörths vor allen Dingen angestrebt werden solle, und drohten endlich mit der Verweigerung jeder Beitragleistung, im Falle die fürstlichen Mitglieder der Union sie zur Theilnahme an einer, ihre Interessen wenig berührenden Angelegenheit zwingen wollten. Zum großen Nachtheil für die rasche Beendigung der Verhandlungen blieb dies nicht der einzige Streitpunkt zwischen den Mitgliedern der Union. Zu gleicher Zeit beschwerten sich nicht bloß die Städte, sondern auch die Grafen über die bei der Begründung der Union beliebte Stimmenvertheilung und verlangten eine solche Regelung derselben, welche sie in keinen so entschiedenen Nachtheil gegen die Fürsten versetzte wie bisher. Die Grafen forderten nämlich, man solle ihnen zusammen eine gleiche Stimmenzahl einräumen, als die Fürsten besaßen und das gleiche verlangten die Städte. Dies Verhältniß, welches dem Ehrgeiz der Fürsten nicht den nöthigen Spielraum gegönnt hätte, war natürlich nicht nach dem Geschmacke der letztern und sie verweigerten deshalb in der bestimmtesten Weise auf die gestellten Forderungen einzugehen. Die Städte erklärten darauf sich mit zwei Stimmen weniger als die Fürsten begnügen zu wollen, wogegen die

*) Kais. Bibl. in Paris MS. 834. St. Germ. Instruction du Sieur de Boissise allant en Allemagne ddo. 30. Dez. 1609.



letztern wiederum vorschlugen, daß die Städte und Grafen zusammen die gleiche Stimmenzahl wie die Fürsten haben sollten. Mit diesem Vorschlage würden sich die Grafen begnügt haben, wofern die Städte sich zu einer ihnen günstigen Theilung der Stimmen verstanden hätten, was jedoch diese entschieden ablehnten. Die Folge war, daß die Grafen erklärten aus der Union austreten und für sich einen Bund abschließen zu wollen. Sie machten kein Hehl aus der Besorgniß, daß die Fürsten es auf ihre Unterdrückung abgesehen haben könnten und als Boissise, dem begreiflicherweise im Interesse seines Herrn an der Beilegung dieser Zwistigkeiten sehr viel lag, sich für einen Ausgleich bemühte, brachte er anfangs nichts zu Wege. Es ist uns nicht bekannt, wie dieser Streit zuletzt beigelegt und wie sowohl die Bedenklichkeiten der Städte bezüglich Jülichs als die Furcht der Grafen vor Unterdrückung beschwichtigt wurden, wir wissen aus den folgenden Verhandlungen nur soviel, daß unter den Mitgliedern der Union ein Beschluß zu Stande kam, die Jülicher Angelegenheit als eine gemeinschaftliche anzusehen und demgemäß zu handeln. *)

Während die Streitigkeiten unter den Mitgliedern der Union noch dauerten, hatte Boissise bereits häufige Unterredungen mit den hervorragendsten Theilnehmern der Versammlung von Schwäbisch-Hall, welche theils die Jülicher Succession, theils die abzuschließende Allianz zum Gegenstande hatten. Der junge Pfalzgraf von Neuburg verlangte bei dieser Gelegenheit, die Allianzverhandlungen sollten damit beginnen, daß man bestimme, wie die Jülicher Erbschaft getheilt werden solle. Boissise lehnte dies entschieden ab; er erklärte, man müsse vor allem suchen, Jülich in Besitz zu bekommen, wem es dann zufallen solle, möge man nachträglich festsetzen; jetzt die Entscheidung treffen zu wollen, könnte Zerwürfniß statt Einigung zur Folge haben. Nachdem hierauf die eben erwähnten Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern der Union beigelegt waren, nahmen die Verhandlungen über die Allianz ernstlich ihren Anfang. Gleich im Beginne derselben machte sich die Verschiedenheit der Zwecke, welche Heinrich IV und welche die deutschen Fürsten verfolgten, geltend. Die Endabsicht der letztern ging in diesem Augenblick nicht weiter, als die Jülicher Erbschaft in ihre Hände zu bekommen und dieselbe ebenso allen katholischen, wie habsburgischen Einflüssen zu entziehen. Gelang ihnen dies, so hatten sie einen mächtigen Schritt zur Protestantisirung Deutschlands und zur Verringerung der mit dem Kaiserthum identifizirten habsburgischen Macht vorwärts gethan. Bei diesen Bestrebungen wollten sie sich des Beistandes

*) Kais. Bibl. in Paris. Kollektion Dupuy 765. Boissise an Heinrich IV ddo. 31. Januar 1610. — Ebendaselbst Boissise an Villera, ddo. 31. Jan. 1610.



Frankreichs bedienen, demselben aber alle Wege absperren, um einen Gewinn aus dem Streite davonzutragen. Deshalb machte sich bei den Verhandlungen mehr als eine Stimme geltend, daß Heinrich den Fürsten nicht mit einem Heere, sondern mit Geld zu Hilfe kommen solle, eine Forderung, deren Grund Boissise leicht einsehen konnte und die er ohne Umschweife ablehnte. In Folge dessen wurde im Prinzip die aktive Betheiligung Heinrichs am Kriege festgestellt, und darauf über die Dauer der Hilfeleistung von Seite der Union und Frankreichs verhandelt. Die Union wollte sich nur zur Aufstellung und Unterhaltung eines Heeres während der Dauer von sechs Monaten verstehen und verlangte von Heinrich, er solle mit seinem Heere die possedirenden Fürsten so lange unterstützen, als sie einem Angriffe ausgesetzt sein würden. Diese Forderung wurde von Seite Boissise's verworfen und man einigte sich endlich dahin, daß Brandenburg und Neuburg sowohl von Heinrich, wie von der Union so lange unterstützt werden sollten, als der Krieg dauere.

Nachdem in dieser Weise der Fundamentalartikel des Bündnisses, so weit dies die Jülicher Erbschaft zum Gegenstande hatte, festgestellt war, wäre es für Boissise an der Zeit gewesen, entsprechend den Aufträgen seines Herrn, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Ausschließung der Habsburger vom deutschen Thron und auf die Vertreibung der Spanier aus der Nachbarschaft von Jülich hinzulenken. Da die Verhandlungen jedoch auf keinen dieser beiden Punkte sich erstreckten, so scheint Boissise die von Heinrich angerathene Vorsicht für nöthig gehalten zu haben. Ueber die Ausschließung der Habsburger vom deutschen Thron hätte der Franzose in Schwäbisch-Hall ohne Anstand sprechen können, darin bestand zwischen ihm und der Union keine oder nur eine unwesentliche Differenz. Etwas anderes war aber ein Vorschlag zur Vertreibung der Spanier aus einem Theile von Belgien. Zu wessen Gunsten konnte die Vertreibung beabsichtigt werden, wenn nicht zu Gunsten Heinrichs, so etwas eröffnete aber den Deutschen keine verlockende Aussicht. Boissise mag sich deshalb die Ueberzeugung verschafft haben, daß er nicht so offen den Angriff auf Belgien predigen dürfe, wohl aber alles thun müsse, um denselben faktisch herbeizuführen und überhaupt das Interesse des Königs und seiner deutschen Verbündeten so zu verketten, daß nicht bloß die letzteren, sondern auch der erstere auf einen Antheil an der Beute rechnen könne. Deshalb stellte Boissise an die Schwäbisch-Haller Versammlung folgende Fragen, erstens: ob die Fürsten, welche jetzt eine Allianz mit Heinrich abschließen, entschlossen seien, trotz aller Achtserklärungen das Kaisers, welche sie im Verlaufe des Krieges treffen könnten, bei dem Bündnisse zu verharren; zweitens: wie groß die Kriegsmacht sei, welche sowohl die possedirenden



Fürsten, als auch die Union aufzustellen, bereit seien und wann dieselbe schlagfertig sein werde; drittens, welche Hilfe die Verbündeten dem König leisten würden, im Falle er wegen ihrer Unterstützung mit Philipp III von Spanien oder mit Erzherzog Albrecht in Krieg gerathen würde; viertens, ob die Fürsten ein bindendes Versprechen eingehen wollten, unter keiner Bedingung einen Vertrag oder einen Frieden zu schließen, mag er Jülich oder was immer betreffen, ohne daß Heinrich zu demselben seine Zustimmung gegeben hätte; fünftens, ob die Fürsten, denen die Jülicher Erbschaft zufallen würde, geneigt seien den Katholiken daselbst das freie Bekenntniß ihrer Religion zuzugestehen. Auf diese Fragen wurde dem Gesandten in folgender Weise geantwortet: die Fürsten seien entschlossen sich in der Verfolgung ihres Zweckes durch keinerlei Befehle und Achtserklärungen des Kaisers irre machen zu lassen. Brandenburg und Neuburg wollen eine Armee von 4000 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferd unterhalten, die Union eine gleiche Zahl aufstellen und man wünsche deshalb von Heinrich IV, er möchte, so lange er im eigenen Lande nicht angegriffen werde, diesem Bündnisse mit einer Armee von 8000 Mann zu Fuß und 2000 zu Roß beitreten, im Falle er aber im eigenen Lande von Spanien oder Belgien aus angegriffen würde, sollte er nur zur Hälfte der genannten Truppenzahl den deutschen Fürsten verpflichtet sein. Was den Zeitpunkt betraf, bis zu welchem diese Streitkräfte schlagfertig sein sollten, so erboten sich die Fürsten keinen Verzug in ihren Rüstungen eintreten zu lassen, um so rasch als möglich den Krieg beginnen zu können, und verlangten deshalb eine gleiche Eile von Frankreich. Für den Fall, daß der Friede von Seite König Philipps III und Erzherzog Albrechts gebrochen würde, waren sie erbötig, Frankreich mit 4000 Mann zu Fuß und 1000 zu Roß zu Hilfe zu eilen, wofern der Krieg in Jülich bereits beigelegt wäre. Dafür sollte Heinrich dem Herzog von Würtemberg bei der Vertheidigung des den Spaniern zu sehr ausgesetzten Mümpelgards Hilfe leisten. Sie verpflichteten sich endlich keinen Frieden abzuschließen, ohne Heinrich von den Bedingungen desselben in Kenntniß zu setzen und ihn gleichfalls in denselben einzuschließen; zugleich sprachen sie die Hoffnung aus, daß der König keinem Frieden entgegentreten werde, sobald durch diesen die Jülicher Angelegenheit entschieden werden würde. Bezüglich der Katholiken waren die possedirenden Fürsten erbötig, sich gegen Heinrich zu verpflichten, daß sie den Rechten derselben keinen Eintrag thun würden. *)

*) Münchner Staatsarchiv 117/2, Fol. 90. Vertragsentwurf zwischen Frankreich, den possedirenden Fürsten und der Union.



Auf Grund dieser Verhandlungen und gegenseitigen Erklärungen wurde der Allianzvertrag am 11. Februar zu Ende berathen und niedergeschrieben. Die deutschen Fürsten und ihre Gesandten waren zur Ratifikation bereit und verlangten ein gleiches von Boissise, da dieser nach dem Versprechen, welches Heinrich dem Fürsten von Anhalt gegeben, mit hinreichender Vollmacht hiezu versehen sei. Boissise lehnte es jedoch trotz wiederholten Andringens ab und schickte den Vertragsentwurf nach Frankreich, damit Heinrich selbst seine Entscheidung treffe.*) In der That hatten die deutschen Fürsten zwei Forderungen erhoben, bezüglich deren Boissise keineswegs hinreichend bevollmächtigt war, sie hatten nämlich verlangt, Heinrich solle, im Fall er nicht angegriffen würde, ein Heer aufstellen, welches dem der Union, Brandenburgs und Neuburgs zusammen gleich käme, während in den Verhandlungen Anhalts mit Heinrich nur von einer Unterstützung die Rede war, welche bloß jener der Union gleichzukommen hatte; eben so wenig war bis dahin die Rede davon gewesen, daß Frankreich eventuell die Vertheidigung Mümpelgards gegen Spanien übernehmen sollte; Boissise hatte demnach Ursache genug, die Ratifikation abzulehnen. Der Vertragsentwurf wurde durch Dohna nach Paris abgeschickt und Heinrich in die Lage versetzt selbst zu entscheiden, ob die erweiterten Forderungen der Fürsten ihm erfüllbar scheinen mochten oder nicht. Wie zu vermuthen stand, waren es nicht diese neuen Vertragsbestimmungen, welche dem König lästig fielen, denn da er in seinem Herzen nichts eifriger herbeiwünschte, als einen Krieg mit Spanien, so dachte er ebensowenig daran das befreundete Mümpelgard preiszugeben als seine Rüstungen auf einige Tausend Mann zu beschränken. Was ihm an dem Vertragsentwurf mißfiel, war vor allem die von den Fürsten ausgesprochene Hoffnung, Heinrich werde das Schwert ohne Zögern in die Scheide stecken, wenn die Jülicher Angelegenheit entschieden wäre. Er erblickte darin das Mißtrauen der Fürsten gegen seine weitergehenden Absichten und glaubte befürchten zu müssen, daß dieselben gern zu einem Ausgleich mit dem Kaiser die Hand bieten würden, wenn der letztere einen solchen ernstlich wollte. Die Furcht war nur zu begründet, denn so sehr die deutschen Fürsten vor allem die Vernichtung der kaiserlichen Auktorität anstrebten, so wenig dachten sie daran etwas zur Vergrößerung der französischen Macht beizutragen, wenn sie dies bei Verfolgung des ersten und Hauptzweckes irgendwie vermeiden konnten. Das war aber keineswegs nach des Königs Geschmack, Geld und Soldaten aufzuwenden, und zum Lohn sich mit dem Bewußtsein begnügen zu müssen.

---

*) Pariser kais. Bibliothek MS. Collection Dupuy 765. Boissise an Heinrich IV ddo. 10. Februar 1610.



seinen Freunden einen Dienst geleistet zu haben. Aus dem sich entspinnenden Krieg wollte er einen positiven Vortheil haben, er wollte, daß das Haus Habsburg geschwächt aus demselben hervorgehe und dies war nur der Fall, wenn er sich eines Theiles der Besitzungen desselben, sei es Belgiens, sei es der Franche Comté bemächtigte. Welches Mißtrauen sein Gemüth marterte und was für ein Resultat er selbst durch den Krieg erlangen zu können hoffte, zeigt am besten ein Schreiben Puysieux's, der an Boissise über den Eindruck berichtete, welchen der Vertragsentwurf von Schwäbisch-Hall auf Heinrich gemacht. „Der König," schreibt Puysieux,*) „fürchtet sehr, daß die Jülicher Streitigkeit beigelegt werde, bevor es noch zu einem Unternehmen kommt, welches das Haus Oesterreich schwächen könnte. Die Folge wäre dann, daß Seine Majestät sich eine arge Feindschaft zugezogen hätte, ohne dabei an Ansehen gewonnen oder einen Vortheil erlangt zu haben. Es scheint uns, daß die Fürsten der Union mehr Neigung zu einem Ausgleich als zum Kriege haben. Ihr könnt aber wohl begreifen, daß es uns schlecht behagen würde, uns zu einer solchen Kundgebung unserer Absichten und zu einer so offenen Schilderhebung, wie wir sie vorhaben, entschlossen zu haben, ohne dafür etwas anderes als Haß und Geldverlust einzuernten. Berichtet uns über alles, was einen möglichen Ausgleich betreffen könnte, ohne dabei zu verrathen, daß ihr einen solchen von Seite des Königs hindern wollet, denn wenn ihr euch irgendwie bloßstellt, würde man euch alles verheimlichen." Den Schluß dieser Mittheilung bildete der formelle Auftrag, Boissise solle auf jede Weise zu verhindern suchen, daß die Jülicher Angelegenheit durch einen Vertrag beigelegt werde.

Wollte Heinrich offen vorgehen, so mußte er die Ratifikation des Vertragsentwurfes abweisen und verlangen, daß in demselben auch sein Beuteantheil bestimmt werde. Gegen diese aufrichtige Sprache machte sich aber vor allem das Bedenken geltend, daß das Mißtrauen gegen seine Endabsichten allzusehr rege gemacht und die Fürsten um so schneller sich mit dem Hause Oesterreich vergleichen würden, weil dieses, kaum im Stande den

*) Pariser kais. Bibliothek. Collection Dupuy MS. 765. Puysieux an Boissise ddo. 24. Februar, Paris . . . Il nous semble que les Princes (de l'Union) ont plus d'inclination à un accord, qu'à porter la guerre plus avant. Et vous scavez, qu'il nous viendroit mal à propos d'avoir faict une telle declaration et levée de bouclier que est celle que nous preparons pour n'en recueillir que de la hayne et de la despence, advertissez nous diligemment de tout ce que vous seres advance en matiere d'accord sans toutesfois monstrer, que vous le vouliez empescher de la part du Roy, car en le faisant, ils se defieroient de vous et vous celeroient toute chose.



ersten Stoß auszuhalten, die Hand zum Frieden bieten müßte. Er gewann es also über sich, sein eigenes Mißtrauen zu beherrschen, um die gebotene Gelegenheit, die vielleicht nimmer wiederkehrte, sich nicht entschlüpfen zu lassen. In demselben Augenblicke, in welchem er und Puysieux gegen Boissise die bedenklichen Seiten des Vertrages erörterten, entschloß er sich dennoch zur Unterzeichnung desselben ohne einen einzigen der Vertragspunkte zu ändern. Anhalt, der mit Dohna zu gleicher Zeit nach Paris gereist war, hatte vielleicht einiges Verdienst um diese rasche Nachgiebigkeit; Heinrich erhob auch keinen Anstand mehr, daß der Fürst das Kommando sowohl über die französischen als auch die deutschen Truppen, die den Feldzug gegen Jülich unternehmen sollten, erhalte und konnte sich schmeicheln, dadurch den einflußreichsten Mann in Deutschland gewonnen zu haben. Nach diesen Entschließungen säumte er nicht, die Rüstungen so sehr als möglich zu beeilen und er versprach zuletzt seinen Freunden nicht bloß mit dem, wozu er sich verpflichtet, zu Hilfe zu eilen, sondern ihnen auch einen Artilleriepark zuzuschicken, der ihren gemeinsamen Bedürfnissen mehr als genügen würde und endlich seine Rüstungen über das ganze Königreich auszudehnen, um auf alle Fälle gesichert zu sein. Boissise wurde abermals vom König aufgefordert, auf jede Weise einen friedlichen Ausgleich des Jülicher Streites zu verhindern und bei den geistlichen Kurfürsten nachträglich den Versuch anzustellen, wie sie für das französische Interesse gewonnen werden könnten. Bezüglich der Katholiken Jülichs wurde ihm aufgetragen, ihre Rechte überall und mit aller Wärme zu vertreten, doch nicht so weit, daß das Schwäbisch-Haller Bündniß dadurch gelockert würde*)

Noch lastete indessen auf Heinrich eine andere Sorge als die, daß der Jülicher Streit ohne einen Vortheil für ihn beendet werden könnte. So sehr die Verbindung, in welcher die Mitglieder der Union mit den Ständen der österreichischen Länder standen, seine Zwecke förderte, so behagte ihm doch andererseits der Gedanke nicht, daß eine solche Verbindung auch zwischen dem protestantischen Theil seiner Unterthanen und der Union früher oder später ihren Anfang nehmen könnte. Es war noch nicht lange her, daß die Hugenotten unter dem Herzog von Bouillon sich gegen ihn erhoben hatten, wie viel leichter konnte das gegen seinen Sohn geschehen, wenn er diesem in zarter Jugend die Krone hinterlassen sollte. Er tadelte deshalb Boissise auf das strengste, daß er in Schwäbisch-Hall nicht versucht habe, dem Bündnisse einen Artikel einzuverleiben, durch den sich

*) Pariser kais. Bibliothek. Collection Dupuy. MS. 765. Heinrich IV an Boissise ddo. 23. Februar. Ebendaselbst Heinrich IV an Boissise ddo. Paris den 4. März 1610. — Ebendaselbst Villeroy an Boissise ddo. 24. Feb. 1610.



die protestantischen Fürsten verpflichtet hätten, den Hugenotten in Frankreich, wenn sie je gegen die Krone die Waffen erheben würden, unter keinem Vorwand Beistand zu leisten. In das Schwäbisch-Haller Bündniß konnte eine solche Vertragsbestimmung nicht mehr eingeschaltet werden, Puysieux trug deshalb Boissise im Auftrage seines Herrn auf, nachträglich die protestantischen Fürsten zum Abschluß eines neuen Vertrags aufzufordern, der sie zur neutralen Haltung bei allen religiösen Zwistigkeiten in Frankreich verpflichtete. Boissise, der inzwischen nach Heidelberg gereist war und daselbst mit der Mehrzahl der Unionsfürsten wieder zusammentraf, säumte nicht ihnen das Begehren seines Herrn mitzutheilen. Wie sehr er jedoch in sie dringen mochte, er fand sie unnachgiebig in diesem Punkte, keiner von ihnen wollte von einer vertragsmäßigen Verpflichtung, wie sie Heinrich wünschte, etwas wissen, wiewohl alle hoch und theuer versprachen, daß sich der König nie über ihr Betragen werde zu beklagen haben. Mit diesen Versprechungen konnte sich Boissise um so weniger begnügen, je strenger die Weisungen seines Herrn waren, und je mehr das Mißtrauen des letztern durch die entschiedene Weigerung der Fürsten berechtigt war. Zuletzt ward von dem Kurfürsten von der Pfalz ein Mittelweg eingeschlagen, der die Union nicht vertragsmäßig binden sollte, aber Heinrich doch beruhigen konnte. Der Pfalzgraf entschuldigte sich nämlich in seinem und seiner Verbündeten Namen, daß er den Abschluß des verlangten Vertrages verweigere, er gab aber zugleich für sie und für sich selbst das Ehrenwort ab, daß der König sich nie über ihr Betragen zu beklagen haben werde und daß es solchergestalt für ihn keiner weiteren „Assekuration" bedürfe.*) 2. Ap.

Während Heinrich in der erzählten Weise die Verhandlungen mit 1610
den deutschen Fürsten ihrem Ende entgegenführte, versäumte er nicht die mit anderen nichtdeutschen Fürsten und Staaten begonnenen zu einem gleich günstigen Abschluß zu bringen. Mit Karl Emmanuel von Savoyen gelang ihm dies bekanntermaßen rasch und leicht genug — dieser Fürst sollte im gegebenen Augenblick über Mailand herfallen — mit andern italienischen Fürsten und namentlich mit dem Papste brachte er es vorläufig noch zu keiner Verständigung. Was die Niederlande betrifft, so ließ sich Heinrich unablässig daran gelegen sein, dieselben für das deutsche Bündniß zu gewinnen.

*) Pariser kais. Bibl. Collection Dupuy 765. Boissise an Heinrich IV ddo. 12. März Heidelberg. — Ebendaselbst Kurpfalz an Heinrich IV ddo. 22. März bis 2. April 1610. — Ebendaselbst Heinrich IV an Boissise ddo. Paris 5. April 1610. — Ebendaselbst Boissise an Heinrich IV ddo. Frankfurt den 1. März 1610. — Ebendaselbst Boissise an Heinrich IV ddo. 21. März 1610. — Ebendaselbst Boissise an Heinrich IV ddo. 4. Mai 1610, Düsseldorf. — Ebendaselbst Boissise an Villeroy ddo. 4. Mai 1610.



Die Holländer setzten ihm lange einen hartnäckigen Widerstand entgegen, denn die vorhergegangenen Kriege hatten sie hinreichend erschöpft, um ihnen die Lust an neuen Unternehmungen zu benehmen, nichtsdestoweniger gelang es Heinrich IV sie schließlich zu dem Versprechen einer positiven Hilfeleistung an die possedirenden Fürsten zu vermögen. Sind die Nachrichten, welche Heinrich über die Zusagen der Niederländer seinem Geschäftsträger Beissie zukommen ließ, richtig,*) so verpflichteten sich dieselben zu nichts geringerem als zu einer Hilfe von 12.000 Mann. — Es blieb nur noch England übrig, zu dessen Gewinnung Heinrich seine ganze diplomatische Geschicklichkeit in Bewegung setzte. Hoffte er auch da nicht auf einen engen Anschluß — und dieser wäre Heinrich nicht einmal erwünscht gewesen — so wollte er sich doch eine günstige Neutralität Jakobs I sichern, um so mehr, als dieser Miene machte, sich nicht theilnahmlos der großen deutschen Krise gegenüber zu verhalten und die deutschen Fürsten selbst geneigt waren, seinem Rathe eine besondere Beachtung zuzugestehen.

1609 Dieselben protestantischen Fürsten nämlich, welche im Herbst des vorigen Jahres ihre Gesandten nach Paris geschickt hatten, um daselbst ihre Ansprüche auf Jülich zu erörtern, wandten sich auch an den König Jakob von England und verlangten von ihm, je nach ihrer Stellung eine verschiedene Einflußnahme auf die deutschen Angelegenheiten; Brandenburg, Neuburg und der Kurfürst von der Pfalz wollten ihn zu einer entschieden feindlichen Rolle gegen den Kaiser vermögen und erlangten auch die besten
26 Nov. 1609 Zusicherungen, als das Erscheinen Helffrichs in London den ohnedies behutsamen Jakob zu größerer Vorsicht mahnte. Die Auseinandersetzungen Helffrichs hatten zur Folge, daß der König von England sich zur Theilnahme an einem Schiedsgerichte in der Jülicher Angelegenheit erbot und versprach, Sachsens Interessen ebenso wie die Brandenburgs und Neuburgs zu wahren, alles dies aber wollte er — im Gegensatz zu Frankreich — auf friedlichem Wege und ohne den Kaiser zu beleidigen und zu provoziren erreichen. Wofern die Jülicher Succession nicht in die Hände des Hauses Habsburg fiel, war Jakob selbst zufrieden, daß des Kaisers Recht den richterlichen Ausspruch hierin zu thun, nicht angetastet werde; demgemäß erklärte er sich ebenso gut gegen eine gewaltsame Vertreibung Leopolds aus Jülich, als gegen eine Verkürzung der possedirenden Fürsten.**) Dieses vorsichtige

*) Kais. Bibl. in Paris. Collection Dupuy 765/56. Heinrich IV an Beissie ddo. 2. Mai 1610.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Zehntes Buch der Jülicher Akten 8803. Helffrich an Schomberg ddo. 16/26 Nov. London, an Kursachsen am selben Tage, an Schomberg ddo. 20/30 Nov. und an Kursachsen am selben Tage.

Benehmen Jakobs war nicht bloß eine Folge seines unentschlossenen Charakters, sondern es war ihm auch bei dem allzueifrigen Antheil Frankreichs an dem ganzen Streite von selbst diktirt und würde wahrscheinlich einer noch freundlicheren Stimmung gegen den Kaiser Platz gemacht haben, wenn es Heinrich vergönnt gewesen wäre dem Kampfe gegen das Haus Habsburg einen solchen Umfang zu geben, wie er dies in der That beabsichtigte.

Eine solche maßvolle Haltung Jakobs war aber nicht nach Heinrichs Geschmack, denn bei der natürlichen Eifersucht zwischen Frankreich und England konnte sie schließlich in eine freundliche Hinneigung zum Kaiser umschlagen. Dem zuvorzukommen war Heinrichs emsigstes Bestreben und man muß gestehen, es gelang ihm mit überraschendem Erfolge. Sein Gesandte in England, de la Boderie, konnte ihm bald berichten, daß Jakob sich in der Jülicher Frage nicht bloß neutral verhalten, sondern an dem Bündniß gegen den Kaiser theilnehmen wolle. Im weitern Verlauf der Verhandlungen erbot sich Jakob 4000 Mann nach Jülich durch die Niederlande marschiren zu lassen und Heinrich bemühte sich fortan unabläßig seinen Verbündeten zur raschen Beendigung der nöthigen Rüstungen anzutreiben. Der Krieg sollte Ende Mai eröffnet werden und deshalb war es nothwendig, daß sich um diese Zeit die englischen Hilfstruppen am Niederrhein befanden.*)

Hiemit hatte der diplomatische Feldzug Heinrichs sein Ende erreicht, die Verbündeten für den Krieg waren gewonnen und dieser selbst sollte nun beginnen. Wenn er seine eigene Macht und die seiner Bundesgenossen überblickte und damit die tödtliche Ohnmacht verglich, in der die Habsburger aus verschiedenen Ursachen sich befanden, mochte ihn wohl die Ahnung beschleichen, daß er berufen sei, eine vollständige Umgestaltung der europäischen Verhältnisse herbeizuführen. Sully schreibt ihm einen ganz detaillirten Plan zu, nach welchem er die Besitzverhältnisse in Oesterreich und Italien von Grund aus neu und mit Entfernung des Hauses Habsburg ordnen wollte, daran sollte sich eine neue Regelung der belgischen, deutschen und anderer Territorial- oder staatsrechtlichen Verhältnisse knüpfen. Wir wollen nicht bestreiten, daß so umfassende Pläne mitunter das Zwiegespräch zwischen Heinrich und Sully gebildet haben mögen, aber zwischen den vertraulichen und konsequenzlosen Unterhaltungen am Kaminfeuer und bei Spaziergängen und dem eigentlichen Ziel und Zweck der Bestrebungen eines Staatsmannes ist eine gewaltige Differenz. Das, was Heinrich im nächsten Augenblick für erreichbar hielt und demgemäß auch wollte, das konnte, wenn es mehr

*) Berger de Xivery, Recueil de lettres missives de Henri IV, tome VII Seite 865. Henri IV à Mr. de la Boderie ddo. 20 Mars und S. 889 Henri IV à Mr. de la Boderie ddo. 28 April.



als eine müßige Plauderei sein sollte, nicht einem befreundeten Diener im tiefsten Geheimnisse anvertraut werden, das mußte Fleisch und Bein bekommen in seinen kriegerischen Maßregeln, in den Instruktionen an seine politischen Agenten und überhaupt in seinem ganzen Auftreten, dessen einzelne uns bekannte Details aber nichts davon enthalten. Kein phantastischer Plan begegnet uns in den Weisungen an seine Diener, nur ein ganz simpler, erreichbarer aber deshalb nicht minder erfolgreicher. Er schließt mit den deutschen Fürsten ein Bündniß ab und verlangt nur, daß diese ihr Schicksal nicht früher von dem seinigen trennen, bevor nicht auch er den Lohn für seine Anstrengung, seinen Theil an der Beute davon getragen habe. Es kann dies zunächst nur Belgien, die Franche-Comté oder der Elsaß sein. Die gleichzeitige Unternehmung in Italien, deren Ausführung Karl Emmanuel übernommen hatte, war nur eine subsidiäre, gelang sie, führte sie die Vertreibung der Spanier herbei, gut, wo nicht, so gab sich Heinrich auch zufrieden. Seine letzten Zwecke, die er jetzt erreichen wollte, lagen durchaus in der Nähe von Frankreich, seine zahlreichen Briefe an Boissise beweisen es. Nachher kam die Ausschließung der Habsburger vom deutschen Thron, später vielleicht, wenn die Umstände günstig blieben, ein neuer Schlag gegen diese rivalisirende Dynastie. Aber mit solchen Aussichten förderte sich der nüchterne Heinrich nicht allzuviel, was er jetzt wollte, war das nächstgelegene, eine Grenzberichtigung auf Kosten der Habsburger und Deutschlands.

Gegen Ende des Monats Mai sollten sowohl die französischen Truppen als die der Verbündeten am Niederrhein in der Nähe von Jülich zusammentreffen. Um nach dem gemeinschaftlichen Sammelplatz bequem zu gelangen, mußte Heinrich seinen Weg durch Belgien einschlagen. Am 8.
1610 Mai zeigte er dem Erzherzog Albrecht an, daß er, um seine Hilfe „den wahren Erben der Herzogthümer Jülich, Cleve und Berg" seinen alten Alürten zu leisten,*) genöthigt sei den Marsch durch Belgien zu nehmen. Es hänge vom Erzherzog allein ab, ob dieser Durchmarsch ohne Feindseligkeit ablaufe, er für seine Person wolle nichts anderes, als seinen Freunden zu Hilfe ziehen. Etwas derartiges konnte sich der Erzherzog unmöglich gefallen lassen, er selbst und Spanien mit ihm mußten sich mit Gewalt den Zumuthungen Heinrichs widersetzen und damit nahm der Krieg jene Dimensionen an, die letzterer wünschte. Wenige Tage nach der Anzeige an Albrecht gedachte sich Heinrich an der Spitze eines Heeres in Bewegung zu setzen, dessen Zahl er nicht auf den in Schwäbisch-Hall versprochenen Beistand beschränkt hatte, sondern das die Blüthe und Kraft seines ganzen

*) Berger de Xivery a. a. O. S. 895.



Reiches, über die er verfügen konnte, enthielt. Gleichzeitig hatten die Union und die possedirenden Fürsten ihre Rüstungen beendet und auch England und die Generalstaaten waren bereit sich anzuschließen. So sollte der Feldzug beginnen.

Gegen alle diese Vorbereitungen waren keine Gegenrüstungen getroffen worden. Bei dem Herannahen des Ungewitters traf Leopold seine Maßregeln, Jülich zu verlassen, um da nicht eingeschlossen zu werden, der Kaiser konnte nicht rüsten, Spanien that es nicht und die Liga hielt sich von dem Jülicher Streite fern. Daß Heinrich IV nicht leer ausging bei der kommenden Vertheilung der Beute, dafür war also durch die Sachlage gesorgt. Der Elsaß, die Franche Comté und das schwach besetzte Belgien lagen vor ihm, wie ein herrenloses Gut. Nachdem das Haus Habsburg nicht rasch die Jülicher Frage gelöst hatte, sondern sein Schicksal mit derselben verband und doch nichts that, um sich zu vertheidigen, was konnte man anders vermuthen, als daß seine Macht ihrem Falle sich zuneige? Da machte der Dolch eines Mörders den drohenden Gefahren mit einemmale ein Ende. Heinrich endete am 14. Mai plötzlich durch Meuchelmord und mit ihm waren alle seine Pläne, die nächsten, wie die weitgehenden begraben.

Handelte Ravaillac in der That getrieben von religiösem Fanatismus, wollte er durch die Verbindung Heinrichs mit den deutschen Protestanten der katholischen Kirche keinen Schaden zufügen lassen, so muß man sagen, daß er eine bessere Kenntniß der Sachlage an den Tag legte, als jene, welche durch Heinrich zunächst bedroht wurden und trotz der Gefahr keineswegs sehend geworden waren. Die Macht Frankreichs, so eben ohne Gleichen in Europa, sank plötzlich zur Unbedeutenheit herab. Die Ursachen hievon schildert Rohan im Eingange seiner Memoiren über diese Zeit in kurzer aber völlig zutreffender Weise.*) „Nach dem Tode Heinrichs des Großen," sagt er, „dachte Jeder an seine eigenen Angelegenheiten, die Königin an die Begründung ihrer Auktorität, die ersten Minister des Reiches an die Behauptung der ihrigen, indem sie die Königin unter-

*) Mémoires du duc de Rohan: Après la mort de Henry le Grand chacun pensa à ses affaires, la Reyne à establir son autorité, les principaux ministres de l'Estat à maintenir la leur en appuiant la sienne, comme la plus facile à estre autorisée (à cause de l'absence du premier prince du sang, de l'imbecillité du second et de la mauvaise intelligence du troisiesme avec eux) et les autres Grands à se relever de l'abbaissement, auquel le regne precedent les avoit sousmis. Parmy tout cela les haines s'exercoient et les plus habiles se servoient de la passion des autres, pour ruiner l'autorité de ceux qui diminuoient la leur.

stützten (weil derselben wegen der Abwesenheit des ersten Prinzen von Geblüt, der Einfältigkeit des zweiten und des schlechten Einvernehmens des dritten mit ihnen, am leichtesten Anerkennung zu verschaffen war), und die übrigen Großen, wie sie sich aus dem Zustande der Erniedrigung erheben sollten, in den die vorhergehende Regierung sie versetzt hatte. Bei alledem wuchs der gegenseitige Haß der Parteien und die Schlauesten benützten die Leidenschaften Anderer, um das Ansehen derjenigen zu untergraben, welche das ihrige schmälerten." Jeder dachte sonach an sich und Niemand — Sully vielleicht allein ausgenommen — kümmerte sich um Frankreichs auswärtige Größe und die Durchführung von Heinrichs Plänen.

So sah sich also das Haus Habsburg plötzlich nur einigen deutschen Fürsten gegenüber, welchen die unerwartete Katastrophe in Frankreich nicht geringe Sorge einflößte. Wenn sie nichtsdestoweniger, zumeist auf sich allein angewiesen, wie weiter erzählt werden wird, ihr Ziel erreichten und die Jülicher Erbschaft behaupteten, was wäre wohl geschehen, wenn Heinrich an ihrer Seite gestanden wäre? Dreierlei scheint uns gewiß: die Macht der deutschen Habsburger wäre bis in die tiefsten Fundamente erschüttert und vielleicht auch vernichtet worden, in den österreichischen Ländern wäre der Protestantismus zur alleinigen Herrschaft gelangt und Deutschland selbst wäre in eine Abhängigkeit von Frankreich gerathen, aus der es sich nur schwer und nicht ohne die größten Verluste herausgewunden hätte.

Zweites Kapitel.

I. Des Kaisers Hoffnungen auf den Wiedergewinn der verlorenen Länder. Seine Verhandlungen mit Starhemberg und Liechtenstein. Mathias' Stellung zu seinen Unterthanen. Seine finanziellen Verlegenheiten. Kurfürst Ernst von Köln in Prag. Verhandlungen wegen Berufung des Fürstenkonventes. Vielfache Zögerungen des Kaisers. Schließliche Berufung des Konvents auf den 21. April. Mathias' Stellung zur Zeit dieser Berufung. — II. Zusammentritt des Prager Konventes. Kaiserliche Proposition. Uebergang der Berathungen auf Jülich. Klägliche Bedeutungslosigkeit derselben. Belehnung Sachsens. Frankreichs Haltung. Die Unionsgesandten in Paris. Jülich's Fall. Vertrag zwischen Union und Liga. — III. Verhalten des Konvents gegenüber den Wünschen des Kaisers auf völlige Restitution. Mathias' Gesandte in Prag. Gesandschaft des Konvents an Mathias. Verhandlungen in Wien. Mannigfache Ausgleichsentwürfe proponirt von Mathias und Rudolf. Vertragsentwurf vom 10. September. Allgemeine Annahme desselben. — IV. Berathungen des Konvents über die Restitution Donauwörths, die Gerichtsbarkeit des Reichshofraths und die Reform des kaiserlichen Regiments. Verhandlungen über die Successionsfrage. Spaniens Pläne. Leopolds Aussichten auf den deutschen Thron. Haltung der geistlichen Kurfürsten, Kursachsens und des Kaisers in dieser Angelegenheit.

I

Alles, was wir bisher über die Ereignisse in Böhmen, wie sie sich seit Ertheilung des Majestätsbriefes entwickelten, und über die Vorgänge in Deutschland, so weit sie die Liga und Union betrafen, erzählt haben, ist nur eine Reihe ununterbrochener Niederlagen des Kaisers und ein Beweis für seine gänzlich geschwundene Auktorität. Mit Ausnahme der Besetzung von Jülich, welche Leopold mit kaiserlicher Zustimmung ausführte, und welche auf den Entschluß aktiv in die Ereignisse einzugreifen hindeutet, trat kein Ereigniß derart in den Vordergrund, daß man aus demselben auf etwas anderes hätte schließen können, als daß Rudolf seinem Schicksal grolle aber sich apathisch in dasselbe füge. Diese Unthätigkeit war jedoch nur eine zufällige. Wir wissen, welche Hoffnungen er mit Leopold auf die Erwerbung von Jülich gründete und wie sich in seiner Phantasie an dieselbe der Wiedergewinn aller verlorenen Länder anknüpfte. Nun war Rudolfs Betheiligung an dem beabsichtigten Erfolge keine positive, sondern nur darin bestehend, daß er den Maßregeln, welche der Erzherzog traf und künftig zu treffen für gut fand, seine Sanktion ertheilte. Da Leopold in



Jülich jedoch nicht so rasch vorwärts kam, wie er sich eingebildet hatte und in langwierigen Verhandlungen erst nach den Mitteln für die Ausrüstung eines Heeres suchte, war auch Rudolf minder beschäftigt und wartete auf einen neuen Anstoß zur Thätigkeit, woher er auch kommen mochte. Ein solcher Anstoß ließ nicht lange auf sich warten, sondern kam von zwei Seiten her. Der Kaiser beobachtete nämlich mit dem durch Haß geschärften Auge die Zustände in den seinem Bruder unterworfenen Ländern und fand sie derart, daß ihm eine Vertreibung Mathias' ausführbar vorkam, wenn er sich mit den unzufriedenen Elementen in Verbindung setzte. Dazu kam noch, daß mehrere seinem Hause befreundete Fürsten sich emsig bemühten, zwischen ihm und seinem Bruder eine Vermittlung herbeizuführen, von welcher sich Rudolf einbildete, daß sie ihm auf friedliche Weise in den Besitz der verlorenen Herrschaft verhelfen könnte. Während also Leopold den etwas weiten Weg über Jülich ging, um dem Kaiser zu dienen, hatte dieser selbst zwei kürzere Wege ausfindig gemacht, ans Ziel seiner Wünsche zu gelangen, sie bestanden in *einer Verständigung mit den unzufriedenen Unterthanen seines Bruders* und in der *Berufung eines Fürstenkonventes* nach Prag.

Von diesen zwei Wegen, die Rudolf in feindlicher Absicht gegen seinen Bruder einschlagen wollte, war der erstere nicht neu. Schon zur Zeit als Mathias mit den Horner Ständen wegen der religiösen Frage im Hader lag, hatte Anhalt dem Kaiser die Wiedergewinnung Oesterreichs vorgespiegelt. So sehr das Ganze nur auf Trug berechnet war, so war es doch eine bedeutende Partei — Tschernembl mit seinen nächsten Anhängern — welche ihrem frühern Herrscher Hoffnung auf Wiedereinsetzung machte. Jetzt war dies nicht mehr der Fall, dennoch hoffte der Kaiser, daß die Unzufriedenheit, die sichtlich in Oesterreich selbst nach der „Resolution" vom 19. März herrschte und die, bevor noch der Herbst verstrichen,
1609 zu bedeutenden Mißhelligkeiten zwischen Mathias und seinem protestantischen Adel führte, ihm gute Früchte bringen würde. Er sprach es wiederholt aus, daß sich der unzufriedene Adel wieder an ihn wenden und ihn als seinen Herrscher anerkennen würde. In der That blieben diese Hoffnungen nicht ganz eitel, im Beginn des J. 1610 gelangten an ihn einzelne Versicherungen von Anhänglichkeit aus dem Erzherzogthum, schriftliche und mündliche, die ihn der Sympathien der Protestanten versicherten. An der Spitze dieser Intrigue stand diesmal nicht Tschernembl, sondern Gotthard von Starhemberg. Aus dem weitern Verlaufe ist so viel ersichtlich, daß diese von Gotthard von Starhemberg eingefädelte Intrigue, wenn ja ernstlich gemeint, auf das Verderben von Rudolf und Mathias, keineswegs aber auf die Erhebung des erstern berechnet war.

Erfüllte diese vereinzelte Stimme aus Oesterreich den Kaiser bereits mit frohen Hoffnungen, so war dies noch mehr der Fall, als er von dem Zerwürfniß Nachricht bekam, welches mittlerweile auch zwischen den katholischen Rathgebern seines Bruders eingetreten war. Ein Theil der Katholiken, die sich Mathias angeschlossen hatten, thaten dies aus mehr oder weniger ehrgeizigen Absichten und in der sichern Erwartung, daß sie im Rath des neuen Königs einen hervorragenden Einfluß ausüben würden. Dahin gehörten vor allem Karl von Liechtenstein, Breuner und Harrach. Allein schon nach kurzer Zeit gewannen sie die Ueberzeugung, daß der Bischof Khlesl sich ganz des Vertrauens seines Herrn bemächtigt hatte und daß sie neben ihm nur eine untergeordnete Rolle spielen könnten. Die Folge war, daß sich die genannten drei Personen voll Groll vom Hofe entfernten und in eine erklärte Gegnerschaft zur Regierung des Königs Mathias traten. Breuners und Harrachs Opposition verursachte kein übermäßiges Aufsehen, ein desto größeres dagegen die des Herrn von Liechtenstein. Der Einfluß, den dieser Kavalier bei Katholiken und Protestanten besaß, sein großer Reichthum und Grundbesitz machten ihn zu einem gefährlichen Feinde. Liechtenstein selbst war so erbittert, daß er schon im Mai 1609
die Erwartung aussprach, Mähren werde unter die Herrschaft des Kaisers zurückkehren. Diese Worte in dem Munde eines Mannes, der das meiste zur Herbeiführung eines solchen Ereignisses beitragen konnte, waren keinesfalls als die Aeußerung einer bloßen Ansicht anzusehen, sondern einem bereits gefaßten Entschlusse gleich zu achten, diese Aenderung herbeizuführen. Der Kaiser, dem diese Aeußerung bald zur Kenntniß gekommen, klammerte sich mit seinen Hoffnungen rasch an dieselbe, ohne jedoch eine Verbindung mit Liechtenstein ernstlich zu betreiben. Nachdem ihn jedoch wiederholte Nachrichten über den wachsenden Groll des letztern gegen Khlesl belehrten, entschloß er sich zu positiven Schritten, um ihn zu gewinnen. Er sandte seinen geheimen Rath Herrn von Mollart nach Mähren, um sich insgeheim mit Liechtenstein und Breuner über den Preis ihres Abfalles von Mathias zu besprechen.*) Diese Botschaft übte nicht die erwartete Wirkung aus. Es zeigte sich, daß Liechtenstein die erwähnten Aeußerungen nicht gethan hatte, um sich mit dem Prager Hofe zu versöhnen, sondern um Mathias mit Besorgniß zu erfüllen und zur Gewährung seiner Wünsche, die vor allem Khlesls Entfernung betrafen, zu nöthigen. Jetzt beim Worte gefaßt, zog er es vor, ohne seine Opposition gegen Mathias aufzugeben, sich ruhig zu verhalten, statt sich dem Kaiser anzu-

*) Brüssel. Secret. d' Etat d' Allem. Carton 163. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. Wien 7. Okt. 1609.



schließen, über dessen Unfähigkeit zur fernern Regierung er als ehemaliger Präsident des geheimen Rathes keine Zweifel hegen konnte. Sein Beispiel hielt auch die Herren von Harrach und Breuner von einer Verbindung mit dem Prager Hofe ab.

Solchergestalt war Rudolfs Versuch, selbst etwas für den großen Plan zu wirken, dessen Durchführung Leopold bisher allein übernommen hatte, ohne Erfolg geblieben. Die Katholiken, welche Hoffnung gemacht hatten, sich ihm anzuschließen, besannen sich zuletzt eines andern und die Versprechungen einiger oder vielleicht gar nur eines Protestanten waren keine vielverheißende Errungenschaft. Es war jedoch hinreichend viel von diesen Machinationen bekannt geworden, um bei den Freunden des Hauses Habsburg, die das Zerwürfniß der Brüder im hohen Grade beklagten und von der ferneren Dauer desselben das ärgste befürchteten, den Wunsch mit neuer Heftigkeit rege zu machen, daß eine Aussöhnung zwischen Rudolf und Mathias zuwege gebracht würde. Mit solchen Wünschen konnten sich allerdings nur jene tragen, welche von den Besprechungen zwischen dem Kaiser und Leopold keine Ahnung hatten und noch immer nicht begreifen konnten, daß Rudolfs Sinnen und Streben vollständig in dem Haß gegen seinen Bruder und in der Sehnsucht nach der verlorenen Herrschaft aufgegangen war. Nach der Ueberzeugung dieser wohlmeinenden Leute konnte eine Versöhnung zwischen den beiden Brüdern durch einen Fürstenkonvent vermittelt werden, der ein hinreichendes Ansehen besaß, um den ältern zu bewegen, die gebrachten Opfer sich gefallen zu lassen und den jüngeren zu veranlassen, eine ergebene und dankbare Haltung gegen den ersteren einzunehmen.

Auch in Wien bei Mathias machte sich das Bedürfniß nach dem Zustandekommen eines solchen Fürstenkonvents geltend. Er hatte gehofft, den protestantischen Adel Oesterreichs durch die „Resolution" zu befriedigen, machte aber bald die Erfahrung, daß dies nicht der Fall sei, und daß der Adel sich nicht mit der ihm ertheilten Religionsfreiheit begnügte, sondern unablässig bemüht war, unter dem Vorwande den Städten eine ähnliche unbeschränkte Freiheit zu verschaffen, diese an sich zu ziehen, die Regierung im Lande an sich zu reißen und ihn (Mathias) völlig zu isoliren. Die Folge war, daß auch Mathias und manche katholischen Edelleute die Bestimmungen der Resolution vergaßen und den Protestanten gegen das verbriefte Recht nahetraten.*) Der Zustand in Oesterreich im Herbst 1609 war nichts weniger als ein geordneter und ruhiger, im Gegentheil die Protestanten sprachen wiederholt die ernstliche Absicht aus, daß sie bei ihren Nachbarn und Freunden über die erfahrenen Unbilden

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 21. Nov. 1609.



Klage führen würden. In der That beschränkten sie sich nicht auf die bloße Drohung, sondern schickten zuerst nach Preßburg, wo Ende 1609 der ungarische Reichstag tagte, und darauf im Beginn des Jahres 1610 nach Olmütz, 9. Jan. als daselbst der mährische Landtag versammelt war, eine eigene Deputation. Ueberall klagte Tschernembl, ihr Wortführer, in den bittersten Worten, daß Mathias seine Versprechungen nicht halte, und die Städte von dem Adel zu trennen suche.*) Die Klagen der Oesterreicher blieben nicht ohne Wirkung auf Ungarn und Mähren. In Ungarn wurden während des Reichstags das Preßburger und Eibenschützer Bündniß in die Gesetzsammlung des Reiches aufgenommen, gewissermaßen als Warnung für Mathias, **) in Mähren sprach sich Žerotin mit einer bei ihm sonst ungewöhnlichen Schärfe gegen die Beibehaltung Khlesls im Amte aus, weil er ihn allein als die Ursache aller noch bestehenden Zerwürfnisse ansah. Ja Žerotin ging noch weiter: aufgeregt durch Tschernembls Schilderungen schlug er diesem und dem Palatin von Ungarn den Zusammentritt eines Centralausschusses vor, in welchem Vertreter von Ungarn, Mähren und Oesterreich die gemeinschaftliche Lage der Länder berathen sollten. Trat dieser Ausschuß zusammen, so war nicht zu erwarten, daß er gegen Mathias eine durchwegs freundliche Haltung einnehmen würde.***) Ein merkwürdiger Zufall fügte es, daß dieser Vorschlag nicht weiter zur Berathung kam und die Zusammenkunft, welche Žerotin bereits mit Tschernembl und Thurzo verabredet hatte, unterblieb. Gerade in dieser Zeit waren die Briefschaften des P. Sarkander, welcher als Agent des Herzogs von Teschen in Prag zur Zeit der Ertheilung des Majestätsbriefes geweilt und hier an den von Leopolds Partei ausgehenden Plänen zur Unterdrückung des Protestantismus lebhaften Antheil genommen hatte, in den Besitz der mährischen Stände gelangt. Die Ueberzeugung, daß ihnen von Prag Gefahr drohe, verursachte, daß die Stände gegen Mathias eine minder schroffe Haltung annahmen. Mathias ward aber durch die Vorgänge in Preßburg und Olmütz nicht wenig aufgeregt und zu der Besorgniß veranlaßt, es könnte ihm am Ende gerade so mitgespielt werden, wie dies seinem Bruder von ihm selbst geschehen war. Wie groß wäre sein Schrecken gewesen, wenn er gewußt hätte, daß der allezeit unermüdliche Verschwörer

*) Bamberger Archiv. Instruktion für die österr. Abgeordneten zum Landtage nach Olmütz ddo. 9. Jan. 1610. — Ebendaselbst: Relation der österr. Gesandten an die mährischen Stände ddo. 19. Jan. 1610.

**) Bamberger Archiv. Tschernembl an den pfälzischen Rath Richius ddo. Preßburg den 31. Dez. 1609.

***) Chlumecky: Žerotin S. 641. 648.

Tschernembl mit dem Kurfürsten von der Pfalz in Unterhandlung stehe, um ihn zur Absendung von Waffen nach Oesterreich zu vermögen.*)

Diese Besorgniß vor Bewegungen, welche von den Protestanten ausgehen konnten, vermehrte noch das Mißbehagen, das Mathias über die Zerwürfnisse in seinem eigenen Kabinet empfand und deren Vorhandensein er dem Umstand zuschrieb, daß sie von Prag genährt würden. Wie wir mitgetheilt haben, hielt sich Liechtenstein von Mathias fern, nachdem es ihm nicht gelungen war den allmächtigen Einfluß Khlesls zu brechen. Es mochte ihn, den ehemaligen Präsidenten des kaiserlichen Geheimrathes, nicht wenig verdrießen, daß er neben einem Bäckersohn, der sich vielleicht früher einen gnädigen Gruß von seiner Seite zur Ehre angerechnet hatte, nur eine untergeordnete, einflußlose Rolle spielen sollte. Er suchte auf alle mögliche Weise aus dieser Situation herauszukommen, zuerst gab er sich die Miene, als ob er sich mit dem Kaiser wieder aussöhnen wolle, wich aber, als er beim Worte gefaßt wurde, dieser Verbindung wieder aus. Darauf suchte er durch den belgischen Gesandten in Prag, Vischer, in nahe Beziehung zu Erzherzog Albrecht und Philipp III von Spanien zu gelangen, indem er hiebei die Zukunft der österreichischen Prinzen im schwärzesten Lichte ausmalte, die Unmöglichkeit, daß die „verhaßte Grazer Linie“ zur Succession gelangen könne, nachzuweisen suchte und den König von Spanien als denjenigen hinstellte, der auf die Succession in Oesterreich große Anrechte besitze und dessen Regierung allein wieder Ordnung schaffen könnte.**) Vischer ging auf diese Eröffnung nicht in der Weise ein, wie dies Liechtenstein wohl gewünscht haben mochte, sondern mahnte den letzteren, ja nicht von Mathias abzulassen und sich mit ihm zu versöhnen. Dasselbe war auch die Meinung Zuñiga's. Um Liechtensteins Versöhnung mit Mathias herbeizuführen, reiste Vischer nach Wien und suchte den König und Khlesl zu bereden, daß sie seiner Empfindlichkeit Rechnung tragen und ihn unter anständigen Bedingungen wieder zum Eintritt in den geheimen Rath vermögen möchten. Dann reiste er in gleicher Absicht zu Liechtenstein und suchte auch bei diesem zu vermitteln, was ihm um so besser gelang, als dieser merkte, daß weder Philipp III nach Erzherzog Albrecht etwas gegen Mathias vorzunehmen gedachten. Er stellte als Bedingung seiner Rückkehr nach Wien, daß Mathias ihn
7. Okt. 1609 durch ein Handschreiben hiezu einlade, wozu sich der König gern verstand.***)

*) Bamberger Archiv. Tschernembl an den pfälzischen Rath Richius ddo. 31. Dez. 1609 dankt ihm, daß die Arma bereits auf dem Wege sind.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Wien den 12. August.

***) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 7. Okt. 1609 Wien.

Liechtenstein kam darauf nach Wien und hier ward zwischen ihm und Khlesl äußerlich eine Versöhnung zu Stande gebracht.*) Wenn er sich eingebildet hatte, daß seine Stimme jetzt mehr Gehör finden werde als früher, so sah er sich bereits nach wenigen Tagen enttäuscht und er sprach abermals seinen festen Entschluß aus, sich nach Mähren zurückzuziehen. **) Nur Mathias' Ansehen, der beide Rivalen vor sich kommen ließ und ihnen befahl ihre gegenseitigen Beschwerden fallen zu lassen und sich in seinem Dienste zu einigen, vermochte Liechtenstein zum Bleiben zu bewegen.

Einige Wochen lang war darauf das Verhältniß im geheimen Rathe ein leidliches, aber schon im Dezember schickte Liechtenstein seinen Sekretär 1609
nach Prag, um sich wieder über Khlesls Ehrgeiz und die mangelhafte Regierung in Wien zu beklagen. ***) Kurze Zeit darnach verlangte er eine Zusammenkunft mit Zuñiga und war zu diesem Ende erbötig selbst bis in die Nähe Prags zu kommen. Er hatte zu dieser Reise die Billigung Mathias' erhalten, der ihm einen Brief für den spanischen Gesandten mitgab, wahrscheinlich mit Bitten um Spaniens moralische und pekuniäre Unterstützung. Bei der Zusammenkunft mit Zuñiga, die in der That bei Prag 18. Feb. 1610
stattfand, waren auch zwei kaiserliche Geheimräthe Herr von Mollart und Hannewaldt zugegen. Hiebei vertrat Liechtenstein keineswegs Mathias' Interessen; gegen die kaiserlichen Räthe sprach er die Ansicht aus, daß ihr Herr wahrscheinlich wieder in den Besitz von Mähren und Oesterreich kommen dürfte, Zuñiga gegenüber erbot er sich zu allen Diensten gegen Philipp III namentlich in dem Falle, wenn Rudolf und Mathias ohne Nachkommenschaft sterben würden; er gab also wieder zu verstehen, daß er der spanischen Linie der Habsburger gegen die der Grazer zur Herrschaft verhelfen wolle. †) Zuñiga ging auf diese Anerbietungen nicht näher ein, sondern verlangte von ihm nur Treue für Mathias und gute Dienste zur Versöhnung desselben mit dem Kaiser.

---

*) Brüssler Archiv. Vischer an Fleckhammer ddo. 11. Nov. Wien.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 21. Nov. 1609.

***) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 5. Dez. 1609. Ebendaselbst. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 19. Dez. 1609.

†) Brüssler Archiv. Bodenius an Fleckhammer ddo. Prag den 20. Feber 1610. — Archiv von Simancas 2496/83. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 20. Feber 1610. Liechtenstein habe gebeten, que le tenga V. M. (Philipp III) por muy su criado asomando a hazelle grandes servicios en las occasiones que se pueden offrecer en caso, que el Emperador y su hermano tengan succession. Yo le respondi con palabras generales, estimando su voluntad y persuadiendole a que de su parte ayude a la concordia de los hermanos y al servicio de toda la casa.

Dieses faktiöse Auftreten Liechtensteins, welches dem König Mathias nicht verborgen blieb, machte, daß letzterer auch über seine Stellung zu den Katholiken immer besorgter wurde und so eigentlich sich beiden Parteien seiner Unterthanen entfremdet fühlte. Ward er dadurch täglich dringender gemahnt eine Aussöhnung mit seinem Bruder um jeden Preis herbeizuführen, so nöthigten ihn auch hiezu die wachsenden finanziellen Verlegenheiten. Die ungarischen Grenzen gegen die Türken konnten, wie das allgemein bekannt ist, nur mit Hilfe der nichtungarischen Besitzungen der Habsburger und der zeitweiligen Bewilligungen deutscher Reichstage im Vertheidigungszustand erhalten werden. Jetzt versiegte mit einemmale die doppelte Quelle, Mathias bekam nichts von Deutschland und nichts von den Besitzungen, die Rudolf übrig geblieben waren. Seine Noth in dieser Beziehung war schon im Jahre 1609 so groß geworden, daß er sich zur Absendung einer Gesandtschaft an den böhmischen Landtag entschloß, um von diesem die Leistung der früher üblichen Subsidien zu erbitten. Bekannt mit den Einflüssen, von denen die böhmischen Stände sich beherrschen ließen, hatte er sich an den Grafen Thurn, an Herrn von Rosenberg, ja selbst an den Fürsten von Anhalt gewendet, um sie für sich zu gewinnen und insbesondere durch den ersten sein Ziel am Landtage zu erreichen. Da er sich hiebei eines geschickten Unterhändlers, des Grafen von Fürstenberg, bediente, erhielt er die besten Zusagen und namentlich versprach ihm Thurn die sichere Erwirkung der Subsidien, wenn Mathias ihm dafür die Herrschaft Neuhäusel in Ungarn einräumen wollte.*) Ob sich der König zu dieser Zusage entschlossen hatte, ist uns nicht bekannt; wir wissen nur, daß er von Böhmen nichts erhielt, da der Kaiser streng verbot, daß den ungarischen Gesandten, die Mathias nach Prag zur Unterstützung seiner Bitte abgeordnet hatte, Gehör im böhmischen Landtage gegeben und daß von letzterem überhaupt ein Beschluß zur Unterstützung Ungarns gefaßt werde. So halsstarrig waren die Böhmen im Punkte der Geldausgabe nicht, daß sie trotz Thurns Ansehen sich dem Wunsche des Kaisers nicht gefügt hätten und so sah sich Mathias durch die dauernde Feindschaft seines Bruders in eine Verlegenheit versetzt, die mit jedem Tage wuchs und seinem Ansehen in Ungarn gewaltigen Abbruch thun mußte. Khlesl, die Verlegenheiten seines Herrn noch bitterer empfindend als dieser —

*) Bernburger Archiv. Reg. I F. 1. 33/7. Graf Fürstenberg an Mathias ddo. 7. Okt. 1609. „Darunter ein Capo (Thurn) sich zu E. Mt. Diensten unnd devotion gehorsambst offerirt unnd vermeint, da E. Mt. Ine gnädigst mit Neuheuslein bedenkhen wöllen, er alls ein Böhme und Mährer die Järliche Bezahlung unnd Underhaltung darauff von den Böhmen unnd Mährischen Stenden erlangen wollte.“

denn es handelte sich auch für ihn um die lieb gewonnene Herrschaft — schrieb in einem Tone wahrhafter Verzweiflung an Zuñiga und bat ihn Hilfe zu schaffen. Das Streben aller Länder, die Mathias und Rudolf unterworfen seien, gehe offenbar nach Entfernung der Habsburger und nach Errichtung von Republiken; die einzige Rettung sei ein Konvent aller österreichischen Erzherzöge, durch welchen der Friede im Hause hergestellt und den Gegnern desselben ein energischer Widerstand entgegengestellt werden könnte.*)

Da alle Schwierigkeiten in der feindseligen Haltung des Kaisers ihren Grund hatten, so konnte dieser Konvent selbst im Falle seines Zusammentrittes erst dann einen Nutzen stiften, wenn auch der Kaiser an demselben Theil nahm und geneigt war den Rathschlägen oder Entscheidungen desselben Gehör zu geben. Dazu war aber nicht die leiseste Aussicht vorhanden, daß Rudolf zu einer von Wien aus angebahnten Versöhnung die Hand bieten werde, und zwar in einem Momente, wo er sich nicht nur an den Verlegenheiten seines Bruders weidete, sondern sie zu vergrößern suchte und wo er in nicht langer Zeit Rache an demselben zu nehmen hoffte. Gleichwohl kam ein Konvent zu Stande, zwar nicht so, wie ihn Mathias zusammensetzen wollte und auch nicht in Folge seines Wunsches, sondern in Folge eines selbstständigen Entschlusses des Kaisers, der seinen Grund in früheren Vorgängen hatte.

Man wird sich erinnern, daß Rudolf, als er wegen Ertheilung des Majestätsbriefes von den Böhmen gedrängt wurde, gegen den Vertreter des Kurfürsten von Köln die Bitte aussprach, sein Herr möchte um jeden Preis nach Prag kommen und ihm in seiner Noth helfen.**) Diese Bitte wurde seither mehrmals wiederholt und derart erweitert, daß daraus der Wunsch des Kaisers ersichtlich wurde, die ihm zunächst befreundeten Kurfürsten und Fürsten möchten nach Prag kommen und ihm in seiner Verlegenheit beistehen. Kam die Versammlung, wie er wünschte, zu Stande, so dachte er sich ihrer gegen seinen Bruder zu bedienen und wie er sich vorspiegelte einen derartigen Druck auf ihn auszuüben, daß auf diesem Wege friedlich erreicht werden konnte, was im Bunde mit Leopold nur auf gewaltsame Weise zu erreichen war. Die Idee des Konventes, wie sie auf diese Weise ihm vorschwebte, war nun allerdings nicht die, wie sie Mathias gefaßt hatte und wie sie von den aufrichtigen Freunden der Habsburger befürwortet wurde. Die letzteren schöpften aber die Hoffnung, daß, in welcher Absicht auch immerhin der Konvent berufen würde, der-

*) Simancas 2495/2. Khlesl an Zuñiga ddo. 7. Okt. 1609.
**) Band I S. 313.

selbe, sobald er aus den passenden Elementen zusammengesetzt wäre, nicht ohne die ersprießlichsten Folgen bleiben könnte. Als demnach der Kaiser auch nach der Absendung Leopolds nach Jülich den Kölner Kurfürsten wiederholt nach Prag einlud, suchten die katholischen Gesandten am kaiserlichen Hofe und die dem Frieden geneigten Geheimräthe, namentlich Barvitius, die Ankunft des Kurfürsten nicht nur zu beschleunigen, sondern den Kaiser in seiner Absicht einen Fürstenkonvent zu berufen, direkt oder indirekt zu bestärken. Rudolf schien völlig gewonnen und als an Ernst von Köln die schließliche Einladung zur Reise nach Prag abging, geschah dies in solcher Weise, daß der Kurfürst überzeugt war, sein Erscheinen in Prag werde hinreichen, um die letzten Vorbereitungen für den Konvent zu treffen und darauf dessen unmittelbare Berufung zu veranlassen.

Bei Rudolf war aber mittlerweile, wie dies häufig geschah, ein völliger Umschwung der Gesinnung eingetreten. Die vielfachen Rathschläge zu Gunsten des Konventes hatten ihn wieder mißtrauisch gemacht und er mochte herausgefunden haben, daß das Ziel, nach dem er strebte, nur durch Gewalt und nicht durch friedliche Verhandlungen zu erreichen sei. Als der
Dez. 1609 Kurfürst in Prag anlangte, vermißte er bei dem Kaiser jede Lust zur Berufung der verheißenen Fürstenversammlung und überhaupt zum Frieden, deren Vorhandensein er sich sehr mit Unrecht eingebildet hatte. Mit schmerzlichem Bedauern vernahm er, in welch' herausfordernder Weise Rudolf den Gesandten der Liga empfangen habe. Endlich hatte nämlich die letztere es für zeitgemäß gehalten, dem Kaiser von ihrer Begründung Nachricht zu geben und hatte mit dieser Botschaft den Kanonikus Seuttern betraut. Rudolf ergoß sich bei der Audienz in Worte voll des tiefsten Hasses gegen seinen Bruder Mathias und gegen sein ganzes Haus. Er äußerte unverholen seine Freude darüber, daß Maximilian das Haupt der Liga sein solle, er gönne, sagte er, dem Herzog diese Auszeichnung mehr als jedem Prinzen seines eigenen Hauses, ja er würde es vorziehen unter der Erde zu sein, als Mathias an der Spitze der Liga zu sehen.*) Beherrscht von dieser Gesinnung und immer von neuem aufgeregt durch falsche Nachrichten und trügerische Hoffnungen erklärte er jetzt, daß er die Berufung eines Konventes für unnöthig halte, auch habe er gewisse Nachricht, daß Oesterreich, Mähren und wahrscheinlich auch Ungarn im Begriffe seien, seine Herrschaft anzuerkennen und Mathias bald genöthigt sein werde, nachzugeben. Ernst von Köln, von dem aufrichtigen Wunsche geleitet Frieden zu stiften, legte es bei seiner ersten Audienz vor allem darauf

*) Münchner Staatsarchiv 39/8 Fol 13. Wensins Diurnal.

an,*) dem Kaiser jede Hoffnung auf den Wiedererwerb der verlorenen Länder zu benehmen und zur schleunigen Berufung des Konventes zu bereden, da dieser allein in die bestehenden traurigen Verhältnisse einen Ausgleich zu bringen vermöge. Er traf aber, wie er sich selbst später ausdrückte, auf einen Ambos; statt nachzugeben wollte der Kaiser jetzt um so weniger etwas vom Konvente wissen, weil er sich einbildete, die Kurfürsten würden ihn, einmal versammelt, auch zur Bestimmung der Nachfolge zwingen wollen. Die Einladungsschreiben, welche der Kaiser an die nach Prag zu berufenden Fürsten hatte anfertigen lassen und die nur der Expedition harrten, wurden auf Rudolfs ausdrücklichen Befehl zurückgehalten.**) Nichts half es, daß der Kurfürst nach der Audienz seinen Mißgriff einsah und durch Hegenmüller den Kaiser versichern ließ, die Kurfürsten würden nie etwas gegen seinen Willen in der Succession bestimmen; das mißtrauische Gemüth des Kaisers gelangte viele Tage lang nicht einmal zu einer momentanen Beruhigung, trotzdem ihm selbst Männer, deren feindliche Gesinnung gegen Mathias nicht bezweifelt werden konnte, wie Sulz, Althan und Ramée, die Berufung des Konventes empfahlen. Ende Dez. 1609

Nach der zweiten Audienz konnte sich Ernst keinem Zweifel mehr hingeben, daß das, was der Kaiser vom Konvent erwartete, nicht Friede und Versöhnung sei, sondern Rache an seinem Bruder. Rudolf empfing den Kurfürsten mit den bittersten Klagen über Mathias und über die Böhmen und äußerte sich dabei, im offenbaren Widerspruche mit der ihn unablässig folternden Gier nach Herrschaft, er habe die Regierung über die Böhmen satt und wolle sich lieber in einen Winkel zur Ruhe setzen. Ernst bat ihn, sein „heroisches Gemüth nicht derart fallen zu lassen" und den Kurfürsten zu trauen. Es war wahrlich die Besorgniß unbegründet, der Kaiser werde „sein heroisches Gemüth so weit fallen lassen," um sich freiwillig der Herrschaft über die Böhmen zu entäußern. Denn schon Tags darauf schickte er den Landgrafen von Fürstenberg und Herrn von Mollart an den Kurfürsten, um ihm eine Erklärung der Ereignisse der letzten zwei Jahre geben zu lassen. Der langen Exposition kurzer Sinn war der, daß es die erste Pflicht des Fürstenkonventes wäre, Mathias mit einer Strafe zu belegen, die natürlich nur der Verlust seiner Herrschaft sein sollte.***) 2. Jan. 1610

So viel sah der Kurfürst endlich ein, daß der Kaiser zu keinen Vergleichsverhandlungen die Hand bieten werde, wenn man ihm von vornher-

*) Münchner Staatsarchiv 39/7, 207. Kurköln an Max von Baiern ddo. 28. Dez. 1609. Prag. — Ebendaselbst Ernst von Köln an Max ddo. 14. Dez. 1609.

**) Münchner Staatsarchiv 39/8 Fol. 1. Kurköln an Max von Baiern ddo. 2 Jänner 1620.

***) Münchner Staatsarchiv 39/8, Fol. 13. Wensins Diurnal.

ein jede Hoffnung auf eine Genugthuung abschneide. Aufrichtig beseelt von dem Wunsche Frieden im Kaiserhause zu schaffen, um die Lage der deutschen Katholiken zu sichern, trat er deshalb vorsichtiger in seinen Bestrebungen für die Berufung des Konvents auf. Nachdem er abermals um
5. Jan. eine Audienz beim Kaiser angesucht und sie erlangt hatte und dieser wieder
1610 ein langes Klagelied über Mathias und die Böhmen angestimmt und dann mit der gewöhnlichen Bitte um Hilfe geschlossen hatte, erwiederte Ernst: „Solle er dem Kaiser gleichwie einem Patienten rathen, so sei vonnöthen die Wurzel seiner Leiden zu kennen," um die letztern mit der erstern zu entfernen. Die Wurzel alles Uebels, nämlich der Insolenz der Stände von Ungarn, Oesterreich und Böhmen sei allein die Zwietracht in dem kaiserlichen Hause selbst. Es gebe aber kein anderes Mittel dieses Uebel zu entfernen und dem Kaiser zum vorigen Wohlstand zu verhelfen — und hiebei stellte er es der Phantasie Rudolfs frei, diesen Wohlstand als eine völlige Restauration aufzufassen — als wenn die Einigkeit im österreichischen Hause wiederhergestellt würde, was allein durch einen Konvent zu erreichen sei. Er empfahl dem Kaiser hiezu die Berufung seiner Brüder, der Prinzen der Grazer Linie, des Kurfürsten von Mainz, des Herzogs von Baiern und zur Verhütung jedes Verdachts, des Kurfürsten von Sachsen und des Landgrafen von Hessen-Darmstadt. Die Rede des Kurfürsten, welche vorsichtig des Kaisers empfindliche Seiten berührte und seinen Wünschen, wie wir aus den spätern Verhandlungen ersehen, noch mehr schmeicheln mochte, als es die uns zugänglichen Berichte vermuthen lassen, befriedigte den letztern sichtlich und er befreundete sich mit der Idee des Konventes, aber sein Haß fing wieder an seinen Willen zu beherrschen, sobald er daran dachte, daß seine Brüder und Vettern auch berufen werden sollten. Von seinem Bruder Maximilian behauptete er, daß er mit Mathias das ganze Spiel abgekartet habe, über Albrecht klagte er, daß er gar nichts für ihn gethan und Ferdinand beschuldigte er einer zweideutigen Haltung, „man wisse nicht, ob er Fisch oder Fleisch sei." Dann auf die Successionsfrage übergehend, sagte er, Seuttern habe ihn als Bote der geistlichen Kurfürsten in ihrem Namen um Bestimmung der Nachfolge ersucht und die Versicherung abgegeben, daß ihnen jede vom Kaiser empfohlene Person genehm sei. Es sei ihm ein solches Vertrauen der Kurfürsten äußerst angenehm, aber er wisse nicht, weshalb er sich in der Sache übereilen solle, er denke noch nicht daran zu sterben und übrigens sei es ja am Todbette Zeit genug, schriftlich die Person seiner Wahl zu bezeichnen, um ihre Nachfolge zu sichern. Ernst, der die Empfindlichkeit des Kaisers auch in dieser Beziehung nicht verletzen mochte, begnügte sich darauf hinzuweisen, daß der Kaiser, wenn er nicht jetzt bezüglich der

Nachfolge Bestimmungen treffe, dieselbe später nicht in seiner Hand haben werde. Kurbrandenburg und Kursachsen, früher ganz und gar dem kaiserlichen Interesse zugethan, seien seit dem Ableben der alten Kurfürsten ungewiß, mit Sicherheit sei nur auf die drei geistlichen Kurfürsten zu bauen, doch nur so lange, als der Tod nicht unter ihnen aufgeräumt habe. Endlich wisse er, daß Schweikhart von Mainz nur unter der Bedingung an einem Konvente Antheil nehmen wolle, wenn auch über die Nachfolge verhandelt würde.

Schon zwei Tage darauf hatte Ernst abermals bei dem Kaiser eine 7. Jan. 1610
Audienz, bei der er ihm ein Memoire überreichte, welches die Bedingungen für die Berufung des Konventes präzisirte. Das vornehmste Geschäft desselben sollte die Schlichtung des Streites zwischen dem Kaiser und Mathias sein und letzterer durch vorhergehende Verhandlungen verpflichtet werden, sich dem Spruche des Konventes zu fügen.*) Indem dies den Hoffnungen des Kaisers auf Wiederherstellung einigen Raum gönnte, wurde er der Berufung des Konventes geneigter und gab seine Befriedigung dadurch zu erkennen, daß er den Kurfürsten in sein Laboratorium führte und in sehr gnädiger Weise an seinen dortigen Beschäftigungen Antheil nehmen ließ. Schon glaubte Ernst die meisten Schwierigkeiten überwunden zu haben und sich der Hoffnung hingeben zu können, der Konvent werde noch zu Ende Januar zusammenkommen. Die Einladungsschreiben wurden neuerdings ausgefertigt, auf des Kaisers Zimmer gebracht und von diesem unterzeichnet, aber hiemit hatte seine Willfährigkeit auch ihr Ende erreicht. „Der Kaiser wird nicht eher schwimmen als bis ihm das Wasser in den Mund läuft und alles zu spät ist", sagte Ernst voll Verzweiflung, als er 9. Jan. 1610
diese neue Zögerung erfuhr. Er nannte die Prager Regierung eine babylonische Konfusion und zweifelte selbst nicht länger an dem „finis fatalis domus Austriacae", welchen Anhalt prophezeit hatte, der aber dem Kurfürsten auf's Herz fiel, weil er damit den Untergang der deutschen Katholiken verknüpft wähnte. Vollends mußte die letzte Hoffnung auf eine glückliche Lösung ihn verlassen, als er einige Tage später vernahm, der Kaiser habe die Absendung der Einladungsschreiben nicht nur definitiv zurückgenommen, sondern dieselben sogar vernichten lassen. Während man nämlich nach der Unterzeichnung der Berufungsschreiben stündlich einen Befehl Rudolfs zu ihrer Versendung erwartete, vereitelte einer seiner wahnsinnigen Anfälle von Melancholie die letzte Hoffnung. Am 11. Januar ließ er Barvitius zu sich kommen, um ihn zum letztenmale zu fragen, ob die Berufung des Konventes ersprießlich sei und als dieser es hoch und theuer

*) Münchner Staatsarchiv 39/8, Fol. 23. Beilage Litera A.

versicherte und sich auf die gleiche Meinung aller jener berief, die es redlich mit ihm meinten, erwiederte er: Nun so geht hin und fertigt die Couriere ab. Statt alsogleich von der Erlaubniß des Kaisers Gebrauch zu machen, wie Barvitius bei seiner langjährigen Kenntniß von dessen Beschaffenheit wohl hätte thun sollen, schob er die Versendung bis zum folgenden Morgen auf. Damit war aber der günstige Zeitpunkt versäumt, mittlerweile bereute Rudolf den gefaßten Entschluß und als die Nacht heranrückte, ward er eine Beute der beängstigendsten Vorstellungen. Um zwei Uhr Nachts ertheilte er plötzlich den Befehl, Barvitius holen zu lassen, um die Versendung der Einladungsschreiben zu widerrufen. „Jetzt sehe ich ein, wo das alles hinaus will," rief er aus, „Ihr (Barvitius) und die Räthe mit einander stellet meiner Ehre, meinem Leib und Leben nach, ihr wollt mich und meinen Bruder Mathias hinrichten und den Ferdinand zum Kaiser machen." Vergebens waren alle Protestationen, die Einladungsschreiben durften nicht versendet werden und wurden entweder gleich oder einige Tage später vernichtet. *)

Dieser rasche Wechsel in den Entschließungen hatte seinen Grund nicht bloß in der krankhaften Gemüthsbeschaffenheit des Kaisers und in seinen rapid sich ändernden Anschauungen über die Nützlichkeit und Gefährlichkeit eines Konventes, sondern in dem mittlerweile reif gewordenen Entschluße es auf die Waffen ankommen zu lassen. Die zwei Wege, welche Rudolf selbst aufgesucht hatte, um Mathias zu vernichten, die Verbindung mit dem malkontenten Adel Oesterreichs und der Fürstenkonvent, beide schienen ihm wieder ungangbar und er kehrte in seinem Sinne zu dem ursprünglichen, mit Leopold verabredeten, dem der Gewalt zurück. Das vierfache Heer, welches der Erzherzog nach Tennagels Versicherungen in Spanien bis zum Frühjahr 1610 ausrüsten wollte, um es gegen Böhmen zu führen, blieb wohl eine Chimäre, die Rüstungen mußten geringere Dimensionen annehmen, da der gehoffte Beistand nicht erlangt worden war Leopolds abenteuerliche Freunde am Prager Hof: Ramée, Sulz, Althan, Hegenmüller, die zu dem Kaiser Zutritt hatten, suchten ihm die Meinung beizubringen, daß er keines Konventes bedürfe, fast ohne Schwertschlag sich der verlorenen Länder bemächtigen könnte und deshalb nur zu Rüstungen seine Zuflucht nehmen solle. **) Diese Rathschläge, des Kaisers ver-

*) Münchner Staatsarchiv 39/8 Fol. 30. Wensins zweites Diurnal. — Ebendaselbst 39/8, 11. Ernst von Köln an Max von Baiern ddo. 9. Januar 1610. — Ebendaselbst 39/8, 37. Ernst von Köln an Max von Baiern ddo. 16. Jan. 1610.

**) Brüssel Secret. d' Etat Allem. Carton 157. Bodenius an Fleckhammer ddo. 16. Januar 1610. — Ebendaselbst Carton 163. Bischer an Fleckhammer ddo. 16. Jan.

blendeten Wünschen schmeichelnd, fanden bei ihm das willigste Gehör und er entschloß sich endlich die Erlaubniß zu den verhängnißvollen Rüstungen 16 Jan. zu geben, die zur Vermeidung des Aufsehens in dem, Leopold gehörigen 1610 Bisthum Passau in Angriff genommen werden sollten. Die Stellen der Befehlshaber, Oberste, Oberstlieutenante und Hauptleute wurden von den obengenannten Personen rasch unter sich und ihre Freunde vertheilt und ehe noch wenige Wochen vergingen, war es in Böhmen und Deutschland allgemein bekannt, daß im Namen des Kaisers in Passau Werbeplätze aufgeschlagen worden seien. Sie erregten deshalb nicht das Aufsehen, das sie verdienten, weil man ziemlich allgemein glaubte, sie seien für Jülich bestimmt. Dieser Meinung gaben sich auch die böhmischen Stände hin, nimmer würden sie sonst im Februar 1610 ruhig die Auflösung des Landtags hingenommen und ihr eigenes Kriegsvolk entlassen haben.

Nicht also geistige Kränklichkeit allein war die Ursache der raschen Sprünge in den Entschließungen des Kaisers, sondern die Einflüsterungen jener Partei, die sich mit dem tollen Gedanken trug, mit Hilfe einiger Regimenter ganz Oesterreich dem Kaiser zu Füßen zu legen. Ernst von Köln ohne Ahnung von diesem Intriguenstück, das während seiner Anwesenheit in Prag abgespielt wurde, verlor selbst nach der Vernichtung der Einladungsschreiben nicht die Geduld, weil er in Prag die katholische Sache zu verfechten glaubte; er wurde nicht müde auch jetzt noch beim Kaiser um Audienzen anzusuchen. Zuletzt glaubte er jedoch einzusehen, daß er weniger durch seine Anwesenheit als durch seine Abwesenheit sein Ziel erreichen würde. Nachdem er abermals den Kaiser um die Berufung des Konventes ersucht und von diesem eine vertröstende Antwort erhalten hatte, kündigte er demselben seine Abreise an, um nicht eher wieder in Prag zu 18 Jan. erscheinen, als bis er mit den andern einzuladenden Fürsten zur gemein- 1610 schaftlichen Berathung nöthig sei. **) Dies Mittel hatte in der That den erwünschten Erfolg, offenbar geriet der Kaiser wieder in eine solche Gemüthsstimmung, die ihn mit Mißtrauen gegen den Erfolg der Waffen erfüllte und von der Wirksamkeit des Konventes das beste erwarten ließ. Das Merkwürdige an diesem so gewöhnlichen Umschwunge der Stimmung war nur das, daß er lange genug anhielt, um zu einem Resultate zu führen. Entweder noch vor des Kurfürsten Abreise oder nur wenige Tage nachher ließ der Kaiser neue Einladungsschreiben ausfertigen und solche an jene Fürsten absenden, über welche er sich mit demselben geeinigt

1610. — Ebendaselbst Carton 157. Bodenius an Fleckhammer ddo. 23. Jan.
1610. — Ebendaselbst Carton 157. Bodenius an Fleckhammer ddo. 17. April 1610.
*) Münchner Staatsarchiv 39/8 42. Wensins drittes Diurnal.

hatte, nämlich an Mainz, Sachsen, die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, den Herzog Maximilian von Baiern und den Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt. Es versteht sich, daß außer den Genannten auch Ernst von Köln geladen war. Mathias wurde nicht berufen und zwar mit Zustimmung von Kurköln. Denn Ernst sah selbst ein, daß dessen persönliches Erscheinen einen Ausgleich eher erschweren als erleichtern würde, er sollte sich nur durch Gesandte vertreten lassen.*)

Die Berufungsschreiben enthielten vier Punkte, über die der Kaiser von dem Konvente sich Raths erholen wollte. Der erste betraf die Vereinbarung mit dem Könige von Ungarn, der zweite die Wahl eines römischen Königs, der dritte die Restitution von Donauwörth, der vierte endlich die Schlichtung der Jülicher Angelegenheiten. Man könnte sich billig darüber verwundern, daß der Kaiser dem Konvente mit einemmale so viele und so wichtige Fragen zur Entscheidung oder wenigstens zur Berathung vorlegen wollte, nachdem in den mit Ernst gepflogenen Verhandlungen nur stets des Streites mit Mathias gedacht wurde. Allein wir dürfen nicht vergessen, daß der Kurfürst erklärt hatte, Schweikhart von Mainz werde nie an einem Konvente theilnehmen, wenn nicht darin auch über die Nachfolge im Reich berathen würde. Um nun diesen zur Reise nach Prag zu vermögen, mußte sich Rudolf zur Einschaltung des zweiten Punktes in dem Berufungsschreiben verstehen, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß er keineswegs ernstlich geneigt war, die Berathungen auf diesen Gegenstand sich ausdehnen zu lassen. In der Einschaltung des dritten und vierten Punktes macht sich der Einfluß der geheimen Räthe geltend, die klar genug sahen, daß die Donauwörther und Jülicher Angelegenheit einer Katastrophe sich zuneige, und die deshalb die Fürstenversammlung in Prag benützen wollten, um durch sie eine Lösung herbeizuführen, zu welcher sie selbst nicht fähig waren. Der Kaiser, den diese letzteren Fragen um so weniger nahe berührten, als er Leopolds Hoffnungen auf Jülich nie recht getheilt hatte, gab seinen Räthen nach. So eröffneten die Berufungsschreiben den eingeladenen Fürsten die Aussicht auf wichtige und entscheidende Berathungen. — Als Zeitpunkt für den Zusammentritt des Konventes wurde der letzte Februar bestimmt. Es dauerte nicht lange, so wußte der Kaiser bereits, wer seinem Rufe nachkommen werde und wer nicht. Die Kurfürsten von Köln und Sachsen versprachen unverweilt zu erscheinen, ebenso die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand. Erzherzog

*) In diesem Sinne äußerte sich Ernst gegen den Landgrafen von Leuchtenberg, mit dem er am 12. Januar über die Modalitäten des Konventes konferirt hatte.



Albrecht entschuldigte sich, daß er nicht erscheinen könne, versprach aber einen Vertreter abzuschicken, und sandte als solchen den Grafen von Gamelerio. Der Kurfürst von Mainz war erbötig zu kommen, aber nicht früher als am 21. März, weil eine Krankheit ihn geschwächt habe und ihm im Augenblick eine Reise unmöglich mache.

Was den Herzog von Baiern betrifft, so lehnte er die Einladung nach Prag zu kommen ab und zwar, wie er auf eine wiederholte Bitte des Kaisers erklärte, hauptsächlich aus Rücksicht wegen des in Passau sich ansammelnden Kriegsvolkes. Der Entschluß des Herzogs nicht nach Prag zu kommen, stand jedoch lange schon fest, zu einer Zeit, wo von Rüstungen in Passau noch nichts zu merken war. Das, was er aus den Berichten seines Oheims Ernst, der ihm umständlich seine Verhandlungen mit dem Kaiser mitzutheilen pflegte, sowie aus den Relationen seines in Prag weilenden Jägermeisters Wensin vernahm, verleidete ihm mehr als je die Lust den geringsten Antheil an den Händeln des österreichischen Hauses zu nehmen. Da es seinem politischen Programm nicht entsprach, irgendwie in die verworrenen Angelegenheiten des Kaisers mitverwickelt zu werden, am allerwenigsten in dem Augenblicke, wo er mit der Begründung der Liga zu Ende kommen wollte, da er überdies besser als irgend jemand die ganze Misere der Prager Politik beurtheilen konnte und eine Besserung von nichts anderem als von einem Personenwechsel hoffte, so hatte er schon im Januar beschlossen eine Einladung zu dem Fürstenkonvente, wenn solche an ihn gelangen sollte, mit aller Entschiedenheit abzulehnen. In diesem Sinne schrieb er schon damals an seinen Oheim, indem er ihm offen die Gründe darlegte, weshalb er die Zurückgezogenheit vorziehe. Denn für den Fall, daß der Konvent in der That zusammenkäme, hielt er dafür, daß derselbe in kürzester Zeit unverrichteter Dinge sich auflösen werde, weil des Kaisers Wankelmuth aus der geringsten Meinungsdifferenz Anlaß schöpfen würde, die Fürsten heimzuschicken. Zudem meinte Maximilian, daß für den Konvent ganz und gar nicht die vorbereitenden Verhandlungen gepflogen worden seien und hierin hatte er Recht. Denn hatte Mathias eine verpflichtende Erklärung abgegeben, daß er sich in eine Verhandlung einlassen wolle? Mit nichten. Und war nur im entferntesten anzunehmen, daß er den Wünschen des Kaisers oder einem Spruche des Konventes, der seine Herrschaft verkürzen würde, nachzugeben bereit sei? Nichts von allem dem. Worüber sollte also der Konvent verhandeln? Es wäre, meinte Maximilian, wohl noch die Nachfolge im Reiche zu bestimmen, aber davon wolle der Kaiser nichts hören. Der Herzog hatte Recht, wenn er kein anderes Resultat von dem Konvent erwartete, als die Aufrechthaltung des Statusquo mit allen jenen Schwierigkeiten, wie sie jetzt bestanden und



von denen keine durch den Konvent gehoben werden sollte. Aus diesem Grunde bat Maximilian seinen Oheim ihn bei dem Prager Konvente außer dem Spiele zu lassen, sollte dies aber nicht möglich sein, weil etwa die Einladungsschreiben ausgefertigt und verschickt worden seien, geradezu bei dem Kaiser ihre Zurücknahme zu veranlassen. Es sei ja hiezu nichts weiter nöthig, als daß der Kurfürst dem Kaiser andeute, man werde bei dem Konvente doch über die Succession verhandeln müssen, diese Worte würden hinreichen, um dem Kaiser radikal alle Lust an demselben zu benehmen und die Zurücknahme der Einladungen zu bewirken. Sollte diese Hoffnung wider alles Erwarten fehlschlagen, so werde der Herzog für seine Person trotzdem nicht erscheinen, sondern zuerst die Frage wegen der Präcedenz der österreichischen Fürsten vor den bairischen geordnet wissen wollen. Stellte Maximilian diese Forderung auf, dann konnte er gewiß sein, daß seine Berufung unterbleiben oder die geschehene rückgängig gemacht würde.*) Als die Einladung dennoch erfolgte, hatte Maximilian seinen Entschluß nicht geändert, er bediente sich jedoch nicht des eben angedeuteten Auskunftsmittels, um sie rückgängig zu machen. Die Passauer Werbungen wurden von ihm für einen genügenden Entschuldigungsgrund zur Ablehnung der kaiserlichen Einladung angesehen.

In Folge der eingelangten Antworten hätte der Kaiser die Verhandlungen des Konventes am 28. Februar eröffnen können, da von den Eingeladenen nur Baiern ablehnte und Schweikhart von Mainz für seine Person bloß einen längern Termin ansprach. Dieser Umstand reichte für den Kaiser nach der richtigen Voraussicht des Herzogs Max hin, um den Zusammentritt des Konventes zu verzögern. Ohne Säumniß wurden die eingeladenen Fürsten von dem Hinderniß benachrichtigt, welches das rechtzeitige Eintreffen Schweikharts darbiete und der Termin der Zusammenkunft wegen der dazwischen fallenden Ostern auf den 21. April verschoben. Bei dieser Bestimmung blieb es endlich und als der Termin herangekommen war, fanden die Geladenen sich ziemlich rechtzeitig ein. Die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian, welche die Einladung zum 28. Februar allzuernst genommen und sich frühzeitig auf die Reise begeben hatten, wurden während

*) Münchner Staatsarchiv 39/8 Fol. 5. Instruktion des Herzogs Max für seinen nach Prag abzuordnenden Jägermeister. — Der Streit zwischen den Prinzen des österr. und bairischen Hauses über die Präcedenz war ein bereits vieljähriger. Maximilian war erbötig zuzugestehen, daß der Senior des österr. Hauses stets den Vorrang vor dem Senior des bairischen Hauses habe, verlangte aber, daß der letztere die Präcedenz vor den übrigen österr. Prinzen habe, was diese nicht zugestehen wollten. Speziell am Prager Konvent verlangte Max den Vorrang vor dem Erzherzog Ferdinand.

derselben vom Kaiser von der durch Kurmainz veranlaßten Verzögerung benachrichtigt und ihnen geradezu bedeutet, daß ihr früheres Erscheinen als an dem zum Beginn der Verhandlungen festgesetzten Tage nicht erwünscht wäre.*) Beide beherzigten die Weisung und so erfreute sich Rudolf während einiger Wochen der ersehnten Ruhe. Der böhmische Landtag war bereits aufgelöst, er war demnach weder von diesem noch von den unerwünschten Friedenspolitikern belästigt. Desto ungestörter konnte er sich jetzt dem Traume hingeben, daß ihm mit Hilfe der Passauer Rüstungen, die allmälig an Ausdehnung und Vollständigkeit gewannen, und des Fürstenkonventes, den er bald verabscheute bald wieder als Retter in der Noth begrüßte, die Erwerbung der verlorenen Länder gelingen könnte.

Was Mathias betrifft, so erkaltete er mittlerweile in dem Eifer, welchen er früher für die Berufung des Konvents an den Tag gelegt hatte. Er hatte ursprünglich nur eine Versammlung der Erzherzoge im Sinne, bei denen das Interesse des Hauses die richtigste Würdigung finden mußte. Deshalb hatte er in den letzten Monaten des Jahres 1609 angelegentlich gesucht in ein vertrauliches Verhältniß zu Erzherzog Ferdinand zu gelangen. Seit er aber in Erfahrung gebracht, daß der Kaiser die Idee eines Familienkonventes nicht adoptirt habe, sondern auch einige Kurfürsten nach Prag berufen wolle, von denen er sich kein freundliches Entgegenkommen versprach, seit dem scheint er auf den Konvent geringe Hoffnungen gesetzt zu haben. Unzweifelhaft blieb es ihm auch nicht verborgen, daß der Kaiser von demselben die völlige Restitution erwartete. Unter solchen Umständen finden wir begreiflich, wenn Mathias sich mit seinen eigenen Unterthanen auf einen bessern Fuß zu setzen trachtete. Zunächst befriedigte er die Forderungen der Oesterreicher, indem er den Städten gleiche religiöse Freiheit, wie dem Adel bewilligte.**) In einer Audienz, die Mathias darauf den ständischen Ausschüssen ertheilte, sprach der Kanzler in seinem 3. März 1610
Namen die Hoffnung aus, „die Stände würden fortan fremder Herrn müßig gehen und treu zu Ihrer Majestät halten.“ Tschernembl, der seit Jahr und Tag an der Spitze aller Machinationen gegen Mathias gestanden war, der wahrscheinlich auch den neuesten Verhandlungen Starhembergs mit dem Kaiser nicht fremd war und der erst vor wenig Wochen durch pfälzische Hilfe den Transport von Waffen nach Oesterreich vermittelte, hatte die eiserne Stirn sich gegen des Kanzlers Mahnung zu verwahren. Nie, sagte er, hätten die Stände ihre Gedanken auf etwas anderes gerichtet, als treu zu Seiner Majestät zu halten, gebe es solche unter

*) Archiv von Simancas 2496/37. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag. 6 März 1610.
**) Hurter Bd. VI. S. 216.

ihnen, die an fremde Herren sich hingen, so wolle der König sie nennen. Mathias gab seinem Unwillen, der ihn bei dieser Antwort erfüllt haben mochte, keinen Ausdruck, sondern erwiederte nur: „Damit mag ich Niemand verhaßt machen, nur deswegen habe ich solches euch vorgehalten, damit die Betreffenden sich fortan mäßigen und nicht wider mich handeln." — Mit der so wichtigen Nachgiebigkeit in der religiösen Frage, an die sich manche andere Koncession in politischen Angelegenheiten schloß, besserte sich für den Augenblick das Verhältniß des Königs zu den Oesterreichern und damit auch zu den Ungarn und Mährern. Dasselbe gestaltete sich für ihn noch günstiger, als mittlerweile auch in weiteren Kreisen bekannt geworden war, daß der Kaiser durch den Konvent wieder in den Besitz der verlorenen Länder gelangen wollte. Die in Passau vorwärts schreitenden Rüstungen brachte der Instinkt des Volkes in eine richtige Verbindung mit diesen Bestrebungen Rudolfs und da thatsächlich außer solchen, die sich wie Tschernembl und Starhemberg mit Umsturzplänen trugen, niemand eine Rückkehr der kaiserlichen Herrschaft wollte, so blickte alles auf Mathias als den natürlichen Vertheidiger. Ja selbst in Bezug auf Tschernembl bietet seit dem Monate März 1610 die pfälzische Korrespondenz unzweifelhafte Beweise, daß er unter dem Eindruck des von Passau drohenden Einfalls sich entschieden auf des Königs Seite stellte. So konnte Mathias ruhig der Eröffnung des Konventes entgegensehen und warten, ob er einen Ausgleich mit seinem Bruder herbeiführen werde. Er konnte hoffen, daß die Macht der Thatsachen auf die nach Prag eingeladenen Fürsten einen solchen Eindruck ausüben werde, daß sie ihn selbst gegen Rudolf vertheidigen würden.

II

1610 In den letzten Tagen des Monats April deutete das regere Leben in Prag auf eine außerordentliche Begebenheit; in der That stand eine solche zu erwarten, da der vielbesprochene Konvent seinen Anfang nehmen sollte. Vom Norden, Westen und Süden nahten sich die geladenen Fürsten, jeder mit einem so stattlichen Gefolge, daß man von Seite der kaiserlichen Kammer um eine Beschränkung desselben ersuchen mußte. Mehr als 200 Pferde, so bat man den Kurfürsten von Sachsen, solle er nicht mitbringen, da sich im Gefolge eines jeden der andern Fürsten bereits an 100 Pferde vorfänden. Die zahlreiche Begleitung durfte der Hofkammer mit Recht nicht geringe Sorgen einflößen, da die sämmtlichen Fürsten mit ihrer Dienerschaft als Gäste des Kaisers betrachtet und darnach bewirthet werden sollten. Eine bedenkliche Aufgabe für den kaiserlichen Schatz, der erst vor



kurzem in solcher Ebbe sich befand, daß nicht einmal die Hartschiere und das gewöhnliche Hofgesinde den Gehalt ausgezahlt erhielten, was zu einer kleinen Meuterei in der Burg führte. *) — Den Ankommenden schickte der Kaiser einige Mitglieder seines Hofstaates vor die Thore der Stadt entgegen, um sie bei ihrer Ankunft zu begrüßen. Jeder einzelne wurde darauf ohne Zögern zur Audienz zugelassen, bei welcher der Kaiser eine ungewöhnliche Liebenswürdigkeit entwickelte und dieselbe sogar auf die angesehenern Personen des Gefolges ausdehnte, indem er diesen in dem Vorsaal, bis wohin er jedesmal die einzelnen Fürsten begleitete, die Hand zum Kusse bot. Auf die separaten Audienzen folgte später ein allgemeiner 1. Mai
Empfang, bei dem alle Fürsten, die dem Konvent beiwohnen sollten, sich 1610
einfanden. Den Vorrang nahmen hiebei die drei Kurfürsten, von Mainz, Köln und Sachsen, in hergebrachter Weise ein, ihnen folgten die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand und der Graf von Gamelerio als Vertreter des Erzherzogs Albrecht, diesen der Herzog von Braunschweig und der Landgraf von Hessen-Darmstadt. Der Herzog von Braunschweig, der bei dieser Audienz erschien, ohne daß er zum Fürstenkonvent eingeladen worden, war um diese Zeit nach Prag gekommen, um die kaiserliche Hilfe in seinen Streitigkeiten mit der Stadt Braunschweig in Anspruch zu nehmen. Hier erlangte er in der kürzesten Frist derart das Vertrauen des Kaisers, daß ihn dieser zur Theilnahme an dem Konvente einlud, so daß der Herzog seinen Berathungen fortan beiwohnte.

In der Audienz, welche der Kaiser den genannten Fürsten ertheilte und die nur wenige Minuten dauerte, übergab er ihnen eine Proposition, welche den Inhalt ihrer unmittelbaren Berathungen bilden sollte. Entgegen dem Einladungsschreiben, in welchem mehrere Berathungsgegenstände aufgezählt worden waren, wurde die Aufmerksamkeit der Fürsten in der Proposition allein auf den Streit zwischen Rudolf und Mathias hingelenkt und hierin ihr Rath verlangt. Vor zwei Jahren, hieß es in der Schrift, sei gegen den Kaiser ein gewaltsamer Ueberfall aus Ungarn, Oesterreich und Mähren unternommen und ihm dabei Land und Leute abgerungen worden. Die Fürsten möchten nun berathen, wie diesem Unwesen geholfen, des Kaisers Ansehen hergestellt und ihm Genugthuung verschafft werden könnte. So die Proposition, die, wie aus dem mitgetheilten Inhalte ersichtlich ist, sehr allgemein gehalten war und es den Fürsten überließ, Sinn und Absicht zu errathen. So unklar wie die Proposition war jedoch die übrige Haltung des Kaisers nicht. Hatte er schon bei den frühern

*) Münchner Staatsarchiv 39/8, 21. Wensin an Max von Baiern ddo. 11. Januar 1610.

Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Köln zu verstehen gegeben, daß er wieder in den Besitz der verlorenen Länder gelangen wolle, so äußerte er sich jetzt unverholen gegen die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, daß er von Mathias die Rückgabe der entrissenen Länder erwarte. Also Restitution in die verlorene Herrschaft, das und nichts weniger war es, was der Kaiser von den Fürsten hoffte und weshalb er sie nach Prag geladen hatte; alles übrige war für ihn Nebensache.*) Kamen sie seiner Absicht nicht nach, so schwebte seinem Geiste bereits das gewaltsame Auskunftsmittel vor, das er sich mit den Passauer Werbungen bereit halten wollte.

Es verfloßen einige Tage, bevor die Fürsten auf Grund der Proposition ihre Verhandlungen begannen. Mittlerweile besprachen sich die vornehmsten Räthe, welche die Kurfürsten mit sich nach Prag genommen hatten, über die Art und Weise, wie die Berathungen gepflogen werden sollten, ob nämlich die Kurfürsten getrennt von den Erzherzogen sich berathen und mit diesen nur schriftlich verkehren sollten, ob die Räthe neben den Fürsten an den Berathungen theilnehmen sollten, oder nicht. Das Re-
1610 sultat dieser Vorverhandlungen war, daß, als die erste Sitzung am 5. Mai im Hause des ehemaligen böhmischen Obersthofmeisters Popel von Lobkowitz gehalten wurde, sich an derselben sämmtliche Fürsten sammt ihren Räthen betheiligten. Diese gleichmäßige Theilnahme aller schloß natürlich nicht aus, daß zwischen den einzelnen Mitgliedern separate Besprechungen vorkamen, wenn sie sich über den einen oder andern wichtigern Punkt einigen wollten, namentlich tritt unverkennbar unter den Kurfürsten eine vielfache Gemeinschaft der Ansichten hervor, die auf eine vorangegangene Verständigung deutet und die, wie wir aus den Aktenstücken ersehen, häufig genug versucht wurde.

Die erste Berathung bezog sich auf die kaiserliche Proposition. Alle Fürsten waren darin einig, daß sie zum Ausgangspunkt der Verhandlungen angenommen werden müsse, gerieten aber in nicht geringe Verlegenheit, wenn sie sich über das Wie befragten. In der kaiserlichen Propo-

*) Die Quellen, aus denen wir unsere Darstellung der Verhandlungen des Fürstenkonventes schöpfen, sind die mannigfachsten. Obenan stehen zwei Diarien, das eine von einem sächsischen Rath verfaßt, befindet sich im Dresdner Archiv, das andere, das einen kurmainzischen Rath zum Verfasser hat, ist im Wiener Staatsarchiv. Wir citiren diese Quellen als Mainzer und sächsisches Diarium. An diese schließen sich andere Akten des Wiener Staatsarchivs, der Archive von Simancas, von München, Dresden, Brüssel und namentlich von Wolfenbüttel. Auch Hammer und Hurter, die beide über den Konvent geschrieben, liefern zu seiner Beurtheilung eine Anzahl Aktenstücke, abgesehen von jenen, die sie in der Erzählung verarbeitet haben.

fition wurde Klage geführt und Abhilfe begehrt, aber mit keinem Worte angedeutet, worin letztere zu bestehen habe. Obwohl alle Mitglieder des Konvents genau wußten, welcher Art Abhilfe der Kaiser begehre, so sprach dennoch keiner seine Meinung offen aus, sondern alle Aeußerungen drehten sich nur um die Art und Weise, wie die weitern Verhandlungen zu führen: ob man, da die Proposition auf König Mathias als den Urheber alles Uebels deute, diesen nicht einladen solle nach Prag zu kommen, ob und wie der Kaiser deshalb um seine Zustimmung zu ersuchen sei, ob man von ihm nicht eine nähere Erklärung der Proposition erbitten solle und dergleichen mehr. Das viele Hin- und Hersprechen am ersten Tage der Berathung, wobei das, was den Anwesenden am Herzen lag, nicht ausgesprochen wurde, war kein gutes Zeichen für eine rasche und gedeihliche Lösung der Aufgabe, um derentwillen nach der allgemeinen Meinung der Konvent vor allem berufen worden. *)

Verzögerten sich gleich im Anfang die Berathungen des Konvents über die Beilegung des Bruderzwistes aus den eben angeführten Gründen, so war dies bald noch mehr der Fall, da mittlerweile ein anderer Gegenstand die Fürsten zu beschäftigen begann, der noch dringender einer raschen Lösung bedurfte, nämlich die Jülicher Angelegenheit. Da die letztere seit dem 6. Mai fast ununterbrochen in einer langen Reihe von Sitzungen 1610
berathen ward und den Streit zwischen Rudolf und Mathias theilweise in den Hintergrund drängte, wollen auch wir zuerst berichten, wie sich die Jülicher Frage, die mit einem europäischen Brande drohte, unter den Einwirkungen des Prager Konvents und unter den veränderten Verhältnissen, wie sie der Tod Heinrichs IV mit sich brachte, gestaltete.

Rudolf hatte in seinem Einladungsschreiben zum Konvent die Jülicher Angelegenheit als einen der Berathungsgegenstände bezeichnet. Es schien ihm aber diese Angelegenheit einer raschen Lösung nicht bedürftig, denn als die Fürsten in Prag versammelt waren, lenkte er ihre Aufmerksamkeit keineswegs zuerst auf dieselbe. Nicht so gleichgiltig verhielten sich die geladenen Fürsten namentlich die Kurfürsten, wenngleich auch sie mit einer unglaublichen Gemüthsruhe nach Jülich blickten, denn sie bildeten sich ein, daß es ihren Rathschlägen gelingen werde, die Succession daselbst auf ganz friedliche Weise zu regeln. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, wie auffallend der Mangel an Vertheidigungsanstalten auf Seite der Habsburger gegen das von Frankreich drohende Gewitter war; gleich auffallend sind die ruhige Haltung und die Rathschläge, die wir in Prag aus dem Munde der Kurfürsten zu hören bekommen. Noch lebte

*) Mainzer und sächsisches Diarium.

Heinrich IV, als der Konvent seinen Anfang nahm und auf diesem das Wort Jülich in allen möglichen Variationen ertönte. Aus keiner derselben ist aber ersichtlich, daß man eine Ahnung hatte, mit welchen Plänen sich Heinrich trug und welch' einen entschiedenen Angriff er im Sinne hatte. War sein Geheimniß so gut bewahrt, seine Rüstungen so geräuschlos betrieben worden oder fehlte allen Gegnern Heinrichs die Ueberlegung, wir wissen es nicht; die auffallende Thatsache steht aber fest, man ahnte nirgends, daß man auf einem Krater sich befinde, dessen Ausbruch unmittelbar bevorstand.

Die erste Veranlassung zur Besprechung der Jülicher Frage am Prager Konvente war eine zufällige und keine absichtlich herbeigeführte. Der Kaiser hatte ein Schreiben, welches der Pfalzgraf von Neuburg in der Jülicher Sache an ihn geschrieben, dem Konvent zugestellt und dessen Gutachten abgefordert. Einige Tage später war ihm ein zweites Schreiben aus Frankreich zugekommen und auch dieses ward den Fürsten auszugsweise mitgetheilt. In diesem letzteren Schreiben, dessen Verfasser nicht genannt wurde, ward nachstehende Lösung der Jülicher Frage empfohlen: An dem Statusquo im Besitze der Jülicher Erbschaft sei nichts zu ändern, bis der Kaiser mit Zustimmung Frankreichs und Spaniens seine Entscheidung getroffen haben würde. In Folge dieser doppelten
1610 Veranlassung beschlossen die Fürsten am 11. Mai sich ernstlich mit Jülich zu beschäftigen und ihre Berathungen auf die strittige Succession auszudehnen. Auf dies erklärte der Kurfürst Christian II von Sachsen, daß er sich an denselben nicht betheiligen werde, weil er selbst mitinteressirt sei und dem Kaiser bereits ein Memorial übergeben habe, welches seinen Standpunkt präcisire. In der That hatte der sächsische Rath Dr. Gerstenberger, den der Kurfürst nach Prag mitgenommen hatte, gleich nach seiner Ankunft mit dem Vicekanzler Strahlendorf sich wegen Jülichs besprochen und im Namen seines Herrn um die Belehnung mit der ganzen Erbschaft ersucht. Er verfocht dabei den Satz, daß die Belehnung Sachsens jede Kriegsgefahr entfernen würde, weil weder Heinrich noch irgend ein deutscher Fürst sich gegen Christian erheben würde, wenn das formale Recht auf seiner Seite stünde. Strahlendorf versicherte, daß er seinerseits das Recht Sachsens für das bestbegründete halte, denn von den brandenburgischen Prätensionen „habe er allezeit behauptet, daß sie kein Fundament hätten". Er vertröstete deshalb Gerstenberger auf eine baldige und günstige Entscheidung von Seite des Kaisers, wenn der Kurfürst eine Deduktion seiner Rechte in einem Memorial übergeben wollte.*) Diesem

*) Sächsisches Diarium.

Verlangen ward genügt und dasselbe befand sich binnen kurzem in den Händen der Geheimräthe.

Die Berathungen nahmen also ohne Sachsen, welches für sich allein mit dem Kaiser unterhandelte, ihren Anfang. Die Kurfürsten von Mainz und Köln, welche nebst dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt die nächsten Nachbarn der bestrittenen Erbschaft waren, leiteten die Verhandlungen ein. Ernst von Köln hatte mittlerweile in Erfahrung gebracht, daß der König von Frankreich Rüstungen anstelle, um sich an dem Streite zu betheiligen; „damit ihm nun kein Anlaß gegeben werde, um sich des Rheinstroms zu impatroniren und nach der römischen Krone zu trachten," solle der Kaiser wirksame Mittel zur allgemeinen Entwaffnung ergreifen.*) Es sei zwar traurig, daß der Kaiser nicht mit den Waffen in der Hand seiner Jurisdiktion Respekt verschaffen könne, man müsse aber aus der Noth eine Tugend machen und auf einen friedlichen Ausgleich sinnen. Mainz schloß sich der Meinung seines kurfürstlichen Kollegen an, bedauerte gleicherweise die wahrscheinliche Wirkungslosigkeit kaiserlicher Mandate und empfahl friedliche Wege. Nachdem auch die übrigen Mitglieder des Konvents ihr Bedauern über die geschmälerte Auktorität des Kaisers ausgesprochen hatten, wurden die Mittel eines friedlichen Ausgleichs in Vorschlag gebracht. Immer und immer geräth man in Erstaunen, wenn man die Haltung der in dieser gewitterschwangeren Zeit Heinrich entgegenstehenden Fürsten betrachtet. Tagelang ward jetzt mit einer Ruhe und Umständlichkeit über sogenannte Ausgleichsmittel berathen, von denen sicherlich keines im Stande war nur eine Muskete außer Gebrauch zu setzen und so methodisch ging man bei der Verhandlung zu Werke, als ob die Ereignisse zu ihrer Weiterentwicklung einer Erlaubniß vom Prager Konferenztische bedurft hätten.

Um den friedlichen Ausgleich zu ermöglichen, sollten allerseits die Waffen niedergelegt und die Rüstungen rückgängig gemacht werden. Die Frage war nun, wie dies zu erreichen, wie der König von Frankreich, über dessen Kriegsbereitschaft täglich neue Nachrichten nach Prag gelangten, zur Ruhe zu bringen sei. Allseitig einigte man sich in der Abschickung einer Gesandtschaft als dem wirksamsten Mittel, dieselbe sollte im Namen des Kaisers und der in Prag tagenden Fürsten sowohl an die possedirenden Fürsten wie an Heinrich abgeordnet werden. Nachdem mehrere Tage hin und her erwogen worden, ob die Gesandtschaft zuerst nach Frankreich oder nach Düsseldorf, wo das Hauptquartier der possedirenden Fürsten war, abgehen, dann ob nicht vorläufig von ihrer Absendung schriftlich Nachricht gegeben werden solle, nachdem eben so lange über die Mitglieder der Gesandtschaft

*) Mainzer Diarium.

debattirt worden, gelangte man zur Besprechung eines zweiten Punktes nämlich der Instruktion, welche den Gesandten zu ertheilen wäre. Am liebsten hätte man nur „per generalia" die Gegner zur Ruhe verwiesen, aber da dies eine geringe Wirkung versprach, so wollte man sich dazu verstehen ihnen gewisse Friedensbedingungen „in specie" aber nur „gradatim" etwa in homöopathischen Dosen anzubieten. Diese Friedensbedingungen bestanden darin, daß der Kaiser sich erbieten sollte den gegenwärtigen Besitzstand in Jülich unter der Bedingung nicht anzutasten, wenn die possedirenden Fürsten und Heinrich ohne Zögern die Waffen niederlegen und seine Jurisdiktion bei der schließlichen Entscheidung nicht in Zweifel ziehen würden. Genügte dies nicht, so wollte man versprechen, daß der Prozeß in ordentlicher Weise beim Reichshofrath anhängig gemacht werden und den Parteien erlaubt sein solle, eines oder das andere seiner Mitglieder nicht aber den ganzen Hofrath abzulehnen. Die Entscheidung, welche etwa noch mit Zuziehung einiger Kurfürsten und Fürsten getroffen werden könnte, sollte nachher noch dem Gutachten einiger Universitäten unterbreitet werden. Das letzte war das äußerste der anzubietenden „Friedensmedia."

Diese Vorschläge waren das Resultat einer 13-tägigen Berathung. Schon der einzige Punkt, daß der Kaiser und der Reichshofrath die letzte Entscheidung in den Händen haben sollten, mußte nach dem, was wir über Heinrichs Absichten wissen, jeden Ausgleich mit diesem Herrscher vereiteln. Auch Brandenburg und Neuburg waren gewiß nicht geneigt ihr Schicksal in die Hände des Kaisers zu legen; die schließliche Berufung auf das Gutachten einer Universität konnte sie keineswegs mit mehr Zutrauen erfüllen, denn sie wußten aus eigener Erfahrung zu gut, wie es mit der Unabhängigkeit eines solchen akademischen Areopags beschaffen sei. Mit Ausnahme der zwei Erzherzoge, aus deren Aeußerungen mitunter eine instinktmäßige Ahnung der wahren Sachlage hervorging, waren die übrigen Mitglieder des Fürstenkonvents überzeugt, daß die angeführten Friedensbedingungen das äußerste seien, was der Kaiser bieten könne und daß sie ihren Zweck erreichen dürften. Während sie in dieser Weise ihre Rathsversammlungen abhielten, kam nach Prag die Nachricht, daß die Truppen des Markgrafen von Brandenburg-Anspach sich gewaltsam in dem Bisthume Würzburg eingelagert hatten. Anstatt in dieser offenbaren Verletzung der Reichskonstitutionen die Wirkung einer engen Allianz zwischen Heinrich IV und der Union zu sehen und den ersten Schritt zur Durchführung großer Pläne zu suchen, bemerkten die Fürsten in Prag mit einer wahrhaft beispiellosen Naivität hierin nur einen einzelnen Uebergriff und glaubten gegen denselben darin eine Abhilfe zu finden, wenn sie den Kaiser zur Anwendung



einer alten verrosteten Waffe zur Publikation der sogenannten Avokatorialmandate veranlassen würden.

Das Schicksal ersparte den Fürsten ein furchtbares Erwachen, da es Heinrich IV nicht vorbehalten war, seine Absichten durchzuführen. Die Nachricht von seiner Ermordung gelangte nicht mit der Raschheit, die einem so außerordentlichen Ereigniß wohl entsprochen hätte, nach Prag; aus den Konferenzprotokollen sehen wir, daß erst am 25. Mai also eilf Tage später die Fürsten von den Vorgängen in Paris unterrichtet waren.*) Die Wirkung auf die in Prag versammelten Fürsten war eine solche, wie sie zu erwarten stand; der Eifer, den sie bis dahin zur Beilegung der Jülicher Streitigkeiten an den Tag gelegt hatten, wurde merklich kühler, denn sie gaben sich der gewissen Hoffnung hin, daß Frankreich an den deutschen Händeln keinen Antheil nehmen und damit auch die Union zu einer zuwartenden Rolle verurtheilen werde. Die Absendung einer Gesandtschaft nach Paris und Düsseldorf wurde zwar auch jetzt nicht verworfen aber keineswegs beschleunigt, von der Einholung eines Gutachtens bei einer Universität, womit man früher Wunder zu wirken hoffte, wurde wieder abgegangen und sonach dem Kaiser und seinem Reichshofrath allein die Entscheidung über die Jülicher Succession eingeräumt. Noch bevor die Nachricht von Heinrichs Tode angelangt war, hatte der Kurfürst von Sachsen dem Konvent eine Auseinandersetzung seiner Ansprüche vorgelegt und denselben um seine Fürsprache bei dem Kaiser ersucht, damit ihm die Belehnung mit der gesammten Jülicher Succession ertheilt werde. Obwohl eine solche voreilige Belehnung jede Aussicht auf die Erhaltung des Friedens mit Heinrich vernichtet und die Absendung einer Gesandtschaft an ihn ganz zwecklos gemacht hätte, ließen sich die Mitglieder des Konvents doch in eine für Christian höchst günstige Erörterung seiner Ansprüche ein und fanden es ganz billig, daß ihm als gehorsamen Reichsfürsten, vorbehaltlich der später nachzuweisenden Rechte Dritter, die angesuchte Belehnung ertheilt werde. Daß die darauf folgenden Nachrichten aus Frankreich dieser günstigen Gesinnung keinen Abbruch thaten, versteht sich von selbst. Auch die Mitglieder des kaiserlichen Kabinets selbst glaubten einen klugen Schritt zu thun, wenn sie ihrem Herrn die Befriedigung des sächsischen Kurfürsten empfahlen. Zwar durchkreuzte ein solcher

*) Aus dem Mainzischen Diarium ist ersichtlich, daß erst in der Sitzung vom 26. Mai des Todes Heinrichs IV erwähnt und dies Ereigniß als einflußreich auf die den Gesandten nach Paris und Düsseldorf mitzugebende Instruktion aufgefaßt wurde. Kam die Nachricht von Heinrichs Ermordung schon um einen oder mehrere Tage früher nach Prag und wir sind geneigt dies anzunehmen, so muß man sich billig darüber verwundern, daß sich der Eindruck über die Wichtigkeit dieses Ereignisses erst so spät in den Fürstenverhandlungen kundgibt.



Schritt definitiv alle Pläne, die Leopold auf die Erwerbung von Jülich gebaut hatte, allein der Kaiser kümmerte sich darum nicht besonders, weil seine Bestrebungen einzig und allein gegen seinen Bruder Mathias gerichtet waren und Leopolds abenteuerlicher Plan zwar seine Zustimmung aber nie seine rechte Billigung erlangt hatte. Auch sah Leopold selbst, der um diese
Ende Juni 1610 Zeit bereits nach Prag zurückgekommen war, die Erwerbung von Jülich für eine verlorene Sache an und war der Befriedigung der sächsischen Ansprüche nicht entgegen. So sah sich Rudolf von allen Seiten gleichmäßig gedrängt, Sachsens Wünschen Gehör zu geben und da er selbst von Christian II Gegendienste erwartete, zeigte er sich erbötig die ersehnte Belehnung zu ertheilen.

1610 Nach mancherlei Vorbereitungen wurde hiezu der 7. Juli auserſehen. Am frühen Morgen fanden sich in der kaiserlichen Burg Schweikhart von Mainz, die Erzherzoge Maximilian und Leopold und der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt in dem zur Vornahme der Ceremonie bezeichneten Saale ein. Alles, was Prag an hervorragenden Personen beherbergte, erschien ebenfalls zur bestimmten Zeit. Ernst von Köln, Ferdinand und der Herzog von Braunschweig, die nicht zugegen waren, befanden sich um diese Zeit wegen der Verhandlungen mit Mathias in Wien. Nachdem auch der Kaiser erschienen war und Platz genommen hatte, trat der Landgraf Ludwig vor und bat den Kaiser, er möge dem Herzog Christian II von Sachsen und seinem ganzen Hause, wie er dies zugesagt, die Belehnung mit der gesammten Jülicher Erbschaft ertheilen. Der Kurfürst von Mainz ergriff das Wort für den Kaiser und gab die Erlaubniß, daß der Herzog von Sachsen eintrete und die Belehnung empfange. Christian näherte sich darauf dem Kaiser mit dreifacher Kniebeugung, wiederholte die Bitte, die eben der Landgraf von Hessen-Darmstadt in seinem Namen gestellt hatte, leistete darauf den vorgeschriebenen Lehenseid, den der Kurfürst von Mainz vorlas, und ward für sich und das ganze sächsische Haus unter den üblichen Förmlichkeiten vom Kaiser mit der gesammten Jülicher Erbschaft belehnt, wofür zum Schlusse der Landgraf von Hessen-Darmstadt den Dank abstattete.*) In den bessern Tagen des deutschen Kaiserreichs hat diese Ceremonie nicht immer hingereicht, dem Belehnten unumstößliche Rechte auf seinen Besitz zu ertheilen, um wie viel weniger jetzt, wo andere Titel über Besitz und Herrschaft in Deutschland entschieden, als eine vom Kaiser ertheilte Belehnung.

Lange sollten sich die Mitglieder des Prager Konvents nicht in der Täuschung wiegen, daß die mit ihrer Zustimmung vorgenommene Belehnung mehr als eine eitle Ceremonie gewesen. Die Pläne, welche Hein-

*) Sächsisches Diarium.

rich gefaßt hatte, war seine Wittwe zwar nicht im Stande zu realisiren, aber soweit nahm sie dieselben doch auf, daß sie den Markgrafen von Brandenburg und den Pfalzgrafen von Neuburg im Besitz der Jülicher Erbschaft zu schützen entschlossen war. Mochte die Belehnung Sachsens noch so sehr im deutschen Rechte begründet sein, sie war nichts als eine Fastnachtskomödie, wenn sie nicht mit den entsprechenden Mitteln aufrecht erhalten werden konnte. Troz beabsichtigter Gesandtschaften, wohlberathener Instruktionen und zuletzt ertheilter Belehnung sollten die Kurfürsten die Erfahrung machen, daß die von ihnen befürworteten Mittel nicht zum Ziele geführt hatten. Frankreich und die Union traten endlich handelnd auf.

Nachdem zwischen der Union, Frankreich, England und Holland die früher erzählten Verabredungen getroffen worden, sollte Ende Mai das 1610
Kriegsvolk aller Verbündeten bei Jülich am Niederrhein zusammentreffen. Die Union, mit Recht siegessicher, zögerte nicht mit den Feindseligkeiten zu beginnen. Wir haben erzählt, daß der Markgraf von Anspach sein Kriegsvolk im Würzburgischen lagern ließ, bald sich nicht mehr damit begnügend, belegte er auch das Bisthum Bamberg mit Einquartierung. An die Ausschreitungen auf dieser östlichen Seite schloß sich ähnliches im Bisthum Straßburg, welches dem Erzherzog Leopold gehörte, an. Man konnte diesem Vorgehen mit Recht den Sinn unterlegen, daß es der Union um die Schwächung ihrer Gegner zu thun sei, auf deren Kosten sie ihre Truppen leben ließ. Die Einquartierung in Bamberg wurde übrigens so aufgefaßt, daß dies der erste Schritt sei, um sich Donauwörth zu nähern und diese Stadt zu befreien. Alle diese Truppenbewegungen waren theils vor sich gegangen, theils im Begriffe ausgeführt zu werden, als die Nachricht von Heinrichs Ermordung sich in Deutschland verbreitete. So sehr dadurch die französische Hilfe in Frage gestellt war, so verloren doch weder die Union noch Brandenburg und Neuburg einen Augenblick den Muth zu weiterem Vorgehen. Mochten des Königs Pläne mit seinem Tode begraben sein, ihr Ziel, die vollständige Occupation der Jülicher Erbschaft, wollten sie um keinen Preis aufgeben. Stark durch sich selbst konnten sie es wagen mit eigenen Kräften den etwaigen Kampf zu bestehen.

Ohne also von ihrer kriegerischen Stellung abzulassen und einen Augenblick ihre Absicht auf die Eroberung von Jülich zu verläugnen, trat doch ein gewisser Stillstand in ihren Operationen ein, weil sie durch ihre diplomatischen Agenten sich versichern mußten, ob ihre Stellung zu ihren Verbündeten nicht eine Aenderung erlitten habe. Von England und den Generalstaaten liefen die besten Versicherungen ein, namentlich zeigten sich die letztern besonders freundschaftlich gesinnt; ihre Gesandten in Frankreich

und England vertraten die Sache der deutschen Fürsten nicht anders, als wäre es ihre eigene, insbesondere zeichnete sich in dieser Beziehung Van Aerssens, Olden Barnevelds bekannter Schwiegersohn, in Paris aus. Die Nachrichten aus Frankreich lauteten nicht so günstig. Nicht nur hatte der Tod des Königs die Kraft des Reiches gelähmt, weil die durch sein Ansehen niedergehaltenen Faktionen plötzlich wieder auflebten und sich gegenseitig bekämpften, bei der Königin-Regentin selbst, Marie von Medici, machten sich Rücksichten geltend, die schwer in die Wagschale fielen. Heinrich IV konnte ungescheut in Verbindung mit den Protestanten treten, in Rom ward dies als ein Gebot der „Staatsraison" betrachtet und der König deshalb nicht weiter zur Rede gestellt.*) Die natürliche Tendenz der päpstlichen Politik, die Verbindung zwischen Katholiken und Protestanten zu lösen, machte sich jetzt mit doppelter Wucht geltend, die einschüchternde Wirkung, welche Heinrich auf Paul V ausgeübt, hatte ihr Ende erreicht und der Nuncius in Paris sprach und agitirte mit der größten Ausdauer gegen die Verbindung Frankreichs mit den deutschen Protestanten. Das katholische Bewußtsein in den Herzen der Rom zugekehrten Staatsmänner, welches unter der gewaltigen Persönlichkeit des verstorbenen Königs verstummt war, lebte mit aller Heftigkeit wieder auf und Männer wie Villeroy, die allen Plänen Heinrichs eifrig gedient hatten, machten jetzt mit einemmale die Religion zur Richtschnur ihrer Handlungsweise oder gaben sich wenigstens den Schein davon. Um Marie von Medici vollends schwankend zu machen, gesellte sich zu den Vorstellungen aus Rom, zu den Rathschlägen ihrer eigenen Räthe noch der Prinz von Condé, der eben aus der Verbannung zurückgekehrt war. Es ist bekannt, daß er sich mit seiner Frau in das Exil flüchten mußte, um seine häusliche Ehre durch Heinrichs Nachstellungen nicht beflecken zu lassen. Er hatte sich des ausgezeichneten Schutzes Spaniens in der Fremde zu erfreuen gehabt und damit auch die spanischen Interessen, wenigstens im Augenblick seiner Rückkehr, zu den seinigen gemacht. Da er der erste Prinz von Geblüt neben der minorennen Nachkommenschaft des Königs war, konnte die Regentin sein gewichtiges Wort im Rathe nicht überhören.

Anhalt, die Seele der Union, überblickte die Sachlage mit der ihm eigenen Schärfe und machte sich keine Illusionen über die Schwierigkeiten, mit denen die Einhaltung des Haller Vertrags von Frankreich bedroht war. Noch war aber nichts verloren. Die Streitkräfte, mit denen Heinrich der Union zu Hilfe eilen wollte, waren zum Theil auf dem Marsche begriffen, es handelte sich also darum, rasch durch eine Botschaft nach Paris

*) Archiv von Simancas. Castro's Korrespondenz vom J. 1610.



die etwaigen Hindernisse zu überwinden, die sich ihrem Vorrücken entgegenstellen konnten. Einmal am Kampfe betheiligt war nicht zu fürchten, daß Frankreich sich von demselben zurückziehen würde.

Diese Botschaft war nothwendig, denn die ersten diplomatischen Lebensäußerungen der neuen französischen Regierung lauteten für die Protestanten nicht sehr ermuthigend. Wenn Marie von Medici nicht von ihrem Gatten über seine weitgehenden Pläne belehrt worden war, so erhielt sie gewiß nach seinem Tode die nöthigen Mittheilungen durch seine vertrauten Räthe. Sie war keinen Augenblick im Zweifel, daß sie sich der Aufgabe, die ihr Gatte über sich genommen hatte, nicht unterziehen könne. Den Schutz, den derselbe den possedirenden Fürsten verheißen hatte, wollte sie ihnen zwar nicht entziehen und in soweit an den von ihrem Gemahl eingegangenen Verpflichtungen festhalten, aber nur so lange, als kein annehmbarer Friede zu erreichen war. Alles kam darauf an, was man in Frankreich unter einem annehmbaren Frieden verstand. Boissise, der in Düsseldorf weilte, bekam von der Königin die Weisung, die Union aufzufordern dem Jülicher Streit durch einen Ausgleich ein Ende zu machen, denn sie werde bald genöthigt sein, einen Theil der Truppen wegen der Kostspieligkeit ihrer Unterhaltung zu entlassen. In gleichem Sinne schrieb auch Villeroy an Boissise, auch er mahnte zum Frieden, denn „unsere Flügel sind jetzt verbrannt und wir können weder fliegen noch ausführen, was wir uns vorgenommen." *) Bald wurden neue Anzeichen sichtbar, die es überhaupt zweifelhaft machten, ob Frankreich auch nur die vertragsmäßige Hilfe leisten und sich nicht ganz von der Betheiligung am Kampfe zurückziehen werde. An die Stelle des Herzogs von Bouillon, der ursprünglich für das Kommando des französischen Hilfsheeres bestimmt war und von dem bei seiner innigen Verbindung mit den deutschen Protestanten ein wirksames Auftreten erwartet werden konnte, wurde der Marschall de la Chastre zum Kommandanten ernannt, ein entschiedener Katholik, dem dieser Posten mehr zur Verzögerung protestantischer Erfolge als zu ihrer Unterstützung anvertraut schien. Die Anhänger Spaniens jubelten laut in Paris und versicherten jedem, der es hören wollte, daß es mit der Unterstützung der Union nichts sei und daß Frankreich sich bei dem Kampfe neutral verhalten werde. **)

---

*) Kais. Bibl. in Paris. Collection Dupuy 765. Marie von Medici an Boissise ddo. 20. Mai 1610. — Ebendaselbst Villeroy an Boissise ddo. 19. Mai 1610. — Ebendaselbst Boissise an Marie von Medici ddo. Düsseldorf, 4. Juni 1610.

**) Münchner Staatsarchiv 117/2, 98. Relation des Unionsgesandten ddo. 5/15. Juni 1610.



Unter diesen für die Union sich verdüsternden Aussichten wurde im Namen des Kurfürsten von der Pfalz und des Herzogs von Würtemberg der Pfalzgraf Johann von Zweibrücken nach Paris geschickt. Er erhielt den Auftrag von der Königin, zufolge des Schwäbisch-Haller Bündnisses, entweder das stipulirte Hilfsheer oder eine entsprechende Geldunterstützung zu verlangen.*) In seinem Gefolge befand sich der pfälzische Sekretär Karl Paul, der bis dahin in diplomatischen Missionen vielfach mit Erfolg verwendet worden war. Beide suchten nach ihrer Ankunft durch private Verhandlungen mit den hervorragendsten Staatsmännern diese für die Sache der Union günstig zu stimmen und namentlich unterzog sich Paul diesem Geschäfte bei Villeroy. Er machte bald die unliebsame Erfahrung, daß Frankreich unter dem Scheine, als ob es seiner Vertragsverpflichtung nachkommen wolle, doch thatsächlich sich derselben zu entziehen gedenke, wenigstens war dies die Absicht Villeroy's. Derselbe erklärte wiederholt, die Union müsse zum Frieden die Hand bieten und betrachtete es als eine annehmbare Friedensbasis, wenn Brandenburg und Neuburg im Besitz der occupirten Gebiete belassen, Jülich aber von dem Kaiser, bis zur künftigen Entscheidung des Streites durch den Reichstag, den Händen eines neutralen Fürsten überantwortet würde. Schon war die Nachricht nach Paris gelangt, daß der Kaiser den Kurfürsten von Sachsen mit Jülich belehnt habe. Villeroy sah darin einen entscheidenden Schritt zur Verstärkung der kaiserlichen Partei, die im Bunde mit Spanien und Belgien den Protestanten die Jülicher Erbschaft nicht so leichten Kaufes preisgeben werde. Auf Frankreichs Hilfe sei kein Verlaß, die Königin könne sich alle Tage zur Zurückberufung des Hilfsheeres gezwungen sehen, um sich desselben in den eigenen Nöthen zu bedienen. So wenig tröstlich solche Reden im Munde des französischen Staatssekretärs lauteten, so ließ sich Paul nicht von einer Antwort abhalten, die kühn klang und ihre Wirkung nicht verfehlen konnte, weil sie eine genaue Sachkenntniß verriet. Die Union, meinte Paul, sei entschlossen auch ohne Frankreich vorzugehen. Was von der Möglichkeit behauptet werde, daß der Kaiser durch Sachsens Belehnung seine Lage verbessert habe und ein drohender Gegner werden könne, so beruhe diese Ansicht auf gänzlicher Verkennung der Verhältnisse. Der Kaiser könne gar nichts thun; in einem Kampfe würden sich seine Unterthanen an die Seite der Union stellen und ihn vollends preisgeben. Was Philipp III und Erzherzog Albrecht anlange, so habe man sich vor diesen ebensowenig zu fürchten; wären sie im Stande etwas zu thun, so würden sie nicht

*) Münchner Staatsarchiv 547/12, 71. Instruktion für den Pfalzgrafen Johann von Zweibrücken ddo. 29. Mai/8. Juni 1610.



eben erst einen schimpflichen Frieden mit den Niederlanden abgeschlossen haben. Paul drang deshalb darauf, daß Frankreich zur Eroberung der Festung Jülich behilflich sei, dann erst könne von einem Frieden die Rede sein. In der That hatte er Recht, ließ sich die Union jetzt die Gelegenheit zur Eroberung der Festung entschlüpfen und begnügte sie sich mit dem, was Brandenburg und Neuburg besaßen, so legte sie eine unglaubliche Muthlosigkeit an den Tag, sie entwaffnete vor einem Gegner, dessen einzige Vertheidigung in ohnmächtigen Reden und Schriften lag.

In Folge des Erscheinens der Unionsgesandten wurde im Louvre ein Staatsrath gehalten, an dem sich außer der Regentin der Prinz von 18. Jul. 1610
Condé, der Graf von Soissons, die Herzoge von Bouillon, Sully und Epernon und der Staatssekretär Villeroy betheiligten. Condé ergriff gleich anfangs das Wort und sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstützung der Protestanten aus. Bouillon und Sully widersprachen und hatten für sich die Königin, die es mit der französischen Ehre nicht verträglich fand, wenn ein Vertrag gebrochen werde. Der Marsch des Hilfsheeres von 8000 Mann zu Fuß und 2000 zu Roß sollte nicht weiter aufgehalten werden, aber dieser nicht, wie Heinrich gewollt, durch Belgien, sondern durch Lothringen längs der Mosel gegen den Rhein gerichtet werden. *) Villeroy trat dagegen mit dem Vorschlag einer Sequestration Jülichs durch einen neutralen Fürsten auf und suchte dessen Annahme dem Staatsrath zu empfehlen. Allein so wie Paul ihn außerhalb desselben bekämpft hatte, so bekämpfte ihn hier der Herzog von Bouillon nicht bloß gegen Villeroy sondern auch gegen Condé, Soissons und Epernon, die sich auf des letztern Seite gestellt hatten. Bouillon machte darauf aufmerksam, daß man sich mit einem unmöglichen Vermittlungsvorschlag quäle, weil die Fürsten der Union durch ihre sonstigen Verbindungen stark genug seien, sich Jülichs zu bemächtigen und ihren Vorsatz um keinen Preis aufgeben würden. Es bleibt indessen fraglich, ob Bouillons Auseinandersetzung den Sieg in einer Versammlung davon getragen hätte, die nicht zu Gunsten der protestantischen Fürsten gestimmt war, wenn nicht ein anderer Grund ihm hilfreich zur Seite gestanden wäre. Villeroy's Antrag, obwohl zum Vortheile des Kaisers berechnet, war von letzterem selbst stillschweigend zurückgewiesen worden. Schon hatte nämlich das französische Kabinet direkt dem Kaiser die Uebergabe Jülichs in neutrale Hände vorgeschlagen. Statt

*) Münchner Staatsarchiv 547/21, 111. Pfalzgraf Johann von Zweibrücken an Kurpfalz ddo. 9/19. Juli 1610. — Ebendaselbst Fol. 11. Gueretins, eines Unionsagenten, Bericht ddo. 5. Juni 1610. — Ebendaselbst Fol. 11. Karl Pauls Bericht ddo. 9/19. Juli. — Ebendaselbst Fol. 112. Karl Paul an den Kanzler Christoph von der Grün ddo. 12/22. Juli 1610.



schnell nach diesem Vorschlag zu greifen, hatte der Kaiser in unnützen Erwägungen eine kostbare Zeit verstreichen lassen. Der Staatsrath mußte sich selbst zugestehen, daß ihm kein anderer Weg übrig bleibe, als entweder den Protestanten zu helfen oder neutral zu bleiben, weil der Kaiser keine Vorliebe für eine französische Vermittlung an den Tag legte. So drang Bouillons Meinung durch und de la Chastre erhielt den Befehl den Weg nach Jülich einzuschlagen. *)

Die Anstalten, welche der Fürst von Anhalt als Kommandant der deutschen Streitkräfte traf, um die Belagerung von Jülich in Angriff zu nehmen, die bald sicher gestellte Thatsache, daß Frankreich trotz alles Zögerns seiner Verpflichtung nachkomme und de la Chastre an der Belagerung sich betheiligen würde, zeigte endlich dem Prager Konvente, daß die Jülicher Frage eine andere Lösung nehmen werde, als man daselbst in den lahmen Berathungen vermuthet. Solche handgreifliche Thatsachen mußten kommen, um den tonangebenden Kurfürsten begreiflich zu machen, was Reden ohne Handeln bedeute und ihre verblendete Meinung über die Wirksamkeit ihrer Vorschläge herabzustimmen. Denn als der Kaiser ihnen die Nachricht mittheilte, daß Frankreich bereit sei, sich in Friedensverhandlungen einzulassen, wenn Jülich einem neutralen Fürsten überantwortet würde, verwarfen sie allesammt das Auskunftsmittel als präjudicirlich der Würde des deutschen Reiches. Da Erzherzog Leopold die Fürsten darüber belehrte, daß Jülich nicht lange im Stande sein werde, sich gegen die Gegner zu halten, die von allen Seiten ihre Truppen zusammenzögen, glaubten die Fürsten in unglaublicher Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse am Prager Hofe dem Kaiser ernste Maßregeln, Rüstungen, (!) vorschlagen zu müssen. Rudolf, der sich selbst vor zwei Jahren nicht zu vertheidigen gewußt, sollte gegen die ungehorsamen Reichsfürsten eine Exekution anordnen und die nöthigen Mittel einer freiwilligen Steuer entnehmen, die sie sich selbst auflegen wollten. Vierzig Römermonate waren sie in ihrem Opfermuth erbötig zu erlegen, 15 zur Vertheidigung Jülichs, 25 zu weitern Kriegsoperationen, aber nicht gleich zahlbar, sondern ein Viertel zu Michaeli, die übrigen je 10 Monate später. Vielleicht war ihnen ein Mittel bekannt, den Marsch der Feinde gegen Jülich aufzuhalten, bis das Heer, welches sie bekämpfen sollte, nach der Einzahlung der ersten Quote ausgerüstet werden konnte. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß von dieser ganzen projektirten Steuer nicht

*) Relation des Herzogs von Zweibrücken über seine Gesandtschaft nach Paris. Münchner Staatsarchiv 547/12, 131. — Ebendaselbst 547/12, 115 Karl Paul an den kurpfälzischen Sekretär Dathenius. ddo. 21/31. Juli 1610. — Mainzer Diarium.

ein Heller eingezahlt wurde. Zu Kommandanten des Exekutionsheeres sollten der Kurfürst von Sachsen und der Herzog von Baiern ernannt werden. Als der erstere sich für diese Ehre bedankte, obwohl er wegen der erlangten Belehnung doch die gewichtigsten Gründe hatte thätig einzugreifen, wurde der Landgraf von Hessen-Darmstadt für diesen Posten ausersehen.*) Man fühlt sich immer wieder versucht, die Berathungen des Konvents für ein Possenspiel zu halten, denn so kindische Beschlußfassungen bei absoluter Unwillfährigkeit etwas zu thun, sollte man fürwahr in einer Versammlung ernster und erfahrener Leute nicht suchen.

Was den Herzog von Baiern betrifft, so waren es nicht allein die Konventsmitglieder, die ihn zu jenem heiklichen Amte eines Exekutors befördern wollten, sondern auch der Kaiser selbst. Noch bevor dieser Gegenstand von den in Prag anwesenden Fürsten verhandelt wurde, hatte der Kaiser sich entschlossen, Maximilian der Union entgegenzustellen. Er hatte deshalb den Grafen Johann Georg von Zollern nach München geschickt und durch diesen dem Herzog die Durchführung der Exekution gegen die Union angetragen. Zum erstenmale trat der letztere aus seiner Reserve heraus und wies den Vorschlag, wie er es sonst mit allen andern von Prag ausgehenden zu thun pflegte, nicht einfach zurück. Die Bedrückung, welche sich die Union gegen die Stifter Würzburg, Bamberg und Straßburg erlaubte und mit denen sie konsequenterweise andere bedrohte, war ein Angriff gegen die deutschen Katholiken, den das bisherige Verhalten der letztern in der Jülicher Angelegenheit nicht rechtfertigte und der die Liga zur Ergreifung einer thätigen Rolle hindrängen mußte. Jetzt gab es kein partikuläres Interesse die Habsburger zu schützen, sondern den eigenen Herd zu vertheidigen. Wenn aber Maximilian nicht bloß als Haupt der Liga in gerechter Vertheidigung ihrer Mitglieder die Waffen ergreifen, sondern über dies hinaus als Exekutor des Kaisers zur Offensive gegen die Angreifer von Jülich übergehen sollte, so wollte er wissen, auf wen er sich verlassen könne und er verlangte deshalb von dem Kaiser, daß dieser die Mitglieder des Prager Konvents zur Theilnahme am Kampfe auffordere. In den Beschlüssen desselben, die wir eben mitgetheilt, in den bloß in Aussicht gestellten Zahlungen sah aber Max keine Garantie des Erfolges; aus seiner darauffolgenden Theilnahmlosigkeit ersehen wir, daß er die Uebernahme der Exekution wieder ablehnte und bei diesem Entschlusse auch gegenüber dem Prager Konvente verharrte.**)

*) Mainzer Diarium.

**) Archives du Minist. des aff. étrang. de France. Bavière 1/1. Joh. Georg. Graf von Zollern an Rudolf ddo. 5. Juli 1610.

Es versteht sich von selbst, daß auch die weitern Berathungen des Prager Konvents das Schicksal Jülichs nicht änderten. Immer und immer wieder ward die Frage verhandelt, ob man die längst beschlossene Gesandtschaft an Frankreich abgehen lassen solle oder nicht, ohne Unterlaß wurde an der dieser zu ertheilenden Instruktion korrigirt und doch kam man mit nichts zu Ende. Daneben wurde ernstlich berathen, ob der Kurfürst von Sachsen bereits Titel und Wappen eines Herzogs von Jülich annehmen solle und unter welchen Modalitäten. Kurköln brachte auf die Bahn, daß seiner Zeit von der Jülicher Erbschaft einige Dörfer abzutrennen seien, weil sie einst widerrechtlich dem Kurstifte entrissen worden waren. Alle Tage wurde von den Rebellen gegen das kaiserliche Ansehen und wie sie zum Gehorsam zu bringen seien gesprochen, zuletzt auch erwogen, ob die Festung Jülich nicht alsogleich an Sachsen abgetreten werden solle. Endlich wollte man Brandenburg und Neuburg den Antrag machen, sie für momentanei possessores der von ihnen occupirten Gebiete und nicht für Rebellen zu halten, wofern sie die Jurisdiktion des Kaisers anerkennen wollten. Solche Vorschläge, die alle hier aufzuzählen ebenso ermüdend wäre wie die deshalb geführten Debatten langweilig, machten den Inhalt der Prager Berathungen aus, nirgends tritt die leiseste Absicht eines ernsten Widerstandes auf.*) Unter solchen Verhältnissen ist es begreiflich, wenn der Marsch der feindlichen Heere nicht aufgehalten, sondern die Belagerung Jülichs ernstlich in Angriff genommen wurde. Während noch die Fürsten in Prag über die Aufrechthaltung der Reputation des Kaisers und des Reichs berieten,
12. Sep 1610 fiel Jülich in die Hände der Union.

Kurz bevor dies Ereigniß, das im Stande war eine faktische Lösung des Jülicher Streites herbeizuführen, eingetreten war, versammelte sich in München die Liga zu einem Bundestage. Maximilian, der in Folge der Sendung Zollerns einige Augenblicke geneigt war, offensiv mit Hilfe des Kaisers und des Prager Fürstenkonvents gegen die Union aufzutreten, hatte diesen Gedanken vollständig wieder aufgegeben und seine Thätigkeit auf die alleinige Förderung der Liga und ihrer Zwecke beschränkt. Aber die Bedrückungen, die einzelne ihrer Mitglieder erfahren hatten, erheischten die Ergreifung einer kräftigen Defensive um so mehr, als man nicht wissen konnte, ob die Ausschreitungen der Union nicht die ersten Anzeichen eines kombinirten Angriffs gegen die Katholiken seien. Er legte deshalb der Versammlung die Frage vor, ob sie zum Schutz der Liga zu den Waffen greifen wolle, was allgemein bejaht wurde. Es wurde demgemäß die Auf-
4. Sept. 1610 stellung eines Heeres von 15000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern be-

*) Mainzer Diarium.

schlossen und zugleich das Bündniß mit Spanien ratificirt.*) Es bedurfte jedoch nicht, daß diese Beschlüsse auch wirklich ins Leben traten. Die Absichten der Union waren in der That keine andern als die Erwerbung der Festung Jülich für die possedirenden Fürsten; den Bedrückungen, die sie sich gegen katholische Stifter bei Durchmärschen und Einlagerungen erlaubte, wollte sie keine weitere Konsequenz geben. Der Ernst, mit dem die Liga in München an ihre Selbstvertheidigung ging, mahnte die Union, daß es für sie an der Zeit sei zu beweisen, daß sie nichts anderes als Jülich wolle. Sie schickte deshalb eine Gesandtschaft nach München, an deren Spitze sich der Graf Johann von Nassau befand, der zwischen ihr und der Liga Frieden vermitteln sollte. Da Maximilian wegen Jülichs sich in keinen Streit einlassen und die Bedrückung der Stifter nur für die Zukunft verhüten wollte, die Union dagegen, da sie ihr Ziel erreicht, die Waffen ruhen lassen wollte, so einigten sich beide Parteien am 24. 1610
Oktober über einer Friedensbasis, in welcher die Union jedem weitern Angriff feierlich entsagte und beide Parteien bis zum 15. November die Entlassung des geworbenen Kriegsvolks versprachen. So ward im innern von Deutschland die Ruhe wieder hergestellt.**) Zuträglich für die raschere Herbeiführung des Friedens mag wohl auch der Tod des Kurfürsten von Sept. 1610
der Pfalz, Friedrichs IV, der in diese Zeit fiel, gewesen sein, da die vormundschaftliche Regierung, welche in der Kurpfalz jetzt errichtet wurde, in der auswärtigen Politik füglich eine zuwartende Stellung einnehmen mußte.

III

Wir haben gesehen, welche Lösung die Jülicher Angelegenheit in Folge des redseligen aber nicht thatendurstigen Auftretens des Prager Konvents gefunden hatte. Gewiß das Resultat so vieler Berathungen und Vorschläge konnte nicht armseliger und beschämender sein, als es in der That war. Brandenburg und Neuburg erreichten unterstützt von der Union ohne Hinderniß ihr Ziel fast so, als ob das ganze Reich auf ihrer Seite gestanden wäre, und nicht als ob der Kaiser mit drei der angesehensten Kurfürsten in den Reihen ihrer Gegner gewesen wären. Dies traurige Resultat der Prager Berathungen blieb nicht vereinzelt, ein gleiches Los traf alles, was daselbst verhandelt wurde. Wir haben nun über die eigentliche Aufgabe des Konvents, um derentwillen er berufen war, über den Ausgleich zwischen Rudolf und Mathias zu berichten.

*) Münchner Reichsarchiv 45/1, 1. Bundesabschied der Liga ddo. 4 Sept. 1610.

**) Archiv von Simancas 2496/51. — Wolf: Maximilian Bd. II S. 361 und flg.

Es ist erzählt worden, daß der Kaiser die Berathungen des Fürstenkonventes damit eröffnete, daß er in einer Proposition für den im Jahre 1608 ihm durch einen feindlichen Einfall angethanen Schimpf und Schaden Genugthuung verlangte. Welcher Art dieselbe sein sollte, hatte er in einzelnen Unterredungen offen angedeutet, er verlangte nichts mehr und nichts weniger, als daß Mathias die gewonnenen Länder wieder zurückgebe und auf die ihm von den Böhmen ertheilte Anwartschaft auf die böhmische Krone resignire;*) mit einem Worte Mathias sollte auf alle durch seinen Kriegszug erlangten Vortheile Verzicht leisten. In der Proposition hatte Rudolf nichts von alledem erwähnt, sondern nur im allgemeinen Genugthuung verlangt und es so den Fürsten überlassen, seinen Wünschen Ausdruck zu geben und damit auch die Verantwortung für die etwaigen Verwicklungen zu übernehmen.

Zeigten schon die Verhandlungen über Jülich, daß es im Konvente zum guten Theil an staatsmännischer Einsicht und an der zur Ergreifung einer Initiative nöthigen Charakterstärke gebrach, so trat dies jetzt um so greller hervor. Die Kurfürsten, die auch diesmal die eigentlichen Leiter der Unterhandlungen waren, begriffen nicht, daß freundliche Nachgiebigkeit und unsicheres Auftreten in Prag nicht am Platze sei und sie dadurch nicht an das Ziel ihrer Wünsche, einen dauernden Frieden in Oesterreich herzustellen, gelangen würden. Die Klagen des Kaisers machten auf die Kurfürsten von Mainz und Sachsen und zuletzt auch auf den von Köln einen solchen Eindruck, daß sie sich entschlossen, dessen Forderungen zu unterstützen; das unzweifelhafte Wohlwollen, welches sie alle für das Haus Oesterreich beseelte, machte sie blind, statt sie zu erleuchten. Konnte sich ein vernünftiger Mensch einbilden, daß sich die Herrschaft über Länder und Völker wie ein Kleidungsstück in Folge bloßer Erwägungen und freundlicher Rathschläge wechseln lasse, konnte Jemand glauben, daß Ungarn und Mähren, um von dem durch Tschernembls und Anhalts Intriguen geleiteten Oesterreich zu schweigen, je wieder die Herrschaft des Kaisers, deren Früchte sie so bitter empfunden, würden dulden wollen, selbst wenn Mathias seine Zustimmung dazu gegeben hätte? Und doch traten die Kurfürsten so auf, als ob der Wechsel der Herrschaft etwas leicht durchführbares sei. Das Verlangen nach der Restitution mag bei dem geisteskranken Kaiser als ein wahnsinniger Einfall entschuldigt werden, den Kurfürsten gereicht es nimmer zur Ehre, daß sie in Folge der allgemein gehaltenen Proposition des Kaisers nicht gleich einen Standpunkt eingenommen haben, der von vernünftiger Auffassung der Sachlage zeigte. Und was soll man erst zu

*) Simancas 2496/10. Zuñiga an Philipp III ddo. 29. Mai 1610.



der letzten Forderung des Kaisers, Mathias solle auf die böhmische Nachfolge resigniren, sagen? Durch eine etwaige Verzichtleistung auf die Herrschaft in Ungarn, Mähren und Oesterreich begab sich Mathias wenigstens nicht des Nachfolgerechts und präjudizirte weder seinen Rechten noch denen seines Hauses, durch die Verzichtleistung auf die ihm zustehende Nachfolge in Böhmen begab er sich aber daselbst der begründetsten Ansprüche und versetzte damit dem Erbrechte seines Hauses den Todesstoß. Indem der Kaiser seinem Bruder nicht bloß die gegenwärtige Herrschaft sondern auch die Anwartschaft auf die künftige entziehen wollte, gab er dadurch nur seinem Hasse Ausdruck und lieferte den schlagendsten Beweis, daß er tausendmal lieber den Ruin der Monarchie sehe, ehe er die Einbildung fahren lassen wollte, daß er sie mit seiner gebrechlichen Hand leite.

Da die in Prag versammelten Fürsten über die Wünsche des Kaisers im klaren waren, so war von seiner Seite die allgemein gehaltene Proposition darauf berechnet, ihnen Gelegenheit zu geben, diese Wünsche als die ihrigen kundzugeben. Sie selbst sollten die „Media", wie es seitdem ohne Unterlaß wiederholt wurde, angeben, durch welche dem Kaiser für den erlittenen Schimpf Genüge geschehen sollte. Allein so wenig der letztere mit seinen eigenen Absichten vor der Welt offen auftreten wollte, so wenig wollten die Kurfürsten, trotz ihrer Hinneigung auf des Kaisers Seite, die Initiative mit einem weitgehenden Vorschlag ergreifen. Wie Rudolf die Last der Verantwortlichkeit von seinen eigenen Schultern abwälzen wollte, so die Kurfürsten von den ihrigen. In den Sitzungen des Konvents wiederholte einer über den andern, daß er von den Vergängen des Jahres 1608 keine rechte Kenntniß habe und folglich nicht wisse, in wie weit Gewalt gegen den Kaiser geübt worden und welche Genugthuung ihm deshalb zu leisten sei. Alle drei Kurfürsten erklärten wie aus einem Munde, daß den beiden Erzherzogen Maximilian und Ferdinand der wahre Sachverhalt besser bekannt sein müsse und sie demgemäß am besten im Stande wären, die „Media der Versöhnung und Genugthuung" anzugeben. Es ward zuletzt ein förmlicher Beschluß von Seite der übrigen Theilnehmer des Konvents gefaßt, die beiden Erzherzoge aufzufordern ihre Meinung abzugeben.

Durch diese Frage ward die Stellung der Erzherzoge eine sehr schwierige; welcher Art auch immer ihre Erklärung sein mochte, sie mußten entweder den Kaiser oder Mathias tödtlich beleidigen. Glücklicherweise ward ihre Lage nicht durch eine schwankende Ueberzeugung erschwert, beide Prinzen waren vielmehr vollständig überzeugt, daß Mathias in eine Verzichtleistung auf die erworbenen Rechte sich nicht einlassen könne. Maximilian hatte dies wiederholt erklärt und in diesem Sinne auch auf Erzher-

zog Albrecht einzuwirken gesucht, damit sein Gesandte am Prager Kongreß, Graf Gamalerio, sich ihnen anschließe.*) Erzherzog Ferdinand beobachtete eine vorsichtigere Haltung als Maximilian und vermied es beim Kaiser anzustoßen, aber auch er kannte die Verhältnisse in Ungarn und Mähren zu gut, um ernstlich etwas anderes anzustreben, als eine Versöhnung zwischen Rudolf und Mathias auf Grund des gegenwärtigen Besitzstandes. Beide Erzherzoge sahen also bald ein, daß die Frage, welche der Konvent an sie richtete, eine Falle für sie werden dürfte und verlangten einen Tag Bedenkzeit, bevor sie die gewünschte Antwort ertheilen könnten. In der Zwischenzeit bestärkten sie sich in der Ueberzeugung, daß sie in dem Bruderstreite keine maßgebende Stellung einnehmen dürften. Erzherzog Ferdinand bat den Kurfürsten von Köln um eine Privatunterredung und eröffnete ihm, daß er es ablehnen müsse mit einem Ausgleichsvorschlag hervorzutreten, da ihm die Absichten des Kaisers nicht bekannt seien.**) Ebensowenig wollte Maximilian seine Meinung offen aussprechen und als
8. Mai am andern Tage der Konvent sich wieder zur Sitzung versammelte, theilte
1610 der kölnische Kanzler mit, daß die Erzherzoge die Abgabe einer Meinung abgelehnt hätten. Die beiden Erzherzoge motivirten ihr Schweigen damit, daß, da der Kaiser vom ganzen Konvent die Angabe der „Media" zu seiner Genugthuung verlangt hätte, es für sie sich nicht ziemen würde, ihre Meinung allein auszusprechen. Man mußte die Entschuldigung gelten lassen und kam nach mancherlei Hin- und Herreden zu dem Beschlusse, den Kaiser um weitere Mittheilungen sowohl über seinen Streit mit Mathias als auch über die Art der Genugthuung, die er verlange, zu ersuchen. Ein oder zwei Kurfürsten sollten sich zu Rudolf verfügen, um ohne eine weitere schriftliche Prozedur, seine Absichten kennen zu lernen. Wiewohl man wußte, daß dieselben auf eine völlige Restauration gerichtet seien, so wollte man doch vom Kaiser eine Art solenner Bestätigung seiner in einzelnen Gesprächen ausgesprochenen Andeutungen erlangen. Unzweifelhaft gab der Kaiser an einem der folgenden Tage die gewünschte mündliche Erklärung ab, doch sind uns die nähern Umstände der betreffenden Audienz nicht bekannt.

In derselben Sitzung des Konventes ward zugleich darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen kein rechtes Gedeihen haben könnten, so lange sich Mathias nicht an denselben betheilige, weil er ja die Kosten der Genugthuung zu tragen habe. Sämmtliche Mitglieder des Konvents

*) Brüssel. Korrespondenz mit Erzherzog Max. Erzherzog Max an Erzherzog Albert ddo. 5. April 1610 Inspruck.

**) Mainzer und sächsisches Diarium.

ersuchten deshalb den König — ob mit ausdrücklicher oder stillschweigender Zustimmung des Kaisers, wissen wir nicht — um seine Theilnahme an ihren Berathungen. Mathias, der zum erstenmale in geziemender Weise aufgefordert wurde, erwiederte, daß er persönlich zwar nicht erscheinen könne, sich aber durch Gesandte vertreten lassen wolle, wenn diesen eine genügende Sicherheit geboten würde. Um seine Position zu sichern, hatte er schon vorher Ausschüsse der ungarischen, mährischen und österreichischen Stände nach Wien berufen, ihnen mitgetheilt, welche Art Verhandlungen in Prag gepflogen würden und sie versichert, daß er sich ohne ihren Rath in keine Verhandlungen einlassen werde. Die Antwort der Berufenen lautete für Mathias sehr befriedigend und konnte ihn überzeugen, daß trotz aller Streitigkeiten, die er mittlerweile namentlich mit den Oesterreichern gehabt, Niemand ernstlich daran denke, unter Rudolfs Herrschaft zurückzukehren.

Man sollte wohl meinen, daß die Ausstellung von Geleitscheinen für die Gesandten des Königs keinen Schwierigkeiten unterliegen konnte, nichtsdestoweniger wurden solche von Rudolf erhoben und nur durch die Dazwischenkunft der Fürsten entfernt, so daß Mathias' Gesandte endlich am 31. Mai in Prag eintreffen konnten. Ein Akt entschiedener Feindse- 1610
ligkeit von Seite des Kaisers hätte mittlerweile den Verhandlungen ein schnelles Ende bereitet. Rudolf forderte nämlich in einem Schreiben vom 20. Mai geradezu die österreichischen Stände auf, wieder unter seine Herrschaft zurückzukehren*) und ertheilte überdies dem Obersten Buchheim, der in Oesterreich begütert war, den Auftrag ein Regiment zu werben. Mathias begnügte sich diesen Vorgängen gegenüber Buchheims festes Schloß Raabs zu besetzen, um so jedem seiner Unterthanen die Lust zu einer Verbindung mit dem Kaiser auf gut Glück zu benehmen. Rudolf klagte beim Konvente über diesen Vorgang und der letztere machte deshalb dem Könige ernste Vorwürfe. Kindisches Gebahren von Männern, die als Fürsten etwas vom Regieren verstanden; als ob die Unterlassung feindseliger Handlungen nicht eine selbstverständliche Bedingung bei Friedensverhandlungen wäre und als ob Mathias nicht im vollen Recht gewesen wäre, einem Unterthan das Freibeuterhandwerk zu legen.

Die Gesandten, welche Mathias trotz dieser Zwischenfälle nach Prag abordnete, waren der mittlerweile in den Fürstenstand erhobene Karl von Liechtenstein, der ungarische Vicekanzler Ulrich von Krenberg und die Herren Helffrich von Meggau und Richard von Stahremberg. Sie hatten den

*) Münchner Staatsarchiv 116/2, 23. Johann Georg Markgraf von Brandenburg an Kurpfalz ddo. Jägerndorf den 13/23. Juni 1610.



Auftrag an einer Versöhnung zwischen dem Kaiser und dem Könige zu arbeiten, den letztern wegen seines Vorgehens im Jahre 1608 zu rechtfertigen, die neuerlichen Beschwerden des Königs gegen seinen Bruder, namentlich was die türkische Grenzhilfe betraf, zu erörtern und schließlich von dem Konvent die Angabe der Mittel zu verlangen, durch die ein befriedigender Zustand wiederhergestellt werden könnte. Uebrigens sollten sie keine Verpflichtung eingehen, bevor sie nicht die Zustimmung ihres Herrn eingeholt hätten. Man sieht deutlich aus dieser Instruktion, was Mathias bezweckte. Er wollte nicht bloß im Besitz des Erworbenen bleiben, sondern auch durch den Konvent auf seinen Bruder einen Druck ausüben, daß dieser sich fortan zu einer friedlichen Haltung und einer geduldigen Anerkennung des Geschehenen verstehe. Der Empfang, der seinen Gesandten in Prag zu Theil wurde, gab jedoch nur wenig Hoffnung, daß der Konvent seinen Wünschen nachkommen werde. Im Auftrage desselben hielt der Mainzische Kanzler eine
2. Juni 1610 Ansprache an sie, in der er die Hoffnung äußerte, sie seien mit genugsamer Vollmacht ausgerüstet, damit des Kaisers Auktorität durch eine ordentliche Genugthuung wieder hergestellt werde. Im Laufe der weiteren Verhandlungen präcisirten die Fürsten diese Genugthuung dahin, daß des Kaisers geschwächte Auktorität wieder hergestellt und ihm die entrissenen Länder zurückgegeben werden müßten.

So direkt aufgefordert anzugeben, welche Opfer ihr Herr dem Frieden bringen wolle, entgegneten die Gesandten, daß es demselben nicht möglich sei, dem Kaiser eine reale Genugthuung zu geben, alles, was er thun könne, sei die Leistung einer „persönlichen Satisfaktion". Sie legten allen Nachdruck darauf, daß die Liebner Verträge des Jahres 1608 endgiltig seien und vom Kaiser nicht angegriffen werden könnten, daß Mathias übrigens nicht allein stehe, sondern die Stände seiner Länder hinter ihm; ohne deren Zustimmung könne er sich in keine Unterhandlung einlassen, welche die Liebner Verträge in Frage stellen würde. Nochmals die Versicherung abgebend, daß Mathias zu einer persönlichen Genugthuung erbötig sei, baten sie, man solle die Mittel einer solchen angeben, sie würden hierüber an ihren Herrn berichten. Obwohl zwischen den Gesandten des Königs und den Mitgliedern des Konvents noch längere Zeit, im ganzen an drei Wochen verhandelt wurde, so kam es doch zu keinem Resultat; den Beschwerden der Fürsten über die Schwächung der kaiserlichen Auktorität entgegneten die Gesandten mit mehr und weniger künstlichen Schilderungen der bisherigen Vorgänge. Auch die Werbungen in Passau kamen zur Sprache, die Gesandten verlangten deren Abbestellung, wurden aber vom Konvente abgewiesen, da der Kaiser zu seinem Schutze und nicht zum Angriffe rüste.

Da sich das Erscheinen der Gesandten als fruchtlos erwies, weil sie
nichts anzubieten hatten, und Mathias eine wiederholte Aufforderung sei-
nen Aufenthalt in einem näher an Prag gelegenen Orte zu nehmen, ablehnte,
beschloß der Fürstenkonvent selbst die Verhandlungen mit ihm in die Hand
zu nehmen. Der Kurfürst von Köln, Erzherzog Ferdinand und der Herzog
von Braunschweig wurden zur Reise nach Wien ausersehen und ihnen
außerdem von den übrigen Fürsten Räthe beigeordnet. Der Kaiser, um
seine Erlaubniß zur Anknüpfung dieser direkten Verhandlungen ersucht,
ertheilte dieselbe mit der Bemerkung: Glaubten die Fürsten, daß sein Bruder
durch persönliche Besprechung sich zur Restitution werde bewegen lassen,
so lasse er sich diese gefallen.*) Die Instruktion, welche der Konvent
seinen Gesandten nach Wien mitgab, entsprach in ihrem ersten Theil voll- 10 Juni
ständig den Wünschen des Kaisers, sie verlangte nämlich völlige Rück- 1610
gabe der entrissenen Länder, in ihrem zweiten Theile aber gestattete sie
die Eröffnung von Unterhandlungen über eine andere Art der Genugthuung,
wenn sich Mathias nicht zu dieser weitgehenden verstehen wollte.**)
Dieser zweite Theil der Instruktion zeigt, daß endlich die Majorität des
Fürstenkonvents zu derselben Einsicht, wie die Erzherzoge gelangt war,
und die Lage des Königs würdigte. Den Wünschen Rudolfs entsprach
dieser Umschwung in ihren Anschauungen nicht und von nun an betrachtete
er die Berathungen des Konvents mit Mißtrauen, das bald genug einem
ausgesprochenen Widerwillen Platz machte.

Am 28. Juni reisten die Konventsgesandten nach Wien ab und lang-
ten daselbst am 3. Juli an, von Mathias auf das festlichste empfangen. 1610
Schon auf der Reise drängte sich den Fürsten und ihren Begleitern überall
die Erfahrung auf, daß Niemand von einer Herrschaft des Kaisers etwas
wissen wolle, während sich für die des Königs eine entschiedene Neigung
aussprach. Gleiches beobachteten sie auch in Wien, in Privatgesprächen
hörten sie von aller Welt, daß selbst wenn der König in eine Abtretung
der Länder willigen sollte, die Stände dies nie dulden würden. Mit einem
Worte, die Abneigung gegen das kaiserliche Regiment, welche mittlerweile
in den Hintergrund getreten war, machte sich mit einer Heftigkeit geltend,
die an den Frühling von 1608 erinnerte und den Tieferblickenden die
Ueberzeugung beibringen konnte, daß Mathias sich eher des Restes von
Rudolfs Besitzungen bemächtigen würde als umgekehrt, wenn es zu einem
ernsten Streite kam. Die Passauer Rüstungen machten auf die Oesterreicher

*) Hurter: Ferdinand II, Bd. VI 286.

**) Sächs. Staatsarchiv. Oesterr. Akten. 9935. Instruktion des Fürstenkonvents für die nach Wien reisenden Fürsten. ddo. 20. Juni 1610.

einen besonders erbitternden Eindruck; überzeugt, daß es mit denselben auf einen Handstreich abgesehen sei, suchten sie sich trotz allen Friedensverhandlungen zur Gegenwehr bereit zu machen und bei den Ungarn die nöthige Unterstützung zu erlangen. Erbitterung also und das entschiedenste Mißtrauen gegen den Kaiser fanden die Konventsgesandten vor, als sie von dem Könige die Rückgabe der Länder begehren sollten.

Die erste Konferenz zwischen Mathias und seinen Räthen und den Fürsten nebst ihren Begleitern fand am 5. Juli statt. Auf Mathias Seite waren bei den Berathungen zugegen: Khlesl, Karl von Liechtenstein, Trautson, Meggau und Krenberg.*) Im Namen der Prager Gesandten ergriff der Vicedom des Kurfürsten von Mainz, Brömser, das Wort und indem er auf eine Schilderung der Ereignisse des Jahres 1608 überging, hielt er dem König Mathias ein langes Sündenregister vor, wie vielfach er sich vergangen und wie sehr des Kaisers Ansehen herabgewürdigt worden. Der langen Rede Schluß war der, man erwarte von Mathias, daß er in Anbetracht der schweren Beleidigungen, die er dem Kaiser zugefügt, die Aussöhnung durch Wiederabtretung der Länder anbahnen werde. Diesen Angriff ließ Mathias zwei Tage später durch seinen Vicekanzler auf eine nicht minder scharfe Weise beantworten. Die Entgegnung hielt vor allem an der Unverbrüchlichkeit der Verträge fest, die nicht gestatte, etwas an dem, was vor zwei Jahren in Lieben beschlossen, zu ändern. Auf diese Erwiderung blieben die Fürsten ihrerseits auch nicht eine Antwort schuldig, welche sich theils in Beschuldigungen, theils in Drohungen ergoß, worauf wieder Mathias in geharnischter Weise entgegnete. Acht Tage verstrichen so unter Angriffen und Entgegnungen und noch zeigte sich nicht die mindeste Aussicht auf eine gedeihliche Verhandlung; die Fürsten traten nur dem ersten Theil ihrer Instruktion gemäß auf, verlangten nur die Rückgabe der Länder und ließen nicht durchblicken, daß sie von Seite ihrer Kollegen weitere Vollmachten erhalten hätten. Am 10. Juli waren sie entschlossen die weitern Verhandlungen mit Mathias vorläufig abzubrechen und über die Resultatlosigkeit der bisherigen an den Kaiser zu berichten.**)

Es ist uns nicht weiter bekannt, durch wen in dieser Situation zuerst eingelenkt wurde, wir wissen nur so viel, daß die Gesandten sich endlich des zweiten Theiles ihrer Instruktion erinnerten und daß der Herzog von Braunschweig nach mancherlei Besprechungen mit den königlichen Rä-
15 Juli thm einen Ausgleichsentwurf vorlegte, der von der Rückgabe der Länder
1610 ganz absah. Die wichtigsten Punkte dieses Vertrags waren: der erste, der

*) Wiener Staatsarchiv. Mainzer Akten. Bömsers Relation über die Wiener Reise.
**) Brömsers Relation im Wiener Staatsarchiv.



möge dem der König seinem Bruder nach einer vorgeschriebenen Formel für die angethane Beleidigung Abbitte leisten sollte und der dritte, vermöge dem der erstere jährlich 50.000 Gulden und 2000 Eimer Wein als Ersatz für die abgetretenen Länder zu verabfolgen hatte, wofür der Kaiser sich verpflichten sollte nicht gegen eine Türkenhilfe für Mathias, wenn sich die ihm unterthanen Länder oder das deutsche Reich zu einer solchen entschließen wollten, aufzutreten, ja bei einem Reichstag sogar dafür zu wirken. In den übrigen neun Punkten *) des Entwurfs wird ein völliger und aufrichtiger Friede zwischen Kaiser und König stipulirt und insbesondere noch bestimmt, daß Mathias sich in keine auswärtigen Verhandlungen namentlich mit den Türken ohne Vorwissen seines Bruders einlassen solle. Der Vertragsentwurf fand nicht bloß die Billigung des Königs und seiner Räthe, sondern auch die des Kurfüsten von Köln und des Erzherzogs Ferdinand. Mit diesem Vergleichsentwurf wurde der Herzog von Braunschweig an Rudolf abgeschickt.

Um den Kaiser zur Annahme des Vertrags zu bewegen, schrieben zu gleicher Zeit der Kurfürst von Köln und Erzherzog Ferdinand an ihn. Das gemeinschaftliche Schreiben beider ist ein offenes und ehrliches Aktenstück, wie selten eines, indem es dem Kaiser ohne alle Umschweife und unmännliche Schonung mittheilt, daß eine Rückgabe der Länder unmöglich sei und der Ausgleichsentwurf das Höchste, was Mathias bewilligen könne. Nachdem sie im Eingange ausführlich berichtet hatten, daß sie auf ihrer Reise überall nur einer feindseligen Stimmung gegen den Kaiser begegnet seien und hieraus keine Möglichkeit ersähen, wie derselbe wieder in den friedlichen Besitz der verlorenen Länder gelangen könne, warnen sie ihn — offenbar mit Rücksicht auf seine Passauer Rüstungen, deren Geheimniß sie zwar nicht kannten, aber doch vermuthen mochten — vor je-

*) Nach dem 2. Punkt des Vergleichs sollte der Kaiser es nicht als Trotz deuten, daß Mathias die Länder nicht zurückgebe, sondern dies der Unmöglichkeit zuschreiben. Punkt 4 stipulirt stete Freundschaft zwischen Kaiser und König. Nach Punkt 5 solle Mathias ohne des Kaisers Vorwissen keine Verhandlungen mit auswärtigen Mächten beginnen. Punkt 6 bestimmt, daß künftige Irrungen durch befreundete Fürsten beigelegt werden sollen; Punkt 7, daß der Kaiser Abgesandten des Königs ohne Zögern Audienz geben werde; Punkt 8, daß die Akten der an Mathias übergebenen Länder ihm überliefert werden sollen; Punkt 9, daß der König sich in keine dem Kaiser feindlichen Verbindungen einlassen werde; Punkt 10 ertheilt völlige Amnestie allen an den bisherigen Streitigkeiten betheiligten; Punkt 11 verbietet den Anhängern des Königs vom Kaiser schlecht zu reden und umgekehrt; Punkt 12 bestimmt, daß die Mitglieder des Prager Konvents Bürgen des Vertrags seien. Nehme ihn der Kaiser nicht an, so sei auch der König nicht an denselben gebunden. — Hammer: Khlesl, Bd. II. Urkundensammlung S. 236.



der Gewalt. Die Anwendung der Waffen sei der sichere Ruin des habsburgischen Hauses; ehe Oesterreich, Mähren oder Ungarn sich eine gewaltsame Herrschaft des Kaisers gefallen lassen würden, würden sie sich dem Türken unterwerfen. Die Illusionen, die sich der Kaiser gemacht habe, als ob ein Theil der Oesterreicher geneigt wäre, unter seine Herrschaft zurückzukehren, beruhten auf nichts, als Lug und Trug. Einige der grimmigsten Gegner seines Hauses, denen jeder Ausgleich zwischen den Brüdern verhaßt sei, weil sie ihren Ruin herbeizuführen wünschen, seien die Verfasser solcher den Kaiser irreführender und mit gefälschten Unterschriften versehener Schreiben. Alles, was dem Kaiser gesagt werden konnte, um ihn zu der Ueberzeugung zu bringen, daß nicht mehr erreicht werden könne, als der Ausgleichsentwurf ihm bot, daß er aller Welt verhaßt sei, daß er durch seine Angriffe vielleicht den Untergang seines ganzen Hauses, unter allen Umständen aber den seinigen herbeiführen werde, alles das enthielt der Brief in der respektvollsten aber schonungslosesten Form. So die feste Meinung zweier Fürsten, die gewiß nicht des Kaisers Nachtheil wollten.*)

Eine solche Sprache war es aber nicht, die der Kaiser erwartete, nachdem er durch die bis an's lächerliche grenzende Nachgiebigkeit des Konvents in dem Wahne bestärkt worden war, daß sich seine Restitution durch einige Schriftstücke und Wechselreden verwirklichen lasse. Schon die vom Konvent den Gesandten nach Wien mitgegebene Instruktion mußte ihn überzeugen, daß seine fürstlichen Gäste zuletzt den Ausgleich in etwas anderem suchen könnten, als in seiner vollständigen Befriedigung. Seine üble Laune erreichte von da an wieder jene Höhe, zu der sie in den schlimmsten Tagen von 1608 und 1609 gelangt war; den Kurfürsten gab er unzweideutig zu erkennen, daß ihre Anwesenheit ihm eine Last geworden sei und gegen einzelne Mitglieder seines Rathes, namentlich Hegenmüller, ergoß er sich in den schmähendsten Vorwürfen. Beim Essen stieß er die Tafel sammt den darauf befindlichen Speisen um und bedrohte sogar eines Abends seinen Kämmerer am Leben, indem er ihm den Degen auf die Brust setzte.**) Solche Zustände waren nicht glückverheißend für den Aus-

*) Wiener Staatsarchiv. Kurköln und Ferdinand an den Kaiser ddo. 14. Juli 1610.

**) Hurter: Ferdinand II, Band VI, S. 306. — Münchner Reichsarchiv 44/3 396. Donnersperg an Max von Baiern ddo. 10. Juli 1610. Donnersperg erzählt: Diser Tag sein Khay. Mt. her übl zu Paß gewesen, über ein Mittag esen tafl und speisen unfürsehens alles uber einander gestossen, in das Zimmer gangen, den Hegenmüller begert, als er khommen und ain Cammerdiener den Hegenmüller angemelt hat Khays. Mt. dem Cammerdiener bevolchen, sag dem Hegenmüller, er sei ein Lekher, hab Khays. Mt. lang genug betrogen, er soll vorthin nit mehr betriegen . . .

gang einer Verhandlung, in welcher es besonders auf seiner Seite einer philosophischen Resignation bedurfte. Als demnach der Herzog von Braunschweig in Prag erschien und den Entwurf überreichte, übergab ihn Rudolf solchen Personen zur Begutachtung, von denen keine ersprießliche Wirksamkeit für die Herstellung des Friedens erwartet werden konnte: Sulz und Hegenmüller, welche beide in das Passauer Unternehmen verwickelt waren. Dennoch ward ein wichtiger Punkt des Vergleichs auch von ihnen acceptirt; sie empfahlen dem Kaiser, nicht auf die Restitution der Länder, sondern nur auf eine allerdings wesentliche Modifikation der einzelnen Vergleichsartikel zu dringen. *) Ihre Vorschläge ließ sich der Kaiser gefallen und verlangte darnach neben der Abbitte, welche der König durch die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand und den Herzog von Braunschweig leisten sollte, 1. daß der Vertrag vom Jahre 1606 ausgeliefert werde, 2. daß Mathias die Länder, da er sie nicht zurückgeben wolle, unter seiner (des Kaisers) Oberhoheit als sein Lehensmann verwalte, 3. daß die Befehlshaber in den gegen die Türken errichteten Grenzfestungen in des Kaisers Eid und Pflicht genommen werden, 4. daß Mathias seinen Einfluß bei der Grazer Linie verwende, auf daß diese zu Gunsten des Kaisers auf ihren Antheil auf Tirol Verzicht leiste und 5. endlich, daß die jährliche Pension an Geld und Wein über den von Mathias zugestandenen Betrag erhöht werde. **) Andere Forderungen waren geringerer Art und konnten den Abschluß des Vertrags kaum verhindern.

Unter diesen vom Kaiser verlangten Aenderungen ist die erste unwesentlich, wenngleich Rudolf ihr eine große Bedeutung beilegte, desto wichtiger sind die folgenden. Das Verlangen, Mathias solle den Kaiser als Lehensherrn ansehen, war schon an und für sich undurchführbar, weil die Ungarn unter keiner Bedingung zugegeben hätten, daß ihre Krone in ein, wenn auch nur vorübergehendes Lehensverhältniß, zwar nicht zum deutschen Reich, wohl aber zum deutschen Kaiser trete. Zugleich konnte Rudolf in kurzer Zeit aus diesem Lehensverhältniß eine Masse Rechte ableiten, bei denen kein Friede von Dauer sein konnte. Eben so würde die Forderung, daß die ungarischen Grenzfestungen von dem Kaiser abhängen sollten, in Ungarn eine doppelte Regierung, zwei Souverainitäten, zur Folge gehabt haben, ein Unsinn, der auf der Hand liegt. Das Verlangen, Mathias solle seinen Einfluß bei der Grazer Linie verwenden, damit diese ihrem Antheil auf Tirol entsage, hatte zwar für den König nichts lästiges,

---

*) Hurter IV, 306.

**) Archiv von Wolfenbüttel. Hier befindet sich eine Abschrift des vom Kaiser modificirten Vertragsentwurfs, verfertigt von dem Herzog von Braunschweig selbst.

ist aber insofern von Wichtigkeit, als es den Plan des Kaisers über Tirol zu Gunsten Leopolds zu verfügen deutlicher hervortreten läßt. Die Forderung einer höhern Jahrespension war an und für sich nicht von Bedeutung, konnte es aber dadurch werden, wenn die Mathias unterworfenen Länder sich weigerten, eine Last zu übernehmen, der sie ihre Zustimmung nicht gegeben hatten. Und diese Weigerung war mit Gewißheit zu erwarten.

Bevor der Kaiser den Herzog von Braunschweig mit diesen Zusätzen nach Wien schickte, um deren Annahme bei Mathias zu bewirken, legte er dieselben den in Prag anwesenden Fürsten: Kurmainz, Kursachsen, Maximilian, Leopold und Ludwig von Hessen-Darmstadt zur Begutachtung vor. Es ist sonderbar, daß keiner der Fürsten, selbst nicht Maximilian, der stets des Königs Mathias Partei in allem Billigen hielt, Anstoß an jenen Punkten nahm, welche Ungarn betrafen und wirklich bedenklich waren, sondern nur an dem wegen Erhöhung der Pension. Sie machten den Kaiser darauf aufmerksam, daß Mathias und die in Wien versammelten Ausschüsse sich ohne Bewilligung der Landtage zu keiner höheren Geldleistung würden verpflichten wollen und daß es eine sehr gefährliche Sache sei, abermals die Länder in diesen Streit hineinzuziehen.*) Der Kaiser nahm jedoch auf diese Bemerkung ebensowenig Rücksicht wie auf eine andere, in der ihn dieselben Fürsten aufforderten, er solle eine bindende Erklärung abgeben, daß das zu Passau versammelte Kriegsvolk zu keinem Angriffe bestimmt sei. So reiste der Herzog von Braunschweig ab, ohne daß der Kaiser an seinen Vorschlägen etwas geändert hätte.

26 Juli 1610

Nach seiner Ankunft in Wien wurde der kaiserliche Vertragsentwurf unverweilt zum Gegenstand einer eingehenden Kritik von Seite Mathias' und seiner Räthe gemacht. Zugezogen wurden zu den Verhandlungen dieselben Personen, wie in dem verflossenen Monate. Die erste Forderung des Kaisers, die Auslieferung des Vertrags von 1606 betreffend, stieß auf keinen besondern Widerstand: Khlesl erklärte dem Kurfürsten von Köln, Mathias wolle den Vertrag in die Hände der in Wien anwesenden Fürsten mit der Vollmacht, ihn zu kassiren, übergeben, sobald der Ausgleich vom Kaiser ratificirt sei.**) Dies war gewiß ein billiges Anerbieten, es

*) Archiv von Wolfenbüttel. Ahn die Röm. Kay. May. der zu Prage anwesenden Chur- und Fürsten Ertzherzogen und Fürsten undertheniges Bedencken.

**) Bei dieser Gelegenheit gelangen wir zur Kenntniß einer interessanten historischen Nachricht. Hammer Purgstall hat die Meinung ausgesprochen, daß Khlesl höchst wahrscheinlich der Verfasser des Vertrags von 1610 sei und seiner Meinung pflichteten wohl alle bei, welche über diese Periode Studien angestellt haben. Aus einem Wolfenbüttler Aktenstücke, das von des Herzogs von Braunschweig eigener Hand

wollte aber den Konventsgesandten deshalb nicht genügend scheinen, weil sie wußten, wie eigensinnig der Kaiser auf seinen Forderungen zu verharren pflegte und daß er wahrscheinlich darauf erpicht sei, ein Aktenstück zu besitzen, in dem er den Grund seiner Niederlage im Jahre 1608 suchte. Unnachgiebiger waren Mathias und seine Räthe in jenen Punkten, die wir bereits herausgehoben haben. Auch sie übersahen nicht das Gefährliche des Artikels, in welchem der Kaiser verlangte, daß sich sein Bruder zu seinem Vasallen erkläre. Um jedoch demselben in allem gerecht zu werden, was den bestehenden Reichsverhältnissen entsprach, erbot sich Mathias in Bezug auf die abgetretenen „österreichischen Lande" seinen Bruder als Lehnsherrn anzuerkennen. Da nach dem staatsrechtlichen und gewöhnlichen Sprachgebrauche jener Zeit weder Ungarn noch die böhmischen Kronländer mit dem Namen „österreichische Lande" belegt wurden, wie das allgemein bekannt ist, so erbot sich Mathias nur zur Leistung der Lehenspflicht in Bezug auf Ober- und Niederösterreich. In gleicher Weise lehnte es Mathias ab, seinem Bruder das Kommando über die ungarischen Grenzfestungen zu überlassen, doch that er dies nicht in schroffer Weise, sondern vertröstete ihn sogar damit, daß er bei einem künftigen ungarischen Reichstag seinen Wunsch befürworten werde. Die Erhöhung der jährlichen Pension über die Summe von 50.000 fl. und die Lieferung von 2000 Eimer Wein lehnte der König einfach ab. *)

Während Mathias und seine Räthe an dem Rudolfinischen Gegenentwurf die hier mitgetheilten Korrekturen vornahmen, waren die in Wien anwesenden Fürsten nicht müßig, das Interesse des Kaisers zu vertreten und zu verlangen, daß nichts in seinen Anträgen geändert werde. Der Streit drehte sich vielfach nicht bloß um die ihrer Bedeutung und Folgen wegen wichtigen Artikel, sondern selbst um den Wortlaut einiger andern. So hatte z. B. Rudolf im Artikel 3 seines Entwurfs sich der Worte be-

herrührt, erfahren wir, daß dem nicht so sei. Khlesl unterhielt sich mit dem Kurfürsten von Köln eines Tages über diesen Vertrag und erklärte dabei ausdrücklich, daß nicht er sondern Dr. Kopf, der mittlerweile verstorben war, dessen Verfasser gewesen. Eine bedeutende Einflußnahme auf Inhalt und Wortlaut des Aktenstückes von Seite Khlesls wird natürlich dadurch nicht ausgeschlossen. Es ist nicht anzunehmen, daß Khlesl die Unwahrheit gesprochen, denn gewiß ward über den Vertrag von 1606 um diese Zeit in Wien sehr viel gesprochen und der Kurfürst konnte sich leicht überzeugen, ob Khlesls Angabe richtig sei.

*) Archiv von Wolfenbüttel. Puncta so der Vertragsnotul zwischen J. K. M. und deroselben Brudern auffgerichtet, inserirt werden sollen. — Ebendaselbst. Bedencken der zu Prage anwesenden Chur- und Fürsten an die Röm. Kay. Mt. ddo. 26. Juli 1610.



dient, daß Mathias wegen der Liebe, die er zum Kaiser „aus Grund seines Herzens trägt, demselben wegen der gefaßten Ungnade gebührliche ja alle mögliche Satisfaktion in effectu beweisen und in die begehrte Restitution einwilligen wollte," wenn er dies nicht aus verschiedenen Ursachen unterlassen müßte. Mathias verwarf diese Stilisirung und wollte statt der Worte: „aus Grund seines Herzens" nur „von Herzen" setzen und statt der Worte: „gebührliche ja alle mögliche Satisfaktion" die Worte „alle mögliche und gebührliche Satisfaktion" gebrauchen. Da er bei dieser Aenderung trotz der Einsprache der Fürsten, die des Kaisers Reizbarkeit in Kleinigkeiten wohl kannten und fürchteten, verblieb, so erscheint sein Benehmen in diesem Augenblick in keinem günstigen Lichte, denn des Kaisers stilistische Fassung vergriff sich wahrlich an keinem Souverainitätsrechte seines Bruders. Noch verlangten auch die Fürsten, Mathias solle wenigstens dem Kaiser dadurch zu Willen sein, daß er seine jährliche Leistung auf 60.000 Gulden und 3000 Eimer Wein erhöhe, allein derselbe schlug auch diese Forderung ab. Alles was nach einer Verhandlung von neun Tagen über die ursprünglichen Anträge zu Gunsten des Kaisers bestimmt wurde, betraf allein die Vernichtung des Vertrags der Erzherzoge vom Jahre 1606.*)

Nachdem die Verhandlungen so weit gediehen waren, stellte Mathias am Schlusse noch einige Bedingungen für die Giltigkeit des Ausgleichs. Mißtrauisch gegen den Kaiser, daß dieser sich nicht an dem abgeschlossenen Vertrag werde halten wollen, verlangte er, daß die Mitglieder des Konvents die Garantie für dessen Einhaltung übernehmen und gegen den, der ihn brechen würde, faktisch dem andern Hilfe leisten sollten. Ferner stellte er die Forderung auf, um nicht durch des Kaisers unberechenbare Zögerungen aufgehalten zu werden und wegen des Passauer Volks gesichert zu sein, daß der Vertrag die Ratifikation des Kaisers längstens bis Ende August erhalte und dann nach Monatsfrist alles Kriegsvolk beiderseits abgedankt werde, widrigenfalls er sich aller eingegangenen Verpflichtungen für entbunden erachte. Da endlich bestimmt worden, daß Mathias den

*) Archiv von Wolfenbüttel. Protocollum Viennense von 8—15. August. — Ebendaselbst. Der anwesenden Chur- und Fürsten Erinnerung bei der übergebenen Nottel ddo. 3/13. Aug. 1610. — Ebendaselbst. Chur- und Fürsten fernere Erinnerung den königlichen Räthen beschehen ddo. 1/11. Aug. — Ebendaselbst die königliche Erinnerung (vor dem 11. Aug. verfaßt). — Ebendaselbst der deputirten Chur- und Fürsten Erinnerung ddo. 5/15. Aug. — Wir bemerken hier, daß das Archiv von Wolfenbüttel reich ist an Schriftstücken meistens von des Herzogs von Braunschweig eigener Hand geschrieben, die sich auf den Bruderzwist beziehen und die wir hier zum erstenmal benützen.

Kaiser durch die drei oben genannten Fürsten um Verzeihung bitten sollte, verlangte er, daß hiebei keiner der Fürsten sein Knie beuge, weil er sonst gegen eine solche Erniedrigung seines Ansehens protestiren müßte. Die Konventsgesandten erhoben Schwierigkeiten wegen der Gewährung dieser 15 Aug.
Punkte, weniger wegen des ersten die Bürgschaft betreffenden, als wegen der 1610
zwei andern. Sie beschwerten sich darüber, daß Mathias dem Kaiser Tag und Stunde der Ratifikation bestimme und verlangten, daß er demselben den Termin bis in die erste Hälfte des Monats September verlängere und daß von da an erst der Monat, binnen welchem das Kriegsvolk beiderseitig abzudanken sei, beginne. Auch solle Mathias als der Beleidiger mit der Entwaffnung den Anfang machen. Bezüglich der Kniebeugung sprachen sie die Erwartung aus, daß der Kaiser sie nicht fordern werde, doch solle Mathias dieselbe nicht in vorhinein verweigern, um nicht des Kaisers verletztes Gemüth neuerdings zu reizen.*) Diesen Einwendungen gab Mathias im ganzen Gehör, und bestand nur auf dem Punkte, in welchem er die kaiserliche Ratifikation längstens bis zum 31. August verlangte, widrigenfalls er sich von allen eingegangenen Verpflichtungen für losgebunden erklärte. Man darf ihn in dieser Beziehung keineswegs des Eigensinns oder des Mangels an Nachgiebigkeit beschuldigen, er selbst wurde von den in Wien versammelten ständischen Ausschüssen zum raschen Abschluß oder Abbruch der Friedensverhandlungen gedrängt, denn die Länder waren im höchsten Grade unwillig, daß sie bereits so lange die Kosten abermaliger Rüstungen tragen mußten. Am 17. August ward endlich die Schlußredaktion 1610
des Vertrages zu Stande gebracht und von Mathias, dem Kurfürsten von Köln, dem Erzherzog Ferdinand und dem Herzog von Braunschweig unterzeichnet.**)

Mit dem Vertragsentwurf reiste unmittelbar darauf der Herzog von Braunschweig ab, ihm folgten wenige Tage später die übrigen Gesandten. Angelangt in Prag beeilte sich der Herzog den Kaiser von dem Erfolg seiner Thätigkeit in Wien in Kenntniß zu setzen. Als Rudolf erfuhr, daß die Verhandlungen das von ihm gewünschte Resultat nicht erlangt hätten, war er im höchsten Grade darüber erbittert und sein Unwille mochte noch

*) Wolfenbüttler Archiv. Der deputirten Chur- und Fürsten beschehene fernere Erinnerung ddo. 5/15. Aug.

**) Wolfenbüttler Archiv. Notula des Vertrags zwischen der Röm. Kay. Mt. und Kon. Würden, wie dieselbe zu Wien abgeredet und geschlossen. ddo. 7/17. Aug. 1610. — Hurter ist über das Datum der schließlichen Redaktion des zweiten Wiener Vertrags im Zweifel. Eine Kopie des zweiten Vertragsentwurfs, vollständig von dem Herzog von Braunschweig niedergeschrieben und im Archiv von Wolfenbüttel befindlich, trägt das Datum 7/17. August.

mehr gereizt werden, als er bemerkte, daß Korrekturen an dem von ihm vorgeschlagenen Text selbst bei unwesentlichen Worten vorgenommen wurden. Da nach seiner Meinung Khlesl der Urheber und Verfasser aller dieser Aenderungen war, so trug auch dies nicht wenig zur Steigerung seiner Aufregung bei. *) Die in Prag anwesenden Fürsten erfuhren bald zu ihrem nicht geringen Schrecken, daß vom Kaiser eine Ratifikation des Wiener Entwurfs nicht zu erwarten sei; sie sahen nicht nur, wie der Termin für ihre Abreise in immer weitere Ferne rückte, sondern auch wie die Friedensverhandlungen zwischen Rudolf und Mathias geradezu zu einem feindlichen Zusammenstoß führen konnten. Die bedeutendsten Einwürfe, welche der Kaiser gegen den neuen Ausgleich erhob, bestanden darin, daß der Artikel, in welchem er die Auslieferung des Vertrags vom Jahre 1606 forderte, nicht in demselben vorhanden sei und Mathias sich nur zur Kassirung aber nicht zur Auslieferung dieser Urkunde verstehen wolle, dann aber, daß stilistische Aenderungen in einzelnen Sätzen vorgenommen worden seien, an denen er nichts gemodelt wissen wollte. Von denjenigen Fürsten, welche schon bei der Eröffnung des Konvents zugegen waren, war der Kurfürst von Sachsen mittlerweile nach Dresden gereist, die übrigen, alle wieder in Prag vereint, bemühten sich emsig den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Ihre Bestrebungen waren aber schon deshalb vergeblich, weil der Kaiser sie nicht vor sich ließ und überdies in seiner Unnachgiebigkeit durch den Erzherzog Leopold unterstützt wurde. Was die Ursache hievon gewesen, ist theils bekannt, theils wird bald umständlich hierüber berichtet werden, hier nur so viel, daß letzterer vor allem bedacht war die Entlassung des Passauer Volkes zu hindern und deshalb dem Friedenswerk, welches dieselbe forderte, nicht hold sein konnte. Neben dem Erzherzog besaßen noch andere Leute einen nicht minder üblen Einfluß auf die kaiserlichen Entschließungen, wie Dr. Armanstetter, Rudolfs protestantischer Leibarzt, der demselben wiederholt abriet so demüthigenden Bedingungen sich zu unterwerfen, außerdem aber der bereits genannte Gotthard von Starhemberg, welcher ab und zu als angeblicher Vertrauensmann des österreichischen Adels nach Prag kam und mit wahren oder gefälschten Adressen des Kaisers Sinn berückte und durch das Phantom einer baldigen Restitution bezaubert hielt. *) Unter diesen Einflüsterungen verhärtete sich sein Gemüth derart gegen jede Nach-

*) Archiv von Wolfenbüttel. Protokoll der Kurfürstensitzung vom 27. Aug. 1610 in Prag. In diesem heißt es ausdrücklich, daß der Herzog von Braunschweig und nicht Khlesl den Wiener Vertrag vom 17. August koncipirt habe und des Kaisers Verdacht ohne Grund sei.

**) Münchner Staatsarchiv 342/37, 7. Peter von Rosenberg an den Pfalzgrafen Philipp Ludwig ddo. 7. Sept. 1610. — Hurter Bd. VI, S. 326.



giebigkeit, daß es mehr als zweifelhaft war, ob er überhaupt einen Frieden schließen wolle, selbst wenn sein Bruder in die von ihm verlangten Modifikationen eingehen würde.

So verstrich ein Tag um den andern und es näherte sich der 31. August, bis zu welchem Mathias verhandeln zu wollen erklärt hatte. In diesen trüben Tagen verdient das Benehmen des Herzogs von Braunschweig alles Lob. Wiewohl er nur zufällig zur Theilnahme an den Konventsberathungen zugezogen worden war — er war nach Prag nur wegen seines Streites mit den Braunschweigern gekommen, — so ließ er sich dieselben doch emsig angelegen sein, und als er zur Gesandtschaft in Wien verwendet wurde, entwickelte er daselbst eine solche Thätigkeit, daß ihm fast allein das Verdienst zugeschrieben werden muß, wenn die Verhandlungen einen beschleunigten Gang nahmen. Als nun nach seiner Rückkunft nach Prag des Kaisers Widerwille gegen einen Ausgleich so sichtlich hervortrat und die übrigen Fürsten mehr oder weniger die Hände in den Schooß legten, ward er nicht müde beim Kaiser und den Geheimräthen schriftlich und mündlich, wie es anging, zu petitioniren, damit die Verhandlungen über die abermals vorzuschlagenden Aenderungen des zweiten Wiener Vertragsentwurfs doch endlich aufgenommen würden. Es war dieses beständige Sturmlaufen keine angenehme Beschäftigung, er war zeitweise so ermüdet und trostlos über „die Zustände in Prag, daß er seines Theils den Tag und die Stunde verfluchen wollte," an dem er sich an diesen Händeln zu betheiligen begonnen.*)

Das Drängen des Herzogs und seine Bitten um Audienz hatten endlich den Erfolg, daß der Kaiser zwar nicht die Audienz gewährte, aber doch die Erlaubniß zum Beginne neuer Verhandlungen zwischen dem Geheimrath und dem Herzog ertheilte. Dieselben nahmen am 27. August ihren 1610
Anfang, und es betheiligten sich daran der Erzherzog Leopold, der Landgraf von Leuchtenberg, der Graf Sulz, Hannewaldt, Hegenmüller und Barvitius. Der Herzog von Braunschweig, der hiebei den Standpunkt des Wiener Vertrags vertrat, schrieb über die Konferenz dem Kurfürsten von Sachsen, daß man sich in derselben vier Stunden herumgestritten habe, theils ob die Kassirung des Vertrags von 1606 eingeschaltet werden solle, oder nicht, theils wie die Fassung einzelner Artikel dem Wunsche des Kaisers gemäß zu ändern sei. „So viel ich nun," erzählt er weiter, „merken konnte, daß der Kaiser durch irgend einen Punkt besonders gewonnen werden könnte, habe ich mich demselben nach Möglichkeit bequemt und

*) Sächsisches Staatsarchiv. Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 26. Aug./5. Sept. 1610.



abermals eine neue Notel (Vergleichsentwurf) entworfen und rein geschrieben und ehe ich solches verrichtet, keinen Bissen in den Mund genommen." *) So war also ein neuer Vergleichsentwurf zu Stande gekommen. Von dem Wiener unterschied er sich neben einigen unwesentlichen stilistischen Aenderungen dadurch, daß im Artikel 2 eingeschaltet wurde, der Vertrag von 1606 sei an den Kaiser auszuliefern. Das Konzept des auf diese Weise modifizirten Entwurfs theilte der Herzog den Mitgliedern des Fürstenkonventes mit, die es billigten, weil sie um jeden Preis den Kaiser zufrieden stellen wollten. Gleichzeitig schickte der Herzog eine Abschrift nach Wien an König Mathias mit einem Begleitschreiben, in welchem er den Beweis zu liefern suchte, daß die Aenderungen nur unwesentlicher Natur seien. Man muß dieser Behauptung beistimmen, denn wir vermögen, um von den läppischen Wortänderungen abzusehen, nicht zu begreifen, was für ein wichtiger Unterschied für Mathias darin liegen konnte, ob er den Vertrag von 1606 dem Kaiser auslieferte oder den Kurfürsten zur Vernichtung übergab. Der Vertrag war seinem vollen Inhalte nach aller Welt seit zwei Jahren bekannt, kein Geheimniß wurde also darin preisgegeben. Bevor aber noch eine Nachricht aus Wien einlief, wie man dort über die angebrachten Korrekturen dachte, wurde das ganze Friedenswerk in Prag selbst wieder in Frage gestellt. Der Herzog von Braunschweig hatte dem Kaiser auch eine Reinschrift des neuen Entwurfes zugeschickt und mehrmals um eine Audienz angesucht, um von ihm die definitive Zusage zu erhalten, daß er vollständig mit Inhalt und Form desselben einverstanden sei. Nach einigen Tagen vergeblichen Wartens und Bittens erhielt er vom Kaiser die Weisung den ganzen Vertrag sowohl Eingang und Schluß wie die einzelnen Artikel in eine kürzere Form zu bringen. Eine wahrhaft bestürzende Nachricht für den armen Unterhändler, denn wer bürgte ihm dafür, daß er sich dieser Arbeit zur Zufriedenheit des Kaisers entledigen und daß Mathias diese abermalige Aenderung billigen werde. **)

Die Ursache eines solchen Benehmens von Seite des Kaisers war tiefer gelegen, als in seinen gewöhnlichen launischen Anfällen. Wir haben bereits erwähnt, daß seine Umgebung auf seine Entschlüsse nachtheilig einwirkte und daß namentlich sein Leibarzt ihn gegen eine Versöhnung mit dem Bruder aufhetzte. Diese Einflüsterungen, seine unglückseligen Verhandlungen mit Gotthard von Starhemberg und die Ueberzeugung, daß der

*) Sächsisches Staatsarchiv. Wir haben in dieser citirten Briefstelle nur hie und da ein veraltetes Wort durch ein neues ersetzt.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen ddo. 26. Aug./5. Sept. 1610.

Fürstenkonvent ihm nicht zu dem Verlorenen geholfen habe, sondern ihn nur noch fester an die Verträge von 1608 kettete, brachte ihn zur äußersten Verzweiflung. Wie er schon einmal durch Anhalts Vermittlung die Herrschaft in Oesterreich an sich hatte bringen wollen, so bildete er sich jetzt ein, daß ein Bund mit der Union ihm dazu helfen könne, wozu der Fürstenkonvent sich als unzureichend erwiesen hatte. Es ist das ein monströser Gedanke, die Verbindung des Kaisers mit der Union gegen König Mathias und dennoch faßte er feste Wurzel in den Entschließungen des erstern. Gotthard von Starhemberg bekam von Rudolf den Auftrag nach Mähren und Oesterreich zu reisen und den letzten Versuch zur Gewinnung dieser Länder anzustellen. Auf dem Wege dahin sprach er bei Peter von Rosenberg ein, benachrichtigte ihn im Namen des Kaisers von dessen Entschluß, Hilfe bei der Union zu suchen, und bat ihn zugleich — gleichfalls im Namen Rudolfs — um seinen Beistand, sowohl was die Gewinnung von Mähren und Oesterreich als auch was die Erzielung eines Verständnisses mit der Union betreffe. Die Zögerungen des Kaisers bezüglich der Ratifikation des vorgeschlagenen Ausgleichs mit seinem Bruder hatten nach Starhembergs Erzählung ihren Grund darin, daß er zuerst diese neu angeknüpften Verhandlungen zu Ende führen wollte. Es versteht sich, daß Rosenberg im höchsten Grade über diese Mittheilungen erstaunt war. Gleich wie er im Jahre 1608, von Anhalt am Gängelbande geführt, beigetragen hatte, Mathias' vollständigen Sieg zu vereiteln, so war er auch jetzt bereit auf des Kaisers Wünsche einzugehen, um die Union zur thatsächlichen Beherrscherin der Situation in Oesterreich zu machen und was damit gleichbedeutend war, das Haus Habsburg zu verderben.*) Der Kurfürst von der Pfalz wurde unverweilt von des Kaisers Wünschen in Kenntniß gesetzt und ersucht auf dieselben einzugehen. Das Interessanteste bei dieser Verwicklung ist jedoch, daß zu gleicher Zeit auch Mathias mit der Union auf einen guten Fuß sich zu stellen suchte, während Tschernembl den Kurfürsten von der Pfalz für einen plötzlichen Angriff auf das Passauer Volk zu gewinnen trachtete, um dem Kaiser die letzte Waffe aus der Hand zu nehmen.**) Aber der Kurfürst von der Pfalz lag im Sterben († 9. Sept. 1610) und konnte auf alle diese Anträge weder ablehnend noch eingehend antworten. So blieb auch Rudolfs Antrag ohne Folge.

Aug. Sept.

Von diesen abseitigen Verhandlungen des Kaisers hatte natürlich der Herzog von Braunschweig keine Kenntniß und kam deshalb seinem Auftrage, dem Vergleichsentwurf eine kürzere Form zu geben, ohne Arg mit aller

---

*) Münchner Staatsarchiv 312/7, 7. Peter von Rosenberg an Kurpfalz ddo. 7. Sept. 1610.
**) Münchner Staatsarchiv 116/2. Tschernembl an Kurpfalz ddo. Linz den 7. Aug. 1610.

Gewissenhaftigkeit nach. Um selbst ja nichts zu versäumen, fing er die Umarbeitung am Abend desselben Tages, an dem ihm der Auftrag geworden war, an, schrieb die Nacht über und brachte schließlich das Konzept zu Ende. Mit seinem neuen Entwurf eilte der Herzog am folgenden Morgen früh um
5 Sept. 1610 6 Uhr in den Geheimrath, um die Arbeit von den Mitgliedern desselben billigen zu lassen. Hier hatte er abermals seine bittere Noth, jeder der Geheimräthe glaubte den Kaiser nachahmen zu müssen, tadelte an den einzelnen Artikeln und Worten, was bisher nie getadelt worden, bis zuletzt alle Zweifel und Schwierigkeiten beseitigt waren. Jetzt ward der Entwurf dem Kaiser eingeschickt, damit er sich über seine Annahme entscheide.

Inzwischen hatte Mathias den im Sinne der Konferenzbeschlüsse vom 27. August revidirten Vertrag zugeschickt erhalten. Erzherzog Ferdinand selbst hatte seinen erprobten Diener Casal mit demselben nach Wien abgeschickt und die Bitte beigefügt, Mathias möge sich die vorgeschlagenen Aenderungen gefallen lassen. Hätte Mathias diesem Wunsche entsprochen, so würde dies, wie ersichtlich ist, nichts geholfen haben, da in Prag abermals eine neue Redaktion zu Stande gekommen war; allein es trat nicht die tragikomische Situation ein, daß Mathias einen Vorschlag annahm, den mittlerweile die eigenen Urheber aufgegeben hatten. Der König war entrüstet, daß von Prag neue Zögerungen ausgegangen waren und statt die unwesentlichen Aenderungen sich gefallen zu lassen, verwarf er dieselben
2 Sept. 1610 vollständig und verlangte von den Mitgliedern des Fürstenkonvents, daß der Kaiser längstens bis zum 10. September den Wiener Vergleich unterzeichne, widrigenfalls er von allen weiteren Verhandlungen zurücktreten werde. Casal schöpfte in Wien die Ueberzeugung, daß der König nicht willkürlich einen so kurzen Zeitraum bestimme, sondern daß er hiezu von den ständischen Ausschüssen gedrängt werde, welche die endlose Verschleppung der Verhandlungen nicht mehr dulden wollten. Waren die Ausschüsse früher, meinte der Herzog von Braunschweig in Folge dieses Berichtes, von einem Teufel besessen, so seien sie es jetzt von sieben.*)

Da Mathias also jede Aenderung ablehnte, traten die Fürsten in eine Konferenz zusammen, um zu berathen, was zu thun sei. Sie entschlossen sich, beim Kaiser auf die unveränderte Ratifikation des zweiten Wiener Entwurfs anzutragen. Die Kurfürsten von Mainz und Köln verfügten sich ins Schloß, ließen den Kaiser um eine Audienz ersuchen und ihm zugleich

---

*) Wiener Staatsarchiv. Mainzer Korrespondenz Bd. VI. Mathias an die Kurfürsten in Prag ddo. 2. Sept. 1610. — Ebendaselbst. Khlesl an die Kurfürsten und Fürsten ddo. 3. Sept. 1610. — Sächs. Staatsarchiv. Braunschweig an Kursachsen ddo. 21. August bis 10. Sept. 1610.

melden, daß, wenn er nicht Zeit habe sie zu empfangen, sie bereit seien, einige Stunden zu warten. Aber der Kaiser hatte sich seit Jahren zu sehr abgehärtet, um einem moralischen Druck so leicht nachzugeben, mochte er von welcher Seite immer kommen; er ließ dem Kurfürsten von Mainz zur Antwort geben, daß er ihn empfangen werde, wenn er etwa seinen Abschied nehmen wolle, nicht aber, wenn es sich um Geschäfte handle. Um sicher vor jedem Ueberfall zu sein, verriegelte sich Rudolf überdies in seinem Zimmer.*)

So zurückgewiesen verfaßten darauf die Kurfürsten mit ihren Kollegen ein Memoire, welches sie dem Kaiser durch Erzherzog Leopold zuschickten**) und in dem sie Artikel für Artikel des Wiener Entwurfs durchgingen und deren Annehmbarkeit zeigten. Allein was konnten logische Beweise bei einem Fürsten fruchten, der sich auf die eben erzählte Weise die ersten Reichsfürsten vom Halse hielt, weil er ihren Forderungen keine stichhältigen Gründe entgegensetzen konnte und diejenigen, durch die er sich bestimmen ließ, nicht mittheilbar waren. Nichtsdestoweniger würdigte er das Memoire einer nähern Einsicht, machte zu den einzelnen Punkten seine Bemerkungen und gab endlich den Auftrag zur Abfassung eines neuen und kürzern Entwurfes, dessen Grundlage die Anerkennung der Liebner Verträge bilden sollte. Solchergestalt ward auch der Entwurf, welchen der Herzog von Braunschweig in der Nacht vom 4. auf den 5. September verfaßt hatte, einfach bei Seite geschoben. Wiewohl die beiden in Prag anwesenden Kurfürsten abermals Einwendungen gegen die definitive Beiseitesetzung des Wiener Vertrags erhoben, so nahmen sie doch an den Berathungen Antheil, in denen der neue Text festgesetzt werden sollte, wobei der Erzherzog Leopold 6. Sept.
die Interessen des Kaisers vertrat.***) Rasch kam ein neuer Entwurf 1610
zu Stande, der nach dem Wunsche Rudolfs nur aus einer geringen Anzahl von Artikeln, nämlich aus sieben, bestand. In dem ersten wurde die Abbitte nach der bereits verfaßten Formel festgesetzt, im zweiten sollte Mathias versprechen, daß er die geschehene Abtretung der Länder als eine besondere Wohlthat und Gnade des Kaisers anerkennen und für die cedirten österreichischen Länder ihm als seinen Lehensherrn die schuldige Pflicht leisten wolle. Im dritten, vierten, fünften und sechsten Artikel sollte Mathias versprechen, daß er nichts feindseliges gegen den Kaiser

*) Hurter Bd. VI S. 327.

**) Wolfenbüttler Archiv. Memorial pro Ertzherzog Leopolden, so er bei der Kaiserlichen Audienz in acht nehmen soll.

***) Wolfenbüttler Archiv. Protokoll so den 27 Aug./6 Sept. gehalten in consilio Electorum.

unternehmen, etwaige gegen ihn eingegangene Bündnisse hiemit kassiren und sich mit barbarischen Völkern und ausländischen Herrschern, namentlich den Türken, ohne Vorwissen des Kaisers in keine Verhandlungen einlassen wolle. Im siebenten Artikel wurde bestimmt, daß binnen Monatsfrist nach Ratifikation dieses Vertrags der Kaiser und der König ihr Kriegsvolk entlassen sollten, wofern es aber bis dahin aus wichtigen Gründen nicht geschehen könnte, sollte keiner sein Kriegsvolk gegen den andern gebrauchen.*)

Dieser neue Entwurf war bis auf einen Punkt sehr günstig für Mathias gehalten, es wurde von ihm weder die Auslieferung des Vertrags von 1606 verlangt noch auch die Zahlung einer jährlichen Pension von 50.000 Gulden nebst dem Deputat von 2000 Eimern Wein, deren Erhöhung der Kaiser früher so heftig verlangt hatte und jetzt aus freien Stücken fallen ließ. Dagegen war der Artikel, in welchem dem Könige die Leistung der Grenzhilfe gegen die Türkei versprochen worden, ausgelassen, ein Artikel, den Mathias für sehr nöthig hielt, weil er nicht anders die Truppen in den Grenzfestungen besolden konnte. Es war sonach vorauszusehen, daß diese Auslassung dem Könige neuen Anlaß zur Unzufriedenheit geben werde. Am 10. September Abends unterzeichnete der Kaiser den neuen Entwurf und mit ihm die Kurfürsten von Mainz und Köln, die Erzherzoge Maximilian Ferdinand und Leopold, der Herzog von Braunschweig und der Graf von Gamalerio.*) Den so unterzeichneten Vertrag nahm der Herzog in seine Wohnung, um am andern Tag mit demselben nach Dresden zu Christian II zu reisen, damit auch dieser seine Unterschrift beisetzen könnte. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der auch bereits Prag verlassen hatte, wurde, weil er mittlerweile nach Köln gereist war, wegen zu großer Entfernung nicht aufgesucht. Kaum war der Herzog von Prag weggereist, so bereute der Kaiser den Entwurf unterzeichnet zu haben und verlangte von Hannewaldt die Zurückstellung desselben. Diese Laune, welche wegen der Abreise des Herzogs nicht befriedigt werden konnte, war nur eine vorübergehende, denn als derselbe wieder nach Prag zurückkam, um sich nach Wien zu begeben, wurde er nicht weiter aufgehalten. So langte er bei Mathias glücklich am 18.
1610 September an.

In Wien wurden von Mathias die leicht vorauszusehenden Einwendungen erhoben. Er beschwerte sich zuerst darüber, daß der neue Vertrag nichts von einer Grenzhilfe enthalte und daß der Kaiser auch sein früheres Versprechen, sich bei dem Reiche um die Erwirkung einer solchen zu verwenden, mit Stillschweigen übergangen habe. Dann äußerte er un-

*) Archiv von Wolfenbüttel.



verholen sein Mißfallen über die unbestimmte Fassung des Artikels, welcher die Entlassung des Passauer Volkes stipulirte. Ungeachtet aller Versicherungen des Kaisers, daß dasselbe zu keinem Angriff gegen Mathias verwendet werden solle, mußte Jederman einsehen, daß seine Entlassung aus gewissen geheimen Absichten unablässig verzögert werde. Mathias bemerkte mit richtigem Blick in die Zukunft, daß trotz aller Friedensversicherungen das Volk zuletzt wegen Nichtbezahlung meutern und ihn angreifen dürfte. Der Herzog von Braunschweig suchte dagegen in einem eigenen Memoire den Kaiser zu rechtfertigen, daß er von dem Wiener Entwurf abgegangen sei und einen neuen verfaßt habe. Dem Kaiser zieme es, das letzte Wort zu haben und sich nicht von anderen Zahl und Wortlaut der Artikel vorschreiben zu lassen. Dann auf den neuen Entwurf übergehend begann er nachzuweisen, daß derselbe in allem wesentlichen mit dem Wiener Entwurfe übereinstimme. Er mußte jedoch selbst zugeben, daß dieser Nachweis hinke und daß die Einwürfe des Königs wegen der Grenzhilfe und des Passauer Volkes nur zu wohl begründet seien. Von aufrichtigem Wunsche beseelt, das Friedenswerk zu fördern, schrieb er an die in Prag anwesenden Fürsten, deren Zahl sich mittlerweile durch die Abreise des Kurfürsten von Mainz wieder um einen vermindert hatte, und bat sie, sich beim Kaiser zu verwenden, auf daß des Königs Anstände behoben würden. In der That erlangten dieselben von Rudolf das allerdings nur mündliche Versprechen, daß er das Passauer Volk binnen Monatsfrist entlassen und beim deutschen Reichstag sich für die Gewährung von Reichshilfen für Mathias verwenden wolle. Von diesen Versprechungen benachrichtigten die Fürsten den Herzog und dieser zeigte es dem Könige an, der sich jedoch damit nicht begnügte, sondern verlangte, daß letzterer ihm das Original des Schreibens, welches die Zusagen enthielt, überlasse und sich mit einer beglaubigten Abschrift begnüge, übrigens aber noch für seine Person die Abdankung der Passauer verbürge. Beiden Forderungen genügte der Herzog und auf dieses hin unterzeichnete Mathias den Prager Vertrag, wie er 30 Sep. 1610
am 10. September redigirt worden war. Da derselbe bereits des Kaisers Unterschrift hatte, so war endlich die langwierige Verhandlung zu Ende, der Streit zwischen den Brüdern ausgeglichen und der Friede dem Anscheine nach sichergestellt.

Vermöge des ersten Artikels des abgeschlossenen Vertrags sollte Mathias den Kaiser durch die Erzherzoge Maximilian, Ferdinand und den Herzog von Braunschweig nach einer im voraus entworfenen Formel um Verzeihung bitten. Es wurde hiezu ursprünglich der 8. Oktober bestimmt, weil bis zu diesem Tage die Rückkunft des Herzogs in Prag erwartet wurde. Da er jedoch nicht ankam, wurde von seiner Betheiligung mit Zu- 9. Okt. 1610
stimmung des Kaisers Umgang genommen und der folgende Tag zur Lei-

stung der Abbitte festgesetzt. Die beiden Erzherzoge erschienen begleitet von dem Grafen Gamalerio in der Burg, wo ihrer der Kaiser umgeben von den Mitgliedern des Geheimraths und den obersten böhmischen Landesbeamten harrte. Bevor noch die Erzherzoge der Abrede gemäß die vorgeschriebene Abbitte leisten konnten, erklärte der Kaiser, der an einem Tische gelehnt da stand, daß er die Abbitte als geschehen betrachte. Maximilian dankte für diese freundliche Zuvorkommenheit im Namen seines Bruders Mathias und zerriß den Vertrag von 1606 vor den Augen des Kaisers in mehrere Stücke, welche er dem Erzherzog Ferdinand überreichte, damit sie dieser dem Könige zustelle. Nach diesem Vorgange verließen alle Anwesenden den Audienzsaal bis auf den Kaiser und die beiden Erzherzoge, die sich in vertraulicher Weise etwa eine Viertelstunde lang unterhielten. Bei dieser Gelegenheit bat Erzherzog Maximilian für seine Person um Verzeihung, wenn er den Kaiser irgendwie beleidigt habe, worauf letzterer entgegnete, er wisse sich keiner Beleidigung zu erinnern, danke aber dem Bruder für seine freundlichen Anerbietungen. Bei dem Abschiede begleitete Rudolf die Prinzen bis zur Thür des Vorgemachs mit entblößtem Haupte und benahm sich ebenso höflich als freundlich. Nachmittags reisten dieselben ab und hiemit endeten die Verhandlungen des Konvents.*)

IV

Es ist erzählt worden, daß das Einladungsschreiben, mittelst dessen der Kaiser die Fürsten nach Prag geladen hatte, vier Punkte enthielt. Die zwei ersten betrafen Jülich und die Aussöhnung mit Mathias. Wir können die Geschichte des Fürstenkonventes nicht schließen ohne auch zu berichten, welche Erledigung die zwei letzten gefunden haben, welche die Restitution von Donauwörth und die Bestimmung der Nachfolge im Reiche betrafen. — Da der Konvent in Bezug auf letztere der Initiative des Kaisers nicht vorgreifen wollte, dieser aber hierüber keine Eröffnungen machte, lenkte sich die Aufmerk-
19. Mai samkeit vorerst auf Donauwörth. Die eigentliche Berathung hierüber brachte
1610 der Kurfürst von Mainz auf die Bahn, indem er auf ein Aktenstück aufmerksam machte, welches die Union erst kürzlich aus Schwäbisch-Hall an den Kaiser abgeschickt hatte. In diesem Schreiben, das an die vergebliche Gesandtschaftsreise Anhalts nach Prag erinnerte, begehrten die Fürsten der Union nicht nur die völlige Restitution Donauwörths, sondern wiederholten auch einige andere Forderungen, welche von ihnen bereits mehrmals, zuletzt aber durch

*) Wolfenbüttler Archiv. Maximilian und Ferdinand an den Herzog von Braunschweig ddo. 9. Okt. — Hurter Bd. VI. S. 677.

Anhalt bei seiner Anwesenheit in Prag erhoben worden waren, nämlich die Abschaffung der Jurisdiktion des Reichshofraths und das Gesuch um Verbesserung des kaiserlichen Regiments durch Entfernung aller den Protestanten feindlicher Räthe. Außer diesen Forderungen enthielt das Schreiben noch vielerlei Klagen und beispielsweise Anführungen erlittener Verkürzungen, worunter einige der schreiendsten in der uns sattsam bekannten trübseligen Regierungsweise des Kaisers ihren Grund hatten. *)

In Folge der Zuschrift der Union beschränkten sich die Berathungen des Konvents nicht allein auf Donauwörth, sondern dehnten sich auch auf alle übrigen von derselben erhobenen Beschwerden und Wünsche aus. Theils wollten die Fürsten den Kaiser durch ihre Gesammterklärung gegen einzelne nach ihrer Meinung unbillige Angriffe der Union schützen, theils aber auch zur Abstellung oder Reformirung dessen, was sie selbst für fehlerhaft ansahen, veranlassen. So kam es, daß die Verhandlungen, die ursprünglich nur Donauwörth betreffen sollten, allmälig sich über den gesammten Zustand des deutschen Reiches erstreckten. Selbst wenn man an die Konventsfürsten keine übertriebenen Anforderungen stellt und nicht von ihnen verlangt, daß sie sich mit einer kühnen Reichsreform beschäftigen, sondern nur daß sie auf der Basis des bestehenden Rechtszustandes mögliche Verbesserungen anstreben sollten, muß man gestehen, daß dieselben hiezu nicht tauglich waren. Sie waren wohl von einem Gefühle der Gerechtigkeit beseelt und gern bereit den Wünschen der protestantischen Reichsstände Rechnung zu tragen, alles dies aber mit einer solchen Schläfrigkeit und Unsicherheit, wie sie auch ihre übrigen Verhandlungen charakterisirt. Die ganze Versammlung war eines Sinnes, daß die Restitution von Donauwörth nicht länger hintangehalten werden dürfe und setzte nur zur Bedingung, daß Maximilian von Baiern für die aufgewandten Exekutionskosten entschädigt werde. Somit ward der Streit wegen Donauwörth in gerechter Weise entschieden und es hatte den Anschein, daß der Beschluß des Konvents um so schneller zur Durchführung kommen würde, als der Kaiser demselben nicht im mindesten entgegen war. Allein wir wissen, daß das Schicksal der Reichsstadt weder durch die unparteiische Anschauung des Prager Kongresses noch durch des Kaisers zustimmende Haltung verändert ward und daß ihre Reichsunmittelbarkeit für immer verloren ging. Was war die Ursache ihres Falles? Mag es auch der bisherigen geschichtlichen Auffassung nicht entsprechen, so ist es deshalb nicht minder wahr: die bleibende Occupation Donauwörths ist mehr die Folge eines Zufalls als die eines beharrlich festgehaltenen Planes. Der Kaiser hatte kein persönliches Interesse, die Reichs-

*) Mainzer Diarium.

stadt dem Herzog von Baiern zu überlassen; wenn die Restitution von Donauwörth von selbst hätte erfolgen können, würde er die Thatsache ohne Widerspruch anerkannt haben. Aber daß er dem Herzog gegenüber befehlend aufgetreten wäre, daß er dessen billige Forderung nach Kostenersatz etwa aus eigenen Mitteln befriedigt hätte, dazu war er nicht der Mann. Das gänzliche Auseinanderfallen des deutschen Staatsorganismus in dieser Zeit und wohl auch die berechnende Schlauheit Maximilians sind die wahre Ursache des Falles von Donauwörth, nicht des Kaisers oder der katholischen Fürsten unduldsamer Sinn gegen die Protestanten. Die katholischen Kurfürsten waren, so weit wir sie kennen, schwache und aller Energie bare Leute, der Kaiser selbst aber, der nach einem Bündniß mit der Union strebte, gewiß kein grundsätzlicher Gegner der Protestanten.

Weniger günstig urtheilte der Konvent über jenen Punkt des Schwäbisch-Haller Schreibens, welcher die Abschaffung der Gerichtsbarkeit des Reichshofraths betraf. Es läßt sich nicht läugnen, daß die Existenz zweier Gerichte mit konkurrirender Gerichtsbarkeit wie das Reichskammergericht und der Reichshofrath eine eigenthümliche Anomalie war, aber es ist zugleich bekannt, daß die Union diese Anomalie nicht zum Zwecke einer einheitlichen Justiz sondern zur Vernichtung jeder andern Auktorität als der landesherrlichen abschaffen wollte. Diesen Sinn hatten die Angriffe der pfälzischen Partei auf den letzten Reichstagen des 16. Jahrhunderts und denselben Sinn hatten die neuen Angriffe der Union. Die Partei im Reiche, welche die vorzugsweise kaiserliche war, nämlich die geistlichen Fürsten, zu der sich im Augenblicke auch Kursachsen gesellte, verwarf deshalb ohne Umschweife die Angriffe gegen den Reichshofrath und seine Gerichtsbarkeit aus dem einzigen Grunde, weil sie den Rest kaiserlicher Auktorität nicht antasten wollte. Gleichwohl waren auch die Mitglieder des Prager Konvents nicht blind für die Uebelstände, welche bei dem in vieler Beziehung gleichartigen Wirkungskreis des Reichshofraths und Reichskammergerichts eintreten mußten. Der Kurfürst von Köln lenkte zunächst die Aufmerksamkeit darauf und erklärte es als eine Nothdurft, daß derselbe gehörig geschieden und genau bestimmt werde, was fortan dem einen oder dem andern Gerichte zu gehören habe. Die übrigen stimmten bei und damit war dieser Punkt erledigt.

13 Aug. 1610 Eine günstigere Aufnahme erfuhren beim Konvente die Beschwerden der Union über die Mängel des kaiserlichen Regiments und über die Personen, welche an der Spitze desselben standen. Zwar ihre Klage gegen einzelne Mitglieder des Reichshofraths, daß dieselben den Protestanten feindlich seien und deshalb zu entfernen wären, wurden nicht weiter gewürdigt, sonst aber verurtheilte der Konvent eben so wie die

Union die Art und Weise, wie das Reichsregiment in Prag geführt wurde. Man klagte, daß die Expedition maßlos lang auf sich warten lasse, daß im Reichshofrath Unordnungen aller Art eingerissen seien, die eine Visitation desselben dringend nöthig machten, man gab zu, daß es unter den Räthen keine Einigkeit gebe, obwohl diese für die Besorgung der Geschäfte nöthig sei. Der Konvent machte den Kaiser auf diese und andere Uebelstände aufmerksam, erhielt aber von ihm keine Antwort. Der Kurfürst von Mainz ließ sich durch dies bezeichnende Stillschweigen nicht abschrecken, sondern ergriff bei Audienzen mehrmals die Gelegenheit dem Kaiser eine Reform seiner Regierungsweise zu empfehlen, allein stets mit gleich mißlichem Erfolge. Die Folge war, daß bei den Debatten des Konvents eine sichtliche Gereiztheit hervortrat, Schweikhart von Mainz sprach davon, daß die Kurfürsten von Amtswegen einschreiten müßten und daß die Berufung eines Kurfürstentages wohl das beste Mittel sein dürfte, um die Reform in Angriff zu nehmen. Unmerklich gerieten die Mitglieder des Konvents in den Ton heftiger Klage, ja sie verstiegen sich selbst bis zu Drohungen. Bei diesem Versuch sich zu emancipiren verblieb es aber, wie es von ihrer Charakterschwäche nicht anders zu erwarten war, wie hätten sie sonst die Anomalie begehen können, den Ungarn und Oesterreichern eine Regierung zu empfehlen, wenn sie dieselbe anders als mit Worten hätten verdammen können. Zuñiga spottete der Versuche des Konvents eine Reform der Reichsregierung herbeizuführen, das Uebel liege, meinte er, nicht in den Werkzeugen sondern im Haupte selbst.*)

Länger als drei Monate hatte bereits der Konvent in Prag getagt und noch hatte der Kaiser denselben nicht aufgefordert, sein Gutachten über die Bestimmung der Succession im deutschen Reiche abzugeben. Die Folge war, daß die Fürsten die Verhandlungen über diesen Gegenstand selbst aufschoben, bis sie endlich des Wartens müde in der Sitzung vom 13. August deshalb eine schriftliche Vorstellung an den Kaiser zu richten beschlossen.**) 1610
Nachdem das zu diesem Ende ausgearbeitete Memoire an den Kaiser abgeschickt worden, kam diese Angelegenheit in dem Konvente nicht mehr zur Berathung. Nichtsdestoweniger ruhte dieselbe nicht, sondern die Kurfürsten begaben sich ohne Mitwissen der übrigen Konventsmitglieder in abseitige Verhandlungen mit dem Kaiser, die zu einem eigenthümlichen Resultate führten, nämlich zu dem Beschlusse dem Erzherzog Leopold die Nachfolge im deutschen Reiche zuzusichern. Bevor wir die Vorgänge, die diesen ebenso merkwürdigen wie verderblichen Beschluß herbeiführten, erzählen können, müssen

*) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. August 1610.

**) Mainzer Diarium.

wir hier noch berichten, was über die Bestimmung der Nachfolge vor der Eröffnung des Konventes verhandelt worden war.

Die Bestimmung der Nachfolge hatte die geistlichen Kurfürsten viele Jahre beschäftigt und es ist erzählt worden, daß sich dieselben durch Anhalts Intriguen bestimmen ließen dem Erzherzog Maximilian die Erhebung auf den Kaiserthron geradezu zu versprechen. Die Ereignisse des Jahres 1608, die Begründung der Union und die dadurch herbeigeführte Störung des bis dahin anscheinend freundlichen Verhältnisses zwischen Kurpfalz und den rheinischen Kollegen machten, daß die Kandidatur Maximilians fallen gelassen wurde. Nichtsdestoweniger beschäftigten sich die geistlichen Kurfürsten unablässig mit dieser Angelegenheit und ihr Eifer bekam neue Nahrung, als der Kaiser auch in Böhmen während der Wirren, die zur Ertheilung des Majestätsbriefes führten, um den letzten Rest von Ansehen gekommen war. Es wurde von einem und dem andern die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser sei, den Kaiser abzusetzen oder ihm einen Koadjutor selbst gegen seinen Willen zu geben. Dies war der Stand der Successionsfrage im Juli 1609.

Es versteht sich von selbst, daß Spanien ein außerordentliches Interesse an diesen Vorgängen nahm. Zuñiga war durch seine Späher mit den Absichten der geistlichen Kurfürsten bekannt geworden und hatte hierüber
15 Aug. 1609 umständlich nach Hause berichtet. Die Folge war, daß im spanischen Staatsrath ernstlich die Frage erörtert wurde, ob es in diesem Fall nicht am besten sei, wenn Mathias sich auch Böhmens bemächtige, um als Kurfürst die Wahl auf seine Person lenken zu können.*) Da jedoch dieser Weg zu gefährlich schien, wurde er nicht weiter berücksichtigt, ebensowenig wollte man in Spanien von einer Absetzung des Kaisers etwas wissen, weil dies ein folgenschwerer Angriff gegen ein gekröntes Haupt sei und so einigte sich der Staatsrath dem Könige zu empfehlen, nochmals Versuche bei Rudolf zu machen, die Wahl eines römischen Königs, der sein Koadjutor sein sollte, zuzugeben, gleichgiltig ob er dem Hause Oesterreich angehöre oder nicht, wenn er nur katholisch und kein französischer Prinz sei. So sehr verzweifelte man bereits in Spanien an den Aussichten des eigenen Hauses.

Kaum hatte der Staatsrath in dieser Weise sich über die Nachfolge im Reiche entschieden, als neue Nachrichten dieser Angelegenheit eine ganz veränderte Richtung gaben. Der bei Erzherzog Albrecht in Brüssel weilende Nuncius hatte sich mit diesem über den Zustand in Deutschland besprochen und als einzige Rettung vor dem Verderben die Wahl Philipps III zum

*) Simancas 709/68. Der Staatsrath an Philipp III ddo. 3 Okt. 1609.

römischen Könige empfohlen. Erzherzog Albrecht stimmte bei und forderte den Nuncius auf, den Papst zu bitten, daß dieser selbst dem Könige von Spanien die Annahme der römischen Königskrone empfehle. Ueber alles dies erstattete der Marquis von Spinola nach Hause Bericht.*) 27 Sep. 1609

In dem Staatsrath, welcher über die dem Könige von Spanien sich darbietende Gelegenheit zur Besteigung des deutschen Thrones sich berathen sollte, saßen die Herzoge von Lerma und Infantado, der Großkommandeur von Leon und der Konnetable von Kastilien. Der geringe Nutzen, den Spanien von der Verbindung hatte, in welcher es bisher zu Deutschland stand, war zu augenfällig, als daß nicht selbst in einem spanischen Staatsrath einzelne Stimmen sich gegen eine noch engere Knüpfung des bereits bestehenden Verhältnisses ausgesprochen hätten. In der That mißbilligte der Großkommandeur von Leon den Versuch, Philipp III die deutsche Krone zu verschaffen und machte auf die unausweichlichen großen Ausgaben aufmerksam. In ähnlicher Weise sprach sich auch der Kannetable von Kastilien aus, meinte jedoch, daß zur Vermeidung größerer Uebel, etwa einer Wahl Heinrichs IV auf den deutschen Thron, der König die angebotene Krone nicht werde abweisen können. Anders urtheilte jedoch der eitle Herzog von Lerma, indem er angelegentlich für die Bewerbung um die deutsche Krone stimmte. Seine Gründe waren bis zu einem gewissen Grade stichhältig, lieferten aber zu gleicher Zeit einen vollgiltigen Beweis für die falsche Richtung, welche die spanische Politik vermöge der unnatürlichen Ausdehnung der Monarchie eingeschlagen hatte. Lerma sprach sich für die Erhebung Philipps III auf den deutschen Thron aus, weil auf jeden Fall Spanien allein die Kosten für die Erhaltung eines dem Hause Habsburg angehörigen deutschen Kaisers zu tragen haben werde. Die Geschichte der jüngsten Zeit biete ein lehrreiches Beispiel. Philipp II habe die Niederlande von seiner Monarchie abgetrennt und sie an Isabella abgetreten, um dem spanischen Staatsschatz eine Erleichterung zu verschaffen. Diese Berechnung habe sich als eitel gezeigt, Spanien trage nach wie vor die niederländische Last. Sei Philipp III deutscher Kaiser, so erlitten seine Ausgaben keinen Zuwachs und er könne seiner Zeit die deutsche Krone auf das Haupt eines seiner Söhne übertragen. Lerma stimmte also dafür, daß Zuñiga alle Chancen, die für des Königs Erhebung günstig seien, studiere und dieselben zu vermehren trachte. Der Herzog von Infantado, der letzte von den Staatsräthen, der seine Meinung abgab, überbot in echter Höflingsart den Herzog von Lerma. Er dankte Gott, daß der König sich der deutschen Angelegenheiten annehmen wolle; da nicht zu zweifeln sei, daß alle

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König dto. 29. Okt. 1609.



Umstände zu seiner Erhebung günstig einwirken werden, so sei zu hoffen, daß in Deutschland alles wieder in Ordnung kommen, für Italien aber von dort aus eine günstige Einwirkung nicht ausbleiben werde. Vielleicht sah der staatskluge Infantado bereits im Geiste die deutschen Fürsten demüthig im spanischen Staatsrath Platz nehmen und das Spanien beglückende Institut der Inquisition, welches in seiner Anwendung auf die Niederlande so treffliche Resultate zu Wege gebracht, in Deutschland seine Wirksamkeit ausüben.*) So berathen von seinem Kabinet ertheilte Philipp III seinem
11 Nov. 1609 Gesandten Zuñiga den Befehl Nachforschungen anzustellen, welche Aussichten seine Kandidatur um die römische Königskrone haben dürfte. Dieser
Ende Nov. o. Anfg. Dez. Auftrag, der sich vorläufig nur auf Nachforschungen bezog, wurde jedoch schon einige Tage später, wahrscheinlich in Folge eingegangener Nachrichten, dahin verändert, daß Zuñiga geradezu aufgefordert wurde, für die Wahl Philipps III, oder wenn dies nicht ginge, für die des Erzherzogs Ferdinand zu wirken. Weshalb mit einemmale in Spanien dieser Prinz begünstigt wurde, wissen wir nicht anzugeben.

Auf den am 11. November an ihn abgeschickten Befehl nachzuforschen, welche Aussichten die Kandidatur seines Monarchen habe, erwiederte Zuñiga, dieselbe würde vielleicht vom Kaiser selbst unterstützt werden, aber nur unter der Bedingung, wenn der König nie nach Deutschland käme.**) Was die katholischen Fürsten betreffe, so würden diese Philipp III dagegen nur dann wählen, wenn er nach Deutschland käme, um den gegenwärtigen Mißverhältnissen ein Ende zu machen; in diesem Falle wäre auf die Kurfürsten von Mainz und Trier mit ziemlicher Sicherheit zu rechnen, selbst auf das protestantische Sachsen wäre zu hoffen und eine freudige Zustimmung des Erzbischofs von Salzburg, der Bischöfe von Würzburg und Bamberg sei so ziemlich gewiß. Dagegen sei auf Kurköln um Baierns willen nicht zu rechnen und Mathias selbst würde die Vereitelung seiner Hoffnungen ebenso schwer ertragen, als die Grazer Linie eine so weitgehende Einmischung des Königs in die deutschen Angelegenheiten bitter empfinden; bei alledem sei nicht zu vergessen, daß Heinrich IV nicht müßig bleiben werde. Dieser Bericht Zuñiga's statt in Spanien ernüchternd zu wirken, fachte im Gegentheil die Hoffnungen noch mehr an. Der Großkommandeur von Leon suchte seine frühere unkluge Vorsicht
12 Jan. 1610 gut zu machen und sah in der Erhebung des Königs allerlei Vortheile, die ihm früher entgangen waren. Er verlangte deshalb, Zuñiga solle zu den einzelnen Kurfürsten reisen, um die Wahlangelegenheit zu fördern;

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 30. Okt. 1609.

**) Simancas 709/106.

vorläufig empfahl er die Ansammlung eines bedeutenden Schatzes, da man seiner nöthig haben würde. Auch der Konnetable von Kastilien machte seinen frühern Fehler in ähnlicher Weise gut, das ganze Kabinet war eine Stimme, um Philipp die Bewerbung um die deutsche Krone zu empfehlen. *) Allen wogen die finanziellen Schwierigkeiten gering, wiewohl der königliche Schatz leer war und eine so tiefgreifende Einmischung in die deutschen Angelegenheiten für Spanien eine Wiederauflage des holländischen Drama's, wenn auch nur von seiner die Finanzkräfte erschöpfenden Seite, zur Folge haben konnte.

Der spanische Kaisereifer wurde indessen etwas abgekühlt, als Zuñiga auf die, Ende November oder Anfangs Dezember 1609, an ihn ergangene Aufforderung ohne Säumniß für die Kandidatur Philipps oder Ferdinands zu wirken, mit einer Darlegung aller Schwierigkeiten bei einem solchen Unternehmen antwortete. Sich um den deutschen Thron bewerben, 30 Jan.
bedeutete nach Zuñiga so viel, als sich „in ein Meer von Schwierigkeiten 1610
stürzen mit der Verpflichtung allen die Stirne zu bieten.“ Zuñiga widerriet definitiv jede Kandidatur von Seite seines Herrn; um jedoch nicht allzusehr bei ihm anzustoßen, suchte er sich mit der Auktorität des kurz vordem verstorbenen San Clemente zu decken, dessen Urtheile in deutschen Angelegenheiten in Spanien ein großes Gewicht beigelegt wurde, da er 27 Jahre als Gesandte am Kaiserhofe geweilt hatte. Zuñiga machte darauf aufmerksam, daß San Clemente stets mit aller Entschiedenheit jede Maßregel verworfen habe, durch welche die Succession im Reiche von den im Hause Oesterreich zunächst berechtigten Prinzen abgelenkt würde. Daran müsse man nach San Clemente mit unverbrüchlicher Treue festhalten, daß niemand anderer Rudolfs Nachfolger werde, als Mathias und in dessen Ermanglung Maximilian oder Albrecht. Dann bleibe noch immer Raum für die Erhebung eines der Infanten. Denn keiner von den vier Brüdern werde voraussichtlich Kinder haben, Philipp dürfte für einen seiner Söhne Böhmen erwerben und durch diesen Besitz ihm auch die Kaiserkrone verschaffen. Die Bemerkung Zuñiga's, daß Philipp nach dem Aussterben der männlichen Nachkommenschaft Maximilians II für seinen Sohn Ansprüche auf Böhmen erheben könnte, hing mit einem Rechtsanspruch zusammen, den San Clemente zuerst herausgefunden. Nach der Ansicht des letztern hatte die spanische Linie der Habsburger, weil abstammend von einer Tochter Maximilians II, nähere Anrechte auf den Besitz von Böhmen, Ungarn und Oesterreich als die Grazer Seitenlinie. **) Eignete sich Philipp III die

*) Simancas 709/106. Der Staatsrath an den König ddo. 12. Jannar 1610.

**) Die Ansprüche der spanischen Linie auf die Besitzungen Maximilians II nach dem

Anschauung San Clemente's an, so war er allerdings nach dem kinderlosen Tode Rudolfs und seiner Brüder auch der nächstberechtigte Prätendent für die deutsche Kaiserwürde, da diese nach der allgemein im Reiche giltigen Annahme auf dem Besitze der böhmischen Krone beruhte. Indem Zuñiga mit aller Schärfe gegen eine unmittelbare Kandidatur Philipps sich aussprach, zeigte er doch perspektivisch die Möglichkeit einer solchen ohne den Grundprinzipien der legitimen Erbfolge nahezutreten. Aus demselben Grunde trat er der Kandidatur Ferdinands entgegen. Er wies darauf hin, daß sie zu dem heftigsten Zerwürfniß zwischen diesem Prinzen und Mathias führen und daß sie die Realisirung der Pläne Philipps auf die Erwerbung der österreichischen Besitzungen für sich oder seine Söhne vereiteln würde.

Aus der spätern Haltung Zuñiga's ist ersichtlich, daß er es nicht so ernst mit der Geltendmachung der Ansprüche der spanischen Linie auf das österreichische Erbe nahm, es ist vielmehr die Vermuthung gerechtfertigt, daß er seinen Souverain mit Hoffnungen auf die Zukunft zu befriedigen suchte, um ihn für die Gegenwart von dem verderblichen Schritte einer Bewerbung um den deutschen Thron abzuhalten. Seine Vorstellungen fanden soviel Beachtung, daß sowohl der König wie sein Staatsrath die Bewerbung um den deutschen Thron aufgaben und Zuñiga's Rathschlägen, daß man für die erfolgreiche Kandidatur des Königs Mathias wirken müsse, zustimmten. Dies war die Stellung, welche Spanien zur Successionsfrage einnahm, als sich der Konvent in Prag versammelte.

Die ärgerliche Stimmung der geistlichen Kurfürsten, welche sich ein Jahr zuvor in der Drohung Rudolf abzusetzen Luft gemacht hatte, war noch nicht ganz geschwunden, als sie sich zum Konvent in Prag einfanden. Als sie daselbst die Ueberzeugung gewannen, daß eine Versöhnung zwischen Rudolf und Mathias nicht so leicht herzustellen sein werde und andererseits die Verbindung zwischen der Union und Heinrich sie doch auch mit einiger Besorgniß erfüllte, machten sie ihrem Unmuth durch eigenthümliche Aeußerungen Luft. Zuñiga schrieb nach Hause, die Kurfürsten hätten die Absicht, wenn es mit der Liga schlecht ginge, den König von Frankreich auf den
8. Mai 1610 deutschen Thron zu erheben, um sich vor ihm sicherzustellen.*) Es ist keineswegs anzunehmen, daß der spanische Gesandte seine Mittheilung aus-

unbeerbten Tod der Söhne desselben wurden später (1613—1617) ernstlich erhoben und bildeten den Gegenstand langer Verhandlungen, wie wir in einem andern Werke erzählen werden. Man sehe übrigens hierüber die zweite Anmerkung auf S. 39 des ersten Bandes dieses Werkes.

*) Simancas 709/104. Der Staatsrath an den König über Zuñiga's Briefe vom 8. und 21. Mai.



einer trüben Quelle geschöpft und daß er seinen Herrn mit unverbürgten Gerüchten allarmirt habe. War seine Angabe aber richtig, so macht sie uns einigermaßen die ruhige Haltung der geistlichen Kurfürsten, als die Jülicher Frage im Konvente zur Sprache kam, erklärlich. Möglicherweise hat sich in ihrem Geiste der Entschluß festgesetzt, im Falle die Dinge am Rhein schlimm gehen sollten, das Protektorat Frankreichs anzurufen und Heinrich die deutsche Krone anzubieten. Solche verzweifelte Hilfsmittel sind allemal die letzte Zuflucht energieloser Leute, wenn die Gefahr über sie hereinbricht. Selbst nach dem Tode Heinrichs, der doch die von Frankreich drohenden Gefahren verminderte, warnte Zuñiga vor den geistlichen Kurfürsten; er versicherte abermals seinen König, daß dieselben gegebenen Falls im Stande wären, wenn Frankreich es wünschte, alle Habsburger vom deutschen Throne auszuschließen. Der Gesandte suchte deshalb auf diese während ihrer Anwesenheit in Prag ununterbrochen einzuwirken, um sie von derlei Gedanken abzubringen, was ihm auch vollkommen gelang.*)

Die Folge dieser schwankenden Gesinnung der Kurfürsten war, daß sie die Successionsfrage lange Zeit in Prag nicht zur Sprache brachten. Als jedoch der Termin ihrer Abreise näher rückte und der jammervolle Verlauf der Verhandlungen zwischen Rudolf und Mathias ihnen die Nothwendigkeit wieder vor die Augen rückte, dem Kaiser einen Koadjutor zu geben, brachte Schweikhart von Mainz als der angesehenste unter den versammelten Fürsten die Succession selbst in Anregung. Nach einigen Verhandlungen einigten sich die drei Kurfürsten in einer schriftlichen Eingabe, in der sie den Kaiser dringend mahnten einen ihm genehmen Nachfolger zu bestimmen.**) Keineswegs also drängten sie Rudolf zu einer bestimmten Wahl, sondern überließen die Bezeichnung der Person ganz und gar seiner Einsicht.***) Der Kurfürst von Mainz erbat in einer besondern Zusammenkunft, welche ihm der Kaiser gewährte, eine baldige Entscheidung und dieser nahm die Bitte mit sichtlicher Zufriedenheit auf, nachdem er sich überzeugt hatte, daß man ihm völlig freie Hand lassen wolle.

Die Successionsfrage trat jetzt in ein Stadium, das ihre baldige Lösung versprach. Der Kaiser war entschlossen sich zu entscheiden, alles

*) Simancas 709/124. Der Staatsrath an den König über Zuñiga's Schreiben vom 17. und 24. Juli und 2. und 4. August 1610.

**) Mainzer Diarium.

***) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten Miscellanea 352. Mainz, Köln und Sachsen an den Kaiser ddo. Prag den 16. August 1610. — Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. August 1610.

kam nur darauf an, ob die Kurfürsten seinem Vorschlag eben so unbedingt beistimmen würden, wie sie ihm, wenigstens vorläufig, unbedingt die Entscheidung anheimstellten. Für Rudolf hatte der Gedanke etwas allzuverlockendes, daß er sich bei der Bezeichnung seines Nachfolgers auf dem deutschen Thron an seinem Bruder Mathias rächen könne, denn daß er diesen nicht empfehlen werde, darüber konnte kein Zweifel bestehen. Eben so wenig mochte er auch mit den übrigen Prinzen seines Hauses etwas zu schaffen haben, die trotz ihres rücksichtsvollen Betragens von ihm für falsch angesehen wurden. Seine Aufmerksamkeit wandte sich einzig und allein dem Erzherzog Leopold zu, der seit Jahr und Tag eifrig seine Interessen verfochten, bei den eben zu Ende gehenden Vergleichsverhandlungen mit Mathias sich völlig seinen Wünschen anbequemt hatte und auf den er bei einem verzweifelten Streich, um die verlorene Herrschaft wiederzugewinnen, mit Sicherheit zählen konnte. Es ist uns jedoch nicht mit Sicherheit bekannt, ob er positiv den Kurfürsten den Erzherzog als diejenige Person bezeichnete, welcher er die Nachfolge zusichern wollte oder ob er sich bei den gestellten Anfragen mit allgemein empfehlenden Hinweisungen auf denselben begnügte. So viel ist gewiß, daß diese letztern derart beschaffen waren, daß sie einer direkten Bezeichnung gleichkamen. Zu gleicher Zeit warb Rudolf bei dem alten Herzog Wilhelm von Baiern um die Hand seiner Tochter Magdalena für Leopold und gab dabei das Versprechen, daß er den letztern reichlich mit Besitzungen auszustatten gedenke.*) Die Folge war, daß sowohl der Erzherzog selbst seine Wahl für gesichert hielt und die geistlichen Kurfürsten zu seinen Gunsten bindende Versprechungen eingingen. Beides ergibt sich mit Sicherheit aus der gleichzeitigen Haltung des Erzherzogs und der ihm geneigten Kurfürsten.

Kaum war nämlich die Successionsfrage in den Vordergrund getreten, so bemühte sich Leopold aus allen Kräften den König von Spanien für sich günstig zu stimmen. Er ging zu Zuñiga und frug ihn geradezu, welche Haltung der König bei der Bestimmung von Rudolfs Nachfolge einzunehmen gedenke. Der Gesandte, welcher, stets Abenteuern abhold, mit anerkennenswerther Festigkeit für Mathias eingetreten war, verläugnete seinen Standpunkt auch dem Erzherzog gegenüber nicht, sondern erwiederte, es sei

*) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp ddo. 21. August 1610. Zuñiga erzählt: Y un personaje por cuya mano a passado el negocio me ha dicho que a pedido (der Kaiser) al Duque de Baviera el viejo que en caso, que ponga a Leopoldo en gran estado, que le de su hija en casamiento y que a sacado buena respuesta. — Ebendaselbst 2324/45. Der Staatsrath an den König. Zuñiga schreibt ddo. 13. und 27. Nov. 1610, daß der Kaiser sich abermals um die Hand Magdalena's für Leopold bewerbe.



Maxime bei dem König von Spanien sich in dieser Beziehung stets für den ältesten Prinzen des Hauses zu entscheiden. Wenn jedoch, setzte Zuñiga mehr ironisch als ernst hinzu, Leopold die Möglichkeit vor sich sehe, großes zu erlangen, möge er selbst hierüber dem Könige berichten, doch nicht direkt sondern durch Vermittlung seines Bruders Ferdinand.*) Diese Antwort schloß begreiflicherweise dem jungen Prinzen vollends den Mund, er unterließ es jedoch nicht einen direkten Versuch in Spanien anzustellen. Einer seiner vertrauten Räthe schrieb an den Beichtvater der Königin P. Haller und suchte den Erzherzog wegen seiner Bewerbung um die deutsche Krone zu rechtfertigen. Seine Argumente bestanden darin, daß der Kaiser unbedingt eines Koadjutors bedürfe, nie aber einen anderen Prinzen als Leopold sich gefallen lassen werde. Im Interesse der katholischen Religion und des Hauses Oesterreich läge es also, wenn letzteres sich nicht der Erhebung des Erzherzogs widersetzen würde.**) Allein in Spanien ging man auf diese Empfehlungen nicht ein, sondern der Staatsrath riet dem König die Aufbietung aller Mittel, um Leopold entgegenzuarbeiten. Zuñiga erhielt in dieser Beziehung die strengsten Weisungen und er für seine Person ließ es fürwahr nicht ermangeln ihnen nachzukommen.***)

Sind nun diese obwohl resultatlosen Bemühungen Leopolds, Spanien für sich zu gewinnen, ein Beweis, daß er sich auf positive Versicherungen Rudolfs stützen und seine Erhebung für sicher ansehen mußte, so spricht andererseits auch die Haltung der Kurfürsten für die Richtigkeit unserer Annahme. Obwohl sie nicht Haß gegen Mathias beseelte, so hatte sich nachgerade doch ein entschiedenes Uebelwollen gegen denselben bei ihnen festgesetzt, dessen Ursachen wir in nichts anderem zu finden wissen, als darin, daß sie durch ihn seit zwei Jahren in der theuren Bequemlichkeit gestört worden. Mainz und Köln waren, als die Successionsfrage zur Verhandlung kam, entschlossen dem Kaiser den Erzherzog Ferdinand zu empfehlen, ließen aber davon ab, als derselbe für Leopold eine entschiedene Vorliebe an den Tag legte.†) Diese Bevorzugung wurde auch durch die Haltung Christians von Sachsen unterstützt. Derselbe erklärte, daß er seine Stimme dem Erzherzog Ferdinand wegen dessen feindlicher Haltung gegen die Protestanten in Steiermark nicht geben könne, dagegen zur Erhebung Leo-

*) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. Aug. 1610.

**) Simancas 2324/61. Una Carta de Praga para el P. Ricardo Haller ddo. 13. Dez. 1610.

***) Simancas 709/204. Der Staatsrath an den König ddo. 3. Jäner 1611. — Ebendaselbst 2496/116. Zuñiga an den König ddo. 11. Dez. 1610.

†) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. Aug. 1610.

polds gern bereit sei. Daß zu dieser Vorliebe für letzteren die Hoffnung beigetragen haben mag, Jülich durch denselben zu gewinnen, scheint uns mehr als wahrscheinlich. Die Angelegenheit wegen der Succession stand also im September 1610 ungefähr so, daß wenn eine römische Königswahl mit Zustimmung Rudolfs vorgenommen werden sollte, die meisten Aussichten für Leopold vorhanden waren. Verstehen wir recht eine auf diesen Gegenstand bezügliche Stelle eines spanischen Staatsrathsbeschlusses, so bekam Schweikhart von Mainz vor seiner Abreise von Prag vom Kaiser die Erlaubniß zur Berufung eines Kurfürstenkonvents auf den 10. April des folgenden Jahres (1611) zur Festsetzung der Nachfolge. *)

24 Sept. 1610 Schweikhart begab sich von Prag nach Dresden in der dem Kaiser bekannten Absicht, sich mit dem Kurfürsten definitiv über das Wahlgeschäft zu einigen.**) Was da zwischen beiden besprochen wurde, darüber haben sich keine Nachrichten erhalten, aus dem nachfolgenden Benehmen des Erzbischofs läßt sich jedoch vermuthen, daß sich beide für die Erhebung Leopolds entschieden. Kaum war er nämlich nach Hause zurückgekehrt, so lud er die Kurfürsten von Köln und Trier zu einer Zusammenkunft in Koblenz ein und unterzeichnete mit ihnen eine Akte, in der sich alle drei zur Wahl Leopolds verbanden.***) Einen so entschiedenen Schritt würden sie nicht gewagt haben, wenn sie sich der Zustimmung Sachsens nicht für gewiß gehalten hätten.

Dez. 1610 Bald nach diesem Vorgang erschien in Prag ein Kanonikus aus Kurköln †) im Namen der drei geistlichen Kurfürsten und Sachsens. Nach den Mittheilungen desselben an Zuñiga war er von den vier Kurfürsten beauftragt dem Kaiser zu eröffnen, sie seien zur Wahl Leopolds bereit, wenn er ihm einen entsprechenden Länderbesitz zuweisen wolle. Im Laufe von wenigen Tagen empfing der Kaiser den Gesandten dreimal und besprach mit ihm diesen Gegenstand. Was der Wortlaut seiner Antwort gewesen, ist uns leider nicht bekannt, wir wissen nur, daß die vertrautesten Freunde des Erzherzogs behaupteten, der Kaiser werde denselben zum Könige von Böhmen, Grafen von Tirol und Herzog von Jülich machen.

---

*) Simancas. Bericht des Staatsrathes an den König ddo. 13. Nov. 1610.

**) Sächs. Archiv. 8284/105.

***) Hurter VI S. 405. die betreffende Akte befindet sich im Wiener Staatsarchiv. Zuñiga kam zur Kenntniß dieses wichtigen Vorganges erst viel später und berichtete darüber nach Hause, als der verunglückte Passauer Einfall alle diese Pläne offen darlegte, aber auch für immer vereitelte.

†) Zuñiga, der dies erzählt (Simancas 2496/116 ddo. 11. Dez. 1610) sagt nur un canonico, wahrscheinlich dürfte es Hennot gewesen sein, der schon einmal zu einer wichtigen Sendung an den Kaiser gebraucht worden war.

Der Kölner Kanonikus frug ausdrücklich den spanischen Gesandten, wie sein Herr die Erhebung des Erzherzogs aufnehmen würde. Gegen ein so entschiedenes Vorgehen der Kurfürsten glaubte Zuñiga eine zurückhaltende Haltung einnehmen zu müssen und er erwiederte deshalb, daß ihm die Absichten seines Herrn noch nicht hinreichend bekannt seien.

So weit waren die Verhandlungen über die deutsche Succession im Dezember 1610 gediehen. Aus dem Mitgetheilten geht mit Sicherheit hervor, daß die Majorität des kurfürstlichen Kollegiums sich für Leopold entschieden hatte und zwar in Folge solcher Versicherungen von Seite Rudolfs, die sie zur Erhebung des Erzherzogs aufmunterten. Nichtsdestoweniger glaubten Personen, die genau mit dem Gange der Prager Politik bekannt waren, daß es der Kaiser dennoch nicht ernst meine. So oft Zuñiga nach Haus berichtete, was zur Erhebung Leopolds geschehe, fügte er hinzu, daß er das Ganze für eine Komödie halte, gespielt vom Kaiser, um sich Ruhe zu schaffen. Mit der Vorschiebung Leopolds beabsichtige er die Eifersucht der übrigen Prinzen seines Hauses wachzurufen und eine Wahl zu vereiteln nicht aber zu begünstigen. Die Gründe, welche Zuñiga vorbrachte, um seine Meinung zu stützen, sind allerdings mitunter der Art, daß sie geeignet sind, uns wirre zu machen. Noch am 25. Dezember 1610 erzählt er, daß der Kaiser den längst vergessenen Plan einer Heirat wieder aufgenommen und die Kurfürsten ersucht habe, den ersten Sohn dieser Ehe auf den deutschen Thron zu erheben.*) „Es scheint dies unglaublich," fügte Zuñiga bei, „aber die außerordentlichsten Dinge sind an diesem Hofe die gewöhnlichsten." — Auch am römischen Hofe hielt man die Vorschiebung Leopolds für eine Finte, der Papst selbst äußerte sich in diesem Sinne gegen den Grafen Castro.**) Alles dies beweist nur, wie gründlich der Kaiser jedes Vertrauen auf seine Aufrichtigkeit zerstört hatte. Nichtsdestoweniger hatte das Mißtrauen diesmal nicht seine volle Berechtigung. Schon hatte sich Rudolf mit Leopold zu weit eingelassen und schon war er im Begriffe die Passauer ihrer ursprünglichen Bestimmung entgegenführen zu lassen, als daß er in des letzteren Erhöhung nicht seine eigene Sicherheit hätte suchen müssen. Der Passauer Einfall in Böhmen, der eben vor sich gehen sollte, ist die beste wenn auch traurige Rechtfertigung für Rudolfs Wahrhaftigkeit.

*) Simancas 709/192. Zuñiga an Philipp III ddo. 25. Dez. 1610.
**) Simancas 995. Castro an Philipp ddo. Rom. 3. Feb. 1611.

Drittes Kapitel.

I. Beginn der Passauer Rüstungen. Rudolf und Leopold halten an denselben fest. Leopold's Verhandlungen in Spanien und Baiern. Rudolfs Absicht die Passauer nach Krumau zu verlegen. Bestürzung der Böhmen. Des Herzogs von Braunschweig Bemühungen, die Abdankung des Kriegsvolks herbeizuführen. Seine Reise nach Passau. Resultatlosigkeit derselben. — II. Einbruch der Passauer in Oberösterreich. Leopolds Verhandlungen mit Sachsen und Baiern. Mathias und die böhmischen Stände. Leopolds Unterredung mit Zuñiga. Einfall der Passauer in Böhmen. Budweis und Tabor fallen in ihre Hände. — III. Leopold und der Kaiser vor dem Passauer Einfall. Leopold in Beraun. Die Passauer am 13. Februar vor Prag. Einnahme der Kleinseite durch dieselben am 15. Morgens. Gräuelscenen auf der Alt- und Neustadt. — IV. Leopolds Maßregeln zur Bezwingung von ganz Prag. Mißlingen derselben. Lage der Dinge auf der Alt- und Neustadt. Wenzel von Kinsky. Vergebliche Verhandlungen der Stände mit dem Kaiser zur Herstellung des Friedens. — V. Abzug der Passauer aus Prag. Endliche Abdankung derselben. Leopolds trotzige Haltung. Versuche denselben mit Mathias zu versöhnen.

I

Es ist ein merkwürdiger Umstand, daß über die Bestimmung des Passauer Kriegsvolks von Anfang her viele und maßgebende Personen keineswegs im Zweifel waren und daß dennoch die von ihm drohende Gefahr nicht abgewendet wurde. Der Plan in Passau Werbungen anzustellen war sehr frühzeitig, schon im Jahre 1609, von Rudolf und Leopold gefaßt worden und Tennagel hatte unverhüllt den Zweck dieser Rüstungen
16 Jan. in Spanien auseinandergesetzt. Den wirklichen Anfang machte Rudolf im
1610 Januar 1610, gerade als sich in Prag der Kurfürst Ernst von Köln aufhielt, um ihn zur Berufung des Konvents zu vermögen. Der Kaiser, der sich mit Recht von friedlichen Unterhandlungen keinen Erfolg versprach, bevollmächtigte die Grafen von Althan und Sulz, Herrn von Trautmansdorf, Ramée und andere durchwegs intime Anhänger des Erzherzogs zur Vornahme von Werbungen,*) die so rasch vor sich gingen, daß bereits

*) Brüssler Archiv. Bodenius an Fleckhammer ddo. 16. Jän. 1610. — Ebendaselbst. Vischer an Fleckhammer ddo. 16. Jän. 1610.

im Monat März der größere Theil des Heeres, das später 8000 Mann zu Fuß und 4000 zu Roß zählte, im Bisthum Passau gerüstet stand. Als sich der Kaiser zur Berufung des Konvents entschloß, war die Mehrzahl der Mitglieder des Geheimrathes für die Einstellung der Rüstungen, aber sie vermochten nichts gegen den Einfluß des Hofkriegsraths, in welchem 17 April gerade jene Männer die entscheidende Stimme besaßen, die an den Rü- 1610 stungen betheiligt waren, und ebenso wenig etwas gegen Rudolfs eigenen Entschluß, der von der Anwendung der Waffen sein Heil erwartete.

Während die Rüstungen ungehindert ihren Fortgang nahmen, äußerte Niemand über sie in Böhmen Besorgniß, als der alte Peter von Rosenberg. Wegen seines Aufenthalts in Wittingau befand er sich in größerer Nähe von Passau als die in Prag lebenden tonangebenden Mitglieder des Adels und sehr bald kamen ihm Nachrichten zu, daß das Kriegsvolk früher oder später seinen Einzug in Böhmen halten werde.*) Er warnte vor einem solchen wahrscheinlich bevorstehenden Ereigniß die obersten böhmischen Beamten und Räthe, allein seine Warnung fand keine besondere Beachtung. Mehr Aufmerksamkeit widmeten die Oesterreicher und Mährer diesen Werbungen und sie beantworteten dieselben, indem sie Gegenwerbungen anstellten, auf Grund derer Mathias mit sichtlich größerem Vertrauen den Verhandlungen des Prager Konventes entgegen sah. Als selbst nach dem Beginn derselben den Passauer Rüstungen nicht Einhalt gethan wurde und der Kaiser trotz mehrfacher Mahnung von Mathias' Seite keine Miene machte zu entwaffnen, entschlossen sich die Ausschüsse der mährischen, österreichischen und ungarischen Stände, welche um diese Zeit in Wien weilten und denen der zwischen Krieg und Frieden schwebende Zustand unerträglich wurde, zu einem Ansuchen an die Böhmen, sie möchten ihren Einfluß aufbieten und den Kaiser zur Niederlegung der Waffen vermögen.**) Die böhmischen Kronbeamten und die Beisitzer der böhmischen Gerichtshöfe kamen diesem Wunsche nach, aber anstatt sich selbst an Rudolf zu wenden ersuchten sie darum die Mitglieder des Fürstenkonventes.***) Alle Bitten 24. Juli der Fürsten blieben jedoch, wie bekannt, vergeblich, der Kaiser hielt trotz 1610 der Ausgleichsverhandlungen mit Mathias an seinem Kriegsvolke fest, wenngleich er mehrmals dasselbe abzudanken versprach. Dieses Versprechen gab auch der Herzog von Braunschweig in Wien ab und auf Grund des-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Wok von Rosenberg an die obersten Beamten ddo. 21. April 1610.

**) Die Orginale der Schreiben im böhm. Statthaltereiarchiv.

***) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Zuschrift an die Mitglieder des Fürstenkonvents ddo. 24. Juli 1610.

selben hatte sich Mathias zur Unterzeichnung des Friedensvertrags am
1610 30. September entschlossen. In dem Vertrage war die Frist eines Monats stipulirt worden, innerhalb welcher Rudolf und Mathias ihre Rüstungen rückgängig machen sollten. Letzterer zögerte nicht dies zu thun, da die seinigen ohnedies nur durch die seines Bruders hervorgerufen waren, es mußte sich nun zeigen, ob der Kaiser folgen werde oder was er eigentlich beabsichtige.

Rudolf hätte nicht der kranke Mann sein müssen, der er war, wenn er in der That die Bedingungen des Friedensvertrags eingehalten hätte. Er, der vor vier Jahren, als der ungarische Aufstand ausbrach, durch einfache Nichtratificirung abgeschlossener Verträge im Vollgenuß seiner Macht bleiben wollte, der seit zwei Jahren durch eben so kindische wie bemitleidenswerthe Mittel die verlorene Herrschaft wiederzugewinnen trachtete, der zuletzt auf den monströsen Gedanken einer Verbindung mit der Union verfiel, war nicht der Mann, um sich ins Unvermeidliche zu fügen und seine Schwäche geduldig zu tragen. Während der Ausgleichsverhandlungen hatte er in einer Nacht fünfmal seinen Kämmerer zu sich beschieden, und durch diesen dem Erzherzog Leopold auftragen lassen, er möchte die Mitglieder des Konvents zur Abreise von Prag auffordern. *) Am Morgen besann er sich wohl eines andern und er verstand sich zuletzt zu einem Ausgleich, aber, wie die Folge lehrte, nur aus dem Grunde, weil er dadurch seiner unerwünschten Gäste los wurde und freie Hand zur Durchführung seiner Pläne bekam. Würde es ihm nur einigermaßen um Frieden zu thun gewesen sein, so würde er mit beiden Händen nach der Gelegenheit gegriffen haben, die sich gerade bot, auf billige Weise seines Heeres los zu werden. Maximilian von Baiern, welcher im Auftrage der Liga ein Heer warb, um gegen die bei Jülich siegreiche Union gerüstet zu sein, ersuchte den Kaiser durch eigene Gesandte um die Ueberlassung des Passauer Volkes. Er bekam von Leopold im Namen Rudolfs eine abschlägige Antwort und zwar in dem Augenblick, wo Mathias den Friedensvertrag ratificirte und sonach kein Angriff von ihm zu befürchten stand, noch gegen ihn erlaubt war. **)

Ebenso wie der Kaiser allen Anforderungen bezüglich der Entlassung des Passauer Volkes einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzte und dadurch die Klarblickenden nicht im Zweifel ließ, daß er sich mit geheimen

---

*) Münchner Staatsarchiv. Mathäus Welser an Max von Baiern ddo. 30. Juli 1610.

**) Münchner Reichsarchiv 45/1, 72. Instruktion für Herrn von Herliberg und Dr. Plank zu ihrer Reise zum Kaiser ddo. 1. Sept. 1610. — Ebendaselbst Fol. 34. Hannibal von Herliberg an Max von Baiern ddo. 18. Sept. 1610.

Absichten trage, ebenso deutete auf irgend einen bestimmten Plan und auf eine enge Verbindung mit dem Kaiser Leopolds eigenthümliches Benehmen in Prag. Der junge Mann war nicht im Stande, die in seiner Brust gährende Leidenschaft, die Sehnsucht nach Herrschaft so zu bändigen, daß nicht von Zeit zu Zeit ein heftiger Ausbruch an den Tag gebracht hätte, was in ihm tobe. Sein Benehmen in Prag, als er daselbst nach der Preisgebung Jülichs erschien, war im höchsten Grade auffallend und gegen die anwesenden Erzherzoge Maximilian und Ferdinand rücksichtslos. Er schlug sich in den Berathungen auf des Kaisers Seite, war gegen die Einstellung der Werbungen und sprach von der Verlegung anderer in dem Stifte Straßburg geworbener Truppen in die österreichischen Vorlande, ob dies dem Erzherzog Maximilian, dem Verwalter derselben, genehm sei oder nicht. Letzterer geriet darüber in nicht geringe Entrüstung und entgegnete, er werde für einen solchen Empfang der Truppen sorgen, der ihnen den Hals brechen würde. Ferdinand stritt sich zwar mit seinem Bruder nicht herum, allein er beobachtete sorgsam sein Benehmen und war entschlossen ihm im entscheidenden Moment entgegenzutreten. So viel war den andern Prinzen des österreichischen Hauses klar, daß Leopold sein Interesse an das des Kaisers zu knüpfen trachte, um seinen eigenen Vortheil dabei zu wahren und daß er mit dem Passauer Volke einen Streich beabsichtige, zu welchem des Letzteren Zustimmung gewiß schien.

Es entsteht nun die Frage, was war Leopolds Plan nach seiner Rückkehr nach Prag, da er von dieser Zeit an als der eigentliche Lenker Juni
der Ereignisse zu betrachten ist. Hatte er einen Angriff gegen Mathias 1610
im Sinne, wie Rudolf es wollte, gedachte er bloß über Böhmen herzufallen oder dachte er noch immer an die Behauptung von Jülich, so lange es sich nicht in den Händen der Union befand?

Wir haben keine Beweise in den Händen, daß Leopold in irgend einem Augenblicke einen Angriff gegen Mathias vorhatte, so sehr auch der Kaiser einen solchen wünschen mochte, alles stimmt im Gegentheil damit überein, daß er an dem Programm, welches Tennagel in Spanien entwickelt hatte, festhielt. Dieses Programm umfaßte die Erwerbung von Böhmen, Tirol und Jülich. Trotz der mangelnden Unterstützung, welche ihn genöthigt hatte, Jülich zu verlassen, wollte er noch immer nicht letzteres aus dem Kreise seiner Kombinationen streichen. Bevor er also sein Unternehmen auf die dem Kaiser verbliebenen Länder beschränkte, entschloß er sich nochmals in Spanien einen Versuch zu machen, ob dieses nicht in letzter Stunde eine Allianz mit ihm eingehen wolle.

In der Erwartung, daß die Königin seine Schwester aus geschwisterlicher Neigung weniger das Wohl des Gesammthauses als die Erhebung



24. Jul. 1610 ihres Bruders ins Auge fassen werde, schrieb er an sie einen höchst beweglichen Brief, dessen Wortlaut charakteristisch für die Denkweise des jungen Mannes ist. „Aus dem beiliegenden Memoire," so schrieb er, „werden Eure Majestät den beschwerlichen und gefährlichen Zustand, in dem sich nicht bloß meine Person sondern unser ganzes Haus, unser Besitz und die Religion befindet, erkennen und ich ersuche deshalb Eure Majestät bei dem Erbarmen Gottes und um seines heiligen und bittern Leidens willen den König Ihren theuren Herrn und Gatten zu bitten, er möge die gegenwärtige Gelegenheit nicht außer Acht lassen und nicht mit dem Heilmittel warten, bis das Uebel unheilbar ist. Schon haben wir Jülich verloren und in wenigen Jahren werden wir die bösen Früchte davon ernten . . . Theuerste Herrin und Schwester, würden der Papst und Seine katholische Majestät mich nicht verlassen sondern zu der Zeit unterstützt haben, als ich darum bat, gewiß wären alle jene Länder unserem Hause bereits unterthan, während sie jetzt verloren sind und ich mit ihnen ganz und gar, weil belastet mit Schulden und verjagt aus meinen Stiftern. Das schlimmste aber ist: wir müssen mit unsern Augen zur unglaublichen Schmach unseres Hauses sehen und ertragen, daß die Holländer und Franzosen ihre Heere mitten nach Deutschland verlegen. Um mit Euer Majestät offen zu reden, so erfahre ich alle Tage hier, daß diese Lässigkeit Spaniens, Hilfe bei so dringenden Nöthen und in Sachen, welche die Ehre und die Erhaltung unseres Hauses betreffen, zu schaffen, bei den in Prag anwesenden Kurfürsten und Fürsten ein solches Mißtrauen gegen Spanien rege gemacht hat, daß einige der Angesehensten von ihnen mir in den Bart gesagt haben, sie seien entschlossen sich mit Frankreich zu verbinden, da von Spanien keine Hilfe zu erwarten sei . . . . Abermals bitte ich also Eure Majestät um der fünf heiligen Wunden Christi willen, daß bald Rath geschafft werde, einestheils um die gegenwärtigen Uebel zu heilen anderntheils um die in der Zukunft drohenden hintanzuhalten." *)

4. Aug. 1610 Wenige Tage nach Absendung dieses Briefes schrieb Leopold abermals in gleich leidenschaftlichem Tone an seine Schwester und bat wiederholt, ihr Gemahl möchte doch „um Gottes willen einen heroischen Entschluß fassen" und seine Truppen, so weit sie in Flandern und Italien gerüstet stehen, mit denen in Passau vereinen und eine Wendung in die öffentlichen Angelegenheiten bringen. **) In gleicher Weise schrieb er an seinen Agenten in Madrid, einen gewissen Miraballo, den er an Tennagels Stelle nach

*) Simancas 2496/72. Leopold an die Königin von Spanien ddo. 24. Juli 1610. Dabei ein Memoriale über die Lage der Dinge in Europa.

**) Simancas 2496/72. Leopold an die Königin von Spanien ddo. 4. Aug. 1610.

Spanien geschickt hatte.*) Alle Briefe des Erzherzogs tragen den Stempel einer gleichen Erregtheit des Gemüthes, in allen bittet er dringend um Hilfe, ohne doch genau zu präcisiren, was er eigentlich mit der Hilfe zu beginnen gedenke, ob er Jülich vertheidigen wolle, ob er die Protestanten Deutschlands anzugreifen beabsichtige oder was er eigentlich im Sinne habe. Diese Unklarheit in seiner Sprache ist aber offenbar eine Folge des Umstandes, daß er selbst nicht recht wußte, wo und wie er den Angriff beginnen sollte. Nahm sich Spanien seiner an, so würde der Erzherzog schwankend geworden sein, ob er in Jülich oder in Böhmen das Ziel seines Ehrgeizes zu suchen habe. Wir haben wohl nicht nöthig hinzuzufügen, daß das Kabinet Philipps III die Briefe und Botschaften Leopolds entschieden ungünstig beurtheilte und Zuñiga den Befehl erhielt in allem und jedem dem Erzherzog entgegenzuarbeiten.

Tritt aus dem abermaligen Versuche, Spanien für sich zu gewinnen, Leopolds Absicht nach gewaltsamen Aenderungen und nach einer großen Rolle klar genug hervor, so wird diese noch deutlicher aus einem beinahe gleichzeitigen Versuche, den Herzog von Baiern an sein Schicksal zu ketten. Er benützte den Grafen Eitel Friedrich von Zollern, der in andern Angelegenheiten nach München reiste, auch zur Verrichtung „einer hochwichtigen 13 Aug.
Commission“ bei dem Herzog.**) Wir finden in dem Empfehlungsschreiben 1610
die Kommission nicht speziell angegeben, allein da der Erzherzog darin flehend um eine solche Entscheidung bittet, wie es des „hochwichtigen Werkes äußerste Nothdurft erfordert,“ so ist nicht zweifelhaft, um was es sich dabei handelte. Aus der weitern Haltung des Herzogs ist ersichtlich, daß er seine bisherige abwartende Rolle nicht aufgab und Leopold auch von dieser Seite im Stiche gelassen wurde.

Es ist vielleicht möglich, daß diese doppelte Niederlage dem jungen Prinzen den Kopf zurechtgesetzt und er selbst, trotz des Kaisers kriegslustiger Stimmung, sich in das Unvermeidliche gefügt hätte, wenn nicht die eben erzählten und gleichzeitigen Verhandlungen wegen Bestimmung der Nachfolge im deutschen Reiche seinen gesunkenen Muth aufgerichtet hätten. Als er sah, daß Mainz, Köln und Sachsen sich zu seiner Erhebung geneigt erklärten, und als er später die Nachricht erhielt, daß die drei geistlichen Kurfürsten zur Unterzeichnung einer darauf bezüglichen Akte bereit seien, da muß man es begreiflich finden, wenn er die Partie nicht verloren gab, sondern mindestens auf den Gewinn von Böhmen rechnete. Die Erbrechte, welche Mathias auf dies Land besaß, und die Anwartschaft, welche

*) Simancas 2496/10. Leopold an Anton Miraballo ddo. 5. Aug. 1610.

**) Münchner Reichsarchiv 44/3, 796. Leopold an Max von Baiern.

er außerdem im Jahre 1608 durch den Liebner Vertrag auf dasselbe erlangt hatte, mochten dem Erzherzog als kein unübersteigliches Hinderniß erscheinen; denn da die Kurfürsten als Bedingung seiner Erhebung vom Kaiser die Ausstattung mit Ländern verlangten, so konnte füglich kein anderes Land als Böhmen gemeint werden. Wenn aber die Kurfürsten selbst, die Hüter der gesetzlichen Ordnung, den Liebner Vertrag so gering achteten, wie kann man es dem jungen Prinzen verübeln, wenn auch er für denselben keine Achtung an den Tag legte? Es würde zu weit gegangen sein, wollte man die Kurfürsten für die folgende Haltung Leopolds verantwortlich machen und genau abwägen, für wie viel die von ihnen angebotene deutsche Krone in seinen Entschließungen gegolten habe; allein so viel scheint die Billigkeit zu erheischen, daß man ihrem lächerlichen Benehmen gleichfalls eine Schuld an den nachfolgenden Uebeln beimesse. Wenn Anhalt den Erzherzog mit der deutschen Krone geködert hätte, so würden wir hierin von seinem Standpunkte aus eine Maßregel von hoher Klugheit sehen, weil sie geeignet war zwischen den österreichischen Prinzen einen erbitterten Kampf heraufzubeschwören. Wenn aber Fürsten, welche dem Hause Habsburg freundlich gesinnt zu sein nicht bloß vorgaben, sondern es auch waren, zu einem so leichtfertigen Entschlusse sich hinreißen ließen, wie dies die beabsichtigte Wahl Leopolds war, so muß ihr Betragen als ein solches bezeichnet werden, welches aller Einsicht und Ueberlegung bar war.

Mochte also der Erzherzog in Folge seiner mißglückten diplomatischen Sendungen an der Erreichung seines Zieles einen Augenblick verzweifeln, das Benehmen der Kurfürsten belebte sicherlich wieder seinen Muth. So wenig als der Kaiser je ernstlich an die Entlassung der Passauer dachte, so wenig durfte auch Leopold dieselbe beabsichtigen. Da jedoch in dem Vertrage mit Mathias die Entlassung binnen Monatsfrist bedungen war, so fehlte es in Prag nicht an Stimmen, welche den Kaiser an seine Pflicht erinnerten. Es galt vor allem Zeit zu gewinnen und unter mancherlei Vorwänden dieselbe zu verzögern. Beeilte sich Mathias inzwischen seine Truppen zu entlassen, so war Rudolf Herr der Situation und konnte um so leichter in Böhmen eine feste Position fassen. Der Vorwand zur Nichtabdankung der Passauer wurde in einer kaiserlichen Zuschrift an die böhmischen Kronbeamten daher genommen, daß die nöthigen Geldmittel nicht vorhanden seien, um den seit mehrerern Monaten schuldigen Sold auszuzahlen. So schlimm stand es jedoch nicht mit den Mitteln des Kaisers. Aus den betreffenden Rechnungen und aus spätern Vorgängen wissen wir, daß im Monat September die Truppen an rückständigen Sold kaum 400.000 Gulden zu fordern hatten, daß Rudolf um diese Zeit mindestens über eine Geldsumme von 300.000 Gulden verfügte und der Rest

leicht durch ein Anlehen hätte gedeckt werden können. Allein der Kaiser gab vor, daß er ganz und gar von Mitteln entblößt sei und sonach die Abdankung nicht vornehmen könne. Ob dieselbe leichter zu bewerkstelligen sein würde, wenn man die Hände in den Schoß legte und die Rechnung ohne Ende anwachsen ließ, das mußte jedermann zweifelhaft erscheinen.

Indessen drängte die Zeit ein Mittel zu ergreifen. Das Kriegsvolk hatte in Folge seines mehrmonatlichen Aufenthalts im Passauer Stifte derart alle daselbst befindlichen Vorräthe an Lebensmitteln aufgezehrt, daß, wenn es nicht abgedankt wurde, eine Verlegung desselben dringend geboten war. Dieser Umstand wurde von den Mitwissern über dessen eigent- 17 Sep.
liche Bestimmug benützt, um eine Verlegung der Quartiere nach Böhmen 1610
dem Kaiser anzurathen.*) Hatte man das Kriegsvolk einmal im Lande, so war es leichter zu gebrauchen als in Passau, von wo aus ihm der Weg nach Böhmen, sei es durch die Baiern sei es durch die Oesterreicher, verlegt werden konnte. In dem bezüglichen Gutachten, welches der Hofkriegsrath dem Kaiser vorlegte, wurde der südliche Theil von Böhmen zu solchen Quartieren vorgeschlagen und zwar die ausgedehnte kaiserliche Herrschaft Krumau und die Stadt und Umgebung von Budweis. Althan und Ramée reisten heimlich nach Krumau, um die dortige Gelegenheit kennen zu lernen, wahrscheinlich aber auch, um das Terrain für den Fall eines gewaltsamen Einmarsches zu rekognosciren.**)

Rudolf kam dem Gutachten seiner Räthe und unzweifelhaft auch Leopolds rasch nach. Er zeigte in einem Schreiben, welches seine alleinige 19 Sep.
Unterschrift trug, den böhmischen Kronbeamten die Verlegenheit an, in 1610
welcher er sich wegen des Passauer Kriegsvolks befinde. Er sei nicht im Stande dasselbe abzudanken, könne es auch nicht länger in den bisherigen Quartieren belassen und müsse auf dessen Verlegung nach Krumau und Budweis dringen. Demgemäß ersuchte er die Kronbeamten, sie möchten im Vereine mit einem ständischen Ausschuß, der vermöge Landtagsbeschluß mit den militärischen Angelegenheiten des Landes betraut war, die Sache erwägen und für die Unterbringung Sorge tragen.***) Einige Tage darauf erweiterte der Kaiser seine Bitte dahin, daß er von den Kronbeamten auch einen Geldbeitrag zur Unterhaltung der Truppen verlangte. †)

---

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Gutachten des Hofkriegsrathes ddo. 17. Sept. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Des Hauptmann von Krumau Turnowský Bericht hierüber ddo. 18. Sept. 1610.

***) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Rudolf au die böhm. Landoffiziere ddo. 19. Sept. 1610.

†) Ebendaselbst. Mündliche Proposition für die böhm. Landoffiziere ddo. 24. Sept. 1610.

Diese nicht im allergeringsten erwartete Anzeige verursachte unter den obersten Beamten — zwei bis drei ausgenommen — Bestürzung und Unwillen, den auch der ständische Ausschuß für Landesvertheidigung (oder der Defensionsausschuß) im vollen Maße theilte. Alle sahen die Verfassung verletzt, denn man muß wissen, daß es nach derselben keinem Könige von Böhmen gestattet war, Truppen ins Land zu führen oder zu werben, wenn nicht der Landtag seine Zustimmung dazu gegeben hatte. Da von der Einhaltung dieser Bedingung keine Rede war, konnten die Böhmen sich nicht nur über Verfassungsbruch beklagen, wenn die Passauer ins Land gebracht wurden, sondern sie waren noch überdies und mit Recht empört, daß ihnen ein Beitrag für deren Unterhaltung zugemuthet wurde. Ihre Antwort zeigte jedoch, daß sie nicht allein den Buchstaben der Verfassung vor Augen hatten, sondern daß sie den Verhältnissen eine billige
25Sep 1610 Rechnung tragen wollten. Nachdem sie dem Kaiser ihr „Befremden" ausgedrückt hatten, daß er im Gegensatz zur Landesordnung und zu den Landtagsbeschlüssen einem fremden Kriegsvolk den Eingang nach Böhmen eröffnen wolle, und ihn gemahnt hatten, er möchte dasselbe ungesäumt abdanken, erboten sie im letztern Falle ihm mit einem Geldbeitrag auszuhelfen. *)

Die Antwort der Böhmen schien eine Wirkung auf den Kaiser auszuüben, denn sowohl die Hofkammer wie die böhmische Kammer erhielten den Auftrag über die zur Abdankung verfügbaren Geldmittel Auskunft zu
29Sep. 1610 geben. Der Bericht beider Kammern lautete trostlos, beide erklärten übereinstimmend, daß ihre Mittel durch ihre sonstigen Obliegenheiten völlig erschöpft seien.**) Die Böhmen durch diese Nachricht nicht besonders erheitert fügten sich in das Unvermeidliche und boten dem Kaiser an, daß sie nichtsdestoweniger eine Geldsumme zur theilweisen Deckung seiner Bedürfnisse aufbringen wollten und gedachten zu dem Ende, sie im Wege des Anlehens zu Stande zu bringen. Wer unter den Ständen über größere Kapitalien verfügte, wurde von ihnen um ein Darlehen angesucht und man muß sagen mit recht günstigem Erfolg. Auch an Peter von Rosenberg wandte man sich um eine Summe, Budowec und Smiřický wurden zu ihm deshalb abgeschickt. Sie trafen bei ihm zwei Abgesandte des Passauer Volkes, Ramée und Haugwitz, welche dem alten Herrn die Anzeige machten, daß das Kriegsvolk mit nächstem in Krumau einrücken und daß es von dem

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die obersten Landofficiere und Defensoren an den Kaiser ddo. 25. Sept. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Bericht der Hofkammer und böhmischen Kammer ddo. 29. Sept. 1610.

Verhalten des benachbarten Adels abhängen werde, ob das Benehmen der Soldaten ein freundliches oder feindliches sein werde.*) Als Budowec hierüber in Prag berichtete, konnte man leicht einsehen, daß ein freveles Spiel im Werke sei. Nichtsdestoweniger erlahmte der Eifer der Böhmen nicht und nach einigen Verhandlungen waren sie schließlich erbötig dem Kaiser die Summe von 200.000 Gulden theils im baren Gelde theils in sichern Anweisungen, welche in kurzer Zeit fällig sein sollten, vorzustrecken.**) Hiezu trugen nicht bloß die Nachrichten bei, welche Budowec von Wittingau gebracht, sondern auch andere Berichte, welche von allen Seiten über die Unthaten des Passauer Volkes und über seine Lust in Böhmen einzubrechen einliefen.

Die Anerbietungen der Böhmen und deren energisches Drängen auf die Abdankung der Passauer verursachten, daß der Kaiser von der Verlegung der Quartiere einige Zeit schwieg und es sich gefallen ließ, daß der Herzog von Braunschweig, dem allgemein das Vertrauen der Friedfertigen entgegenkam, als derjenige bezeichnet wurde, der nach Passau gehen und die Abdankung bewerkstelligen sollte. Derselbe war nach Beendigung der Ausgleichsverhandlungen mit Mathias von Wien nach Prag zurückgekommen und statt wie die andern Mitglieder des Fürstenkonvents seinen Abschied zu nehmen, daselbst zurückgeblieben. Er hatte dem König Mathias sein Wort gegeben, daß die Abdankung der Passauer wirklich zu Stande kommen werde und in seinem gewissenhaften Eifer fühlte er sich verpflichtet, dazu mit allen Mitteln zu wirken. Der Kaiser dem Drängen der Böhmen nachgebend ließ ihn bereits am 16. Oktober fragen, ob er 1610
nicht nach Passau reisen und die Abdankung des Kriegsvolks bewerkstelligen wolle. Der Herzog erklärte sich nicht nur zur Reise bereit, sondern er erbot sich auch dem Kaiser mit einer Verschreibung im Betrage von 100.000 Thalern auszuhelfen, um ja nichts an sich ermangeln zu lassen. Zu gleicher Zeit suchte er einen ähnlichen Eifer auch bei andern zu wecken, auf daß jeder nach Kräften sich zu einem entsprechenden Opfer entschließe. Da seine eigenen so wie die ständischen Verschreibungen, so reelle Werthe sie auch repräsentirten, erst binnen mehreren Monaten fällig wurden, bemühte er sich überdies auch bares Geld aufzubringen. Nach seiner Meinung ließ sich die Abdankung der Passauer bewerkstelligen, wenn man ihnen etwa den vierten Theil des rückständigen Soldes bar, das übrige aber in Anweisungen, fällig im Laufe des Jahres 1611, ausbezahlen

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Relation des Budowec ddo. 12. Okt. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Landoffiziere an den Kaiser ddo. 3. Nov. 1610.

würde. Der spanische Gesandte, von ihm um einen Beitrag ersucht, war, getreu den Weisungen seines Herrn, erbötig alsogleich 20.000 Gulden zu erlegen und eine gleiche Summe in Wechseln zu übergeben. Bevor noch der Monat Oktober verflossen war, hatte es der Herzog von Braunschweig mit seiner unermüdlichen Sorgfalt dahin gebracht, daß er an 148.000 Gulden im baren und über 312.000 Gulden in Anweisungen verfügen zu können glaubte. *) Wir bemerken, daß diese Summen hingereicht hätten, alle Forderungen der Passauer zu befriedigen und daß also Rudolf vollständig über die Mittel zu ihrer Abdankung gebot. **)

Nachdem die Anstrengungen des Herzogs von solchem Erfolge gekrönt waren, beeilte er sich dem Kaiser hierüber Bericht zu erstatten und definitiv die Uebertragung der Kommission zu verlangen. Er erhielt behufs des letztern vom Grafen von Sulz ein so mangelhaftes Dekret zugestellt, daß er darüber bittere Beschwerde führte. Zu Rudolf zu gelangen und durch ihn dem Mangel abzuhelfen, wollte ihm lange nicht gelingen, bis er endlich auf die Drohung, von Prag nach Hause reisen zu wollen, auf eine Viertelstunde vor den Kaiser gelassen ward. ***) Alles kam jetzt scheinbar in Ordnung, er erhielt die gewünschte Vollmacht oder wenigstens das Versprechen, daß sie ihm nachgeschickt werde. Mit dem Zahlmeister Kleinsträtel traf er die Verabredung, daß er ihm nach Empfang der allseitig versprochenen Gelder und Anweisungen augenblicklich nachreisen werde. Auf diese Weise war der Herzog mit allen Vorbereitungen fertig, so daß er am 10. November von Prag abreisen konnte. Am 13. traf er in Passau an.

Hier angelagt traf er neben den Befehlshabern des Kriegsvolks: Althan, Trautmannsdorf, Schwendi, Ramée, Alwin Sulz auch mit Erzherzog Leopold zusammen. Derselbe hatte sich bis zu Ende September in Prag aufgehalten und war darauf nach Passau gereist. Seit seiner Anwe-

---

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Herzog von Braunschweig an den Oberstburggrafen ddo. 12/22. Okt. 1610. — Wolfenbüttler Archiv. Relation, was bei der Commission so die Röm. Kay. May. J. F. G. dem Hertzogen zu Braunschweig ihn der Passawischen Abdanckung auffgetragen allerseits vom 16 Oktobris bis auff den 8 Decembris anno 1610 vorgelauffen.

**) Die Forderungen der Passauer betrugen für ihre ganze Dienstzeit nach einer amtlichen Berechnung bis zum 16. Dez. 1610 die Summe von ungefähr 1.100.000 Gulden. Zu Ende Oktober konnte sich demnach diese Summe kaum höher als auf 900.000 Gulden belaufen. Durch theilweise Zahlungen hatten die Passauer bereits über 400.000 Gulden erhalten, die schuldige Summe belief sich Ende Oktob. gewiß auf nicht mehr als 500.000 Gulden. Wenn der Kaiser also nur entfernt die Abdankung wünschte, so hatte er die Möglichkeit vor sich, ohne sich selbst anstrengen zu müssen.

***) Brüssler Archiv. Bodenius an Fleckhammer ddo. 30. Okt. 1610.

senheit suchte er durch freundliche Haltung das Kriegsvolk sich geneigt zu machen, wiederholt lud er die Anführer zu Tisch, inspizirte die einzelnen Regimenter, lobte sie für ihre ausgezeichnete Haltung und versprach ihnen baldige Befriedigung ihrer Forderungen. Seine übrige Thätigkeit in diesen Tagen seines Passauer Aufenthalts entzieht sich der historischen Forschung; wenn wir aber aus den folgenden Ereignissen einen Schluß auf dieselbe ziehen, so traf er mit den Obersten die letzten Verabredungen über den zu bewerkstelligenden Einbruch in Oesterreich und Böhmen. Unter dem Scheine von Meuterei, zu der die Soldaten nicht erst aufgereizt werden mußten, da sie durch vielfache Entbehrungen übel gestimmt waren, sollte der Einbruch geschehen. Man könnte indessen in Zweifel darüber gerathen, ob wirklich ein solcher Einbruch planmäßig betrieben wurde, wenn man die Mission des Herzogs von Braunschweig betrachtet. Der Kaiser hatte dieselbe zwar auf alle Weise verzögert, aber zuletzt doch die Erlaubniß zu derselben gegeben und so in der That die Abdankung bewerkstelligen wollen. Ohne weiter darauf hinzuweisen, daß der Kaiser gar nichts zur Herbeischaffung der Mittel für die Bezahlung der Passauer beigetragen und das ganze Geschäft dem Herzog überlassen hatte, als ob es ihn so wenig anginge, wie die Befriedigung einer asiatischen Horde, dient uns als weiterer Fingerzeig die Meinung Maximilians von Baiern. Auch an ihn hatte sich der Herzog von Braunschweig in seinem bewundernswerthen Eifer gewendet und ihn um ein Anlehen ersucht. Maximilian erwiederte, daß er sein Geld zu seiner eigenen Vertheidigung brauche, denn unter dem Scheine die Passauer abzudanken, suche der Kaiser und die ihn beherrschende Partei Geld aufzubringen und dann erst recht ihre Pläne durchzuführen.*) Damit hatte Maximilian den Nagel auf den Kopf getroffen, wie die folgenden Ereignisse zeigen. Die Erfolglosigkeit der Bemühungen des Herzogs von Braunschweig lieferte bald den ersten Beweis.

Da nach Prag ununterbrochen im Laufe des Monats Oktober Nachrichten gelangten, daß die Soldaten trotz des Zuredens ihrer Offiziere ihre Quartiere gewaltsam verändern wollten, hatte der Herzog von Braunschweig, um nicht seine Kommission vergeblich in Angriff zu nehmen, schon am 3. November ein Schreiben an das Kriegsvolk abgeschickt, worin er seine Ankunft mit Gewißheit versprach und volle Befriedigung aller Soldrückstände verhieß. Als er anlangte, theilte er den Offizieren mit, daß er binnen wenigen Tagen im Stande sein werde einen Theil des rückständigen Soldes im baren, einen andern in Anweisungen zu berichtigen. Ohne

*) Wolfenbüttler Archiv. Max von Baiern an den Herzog von Braunschweig ddo. 16. Nov. 1610.

den weitern Fortgang dieser Angelegenheit abzuwarten reiste Leopold darauf nach Prag ab, wie er erklärte, auf Verlangen des Kaisers; mit ihm gingen auch der Oberst Trautmannsdorf und mehrere andere Offiziere, während der Feldmarschall Althan nach Salzburg sich begab, angeblich mit einem Auftrage an den Erzbischof. So entfernten sich von dem Heere alle jene, welche auf dasselbe einen entscheidenden Einfluß besaßen und es blieb dasselbe unter dem Kommando der minder hoch gestellten Offiziere zurück, unter denen jetzt Oberst Ramée den ersten Platz einnahm. Dieser war es, der wahrscheinlich schon jetzt ausersehen war, das folgende Drama in Scene zu setzen.

15 Nov. 1610

Nach der Entfernung der genannten Anführer theilte der Herzog den zurückgebliebenen Offizieren die Bedingungen mit, unter denen die Berichtigung der Soldrückstände erfolgen sollte.*) Sie schienen damit zufrieden, weigerten sich aber die Mittheilung an die Soldaten zu machen und verlangten, der Herzog solle es thun. In Folge dessen gab derselbe den Befehl die sämmtlichen Regimenter sollten bei Griesbach, in der Nähe von Passau, ihre Aufstellung nehmen. Die Soldaten kamen dem Befehle nach, nahmen aber dabei eine meuterische Haltung an und drohten mit ihrem unmittelbaren Abmarsch nach Böhmen, so daß der Herzog Mühe hatte, sie zur Ruhe zu bringen. Am folgenden Tage zeigte er ihnen schriftlich an, daß sie am 20. November gemustert, ihnen dabei ein Monatsold ausbezahlt und sie binnen 14 Tagen, vom 22. November an gerechnet, abgedankt werden sollten, nachdem vordem mit ihnen ordentliche Abrechnung gepflogen worden.**)

16 Nov.

17 Nov.

Dies Versprechen hatte der Herzog gegeben, weil er mit Sicherheit die Ankunft des Zahlmeisters erwartete. Er sollte an Barschaft, Silber- und Goldgeräthen die obenerwähnte Summe von 148.000 Gulden mitbringen, dazu Anweisungen im Betrage von 312.000 Gulden. Vor seiner Abreise hat der Herzog vom Kaiser noch das Versprechen erhalten, daß er 100.000 Thaler (so viel als 116.666 Gulden) beisteuern wolle und der gute Mann hatte sich in der Hoffnung entfernt, daß die Barsumme sich auf 264.000 Gulden belaufen könnte. Der Zahlmeister sollte mit Geld und Anweisungen, die wegen einzelner noch nicht erfüllter Formalitäten ihrer Ausfertigung harrten, aber längstens dieselbe in zwei bis drei Tagen erhalten mußten, wenn in Prag nicht absichtlich gezögert wurde, dem Herzog auf dem Fuße folgen. Mit Gewißheit erwartete ihn der letztere Tag für

*) Wolfenbüttler Archiv. Reverendissimi Proposition, so den Offiziren geschen 16. Nov. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Herzog von Braunschweig an die Passauer Truppen ddo. 18. Nov. 1610.

Tag in Passau, als aber der 20. November herankam, an dem die Musterung vorgenommen werden sollte, und noch kein Geld vorhanden war, da riß dem Herzog die Geduld. Er erinnerte sich jetzt aller Zögerungen, durch die man seine Mission vereiteln wollte, er berücksichtigte jetzt die Warnungen Maximilians von Baiern und machte seinem Zorne Luft, indem er in einer heftigen Schrift gegen das Gebahren des Hofkriegsraths (in dem der ältere Sulz, Althan und Trautmannsdorf obenan saßen) protestirte. Sie hätten, schrieb er ihnen, den Kaiser betrügerischer Weise zu den Passauer Werbungen verleitet, die an eine Million Gulden verschlingen würden und zwar mit demselben Nutzen, als wenn man sie in die Donau geworfen hätte. Vermöge des Vertrags mit Mathias sei das Kriegsvolk abzudanken, sie hätten es aber „durch allerhand läppische und nichtswürdige Ausflüchte stets zu hemmen und ganz und gar zu verhindern gesucht.“ Nun habe er behufs der Abdankung ein Dekret zugestellt erhalten, welches mehr einer „Scharteke“ als einem amtlichen Schriftstück ähnlich sehe, denn es mangle daran Unterschrift und Siegel des Hofkriegsraths. Solche Nachlässigkeit müsse man „ihrer Unbesonnenheit, ihrem groben Bauernstolz und ihrem Unverstande“ zuschreiben und ihnen allein die Folgen, wenn die Abdankung mißlingen sollte, zur Last legen. Sein Unwille steigerte sich schließlich zu einem Befehle, der als der Ausfluß sittlicher Entrüstung anzusehen ist. Er, der fremde Fürst, forderte den Hofkriegsrath auf, ihm bis zum 28. November ein Dekret in der nothwendigen Form auszufertigen, das mit Weglassung aller Zweideutigkeiten die Abdankung des ganzen Heeres, Offiziere und Soldaten einbegriffen, einfach anordne. *) Nicht zufrieden mit diesem Proteste verfaßte der Herzog am folgenden Tage eine andere Schrift, bestimmt für weitere Kreise, worin er seine Bemühungen um Aufbringung der nöthigen Geldsummen schilderte und den Kaiser wie seine Räthe an den Pranger stellte, indem er ihnen die Schuld zumaß, daß Kleinsträtel noch immer nicht eingetroffen sei. **)

Wiewohl der Herzog also weder am 20. noch 22. November über 1610
Geld gebot, nahm er doch die Musterung an dem bestimmten Tage vor. Die Soldaten benahmen sich dabei willig, nur bezüglich der Soldrückstände erhoben sie überspannte Ansprüche, welche der Herzog sich gefallen lassen mußte, da er sie bei guter Laune zu erhalten suchte. Sie erinnerten auch nicht daran, daß ihnen bei der Vornahme der Musterung ein Monatssold versprochen worden und jetzt nicht ausbezahlt wurde, sondern waren

*) Wolfenbüttler Archiv. Protestationsschrift des Herzogs ddo. 20. Nov. 1610.

**) Wolfenbüttler Archiv. Urkunde vom 21. Nov. 1610 ohne Aufschrift.



damit zufrieden, daß bei der schließlichen Entlassung am 6. Dezember jedenfalls ihre Forderungen befriedigt werden würden. Damit hatte der Herzog eine schwere Arbeit beendet und er erwartete nun täglich das Erscheinen des Zahlmeisters, mit Sicherheit sich der Hoffnung hingebend, daß derselbe seine Ankunft nicht über den Verlauf des Monats November verzögern könne.

Es verging jedoch ein Tag um den andern, der Monat November war vorüber und der 6. Dezember vor der Thür. Wohl liefen von Kleinsträtel beinahe täglich Briefe ein, worin er über die Schwierigkeiten, das nöthige Geld zusammenzubringen, berichtete, aber kein Tag brachte ihn selbst. Vom Kaiser empfing der Herzog ein Schreiben, worin er ihn für seinen Eifer belobte und aufforderte in dem begonnenen Werke der Abdankung fortzufahren und sich durch keine böswilligen Leute stören zu lassen. Auch ein Dekret, welches ihn zur Vornahme der Abdankung ermächtigte und das Leopold im Namen des Kaisers unterzeichnete, erhielt er, aber von Geld war bei allen diesen Kundgebungen keine Spur.*) Und doch bedurfte es nur eines Winkes von Seite des Kaisers, um solches nach Passau zu schaffen. Bis zum 25. November hatte Kleinsträtel 123.642 Thaler an baarem Gelde und 228.714 Thaler an Verschreibungen erhalten.**) Reiste er damit sogleich nach Passau, so war nicht zu bezweifeln, daß der Herzog seine Kommission vollbracht hätte. Allein dem Zahlmeister waren die Hände gebunden, er reiste nicht nach Passau ab, da der Kaiser zur Beibehaltung des Kriegsvolks entschlossen war.

Als Leopold in Prag angelangt war, wurden natürlich Angesichts des verwegenen Schrittes, den man thun wollte, häufig Berathungen gehalten, bei denen einer oder der andere von den Räthen der Abdankung das Wort geredet haben mag. Solche Stimmen fanden aber weder bei dem Erzherzog noch bei dem Kaiser Gehör. Nach dem Berichte Wenzels von Kinsky, der noch immer seine Verbindung mit dem ersteren aufrecht hielt um desto besser dem König Mathias dienen zu können, hatten sich Leopold und seine Partei über folgenden Plan geeinigt. Das Passauer Volk sollte trotz allen Widerspruches nach Krumau gebracht, alsdann ein Landtag berufen werden, an dem die Kassirung des Majestätsbriefes vorgenommen werden sollte. Um den Wortführern der protestantischen Partei die Möglichkeit abzuschneiden, den Landtag zu einer oppositionellen Haltung

*) Wolfenbüttler Archiv. Rudolf an den Herzog von Braunschweig ddo. 20. Nov. 1610. — Ebendaselbst. Kais. Dekret den Offizieren und Befehlshabern wegen der Abdankung zugeschickt, in simili an alle ddo. 23. Nov. 1610.

**) Wolfenbüttler Archiv. Bericht über die am 25. November vorhandenen Geldmittel.



zu veranlassen, sollte denselben gleichzeitig der Prozeß als Majestätsverbrechern gemacht werden. Aus späteren Angaben ersehen wir, daß man namentlich gegen den Grafen Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz in dieser Weise vorgehen wollte. Es versteht sich, daß der Landtag auch Leopold zum Nachfolger des Kaisers ernennen sollte.*) — Die Regierungsgeschäfte waren um diese Zeit bereits ganz und gar in den Händen des Erzherzogs. Dem Präsidenten des geheimen Rathes, dem Grafen von Leuchtenberg, der seit seiner Ernennung stets nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, jetzt aber zu den Gegnern der Kriegspolitik gehörte, wurde bedeutet, daß er seine Entlassung nehmen solle, vorläufig wurde er gar nicht beachtet. So geschah es, daß der Erzherzog nicht nur im Hofkriegsrath, sondern auch im Geheimrath eine unbestrittene Herrschaft ausübte. Die Abdankung der Passauer ward also förmlich verworfen.**) Um jedoch bei dem Wagstück nicht allein zu stehen und die Täuschung so lange als möglich zu erhalten, als ob die Passauer gegen Jülich bestimmt seien, begab sich Leopold nach Dresden dem Ende Nov. 1610 Kurfürsten ein Bündniß antragend. Christian II sollte in seinen Bestrebungen, Jülich zu erwerben, unterstützt werden, dagegen dem Kaiser für die Erhaltung des Passauer Volkes mit einer Geldsumme behilflich sein. Der Kurfürst war diesem Plane früher nicht abgeneigt, als er aber jetzt von dem Erzherzog in eigener Person zur Entscheidung gedrängt wurde, lehnte er das angebotene Bündniß ab. Er erwiederte demselben, daß er sich zu schwach fühle, um im Verein mit dem kaiser- 5. Dez. 1610 lichen Kriegsvolk die Eroberung von Jülich zu versuchen.

---

*) Korrespondenz zwischen Kaiser Rudolf rc. von Hanka. Die Intention des Kaisers wegen des Passauischen Volkes. S. 42. Dieses wichtige Schriftstück, eine Art von Memoire, das Resultat von Kinsky's Nachspürungen enthaltend, hat auch Hurter gekannt, demselben aber deshalb nicht allen Glauben geschenkt, weil er nicht wußte, ob es von Kinsky herrühre. Es rührt in der That von letzterem her, wie wir uns durch eine Untersuchung der Originalbriefe, die im böhm. Museum erliegen, überzeugen konnten. Wir mußten schon deshalb zu den Originalien uns wenden, und von der durch Hanka veranstalteten Publikation absehen, weil derselbe, nicht bekannt mit der Detailgeschichte der Zeit, die Briefe nicht in der richtigen Ordnung publizirte. Es handelte sich also für uns, in den Originalien selbst bessere Anhaltspunkte zu finden. — Auf Seite 192 wird berichtet werden, welchen Anhang Leopold unter den böhmischen Kronbeamten und unter den Katholiken fand. Kinsky behauptet, daß sich unter den Freunden Leopolds auch der Kanzler Lobkowitz befunden, ist dies richtig, so hat sich derselbe in den Tagen der Entscheidung von Leopold ferngehalten.

**) Brüssler Archiv. Bodenius an Pisport ddo. 27. Nov. 1610.

Zuñiga ließ es in diesen verhängnißvollen Tagen an nichts fehlen, um den Erzherzog zur Besinnung zurückzubringen. Auf welche Seite er sich neige, darüber konnte Niemand im Zweifel bleiben, da er zur Abdankung des Kriegsvolks im Namen seines Herrn 20.000 Gulden in baarem Gelde hergab. Er riet dem Erzherzog wiederholt aber vergeblich von allen unüberlegten Schritten ab, der junge Prinz verwarf diese Rathschläge und sagte, er wolle einmal ein Kriegsjahr verleben und dann sich zurückziehen. Als Zuñiga nichtsdestoweniger ihm empfahl sich von allen Geschäften fern zu halten, erwiederte er: „Wenn ich mich plötzlich von dem Kaiser entferne, so bemächtigen sich seiner die Kalvinisten," eine Behauptung, die allerdings richtig war.*) Ebensowenig wie Leopold Zuñiga's vorsichtige Mahnungen beachtete, ebensowenig that dies der Kaiser. Die im Dienste Rudolfs befindlichen Astrologen hatten ausgerechnet, daß er diesmal im Kriege glücklich sein und Mathias gefangen nehmen werde; Geldgeschenke waren ihr Lohn für diese günstige Prophezeiung. Darf es uns Wunder nehmen, wenn auf dies hin ein Memoire, in welchem Zuñiga seine warnende Stimme ertönen ließ, vom Kaiser keines Blickes gewürdigt wurde.**) — Die Schritte zur Abdankung der Passauer waren und sind nichts wie Blendwerk, so berichtete der spanische Gesandte an seinen König.

In Anbetracht dieser Angaben ist es nur zu begreiflich, warum der sehnlich erwartete Kleinsträtel in Passau nicht erschien und als er doch ankam, dies so ziemlich mit leeren Händen der Fall war. Schon am 1. Dezember wußte der Herzog von Braunschweig, er werde sein Versprechen nicht
1610 einhalten und die versprochenen Zahlungen am 6. nicht leisten können. Er berief deshalb einen Kriegsrath, an dem von den Anführern Althan, der mittlerweile wieder beim Heere erschien, und Ramée theilnahmen. Der Herzog erörtete die Unmöglichkeit, baares Geld in kurzer Zeit aufzutreiben und schlug als Auskunftsmittel vor, die Soldaten für ihre Soldrückstände durchwegs mit Anweisungen, die bald fällig sein sollten, zu bezahlen. Althan und Ramée entgegneten, daß sich die Soldaten unter dieser Bedingung keine Abdankung würden gefallen lassen, sondern eher zur Wahl eines Eletto,***) wie dies bei den geworbenen Truppen des 16. Jahrhunderts oft der Fall war, schreiten und auf eigene Gefahr hin ihre Befriedigung

*) Simancas. 709/189. Bericht des Staatsrathes an den König über Zuñiga's Schreiben vom 17. und 25. Dezember 1610 und vom 14. und 15. Januar 1611.

**) Simancas 709/191. Der Staatsrath an den König über Zuñiga's Brief vom 15. Januar.

***) Im 16. Jahrhundert kam es öfters vor, daß Truppen, denen der Sold nicht ausbezahlt wurde, aus ihrer Mitte einen Anführer (den Eletto) wählten und unter dessen Kommando sich mit Gewalt bezahlt machten.

suchen würden. Sie schlugen deshalb die Veränderung der Quartiere vor, so lange die Geldmittel zur Abdankung nicht bereit seien.*) Am 5. Dezember berief der Herzog abermals Althan und Ramée vor sich und suchte sie zu überzeugen, daß die Soldaten sich mit den bloßen Anweisungen begnügen müßten, weil sich die benachbarten Fürsten und Länder jeder Veränderung ihrer Quartiere widersetzen würden.**) Zwei Tage später gab er eine gleichlautende Erklärung einem aus Offizieren bestehenden Ausschusse mit dem Ersuchen ab, sie sollten ihren Einfluß bei den Soldaten anwenden, um diese zur Annahme der vorgeschlagenen Bedingungen zu vermögen. Alles dies hatte keine Wirkung, in einer darauf folgenden Konferenz erklärten Althan und Ramée, daß man nicht einmal wagen dürfe, den Soldaten von diesen Bedingungen zu sprechen, Geld oder Veränderung der Quartiere sei allein, was man ihnen bieten könne. Sie verlangten deshalb von dem Herzog, daß er, um des Kaisers Ansehen aufrecht zu erhalten, und eine Meuterei zu verhindern, selbst den Befehl zur Veränderung der Quartiere geben solle. Es war dies eine unredliche Falle, um den guten Vermittler mitverantwortlich für die folgenden Ereignisse zu machen. In seinem aufrichtigen Eifer scheute er sich nicht einmal vor der Gefahr seinen Namen verunglimpft zu sehen. Ueberzeugt daß die Soldaten nicht anders einige Tage länger in Zaum gehalten werden könnten und noch immer von der trügerischen Hoffnung beseelt, daß der Kaiser im letzten Augenblicke Hilfe leisten werde, ertheilte er den verlangten Befehl unter der Bedingung, daß die Truppen noch zehn Tage in ihren bisherigen Quartieren verbleiben sollten. Mittlerweile wollte er nach Prag reisen und die nöthigen Geldmittel vor Ablauf der Frist auftreiben. Statt zehn Tage wurden ihm nur acht bewilligt; am 9. Dezember beginnend sollte diese letzte Frist am 17. ablaufen. Der Herzog, der nichts mehr erlangen konnte, gab sich damit zufrieden und reiste am 9. Dezember nach 1610
Prag ab.***)

In Prag langte der Herzog am 11. Dezember an und erstattete am Abend desselben Tages dem Kaiser über seine bisherigen Bemühungen schriftlichen Bericht. Er erklärte, daß, wofern man die Soldaten nicht augenblicklich auszahle, von ihnen ein ferneres Verbleiben im Passauer Stifte nicht verlangt werden könne, weil es dort absolut an den nöthigen Lebensmitteln fehle. Es gebe in der gegenwärtigen Lage nur zwei Wege: augen-

*) Wolfenbüttler Archiv. Protokoll vom 1. Dez. 1610.

**) Wolfenbüttler Archiv. Protokoll vom 5. Dez. 1610.

***) Wolfenbüttler Archiv. Reverendissimi et Illustrissimi Anzeige vom 7. Dez. 1610. — Ebendaselbst: Protokoll vom 8. Dez. 1610.

blickliche Zahlung oder die Erlaubniß zum Abmarsch der Truppen nach Krumau, wenn anders eine Meuterei verhütet werden solle.*) Eben so benachrichtigte der Herzog die böhmischen Kronbeamten über den Stand der Dinge. Dieselben beriefen alsbald sämmtliche in Prag anwesenden Mit-
13. Dez. glieder der einzelnen Gerichtshöfe zur gemeinschaftlichen Berathung. Die
1610 Entrüstung, welche sich in dieser Versammlung gegen den Kaiser Luft machte, schonte nicht einmal des Herzogs. In der That kann man von den Versammelten billigerweise keinen Gleichmuth erwarten. Sie hatten beträchtliche Summen im baaren und in Anweisungen hergegeben und nun sollte trotz ihrer Opfer eine verhungerte und der Disziplin entwöhnte Soldatenschaar in ihrem Lande gegen den klaren Wortlaut der Verfassung hausen! Sie verlangten deshalb vom Kaiser, er möchte die Abdankung unverweilt vernehmen lassen, überdies aber ein allgemeines Aufgebot des Landes gestatten, damit man einem etwaigen Einbruch begegnen könnte.**) Von dem Herzog von Braunschweig forderten sie die Rückgabe des Geldes und der Anweisungen, die sie ihm im Vertrauen auf seine Person gegeben hätten und um die sie jetzt so schnöde betrogen werden sollten. Der unglückliche Unterhändler war gutmüthig genug, durch eine solche Zumuthung sich nicht beleidigen zu lassen, sondern sein Verhalten zu rechtfertigen.***) Es bedarf wohl nicht der weitern Mittheilung, daß der Kaiser weder auf des Herzogs Eingabe noch auf die Vorwürfe der Stände die Abdankung der Passauer beschleunigte. Er begehrte nach Krieg.

II

Ueber das Benehmen des Passauer Volkes während seines Aufenthaltes in dem gleichbenannten Bisthum lauten die gleichzeitigen Berichte ungünstig. Unordnungen, Räubereien und Todschläge waren an der Tagesordnung; doch muß die Schuld dieses Benehmens auch auf jene gewälzt werden, welche es versäumten für den gehörigen Unterhalt der Soldaten zu sorgen und seit Monaten es vergaßen den Sold auszuzahlen. Bereits
1610 im November waren alle Vorräthe an Lebensmitteln in dem Stifte derart aufgezehrt, daß es selbst nach dem unparteiischen Urtheile des Herzogs von Braunschweig nicht möglich war, länger eine so bedeutende Truppenmacht

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Herzog von Braunschweig an den Kaiser ddo. 11. Dez. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Kronbeamten und Räthe an den Kaiser ddo. 13. Dez. 1610.

***) Wolfenbüttler Archiv. Antwort des Herzogs von Braunschweig an die böhm. Kronbeamten ddo. 4/14. Dez. 1610.

in demselben zu erhalten. Jeder Tag war seitdem durch Entbehrungen der härtesten Art ausgezeichnet und man kann im Vergleich mit anderen Vorgängen ähnlicher Natur mit Sicherheit behaupten, daß die Passauer Truppen nicht mehr zur Meuterei aufgelegt waren, als die geworbenen Schaaren in dieser Zeit überhaupt. Seit dem 26. Oktober waren sie Woche 1610
für Woche auf volle Auszahlung vertröstet worden, nun kam die Härte des Winters und keines der hoch und theuer gegebenen Versprechen war erfüllt worden. Man muß es deshalb als einen Beweis von soldatischem Gehorsam ansehen, wenn sie selbst nach der Abreise des Herzogs nicht bloß die bedungenen acht Tage, sondern außerdem noch drei Tage in ihren Quartieren verharrten. Indem sie endlich am 21. Dezember befehligt von ihren Offizieren, ihre bisherigen Quartiere verließen, begingen sie keinen Akt der Meuterei, sondern bedienten sich nur der Erlaubniß, die ihnen der Herzog bedingungsweise ertheilt hatte. Würden sie gewußt haben, daß alle bisherigen Versuche, sie abzudanken, nur zum Scheine angestellt waren, keine Gewalt würde sie vermocht haben, so lange die erduldeten Entbehrungen zu tragen.

Das gefürchtete und seitdem so verschriene Passauer Volk zählte nach den übereinstimmenden Angaben unterrichteter Zeitgenossen, bei seinem Aufbruche an 12.000 Mann, außerdem befanden sich in seinem Gefolge an 2000 Personen, theils liederliche Frauen theils Vagabunden.*) Ramée, der sich an der Spitze der ganzen Schaar befand — dem Althan hatte dieselbe unter dem Scheine von Verhandlungen mit Salzburg wieder verlassen — richtete seinen Marsch nach Oberösterreich. Damit geschah der entscheidende Schritt, der das Schicksal des Kaisers besiegelte. Würden die Truppen auf dem kürzesten Wege ihren Marsch nach Böhmen genommen haben, so wäre dem Kaiser noch immer die Möglichkeit offen geblieben, sie ohne Nachtheil für den Rest seiner Herrschaft abzudanken und die Böhmen auf irgend eine Weise zu beschwichtigen. Der Einbruch in Oesterreich war aber eine flagrante Verletzung des erst kürzlich mit Mathias geschlossenen und von dem Prager Fürstenkonvente garantirten Friedens, er gab dem Könige Mathias die Waffe in die Hand, gegen seinen Bruder schonungslos aufzutreten und seine krankhaften Einfälle für immer unschädlich zu machen. Man glaube nicht, daß Ramée seinen Weg nach Oesterreich auf eigene Faust und nicht mit Billigung und ohne Befehl des Kaisers eingeschlagen habe. Die Berichte Zuñiga's, welche die eigentliche Bestimmung der Passauer Truppen außer allen Zweifel stellen und den Einmarsch in Oesterreich als

*) Paul Skala S. 265 in der Ausgabe der Monumenta historiae bohemica. Die Angabe über die Zahl der Soldaten stimmt auch mit den offiziellen Berichten überein.



eine wohlvorbedachte Maßregel erscheinen lassen, werden vervollständigt durch die Mittheilungen, welche der Rath des Erzherzogs, Heinrich Ubeßko, im Auftrage seines Herrn und des Kaisers dem Herzog Maximilian zu machen hatte. In dem Momente, in welchem Ramée über die österreichische Grenze zu ziehen gedachte, erschien Ubeßko in München und erklärte, daß der Kaiser einen Angriff gegen seinen Bruder und zwar „jure praeventionis," um nicht wieder von ihm angegriffen und beraubt zu werden, beabsichtige. Er verlangte vom Herzog zweierlei, seinen Rath und die Erlaubniß, daß das in Elsaß befindliche Kriegsvolk durch Baiern seinen Weg nehmen dürfe, um sich in Oesterreich mit den Passauern zu vereinen. Wie nicht anders zu erwarten war, mißbilligte Maximilian auf das nachdrücklichste jedes kriegerische Vorgehen, lehnte die Gestattung des Durchzuges ab und warnte den Kaiser vor einem Unternehmen, das ihn leicht noch die Krone von Böhmen kosten könnte. Diese nur allzusehr durch die Ereignisse bestätigte Prophezeiung kam zu spät nach Prag. Als Maximilians Gesandte Viehpöck mit der Antwort anlangte, befanden sich die Passauer bereits auf dem Wege nach dieser Stadt. *) — Ist durch diese Botschaft an Maximilian und durch dessen Antwort das Vorbedachte des Zuges nach Oesterreich vollkommen sichergestellt, so drängt sich doch noch die Frage auf, welche Hoffnungen Rudolf auf einen so verzweifelten Schritt, wie der Angriff gegen Mathias war, setzte. Hierauf antworten wir mit Zuñiga: Der Kaiser hatte sich von seinen Astrologen überzeugen lassen, daß jetzt der Moment zum Sturze seines Bruders gekommen sei. Er hoffte, daß, sobald sein Heer in Oberösterreich erscheinen würde, Gottfrieds von Starhemberg Versprechungen sich bewahrheiten würden, der Adel sich für ihn erheben und seine Herrschaft wieder proklamiren werde. Diesen Sinn hatte Ramée's Marsch nach Oberösterreich.

Statt des gehofften Anschlusses verursachte das Erscheinen der Passauer die größte Bestürzung und Entrüstung im Lande. Alles wandte seinen Blick nach Wien, um von da Hilfe zu erlangen; diese konnte nicht gleich kommen, denn Mathias, wie sehr er auch von den Passauer Rüstungen schlimmes erwartet hatte, war doch nicht auf den Einfall vorbereitet. Mittlerweile stellten sich die Einwohner, so gut sie konnten, zur Wehr; da sie jedoch einem so starken und wohlgeschulten Heere, wie die Passauer waren, keinen nennenswerthen Widerstand im freien Feld leisten konnten, war Ramée in der Lage seinem Marsche eine beliebige Richtung zu geben. Nachdem er acht Tage lang im Lande gehaust hatte, machte er eine

*) Münchner Staatsarchiv 329/38. Instruktion Maximilians von Baiern für seinen Rath Viehpöck ddo. 5. Februar 1611.

Schwenkung nach Südwest, als ob er die Absicht hätte seinen Weg nach Tirol einzuschlagen. Allein nach einigen Tagen zog er nach Lambach, setzte seine Plünderungen fort, wobei er wiederholt erklärte, daß er seinen Weg gegen Böhmen einschlagen wolle. Statt dies jedoch auszuführen nahte er sich der Stadt Linz und machte Miene sich derselben zu bemächtigen. 11 Jan.
Von der Schwierigkeit der Belagerung zurückschreckend forderte er darauf 1611
nur Lebensmittel und Unterstützung, um seine Soldaten über die Donau zu setzen. Beides wurde ihm zu Theil, allein auch jetzt traf er keine Anstalten das Land zu verlassen. Dennoch mußte er sich bald überzeugen, daß die Behauptung von Oberösterreich bei der entschiedenen Feindseligkeit der Einwohner und bei Mathias eilig vorschreitenden Rüstungen nicht von Dauer sein werde. Der Plan des Kaisers, seinem Bruder Oesterreich zu entreißen, konnte als gescheitert angesehen werden. Ramée, der bei längerem Verweilen die meiste Gefahr lief, dachte deshalb schon in der Mitte Januars an seinen Rückzug, der bei den obwaltenden Verhältnissen nur nach Böhmen angetreten werden konnte. Am 26. Januar kündigte er Herrn von 1611
Rosenberg seine Absicht an und verlangte von ihm eine freundliche Haltung, um nicht genöthigt zu sein in Böhmen als Feind aufzutreten.*) Am 30. Januar gedachte er die Grenze zu überschreiten.

Kaum mehr als fünf Wochen hatte das Kriegsvolk in dem wohlhabenden Oesterreich zugebracht. Es genügte demselben nicht, daß es sich für die früher erlittene Noth an den hinreichend vorhandenen Lebensmitteln entschädigen konnte, überall benahm es sich in einer so erschreckenden Weise raub- und zerstörungslustig, daß man sich bei den Berichten hierüber in die schlimmsten Zeiten des 30jährigen Krieges versetzt glaubt. Nicht genug, daß die Soldaten überall, wohin sie kamen, alles ausraubten und mit sich fortführten und die Eigenthümer mißhandelten, wenn ihre Hoffnung auf Beute unter ihrer Erwartung blieb, nicht genug, daß sie namentlich gegen Frauen die schändlichsten Gewaltthaten begingen, diese trotz der strengen Winterkälte nackt auszogen und in die Wälder trieben, sie suchten noch überdies in bestialischer Wuth das, was sie nicht mit sich fortschleppen konnten, zu Grunde zu richten. Wein wurde auf die Erde gegossen, Asche in das Mehl geworfen, um letzteres ungenießbar zu machen, Bettfedern unter die Pferde gestreut.**) Der Werth dessen, was sie in Oberösterreich geraubt und verdorben hatten, wird von Khevenhiller, einem Zeitgenossen, auf mehr als zwei Millionen Gulden angegeben. Als sie die böhmische

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Ramée an Rosenberg ddo. 26. Jan. 1611.

**) Der Herzog von Braunschweig an den Kaiser ddo. 29. Jan. 1611.

Grenze überschritten, führten sie die gemachte Beute auf 269 Wägen nach sich.*)

Gleichzeitig mit dem Einmarsch Ramée's in Oberösterreich hatte Leopold bei dem Kurfürsten von Sachsen einen zweiten Versuch gemacht, um ihn für ein Bündniß zu gewinnen. Der letztere muß Aeußerungen gethan haben, welche den Erzherzog jetzt einen bessern Erfolg hoffen ließen.**) Graf
21Dez. Zollern wurde nach Dresden geschickt, um Christian II nochmals ein Bündniß mit Rücksicht auf Jülich anzutragen. Der Herzog von Braunschweig, der hievon Kenntniß erhalten hatte, beeilte sich in einem eindringlichen Gutachten dem Kurfürsten jede Lust dazu zu benehmen. Die Folge war, daß der letztere eine unentschiedene Haltung einnahm. Weder wies er die Anträge auf ein Bündniß definitiv ab, noch riet er zur Entlassung der Passauer; was er verlangte war, daß dieselben aus Oesterreich abgeführt werden sollten, um Mathias den Grund zu gerechten Beschwerden zu nehmen. Er wollte sich also noch immer die Möglichkeit offen lassen, im Bunde mit dem Kaiser Jülich anzugreifen.

Eine solche egoistische Haltung, welche von den Umständen Vortheil ziehen wollte, ohne selbst etwas zu wagen, war für den Erzherzog von keiner Hilfe. Er mußte sich nachgerade gestehen, daß er einen Kampf unternommen habe, in dem er und der Kaiser keinen Bundesgenossen finden würden. Denn auch der polnische Zuzug des Herzogs von Teschen, von dem Tennagel in Spanien so viel Rühmens gemacht, blieb aus, die Passauer Truppen waren die einzigen Hilfskräfte. Dennoch verlor er noch nicht den Muth, wenn gleich sich seiner die Besorgniß bemächtigte, daß König Mathias kommen und Rache für den Einfall in Oesterreich nehmen werde. In Leopolds Kombinationen war nicht der Angriff gegen Mathias gelegen, da er aber auf den Wunsch des Kaisers unternommen worden, mußte er sich auch auf die Folgen gefaßt machen.

Die Besorgniß vor diesen Folgen hatte in den seitherigen Vorgängen in Wien und Prag ihren guten Grund. Kaum hatte Mathias Nachricht von dem Einfalle der Passauer in Oberösterreich erhalten, so schrieb er an den Kaiser und machte ihm Vorwürfe, daß er auf solche Weise den kaum abgeschlossenen Frieden gebrochen habe. Er müsse sich nun in Ver-

*) Skala am angeführten Orte.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Passauer Einfall I, 28. Graf von Zollern an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 8. Januar 1611. — Ebendaselbst Fol. 27. Leopold an Kursachsen ddo. 7. Jan. 1611. — Ebendaselbst Fol. 12. Kursachsen an den Kaiser ddo. 29. Dez. 1610/8. Jan. 1611. — Ebendaselbst Fol. 38. Kursachsen an Leopold ddo. 7/17. Jan. 1611.

theidigungszustand setzen und Gewalt mit Gewalt vertreiben. Die Folgen möge der Kaiser sich selbst zuschreiben, denn er habe es nicht anders haben wollen.*) Auf dieses Schreiben, welches am 29. Dezember von Wien abgeschickt wurde und wohl längstens am 1. Januar in Prag eintraf, beeilte 1611
sich der Kaiser nicht zu antworten, denn noch wiegte er sich in der Hoffnung, daß Ramée's Einfall von Erfolg sein und Oesterreich unter seine Herrschaft zurückkehren werde. Als er jedoch durch den Gang der Operationen eines andern belehrt und von Ramée unzweifelhaft benachrichtigt wurde, daß sich die Truppen in Oesterreich nicht halten könnten, sondern nach Böhmen zurückziehen müßten, als er solchergestalt den Plan gegen seinen Bruder gescheitert sah, erst da entschloß er sich zu einer Antwort. Der allezeit 17. Jan.
bereite und gutmüthige Herzog von Braunschweig gab sich im Verein mit 1611
dem Grafen von Zollern her, nach Wien zu reisen und Mathias zu beschwichtigen. In der ihnen ertheilten Instruktion wies der Kaiser jede Absicht von sich, als habe er seinen Bruder bekriegen wollen, betheuerte, daß er nie etwas anderes als die Abdankung der Passauer vorgehabt habe und noch vorhabe, berief sich aber zugleich auf sein Recht als Kaiser, das ihm gestatte, seine Truppen durch alle deutschen Lande ihren Durchzug nehmen zu lassen.**) Wiewohl der Herzog von Braunschweig in Wien den Kaiser mit aufrichtiger Ergebenheit vertrat, so ließ sich Mathias weder durch Rudolfs Botschaft noch durch die Reden seiner Gesandten von der richtigen Auffassung des Passauer Einfalls ableiten und dies um so weniger, als das Kriegsvolk noch immer in seinem Lande hauste und sich keineswegs beeilte den angeblich allein beabsichtigten Durchzug zu beschleunigen. Er verharrte auf der Bahn, die er gleich nach dem Einbruch in Oesterreich betreten. Nicht nur rüstete er so rasch als möglich und forderte hiezu seine Unterthauen auf, sondern er schrieb auch an die Böhmen, daß sie nicht säumen 23. Jan.
sollten ihm zu Hilfe zu eilen, um eine Verletzung der Liebner und der erst 1611
jüngst geschlossenen Verträge zu verhindern.***) Ohne noch entschieden mit der Absicht umzugehen, den Kaiser anzugreifen, war er doch entschlossen, gegen das Passauer Volk aufzutreten.†) Verbanden sich die Böhmen mit ihm, dann war es um Rudolf und Leopold geschehen.

Während dieser Vorgänge in Oesterreich war die Haltung der Böhmen eine mehr zuwartende als energisch eingreifende. Als sie durch den Herzog

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an Rudolf ddo. 29. Dez. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Instruktion für den Herzog von Braunschweig und Graf Zollern ddo. 17. Jan. 1611.

***) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an die böhmischen Defensoren ddo. 23. Jan. 1611.

†) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an die böhm. Defensoren ddo. 31. Dez. 1610.

von Braunschweig erfahren hatten, daß die Verhandlungen zur Abdankung der Passauer gescheitert seien, verlangten sie, wie wir erzählt, vom Kaiser die Erlaubniß zu einem allgemeinen Aufgebot des Landes. Wir wissen nicht, wann derselbe seine Zustimmung zu einem solchen gegeben, nur so viel ist uns bekannt, daß seit Neujahr in allen Theilen Böhmens gerüstet wurde. Doch geschah dies nicht mit jener Eile, welche durch die spätern Ereignisse sich als nothwendig erwies, es scheint, daß die Böhmen sich der Meinung hingaben, die Passauer würden Oesterreich nicht verlassen und ihre Kraft dort erschöpfen. Dieser Ansicht entsprachen auch die Verhältnisse. Mathias, der Palatin von Ungarn, die Stände von Oesterreich und Mähren baten hintereinander die Böhmen um ihre Hilfe;*) die Meinung war also allgemein, daß die letzteren zunächst von keiner Gefahr bedroht seien. Um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, hatten die in Prag anwesenden Kronbeamten und Defensoren den Kaiser um die Berufung eines Landtags ersucht und dieser hatte, wiewohl mit Widerwillen, der Bitte nachgegeben. Als
1611 sich die Stände am 28. Januar versammelten, war bereits die Gefahr nahe gerückt, denn das Passauer Volk konnte sich nicht länger in Oesterreich halten, sondern mußte seinen Marsch gegen Böhmen richten. War dies der Fall, so drohte dem Lande großer Jammer, denn das allgemeine Aufgebot, welches noch zu sehr auf mittelalterlichen Principien beruhte, konnte einem geschulten Heere keinen Widerstand leisten. Dies war auch die Ansicht des Herrn von Rosenberg, der in Folge vieljähriger Kriegsdienste die geringe Leistungsfähigkeit rasch zusammengeraffter Haufen gründlich zu beurtheilen wußte und der überdies noch befürchtete, daß in Böhmen unter dem auf diese Art bewaffneten Volke viel Unzufriedenheit herrsche, die sie leicht dem Feinde in die Arme treiben könnte.**) Seine Ansicht fand allgemeine Billigung und als der Landtag zusammentrat, wußte er nichts eiligeres zu thun, als vom Kaiser die Erlaubniß zur Anstellung von Werbungen zu erbitten. Man glaubte, ein Infanterieregiment und 1000 Reiter dürften für alle Fälle neben dem Aufgebot genügen. Kaum hatte der Kaiser zu ihrer Bitte seine Zustimmung gegeben, als Boten anlangten, welche über den Einbruch der Passauer in Böhmen berichteten und ihnen auf dem Fuße andere mit der Nachricht folgten, daß Budweis gefallen sei und Tabor angegriffen werde. Auf dies hin erklärten die Stände die Zahl der geworbenen Truppen verdoppeln zu wollen und auch hiezu mußte der Kaiser die Erlaubniß ertheilen.***)

*) Die Schreiben im böhmischen Statthaltereiarchiv.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Rosenberg an die Kronbeamten und Gerichtsbeisitzer ddo. 21. Dez. 1610.

***) Archiv von Simancas 2497/8. Zuñiga an Philipp III ddo. 31. Januar. — Böhm.

Es versteht sich von selbst, daß der Kaiser weder die Berufung des Landtags noch die ständischen Werbungen aus freien Stücken guthieß und daß er in beides nur gezwungen einwilligte.*) Erzherzog Leopold mag unzweifelhaft dem Kaiser jede Nachgiebigkeit abgerathen haben, allein da sich im Schloß keine nennenswerthe Besatzung befand, so mußte auch er einsehen, daß Widerstand nicht am Platze sei. Dadurch aber nahm die Situation eine für des Erzherzogs ehrgeizige Pläne gefährliche Gestaltung an. Wenn die Böhmen dem in das Land einbrechenden Kriegsvolk ein vielleicht noch stärkeres Heer entgegenstellen konnten, mußte es zwischen ihnen und den Passauern zu einem Kampfe kommen, in dem von einem raschen und vollständigen Sieg der letztern keine Rede sein konnte. Jeder Tag aber, der den Kampf verlängerte, verringerte die Aussichten des Erzherzogs, da er eine Intervention des Königs Mathias in Böhmen befürchten mußte. Denn es war nicht zu erwarten, daß letzterer ruhig dem Bürgerkriege in einem Lande zusehen würde, von dem er bereits den Titel eines designirten Königs führte. Kam er aber, dann war für Leopold nicht bloß die böhmische, sondern auch die deutsche Krone dahin. Die Schwierigkeiten, die sich solchergestalt Schritt für Schritt mehrten, mußten zuletzt auf den jungen Prinzen, der bisher mit beispielloser Hast und Leichtigkeit sich über alle Warnungen hinausgesetzt hatte, einen niederdrückenden Eindruck ausüben. Jetzt erst, nachdem der böhmische Landtag zusammengetreten war und die Böhmen ihre Gegenrüstungen begannen, fühlte der Erzherzog, daß er ein verzweifeltes Spiel gewagt. Er beschloß einen Versuch zu machen, sich aus der Klemme zu ziehen.

Seit Leopold bemerkt hatte, wie wenig der spanische Gesandte in Prag seinen Jülicher Plänen hold war, mied er ihn sichtlich und schlug alle Rathschläge, welche ihm dieser wiederholt ertheilt hatte, als von einem Gegner kommend, in den Wind. Als er mit ihm zusammentraf, nachdem bereits die Passauer in Oesterreich eingefallen waren, wollte er keinen Tadel dieses Vorganges dulden und sprach noch überdies seine Verwunderung über Mathias aus, daß derselbe sich „über den Durchzug des Heeres, das nach Jülich bestimmt sei," beklage. Er behauptete, der Kurfürst von Sachsen sei für diesen Zug gewonnen und werde mit einem Heere von 8000 Mann dem des Kaisers sich anschließen.**) Da sich jedoch diese

---

Statthaltereiarchiv. Bericht des Landtags an den Kaiser über die Angelegenheit der Vertheidigung des Landes gegen den Passauer Einfall.

*) Dies bedarf natürlich keines Beweises, wird aber ausdrücklich von Zuñiga im obigen Briefe vom 31. Jan. 1611 berichtet.

**) Simancas 709/191. Zuñiga an den König Philipp III ddo. 15. Jan. 1611.

Täuschung nicht länger aufrecht erhalten ließ und die Entscheidung in Böhmen mit einem ungünstigen Ausgange drohte, entschloß sich Leopold zu einem ersten Schritt von Nachgiebigkeit. Er bat den spanischen Gesandten zu ihm zu kommen und als dieser erschien, ersuchte er ihn geradezu die Vermittlung zwischen Rudolf und Mathias zu übernehmen, auf daß letzterer den Einfall in Oesterreich nicht für einen Kriegsfall ansehe, da derselbe gegen den Willen des Kaisers geschehen sei und dieser den durch den Fürstenkonvent vermittelten Vertrag nicht gebrochen habe. Zuñiga erwiederte darauf mit feiner Ironie, er sei zwar gern bereit dem Kaiser zu dienen, wäre es aber diesmal nicht im Stande, da er über den Verlauf der Dinge, das Zufällige des Einbruchs in Oesterreich und die Beobachtung des Vertrags eine andere Meinung habe. Nichtsdestoweniger drang Leopold noch weiter in den Gesandten und bat ihn in der beweglichsten Weise nach Wien zu Mathias zu reisen, was derselbe abermals mit dem Bemerken ablehnte: Nach Wien könne er nur mit einem speziellen Auftrage des Kaisers gehen und mit dem Versprechen, daß sowohl das Passauer Volk augenblicklich entlassen, als künftighin die Verträge genau beobachtet würden. Wenn nun Mathias eine Bürgschaft für Einhaltung dieser Versprechen verlangen würde, so könnte er dieselbe in Rücksicht auf den Bruch eines erst vor kurzem so feierlich und unter Mithilfe so vieler Fürsten abgeschlossenen Vertrags nicht geben und dann wäre seine Reise mehr vom Schaden wie vom Nutzen. Als der Erzherzog sah, daß er auf diesem Wege nichts ausrichte, und eine Versöhnung mit Mathias, die er als seine eigene Rettung ansah, nicht erreichen konnte, nahm er zu einem letzten Mittel Zuflucht. Nachdem er zuerst weitschweifig erklärt hatte, daß er dem Gesandten ein großes Geheimniß mittheilen wolle, enthüllte er dasselbe mit folgender Forderung: Zuñiga und der Nuncius sollten zwischen dem Kaiser und Mathias ein Bündniß vermitteln, beide Fürsten sollten ihr Kriegsvolk mit einander verbinden und die nach Gewalt strebenden Stände in allen ihnen untergebenen Provinzen zu Paaren treiben, damit sowohl die königliche Macht wie die Herrschaft der katholischen Religion in ihrer ursprünglichen Größe wieder hergestellt würde. Zuñiga lächelte zu dieser Proposition und meinte, wenn Mathias und Rudolf jeder für sich so viel werth wären wie Karl V, wenn sie beide durch gleiche Wünsche und gegenseitige Zuneigung geeint wären, so würde nichtsdestoweniger das Unternehmen unausführbar sein, denn man dürfe nicht übersehen, aus welchen Elementen das Heer des Königs Mathias zusammengesetzt sei. Die Mehrzahl der Offiziere und der Mannschaft seien Protestanten und diese so wie der kleine Rest von Katholiken seien auf Rechnung der Stände geworben; wie könnte also Mathias sich seines Heeres zur



Unterdrückung der Stände bedienen? Mit dem Kaiser aber und seinem Heere ließen sich keine Thaten verrichten, das beste sei, denselben in Ruhe den Rest seiner Tage genießen zu lassen. Der Erzherzog, der von seinem unreifen Vorschlag die Rettung aus der gefährdeten Lage erwartet hatte, war durch Zuñiga's kalte Ablehnung nicht wenig bestürzt und machte nochmals den Versuch ihn zu gewinnen doch vergeblich.*) „Er that mir leid," mit diesen Worten schloß der Gesandte die Beschreibung dieser Scene, „er schien mir von Angst und Reue erfaßt, weil er in diesen Tanz sich bereits so sehr eingelassen."

Die Bekümmerniß war indessen weder so tief noch so nachhaltig, um den Erzherzog auf der abschüssigen Bahn, die er betreten, aufzuhalten, wiewohl vielleicht noch Rettung möglich war. Zwar hatte Ramée bereits die böhmische Grenze überschritten und die Nachricht hievon unter den Ständen eine große Erbitterung wachgerufen, dennoch war diese nicht so tief, um des Kaisers Sturz herbeiführen zu können. Nach dem Berichte der in Prag residirenden Gesandten würde sich der Groll der Böhmen gelegt haben, wenn die Passauer sich auf die Besetzung der ausgedehnten Herrschaft Krumau beschränkt hätten und sie würden eine mäßige Ueberschreitung dieser Grenze auch nicht geahndet haben. Man verlangte nur zweierlei; erstens, daß ernstliche Anstalten zu ihrer Abdankung getroffen würden und zweitens, daß Erzherzog Leopold, den man als den Urheber alles Uebels betrachtete, Böhmen verlasse. Den besten Beweis einer auf Frieden und nicht auf den Sturz des Kaisers bedachten Gesinnung lieferten die Böhmen damit, daß sie in derselben Landtagssitzung, in welcher sie ihren Werbungen eine größere Ausdehnung zu geben beschlossen, zugleich auch Gesandte an Mathias mit der Bitte abschickten, er möchte um der Passauer willen die böhmische Grenze nicht überschreiten.**) Sie selbst getrauten sich also den Kampf zu bestehen und waren geneigt ihren Einbruch

*) Zuñiga an Philipp III ddo. 31. Jan. 1611. Die geheimnißvolle Mittheilung erzählt Zuñiga in folgender Weise: Entró (der Erzherzog) despues con un gran preambulo a rebelarme un gran secreto, que contiene, que el Nuncio y yo fuesemos medianeros para que el Emperador y el Rey su hermano se concertasen y juntasen sus exercitos y diesen contra sus vasallos para romper estas confederaciones, que tienen entre si estas provincias y reynos, que posee la casa de Austria hechas de nuevo, quando se hizo la ultima paz con el Turco, que es pensamiento, que quando cada uno de estos Principes fuera Carlos V y estuvieran conformes en amor y voluntad tuviera gran dificultad esta empresa.

**) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Schreiben der böhm. Kronbeamten an Mathias ddo. 4. Feb. 1611. — Ebendaselbst: Instruktion für die zu Mathias reisenden Gesandten ddo. 4. Feb. 1611.



mehr für die Folge einer Soldatenrevolte als die eines beabsichtigten Staatsstreichs anzusehen. Noch hatte demnach Leopold Zeit, nach der Unterre-
1611 dung mit Zuñiga, die am 30. Januar statt fand, an Ramée einen Befehl abzusenden, der ihn in Krumau festhielt. Es ist sehr zu bezweifeln, ob der Kaiser, wenn ihn sein Vetter verlassen hätte, einen Befehl zum Vorrücken gegeben haben würde. Allein der Erzherzog war noch nicht von seiner Gier nach einer Krone geheilt, die Unterredung mit dem Gesandten mag ihn momentan erschüttert haben, aber er blieb entschlossen, den äußersten Versuch zu machen, um sein Ziel zu erreichen. Ramée wurde nicht aufgehalten.

Es entsteht nun die Frage, ob die katholische Partei in Böhmen die Sache Leopolds nicht unterstützte. In dem Memoire, welches Tennagel in Spanien übergeben hatte, wurde behauptet, daß sich sämmtliche Katholiken im Lande dem Erzherzog angeschlossen hätten und bereit seien, zur Vernichtung des Protestantismus in Böhmen aufzutreten. War die Bereitwilligkeit der Katholiken zu einem kriegerischen Auftreten auch keine so feurige, wie sie Tennagel schilderte, so ist doch aus den Verhandlungen bei Ertheilung des Majestätsbriefes soviel ersichtlich, daß namentlich jener Theil derselben, der in dem Kanzler sein Haupt hatte, für die Anwendung der Waffen war. Bestand diese Partei jetzt noch ungetrennt und begünstigte sie das Unternehmen Leopolds? Dies war nicht der Fall. Der Gang der Dinge mußte jeden nicht aller Ueberlegung beraubten Mann überzeugen, daß auf dem von dem Erzherzog betretenen Wege kein Katholikenstaat in Böhmen zu errichten sei. Da der Kanzler der allgemeinen Ueberzeugung nach ein Mann von hervorragenden geistigen Fähigkeiten war, so ist es begreiflich, daß er sich rechtzeitig von dem Unternehmen Leopolds lossagte, wenn er je demselben nähergestanden war. Nicht so aber einige seiner Anhänger, die während des Landtags von 1609/10 ihn an katholischem Eifer und Unnachgiebigkeit gegen ihre Gegner übertrafen, Slawata und Martinitz. Während der Verhandlungen, die im Landtage gepflogen wurden, um den Kaiser zu Ertheilung einer Amnestie zu bewegen, damit die Protestanten für ihr Verhalten später nicht gerichtlich verfolgt werden könnten, waren sie die einzigen, die dagegen sprachen und die solchergestalt der Majorität des Landtags mit gerichtlicher Verfolgung früher oder später drohten. Diese zwei Männer nebst dem ehemaligen Landeshauptmanne von Mähren, Berka, der im Jahre 1608 gestürzt jetzt in Böhmen lebte, weil die mährischen Stände ununterbrochen nach seiner Bestrafung verlangten, waren es, welche Tennagel später im gerichtlichen Verhör als diejenigen bezeichnete, die Leopolds Pläne unterstützten. *) Slawata und Mar-

*) Tennagel wurde später, wie noch erzählt werden wird, von den böhmischen Stän-

tinitz, welche deshalb vor Gericht gestellt wurden, läugneten zwar jede derartige Unterstützung, allein es ist nicht zu bezweifeln, daß sie gegen die Wahrheit verstießen, da der spanische Gesandte selbst in seinen Berichten an Philipp „einige böhmische Kronbeamte“ — ohne die Namen zu nennen — der Theilnahme an dem Passauer Einfall beschuldigt und selbst bei Mathias Fürsprache einlegte, daß er um des Wohles der Dynastie willen sie nicht zur Strafe ziehe.*) So viel ist gewiß, daß Leopold nur über einen ganz geringen Anhang unter den böhmischen Katholiken gebot. Zu der Partei Sternbergs, die stets für einen Ausgleich mit den Protestanten gestimmt war, gesellte sich auch der Kanzler, geleitet von seiner eigenen Einsicht und wohl auch von Zuñiga und dem Nuncius, die laut und ununterbrochen jeden Schritt Leopolds verdammten, und so blieben dem letztern nur einige heißblütige Männer treu, deren konsequente Haltung zwar Muth aber keinen Ueberfluß an geistiger Begabung oder christlicher Verträglichkeit zeigt.

Da kein Befehl aus Prag Ramée an den Grenzen Böhmens festhielt, sondern derselbe, wie aus den nachfolgenden Ereignissen sichtlich, vielmehr zur nachdrücklichsten Eile aufgefordert wurde, ergoßen sich die zügellosen Kriegsschaaren rasch über den Süden von Böhmen. Am 30. 1611
Januar überschritten sie die Grenze und am selben Tage hatten sie sich bereits Krumau's bemächtigt.**) Um den Marsch gegen Prag mit Sicherheit anzustellen war der Besitz zweier Städte, die auf dem Wege lagen, Budweis und Tabor, nothwendig; beide waren für jene Zeiten hinreichend befestigt, um eine Belagerung von mehreren Tagen und selbst Wochen auszuhalten, wenn sie über eine kriegstüchtige Besatzung geboten hätten. In beiden war aber die Vertheidigung nur Bürgern anvertraut, die seit Wladislaws II Regierung, also seit mehr als 100 Jahren der Waffen entwöhnt waren. Ramée, obwohl entschlossen sich beider Städte zu bemächtigen, wollte es nicht auf einen Kampf ankommen lassen und beschloß die Anwendung von List. Kaum in Krumau angelangt schickte er nach Budweis auf zwei Wagen einige Personen, welche daselbst spät Abends am 31. Januar anlangten und sich für kaiserliche Kommissäre ausgaben, welche von Prag abgeschickt seien um die Abdankung der Passauer zu bewerk-

den in Haft genommen und durch die Folter zu Mittheilungen über die eigentliche Ursache des Passauer Einfalls gezwungen. Seine freiwilligen und seine durch die Folter abgepreßten Geständnisse stimmen genau mit dem überein, was wir durch das Studium der Archive in Erfahrung brachten.

*) Simancas. Korrespondenz vom Jahre 1611.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Hauptmann von Krumau an die böhm. Kammer ddo. 31. Jan. 1611.

stelligen. Ihnen auf dem Fuße marschirte Ramée die ganze Nacht über und langte gegen 6 Uhr Morgens in unmittelbarer Nähe von Budweis an. Einige Schüsse von der Ferne waren das verabredete Zeichen für die in der Stadt befindlichen Boten, daß der Marsch glücklich beendet sei. Jetzt verlangten dieselben, daß man ihnen die Thore öffne, um ihre Weiterfahrt nach Kruman anzustellen. Anfangs lehnte es der Rath ab, der schon am frühen Morgen wieder versammelt war, endlich aber entschied er sich, ihnen als kaiserlichen Kommissären zu willfahren. In Begleitung des Bürgermeisters und Stadtschreibers fuhren sie in ihren Kutschen zum Thore, kaum befanden sie sich jedoch im innern Raume desselben, so weigerten sie sich weiter zu fahren. Der Stadtschreiber drohte ihnen, falls sie sich nicht entfernen würden, daß die Wache Feuer geben würde, er vermochte aber nicht weiter zu reden, denn schon wurde er von einem der angeblichen Kommissäre niedergestochen. Schnelle Entschlossenheit, die einzige Rettung in diesem Augenblicke, fehlte den zahlreich genug bei dieser Scene anwesenden Budweisern; ehe sie sich ermannten, waren bereits eine Anzahl Passauer, welche sich in den an den Stadtmauern befindlichen Gärten verborgen hielten, begünstigt durch die Dunkelheit, ungesehen ans Thor gelangt, bemächtigten sich desselben und drangen nun in die Stadt. In
1. Feb. einigen Minuten war Ramée ohne Widerrede Herr von Budweis.*)
1611 Sein Auftreten daselbst und das der Soldaten entsprach vollständig dem in Oberösterreich.

Um seinen Marsch mit mehr Sicherheit weiter anstellen zu können, ward darauf absichtlich von Ramée das Gerücht verbreitet, daß er sich sämmtlicher benachbarten königlichen Städte bemächtigen wolle. Wodňan, Schüttenhofen, Prachatitz, Pisek und Tabor setzten sich in Vertheidigungsstand, jede glaubte, daß der nächste Schlag sie treffen würde. Thatsächlich waren Ramées Absichten nur gegen Tabor gerichtet. Nachdem er in Budweis eine Garnison zurückgelassen, um des Platzes auf alle Fälle sicher zu sein, rückte er am 2. oder 3. Februar mit dem Gros seiner Armee gegen Tabor vor, das beiläufig auf dem halben Wege zwischen Budweis und Prag liegt. In dieser berühmten Husitenstadt, welche mannhaft mehre Belagerungen überstanden hatte, lebte der alte Geist nicht mehr. Ramée suchte Tabor auf ähnliche Weise zu überlisten wie Budweis. Er hatte diesmal eine Anzahl Reiter begleitet von einigem Fußvolk gegen die Stadt voraus geschickt und diese Schaar war am 2. Februar Abends vor derselben angelangt. Da die Thore gesperrt waren, verlangten sie Einlaß im Namen des Kaisers, allein derselbe wurde ihnen trotz aller Drohungen von

*) Bodenius an Max von Baiern ddo. 6. Feb. 1611.

den durch das Schicksal der Budweiser bereits gewitzigten Einwohnern verweigert. Ohne Vertrauen in die eigene Stärke schickten sie am selben Tage Boten mit flehentlichen Bitten um Hilfe nach Prag ab.*) Ehe aber diese mit einer Antwort von Prag zurückkommen konnten, war bereits Ramée herangerückt. Am 4. Februar bemächtigte er sich durch Drohungen der Stadt, die keinen Widerstand wagte, und hauste darin in gewohnter Weise. Speisen und Getränke und andere Bedürfnisse mußten in reichstem Maße für die Soldaten bereit gehalten so wie die Schlüssel der Stadt übergeben werden. Der Bürgermeister, der letzteres verweigerte, wurde durch einen Schlag auf den Kopf zur raschen Nachgiebigkeit bewogen.**)

Hier in Tabor hielt sich Ramée fünf Tage lang auf, die Stadt wurde gleich Budweis in bessern Vertheidigungszustand gesetzt und die Behauptung derselben durch Zurücklassung einer Garnison gesichert. Nach Tennagels freiwilliger Aussage vor Gericht wurde in Tabor Kriegsrath gehalten, wie der weitere Zug anzustellen sei und in demselben beschlossen, daß man bei dem Einzuge in Prag sich einiger der wichtigsten Gegner bemächtigen müsse, namentlich des Grafen von Thurn. Am 10. Februar wurde darauf der Marsch nach Prag fortgesetzt aber nicht direkt gegen diese Stadt, sondern auf dem Umwege über Karlstein. Bekanntlich wurden in diesem Schloß die böhmischen Reichskleinodien namentlich die Krone aufbewahrt, der Marsch der Passauer deutete sonach auf die Absicht, sich ihrer zu bemächtigen, allein sie kamen zu spät. Die böhmischen Stände, welche die Möglichkeit eines solchen Angriffs voraussahen, hatten die Krone und die übrigen Kleinode nach Prag übertragen lassen und mittlerweile in der Wenzelskapelle des Doms aufbewahrt. So getäuscht in ihren Hoffnungen ließen die Passauer Karlstein bei Seite und bemächtigten sich der Stadt Beraun. Nach kurzer Rast marschirten sie bereits am folgenden Tag vorwärts und befanden sich am 13. Februar vor Prag. Ihre Absicht 1611
die Hauptstadt des Landes anzugreifen lag unverkennbar vor.

III

Als die Nachricht von Tabors Besetzung durch die Passauer nach Prag gelangte, beschloß der Nuncius, der in der Beurtheilung der böhmischen Angelegenheiten mit Zuñiga eines Sinnes war, aber keine Gele-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die Taborer an die obersten Landesoffiziere ddo. 2. Feb. 1611.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die Taborer an die obersten Landesoffiziere ddo. 7. Feber 1611.

genheit bis dahin aufgesucht hatte, um dem Erzherzog seine Mißbilligung auszudrücken, denselben persönlich vor weitern Schritten zu warnen. Er war zu dieser Kundgebung seiner Meinung durch einen direkten Befehl aus Rom veranlaßt, der Kardinal Borghese hatte ihm im Namen des Papstes aufgetragen, dem Erzherzog Mäßigung „in seinen Prätensionen" anzurathen.
7. Feb. 1611 Leopold, der dem Nuncius auf seine Bitte eine Audienz ertheilte, nahm die Rathschläge mit sichtlichem Mißbehagen auf, und entließ den unerwünschten Rathgeber ohne zu verhehlen, daß er auf dem betretenen Wege weiter gehen und nicht eher ruhen werde, bis eine Krone sein Haupt schmücke.*)

Nicht so entschlossen wie Leopold war der Kaiser. Der resultatlose Einfall der Passauer in Oesterreich hatte ihn um die leidenschaftlich gehegte Hoffnung, Mathias zu stürzen, ärmer gemacht und der Marsch des Kriegsvolks nach Böhmen war für ihn zwecklos geworden. Die gewohnte Unschlüssigkeit bemächtigte sich seiner jetzt in höherem Grade als sonst, bald wollte er Ruhe haben und dem Marsche der Passauer Halt gebieten, bald wieder hatte ihn der Wahnwitz derart überwältigt, daß er doch noch eine Besiegung des Bruders für möglich hielt, wenn er in Böhmen absolut gebiete.**) Seine Lage in den ersten Tagen des Februars glich jener im Jahre 1608 bei Mathias' Einfall. Tag für Tag mußte er damals sein Ohr Rathgebern leihen, die einander widersprachen und ihn in ein Meer von Zweifeln stürzten, während die Umstände eine rasche Entscheidung von ihm verlangten. So auch jetzt, auf der einen Seite Leopold, der auf dem betretenen Wege auszuharren empfahl und mit ihm der Hofkriegsrath und von den Geheimräthen Hegenmüller und Hannewaldt; auf der andern Seite die Stände Böhmens, die in Prag versammelt waren und ihn drängten, die Passauer für seine Feinde zu erklären und die deshalb ihre Rüstungen eifrig fortsetzten. Hier eine Wahl zu treffen überstieg Rudolfs Kräfte. Die Passauer fernhalten und abdanken, hieß ihm seine letzte Hoffnung nehmen, dazu mochte er nimmer die Einwilligung geben; wenn er sie aber nicht von Prag fernhielt, so mußte er eine Schlacht unter den Schloßmauern gewärtigen, eine nicht minder schreckliche Aussicht.

In dieser für den kranken Kaiser qualvollen Lage führte der Erzherzog die Entscheidung herbei. Am 11. Februar reiste er nach Beraun zu den Passauern angeblich mit dem Auftrage, die Abdankung und den Rückzug derselben zu bewerkstelligen.***) Am folgenden Tage kehrte er wieder

*) Simancas 2497/285. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 9. Feb. 1611.
**) Simancas 2497. Zuñiga an Philipp III ddo. 12. Feb. 1611.
***) Tauser Archiv. In einem Manuskripte daselbst sind bedeutend wichtige Ori-

nach Prag zurück und gab auf die Frage, welche der Oberstburggraf, begleitet von einigen Personen aus der Mitte der Stände, über den Erfolg seiner Mission an ihn richtete, die Antwort, daß er eine schriftliche Relation erstatten wolle. Am Abend wurden die Stände im Namen des Kaisers benachrichtigt, Leopold habe von den Passauern die Zusage erhalten, sie wollten sich nach Krumau unter der Bedingung zurückziehen, wenn die Stände das Versprechen gäben, sie auf dem Rückmarsche und in dem künftigen Standquartier nicht zu belästigen. Noch am selben Tage verfaßten die Stände, zufriedengestellt 12. Feb.
durch diese Antwort, die verlangte Assekuration und übergaben sie dem Erzherzog, der darauf wieder nach Beraun abreiste. Welcher Art jedoch seine Vermittlung daselbst war, zeigte sich schon am folgenden Tage. Ungefähr um 10 Uhr Morgens — es war an einem Sonntage und „zur Zeit, als in allen Kirchen gepredigt wurde" — langte der Erzherzog vor den 13. Feb. 1611
Mauern Prags an und in seinem Gefolge eine starke Abtheilung des Passauer Kriegsvolks. Kaum hatte man in der Stadt durch Boten von seiner Annäherung Nachricht erhalten, so ward Sturm geläutet, alles Volk stürzte aus den Kirchen und Häusern auf die Straßen, und bereitete sich zur Vertheidigung des zunächst bedrohten Hradschins. Als der Erzherzog diese Vorbereitungen in Erfahrung brachte und namentlich das Sturmläuten hörte, wendete er der Stadt den Rücken und quartirte sich in dem eine halbe Stunde vor den Thoren derselben gelegenen Kloster St. Margareth ein; an seiner Seite befand sich Ramée.

Mittlerweile langte das ganze Passauer Heer im Laufe des Vormittags auf der Anhöhe, welche sich im Westen der Stadt von dem sogenannten Reichsthor gegen den wenige Jahre später so berühmt gewordenen weißen Berg ausdehnt. Nach kurzer Rast versuchte es die Stadt durch Ueberrumpelung zu gewinnen, mußte aber dies Vorhaben, obwohl es dasselbe im Laufe des Tages wiederholte, aufgeben, da die Mauern zu hoch und zu gut besetzt waren, als daß sie im Anlauf genommen werden konnten. In Prag selbst war, wiewohl der Feind glücklich abgewiesen worden, die Bestürzung größer, als man bei der starken Besatzung von einem ehedem so kriegstüchtigen Volke erwarten sollte. Denn abgesehen von dem Schutze, welchen die Mauern gewährten, gebot in diesem Augenblicke die Stadt an geworbenem Volke und an dem Landsturme über eine größere Zahl Bewaffneter, als die Passauer betrugen, die in Folge von Besatzungen und Detachements kaum 10.000 Mann zählen konnten.

ginalkorrespondenzen eingebunden, welche über die Vorgänge dieser Zeit Aufschluß geben. Wir citiren diese Korrespondenzen fortan unter dem Titel: „Korrespondenzen des Tauser Archivs."

Alles drängte gegen das Schloß, das Volk wie die Stände, als ob dort noch Hilfe zu erlangen wäre.*) Thurn an der Spitze seiner Standesgenossen erschien in der königlichen Kanzlei und beklagte sich, daß trotz aller Bitten der Stände dennoch die Gefahr vor dem Feinde nicht beseitigt worden.**) Der Oberstburggraf, der unseres Wissens nicht im entferntesten in die Passauer Intrigue verwickelt war, glaubte mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Passauer dem Kaiser eidlich Treue geschworen, im Interesse des letzteren antworten zu müssen: „er wisse von keinem Feinde." Entrüstet über diese blöde Entgegnung erwiederte Thurn, indem er mit dem Finger auf den Oberstburggrafen hinwies: „Ich könnte den Feind mit der Hand fassen." — Dies Erscheinen der Stände in der Burg, wo sich der Kaiser ihnen gegenüber schutzlos befand, hatte die Folge, daß um die Mittagszeit an Ramée und das ihm untergebene Kriegsvolk ein kaiserlicher Herold abgesendet wurde, welcher ihnen öffentlich den Rückzug nach Kruman anbefahl. Es versteht sich, daß diesem Befehl ebensowenig Folge geleistet wurde, als er ernst gemeint war. Die Stände aber bemühten sich den Hradschin und namentlich den an das Reichsthor unmittelbar grenzenden Platz Pohořelec stark zu besetzen, weil von dieser Seite der weitere Angriff der Passauer zu erwarten war. In der That versuchten es diese noch zweimal am selben Tage von der Schloßseite her in die Stadt einzudringen, beidemal mißlang aber der Angriff. So verging der 13. Februar.

Am folgenden Tage, einem Montage, erschienen die Stände wieder in der Burg und verlangten die Veröffentlichung von Patenten, in denen die Passauer als Feinde des Kaisers erklärt werden sollten. Dies Verlangen war nichts mehr als billig, zum wiederholtenmale hatte Rudolf dem Kriegsvolk den Rückmarsch nach Kruman anbefehlen lassen, war dieser Befehl ernst gemeint, so waren die Soldaten, wenn sie ihn nicht befolgten, nichts als eine meuternde Truppe. Die obersten Kronbeamten, welche der großen Mehrzahl nach keineswegs für den Passauer Staatsstreich waren, benahmen sich aber in diesem kritischen Augenblicke nicht ihrer bessern Ueberzeugung gemäß, sondern wie im Einverständniß mit den vor den Thoren der Stadt lauernden Feinden. Als der Oberstburggraf Sternberg die Forderung der Stände vernahm, stand er auf und entfernte sich ohne ein Wort zu entgegnen. „Das ist also unser Schutz," rief man allgemein, „diese Leute lügen allesammt wie Schufte." Wenzel von Kinsky, der jetzt

*) Die Anzahl der Bewaffneten, welche am 19. Febr. in Prag waren, wird in böhmischen Quellen bis auf 30.000 Mann angegeben. Am 13. Februar mag Prag wohl bereits die Hälfte beherbergt haben, worunter nur ein kleiner Theil geworbenes Volk.

**) Korrespondenzen des Tauser Archivs.

aus seiner zweideutigen Rolle heraustrat und von dieser Stunde an unabläßig an dem Sturze des Kaisers und der Erhebung des Königs Mathias arbeitete, rief mit Herrn von Říčan laut aus: „Wo sind die Schufte und Verräther, die uns beschützen sollten; nimm Bruder einen auf dich, ich den andern, so werden wir unsern guten Namen erhalten und den Lügnern keine Gelegenheit zur Täuschung übrig lassen." *) Diese Aufforderung zu einer raschen Exekution fand indessen keinen entsprechenden Beifall. Gewiß ist aus diesem Vorgange, daß die Kronbeamten nicht das thaten, was sie zum Schutz ihres Landes zu thun verpflichtet waren, vielleicht daß in diesen Stunden, welche die Entscheidung herbeibrachten, die katholischen Antipathien bei ihnen die Oberhand erlangten. Wir wollen keineswegs behaupten, da ja auch keine Beweise dafür vorliegen, daß sie allesammt zuletzt den Einfall der Passauer gebilligt hätten, aber die passive Haltung von Männern, die vor allem berufen waren handelnd aufzutreten, die Zutritt zum Kaiser hatten und hinreichendes Ansehen, um ihn in letzter Stunde vor einem Angriff auf Prag abzuschrecken, diese passive Haltung war nach unserm Ermessen fast ebenso verbrecherisch, wie die direkte Theilnahme eines Slawata, Martinitz oder Berka.

Inzwischen verbreitete sich das Gerücht, daß die Passauer in Folge des verfehlten Angriffes am Sonntag ihre Absicht auf Prag aufgegeben hätten; zu einer regelmäßigen Belagerung waren sie jedenfalls zu schwach. Das Gerücht fand darin eine weitere Bestätigung, daß Ramée sein Hauptquartier von St. Margareth nach Košíř verlegte, und so den Beweis zu liefern schien, als ob er über Königsaal den Rückzug nach Krumau antreten wollte. Ueber den Aufenthalt des Erzherzogs am 14. Februar besitzen wir keine nähern Nachrichten, es ist aber nicht zu bezweifeln, daß er sich ununterbrochen unter den Passauern befand, da ihm der Eintritt in die Stadt verschlossen war und er in der Nacht vom 14. auf den 15. den Angriff der Passauer auf Prag kommandirte, denn die Bewegung nach Košíř war nicht um des Rückzuges willen geschehen, sondern hatte zum Zweck, die Erstürmung der Stadt vom Aujezd d. i. vom Süden zu versuchen. Noch in der Nacht setzte sich das Kriegsvolk gegen die Stadt in Bewegung, mitten unter demselben der Erzherzog in voller Kriegsrüstung als General en chef.**) Gegen sechs Uhr Morgens gelangte dasselbe theils vor das jetzige Aujezder Thor, theils auf den Laurenzberg, von dessen 15 Feb.
Höhe der Zugang in die Stadt die geringsten Schwierigkeiten bot. Da 1611
man sich keines Einfalls von dieser Seite versehen hatte, traf der Feind

*) Korrespondenzen des Tauser Archivs.

**) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 19. Feb. 1611.

kaum einen andern Widerstand als den ihm eine gewöhnliche Friedenswache entgegensetzen konnte. Das Fußvolk war das erste, welches in die Stadt von der Höhe des Laurenzberges *) in die wälsche Gasse eindrang, während die Reiter sich des sogenannten Karthäuserthores bemächtigten und von da auf den Aujezd gelangten; das wenige, was sich ihnen von der ständischen Besatzung entgegenstellte, wurde niedergemacht. Das rasche Eindringen der Passauer wurde auch dadurch begünstigt, daß diejenigen, welche voran waren, über ihre Kleidung einen Mantel von derselben Farbe, wie solche bei den ständischen Truppen üblich war, trugen. **) Ehe irgend ein geregelter Widerstand ihnen entgegengestellt wurde, waren die Feinde bereits in das innere der Kleinseite gedrungen und Fußvolk und Reiterei marschirte gegen den Hauptplatz vor, um in Gemeinschaft weiter zu operiren. Hier kam es in einem engen Gäßchen, welches vom Aujezd aus auf den Ring führte, zu dem ersten bedeutendern Zusammenstoß mit den ständischen Truppen, welche mittlerweile von der Gefahr benachrichtigt Zeit gefunden hatten, herbeizueilen. An ihrer Spitze befand sich der Graf Thurn. Nachdem das enge Gäßchen von den Passauern genommen war, wurde der Kampf am gegenwärtigen Radeckyplatze weiter fortgesetzt. Am heißesten ging es da in der Nachbarschaft eines Hauses zu, welches damals wie heute den Namen des Petrzilkischen führte. Hier nahmen am Kampfe nicht nur die Soldaten, sondern auch die Einwohner Theil; die Fenster der umliegenden Häuser füllten sich mit Bewaffneten, die je nach ihrer Gesinnung die Passauer oder die ständischen Truppen unterstützten, indem sie auf die Gegner feuerten, Steine herabwarfen oder siedendes Wasser herabgoßen. Unter den Bürgern, die auf solche Art für die Passauer Partei ergriffen, werden neben einzelnen Katholiken vor allem die Italiener genannt, die damals auf der Kleinseite eine zahlreiche Gemeinde bildeten und mit denen wahrscheinlich in vorhinein ein Einverständniß getroffen worden war. Die Zahl derer, welche bei diesem Kampf auf Seite der Böhmen fielen, wird auf 250 angegeben, auf Seite der Passauer sollen 500 gefallen sein und zwar heißt es, seien auf beiden Seiten die meisten von Bürger- und nicht von Soldatenhand durch den von den Fenstern aus eröffneten Kampf gefallen. ***) Bei dieser Gelegen-

*) Bei dem gegenwärtigen fürstlich Georg Lobkowitzischen Palais und dem wälschen Waisenhause vorüber.

**) Den Einfall schildern wir zumeist nach einer Handschrift der Prager philosophischen Fakultät, die einen gleichzeitigen Bericht enthält.

***) Die Nachrichten über die Zahl der Gefallenen sind natürlich verschieden. Nach andern Berichten sind 400 auf ständischer Seite, 1000 auf jener der Passauer gefallen.

heit wurden auch der Graf Thurn und Ulrich von Kinsky verwundet. Die Vertheidigung von Seite der Stände nahm einen so glücklichen Verlauf, daß die Passauer zweimal zurückweichen mußten und nur ihr entschiedenes Uebergewicht an Reiterei brachte die Böhmen in Nachtheil und entschied zuletzt den Sieg der Passauer am Ring. Ein neuer Kampf entspann sich darauf am Kleinseitner Rathhaus, wohin sich ein Theil der ständischen Musketiere flüchtete, und von wo sie sich wie von einer Festung nachdrücklich gegen die heranstürmenden Passauer vertheidigten. Da die letzteren nach längerer Anstrengung des Gebäudes nicht Herr werden konnten, so häuften sie vor dasselbe eine große Masse brennbarer Stoffe an, die zumeist aus den daselbst aufgestellten hölzernen Verkaufsläden bestanden, und machten Anstalt dieselben anzuzünden. Die Besatzung des Rathhauses sah sich dadurch zur Flucht gezwungen und nun drangen die Passauer in das innere des Gebäudes ein, plünderten die Kassen, kehrten sich dann gegen die benachbarten Verkaufsläden und raubten die Waarenniederlagen aus. Darauf wandten sich die Angreifer gegen die Brücke, wohin sich die ständische Truppenschaar zurückgezogen hatte und hier entbrannte abermals ein heißer Kampf beim Sachsenhaus. Wieder entschied er sich zum Vortheile der Angreifer, da einige Italiener, welche im Sachsenhaus ihre Verkaufsläden und Wohnungen hatten, von den Fenstern aus energisch für die Passauer Partei ergriffen und die Böhmen zur Flucht über die Brücke in die Altstadt nöthigten. So war kaum mehr als eine Stunde verflossen, seit der Kampf am Eingange zum Radeckyplatz begonnen hatte und schon war die am linken Ufer der Moldau gelegene Stadthälfte größtentheils im Besitz der Angreifer.

Ramée und der Erzherzog mögen sich der Hoffnung hingegeben haben, daß derselbe Handstreich, welcher ihnen die Kleinseite in die Hände gegeben hatte, auch die Alt- und Neustadt überliefern werde. Denn kaum hatten die Böhmen vom Sachsenhaus über die Brücke nach der Altstadt zu die Flucht ergriffen, so setzten ihnen die Passauer in Masse nach. Schon waren zwei ihrer Fähnchen über die Brücke auf die Altstadt gedrungen, als die Vertheidiger des Altstädter Brückenthurms erst gewahr wurden, daß die Eingedrungenen Feinde seien. Einige wohlgezielte Schüsse aus Kanonen, welche entweder auf dem Brückenthurme oder in der Nähe aufgestellt waren und die Brücke bestreichen konnten, schreckten die Passauer von der weitern Verfolgung ab und veranlaßten sie zur Umkehr. Dadurch waren die zwei Fähnlein, welche zu weit vorgerückt waren, und vielleicht

---

Darin stimmen jedoch alle Berichterstatter überein, daß sie die Verluste der Passauer auf das doppelte und dreifache angeben.

den Rückzug für zu gefährlich hielten, abgeschnitten. Sie setzten den Angriff muthig fort, statt jedoch nach einer Richtung vorzudringen theilten sie sich in zwei Abtheilungen, die eine drang beim Königsbad weiter vor, die andere schlug dagegen die Richtung unterhalb des Kreuzherrnklosters ein. Von allen Seiten sahen sie sich nun angegriffen, von den Soldaten wie von den Bürgern, und wiewohl eine nicht geringe Menge ihre Waghalsigkeit mit dem Leben büßte, gelang es doch der Mehrzahl natürlich unter steten Verlusten bis auf den Platz vor dem Neustädter Rathhaus, dem Karlsplatz, vorzubringen. Hier wurde ihnen ihre gefährliche Lage vollkommen klar und sie machten deshalb den Versuch das Emauser Kloster zu gewinnen, um sich von da aus mit einiger Aussicht auf Erfolg vertheidigen zu können. Allein die von allen Seiten gegen sie anstürmende mannigfach bewaffnete Menge vereitelte diesen Versuch, bevor er noch eigentlich angestellt war und nöthigte sie zur weitern Flucht gegen den Wyschehrad. Es waren ihrer nur noch fünf, die daselbst anlangten, darunter ein Fahnenträger. Da ihnen das Schicksal klar war, welches sie von Seite ihrer Verfolger bedrohte, zogen es alle vor um jeden Preis sich denselben zu entziehen. Sie lenkten deshalb ihre Pferde gegen das Wasser und obwohl das Ufer an der Stelle, wo sie dasselbe gewannen, steil sich erhob, also am Abhange des Wyschehrads selbst, wagten sie es doch, gerüstet wie sie waren und zu Roß in das Wasser zu springen, um das jenseitige Ufer zu erreichen. Die einen gingen gleich zu Grunde, andern schien das Rettungswerk gelingen zu wollen, allein sie wurden von ihren Verfolgern, welche sie auf Kähnen zu erreichen suchten, erfaßt und im Wasser selbst getödtet. So entkam Niemand von den zwei Reiterfähnchen, welche in die Altstadt sich gewagt hatten.

Das durch diese Vorgänge aufgeregte Volk, welches selbst die Verfolgung und Niedermetzelung der Passauer Reiter auf sich genommen hatte, beruhigte sich natürlich nicht mit dem Bewußtsein dieses Sieges und mit der sorgfältigen Bewachung der Altstadt gegen eine zu befürchtende Wiederholung des Angriffs. Der mittlerweile herangekommene Tag, es war der Fastnachtsdienstag, führte Niemanden weder seiner gewohnten Beschäftigung noch den herkömmlichen Vergnügungen zu, sondern vermehrte nur die auf den Straßen versammelte Menschenmenge. Die Berichte über den nächtlichen Einfall der Passauer auf die Kleinseite, über das blutige Gemetzel daselbst, über die von denselben verübten Plünderungen und endlich über den Antheil, welchen zu ihren Gunsten ein Theil der Katholiken am Kampfe genommen, gelangten zu Jedermanns Kunde und zwar unter Vergrößerungen und Ausschmückungen, wie sie dem Haß der Erzähler und der erregbaren Phantasie der Zuhörer zusagten. In dem Ueberfall der Passauer



sah man einen wohl angelegten Plan der Katholiken zur Herrschaft zu gelangen und nach damaliger Anschauungsweise waren die Mönche diejenigen, welche um einen solchen Plan wissen mußten und welche ihn auch unzweifelhaft befördern halfen. Kaum war also der letzte Passauer in die Fluthen der Moldau getrieben worden, so machte sich unter der racheschnaubenden Menge der Vorsatz geltend, Vergeltung an den muthmaßlichen Mitwissern und Förderern der räuberischen Gegner zu nehmen. Die Volksmenge ergoß sich gegen die Klöster, welche damals auf der Alt- und Neustadt lagen und sich ihrem Angriffe darboten.*) Der erste Angriff begann jedoch dort, bis wohin man die letzten Passauer verfolgt hatte, am Wyschehrad auf die St. Peterskirche. Ein Geistlicher, der daselbst der tobenden Menge entgegenkam und aus ihrem Geschrei die feindliche Absicht hinreichend vermuthen konnte, bat auf den Knieen um sein Leben. Er erlangte Gnade, aber die Kirche wurde erbrochen und ausgeraubt. Von da wandte sich der Pöbel gegen das Benediktinerkloster Emaus, zwei Mönche, welche in den weiten Klosterräumen aufgefunden wurden, fanden diesmal keine Schonung, sondern wurden elend ermordet; der Abt, von dem es hieß, daß er um den Einfall der Passauer gewußt habe, wurde vergebens gesucht, er hatte sich in einem Kamine wohl verborgen. Dem Doppelmorde folgte eine allgemeine Plünderung des Klosters und der Kirche. Beladen mit der Beute zog die Menge weiter nach der innern Stadt. Ein Theil nahm seine Richtung nach dem Karlshof, ein anderer nach dem St. Agneskloster, ein Dritter nach dem Minoritenkloster bei St. Jakob. Was von Geistlichen ihnen auf dem Wege begegnete, wurde niedergeworfen, mißhandelt und ermordet. Ein Jesuit wurde ohne alle Umstände an die Moldau geschleppt und in dieselbe geworfen. Als die mordsüchtige Menge bei dem Jakobskloster anlangte, stellten sich ihr die Fleischer, welche daselbst ihren Standplatz hatten, zur Wehr. Welchen Grund dieses muthige Benehmen hatte, ist uns nicht weiter bekannt, es erreichte jedoch seinen Zweck und die Mönche blieben ungefährdet. Der Karlshof, den Niemand beschützte, wurde ausgeplündert und der Abt und zwei Mönche getödtet. Das Agneskloster wurde ausgeplündert, von den

*) Die Schilderung der gräuelvollen Angriffe gegen die Klöster entnehmen wir theils einer Handschrift, die im Prager Franziskanerkloster bei Maria Schnee aufbewahrt wird, theils den Tauser Korrespondenzen, theils einem Berichte Zuñiga's (ddo. 19. Feb. 1611), ferner einem Berichte des Reichspfennigmeisters und Augenzeugen Welser im Brüssler Archiv ddo. 19. Feb.; ferner dem Berichte eines protestantischen Predigers und Augenzeugen, befindlich im Wiener Archiv (Unterschiedliche Akten MS 491/EFG.); endlich Manuskripten der Prager philosophischen Fakultät und den handschriftlichen Werken Slawata's und Skala's.



Bewohnern aber Niemand ermordet, da diese sich bei Zeiten geflüchtet hatten. — Während dieser Vorgänge hatte sich ein Volkshaufe und zwar der zahlreichste vor dem Franziskanerkloster bei Maria Schnee angesammelt. Dieses Kloster, ursprünglich den Karmelitern gehörig, war in den Hussitentagen beinahe vollständig zerstört und von da an nicht weiter von Mönchen bewohnt worden. Seit jedoch mit dem Auftreten der Jesuiten der Eifer der Katholiken frische Nahrung bekam und in der Begründung neuer Klöster sich zeigte, dachte man auch daran, das wüste Kloster bei Maria Schnee wieder herzustellen und es war vornehmlich das Verdienst des Kanzlers Zdenko von Lobkowitz, daß eine Kolonie von Franziskanermönchen sich im Jahre 1603 daselbst niederließ. Nach Berichten, welche aus der Feder entgegengesetzter Parteimänner stammen, haben die Bewohner Prags mit dem äußersten Unwillen dieser Klosterrestauration zugesehen und namentlich beklagten sich jene am bittersten, welche sich auf dem ehemaligen Klostergrund angebaut hatten und denen bei der Restauration mit und gegen ihren Willen ihre Gebäude abgelöst wurden. Auch vermochten sich die Mönche während ihrer bereits siebenjährigen Anwesenheit nicht in ein besseres Einvernehmen mit der Bevölkerung zu setzen, da sie durchgehends Fremdlinge waren, aus Spanien, Italien, Frankreich, Belgien und Deutschland, keiner aus Böhmen selbst. Gegen sie wandte sich nun die Volksmenge, als bereits die Mittagszeit ziemlich herangerückt war. Das Kloster, welches sonst 17 Brüder zählte, beherbergte in diesem Augenblicke nur 15, zwei, der Quardian und ein Laienbruder, waren vor kurzem nach Wien gereist. Kaum war die wilde Menge vor dem Kloster angelangt, so umstellte ein Theil schnell alle Ausgänge, während ein anderer in das innere desselben drang. Jetzt erfolgte eine Scene, welche nur den wildesten Vorgängen in den Hussitentagen und in der französischen Revolution zur Seite gestellt werden kann. In dem Augenblick, wo der Mörderhaufe in das Gebäude eindrang, gingen einzelne Brüder nichts ahnend ihren gewohnten Beschäftigungen nach, einer, der Holz zur Küche trug, ward auf dem Wege niedergeschlagen, ein zweiter, der aus dem Refektorium durch den Lärm hervorgelockt, heraustrat, gleicherweise mit Stöcken todtgeschlagen. Einem Dritten wurden in der Kirche am Altar, wo er mit beiden Händen eine mit geweihten Hostien angefüllte Tasche hielt, dieselben abgehauen, er darauf getödtet und die Hostien selbst von den Mördern mit Füßen getreten. Ein gleiches Schicksal traf vier andere Brüder, die in verschiedenen Räumen des Klosters aufgefunden ohne alles Erbarmen trotz alles Flehens niedergemacht wurden. Einzelne aus dem Volke, die sich ob dieser Scenen entsetzten und für das Leben der Bedrohten baten, wurden bald zum Schweigen gebracht, denn die aufgeregte Mordlust be-



drohte sie für ihr unzeitiges Mitleiden mit einem gleichen Schicksale. Noch waren acht Brüder am Leben, die indessen hinreichend über die ihnen drohende Gefahr belehrt Zeit gefunden hatten sich zu verbergen. Einem derselben gelang es, wiewohl er bereits verwundet war, auf das Dach eines an das Kloster anstoßenden Gebäudes zu gelangen. Hier blieb er zwei Tage lang verborgen und rettete sich dann glücklich in das Jakobskloster. Er war der einzige, der dem Blutbade entrann. Die sieben andern waren in den Thurm gekrochen, wurden aber daselbst aufgefunden und vier von ihnen alsbald niedergehauen. Die übrigen drei fanden noch Zeit durch das Thurmfenster auf das Dach der Kirche zu kriechen, wurden jedoch da entdeckt und erlitten das kläglichste Ende. Zwei nämlich wurden durch Schüsse getroffen und stürzten von der Höhe des Daches auf den Boden, der dritte wurde ergriffen und buchstäblich in Stücke gehauen. Die Leichname erfuhren die schändlichste Behandlung, vier von den Gemordeten wurden nackt ausgezogen und auf die Gasse geworfen, wo sie durch drei Tage unbestattet liegen blieben. Darauf erfolgte eine allgemeine Plünderung des Klosters, die Kleider der Gemordeten und die kirchlichen Gewänder wurden von den Mordgesellen zur Erhöhung der Fastnachtsfreuden angezogen und ein tolles Treiben erhob sich in den vor kurzem noch so stillen Gängen. In einer Kapelle lag der Leichnam des Oberstthofmeisters Herrn von Dohna, der in einem Grabmal, das man für ihn hergerichtet, bestattet werden sollte. Von ihm ging das Gerücht, daß er bei Lebzeiten gesagt habe, er wolle seinen Rock vom Leibe verkaufen, um die Lutheraner aus dem Lande vertreiben zu helfen. Sein Sarg wurde erbrochen und wie zur Vergeltung der Leichnam seiner ganzen Hülle beraubt und entblößt hingeworfen.

Es blieb noch das Jesuitenkollegium, welches die Aufmerksamkeit des Pöbels wachrief und dessen Bewohner mehr als jeder andere in Prag befindliche Orden dem Haß und Verdacht der protestantischen Bevölkerung preisgegeben waren. Die Pöbelmasse wälzte sich, aufgestachelt noch überdies durch das Gerücht, daß große Waffen- und Pulvervorräthe in den weiten Räumen des Gebäudes verborgen seien, zu demselben. Zum Glück für die Jesuiten waren in ihrer unmittelbaren Nähe die ständischen Truppen, welche sich von der Kleinseite auf die Altstadt zurückgezogen hatten, aufgestellt und bei denselben die Mehrzahl der böhmischen Stände, welche die weitere Entwicklung der Ereignisse in der Nähe der Brücke abwarteten. Vielleicht würden sie, selbst den Gefühlen der Rache und des Hasses nachgebend, vor ihren eigenen Augen einen schmählichen Angriff geduldet haben, wenn nicht bei Einigen mehr Besonnenheit geherrscht und diese rechtzeitig ihr Ansehen geltend gemacht hätten, namentlich trat Wenzel von Kinsky,



der sich seit zwei Tagen in der öffentlichen Meinung rehabilitirt hatte, energisch für die Jesuiten ein. Die Väter verstanden sich dazu in ihr Gebäude und in ihre Kirche eine ständische Besatzung aufzunehmen, gegen die der Pöbel keinen Angriff wagte. So entgingen sie glücklich Mißhandlungen, die unter andern Verhältnissen gewiß nicht hinter jenen geblieben wären, welchen so eben die Franziskaner erlegen waren.

IV

Leopold hatte sich in der Mitte des Kriegsvolkes befunden, als dieses von Koťiř aus seinen Einfall gegen die Stadt versuchte. Es wird uns in den gleichzeitigen Berichten nicht mitgetheilt, daß er irgendwo in den vordern Reihen der Kämpfenden erblickt worden sei. Seine Stellung als General en chef, wie er dies in der That und nach dem Berichte des spanischen Gesandten an diesem Tage war, brachte es von selbst mit sich, daß er in einer gedeckten Position den Ausgang des Straßenkampfes abwarten mußte. Als dieser mit der Eroberung der Kleinseite geendet hatte, erblickte man ihn in Begleitung Ramées, wie er durch die Straßen reitend im Hause eines gewissen Lazarus Henkel abstieg.*) Kurze Zeit darauf begab er sich, abermals in Ramée's Begleitung, in die Burg und ward vom Kaiser zur Audienz empfangen. Die Unterredung dauerte eine halbe Stunde.**) Kein Berichterstatter gibt uns Aufschluß über den Inhalt des geführten und jedenfalls denkwürdigen Gespräches, wir ersehen jedoch aus den Maßregeln der nächsten Tage, daß der Kaiser zufrieden mit dem Erfolge war und auf dem betretenen Weg auszuharren beschloß. Das Passauer Kriegsvolk sollte sich auch der übrigen Stadttheile bemächtigen und das darin befindliche geworbene Volk zum Eintritt in den Dienst des Kaisers nöthigen. Gelang dies, dann war die Zahl der Passauer durch die neu Hinzugetretenen fast verdoppelt, der Kaiser vorläufig unangreifbar und Mathias mochte einen Angriff keineswegs so leicht versuchen wie im Jahre 1608.

Es handelte sich jetzt für Leopold darum, rasch Zutrauen zu seiner Person und dem Gelingen seines Unternehmens zu wecken. Um die Katholiken ganz und gar für sich zu gewinnen, suchte er vor allem den Nuncius sich geneigt zu machen. Zur selben Stunde, in der er seinen Einzug in Prag hielt, schickte er seinen Agenten Miraballo zu demselben,

*) Dieses Haus lag auf der Kleinseite in der wälschen Gasse.

**) Brüssler Archiv. Der Reichspfennigmeister Welser an Piefport ddo. Prag 19. Febr. 1611.

um sich wegen der Ueberrumpelung Prags zu rechtfertigen. In welcher Weise dies Miraballo that und wie der Nuncius die Mittheilung annahm, zeigt am besten ein Brief, in welchem der letztere seinen Gesinnungsgenossen Zuñiga von dieser Rechtfertigung benachrichtigt: „So ist der erste Akt der Komödie abgeschlossen, gebe Gott, daß sie bereits ein Ende habe. Erzherzog Leopold hat in diesem Augenblicke Miraballo zu mir geschickt, um mir über die Ereignisse Bericht zu erstatten mit dem Beifügen, daß er sich um der Ehre Gottes, um der ganzen Christenheit und um des Kaisers willen in dies Unternehmen gestürzt und nicht anders habe handeln können. Solchergestalt hat sich also der Erzherzog selbst für den Urheber desselben erklärt. Ich entgegnete, daß das, was geschehen sei, nicht ungeschehen gemacht werden könne, ich bäte jedoch Seine Hoheit alle Folgen zu bedenken, denn es sei gewiß, daß er ein Feuer angezündet habe, das nur sehr schwer zu löschen sein werde." *) So wenig diese Antwort eine Billigung der Handlungsweise Leopolds enthielt, so wurde doch von den Anhängern desselben in Prag sowohl am Fastnachtsdienstag selbst wie an den folgenden Tagen mit Ostentation die Nachricht verbreitet, daß, da das ganze Unternehmen zur Ehre Gottes berechnet sei, der Papst und der König von Spanien mit allen Mitteln dasselbe zu unterstützen bereit seien. Zuñiga von diesen Gerüchten in Kenntniß gesetzt theilte am selben wie an dem folgenden Tage mit nicht minderer Ostentation jedem, der es hören wollte, mit, daß er die vorgefallene „Gewaltthat für gleich verderblich halte, sowohl was das Wohl der Religion wie des Kaisers und des ganzen Hauses Oesterreich betreffe." Er war sogar gesonnen sich von Prag in auffallender Weise zu entfernen, um damit erkennen zu geben, wie sehr dem Könige von Spanien diese „tumultuarischen Vorgänge mißfielen." **)

Auf diese Weise gelang es dem Erzherzog und seinem Anhang nicht den Nuncius und Zuñiga in ähnlicher Weise zu überrumpeln, wie es ihnen mit der Kleinseite gelungen war. Der Passauer Einfall stellte sich als ein abenteuerliches Unternehmen dar, ersonnen und durchgeführt von dem blinden Hasse eines kranken und somit zu entschuldigenden Fürsten,

*) Simancas 2497/12. Der Nuncius an Balthasar von Zuñiga ddo. 15. Feb. 1611 Prag.

**) Simancas 2497/11. Zuñiga an Philipp III ddo. 19. Feb. 1611 . . . Y siendo en el estado presente de las cosas tan temerario assumpto este y tan dañoso para la republica y para el poco numero de catolicos y religiosos, que ay en Bohemia, ha sido muy forcoso el dar a entender en mis platicas y en todas ocasiones como tenia toda esta violencia por muy contraria al servicio de Dios y del Emperador y de toda la casa de Austria y aun he estado en mucha duda si convendra o no apartarme algo de Praga para con esta action publica mostrar, que a V. M. le desplazen estos tumultos.

dem unreifen Ehrgeize eines unerfahrenen Prinzen und der verbrecherischen Augendienerei einer Clique habsüchtiger und nichtswürdiger Personen. Es vermochte sich auf kein Interesse und keine Partei im Lande zu stützen, es war und blieb nichts anderes, als eine Art von Soldatenverschwörung, für deren Gelingen das 17. Jahrhundert noch nicht angethan war.

Prag liegt bekanntlich an den beiden Ufern der Moldau, welche die Stadt in zwei Hälften theilt; auf dem rechten Ufer liegt die Alt- und Neustadt, auf dem linken die Kleinseite, der Hradschin und die Burg. Durch den Einfall am Dienstag Morgens war den Passauern nur die Kleinseite in die Hände gefallen, Leopolds Bestreben mußte es nun sein sich der übrigen Stadttheile zu bemächtigen. Er beschloß dies zuerst mit der Burg zu versuchen, denn diese Position war vorläufig die wichtigste, da er von dort aus im Rücken gefaßt werden konnte, und mit der Burg von selbst der Hradschin in seine Hände fiel. Auf einen Sturm wollte es der Erzherzog jedoch nicht wieder ankommen lassen, er wollte vielmehr die ständischen Truppen, welche nicht bloß die Burg sondern auch den Hradschin besetzt hielten, zu einer Kapitulation nöthigen und mit seiner eigenen Truppenmacht vereinigen. Sein Vorhaben wurde durch die Bestürzung, welche unter den Einwohnern am linken Moldauufer herrschte, bedeutend gefördert, Niemand sprach von einem Widerstande.
16 Feb. 1611 Als er deshalb am folgenden Tage gegen Mittag sein Volk in Schlachtordnung brachte und mit diesem gegen die Burg vorrückte, wollte die Besatzung ebenso wenig etwas von einer Vertheidigung wissen wie ihre Anführer und es wurde darauf mit letzteren ein Vertrag abgeschlossen, in dem sich dieselben verpflichteten mit den Passauern Freund zu sein und neben ihnen die Interessen des Kaisers zu vertheidigen. Zur Bekräftigung des Vertrages sollten die ständischen Truppen vereint mit den Passauern dem Kaiser Treue schwören.*) Diese Kapitulation wurde natürlich abgeschlossen, ohne daß die Stände um ihre Zustimmung befragt worden wären. Die Mehrzahl von ihnen befand sich übrigens bereits auf der Altstadt, während auf der Kleinseite und am Hradschin nur jene zurückgeblieben waren, welche die günstige Zeit zur Flucht versäumt hatten. Der Zufall fügte es, daß gerade drei ihrer bedeutendsten Häupter Graf Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz auf dem linken Moldauufer zurückgeblieben und nun in der Burg abgeschnitten waren, der erstere hauptsächlich wegen der erlittenen Verwundung, die ihn in der Eile genöthigt hatte, Schutz und Pflege im Hause des Kanzlers

*) Wiener Staatsarchiv. Diarium dieser Ereignisse. MS. 491.

Zdenko von Lobkowitz zu suchen.*) Auch von ihnen wollte keiner den Widerstand gegen die Passauer fortsetzen, Thurn wohl deshalb nicht, weil er verwundet war, Wilhelm von Lobkowitz, weil er keinen Erfolg voraussah und Fels fügte sich derart der Macht der Ereignisse, daß er erbötig war mit den ständischen Truppen den verlangten Eid zu leisten. Die obersten Kronbeamten, welche die Tragweite dieser Maßregel nicht unterschätzen konnten, bewahrten ihr gegenüber eine passive Haltung. Keine Nachricht hat sich erhalten, aus der ersichtlich wäre, daß sie gegen das Eindringen der Passauer protestirt hätten, sie nahmen dasselbe als eine vollendete Thatsache hin und leisteten keinen Widerstand gegen die von Leopold beabsichtigte Verschmelzung der Passauer mit den ständischen Truppen.

Während Leopold durch das bloße Erscheinen der ihm untergebenen Kriegsmacht vor der Burg ein so günstiges Resultat erzielte, suchte er die Altstädter ebenfalls zur Unterwerfung zu bewegen. Noch am selben Tage sandte er einen Herold an dieselben ab und ließ sie sammt den Neustädtern auffordern, eine Besatzung, bestehend in zwei Fähnlein des Passauer Volkes, aufzunehmen und ihre Truppen ebenso wie die ständische Burgbesatzung vereidigen zu lassen. Der Erzherzog versprach hiefür die Aufrechthaltung der Ordnung.**) Die Verhältnisse auf der Altstadt waren aber nicht darnach angethan, daß eine einfache Botschaft, ob im Namen des Kaisers oder des Erzherzogs abgeschickt, eine rasche Unterwerfung herbeigeführt hätte. Nicht nur fühlte sich das Rechtsbewußtsein des Volkes durch den schmählichen Einbruch der Passauer verletzt, auch die handgreiflichen Beweise über das räuberische Auftreten derselben und die Plünderungen, von denen noch am Faschingsdienstag die wohlhabenden Bewohner der Kleinseite betroffen wurden, und die gewiß am rechten Moldauufer nicht unbekannt blieben, waren eine Aufforderung für die Altstädter ihr Eigenthum zu schützen und Versicherungen nicht zu trauen, nachdem andere weit gewichtigere und feierlich ertheilte Versprechungen so eben gebrochen worden. Auch war die Stimmung des niedern Volkes nicht derart, daß sie den Bürgern, selbst wenn sie gewollt hätten, die Zulassung einer Passauer Garnison gestattet hätte. Noch lagen die Leichen der ermordeten Mönche auf den Straßen zerfetzt und unbestattet, die Menge suchte nach einem Gegenstande des Angriffs und keineswegs nach rascher Rückkehr zur gewohnten Beschäftigung. So wenig aber die Bürger daran dachten sich den Antipathien des Pöbels entgegenzusetzen, so würde dennoch Zerfahrenheit in die zur Ver-

*) Brüssler Archiv. Relation des Reichspfennigmeisters Welser über den Passauer Einfall ddo. 19. Feb. 1611.

**) Tauser Korrespondenzen.

theidigung nothwendigen Maßregeln eingetreten sein, wäre die Stadt sich allein überlassen gewesen. Dem war nicht so. Die Mitglieder des Landtags aus allen drei Ständen, welche sich zur rechten Zeit auf die Alt- und Neustadt geflüchtet hatten, versammelten sich auf dem Altstädter Rathhause und konstituirten daselbst ein Rumpfparlament. Es war sonach das Schicksal von Prag und damit wohl auch das des Königreichs nicht den Händen einiger Gemeindeältesten, die schließlich leicht eingeschüchtert werden konnten, anvertraut, im Gegentheile die Vertreter des Landes selbst nahmen in diesem Augenblicke die oberste Regierung und damit die Verantwortlichkeit in die Hand. Was sich an Bewaffneten in der Alt- und Neustadt befand, erkannte willig die Auktorität der daselbst versammelten Stände an und war bereit zur weitern Gegenwehr. Zur Erhöhung ihres Muthes trug nicht wenig der Umstand bei, daß ununterbrochen Zuzüge aus den einzelnen Kreisen Böhmens am rechten Moldauufer anlangten, welche, wenn auch nicht besonders für den Kampf im offenen Felde tauglich, doch trefflich für die Vertheidigung der Stadtmauern paßten.

Was die Männer betrifft, welche unter den Ständen auf dem Altstädter Rathhause jetzt das entscheidende Wort führten, so waren es nicht jene, die seit zwei Jahren an der Spitze der böhmischen Bewegung zu sein pflegten. Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz waren von der Altstadt abgeschnitten, auch von Schlick wissen wir nicht anzugeben, wo er sich in diesen Tagen befand. Budowec weilte in Mähren, wohin er von den Ständen noch vor dem Passauer Einfall abgeschickt wurde, um die Hilfe des Nachbarlandes zu erbitten. Aus gleichen Ursachen waren andere hervorragende Mitglieder des Landtags nach Oesterreich, Schlesien, Sachsen und der Lausitz abgeschickt worden.*) So geschah es, daß, wiewohl die Majorität des Gesammtlandtags auf dem Altstädter Rathhause ihren Sitz aufgeschlagen hatte, sie doch die eigentlichen Parteiführer nicht in ihrer Mitte zählte. Sie fand jedoch einen vollkommenen Ersatzmann in Wenzel von Kinsky, in welchem wir in diesen Tagen den eigentlichen Lenker der böhmischen Geschicke erkennen müssen. So überraschend diese Behauptung sein mag, ist sie doch völlig richtig.

Was wir bisher über Wenzel von Kinsky zu berichten hatten, zeigt ihn als einen Achselträger und Intriguanten. Es ist erzählt worden, welche hervorragende Rolle er unter den Protestanten gespielt hatte, als sie die Bestätigung des Majestätsbriefes verlangten, wie er dann plötzlich umsattelte und sich mit den Katholiken am kaiserlichen Hofe in ein gutes Einvernehmen zu stellen trachtete. Es gelang ihm in der That, das Vertrauen

*) Wiener Staatsarchiv. MS. 191. Diarium über die Ereignisse dieser Tage.



jener Katholikenpartei zu gewinnen, welche die Pläne Leopolds förderte. Dadurch kam er zur Kenntniß dessen, was man mit den Passauer Werbungen beabsichtigte, und da er zu gleicher Zeit im Solde des Königs Mathias stand, benachrichtigte er diesen stets genau und umständlich von der ihn bedrohenden Gefahr. Es ist zugleich ein bemerkenswerther Umstand, daß einer der Brüder Wenzels von Kinsky, Ulrich, als Rittmeister in das Passauer Heer eingetreten war. Die Vermuthung liegt fürwahr nahe, daß er dies im Einverständniß mit seinem Bruder gethan, um die Größe und das Ziel der Rüstungen, so weit sich solches an Ort und Stelle thun ließ, überwachen zu können. Auch an dem Zuge nach Prag nahm Ulrich Antheil, nicht aber an dem Einbruche in die Stadt; ein oder zwei Tage vordem ging er zu den ständischen Truppen über und focht an deren Seite gegen die Passauer. Noch vor Ausbruch dieses Kampfes hatte Wenzel die Schiffe hinter sich verbrannt und sich gegen Leopold erklärt. Während er bis in die letzten Tage nichts that, was den Erzherzog gegen ihn hätte mißtrauisch machen können, trat er, als die Passauer bereits in Beraun waren, mit der größten Heftigkeit gegen die Kronbeamten auf, weil diese den Zug nicht gehindert hatten. Sein Benehmen bei dieser Gelegenheit war so entschieden, daß er das längst verlorene Vertrauen der Protestanten derart gewann, daß sie in den folgenden Wochen vornehmlich auf seinen Rath hörten.

Als der Einfall durch die Eroberung der Kleinseite einen so unglücklichen Verlauf für die böhmischen Stände genommen hatte, entstand für Wenzel die Frage, wohin er seinen Rückzug antreten solle. Anfangs wollte er nach dem Schloß, das mit dem Hradschin sich im Besitze der ständischen Truppen befand, bald jedoch besann er sich eines besseren und versuchte nach der Altstadt zu entkommen, offenbar um sich den Rückzug nach Mähren zu sichern. Da die Moldaubrücke für die Flucht gesperrt war, so mußte er über den Fluß auf irgend einer passenden Uferstelle zu entkommen trachten. Während er dahin in Begleitung mehrerer Personen sich begab, traf es sich, daß er bei der Wohnung des spanischen Gesandten seinen Weg nehmen mußte. Zuñiga stand am Fenster, begrüßte den Vorbeieilenden und sprach sein Bedauern über die Vorfälle in Prag aus. Er that dies, wie wir erzählt, mit absichtlicher Ostentation, damit Niemand im Zweifel sei, welche Stellung Spanien in dieser traurigen Fastnachtskomödie einnehme. Kinsky, dadurch zutraulich gemacht, bat den Gesandten um ein Pferd zur Erleichterung der Flucht und dieser stand nicht an, seinem Gesuche zu willfahren. So gelangte der erstere glücklich auf die Altstadt, und zwar noch rechtzeitig, um für die bedrohten Jesuiten ein gewichtiges Fürwort einzu-

legen.*) Darauf begab er sich auf das Rathhaus unter die Stände, wo er mit seinen übrigen Brüdern zusammentraf und hier that er, was er konnte, um die Gemüther gegen den Kaiser aufzureizen und den Sturz desselben herbeizuführen. So weit unsere Nachrichten reichen, war er der erste, welcher mit dieser Absicht offen hervortrat, um mit Beseitigung Rudolfs seinem Bruder Mathias zur Regierung zu verhelfen. Er that dies zwar geleitet von eigenem Interesse, denn er erwartete von Mathias für seine Dienstleistungen eine Belohnung in böhmischen Krongütern, allein so viel muß zugestanden werden, daß er mit seinem persönlichen Interesse auch das der Dynastie vertrat. Denn als er mit seinem auf Mathias hinweisenden Vorschlägen den Ständen die Zunge löste, gab es bereits Einzelne, die gar nichts mehr von der Herrschaft des Hauses Habsburg wissen wollten, und seinem entschiedenen Auftreten muß das Verdienst zuerkannt werden, daß diese abweichenden Stimmen zu keiner Geltung gelangten. Wenn wir Kinsky mit einer andern historischen Persönlichkeit vergleichen sollten, so wüßten wir Niemanden andern als Fouché ihm an die Seite zu stellen. Beide waren von Haus aus Intriguanten, beide haben aber in einem kritischen Augenblick mit ungewöhnlicher Kühnheit und Verachtung jeglicher Gefahr ihr Vaterland vor Zerrüttung bewahrt, Fouché, indem er die zweite Rückkehr der Bourbonen rasch ermöglichte, Kinsky, indem er einem drohenden Bürgerkriege in Böhmen durch des Königs Mathias Herbeirufung vorbeugte. Um seine Aufgabe zu lösen, schlug Kinsky den Weg ein, daß er den Geist des Widerstandes auf der Altstadt anfachte und rege zu halten suchte, damit Mathias Zeit gewinne, den Böhmen zu Hilfe zu

*) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 19. Feb. 1611. So viel und nicht mehr, als was wir im Texte angegeben, erzählt Zuñiga in seinem Schreiben an Philipp III über die mit Kinsky gehabte Unterredung. Nach der Angabe des belgischen Gesandten Vischer wäre aber diese Unterredung nicht so einfach gewesen, sondern der Gesandte hätte geradezu Herrn von Kinsky aufgefordert auf die Altstadt zu gehen und dort für Mathias zu wirken. Vischer schreibt nämlich dem Erzherzog Albrecht (Brüssler Archiv. Secret. d. Etat Allem. Carton 164), es sei „auff des Don Balthasar Zuñiga Rath geschehen, daß Kinsky in der alten Stadt Prag hinüber gefallen und dieselbe erhalten biß zur des Königs ankunfft, sonst hatten die Böhmen einen andern frembden außer dem Hause zu Ihrem König wehlen und auffwersen dürffen.“ Darnach würde Zuñiga's Antheil an diesen Ereignissen ein weit einflußreicherer und unserer Ueberzeugung nach ein noch weit verdienstlicherer für das Haus Habsburg gewesen sein. Kinsky, der im Laufe der folgenden Momente häufig auf seine eigene Rolle zu sprechen kam, schrieb sich jedoch allein das Verdienst zu und nannte sich den Urheber der Absetzung des Kaisers und Erhebung des Mathias. (Brömsers, des Mainzischen Gesandten Bericht im Münchner Staatsarchiv 512/20, 20 über die Prager Traktation.)

kommen. Den Geist des Widerstandes wachzuhalten war nicht schwer; Adel, Bürgerschaft und Volk hatten, wenn gleich verschiedene, so doch die wichtigsten Gründe zur Ausdauer. — Als demnach am 16. Februar ein kaiserlicher Herold auf der Altstadt erschien, die Aufnahme einer Besetzung und die Vereidigung der ständischen Truppen für den Kaiser forderte, wurde er mit einer abschlägigen Antwort beschieden. Die bewaffneten Zuzüge, welche vom Lande täglich zur Unterstützung der Prager einlangten, wurden am Pořič und auf der Hetzinsel unterbracht, wo der Feind eine Furth suchte und Miene machte einen Sturm zu wagen; überhaupt wurden die Ufer überall befestigt, um einen dauernden Widerstand zu ermöglichen.

Während die Entschlossenheit der Alt- und Neustädter einen harten Kampf voraussehen ließ, erntete der Erzherzog auf dem linken Moldauufer die Früchte der abgeschlossenen Kapitulation. Am 17. Februar versam- 1611
melten sich die ständischen Truppen gemeinschaftlich mit den Passauern auf freiem Felde vor dem Sandthor, die ersteren unter dem Kommando Colonna's von Fels, die letzteren befehligt von Leopold selbst und leisteten der Uebereinkunft gemäß einen Eid, daß sie einander unterstützen und den Kaiser vertheidigen wollten.*) Einer ähnlichen Eidleistung mußten sich auch die Kleinseitner Bürger unterziehen, so daß also Leopold die halbe Stadt für völlig unterworfen halten konnte. — Ein Herold, den Leopold gleichzeitig auf die Altstadt abschickte, um den Bürgern ein Schreiben zu überreichen, wurde von diesen gar nicht eingelassen, das Schreiben wurde ihm gleich am Brückenthurme abgenommen. Dasselbe war vom Kaiser an die „Bewohner Prags und an die auf dem Altstädter Rathhause versammelten Stände" gerichtet und befahl ihnen unverweilt dem Beispiele der Kleinseitner Bürger und der im Schloß befindlichen Truppen zu folgen. Sie sollten demgemäß die Stadt öffnen und am folgenden Morgen mit den Passauern dem Kaiser einen Eid leisten, daß sie ihn vereint mit den letzteren gegen Jedermann vertheidigen wollten. Diese Forderung schlugen die im Altstädter Rathhause versammelten Stände rundweg ab, indem sie die kaiserliche Zuschrift mit einer ausführlichen Deduktion beantworteten, worin sie theils auf die Gräuelthaten der Passauer theils auf den Bruch des vielfach bezüglich ihrer Abdankung gegebenen Versprechens hinwiesen. Um die Alt- und Neustädter mürbe zu machen, ließ darauf Leopold Kanonen, welche der Kaiser aus seinem Zeughause zu nehmen erlaubte, auf den Anhöhen des linken Moldauufers aufführen und bedrohte

*) Skala, MS. im böhmischen Museum. — Wiener Staatsarchiv. MS. 191. Diarium der Ereignisse in diesen Tagen.



auf diese Weise die jenseitigen Bewohner mit einem Bombardement. Man sah ihn hiebei in voller Rüstung eifrig auf seinem Rosse sich herumtummeln und den Funktionen nachkommen, die auf ihm als dem politischen und militärischen Leiter der Bewegung lasteten. Allein selbst die Aussicht auf eine Beschießung machte den Sinn seiner Gegner nicht geschmeidiger, im Gegentheil sie arbeiteten nur um so eifriger an der Befestigung der ungedeckten Ufer. Der allgemeine Eifer und wohl noch mehr die Angst vor den Plünderungen der Passauer brachte selbst die Juden derart ins Feuer, daß sie nach Waffen verlangten und an der Vertheidigung der Stadt theilzunehmen sich entschlossen. Eine Schaar von 500 jüngern Männern bekam solche zugestellt und reihte sich den übrigen Vertheidigern an, der erste und einzige Fall dieser Art in der böhmischen Geschichte.*) So kam es, daß man am 19. Februar an 30.000 Bewaffnete auf böhmischer Seite zählte, die größere Hälfte hievon Zuzüge vom Lande, die kleinere Eingeborene Prags und geworbene Truppen.

Leopold und seine Anhänger mußten sich nun fragen, welchen Weg sie einschlagen sollten, falls die Altstädter in ihrem Widerstande verharrten. Die Antwort, welche sie sich gaben, lautete einfach: möglichste Schwächung des Gegners und eigene Kräftigung. Um die erstere herbeizuführen war es vor allem wichtig, daß das allgemeine Aufgebot des Landes, von dem nur eine dem Kaiser feindliche Haltung erwartet werden konnte, rückgängig gemacht werde. Rudolf unterzeichnete deshalb ein Patent, durch welches der betreffende Landtagsbeschluß, welcher die allgemeine Bewaffnung anordnete, rückgängig gemacht und die Bewohner des Landes aufgefordert wurden, ihre Wohnsitze nicht zu verlassen. Die alleinige Unterschrift des Kaisers machte indessen das Patent nicht rechstkräftig, es gehörte dazu noch die des Kanzlers. Es heißt, daß letzterer sich geweigert habe, dem deshalb an ihn gestellten Begehren zu willfahren und daß Leopold nur durch große Drohungen ihn zur Nachgiebigkeit vermocht habe. In der That hatte der erstere alle Ursache sich zu bedenken, denn durch seine Nachgiebigkeit vereitelte er einen Landtagsbeschluß und beging eine grobe Verletzung der Verfassung, zu deren Schutz er doch vor allen berufen war. Trotz dieser gewichtigen Gründe gab Lobkowitz nach und die vom Erzherzog verlangten Patente wurden in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form am 19. Februar in alle Theile des Landes verschickt.**) — Da jedoch nurmehr auf eine theilweise

*) Skala's böhmische Geschichte. MS.

*) Wir entnehmen die Geschichte dieses Patentes einem Gegenpatente, welches die Stände am 25. Februar veröffentlichten und worin sie das Land auffordern mit den bewaffneten Zuzügen nach Prag nicht zu säumen und auf ein anderes ver

Vereitelung des allgemeinen Aufgebots zu rechnen war, so hielt Leopold zur Sicherstellung des Erfolges auch eine Vermehrung des Passauer Heeres für nothwendig. Am selben Tage, an welchem die Patente in die Kreise verschickt wurden, um das Aufgebot rückgängig zu machen, unterzeichnete deshalb Rudolf noch ein Patent, welches den Oberstlieutenant Balderon zur Anwerbung von 1800 Mann frischer Truppen ermächtigte; der Werbeplatz sollte in Budweis aufgeschlagen werden. Ob an diesem Tage noch andere Offiziere, wie dies bald darauf der Fall war, zur Vornahme von Werbungen ermächtigt wurden, ist uns nicht bekannt; diese Angabe reicht jedoch hin, um über des Kaisers Bestrebungen das nöthige Licht zu verbreiten und den leisesten Zweifel zu bannen, als ob er mit den Passauern etwas anderes als einen Krieg bezweckt hätte.

Indem man auf diese Weise weitere Rüstungen im Rathe des Erzherzogs beschloß, den Kaiser zu ihrer Gutheißung bewog und das allgemeine Aufgebot zu vereiteln suchte, beriet man auch unablässig, wie man dem Widerstande der Altstadt rasch ein Ende machen könnte. Die Zeit war zu kostbar, als daß nicht alle Mittel dies Ziel zu erreichen versucht werden sollten. Tennagel erzählt, in einer der Sitzungen, an der er mit Sulz, Althan, Ramée und dem Erzherzog theilgenommen, sei von einer Seite der Vorschlag gemacht worden, Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz durch eine schnelle Justiz bei Seite zu schaffen und auf diese Weise durch Schrecken den weitern Widerstand der Stände zu lähmen. Die Durchführung eines solchen Beschlusses wäre leicht gewesen, da sich die genannten Männer im Machtkreis des Passauer Volkes befanden, doch konnte billig bezweifelt werden, ob die Maßregel ersprießliche Folgen haben würde. Die Gefahr, welche den Erzherzog bedrohte, ging von dem auf der Altstadt befindlichen eilig konstituirten Rumpflandtag und von den dort befindlichen Truppen aus. Ein Gewaltstreich gegen einen der drei genannten Kavaliere brachte die Stadt am rechten Moldauufer nicht in

wenigen Tagen erst publizirtes Patent, welches das Aufgebot abstelle, nicht Rücksicht zu nehmen. Denn der Erzherzog Leopold habe, „durch gewaltige Drohung den obersten Kanzler zur Unterschrift des (unrechtmäßigen) Patentes genöthigt.“ — Eine Abschrift des ständischen Patents befindet sich im Tauser Archiv. — Das kaiserliche Patent, welches das allgemeine Aufgebot rückgängig machte, findet sich im böhmischen Statthaltereiarchiv. — Die Abschrift des Patentes, welches den Oberstlieutenant Balderon zu neuen Werbungen ermächtigte, findet sich im Wiener Staatsarchiv MS. 491. — Wir bemerken zu allen diesen Angaben, daß in den uns zugänglichen Berichten in der Chronologie eine große Verwirrung herrsche. Unsere Zeitangaben, in deren Rechtfertigung wir uns hier nicht einlassen wollen, stützen sich vor allem auf authentische Urkunden und dann auf sorgfältige Vergleichung der verschiedenen Diarien und Relationen.



den Besitz der Passauer, sondern mahnte die Einwohner zu der energischesten Vertheidigung. Auch waren ja die drei Bedrohten für den Augenblick unschädlich, da man sich ihrer Personen nach Belieben bemächtigen konnte. Gegen Fels hatte man übrigens keinen stichhältigen Grund mit solcher Strenge aufzutreten, hatte er sich doch zur Eidleistung verstanden. Ob Leopold alle diese Erwägungen angestellt, wissen wir nicht, es ist uns nur bekannt, daß Tennagel die vorgeschlagene rasche Justiz mit der Bemerkung ablehnte, daß man sich in Böhmen und nicht in Italien befinde und Leopold ihm beistimmte. Diese gefährliche Berathung entzog sich nicht ganz der Kenntnißnahme der Prager. Mehrfach wurde von Anschlägen gegen das Leben einiger hervorragenden Mitglieder des böhmischen Adels in Prag gesprochen, doch hatten die Untersuchungen, die später gegen die Verbreiter solcher Gerüchte angestellt wurden, kein Resultat, da sie jede verdächtige Angabe in Abrede stellten, nur Tennagels freiwillige Aussage blieb ihrem ganzen Inhalt nach aufrecht stehen.*) Indem aber im Rathe des Erzherzogs der Versuch aufgegeben wurde, durch Schrecken zu wirken, fand ein entgegengesetzter Vorschlag die Zustimmung aller oder wenigstens der Mehrzahl der Berathenden. Man beschloß, da man sich der genannten Kavaliere nicht entledigen wollte, sie durch Versprechungen zu gewinnen, um sie aus Gegnern zu gefügigen Werkzeugen zu machen.

Mit Fels, der durch die Eidleistung schon einen Anspruch auf Vertrauen sich erworben hatte, wurde der Anfang gemacht, er wurde ersucht, als kaiserlicher Kommissär auf die Altstadt zu gehen und die Bürger und Stände durch passende Vorstellungen zum Aufgeben des Widerstandes zu bewegen. Fels wies diesen Antrag nicht von sich und begab sich in der
18 Feb. That auf die Altstadt. Er kam dahin Freitags um die Mittagszeit und
1611 verhandelte mit den Ständen durch sieben Stunden. Da der Inhalt seines Begehrens genau mit dem Tags vorher abgegebenen kaiserlichen Schreiben übereinstimmte und die Gesinnung der Stände sich seit der Zeit nicht geändert hatte, so war ihre Antwort dieselbe. Sie verlangten als Bedingung für die Oeffnung der Stadtthore, die Herstellung der Kommunikation

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Dr. Martin Rebman verantwortet sich bei der Hofkanzlei bezüglich der Meldung des von Kracau, als ob er ihm etwas wegen Ermordung einiger böhmischen Herren mitgetheilt hätte. — Uebrigens war auch Wenzel von Kinsky auf einen Handstreich vorbereitet, denn er warnte die im Schloß befindlichen Stände in einem Briefe vor „dem jungen hitzigen Herren," dem Erzherzog, daß er sie bei dem Kopfe nehmen könnte. Das Original des Briejes im böhm. Museum. Hanka in der von ihm edirten Korrespondenz zwischen Rudolf, Mathias u. s. w. vérsetzt den Brief unrichtig auf das Ende des Jahres 1609.

mit der Kleinseite und die Rückkehr zum Gehorsam den unverweilten Abzug der Passauer mindestens auf 15 Meilen von Prag. Zum Beweise, daß sie geneigt seien, dem Kaiser aus seiner schwierigen Lage zu helfen, boten sie ihm auf die Abdankung eine Geldhilfe von 200.000 Gulden an. Mag man dieses Anerbieten auch als ein egoistisches d. h. im Interesse ihrer eigenen Sicherheit geschehenes betrachten, so war es jedenfalls ein Ausdruck von einer so bedeutenden Rücksichtsnahme auf den Kaiser, als der letztere nach den vorangegangenen Ereignissen nicht erwarten durfte. Zugleich machten sie den Unterhändler auf die Folgen eines Bombardements der Altstadt aufmerksam. Sämmtliche Arbeiter der verschiedenen Gewerbe, ungefähr 7000 an Zahl, hatten geschworen, bei dem ersten Schuß über alle katholischen Gebäude der Alt- und Neustadt herzufallen, keinen Stein auf dem andern zu lassen und alle Bewohner zu ermorden. Der kaiserliche Kommissär wurde ersucht, bei seiner Rückkehr auf das Schloß dies mitzutheilen. *) Als derselbe unverrichteter Dinge zurückkam und die Nachricht von der Erfolglosigkeit seiner Sendung bekannt wurde, verlangten Ramée und Sulz vom Kaiser die Erlaubniß, die Altstadt in Brand schießen zu dürfen. Rudolf verweigerte dieselbe; es heißt, daß er in der folgenden Nacht von einem Fenster der Burg längere Zeit auf die Stadt hinuntergeblickt und in Worte des Bedauerns über sie ausgebrochen sei.**) Solche Ausbrüche von Wehmuth und Gutherzigkeit überraschen uns nicht an einem Fürsten, der während der ersten 24 Jahre seiner Regierung sich keiner Härte schuldig gemacht und dessen trauriges Benehmen am Schlusse seines Lebens durch seine Gesundheitsverhältnisse, wenn auch nur zum Theil, entschuldigt werden kann.

Während Fels durch die Uebernahme der Kommission wenigstens dem Anscheine nach zur Partei des Erzherzogs übertrat, machte dieser selbst den Versuch Thurn zu gewinnen. Er besuchte ihn in seiner Zufluchtsstätte im Hause des Kanzlers, allein alle Anforderungen an Thurn, die Partei zu wechseln, wurden von diesem abgewiesen. Der letztere vermied es hiebei, den Erzherzog zu reizen und zu beleidigen, da ihn Kinsky vor einem Gewaltstreich gewarnt hatte, er entschuldigte sich sogar, daß er sich dem Einfalle der Passauer widersetzt hatte, fügte hinzu, daß er dies nur auf Geheiß des Kaisers gethan und benahm sich überhaupt wie ein Mann,

*) Korrespondenzen des Taufer Archivs. Ein Schreiben vom 28. Feb. 1611. — Ebendaselbst. Erklärung der Stände auf die kais. Botschaft abgegeben am 19. Februar. In Hankas Korrespondenz zwischen Rudolf, Mathias u. s. w. abgedruckt S. 61. — Skala's Manuskript. — Wiener Staatsarchiv. MS. 491. Diarium über die Ereignisse in Prag.

**) Skala's Manuskript.

der des öffentlichen Lebens überdrüßig geworden, sich nur nach Ruhe sehne. Uebrigens bat er, Leopold möge es nicht auf ein Bombardement der Altstadt ankommen lassen, da diese sicherlich allem nachkommen werde, was die Billigkeit erheische. *) Wenn man es auch dem Grafen Thurn zu gute halten mag, daß er sich in seiner kritischen Lage so unscheinbar als möglich machte, so paßt doch diese allzufriedsame und unmännliche Haltung zu seinem nichts weniger als reinen und vorwurfsfreien Charakter. Der Mann, welcher auf seine Popularität bauend sich heimlich erbot, den böhmischen Landtag zur Zahlung von Subsidien an Mathias zu vermögen, wenn ihm letzterer die Einkünfte einer Herrschaft anweisen würde, dieser Mann war nichts anderes als ein Egoist, der seinen persönlichen Vortheil wohl im Auge hielt. Man darf ihm nicht die Ehre anthun, ihn Männern wie Zerotin, Budowec oder Duplessis Mornay an die Seite zu stellen. Es gehörte übrigens für Thurn keine allzuscharfe Urtheilsgabe dazu, um einzusehen, daß Leopolds Unternehmen ein verfehltes sei und daß er selbst um den Preis momentaner Sicherheit seine ganze Zukunft in die Schanze schlage.

Leopold, durch Thurns abschlägige Antwort auf sich selbst angewiesen, wiederholte an den folgenden Tagen den Versuch durch Colonna's von Fels Vermittlung die Stände auf der Altstadt zu gewinnen. So wie letzterer am 18. Februar sich zu den Verhandlungen hergegeben hatte, so ging er auch am 19., 20. und 21. auf die Altstadt und debattirte stets durch mehrere Stunden, um die Stände zu einer Kapitulation zu bewegen. Allein die Antwort lautete mit jedem Tage entschiedener verneinend, die Stände wollten von einer Unterwerfung unter die Auktorität des Kaisers nichts wissen, so lange die Passauer von Prag nicht entfernt waren. Der Muth der Stände hatte in den Verhältnissen seine volle Begründung. Täglich kamen neue Schaaren des Aufgebots vom Lande, die Besatzung Prags wurde kriegsmuthiger und gewann an Vertrautheit mit dem Waffenhandwerk, so daß man gewiß sein konnte, den Passauern einen hinreichenden Widerstand zu leisten, bis Mathias, auf dessen Erscheinen mit Sicherheit gerechnet werden durfte, zu Hilfe kam. Die Erfolglosigkeit der Missionen des Herrn von Fels brachte den Erzherzog derart in Aufregung, daß er, nicht zufrieden mit den durch Balderon anzustellenden Werbungen, den Kaiser zur Ausstellung von neuen Werbepatenten für 32 Fähnlein Fußvolk das ist für etwa 9600 Mann bewog. **) Allein die Offiziere, welche mit der Durchführung der Werbungen betraut wurden, wagten es

*) Wiener Staatsarchiv. MS. 101. Diarium über die Ereignisse in Prag.

**) Diarium der Prager Ereignisse. MS. im Wiener Staatsarchiv 101.

nicht von Prag wegzureisen, weil die Bauern der Umgebung jeden, den sie im Verdacht der Verbindung mit den Passauern hatten, wobei die einfache Nichtkenntniß der böhmischen Sprache einen hinreichenden Beweis abgab, ohne Erbarmen erschlugen. Damit war aber dem Passauer Angriffsheere die Aussicht auf eine Verstärkung abgeschnitten.

Sechs Tage nach dem Einfalle der Passauer stellte sich die Lage der Dinge bereits in einer für Rudolf und Leopold sehr ungünstigen Weise heraus. Bei einem wohlkombinirten Angriff am Dienstag hätte die ganze Stadt in die Hände der Passauer fallen und ihre Hilfsmittel hätten von dem Erzherzog benützt werden können. Jetzt war der Schrecken, den der Erfolg der Passauer zuerst verbreitet hatte, allgemach der Kriegslust gewichen, seitdem man sich auf der Altstadt numerisch weit überlegen wußte und der Unterstützung des ganzen Landes gewiß war. Die Ueberzeugung, daß sein Unternehmen total gescheitert sei und daß jetzt der Niederlage zugleich die Schande auf dem Fuße folgen werde, drängte sich allgemach dem Erzherzog auf. Am Faschingsdienstag und den folgenden Tagen war er voll froher Hoffnung, weil er sich einbildete, seinem Ziele nahe zu sein, allein schon nach dieser Spanne Zeit folgten dem kurzen Traum von Herrlichkeit Angst und Rathlosigkeit. Nach den erfolglosen Missionen des Herrn von Fels und nach den Schwierigkeiten, welche den Werbungen entgegentraten, konnte selbst seine heißblütige Natur auf keinen Sieg mehr hoffen. Er sah bereits, wie König Mathias heranzog, sich mit den Böhmen verband und ihn aus dem Lande vertrieb und der Gedanke an die Schande, welche sich an seinen Mißerfolg knüpfen, an die Verwünschungen, die ihm von allen Seiten nachtönen würden, und an den finanziellen Ruin, mit dem er bedroht war, setzten ihn so in Verzweiflung, daß er davon sprach, sich — Frankreich in die Arme zu werfen oder — Kapuziner zu werden. Ein schlechter Ersatz, eine Kapuze für eine Krone. Vorläufig verfiel er auf seinen gewöhnlichen Ausweg, er entschloß sich jetzt Rath und Hilfe bei Personen zu suchen, die er sonst hartnäckig mied, weil sie seinen Leidenschaften nicht schmeichelten. Er ging also zu Zuñiga und theilte ihm mit, daß er zu König Mathias reisen und sich ihm in die Arme werfen wolle, hiezu verlangte er des Gesandten und des Nuncius Begleitung und Vermittlung. Zuñiga schlug jedoch sein Gesuch ab und erklärte, zu Mathias wohl allein aber nicht in seiner Gesellschaft reisen zu wollen.*)

Derselbe Wechsel der Stimmung, wie solcher bei Leopold beobachtet werden konnte, zeigte sich auch bei dem Kaiser. Sein Gesicht strahlte von ungewöhnlicher Heiterkeit, als er Herr der Stadt und des Lan-

*) Simancas 2497/270. Zuñiga an Philipp III ddo. 7. März 1611 Prag.



des zu sein glaubte; es heißt sogar, daß er in diesen Tagen gelacht habe, etwas dessen man seine Gesichtsmuskeln nicht mehr für fähig hielt, aber auch für ihn dauerte die Täuschung nur kurze Zeit.*) Er mußte trachten, um jeden Preis dem faktischen Kriegszustande ein Ende zu machen. Zwei Heere, bereit über einander herzufallen, befanden sich innerhalb der Mauern Prags, dasjenige, dem er seine Sympathien zuwandte, hatte keine Aussicht auf einen Sieg; sein Bestreben mußte also darauf gerichtet sein, jeden Zusammenstoß zu vermeiden, um den Frieden und seine kompromittirte Auktorität wieder herzustellen. Zu diesem Ende war die Anknüpfung ernstlicher Unterhandlungen mit der Altstadt nöthig, der Einfall der Passauer mußte wieder als ein Werk der Meuterei hingestellt und alles Vorbedachte an demselben in Abrede gestellt werden. Der Kaiser mußte zugleich die Kosten der Versöhnung auf sich nehmen, nicht von den Böhmen Einlaß für die Passauer fordern, sondern ihnen die Entlassung derselben anbieten. Ob sich die Böhmen mit einer solchen Anerbietung in so später Stunde zufrieden geben würden, war allerdings sehr fraglich, aber es blieb kein anderer Ausweg, wenn eine Versöhnung angebahnt werden sollte.

Rudolf war jedoch nicht der Mann, der einer gefährlichen Situation durch rasche Entschlüsse ein Ende zu machen wußte. Wir dürfen es sonach seiner Initiative nicht zuschreiben, wenn in der Burg ernstlich auf Mittel und Wege zur Versöhnung der Böhmen gedacht wurde. Die obersten Kronbeamten, welche in den Tagen, die dem Passauer Einfall unmittelbar vorangingen und nachfolgten, eine unwürdige Passivität an den Tag gelegt hatten, mußten sich schließlich erinnern, welche Verantwortlichkeit auf ihnen laste. Wir glauben demnach einem entschlossenen Auftreten von ihrer Seite es zuschreiben zu müssen, wenn das Wort „Unterhandlung" in der Burg nicht bloß ausgesprochen wurde, sondern wenn Unterhandlungen in der That in Angriff genommen wurden. Leopold konnte sich ihnen nicht entgegensetzen, denn die Lage der Dinge durfte nicht so bleiben, wie sie war.

Unsere Vermuthung bezüglich der Kronbeamten wird zunächst durch den Umstand bestätigt, daß zu der am 22. Februar mit den Ständen auf dem Altstädter Rathhause angeknüpften Verhandlung im Namen des Kaisers der Oberstburggraf Sternberg und der Präsident der böhmischen Hofkammer Dohna, auf welchem letzteren übrigens der Verdacht ruht, daß er dem Passauer Einfall nicht fremd gestanden sei,**) abgeschickt wurden. Der Oberstburggraf eröffnete die Verhandlungen damit, daß er den Ständen

*) Aus den Korrespondenzen von Simancas. Man sehe auch Hurter Bd. VI. S. 408 und flg.

**) Nach Tennagels Aussagen.

die Versicherung gab, „er meine es mit ihnen von Herzen gut." Diese gemüthlichen Worte waren nicht mehr am Platze, sie fanden weder in den letzten Ereignissen noch in der Haltung der Kronbeamten eine besondere Bestätigung. Seine Ansprache fand deshalb üble Aufnahme und es tönte ihm aus dem Munde Vieler die Antwort entgegen: „Ja du meinst es herzlich schlecht." Wenzel von Kinsky, der das Wort ergriff, rechtfertigte das Mißtrauen der Stände, da man sie stets mit glatten Worten im Munde betrogen habe.*) Herr von Dohna setzte hierauf die Forderungen aus einander, welche der Kaiser jetzt an die Stände stelle. Er verlangte, daß das geworbene Volk auf der Altstadt mit den Passauern Frieden schließe, das allgemeine Aufgebot entlassen werde und die Thore allerseits geöffnet werden möchten. Dafür erbot sich der Kaiser die Thore mit seinem (!) Volk zu besetzen und die Passauer binnen vier Tagen aus Prag zu entfernen. Nachdem so vielfach das Versprechen, die letztern abzudanken, gebrochen worden, konnte dieses Anerbieten bei den Ständen keinen Anklang finden. Sie sollten die Sicherheit, die ihre gegenwärtige Bewaffnung und Absperrung ihnen bot, gegen ein Versprechen eintauschen, das der Kaiser vielleicht aufrichtig meinte, dessen Einhaltung aber von ihm allein nicht abhing. Die Stände waren also eines Sinnes, die kaiserlichen Gesandten abschlägig zu bescheiden. Zu Kinsky, der in dieser Richtung wirkte, gesellte sich mit gleicher Meinung auch Budowec, der von seiner Reise nach Mähren glücklich zurückgekommen war. Als sich darauf Herr Wilhelm von Wřesowic im Namen Rudolfs um eine Antwort auf seine Vorschläge einfand, wurde ihm dieselbe dahin ertheilt, daß die Stände wohl bereit seien, ihre geworbenen Truppen für den Dienst des Kaisers zu vereidigen, aber nur unter der Bedingung, daß der Abzug der Passauer binnen vier Tagen stattfinde. Erst nach demselben und nachdem ihre Entfernung auf drei Meilen von Prag konstatirt sei, wollten sie auch die Thore der Stadt öffnen, mit ihrer Bewachung aber nicht den Kaiser belästigen, sondern dieselbe selbst besorgen. Die Entlassung des Aufgebots lehnten sie ab und verlangten noch überdies, daß die Kanonen, welche gegen das rechte Moldauufer aufgeführt worden, entfernt werden möchten.**) Diese Forderungen überschritten gewiß nicht das Maß der Billigkeit und wurden dem Kaiser noch überdies durch Versicherungen von Loyalität und Ergebenheit annehmbarer gemacht. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß um diese Zeit bereits

*) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall I Fol. 198. Pfretzschner an Kaspar von Schönberg. Bericht über die Ereignisse vom 22 — 26. Februar.

**) Korrespondenzen des Tauser Archivs. — Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall I Fol. 198. Pfretzschner an Kaspar von Schönberg ddo. 16. Feb. 1611.

bei den Ständen der Entschluß feststand, der Herrschaft des Kaisers ein Ende zu machen. Kinsky, welcher in ihrem Namen dem Wřesowic die gewünschte Antwort gab, war es allein, welcher derselben den loyalen Aufputz ertheilte; es mochte ihm dies um so weniger schwer fallen, als er den Gegner zu entwaffnen trachtete, um für Mathias einen unschweren Triumph bereit zu halten.

Die Unnachgiebigkeit der Stände hatte eine um so raschere Nach-
24 Feb. 1611 giebigkeit bei Rudolf zur Folge. Abermals erschien Herr von Dohna auf dem Altstädter Rathhause und nachdem er zuerst um Schutz vor ähnlichen insultirenden Reden, wie sie zwei Tage vorher der Oberstburggraf erfahren, ersucht hatte, erklärte er, die Bedingungen, welche er jetzt den Ständen biete, habe er unmittelbar aus des Kaisers Munde vernommen. Sie bestanden in folgendem: die Passauer sollten ohne Zögern entfernt und abgedankt werden, der von ihnen verursachte Schaden aus ihren Soldrückständen ersetzt, den von ihnen occupirten Städten die entrissenen Waffen und Privilegien zurückgestellt und endlich die gegen die Altstadt aufgestellten Geschütze zurückgezogen werden. Dafür verlangte der Kaiser, daß die ständischen Truppen auf seinen Dienst vereidigt und die sämmtlichen Thore unverweilt geöffnet werden möchten. Kinsky, der stete Wortführer der Stände, erklärte diese Anerbietungen für ungenügend. Er verlangte eine vollständige Restitution des durch die Passauer verursachten Schadens und wollte von einer Oeffnung der Thore nichts wissen, so lange dieselben nicht mindestens drei Meilen von Prag entfernt seien und Geißel für den schleunigen Rückzug aus Böhmen gestellt hätten. Herr von Dohna, geängstigt durch das entschlossene Auftreten der Stände, sagte die Erfüllung dieser Bedingungen zu und entfernte sich.*)

25 Feb. 1611 Am andern Tage schickten die Stände den Herrn von Ruppa auf die Kleinseite, um zu erfahren, ob die Versprechungen des Herrn von Dohna erfüllt worden wären. Er brachte die Nachricht zurück, es sei nichts von allem dem geschehen, was versprochen worden. Tags darauf ward er wieder abgeschickt, bevor er aber noch zurückkehrte, trafen auf der Altstadt zwei Komissäre ein, Dohna und Černin, welche die Beeidigung der ständischen Truppen für den Kaiser vorzunehmen verlangten. Kinsky erinnerte sie daran, daß die Beeidigung nur bedingungsweise zugesagt worden und führte jetzt sechs Punkte als in voraus zu erfüllende Bedingungen an. Die erste sei, daß binnen vier Tage nach geschehener Beeidigung die Passauer Truppen aus Prag wegziehen müßten, seien sie drei Meilen entfernt,

*) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall. I Fol. 198. Pfretzschner an Schönberg. — Manuskript der Prager philosophischen Fakultät B. 21.

so würden die Alt- und Neustädter ihre Thore 24 Stunden später öffnen; die zweite, daß den Kleinseitnern ihre Waffen und anderes geraubte Gut zurückgegeben werde, die dritte, daß die Kanonen in die Zeughäuser entfernt, die vierte, daß die von den Passauern besetzten Städte alsbald verlassen würden, die fünfte, daß der von ihnen verursachte Schaden völlig ersetzt und die sechste, daß das Land binnen sechs Tagen von ihnen geräumt werde. Dohna sagte förmlich die Erfüllung der vier ersten Bedingungen zu, nur die fünfte und sechste verwarf er mit Černin als unausführbar, denn zur völligen Ersetzung des Schadens seien keine Mittel vorhanden, und eine so kurze Frist, wie sechs Tage sei unzureichend für den Abmarsch eines Heeres. Die Stände wollten aber nichts von einer Unmöglichkeit wissen, sie bestanden auf vollem Schadenersatz oder Bestrafung der Passauer wegen Raub. Diebe und Räuber, hieß es, die den angerichteten Schaden nicht gutmachen können, werden am Leben gestraft, so muß es auch mit den Passauern geschehen. Sie zählten darauf eine lange Reihe wohlhabender und reicher Personen auf, denen die Passauer seit ihrem Einbruch alles Vermögen weggenommen hatten, sie behaupteten, Ramée allein habe im Laufe einiger Wochen Geld und kostbare Gegenstände im Werthe von anderthalb Millionen Gulden an sich gebracht. *) Der Streit erhitzte die Gemüther derart, daß die Versöhnung mit dem Kaiser, die unmittelbar bevorstehend schien, sich wieder zerschlug. Die Beeidigung der ständischen Truppen wurde nicht vorgenommen und die kaiserlichen Kommissäre kehrten unverrichteter Dinge in das Schloß zurück. Wir bezweifeln nicht, daß Kinsky vornehmlich und absichtlich die Ursache dieses Umschwungs war. Indem er die Stände durch die Debatte aufregte und ihnen die Aufstellung einer unmöglich zu erfüllenden Forderung, wie die wegen völligen Schadenersatzes empfahl, hinderte er einen Ausgleich mit dem Kaiser und gab dem König Mathias, der sein Kriegsheer in Bereitschaft setzte, Zeit und Veranlassung zur Einmischung in die böhmischen Angelegenheiten.

Es hätte auf Seite des Kaisers mehr kaltblütiger Ueberlegung und vor allem eines geringern Grades von Herrschsucht bedurft, um die Gefahr einzusehen, welche eine Verschleppung der Unterhandlungen mit sich
bringen mußte. Am folgenden Tage gestattete er, daß die Kanonen, welche 27 Feb.
aus den Weingärten bereits entfernt worden waren, wieder aufgestellt und 1611
gegen die Judenstadt gerichtet wurden. Es schien also, als ob der Kampf doch beginnen sollte. Noch am selben Tage besann er sich eines andern

*) Korrespondenzen des Tauser Archivs. — Manuskript der Prager philosophischen Fakultät B. 21.



und ließ die Stände auffordern, zu weitern Verhandlungen eine Deputation aufs Schloß zu schicken. Da jedoch kaum einer sein Leben für sicher gehalten hätte, wenn er dem Rufe gefolgt wäre, so wurde das Begehren des Kaisers rundweg mit dem Bedeuten abgelehnt, daß man nur auf dem Altstädter Rathhause zu Verhandlungen erbötig sei. Zugleich beschlossen die Stände zur Wahl einer provisorischen Regierung bestehend aus 30 Direktoren zu schreiten um das Regiment in ihre Hände zu legen. An diesem Entschluß hatte unzweifelhaft Thurn einen bedeutenden Antheil. Es war ihm nämlich mit Fels und Wilhelm von Lobkowitz und allen dreien mit ihren Frauen und Kindern gelungen auf einer Plätte über die Moldau auf die Altstadt zu entfliehen (27. Feber). *) Die Entschlossenheit der Stände wuchs dadurch nicht wenig, da sie sich von jeder Sorge für ihre bisher schwer vermißten Freunde enthoben fühlten. Das Beispiel der genannten Flüchtlinge ahmten gleichzeitig, wahrscheinlich in Folge vorangegangener Verabredung, die meisten der höhern Offiziere nach, welche die ständischen Truppen in dem Schlosse befehligten. Auf die letztern blieb natürlich ein solcher Vorgang nicht ohne Eindruck, rottenweise brachen sie seitdem täglich aus und flüchteten auf die Altstadt, wo sie freudig als Mitkämpfer aufgenommen wurden. — Zwischen den ständischen Truppen und den Passauern wurde in diesen Tagen ununterbrochen und zwar meistens von Bubna und der Hetzinsel aus scharmuzirt, täglich fielen 15 bis 20 Mann. Der Vortheil pflegte auf Seite der Passauer zu sein, ihre größere Kriegstüchtigkeit gab ihnen eine solche Ueberlegenheit, daß ihre Gegner, obwohl drei bis viermal zahlreicher, die Vertheidigung dem Angriffe vorzogen.

Während aller dieser Verhandlungen litt die Kleinseite unsäglich unter dem Drucke der Passauer Einquartirung. In jedem Hause waren 15 bis 20 Soldaten untergebracht, welche reichlich mit Nahrung versehen werden mußten, und trotzdem es die Bürger in dieser Beziehung an nichts ermangeln ließen, waren sie doch weder mit ihrem Leben noch mit ihrem Eigenthum vor den Soldaten gesichert. Man schätzte den Schaden, den dieselben durch Raub und sinnloses Wüthen während eines Aufenthalts von etwas über drei Wochen den Bürgern zugefügt hatten, auf die ungeheure Summe von 700.000 Gulden. Die täglich sich wiederholenden Miß-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Passauer Einfall I, 290. Pfretzschners Bericht über die Ereignisse in Prag vom 26. Feber bis 5. März 1611. Nach diesem Bericht wären Thurn und seine Freunde erst am 2. März auf die Altstadt entflohen, während das Diarium über die Ereignisse in Prag (MS. 491 im Wiener Staatsarchiv) den 27. Feb. angibt. Wir halten uns an das letztere Datum, weil der Verfasser des Diariums augenscheinlich unterrichteter ist.

handlungen brachten zuletzt die Frauen auf den Gedanken einer Sturmpetition. In großer Anzahl versammelten sie sich mit ihren Kindern am Arm und an der Hand und zogen unter Jammern und Wehklagen in die Burg. Es gelang diesem sonderbaren Zuge bis in Nähe der kaiserlichen Gemächer zu dringen; hier baten alle, der Kaiser möge doch einmal ihrem Elende abhelfen. Sie erhielten an diesem Tage, wie an den zwei folgenden, wo sie das gleiche Schauspiel aufführten, die wie Spott lautende Vertröstung, daß der erlittene Schaden ihnen ersetzt werden würde. Ihre Leiden erreichten eine haarsträubende Höhe. *)

Es ist bekannt, daß die geworbenen Truppen des 16. und 17. Jahrhunderts durchwegs etwas von der Natur zügelloser Räuber an sich hatten, gewiß ist jedoch, daß die Passauer an Nichtswürdigkeiten aller Art von keiner andern bewaffneten Schaar übertroffen wurden. Gleichzeitigen Nachrichten entnehmen wir, daß sie bewaffneten Bauern, die sie auf einzelnen Streifzügen in der Umgebung von Prag festnahmen, zuerst Nasen und Ohren abschnitten, bevor sie ihnen vollends den Garaus machten. Was schon in Oesterreich ihnen vorgeworfen wurde, daß sie neben ihrer maßlosen Raubgier auch eine unbezähmbare Zerstörungssucht an den Tag legten, bestätigte sich wieder in Böhmen. Selbst der Aberglaube des Volkes fand an dem Treiben der Passauer etwas so monströses, daß man sich in Prag allgemein erzählte, sie hätten einen Bund mit dem Teufel abgeschlossen, durch den sie gegen alle Gefahr gefeit seien. Man behauptete, jeder trage in einem vernarbten Einschnitte seiner Hand eine geweihte Hostie, täglich entsage er in einem Gebete Gott und seiner Gnade und sei dadurch auf 24 Stunden vor dem Tode sicher. **) Die Gerechtigkeit erheischt es jedoch, die Schuld der Verwilderung, in welche die Passauer gerathen waren, den Soldaten nicht allein aufzubürden. Sie fühlten, daß sie sich in einem Zustand von Proskription befanden, den sie selbst nicht verschuldet hatten. Sie wußten eigentlich nicht, ob sie Meuterer seien, oder treue Soldaten des Kaisers. Wiewohl sie nach der Einnahme der Kleinseite Prags das letztere vermuthen mußten, entging ihnen doch nicht, daß sie trotzdem von der Bevölkerung nicht für Soldaten, sondern für Räuber und Meuterer gehalten und als solche, wo sie einzeln überfallen werden konnten, behandelt wurden. So sich außerhalb der Gesetze sehend traten sie auch alle göttlichen und menschlichen Schranken mit Füßen.

Indessen war die Zeit herangekommen, daß die Verhältnisse in Prag einer Entscheidung entgegenreiften. Die Passauer fühlten nachgerade, daß

---

*) Skala's Manuskript.

**) Skala's Manuskript.

ihres Bleibens in Prag nicht sei. Sie wußten, daß Mathias den Böhmen Truppen zu Hilfe schicken wolle, und daß das Land überall herum sich rüste um ihnen den Rückzug abzuschneiden; sie selbst dachten also denselben anzutreten, um ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Die Ueberzeugung, daß nichts anderes zu thun sei, als ihren Rückzug und ihre Abdankung zu beschleunigen, drängte sich endlich auch dem Kaiser und dem Erz-
1611 herzog auf und beide machten die hiezu nöthigen Schritte. Am 2. März unterzeichnete Rudolf ein Patent, durch welches Leopold zur Vornahme der Abdankung bevollmächtigt wurde.*) Es begannen darauf Unterhandlungen mit den Truppen über die Größe der Soldrückstände und die Art ihrer Bezahlung. Die Forderungen der Passauer, die auch für ihre Dienstleistungen seit dem Einbruche in Oesterreich bis zur Einnahme von Prag bezahlt sein wollten, waren nahezu doppelt so groß als zur Zeit der Verhandlungen des Herzogs von Braunschweig. Rudolf glaubte in dem Augenblicke, wo er ernstlich die Abdankung im Sinne hatte, die Stände abermals um ihre Unterstützung angehen zu können.**) Man muß sich verwundert fragen, woher er den Muth zu einer solchen Forderung noch jetzt nahm. Auch die Stände waren nicht wenig erstaunt und entrüstet und erwiederten, daß sie ihr Geld zur Vertreibung und Niedermetzlung der Passauer, nicht aber zu ihrer Bezahlnng verwenden würden. Die Lage wurde dadurch für Rudolf eine sehr kritische, er stand hilflos seinen Truppen gegenüber, die laut und drohend die Befriedigung sämmtlicher Rückstände verlangten. Jetzt trat in der That der Zustand der Meuterei, deren sie früher mit Unrecht beschuldigt wurden, unter diesen ein. Leopold selbst und die einzelnen Obersten wurden von den Soldaten bedroht, sobald sie von einer nur theilweisen Zahlung sprachen, so daß man während der ersten Märztage nicht wissen konnte, welchen Ausgang schließlich die Verhandlungen nehmen würden. Der Kaiser wollte für den Augenblick nicht mehr als einen dreimonatlichen Sold hergeben und den Rest auf Kruman und Budweis bis zum 20. März anweisen.***)

Ein Ereigniß in diesen Tagen belehrte jedoch die Passauer und ihre Offiziere, daß eine übermäßige Anspannung ihrer Forderungen nicht am Platze sei. Ramée, dem es vor allem um die Sicherung der gemachten Beute zu thun war, hatte mehrere Wagen, bepackt mit werthvollen Gegen-

*) Diarium der Prager Ereignisse. — MS. B. 21. der Prager philosophischen Fakultät.

**) Diarium der Prager Ereignisse.

***) Münchner Reichsarchiv XV/1, 112 Bodenius an Max von Baiern ddo. 12. März 1611.

ständen, am 3. März von Prag nach Dresden mit einer kleinen Bedeckung unter Tennagels Aufsicht abgeschickt. Unglücklicherweise für letztern war gerade diese Vorsicht von übeln Folgen begleitet. Ständische Truppen, welche aus der Burg auf die Altstadt flohen, brachten dahin die Nachricht von diesem Vorhaben. *) Ulrich Kinsky wurde mit einem Reiterfähnchen dem kostbaren Convoi nachgeschickt, bemächtigte sich desselben und nahm die Begleitung gefangen. **) Tennagel wurde nach Prag zurückgebracht und in festen Gewahrsam genommen. Da es den Ständen bekannt war, daß er einer der Vertrauenspersonen Leopolds sei und in letzterer Zeit vielfach zu diplomatischen Missionen verwendet worden war, so beschlossen sie alsbald, ihn über die Ursachen des Passauer Einfalls und über die Pläne des Erzherzogs zu verhören. Schon am 5. März ward das Verhör begonnen und am 7. fortgesetzt, das Resultat desselben war, daß Tennagel freiwillig ohne Anwendung der Folter alles das bekannte, was er um die Ursache und das Ziel der letzten Ereignisse wußte. ***) Er gestand ein, daß der Passauer Einfall kein Werk des Zufalls, sondern das Resultat eines vorbedachten Planes gewesen, daß Leopold mit demselben seine Erhebung auf den böhmischen Thron beabsichtigt habe, und verhehlte auch nicht, in welcher Gefahr einige Häupter der böhmischen Stände geschwebt hätten. Seine Aussagen, welche durch die uns zugängliche diplomatische Korrespondenz erhärtet und beleuchtet werden, erzeugten unter den Ständen, wie sich leicht denken läßt, nicht geringe Erbitterung und vernichteten vollends jede Anhänglichkeit an den Kaiser und seine Regierung, wenn es deren noch gab.

Die Gefangennehmung Tennagels versetzte Ramée in solchen Schrecken, daß er vor allem seine Rettung ins Auge faßte. Anstatt zu warten, bis zwischen den Forderungen der Passauer und den Anerbietungen Rudolfs ein Ausgleich eintreten würde, machte er sich plötzlich mit der Mehrzahl der Ka- 5. März
vallerie und mit dem Gelde, welches der Kaiser inzwischen zur Bezahlung der 1611
Soldrückstände hergegeben hatte, heimlich auf den Rückweg und zahlte, um seine Begleiter bei gutem Muthe zu erhalten, nachdem er ungefähr auf zwei Meilen von Prag sich entfernt hatte, den ihnen gebührenden dreimonatlichen Sold aus. Als dies die zurückgebliebenen Soldaten im Laufe des Tages erfuhren, glaubten sie sich verrathen und erhoben die größten Drohungen

*) Skala's Manuskript.

**) Brüssler Archiv. Bodenius an Diesport ddo. 5. März 1611. — Münchner Reichsarchiv XV/1, 158. Bodenius an Max von Baiern ddo. 5. März. Sächs. Staatsarchiv. Pfretzschners Bericht über die Ereignisse vom 26. Feb. bis 5. März.

***) Böhmisches Statthalteriarchiv. In einem Originalschreiben der böhm. Stände vom 8. März finden sich Abschriften dieser Verhöre als Beilage.



gegen den noch in Prag anwesenden Erzherzog und die an seiner Seite befindlichen Grafen Althan und Sulz. Von der Forderung einer völligen Bezahlung ihrer Rückstände ablassend verlangten sie, daß auch ihnen binnen 24 Stunden ein dreimonatlicher Sold gegeben werde, widrigenfalls sie sich ihrer Offiziere bemächtigen, dieselben an die Böhmen ausliefern, und in die Dienste der letztern treten würden. Die Drohung war zu ernst gemeint, als daß nicht alles versucht worden wäre, die Soldaten zu beschwichtigen, es verschlug jedoch kein anderes Mittel, als bis der Kaiser abermals Geld hergab. Dies befriedigte die Soldaten und sie trafen darauf noch am selben Tage die umfassendsten Maßregel zu einem Rückzug, der im geheimen in der Nacht auf den 11. März durchgeführt werden sollte, namentlich wurde die Brücke verrammelt, um den Uebergang auf das linke Moldauufer zu erschweren. *)

An dem Rückzuge der Passauer beschlossen auch jene Personen theilzunehmen, welche sich durch die Ereignisse kompromittirt fühlten, neben Leopold also auch Sulz, Althan und des Erzherzogs Beichtvater der Jesuit Aquentius, dem Wenzel Kinsky, nie seine politische Geschmeidigkeit verläugnend, zur Flucht aus der Altstadt verhalf. Von allen den Genannten mag wohl keiner mit tröstlichen Gedanken Prag, dem Grabe ihres Ehrgeizes, den Rücken gekehrt haben, am allerwenigsten aber der Erzherzog selbst. Er, der vor wenigen Tagen sich in Königsträumen gewiegt hatte, sollte jetzt Schutz in der Begleitung eines Kriegerhaufens suchen, den die öffentliche Meinung gleich einer Verbrecherrotte verfolgte, er sollte Prag und Böhmen meiden, weil Gesetz und Ordnung wieder daselbst zur Herrschaft gelangten und der Fluch der mißhandelten Bevölkerung auf ihm lastete. Bis zum letzten Augenblicke wehrte er sich gleich einem Verzweifelnden gegen die Schande des Abzuges und die Zertrümmerung seiner Hoffnungen und suchte nach Auswegen, die einander völlig entgegengesetzt waren und ihm wenig Ehre machen. Er vergaß sich so weit, Thurn und Wenzel Kinsky (!) um ihre Vermittlung bei Mathias zu bitten, und als er auf sein Ansuchen eine abschlägige Antwort

*) Münchner Reichsarchiv. XV/I, 112. Bodenius an Max von Baiern ddo. 12. März 1611. — Ueber den Abzug Ramée's berichtet in der von uns erzählten Weise Bodenius, der als Agent des Herzogs von Baiern in Prag weilte. Skala und die böhmischen Quellen berichten, Ramée sei deshalb mit der Kavallerie herausgezogen, um die Pässe zu besetzen. Allein bis Beraun, wohin der Rückzug gerichtet war, gibt es keine Pässe zu besetzen. Bodenius' Angabe, daß Ramée vor allem sich in Sicherheit zu bringen trachtete, scheint uns die eines wohlunterrichteten Augenzeugen zu sein. Mit seinen Angaben stimmt auch das mehrfach citirte Diarium überein. — Im Ganzen mußte der Kaiser 300.000 Gulden jetzt hergeben.

erhielt,*) wandte er sich wieder an Zuñiga und suchte bei diesem Rettung. Zuerst bat er ihn um Rath, was er thun solle, und als der Gesandte entgegnete, daß zum Rathgeben die Zeit vorüber sei, wiederholte er in anderer Weise einen schon einmal gemachten Vorschlag. Zuñiga sollte zu Mathias reisen und ihn mit demselben versöhnen; dafür erbot sich Leopold, wenn man ihm einige Subsidien von Seite des Papstes und Spaniens zu Gebote stelle, dem Protestantismus und der ständischen Freiheit in Böhmen und den benachbarten Provinzen ein Ende zu machen. Dieser Vorschlag, der Hallucination eines Fieberkranken nicht unähnlich, weckte nur Zuñiga's Mitleid über die „Eitelkeit, welche derartige Vorschläge verrieten." So zog der Erzherzog unberathen und ungetröstet von Prag.**)

V

In der Nacht vom 10. auf den 11. März verließ Leopold mit dem Reste des Passauer Volkes Prag und stellte in aller Eile seinen Rückzug gegen Beraun an. Erst mehrere Stunden später, am Morgen, erhielten hievon die Stände auf der Altstadt Nachricht, trotzdem beschlossen sie die Verfolgung in Angriff zu nehmen. Die Hindernisse, welche bei dem Kleinseitner Brückenthurm von den Passauern aufgehäuft worden waren, wurden rasch weggeräumt und darauf Kavallerie den Fliehenden nachgeschickt. Als die Bewohner der Kleinseite sich endlich von ihren Quälern befreit sahen, machte sich ihre Wuth gegen die Zurückgebliebenen in der fürchterlichsten Weise geltend. Die Kranken und Verwundeten, welche sich dem Rückzug nicht hatten anschließen können, wurden aufgesucht und alle, deren man habhaft werden konnte, auf scheußliche Weise ermordet und auf die Straßen geworfen. Hie und da traf es sich, daß einer derselben nicht zum Tode getroffen, sich in Schmerzen auf der Gasse wand und die Umstehenden flehentlich bat, man möge ein Ende mit ihm machen. Keiner blieb unerhört. In dem zähen Leben mancher Verwundeten sah man eine Bestätigung des Teufelspakts, den man ihnen angedichtet hatte, es gab Leute, die herbeiliefen, um die geweihte Hostie dem Getroffenen herauszuschneiden, weil sie wähnten, er könne nicht früher sterben.***) Während dieser Gräuelscenen beschleunigten die Passauer ihren Marsch gegen Beraun und trafen daselbst zeitlich genug ein, um die über den gleichnamigen Fluß führende Brücke abzubrechen und dadurch die weitere Verfolgung durch die

*) Kinsky an Mathias den 10. März bei Hurter Bd. VI, 396.

**) Simancas 2497/274. Zuñiga an Philipp III ddo. 12. März 1611.

***) Skala's Manuskript.

ständischen Truppen abzuschneiden. Da man in Prag voraussetzte, die Passauer würden von Beraun den Rückweg nach Tabor einschlagen, beschloß Herberstein, der auf Mathias' Befehl mit mährischen und österreichischen Truppen am 11. März in Prag angelangt war, ihnen den Rückzug zu verlegen, indem er auf geradem und kürzerem Wege nach Tabor marschirte. Allein Ramée und wohl auch der Erzherzog sahen diesen auf ihr Verderben berechneten Schritt voraus und schlugen den Rückweg direkt nach Budweis ein, indem sie sich in möglichst weiter Entfernung vom linken Moldauufer hielten. Ritter Trnawský wagte mit etwa 800 Bauern einen Angriff gegen einen Theil der dahin ziehenden Flüchtlinge, ward aber nach anfänglichem Erfolge mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen. Die Passauer schleppten an 1000 Bauern, die sie nach und nach in einzelnen Dörfern auffingen, gewaltsam nach Budweis mit, um sie an der Befestigung dieses Ortes, wo einige Zeit gerastet werden sollte, arbeiten zu lassen. Sie trafen am 14. März in Budweis ein, legten also einen Weg von mehr als 20 Meilen in der ungemein kurzen Zeit von 4 Tagen zurück.*) Die Oesterreicher, die vergeblich bei Tabor die Passauer erwartet und sich mit der Hoffnung getragen hatten, ihnen die in Böhmen und Oesterreich gemachte Beute abzujagen, sahen sich in ihrer Erwartung getäuscht. Die Verfolgung bis Budweis auszudehnen wagten sie nicht.

In Budweis, das in Eile stark befestigt ward, wurde vorläufig gerastet. Ramée, der auf dem Rathhause sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, lud am Abend des 17. März eine Anzahl Offiziere zu einem Gastmahl ein. Nachdem gehörig gegessen und getrunken worden, wurden neun der anwesenden Offiziere ersucht in ein abseitiges Gemach zu treten. Jeder einzelne, wie er daselbst eintrat, wurde alsogleich festgebunden und dem nichts arges ahnenden ein Urtheil vorgelesen, vermöge dessen er wegen Verbindungen mit den Böhmen namentlich dem Grafen von Thurn zum Tode verurtheilt ward; darauf wurde ohne alles Zögern das Urtheil durch den bereitstehenden Henker mit dem Schwerte vollzogen. Der neunte der Gerufenen, der sich zur Wehre setzte, mußte eher erwürgt werden, bevor er enthauptet werden konnte. Ob die Ursache, mit welcher Ramée diese Gewaltthat beschönigte, wirklich in einem Einverständnisse der Ermordeten mit den Böhmen lag, können wir aus Mangel an positiven Nachrichten nicht angeben, es ist jedoch immerhin möglich, daß ein Theil der Offiziere

---

*) Alles dies nach Skala's Manuskript im böhmischen Museum. Skala nennt den Ritter: Tarnowský, dagegen der jedenfalls besser informirte und gleichzeitige Erzähler der Ereignisse des Jahres 1611 im Gedenkbuch der Prager philosophchen Fakultät B. 21: Trnawský.



nachdem sie sahen, daß es mit ihnen kein gutes Ende nehmen könne, mit Mathias und den Böhmen sich in Unterhandlungen begeben habe oder zu begeben Willens war. Sicher ist es, daß Ramée der Mann war, der schon bei dem Schatten eines Verdachtes zu einer Gewaltthat entschlossen war. In wie weit Leopold zu derselben seine Zustimmung gegeben, ist nicht bekannt, gewiß ist nur soviel, daß er an diesem und dem folgenden Tage sich noch in Budweis befand.*) Es ist nicht anzunehmen, daß Ramée einen solchen Schritt während Leopolds Anwesenheit in der Stadt gewagt habe, ohne des letzteren Zustimmung einzuholen.

Am 18. März setzten sich Leopold und Ramée nach Zurücklassung einer Besatzung in Budweis mit einem Theil der Passauer über Krumau gegen Oesterreich in Bewegung. Der freie Durchzug, den sie verlangten, um ihren Marsch nach dem Passauer Stift zu richten, wurde ihnen verweigert. Ihn zu erzwingen konnten sie nicht mehr wagen, sie hatten dies übrigens nicht nöthig, da der sogenannte goldene Steg, der durch den Böhmerwald führte, unbesetzt war und ihnen einen direkten Eingang in das Passauer Stift verschaffte. Daselbst traf Ramée nach einer Abwesenheit von drei Monaten mit ungeheurer Beute aber nur einem geringen Theil des ehemaligen Passauer Heeres ein. Es waren das keine Mitstreiter in Christo, in deren Begleitung der Bischof von Passau wieder in seiner Diöcese anlangte.

Der weit größere Theil des Passauer Heeres, welcher in Böhmen zurückgeblieben war, hatte sich in die Städte Tabor, Budweis und Krumau eingeschlossen. Die Besatzung von Tabor verließ zuerst ihren Standort und zog sich nach Budweis zurück. Leicht wäre es nun den Truppen des Königs Mathias und den Böhmen gewesen, die genannten Städte einzunehmen und den Rest der Passauer zu vernichten. Es war jedoch ersprießlicher, den Süden Böhmens vor weiteren Verwüstungen zu bewahren und die Auflösung der genannten Truppenreste in Güte zu versuchen. Zunächst wurde Rudolf aufgefordert, ihre Abdankung anzuordnen. Der Kaiser kam diesem Verlangen nach und befahl dem Erzherzog Leopold die 26.
Auflösung der noch in Böhmen befindlichen Truppen binnen acht Tagen März
vorzunehmen; sollten sie die Abdankung nicht über sich ergehen lassen wollen, 1611
so seien sie mit der Acht zu belegen.**) Allein die Soldaten ließen sich

*) Hurter Bd. VI Beilage 249. In dem daselbst mitgetheilten Schreiben Rudolfs an Leopold berichtet ersterer, daß er von letzterem ein Schreiben aus Budweis ddo. 18. März erhalten habe. Also befand sich Leopold noch ununterbrochen in Begleitung der Passauer.

**) Rudolf an Erzherzog Leopold ddo. 26. März 1611.

durch Drohungen nicht erschrecken und verlangten vor allem Befriedigung des noch rückständigen Soldes und auch der Erzherzog war nicht der Mann, der bei einem solchen Geschäfte mit Erfolg verwendet werden konnte, im Gegentheil, er schürte noch den Widerstand der Soldaten unverholen an.*) Es blieb nichts anderes übrig, als auf ihr Begehren einzugehen, wenn man nicht einen weit kostspieligeren Krieg beginnen wollte. Der Kaiser mußte die Summe von 175.000 Gulden aus seiner Schatzkammer hergeben und mit dieser so wie mit einigen kleineren Zuschüssen begab sich der Kriegszahlmeister Kleinsträtel nach dem Süden von Böhmen, um die Ansprüche der Soldaten zu befriedigen. Als Bevollmächtigter derselben trat bei den Verhandlungen Graf Althan auf, der diesmal so wenig Schwierigkeiten als möglich erhob, weil er sich um Mathias ein Verdienst erwerben und dessen Nachsicht und Gunst erlangen wollte. Neben Althan bemühte sich auch Wok von Rosenberg durch den ihm verbündeten Obersten Lucan aufrichtig um die Befriedigung der Passauer Reste. Die Kommissäre, welche der König zur endlichen Vornahme der Abdankung abgeschickt hatte, Feldmarschall Herberstein und Oberst Hofkirchen, konnten um so leichter ihrer Aufgabe nachkommen, als aus denjenigen Soldaten, die noch weiter dienen wollten, ein neues Regiment in königlichen Diensten unter dem Obersten Lucan gebildet wurde. Am 20. Mai wurde der Vertrag, welcher die Abdankung und Auszahlung regelte, unterzeichnet. In einem eigenen Amnestiedekret**) wurde den sämmtlichen Mitgliedern des Passaner Heeres Verzeihung für ihre Thaten zugesagt, ausgeschlossen blieben nur einige uns dem Namen nach nicht bekannte Personen, wahrscheinlich waren es außer Ramée noch jene, welche sich dauernd dem Erzherzog angeschlossen hatten und in ihren frühern Bestrebungen verharrten. Ramée gab der Erbitterung, welche in diesem Kreise gegen Althan als einen Abgefallenen herrschte, in einem Absagebrief Ausdruck, in welchem er denselben „wegen schändlichen Verraths gegen den Kaiser, den Erzherzog und das Passauer Volk" zum Zweikampf herausforderte.***)

Stellt man die Frage, was mittlerweile Leopold that, wie er sich in die gezwungene Zurückgezogenheit fügte, so lautet die Antwort, daß er an nichts weniger als an eine passive Haltung dachte. Wiewohl er sich mit Ramée und einer kleinen Abtheilung der Passauer nach seinem Stifte zurückgezogen hatte, so hielt er sich noch immer für den Herrn und

*) Kurz: Schicksale des Passauischen Kriegsvolks.

**) Die Amnestie von Kruman genannt.

***) Wiener Staatsarchiv MS. 491. E. F. G. Ramée an den Grafen Althan ddo. 20. Juli 1611.

Anführer des in Böhmen zurückgebliebenen Volkes, das er in seinem eigenen Interesse verwenden zu können glaubte. Diesen Fall hielt er für gekommen, als er die Nachricht erhielt, daß Mathias die Güter des Passauer Stiftes, welche in Oesterreich lagen, und die den größten Theil seines Einkommens bildeten, mit Beschlag belegen ließ. Nicht durch Bitten, sondern mit Gewalt wollte er den König nöthigen, ihm seine Besitzungen freizugeben. Er suchte deshalb nach einem Rückhalt an Baiern *) und bat den alten Herzog Wilhelm, Maximilians Vater, daß er mit ihm an einem dritten Ort zu einer Berathung zusammentreffe. **) Wilhelm, der stets Leopolds Partei gehalten und dessen Bewerbungen um seine Tochter Magdalena unterstützt hatte, war zu der Zusammenkunft erbötig, wurde aber daran durch die Vorstellungen seines Sohnes gehindert. Als er zum zweitenmale noch dringender darum von Leopold ersucht wurde, traf er mit ihm in Altötting zusammen, konnte ihm aber keine Hilfe bieten, wie sie dieser erwartete. Der Erzherzog versuchte nun die eben erzählten Verhandlungen zur Abdankung der in Böhmen befindlichen Passauer dadurch zu vereiteln, daß er den Grafen Althan, der sie so eifrig und aufrichtig betrieb, zu sich berief. Als dies jedoch vergeblich war, da Althan dem Rufe nicht folgte, verstieg sich Leopold so weit, daß er nach Budweis reiste und persönlich die Soldaten gegen die Abdankung zu stimmen suchte. Auch diese Bemühungen hatten keinen Erfolg und er mußte unverrichteter Dinge zurückkehren.***) Schon hatte er davon gesprochen, daß er in Passau Werbungen anstellen und dieselben mit den in Böhmen befindlichen Ueberresten des Kriegsvolks vereinigen wolle, jetzt sah er ein, daß nichts mehr zu thun sei. Seine Finanzen waren vollständig ruinirt und er war nicht im Stande, auch nur eine Truppe von 300 Mann zu erhalten. Ramée, den er zu Maximilian geschickt hatte, um den Herzog nach dieser zwölften Stunde für sich zu gewinnen, kehrte mit einer so entschieden abschlägigen Antwort zurück, wie sie von letzterem nicht anders erwartet werden konnte. †)

---

*) Münchner Staatsarchiv 39/9, 35. Maximilian von Baiern an Kurköln ddo. 16. April 1611.

**) Wir erinnern hier daran, daß der Vater Maximilians von Baiern, Wilhelm, noch lebte, er hatte nur frühzeitig auf die Regierung zu Gunsten seines Sohnes verzichtet. Magdalena war Wilhelms Tochter.

***) Kurz. Schicksale des Passauischen Kriegsvolks. — Diarium über die Ereignisse in Prag. MS. des Wiener Staatsarchivs 491.

†) Münchner Staatsarchiv 39/8, 33. Wilhelm von Baiern an Kurköln ddo. 5. April 1611. — Ebendaselbst Fol. 32. Kurköln an Max von Baiern ddo. 15. April 1611. — Ebendaselbst Fol. 35. Max von Baiern an Kurköln ddo. 17. April 1611.

Nachdem Leopold definitiv nicht bloß den Hoffnungen auf eine Krone sondern auch der Aussicht, die Herstellung des Friedens zu vereiteln, entsagen mußte, machten sich bei ihm Schwierigkeiten geltend, welche es ihm nicht gestatteten, sich einfach ins Privatleben zurückzuziehen. Diese Schwierigkeiten kamen von seinen zerrütteten Geldverhältnissen. Einestheils war er mit Schulden überhäuft, *) anderstheils versiegte für ihn die eigentliche Quelle seiner Einkünfte. Mathias, durch des Erzherzogs Treiben ununterbrochen gereizt, hatte die in Oesterreich gelegenen Güter des Passauer Stiftes mit Beschlag belegt und dadurch seinem Vetter die größere Hälfte seiner Einkünfte abgeschnitten. Der König hatte damit keinen Racheakt im Sinne, er würde von der Beschlagnahme der Güter abgelassen haben, wenn Leopold sich in einem entschuldigenden Schreiben an ihn gewandt hätte, das mehr und weniger deutlich das Bekenntniß seiner Schuld enthalten hätte. Denn daß letzterer gegen Mathias, dem er die Krone Böhmens entreißen wollte, eine große Schuld auf sich geladen, lag auf der Hand. Allein dieses Bekenntniß wollte Leopold um keinen Preis ablegen, nicht etwa aus Stolz, was verzeihlich wäre, sondern aus Unaufrichtigkeit, weil er jetzt die Behauptung aufrecht erhalten wollte, nichts verbrochen zu haben. Für dieses sein Benehmen ist es schwer eine Entschuldigung ausfindig zu machen. Seine Jugend darf mit Recht als ein Milderungsumstand angesehen werden, insofern es sich um die Beurtheilung des Passauer Einfalls handelt, um so mehr als er den Lockungen anderer folgte. Allein die krummen Wege, mit denen er sich jetzt in der öffentlichen Meinung zu rehabilitiren suchte und durch die er Mathias zum Vergessen des Geschehenen nöthigen wollte und die in nichts anderem als in Trotz und einer verwerflichen Verdrehung der Thatsachen bestanden, diese müssen ihm allein zur Last gelegt werden und lassen keine für ihn günstige Auffassung zu. Er ging in der verwerflichen Verdrehung der Thatsachen so weit, daß er sogar Personen gegenüber, die über sein Thun und Treiben nicht im mindesten in Unkenntniß waren und denen er selbst die gravirendsten Geständnisse gemacht, den Mantel der Schuldlosigkeit umhängen wollte. Mit einem Worte, sein Antheil am Passauer Zuge kann durch Mangel an Erfahrung, glühenden Ehrgeiz und die verlockende Gelegenheit entschuldigt werden, aber wenn wir geneigt sind, ihm um seiner Jugend willen gewisse Charakterschwächen nachzusehen, so haben wir auch

*) Wiener Reichsarchiv. Miscellanea 444. Aus einer Orginalrechnung daselbst ist ersichtlich, daß Leopold allein für das Jülicher Unternehmen aus eigenem 154.187 Gulden zu zahlen hatte. Mit einem bedeutenden Theile davon war er gewiß im Rückstande.

ein Recht dazu, bei ihm gewisse Tugenden der Jugend zu suchen, darunter vor allem die Aufrichtigkeit. Wir vermissen diese in seiner Haltung nach erlittener Niederlage vollständig. Die folgenden Mittheilungen werden hierüber das nöthige Licht verbreiten.

Kaum waren nämlich die Vorgänge, die den Passauer Einfall begleiteten, in Deutschland bekannt, so erhob sich da allgemein die Stimme der Verurtheilung. Es gab keine Partei, die nicht laut die Handlungsweise Leopolds und seiner Anhänger getadelt hätte, voran standen jene Kurfürsten, die erst vor kurzem beflissen waren, ihn auf den deutschen Thron zu erheben. Sie mißbilligten um so lauter sein Beginnen, je mehr sie sich gestehen mußten, moralisch an demselben mitschuldig zu sein.*) An diese Tadler schloß sich auch der Papst an, der in einem Breve „seinen ehrwürdigen Bruder in Christo" den Bischof von Passau und Straßburg rügte, daß er, „der gleich einem Samuel von Kindheit an von seiner erlauchten Mutter Gott geweiht worden" und deshalb in früher Jugend mit der Leitung zweier Kirchen betraut worden, sich so weit vergessen und so tief in Dinge, die seines Amtes nicht seien, eingelassen habe.**) Den Reigen von Leopolds unaufrichtiger Verdrehung der Thatsachen eröffnete seine Antwort an den Papst.***) Alle Schuld an den vergangenen Ereignissen von sich ablehnend erklärte er den Ueberfall von Prag in folgender Weise: Die Passauer sind bis Prag gedrungen, um die Bezahlung des rückständigen Soldes zu verlangen. Nach einer Verhandlung von drei Tagen (9—12. Februar) habe ich schließlich von ihnen das Versprechen erhalten, daß sie sich zurückziehen wollten, doch unter der Bedingung, daß die Böhmen sich in einem feierlichen Eide zum Gehorsam gegen den Kaiser verpflichten und mit ihnen gemeinsam das Land gegen Jedermann vertheidigen sollten. Als die letzteren diese Forderung stolz und unverschämt verwarfen und überdies die Truppen mit Drohungen und Beschimpfungen überhäuften, da erst vollbrachten diese, auf das äußerste gereizt, ihren Einbruch in Prag. Ohne Zweifel würden sie einen völligen Sieg erlangt haben, wenn der Kaiser ihnen auf Bitten der Böhmen nicht Halt geboten hätte. — Solchergestalt habe Leopold nichts Unrechtes gethan und habe eher Ursache über andere namentlich über Mathias sich zu beschweren, als dieser über ihn. Die Thatsachen erscheinen in dieser Erwiederung völlig ver-

*) Münchner Staatsarchiv 36/9, 26. Kurmainz an Erzh. Leopold ddo. 26. März 1611. — Ebendaselbst 39/9, 19. Kurköln an Max von Baiern ddo. 5. April 1611. Ebendaselbst 39/9. 28. Kursachsen an Kurmainz ddo. 6/16. März 1611.

**) Simancas 996/253. Breve Pauls V an Leopold ddo. V Idus Aprilis.

***) Simancas 2498/166, Leopold an Paul V ddo. 4. Mai.

dreht. Denn abgesehen davon, daß die Passauer Truppen nicht den Schein eines Rechtes besaßen, um von den Böhmen einen Eid für den Kaiser zu verlangen, ward dies Verlangen an die ständischen Truppen nicht vor sondern nach der Einnahme der Kleinseite und nicht von den Passauern sondern von Leopold aus hinreichend bekannten Ursachen gestellt worden.

Da die übrige Haltung des Erzherzogs mit der dem Papste ertheilten Antwort im Einklange stand, so ist es begreiflich, wenn Mathias an eine Herausgabe der sequestrirten Güter nicht dachte. Die Noth wurde darüber in Passau täglich größer. Ramée und andere Personen von Leopolds Vertrauen, die vornehmlich zum Passauer Einfall gerathen, suchten den Erzherzog zu bereden, er solle bei — Frankreich (!) Hilfe suchen. Dahin kam es also mit dem Prinzen, der angeblich für sein Haus und die Religion das Schwert ziehen wollte. Zuñiga, der von diesen Rathschlägen Kenntniß erlangte und in der That auf die tollsten Sprünge Leopolds gefaßt war, glaubte jetzt den Moment gekommen, demselben wieder Muth einflößen und einen Weg zur Rettung zeigen zu müssen. *) Er riet ihm, die Hilfe des Königs von Spanien anzusuchen, damit dieser sowohl seine Aussöhnung mit Mathias in die Hand nehme, als auch ihm mit Geld unter die Arme greife. Leopold ließ sich den Vorschlag gefallen und wollte geradezu nach Spanien reisen, um dort vielleicht ein Glück zu suchen, das ihn in Deutschland geflohen.**) Der spanische Staatsrath und in demselben namentlich der Erzbischof von Toledo widerrieten jedoch dem König die Berufung eines Prinzen, der im besten Falle den Staatssäckel über Gebühr in Anspruch nehmen würde. ***) Zuñiga bekam also die Weisung, den Erzherzog von der Reise nach Spanien abzuhalten. Letzterer, der sich glänzende Hoffnungen auf die Unterstützung Philipps gemacht hatte, erfuhr nachgerade, daß dieselbe sich nicht weiter als auf die Anweisung einer Kirchenpräbende erstrecken werde. In der That wurden ihm im Laufe des Jahres 1612 die Einkünfte des Bisthums Monreale angewiesen, †) mit denen er seinen zerrütteten Verhältnissen wieder aufhalf.

Wiewohl also Spanien in der angedeuteten Weise dem Erzherzog unter die Arme griff, so zog sich die Verhandlung darüber viel zu sehr in die Länge, als daß der letztere bei der dauernden Sequestration seiner in Oesterreich gelegenen Güter nicht immer wieder sich zu einer Aussöhnung mit Mathias gemahnt gesehen hätte. Seine eigene Einsicht mußte

*) Simancas 2497/56, Zuñiga an Philipp III ddo. 25. Mai.

**) Simancas 2324/86. Der Staatsrath an den König Philipp III ddo. 9. Juni.

***) Simancas 609/177. Der Staatsrath an Philipp III ddo. 21. Juni 1611.

†) Archiv von Simancas.

ihm sagen, daß er von nirgends Hilfe zu hoffen habe, weder von Frankreich, wie ihm ehrlose Rathgeber einbliesen, noch von dem Kaiser, der selbst während dieser Vorgänge die böhmische Krone verlor und sichtlich dem Grabe zuwankte. Er entschloß sich deshalb, was er bis dahin um jeden Preis vermieden hatte, sich an Mathias zu wenden, in der Hoffnung, daß ein einfaches Höflichkeitsschreiben denselben alsogleich versöhnen werde. Von einer Aeußerung, die als ein Geständniß aufgefaßt oder als Reue gedeutet werden konnte, wollte er noch nichts wissen. Der Eingang seines Briefes an Mathias begann in folgender bezeichnenden Weise: Bezüglich der jüngsten Vorgänge in Oesterreich und Böhmen habe ich erfahren, daß Eure Königliche Majestät beleidigt sei, was mir sehr leid thut, da ich nie (!) die Absicht hatte, Eure Majestät zu beleidigen oder Deren Rechten einen Nachtheil oder Schaden zuzufügen. Ich bitte demnach Eure Majestät mich als deren unterthänigsten und gehorsamsten Verwandten betrachten zu wollen." *) Diesen Brief schickte Leopold an Zuñiga mit der Weisung, denselben dem Könige Mathias erst dann zu übergeben, wenn derselbe die Beschlagnahme der Passauer Güter in Oesterreich zurückgenommen habe. Zuñiga kam dieser Bedingung nicht nach. Er hielt es, wie er sich hierüber gegen Philipp III ausdrückte, nicht für passend, daß der Erzherzog mit dem Haupte seiner Familie in der Weise unterhandle, wie dies etwa bei den Verhandlungen mit Venedig oder Frankreich am Platze sei **) und übergab deshalb den Brief ohne Zögern an Mathias, der in Folge dessen die Beschlagnahme der Güter vorläufig aufhob, aber sich nicht mit dem Briefe befriedigt erklärte. Der König trieb seine Gutmüthigkeit nicht so weit, um sich anzustellen, als glaube er, daß der Einfall in Oesterreich und Böhmen seinen Rechten nicht den mindesten Eintrag habe thun sollen. Er verlangte, daß Leopold ein Aktenstück, in dem er sich schuldig bekennen und um Verzeihung ansuchen sollte, unterzeichne. Den Bemühungen Zuñiga's, des Kardinals Dietrichstein und des Grafen von Croy — damals Gesandten des Erzherzogs Albrecht bei Mathias — gelang es im Vereine mit Erzherzog Ferdinand, die Milderung einiger allzuharten Stellen in der von dem König proponirten Aussöhnungsformel durchzusetzen. ***) In dieser korrigirten Fassung lautete dieselbe also: „In

*) Simancas 2408/177. Leopold an Mathias ddo. 21. November 1611. Ratione illorum, quae nuper in Austria et Bohemia contigerunt, intellexi R. M. V. mihi offensam esse, quod mihi vehementer displicet, numquam enim animus aut cogitatio mihi fuit M. V. offendendi nec praejudicium aliquod aut damnum rebus suis inferendi.

**) Simancas 2498/211. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. Juli 1612.

***) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. Juli 1612.

Folge der Ereignisse, welche durch das unter dem Generalate des Erzherzogs Leopold befindliche Passauer Volk in Oesterreich und Böhmen herbeigeführt wurden, sind mancherlei Beleidigungen vorgefallen, deren gütliche Beilegung sowohl der Papst Paul V, der König von Spanien, die Kurfürsten, die Erzherzoge und einige andere christlichen Fürsten als auch der Erzherzog Leopold selbst durch ein besonderes Schreiben vom
1611 21. November versucht haben. Der König von Ungarn und Böhmen hat mit Rücksicht auf solche für den Erzherzog eingetretenen Vermittler und nach reiflicher Berathung mit der Mehrzahl seiner Räthe dem letztern seine Handlungsweise nicht nur verziehen, sondern ihm auch die bischöflichen Güter thatsächlich zurückgestellt doch unter der Bedingung, daß er jene Personen, welche an der betreffenden Handlung Antheil gehabt und in der Krumauer Amnestie nicht enthalten sind, von sich entferne und sie nicht weiter in seinem Dienste behalte." *)

Läßt man den Umstand nicht aus den Augen, daß Leopold nach der böhmischen Krone trachtete, auf welche Mathias nicht nur nähere Erbrechte sondern in Folge der Liebner Verträge positive Ansprüche hatte — führte er ja doch bereits seit 1608 den Titel eines designirten Königs von Böhmen — so wird man es wohl für keine allzuharte Bedingung ansehen, wenn letzterer neben der Unterzeichnung dieses maßvollen Aktenstückes auch noch die Entfernung einiger kompromittirten Persönlichkeiten aus der Umgebung des Erzherzogs verlangte. Als Leopold jedoch von diesen zwei Bedingungen vernahm, war er nicht wenig über dieselben entrüstet und reiste zu seinem Bruder Ferdinand nach Graz, um sich bei ihm zu beklagen, daß ihm eine Buße für eine Schuld zugemuthet werde, die er nicht begangen habe! Wiewohl Ferdinand recht gut wußte, welche hoch-

---

*) Simancas 2498/212. Die Urkunde datirt vom 27. Dez. 1611 lautet im lateinischen Original also: Quoniam ex iis, quae per milites sub Generalatu Ser. Dom. Leopoldi . . . tam in Archiducatu Austriae superiori quam in Regno Bohemiae cotigerunt nonnullae offensiones exortae sunt, ad quas abolendas S. D. N. Paulus V., Potentissimus Hispaniarum Rex Catholicus, S. R. Imp. Electores, Ser^mi Archiduces Austriae at alii christiani Principes se interposuerunt, sicut etiam Ser. Arch. Leopoldus de his quoque 21. Novembris Patavii peculiares literas ad S. R. M. exaravit, ideo S. Hungariae et Bohemiae R. M. ad tales intercessiones pro S. Ser^te factas habito maturo consilio plurimorum suorum consiliariorum non solum factum hujusmodi Suae Ser^ti condonavit sed etiam bona Episcopatus de facto remittenda decrevit ut tamen illos, qui hujusmodi facti participes fuerunt et in amnistia Crumloviensi non continentur S. Ser^tas quantocius a se removeat neque ullis in rebus eorum opera amplius utatur.

fliegenden Pläne Leopold im Sinne gehabt hatte*), wiewohl er selbst in Spanien gegen die Unterstützung desselben gearbeitet hatte und wiewohl er selbst in Wien die Redaktion der Aussöhnungsformel gutgeheißen**) und damit Leopolds Schuld anerkannt hatte, glaubte er sich doch seines Bruders annehmen zu müssen. Er schrieb deshalb an Zuñiga als denjenigen, der Mathias' Interessen am eifrigsten vertrat und den Leopold als seinen persönlichen Gegner ansehen zu müssen glaubte, um durch ihn eine bedingungslose Aussöhnung mit Mathias zu bewirken.***) „Mein Bruder," so ungefähr lautet Ferdinands Brief an Zuñiga, „kann das betreffende Aktenstück nicht unterzeichnen, denn er ist sich keiner Schuld bewußt und bedarf sonach nicht der Vermittlung dritter Personen, um Verzeihung zu erlangen. Wenn das Passauer Volk in Oesterreich und Böhmen einbrach, so geschah dies keineswegs mit seiner Zustimmung, im Gegentheile er hat sich mit allem Fleiß bemüht, dies zu hindern.... Eine Schuld zu bekennen, die er nicht begangen, könnte ihm nur zur Schande gereichen." Nachdem konsequenterweise Ferdinand für seinen Bruder auch die Entlassung der kompromittirten Räthe abgelehnt hatte, verlangte er von Zuñiga, er solle die Aussöhnung Leopolds mit Mathias in der Weise zu Stande bringen, daß es von der Unterzeichnung irgend eines Schriftstückes

---

*) Simancas 2324/62. Aus mehreren unter dieser Signatur befindlichen Aktenstücken ist ersichtlich, daß Erzh. Ferdinand im J. 1610 vor Leopolds Plänen gewarnt wurde, daß er (Ferdinand) darauf an Philipp III schrieb und ihn bat Leopolds Pläne zu durchkreuzen, daß er auch den spanischen Gesandten in Prag über Leopold informirte u. s. w. Kurz Ferdinand wußte ganz gut, was es mit der Schuldlosigkeit Leopolds für ein Bewandtniß habe.

**) Simancas 2498/211. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. Juli 1612.

***) Simancas 2498/67. Ferdinand an Zuñiga ddo. 6. Feber 1612 Gratz. Los dias passados vinó aqui a verme mi hermano el Ser. A. Leopoldo, el qual me dió quenta de las causas porque estava sentido del tratado postrero de reconciliacion hecho en Viena entre el Ser. Rey de Ungria y Bohemia y el, por las quales ponia dificultad en confirmarla. Porque en aquella escritura, que se hizó sobre el dicho tratado, se hizó espresa mencion de que a intercesion de algunos Principes S. M. Regia le condonava y remitia las ofensas pasadas, las quales palabras contienen en si ofensa y delicto cometido, y como el en su conciencia este satisfecho de que no ha cometido cosa porque deva pedir perdon y poner terceros para alcancarle, no puede dar su consentimiento ni confirmar la dicha transaction, porque el nunca ha offendido al Rey y si la soldatesca de Passau entró en Austria y Bohemia no fue con su sonsentimiento sino procurando estorvarlo con gran instancia, y como aya afirmado siempre este mismo al Rey y a todo el Imperio, estaria le muy mal confesar la culpa, que no tiene y de que le resultaria mucho doshonor.

sein Abkommen finde, beide (Leopold und Mathias) sollten persönlich zusammentreffen und hiebei ersterer dem letztern „mündlich jene Genugthuung leisten, welche beiden passend scheinen würde."

Aus der ganzen bisherigen Erzählung ist ersichtlich, wie aufmerksam Zuñiga Schritt für Schritt die ehrgeizigen Pläne Leopolds beobachtete und wie er sie ununterbrochen bekämpfte, nicht weil er Leopolds persönlicher Gegner war, sondern weil er sein Streben für ein dem Hause Oesterreich verderbliches betrachtete. Ihm, der die Ursachen der letzten Ereignisse klar durchblickte, dem Leopold selbst vor dem Passauer Einfall eingestanden hatte, daß er ein Jahr des Krieges haben müsse, suchte nun Ferdinand den Glauben an die Unschuld seines Bruders beizubringen. In der That gibt es nicht leicht eine Entschuldigung für den Ton, in welchem Ferdinands Brief gehalten war. Eine solche Außerachtlassung oder Beschönigung des wahren Sachverhalts ist etwa im diplomatischen Verkehr gestattet, weil herkömmlich, aber gegenüber dem Gesandten eines so nahe befreundeten Monarchen, wie Philipp III war, der nicht als Gegner oder Richter sondern als Freund und Vermittler auftrat, ist sie nicht zu rechtfertigen. Der vorsichtige Gesandte, trotzdem er alle Ursache hatte, die verwandtschaftlichen Verhältnisse seines Souverains zu respektiren, ließ sich deshalb Angesichts der Zuschrift Ferdinands zu einer Antwort hinreißen, aus der nicht überall der kalte Diplomat, sondern der erzürnte Privatmann hervorleuchtet.

„Ich habe," so antwortete Zuñiga dem Erzherzog, „das Schreiben Eurer Hoheit erhalten. Eure Hoheit weiß, wie sehr ich gewünscht habe, dem Erzherzog Leopold in der Verhandlung, welche jetzt in Wien gepflogen wurde, zu dienen, doch konnte ich nicht mehr (zu seinen Gunsten) erlangen als das Gebotene, wiewohl große Anstrengungen hiefür gemacht wurden. Indem ich diese Angelegenheit neuerdings in Anregung brachte, habe ich kein besseres Entgegenkommen gefunden, als früher, im Gegentheil, im Falle Erzherzog Leopold den Wiener Vergleich umgeändert wissen will, so ist man hier entschlossen sich zu rechtfertigen und die Ursachen, welche zu Klagen gegen ihn berechtigen, auseinanderzusetzen. Um die Wahrheit zu sagen, ich habe den aufrichtigsten Willen dem Erzherzog zu dienen, aber mein Verstand ist nicht fähig die Gründe zu fassen, welche Eure Hoheit in Ihrem Briefe bezüglich (der Schuldlosigkeit) des Erzherzogs angibt. Ein Satz lautet in demselben wörtlich, daß der letztere den König ganz und gar nicht beleidigt habe und daß das Passauer Volk in Oesterreich und Böhmen nicht nur nicht auf seinen Befehl und mit seiner Zustimmung, sondern vielmehr gegen seinen Willen und trotzdem er sich auf alle mögliche Weise widersetzt habe, eingebrochen sei. Gibt man das zu, was dieser Satz



behauptet, wie läßt sich damit in Einklang bringen, daß die ärgste Frevelthat der Passauer, nämlich der gewaltsame Ueberfall der Hauptstadt von Böhmen und die Erstürmung der Kleinseite unter Mord und Brand in Gegenwart des Erzherzogs, der dabei als General in voller Rüstung die Truppen kommandirte, vor sich ging? Läßt sich dann noch weiter behaupten, daß dies ohne seinen Befehl und sein Mitwissen geschah? Und wenn man dabei noch erwägt, daß der Erzherzog die Urheber und Werkzeuge jenes Einfalls in Oesterreich, Böhmen und Prag als seine begünstigtesten Diener behandelt, wie kann man dann noch behaupten wollen, daß die von diesen Dienern herbeigeführten Ereignisse demselben mißfallen haben? Gewiß, durchlauchtigster Prinz, ich bekenne, daß mein Wille, wie ich oben gesagt, der beste sei, aber mein Verstand ist nicht fähig, die Gründe, mit denen der Erzherzog vertheidigt werden soll, zu fassen. Ich bin der Meinung, daß man sich in keinen Disput über die Ursachen der vorangegangenen Ereignisse einlassen, sondern lieber alles dem eifrigen Bestreben zuschreiben solle, mit dem der Erzherzog dem Kaiser, als sein Sohn, habe dienen wollen. Da der Kaiser, den Gott selig haben möge, bereits gestorben ist, so mag der Erzherzog seine kindliche Neigung der Person des Königs Mathias als dem Aeltesten des Hauses zuwenden, ... das ist, was ich Eurer Hoheit auf Ihren Brief zu antworten für nöthig hielt."*)

In Folge dieser Antwort Zuñiga's, welche als der Wiederhall von Mathias' eigener Gesinnung anzusehen war, zerschlugen sich die Ver-

*) Simancas 2498/67. Zuñiga an Erzh. Ferdinand. ... Para decir la verdad yo tengo promptissima voluntad de servir al Ser. Arch. Leopoldo, pero mi entendimiento no percibe la razon, que de S. A. se alega en la carta de V. A. donde ay una clausula del tenor siguiente, que no ha offendido en nada al Rey y que los soldados de Passau no han entrado en Bohemia y en los confines de Austria por su mandado y parecer, antes contra su voluntad y oponiendose a ello todo lo possible. Porque quando se concediese lo que contiene esta clausula, como se puede dezir, que el caso mas aspero que cometió la gente de Passau, que fue el forçar la ciudad de Praga, cabeza de este reyno, entrando per fuerça de armas en el Kleinseite con muertes y incendios y entrando S. A. como capitan general, armado de todas armas y governando el exercito, se hiziese sin su orden y sabiduria? Y si juntamente con esto a algunos autores y instrumentos de esta leva de la entrada de Austria de la entrada de Bohemia de la entrada de Praga los tiene S. A. por sus muy faverecidos criados como podemos fundar, que le han desplazido tanto a S. A. las acciones hechas por ellos mismos? Yo cierto Ser. Principe, como digo arriba, confieso que mi voluntad es bonissima, pero que mi entendimiento no es capaz de estos razones de defensa.

handlungen wegen Leopolds Aussöhnung, und ruhten durch einige Zeit. Mathias wiederholte nicht die Beschlagnahme der Passauer Stiftsgüter, sondern ließ den Erzherzog in seinem Trotze unbelästigt. Als jedoch der letztere, wir wissen nicht mit welchem Rechte, einige Schiffe, die nach Linz bestimmt waren, auf ihrer Fahrt bei Passau anhalten ließ, erneuerte Mathias die Beschlagnahme. Dies so wie der Umstand, daß Mathias den deutschen Kaiserthron bestieg, was Leopold wahrscheinlich für unmöglich gehalten hatte, brachen endlich den Trotz des letztern. Er reiste nach Nürnberg, wo er mit seinem Vetter auf der Durchreise zusammentraf und hier vermittelte der Kurfürst Ferdinand von Köln eine Aussöhnung. Die Unterzeichnung eines Aktenstückes wurde dem Erzherzog nachgesehen, doch mußte er, nachdem er mündlich in einer entsprechenden Weise dem neuen Kaiser seine Unterwerfung angezeigt, sich dazu verstehen, alle jene Personen aus seinem Rathe zu entfernen, welche von kaiserlicher Seite als verdächtig bezeichnet wurden.*) Zuñiga wollte nun seinerseits auch mit dem Erzherzog ein freundlicheres Verhältniß anknüpfen, allein letzterer lehnte selbst die Aeußerlichkeit einer solchen Versöhnung ab, obwohl sich der Kurfürst von Köln hiefür verwendete. Leopold wiegte sich in der Hoffnung, daß er wenigstens über Zuñiga einen Triumph feiern werde, denn er hatte bei Philipp III direkt gegen den Gesandten Beschwerde geführt und sein Auftreten als den Ausfluß eines persönlichen Hasses bezeichnet.**) Er lehnte deshalb die Vermittlung des Kurfürsten mit dem Bemerken ab, daß er in Spanien Genugthuung gesucht habe. Es versteht sich, daß Zuñiga keine Rüge zu Theil ward und daß der König mit der Handlungsweise seines Gesandten vollkommen zufrieden war.

Nicht in den ursprünglichen Vorbereitungen, wohl aber in der Ausführung trat Ramée unter allen Befehlshabern der Passauer zumeist in den Vordergrund, Leopold diente ihm zuletzt eben so als Werkzeug, wie er ihm. Jener wollte einen Thron, dieser hatte einen unauslöschlichen Durst nach Beute. Die Nemesis ereilte zuletzt Ramée von einer Seite, von der er sich dessen am wenigsten versehen. Der Erzherzog ließ ihn im J. 1613 aus uns unbekannten Ursachen hinrichten, möglich, daß dieselben mit dem Passauer Einfalle zusammenhängen.

*) Simancas 2498/220. Zuñiga an Philipp III ddo. 26. Juli 1612.
**) Simancas 2498/158. Erzherzog Leopold an Philipp III ddo. 18. Mai 1612.

Viertes Kapitel.

I. Besetzung der Burg von den Böhmen und Mährern. Mathias' Zug nach Böhmen. Zusammenfluß von Gesandten in Iglau. Zuñiga. Mathias' Ankunft in Prag. Berufung eines Generallandtags. Haltung der Kronbeamten. Tennagel, Hegenmüller und Hannewaldt. Verhaftung zweier Zauberer. Des Kaisers letzte Anhänger. — II. Proposition des Kaisers am Generallandtag. Bedingungsweise Resignation des Kaisers. Haltung der Schlesier und Lausitzer. Streit derselben mit den Böhmen über das Recht zur Königswahl. Beschwerden der Mährer, Schlesier und Lausitzer über ihr bisheriges Verhältniß zu Böhmen. Versuch eines Ausgleichs dieser Streitigkeiten durch Verträge. Schlesiens besondere Tendenzen. — III. Rudolfs vergebliches Bestreben sich auf dem böhmischen Throne zu erhalten. Zuñiga's Verhandlung mit Rudolf und Mathias. Schließliche Nachgiebigkeit des Kaisers. — IV. Forderung der Böhmen nach erweiterten Freiheiten. Bedeutung dieser Forderungen. Die Krönung. Versuche des Kaisers einem Vertrage mit Mathias auszuweichen. Langwierige Verhandlungen über den Vertrag. Abschluß desselben. Ernennung der obersten Landbeamten.

I

Während am Morgen des 11. März ein Theil der ständischen Truppen die Verfolgung der Passauer gegen Beraun versuchte, stellte sich der andere vorläufig auf der Kleinseite auf. Die Zahl derselben wurde noch am selben Vormittage durch das Kriegsvolk, welches Mathias endlich den Böhmen zu Hilfe geschickt hatte, vergrößert, es bestand aus Oesterreichern und Mährern unter dem Kommando des Feldmarschalls Herberstein und der Obersten Buchheim und Dampierre, im ganzen 1000 Reiter und 1500 Mann zu Fuß mit 6 Kanonen. Herberstein hielt sich nicht auf der Altstadt auf, sondern marschirte ohne Aufenthalt über die Brücke auf das linke Moldauufer. Die Mährer zogen darauf unmittelbar vor die Burg, während die Oesterreicher im hohlen Weg und auf der Kleinseite ihre Stellung nahmen. Den erstern auf dem Fuße folgte Thurn mit einer kleinen Abtheilung böhmischer Truppen, an die sich zahlreiche Mitglieder der Stände, namentlich Fels und Kinsky, anschlossen. In der Burg befand sich der Rest jener ständischen Söldner, welche mit den Passauern am 17.

Februar für den Kaiser vereidigt worden waren, seitdem aber in Folge von Desertionen, wie wir erzählt, auf eine geringe Anzahl zusammengeschmolzen waren. Von ihnen war kein Widerstand zu erwarten, da sie durch die letzten Ereignisse zu sehr demoralisirt waren; die bloße Drohung mit einem Angriffe konnte sie zu einer Kapitulation bewegen. Zuñiga, der einen übereilten Angriff fürchtete, schickte in aller Eile seinen Sekretär Montañana zu Herberstein, um ihn im Interesse des Königs selbst von einem Schritte zurückzuhalten, durch welchen dem Kaiser der äußerste Schimpf angethan werden mußte. Herberstein erwiederte auf diese Botschaft, daß er von Mathias den Auftrag erhalten habe, sich in allem nach den Wünschen der böhmischen Stände zu richten. *) Die letztern aber waren entschlossen, sich zu Herren der Burg zu machen und selbst Gewalt anzuwenden, wenn Unterhandlungen nichts fruchten würden. Während Zuñiga die obige Antwort erhielt, forderte bereits Thurn den Oberstburggrafen, der mit den andern Kronbeamten bei dem Kaiser sich befand, auf, die Burg zu öffnen und eine Besatzung in dieselbe aufzunehmen. Der Oberstburggraf schlug dies ab, berichtete aber hierüber an den Kaiser.

Als Rudolf die Annäherung fremder Truppen an seine Burg gewahrte und die Absicht derselben in Erfahrung brachte, geriet er in große Aufregung. Er berief die Kronbeamten vor sich und warf ihnen vor, daß sie ihn getäuscht, indem sie ihm mit der Entfernung der Passauer die Wiederkehr der Ruhe versprochen hätten und bedauerte bitter, daß er sich mit denselben nicht zugleich geflüchtet habe. Nichtsdestoweniger gestattete er, nachdem er sich durch diese Klagen Luft gemacht hatte, daß eine Deputation ihm die Wünsche der Stände vortragen dürfe. Thurn, Fels und Ruppa erschienen und wiederholten vor dem Kaiser, der sie umgeben von den böhmischen Kronbeamten empfing, das Begehren wegen Uebergabe der Burg. Es sei dies deshalb nöthig, erklärten sie, weil die Stände die Nachricht empfangen hätten, Erzherzog Leopold habe die böhmische Krone und viele Privilegien des Landes mit sich genommen, man müsse sich deshalb von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Angabe überzeugen. Mit sichtlichem Unwillen vernahm der Kaiser diese Rede, er wollte eine Untersuchung, ob die angegebenen Gegenstände entfremdet worden, zugeben, nichts aber von einer Besetzung des Schlosses wissen. Es erfolgte jetzt ein peinlicher Auftritt, der eine bittere aber wohlverdiente Strafe für die zehnjährige Mißregierung Rudolfs war. Thurn, der da meinte, daß nicht mehr die Zeit des Bittens sondern des Forderns sei, bestand unerbittlich auf der Uebergabe der Burg, er warf dem Kaiser vor, daß er allein die Schuld seiner

*) Simancas 2497/274. Zuñiga an Philipp III ddo. 12. März 1611.

jetzigen traurigen Lage trage, erörterte die Ursachen derselben und fand sie darin, daß Rudolf sein Vertrauen an niedrige Personen verschleudert habe, statt sich Raths bei jenen zu erholen, die dazu berufen seien. Es kam zu einem Wortwechsel, der natürlich nicht beitragen konnte, eine freundliche Stimmung im Audienzsaale herzustellen, bis der Kaiser zuletzt voll Zorn die Aufnahme fremder Soldaten rundweg abschlug und sich in seine innern Gemächer entfernte. Hier berief er zu sich seine Geheimräthe, von denen er jedoch so wenig zum fernern Widerstande aufgemuntert wurde, daß er bald darauf die Erlaubniß ertheilte, daß den Mährern eines der drei Burgthore zur Bewachung übergeben werden dürfte. Darnach bekam die Burg eine Besatzung von 450 Mann und zwar 300 Böhmen und 150 Mährer. Der Rest der Mährer wurde auf dem Hradschin einquartirt, während sich Herberstein mit den Oesterreichern auf die Altstadt begab, um von hier aus durch einen schnellen Marsch nach Tabor die Passauer abzuschneiden. Sein Versuch mißlang, da, wie erzählt worden, die letzteren direkt nach Budweis zogen. *)

Die Ankunft mährischer und österreichischer Hilfstruppen zeigte von dem Entschlusse des Königs Mathias, die Ordnung der böhmischen Angelegenheiten in seine Hand zu nehmen. Welche Folgen eine solche Einmischung haben würde, darüber konnte man sich bei der Stimmung in Böhmen keinem Zweifel hingeben: die böhmische Krone, welche Rudolf vor zwei Jahren glücklich, wenn auch nicht unversehrt, gerettet hatte, war im Begriffe von seinem Haupte zu fallen. Die Verhältnisse selbst waren für Mathias so günstig, daß er von keiner Seite den leisesten Widerstand zu befürchten hatte, während er auf eine Unterstützung von jenen hoffen konnte, die ihm vor zwei Jahren entgegengearbeitet hatten. Noch bevor er sich einen feindlichen Schritt gegen seinen Bruder erlaubt hatte, begriffen selbst die bisherigen Anhänger des Kaisers, daß es um letzteren geschehen sei. Der Kurfürst von Sachsen war der erste, der für Rudolf die Stimme erhob und Mathias vor einem feindlichen Vorgehen gegen denselben warnte, weil die Kurfürsten sonst zu seiner Vertheidigung die Waffen ergreifen müßten. **) In ähnlicher Weise sprachen sich auch die geistlichen Kurfürsten aus, allein Mathias hatte vor dem Schwertrasseln auf dieser Seite keine Besorgniß; er wußte, daß diese Gegner es nicht weiter als bis zu Worten bringen würden. Während also die ungefährlichen Drohungen einiger

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 112. Bodenius an Max von Baiern ddo. 12. März. — Ebenso das citirte Schreiben Zuñiga's an Philipp III.

**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall I. 323. Kursachsen an Mathias ddo. 5/15. März 1611.

Prager Konventsfürsten für ihn kein Gegenstand der Besorgniß sein konnten, sah er sich um so eifriger von frühern Freunden und ehemaligen Gegnern unterstützt. Philipp III und sein Staatsrath beschlossen auf die Nachricht von dem Einfalle der Passauer in Oesterreich den König mit der für jene Zeit höchst bedeutenden Summe von 200.000 Dukaten zu unter-
3. März stützen. *) Nach spanischem Urtheil konnte „selbst der Teufel" keinen bes-
1611 seren Weg als den Passauer Einfall ausfindig machen, um dem Hause Oesterreich und der katholischen Religion einen unheilbaren Schaden zuzufügen. Wohl hatte Mathias das Geld noch nicht zu seiner Disposition, als er sich bereits auf dem Marsche gegen seinen Bruder befand, aber die Haltung Zuñiga's und auch des Nuncius in Prag war schon um diese Zeit mehr als 200.000 Dukaten werth, denn sie schnitt jeden Tadel der Katholiken ab und machte alle Proteste der geistlichen Kurfürsten vom Anbeginn wirkungslos. An die Unterstützung Spaniens schloß sich auch die nicht minder wichtige der Union.

Man erinnert sich aus der Darstellung der Ereignisse von 1608, daß Anhalt damals keineswegs auf Mathias' Seite stand und daß er alles mögliche that, um dessen vollständigen Sieg über den Kaiser zu vereiteln. Anhalts Gesinnung und Haltung bestimmte auch die im Entstehen begriffene Union. Jetzt war es anders geworden, Anhalt und mit ihm die Fürsten der Union hatten lange mit Unlust die Passauer Werbungen betrachtet und stets von ihnen ein Durchkreuzen ihrer Pläne auf Jülich befürchtet. Der Einfall der Passauer in Oesterreich und Böhmen hatte vorläufig die Gefahr von dem Westen Deutschlands abgewendet, allein die Union nicht völlig beruhigt. Anhalt fürchtete, daß die Ueberwältigung Böhmens die Macht Rudolfs und Leopolds erhöhen, ein inniges Bündniß mit Sachsen herbeiführen und daß dann der Angriff sich gegen Jülich kehren würde. Was er fürchtete, das besorgte auch der Mitbesitzer von Jülich, der Kurfürst von Brandenburg; beide suchten deshalb jeden etwaigen Erfolg Leopolds zu durchkreuzen. Uebersieht man auch nicht, daß Anhalts Freunde in Böhmen und Oesterreich: Thurn, Budowec, Rosenberg und Tschernembl im entschiedensten Gegensatze gegen den Passauer Einfall sich befanden, so ist nur zu begreiflich, daß derselbe diesmal sich nicht auf die Seite Rudolfs stellen konnte, sondern dessen Besiegung durch Mathias wünschen mußte oder wenigstens nicht hindern durfte. So geschah es also, daß, als letzterer auf dem Marsche nach Böhmen in Iglau eintraf, sich bei demselben der Oberst Schönberg sowohl im Namen Kurbrandenburgs als auch Anhalts

*) Simancas 709/189. Der Staatsrath an den König ddo. 9. März 1611. — Ebendaselbst 709/199. Der Staatsrath an den König ddo. 20. März 1611.

und der Union einfand. Der Gesandte hatte den König des aufrichtigsten Wohlwollens von Seite seiner Auftraggeber zu versichern, ja Anhalt, der nie auf halbem Wege stehen blieb, ließ dem Könige geradezu den Rath geben, er solle sich so schnell wie möglich Prags und Pilsens bemächtigen, die Urheber des Passauer Unternehmens zur Verantwortung ziehen und auf die Hilfe der Union mit Gewißheit bauen. Diese Entbietungen waren ernst und aufrichtig gemeint, denn Schönberg bekam noch überdies den Auftrag, alle Freunde, welche Anhalt unter dem Adel Böhmens, Oesterreichs und Ungarns gewonnen habe, zum engen Anschluß an Mathias aufzufordern.*) Der Gesandte kam seiner Mission vollkommen nach, er munterte den König zu einem entschiedenen Vorgehen auf und bearbeitete den Adel an dessen Seite zur Ausdauer in dem bevorstehenden Kampfe.**)

Da Mathias noch überdies von Seite Erzherzog Ferdinands einer freundlichen Neutralität gewiß war, so unternahm er seine zweite Expedition gegen seinen Bruder ohne alle Gefahr, mit der Aussicht auf völligen Sieg. Von Seite der Böhmen war er bald nach dem Einfall der Passauer in Prag um Hilfe ersucht worden,***) seine Antwort darauf war die Absendung Herbersteins und Buchheims, deren bevorstehende Ankunft den Abmarsch der Passauer nicht wenig beschleunigt hatte. Zugleich versprach er selbst in kürzester Zeit nach Böhmen kommen zu wollen. Die Stände, welche durch die Wahl einer provisorischen Regierung gezeigt hatten, daß ihr Entschluß, der Herrschaft des Kaisers ein Ende zu machen, zur Reife gediehen war, dankten nicht nur dem Könige für sein Versprechen, sondern beschlossen die Absendung einer abermaligen Gesandtschaft an ihn, welche ihn zur Beschleunigung der Reise nach Böhmen auffordern und zugleich um die Ausstellung eines Reverses, daß er die Freiheiten des Landes achten wolle, ersuchen sollte. Das Haupt der aus drei Personen bestehenden Gesandtschaft war Wenzel Kinsky, †) der sich wahrscheinlich hiezu erboten hatte und dem König nicht nur die besten Aufschlüsse über die allgemeine Lage der Dinge geben, sondern auch Muth zum Kriege gegen

---

*) Bernburger Archiv. Reg. VI. B. IV. Vol. VI, 12. Instruktion Anhalts für den Obersten Schönberg im Febr. 1611. — Ebendaselbst. Instruktion Kurbrandenburgs für den Obersten Schönberg ddo. $\frac{\text{21. Feb.}}{\text{4. März}}$ 1611.

**) Bernburger Archiv. Relation des Obersten Schönberg über seine Reise zu Mathias.

***) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Stände an Mathias ddo. 10. März 1611. In diesem Schreiben berichteten die Stände, daß ihre an Mathias abgeschickten Gesandten am 9. März wieder in Prag angelangt seien.

†) Böhm. Statthaltereiarchiv. Kredenzschreiben für die böhm. Gesandten ddo. 10. März 1611.

den Bruder — wenn es dessen ja bedurfte — einflößen konnte. Die Gesandten trafen mit dem Könige in Iglau zusammen.

Mathias brach am 8. März von Wien auf, nahm seinen Weg nach Znaim und traf hier mit den mährischen Ständen, die er dahin beschieden hatte, zusammen. Zu dem Zuge nach Böhmen hatten ihm die Oester-
11 März reicher und Ungarn Hilfe geleistet, er verlangte jetzt ein Gleiches von den
1611 Mährern und erlangte so viel, daß sie ihn nicht bloß mit Mannschaft sondern auch mit Geld unterstützten.*) Von Znaim begab er sich nach Iglau, wo er am 15. eintraf. In seinem Gefolge befanden sich Khlesl und Liechtenstein, Karl von Žerotin und sonst eine Anzahl ständischer Häupter, mehr Protestanten als Katholiken. In Iglau harrten seiner mehrfache Botschaften. Zuerst kamen an die Reihe die Abgesandten der böhmischen Stände, welche ihn wiederholt zu dem Zuge nach Prag aufforderten. Er stellte ihnen den von den Ständen gewünschten Revers aus, des Inhalts, daß die Art, wie er jetzt seinen Einzug in das Königreich halten wolle, ihren Rechten keinen Eintrag thun solle, wofür er von ihnen einen ähnlich lautenden Gegenrevers erhielt.**) Dann empfing er den Obersten Schönberg und erwiederte auf dessen freundliche Botschaft, daß die Aufrechthaltung des Religionsfriedens in Deutschland stets seine ernstliche Sorge sein werde. Khlesl, zu dem sich die Gesandten auch begaben, überfloß von freundlichen Reden; dem Obersten Schönberg gegenüber schwärmte er für eine gerechte und gleichmäßige Behandlung der beiden Glaubensparteien.***) Der Gesandte, den diese Sprache etwas stutzig machte, zog nähere Erkundigungen bei Žerotin und andern protestantischen Parteihäuptern über den Bischof ein. Alle gaben ihm diesmal das beste Zeugniß und sprachen zugleich die Hoffnung aus, daß ihr Sieg ein entscheidender sein werde: die Herrschaft des protestantischen Elements in Oesterreich sei eine sicher bevorstehende Thatsache.

Bevor Mathias von Iglau weiter zog, traf daselbst auch Zuñiga ein und zwar auf den Wunsch des Kaisers. Als Vertreter des letztern fungirten bei Mathias seit mehreren Wochen der Herzog von Braunschweig und der Graf von Zollern, beide hatten den Auftrag, den König von einer Intervention in Böhmen zurückzuhalten.†) Als das Vergebliche dieser

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias bittet die Mährer um Hilfe ddo. 11. März 1611. — Ebendaselbst. Antwort der mährischen Stände ddo. 12. März 1611.

**) Revers und Gegenrevers befinden sich im böhm. Statthaltereiarchiv.

***) Schönbergs Relation.

†) Böhm. Statthaltereiarchiv. Rudolf an den Herzog von Braunschweig ddo. 20. Feb. 1611.

Bemühung klar wurde, stellte Rudolf an den Nuncius und an Zuñiga das Ansuchen, sie möchten seinem Bruder entgegenreisen und ihn zur Aufrechthaltung des Friedens veranlassen. Der spanische Gesandte hätte nicht der entschiedene und charakterfeste Mann sein dürfen, der er war, wenn er sich zu dieser Reise ohne weiteres hergegeben hätte. Nach seiner Anschauung waren die Tage der Rudolfinischen Herrschaft gezählt, und ein Versuch sie zu verlängern konnte kein gedeihliches Resultat mehr haben. Treu dieser Anschauung lehnte er die Aufforderung des Kaisers ab und der Nuncius folgte seinem Beispiele. Als jedoch die Nachricht von Mathias' Abreise von Znaim und seiner bevorstehenden Ankunft in Iglau nach Prag kam, ersuchte der Kaiser, dem die Gefahr kein Zaudern gestattete, abermals den Gesandten, daß er zu Mathias reise. Zuñiga erklärte sich auf diesen wiederholten Wunsch zur Abreise bereit, doch unter der Bedingung, daß er nicht als Gesandte Rudolfs, sondern in seiner Eigenschaft als Vertreter Philipps III sie antrete. Der Kaiser ging auf diese Forderung ein und ersuchte nur, Zuñiga solle Mathias bewegen, daß er von dem Weitermarsche nach Böhmen ablasse und zu erforschen trachten, ob derselbe in guter oder schlimmer Absicht nach Prag kommen wolle. Als der Gesandte die Reise antrat, traf er auf dem Wege den Herzog von Braunschweig, der von Iglau kam, um dem Kaiser zu berichten, daß sein Bruder sich von dem Zuge nach Prag nicht zurückhalten lassen wolle. Zuñiga langte am 19. März in Iglau an und ward am folgenden Tage 1611
von Mathias empfangen. Anscheinend bemühte er sich denselben von der Fortsetzung seines Marsches abzuhalten und weitere Entschließungen des Kaisers abzuwarten, er legte jedoch auf die Erfüllung seines Wunsches kein solches Gewicht, wie er dies als Vertreter Philipps III wohl hätte thun können, wenn ihm die Interessen des Kaisers vertretenswerth geschienen hätten. Seiner Ansicht nach war Rudolfs Herrschaft nicht zu retten, das Interesse der Dynastie erheischte nur, daß seine Absetzung möglichst glimpflich vor sich gehe und in dieser Beziehung wollte er seinen Einfluß bei Mathias geltend machen. Obwohl er sich nicht so bestimmt in Iglau ausdrückte, so sprach sich doch seine vorangegangene wie gleichzeitige Haltung zu deutlich in diesem Sinne aus, als daß Mathias ihn mißverstanden und seinen Marsch verzögert hätte. Die Vorbereitungen zu demselben waren bereits getroffen und so ging die Reise noch am selben Tage vor sich. Am 20. März Abends traf Mathias in Deutschbrod ein; hiemit war die böhmische Grenze überschritten. Zuñiga, der seine Mission für beendigt hielt, reiste am folgenden Morgen ab, um dem Kaiser Bericht zu erstatten. Auf dem Wege begegnete er dem kaiserlichen Oberststallmeister Herrn von Waldstein, mit einem Schreiben Rudolfs, in dem dieser seinen Bruder

zur Reise nach Prag einlud. Plötzlich gewann nämlich der Kaiser die Ueberzeugung, daß von einer Fernhaltung seines Bruders nicht mehr die Rede sein konnte und so suchte er mit diesem sinnreich genug gewählten Auskunftsmittel den Anstand zu wahren und die Welt und vielleicht auch sich selbst noch durch einige Tage über seine Lage zu täuschen. Der Oberststallmeister bat Zuñiga im Auftrage Rudolfs um seine Begleitung und so kehrte der Gesandte wieder zu Mathias zurück, ihm das kaiserliche Einladungsschreiben überreichend. *)

Mathias zog jetzt ohne Unterbrechung nach Prag und traf daselbst
1611 am 24. März ein. Aller Pomp, der solche Einzüge zu begleiten pflegte, wurde von den Bürgern und Ständen entfaltet und man kann wohl sagen, diesmal mit freudiger Bereitwilligkeit, denn des Mathias Ankunft befreite sie schließlich von jeder Wiederauflage der Passauer Vorfälle. Als sich der König der Hauptstadt des Landes bis auf eine Meile genähert hatte, stieß er auf eine glänzende Reiterschaar, die ihm entgegengeritten kam, es waren dies die böhmischen Stände, die ihn bewillkommneten. Nachdem die offiziellen Anreden gewechselt worden waren, stieg der König zu Pferde, gekleidet in reiche ungarische Tracht von Scharlachfarbe und ritt nach der Stadt, gefolgt von dem größern Theil seiner Kavallerie und seines Fußvolks, seinen angesehensten Offizieren, Dampiere, Gilbert von Sainthilier, Buchheim, Dorn, von einigen hervorragenden Mitgliedern der ungarischen, österreichischen und mährischen Aristokratie und geleitet von den Böhmen, die dem Zuge theils voranritten theils nachfolgten. Es war spät Abends geworden, als die letzten Abtheilungen des langen und glänzenden Zuges die Thore der Stadt passirten. Der König nahm sein Absteigquartier auf der Altstadt. Zwei Tage darauf schickte er seinen Oberstkämmerer zum Kaiser, um diesen zu begrüßen, eine Audienz bei ihm anzusuchen und ein Geschenk zu überreichen. Von der Audienz kam es ab, wie nicht anders zu erwarten stand, dagegen bestimmte Rudolf den folgenden Tag zur Uebernahme des angebotenen Geschenkes. Er selbst blieb nicht hinter diesen Höflichkeitsbezeigungen zurück, sondern schickte gleichfalls am 26. März den Landgrafen von Leuchtenberg und Herrn von Mollard zur Begrüßung an seinen Bruder ab. Gleichzeitig mit diesen oder einige Tage später sandte er ihm auch Bewillkommnungsgeschenke zu, einige Tapeten, die er selbst aus seinem reichen Vorrath an solchen ausgewählt. Augenzeugen, die ihn bei der Wahl begleiteten, erzählten dem

*) Die Schilderung dieser Vorgänge entnehmen wir aus Zuñigas Schreiben an Philipp III ddo. 28. März 1611 (Simancas 2497/220).



spanischen Gesandten, daß er hiebei die schlechtesten und ältesten Stücke für seinen Bruder ausgesucht habe. *)

Da der Kaiser durch die Einladung des Königs zur Reise nach Prag jeden Widerstand, wenigstens dem äußern nach, aufgegeben hatte, so setzte er seine Gegner in einige Verlegenheit. Wiewohl seine Absetzung eine beschlossene Sache und die Passauer Vorgänge einen passenden Grund boten, so erheischte doch sein Kaisertitel und sein verwandtschaftliches Verhältniß zu Mathias, dem Prätendenten seiner letzten Krone, gebieterisch ein rücksichtsvolleres Auftreten. Manchen der Wortführer mag wohl der Plan vorgeschwebt haben, unmittelbar zu Rudolfs Absetzung zu schreiten, sobald der König in Prag eingerückt war, allein dieses rasche Vorgehen wurde verworfen. Mathias, der mit den böhmischen Ständen diese heikle Frage nach seinem Einzuge auf das eingehendste verhandelte, einigte sich mit diesen über folgenden Ausweg: Der Kaiser sollte um die Berufung eines Generallandtages der böhmischen Krone ersucht werden und durch diesen auf ihn ein legaler Druck ausgeübt werden, damit er auf den Rest seiner Herrschaft verzichte. Dieser Ausweg war jedenfalls der zweckmäßigste, er vermied die weitere Anwendung von Gewaltmitteln und sicherte diejenigen, welche die Absetzung des Kaisers betrieben, vor dem Vorwurfe, daß sie durch Hinterlist und Uebertumpelung ihr Ziel erreicht hätten. Denn wie die Dinge standen, war es nicht zweifelhaft, daß der Generallandtag in seinen sämmtlichen Mitgliedern sich gegen Rudolf erklären werde.

Die Ausschreibung des Generallandtages wurde dadurch eingeleitet, daß Mathias nach seiner Ankunft in Prag an die Stände die Anfrage stellte, 26 Mrz. 1611
welche Gründe sie zu seiner Berufung nach Böhmen veranlaßt hatten. Die Stände erwiederten, es seien dies hauptsächlich zwei Gründe gewesen, erstens um Schutz vor den Passauern zu finden und zweitens um dem „bösen und schädlichen Regiment", durch welches das Land in solche Gefahr gekommen, ein Ende zu machen. Bezüglich des ersten Grundes sei nichts weiter nöthig, als daß sich des Königs bewaffnetes Volk mit dem böhmischen vereine und die Verfolgung der Passauer übernehme, bezüglich des zweiten sei aber die Berufung eines Generallandtages dringend geboten. Sobald derselbe zusammengetreten sei, wollten die Stände die Ursachen angeben, weshalb es ihnen nicht möglich sei, unter einem so bösen Regiment zu bleiben und den König bitten, daß er mit ihnen sich bei dem Kaiser verwende, „damit letzterer in Ansehung seines hohen Alters und der Abwege, auf welche dies friedsame Königreich durch böse Räthe

* Archiv von Simancas.



und Regierer gerathen sei und auf welche es noch kommen könnte, sich lieber nach anderer Vorfahren Beispiel ein ruhiges Leben gönne" und die Regierung seinem Bruder abtrete. *) Hiemit war das ständische Programm auseinandergesetzt. Die Böhmen wollten vor dem Generallandtage ordnungsmäßig Klage gegen den Kaiser führen, und das Verdikt, welches derselbe fällte, sollte über die Parteien entscheiden. So wollte man in dieser revolutionären Zeit wenigstens den Schein eines gesetzlichen Vorganges wahren. Es handelte sich nun darum, den Kaiser zur Berufung des Generallandtages zu vermögen.

Rudolf befand sich seit dem Abzuge der Passauer dem Lande gegenüber in einer völlig isolirten Lage, ja er war im gegenwärtigen Augenblicke faktisch nichts anderes als ein Gefangener. Nachdem er in die Aufnahme einer Besatzung in das Schloß eingewilligt hatte, wurden die Ausgänge desselben streng bewacht, um einen etwaigen Fluchtversuch von seiner Seite zu verhindern und diese Strenge in der Bewachung nahm seit Mathias' Ankunft in Prag zu und nicht ab. Sogar in den Gängen des kaiserlichen Schlosses und auf den Wegen, auf denen Rudolf in seinen Garten dann und wann sich zu ergehen pflegte, wurden Schildwachen aufgestellt. Es geschah einmal, daß ein Soldat seine Muskete gegen den Kaiser richtete, als dieser zu einem Fenster herausblickte. Offenbar war dies nichts anderes als ein willkürliches Benehmen des Soldaten selbst, wenn nicht etwa des Kaisers aufgeregte Phantasie eine nichtssagende und zufällige Bewegung mit dem Gewehre in bedrohlicher Weise auslegte. **) Seine Gefangenschaft theilten anfangs die obersten Kronbeamten insofern, als sie auf dem Schlosse die Amtsgeschäfte, so weit es solche noch gab, im Namen des Kaisers und nach seinen Befehlen weiterführten. Die Stände, welche durch die Wahl einer provisorischen Regierung von 30 Direktoren sich gänzlich von der des Kaisers losgesagt hatten, hatten keine Ursache, sich um die nur dem Namen nach bestehende der obersten Kronbeamten zu kümmern. Es scheint jedoch, daß Mathias, um die Isolirung des Kaisers zu vervollständigen und die Verwaltung von Böhmen im legalen Geleise zu erhalten, die Verbindung der Kronbeamten mit den Ständen gewünscht habe. Dieser Vermuthung entspricht der Umstand,
25 Mrz. 1611 daß Kinsky nach seiner Rückkehr von Iglau im Namen der Stände de[n]

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Stände an Mathias ddo. 28. März 1611. Die citirte Stelle haben wir von einigen stilistischen Weitschweifigkeiten des Originals befreit.

**) Brüßler Archiv. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen ddo. Prag den 7/17. April 1611.

Kronbeamten aufforderte, sich mit ihnen zu vereinigen. Der Einladung wurde nur der beschränkende Zusatz beigefügt, daß, wofern gegen einen von ihnen eine Schuld am Passauer Einfall sich erweisen werde, gegen diesen nach dem Gesetze vorgegangen werden würde. *) — Die obersten Beamten waren einsichtsvoll genug, die Sache des Kaisers für eine verlorene anzusehen, nichtsdestoweniger folgten sie nicht dem an sie ergangenen Rufe, weil sie mit Grund fürchten mußten, daß ihre gegenwärtige Nachgiebigkeit sie nicht vor heftigen Anklagen über ihr Verhalten während der letzten Wochen schützen werde. Ihrer Rathlosigkeit half Zuñiga ab, der hiemit seiner klugen Politik die Krone aufsetzte. Er suchte diejenigen, die sich bei dem Passauer Einfall kompromittirt hatten, bei Mathias nicht zu rechtfertigen, er gab zu, daß „viele Katholiken aus unüberlegtem Religionseifer in beklagenswerthe Fehler" verfallen seien, er war überzeugt, daß der „Teufel selbst den Katholiken keinen schlimmeren Streich hätte spielen können, als dies die Anwerbung und die Erfolge der Passauer gethan hätten, denn durch dieselben seien die Katholiken in den schlimmsten Ruf gekommen und für die Protestanten ein wahrer Abscheu geworden." **) Indem Zuñiga also so streng als möglich die Schuld da verdammte, wo sie sich fand, suchte er andererseits wieder durch alle Mittel die Lage jener zu verbessern, für die er als Gesandte des katholischen Königs vorzugsweise einzutreten hatte. Er warnte Mathias dem Gefühle der Rache nachzugeben und gegen die Kronbeamten wegen ihrer vorangegangenen Haltung feindlich aufzutreten; er bat ihn in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse denselben nicht bloß zu verzeihen, sondern sie geradezu zu beschützen. Andererseits suchte er wieder die Kronbeamten auf und verlangte von ihnen, daß sie der Lage Rechnung tragen, den ihnen angebotenen Weg der Rettung betreten und sich mit den Ständen verbinden sollten. ***) Ein solcher Rath aus dem Munde des spanischen Gesandten

---

*) MS. der philosophischen Fakultät in Prag. B. 21. Dies Manuskript enthält ein getreues Diarium dieser Ereignisse.

**) Simancas 2497/220. Zuñiga an Philipp III ddo. 28. März 1611.

***) Zuñiga erzählt in dem eben citirten Schreiben: Todavia los officiales principales de la corona, que son catolicos, y algunos dellos indiciados de haver conspirado con el S. Archiduque Leopoldo para hazerle Rey, tienen la parte de S. Magestad Cesarea, aunque sin esperanza ninguna de podelle remediar. Yo voy procurando, que se junten con los demas a tratar de los negocios y que los, que tienen culpa, sean recividos piadosamente y he ponderado al Rey, quanto conviene el sarvarlos, si bien a sido cosa lastimosa los hierros, en que han caydo muchos catolicos con zelo yndiscreto de religion, pues el demo-

konnte seine Wirkung bei den Kronbeamten um so weniger verfehlen, als sie zu einem längeren Festhalten an dem Kaiser nicht durch eigene Entschlossenheit und Ueberzeugung sondern durch Furcht und Verlegenheit veranlaßt wurden.

Die Wirkung von Zuñiga's Rathschlägen zeigte sich bald genug.
1611 Nachdem am 28. März die Stände dem König Mathias angezeigt hatten, daß sie die Berufung eines Generallandtages für nöthig erachteten, fand sich am folgenden Tage ein Ausschuß aus ihrer Mitte in der Burg ein, um von dem Kaiser diese Berufung zu verlangen. Statt bei letzterem gegen die Befriedigung dieses Begehrens, das nur mit der Absetzung des Kaisers enden konnte, aufzutreten, verbanden sich die Kronbeamten der Mehrzahl oder der Gesammtheit nach mit dem ständischen Ausschusse und der Oberstburggraf führte das Wort in der Audienz, welche ihnen Rudolf ertheilte. Anfangs wollte dieser von einer Nachgiebigkeit nichts wissen, aber da er sich über seine Verlassenheit keiner Täuschung hingeben konnte, als er die Kronbeamten an der Spitze der Supplikanten sah und da er von mehreren der Anwesenden zu hören bekam, daß man auch ohne seine Erlaubniß den Generallandtag berufen werde, gab er schließlich nach.*) Ein Patent unterzeichnet vom Kaiser und vom Kanzler berief die Stände von Böhmen und den einverleibten Ländern zu einem Generalland-
1611 tage nach Prag. Der Zusammentritt wurde auf den 11. April bestimmt.

In der Zwischenzeit, die der Eröffnung der Session voranging, wurde in Prag eine Untersuchung über die Ursachen des Passauer Einfalls angestellt. Zunächst wurde die Befragung Tennagels weiter fortgesetzt und da seine Mittheilungen von so großer Bedeutung waren, indem sie die Pläne Leopolds und seiner Anhänger offen bloßlegten, so fand man es später angezeigt, ihn peinlich zu befragen. Es geschah dies zweimal, jedesmal, wie ein Berichterstatter meldet, ungefähr ein „Vaterunser lang." Da durch Tennagels freiwillige Aussagen Slawata und Martinitz beschuldigt wurden, daß sie den Erzherzog Leopold von allen Verhandlungen, die unter den böhmischen Kronbeamten gepflogen worden, in Kenntniß gesetzt hätten, so wurden sie ebenfalls in Anklagestand versetzt. Bei der Folter widerrief jedoch Temagel die frühere Angabe und erklärte, er habe bloß die Vermuthung aber keine Gewißheit, daß Slawata und Martinitz dem Erzherzoge die betreffenden Mittheilungen gemacht hätten, eine

nio no pudiera inventar cosa mas perniciosa para ella, que la leva y progresos de esta gente de Pasau, que ha puesto a los catolicos en terrible aborrecimiento y opinion de sediciosos.

*) Simancas 2497/219. Zuñiga an Philipp III ddo. 29. März 1611.

Vermuthung, die auf nichts anderem beruhe, als daß die genannten Herrn sehr häufig bei Leopold zu Besuch gewesen wären. In Folge dieser auf bloßer Vermuthung beruhenden Beschuldigung wurde die Untersuchung gegen Slawata und Martinitz niedergeschlagen und ihnen ein freisprechendes Erkenntniß zugestellt. — Mathias, dem gleich ursprünglich die Gefangennahme Tennagels und dessen freiwillige Geständnisse mitgetheilt worden, hatte den böhmischen Ständen in seiner Antwort eine schärfere Befragung desselben empfohlen. *) Die Anwendung der Folter geschah also keineswegs ohne des Königs Beistimmung.

Da die Untersuchung im Gange war, begnügten sich weder Mathias noch die Stände mit der Gefangennehmung einer in Leopolds unmittelbarem Vertrauen stehenden Person, sondern griffen nach jenen Mitgliedern des geheimen Rathes, von denen sie wußten, daß sie den Passauer Plänen geneigt waren. Es waren dies vor allem Hannewaldt und Hegenmüller, von denen der erstere insbesondere dem Könige verhaßt war, weil er ein Jahr zuvor auf einer gesandtschaftlichen Reise die deutschen Fürsten von Mathias ab- und dem Kaiser zuwenden wollte. **) Thurn selbst übernahm die Verhaftung Hegenmüllers. Er fuhr auf das Schloß hinauf, ließ denselben unter dem Vorwande einer Besprechung herausrufen und als dieser ohne Mantel und Hut erschien, nöthigte er ihn in die bereitstehende Kutsche einzusteigen, ohne ihn seinen Anzug vervollständigen zu lassen. Zu gleicher Zeit wurde auch der gewesene Reichspfennigmeister Welser, eine sonst ganz unbekannte Persönlichkeit, verhaftet und mit Hegenmüller auf das Altstädter Rathhaus transportirt, wo beide gefangen gesetzt wurden. Nachmittags wurde Hannewaldt abgeholt und in einem Hause auf der Altstadt gefänglich bewacht. Die Untersuchung erstreckte sich auch auf die Frauen. Gleich nach dem Abzuge der Passauer waren die Gräfinen Sulz und Althan festgenommen worden; in Folge mangelhafter Bewachung gelang es jedoch der letzteren in Bauernkleidern zu entrinnen. Jetzt ward die Frau Hegenmüller in Verhaft genommen, doch gestattet, daß ihre Wohnung ihr zum Gefängnisse dienen dürfe. Mathias gab sich den Anschein, als ob diese Verhaftungen ohne seine Zustimmung geschehen seien, allein Zuñiga vermuthete nicht mit Unrecht, daß er dieselben insgeheim angeordnet und die böhmischen Stände, in deren Namen die Verhaftungen geschahen, nur vorgeschoben habe. ***)

Hannewaldts und Hegenmüllers Aussagen bestätigten im allgemeinen,

---

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an die böhmischen Stände.

**) Die Relationen Hannewaldts über diese Reise im böhm. Statthaltereiarchiv.

***) Simancas 2497/260. Zuñiga an Philipp III ddo. 2. April 1611.

was Tennagel bereits freiwillig über die mit dem Passauer Einfall in Verbindung stehenden Pläne ausgesagt hatte. Beide bekannten, daß sie die Erhöhung des Erzherzogs gewünscht und dabei mitgeholfen aber in gutem Glauben gehandelt hätten. Die Folter wurde bei ihnen nicht angewendet, insoweit achtete man in ihnen die Mitglieder des kaiserlichen Geheimrathes.

Nachdem man einmal so weit in der Mißachtung der Persönlichkeit des Kaisers gegangen war, daß man ihm eine Besatzung in sein Schloß als seine Gefängnißwache gegeben, darauf zwei seiner Geheimräthe gefangen genommen hatte, bekam die Untersuchung eine Richtung, welche Mathias zur Ehre seines Hauses nicht hätte einschlagen sollen. Sie wurzelte indeß zu sehr in dem Aberglauben jener Zeit, als daß sie füglich zu umgehen war. Es ist bekannt, daß in Frankreich und England im Laufe des 17. Jahrhunderts mehrfach Personen zum Tode verurtheilt wurden, weil ihnen zur Last gelegt wurde, sie hätten mittelst Zauber dem Leben ihrer Souveraine nachgestellt. Die Verurtheilten wurden gewöhnlich beschuldigt, eine Statue desjenigen Fürsten, deren Leben sie abkürzen wollten, angefertigt und an derselben Zauberkünste zum Nachtheil des Originals geübt zu haben. Eines ähnlichen Treibens wurden jetzt auch zwei im kaiserlichen Dienste befindliche Personen beschuldigt. Ein kaiserlicher Kaplan ward angeklagt, daß er einen Hund gehalten und Mathias genannt habe zu dem Ende, damit der Tod, der dem Hunde bestimmt war, auch den König treffe. Ein gewisser Hauser, Arzt oder Chemiker, der dem Kaiser bei seinen nekromantischen Studien behilflich war, wurde angeschuldigt, mittelst eines Schnupftuches, das er sich aus der Wäsche des Königs verschafft habe, zum Nachtheile des letztern Zauberei getrieben zu haben. Die Untersuchung wurde mit Strenge durch mehre Monate geführt und bei Hauser auch die Folter angewendet, endete aber resultatlos, sei es, daß es den Angeklagten gelang, ihre Unschuld nachzuweisen, sei es, daß Mathias schließlich den Glauben an dergleichen Thorheiten verlor. Beide Angeklagten wurden freigelassen, Hauser jedoch strafweise aus Böhmen nach seiner deutschen Heimat verbannt. *)

*) Sächsisches Staatsarchiv. Passauer Einfall II. 567. Dr. Gerstenberger und Bei von Lüttichau an Kursachsen ddo. Prag den 3/13. Mai 1611. — Ebendaselbst. Nürnberger Kurfürstentag 7387/2, 257. Zeidler an einen kurfürstlichen Rath ddo. 1/11. September 1611. — Ebendaselbst. Bittschrift des gefangenen Hauser an König Mathias. — Münchner Reichsarchiv XV/1, 116. Bodenius an Max von Baiern ddo. 9. April 1611. — Wiener Staatsarchiv. Diarium der Prager Ereignisse 19. April 1611.

Unter diesen Verhältnissen und bei dem unvermeidlichen Sturze des Kaisers kann es billig Wunder nehmen, wenn derselbe nicht von aller Welt verlassen wurde. Aber gerade jene Männer, welche nicht an der Thorheit des Passauer Zuges Antheil gehabt, vertraten jetzt seine Interessen, soweit dies möglich war, mit Ausdauer. Der Graf von Leuchtenberg, Mollard, Barvitius, sämmtlich Personen, die während der ephemeren Allmacht des Erzherzogs Leopold übel angesehen waren, verharrten beim Kaiser und suchten von ihm wenigstens persönliche Demüthigungen fernzuhalten. Zu ihnen gesellte sich der Herzog von Braunschweig, der seit seiner Rückkehr nach Prag von seiner erfolglosen Wiener Gesandtschaftsreise Rudolfs Muth aufrecht zu erhalten und selbst jetzt noch den Rest der kaiserlichen Herrschaft zu retten sich bestrebte. Sein Auftreten wurde von Mathias mit Unlust vermerkt, denn wiewohl letzterer nicht fürchtete, daß der Sturz des Kaisers mißlingen könnte, so besorgte er doch allerlei Verzögerungen. Da sich der Herzog die Mißbilligung des Königs nicht sehr zu Herzen nahm, so übernahmen es die böhmischen Stände, wahrscheinlich von letzterem aufgefordert, ihn vor einem allzuheftigen Eifer für den Kaiser zu warnen. Sie ordneten deshalb aus ihrer Mitte eine Deputation ab, an deren Spitze Wenzel Kinsky stand; er sollte den Herzog fragen, wie er sich „unterstehen dürfe," den Kaiser zu „turbiren" und ihm mit „falschen Vorspiegelungen vergebliche Hoffnungen" zu machen. Da es den Ständen bekannt war, daß der Herzog über ihre Loyalität nicht allezeit die besten Reden führe, setzte ihn Kinsky auch darüber zur Rede und bemerkte, daß die Stände nicht gemeint seien, ihm in seinem Lande „eine Ordnung zu setzen" und deshalb verlangten, auch von ihm in Ruhe gelassen zu werden. Er bedrohte ihn mit zwangsweiser Abführung aus Böhmen, wenn er nicht aufhören würde, den Kaiser noch ferner „zu turbiren." Zuletzt verlangte er von dem Herzog die Rückzahlung der Geldsumme, welche die Stände für die vergeblich von ihm versuchte Abdankung der Passauer hergegeben hatten.*) Der Herzog entgegnete auf diese Anschuldigungen und Bedrohungen, wie es sich für seine Stellung ziemte, namentlich lehnte er einfach jede Zahlung ab, da es notorisch sei, daß er das Geld nicht für sich verwendet habe. — Die Zeitgenossen waren nicht verlegen, allerlei egoistische Gründe ausfindig zu machen, die ihn vermocht hätten, sich derart des Kaisers anzunehmen, keiner derselben erweist sich jedoch als richtig und man darf in der That nur in der Gutmüthigkeit und

---

*) Brüssler Archiv. Secret. d' Etat Allem. Carton 117. Protokoll vom 11. April 1611. — Ebendaselbst. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen ddo. 7/17. April.



Redlichkeit des Herzogs die alleinige Ursache suchen, weshalb er sich in Dinge mischte, die ihn eigentlich nichts angingen.

Wenige Personen waren es also, auf deren Rath der Kaiser in dem Augenblicke zählen konnte, als der Generallandtag seiner Eröffnung entgegen ging und er mit demselben um die letzte der ihm gebliebenen Kronen — der deutschen nicht zu gedenken — zu kämpfen hatte. Noch erhoben sich zwar unter den Katholiken Böhmens einige Stimmen für ihn, aber nicht aus Sympathie für seine Regierungsweise, sondern aus Angst vor der Protestantenherrschaft, mit der sie durch seinen Sturz bedroht waren. Zuñiga bemühte sich unverdrossen, sie vor der Unklugheit zu warnen, sich für den Kaiser irgendwie zu kompromittiren, da ihnen dies nichts helfen könne. Seine Rathschläge hatten wenigstens die Wirkung, eine vollständige Passivität bei ihnen zu erzielen, die es später Mathias möglich machte, ihnen die Hand zu reichen.*) Der Kaiser selbst, dem der auf die Katholiken geübte Druck nicht verborgen bleiben konnte, gab sich keinen Erwartungen nach dieser Seite mehr hin. Seine letzte Hoffnung beruhte nur auf diplomatischer Vermittlung, um die er die Kurfürsten von Sachsen und von Mainz ersucht hatte. Beide kamen seinem Wunsche insofern nach, als sie Gesandte nach Prag abordneten, welche den König Mathias und die Böhmen ersuchen sollten, den Kaiser im Besitze seiner Herrschaft zu lassen.**) Christian II von Sachsen wandte sich überdies an die Stände Böhmens, Schlesiens und der Lausitz, ja sogar an einzelne hervorragende Mitglieder unter ihnen, mit denen er näher bekannt war, und ersuchte sie um Schonung ihres kaiserlichen Herrn. Dies war außer jenem Drohbrief an Mathias, daß die Deutschen ihr Oberhaupt mit den Waffen vertheidigen würden, alles, was er that. Hätten gute Worte dem Kaiser zu helfen vermocht, so wäre demselben geholfen worden, allein nach den Ereignissen der letzten Monate waren dies zu schlechte Hilfstruppen.

II

Der 11. April, an dem der Generallandtag eröffnet werden sollte, war unmittelbar vor der Thür und noch hatte der Kaiser sich über die Proposition, mit welcher er demselben entgegentreten wollte, nicht ausge-

*) Simancas 2497/261. Zuñiga an Philipp III. ddo. 7. April 1611.

**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall 2, 225. Rudolf an Kursachsen ddo. 8. April 1611. — Ebendaselbst. Kursachsen an den Kaiser ddo. 9/19. April 1611. — Ebendaselbst. Kursachsen an Mathias ddo. 11/21. April 1611. — Ebendaselbst. Instruktion für die sächsischen Gesandten Dr. Gerstenberger und Lütichau nach Prag 15/25. April 1611.



sprochen. Faßte er rechtzeitig keinen Entschluß, so war zu erwarten, daß die Stände selbst den Verhandlungen eine beliebige Richtung geben und wahrscheinlich unmittelbar den Vorschlag zu seiner Absetzung machen würden. Wenn er dagegen mit einer Proposition auftrat, so mußten die Stände zuerst diese in Berathung ziehen und damit war wenigstens Zeit gewonnen. Leuchtenberg, Mollard und Barvitius rieten ihm, er solle dem Landtage die Krönung seines Bruders vorschlagen. In Folge der Liebner Verträge war Mathias bloß designirter König Böhmens, jetzt sollte zur Designation auch die Krönung kommen, mit derselben aber **nicht** die Regierung von Böhmen verbunden sein, sondern diese auch fernerhin dem Kaiser verbleiben. Auf diese Weise würde Rudolf seinen Bruder und die böhmischen Stände für den Passauer Einfall mit einer Ceremonie entschädigt haben; ob die letzteren sich damit befriedigt erklären würden, war eine andere Frage, der Versuch konnte wenigstens gemacht werden. Nichtsdestoweniger wollte Rudolf noch am Tage vor der Eröffnung des Landtags nicht einmal von der Bewilligung der Krönung etwas wissen, allem Zureden seiner Räthe setzte er einen hartnäckigen Widerstand entgegen. Leuchtenberg, Mollard und Barvitus ließen sich dadurch nicht abschrecken, das Ersuchen um eine Audienz für eine vergebliche Mühe ansehend, drangen sie in des Kaisers Speisezimmer und hier schob ihm Barvitius die vorgeschlagene Proposition in die Hand, damit er sie unterzeichne. Um Ruhe zu haben, gab Rudolf nach. *)

Statt am 11., wie ursprünglich bestimmt worden, wurde der Generallandtag am 12. April eröffnet, und zwar zunächst nur in Gegenwart 1611
der böhmischen Vertreter. Die königliche Proposition schlug den Ständen des Mathias Krönung vor, nachdem der Tag, an dem diese Handlung vorgenommen werden sollte, früher mit dem Kaiser vereinbart worden. Uebrigens entschuldigte sich der letztere, daß er wegen Eile der Zeit in die Proposition nicht auch andere Punkte aufgenommen habe, er behalte sich aber vor, dieselben noch bei diesem Landtage in Vorschlag zu bringen. **)

Die Stände merkten alsbald, wo hinaus es mit der Krönung gemeint sei. Ihrer Ansicht nach war Rudolf bereits abgesetzt und folglich sollte zwischen ihm und ihnen nur über die Bedingungen verhandelt werden, unter denen er auf friedliche Weise ohne längeres Zögern auf seine Herr-

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 129. Bodenius an Max von Baiern, ddo. 11. April 1611. — Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall 2, 457. Die sächs. Gesandten an Kursachsen ddo. 29. April/9. Mai 1611. Der Kaiser erzählte vor den sächsischen Gesandten selbst den auf ihn ausgeübten Zwang.

**) Kaiserliche Proposition im Diarium über die Prager Ereignisse.



schaft verzichten würde. Sie erwiederten deshalb am folgenden Tage, daß sie mit der geschehenen Proposition unzufrieden seien: weder sie noch Mathias hätten den Kaiser um die Bewilligung der Krönung ersucht und man verlange von ihm, er möge die übrigen Punkte, auf die er in der Proposition hinweise, bald möglichst zur Kenntniß der Stände bringen. *) Diese Erklärung wurde von den kaiserlichen Räthen ihrem wahren Sinne nach aufgefaßt, daß nämlich für ihren Herrn keine Rettung mehr möglich sei und daß nur noch über die Bedingungen der Abdankung unterhandelt werden könne. Welche Auftritte es jetzt wieder in der Burg gegeben haben mag, als dem Kaiser die Endabsicht der Stände mitgetheilt, ihm seine hilflose Lage vor Augen gestellt und das schwere Opfer völliger Abdankung zugemuthet wurde, läßt sich leicht denken. Zwei Tage lang ließ Rudolf die Stände ohne Antwort, endlich am dritten Tage erschien der Oberstburggraf in ihrer Mitte
16Apr. und theilte ihnen mit, daß der Kaiser unter gewissen Bedingungen erbötig sei, die Regierung von Böhmen niederzulegen. Die wesentlichsten derselben waren: 1. dem Kaiser verbleibt der Titel eines Königs von Böhmen; 2. es ist ihm eine jährliche Pension sammt einem Deputat an Wein und Getreide zu verabfolgen; 3. die Prager Burg bleibt des Kaisers Residenz; 4. die Bezahlung der kaiserlichen Schulden übernehmen die böhmischen Stände; 5. die Güter, welche der Kaiser in Böhmen während seiner Regierung gekauft, sollen in seinem Besitze verbleiben; 6. die Rückstände an Steuern der vergangenen Jahre soll der Kaiser einzumahnen das Recht haben; 7. die gefangenen Diener des Kaisers sollen freigegeben werden und überhaupt eine Amnestie jede Untersuchung über die vorangegangenen Ereignisse niederschlagen; 8. es soll nichts geschrieben oder gedruckt werden, was als Schimpf gegen den Kaiser ausgelegt werden könnte.

Es war leicht vorauszusehen, daß die Mehrzahl dieser Forderungen nicht nach dem Geschmacke der Stände sein würden. In der That erhoben sie in ihrer Antwort, die sie schon zwei Tage später ertheilten, mannigfache Schwierigkeiten, welche zunächst die finanzielle Seite betrafen. Die in Böhmen hypothecirten Schulden des Kaisers betrugen 2,100.000 Gulden, und hafteten vermöge der damaligen noch primitiven Finanzgebahrung meistens auf den königlichen Gütern, Städten und Privatpersonen und
19Apr. nicht auf dem Lande. Sie verlangten, daß unter den Schulden des Kaisers ein Unterschied gemacht werde; was die Billigkeit erheische, wollten sie gern auf sich nehmen, was aber dem Kaiser persönlich zur Last falle, solle aus dem Verkaufe der ihm gehörigen Güter bezahlt werden und nur

*) MS. B. 21 der Prager philos. Fakultät. Bericht über die Ereignisse am 12. und 13. April 1611.

der etwaige Rest des Verkaufsschillings ihm verbleiben. Auch die Verabreichung eines Deputats mißfiel den Ständen, sie wollten dem Kaiser im Verein mit den übrigen Kronländern nur eine bestimmte Geldsumme jährlich zugestehen. Daß die Prager Burg noch fernerhin Rudolfs Residenz sein solle, davon wollten die Stände nichts wissen, sie wollten demselben nur außerhalb der Hauptstadt ein oder das andere der königlichen Schlösser zum Aufenthalt einräumen. Ebenso wenig wollten die Stände eine allgemeine Amnestie wegen der letzten Ereignisse zugeben. Gegen andere Punkte und namentlich dagegen, daß dem Kaiser der Titel eines Königs von Böhmen verbleibe, erhoben sie keinen Einwand, nur bezüglich der letzten Forderung fügten sie die Erklärung bei, daß, falls Mathias vor Rudolf versterben sollte, letzterer sich alsdann die Regierung nicht wieder „anmaßen" dürfe. *)

Diese den Wünschen des Kaisers nicht zusagende Antwort machte, daß sich die Verhandlungen in die Länge zogen. Die Böhmen beeilten sich nicht besonders, einen Vergleich herbeizuführen, da Rudolf in das, was ihnen vor allem am Herzen lag, nämlich in die Abtretung der böhmischen Krone eingewilligt hatte. Allerdings hatte er das nur unter der Bedingung gethan, daß seine Forderungen erfüllt würden, allein die Böhmen nahmen seine Resignation als eine unwiderrufliche an, bestimmten, daß Mathias binnen 14 Tagen zum Könige gekrönt werden solle und sahen es von ihrem Standpunkte für eine gleichgiltige Sache an, ob der Ausgleich mit dem Kaiser vor oder nach der Krönung erfolge.

Als sich die Verhandlungen mit dem Kaiser in diesem Stadium befanden, trafen die Deputationen der Land- und Fürstentage von Mähren, Schlesien und den beiden Lausitzen in Prag ein.**) Alle waren

*) Diarium der Prager Ereignisse. MS. 491 E. F. G. des Wiener Staatsarchivs. Nach diesem Diarium haben die Stände des Kaisers Forderungen schon am 19. April beantwortet. Damit steht im Widerspruch, daß von Seite des Kaisers später mehrmals geklagt wurde, die Böhmen hätten ihn fast vier Wochen ohne Antwort gelassen. Wir wissen diese widersprechenden Angaben, von denen die erste uns ebenso gewiß scheint wie die zweite, nur so zusammenzureimen, daß der Kaiser die ungenügende Antwort der Stände, welche vieles noch weiterer Verhandlung überließ, als eine unvollständige und folglich keine Antwort ansah.

**) Die Stände von Glaz, Eger und Elbogen erschienen nicht beim Generallandtag. Zum Verständnisse der folgenden Verhandlungen bemerken wir, daß die Deputirten von Mähren und Schlesien nicht im böhmischen Landtage ihren Sitz nahmen und sich daselbst nicht an den Debatten betheiligten, sondern daß sie stets nur mit einem Ausschusse des böhmischen Landtags konferirten. Die mährischen Deputirten bei dem Prager Generallandtage waren: der Bischof von Olmütz Kardinal Dietrichstein, Karl von Žerotin, Ladislaw von Lobkowitz, Georg von Hodic, Jetrich von

gegen die Regierung des Kaisers eingenommen und bereit ihr ein Ende zu machen, allein auch gegen die Böhmen waren sie nicht von der freundlichsten Gesinnung erfüllt. Seit einem Jahrhundert bestanden zwischen den Ländern der böhmischen Krone mancherlei Differenzen, die namentlich in der letzten Zeit zu vielfachen Klagen und gegenseitiger Erbitterung geführt hatten, und es ließ sich mit Sicherheit erwarten, daß alle diese Differenzen und unentschiedenen Streitfragen diesmal zur Sprache kommen würden, weil die Gelegenheit für die sich verkürzt wähnenden Theile zu günstig schien. War dies aber der Fall, kam es zu Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Generallandtages selbst, dann durfte Rudolf sich der Hoffnung hingeben, wenn nicht mehr so doch wenigstens einen Aufschub seiner Entthronung und eine Verzögerung der Krönung seines Bruders durchzusetzen. Gewiß ist, daß er trotz der angebotenen Resignation wieder im Besitze der Regierung bleiben wollte und dies, wie bald erzählt werden wird, auf allerlei Weise anstrebte.

Kaum war den Schlesiern und Lausitzern mitgetheilt worden, was die Böhmen bisher verhandelt hatten, so mißbilligten sie deren einseitige Beschlußfassungen, namentlich waren es die Schlesier, welche laut und entschieden erklärten, die Eröffnung des Generallandtages hätte nicht vor sich gehen sollen, so lange nicht alle Berechtigten in Prag anwesend waren. Nach diesem Vorwurfe, welchen die Böhmen mehr oder weniger selbst be-

---

Kunowic, Johann Čejka von Olbramowic, Wilhelm Dubský, Heinrich Zahradecký, Wenzel Wanecký, Sigmund Wolf, Jankowský von Wlašim. Die schlesischen Deputirten waren: Johann Christian Herzog von Liegnitz, Joachim Malzan Freiherr von Wartenberg, Weikhart von Promniz, Herman von Zedwiz, Hans von Loß, Dr. Christoph Henscher, Dr. Andreas Geißler, Georg Rößner, Georg Wirt. Die Deputirten der Oberlausitz waren: Kaspar Mezeradt, Hans Fabian von Punnika, Hans von Warnßdorf, Hiob von Salza, Abraham von Mezeradt, M. Peter Heinrich, Dr. Ambros Hadamar, Michael Bütner, Sigismund Kindler. Die Deputirten der Niederlausitz waren: Isak von Kracht, Heinrich Otte von Gersdorf, Reinhard von Gickbusch, Josias Leander, Johann Müller, Dr. Andreas Mayen, Johann Hutter, Johann Kuhn. — Von Seite des böhmischen Landtags waren zu den Verhandlungen folgende Personen deputirt worden: Adam von Sternberg, Adam d. j. von Waldstein, Georg von Talmberg, Theobald Šwihowský von Risenberg, Karl von Wartenberg, Georg Friedrich Graf von Hohenzollern, Heinrich Mathias Graf von Thurn, Leonhart Colonna von Fels, Graf Joachim Andreas Schlick, Johann von Klenowý, Burghard Točnik von Křimic, Johann Lukawský von Lukawic, Christoph d. ä. Wratislaw von Mitrowic, Kaspar Kaplíř von Sulewic, Tiburtius Žďarský von Žďar, Georg von Gersdorf, Dionys Černín von Chudenic, Simeon Humburg von Humburg, Georg Žwik von Lukaneč und Valentin Kohout. Es muß jedoch bemerkt werden, daß nicht alle böhmischen Deputirten stets an allen Verhandlungen Theil nahmen.



gründet fanden, kritisirten die Schlesier Form und Inhalt der mittlerweile gefaßten Entschlüsse. Die Böhmen hatten, wie das bis dahin stets rechtlicher Brauch war, von sich als dem „Haupte“ der Krone d. i. der Kronländer gesprochen. Von einer solchen Bezeichnung wollten die Schlesier nichts wissen, wofern unter dem Worte „Haupt“ ein anderer Vorzug verstanden würde, als etwa der, daß Böhmen unter den zu einer Krone vereinten Ländern den ersten Rang einnehme. Dann tadelten die Gegner, daß die Böhmen den Tag der Krönung einseitig anberaumt hätten, da sie doch wissen müßten, daß die Königswahl kein ihnen allein zustehendes Recht sei, sondern daß hiezu die Vertreter der gesammten böhmischen Krone berechtigt seien. Die Schlesier führten zum Beweise ihrer Behauptung zahlreiche Beispiele aus der Geschichte an. So behaupteten sie, ihre Verbindung mit Böhmen sei eine freiwillige, folglich befänden sie sich zu diesem Lande in einem koordinirten Verhältnisse, ihr Haupt sei der gemeinschaftliche König und nicht das Land oder die Stände Böhmens. Weil sie zur Zeit des Königs Georg von Poděbrad von der Königswahl ausgeschlossen worden, hätten sie Mathias Corvinus zu ihrem Könige gewählt, um so einer Mißachtung ihrer Rechte zu begegnen. Sie schlossen ihre Erklärung mit der Forderung, Rudolf solle sie ihres Eides entbinden und Mathias noch vor der Krönung ihnen einen Revers ausstellen, der sie bei dem Fortgenuß aller ihrer Privilegien sichere: dann seien sie erbötig den letzteren zu ihrem Könige zu wählen, dem Votum der Böhmen beizutreten und sich mit ihnen über den Tag der Krönung zu vergleichen. So suchten die Schlesier faktisch an der Königswahl theilzunehmen und die Behauptung von der koordinirten Stellung aufrecht zu erhalten. Allen diesen Argumentationen schlossen sich die Lausitzer mit gewissen ihren Verhältnissen entsprechenden Aenderungen an.*) Die Mährer hielten sich von den Protesten neben anderen auch aus dem Grunde fern, weil sie schon vor drei Jahren Rudolf abgesetzt und Mathias zu ihrem Herrn angenommen hatten. Sie konnten also gegen die von den Böhmen beabsichtigte Erhebung des letztern nichts einwenden, sondern mußten eine andere Gelegenheit abwarten, wenn sie gleichfalls gewisse Forderungen zu stellen hatten.

Was die Schlesier und Lausitzer von einem koordinirten Verhältnisse zu Böhmen und von ihrem Rechte zur Königswahl behaupteten, besteht nicht die historische Kritik. In welcher Weise auch immer dieser oder jener Theil von Schlesien oder der Lausitz an Böhmen gekommen sein

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Antwort der Niederlausitzer ddo. 30. April 1611. — Ebendaselbst. Antwort der Schlesier ddo. 3. Mai 1611. — Ebendaselbst. Verhandlungen der böhm. Stände mit den Abgesandten der Nebenländer ddo. 28. April bis 23. Mai 1611.



mag, so viel steht sicher, daß die Böhmen zu allen Zeiten diese Erwerbungen als ihnen gehörig betrachtet und daß sie vor allem stets an dem Rechte festgehalten haben, allein den gemeinschaftlichen Herrn für sämmtliche Kronländer zu wählen. Namentlich bietet hiefür die Geschichte seit den Husitentagen vielfache Beweise. Die Böhmen waren es, welche Georg von Poděbrad, Wladislaw, Ludwig, Ferdinand I, Maximilian II und Rudolf II auf den Thron erhoben hatten, ohne eines der benachbarten Länder zu fragen; die Böhmen waren es, welche zeitweise Bestimmungen trafen, die den König als Beherrscher der g a n z e n Monarchie banden, die gewisse Aemter in den korporirten Ländern sich ausschließlich vorbehielten, während sie nicht duldeten, daß ein Schlesier oder Mährer – eine oder zwei Ausnahmen abgerechnet – eines der böhmischen Landesämter bekleide. Sie nahmen mit einem Wort eine privilegirte Stellung in dem Verbande der böhmischen Kronländer ein, und betrachteten sich als das mit höheren Rechten ausgestattete und zur Vorherrschaft berufene Haupt. Ein solches Verhältniß entsprach genau analogen Zuständen in beinahe allen Ländern Europa's und darf uns in dem Zeitalter der Privilegien und Immunitäten nicht Wunder nehmen. Denn so gut gewisse Volksklassen wie der Adel und die königlichen Städte auf Grund alten Herkommens oder königlicher Privilegien sich einer tiefgreifenden Bevorzugung vor der Masse des Volkes erfreuten, so gut nahmen ganze Länder und Völker gewisse Vorrechte vor jenen in Anspruch, die sie für ihre Unterthanen ansahen. Haben sich doch selbst in einer Republik wie die Schweiz ähnliche Verhältnisse in einzelnen Kantonen bis auf die neueste Zeit erhalten.

Die Opposition der Schlesier und Lausitzer hatte vorläufig das Resultat, daß die Krönung nicht ohne weiteres vorgenommen werden konnte. Zunächst mußten die Böhmen, die bis dahin den Kaiser um die Entbindung von dem Eide des Gehorsams keineswegs angegangen hatten, solches zu erlangen suchen, weil die Schlesier und Lausitzer darauf bestanden; andererseits fühlten sie sich in ihrer privilegirten Stellung zu sehr angegriffen, um nicht eine abweisende Antwort zu verfassen, die jedenfalls Zeit in
6. Mai Anspruch nahm. Dieselbe klang scharf und ohne Schonung, sie wies alle
1611 Ansprüche der Schlesier auf die Theilnahme an der Königswahl zurück und behauptete, daß die schlesischen Herzogthümer nicht bloß dem Könige sondern dem Lande Böhmen, dem sie für immer inkorporirt seien, u n t e r w o r f e n und zur Treue und Leistung des Unterthanseides verpflichtet seien. Sie verlangte, daß es bei der von den Böhmen beschlossenen Krönung verbleiben solle und stellte es den Schlesiern und Lausitzern frei, nach derselben bei dem Könige ihre vermeinten Rechte zu reklamiren.*) Uebrigens

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Antwort an die Schlesier ddo. 6. Mai. Es heißt in



wiederholten die Böhmen ihren bereits während des Landtags von 1609—1610 gefaßten Beschluß, daß sie bereit seien vor einem Gericht ihre Sache zu verfechten, und erbötig seien den Schlesiern einen Antheil an der Königswahl zu gestatten, wofern diese ihr Recht zu derselben genugsam mit Privilegien nachweisen könnten.

Die Mährer, welchen diese Schrift zuerst zur Einsicht gegeben wurde, fanden den Ton zu scharf und fürchteten, daß sie statt Einigung nur noch einen tiefern Zwiespalt zur Folge haben werde. Die Böhmen forderten deshalb die Mährer auf, aus der Antwort jene Worte zu entfernen, die etwa als beleidigend aufgefaßt werden könnten, ohne jedoch an dem Inhalte derselben etwas zu ändern. Die letztern schlugen darauf vor, die Antwort, so wie sie war, den Schlesiern mitzutheilen mit dem Bemerken, daß sie als nicht geschehen zu betrachten sei, wenn die Schlesier ihrerseits ihre Protestation zurücknehmen und es einfach bei den früher getroffenen Bestimmungen wegen der Erhebung des Königs Mathias lassen würden. Karl von Zerotin unternahm es mit seinen Kollegen die Schlesier und Lausitzer zur Annahme dieses Vorschlags zu bewegen, allein wiewohl er durch zwei Stunden lang sie hiezu zu überreden suchte, vermochte er nichts zu bewirken. Die Schlesier nahmen die Antwort der Böhmen an und protestirten unmittelbar darauf gegen die Behauptung der letztern, sie seien ihnen unterworfen und zum Gehorsam eidlich verpflichtet; ihrem Proteste schloßen sich die Lausitzer an.

Diesem vorerst mündlichen Proteste folgten schriftliche Erklärungen, 11. Mai
in denen die Schlesier und Lausitzer ihre frühern Behauptungen abermals 1611
mit historischen Beweisen, wiewohl im Widerspruche mit den thatsächlichen Verhältnissen seit 150 Jahren, zu erhärten suchten. Hieran knüpften sie einige andere Forderungen, welche gegen die Prärogative der Böhmen in der Besetzung der obersten Kronämter sowie der Rathsstellen beim Kammer- und Lehngericht gerichtet waren. Die Böhmen blieben ihrerseits die Antwort nicht schuldig, sondern schlugen einzelne Begehren rundweg ab, 13. Mai
überwiesen andere künftigen Verhandlungen und erwiederten in der Hauptsache, daß sie sich für den Augenblick mit den Gesandten „in keinen Di-

derselben, daß aus den Privilegien, welche die Böhmen produciren könnten, ersichtlich sei, „daß die in bemelter Incorporation benennte Schlesische Fürstenthumber unnd herrschaften sowohl der Cron unnd dem Khunigreich alß dem Regierenden Khunig und deßelben Erben inseparabiliter incorporiret und tam obedientiae et subjectionis quam fidelitatis juramentis et homagiis zugethan unnd einverleibt worden sein." — Ebendaselbst. Antwort an die Oberlausitzer.



sput" bezüglich der Präeminenz ihres Landes einlassen und nicht zugeben könnten, daß sich die inkorporirten Länder für bloße „accessoria" ansähen. Abermals wiederholten sie, es der Entscheidung eines Gerichtes anheimstellen zu wollen, wie auf Grund der bestehenden Privilegien das Verhältniß Böhmens und seiner Nebenländer aufzufassen sei.*) Es hing nun von den Schlesiern und Lausitzern ab, ob sie den Streit so weit treiben wollten, ihre Zustimmung zu des Mathias Krönung zu verweigern, so lange die Böhmen ihren Forderungen nicht nachgaben. Würden sie dies gethan haben, so war kein Ende des Streites abzusehen. So weit ging jedoch ihre Absicht nicht, sie begnügten sich mit dem abgegebenen Proteste und mit der Wahrung ihrer vermeinten Rechte und waren erbötig zur Krönung ihre Zustimmung zu geben. Die Böhmen aber gaben insofern nach, als sie nicht die Zurücknahme des Protestes verlangten.

Auf diese Weise wurde die Frage wegen der Berechtigung zur Königswahl nicht entschieden, sondern die Entscheidung vertagt. Damit war jedoch die Harmonie zwischen den Böhmen und den Nebenländern nicht hergestellt. Es ist so eben angedeutet worden, daß die Schlesier und Lausitzer in ihren Streitschriften auch andere Prärogative der Böhmen angriffen; indem sie nun von der Königswahl abstrahirten, kehrten sie ihre Aufmerksamkeit und damit auch ihre Angriffe allein gegen diese Prärogative. Bei dem jetzt sich entspinnenden Streite fanden sie an den Mährern nicht nur Bundesgenossen, sondern geradezu Vorkämpfer. Um diesen Streit recht zu verstehen, muß man etwas näher auf den Organismus der damaligen Verwaltung eingehen. Von den zahlreichen böhmischen Aemtern beschränkte sich die Jurisdiktion der meisten auf Böhmen allein. Drei von ihnen dagegen hatten eine Wirksamkeit, welche sich auch auf die Nebenländer erstreckte, es waren dies die Kanzlei, die Kammer und das Appellationsgericht.**)

Die Kanzlei war jenes Amt, durch welches der König den Ländern der böhmischen Krone seinen Willen kundgab. Die meisten seiner Befehle, Entscheidungen und Gnaden kamen nur durch die Kanzlei zur Kenntniß der Länder und Parteien und durch die Kanzlei wiederum gelangten die meisten für den König bestimmten Eingaben an denselben. Der Einfluß

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Antwort der Böhmen an die Schlesier ddo. 13. Mai 1611.

**) Auch das Obersthoflehngericht hatte eine über Böhmen hinausreichende Jurisdiction. Anfangs richteten die Schlesier ihre Angriffe auch auf dasselbe, später ließen sie dieselben jedoch ganz fallen, weshalb auch wir im Texte nicht weiter dieses Amtes erwähnen.

des Kanzlers auf des Königs Entschließungen war natürlich ein entscheidender, denn er war sein vorzüglichster Rathgeber in allen Angelegenheiten der böhmischen Krone. Verfassungsmäßig mußte der Kanzler ein Böhme sein, ernannt wurde er vom Könige im Einverständnisse mit den übrigen obersten Beamten und den Beisitzern des Landrechtes, die gewissermaßen hiebei als Vertreter des Landtags fungirten. Dieser gleichsam doppelten Ernennung des Kanzlers entsprach seine Eidleistung, sie bezog sich nicht bloß auf den König, sondern auch auf die Stände. Die Besetzung der Kanzlei mit dem nöthigen Hilfspersonale war seine Sache, er konnte frei wählen und war hiebei durch keinerlei Rücksicht als die, welche die Geschäfte verlangten, gebunden. Wie der König durch den Kanzler regierte, so bewahrten auch die Böhmen durch denselben ihre Superiorität in den Ländern der Krone, insofern als der ihnen durch einen Eid verpflichtete Kanzler nicht gegen die Interessen des Stammlandes verstoßen durfte, sondern sie immer im Auge behalten mußte. Daß die Böhmen selbst die Stellung des Kanzlers und der Kanzlei in ihrer wichtigen Bedeutung richtig auffaßten und daß sie in dieser Einrichtung ein Mittel zur Aufrechthaltung ihrer höhern Rechte in dem böhmischen Staate sahen, wird sich noch aus der weitern Erzählung näher ergeben.

Die böhmische Kammer war die Finanzbehörde des Landes. Vor dem Jahre 1608 also noch vor der Trennung Mährens von der böhmischen Krone besaß auch die Kammer die Stellung eines Amtes, dessen Wirksamkeit sich auf Mähren, Schlesien und die Lausitze erstreckte, es ward dadurch, allerdings im beschränkten Sinne, eine Art Finanzministerium der böhmischen Krone geworden. — Was das Appellationsgericht betrifft, so war dasselbe bekanntlich im Jahre 1548 von Ferdinand I nach der Besiegung des ersten böhmischen Aufstandes (1547) errichtet, seine Wirksamkeit bestand vor allem darin, daß es die höhere Instanz für die Stadtgerichte sämmtlicher böhmischer Länder abgab. Der Präsident war seit der ersten Ernennung im Jahre 1548 bis zum Jahre 1611 stets ein Böhme gewesen; was die Räthe betrifft, so waren sie wahrscheinlich der übergroßen Mehrzahl nach ebenfalls Böhmen, doch gab es unter ihnen auch Mährer, Schlesier und Lausitzer; letztere der deutschen Sprache mächtig mußten schon deshalb berufen werden, weil bei vielen Prozessen die Parteien sich der deutschen Sprache bedienten. — Die Kanzlei, die Kammer und das Appellationsgericht waren die drei centralen Behörden der böhmischen Krone. Aus der Natur der Sache ergibt sich, daß der Einfluß der Kanzlei der bedeutendste war, sie stand im täglichen Verkehr mit den einzelnen Kronländern, die wichtigsten Interessen einzelner Privatpersonen hingen von ihr ab, konnten verschleppt und gefördert werden, so daß man überall und ununterbrochen an die



Existenz dieser Behörde gemahnt wurde. Von geringerer Bedeutung war das Appellationsgericht. Sobald dasselbe den Parteien ohne Säumniß Recht sprach und neben den Böhmen auch die Deutschen bei demselben ohne Hinderniß ihre Sache führen konnten, so konnte sich weder Jemand durch seine Existenz bedrückt fühlen, noch hatten die Nebenländer einen Grund, Böhmen um den Besitz eines Gerichtes zu beneiden, das weniger ein böhmisches als ein königliches war. Wichtiger war schon die Stellung der böhmischen Kammer; die Verwendung der durch Steuern, Zölle, Bußen, Taxen und auf andere Weise einlaufenden Gelder lag zwar den Kammern der einzelnen Länder ob, allgemach hatte aber die böhmische Kammer hierin einen weitgehenden Einfluß erlangt, so daß sie, wie wir oben bemerkten, gewissermaßen das Finanzministerium der böhmischen Krone repräsentirte.

Stellt man die Frage, seit wann die Kanzlei und die Kammer zu einer so bedeutenden Stellung gelangt sind, so lautet die Antwort, daß dies erst seit der Herrschaft der Habsburger der Fall war. Vor derselben war Böhmen das Stammland der böhmischen Monarchie, seine Prärogative bestand darin, daß mit diesem Stammlande unzertrennlich andere Länder, die mit dem Namen inkorporirter Länder bezeichnet wurden, verbunden waren, und daß es allein den gemeinsamen Herrscher wählte. Außer diesem Rechte nahm es keinen Einfluß auf die Administration der Nebenländer.*) Erst seit den Habsburgern erhob sich die Kanzlei und die Kammer zu ihrer hohen Bedeutung. Man fing in Mähren und Schlesien an, um der letztern willen, diese Aemter: Hofämter, also Hofkanzlei und Hofkammer zu nennen, eine Benennung, welche die Böhmen im eigenen Interesse hartnäckig ablehnten, indem sie streng an der Bezeichnung: böhmische Kanzlei und böhmische Kammer hielten.

Zum Verständniß der folgenden Streitigkeiten muß man noch wissen, daß in der Wirksamkeit der Kanzlei eine doppelte Seite unterschieden wurde, eine berechtigte und eine unberechtigte auf Mißbräuchen begründete. Für die berechtigte Wirksamkeit der Kanzlei sah man jene an, die unter allen Umständen ihr gebührte, mochte es nur eine einzige Centralkanzlei in Böhmen geben oder mochte Mähren und Schlesien unabhängig für sich eine Kanzlei besitzen. Die unberechtigte auf Mißbrauch und Anmaßung begründete Wirksamkeit der Kanzlei hatte sich namentlich in den letzten Jahren

*) Die Bedeutung des Kanzlers und der Kanzlei, von denen bis auf die Jagellonen in der böhmischen Geschichte kaum etwas bemerkenswerthes erzählt wird, fing erst unter den Jagellonen emporzublühen, nahm aber den eigentlichen Aufschwung, wie wir oben erwähnen, erst unter den Habsburgern. In Palacky's neuesten Band seiner böhmischen Geschichte (1471—1500) ist ersichtlich, wie das Amt des Kanzlers bedeutend hervorzutreten anfing.



der Rudolfinischen Regierung herangebildet. Man lernt diese Mißbräuche am besten aus den Streitschriften, die jetzt zwischen Böhmen und den Nebenländern gewechselt wurden, kennen. Nach denselben hat die Kanzlei den natürlichen Lauf der Justiz gehemmt, indem sie Klagen der Parteien mit Umgehung der Gerichte entgegennahm und entschied, sie mischte sich in die Jurisdiktion der Stadtgerichte, sie hemmte die Exekution rechtskräftig ausgesprochener Urtheile durch sogenannte literae inhibitoriales, sie bewilligte säumigen Schuldnern trotz der Erkenntnisse der Gerichte Zahlungsmoratorien, sie berief Bewohner aller Theile der böhmischen Krone zur Verantwortung nach Prag, ohne dazu durch die Verfassung berechtigt zu sein, und hielt sie mitunter Monate lang fest. Sie ertheilte verurtheilten Verbrechern auf die Bitte derselben oder ihrer Freunde Amnestie, ohne sich von dem betreffenden Gerichte irgend ein Gutachten geben zu lassen, so daß die Urtheile der letztern der Geringschätzung preisgegeben wurden. Zu einer solchen Höhe hatten sich in der Kanzlei Mißbräuche eingeschlichen.

Als nun die Schlesier mit den Böhmen den Streit wegen der Königswahl bis zu der gegenseitigen Präcisirung ihres Standpunktes geführt hatten, schickten sie sich zu einem neuen diplomatischen Feldzuge gegen die Prärogative der Böhmen an. Sie beabsichtigten jetzt ihre Angriffe gegen die drei Centralämter: die Kanzlei, die Kammer und die Appellation zu richten. In diesem Streite fanden sie an den Lausitzern um so entschiedenere Bundesgenossen, als diese sich nicht bloß durch die Errichtung der genannten Centralämter sondern auch dadurch bedrückt fühlten, daß der königliche Statthalterposten in der obern und niedern Lausitz, nämlich die Vogtei, nur mit Böhmen besetzt wurde, sie also von diesem Amte ausgeschlossen waren. Zu den Schlesiern und Lausitzern gesellten sich jetzt auch die Mährer.

Seit ihrer Ankunft in Prag schienen die Mährer die Partei der Böhmen verfechten zu wollen, als sie mit einemmale mit einer Staats- 14. Mai
schrift hervortraten, welche in 49 Artikeln Klagen über das frühere Ver- 1611
hältniß zwischen Böhmen und Mähren führte und die Umgestaltung desselben verlangte.*) Die Veranlassung zu dieser Staatsschrift lag noch in den Vorgängen des Jahres 1608. Als damals in Folge der Liebner Verträge Mähren aus dem Verbande der böhmischen Krone heraustrat, wurde zu gleicher Zeit bestimmt, daß von Seite der böhmischen Aemter und zwar namentlich von Seite der Kanzlei, des Appellationsgerichtes und der Kammer keinerlei Jurisdiktion in Mähren ausgeübt werden solle und daß, wenn das alte Verhältniß wieder hergestellt werden würde, ein Vertrag

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. 49 Beschwerdepunkte der mährischen Stände gegen die böhmischen.

abgeschlossen werden müsse, der die Bedingungen der Wiedervereinigung festzusetzen hätte. Der Fall der Wiedervereinigung war jetzt unmittelbar bevorstehend. Insoweit es auf die Böhmen angekommen wäre, so hätten sie das alte Verhältniß einfach wieder hergestellt; nur zu einer Reform der Kanzlei von den eben angeführten Mißbräuchen würden sie ohne Zögern die Hand geboten haben. Dies war jedoch nicht nach dem Geschmacke der Mährer, die neben der Abschaffung der Kanzleimißbräuche wesentliche Aenderungen in die Art ihrer frühern Verbindung mit Böhmen einführen wollten. Nachdem sie im allgemeinen festgesetzt, daß Mähren in jeglicher Beziehung unabhängig von Böhmen sein solle und in dieser Hinsicht sich gegen gewisse Uebergriffe des böhmischen Landrechts verwahrt hatten, bestimmten sie, in welchem Verhältniß sie fortan zu den eben genannten drei Centralämtern stehen wollten. Bezüglich der Kammer erklärten sie, daß sie ihr keinen Einfluß auf ihre Finanzgebahrung gestatten und folglich ihre Finanzen völlig unabhängig verwalten wollten. Bezüglich der Kanzlei und des Appellationsgerichtes waren sie erbötig, ihre Kompetenz auch ferner anzuerkennen, aber unter wesentlich einschränkenden Bedingungen. Indem sie selbstverständlich die fernere Duldung der Kanzleimißbräuche ablehnten, verlangten sie, daß die Kanzlei ihres böhmischen Charakters entkleidet und zu einem rein königlichen Amte umgestaltet werde. Darnach sollte der Kanzler an die Person des Königs gebunden sein und ihm überall dahin folgen, wo sich dieser befinde. Bei der Eidleistung solle er dem Könige nicht bloß als Könige von Böhmen, sondern auch als Markgrafen von Mähren den Eid der Treue leisten. Diese Auffassung von der Stellung des Kanzlers, in der sich unzweifelhaft Zerotin's Ansicht kundgibt, zeigt keineswegs von einem so weitreichenden staatsmännischen Blicke, als es zunächst scheinen könnte. Richtig und im Interesse einer innigern Verschmelzung der böhmischen Kronländer scheint es gelegen, das Kanzleramt seines ihm noch anklebenden speziell böhmischen Charakters zu entkleiden und es zu einem Amte des Königs und sämmtlicher Kronländer umzugestalten. Aber das war nicht die Absicht Zerotin's und seiner Gesinnungsgenossen; in ihrem Eifer gegen die bisherige rein böhmische Stellung der Kanzlei wollten sie dieselbe zu einem exklusiv königlichen Amte umgestalten und hiebei fanden sie aus gleichen Gründen an den Schlesiern Bundesgenossen, die eine noch entschiedenere Sprache führten. Denn nach der Ansicht der letztern gehörten die Geschäfte der Kanzlei in den alleinigen Wirkungskreis des Königs, in welchem sich dieser absolut frei, ohne die Einsprache einer ständischen Versammlung berücksichtigen zu müssen, bewegen konnte.*)

*) Der Grund dieser Anschauung lag in den Separationsgelüsten der Schlesier, wie im Anhang ausführlich erörtert wird.



Hätten in Prag weiterblickende Staatsmänner getagt oder wäre ihr Blick nicht zu sehr durch provinzielle Eifersucht befangen gewesen, so würden sie nicht getrachtet haben, den Kanzler aus der Verbindung mit Böhmen loszulösen, um ihn zu einer Art von Privatsekretär des Königs zu machen, sondern sie würden den Kanzler in eine Verbindung mit den Generallandtagen gebracht haben, deren Berufung dann eine periodische hätte sein müssen. Allein das letztere wollten am allerwenigsten die Schlesier und Mährer; auf dem Programm ihrer Reformen war auch ein Artikel, der die Generallandtage betraf und dahin lautete, daß dieselben aufhören sollten. *)

Es war leicht vorauszusehen, daß eine so ganz neue Stellung des Kanzlers nicht die Zustimmung der Böhmen erlangen würde. Die Mährer mochten dies selbst einsehen und verlangten deshalb in der stillschweigenden Voraussetzung, daß in der Einrichtung und Stellung der Kanzlei keine wesentliche Aenderung eintreten würde, eine gesetzliche Vertretung in derselben. Wie wir erzählt, ging nach bisherigem Brauch die Anstellung sämmtlicher Beamten in der Kanzlei vom Kanzler aus. Diese Art der Ernennung wollten nun die Mährer dahin umgeändert wissen, daß fortan dem Kanzler ein Vicekanzler zur Seite stehen solle, der genau mit den mährischen Rechtsverhältnissen bekannt sein und dessen Anstellung gleichmäßig mit Zustimmung der böhmischen wie der mährischen Stände geschehen sollte. Mit dieser Forderung stand im Zusammenhang, was die Mährer bezüglich des Appellationsgerichtes verlangten. Da sie dasselbe um seines Ursprunges willen als ein königliches Gericht ansehen durften, so waren sie geneigt die Kompetenz desselben als höherer Instanz für die städtischen Gerichte anzuerkennen, verlangten aber, daß grundsätzlich auch einige Mährer bei demselben angestellt werden möchten. Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit war ferner die Forderung, daß auch die Mährer in Böhmen zu den höchsten Landesämtern zugelassen würden. Nach bisherigem Brauche konnten Böhmen, wenn sie in Mähren begütert waren, daselbst zu den höchsten Landesämtern gelangen, nicht aber umgekehrt die Mährer in Böhmen. Die letztern verlangten jetzt nach völliger Gleichberechtigung. Ward ihr Begehren erfüllt, so bestand thatsächlich vollständige Parität zwischen den beiden Nachbarländern, denn dann konnten auch Mährer zu dem Posten eines Kanzlers oder Appellationsgerichtspräsidenten gelangen. Schließlich verlangten die Mährer, daß man bei künftigen Anlehen die Städte und Prälaten mit drückenden Bürgschaften verschone.

*) Ueber diesen interessanten und wichtigen Umstand näheres im Anhang. Die Verfassung der böhmischen Monarchie würde auch ohne den Aufstand von 1618 eine merkwürdige Veränderung erfahren haben.



Um diese letzte Forderung zu verstehen, muß man die Eigenthümlichkeit des Staatsschuldenwesens jener Zeit berücksichtigen. Der König konnte Schulden nur dann kontrahiren, wenn für die Gesammtsumme oder für Theile derselben Bürgen auftraten. Wurden zur festgesetzten Zeit die Schulden vom Könige oder vom Lande nicht bezahlt, so hielten sich die Gläubiger an die Bürgen wie an gewöhnliche Privatschuldner und nöthigten sie zur Zahlung der übernommenen Bürgschaft. Bei diesem Stande des Schuldenwesens erging es den königlichen Städten und dem Prälatenstande am schlechtesten. Denn während einzelne Adelige, die um ihre Bürgschaft ersucht wurden, nach Maßgabe ihrer Vermögensverhältnisse sich frei entscheiden konnten, ob sie sich dem etwaigen Verluste von einigen Tausend Gulden aussetzen wollten und der König ihre allenfalls abschlägige Antwort sich gefallen lassen mußte, war es bei den Städten und Prälaten anders. Schon die einfache Zumuthung wegen Uebernahme einer Bürgschaft übte auf sie einen großen moralischen Zwang aus und wenn sie nichtsdestoweniger die Uebernahme der Bürgschaft ablehnten, wurden sie von der königlichen Kanzlei mit Drohungen überhäuft und mußten sich schließlich fügen. Das schlimmste war dann, daß gerade sie es waren, die ihrer Bürgschaft am spätesten oder gar nicht entledigt wurden, so daß sie mitunter in die bedrängteste Lage gerieten. Gegen diesen Mißbrauch, der nicht bloß die Mährer sondern auch die Böhmen und alle übrigen Kronländer drückte, erhoben nun die erstern Einsprache. Wie gerecht dieselbe immerhin sein mag, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Lage des Königs auch eine nicht minder entschiedene Berücksichtigung erforderte. Seine Einkünfte reichten zur Bedeckung der Staatsbedürfnisse nicht hin, er mußte das fehlende durch Anlehen ersetzen, wie sollte er diese beschaffen, wenn ihm Bürgen fehlten? Ueber die Aufgabe des Staates und über die unbedingte Pflicht für die zur Lösung derselben nöthigen Mittel zu sorgen, hatten die Stände des 17. Jahrhunderts noch sehr primitive Begriffe und ihre Politik war vor allem darin konsequent, sich gegen die Anerkennung dieser Pflicht zu sträuben.

Ueberblickt man die Forderungen der Mährer, so ergibt sich, daß sie nach einer völligen Parität mit Böhmen verlangten, da die böhmischen Landesämter auch ihnen zugänglich sein und die Kanzlei jene angedeutete exemte Stellung erlangen sollte. Nur in einem Punkte rüttelten sie nicht an der Präponderanz der Böhmen, in der Frage bezüglich der Königswahl. Ungleich den Schlesiern, die seit fast hundert Jahren nach der Theilnahme an derselben begehrten, wollten sie die Böhmen ruhig im Genuß ihres Vorrechtes lassen. Man darf jedoch hierin nicht übersehen, daß die Zurückhaltung der Mährer thatsächlich kein so außerordentliches

Opfer war. Thatsächlich hatte das Haus Habsburg Erbrechte auf die böhmische Monarchie, die Wahl des betreffenden Erben auf den böhmischen Thron war nichts anderes, als eine feierlich gegebene Zustimmung zu dessen Erhebung, die nicht versagt werden konnte.*) Die Theilnahme an einer bloßen Formalität, mochte sie auch noch so bedeutungsvoll sein, hatte für die Mährer kein so hervorragendes Interesse. Mehr als eine bloße Formalität war natürlich das Wahlrecht beim Erlöschen des Königshauses, allein dieser Fall war im Jahre 1611 nicht zu erwarten. Und wenn er eintrat, dann konnten die Mährer eine Berücksichtigung ihrer Stimme erwarten, gleichgiltig ob ein Privileg hiefür sprach oder nicht, denn die Stimme eines zahlreichen und kriegstüchtigen Volkes verschafft sich immer Geltung. — So viel geht aus der Haltung der Mährer hervor, daß ihren Forderungen keine vor der Hand noch verdeckten und feindseligen Hintergedanken gegen die Böhmen zu Grunde lagen, sondern daß sie bereit waren, wenn ihre Wünsche nach voller Autonomie und Gleichberechtigung befriedigt wurden, treu mit ihnen zusammenzuhalten und ununterbrochen unter einem Herrscherhause zu leben.

Gleichzeitig mit den Mährern überreichten auch die Schlesier, die Ober- und Niederlausitzer ihre Beschwerden und verlangten eine Aenderung ihres bisherigen Verhältnisses zu Böhmen. Ihre Beschwerden und Vorschläge richteten sich naturgemäß gegen die drei mehrfach genannten Centralämter. Die Schlesier protestirten zunächst gegen die fernere Dauer der bereits angeführten Kanzleimißbräuche. Auch bei ihnen hatte die Kanzlei Schuldnern Moratorien eingeräumt, Verbrecher willkürlich begnadigt, den ordentlichen Rechtsgang durch Evokationen gestört und ähnliches mehr. Neben der Abschaffung dieser und anderer Mißbräuche verlangten die Schlesier, um für die Zukunft vor einer die Rechte ihres Landes verletzenden Wirksamkeit der Kanzlei bewahrt zu sein, daß die deutsche Expedition derselben (die auf Schlesien und die Lausitze bezügliche) von einem Vicekanzler und mehreren Sekretären besorgt werde, deren Ernennung ihnen (den Schlesiern) im Verein mit den Lausitzern zustehen sollte. Ein gleiches forderten sie bezüglich der Anstellung der Räthe bei der böhmischen Kammer, der sie also eine gewisse administrative Wirksamkeit auch ferner zugestehen wollten. Anders jedoch als die Mährer verhielten sie sich gegen das Appellationsgericht. Sie verlangten, daß die Jurisdiktion desselben

*) Ueber das Erbrecht des Hauses Habsburg auf den böhmischen Thron haben wir den Nachweis in den „Beiträgen zu der Geschichte des 30-jährigen Krieges" erschienen in den Sitzungsberichten der kais. Akademie der Wiss. gegeben.



für Schlesien suspendirt und in diesem Lande ein eigenes derartiges Gericht errichtet werde. *)

Die Ober- und Niederlausitzer schlossen sich den Forderungen der Schlesier mit einigen Unterschieden an. So verlangten sie für sich keine Uebertragung des Appellationsgerichtes, dagegen gesetzlich eine theilweise Besetzung desselben durch Lausitzer. Vor allem jedoch forderten sie, daß fortan die Landvogtei in der Ober- und Niederlausitz (d. i. der königliche Statthalterposten) nicht mit eingebornen Böhmen, sondern mit Lausitzern besetzt werde. Schließlich begehrten sie die Abstellung einer großen Anzahl umständlich angeführter Beschwerden. **) Geht man auf den Inhalt derselben näher ein, so zeigt sich, daß auch sie die Folge eines ungesetzmäßig erweiterten Einflusses der Kanzlei waren, gegen den die Mährer am eingehendsten protestirt hatten.

Untersucht man die Forderungen der Schlesier, so scheint es auf den ersten Blick, als ob sie nicht weiter gingen als die Mährer. Kämpften sie auch gegen den Fortbestand des gemeinschaftlichen Appellationsgerichtes an, so wollten sie doch der böhmischen Kammer eine centrale Bedeutung zugestehen, und bezüglich der Kanzlei scheinen ihre Forderungen vollständig mit denen der Mährer zusammenzufallen. Dennoch scheint dies nur so. Das eigentliche Ziel ihrer Bestrebung war nicht die Anstellung eines Vicekanzlers, der bekannt mit den Verhältnissen Schlesiens dem Kanzler mit Rath und That beistehen konnte, so daß die Entscheidungen mit Sachkenntniß und Gerechtigkeit erfolgen konnten, ohne die Einheit der Kanzlei zu zerreißen. Ihr Bestreben ging vielmehr darauf hinaus, daß der Vicekanzler und das ihm beizugebende von den Schlesiern und Lausitzern allein zu wählende Personale selbstständig die schlesischen und lausitzer Angelegenheiten besorgen und der Kanzler auf die Entscheidungen derselben keinen Einfluß nehmen sollte. Die Einheit der Kanzlei sollte ein Ende nehmen und höchstens nur noch darin bestehen, daß Kanzler und Vicekanzler ihre Geschäfte unter einem Dache verrichteten. Nicht einmal seine Unterschrift sollte der Kanzler den auf Schlesien bezüglichen Akten beisetzen dürfen, damit auch der leiseste Schein schwinde, als ob Schlesien in irgend einer Abhängigkeit von Böhmen stehe. Als bei den Verhandlungen im Laufe der folgenden Jahre die Böhmen erklärten, daß die Sprache der Schlesier im Jahre 1611 nicht so klar gewesen sei, um aus derselben auf die Absicht einer vollständigen Tren-

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Schlesische Gravamina ddo. 14. Mai 1611.

**) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Gravamina der Oberlausitzer ddo. 14. Mai — Gravamina der Niederlausitzer ddo. 14. Mai.

nung und auf die thatsächliche Errichtung einer neuen Kanzlei schließen zu können, entgegneten die Schlesier: „solches thäten sie zwar gestehen, daß von keiner absonderlichen Kanzlei damals (1611) Meldung geschehen, dies aber könnten sie wohl mit Gewissen reden, daß es ihre Intention gewesen wäre (nämlich die Errichtung einer eigenen Kanzlei) und (zwar) zu dem Ende, daß sie sich von den Herrn Böhmen ferner nicht regieren lassen, noch unter derselben Gubernament sein wollen."*) Thatsächlich waren die Schlesier bei dem Entschlusse angelangt, jede wie immer geartete Verbindung mit Böhmen zu lösen, die einzige ausgenommen, daß sie mit diesem Lande noch ferner unter einem und demselben Herrscher stehen wollten. Aber selbst dieses begrenzten sie dahin, daß sie nachgerade erklärten, für sie existire Mathias nur als Herzog von Schlesien und keineswegs als König von Böhmen, Schlesien sei ein deutsches Reichslehen, absolut unabhängig von Böhmen, mit demselben in gar keinem rechtlichen Nexus, jede derartige Behauptung der Böhmen nur Anmaßung und ihre (der Schlesier) feste Absicht sei es, derselben ein Ende zu machen. Diese Gesinnung verdeckten die Schlesier noch theilweise, als sie jetzt mit den Böhmen verhandelten und auf gütlichem Wege das Ziel ihrer Bestrebungen zu erreichen hofften; sie machte sich aber, wie noch berichtet werden wird, in den allerstärksten Ausdrücken Luft, als sie die Vergeblichkeit ihrer Anstrengungen bemerkten.

Es war nun an den Böhmen, auf alle die verschiedenen Beschwerden und Forderungen eine Antwort zu geben, natürlich nicht auf die verdeckten Bestrebungen der Schlesier, sondern auf die offen vorliegenden. Die Kanzleifrage war die Hauptsache. Für die Böhmen gab es zwei Wege: sie konnten ihre Entscheidung treffen auf Grund des positiven Rechtes oder aber von demselben absehen und nach dem Grundsatze: „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte," eine solche Einrichtung der Kanzlei vorschlagen, welche keinem der Länder der böhmischen Krone einen Vorrang einräumte. Daß sie letzteres nicht thaten, findet seine Erklärung in dem gleichen Vorgang aller Völker. Weder ein Volk noch ein Bruchtheil desselben steigt freiwillig von der Höhe herab, zu der es in Folge Jahrhunderte langer Anstrengung und glücklicher Zufälle gelangt ist. Auch mußten sie in der Haltung der Mährer und Schlesier gegen die zeitweise Berufung der Generallandtage mit Recht ein Streben erblicken, welches keineswegs auf eine billige Reform als vielmehr auf die Sprengung derjenigen Bande, welche die Länder der böhmischen Krone zu einem Ganzen innerlich verknüpften, hinzielten. Von dem Standpunkt ausgehend, daß sie im Besitze wohler-

*) Verhandlungen über die Kanzlei im J. 1616 — im böhm. Statthaltereiarchiv.



19. Mai 1611

worbener und durch langen Gebrauch geheiligter Rechte sich befänden, beantworteten die Böhmen die Beschwerden und Forderungen der sämmtlichen inkorporirten Länder abweisend.*) Die Aufregung, welche sich der letzteren bemächtigte, war keine geringe und äußerte sich zunächst darin, daß sie in neuen Schriften ihren Standpunkt mit um so größerer Energie verfochten und noch dringender die Abstellung der gerügten Beschwerden verlangten. Mittlerweile nahte der zur Krönung bestimmte Tag; schon hatte selbst Rudolf zu derselben seine Zustimmung gegeben und noch war zwischen den Böhmen und den übrigen Mitgliedern des Generallandtags weder ein Ausgleich getroffen worden, noch Aussicht zu einem solchen vorhanden. Indessen legten die Vertreter Schlesiens und der Lausitze um ihrer Angelegenheit willen kein Veto gegen die Vornahme der Krönung ein, sondern beschlossen die Verhandlungen nach derselben wieder aufzunehmen, nur die Mährer wollten mindestens die Kanzleifrage vor der Krönung entschieden wissen. Noch am Krönungstage selbst verlangten sie von den Böhmen die Gewährung ihrer darauf bezüglichen Forderung; die Verhandlung zog sich bis in die Mittagszeit hinein, bis schließlich die Beharrlichkeit der Mährer und unzweifelhaft auch Žerotins Ansehen den Sieg davon trug. Die Böhmen mußten sich, wiewohl „sehr ungern“, dazu verstehen, im Einverständnisse mit den Mährern vier Personen zu bezeichnen, aus denen sich der Kanzler zur Besorgung der mährischen Angelegenheiten einen Vicekanzler wählen sollte.**) Dies war das Resultat aller Verhandlungen bis unmittelbar vor der Krönung.

Nach der Krönung wurden dieselben neuerdings aufgenommen und zunächst mit Mähren zu Ende geführt. Die Böhmen trugen jetzt den Wünschen ihrer nächsten und stammverwandten Nachbarn vollständig Rechnung und so ward am 26. Mai ein Vertrag bestehend aus 30 Artikeln abgeschlossen, der das künftige Verhältniß zwischen Böhmen und Mähren bestimmte.***) Die vollständige Autonomie Mährens in Bezug auf Administration, Finanzen und Justiz wurde darin festgesetzt und nur bezüglich des Appellationsgerichtes zugegeben, daß es auch ferner die höhere Instanz für die Stadtgerichte bilden solle. Bezüglich der Kanzlei, die von allen Mißbräuchen zu reinigen sei, ward bestimmt, daß dem Kanzler ein Vice-

---

*) Während dieses ganzen Streites wurden zwischen den Böhmen einerseits und den Mährern, Schlesiern und Lausitzern andererseits über 40 Streitschriften von mehr oder minder bedeutendem Umfang gewechselt. Diese Streitschriften, befindlich im böhmischen Statthaltereiarchiv, bilden das Substrat für unsere Darstellung.

**) Diarium über die Prager Traktation. MS. im Wiener Staatsarchiv 491.

***) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Vertrag zwischen den Böhmen und Mährern ddo. 26. Mai 1611.

kanzler zur Seite zu stehen habe, zu dessen Anstellung die mährischen Stände ihre Gutheißung geben und in dessen Ressort die mährischen Angelegenheiten fallen sollten. Es verstand sich jedoch, daß der Kanzler das Haupt der Kanzlei bleiben sollte. Mit diesem Vertrage, der die Mährer mit freudiger Genugthuung erfüllte, waren auch die Böhmen nachgerade zufrieden. Wie bedeutend bei letztern die Stimmung zu Gunsten der Mährer mittlerweile umgeschlagen hatte, beweist namentlich der 27. Artikel des Vertrags, welcher bestimmte, daß in Bezug auf die Bekleidung der höchsten Landesämter volle Reciprocität zwischen Böhmen und Mähren zu herrschen habe, daß also die einen wie die andern, wenn sie nur im Nachbarlande begütert waren, zu den Landesämtern Zutritt haben sollten. Da dieser Vertrag offenbar auch für Mathias von höchster Wichtigkeit war, indem er in die Rechte, welche Rudolf durch die Kanzlei bisher ausgeübt hatte, eingriff, so bedurfte er zu seiner Giltigkeit auch des neuen Königs Sanktion. Jetzt zeigte sich, daß die bisher geübten Prärogative der Kanzlei für denselben eine noch größere Bedeutung hatten als für die Böhmen, denn trotzdem, daß die letzteren in ihre Schmälerung und in eine gesetzliche Bestimmung derselben sich gefügt hatten, wollte Mathias nichts davon wissen und verwarf die ihm zugemuthete Bestätigung des Vertrages. Beinahe zwei Jahre lang dauerte deshalb zwischen ihm und den mährischen Ständen, die unablässig diese Bestätigung betrieben, der Streit hierüber, bis Mathias endlich im Beginn des Jahres 1613 nachgab.*)

Den Verhandlungen mit Mähren folgten darauf die mit Schlesien. Gegen diese zeigten sich die Böhmen keineswegs so nachgiebig wie gegen die Mährer. Bezüglich der augenscheinlichen Mißbräuche, welche sich bei der Kanzlei auch in der Behandlung der schlesischen Angelegenheiten eingeschlichen hatten und auf die hier bereits hingewiesen worden, sprachen sich zwar die Böhmen mißbilligend aus und boten zu ihrer Beseitigung die Hand, dagegen wollten sie nichts von einer Bewilligung jener Forderungen der Schlesier wissen, welche das bisherige staatsrechtliche Verhältniß derselben zu dem Stammlande verrückt hätten. Nach mancherlei
Verhandlungen kam endlich eine Art Ausgleich am 7. Juni zu Stande. 1611
Die Mehrzahl der von den Schlesiern erhobenen Beschwerden untergeordneter Bedeutung wurden durch denselben beseitigt, und jene Punkte, bezüglich deren keine Einigung erzielt werden konnte, genauer präcisirt. Diese Punkte sind aber gerade die wichtigsten, sie betrafen die Kanzlei, die Kammer, das Appellationsgericht und die Generallandtage. Bezüglich der Kanzlei wird in dem Ausgleiche erzählt, daß die Schlesier verlangt hätten, es solle ihnen

*) Brandl. Der mährische Landtag von 1612.

die Wahl eines Vicekanzlers und zweier Räthe, die sich mit den schlesischen und Lausitzer Angelegenheiten zu befassen hätten, überlassen werden. Die Entgegnung der Böhmen auf diese Forderung lautete dahin, daß diese Umgestaltung der Kanzlei in der Weise, wie sie die Schlesier verlangten, Sache des Königs sei, bei ihm müßten dieselben die Gewährung ihrer Forderung betreiben. — Diese Sprache wurde zum erstenmale von den Böhmen geführt und stimmte gar nicht mit früheren Reden überein, nach denen die Bestellung des Kanzleipersonals dem Kanzler überlassen wurde, sie stimmte auch keineswegs mit dem Ausgleiche überein, der mit den Mährern getroffen worden. Denn gedrängt von den letztern hatten die Böhmen, wie erzählt worden, dieselben nicht erst an den König gewiesen, sondern sich aus eigener Machtvollkommenheit mit ihnen über die Anstellung eines mährischen Vicekanzlers verglichen. Wie kam es nun, daß die Böhmen mit einemmale die Entscheidung über eine so wichtige Angelegenheit aus der Hand gaben? Die Ursache hievon ist in nichts anderem zu suchen, als weil sie annahmen, der König werde ohne die Zustimmung seiner böhmischen Räthe keine Entscheidung treffen und sie demnach noch immer in der Lage sein, den Schlesiern entgegenzutreten. Daß unsere Angabe keine bloße Vermuthung ist, bestätigen die folgenden Ereignisse.

In gleicher Weise wie die Kanzleifrage ward auch die Kammerfrage in dem Vergleiche nicht sowohl gelöst, als vielmehr präcisirt. Nachdem abermals erzählt worden, daß die Schlesier die Anstellung einiger Kammerräthe, denen die schlesischen Angelegenheiten übertragen werden sollten, in Anspruch nähmen, wurde von Seite der Böhmen entgegnet, daß die Gewährung dieses Wunsches in Seiner Majestät Hand liege. Die Forderung der Schlesier nach einem eigenen Appellationsgerichte lehnten die Böhmen ab, aber sie gaben zu, daß fortan fünf Räthe des Appellationsgerichtes von den Schlesiern und Lausitzern präsentirt werden dürften, denen dann die Besorgung der Prozesse ihrer Landsleute übertragen werden sollte. Endlich kam auch die Angelegenheit der Generallandtage in dem Vergleiche zur Sprache. Schon im Laufe der letzten Wochen hatten die Schlesier ihre Unzufriedenheit mit den Generallandtagen ausgesprochen, jetzt verlangten sie am Schlusse, daß grundsätzlich und durch ein von den Böhmen auszustellendes „Diploma" erklärt werde, daß die Beschlüsse des Generallandtags für Schlesien keinerlei Verbindlichkeit haben sollten, wofern nicht die Fürsten und Stände Schlesiens nachträglich ihre Zustimmung zu denselben gegeben hätten. Die Böhmen lehnten diese Forderung, die den Generallandtag zu einer bloßen Gesandtenkonferenz gemacht hätte, ab. Da der Ausgleich seinem hier erzählten Inhalte nach bloß das Resultat der Verhandlungen eines Ausschusses des böhmischen Landtags mit den schlesischen Deputirten war, sie

ward noch am Ende bestimmt, daß zu dessen Giltigkeit die Ratifikation des Königs und der böhmischen Stände erforderlich sein solle. Wir bemerken gleich jetzt, daß diese Ratifikation weder von den böhmischen Ständen noch von Seite des Königs erfolgte.*) Die Schlesier, unzufrieden mit dem Gebotenen, bemühten sich nicht, dieselbe zu erlangen, sondern waren entschlossen ihre Angelegenheiten mit Uebergehung der Böhmen selbstständig mit dem Könige zu verhandeln. Wir werden später sehen, mit welchem Erfolge.

Am gleichen Tage wie mit den Schlesiern, ward auch mit den Ober- und Niederlausitzern ein Vergleich geschlossen. Da sich die letztern mit ihren Forderungen großentheils an die der Schlesier anschlossen, so ward ihnen meistens dieselbe Antwort zu Theil, so daß die Lausitzer nur bezüglich des minder wichtigen Theils ihrer Wünsche befriedigt wurden. In der wichtigsten Angelegenheit, der wegen der Landvogtei in der obern und niedern Lausitz, beharrten die Böhmen bei ihrer frühern Entscheidung, daß nämlich dieselbe auch fürderhin nur mit Böhmen besetzt werden dürfe. Den Lausitzern wurde es freigestellt, allfällige Ansprüche auf diese Aemter, wenn sie solche rechtlich erweisen könnten, bei einem Gericht anhängig zu machen.**)

III

Schon gleich im Beginne der Streitigkeiten, die sich zwischen den Böhmen und den übrigen Kronländern entspannen, hatte sich Rudolf der Hoffnung hingegeben, daß dieselben für ihn von Nutzen sein und seinen Sturz hintanhalten würden. Er beschloß sich deshalb an die Schlesier und Lausitzer zu wenden, um sie durch Versprechungen zu gewinnen. In einer Zuschrift an dieselben klagte er, daß er zur Landtagsproposition nur mit Gewalt und Drohungen gezwungen worden und gewiß dieselbe anders gefaßt haben würde, wenn er auf ihre Ankunft hätte warten können.***) Wäre seine Regierung nicht gänzlich diskreditirt gewesen, so würde es

*) Wir erfahren dies aus den folgenden im Jahre 1616 gepflogenen Verhandlungen, die sich im böhm. Statthaltereiarchiv befinden.

**) Wir können hier im Texte nicht die fernere Entwicklung des Streites zwischen Böhmen und Schlesien in der Kanzleifrage erzählen, denn derselbe spann sich bis in das Jahr 1616 fort und beweist unsern Satz, den wir Eingangs des zweiten Bandes dieses Werkes aufgestellt haben, daß die Schlesier es auf eine vollständige Trennung von Böhmen abgesehen hatten. Da der Gegenstand zu wichtig ist, als daß wir ihn hier übergehen könnten, so haben wir am Schlusse dieses Werkes in der Beilage die weitere Entwicklung des Streites bis zum Jahre 1616 erzählt.

***) Hurter VI 695. Beilage 254.

ihm ein leichtes gewesen sein, an den Schlesiern und Lausitzern durch Gewährung ihrer Forderungen eine Stütze zu finden. Was er aber in dieser Beziehung auch immer denselben noch weiter anbieten mochte, sie wollten nichts von einer Verkettung ihres Schicksals mit dem seinigen wissen. Seine einzige Stütze bildeten die Gesandten von Sachsen und Kurmainz, die mittlerweile in Prag angelangt waren und im Namen ihrer Herren für den Kaiser eintraten. Zuñiga, der sich keine überflüssige Mühe gab, um des letzteren Herrschaft aufrecht zu erhalten, suchte seinen Einfluß nur in soweit geltend zu machen, um eine glimpflichere Behandlung Rudolfs herbeizuführen. Er setzte deshalb den Bischof Khlesl scharf zur Rede, daß man den Kaiser als einen Gefangenen behandle und ihm nicht einmal die Prager Burg zur Residenz gönnen wolle, über dies hinaus suchte der Gesandte vorläufig auf die Verhandlungen nicht einzuwirken.*)

Die sächsischen Gesandten Dr. Gerstenberger und Wolf von Lüttichau waren von dem Kurfürsten Christian II nicht bloß an Rudolf und Mathias, sondern auch an die böhmischen Stände und die in Prag versammelten Ausschüsse der übrigen Kronländer abgeschickt. Sie begannen
1611 am 29. April ihre Verhandlungen mit einigen der wichtigsten Rathgeber des Königs Mathias, mit Khlesl, Meggau, Žerotin, Losenstein und Hofkirchen. Khlesl eröffnete die Konferenz mit einer Auseinandersetzung der gegenwärtigen Verhältnisse, in der er den Beweis zu liefern suchte, daß das, was in Böhmen vorgehe, eine Sache sei, die außer Rudolf, Mathias und die böhmischen Stände Niemanden angehe und daß der Kurfürst von Reichswegen sich in dieselbe nicht einzumischen habe. Die sächsischen Gesandten suchten das Gegentheil nachzuweisen und verlangten, daß Mathias sich mit der Krönung begnüge, Rudolf aber nach wie vor die Regierung im Lande führe. Khlesl wies mit wohlberechtigtem Spotte diese Zumuthung ab, indem er lachend sagte, „wenn die Deutschen von Rudolf so wohl regiert worden, daß sie noch Lust hätten, länger unter seiner Herrschaft zu leben, so wolle man ihnen denselben gönnen."**) In einer Besprechung,
30 Apr. die Tags darauf Gerstenberger und Lüttichau mit Losenstein, der im Auftrage des Königs bei ihnen erschien, hatten, hielten sie unverrückt an ihrem Standpunkte fest und brachten sogar einen detaillirten Vermittlungsvorschlag vor. Der Vertrag vom 30. September 1610 sollte in seiner Geltung bleiben, von Rudolf und Mathias eidlich bekräftigt und dabei die Bürgschaft einiger Monarchen, darunter des Königs von Spanien, angerufen werden. Unter dieser Bedingung sollte Mathias alsbald gekrönt und die ober-

*) Simancas 2497/226. Zuñiga an Philipp III ddo. 25. April 1611.
**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall 2, 278.

sten Kronbeamten nicht nur dem Kaiser, sondern auch ihm eidlich verpflichtet sein. Der Sinn von allem war der, daß Rudolf nach wie vor im Besitz der Regierung bleiben sollte. *)

Am 1. Mai hatten die Gesandten abermals eine Konferenz mit des Mathias Vertretern. Khlesl unterzog sich der undankbaren Mühe nachzuweisen, daß man eigentlich keinen Grund habe, sich des Kaisers anzunehmen, alles geschehe „moderate" und „modo legitimo", der Kaiser und der König hätten sich bereits verglichen und ersterer habe ja schon der Regierung entsagt. Worüber noch unterhandelt werden könne, das seien nur die Nebenbedingungen. Žerotin, der auch zugegen war, und das Wort ergriff, stützte sich nicht auf derartige gleißnerische Argumente, sondern gab offen zu, daß man dem Kaiser Gewalt anthue, aber er rechtfertigte dieses Vorgehen, indem er mit einigen scharfen Zügen dessen Regierungsweise charakterisirte. **)

Gleichzeitig mit diesen vergeblich zu Gunsten des Kaisers geführten Verhandlungen knüpften die sächsischen Gesandten ähnliche mit einigen Wortführern unter den böhmischen Ständen an. Christian II hatte sie deshalb an Schlick, Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz gewiesen, diesen auch selbst in einem eigenen Schreiben eine bessere Behandlung des Kaisers empfohlen. ***) Allein weder vertraulich angeknüpfte Unterhandlungen mit den genannten Parteihäuptern, noch eine öffentliche Audienz, welche der böhmische Landtag den sächsischen Gesandten ertheilte, hatten das gewünschte Resultat. Thurn versicherte im Zwiegespräch, daß die Stände geneigt wären, der Vermittlung des sächsischen Kurfürsten, eines ihnen werthen Nachbars, Rechnung zu tragen, aber der Passauer Einfall habe jede Möglichkeit einer weitern Transaktion mit dem Kaiser abgeschnitten. †) Ob der Gesandte des Kurfürsten von Mainz, Brömser, welcher gleicherweise den Auftrag hatte, bei den Ständen die Interessen des Kaisers zu vertreten, in einer öffentlichen Sitzung dies that, ist uns nicht bekannt; es scheint jedoch nicht der Fall zu sein, da er durch das Schicksal der sächsischen Anträge und durch eigene Erfahrung die Erfolglosigkeit aller nach dieser Richtung hin abzielenden Bestrebungen kennen lernte. Am selben Tage, an welchem die Sachsen im Landtage auftraten,

*) Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an den Kurfürsten ddo. 29. April — 1. Mai 1611.

**) Sächs. Staatsarchiv. Gerstenberger und Lüttichau an Kursachsen ddo. 22. April — 2. Mai 1611.

***) Sächs. Staatsarchiv. Christian II an Schlick, Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz ddo. 1/11. April.

†) Die sächs. Gesandten an Christian II ddo. 27. April/7. Mai 1611.

hatte Brömser eine Unterredung mit Wenzel Kinsky, der ihm in seiner derben Weise sagte, man wundere sich nicht wenig, daß sich die deutschen Fürsten „unterstünden", in die böhmischen Angelegenheiten sich einzumischen. Als der Gesandte nach der Gewohnheit jener Zeit ein langes und breites zusammenschwatzte, daß die Stände „vor Gott, der Posterität, dem heiligen römischen Reich und der ganzen Welt ihr Auftreten gegen den Kaiser nicht würden verantworten können", äußerte sich Kinsky in ähnlicher Weise wie Khlesl einige Tage vorher gegen die sächsischen Gesandten: „Wenn dem Reiche mit einem solchen Herrn und Regenten so wohl gedient sei, so solle man ihn nur hinnehmen und behalten, so lange man könne, sie, die Böhmen, begehrten seiner nicht mehr und könnten seiner wohl entrathen." Uebrigens wisse man, setzte Kinsky hinzu, in Böhmen gut, wie die Dinge im Reiche stünden, und mache sich also keine Sorgen. Darauf entgegnete der Gesandte mit lächerlicher Gespreiztheit: „dem heiligen römischen Reiche stünden Gottlob noch Mittel und Vermögen zu Gebote, ihr von Gott vorgesetztes und durch ordentliche Wahl berufenes Haupt mit dessen Perfectionibus und Imperfectionibus zu unterhalten und sich mit demselben zu gedulden." Mit dieser Androhung einer Reichsintervention zu Gunsten des Kaisers nahm das Zwiegespräch ein Ende. *)

Der Kaiser, der seine Hoffnungen auf jeden Strohhalm setzte und folglich von den Verhandlungen der Diplomaten ein Resultat erwartete, war nicht wenig bestürzt, als er die Nachricht von der Fruchtlosigkeit ihrer Bemühungen erhielt. Am 7. Mai lud er die Gesandten zu einer gemeinsamen Berathung ein, an der auch der Herzog von Braunschweig, der Landgraf von Leuchtenberg und Mollard theilnahmen. Als die Versammlung vollzählig war und der Kaiser in derselben erschien, ergoß er sich in bittere Klagen, so daß sich die Anwesenden kaum ihrer Thränen erwehren konnten. „Ich habe," sagte er dann, „ein besonders gutes Vertrauen zu den Kurfürsten von Mainz und von Sachsen und zu Euer Liebden (dem Herzog von Braunschweig), darum will ich euch mein Anliegen entdecken, denn die Noth lehrt mich reden. Ihr Landgraf habt gesagt: Wenn ihr jenesmal (1608) bei mir gewesen wäret, ich sollte die ungarische Krone wohl behalten haben; jetzt wollt ihr mir die böhmische Krone von meinem Haupte nehmen und dem Mathias aufsetzen." Der Landgraf erwiederte erschrocken: „Allergnädigster Kaiser, sollte ich das thun?" Rudolf entgegnete, indem er auf Mollard und Leuchtenberg hinwies: „Ihr beide." Der Landgraf bat auf dies um seinen Abschied und wollte wissen, wer ihn so ver-

*) Münchner Staatsarchiv 542/20, 25. Protokoll der Mainzer und sächs. Gesandten über die Prager Transaktion. —



leumdet habe; Mollard schwieg bei der Anschuldigung. Der Kaiser fuhr indessen weiter fort: „Ihr müßt mich recht verstehen, ihr habt mich mit der Landtagsproposition übereilt." Und nun erzählte er, daß „man ihm keinen Tag Zeit zum Nachdenken gegeben und wie er habe essen wollen, so habe Barwitius die Schrift in seine Hand gestoßen und er habe unterschreiben müssen."*) Er verlangte zuletzt, die Anwesenden sollten ihren Einfluß aufbieten, daß des Mathias Krönung überhaupt nicht statthabe, oder wenigstens auf vier Monate verschoben werde und wenn dies nicht möglich sei, so solle man Anstalten zu seiner Abreise nach Regensburg treffen.

Der Herzog von Braunschweig war der einzige, der das Wort ergriff und dem Kaiser geradezu sagte, die Aufschiebung und Verhinderung der Krönung sei nicht möglich. Er theilte ihm mit, daß seit acht Tagen in der Domkirche Vorbereitungen und Bauten zu diesem Zwecke vorgenommen würden. Der Kaiser, der dies zu seiner nicht geringen Bestürzung erst jetzt erfuhr, führte nichtsdestoweniger eine Menge Gründe an, um derentwillen die Krönung dennoch nicht stattfinden dürfe: noch hätten die Böhmen die Bedingungen seiner Verzichtleistung nicht unterzeichnet, noch habe er sie nicht ihres Eides entbunden. „Erlauben es," fuhr er weiter fort, „die Landesgesetze, daß ein König in seiner Regierung turbirt werde? Was haben die Passauer so außerordentliches gethan? Sie haben geraubt, die Oesterreicher stehlen, jene haben die Kleinseite eingenommen, diese das Schloß und halten mich gefangen. Die Dinge müssen ein Ende nehmen, ich kann das ewige Trommeln, Trompeten und Schießen nicht hören, es ist für mich Gift und bringt mich um's Leben. Was soll ich allhier machen, soll ich etwa des Mathias Gubernator sein? Ich achte es nicht mehr werth, hier zu bleiben, das Leben ist mir lieber." So erhitzte er sich allmälig in seiner Rede, denn während er ursprünglich in Böhmen bleiben und die Regierung festhalten wollte, schien er zuletzt von Ueberdruß ergriffen und sprach nur von der Abreise. Der Herzog von Braunschweig widerriet auch die Abreise, da sie leicht dem Kaiser schimpfliche Mißhandlungen vom Volke zuziehen könnte. Als derselbe aber nichtsdestoweniger an ihr festhielt, frug ihn der Herzog, ob er die Krönung seines Bruders gestatten würde, wenn er auch weiterhin die Regierung in Böhmen führen dürfte und ob er unter dieser Bedingung seinen Bruder zur Nachfolge im Reiche den Kurfürsten empfehlen würde; die letztern könnten ja doch thun, was sie wollten. Die Antwort des Kaisers auf die-

*) Diese Scene erzählen die sächs. Gesandten ganz in obiger Weise in einem Schreiben vom $\frac{\text{29. Apr.}}{\text{9. Mai.}}$ 1611 an den Kurfürsten von Sachsen im sächsischen Staatsarchiv.



sen Vorschlag ist charakteristisch: „Es würde ihm," erwiederte er, „schwer ankommen, wenn man im Reiche diese Händel ungestraft lassen könnte, das würde ihm ein nagender Wurm am Herzen sein." Mit den Worten: „Ich will den Dingen weiter nachdenken" entließ er die Versammelten, nachdem er ungefähr anderthalb Stunden mit ihnen verhandelt.*) — Man sieht, des Kaisers Ueberdruß an der Regierung von Böhmen war nur ein vorgeschützter, seine Seele war nur von einem Wunsche und zwar dem nach Herrschaft erfüllt. Alles, was er im Widerspruche damit behauptete, war entweder Folge einer momentanen Aufregung oder Verstellung.

Den Tag nach dieser Berathung, die eigentlich keinen Beschluß zur Folge hatte, suchten die Böhmen eine Audienz zu erhalten, um dem Kaiser die Antwort auf die Bedingungen seiner Resignation zu überreichen. Der Wortlaut derselben ist uns nicht bekannt, sie wird jedoch dem Inhalt nach so ziemlich mit jener übereinstimmen, welche von den Böhmen schon am 18. April verfaßt worden und die wir eingehend skizzirt haben. Hinzugefügt war diesmal noch die Bitte, der Kaiser möge die Böhmen, Schlesier und Lausitzer ihres Eides entbinden. Der Betrag der jährlichen Pension wurde in dieser Eingabe auf die Summe von 100.000 Thaler festgesetzt.**) Der Kaiser empfing die ständische Deputation erst am 9. Mai und versprach ihr eine baldige Antwort. Er berief deshalb die ihm übriggebliebe-
11. Mai nen Geheimräthe und die Gesandten zu einer abermaligen Berathung;
1611 der Herzog von Braunschweig fehlte wegen Unwohlseins bei derselben. Diesmal ergriffen die sächsischen Gesandten das Wort, sie widerrieten dem Kaiser in die Wünsche der Böhmen einzugehen und empfahlen ihm einen Aufschub zu begehren. Sie stellten ihm vor, die Forderungen der Böhmen seien derart, daß er, ohne eine „schwere Verantwortung gegenüber den Ständen des heiligen römischen Reiches" auf sich zu laden, dieselben nicht ohne weiteres eingehen, sondern sich Raths bei mehreren Fürsten namentlich bei dem Könige von Spanien erholen müsse. Hätten die Böhmen bei vier Wochen Zeit gebraucht, bevor sie dem Kaiser auf seine Bedingungen eine Antwort gegeben, so dürfe er hinwiederum auch von ihnen eine Frist von „etwa 6 Monaten" begehren, um mittlerweile den Rath seiner Freunde und des kurfürstlichen Kollegiums zu vernehmen. Aus denselben Gründen rieten sie auch dem Kaiser ab, seine Unterthanen ihres

*) Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an Christian II ddo. 27. Apr./7. Mai 1611. — Münchner Staatsarchiv. 542/20, 25. Protokoll der Mainzer Gesandten über die Prager Transaktion.

**) Wir schließen auf diese Summe, weil später Verhandlungen stattfanden, um die Pension des Kaisers von 100.000 Thalern auf 120.000 zu erhöhen. Es müssen also jetzt 100.000 angeboten worden sein.

Eides zu entbinden. Die Geheimräthe stimmten der Meinung der sächsischen Gesandten bei und schlugen nur vor, den Böhmen eine vorläufige ausweichende Antwort zu geben. *)

Bevor noch die Abfassung dieser dilatorischen Antwort zu Stande kam, bedrohten die Böhmen, ungeduldig seit zwei Tagen keinen Bescheid erhalten zu haben, dem Kaiser, daß, wofern er sie nicht des Eides entbinden werde, sie auch ohne dies die Krönung vornehmen würden. Eine aufschiebende Antwort hatte demnach keine Aussicht auf Erfolg. Im Auftrage des Kaisers fand abermals eine Berathung der Geheimräthe und Gesandten statt, an der diesmal wieder der Herzog von Braunschweig sich betheiligte. Rudolf, der nicht zugegen war, ließ an die Versammelten die Frage richten, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Verhandlungen mit Mathias aufzunehmen, um so bessere Bedingungen zu erlangen. Mathias habe vor seiner Ankunft in Böhmen ausdrücklich erklärt, er komme nicht in feindseliger Absicht, er sei an diese Zusage zu erinnern und zu fragen, wie er sich ihr gemäß benehmen wolle. Die Versammlung beschloß auf diese Mittheilung, noch am selben Tag eine Deputation aus ihrer Mitte 12. Mai
an Mathias abzuordnen und ihn zu fragen, wie er sein Versprechen einzuhalten gedenke.**) Der Herzog von Braunschweig und die sächsischen Gesandten, die um ihren Anschluß an diese Deputation ersucht wurden, lehnten die Theilnahme ab und so ward bestimmt, daß sich nur die Räthe des Kaisers zu Mathias verfügen sollten. Hiebei sollten sie ihm eine Schrift überreichen, in der neben der obigen Frage auch der Wunsch ausgedrückt war, daß die Krönung auf sechs Monate verschoben werden möge.***)

Von der Uebergabe dieser Schrift und der Absendung der Deputation kam es indessen plötzlich ab, und zwar in Folge eines Druckes, den die böhmischen Stände auf die Geheimräthe ausübten. Die Stände bemerkten mit steigender Erbitterung, daß der Kaiser die bereits zugestandene Resignation in Frage stellen wolle. Indem sie in seinen Rathgebern die Ursache dieser veränderten Gesinnung suchten, beschlossen sie auch auf diese zunächst einzuwirken. So wie sie früher den Herzog von Braunschweig durch eine Deputation bedroht hatten, so fanden sich auch jetzt bei den Geheimräthen einige Personen aus ihrer Mitte ein, welche denselben zu verstehen gaben, daß es sich um ihre Sicherheit handle, wenn der Kaiser noch län-

*) Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an Christian II ddo. $\frac{30.\ \text{Apr.}}{15.\ \text{Mai.}}$ 1611 und 1/11 Mai.

**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall 2, 560. Die sächs. Gesandten an Kursachsen ddo. 2/12. Mai 1611.

***) Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an Kursachsen ddo. 3/13. Mai 1611.

ger widerstrebe.*) Solche Argumente verfehlten natürlich nicht ihre Wirkung und die Geheimräthe mögen das ihrige gethan haben, um wiederum den Kaiser einzuschüchtern. Ob sich derselbe dadurch bestimmen ließ oder ob noch andere Einflüsse bei ihm sich geltend machten, ist nicht bekannt,
13. Mai gewiß ist nur, daß Rudolf am andern Morgen den Herrn von Leuchtenberg und Mollard den Auftrag gab, sich zu Mathias zu verfügen und ihm mitzutheilen, daß er die Krönung gestatten wolle, wenn ihm ein Aufschub bis zum Pfingstmontag d. i. bis zum 23. Mai zugestanden werde. Die dazwischenliegenden Tage sollten nur zur definitiven Festsetzung der ihm für seine Resignation einzuräumenden Bedingungen benützt werden. — Während Mathias diesem Begehren nachgab, forderten die böhmischen Stände, daß der Kaiser die ihrem Schlusse entgegeneilenden Verhandlungen mit den in Böhmen befindlichen Passauern dadurch unterstütze, daß er jeden mit der Acht bedrohe, der sich der Abdankung widersetzen würde. Die Geheimräthe empfahlen dem Kaiser die Erfüllung dieser Bitte und dieser gesellte sich ihrer Ansicht bei. Als die Gesandten am Abend desselben Tages erfuhren, welche wichtigen Beschlüsse inzwischen ohne ihre Zuziehung gefaßt worden, wunderten sie sich ebenso sehr über dieselben, wie sie sie tadelten.**) Namentlich mißbilligten sie die in Aussicht gestellte Achtserklärung gegen die Passauer mit der Bemerkung, der Kaiser werde am Ende den Ständen noch nachgeben, wenn dieselben die Achtserklärung eines Kurfürsten von ihm verlangen würden. Mit diesem so entschiedenen Tadel einer Maßregel, zu der sich Rudolf längst hätte entschließen sollen, setzten die Gesandten der Thorheit ihres Betragens vollends die Krone auf. Denn den König Mathias und die Böhmen mit dem Zorne des Reiches bedrohen, alles Ernstes einen Aufschub der Krönung auf sechs Monate verlangen und zuletzt noch von freien Stücken — nicht auf den Befehl ihrer Herren — die Abdankung der Passauer tadeln, das zeugte fürwahr von Blödsinn.

Da der Kaiser sich zur Resignation wieder entschlossen hatte, so nahmen die Verhandlungen wegen der ihm zu leistenden Entschädigung, so wie die wegen seiner künftigen Residenz einen lebhafteren Gang. Rudolf konnte sich indessen bald überzeugen, daß für diese Unterhandlungen weder seine Geheimräthe als Partei, noch die Mainzer und sächsischen Gesandten wegen ihrer bisherigen Opposition gegen des Mathias Erhe-

*) Münchner Staatsarchiv. 542/20, 20. Protokoll der Prager Transaktion.

**) Münchner Staatsarchiv. 542/20, 20. Protokoll über die Prager Transaktion. — Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an ihren Herrn ddo. 5/15. Mai.

bung passende Werkzeuge seien und er erinnerte sich wieder der Anwesenheit Zuñiga's, der für diese Art der Unterhandlungen wie geschaffen war. Er berief ihn deshalb zu sich und forderte ihn auf, bei dem Könige seine 17. Mai Interessen zu vertreten. Er sollte dem letztern vorstellen, wie es seine Pflicht sei, den Kaiser als den ältern Bruder zu achten, nachdem er ihm eine Krone nach der andern entrissen habe. „Ja eine Krone nach der andern entrissen", so wiederholte Rudolf selbst seine letzten Worte. Zuñiga entgegnete, daß er gern bereit sei, ihm aufrichtig zu dienen und berief sich dabei auf seine Haltung in der Passauer Angelegenheit, in der er nie jene Maßregeln empfohlen habe, die zuletzt des Kaisers Ruin herbeigeführt. Er verlangte jedoch als Bedingung für seine Theilnahme an den Verhandlungen, daß der letztere nicht mittlerweile seine Entschlüsse ändere und durch andere Maßregeln durchkreuze. Rudolf erwiederte, daß er sich bereits der Gesandten von Mainz und Sachsen bedient habe und daß er nicht umhin könne, sich auch ferner ihrer Dienste zu bedienen. Zuñiga erklärte darauf deutlicher, daß er nichts gegen die weitere Benützung der genannten Gesandten einzuwenden habe, wohl aber dagegen, daß Personen von niederer Beschäftigung und geringem Stande auf die Verhandlungen einen Einfluß nehmen dürften. Damit berührte Zuñiga ein Verhältniß, das in dieser Zeit zu sehr in den Vordergrund trat, als daß ein Vertreter Philipps III dasselbe mit Stillschweigen übergehen konnte. Mehr als je gestattete der Kaiser gewissen Personen seiner nächsten Umgebung, nämlich Aerzten, Chemikern, Malern, Astrologen und Kammerdienern einen immer weiter gehenden Einfluß, weihte sie in alle Staatsangelegenheiten ein und handelte nach ihrem Rath. Schon früher ist berichtet worden, daß die Behauptung der Astrologen, der Kaiser werde im Kriege siegen und Mathias gefangen nehmen, auf den Einfall der Passauer in Oesterreich maßgebend einwirkte, und daß bei Gelegenheit der Konventsverhandlungen (im Jahre 1610) Dr. Armanstetter erfolgreich gegen den raschen Abschluß eines Vergleichs zwischen Rudolf und Mathias agitirt habe. Aus den gegen den Dr. Hauser erhobenen Anklagen, als habe er Mathias im Auftrage Rudolfs verzaubern sollen, geht so viel hervor, daß der letztere sich mit Hauser öfters über Staatsangelegenheiten besprechen haben muß. Des Malers Hans von Aachen Einfluß auf Rudolf bestand auch noch jetzt, ward aber bereits durch den des kaiserlichen Kammerdieners, eines gewissen Ericius, überboten. Dieser Mann hatte sich durch seine Kenntnisse in der Mathematik und Astronomie bei seinem Herrn eingeschmeichelt und benützte dessen Vertrauen, um sich in Staatsgeschäfte einzumischen. Gegen das aus Armanstetter, Ericius und Hans von Aachen bestehende Trifolium war also



zunächst die Bemerkung Zuñiga's gerichtet, wiewohl er keinen von ihnen nannte. *)

Nachdem der Gesandte sich bis zu dieser Verwahrung verstiegen und dem Kaiser den Rath ertheilt hatte, derartigen Personen keinen Einfluß zu gestatten, sondern sie zu fliehen, mahnte er ihn, alle Hintergedanken aufzugeben und „offen und freundschaftlich“ mit seinem Bruder zu unterhandeln, sich gegen ihn „wie ein Vater“ zu benehmen und ihm gleich einem Sohne jeden Zuwachs an Macht zu gönnen. So könne die Unterhandlung ein rasches Ende nehmen und schlimmeres verhütet werden. Für diese väterlichen Gesinnungen, die ihm Zuñiga einreden wollte, fühlte sich jedoch der Kaiser nicht im mindesten begeistert und er wiederholte seine frühern Worte: es sei doch eine arge Sache, wenn man nach einander zweier Kronen beraubt werde. Als Zuñiga entgegnete, daß dieser Verlust nicht mehr ungeschehen gemacht werden könne, nachdem der Kaiser selbst seine Abdankung angeboten habe, erwiederte dieser, daß er gerade hiebei übereilt und getäuscht worden sei. Er ersuchte schließlich Zuñiga, seine Interessen bei Mathias zu vertreten und sich die Instruktion bei den Geheimräthen zu holen.

In der Instruktion wurde Zuñiga angewiesen, bei dem Könige die Gewährung von 12 Forderungen zu betreiben. Die wichtigsten von ihnen waren: die *erste*, vermöge welcher der Kaiser nicht bloß den Titel eines Königs von Böhmen für sich forderte, sondern auch verlangte, daß sein Bruder nicht im eigenen Namen, sondern als sein (des Kaisers) *Statthalter*, selbst nach der Krönung, die Regierung von Böhmen führe; die *zweite*, welche eine Erhöhung der von den böhmischen Ständen zugesagten Jahrespension von 100.000 Thalern verlangte und die *dritte*, vermöge der dem Kaiser gestattet sein sollte, überall in Böhmen also auch auf dem Prager Schlosse zu wohnen. Die anderen stimmten so ziemlich mit jenen überein, welche der Kaiser bereits am 16. April aufgestellt hatte.

Aus der ersten Forderung ersieht man, daß der Kaiser die sonderbarsten Kombinationen ausfindig machte, um irgendwie die seiner Hand entschlüpfende Herrschaft festzuhalten. Abgesehen von der Lächerlichkeit dieser Auskünfte war der abermalige Wechsel in seinen Entschlüssen für alle Betheiligten nicht bloß im höchsten Grade ärgerlich, sondern geradezu langweilig und widrig. Kaum vier Tage waren verflossen, daß Leuchtenberg und Mollard dem König die definitive Resignation des Kaisers angeboten

*) Wiener Reichsarchiv. Brömser an Kurmainz ddo. 15. Juli 1611.



hatten und nun war sie wieder in Frage gestellt. Zuñiga, der nach dem gehabten Zwiegespräch etwas ähnliches wie diesen Auftrag erwarten konnte, begab sich mit demselben zu Mathias und ersuchte ihn im allgemeinen die Wünsche des Kaisers zu erfüllen. Mathias wies diesen Gegenstand an seine Räthe, die darauf den böhmischen Ständen die Vorschläge des Kaisers mittheilten und deren Gutachten verlangten. Die Stände lehnten, wie nicht anders zu erwarten stand, absolut die erste Forderung ab, bezüglich der andern waren sie jedoch nachgiebiger. So waren sie für eine bedeutende Erhöhung der dem Kaiser zu verabreichenden Pension, damit sein Gesammteinkommen sich bis auf 300.000 Thaler jährlich belaufen könnte. Bezüglich der Residenzfrage enthielten sie sich des Votums und überließen dieselbe der Entscheidung des Königs, so daß es in des letzteren freiem Ermessen stand, ob er dem Kaiser die Prager Burg einräumen wollte oder nicht. In ähnlicher Weise überließen sie auch seiner Entscheidung die Gewährung anderer Forderungen. Als des Mathias Räthe von den Ständen diese Antwort erlangt hatten, theilten sie dieselbe dem spanischen Gesandten mit und fügten bei, daß ihr Herr erbötig sei, dem Kaiser die Burg zur fernern Bewohnung zu überlassen, wenn auch ihm eine Wohnung darin eingeräumt werden würde. Bezüglich der Pension stellten sie eine Erhöhung in Aussicht. *)

Mit diesem Bescheide verfügte sich Zuñiga zu den Geheimräthen, die sich mit demselben wenig zufrieden zeigten. Als er darauf zum Kaiser vorgelassen wurde und ihm die einzelnen Punkte auseinandersetzen wollte, hörte ihn dieser kaum an; er befand sich in einem derartigen Zustand von Aufregung, daß er dem Gesandten wie rasend vorkam. „Die Krönung muß verschoben werden," das waren endlich seine ersten Worte auf des letztern

*) Die vorangehende und nachfolgende Theilnahme Zuñiga's an den Verhandlungen erzählen wir genau nach einem Schreiben desselben ddo. 25. Mai 1611 an Philipp III (Archiv von Simancas 2497/60). In diesem Schreiben sagt Zuñiga: Dieronme los consejeros los puntos, que avia de tratar con el Rey, entre los quales los principales eran: Que no solo le quedase al Emperador el titulo de Rey de Bohemia juntamente con su hermano, pero que *el* huviese de governar en su nombre y con poder suyo. Unter dem el ist Mathias zu verstehen, wie wir klar aus den böhm. Landtagsverhandlungen ersehen. (Diarium über die Prager Verhandlungen MS. im Wiener Staatsarchiv 491.) Der Vorschlag, den seiner Zeit der Herzog von Braunschweig gemacht hatte und der dahin lautete, daß Rudolf auch nach Mathias' Krönung die Regierung weiter führen sollte, wurde definitiv fallen gelassen und durch einen andern ersetzt, nach welchem, wie oben erzählt, Mathias nur des Kaisers Statthalter in Böhmen sein sollte.

Auseinandersetzungen. Als Zuñiga entgegnete, daß dies nicht mehr möglich sei, da die Vorbereitungen zu weit vorgerückt seien, erwiederte Rudolf, man müsse den König dennoch um Aufschub ersuchen und er wolle in diesem Versuche lieber zu Grunde gehen als nachgeben. Diese Worte wiederholte er vier- bis fünfmal und sah dabei Zuñiga in einer solchen Weise an, daß dieser von Angst erfaßt sich entfernte und sich nochmals zu Mathias begab, um über diese Audienz und das Begehren des Kaisers zu berichten. Mathias' Antwort blieb dieselbe wie früher, er bat den Gesandten zu seinem Bruder zurückkehren, den Aufschub der Krönung als unmöglich zu schildern und diese abschlägige Antwort nach Möglichkeit zu versüßen. Der Erfolg war diesmal der gewünschte; der Kaiser entschloß sich die Erlaubniß zur Krönung zu geben und seine Unterthanen vom Eide der Treue zu entbin-
22. Mai den. Mit dieser Botschaft kehrte Zuñiga zu Mathias zurück, der nicht wenig über den endlichen Sieg erfreut war; es war auch die höchste Zeit geworden, da die Krönung auf den folgenden Tag angesagt war.*) Dennoch war noch nicht jede Schwierigkeit überwunden. Denn als unmittelbar darauf die böhmischen Stände dem Kaiser eine Formel zuschickten, nach der er unbedingt auf die Krone verzichten und sie von dem Eide der Treue entbinden sollte, weigerte er sich, dieselbe mit seiner Unterschrift zu versehen, und verlangte, daß sie sich mit einer von ihm empfohlenen Formel begnügen sollten. In dieser letztern war die Resignation nur bedingungsweise ausgesprochen und ihre Giltigkeit davon abhängig gemacht, daß der Kaiser bezüglich seiner Forderungen befriedigt werde. Da keine Zeit mehr übrig war, um neue Verhandlungen anzuknüpfen und von dem Kaiser keine weitere Nachgiebigkeit zu erwarten stand, außer wenn ihm geradezu Gewalt angethan worden wäre, so begnügten sich die Böhmen mit dieser bedingten Resignation.**)

Noch waren die Schlesier und Lausitzer ihres Eides nicht entlassen; wären die Böhmen skrupulös gewesen, so würde dieser Mangel die Krönung dennoch verhindert haben. Allein dieselben ließen sich dadurch nicht weiter stören, um so weniger, da sie an ihrem Rechte festhielten, allein zur Entscheidung über den rechtmäßigen Besitzer der Krone berufen zu sein. Es blieb also bei der Bestimmung, daß die Krönung am 23. Mai vorgenommen werden solle. Der Kaiser selbst kam mit seiner Nachgiebigkeit zwei Tage später nachgehinkt. Am 24. Mai entließ er auch die Schlesier und Lausitzer ihres Eides, gab jedoch dieser Urkunde das Datum vom

*) Die Nachrichten über diese Vorgänge schöpfen wir aus den bereits vielfach angeführten Quellen.

**) Diarium der Prager Ereignisse, MS. 491 des Wiener Staatsarchivs.

22. Mai. Diese Entlassung war von einer Protestation begleitet, in welcher Rudolf erklärte, daß sie keine freiwillige, sondern nur eine erzwungene sei. *)

IV

So weit es auf die Zustimmung des Kaisers und auf die Ausschmückung der Domkirche ankam, stand der Krönung des Königs Mathias 23. Mai 1611
am Pfingstmontag nichts entgegen, wenig fehlte jedoch, so würden die bis dahin in voller Uebereinstimmung handelnden Parteien eine Zögerung selbst verursacht haben. Die böhmischen Stände, welche alles zum Sturze des Kaisers gethan hatten, wollten nun auch ihrerseits ihren Lohn haben und waren nicht geneigt, Mathias früher die Krone aufzusetzen, bevor er ihren Wünschen, die sie ihm bereits seit mehreren Tagen mitgetheilt, nicht genüge gethan hätte. Diese Wünsche erstreckten sich nicht bloß auf die Bestätigung ihrer bisherigen Privilegien und Gerechtsame, sondern auch auf die Ertheilung neuer und höchst wichtiger. Sie beanspruchten 1. die Freiheit beliebig Kreisversammlungen berufen zu dürfen; 2. die Vollmacht zur Anstellung von Truppenwerbungen ohne vorhergehende Erlaubniß des Königs; 3. die Bestätigung des im Jahre 1609 mit den Schlesiern zu wechselseitiger Hilfe abgeschlossenen Bündnisses, welche Rudolf damals beharrlich verweigert hatte **) und 4. die vorläufige Zustimmung zu dem Bündnisse, welches sie mit den Ungarn und Oesterreichern abzuschließen geneigt waren.

Mathias, der bisher von einem Erfolge zum andern geeilt war und von Wien bis Prag einen förmlichen Triumphzug gefeiert hatte, kam jetzt auf einen bitteren Nachgeschmack. Bei den hergebrachten Gerechtsamen der Stände von Böhmen hatten die Könige nur über einen beschränkten Einfluß geboten. In diesen war durch den Majestätsbrief des Jahres 1609, der das ganze protestantische Kirchen- und Schulwesen in die Hände der Stände gab, eine gewaltige Bresche geschossen worden, in die sich Mathias ohne Widerrede fügte. Ueber dies hinaus stellten die Stände aber neue Forderungen an ihn, bei denen erfahrungsmäßig jedes monarchische Staatswesen den gefährlichsten Schwankungen preisgegeben ist. Nach der bisherigen Verfassung war das Recht Land- und Kreistage zu berufen

*) Hammer Khlesl II S. 288. — Hurter Bd. VI. 517. Nach Hurter scheint es, als ob der Kaiser den Schlesiern und Lausitzern erst am 29. Mai die Entlassung gegeben hätte.

**) Das Nähere hierüber S. 15 dieses zweiten Bandes.

eine Prärogative der Krone.*) Indem die Stände das Recht in Anspruch nahmen, beliebig Kreistage berufen zu dürfen, griffen sie zwar diese Prärogative nicht in ihrem ganzen Umfange an, schmälerten aber entschieden ihre Bedeutung. Eben so war es bisher gesetzlich bestimmt, daß der König Truppen im Lande ohne Zustimmung der Stände weder unterhalten noch werben durfte, aber auch die letzteren konnten solches nicht ohne seine Erlaubniß thun. Jetzt sollte dies Verhältniß ein Ende nehmen und die Stände zu Truppenwerbungen berechtigt sein. Ferner sollte das Bündniß, welches die Böhmen und Schlesier im J. 1609 zu wechselseitiger Hilfeleistung geschlossen hatten, im Falle sie in dem Genusse ihrer religiösen Freiheiten sich verkürzt sehen würden, vom Könige sanktionirt werden. Was konnte nicht alles als Religionsverkürzung von Leuten angesehen werden, die in ihrer eigenen Sache Richter waren! Ein einfacher ständischer Beschluß sollte fortan genügen, um eine Exekution gegen angebliche oder wirkliche Verletzer der protestantischen Glaubensfreiheiten ins Werk zu setzen und hiegegen dem Könige weder ein Veto noch irgend welche Hilfsmittel zu Gebote stehen, da er ohne Zustimmung der Stände nicht rüsten durfte. Und nicht genug an allen diesen Forderungen, es sollte Mathias schon jetzt seine Zustimmung zu einem Bündnisse der Böhmen mit den Ungarn und Oesterreichern geben, dessen einzelne Artikel noch nicht einmal festgesetzt waren und das er also mit verbundenen Augen und Händen annehmen sollte.

Die ständischen Bestrebungen in der gesammten österreichischen Monarchie treten bei dieser Gelegenheit ganz unverhüllt hervor. Die Forderungen der Böhmen fanden die vollständige Billigung aller ständischen Ausschüsse, die um diese Zeit in Prag weilten, sie stimmten vollständig mit den Errungenschaften und Wünschen der Ungarn überein und ebneten zugleich die Kluft aus, welche die abwehrende Haltung der Böhmen im Jahre 1608 zwischen diesem Lande und den übrigen Besitzungen der deutschen Habsburger gebildet hatte. Diese Bestrebungen lassen sich in folgendem Satze zusammenfassen: Die Stände sämmtlicher österreichischen Länder wollten die Exekutive in ihre Hand bekommen und zum wechselseitigen Schutz ein auf bewaffneter Hilfe basirtes Bündniß abschließen. Den Bestrebungen nach Erlangung der Exekutive gaben die Böhmen jetzt den prägnantesten Ausdruck, indem sie auch die Militärmacht von sich

*) Die Stände Böhmens vindicirten sich das Recht Land- und Kreistage zu berufen bis zu dem Jahre 1545. Seit diesem Jahre mußten sie auf Andringen Ferdinands I dies Recht aufgeben, ein Beschluß, der im Jahre 1547 abermals sanktionirt und dann in die Landesordnung eingetragen wurde.

abhängig machen wollten. Das Bündniß zwischen den Ständen sämmtlicher österreichischen Länder sollte zwar vorerst nur zum Schutze der erworbenen religiösen und der ererbten politischen Freiheiten bestimmt sein, ließ sich aber ohne Schwierigkeit auf alle Fälle ausdehnen, auf welche die Theilnehmer es auszudehnen beliebten. Die Bewegung, die dadurch in die alten ständischen Verfassungen kam, hätte nicht unbedingt jenen unheilvollen Ausgang nehmen müssen, der für so lange Zeit das geistige Leben in Oesterreich zerstörte. Obwohl sie einen entschieden aristokratischen Charakter hatte und gegen das Königthum namentlich wegen des katholischen Glaubensbekenntnisses seiner Träger gerichtet war, so zeigte sich doch wenigstens bei dem hervorragendsten Leiter derselben, bei Žerotin, ein offener Sinn für das Morsche und Verkommene mancher alten Zustände. Wäre Mathias der Mann gewesen, um mit einem genialen Blick die Sachlage zu umfassen, hätte er es namentlich verstanden, die tüchtigen Adelselemente zu gewinnen und den Städten jene Bedeutung zu geben, die ihnen zukam und in der sie durch den Adel die mannigfachsten Verkürzungen erlitten hatten, so würde er an ihnen eine sichere Stütze gegen die oligarchischen Bestrebungen der Adelshäupter und für eine starke Regierung gefunden haben, mit einem Worte, er hätte sich selbst an die Spitze einer Bewegungspartei stellen und in ihren Bestrebungen die Mittel zur Erhöhung seiner Macht finden können. Gerade das, was sich am gefährlichsten anließ, konnte für ihn und seine Macht am nutzbringendsten werden. Das Feldgeschrei des Tages war „Konföderation aller österreichischen Länder". Žerotin träumte damals von einer Konföderation, der ein weiterer Inhalt zu geben sei, als der einer bloßen Vertheidigung gegen Glaubens- und Privilegiums-Angriffe; die bloß negative Wirksamkeit der von dem Adel beabsichtigten Konföderation hätte vielleicht Mathias durch eine positive vervollständigen können, welche, statt zu trennen, verbunden und die Macht der Habsburger auf eine solide Basis erhoben hätte. Für diese Erfolge, so scheint es, wäre es jedoch unerläßliche Bedingung gewesen, daß Mathias nicht nur über eine hohe politische Begabung verfügt, sondern sich auch dem Glauben seiner Unterthanen beigesellt hätte. Nur in diesem Falle konnte er der ständischen Bewegung, die auf eine aristokratische Republik hinsteuerte, eine Richtung geben, die dieses Ziel verfehlte und ihm selbst dienen mußte. Man kann kaum annehmen, daß nicht auch Mathias selbst — entweder in Folge eigenen Nachdenkens oder durch die Bemerkungen Anderer — ähnliche Betrachtungen angestellt haben sollte. Die Anhänglichkeit an die katholische Kirche wurzelte aber so tief in seinem Hause, daß ihm der Gedanke fernblieb, den Glauben zum Gegenstande einer staatsmännischen Spekulation zu machen.



Von den Staatsmännern, welche Mathias begleiteten, sahen wohl
alle die Tragweite der böhmischen Forderungen ein, keiner derselben riet
aber seinem Herrn dieselben abzuweisen, Khlesl allein ausgenommen. Die-
ser flößte dem Könige den nöthigen Muth ein, um trotz aller Gefahr seiner
Macht nicht selbst den Todesstoß zu versetzen. Mathias erwiederte deshalb
1611 den Ständen, daß er einen Revers von dem Inhalte, wie sie ihn wünsch-
ten, nicht unterzeichnen könne. Er sei wohl erbötig das Versprechen zu
geben, daß er nach vollzogener Krönung alle Privilegien und Rechte
Böhmens bestätigen wolle, aber zu den neuen Forderungen vermöge er
seine Zustimmung nicht zu ertheilen. Im Landtage erhob sich darauf ein
Geschrei „gegen Khlesl und andere Pfaffen", welche den König gegen die
Stände einzunehmen suchten, Deputation auf Deputation bestürmten den
letztern und verlangte eine vollständige Annahme des vorgelegten Revers-
22. Mai entwurfes. Nach vielen Verhandlungen und nach einem langen Disput
1611 mit den Grafen Thurn und Schlick, die sich bei Mathias im Namen der
Stände einfanden, gab der letztere, offenbar unter dem Drucke der bereits
für den folgenden Tag anberaumten also unmittelbar bevorstehenden
Krönung, so weit nach, daß er sich zur Unterzeichnung eines Reverses
entschloß. *) In diesem verpflichtete er sich, nach vollzogener Krönung alle
Rechte und Privilegien, wovon mehrere der wichtigsten insbesondere ange-
führt wurden, zu bestätigen, überdies aber dem Bündnisse zwischen den
Böhmen und Schlesiern vom J. 1609 seine Sanktion zu ertheilen. Von
den drei anderen Forderungen der Böhmen bestätigte er keine in diesem
Reverse, er versprach aber, über dieselben bei dem nächsten Landtage
verhandeln zu lassen. **) Zuñiga erzählt, Mathias habe bei dieser Gele-
genheit heimlich das Versprechen gegeben, wenigstens der Konföderation
sämmtlicher Stände der ihm unterthanen Länder, wie solche bei einer all-
gemeinen Zusammenkunft derselben beschlossen werden würde, seine Zustim-
mung zu ertheilen. Ob das Versprechen so positiv war, wie der spanische
Gesandte behauptet, wissen wir nicht anzugeben, wir zweifeln jedoch auf
die Versicherung eines so wohl unterrichteten Berichterstatters wie Zuñiga
nicht daran, denn schon die einfache Zusage des Königs, daß er die Wünsche
der Böhmen dem nächsten Landtage zur Verhandlung vorlegen werde,
schließt in sich eine Art Versprechen ein, ihnen zu genügen. ***) Es war

*) Diarium über die Prager Ereignisse.

**) Der Revers findet sich im böhmischen Statthaltereiarchive. Es scheint, daß Ma-
thias auch den Schlesiern und Lausitzern Reverse ausstellte, wenigstens findet sich
das Konzept des Reverses für die Oberlausitzer im böhmischen Statthaltereiarchiv.

***) In der That wurde am Prager Generallandtage von 1615, nachdem der König

am Pfingstsonntag 10 Uhr Abends geworden, als diese Verhandlungen zu Ende gelangt waren und Mathias dem Reverse seine Unterschrift beifügte.*)

Am Pfingstmontag, den 23. Mai, versammelten sich die böhmischen 1611
Stände im Landtagssaal und hier frug sie der Oberstburggraf, ob sie Mathias zu ihrem Könige annehmen wollten oder nicht. Als diese Frage allgemein bejaht wurde, proklamirte derselbe „im Namen der heiligen Dreifaltigkeit Mathias als König von Böhmen". Wenige Augenblicke darauf verfügten sich die Stände zu ihrem neuen Könige, um ihm von diesem Beschlusse Nachricht zu geben und ihn zu der Krönung, die alsbald vorgenommen werden sollte, zu geleiten. Es war zwei Uhr Nachmittags, als Mathias angethan in demselben ungarischen Kostüm, in welchem ihm die Stephanskrone auf das Haupt gesezt worden war, bei seiner mittlerweile auf dem Hradschin genommenen Wohnung ein Roß bestieg und geleitet von seinem Gefolge und den böhmischen Ständen, die sämmtlich zu Fuß gingen, in die einige Hundert Schritt entfernte Domkirche sich verfügte. Zuerst betrat er die Wenzelskapelle, wo die Krone aufbewahrt wurde und von da begab er sich unter großem geistlichen Geleite zum Hochalter. Die Krönung selbst wurde mit Beobachtung des alten feierlichen Zeremoniels vorgenommen. Nachdem der Kardinal Dietrichstein**) die vorgeschriebenen Gebete und Salbungen verrichtet hatte — wobei, wie ein protestantischer Augenzeuge hämisch berichtet, Khlesl unter den Geistlichen wie ein Hofmeister gewesen und sich viel zu schaffen gemacht habe***) — trat der Oberstburggraf vor und frug dreimal die hinter dem Könige knieenden Stände, ob sie Mathias zu ihrem Könige haben und erwählen wollten. Als diese die dreifache Frage mit einem dreifachen „Ja" beantworteten, ergriff der Oberstburggraf die Krone, überreichte sie dem Kardinal, der sie dem Könige aufs Haupt setzte, wobei während der Benediktion der Oberstburggraf und die anwesenden Bischöfe von Neutra und Wien (Khlesl) dieselbe mit ihren Fingern berührt hielten. Darauf schwuren auf Geheiß des Oberstburggrafen die böhmischen Stände dem neuen König den Eid der Treue und

---

fast durch 4 Jahre die Erfüllung seiner Zusage verzögert hatte, über die Forderungen der Böhmen verhandelt. Es kam, wie zu erwarten stand, zu keiner Einigung und dies bekräftigte den Grafen Thurn und seine Parteigenossen in ihrem Entschlusse mit dem Hause Habsburg zu brechen und einen Aufstand herbeizuführen. Wir verweisen in vorhinein auf die Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618, die wir nach diesem Werk zu schreiben gedenken.

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 148 Bodenius an Max von Baiern ddo. 23. Mai 1611.

**) Eigentlich stand die Krönung dem Erzbischof von Prag, dem Grafen Lamberg, zu, derselben war aber um die Zeit krank, er litt entweder an Irrsinn oder Blödsinn.

***) Diarium der Prager Ereignisse.

verneigten sich einzeln vor ihm, wobei jeder von ihnen die Krone mit den Fingern berührte, während dieser selbst jedesmal wie zum Gruße das Haupt neigte. Altem Herkommen gemäß schlug darauf Mathias zwei junge böhmische Edelleute zu „Wenzelsrittern", eine Würde, die ein böhmischer König nur am Tage seiner Krönung ertheilen kann. Schüsse aus Kanonen, die auf mehreren Punkten der Stadt aufgestellt waren, verkündigten der Bevölkerung das feierliche Ereigniß. Welchen Wiederhall mag wohl jeder dieser Schüsse bei dem in seinen Gemächern brütenden Kaiser gefunden haben? Eigens hatte er sich in den am meisten abseits gelegenen Theil des Schlosses zurückgezogen, damit kein Laut, welcher an die Vorgänge des Tages mahnte, an sein Ohr gelange.*) Bei der Rückkehr des festlichen Zuges aus der Kirche wurden altem Brauche gemäß Geldmünzen unter das Volk geworfen; auf der Vorderseite derselben sah man das Bild des neuen Königs, auf der Rückseite dagegen das Bild eines schlangenfressenden Storches mit der Umschrift: „Aus unsern Feinden Heil."

Nach der Krönung fand ein Bankett statt, an dem sich auch Mathias betheiligte. Er saß an einem eigenen Tisch, ihm zur Seite Erzherzog Karl, Bischof von Breslau, der zu dieser Feier nach Prag gekommen war, der Kardinal Dietrichstein, der päpstliche Nuncius, Zuñiga, der florentinische Gesandte und der Herzog von Brieg. Außer dieser Haupttafel waren noch mehrere Nebentafeln hergerichtet, und zwar so viele als es böhmische Kronbeamten gab. Jeder von ihnen machte die Honneurs bei einer derselben und bewirthete seine Gäste, die entweder den böhmischen Ständen und den Abgeordneten der übrigen des Mathias Herrschaft unterthanen Länder angehörten.**) — Die Gesandten von Sachsen und Mainz hatten keinen Antheil an den Krönungsfeierlichkeiten genommen, es war ihnen dies nicht bloß von ihren Herrn verboten worden, auch der Kaiser selbst hatte ihre Abwesenheit gewünscht.***) Von Mathias, der sich einer abschlägigen Antwort von ihrer Seite im vorhinein versah, war übrigens keine Einladung an sie ergangen. Daß auch der Herzog von Braunschweig sich fernhalten würde, wie dies der Fall war, stand zu erwarten. Ebensowenig fand sich einer von den Geheimräthen des Kaisers bei der Krönung ein, der Präsident des geheimen Rathes, der Graf von Leuchtenberg, erlustigte sich in seinen Gemächern an dem Primeraspiel. Am andern Tage schickte Mathias zu Rudolf seinen

*) Brömsers Bericht.

**) Diarium über die Prager Ereignisse.

***) Brömsers Diarium im Wiener Reichsarchiv N. 117. — Sächs. Staatsarchiv. Der Kurfürst von Sachsen an die in Prag weilenden Gesandten ddo. 11/21. Mai 1611. — Ebendaselbst. Die sächsischen Gesandten an Kursachsen ddo. 13/23. Mai 1611.

obersten Kämmerer Herrn von Meggau, um demselben für die Abtretung des Königreichs seinen Dank zu erstatten. Anfangs wollte der Kaiser nichts von der Vorlassung des Boten wissen, erst auf Zureden seines Kammerdieners, wahrscheinlich des Ericius, ließ er ihn auf einige Augenblicke vor und sprach die Hoffnung aus, der Bruder werde für das liebevoll Gewährte nicht undankbar sein.

Die Art und Weise, wie Rudolf zuletzt nur bedingungsweise die Böhmen ihres Eides entlassen hatte, und wie er darauf den Schlesiern unverholen erklärte, daß er die Eidesentlassung nur als eine erzwungene ansehe, ließen nach vollzogener Krönung endlos sich hinziehende Verhandlungen erwarten, selbst wenn eine derartige Verschleppung nicht ohnedies im Charakter des Kaisers gelegen wäre. Die „liebevolle" Gewährung konnte unmöglich lange ohne praktischen Kommentar bleiben. Die Verschleppung war um so gewisser, als es dem Kaiser mit seiner Drohung, die Abdankung nur als eine erzwungene ansehen zu wollen, völlig Ernst war; nahm er dieselbe aber zurück, so bedurfte es für ihn keines Vergleiches. In der That ging seine Absicht dahin, kein Mittel unversucht zu lassen, um die bereits entschwundene Herrschaft wieder an sich zu bringen.

Von dieser seiner Absicht, die Resignation zurückzunehmen, benachrichtigte Rudolf zuerst den Kurfürsten von Sachsen. Er theilte demselben mit, daß er nicht länger in Prag bleiben, sondern von da abreisen und in einer Reichsstadt seine Residenz aufschlagen wolle; der Kurfürst solle als „Marschall des heiligen römischen Reiches" ihm hiebei das Geleite geben. Mittlerweile hatte der Kurfürst von Mainz einen Kurfürstentag nach Mühlhausen ausgeschrieben, wie dies bereits im Jahre 1610 bestimmt worden. Dahin wollte Rudolf Gesandte schicken, um in aller Form gegen die letzten Ereignisse in Böhmen zu protestiren. In der Instruktion, welche der Gesandte erhalten sollte, hieß es, daß der Kaiser nur gezwungen in seine Resignation eingewilligt habe und daß dieselbe ebenso „schimpflich wie dem Hause Oesterreich präjudicirlich und der kaiserlichen Dignität, der Hoheit des römischen Reiches und des kurfürstlichen Kollegiums nachtheilig sei." An diese verurtheilende Schilderung knüpfte der Kaiser die Bitte, die Kurfürsten möchten ihm mit Rath und That helfen, er selbst wolle sich an nichts gebunden halten, „was der kaiserlichen Hoheit und dem kurfürstlichen Kollegium zum Nachtheil, Präjudiz und Gefahr" gereichen könnte. *) Diese Erklärungen und das sonstige Betragen des Kaisers, der

30. Mai 1611

*) Sächs. Staatsarchiv. Nürnberger Kurfürstentag 7387/1,120. Rudolf an Kursachsen ddo. 30. Mai 1611.



sich über die Abreise aus Böhmen nach Regensburg als eine unmittelbar bevorstehende Thatsache aussprach, erzeugten nachgerade in Prag allgemein den Glauben, daß es damit Ernst sei.*) Mathias geriet in nicht geringe Sorge, daß Rudolf seinen Vorsatz ausführen und sich gegen ihn kehren werde. Wiewohl er von Seite der Böhmen, die ihn mit aller Entschiedenheit gegen seinen Bruder auf den Thron erhoben hatten, nur feste Anhänglichkeit bei einem etwaigen Kampfe erwarten konnte, beängstigte ihn dennoch die Art und Weise, wie er zum Besitz des Landes gekommen war, und er fürchtete wieder zu verlieren, was er gewonnen.

Faßt man jedoch den Charakter Rudolfs ins Auge, so war die Besorgniß des Königs vor entscheidenden Schritten, die derselbe etwa unternehmen könnte, überflüssig. Thatsache war allerdings, daß Rudolf, wie seine eben angeführten Instruktionen und Schreiben beweisen, das Reich gern gegen Mathias in Bewegung gesetzt hätte. Allein sobald er hiebei mehr thun mußte, als eine passive Haltung anzunehmen und höchstens noch einem Schriftstücke seinen Namenszug beizufügen, so war mit Sicherheit auf seine Unthätigkeit zu bauen. Die Abreise, mit welcher der Kaiser drohte, war nicht zu fürchten: seit mehreren Jahren hatte er sich die augenscheinlichsten Nachtheile zugezogen, weil er es nicht über sich gewinnen konnte, in wichtigen Angelegenheiten seinen Willen kund zu thun, oder seine Zustimmung zu unvermeidlichen Schritten zu geben, und nun sollte er sich zu einer solchen Riesenthat entschließen, wie es eine Reise von Prag bis Regensburg war, sollte dahin einen Reichstag berufen und bei demselben Klage wider den Bruder führen, Tag für Tag Audienzen ertheilen und all' den Lärm und die Bewegung mit in den Kauf nehmen, die mit einem Reichstage unzertrennlich war? Wenn Rudolf hätte thätig sein wollen, so hätte er dies früher sein und dadurch den Verlust seiner Kronen vermeiden können. Er besaß jetzt nicht mehr die Kraft, um seinem Willen eine größere Energie zu verleihen und alle Drohungen mit entscheidenden Schritten, wobei er plötzlich ein bewegteres Leben hätte führen müssen, waren nichts wie eitle Worte.

Waren also des Kaisers Drohungen, soweit sie eine Anstrengung seinerseits erheischten, nicht weiter zu fürchten, so besaß er in seiner sicherlich zu erwartenden Passivität gegenwärtig eine Macht, die dem Könige Mathias große Verlegenheiten bereiten konnte. Dem letztern lag, schon um eines geordneten Regierungswesens willen, sehr viel daran, die Resignation seines Bruders zu einer unangreifbaren Thatsache zu machen,

*) Simancas 3497/54. Zuñiga an Philipp III ddo. 4. Juni 1611.

hiezu war es aber vor allem nöthig, daß der Ausgleich zu Stande komme, auf Grund dessen Rudolf definitiv allen seinen Rechten entsagen sollte. War dies der Fall, so durfte Mathias auch vom Kaiser die Belehnung mit der Krone Böhmen verlangen, er trat dann in die Reihe der deutschen Kurfürsten und konnte auch auf die Erlangung der Kaiserkrone hoffen. Unglücklicherweise sprachen alle Gründe, welche dem Mathias den Abschluß des Ausgleiches wünschenswerth machten, bei Rudolf dagegen. Wollte der erstere einen unwiderruflichen Titel auf den Besitz von Böhmen erlangen, so befand er sich im direktesten Gegensatz zu den Wünschen des letztern, wollte ersterer die Aussicht auf die Kaiserkrone erlangen, so war dies gerade das, was letzterer zu verhindern suchte. Waren Rudolfs Hoffnungen auf einen erfolgreichen Widerstand gegen Mathias auch nur eitle, was verschlug es ihm, wenn er sich ihnen hingab und deshalb von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nichts wissen wollte. Er hatte gar nichts zu verlieren, nicht einmal mit der Entziehung seines Einkommens konnte man ihn schrecken, denn trotz alles Jammerns und Klagens war Rudolf im Besitze bedeutender Geldsummen, wie sich bei seinem wenige Monate später erfolgten Tode herausstellte. Vor der Aushungerung war er jedenfalls geschützt.

Zum erstenmale hatte also Rudolf in seiner Passivität eine wirksame Waffe, die seinem Bruder einen größern Schrecken einjagte, als er zu gestehen wagte. Während sich vor vollzogener Krönung weder Mathias noch die Böhmen so eifrig, als der Gegenstand es verdiente, des Kaisers Befriedigung angelegen sein ließen, vergalt letzterer ihnen jetzt damit, daß er nach vollzogener Krönung sich durchaus nicht um die Wiederaufnahme der Verhandlungen kümmerte. Als nun eine geraume Zeit — beinahe drei Wochen — vergangen waren, ohne daß dieselben irgendwie einen Schritt vorwärts gekommen wären, berief Mathias einen Rath zusammen, 16 Jun. 1611
dem er die Frage vorlegte, was weiter zu thun sei. An demselben nahmen außer Khlesl und andern Oesterreichern von Seite der Böhmen: der Oberstburggraf, der Kanzler, Graf Thurn, Colonna von Fels, Wenzel Kinsky und der Landeshauptmann von Mähren, Karl von Žerotin, Theil. Es wurde beschlossen an den Kaiser eine Deputation, bestehend aus den Vertretern der verschiedenen Länder abzuschicken und durch diese ihn um rasche Wiederaufnahme der Verhandlungen sowie um die Belehnung des Königs Mathias mit der Krone Böhmen zu ersuchen. Sollte dieser Schritt keinen Erfolg haben, so sei drei Tage später eine abermalige Audienz vom Kaiser zu begehren und an ihn dasselbe Verlangen zu stellen; außerdem seien alle bisherigen Lieferungen der königlichen Herrschaften an Viktualien einzustellen. Man sieht hieraus, daß die Mittel, durch welche Rudolf einem

Ausgleiche günstig gestimmt werden sollte, zunächst auf Einschüchterung berechnet waren. Denn dahin muß man nicht bloß die Drohung mit der Sperrung der Einkünfte, sondern auch die mit Audienzgesuchen rechnen.

Diese doppelte Drohung erzielte, wie nicht anders zu erwarten stand, kein rasches Resultat, blieb aber doch nicht ganz ohne dasselbe. Nachdem an 14 Tage verstrichen waren, sandte der Kaiser seinem Bruder einen Entwurf zu, auf dessen Grundlage der Vergleich versucht werden sollte. Verrieten schon die andauernden Zögerungen die Absicht Rudolfs die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, so trat dies noch deutlicher in dem Entwurfe hervor. Er bestand aus vier Punkten, von denen jeder einzelne gleich unannehmbar für Mathias war. Im ersten Punkte verlangte Rudolf, daß ihm allein der Gebrauch des Schlosses und die Ernennung eines Schloßhauptmanns freistehen solle. Im zweiten begehrte er, daß alle Personen, welche im engern und weitern Sinne zum kaiserlichen Hofe gehörten, der alleinigen Jurisdiktion des Hofmarschalls unterstehen und dieser in der Ausübung derselben durch Niemanden, namentlich nicht durch die Bürgermeister von Prag gehindert werden, vielmehr die letzteren ihm in der Ausübung seiner Funktionen behilflich und unterthan sein sollten. Nach dem dritten Punkte sollte es zwar bei der Abtretung der Länder an Mathias verbleiben, letzterer aber alle Regierungsakte in des Kaisers Namen erlassen und zwar mit der Eingangsformel: Wir Mathias der Andere zu Hungarn und Böheim König im Namen unseres gnädigsten und freundlichsten Herrn Bruders bekennen u. s. w. Auch sollte die Ernennung der obersten Landesbeamten und der Räthe der Bestätigung des Kaisers bedürfen. Im vierten verlangte Rudolf nicht nur den weitern Nutzgenuß seiner in Böhmen gelegenen Herrschaften, sondern auch deren volles Eigenthum behufs freier Disposition, außerdem aber eine Jahrespension von 600.000 Thaler, 6000 Eimer Wein, 2000 Ochsen und Holz nach Bedürfniß. Zugleich ernannte der Kaiser mehrere Kommissäre, welche mit Mathias oder dessen Bevollmächtigten über diese Ausgleichspunkte verhandeln sollten, dieselben waren: der spanische Gesandte Zuñiga, Mollard, Abraham von Dohna und Dr. Wacher.*) Die Verhandlungen begannen am 1. Juli und dauerten bis zum 6.; die kaiserlichen Kommissäre vertraten Punkt für Punkt die eben angeführten Forderungen Rudolfs. Die Vertreter des Königs (Khlesl, Meggau, Khuen und Krenberg) bestanden diesen gegenüber darauf, daß dem letztern, wenn er sich in Prag aufhalten sollte, ein Theil des Schlosses als

*) Kaiserliches Ernennungsdekret für diese vier Kommissäre. Hammer II S. 320.



Residenz eingeräumt werde. Was die Jurisdiktion des Hofmarschalls betraf, so waren sie erbötig, dieselbe bis zu einem gewissen Umfange anzuerkennen, wollten aber keineswegs zugeben, daß der Hofmarschall direkt den Bürgermeistern und Hauptleuten von Prag irgend welche Befehle ertheilen könnte. Bezüglich des Antheiles, den der Kaiser an der Regierung, wenn auch nur nominell, haben wollte, entgegneten die königlichen Kommissäre, daß, wofern hiefür die Zustimmung der böhmischen Stände erlangt werden könne, Mathias damit zufrieden sein würde, es sei jedoch von Seite der letztern keinerlei Nachgiebigkeit zu erwarten. Bezüglich des Deputats an Wein und Ochsen wollte sich Mathias zu keiner bestimmten Leistung verpflichten, seine Vertreter versprachen nur, daß es derselbe an nichts ermangeln lassen werde. Gleiches versprachen sie auch bezüglich des Holzes. Was die Ueberlassung der in Böhmen gelegenen Güter betraf, so wollte Mathias seinem Bruder nur den Nutzgenuß des allerdings sehr umfangreichen Gutes Pardubitz einräumen und außerdem noch zur Zahlung einer jährlichen Pension von 300.000 Gulden sich verpflichten. Dies war das Resultat einer sechstägigen Verhandlung. Wurde auch keine der Forderungen des Kaisers in ihrem ursprünglichen Umfange acceptirt, so ergibt sich doch aus den Erwiederungen der königlichen Kommissäre, daß Mathias — mürbe gemacht durch die vielen Zögerungen — gegen des Kaisers Wünsche nachgiebiger war, als vor der Krönung, und namentlich bezüglich der Pension in Geld und Naturallieferungen sich zu weit größern Opfern entschloß.

Auf die ihm zu Theil gewordene Antwort ließ Rudolf abermals eine geraume Zeit verstreichen, ohne sich über die Annehmbarkeit der Vorschläge seines Bruders zu äußern. Seine Absicht, es zu keinem Abschlusse kommen zu lassen, blieb dieselbe wie früher, er benachrichtigte hievon wiederholt den Kurfürsten von Sachsen mit dem Beisatze, daß er den Zusammentritt des Mühlhausner Kurfürstentages erwarte, um demselben die Entscheidung des Streites mit Mathias zu überlassen. Der Kurfürst der diesen Ausweg billigte, suchte den Kaiser dadurch zu unterstützen, daß er in einem Schreiben, sei es direkt an Mathias oder einen seiner Räthe, verlangte, man solle aufhören, den Kaiser unaufhörlich zu bedrücken. Dieses Schreiben hatte, wenn überhaupt einen, so gerade den entgegengesetzten Erfolg, denn da Mathias erkannte, daß Rudolf um jeden Preis den Ausgleich verschleppen wolle, beschloß er ihn um jeden Preis dazu zu zwingen. Er ließ deshalb dem Kaiser und seinen Räthen indirekt die Nachricht zukommen, daß, wofern sie sich nicht mit dem Abschluß der Verhandlungen beeilen würden, er seinerseits zu entschiedenen Schritten sich veranlaßt sehen würde. Worin diese bestehen sollten, wurde



deutlich gesagt. Alle Güter des Kaisers würden eingezogen und verkauft und demselben einzig und allein eine Pension von 1200 Gulden wöchentlich gezahlt werden. Zugleich sollte die frühere enge Bewachung, von der mittlerweile abgelassen worden war, nicht nur wiedererneuert, sondern noch verschärft und derselben alle Räthe des Kaisers unterworfen werden, so daß keinem gestattet sein sollte, die Schloßräume zu verlassen.*) Diese Drohung hatte ihre Wirkung und die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen. Den wichtigsten Stein des Anstoßes bildete diesmal die Geldfrage. Der Kaiser bestand mit Hartnäckigkeit darauf, daß ihm nicht nur der Nutzgenuß, sondern auch das freie Verfügungsrecht über eine bedeutendere Anzahl von Gütern eingeräumt werde. Diese Forderungen waren so unmäßig, daß Mathias nicht in dieselben einwilligen konnte, wofern er sich nicht großen finanziellen Verlegenheiten preisgeben wollte.
21. Juli 1611 Zu Herrn von Mollard äußerte er sich deshalb: „Ich habe, was mir möglich gewesen und mehr als ich weiß, wie ich es leisten werde, versprochen . . . was aber Ihre Kaiserliche Majestät jetzt begehren, ist ein Beweis, daß . . . dieselben diese Traktation zerschlagen wollen. Man hat mich bisher persuadirt, ich solle ein übriges thun, da alles nur ad dies vitæ sei. Das habe ich gethan . ., aber erblich zugeben, das kann ich nicht, denn ich will mir nach Ihrer Majestät (Tod) keine Feinde ziehen.“ Dennoch erweiterte Mathias sein bisheriges Anbot, indem er dem Kaiser vier große Güter darunter auch Pardubic zum Nutzgenuß überlassen und die auf letzterem Gute haftenden und sehr bedeutenden Schulden (über 300.000 Gulden) übernehmen wollte. Als der Kaiser ununterbrochen auf den vollen Besitz drang, gab Mathias noch weiter nach, indem er gestattete, daß sein Bruder über einen Werth von 200.000 Gulden frei verfügen konnte. Mit diesen Anerbietungen waren nachgerade die Geheimräthe des Kaisers vollständig zufrieden und sie rieten ihrem Herrn auch zur Annahme, dennoch verweigerte sie der letztere, indem er bald diesen bald jenen Punkt noch besonders betonte und von Mathias weitere Koncessionen verlangte. So wurden die Erwartungen jener, welche „stündlich“ den Abschluß des Vertrages entgegensahen, ununterbrochen getäuscht. Das vorzüglichste Hinderniß lag nicht in dem Kaiser, von dem eine momentane Nachgiebigkeit leichter erlangt werden konnte, wenn er sie auch später zurücknahm, es lag in dem kaiserlichen Kammerdiener Ericius. Die mannigfachen Nachrichten über diesen Mann lassen uns nicht daran zweifeln, daß ihn das Interesse seines protestantischen Glaubensbekenntnisses und Be-

*) Sächs. Staatsarchiv. — Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 20. Juli 1611.

bindungen mit Kurpfalz zu einer solchen Haltung veranlaßt haben. Da es nicht verborgen blieb, daß Ericius das einzige Hinderniß eines zwar nicht dauernden aber doch momentanen Ausgleichs sei, beschloß Khlesl, ein Feind aller Zögerungen, gegen diesen selbst aufzutreten. Er ließ ihm sagen, daß, wofern er sich noch länger dem Ausgleiche widersetzen würde, Mathias ihn von des Kaisers Seite wegnehmen und an dem Fenster seiner Wohnung aufhängen lassen werde.*) Dies wirkte, Ericius, der nicht zweifelte, daß es mit dieser Drohung nicht zum Scherze gemeint sei, verfiel hierüber in eine tödtliche Krankheit, an der er binnen wenigen Tagen starb.**) Noch vom Krankenlager aus hatte er den Kaiser beherrscht und vom Ausgleiche ferngehalten,***) fast im selben Augenblicke, in dem er dem Todeskampfe sich näherte und der Zusammenhang zwischen ihm und Rudolf ein Ende nahm, ließ letzterer mit seiner Opposition gegen die Anerbietungen des Bruders nach und zeigte sich erbötig, den Vertrag zu unterzeichnen. Er that dies am 11. August und hiemit hatte der lange Streit der 1611
beiden Brüder insofern sein Ende gefunden, als Rudolf nichts mehr zu geben, Mathias nichts mehr zu nehmen hatte. Vermöge des Vertrages vom 11. August wurde festgesetzt: das Prager Schloß ist des Kaisers Residenz, doch bleibt dem Könige darin die Benützung der sogenannten erzherzoglichen Zimmer freigestellt. Der Schloßhauptmann und die gewöhnliche Thorwache soll für den Kaiser und den König in Eid und Pflicht genommen werden. Die Jurisdiktion des Hofmarschalls über alle zum kaiserlichen Hofe gehörenden Personen, zu denen auch die Gesandten fremder Mächte sammt ihrem Gefolge gehörten, solle keine Schmälerung erfahren und die Prager Gemeinde hiebei dem Hofmarschall hilfreiche Hand leisten. Die Regierung von Böhmen solle Mathias in eigenem Namen führen, doch vom künftigen Landtage fordern, daß die Regierungsakte in des Kaisers Namen erlassen würden. Für den Lebensunterhalt des Kaisers verpflichtete sich Mathias jährlich die Summe von 300.000 Gulden zu zahlen, demselben zugleich den vollen Nuzgenuß von vier Gütern, darunter Pardubitz, einzuräumen und das Testirungsrecht über 200.000 Gulden zuzugestehen. Hiefür versprach Rudolf seinen Bruder mit der Krone Böhmen zu belehnen, sobald er darum ansuchen würde und ihn übrigens den Kurfürsten bei dem bevorstehenden Kurfürstentag zu empfehlen. Wozu diese Empfehlung dienen sollte, sagte der Vertrag nicht, es verstand sich jedoch aus den vorangegangenen Verhandlungen, daß dies nur zur Erhebung auf den deutschen Thron sein sollte.

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 195.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 13. August 1611.

***) Simancas 2497/20. Zuñiga an Philipp ddo. 6. Aug. 1611.

Noch vor Abschluß dieser Verhandlungen wurden die in Folge des Passauer Einfalls verhafteten Räthe des Kaisers namentlich Hegenmüller und Hannewaldt auf freien Fuß gesetzt,*) wann Tennagel seiner Haft entlassen wurde, ist uns nicht genau bekannt, doch ward auch er wieder freigelassen. Es war natürlich, daß Mathias nicht Personen für den Passauer Einfall strafen konnte, die doch eigentlich nur Werkzeuge und Diener Rudolfs und Leopolds waren.

Während der Verhandlungen mit dem Kaiser sah sich Mathias genöthigt, seine ersten Regierungsakte als König von Böhmen vorzunehmen. Der wichtigste hierunter war der, welcher die Besetzung der obersten Aemter und Rathsstellen betraf. Bei den Umständen, unter welchen er zur Krone gelangt war, war die Erwartung über seine Wahlen eine äußerst gespannte, die Protestanten, welche ihm zur Herrschaft verholfen hatten, erwarteten um so mehr ihren Lohn, als Mathias persönlich weniger Ursache hatte, die Katholiken zu schonen, da sich diese allesammt mehr oder weniger durch den Passauer Einfall kompromittirt hatten.

Die Lage des Königs war um so schwieriger, da es sich nicht um die Besetzung eines oder einiger vakanter Posten handelte, sondern sämmtliche Aemter neu zu besetzen waren. Es wurde nämlich von den Freunden eines durchgreifenden Personenwechsels, also von den Protestanten, die Behauptung aufgestellt, daß bei jedem Thronwechsel die obersten Beamten und die Räthe der Gerichte auf ihre Stellen resigniren müßten, damit der neue König in ihrer Besetzung völlig freie Hand habe. Man bezog sich hiebei auf einen ähnlichen Vorgang bei dem Regierungsantritte Ferdinands I. Thatsächlich hatten damals alle obersten Beamten auf ihre Stellen resignirt, die Katholiken behaupteten aber, es sei dies nichts anderes als eine Intrigue gewesen, um den damaligen Oberstburggrafen Lew von Rožmital aus dem Amte zu bringen; in der Landesordnung finde sich kein Gesetz, welches die Resignation zur Pflicht mache. Die Protestanten vertheidigten jedoch ihre Behauptung und auch Mathias war mehr auf Seite der letztern, weil es jedenfalls eine Vermehrung der königlichen Prärogative war, wenn ein neuer König an die sonst unabsetzbaren Räthe und Beamten seines Vorgängers nicht gebunden war.

Die obersten Beamten, von denen die Mehrzahl katholisch waren, begriffen alsbald, daß es sich darum handle, unter einem scheinbaren Vorwande einige unter ihnen von ihren Aemtern zu entfernen und wollten des-

*) Brüssler Archiv. Bodenius gibt in einem Schreiben den 18. Juni 1611 als den Tag, an dem sie aus der Haft entlassen wurden, an.

halb, als man an sie das Ansinnen zu resigniren stellte, nichts davon wissen. Namentlich Slawata, als Burggraf von Karlstein, und Martinitz, als Hofmarschall und Beisitzer des Landrechtes, die am meisten bedroht waren, erklärten, freiwillig nicht abtreten sondern nur einem Befehle des Königs weichen zu wollen; in ähnlicher Weise sprachen sich auch der Kanzler Lobkowitz, der Oberstlandschreiber Herr von Janowitz und der Landesunterkämmerer Burzhard Točnik aus. Die Bedeutung dieser katholischen Opposition erhielt aber dadurch einen starken Stoß, daß sich der Oberstburggraf Adam von Sternberg und der Oberstlandrichter Adam d. j. von Waldstein, die hiezu von den Protestanten überredet worden waren, zur Resignation bereit erklärten. Ihnen schloßen sich darauf sämmtliche Beisitzer des Lehn- und Kammergerichts und später die Beisitzer des Landrechts und alle übrigen Kronbeamten an, so daß nur die oben genannten fünf Personen Lobkowitz, Janowitz, Slawata, Martinitz und Točnik auf der Verweigerung ihrer Resignation verharrten, doch waren auch diese erbötig, einem bestimmten Befehl des Königs Folge zu leisten. In einer Audienz, welche sämmtliche obersten Beamten, Räthe und Beisitzer der Gerichte bei Mathias hatten, verzichtete Adam von Sternberg in seinem und derjenigen Katholiken Namen, die sich ihm angeschlossen hatten, auf die bisher inne gehabten Stellungen, ein gleiches that Stephan von Sternberg als Wortführer der protestantischen Beamten und Räthe. Lobkowitz erklärte, er habe bereits dem Könige seine Absicht kundgethan und finde sich nicht bewogen, etwas hinzuzufügen; auch seine vier Gesinnungsgenossen verwahrten sich vor dem Könige gegen die ihnen zugemuthete Resignation, erklärten sich jedoch bereit einem Befehle zu folgen. Mathias entließ sie mit dem Versprechen, daß er ihnen seinen Willen bald möglichst kund geben wolle.

Die geheimen Räthe des Königs erwogen ernstlich, was nun zu thun. Die Mehrzahl derselben erklärte in einem Gutachten, daß Mathias in Be- 4. Juli
tracht der Art und Weise, wie er zur böhmischen Krone gelangt sei, auf 1611
die Protestanten Rücksicht nehmen und namentlich Thurn belohnen, Slawata und Martinitz aber ihrer Aemter entsetzen müsse. Auch bezüglich des Wenzel Kinsky war es nicht zweifelhaft, daß ihm ein Lohn zu Theil werden müsse, da sich aber letzterer frühzeitig etwas solideres, nämlich eine Schenkung in Gütern, ausgebeten und von Mathias die gewünschte Zusicherung erhalten hatte, so hatte man auf ihn bei der Vertheilung der Aemter keine Rücksicht zu nehmen. Die Minorität des Geheimraths war mit der Entfernung der beiden Katholiken nicht einverstanden, sie hob hervor, daß dieselben getreue Unterthanen des Königs sein würden, was bezüglich der Protestanten zweifelhaft sei. Zu dieser Minorität scheint Khlesl gehört zu haben, wenigstens ver-

sicherte er den Herrn von Slawata, daß er „Gewissens halber" von seiner Absetzung widerrathen habe. Auch Zuñiga und der Nuncius blieben in diesem entscheidenden Augenblicke nicht müßig, sondern bestürmten den König, er möchte den Katholiken keinen solchen Schlag beibringen, wie die Absetzung zweier ihrer bewährten Häupter.*) In der Kapuzinerkirche wurden von Lorenz von Brindisi auf Bitten des Kanzlers Gebete angestellt, auf daß die drohende Gefahr die Herren Slawata und Martinitz verschone. Ersterer vertrat in einer Privataudienz, die er sich bei Mathias erbeten hatte, persönlich seine Sache, um seinen Sturz, den er wie den ärgsten Schimpf fürchtete, hintanzuhalten. Gleichwohl konnten alle diese Bitten und Vorstellungen, wenigstens so weit sie Slawata betrafen, kein Resultat haben, denn Mathias hatte bereits über sein Amt verfügt. Als Kinsky nach Znaim gereist war, um den König zur Beschleunigung der Reise nach Prag aufzufordern, vertrat er daselbst nicht bloß seine Interessen, sondern er erbat auch für Thurn eine Belohnung. Mathias versprach damals, demselben das Burggrafenamt von Karlstein, welches Slawata bekleidete, zu ertheilen.**) — Dieses Amt war unter den böhmischen Kronämtern dasjenige, welches die mindeste Anstrengung erheischte und trotzdem reicher dotirt war als mehrere andere im Range höher stehende; es trug jährlich an 8000 Thaler ein.

Nach mehrtägigen Verhandlungen entschloß sich Mathias die Besetzung der Aemter vorzunehmen, Slawata sollte abgesetzt, Martinitz aber in seiner Stellung belassen werden. Gegen die bisherige und durch die Landesordnung sanktionirte Uebung, welche dem Könige zur Pflicht machte, hiebei den Rath der obersten Beamten und Beisitzer des Landrechts einzuholen, hatte Mathias nicht nur deren Gutachten, sondern auch das einiger Kammer- und Lehngerichtsräthe ja sogar einiger hervorragenden Mitglieder des Landtags verlangt, offenbar in der Absicht, den Ständen damit zu schmeicheln. Er berief darauf die Herren Adam von Sternberg, Adam d. j. von Waldstein, Zdeněk von Lobkowitz und Johann von Janowitz zu sich, und theilte ihnen die Liste derjenigen mit, welche er zu den einzelnen Aemtern befördern wollte. Adam von Sternberg sollte Oberstburggraf, Waldstein (er war früher Oberstlandrichter) Obersthofmeister (diese Stelle war zur Zeit vakant), Georg von Schwamberg Oberstkämmerer, Johann Sezima Oberstlandkämmerer, Lobkowitz Kanzler, Georg von Talmberg Oberstlandrichter, Graf Thurn Burggraf von Karlstein aus dem Herrnstande, Johann

*) Wir entnehmen die Geschichte der Aemterbesetzung größtentheils aus Slawata's Memoiren, einer umfangreichen Handschrift, deren Ausgabe jetzt Joseph Jireček in den Monumentis historiae bohemicis besorgt.

**) Simancas 2497/100. Zuñiga an Philipp III ddo. 26. Juli 1611.

von Janowitz Oberstlandschreiber, Burghard Točnik Landesunterkämmerer, Wratislaw von Mitrowič Burggraf von Karlstein aus dem Ritterstande, und Hřan von Harasow Burggraf des Königgrätzer Kreises werden. Die vier zum Könige beschiedenen Herren hatten den Auftrag, die genannten Personen in die Kanzlei zu berufen und ihnen ihre Ernennungen mitzutheilen. Als Sternberg und Lobkowitz die Liste durchgesehen hatten und Slawata's Namen darin vermißten, beschlossen sie zu seinen Gunsten einen letzten Versuch zu machen. Von den Ernannten war Herr von Schwamberg nicht nur altersschwach, sondern auch krank; sie hofften, er würde auf ihr Zureden auf das ihm übertragene Amt verzichten, und so für Slawata eine Stelle vakant werden. Indem sie die Anzeige von den königlichen Ernennungen verschoben, verfügten sie sich zu Herrn von Schwamberg und theilten ihm ihr Anliegen mit. Letzterer war jedoch nicht damit zufrieden, daß man ihn ohne sein Befragen für invalid ansah, wollte von einer Resignation nichts wissen und erklärte, noch ein Jahr lang seinem Amte vorstehen zu wollen. Während er sich in dieser abschlägigen Weise äußerte, trat seine Frau in's Zimmer, flüsterte ihrem Gatten etwas in's Ohr und entfernte sich wieder. Schwamberg war nun plötzlich andern Sinnes geworden und bevollmächtigte die beiden Herren, dem Könige seine Resignation mitzutheilen. Die Ursache dieser raschen Sinnesänderung lag darin, daß Frau von Schwamberg, eine Schwester Colonna's von Fels, hoffte, ihr Bruder könnte durch die Resignation ihres Gemahls in den Besitz eines Landesamtes gelangen, eine Hoffnung, welche außer ihr auch andere Personen theilten. Die Sache nahm jedoch einen andern als den von diesen erwarteten Verlauf. Kaum war der König benachrichtigt worden, daß ein Amt vakant sei, so nahm er unter den Ernannten einige Beförderungen vor und ertheilte dem Slawata die Stelle eines Obersthoflehnrichters. Dadurch ward zwar letzterer von einem einträglichen Amte zu einer höchst magern Pfründe versetzt, allein diese Versetzung hatte wenigstens das mildernde, daß der Posten eines Obersthoflehnrichters im Range dem eines Burggrafen vorging. Martinitz blieb im Besitze seines frühern Amtes, er hatte es einer näheren Bekanntschaft mit Khlesl zu danken, daß die Gefahr an ihm vorübergegangen war. Nach des Mathias Ankunft in Prag ward nämlich der päpstliche Nuncius im Hause des Herrn von Martinitz einquartirt worden, wodurch letzterer Gelegenheit zu einem vertraulichen Verkehr nicht nur mit dem Nuncius, sondern auch mit dem diesen fast täglich besuchenden Khlesl erhielt.

So ward von Mathias die Regierung von Böhmen bestellt worden. Der Unterschied zwischen ihr und der unter Rudolf bestehenden war, was

die Persönlichkeiten betrifft, thatsächlich nicht nennenswerth, denn von den Häuptern der ständischen Bewegungspartei erhielt der einzige Thurn ein Landesamt und dies ein solches, bei dem als einer Sinecur von einem einflußreichen Wirkungskreise keine Rede sein konnte. Andere hervorragende Persönlichkeiten unter den Protestanten mußten sich mit einigen einfachen Posten als Beisitzer und Räthe der Gerichte und Landesämter begnügen. Die Sachlage war also die, daß die Protestanten auf dem Felde der Gesetzgebung, d. i. im Landtage zum Siege gelangt waren und auf jenem Gebiete der exekutiven Gewalt, das sie an sich gerissen hatten, nämlich in der Ordnung ihrer kirchlichen und Unterrichtsangelegenheiten sich selbstständig bewegten, daß sie aber von der eigentlichen Regierung des Landes größtentheils ausgeschlossen blieben. Hier zeigte sich zuerst, daß die Regierung des Königs Mathias doch nur eine Fortsetzung jener Rudolfs sei, mit alleiniger Ausnahme der unerträglichen Unordnungen, die eine Folge von des Kaisers geistiger Beschaffenheit waren. Indem Mathias die katholische Regierungsweise seines Bruders fortsetzte, ohne daran zu denken, eine große Partei im Lande an sein Interesse zu knüpfen, wie wir dies bereits oben gesagt, mußte in nicht allzu ferner Zeit zwischen ihm und seinen neuen Unterthanen abermals ein Kampf entbrennen, denn es war nicht zu erwarten, daß die Protestanten im Gefühle ihrer Macht und Zahl nicht die volle Herrschaft für sich beanspruchen würden.

Daß dies nicht anders sein konnte, dafür zeugt eine Entscheidung des Königs, welche dieser drei Tage vor seiner schließlichen Abreise von Prag fällte. Gegen die protestantischen Braunauer, welche mit ihrem berühmten Kirchenbau begonnen hatten, war der Abt von Braunau klagbar aufgetreten und verlangte die Sistirung des Baues. Mit Außerachtlassung der im Jahre 1609 getroffenen Bestimmung, daß auf geistlichen weil eigentlich dem Könige gehörenden Gütern — nach der staatsrechtlich in Böhmen giltigen Auffassung — die Unterthanen das Recht des Kirchenbaues besitzen sollten,
25 Aug. 1611 entschied Mathias gegen die Braunauer und befahl ihnen den weitern Bau einzustellen. Hiemit hatte er den Kampf selbst begonnen und ihm den Schein eines religiösen gegeben. — Am 28. August reiste er von Prag nach der Lausitz ab, in Bautzen empfing er am 5. September die Huldigung der Oberlausitzer, in Sara am 12. die der Niederlausitzer, am 18. September langte er in Breslau an, um die Huldigung der Schlesier entgegenzunehmen. Jetzt machte sich der Groll und die Eifersucht der Schlesier Luft gegen die Böhmen und sie erklärten ausdrücklich, daß sie dem Könige nicht huldigen würden, wofern er ihnen nicht eine eigene Kanzlei zusage. Nach vieltägigem Zögern willigte Mathias in die Errer-

nung eines Vicekanzlers für Schlesien in der Person des Herrn von Schönaich, der sein Amtslokale in Breslau aufschlug und nach dem Wunsche der Schlesier faktisch jede Verbindung mit der böhmischen Kanzlei aufhob. Der Kanzler von Böhmen Zdeněk von Lobkowitz, der sich im Gefolge des Königs in Breslau befand, säumte nicht, im Namen Böhmens gegen die Trennung Schlesiens zu protestiren, allein sein Protest wurde nicht weiter von den Schlesiern beachtet. *) Am 9. Oktober huldigten sie darauf ihrem neuen Herzoge.

*) Ueber die weitere Entwicklung der Kanzleiangelegenheit findet man das nähere im Anhange.

Fünftes Kapitel.

I. Neue Richtung der Rudolfinischen Politik. Des Kaisers Absicht sich mit der Union zu verbinden. Oberst Gunderode. Berufung des Markgrafen von Anspach nach Prag. Der Nürnberger Kurfürstentag. Feindliche Stimmung desselben gegen Rudolf und Mathias. Rudolfs Bestreben, die Wahl eines römischen Königs zu vereiteln. — II. Des Kaisers letzte Krankheit. Sein Tod. Behandlung seiner Diener, namentlich des Kammerdieners Rucky. Betrachtungen über den Streit zwischen Rudolf und Mathias. — III. Rudolfs natürliche Nachkommenschaft. Der Marchese Julius. Blick auf die Rechtsverhältnisse in Böhmen.

I

Durch den Vertrag vom 11. August hatte Rudolf nicht bloß der Krone Böhmens entsagt, sondern sich auch verpflichtet, seinen Bruder den Kurfürsten zur Wahl auf den deutschen Thron zu empfehlen. War schon die Entsagung eine erzwungene, wie dies der Kaiser nicht müde wurde, bei verschiedenen Gelegenheiten zu betonen, so war es mit der versprochenen Empfehlung nicht anders. Während er bezüglich der ersteren keineswegs die Hoffnung aufgab, sie rückgängig machen zu können, beeilte er sich auch nicht mit der letztern, denn er hatte nicht die geringste Neigung, sich auf dem deutschen Throne in der Person seines Bruders einen Nachfolger zu geben. Obwohl er also keineswegs das dem Bruder ertheilte Versprechen einhielt, so drohte dennoch die Frage wegen der Succession im Reiche trotz und gegen den Kaiser in den Vordergrund zu treten. Wie bereits erzählt worden, hatte der Kurfürst von Mainz seine Kollegen zu einer gemeinsamen Versammlung ursprünglich nach Mühlhausen, später aber nach Nürnberg eingeladen. Diese Versammlung stand jetzt unmittelbar bevor



und einer der ersten Punkte, die auf derselben erörtert werden sollten, war eben die Nachfolge im Reiche. Der Kurfürst von Mainz war es, der mit allem Ernste diese Zusammenkunft betrieb und am meisten die Nothwendigkeit, für die Bestimmung der Nachfolge Sorge zu tragen, betonte. Rudolf konnte voraussehen, daß er schon in den nächsten Tagen selbst um jene Krone zu kämpfen haben würde, die für ihn thatsächlich nichts als eitler Flitter war.

Um den Kampf glücklich zu bestehen, mußte der Kaiser trachten, einen doppelten Erfolg auf dem Kürfürstentage zu erringen. Erstens mußte er Mathias bei den Kurfürsten zu diskreditiren suchen und zweitens, dieselben von dem etwaigen Vorsatz, für die Nachfolge im Reiche Vorkehrungen zu treffen, abwendig machen. Gelang ihm beides, so hatte er damit vorerst nur negative Erfolge errungen, denn was er vor allem wünschte und wozu er in mehreren Schreiben die Kurfürsten geradezu aufgefordert hatte, die Bestrafung seines Bruders, das mußte dann erst besonders angestrebt werden. Freilich konnte nur Leidenschaft oder ein getrübter Verstand letzteres für möglich halten, aber für Rudolf gab es nie allzu kühne Hoffnungen. Es entstand nur für ihn die Frage, auf welchem Wege dies doppelte Ziel angestrebt werden sollte. Seine bisherigen diplomatischen Stützen hatten sich in allen seinen kritischen Lagen als unbrauchbar erwiesen: von den geistlichen Kurfürsten und von Kursachsen hatte er weder im Jahre 1608, noch bei dem Prager Konvente, noch nach dem Passauer Einfalle jene Hilfe erlangt, auf die er gehofft, und nun waren sie es gerade, die mit dem größten Eifer die Bestimmung der Nachfolge betrieben. In dem Grade, als die Niederlage, die er von seinem Bruder erlitten hatte, eine vollständigere ward, in dem Grade sah er sich von seinen frühern Bundesgenossen verlassen. Eine neue Politik mit neuen Bundesgenossen, das und nichts weniger war es, was der hinsiechende Kaiser in seiner größten Bedrängniß, als ihm selbst nach der deutschen Krone gegriffen ward, versuchen zu müssen glaubte.

Worin sollte nun die neue Politik bestehen? In nichts geringerem als in einem engen Anschluß an die kalvinische Partei in Deutschland und an deren Träger. Rudolf urtheilte ganz richtig, daß er in dieser Partei, welche seit Jahren nach einer gewaltsamen Umänderung der deutschen Verhältnisse trachtete, in der die waghalsigsten Politiker in Deutschland zu finden waren, das meiste Entgegenkommen finden würde, wenn er ihr ein Bündniß anböte. Er konnte dieser Partei als Preis für ihre Unterstützung die gesammte kaiserliche Macht — ein werthvoller Besitz in den Händen von Männern wie Anhalt — zur Disposition stellen, um als Gegenleistung Hilfe gegen seinen Bruder oder wenigstens Vereitelung einer römischen



Königswahl zu verlangen. Mit einer solchen Politik löste sich Rudolf vollständig von allen seinen bisherigen Beziehungen los, von den Katholiken Deutschlands, vom Papste, von dem Könige von Spanien und von allen Prinzen seines Hauses und begründete ein politisches System, dessen einzige Stütze die berechnende Schlauheit seiner frühern Gegner, der Unionsfürsten, und sein Kaisertitel war. So viel war gewiß, daß, wenn Rudolf entschlossen auf dem Wege dieser Allianz vorwärts ging und alle Konsequenzen derselben hinnahm, er eine grenzenlose Verwirrung in Deutschland herbeiführen konnte. Trotzdem und vielleicht eben deshalb war die Verbindung mit der Union der Hoffnungsanker, an den der Kaiser sich anklammerte und den er bis an sein Lebensende festhielt. Wenn es hiebei nicht zu mehr als zu vorbereitenden Handlungen, zu Gesprächen, Gesandtschaften und schriftlichen Erklärungen kam, so darf nicht übersehen werden, daß Rudolf überhaupt nicht rasch in der
1611 Durchführung seiner Entschlüsse war und daß er seit dem Monate September, in dem seine Allianzpläne klar hervortraten, nur mühsam den Faden der Unterhandlungen weiter führen konnte; seine körperlichen Kräfte waren erschöpft und er wankte dem Tode zu, der ihn im Januar 1612 ereilte.

Schon im Jahre 1610, als die Konventsverhandlungen eine für den Kaiser ungünstige Richtung nahmen, verfiel der Kaiser auf den Gedanken einer Verbindung mit der Union und es ist erzählt worden, daß er damals den Herrn Gotthard von Starhemberg mit einer Mission an den Kurfürsten von der Pfalz Friedrich IV betraute. Da letzterer aber gerade zu dieser Zeit starb, so ließ Rudolf den Plan dieser Verbindung fallen und setzte seine Hoffnung allein auf den bald darauf in Scene gesetzten Passauer Einfall. Jetzt richtete er seine Aufmerksamkeit neuerdings auf die Union und schon vor dem Abschlusse des Vertrages vom 11. August deutete er seiner Umgebung den Weg an, den seine Politik einschlagen dürfte. Er drückte sich hiebei so aus, daß er nicht bloß ein Bündniß mit der Union in Aussicht stellte, sondern daß er sogar den Uebertritt zum Protestantismus selbst erwarten ließ.*) Seine Stimmung erfuhr nach abgeschlossenem Vertrage keine Besserung, sondern eiferte ihn zu entschiedeneren Schritten an. In diesen seinen Bestrebungen fand er natürlich keine Unterstützung bei Männern wie Barvitius, aber selbst jene, die noch bei dem Passauer Einfall ihm mitgerathen und mitgeholfen hatten,

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 30. Juli 1611. „Der Barvitius hat mir selben Tag angezeigt, er habe allerhand wichtige Sachen mit mir zu reden, wolle darzu einen bequehmen tag und orth, umb allein und ungehindert zu sehn, aussehen und erdenken, metuit (quod jam aliquoties mihi dixit) ne Caesar ad apostasiam declinet.

wie Hannewaldt und Hegenmüller, hielten sich vom Kaiser fern, indem sie ihre Freilassung dazu benützten, um jede Verbindung mit demselben abzubrechen. Es versteht sich von selbst, daß nur verkommene Persönlichkeiten oder beutelustige Ausländer sich dazu hergeben konnten, Rudolf bei einer Politik behilflich zu sein, deren Resultat unter allen Umständen nur Verwirrung und Krieg sein konnte, ohne dem Urheber derselben zu helfen; eine einfache Aufzählung jener Personen, die dem Kaiser ihre hilfreiche Hand boten, bestätigt dies mehr als zur Genüge. Obenan stand der Oberst Gunderode, der bereits mehrmals im Laufe der Erzählung genannt wurde; er lebte als Gesandte Jakobs II oder besser gesagt als dessen diplomatischer Agent in Prag, stand in regem Zusammenhang mit dem Fürsten von Anhalt und war von Rudolf schon im Anfang des Jahres 1609 zu Missionen benützt worden, als letzterer sich der Hoffnung hingab, Oesterreich wieder gewinnen zu können. Man könnte glauben, daß Gunderode nur im Einklange mit seiner protestantischen Ueberzeugung thätig war, wenn er Rudolf die verlangten Dienste leistete. Allein die Akten liefern den Beweis, daß es sich für denselben zugleich um einen Gelderwerb handelte und daß er die Leidenschaft des Kaisers zu bedeutenden Erpressungen benützte. Er war derart an dem Intriguenspiel desselben betheiligt, daß er sogar in den Passauer Einfall verwickelt erscheint, da er vor Mathias durch die Flucht nach Sachsen Schutz suchen zu müssen glaubte. Seine Dienstleistungen in diesen letzten Monaten brachten ihm die Summe von 10.000 Dukaten ein, mit der er sich glücklich nach des Kaisers Tode vor den Nachstellungen des Mathias rettete. Neben Gunderode wird uns der kaiserliche Sekretär Härttel genannt, der im Sinne einer pfälzischen Einigung vorzugsweise thätig war. An ihn schlossen sich Personen von ganz untergeordneter Stellung an, die Kammerdiener Rucky und Hastal, der Antiquar Fröschel, ein holländischer Abenteurer und Verfertiger eines Perpetuum mobile, Cornelius Drebbel, und eine und die andere kaum dem Namen nach bekannte Persönlichkeit. Dies waren die Männer, die jetzt vorzugsweise des Kaisers Vertrauen besaßen, seine Politik bestimmten, die Depeschen verfaßten und korrigirten, mit einem Worte die leitende Hand im Kabinete des deutschen Kaisers waren. Neben ihnen wurden wohl noch Dr. Wackher und Ernfrid von Minkwitz benützt, doch kam ihr Ansehen nicht dem der vorgenannten Personen gleich. Der Herzog von Braunschweig, der gegenwärtig den Sitzungen des geheimen Rathes präsidirte, stand den abenteuerlichen Entschlüssen des Kaisers fern; theils ward er durch seinen Rang von einem allzu vertrauten Verkehr mit Kammerdienern und Alchimisten abgehalten, theils gehörte er für seine Person zu der durch Kursachsen repräsentirten politischen Partei und stand also den Wünschen und Absichten der Union entgegen.



Der Entschluß des Kaisers, eine Verbindung mit der Union einzugehen, war nicht das einzige auffallende Ereigniß dieser Tage, es gesellten sich zu demselben neue Heiratsprojekte, die am Hofe mit Eifer diskutirt wurden. Anfangs hieß es, der Kaiser wolle der verwitweten Königin von Frankreich Marie von Medici die Hand reichen, dann wurde die verwitwete Kurfürstin von der Pfalz als kaiserliche Braut genannt, zuletzt kam die Sprache auf eine Tochter des Herzogs von Braunschweig und dieses Projekt schien am meisten an Konsistenz gewinnen zu wollen, wenigstens wurde einige Tage vor dem Tode des Kaisers die Hochzeitsfeierlichkeit als sehr nahe bevorstehend betrachtet. So beschäftigte sich also Rudolf, beinahe möchte man sagen, noch in der Todesstunde mit dem Gedanken, wie er dem von der Natur ihm gesetzten Nachfolger einen Possen spielen könnte. Neben den Hochzeitsplänen wurde die Frage wegen der Abreise ununterbrochen besprochen und schien durch die bevorstehende Allianz Rudolfs mit der Union ihrer Lösung entgegenzugehen. Ein eigener Wagen wurde hergerichtet, in dessen Mitte auf Riemen eine Sänfte für den Kaiser befestigt war, um die Beschwerlichkeit des Transportes zu verringern. In mancher Woche mußten die Equipagen Tage lang bereit stehen, um auf den ersten Wink des Kaisers den Weg in's Reich einzuschlagen.*)

Die Verbindung mit der Union knüpfte Rudolf durch Gunderode an.
1611 Im Monate August wurde derselbe nach Deutschland mit dem Auftrage abgeschickt, den pfälzischen Hof und andere mit diesem befreundete Fürsten zu besuchen. So weit wir aus der nur theilweise erhaltenen Korrespondenz urtheilen können, hatte der Oberst vorerst den Auftrag die Stimmung der einzelnen Fürsten zu erforschen, in wie weit sie zu einer Allianz mit dem Kaiser geneigt wären.**) Nur an den Markgrafen von Anspach und an den Grafen von Hanau hatte er bestimmtere Aufträge. Bezüglich des letztern berichtete Zuñiga dem König von Spanien, daß der Kaiser von ihm ein Anlehen erlangen welle, bezüglich des erstern stellte sich bald heraus, daß ihn Rudolf mit Uebergehung aller seiner Geheimräthe und aller Prinzen seines Hauses zum Kommissär bei dem Kurfürstentage in Nürnberg ernennen wolle. Der Markgraf wurde wegen Empfangnahme der Instruktion zur Reise nach Prag eingeladen. In der That konnte man sich keine entschiedenere Demonstration denken, als wenn der Kaiser bei einer so wichtigen Gelegenheit einen Unionsfürsten in dieser Weise mit seinem Vertrauen beehrte. Daß man im Lager des Fürsten von Anhalt mit Zufriedenheit diese Schwenkung Rudolfs begrüßte, kann nicht

---

*) Simancas 2497/23. Zuñiga an Philipp III ddo. 30. Sept. 1611.

**) Die Akten im böhmischen Statthaltereiarchive.

bezweifelt werden, doch sind wir nicht zur Kenntniß irgend eines Planes, den ersterer auf dieselbe begründete, gekommen. Die Instruktion, welche die pfälzischen Gesandten zu dem Kurfürstentage nach Nürnberg erhielten *), zeigt von keinem vollständigen Eingehen in die Wünsche des Kaisers, denn die Gesandten erhielten den Auftrag, auf die Vornahme einer römischen Königswahl zu dringen, was bekanntlich am allerwenigsten dem Kaiser angenehm war. Später als der Markgraf von Anspach bereits direkte Verhandlungen mit dem letztern angeknüpft hatte, hieß es, die Union sei erbötig, dem Kaiser zu seinem Unterhalt eine bedeutende Geldsumme zu bewilligen, natürlich unter der Bedingung, daß er ihre Interessen zu den seinigen mache. Wir glauben mit Grund vermuthen zu dürfen, daß das Entgegenkommen Anhalts und der Unionsfürsten, das durch Gunderode's Sendung provozirt werden sollte, nicht den weitgehenden Wünschen des Kaisers entsprach. Unzweifelhaft mag man in diesem Lager über den Gesundheitszustand des Kaisers hinreichend unterrichtet gewesen sein, um aus einer Verbindung mit ihm große Hoffnungen zu schöpfen und sich voreilig zu kompromittiren. Dagegen hegten Mollard und Barvitius, die, wiewohl im kaiserlichen Dienste stehend, sich völlig bei Seite gesetzt sahen, große Befürchtungen vor den Folgen dieser Verbindung; beide behaupteten, daß der Kaiser die früher unbeachteten Wünsche der Union jetzt erfüllen werde. **) Barvitius war stets der Meinung, daß Rudolf jeden Weg betreten werde, um an seinem Bruder Rache zu nehmen.

In Folge der Einladung des Kaisers langte der Markgraf von Anspach am 15. Oktober in Prag an, um dessen Mittheilungen und Wünsche 1611
entgegenzunehmen. Sein rascher Empfang — schon den zweiten Tag nach seiner Ankunft — zeigte, welch' hohen Werth der Kaiser auf die Verbindung mit jener Partei legte, welche der Markgraf repräsentirte; der Empfang war aber nicht nur rasch, er war in jeglicher Beziehung ausgezeichnet. Am 17. Oktober empfing der Kaiser den Markgrafen mit seinem ganzen Gefolge und unterhielt sich darauf mit ihm eine Viertelstunde lang allein; vier Tage später ertheilte er ihm abermals eine Audienz, die etwa eine Stunde währte und zuletzt ließ er ihn sogar in sein Kunstkabinet kommen und besprach sich da zwei Stunden lang mit ihm. Er ernannte den Markgrafen darauf zu seinem Bevollmächtigten bei dem Nürnberger Kurfürstentage und unterordnete ihm die mittlerweile dahin abgeschickten Gesandten. Da er ihn bei seiner Abreise mit kostbaren Gegenständen beschenkte

*) Münchner Staatsarchiv 547/14, 306. Pfälzische Instruktion für die Gesandten zum Kurfürstentag in Nürnberg.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 15. Okt. 1611.

und wie die Rede ging, sogar an Sohnesstatt annahm, so stand der Empfang des Markgrafen wohl einzig in der Geschichte Rudolfs da.

Es versteht sich, daß über den Inhalt der Unterredungen zwischen dem Kaiser und seinem neuen Adoptivsohne viel nachgeforscht wurde. Aus den Berichten von Personen, die ihre Nachrichten aus dem Munde des einen oder des andern der beiden Fürsten schöpften, geht so viel hervor,*) daß sich der Kaiser zuerst bitter über den Papst und Spanien so wie über seine ganze Familie ausgelassen habe, „er möge nicht einmal den Namen seines Hauses aussprechen hören" und darauf erklärte, daß er sich an den Vertrag vom 11. August nicht für gebunden halte, sondern dessen Vernichtung und seine eigene Restitution anstrebe. Der Markgraf von Anspach suchte dem Kaiser Muth einzuflößen, forderte ihn auf, seinen schon mehrmals ausgesprochenen Entschluß auszuführen und seine Residenz nach Deutschland zu verlegen. Sobald er den Beschwerden der Protestanten abhelfe, könne er gewiß sein, daß sie ihm einen Jahresgehalt aussetzen würden. Gunderode rühmte sich wenige Tage später,**) daß die Protestanten sich bereits zu einer Summe von 130.000 Gulden jährlich verstanden hätten. Am Schlusse der Unterhandlungen, die der Markgraf nicht nur mit dem Kaiser sondern auch mit einigen seiner Vertrauenspersonen zu führen hatte, erhielt er den Auftrag, bei dem Nürnberger Kurfürstentage dahin zu wirken, daß die Bestimmung der Nachfolge bis zur Berufung eines Reichstages vertagt, Mathias mit seinen etwaigen Forderungen abgewiesen und gegen die Böhmen wegen ihres Vorgehens ein Tadel ausgesprochen werde.***)

Der Kurfürstentag in Nürnberg, der endlich das Verhältniß zwischen dem Kaiser und Deutschland in's klare bringen mußte, versammelte sich in der zweiten Hälfte des Monats Oktober. Von den Kurfürsten waren daselbst anwesend die drei Erzbischöfe und der neue Herzog von Sachsen Johann Georg, des vor kurzem verstorbenen Christian II († 3. Juli 1611) Bruder und Nachfolger. Kurpfalz war wegen der Minderjährigkeit des Kurfürsten Friedrich V, bekannt unter dem Namen des Winterkönigs, durch den Herzog von Zweibrücken, Administrator der Kur, Brandenburg durch Gesandte vertreten. Die Kur Böhmen nahmen des Mathias Gesandte, an deren Spitze sich Khlesl befand, in Anspruch.

*) Wir schöpfen unsere Nachrichten aus einem Briefe Vischers an Erzh. Albrecht ddo. 22. Okt. 1611 im Brüssler Archiv und aus zwei Schreiben des sächs. Gesandten aus Prag an Kursachsen im sächs. Staatsarchiv.

**) Vischer an Erzherz. Albrecht ddo. 29. Okt. im Brüssler Archiv.

***) Sächs. Staatsarchiv. Zeidler an Kursachsen ddo. $\frac{21.}{31.}$ Okt. 1611. — Hammer: Khlesl II Urkundensammlung N. 352.



Sämmtliche Kurfürsten und ihre Vertreter waren vom ersten Augenblick ihrer Zusammenkunft in Nürnberg entschlossen, sich über die Vornahme einer römischen Königswahl zu einigen, dem Kaiser hievon die Anzeige zu machen, und dann die Wahl mit oder ohne seine Zustimmung vorzunehmen. Selbst der Administrator der Kurpfalz machte hievon keine Ausnahme, wiewohl des Markgrafen von Anspach Botschaft und ein eigenhändiger Brief des Kaisers, der ihm deren Berücksichtigung empfahl, darnach angethan sein konnten, seinen Entschluß zu erschüttern. *) So wenig aber ein Zweifel darüber obwaltete, ob eine Königswahl vorzunehmen sei oder nicht, so wenig Einigkeit herrschte über die Person des zu Wählenden. Zwar traten nicht mehrere Bewerber auf, nur der einzige König Mathias kandidirte offen für den Thron, allein gerade gegen ihn walteten die wichtigsten Bedenken bei der Mehrzahl der Wähler ob. Die geistlichen Kurfürsten, treu ihrem frühern Systeme, wollten nichts von seiner Erhebung wissen, der Kurfürst von Sachsen schien ihnen folgen zu wollen, denn obwohl er sich nicht zu Gunsten Albrechts äußerte, gab er auch nicht zu erkennen, daß er für Mathias eintreten wolle, und auf Brandenburg und Kurpfalz war kein sicherer Verlaß für Mathias, wiewohl sie seit dem Passauer Einfall sich sichtlich dem Könige genähert hatten. Khlesl, der mit einer Rührigkeit ohne Gleichen die Interessen seines Herrn vertrat, begegnete überall einer mehr oder weniger unfreundlichen Stimmung; der Kurfürst von Mainz verweigerte ihm sogar durch längere Zeit eine Audienz. Zuñiga, der nach Nürnberg gekommen war, trat im Einklange mit seinen frühern Bestrebungen mit solchem Eifer für Mathias auf, daß selbst Khlesl denselben nicht hoch genug anschlagen konnte und seinem Herrn schrieb, „die spanische Botschaft arbeite Tag und Nacht“ im Interesse des Königs. Die geistlichen Kurfürsten, welche die Resultate ihrer beschränkten Politik im Passauer Einfalle sehen konnten, zogen es vor, statt offen die Verkommenheit des kaiserlichen Regiments zuzugeben, gegen Mathias die Erzürnten und Beleidigten zu spielen. Eine Aenderung in ihrer Haltung ward am Ende nur bei zweien, bei Köln und Trier, durch Zuñiga's Zuthun herbeigeführt, der als Augenzeuge der Verhältnisse am Prager Hofe und Vertreter Philipps III nicht als Parteimann angesehen und verworfen werden konnte. Nur Schweikhart von Mainz erwies sich unnahbar gegen alle Freunde des Königs Mathias; dem spanischen Gesandten erklärte er geradezu, daß er die Empfehlung des Mathias nicht für eine ernst gemeinte ansehe und nicht glauben könne, der König von Spanien würde je

*) Münchner Staatsarchiv 547/15, 124. Rudolf II an den Administrator der Kurpfalz ddo. 23. Okt. 1611.



vergessen, welche Rolle Mathias in den Niederlanden gespielt habe.*) Da der Kurfürst von Mainz auf die Entscheidung seiner geistlichen Kollegen einen anerkannten Einfluß besaß, so war zu fürchten, daß Mathias noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde. Die Neigung Schweikharts ging entschieden auf den Erzherzog Albrecht und Zuñiga war der Ansicht, daß derselbe schließlich die meisten Aussichten auf die Kaiserkrone besitze. Als der spanische Staatsrath von Zuñiga über den Stand der Angelegenheiten und zugleich über dessen energisches Eintreten für Mathias benachrichtigt wurde, war er nicht völlig damit zufrieden; wiederum tauchten nämlich die nebelhaften Kaiserphantasien im spanischen Kabinet auf. Man gönnte daselbst Mathias die Erhebung, aber Zuñiga bekam doch die Weisung, die Möglichkeit einer Wahl Philipps III im Auge zu behalten und die Stimmen der Kurfürsten auf denselben zu lenken, wenn Mathias oder einer seiner Brüder ihnen nicht genehm wäre.**)

Was Kursachsen betrifft, so würde Mathias von da aus eben so wenig zu hoffen gehabt haben wie von Mainz, wenn Christian II noch am Leben gewesen wäre. Aber Johann Georg, wiewohl zur kaiserlichen Partei gehörig, hatte doch keinen Groll gegen Mathias, ja er war sogar geneigt demselben seine Stimme zu geben, wenngleich er damit noch sorgfältig hinter dem Berge hielt. Denn bevor die Konferenzen in Nürnberg begannen, berief er sich mit seinen Geheimräthen, wem er seine Wahlstimme geben solle. Es wurde die Meinung aufgestellt, daß ernstlich nur von zwei Bewerbern, von Mathias und Albrecht, die Rede sein könne und nach langer Erwägung zugestanden, daß eigentlich nur der erstere wählbar sei, mochten noch so viel Einwürfe gegen ihn vorgebracht werden. Johann Georg schloß sich dieser Meinung mit der Beschränkung an, daß er zu Gunsten des Mathias vorläufig keine Verpflichtung eingehen wolle.***)

Nach mancherlei Verhandlungen blieb der Nürnberger Kurfürstentag bei dem anfänglichen Entschlusse stehen, die Wahl eines römischen Königs vorzunehmen und dem Kaiser hievon die Anzeige zu machen. Gab der letztere hiezu seine Einwilligung, so nahm man sie dankbar an, wenn nicht, so wollte man sich auch ohne dieselbe behelfen. Die Wahl sollte am Montag nach Cantate (21. Mai 1612) in Frankfurt stattfinden und zu der-

*) Simancas 2497/171. Zuñiga an Philipp III ddo. 29. Okt. 1611. — Bekanntlich hatte eine Partei in den Niederlanden den Erzherzog an die Spitze des Gemeinwesens stellen wollen und Mathias hatte den Ruf angenommen, ohne Philipp II zu fragen.

**) Staatsrathsbeschluß vom 15. und 22. Dez. 1611. Simancas 709/161 und 162.

***) Sächs. Staatsarchiv. Berathung des Kurfürsten mit seinen Räthen ddo. $\frac{10.}{20.}$ Oktob. 1611.

selben auch Mathias als König von Böhmen eingeladen werden.*) Ueber die Person des zu Wählenden war keine vorläufige Einigung erfolgt. Schweikhart von Mainz hatte ebenso energisch sich gegen Mathias verwahrt, wie er für Albrecht eintrat; er war nach Nürnberg gekommen, entschlossen seine Kollegen zu einem schriftlichen Versprechen zu vermögen, daß sie letzterem ihre Stimme geben und sonach die Wahl, wenn auch nur vorläufig, vollziehen würden. Er würde vielleicht gesiegt haben, wenn nicht Zuñiga seinen ganzen Einfluß in des Mathias Wagschale gelegt hätte. Johann Georg ward in seiner günstigen Stimmung für Mathias bestärkt, Trier und Köln in ihrer Abneigung gegen denselben schwankend gemacht. Brandenburg, welches seit dem Passauer Einfall in einen freundlichen Verkehr mit Mathias getreten war, trat in Nürnberg ziemlich offen für denselben auf und auch der Vertreter der Kurpfalz mußte, wenn die Wahl nur zwischen Mathias und Albrecht schwankte, zweifelhaft sein, ob er den erstern verwerfen dürfe, trotzdem daß eine Allianz mit Rudolf und der Union im Werke war, denn es lag jetzt wie früher nicht im Interesse der pfälzischen Politik, die Kaisermacht am Niederrhein zu begründen. Die Dinge standen so, daß wenn ein dritter annehmbarer Bewerber auftrat, er die beiden andern Kandidaten aus dem Felde schlug. Es war damit für Maximilian von Baiern der Augenblick gekommen, wo es von ihm abhing, ob er den deutschen Thron besteigen wollte oder nicht. Daß er sich nicht um denselben bewarb, war der schlagendste Beweis, den er dem Hause Habsburg lieferte, daß er es nicht auf dessen Verkürzung abgesehen habe. — Der Tadel gegen die Böhmen, welchen der Kaiser bei dem Kurfürstenkollegium betrieb, wurde von demselben nicht ausgesprochen. Khlesl widersetzte sich dagegen energisch und bewies, daß ein Tadel gegen die Böhmen zugleich einen solchen gegen Mathias einschließe.

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß es nicht ganz und gar an einem dritten Kandidaten für den deutschen Thron gebrach, derselbe war kein anderer als der Erzherzog Leopold. Da durch seine Ausflüchte die Aussöhnung mit Mathias, wie erzählt worden, um diese Zeit noch nicht erfolgt war, bemühte sich der Erzherzog mit Rudolf in eine neue Verbindung zum Nachtheil seines Vetters zu treten. Von Zeit zu Zeit langte von ihm in Prag ein Brief ein, in dem der Kaiser beschworen wurde, Böhmen zu verlassen und seinen Sitz in einer Reichsstadt aufzuschlagen. Als der Kurfürstentag in Nürnberg herannahte und es gewiß war, daß die

*) Münchner Staatsarchiv 847/15, 386. Beschluß des Nürnberger Kurfürstentages unterzeichnet von den anwesenden vier Kurfürsten und den Vertretern von Pfalz und Brandenburg.



Nachfolge im Reiche daselbst zur Entscheidung kommen würde, suchte Leopold die Aufmerksamkeit des Kaisers abermals auf sich zu lenken und fand in dem alten Herzog Wilhelm von Baiern einen ebenso rücksichtslosen als unvernünftigen Freund, der sich in einem Schreiben an Rudolf für ihn verwendete. Da des Erzherzogs früherer Anhang am Prager Hofe seit dem Rückzuge der Passauer zersprengt war, so war es schwer eine Person ausfindig zu machen, welche Wilhelms Brief an die Adresse befördert hätte; zuletzt gab sich ein Ofenheizer in der Burg dazu her und von diesem erhielt der Kaiser des Herzogs Brief. Er blieb jedoch ohne Wirkung, da Rudolf es vermied in Nürnberg einen Nachfolger zu empfehlen und überhaupt seine Hoffnungen nicht mehr auf seinem Vetter beruhten.*)

Bevor noch die Gesandten des Nürnberger Kurfürstentages in Prag eintrafen, um dem Kaiser von den dort gefaßten Beschlüssen Nachricht zu geben, schickte der Markgraf von Anspach über dieselben einen Bericht ein. Er ersuchte Rudolf, sich nicht durch den Beschluß wegen Vornahme der Königswahl allzusehr betrüben zu lassen, derselbe sei nicht zu vereiteln gewesen. Der Kaiser möge sich mit demselben einverstanden erklären, mittlerweile aber sich einen „starken Rücken machen," d. h. mit der Union eine innige Verständigung eingehen, um die Wahl zu seinen Gunsten zu lenken oder wenigstens keinen Nachtheil von ihr zu erfahren.**) Dem Briefe auf dem Fuße folgten die Gesandten des Kurfürstentages, an deren Spitze sich der Vicedom von Mainz Brömser befand; als Vertreter von Kurpfalz fungirte der rührige Camerarius. Wiewohl auf die Botschaft vorbereitet, war der Kaiser seiner Bewegung doch nicht mächtig, als sich die Gesandten in der ihnen ertheilten Audienz ihres Auftrages entledigten. Während Brömser die unvermeidliche Lüge breitschlug, daß die Kurfürsten bei der beabsichtigten Wahl eines Nachfolgers nur das Interesse des Kaisers im Auge hätten und fünf- bis sechsmal die ununterbrochene Berücksichtigung dieses Interesses betonte, wurde der Kaiser zusehends bleicher und gab deutlich zu erkennen, daß er davon nicht sonderlich erbaut sei. Er beantwortete die Ansprache einfach damit, daß er versprach, über das Mitgetheilte nachdenken zu wollen. Als er sich darauf in seine Gemächer zurückzog, sagte er zu seinem Kämmerer Proskowsky: Diejenigen, die mir in meinem Ungemach nicht mit einem Roß zu Hilfe gekommen sind, haben

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 24. Sept. 1611. — Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 30. Sept. 1611.

**) Sächs. Staatsarchiv. Dr. Gerstenberger an Kursachsen ddo. $\frac{8.}{18.}$ Nov. 1611. Prag. Gerstenberger hatte durch seine Verbindungen den Brief des Markgrafen einsehen dürfen und hierüber in obiger Weise an seinen Herrn berichtet.

mir gleich einem Todten eine Leichenpredigt gehalten, gleichsam als ob sie mit dem Herrn zu Rathe säßen und wüßten, daß ich in diesem Jahre sterben werde." *)

Es versteht sich von selbst, daß der Kaiser nicht geneigt war, auf den Vorschlag des Kurfürstentags einzugehen. Da er es jedoch nicht wagen konnte, demselben geradezu eine abschlägige Antwort zu geben, suchte er nach einem Ausweg, um unter dem Scheine, als gewähre er die Bitte der Kurfürsten, dieselbe dennoch zu vereiteln. Von dem Wunsche beseelt, die Gesandten von Prag so schnell als möglich zu entfernen, antwortete er ihnen deshalb auf ihre Botschaft schon am 23. November: er wolle im Prinzip 1611
die Wahl eines Nachfolgers zugeben, knüpfe aber daran die Bedingung, daß der Nachfolger sich nicht in die Regierung mische, so lange er (Rudolf) lebe, und den Wunsch, daß die Wahl vorläufig auf einen weiteren Zeitpunkt (also später noch als am 21. Mai 1612) verschoben und ein Reichstag früher einberufen werde. **) Der Kaiser drückte sich bei dieser Gelegenheit nicht deutlich genug aus, ob er den Reichstag vor der Wahl versammelt haben wolle oder nach derselben. Er ließ jedoch hierüber keinen Zweifel aufkommen, denn schon am 26. November trug er dem Kurfürsten von Mainz auf, so bald als möglich einen Reichstag nach Regensburg auszuschreiben oder den von 1608, der zu keinem eigentlichen Schlusse gekommen war, zu „reassumiren." ***) Von jetzt an konzentrirte sich seine ganze Wirksamkeit darauf, einen Reichstag noch vor der Wahl zu Stande zu bringen. Gelang ihm dies, so hoffte er in demselben eine Stütze gegen seinen Bruder zu finden und es war in der That zweifelhaft, ob zwischen den Kurfürsten nicht ein tiefer Riß entstand, wenn sich der Kaiser am Reichstage auf die Seite der Protestanten warf, wie das mit Wahrscheinlichkeit in Aussicht stand.

Mit der erlangten Antwort reiste die Mehrzahl der Gesandten von Prag weg, nur Camerarius blieb daselbst zurück. Es geschah dies, um die zwischen dem Kaiser und der Unionspartei schwebenden Verhandlungen zu fördern und es scheint, daß Camerarius vom Kaiser in geheimer Audienz empfangen worden sei. Die Anzeichen, daß letzterer immer mehr sein Heil in dem extremen Schritte eines Anschlusses an die Union suche, mehrten sich derart, daß die Ernennung des Fürsten von Anhalt zum Mitgliede des ge-

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 201. Bodenius an Max von Baiern ddo. 19. Nov. 1611. — Münchner Staatsarchiv 547/15. 366. Camerarius an den Administrator der Kurpfalz ddo. $\frac{11.}{21.}$ Nov. 1611.

**) Sächs. Staatsarchiv. Kaiserliche Antwort ertheilt den Gesandten ddo. 23. Nov. 1611.

***) Münchner Staatsarchiv. Rudolf II an Kurmainz ddo. 26. Nov. 1611.



heimen Rathes als eine sicher bevorstehende Thatsache erzählt wurde.*) Gewiß ist, daß keine Woche verging, ohne daß ein kaiserliches „Handbriefel" an eines der Häupter der Union abging. In diese Zeit fällt es auch, daß von der Heirat des Kaisers mit der verwitweten Kurfürstin von der Pfalz gesprochen wurde, ein Gerücht, das ohne Zuthun des Kaisers nicht entstanden wäre. Härttel, Wacker und die oben genannten Kammerdiener und Antiquare hatten vollauf zu thun, um den Faden der Verbindung mit Anhalt und seinen Freunden fester zu drehen. Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß diese die angebotene Hand des Kaisers nicht mit gewohnter Raschheit ergriffen, denn schon der Umstand, daß Anhalt nicht nach Prag kam, zeigt, daß er keine besondere Hoffnung von der Verbindung mit letzterem hegte.

Zu gleicher Zeit, in welcher Rudolf seine Stütze in der Unionspartei suchte, wollte er auch die andern protestantischen Kurfürsten fester an
26 Nov. 1611 sein Interesse knüpfen. Anfangs ließ er dem von Sachsen entbieten, er wolle ihn besuchen oder ihm wenigstens bis an die Grenze entgegenreisen, um sich mit ihm zu besprechen.**) Zur Durchführung eines solchen Entschlusses kam es nicht, aber Rudolf schickte seinen Hofrath Ernfried von Minkwitz nach Dresden, um von dem Kurfürsten zu verlangen, daß er den Zusammentritt eines Reichstages vor der Wahl befördern helfe. Ueber das Resultat des Nürnberger Kurfürstentages äußerte er sich in der zur Mittheilung an den Kurfürsten bestimmten Instruktion im höchsten Grade unzufrieden, „er habe von demselben gehofft, daß er ihm in seinen Nöthen beispringen werde," statt dessen habe man daselbst nichts anderes als die Bestimmung der Nachfolge im Auge gehabt und ihn genöthigt nach den Wünschen der Kurfürsten eine Wahl zu gestatten, was nur allzu sehr „dem Vorgange gleichkommt, den der König von Ungarn mit Uns beobachtet, der Uns auch zu allem gezwungen, wie der ganzen Welt bekannt ist." Indem er den Kurfürsten dringend bat, die Wahl bis nach dem Reichstage verlegen zu helfen, theilte er ihm noch „im Vertrauen mit, daß die Mehrzahl der Böhmen und Schlesier" zu seiner Wiedererhebung geneigt wären, wenn sie sich nur durch das Reich gestützt wüßten.***) Also nichts mehr und nichts weniger glaubte der Kaiser hoffen

*) Brüssler Archiv. Bodenius an den Sekretär des Erzh. Albrecht ddo. 26. Nov. 1611. — Münchner Staatsarchiv 547/15, 314. Camerarius an den Administrator der Kurpfalz ddo. $\frac{17.}{27.}$ Nov. 1611. — Brüssler Archiv. Bodenius an Pisport ddo. 3. Dez. 1611. Zuñiga an Philipp III ddo. 28. Dez. 1611. Simancas 149/91.

**) Gerstenberger an Johann Georg von Sachsen ddo. $\frac{16.}{27.}$ Nov. 1611.

***) Sächs. Staatsarchiv. Instruktion Rudolfs II für Ernfried von Minkwitz ddo. 15. Dez. 1611.

zu können, als einen Wiedergewinn der zuletzt verlorenen Länder. Wir können nur hinzufügen, daß die Angabe, als ob die Mehrzahl oder auch nur ein Theil des Adels von Böhmen oder Schlesien derartige Eröffnungen, wie eben angedeutet, an den Kaiser hätte gelangen lassen, auf bloßer Erdichtung beruhte. Der Kurfürst von Sachsen ging nicht auf das Begehren des Kaisers ein, sondern erwiederte, daß die Wahl nicht zu seinem Nachtheile, sondern vielmehr zu seinem Vortheile bezweckt werde.*)

Gleichzeitig mit Minkwitz wurde Gunderode abermals nach Deutschland geschickt und ihm neue Verhandlungen mit der pfälzischen Partei aufgetragen. Als ob Rudolf schon die Gewißheit hätte, daß es ihm gelingen werde, den Reichstag vor der Wahl zusammenzubringen, sprach er durch einige Tage von nichts anderem als von seiner bevorstehenden Abreise. Dreimal befahl er die nöthigen Reisevorbereitungen zu treffen, Pferde vor die Reisewägen anzuspannen, ja er selbst kleidete sich für die Reise an, so daß man schon den Peitschenknall zu hören glaubte, der seinen Wagen in Bewegung setzen werde,**) um ihn das Neujahrsfest in Regensburg feiern zu lassen. Diese Anstrengungen, seiner Lage eine gewünschte Wendung zu geben, waren aber die letzten. Seinem Leben war bereits ein nahes Ziel gesetzt.

Bevor wir die näheren Umstände erwähnen, die das Verscheiden Rudolfs begleiteten, müssen wir noch einer Versammlung gedenken, welche die deutsche Linie des Hauses Habsburg in diesen Tagen in Wien abhielt. Als Mathias die Huldigung der Lausitzer und Schlesier entgegen genommen hatte, kehrte er nach Wien zurück und hier kam im Monat Dezember eine 1611
Art Familienversammlung zu Stande. Anwesend waren in Wien außer Mathias die Erzherzoge Maximilian, Ferdinand und Karl,***) im Namen des Erzherzogs Albrecht der Graf von Croy und im Namen Philipps III Zuñiga. Die Ereignisse der letzten Zeit, welche nicht bloß zu einer dauernden Feindseligkeit zwischen Rudolf und Mathias geführt, sondern überhaupt die Einigkeit unter den Prinzen des Hauses Habsburg zerstört hatten, machten das Bedürfniß fühlbar, ein für allemal allen Zwistigkeiten ein Ende zu machen, und die Eintracht wieder herzustellen, damit das Haus Habsburg wie ein geschlossener Phalanx allen seinen Feinden entgegentrete und seine bisherige Größe behaupte. Zu dem Ende wurde am 27. Dezember nach mancherlei Verhandlungen ein Familienpakt, der für die Zukunft das Betragen der einzelnen Erzherzoge regeln sollte, abgeschlossen. Er bestand aus acht Artikeln, der 1. bestätigte alle bishe-

*) Wiener Staatsarchiv. Johann Georg an den Kaiser ddo. $\frac{\text{24. Dez. 1611}}{\text{3. Jan. 1612}}$.

**) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 28. Dez. 1611.

***) Karl war ein Bruder Ferdinands und Bischof von Breslau.

rigen Hausordnungen und Testamentsverfügungen; der 2. übergab dauernder Vergessenheit alle vorangegangenen Zwistigkeiten und bestimmte den König von Spanien und Mathias zu Schiedsrichtern bei neu sich ergebenden Streitigkeiten; der 3. setzte fest, daß kein Erzherzog nach einem Besitz und einer Würde streben dürfe, wodurch einem Mitgliede seines Hauses ein Nachtheil zugefügt werden könnte; im 4. verpflichteten sich die Erzherzoge alles zu thun, damit die kaiserliche Würde nicht für das Haus Habsburg verloren gehe und zugleich keine Anstrengung zu scheuen, daß Mathias dieselbe erlange, „weder Gewalt noch Ueberredung" sollte einen der Erzherzoge in diesem Beschlusse wankend machen; im 5. ward bestimmt, daß kein Erzherzog ohne Mitwissen und Zustimmung der übrigen einen Krieg beginne, jeder solle dem andern in diesem Falle helfen; im 6. ward festgesetzt, daß am Hofe des Mathias ein Vertreter der ältesten Erzherzoge (Maximilian, Albrecht und Ferdinand) residiren und im Geheimrathe des Königs in allen Familiensachen Sitz und Stimme haben solle; im 7. wurde die Anlegung eines Familienschatzes beschlossen; im 8. bezüglich der Succession in den erblichen Ländern der Habsburger sowie der Führung der Vormundschaft über minderjährige Prinzen die Aufrechthaltung des bisherigen Herkommens festgesetzt.

Der Vertrag wurde von Mathias und den oben genannten Erzherzogen unterzeichnet; Ferdinand verpflichtete sich die Unterschrift seiner nicht anwesenden Brüder, des Maximilian Ernst und Leopolds beischaffen zu wollen. Für Albrecht unterzeichnete der Graf von Croy, nur Zuñiga weigerte sich seine Unterschrift beizufügen, weil er zum Abschluß dieses Vertrages nicht bevollmächtigt sei, fügte aber bei, daß er nach Hause berichten und sich vom Könige die Vollmacht erbitten wolle. Dieselbe wurde ihm jedoch nicht gegeben und überhaupt trat Spanien trotz wiederholten Drängens dem Vertrage nie bei.*) Die Ursachen der Weigerung liegen in mehr als einem Punkte. Zunächst ist es klar, daß Spanien das Recht Krieg zu führen nicht von der Zustimmung der deutschen Linie abhängig machen konnte. Hätte jedoch die spanische Linie bloß an diesem einen Punkte Anstoß genommen, so wäre ein Ausgleich rasch erfolgt, denn zu Gunsten derselben würden die deutschen Habsburger ohne Zögern eine Ausnahme stipulirt haben. Der Stein des Anstoßes lag aber in dem vierten und achten Punkte. Der vierte Punkt verpflichtete alle Erzherzoge dafür zu sorgen, daß Mathias die deutsche Kaiserkrone erlange und sich dagegen weder durch Gewalt noch Ueberredung einnehmen zu lassen. Nun konnte sich Philipp noch immer nicht der Hoffnung entschlagen, daß er für den

*) Simancas 2324/114. Der Staatsrath an den König Philipp III ddo. 21. Febr. 1612.



Kaiserthron bestimmt sei und Zuñiga hatte, wie oben erzählt worden, erst in der jüngsten Zeit die Weisung erhalten, diese Erhebung nicht aus den Augen zu verlieren. Noch wichtiger aber als der vierte Punkt war für Spanien der achte. San Clemente hatte vor seinem Verscheiden den spanischen Hof darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die männliche Linie Maximilians II erlöschen würde, das Erbrecht auf die Throne von Ungarn und Böhmen nicht der Gratzer männlichen Seitenlinie sondern den spanischen von einer Tochter Maximilians II (Anna, Mutter Philipps III) abstammenden Habsburgern zukommen würde. Diese Ansicht hatte für den spanischen Ehrgeiz zu viel verlockendes und deshalb wollte Philipp III nicht ohne weiters den achten Punkt, der die Succession in dem erblichen Besitz der Habsburger „nach dem Herkommen" regelte, bestätigen. Die deutschen Habsburger faßten mit Recht „das Herkommen" so auf, daß die Erben nach der Linie Maximilians II nur in den steirischen Prinzen zu suchen seien, Philipp III hätte also seine Interpretation des Herkommens hier auseinandersetzen müssen, dies wollte er noch nicht und deshalb unterließ er die Unterzeichnung des Familienpakts.

So vorsichtig Zuñiga auftrat, so blieb es in Wien nicht verborgen, was der eigentliche Grund sei, weshalb er den Vertrag nicht unterzeichne und weshalb ihn sein König auch nicht unterzeichnen würde. Ferdinand von Gratz, der im Falle die neugeschlossene Ehe des alternden Mathias ohne Erben blieb, was ziemlich wahrscheinlich war, den Gesammtbesitz der deutschen Habsburger wieder vereinen zu können gehofft hatte, sah sich mit einemmale einem gefährlichen Rivalen gegenübergestellt, was ihn auf das tiefste verstimmte. Nicht insofern war Philipp gefährlich, daß er etwa einer günstigeren Stimmung bei den Böhmen und Ungarn begegnet wäre als Ferdinand, sondern nur insofern, weil Ferdinands Untergang gewiß war, wenn er an Philipp III statt eines Freundes einen Gegner fand, denn das sah der Erzherzog schon jetzt ein, daß die Behauptung der Nachfolge für ihn schwer ja unmöglich sein werde, wenn Philipp ihn nicht ausreichend mit Geld unterstützen würde. So deckte der Familienvertrag, statt die Wunden, welche frühere Streitigkeiten geschlagen, zu heilen, den Samen neuen Zwistes auf und bedrohte das Haus Habsburg mit einem noch gefährlicheren Zerwürfnisse. Ferdinand dankte es zuletzt seiner ausdauernden Festigkeit und der für die Habsburger sich stets bedrohlicher gestaltenden Lage der Dinge in Böhmen und Ungarn, daß Philipp III im Jahre 1617 von seinen Prätensionen zurücktrat, allerdings nicht ohne hiefür große Gegenleistungen zu verlangen.*)

*) Die Auseinandersetzung dieser Verhältnisse und der darauf begründeten Verhandlungen gehört nicht diesem Werke an, sondern einer Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618.



II

Schon seit mehreren Jahren hatten die in Prag wohnenden Gesandten wiederholt nach Hause berichtet, daß das Leben des Kaisers rasch seinem Ende entgegengehe, ihre Prophezeiungen hatten sich jedoch nicht bewahrheitet. Jetzt stand aber in der That Rudolfs Ende in kürzester Zeit bevor. Das demüthigende Resultat des Passauer Einfalls, seine darauf folgende Absperrung, einer Haft nicht unähnlich, der Verlust der böhmischen Krone, der bevorstehende Verlust der deutschen, traurige Gemüthsbewegungen aller Art, vereint mit der unnatürlichen Lebensweise des Kaisers, der jede körperliche Bewegung in freier Luft mied, erschöpften vollends seine Lebenskraft. Seit Neujahr 1612 mußte er das Bett hüten, seine Füße schwollen an und nach dem Urtheile der Aerzte war die Wassersucht im vollen Anzuge. Er verachtete es den Rathschlägen derselben, die ihm eine sichere Besserung in Aussicht stellten, nachzukommen, so daß bald darauf die Geschwulst seiner Füße zu eitern anfing und dieselben fast nur eine Wunde bildeten. Auch in diesem Zustande wies er die nöthige Pflege von sich, der Verband mußte stets mit solcher Eile angelegt werden, daß von einer Reinhaltung der Wunden keine Rede war und bald die ersten Anzeichen des kalten Brandes hervortraten. Rudolf selbst soll seinen Tod für unvermeidlich angesehen haben, weil sein Lieblingslöwe vor kurzem verendet hatte. Tycho Brahe hatte einst behauptet, der Kaiser und der Löwe stünden unter demselben Einflusse und da der Tod des letztern gerade in diese Tage fiel, so hielt der erstere, der sein Leben lang an Sterne und Zauberei geglaubt hatte, auch sein Ende für bevorstehend. Tiefe Melan-
1612 cholie beherrschte ihn in den letzten Tagen seines Daseins.*) Am 18. Januar unterzeichnete er zum letztenmale einige Schriftstücke, Tags darauf war sein Zustand derart, daß seine baldige Auflösung mit Sicherheit erwartet werden konnte. Der oberste Kämmerer Proskowsky und Barvitius, der in diesen Stunden Zutritt zum Kaiser fand, baten denselben, er möchte in Anbetracht seines Zustandes einen Geistlichen kommen lassen, um sein Gewissen zu erleichtern. Ihren Bitten gab Rudolf nach und um 3 Uhr Morgens am 20. Januar ward der Domprediger Georg an das Lager des Kaisers beschieden. Er blieb bei demselben etwa 25 Minuten, was aber innerhalb dieser Zeit vor sich ging, läßt sich nicht mit Sicherheit berichten. Bodenius, der Agent des Herzogs von Baiern in Prag, der selbst den Domprediger gefragt hatte, ob der Kaiser gebeichtet habe,

*) Archiv von Simancas. Avisos de Praga.

erhielt von demselben eine abweisende Antwort, „er (Georg) dürfe nichts sagen, denn es sei ihm sub sigillo confessionis verboten." Bodenius und Vischer, welcher letztere über diesen Vorgang an Erzherzog Albrecht berichtete, faßten diese Antwort als eine negative auf und sprachen die Befürchtung aus, daß der Kaiser ohne Empfang der Sakramente verschieden sei. *) Diesem entgegen steht jedoch das Schweigen des spanischen Gesandten Zuñiga. Für den spanischen Hof konnte es gewiß keine wichtigere Nachricht geben, als die, ob Rudolf vor seinem Tode die Sakramente der Kirche empfangen habe oder nicht. Nun berichtet Zuñiga, der den Tag nach dem Tode des Kaisers nach Prag kam, nichts von dem, was Vischer an seinen Herrn schrieb. Das Schweigen Zuñiga's ist uns jedenfalls ein starker Beweis, daß des Kaisers Tod nicht von einem so außerordentlichen Umstande, wie der Nichtempfang der Sakramente war, begleitet gewesen, daß Rudolf also gebeichtet und P. Georg mittlerweile sein Schweigen gebrochen habe. Weniger Gewicht legen wir auf den Umstand, daß, als in Prag das Gerücht, der Kaiser sei ohne Empfang des Abendmahles gestorben, verbreitet wurde, P. Georg demselben selbst in einer Predigt entgegentrat. Wenn er gegen Bodenius, einen Mann, der zu dem vertrauten Katholikenkreis des Kapuzinerklosters gehörte, nicht mit der Sprache herausrücken wollte, so kann seine öffentliche, für das Volk bestimmte Kundgebung nicht tief in die Wagschale fallen. Jedenfalls entscheidend für diese Frage würde der an den Papst gerichtete Bericht des Nuncius sein, der uns nicht bekannt ist und der sich ohne Zweifel im päpstlichen Archive erhalten hat.

Nach der Entfernung des Dompredigers ließ sich der Kaiser noch umkleiden, schrie aber bei dem Schmerz, den ihm die Berührung verursachte, jammernd auf. Um 6 Uhr nahm er noch eine Medizin, bestehend aus Bezoar und Ambra, ein. Unter denen, die sein Bett umstanden, befand sich auch der Kammerdiener Rucky, derselbe, der in der lezten Zeit den Zusammenhang mit der Union und mit Gunderode am meisten vermittelt hatte. Diesem befahl der Kaiser plötzlich, er solle sich zu letzterem verfügen und ihn auffordern, das zu thun, was er ihm aufgetragen habe. Nachdem Rucky sich entfernt hatte, konnte Rudolf nur mit Mühe dann und wann einige verständliche Worte herausstoßen. Die Anwesenden, die seinen Tod als unmittelbar bevorstehend betrachteten, fragten ihn, ob er jenen verzeihen wolle, die ihn beleidigt hätten. Vischer erzählt, „die Nachrichten hierüber seien verschieden, von den einen habe er gehört, der Kai-

*) Brüssler Archiv. Bodenius an den Sekretär des Erzh. Albrecht ddo. 21. Jan. 1611. — Ebendaselbst. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 21. Jan. 1611.



ser habe es gethan und namentlich Mathias dabei genannt, von Barvitius aber habe er eine gegentheilige Versicherung erhalten. *) Nach 7 Uhr Morgens am 20. Januar verschied Rudolf II im Alter von 59 Jahren. Gegenwärtig waren Proskowsky, Barvitius und einige Kammerdiener. **)

Die Geheimräthe, welche von dem Todesfalle alsbald benachrichtigt wurden, beschlossen davon durch drei Tage nichts verlauten zu lassen, um Mathias, der bereits Tags vorher von dem bevorstehenden Verscheiden seines Bruders benachrichtigt worden, Zeit zu lassen, nach Prag zu kommen. Trotzdem verbreitete sich rasch das Gerücht, daß der Kaiser nicht mehr am Leben sei, und im Schlosse fand sich eine zahlreiche Menschenmenge ein, begierig die Gewißheit zu erfahren; unter ihnen auch Wenzel Kinsky und der Oberst Trautmansdorf, welche vermutheten, man wolle zum Schaden des Mathias den Tod des Kaisers verheimlichen. Während sie mit andern in einem Saale, der an des Kaisers Gemächer stieß, die umlaufenden Gerüchte besprachen, kam Proskowsky mit einem Glase in der Hand, als wolle er dem Kaiser einen Trank präsentiren. Kinsky und Trautmansdorf ließen sich dadurch nicht täuschen, sondern eilten in das anstoßende Zimmer, schlugen den Vorhang zurück, der des Kaisers Bett verhüllte, und fanden in dem darin liegenden Leichnam die Bestätigung ihrer Vermuthung. Die Nachricht von dem Tode Rudolfs verbreitete sich jetzt in der ganzen Stadt und setzte schnell alle Zungen in Bewegung, um über Rudolfs Regierung ein Endurtheil zu fällen. Dasselbe war im allgemeinen nicht ungünstig, man wußte in dem Kaiser den Regenten und Privatmann zu unterscheiden und der letztere mit seinen eigenthümlichen und interessanten Liebhabereien, mit seiner wohlwollenden Friedfertigkeit, über die man den Passauer Einfall vergaß, trat in den Vordergrund und bestimmte das Urtheil der Menge. Auch der Umstand, daß Mathias nicht der Mann war, um sich die Neigung des Volkes rasch zu erwerben, wirkte entscheidend auf des letzteren Urtheil ein. Namentlich war von Verwünschungen gegen Rudolf, wie sie nach den Passauer Leiden wohl erwartet werden konnten, nichts zu hören, so schnell hatte man die überstandenen Drangsale vergessen und gedachte nur des Friedens, der 32 Jahre lang (von 1576—1608) in Böhmen geherrscht.

Die Ankunft des Königs Mathias in Prag verzögerte sich wegen
1612 der schlechten Jahreszeit bis zum 30. Januar, er kam in Begleitung seiner Gemahlin, mit der er sich erst vor kurzem vermählt hatte. Zur Beerdigung Rudolfs wurden mittlerweile glänzende Vorbereitungen getroffen,

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 21. Januar.

**) Wiener Staatsarchiv. Schreiben aus Prag vom 21. Jan. 1612.

er sollte an der Seite seines Vaters und seines Großvaters, die mit der Königin Anna (Ferdinands I Gemahlin) in der Domkirche in einem gemeinschaftlichen Grabe ruhten, bestattet werden. Durch mehrere Tage war sein Leichnam auf einem Paradebette ausgestellt. Des Mathias Gemahlin stellte sich bei demselben ein, um ihre Andacht zu verrichten, nicht aber Mathias, der sich, wie man allgemein bemerkte, fernhielt. Nachdem die zur öffentlichen Ausstellung bestimmten Tage vorüber waren, ward Rudolf an der Seite seiner Vorfahren bestattet, der letzte Herrscher aus dem Hause Habsburg, dessen Gebeine in der alten Königsstadt Prag ruhen.

Für Rudolfs begünstigte Diener brach mit seiner Sterbestunde eine traurige Zeit an. Diejenigen Mitglieder des Geheimrathes, welche den Verhandlungen mit der Union fern gestanden waren, aber doch wußten, daß sie gegen Mathias gerichtet seien, hatten, wahrscheinlich um der Gunst des neuen Herrn desto sicherer zu sein, nichts eiligeres zu thun, als die Verhaftung jener Personen anzuordnen, die zuletzt an den politischen Plänen des Kaisers theilgenommen hatten. Die böhmischen Landesbeamten leisteten ihnen hiebei hilfreiche Hand. Zunächst wurde Rucky, als er von seiner bei Gunderode verrichteten Botschaft zurückkehrte, festgenommen, Barvitius selbst veranlaßte die Verhaftung. Darauf wurden die Antiquare Fröschel und Heyden, der Bibliothekar oder Kammerdiener Hastal, der angebliche Erfinder eines Perpetuum mobile Cornelius Drebbel, der Kammerdiener Märker und der Künstler (Maler?) Kürbach, ein getaufter Jude, verhaftet. Als Mathias, in dessen Gefolge sich auch Khlesl befand, in Prag angekommen war, wurde die Untersuchung gegen die Gefangenen mit aller Strenge vorgenommen und namentlich auf zwei Punkte ausgedehnt: auf die Verhandlungen, welche der Kaiser in der letzten Zeit mit der Union begonnen und auf die Größe des kaiserlichen Schatzes. Rucky erschien nach beiden Seiten hin am meisten belastet; er war es, der an den Verhandlungen mit Gunderode den größten Antheil gehabt und ihm legte man auch die Unterschlagung bedeutender Geldsummen und werthvoller Edelsteine zur Last. Daß Khlesl besonderes Gewicht auf die genaue Kenntniß der diplomatischen Verhandlungen legte, war zu erwarten; in seiner Ungeduld mischte er sich selbst in die Untersuchung ein, da sie ihm nicht schnell genug die gewünschten Resultate zu Tage brachte. Wie er einst den Kammerdiener Ericius bedroht hatte, so daß dieser vor Schrecken starb, so that er ein gleiches bei Rucky. Er besuchte ihn im Gefängnisse, drohte ihm mit der Folter, wenn seine Geständnisse nicht umfassender sein würden und soll ihn auch geradezu in seiner Lage verhöhnt haben. Rucky, der sich keines Erbarmens mehr versah, nahm sich die Drohung so zu Herzen, daß er sich am selben Tage an der Schnur,

an welcher er den Kammerschlüssel zu tragen pflegte, erhängte. Die Behandlung des Leichnams ist charakteristisch für die Kriminalprozedur jener Zeit. Als der Tod Rucky's bekannt wurde, ward der Henker geholt und von diesem der Leichnam durch das Fenster auf die Gasse heruntergeworfen. Dann wurde derselbe auf einen Wagen geladen und nach dem Richtplatz auf dem weißen Berge bei Prag geführt. Hier wurde der Körper förmlich in Stücke gehackt, die Hände und Füße wurden abgehauen, das Herz herausgeschnitten und um den Mund des Todten geschlagen und andere gräuliche Dinge verübt, die sich kaum erzählen lassen, endlich die Stücke in eine Grube geworfen. Schon am andern Tage verbreitete sich das Gerücht, Rucky gehe im Schlosse als Gespenst herum, reitend auf einem Bocke und umgeben von sechs Katzen. Diese letztern entsprachen der Zahl seiner Mitangeschuldigten. Das Gerücht hatte zur Folge, daß der Henker den Auftrag erhielt, Rucky's Leichnam auszugraben und zu verbrennen. Die öffentliche Meinung in Prag, wiewohl sie Rucky nicht gerade freisprach, sondern vielfacher Erpressungen anklagte — er soll im Besitz eines Vermögens von 80—100 Tausend Dukaten gewesen sein — war ungehalten über Khlesl und legte ihm die Selbstentleibung des Kammerdieners zur Last.

Ueber das Schicksal der anderen Gefangenen ist uns nichts bekannt, wahrscheinlich sind sie nach längerer Untersuchung wieder freigelassen werden. Man kann immerhin zugeben, daß sich nicht leicht ein tüchtiger Mann dazu hergegeben hätte, um an Rudolfs Verhandlungen mit der Union theilzunehmen, aber gewiß ist es auch, daß der Befehl des Kaisers als eine vollständige Rechtfertigung für Leute von so untergeordneter Stellung und beschränktem Gesichtskreis wie die Verhafteten anerkannt werden muß. Und sind die Verhandlungen mit der Union etwas verwerflicheres gewesen als der Passauer Einfall? Man hat es billig gefunden, daß die Geheimräthe Hannewaldt und Hegenmüller, die um denselben gewußt, aller Verantwortung für das ledig sein sollten, was sie als Diener des Kaisers gesprochen und gethan. Zu ihrem Schutz setzten sich angesehene Kavaliere und Gesandte fremder Mächte in Bewegung, für die niedriger gestellten Diener Rudolfs, die das Unglück hatten, ihrem Herrn zuletzt zu dienen, machte sich von keiner Seite eine Fürsprache geltend.

Wir erzählten oben, daß der Kaiser etwa eine Stunde vor dem Verscheiden seinen Kammerdiener Rucky zu Gunderode geschickt habe. Die Verhandlungen mit der Union schienen gerade in dieser Zeit am lebhaftesten betrieben worden und einem Abschlusse nahe gewesen zu sein. Denn neben Gunderode hielt sich in Prag auch der Markgraf von Anspach und der Fürst Johann von Anhalt auf, beide zum Zwecke einer raschen Förderung der Verhandlungen. Als Rudolf starb, wurde der Herzog von Braun-



schweig von dem Todesfalle alsbald benachrichtigt und dieser eilte zu dem Markgrafen, um ihn davon in Kenntniß zu setzen; offenbar geschah diese Mittheilung, um denselben vor allfälligen Unannehmlichkeiten zu bewahren. Wollte der Herzog den Markgrafen zur Abreise veranlassen, so erreichte er nicht seinen Zweck, denn dieser blieb ruhig im Vertrauen auf seine Eigenschaft als Reichsfürst mit Anhalt in Prag. Auch Gunderode machte Miene zu bleiben und seiner diplomatischen Stellung zu vertrauen, verließ aber zu seiner Sicherheit die Wohnung, die er innehatte und quartirte sich bei dem Markgrafen von Anspach ein. Bald jedoch gewarnt, daß seine Verhaftung trotzdem im Werke sei, entfloh er in der Nacht auf den 24. Januar zu Roß von Prag.*) Der Markgraf von Anspach hatte nicht Unrecht auf seine Stellung zu pochen, er erfuhr nicht die geringste Unbill und wurde von Mathias nach seiner Ankunft in Prag ehrenvoll empfangen.

Wir können nicht umhin, am Ende unserer Erzählung über den langwierigen Kampf zwischen Rudolf und Mathias auf den Gang der Ereignisse hinzuweisen; dieser Hinweis mag unserer Beurtheilung zur schließlichen Rechtfertigung dienen.

Betrachten wir die Reihenfolge der Begebenheiten. Mit dem Jahre 1600 tritt nach den übereinstimmenden Zeugnissen der mannigfachsten Personen eine solche Wendung in der Gesundheit des Kaisers ein, daß er zum Regieren weniger tauglich schien. Bei den schwierigen Verhältnissen in Oesterreich und Deutschland war zu befürchten, daß eine längere Krankheit Rudolfs eine große Zerrüttung zur Folge haben werde, wenn ihm nicht ein Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge zur Seite gestellt würde, namentlich war dies bezüglich Deutschlands wünschenswerth, das im Begriffe war der traditionellen Wahl eines Habsburgers auf den Kaiserthron ein Ende zu machen. Wollten die Prinzen dieses Hauses nicht eine für sie gefährliche Einbuße erleiden, so mußten sie dafür stimmen, daß der Kaiser seinen ganzen Einfluß verwende, um vor seinem Tode die Nachfolge ihnen zuzuwenden, gerade so wie dies in wohlbegründeter Besorgniß Ferdinand I und Maximilian II gethan hatten. Trotzdem daß sich die Anzeichen von Rudolfs Krankheit derart mehrten, daß man ihn zeitweise für wahnsinnig halten mußte, wollte er doch selbst nichts davon wissen, für die Sicherheit seines Hauses durch Bestimmung der Nachfolge Sorge zu tragen. Er fürchtete für seine Herrschaft und ward von Haß gegen alle jene erfüllt, die sie anzugreifen schienen. Statt als Kranker mit Dank

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 28. Jan. 1612. — Münchner Reichsarchiv. Bodenius an Max von Baiern ddo. 28. Jan. 1612. — Münchner Staatsarchiv. Anhalt an den Kanzler Grün ddo. $\frac{22.\ \text{Feb.}}{3.\ \text{März}}$ 1612.

anderer Hilfe anzunehmen klammerte er sich krampfhaft an das Phantom einer Herrschaft, die er faktisch nicht ausübte.

Mathias wagte es zuerst selbst, Rudolfs Widerwillen gegen die Bestimmung der Nachfolge zu brechen. Als er in dem Versuche scheiterte, suchte er durch Freunde und Diener dem päpstlichen und spanischen Hofe die Ueberzeugung beizubringen, daß Rudolfs Widerstand Gefahr für die katholische Religion und das Haus Habsburg im Gefolge habe. Seine Befürchtungen wurden als begründet erkannt und Clemens VIII und Philipp III bemühten sich den Kaiser umzustimmen aber mit gleich schlechtem Erfolge. Diejenigen, welche die Verhältnisse am Prager Hofe kannten, sprachen die Ueberzeugung aus, daß der Kaiser nie nachgeben werde.

Zur Zeit dieser ersten so schlecht gelungenen Versuche machten Mathias und seine Freunde die Möglichkeit großer Gefahren geltend, wenn Rudolf ohne Feststellung der Nachfolge sterben oder zur Regierung völlig untauglich sein würde. Es sollte nicht lange bei der bloßen Möglichkeit der Gefahren bleiben, sie sollten bald genug hereinbrechen. In Folge des von Rudolf publizirten Zusatzartikels zu den Preßburger Reichstagsbeschlüssen, in welchem gegen die Protestanten in Ungarn die alten gegen Ketzer bestehenden Strafgesetze wieder erneuert wurden, brach im Jahre 1604 ein Aufstand daselbst aus, der binnen Jahresfrist nicht nur in Ungarn und Siebenbürgen — mit Ausnahme einiger fester Orte — die kaiserliche Herrschaft zertrümmerte, sondern selbst Mähren und Oesterreich schutzlos den Einfällen der Bocskayischen Schaaren preisgab. In dieser Lage der Dinge gab es nur zwei Wege für den Kaiser, entweder den Aufstand mit Macht niederzuwerfen oder mit den Rebellen Unterhandlungen anzuknüpfen. Keines von beiden that Rudolf, er sah mit einer geradezu empörenden Unthätigkeit dem Kampfe zu und war unwillig über die Klagen, welche aus den benachbarten Ländern über die durch die Ungarn verübten Verwüstungen zu ihm herübertönten.

Diese unthätige Haltung, welche durch die Ereignisse selbst und durch tausend Zeugnisse erhärtet ist, war eine solche Versündigung des Kaisers an seiner Herrscherpflicht und an dem von ihm zu verfechtenden Interesse seines Hauses, wie sie nicht gröber gedacht werden kann. In der That wird man, um sie zu erklären, zu einer von zwei Annahmen gedrängt: entweder war der Kaiser wahnsinnig oder seine Willenskraft ermangelte jeder Energie. Für beides sprechen vielfache Anzeichen. Die Meinung Rudolfs, daß er verzaubert sei und die mannigfachen Auftritte im Prager Schlosse, die wir erzählt, reichen hin, um die Vermuthung zu begründen, daß es mit seinem Verstande nicht richtig gewesen sei. Da jedoch diese Vorgänge nur zeitweise eintraten und langen Perioden Platz machten,



in denen an seiner geistigen Gesundheit nicht gezweifelt werden konnte, so erscheint diejenige Annahme als die richtigere, welche dem Kaiser jede Kraft zum Handeln abspricht, ein Zustand, der in seiner übergroßen Neigung zum Genusse geistiger Getränke und zum weiblichen Geschlechte seine sattsame Erklärung findet, der aber ebenfalls als eine Störung des Gleichgewichts zwischen Geist und Körper angesehen werden muß. Mag man also die Handlungsweise Rudolfs aus diesem oder jenem Grunde erklären, immer wieder kehrt man zu dem Schlusse zurück, daß er geistig unfähig zur Regierung gewesen sei.

Wenn man den Kaiser gewähren ließ, so ging nicht nur Ungarn verloren, sondern es war auch fraglich, ob die andern Länder seiner Monarchie eine Herrschaft dulden würden, die den Zustand der Anarchie in Permanenz einführen wollte. Für die Prinzen seines Hauses entstand die Frage, ob sie nicht retten sollten, was der Kaiser selbst aufgegeben habe. Diese Frage konnte nur eine bejahende Antwort erhalten und dies war das berechtigte Motiv für die folgende Handlungsweise des Erzherzogs Mathias. Wenn die Ungarn trotz ihres siegreichen Aufstandes unter die Herrschaft des Kaisers noch zurückkehren wollten, so war dies das Resultat geschickter Unterhandlungen, die Mathias mit ihnen begonnen und die er weiter führte, ohne sich um den sichtlichen Widerwillen seines Bruders gegen dieselben zu kümmern. Die übrigen Erzherzoge billigten vollständig die Handlungsweise des Mathias und der Ausdruck dieser Billigung ist der berühmte Vertrag von 1606, dessen Sinn der ist, daß, da der Kaiser zur Regierung nicht fähig sei, die Wahrung der Interessen des Hauses Habsburg dem Mathias übertragen werde. Nun eilte der letztere zum Abschlusse des Wiener Vertrags, durch den der Aufstand in Ungarn ein Ende nahm, worauf der Friede von Szitva-Torok gleicherweise von ihm beschleunigt wurde, um die Gefahr eines Zusammenstoßes mit den Türken zu vermeiden.

Alle diese Verhandlungen sah der Kaiser mit scheelen Augen an, er erreichte zwar durch dieselben, was er durch eigene Kraft nie erreicht haben würde, dennoch wollte er nichts von ihnen wissen, denn ihre Anerkennung wäre einem Geständnisse gleichgekommen, daß nicht er, sondern Mathias die Herrschaft des Hauses gerettet. Er haßte jetzt seinen Bruder aus einem doppelten Grunde, einmal weil die Natur ihn zu seinem Nachfolger gemacht, das anderemal, weil derselbe sich mit Erfolg der Zügel der Regierung bemächtigt, die er selbst gleichsam in den Koth geworfen hatte. Hätte er sich zu bescheiden gewußt, so würde auch jetzt seine Herrschaft weiter bestanden haben, aber er war entschlossen gegen alle jene aufzutre-



ten, die dieselbe beeinträchtigten. Der Wiener Friede und mit ihm die Stellung, die sich seitdem Mathias erworben, sollte ein Ende nehmen und durch Waffengewalt in Ungarn die königliche Macht auf eine bisher nicht dagewesene Höhe erhoben werden.

Diese Bestrebungen waren geradezu kindisch zu nennen und sind ein Beweis einer solchen Verkennung der Sachlage, wie sie nur bei einem krankhaft gereizten Gemüthe und einem verdunkelten Verstande möglich ist. Ohne Geld, ohne Ansehen und ohne Freunde wollte Rudolf im Jahre 1608 einen Kampf unternehmen, dem er im Jahre 1605 unter besseren Verhältnissen nicht gewachsen war, und dies nicht etwa, weil er angegriffen wurde, sondern weil er es nicht dulden mochte, daß die ungarischen Wirren ohne sein Zuthun beigelegt worden waren. Wenn er noch einen Fußbreit Landes in Ungarn besaß, so dankte er es seinem Bruder; dieses Gefühl mochte er nicht weiter empfinden, mochte daraus erfolgen, was da wolle. Unter diesen Umständen blieb für Mathias nichts anderes übrig, als der böswilligen Unruhe seines Bruders zuvorzukommen. Was er bis dahin nicht hatte thun wollen, das mußte er jetzt thun, er mußte sich zum Herrn des habsburgischen Länderbesitzes machen, wenn der Friede dauernden Bestand haben sollte. Er schloß sich den Ständen von Ungarn an, die des Kaisers kriegerische Gelüste mit Sorge und Unwillen erfüllten, vergrößerte diesen Bund durch das Herbeiziehen der Oesterreicher und Mährer und wandte sich gegen den Kaiser, entschlossen seiner Herrschaft ein Ende zu machen. Er erwartete, daß sich ihm auch die Böhmen und Schlesier anschließen würden, als dies aber nicht der Fall war, beschränkte er sich darauf, vom Kaiser die Abtretung nur jener Länder zu verlangen, die sich ihm angeschlossen hatten. So entstand der Liebner Vertrag von 1608, der Ungarn, Mähren und Oesterreich in die Hände des Mathias lieferte, ein Verlust, den sich der Kaiser vollständig erspart hätte, wenn er den Wiener Frieden anerkannt und nicht mit einem Kriege gedroht hätte, den er niemals zu führen im Stande war.

Unsere Erzählung hat gezeigt, daß Mathias sich mit dem Erworbenen begnügte und daß er weder mit den Böhmen noch mit den Schlesiern in Verhandlungen eingegangen war, um hinterlistig den Bruder zu stürzen. Er wollte in loyaler Weise abwarten, bis der Gang der Natur ihn in den Besitz der dem Kaiser noch unterworfenen Länder bringen würde. Nicht so der letztere. Unablässig brütete er über Mittel und Wege das Verlorene zu gewinnen, Verhandlungen mit Anhalt, Tschernembl, Starhemberg, Liechtenstein und anderen sollten ihm dazu verhelfen; alles dies waren Versuche, denen kein Vernünftiger einen guten Ausgang prophezeien konnte. Auch vom Prager Fürstenkonvent hoffte Rudolf die Demüthigung des



Bruders. Als dies alles nichts half, beschloß er zur Gewalt Zuflucht zu nehmen und der Passauer Einfall ward in Szene gesetzt, ein Unternehmen, das so sehr aller Aussicht auf Erfolg ermangelte, wie es in der Anlage und Durchführung verwerflich war. Gerufen von den Böhmen konnte Mathias ihren Ruf nicht überhören, wenn er dieses Land nicht verloren geben wollte; er kam und machte der Herrschaft des Kaisers ein Ende. Die darauffolgenden Verhandlungen des letztern mit der Union, seine stets wieder auftauchenden Hoffnungen auf den Wiedergewinn eines Theiles des Verlorenen sind unverkennbare Zeichen von Wahnwitz. In seinem Abscheu gegen die, seine Herrschaft untergrabenden Elemente, würde der Kaiser persönlich einen Kampf mit Legionen provozirt haben, ohne zu bedenken, daß im wirklichen Ringen seine Kräfte kaum einem Knaben gegenüber ausreichten. Himmel und Erde wollte er in Bewegung setzen, statt sich in das Loos der Nothwendigkeit zu fügen.

Anderseits muß man die Persönlichkeit des Mathias näher in's Auge fassen und seine Thätigkeit als Regent erwägen, um ihn von allem Verdachte eines ehrgeizigen Rebellen freizusprechen. Bei seinen Unternehmungen von Rebellion zu sprechen, ist gerade so unvernünftig, als von Diebstahl zu reden, wenn ein Familienrath einem seines Verstandes beraubten Mann die Verwaltung des Vermögens, das für Frau und Kind bestimmt ist, abnehmen würde. Die Haltung Spaniens und Roms, die gewiß fern waren eine Rebellion zu begünstigen, und die stets eine dem Mathias günstige war, ist die niederschmetterndste Verurtheilung des Kaisers. Wenn durch Mathias in seinem Kampfe gegen den Bruder revolutionäre Elemente wachgerufen wurden, so trägt die Schuld daran nur letzterer. Hätte Mathias seinen Bruder bei einem Gerichte klagen können, wie man gegen einen Verschwender und Wahnsinnigen eine Anzeige machen und eine Entscheidung herbeirufen kann, so wäre ohne jeden Kampf Rudolf von dem Throne entfernt worden. Aber gegen Monarchen gibt es kein Klagrecht, keinen Instanzenzug und keinen richterlichen Spruch.

Ist sonach in Rudolf allein die Schuld der mehrjährigen Wirren in Oesterreich zu suchen, so liegt zugleich in seinem geistigen Zustand eine billige Entschuldigung für ihn. Die geistige Krankhaftigkeit seiner Urgroßmutter Juana von Spanien wiederholte sich bei ihm schon frühzeitig in tiefer Melancholie und dauernder Menschenscheu und brach bei seinem natürlichen Sohne Don Julius in einen ganz schrecklichen Wahnsinn aus. So lange Rudolf sich der geistigen und körperlichen Mannesfrische erfreute, war er zwar auch kein eifriger Regent, aber seine Unthätigkeit wich doch der Nothwendigkeit und er wußte dann seinem Hang zu antiquarischen, alchymistischen und astrologischen Grübeleien einen Zaum anzulegen. Nie



wurde an der Güte seines Herzens gezweifelt, es zog ihm dies den ehrenden Beinamen eines „guten Herrn" zu, der selbst dann noch wiederholt wurde, als er auf denselben nicht mehr die gleichen Ansprüche erheben konnte. Das böhmische Volk, unter dem er 36 Jahre seines Lebens zugebracht hatte, verzieh ihm rasch alle späteren Schwächen und hat ihm ein günstiges Andenken bewahrt. Es würde dies wohl nicht der Fall sein, wenn die staatliche, literarische und kirchliche Entwicklung, wie sie sich unter Rudolf gestaltet hatte, nicht fast unmittelbar nach seinem Tode einen totalen Umsturz erlitten hätte. Der Unterschied, der, soweit er Sprache, Literatur und Verfassung betraf, schmerzlich empfunden wurde, ließ allmälig Rudolfs Regierung in einem Nimbus erscheinen, der sie sonst nie umgeben hätte.*)

---

*) Selbst ein Mann wie Amos Comenius läßt sich unter dem Eindrucke der spätern Ereignisse in der Auffassung von Rudolfs Regierung bestimmen. In seiner historia persecutionum ecclesiae Bohemcae schildert er den Kaiser als einen Freund der Gewissensfreiheit, an dem sich die Unterthanen durch seine Absetzung schwer versündigt hätten. Dem Passauer Einfall gibt er eine Erklärung, die das gerade Gegentheil der Wahrheit enthält. Um seine Angaben zu bekräftigen, beruft sich Comenius auf die Mittheilungen eines gewissen Freiherrn von Schmidt, der ein Vertrauensmann des Kaisers gewesen sei. Im Jahre 1610 habe Rudolf diesen Schmidt und einen gewissen Herrn von Khain zu sich beschieden und denselben im tiefsten Vertrauen mitgetheilt, daß er den Erzherzog Leopold zu seinem Nachfolger bestimmt habe, weil von diesem eine billigere Behandlung der Religionsangelegenheiten zu erwarten sei. Er selbst (Rudolf) wolle einen eigenen Friedensorden zum Schutze der Gewissensfreiheit gründen, in den Protestanten und Katholiken aufgenommen werden sollten. Dann habe er beide (Schmidt und Khain) nach Passau zu Leopold geschickt, um ihn zu fragen, ob er sich seinen Friedensabsichten anschließen wolle und wenn dies der Fall sei, ihm aufzutragen, ein Heer zu werben. Die Durchführung der Gewissensfreiheit sei also der Zweck der Passauer Werbungen gewesen. Schmidt sei darauf in Böhmen und Mähren herumgereist um den Adel für diese Idee zu gewinnen, als seine Anstrengungen aber vergeblich gewesen seien und er dem Kaiser hierüber berichtet habe, sei derselbe von seinem Sitze aufgesprungen, habe das Fenster seines Gemaches aufgerissen und über Prag und Böhmen einen Fluch ausgesprochen. So sei der Passauer Einfall, dessen Zweck vortrefflich gewesen, verunglückt. — Diese ganze Erzählung ist von Anfang bis zu Ende ein lächerlicher Unsinn und wir berühren sie hier nur deshalb, weil sie in vielen Geschichtswerken als eine interessante Episode berichtet wird. Erstens ist die Erzählung unsinnig, insofern sie den Passauer Einfall als die Folge der kaiserlichen Bestrebungen zur Herstellung der Gewissensfreiheit hinstellt, zweitens ist sie lächerlich, wenn sie den Erzherzog Leopold als einen Mitkämpfer für Gewissensfreiheit schildert. Uebrigens leidet die Erzählung an zwei Unmöglichkeiten. Die erste ist, daß Schmidt und Khain mit Leopold nicht in Passau zusammentreffen und folglich auch nicht zur Anwerbung eines Heeres überreden konnten. Leopold war im Juli 1609 nach Jülich gereist, war da bei-

III

Es erübrigt uns noch die Mittheilung einiger Nachrichten über die Familie Rudolfs. Was hierüber zu erzählen ist, ist zum Theil ebenso traurig, wie die Geschichte der letzten Lebensjahre des Kaisers selbst. Aus seiner Verbindung mit der Tochter seines Antiquars Strada hatte er sechs Kinder, drei Söhne und drei Töchter.*) Die eine dieser Töchter und zwar die älteste, Karoline mit Namen, war mit einem Grafen von Cantecroy verheiratet, die zwei andern Töchter, Dorothea und Elisabeth, die bei Rudolfs Tode noch sehr jung waren, wurden später in Klöstern, die eine in Wien, die andere in Madrid unterbracht und endeten da ein unbeachtetes Dasein. Die drei Söhne hießen Julius, Mathias und Karl. Die beiden jüngern, Mathias und Karl, ließ nach Rudolfs Tode Ferdinand in Gratz im Jesuitenkollegium erziehen. Als sie herangewachsen waren, suchten sie in Spanien ein Unterkommen, doch gelang es ihnen damit nicht nach Wunsche. Philipp IV wollte dem Don Mathias, wie er genannt wurde, durch eine reiche Heirat zu einer selbstständigen Stellung

---

nahe ein Jahr geblieben und konnte sich also im Januar 1610, in welchem Monate die Rüstungen in Passau ihren Anfang nahmen, mit den Emissären Rudolfs in dieser Stadt nicht besprechen. Zweitens ist die Angabe über das nahe Verhältniß der Herrn von Schmidt und Khain zu Rudolf eine erdichtete. Beide hier genannten Personen sind uns einzig und allein aus des Comenius Erzählung bekannt; würden sie in des Kaisers Vertrauen eine so hervorragende Stellung eingenommen haben, so müßten sie auch sonst genannt werden. Andere Historiker, wie Hammer und Hurter, die über diese Zeit schrieben, wissen eben so wenig etwas näheres über sie anzugeben, als wir. Hat ein gewisser Herr von Schmidt im Jahre 1626 dem Comenius obiges berichtet, so hat er entweder gelogen oder seiner Erzählung liegt ein eben so schwer zu entziffernder geringer Kern von Wirklichkeit zu Grunde wie einem griechischen Mythus. Wir zweifeln nicht an der Wahrheitsliebe des Comenius und halten ihn nur für ein Opfer seiner übrigens mehrfach bewährten Leichtgläubigkeit. Mehr als einmal hat er sich dazu hergegeben, die angeblichen Prophezeiungen theils kranker theils betrügerischer Personen der Welt als göttliche Inspirationen bekannt zu geben, bis er sich hintendrein als Opfer seiner Leichtgläubigkeit erkannte. Geradezu lächerlich wurde er um des Vertrauens willen, das er einem gemeinen Trunkenbold Drabik in dieser Beziehung schenkte. Comenius ist ein großer Pädagog und so weit man aus seinen Schriften über ihn urtheilen kann, ein Mann von edlem Charakter, aber das Unglück seines Volkes hat ihn zu einem Mystiker gemacht und damit auch leichtgläubig für derartige Erzählungen wie die Schmidts oder für Prophezeiungen, nach denen der Protestantismus wieder zur Herrschaft in Böhmen gelangen sollte.

*) Diese genaue Angabe entnehmen wir dem Berichte des französischen Gesandten in Prag, der mit andern Nachrichten übereinstimmt.



verhelfen, es scheint jedoch der Plan sich zerschlagen zu haben.*) Wie lange Mathias und Karl gelebt und was ihre Lebensschicksale ferner gewesen, ist uns nicht bekannt, sie verschwinden förmlich im Dunkel. — Der belgische Gesandte berichtet noch, daß dem Kaiser einen Tag vor seinem Tode eine Tochter geboren wurde. Wer die Mutter gewesen und was aus dem Kinde geworden, wissen wir nicht anzugeben.**)

Ein helleres Licht ist über den „Marchese Julio" verbreitet, es gestaltet aber einen sehr traurigen Einblick. Die ersten Nachrichten, die uns über diesen jungen Mann aufzufinden möglich war, reichen in das Jahr 1606, in welchem Julius das Alter von ungefähr 20 Jahren erreicht haben mag. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß er sich schon um diese Zeit einem ungewöhnlich liederlichen Lebenswandel hingegeben und daß dies die Veranlassung gewesen, weshalb ihm vom Kaiser Krumau zum Aufenthaltsorte angewiesen wurde. Man durfte hoffen, daß der junge Mann in diesem Orte, der sich einer der herrlichsten Lagen in Böhmen erfreut, fern von großstädtischen Einflüssen der geordneten Lebensweise eines Landjunkers sich hingeben werde. Diese Hoffnung erwies sich jedoch von vornherein als eitel, denn gleich nach seiner Ankunft in Krumau verursachte Julius durch sein Benehmen nicht bloß allgemeines Aergerniß, sondern er reizte sogar die Wuth der Bürger gegen sich auf. Kein Mädchen war sicher vor seinen Angriffen, er fiel über jene, die ihm gefielen, nicht bloß auf den Straßen her, sondern drang selbst in das Innere der Häuser ein. Am 17. Dez. 1606 machte der Bürgermeister und Stadtrath dem kaiserlichen Hauptmann der Herrschaft Krumau die erste Anzeige von diesen Vorgängen und wiederholte sie später mit dem Bemerken, daß, wenn das empörte Volksgefühl sich an der Person des jungen Wüstlings vergreifen würde, man dies der Stadt nicht zur Last legen möge. Das, was der Stadtrath mit dieser Klage erreichen wollte, nämlich die Entfernung des Don Julius, erreichte er aber nicht, der letztere setzte unangefochten seine frühere Lebensweise fort. Da das von seinem Vater ausgesetzte Einkommen ihm nicht zu allen jenen Genüssen genügte, nach denen er begehrte, so häufte er Schulden an, zu deren Deckung er seine Umgebung mit Gewalt nöthigte. Die Aufseherin seines Haushaltes war eines der Opfer seiner Brutalitäten, sie mußte, vielfach bedroht von ihm, alles herbeischaffen, was er für nöthig hielt. Es zeugt von der eigenthümlichen Beschaffenheit der Finanzgebahrung jener Zeit, daß dieselbe sich mehrfach an die böhmische Kammer um den Ersatz der gemachten Auslagen wenden mußte und erst nach vielen Bitten zu

*) Alle diese Nachrichten entnehmen wir dem Archive von Simancas.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 21. Jan. 1612.

ihrem Ziele gelangte. Durch diese Vorgänge belehrt hat sie schon nach einem halben Jahr um Enthebung von ihrer Stelle.

In diese Verhältnisse kam im Februar 1608 eine Aenderung. Ein Jahr zuvor hatte Julius die Tochter eines Barbiers und Wundarztes in Krumau mit Zustimmung der Mutter, die des ganzen Werkes Urheberin war, zu sich genommen. Nachdem er längere Zeit mit dem Mädchen gelebt, ward er einmal, ohne daß sie ihm durch ihr Betragen eine Veranlassung geboten hätte, derart wüthend gegen sie geworden, daß er sie wund schlug, ihr sogar Stichwunden beibrachte und sie endlich in den Schloßteich hineinwarf. Es gelang ihr trotzdem, sich in das Haus des Vaters zu retten, bei dem sie nach sorgfältiger Pflege wieder genas. Kaum hatte der junge Wütherich dies erfahren, so verlangte er von dem Vater die Auslieferung der Tochter, was dieser natürlich verweigerte. Don Julius ließ ihn dafür ins Gefängniß werfen und verlangte von der Stadt, sie solle über denselben das Todesurtheil aussprechen! Nachdem der Barbier fünf Wochen lang im Kerker geschmachtet hatte und keine Erlösung für ihn zu hoffen war, entschloß sich seine Frau der Gewalt nachzugeben. Sie fand sich also mit ihrer Tochter im Schlosse ein, ließ sich von Julius einen Eid schwören, daß er derselben nichts mehr zu Leide thun werde und übergab ihm dieselbe. Dies geschah am Faschingsonntag, am folgenden Tage wurde der Barbier aus seinem Gefängnisse entlassen. Als darauf am Abend ein Diener in des Julius Zimmer Kerzen brachte, empfing ihn dieser ganz wüthend, verwundete ihn zweimal mit einem Dolche in die Hand und das drittemal in die Brust, so daß der Diener nur mit Mühe durch rasche Flucht sein Leben rettete. Hierauf befahl Julius der Barbierstochter einen Schlafpelz anzuziehen, sich auf's Bett zu legen und nun stach er ganz toll und rasend auf ihr herum, bis sie todt war. Nach dem Befund, den man mit dem Leichnam aufgenommen, hatte er ihr die Ohren abgeschnitten, ein Auge ausgeschält, die Zähne zerschlagen, die Hirnschale zertrümmert, so daß das Gehirn heraushing und Stücke Fleisch abgeschnitten, die im Zimmer herumlagen. Drei Stunden lang hatte dieses Mordgeschäft gedauert, weder das anfängliche Geschrei des Opfers, noch die Mißhandlung des Dieners hatten Leute herbeigelockt, um dem Treiben des Rasenden Einhalt zu thun und wenn sie herbeigekommen waren, so hatten sie nicht den Muth in das Gemach zu dringen! Nachdem Julius von seinem Wüthen ermüdet war, rief er einen Diener herbei, um den Leichnam wegtragen zu lassen, bevor dies aber geschah, bohrte er denselben nochmals durch. Am Morgen des folgenden Tages sah er sich die Leiche an, legte seine Finger in jede einzelne Wunde und schien Reue über seine That zu empfinden. Darauf ließ er den Leichnam in einen Sarg

legen und berief die Geistlichkeit des Ortes, um der Todten das Geleite zu der Grabstätte zu geben. Sie kam seinem Wunsche nach und im feierlichen Zuge, welchen Diener mit Windlichtern umgaben, wurde die Ermordete zu Grabe geleitet.

Diese Erzählung zeigt in Don Julius einen durch Schwelgerei mancherlei Art herabgekommenen und unzurechnungsfähigen Menschen. Die über diesen Vorgang nach Prag von dem Hauptmann der Herrschaft Krumau und von dem Stadtrath abgeschickten Berichte schreiben jedoch nicht seinem verwirrten Verstande die Veranlassung zu diesem Ereignisse zu, sondern lassen die Ursache nur in dem bösen Willen des jungen Mannes vermuthen, was unserer Ansicht nach nicht richtig ist. Es läßt sich bei ihm von Verdorbenheit des Charakters und von ungewöhnlicher Zügellosigkeit der Sitten bis zu dem Momente dieser That reden, allein der mörderische Anfall des Dieners und die darauffolgende Ermordung des Mädchens sind Thaten eines Tollen und Rasenden. Bestätigt wird unsere Ansicht durch des Julius ferneres Benehmen.

Es versteht sich, daß dieser Vorgang Entsetzen in Krumau hervorrief, dennoch wagte Niemand Hand an Julius zu legen und ihn in Gewahrsam zu bringen. Die Diener näherten sich dem jungen Manne nur, um ihm die Nahrungsmittel zu reichen, er selbst empfand von jetzt an kein Bedürfniß nach Gesellschaft und verließ das Schloß nicht einen Augenblick. Das Unbegreifliche an dem Vorgange ist aber die Haltung des Kaisers. Am Faschingsmontag (17. Februar 1608) war der Mord geschehen, die Nachricht nach Prag längstens den Tag darauf abgegangen und dem Kaiser alsbald hinterbracht worden. Statt wie es seine Pflicht war, den Befehl zur Verwahrung seines Sohnes abzuschicken, mochte dieser nun ein Verbrecher sein oder am Wahnsinn leiden, kümmerte er sich darum gar nicht und die Landesbeamten eben so wenig. Am 10. März bat der Krumauer Hauptmann, der vergeblich von Prag einen Auftrag erwartet hatte, auf das beweglichste um eine Instruktion für sein Verhalten. Er erzählte dabei, daß Don Julius seit dem Tode der Barbierstochter das Schloß nicht mehr verlasse, die Kleider nicht wechsle, das Geschirr zerschlage, die Wäsche zerschneide und ähnliches mehr. Die Dienerschaft halte sich, besorgt für ihr Leben, fern von ihm und nähere sich ihm nur, wenn sie ihm die Speisen zu bringen habe; zugleich herrsche die Besorgniß, derselbe könne in seiner Wuth das Schloß anzünden. Erst auf diesen Bericht, scheint es, faßte man in Prag den Beschluß, sich der Person des Don Julius zu versichern, wenigstens wurden ihm seit dem 18. März mehrere Wärter beigegeben und es war ihm von da an verwehrt, das Zimmer zu verlassen.

Zugleich wurde das Fenster desselben vergittert, damit er nicht herausspringen könnte.

Während seiner Bewachung zeigte sich täglich mehr bei Julius die Verdunklung des Verstandes. Als die Jahreszeit wärmer wurde, lehnte er alle Kleidung ab, lief nackt in seinem Zimmer herum oder setzte sich an's Fenster, indem er sich um den Leib eine Art Barbierschürze, die er sich aus seinem Hemde zugeschnitten hatte, band. So zeigte er sich den Blicken der Leute. In einem Berichte vom 10. September 1608, der über sein Befinden nach Prag abgeschickt wurde, werden diese Vorgänge erzählt und zugleich bemerkt, er mache manchmal so tolle Figuren in seinem Zimmer und stelle sich so an, als wäre er närrisch, zeitweise spreche er aber ganz vernünftig. Gegen den Winter zu bequemte er sich wieder zur Annahme von Kleidern. Diese Berichte scheinen in Prag endlich in Erinnerung gebracht zu haben, daß es kaum zweckmäßig sei, die Wartung des Wahnsinnigen einfachen Wärtern, die nur dafür sorgten, daß sich der Gefangene nicht am Leben schade, zu überlassen, und daß sonach ein Versuch zu seiner Heilung unternommen werden müsse. Man wandte sich deshalb an den früheren Hofmeister des Don Julius, Zagel, und ersuchte ihn mit einem Arzte, Namens Mingonius, nach Krumau zu reisen und zu versuchen, was zur Heilung des Kranken ersprießlich wäre. Zagel langte im November 1608 in Krumau an, reiste aber bald wieder fort und kam erst im Monate Januar 1609 zurück, um durch längere Zeit seine Heilversuche anzustellen. Er sollte die geistige Pflege, Mingonius die körperliche übernehmen. Wie er seiner Aufgabe nachkam, entnehmen wir einem Berichte des Krumauer Hauptmanns, der die Oberaufsicht führte. Zagel machte im Januar sechs Besuche bei Don Julius, ermahnte ihn jedesmal seine Unarten aufzugeben und durch die Beichte seine Seele zu entlasten. Es scheint darnach nicht, als ob der Hofmeister die rechte Heilmethode innegehabt hätte, denn er behandelte den jungen Mann wie einen vernünftigen Menschen, was er doch sicherlich nicht mehr war. Diese Ermahnungen erwiederte Julius gewöhnlich mit zornigen und beschimpfenden Reden. Zagel gab darauf seine Heilversuche auf und nun sollte Dr. Mingonius das seine thun. Dieser ordnete Kräuterbäder an, zu deren Gebrauch der Kranke eben so wenig vermocht werden konnte, wie zu einem Aderlaß, den die Gewohnheit jener Zeit bei allen Krankheiten in Anwendung brachte. Alles, was er gestattete, war, daß er sich von der Schmutzkruste, die seinen Körper seit mehr als Jahresfrist bedeckte, durch Waschen befreien ließ. Eine Geschwulst, die sich über einzelne seiner Gliedmassen um diese Zeit verbreitete, verschwand von selbst, nachdem sie in Eiterung übergangen war und Don Julius erfreute sich nach wie vor eines ungestörten körperlichen



Wohlseins. In der zweiten Hälfte des Monats Juni (1609) bildete sich jedoch wieder ein Geschwür in seinem Halse, das ihm das Athmen erschwerte. Trotzdem wies er jede ärztliche Pflege jetzt wie früher zurück und duldete selbst Niemanden in der Nähe seiner Zimmerthür. Die Athmungsbeschwerden erreichten allmälig eine bedeutende Höhe und nahmen selbst nicht ab, als das Geschwür endlich aufbrach. Statt Heilung zu bringen, hatte dies Tags darauf den Tod zur Folge. (25. Juni 1609.)

Der Tod des Wahnsinnigen fiel gerade in die Tage, während welcher sich Rudolf mit den böhmischen Ständen wegen des Majestätsbriefes in heißem Kampfe befand. In keiner Epoche seines Lebens war er derart aufgeregt, niedergeschlagen und wuthentbrannt, wie gerade in dieser, seine Umgebung fürchtete sich deshalb, ihm die Nachricht von dem Tode seines Sohnes mitzutheilen, so daß längere Zeit verging, bevor er von dem Verscheiden desselben Kunde erhielt.*) Der Leichnam war mittlerweile in der Klosterkirche von Krumau bestattet und eingemauert worden. Rudolf gab keinen Gegenbefehl und so blieb es dabei; was des Julius Hinterlassenschaft betraf, so war die böhmische Kammer dem etwaigen Wunsche des Kaisers nach ihrem Besitze zuvorgekommen und hatte den Auftrag gegeben, daß sämmtliche Gegenstände sorgfältig verpackt nach dem Prager Schloß gebracht werden sollten.

Diese Nachricht über des Julius natürliches Ende, die wir, so wie die sonstigen Angaben, authentischen Dokumenten — der Korrespondenz des mit der Ueberwachung des Wahnsinnigen betrauten Krumauer Hauptmanns — entnehmen, widerlegen somit die sonst geläufigen und ganz entgegengesetzten Berichte. Hammer, der Auktorität Khevenhillers folgend, erzählt, daß auf Befehl des Kaisers „dem Marchese Julius als einem Tyrannen und Mörder die Schlagadern im Bade geöffnet worden seien". Auch in Böhmen verbreitete sich gleichzeitig das Gerücht von einem gewaltsamen Ende des Unglücklichen, und in der That konnte sein rascher Tod leicht den stets regen Argwohn der Menge wachrufen.

Die Geschichte des Marchese Julius ist nicht bloß wegen ihrer Beziehungen zu Rudolf von Interesse, sondern macht auch in anderer Weise unsere Aufmerksamkeit rege. Wohl mögen unsere Leser erstaunt gewesen sein, als wir erzählten, welcher Bedrückung der Barbier ausgesetzt war, weil er seine Tochter vertheidigte, und wie nichts geschah, um die Hand eines Wütherichs oder Wahnwitzigen von dem Morde zurückzuhalten. Die willkürliche Mißhandlung eines Vaters, der seine Rechte wahrt und das ruhige Gewährenlassen eines Mordes, der gleichsam unter den Augen einer

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 4. Juli 1609.



ganzen Stadt verübt wird, scheinen auf einen furchtbaren Druck, den die höhern Klassen der Gesellschaft auf das Volk ausübten, hinzudeuten. Man mag solches in Böhmen und zwar zur Zeit der ungeschmälerten Giltigkeit der ständischen Verfassung nicht erwartet haben. Gleichwohl paßt diese Thatsache zu den Verhältnissen des Landes und steht keineswegs einzig da. Der äußere Rahmen der böhmischen Verfassung ist im ganzen genommen unter Rudolf II derselbe gewesen, wie unter Georg von Poděbrad. Dennoch war in dieser Verfassung seit der Herrschaft der Jagellonen eine große Umwandlung und zwar im aristokratischen Sinne erfolgt. Der Adel stellte als Grundsatz auf, daß seine Rechtssphäre keiner Beschränkung unterworfen sei d. h. daß er nach Bedürfniß neue Rechte und Freiheiten sich beilegen dürfe, während das Volk nur so viel Recht besitzen sollte, als es durch besondere Privilegien erlangt hatte, ohne eine Erweiterung derselben anders als eine Gnade ansuchen zu dürfen. Unter der Herrschaft einer solchen Rechtsanschauung ward der Bauer in Böhmen leibeigen gemacht und waren die königlichen Städte allgemach tief unter ihre frühere Bedeutung herabgesunken. Sie waren ebenso wenig als Stand den höheren Ständen ebenbürtig, als wie ein Bürger es wagen konnte, sich einem Mitgliede des Herren- oder Ritterstandes gleichzudünken. *)

Diese aristokratische Entwicklung der Verfassungsverhältnisse Böhmens mußte sich zunächst in der Administration der Justiz geltend machen. Wir könnten zum Beweise, daß die Handhabung derselben eine parteiische war und entschieden zum Nachtheile des Volkes geübt wurde, noch mehrere Fälle aus derselben Zeit anführen, und damit den Beweis liefern, daß die Vorgänge in Krumau keine isolirte Erscheinung waren, begnügen uns aber mit einem einzigen, der wo möglich noch greller ist, als der mit Julius. Einige Jahre nach diesem Vorfall (1616) hatte Herr Jenik von Waldstein ein Werk über die geschichtlichen Ereignisse der letzten Zeit verfaßt und zum Theil durch den Druck veröffentlicht. Der Inhalt dieses Werkes, das leider verloren gegangen ist, war derart, daß Mathias sich angegriffen wähnte und den Verfasser vor das Gericht zur Verantwortung vorladen ließ. Als Zeuge sollte dabei der Setzer des Werkes fungiren. Um die Vernehmung des Zeugen unmöglich zu machen, bemächtigte sich Herr von Waldstein seiner Person und ließ ihn — hinrichten! Der königliche Zorn entlud sich nun mit voller Strenge gegen den Ausüber einer solchen Gewalt-

---

*) Ueber die Umwandlung der böhmischen Verfassung im aristokratischen Sinne, wie sie unter den Jagellonen vor sich ging, gibt die Wladislawische Landesordnung insbesondere aber Palacky in seinem neuesten Bande der böhmischen Geschichte die frappantesten Aufschlüsse.



that, aber die Strenge war nach der Art jener Zeit; Herr von Waldstein büßte mit der Erlegung einer allerdings bedeutenden Geldsumme. Slawata, der lange genug gelebt hatte, um den Unterschied zwischen den Zuständen unter ständischer Herrschaft und jenen unter der fast absoluten Ferdinands II beurtheilen zu können, erzählt in seinen Memoiren, daß von einer Bestrafung des Adels bei Missethaten, wie Mord und Gewalt, unter Rudolf und Mathias nicht die Rede war, daß es aber hierin seit Ferdinand II anders geworden sei. Die größere Herrschermacht, deren sich die Könige von Böhmen seit Ferdinand II erfreuten, führte allerdings zunächst zu einer gleichmäßigen Behandlung der Unterthanen, zwischen denen sich die Verhältnisse zu nivelliren begannen.

Anhang.

Ueber den Streit der Böhmen mit den Schlesiern wegen der Kanzlei.

Es ist von uns im vierten Kapitel dieses zweiten Bandes erzählt worden, zu welchen Verhandlungen es am Prager Generallandtage von 1611 zwischen den Böhmen und Schlesiern wegen der Kanzlei gekommen war; eine Einigung war damals nicht erfolgt, weil die Böhmen theils von ihren Rechten nicht ablassen wollten, theils merkten, daß den Forderungen der Schlesier die Absicht zu Grunde liege volle Selbstständigkeit zu erringen. So reisten also die schlesischen Deputirten unverrichteter Dinge von Prag ab, aber die Stände Schlesiens waren nicht geneigt ihre Sache aufzugeben, sondern das, was sie bei den Ständen Böhmens vergeblich gesucht, nunmehr von Mathias zu verlangen. Gegen Ende August 1611 war der letztere von Prag abgereist, um sich zuerst in den Lausitzen huldigen zu lassen, am 18. September langte er in Breslau an, um auch daselbst die Huldigung in Empfang zu nehmen. Diesen Augenblick hielten die Fürsten und Stände für günstig, um die Befriedigung ihrer Wünsche zu erlangen; schon den Tag darauf überreichten sie dem Könige eine Denkschrift, in welcher sie ihre Forderungen wegen der Kanzlei erörterten. Sie verlangten, daß die schlesischen und lausitzer Angelegenheiten von einem eigenen Vicekanzler, mehreren Räthen und einem Sekretär besorgt werden sollten, die „ihren Respekt auf das Land haben," d. h. den Schlesiern und Lausitzern (und nicht den Böhmen) verpflichtet und unterthan sein sollten. Ihre Anstellung sollte derart erfolgen, daß von den Schlesiern und Lausitzern dem Könige gewisse Personen vorgeschlagen und von letzterem im Amte bestätigt wer-



den sollten. Während in Prag die Schlesier noch nicht davon gesprochen hatten, sich eine eigene Kanzlei zu errichten, sondern ihre Reden die Auslegung zuließen, daß die von ihnen präsentirten Vicekanzler, Räthe und Sekretäre in der böhmischen Kanzlei ihren Sitz haben und dem Kanzler unterthan sein sollten, traten sie jetzt unverhüllt mit der Forderung nach einer eigenen Kanzlei auf. Als Mathias diesen weitgehenden Wunsch nicht gewähren wollte, wurde ihm von den Schlesiern bedeutet, daß sie nicht früher zur Huldigung schreiten werden. Es wurden nun zwischen den Ständen und dem König mehrfach Schriften gewechselt, in denen die erstern von ihrem Standpunkte nicht um ein Haar abwichen, sondern mit immer größerer Bestimmtheit ihre Forderungen vertraten. Mathias ward dadurch in eine nicht geringe Verlegenheit gebracht; gab er nach, so setzte er sich den heftigsten Vorwürfen der Böhmen aus, gab er nicht nach, so verzögerte sich die Huldigung in unabsehbare Ferne. Er beschloß zuletzt dem nächsten Uebel auszuweichen, die Huldigung um den geforderten Preis zu erlangen, selbst auf die Gefahr hin, daß er mit den Böhmen in einen argen Konflikt gerathen sollte. Zu diesem Ende bot er den Schlesiern folgende Bedingungen an: Sie sollten ihm zur Stelle eines Vicekanzlers, zweier Räthe und eines Sekretärs so wie zweier Räthe bei dem böhmischen Appellationsgericht im Vereine mit den Lausitzern gewisse Personen präsentiren. Der Vicekanzler, zwei Räthe und der Sekretär sollten das Personale einer neuen Kanzlei bilden, die von der böhmischen unabhängig und allein die schlesischen und lausitzer Angelegenheiten besorgen sollte, diese Einrichtung aber nur eine provisorische sein, weil die Böhmen behaupteten, daß der Vicekanzler von ihrem Kanzler abhängen müsse und der König geschworen habe, die Rechte der Böhmen zu wahren. Auf einem künftigen Landtage solle diese Angelegenheit definitiv entschieden werden.

Mit diesem Anbote begnügten sich die Schlesier; sie hatten erreicht, was sie wollten, nämlich eine eigene Kanzlei, zwar nur „ad interim“, aber dies kümmerte sie wenig, denn sie waren entschlossen diesen neuen Besitz gegen die Böhmen auf das äußerste zu vertheidigen und ihrem Lande die volle Unabhängigkeit von den letztern zu sichern. Wenn man nach dem eigentlichen Grund dieser mit beharrlicher Konsequenz angestrebten Trennung von Böhmen forscht, so tritt er aus den Akten nicht klar hervor, er scheint uns aber bei dem hervorragenden Antheile der schlesischen Fürsten an diesen Bestrebungen darin zu liegen, daß letztere auf diesem Wege zur unabhängigen Stellung deutscher Reichsfürsten gelangen wollten. Deshalb betonten sie später wiederholt, daß der König von Böhmen nur als Herzog von Schlesien ihr Herr sei, daß sie ein deutsches Lehen seien und ähnliches mehr. Sie lauerten auf die Gelegenheit, um



sich der Herrschaft des Hauses Habsburg zu entwinden und dann Deutschland zuzufallen, d. h. volle Unabhängigkeit zu erringen, was wiederum nur möglich war, wenn sie zuerst ihrer Abhängigkeit von Böhmen ein Ende machten. Deshalb diese energischen Anstrengungen, während ihr Mund vorläufig von Betheuerungen ihrer Treue gegen Mathias und sein Haus überfloß.

Die Entscheidung des Königs brachte einen tiefen Riß in das böhmische Staatswesen; die Schlesier machten von der erlangten Erlaubniß augenblicklich Gebrauch und im Gegensatz zur böhmischen Kanzlei erhob sich die schlesische. Die böhmische Krone hatte jetzt zwei Kanzleien oder um uns anders auszudrücken, zwei Ministerien des Innern. Der Kanzler Zdeněk von Lobkowitz, der den Mathias seit seiner Abreise von Prag begleitet und den Verhandlungen in Breslau beigewohnt hatte, versuchte den König von der Nachgiebigkeit gegen die Schlesier zurückzuhalten, als dies erfolglos war, protestirte er gegen die Errichtung der schlesischen Kanzlei. Sein Protest wurde allgemein in Böhmen gebilligt, der Landtag konnte zwar nicht zu demselben seine Zustimmung geben, da er nicht versammelt war, aber unter den obersten Beamten und den Beisitzern des Landrechtes, des Kammergerichtes und des Hoflehngerichtes, die sämmtlich Mitglieder des Landtags waren und etwa ein Viertheil seiner Mitglieder ausmachten, erhob sich keine Stimme dagegen, im Gegentheil alle waren entschlossen die Rechte des Landes zu vertheidigen.*) Als das Jahr 1612 vorüberging und noch immer kein Landtag berufen wurde, an dem diese Angelegenheit besprochen werden konnte, beschlossen die obersten Beamten und Räthe nicht länger zu säumen, sondern direkt von Mathias, der mittlerweile den deutschen Kaiserthron bestiegen hatte, die Herstellung des frühern Zustandes und die Auflösung der schlesischen Kanzlei zu verlangen. Die Mährer, welche sie von ihrem Entschlusse benachrichtigten, mißbilligten denselben nicht,**) denn sie hatten sich in dem Vertrag vom 27. Mai 1611 mit den Böhmen ausgeglichen und seitdem an der Einheit der Kanzlei

*) Es geschah öfters in wichtigen Fällen, wenn der Landtag nicht versammelt war, daß die obersten Beamten und Räthe zu gemeinschaftlicher Berathung zusammentraten. Ihre Beschlüsse, wiewohl sie natürlich nicht die Auktorität von Landtagsbeschlüssen hatten, und nur provisorischer Natur sein konnten, kamen ihnen an moralischer Bedeutung nahe. Denn die obersten Beamten und Räthe waren sämmtlich Mitglieder des Landtags und bildeten einen ansehnlichen Theil desselben. Ihre mit Majorität gefaßten Beschlüsse hatten so ziemlich alle Aussicht auch vom Landtage adoptirt zu werden.

**) Zuschrift der obersten Beamten und Räthe von Mähren an die Böhmen ddo. 6. Juli 1613.



festgehalten. Das Auftreten der Schlesier, welche einen Riß in diese Einheit bringen und überhaupt die böhmische Krone zerreißen wollten, konnte demnach die Zustimmung der Mährer nicht erlangen. Im Auftrage der obersten Beamten und Räthe von Böhmen begaben sich im Frühjahr 1613 der Obersthofmeister Adam d. j. von Waldstein und der Kanzler Lobkowitz zu Mathias nach Wien und verlangten die Auflösung der schlesischen Kanzlei. Mathias, der inzwischen selbst zur bessern Kenntniß über die besonderen Absichten der schlesischen Fürsten und über die staatsrechtliche Tragweite einer doppelten Kanzlei gekommen sein mag, wies die böhmischen Deputirten mit ihrer Forderung nicht ab, erklärte aber den Streit nicht anders entscheiden zu können, als durch eine Art von Schiedsgericht. Er wollte Vertreter sämmtlicher Länder der böhmischen Krone vor sich rufen, in deren Versammlung den Böhmen und Schlesiern zur Vertheidigung ihrer Rechte und Forderungen Gelegenheit bieten und dann auf Grund anerkannter Rechte und Gewohnheiten den Schiedsspruch thun. *)

Mit diesem Bescheide mußten sich die Böhmen vorläufig begnügen und die Berufung eines Landtages abwarten. Als Mathias einen solchen nach Budweis auf den 27. Januar 1614 ausschrieb, erinnerte er sich seines Versprechens und forderte die Schlesier auf, Deputirte zu diesem Landtage abzuschicken, um die im Jahre 1611 in Breslau nur provisorisch erledigte Kanzleiangelegenheit definitiv zu entscheiden. Jetzt war für die Schlesier ein entscheidender Moment gekommen, gingen sie nach Budweis und ward dort der Streit wegen der Kanzlei auf Grund des gesetzlichen Herkommens revidirt, so mußten sie die kürzern ziehen; sie entschlossen sich deshalb die Einladung abzulehnen und den Böhmen alles Recht abzusprechen, sich in ihre Angelegenheiten zu mischen. In der Antwort an den Kaiser, in der sie ihm ihren Entschluß, nach Budweis nicht zu kommen, mittheilten, erklärten sie, der „anmaßlichen Beschwerde der Böhmen" wegen der Kanzlei keine Beachtung schenken zu können. Da sie klug genug waren einzusehen, daß, wenn sie zuletzt Sieger über die Böhmen bleiben wollten, sie den Kaiser auf ihrer Seite haben müßten, so wurden sie nicht müde, denselben zu versichern, daß die Einrichtung der Kanzlei sein Regale, sein Summum jus sei, auf welches die Böhmen keinerlei Ansprüche hätten, und daß, wenn er ihnen (den Schlesiern) die Errichtung einer eigenen Kanzlei gestattet habe, er sich streng innerhalb seiner Machtsphäre gehalten habe. **)

Das Ausbleiben der Schlesier von Budweis ließ die Kanzleifrage noch ferner unentschieden und sicherte vorläufig den unabhängigen Bestand

---

*) Antwort des Mathias den böhmischen Deputirten gegeben, ddo. 20. Mai 1613.
**) Antwort der Schlesier an den Kaiser ddo. 30. Januar 1614.



der schlesischen Hofkanzlei, — eine Bezeichnung, deren sich die Schlesier vorzugsweise gern statt des einfachen: „Kanzlei" bedienten. In Böhmen trug man diese dauernde Schmälerung früherer Gerechtsame schwer; nachdem der Budweiser Landtag ohne Frucht vorübergegangen war, drangen die Stände am Prager Generallandtage von 1615 mit aller Entschiedenheit in den Kaiser, daß er den im J. 1611 gemachten Fehler endlich gutmache, die böhmische Kanzlei in ihrem alten Umfange wiederherstelle und die Schlesier nöthige, eine Deputation zu den betreffenden Verhandlungen abzusenden. Diesem Drängen gab der Kaiser nach, indem er im folgenden Jahre (1616) die Böhmen und Schlesier aufforderte, Deputirte zu wählen, die in Gegenwart einer von ihm zu ernennenden Kommission ihre gegenseitigen Ansprüche wegen der Kanzlei erörtern und wo möglich unter einander einen Ausgleich treffen sollten. Da zu gleicher Zeit auch die Lausitzer und Mährer als mitbetheiligte Parteien zur Absendung von Deputirten zu den Ausgleichsverhandlungen eingeladen wurden und dieselben bereit waren dem Rufe zu folgen, so durften die Schlesier die Verhandlungen nicht ablehnen, wie sie sonst gern gewollt hätten.

Sämmtliche Deputationen trafen im Monate Juni 1616 in Prag ein, wo auch Mathias eben weilte. Von Seite der Böhmen wurden zu den Verhandlungen folgende Personen deputirt: der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der Oberstlandkämmerer Johann Sezima von Austi, der Oberstlandrichter Georg von Talmberg, der Kanzler Zdeněk von Lobkowitz, der Obersthoflehnrichter Wilhelm Slawata, der Burggraf von Karlstein Graf Thurn, Friedrich von Dohna, Jaroslaw von Martinitz, Kaspar Kaplíř von Sulewitz, Prokop Dwořecky, Diwiš Černin von Chudenitz, Johann Mülner, Sekretär Michna, Dr. Eisen, Dr. Bornitius, Sekretär Philipp (Fabricius ?), Adam Leonhard, Martin Fruewein, Sekretär Plateis. — Von Seite der Mährer war der Landeshauptmann Ladislaus von Lobkowitz, dann die Herren: Karl von Žerotin, Jetřich von Kunowitz, Johann Čejka, Friedrich Janowsky und Heinrich Zahradecky zugegen. — Aus Schlesien waren gekommen: Karl Hannibal von Dohna, Weikhard von Promnitz, Dr. Geißler, Albrecht von Rohr, Dr. Heuscher und Georg Roßner von der Schweidnitz. — Aus der Oberlausitz erschienen: Hans Fabian von Prinkau, Fabian von Schönaich, Abraham von Mezrodt, Dr. Ambrosius Hadammer Syndicus von Bautzen, Gottfried Glich Syndicus von Görlitz und Sigmund Kindler Syndicus von Zittau. Endlich aus der Niederlausitz kamen: Heinrich Otto von Gerßdorf und Martin Steigius. Zu königlichen Kommissären, vor denen die Parteien ihren Streit führen sollten und die dann an den Kaiser über die Argumente und Forderungen derselben zu berichten hatten, waren von Mathias ernannt worden:



der Kardinal und Bischof von Olmütz Franz von Dietrichstein, und der Oberstburggraf von Böhmen Adam von Sternberg; ob noch ein dritter, ist uns nicht bekannt.

Die ständischen Deputirten schieden sich in zwei Theile, auf der Seite der Schlesier befanden sich die Lausitzer, auf der Seite der Böhmen die Mährer. Letztere, obwohl an dem Streite nicht unmittelbar betheiligt, aber die Tragweite der schlesischen Forderungen einsehend und entschlossen an dem Bestande der durch die Verträge von 1611 reformirten staatsrechtlichen Verhältnisse der böhmischen Krone nicht zu rütteln, nahmen für die Böhmen Partei und traten sonach für eine einheitliche Kanzlei auf; es gruppirten sich also die Deputirten so, daß der mehr deutsche Theil der Krone Böhmen dem slavischen gegenüberstand. — Da die gegenseitige Erbitterung der Parteien, namentlich der Böhmen und Schlesier, hoch gestiegen war, so fand man es nicht rathsam, sie unmittelbar mit einander verhandeln zu lassen, sondern erachtete es für zweckmäßig, sie nur mit den Kommissären verkehren zu lassen. Darnach sollten die Böhmen in Begleitung der Mährer ihre Forderungen den Kommissären mittheilen und dann sich entfernen. Darauf sollten die Schlesier mit ihren Assistenten vor die Kommissäre gerufen, ihnen das Begehren der Böhmen eröffnet und ihre Antwort wieder den Böhmen mitgetheilt werden und so fort.

Beim Beginne der Verhandlungen erhielten die Böhmen zuerst das Wort. Sie erklärten im Beisein der Mährer vor den Kommissären, daß sie die vollständige Restitution des Wirkungskreises der böhmischen Kanzlei und sonach die Auflösung der schlesischen verlangten. Als den Schlesiern dies Begehren mitgetheilt wurde, antworteten sie in ablehnender Weise, sie betonten mehr als je zuvor, daß die Einrichtung der Kanzlei „ein rein königliches Recht" (jus mere regium), ein dem Könige „allein eigenthümliches Regale sei". Als der König die Errichtung der schlesisch-lausitzer Kanzlei gestattete, habe er nur innerhalb seiner Rechte gehandelt und die Böhmen hätten keine Befugniß zu einer Einsprache oder einem Proteste. Sie erinnerten daran, daß, als die Verhandlungen im Jahre 1611 in Prag zwischen ihnen und den Böhmen in der Kanzleifrage zu keiner Einigung geführt hatten, ihnen von den letztern freigestellt worden sei, die Befriedigung ihrer Wünsche bei dem Könige zu betreiben; das und nichts mehr hätten sie gethan und so sei die schlesische Kanzlei errichtet worden.

Die Böhmen antworteten hierauf, indem sie zuerst bestritten, daß die Einrichtung der Kanzlei ein rein königliches Recht sei. Die Errichtung der schlesischen Kanzlei habe Mathias nicht als Herzog von Schlesien, sondern nur als König von Böhmen gestatten können, wie dies die Schlesier selbst zugäben; als König von Böhmen sei er aber durch seinen Eid in der



Kanzleifrage gebunden und die böhmische Landesordnung schreibe klärlich vor, wie es mit der Kanzlei beschaffen sein müsse. Als im Jahre 1611 die Schlesier von den Böhmen an den König gewiesen worden seien, so sei es nicht geschehen, weil man ihnen die etwaige Errichtung einer neuen Kanzlei habe gestatten wollen, sondern nur um sie auf die in der Kanzlei anzustellenden Personen einen Einfluß nehmen zu lassen.

Dem entgegen erwiederten die Schlesier, sie seien bereit zu gestehen, daß sie im Jahre 1611 in Prag nichts von der Errichtung einer eigenen Kanzlei gesprochen hätten, „dies aber könnten sie wohl mit Gewissen reden, daß es (die Errichtung einer selbstständigen Kanzlei) ihre Intention gewesen und zwar zu dem Ende, daß sie sich von den Herrn Beheimben ferner nicht regieren lassen noch unter derselben Gubernament sein wollen." Daß die böhmische Landesordnung bezüglich der Kanzlei solche Bestimmungen enthalte, wie sie von den Böhmen citirt werden, wollten sie nicht bestreiten, es gehe sie aber die böhmische Landesordnung nichts an, sie hätten eine eigene, die schlesische Landesordnung, und diese sei für sie Gesetz und Maß. Endlich sei Schlesien kein böhmisches, sondern ein Reichslehen.

Der Streit war durch diese Antworten und Gegenantworten auf ein Gebiet getreten, auf dem keine Einigung zu erwarten war; den Forderungen der Böhmen, welche die alten Rechte ihrer Krone und die Einheit des böhmischen Staatswesens vertheidigten, standen schroff die Ansprüche der Schlesier entgegen, welche dieser Einheit ein Ende machen wollten. Die Kommissäre berichteten über die gefährliche Wendung des Streites an den Kaiser und bekamen von ihm den Auftrag, die Deputirten um die Vorzeigung ihrer Vollmachten zu ersuchen. Ohne Zweifel wollte Mathias wissen, in wie weit die Schlesier zu einem Ausgleiche autorisirt seien. Die Böhmen und Mährer wiesen sich mit einer illimitirten Vollmacht aus, auch die Schlesier und Lausitzer besaßen eine solche, aber sie war von einer Instruktion begleitet, in der sie beauftragt wurden, zu keiner wichtigen Entscheidung eher ihre Zustimmung zu geben, bevor sie nicht die Erlaubniß hiezu von ihren Kommittenten eingeholt hätten. Damit zeigte sich, daß die schlesischen und lausitzer Deputirten eigentlich ohne Vollmacht waren, denn alles, was zur Verhandlung kommen konnte, war so wichtig, daß zu jedem einzelnen Punkte des etwaigen Vergleichs die Zustimmung aus Schlesien und der Lausitz abgewartet werden mußte. Die Verhandlungen erlitten auf dies eine längere Unterbrechung und zwar durch 20 Tage; entweder war Mathias mit sich im unklaren, welche Stellung er in dem Streite schließlich einnehmen solle oder er versuchte durch separate Verhandlungen die einzelnen schlesischen Fürsten zur Annahme eines minder schroffen Standpunktes zu bewegen. Endlich am 18. Juli berief der Kar- 1616

dinal Dietrichstein als Obmann der Kommission die Parteien wieder vor sich und zeigte ihnen an, daß der Kaiser mittlerweile eine Vermehrung der Kommissäre durch die Ernennung von drei neuen Mitgliedern vorgenommen habe, es waren dies der Kardinal Khlesl und die Geheimräthe Meggau und Harrach.

Nach dieser Anzeige theilte der Kardinal Dietrichstein den Deputirten mit, der Kaiser habe mit Mißfallen vernommen, daß der Streit der Parteien sich auf einem ungehörigen Gebiete bewege, das mit der Kanzleifrage nicht im Zusammenhang stehe. Der Kardinal verstand unter diesem ungehörigen Gebiete die staatsrechtlichen Erörterungen zwischen den Böhmen und Schlesiern. Er hatte gewiß Unrecht, wenn er diese Erörterungen als nicht im Zusammenhange mit der Kanzleifrage stehend betrachtete, denn die Entscheidung der letztern schnitt ja auf das tiefste in die staatsrechtlichen Verhältnisse der böhmischen Krone ein; offenbar ward diese Erklärung nur abgegeben, weil Mathias und seine Rathgeber sich vor der Erörterung so heiklicher Fragen fürchteten und sie aus der Diskussion zu verbannen suchten. Es war dies aber ein ganz vergebliches Bemühen, denn die Berathungen über die Einrichtung der Kanzlei mußten immer und immer zu der Frage führen: in welchem Verhältnisse stehen Böhmen und Schlesien zu einander? Der weitere Verlauf der Debatte bewies dies zum Ueberflusse.

An die vorläufige Mahnung, ungehöriges vom Streite auszulassen, fügte der Kardinal Dietrichstein die Bitte, die Parteien sollten die Beilegung des Kanzleistreites so rasch als möglich anstreben. Um ihnen einen Fingerzeig zu geben, innerhalb welcher Grenzen sich die Forderungen der einen und die Nachgiebigkeit der andern bewegen müßte, sprach er „seine Vermuthung" über die etwaigen Absichten des Kaisers aus. So weit er über die letztern urtheilen könne, so dürfe man nicht erwarten, daß Mathias die Breslauer Bewilligung zurücknehmen würde, wohl aber dürfte er anordnen, daß die böhmische und schlesische Kanzlei wieder zu einem einheitlichen Körper verbunden, der Vicekanzler dem Kanzler zum Respekt verpflichtet d. i. untergeordnet und kein Dokument aus der Kanzlei ohne die Unterschrift des Kanzlers expedirt werde. Wiewohl der Kardinal erklärte, daß er nicht im Auftrage des Kaisers so spreche, sondern nur vermuthe, daß dies die Intentionen desselben seien, so war nicht zu zweifeln, daß seiner Erklärung eine höhere Autorisation zu Grunde lag. Sieht man dieselbe näher an, so zeigt sich, daß sie den Wünschen der Böhmen nachkam. Denn wiewohl Dietrichstein im Vordersatze erklärte, Mathias werde die Breslauer Bewilligung aufrecht erhalten, so enthält doch der Nachsatz das gerade Gegentheil. Nicht darin bestand die Bedeutung der Bres-



lauer Bewilligung, daß in der böhmischen Kanzlei ein Vicekanzler für Schlesien und die Lausitze saß, sondern darin, daß Schlesien und die Lausitze eine eigene Kanzlei hatten. Die Böhmen faßten den Sinn der Erklärung gleich richtig auf, und der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der regelmäßig den Sprecher für sie abgab, erwiederte in ihrem Namen, daß, wofern des Kaisers Intention der Vermuthung des Kardinals entspreche, die Einheit der Kanzlei hergestellt, der Vicekanzler für Schlesien und die Lausitz dem Kanzler „zum Respekt" verpflichtet und jedes Dokument aus der Kanzlei mit der Unterschrift des Kanzlers expedirt werden würde, Böhmen mit der Entscheidung des Kaisers zufrieden sein werde.

Kardinal Dietrichstein erklärte darauf, daß man nunmehr einen bestimmten Vertrag formuliren müsse, auf Grund dessen die Einheit der Kanzlei hergestellt und zugleich den Ansprüchen der Schlesier Rechnung getragen würde. Er schlug zu dem Ende vor, daß in der zu vereinbarenden Formel weder von einer Superiorität der Böhmen, noch von einer Subjektion der Schlesier die Rede sein solle, weil letztere dann unter keiner Bedingung zu einem Vertrage zu bewegen sein würden. Die Wiederherstellung der einheitlichen Kanzlei solle jedoch kein Präjudiz gegen die etwaigen Rechte, welche jedem Lande zukommen, schaffen, und alle sich von nun an so friedlich gegen einander benehmen, wie es für „inkorporirte Länder" gebühre. Die Wiedervereinigung der böhmischen und schlesischen Kanzlei sollte namentlich mit folgenden Worten festgesetzt werden: „Soviel die königliche Hofkanzlei, sowohl die böhmische als die deutsche anlangt, so wollen Ihre Majestät, daß dieselbe in ein Corpus unter den Respekt des obersten böhmischen Hofkanzlers gebracht und die schlesischen und lausitzer Sachen unter beider Parteien Subskription altem Brauche nach ausgefertigt werden soll."

Als die Böhmen diese Erklärung vernahmen, erhoben sie dagegen mehrere gewichtige Einwände. Sie waren erbötig, den Streit wegen der „Superiorität und Subjektion" auf sich beruhen zu lassen, d. h. die Frage nicht weiter zu erörtern, wie weit die Ueberordnung Böhmens über die inkorporirten Länder reiche. Das Resultat der gegenwärtigen Verhandlungen über die Kanzleifrage sollte also kein Präjudiz bilden, wie das Verhältniß zwischen Böhmen und Schlesien aufzufassen sei. Dagegen wollten sie nichts davon wissen, daß in der Ausgleichsformel Friede zwischen ihnen und den Schlesiern gewünscht werde, wie es sich für „inkorporirte Länder gebühre." Sie erklärten, Böhmen dürfe man kein inkorporirtes Land nennen, Böhmen sei das Stammland, in welches die übrigen Länder inkorporirt seien. Die Mährer, welche diesen Auseinandersetzungen beiwohnten, stimmten der Ansicht der Böhmen bei, überhaupt stellten sie sich völ-



lig auf ihre Seite und sahen den Kampf mit Schlesien wie ihren eigenen an. Weiter tadelten die Böhmen, daß in der Ausgleichsformel von einer „königlichen Hofkanzlei" und von einem „Hofkanzler" die Rede sei, sie wüßten nur von einer „böhmischen Kanzlei" und der Kanzler sei kein Hofkanzler, sondern „oberster Kanzler des Königreichs Böhmen." Um die wiederherzustellende Einheit der Kanzlei in der prägnantesten Weise hervortreten zu lassen, verlangten sie, daß der in dieselbe einzuführende Vicekanzler für Schlesien und die Lausitz dem Kanzler den Eid der Treue schwöre. Aus den Verhandlungen ist ersichtlich, daß sämmtliche Beamte der Kanzlei, selbst der seit dem Jahre 1611 angestellte Vicekanzler für Mähren dem Kanzler und nicht dem Könige den Eid leisteten. Die Forderung wegen des „deutschen" Vicekanzlers (so ward der schlesische häufig genannt) war also nur konsequent.

Als den Schlesiern die Ausgleichsformel und die Bemerkungen der Böhmen vorgelegt wurden, war es der erste Punkt, der ihre ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahm und ihre Opposition rege machte. Die Böhmen waren, wie erzählt worden, erbötig, bei Gelegenheit der Kanzleifrage nicht mehr über die Superiorität und Subjektion sich zu streiten, sondern über diesen Gegenstand vorläufig zu schweigen. Nach ihrem Vorschlage sollte es in der Ausgleichsformel heißen: „Und durch diese Traktation (in der Kanzleifrage) soll keinem Lande eine Superiorität oder Subjektion wider die vorige Inkorporation erzwungen werden, sondern es gänzlich dabei (d. i. bei den Bedingungen dieser Inkorporation) verbleiben." Dieser Satz seines diplomatischen Gewandes entkleidet lautete folgendermaßen: Wir Böhmen wollen bei dieser Verhandlung wegen der Kanzlei die Frage wegen der Superiorität oder Subjektion bei Seite lassen, bezüglich derselben soll einzig und allein das bisherige Inkorporationsverhältniß maßgebend sein. War vermöge desselben unsere Stellung eine superiore, und das behaupten wir, so kann diese durch die Einrichtung der Kanzlei, mag diese wie immer sich gestalten, nicht beschränkt werden. — Die Schlesier, welche den Sinn der vorgeschlagenen Formel recht gut begriffen, richteten zu allererst ihre Opposition gegen den Wortlaut derselben und schlugen folgende Fassung vor: „Es soll keinem Lande eine Superiorität oder Subjektion aufgezwungen werden, sondern bei der alten Inkorporation verbleiben." Ihrer Erklärung nach hatte diese Formel den Sinn, daß es zwischen den Ländern der böhmischen Krone kein Verhältniß von Superiorität und Subjektion gebe, sondern daß es bei den Bedingungen der Inkorporation verbleiben solle, die (nach der Behauptung der Schlesier) ein gleichberechtigtes Verhältniß geschaffen habe. Als den Böhmen diese Formel vorgelegt wurde, schlugen sie deren Annahme rundweg ab, ein



Beweis, daß die Schlesier den Sinn der böhmischen Formel ganz richtig interpretirt hatten. Die Kommissäre bemühten sich nun einem Vermittlungsvorschlag die Annahme zu verschaffen und einigten sich zuletzt mit den Böhmen über die Formel: „Und dieses alles (d. i. die Verhandlungen wegen der Kanzlei) soll keinem Land zu einer Superiorität oder Subjektion, auch an seinen Privilegien, Recht und Gerechtigkeiten und Inkorporationibus zu keinem Nachtheil gereichen." Diese Formel sollte nach der Meinung der Kommissäre kein Präjudiz schaffen, sie wahrte den Standpunkt der Böhmen, daß ihnen an ihren Rechten und an den Inkorporationsbedingungen nichts genommen werden solle, sie fixirte aber nicht diese Rechte und Bedingungen und ließ es den Schlesiern frei, über dieselben ihre eigenen Behauptungen aufzustellen. Nichtsdestoweniger würden letztere selbst diese Formel nicht angenommen haben, weil sie sich nicht gegen die Ansprüche der Böhmen erklärte, wenn nicht die Kommissäre auf sie einen Druck ausgeübt hätten. Gedrängt jedoch entschlossen sich die Schlesier endlich zur Annahme einer Formel, die für ihre Wünsche nichts zusagendes enthielt, aber dieselben nicht direkt verletzte.

Neun Tage hatte dieser Streit gedauert und endete mit der Aufstellung einer Formel, die einer zweideutigen Interpretation fähig war. Es sollten nun die Verhandlungen über die Vereinigung der schlesischen 29. Juli
mit der böhmischen Kanzlei beginnen. Die Kommissäre, welche früher in 1616
kurzer Weise die Vereinigung „der böhmischen und deutschen Hofkanzlei" unter des „Hofkanzlers Respekt" vorgeschlagen hatten, wobei sie, wie wir berichtet haben, der Opposition der Böhmen bezüglich der Titulaturen begegneten, empfahlen jetzt folgende Bedingungen der Vereinigung: die im Jahre 1611 von den Schlesiern und Lausitzern ernannten Mitglieder ihrer Kanzlei: der Vicekanzler, zwei Räthe und ein Sekretär, sollen einfach in die böhmische Kanzlei eintreten, diese so erweiterte Kanzlei „böhmischer und deutscher Expedition" in einen einzigen Körper „unter den Respekt des obersten Kanzlers in Böhmen" gebracht und die „schlesischen und lausitzer Sachen unter desselben und des deutschen Vicekanzlers Subskription expedirt werden." Die Frage wegen der Eidleistung des Vicekanzlers sollte vorläufig nicht zur Erörterung kommen, sondern der Eid, welchen derselbe (Herr von Schönaich) im Jahre 1611 dem Mathias geleistet, für diesmal genügen. Erst bei einer Wiederbesetzung des Amtes sollte entschieden werden, ob der Vicekanzler dem König oder dem Kanzler den Eid zu leisten habe.

Die Böhmen, zuerst zur Abgabe ihrer Meinung aufgefordert, stimmten einigen Vorschlägen bei, bei andern dagegen schlugen sie Aenderungen von durchgreifender Wichtigkeit vor. So wollten sie das im Jahre 1611



ernannte Personal der schlesischen Kanzlei in die böhmische aufnehmen und von dem Vicekanzler Schönaich keinen neuen Eid fordern. Aber sie verlangten, daß derselbe sich wenigstens durch einen Handschlag dem Kanzler verpflichte und daß schon jetzt festgesetzt werde, ein künftig zu ernennender Vicekanzler habe dem Kanzler einen Eid zu leisten. Ferner wollten die Böhmen zugestehen, daß die Schlesier und Lausitzer dem Könige für die Besetzung der Stellen eines Vicekanzlers, zweier Räthe und eines Sekretärs, die vorzugsweise für die deutsche Expedition verwendet werden sollten, bei einer Vakanz geeignete Personen zur Anstellung empfehlen dürften, sie verlangten aber auch für sich das Recht, für dieselben Stellen eine doppelte Anzahl von Personen dem Könige präsentiren zu dürfen und letzterer sollte seine Wahl aus der böhmischen und schlesisch-lausitzer Liste treffen können. Diese Forderung, welche voraussichtlich die Schlesier erbittern mußte, war ebenfalls eine Konsequenz der Stellung der Mährer zur Kanzlei. Die Mährer hatten auf die Anstellung ihres Vicekanzlers nicht einmal jenen Einfluß, welchen die Böhmen jetzt den Schlesiern einräumen wollten. Die Böhmen durften die Schlesier vor den Mährern nicht begünstigen.

Wie zu erwarten stand, waren die Schlesier auf das höchste durch die Forderungen der Böhmen aufgebracht, denn nicht leicht konnten die letztern mit mehr Schärfe ihre Ansprüche auf eine höhere Berechtigung im böhmischen Staatswesen kundgeben, als dies in den dargelegten Forderungen geschehen war. Die Schlesier, von dem Grundsatz einer gleichberechtigten Stellung mit den Böhmen ausgehend, erwiederten, daß sie eben so wenig eine Einmischung derselben auf die Wahl ihrer Repräsentanten in der einheitlichen Kanzlei zugeben würden, als sie selbst sich eine Einmischung in die Anstellung des Kanzlers und der böhmischen Räthe erlaubten. Ebensowenig wollten sie zugeben, daß ihr Vicekanzler jetzt zu einem Handschlag und bei einem Wechsel der Person zu einem dem Kanzler zu leistenden Eide verpflichtet werde; sie verlangten, daß der Vicekanzler nur dem Könige schwöre. Die Böhmen verwarfen alle diese Einwände und namentlich den, daß, weil die Schlesier auf die Anstellung des Kanzlers keinen Einfluß übten, sie auch freie Hand in der Ernennung des Vicekanzlers haben wollten: die Bestellung der Kanzlei sei ein altes Recht Böhmens und könne durch die Opposition der Schlesier nicht verkürzt werden. Diesmal waren jedoch die königlichen Kommissäre nicht, wie es sonst der Fall zu sein pflegte, auf Seite der Böhmen. Sie meinten, daß die Frage wegen der Präsentation des schlesischen Kanzleipersonals durch Mathias im Jahre 1611 ein für allemal zu Gunsten der Schlesier entschieden sei, ebensowenig billigten sie die Forderung der Böhmen bezüglich des Handschlags. Da letztere nicht nachgeben wollten, schlugen die Kommissäre



einen Mittelweg vor. Die Frage, ob die Böhmen auf die Präsentation des schlesisch-lausitzer Kanzleipersonals einen Einfluß haben und ob der Vicekanzler dem Kanzler oder dem Könige einen Eid schwören solle, sollte erst bei einer Vakanz entschieden werden, „für diese Zeit“ aber einfach die Vereinigung der schlesischen Kanzlei mit der böhmischen stattfinden. Da eine Veränderung im Personalstatus in nicht langer Zeit zu erwarten war, wahrscheinlich im Laufe von 3—4 Jahren, so wollten die Böhmen zugeben, daß die prinzipielle Entscheidung der zwei wichtigen Fragen verschoben werde, wenn ausdrücklich zugestanden würde, daß die Art, wie die Ernennung des schlesischen Personals diesmal vor sich gegangen war, nur „ad interim“ gelten solle und wenn der Vicekanzler den verlangten Handschlag leiste. Nach langen Debatten gaben sie endlich zu, daß die Worte „ad interim“ durch die Worte „für diese Zeit“ ersetzt werden könnten und daß es von dem Handschlag sein Abkommen finden dürfe, wenn Mathias persönlich den Vicekanzler Schönaich in Gegenwart des Kanzlers zum Gehorsam gegen den letztern verpflichte. Unter diesen zwei Bedingungen sollte die Frage wegen der Eidleistung und wegen der Art der Besetzung der schlesischen Stellen bis zur künftigen Erledigung einer Stelle aufgeschoben werden, auf jeden Fall aber verlangten die Böhmen die ausdrückliche Zurücknahme der Breslauer Bewilligung vom Jahre 1611. Bei diesen Debatten stand namentlich Karl von Žerotin auf Seite der Böhmen, er wollte ausdrücklich jede Bewilligung an die Schlesier vor der prinzipiellen Entscheidung der wichtigen Fragen nur pro interim gelten lassen. Da die Kommissäre ihren Zweifel darüber äußerten, ob der Kaiser die Breslauer Bewilligung vollständig zurücknehmen würde, entschlossen sich die Böhmen, müde der langen Verhandlungen, zu einem äußersten Schritt. In einer Audienz, um die sie Mathias baten und die ihnen am 4. August ertheilt wurde, 1616 ersuchten sie ihn um die völlige Wiederherstellung der alten böhmischen Kanzlei und folglich um einfache Abweisung aller schlesischen Ansprüche. Der Kaiser erwiederte, das Begehren betreffe „eine schwere Sache“ und er wolle hierüber erst mit sich zu Rathe gehen.

Man konnte sich keinem Zweifel mehr darüber hingeben, daß ein gütlicher Vergleich zwischen den Böhmen und Schlesiern zu den Unmöglichkeiten gehöre, da die staatsrechtlichen Ansprüche beider Parteien einander zu schroff gegenüber standen. Auch Mathias sah dies ein und er beschloß deshalb von den gütlichen Vergleichsverhandlungen abzusehen und den Streit durch ein Gericht entscheiden zu lassen. Schon am 7. August antwortete er den Böhmen, daß er den Streit zwischen ihnen und den Schlesiern einem Gerichte übergeben werde. Hiemit hatte jedoch seine Verlegenheit kein Ende erreicht, denn es entstand die Frage, wie das Gericht

zusammenzusetzen sei und worüber dasselbe urtheilen solle. Um sich aus diesem Labyrinth zu helfen, stellte Mathias an das Appellationsgericht die Frage, wie er das Gericht zusammenstellen und wer dabei als Kläger auftreten solle. Die Böhmen verlangten völlige Restitution der alten Kanzleiverfassung, während die Schlesier behaupteten, sie hätten die Rechte der Böhmen nicht verletzt, da die Einrichtung der Kanzlei ein königliches Regale sei. Mathias war deshalb im Zweifel, ob er bei einem Prozesse statt der Schlesier nicht selbst den Böhmen als Partei entgegenzutreten habe. Schließlich stellte er an das Appellationsgericht noch die Frage, ob, wenn die Beendigung des anzustellenden Prozesses sich in weite Ferne zurückziehen sollte, er „pendente processu" nicht eine „Interimsentscheidung" wegen der Kanzlei treffen könne.

Als die Böhmen die Nachricht erhielten, daß der Kaiser sich zur richterlichen Entscheidung des Streites entschlossen habe, waren sie damit zufrieden; vom ersten Anfange desselben, der in das Jahr 1609 zurückging, hatten sie nichts anderes verlangt, denn sie durften sicher sein, siegreich aus dem Kampfe hervorzugehen. Bei einer richterlichen Entscheidung konnten die Parteien als Rechtsgründe nur Privilegien, Verträge und die bisherige Gewohnheit vorbringen, in allen diesen Beweismitteln waren die Böhmen den Schlesiern überlegen. Was die Besetzung des von Mathias vorgeschlagenen Gerichtes betrifft, so verlangten die Böhmen, daß Vertreter sämmtlicher Kronländer zu demselben berufen würden; in welchem Verhältniß diese Berufung stattfinden sollte, darüber sprachen sie sich vorläufig nicht aus.

Es kam jedoch so wenig zu einer richterlichen Entscheidung, wie es zu einem gütlichen Ausgleiche gekommen war. Mathias gelangte bald zu der Ueberzeugung, daß die Zusammenstellung des Gerichtes den größten Schwierigkeiten und unausbleiblichen Protesten von der einen oder der andern Seite unterliegen würde und daß der Streit, weit gefehlt, rasch beigelegt zu werden, sich erst recht in die Länge ziehen werde. In dieser Ueberzeugung mußte ihn eine Zuschrift der Schlesier (vom 11. Aug.), die gerade jetzt in Prag einlangte, nur noch mehr bestärken. Die in Prag weilenden schlesischen Deputirten hatten nämlich ihren Kommittenten die Nachricht gegeben, daß, ob nun ein Ausgleich zu Stande kommen werde, oder nicht, die Aufhebung der schlesischen Kanzlei von Mathias selbst beabsichtigt werde. Sie hatten zugleich nach Hause berichtet, welche Ansprüche von den Böhmen bezüglich der künftigen Aperturen im schlesischen Departement der böhmischen Kanzlei so wie bezüglich der Beeidigung des Vicekanzlers erhoben würden. Diese Nachrichten verursachten in Schlesien die höchste Aufregung, auf einer Versammlung von Fürsten und Ständen in



Breslau wurde die Abfassung eines energischen Protestes gegen die Richtung, welche die Verhandlungen in Prag genommen, beschlossen und derselbe an Mathias abgeschickt. In diesem Schreiben verwahrten sich die Schlesier in den stärksten Ausdrücken gegen die Wiederherstellung einer einheitlichen Kanzlei und erklärten, um keinen Preis von der im Jahre 1611 ihnen bewilligten unabhängigen Kanzlei ablassen zu wollen. Indem sie das Begehren der Böhmen als „Anmaßung" bezeichnen und von den Mährern, deren Haltung sie nicht wenig erbitterte, bemerken, daß sie sich ohne Noth in Dinge „einmischen", die außerhalb „ihrer Befugniß" liegen, fügten sie hinzu, daß Mathias im Jahre 1611 ihnen eine eigene Kanzlei bewilligt habe, weil dies in seiner absoluta regia potestas als Herzogs von Schlesien gelegen habe. Wenn er nun auf Andringen der Böhmen die schlesische Kanzlei aufhebe, so gestehe er ein, daß nicht er in Schlesien das Summus jus teritorii habe, sondern daß er dasselbe mit den Ständen Böhmens theile und mit ihnen nur eine konkurrirende Gerichtsbarkeit (concurrentem jurisdictionem) besitze. Er bestätige damit die Ansprüche der Böhmen auf Superiorität, mache sie zu Unterthanen der Böhmen, was sie (die Schlesier) nie und nimmer zugeben würden, denn sie hätten keinen andern Herrn über sich, als den Herzog von Schlesien und seien mit Böhmen nur unirt. Auf das nachdrücklichste verwarfen sie selbst eine nur provisorische Vereinigung der Kanzlei und erklärten zum Schlusse, daß sie hiemit ihre Deputirten von Prag abriefen, da sie nicht die Absicht hätten, in der Kanzleifrage ihren Rechten etwas zu vergeben.

Diese Sprache konnte den Kaiser sattsam überzeugen, daß zwischen Schlesien und Böhmen auch der Rechtsweg, den er im Sinne hatte, zu keinem Resultate führen werde, denn es war mit Gewißheit zu erwarten, daß die Schlesier es verweigern würden, denselben zu betreten, und wenn sie ihn betraten, daß sie jede Entscheidung, die den Böhmen zum Vortheil gereichen konnte, mit den Worten ablehnen würden: Schlesien habe mit Böhmen nichts zu schaffen. Andererseits wußte er eben so gut, daß die Böhmen um keinen Preis von den hergebrachten Rechten ihres Landes etwas ablassen, daß sie nicht freiwillig von dem Range herabsteigen würden, den sie unter den Ländern der böhmischen Krone einnahmen. Es war dadurch für Mathias ein überaus wichtiger Moment eingetreten; sollte er einen königlichen Machtspruch thun und sich für die Böhmen entscheiden oder sollte er den Schlesiern nachgeben? That er das erstere, so bekräftigte er die althergebrachten Ansprüche der Böhmen auf die Leitung des gesammten Staatswesens durch eine neue und jedenfalls gewichtige Entscheidung, that er das letztere, so lockerte er nicht bloß, sondern löste geradezu die Bande, welche die deutsche Hälfte der böhmischen Monarchie an



die slavische ketteten. Die Entscheidung für Böhmen konnte als eine konservative, die für Schlesien als eine Neuerung angesehen werden. Mathias und sein vertrautester Rathgeber Khlesl waren, wie aus den Verhandlungen hervorgeht, weder für die eine noch für die andere der streitenden Parteien eingenommen, sondern bestrebt auf dem Grunde des herkömmlichen Rechtes einen Ausweg zu finden. Bei diesem Standpunkte mußten sie naturgemäß auf Seite der Böhmen stehen und dies um so mehr, als durch das Auftreten der Schlesier ihr Mißtrauen gereizt wurde. Schon Ferdinand I hatte die Erfahrung gemacht, daß die Stellung der schlesischen Fürsten im böhmischen Staatsverbande eine solche sei, welche nicht gut zu einem monarchischen Staate passe, das ununterbrochene Hinüberschielen derselben nach dem deutschen Reiche zeigte, daß sie ihren Schwerpunkt und ihre Zukunft nicht im böhmischen Staatsverbande sondern in dem sich auflösenden Reichsorganismus suchten. Wenn für Khlesl, den scharfblickenden Staatsmann, an und für sich das historische Recht keine überzeugende Kraft gehabt hätte, so beugte er sich gewiß vor demselben, wenn damit die Macht und der Vortheil seines Herrn in Verbindung stand. Mathias war Träger der Krone Böhmen; der Schwerpunkt, die Macht und der Reichthum derselben waren vor dem Jahre 1620 unbestritten in Böhmen. Der Schwerpunkt eines Staates, wie er sich in Folge von Jahrhunderten entwickelt, läßt sich aber nicht willkürlich verlegen ohne eine Zerrüttung und Zertrümmerung des letztern zur Folge zu haben.

Diese und ähnliche Betrachtungen mag die Zuschrift der schlesischen Fürsten und Stände vom 11. August am kaiserlichen Hofe hervorgerufen haben. Der stolze, um nicht zu sagen anmaßende Ton derselben berührte äußerst unangenehm, die wiederholte Behauptung der Schlesier, daß die Einrichtung der Kanzlei zur absoluta regia potestas gehöre, konnte um so weniger bei Mathias und Khlesl verfangen, als ihr unverhüllt genug die Drohung angehängt war, daß, wenn Schlesiens Forderungen nicht erfüllt würden, sie sich thatsächlich (ipso facto) Recht schaffen könnten. Der Entschluß des Kaisers, der schlesischen Kanzlei ein Ende zu machen, würde dadurch nur bestärkt und beschleunigt, die Durchführung des Entschlusses forderte jedoch große Vorsicht. Deshalb beschloß Mathias keine der hier erörterten prinzipiellen Fragen zu entscheiden, sondern vorläufig die Einheit der Kanzlei herzustellen, später, wenn die Gelegenheit günstiger war, sollte die Frage wegen der Vereidigung des Vicekanzlers und wegen der Besetzung der schlesischen Kanzleiabtheilung verhandelt werden. Khlesl war es namentlich, der diese interimistische Entscheidung betrieb.



Von derselben wurden am 27. August zuerst die Böhmen in Kenntniß 1616
gesetzt, die, da sie vorläufig ihre Wünsche befriedigte, damit zufrieden waren. Die Schlesier benachrichtigte Mathias von der interimistischen Reintegrirung der böhmischen Kanzlei in einem eigenen Schreiben, in dem er auf das schärfste den Ton ihrer Zuschrift vom 11. August tadelte. Der Kaiser, hieß es darin, habe den Werth der Behauptung der Schlesier, daß die Einrichtung der Kanzlei in seiner absoluta regia potestas liege, aus ihrem gegenwärtigen Betragen würdigen können, denn sie bemühten sich, das, was früher mere regium gewesen, nämlich die Einrichtung einer schlesischen Kanzlei, jetzt ihm zur unbedingten Pflicht (obligatorium et necessarium) zu machen. Er verbat sich zugleich die Untersuchung seines Rechtstitels auf Schlesien, ob er daselbst als König von Böhmen oder als Herzog von Schlesien herrsche, ob letzteres Land ein deutsches Lehen oder mit Böhmen unirt oder demselben inkorporirt sei, und verwies mit Strenge zum Gehorsam gegen die reintegrirte böhmische Kanzlei. Uebrigens versprach er beiden Parteien, den Böhmen und Schlesiern, daß er die Entscheidung der noch streitigen Fragen bei nächster Gelegenheit vornehmen werde. Anfangs wollte er sich verbindlich machen, dies binnen Jahresfrist zu thun, später besann er sich eines bessern und ließ die Zeitbestimmung weg. Weder er noch die Stände der böhmischen Kronländer haben wohl im entferntesten geahnt, daß es zu dieser Entscheidung nie kommen werde. In Folge des böhmischen Aufstandes von 1618 wurde die Kanzlei in der That zu einer „res mere regia", der Beiname „böhmisch" blieb ihr wohl, allein sie war eben so wenig böhmisch als schlesisch, sondern der gehorsame Vollstrecker der königlichen Dekrete.

Am 22. September wurden der Kanzler Lobkowitz und der Vicekanzler 1616
Schönaich zum Kaiser erfordert und ihnen mitgetheilt, daß von nun an die schlesische und böhmische Kanzlei in einen einzigen Körper zusammenzutreten haben. Für die Behandlung der Geschäfte wurde ihnen eine eigene Instruktion übermittelt, welche festsetzte, daß alle schlesischen und lausitzer Angelegenheiten vom Kanzler mit dem schlesischen Vicekanzler und Räthen berathen und von den beiden erstern alle erflossenen Entscheidungen unterzeichnet werden müßten. Für den Fall, daß der Kanzler an der Theilnahme bei den Berathungen verhindert sein sollte, dürfte der Vicekanzler in minder wichtigen Angelegenheiten seine Stelle suppliren, in wichtigern Fällen sollten aber die böhmischen Landesbeamten zu den Berathungen gezogen werden und natürlich des Kanzlers erste Stelle einnehmen. Die Beschlüsse der böhmischen Kanzlei in den schlesisch-lausitzer Angelegenheiten sollten unter dem Titel Decretum in consilio Regis Bohemiae expeditionis Sile-

siacae et Lusatiae expedirt werden. — Als die Nachricht von der Reintegrirung der böhmischen Kanzlei nach der Lausitz gelangte, erklärten die Sechsstädte der Oberlausitz freudig ihre Beistimmung zu derselben, gleiches war von jenen Fürstenthümern in Schlesien zu erwarten, die unmittelbar unter der Krone standen, nur die Fürsten trugen bitter die Niederlage und waren voll des tiefsten Grolls gegen die Böhmen.*)

*) Der Streit der Böhmen mit den Schlesiern über die Kanzlei, wiewohl in seinem späteren Verlauf nicht in die Regierung Rudolfs II gehörig, mußte doch hier auseinandergesetzt werden, um unsere Behauptung über die Tragweite dieses Streites — daß von seinem Verlaufe nämlich die Bedeutung der böhmischen Krone abhing — zu rechtfertigen und zugleich Licht über den verwickelten Gegenstand zu verbreiten. Wir bemerken nur noch, daß unsere Darstellung des ganzen Streites den Originalakten, wie sie im böhmischen Statthaltereiarchiv erliegen, entnommen ist.

Im Texte haben wir auch berichtet, daß die böhmischen Nebenländer nichts von der Existenz der Generallandtage wissen wollten. Schon im Jahre 1611 kämpften gegen denselben die Schlesier, im Jahre 1615 die Schlesier und Mährer an. Wir können uns hierüber nicht des weiteren auslassen. Dieser Gegenstand gehört in eine detaillirte Geschichte der Ereignisse von 1613—1620 und da wir dieselbe zu schreiben gedenken, so bietet sich dabei hinreichend Gelegenheit zur Erörterung der Generallandtagsverhältnisse.



Inhalt.



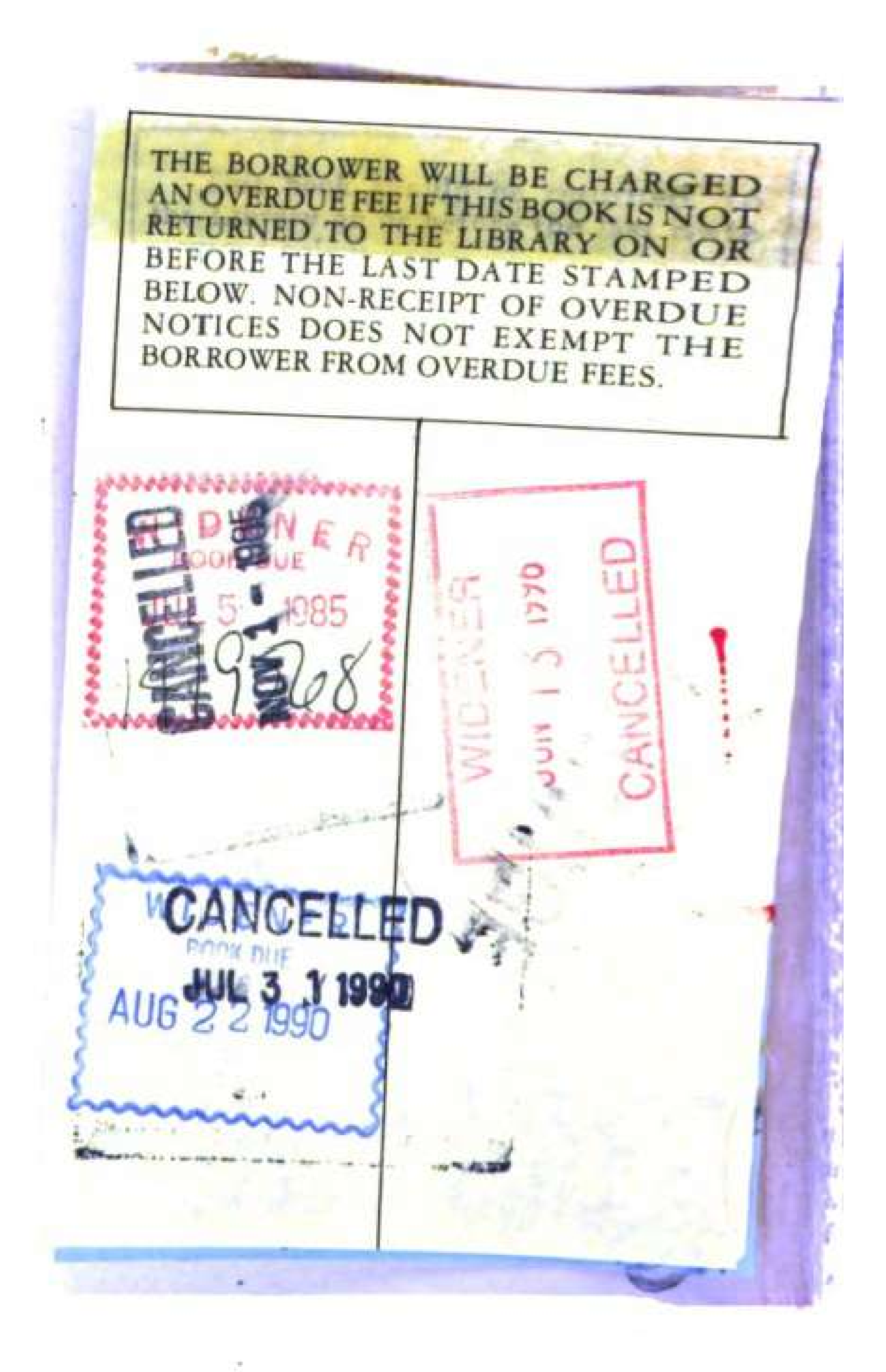
Kapitel III.

Kapitel IV.



Kapitel V.

Anhang.


THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.
CANCELLED
CANCELLED
CANCELLED
BOOK DUE
AUG 22 1990


3 2044 010 638 930


DUE JUN -8 '37
MAR 1938
MAR 1938
DUE AUG -7 '39
MAR 14 '45



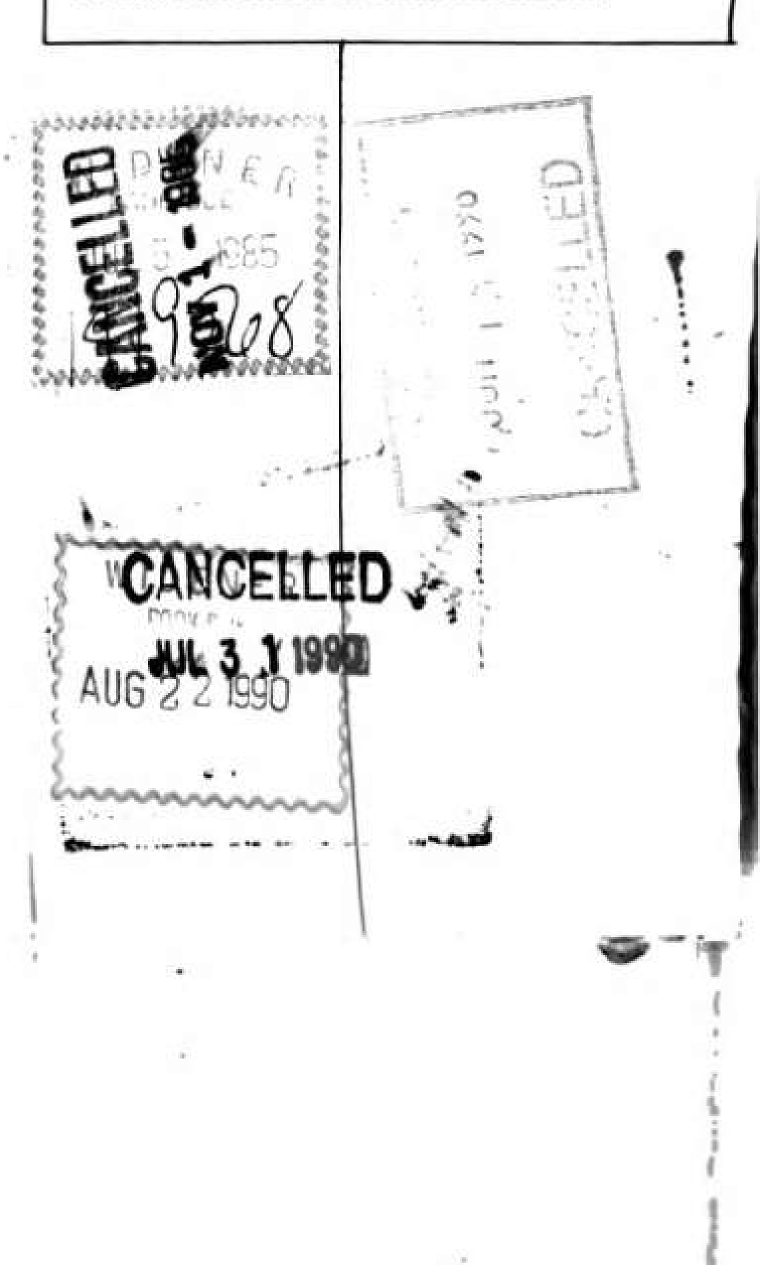

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.
CANCELLED
JUN 13 1970
CANCELLED
CANCELLED
JUL 3 1 1990
AUG 2 2 1990


3 2044 010 638 930


DUE DEC 12 '36
DUE JUN -8 '37
DUE JUL 19 '37
MAR -9 1938
MAR 18 1938
DUE AUG -7 '39
DUE MAR 14 '45




Gebunden
C. W. Fr


CANCELLED
CANCELLED
JUL 3 1 1990
AUG 2 2 1990


3 2044 010 638 930


DUE DEC 12 '36
DUE JUN -8 '37
DUE JUL 17 '37
MAR 9 1938
MAR 13 1938
DUE AUG -7 '39
DUE MAR 14 '45






C. W. F

